den Schwanz ab — hau ihr ihn nicht ganz ab.» Ich glaube, es wäre vielleicht besser, man würde dieses allzu lange Schwänzchen der Katze abschneiden, um sie nachher gesund und wohl weiterleben zu lassen, als wenn es im Sinne der Mehrheit des Nationalrates geht und dann nachher die eigenen Mithelfer zur Vorlage, die heute, nicht weil sie das Gesetz wollen, sondern weil sie glauben, im Volke mehr Gegner für ein allzu scharfes Gesetz zu finden, demselben zustimmen, es um so sicherer zur Strecke bringen.

Ich habe hier noch eine persönliche Bemerkung einzuflechten. In der Debatte des Ständerates haben die sehr interessanten Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten Keller, die gewiss einen bleibenden rechtshistorischen Wert haben, vielleicht etwas zu wenig Rücksicht auf die Stellung der Minderheit im Nationalrat genommen. Das kommt daher, weil in dem gedruckten Antrage der Minderheit, der ausgeteilt worden ist, von einem «Müssen» und nicht von einem «Können» die Rede ist und man verschiedentlich der Meinung war, die Minderheit wolle, dass alle Kantone an ihren Antrag gebunden sein müssen. Das ist nicht der Fall. Es ist aus den Voten der Herren Evéquoz und Häberlin sowie aus meiner Begründung unseres Antrages hervorgegangen, dass man so etwas nicht wollte, und ich betone auch heute, dass es nicht unsere Auffassung, auch nicht diejenige des Ständerates ist, dass diejenigen Kantone, welche keine Ehrenfolgen mehr kennen, veranlasst werden sollen, rückwärts zu revidieren. Aber was diesen Kantonen recht ist, sollte auch uns, den ostschweizerischen und den ländlichen Kantonen, billig sein.

Es ist in der Debatte wiederholt dem neuen Strafgesetz gerufen worden, und man hat gesagt, die Konkursdelikte werden dort in einem eigenen Abschnitt geregelt. Unterdessen ist uns die Botschaft des Bundesrates und der Entwurf des schweizerischen Strafgesetzes zugekommen. Gerade diese Vorlage ist es, welche mich bestimmt, den Nationalrat zu ersuchen, er möchte dem Antrage des Ständerates beistimmen. Die Ehrenfolgen, wie sie hier im Entwurf des Bundesrates geregelt sind, müssen sogar bei eigentlichen Konkursdelikten nicht angewendet, können aber wohl als Nebenstrafen behandelt werden. So steht es im Art. 148 des Entwurfes zu lesen. Und Art. 48 sagt: Wer zu Gefängnis verurteilt wird, kann, wenn seine Tat eine ehrlose Gesinnung bedeutet . . . in Ehren eingestellt werden. Also weite Normen im Strafgesetze sind da. Ich weiss ja wohl, dass das nicht direkt auf dasjenige Bezug hat, was wir heute hier behandeln. Aber in einem gewissen Zusammenhang steht es doch und verratet die weitgehende Tendenz, der wir entgegentreten. Gerade bevor wir auf die Beratung des Entwurfs des schweizerischen Strafgesetzes eintreten, möchte ich, im Interesse dieses Gesetzentwurfes, die heutige Materie im Sinne des Antrages der Minderheit geregelt wissen.

Ich will Sie nicht weiter aufhalten. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Minderheit, d. h. ich empfehle Ihnen grundsätzlich Zustimmung zu Artikel 1 des ständerätlichen Entwurfes, aber in dem Sinne, dass, wenn Ihnen das belieben würde, der zweite Absatz des Art. 1 des bundesrätlichen Entwurfes ganz eliminiert würde, wie das auch von seite des hohen Bundesrates in einer einlässlichen Berichtgabe desselben an Ihre Kommission vorgesehen ist für den Fall, dass der Grundsatz, der in Art. 1 des ständerätlichen Entwurfs niedergelegt ist, angenommen wird.

M. le **Président:** M. le député Affolter a déposé une proposition éventuelle et modificative du texte de la minorité de la commission. Comme il est nécessaire que cette proposition soit imprimée, je vous propose d'interrompre ici le débat, qui pourra être repris plus utilement sur ce point avec le reste du projet.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 17. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 17 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Anträge der Kommission
vom 29. August 1918.

(Zustimmung zum Entwurfe des Bundesrates, wo nichts anderes bemerkt ist.)

A. Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigefügt:

[1] Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der teilweisen Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges.

[2] Die Steuer wird in dreijährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bunde zukommende Ertrag zusammen mit den Ergebnissen der auf Grund des Bundesbeschlusses vom 22. Dezember 1915 erhobenen Kriegssteuer und der auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 18. September 1916 erhobenen Kriegsgewinnsteuer drei Vierteile der zu deckenden Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot ausmacht. Bleibt von diesen drei Vierteilen nur noch eine Quote zu decken, welche geringer ist als das voraussichtliche Ergebnis einer nochmaligen Wiederholung der Steuer, so entscheidet die Bundesversammlung darüber, in welchem Umfange die Steuer noch einmal zu erheben sei.

[3] Die natürlichen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb. Teilhaber

und Kommanditäre von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften nur soweit, als Vermögen und Erwerb nicht durch die Gesellschaft versteuert werden.

Vermögenssteuerpflichtig sind die Personen, deren Vermögen 10,000 Franken übersteigt. Für Personen ohne ausreichenden Erwerb ist dieser Ansatz angemessen zu erhöhen.

Erwerbssteuerpflichtig sind die Personen, deren Erwerb 3000 Franken übersteigt. Dieser Ansatz erhöht sich um 300 Franken für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede unterstützungspflichtige Person, für die der Erwerbende tatsächlich sorgt.

Die Steuersätze sind progressiv und steigen in Klassen von ein bis fünfundzwanzig Promille des Reinvermögens und von einem halben Prozent bis zwanzig Prozent des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

Für Erwerb aus Tantièmen, sofern deren Gesamtbetrag 2000 Franken übersteigt, wird eine Zuschlagssteuer erhoben, die nach Tabelle II zu berechnen ist, aber mindestens 5 Prozent der Tantièmen beträgt.

4 Die Kollektiv- und Kommanditgesellschaften entrichten die Steuer von ihrem Vermögen (Gesellschaftskapital und Reserven) und ihrem Erwerb. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das zehntausend Franken, und bei einem Erwerb, der dreitausend Franken übersteigt. Die Steuersätze sind die nämlichen wie für die natürlichen Personen.

5 Die Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften entrichten die Steuer von ihren eigenen Mitteln (Aktienkapital und Reserven). Der Steuersatz ist progressiv und steigt in Klassen von ein Promille bis hundert Promille des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven. Innert dieser Grenzen richtet er sich nach dem prozentualen Verhältnis des Reinertrages zum Gesamtbetrag des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen, beträgt aber mindestens ein Promille. Vom nicht einbezahlten Aktienkapital wird ein Viertel des Steuersatzes erhoben.

6 Die Genossenschaften des Obligationenrechts, welche einen Erwerbszweck verfolgen, entrichten die Steuer von ihrem Reinertrag; der Steuersatz beträgt sechs Prozent der den Mitgliedern gewährten Rückvergütungen und zwölf Prozent des übrigen Reinertrages.

Die übrigen Genossenschaften des Obligationenrechts, mit Ausnahme der konzessionierten Versicherungsgenossenschaften, entrichten die Steuer von ihrem Vermögen (Genossenschaftskapital und Reserven); der Steuersatz beträgt siebeneinhalb Promille des Vermögens.

Die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften entrichten die Steuer von ihrer schweizerischen Prämieneinnahme. Der Steuersatz beträgt siebeneinhalb Promille der Prämieneinnahme.

7 Die übrigen juristischen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das zehntausend Franken übersteigt. Die Steuersätze sind die nämlichen wie für die natürlichen Personen, steigen jedoch nur bis zu zehn Promille.

8 Von der Entrichtung der Steuer sind befreit:

a) der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, sowie die unter ihrer Verwaltung stehenden Spezialfonds, die schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern und die schweizerische Alkoholverwaltung;
b) die schweizerische Nationalbank;
c) die Gemeinden, sowie die andern öffentlichrechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient;
d) die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwekken oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient;
e) Gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfs;
f) die konzessionierten Transportanstalten, die keinen Reinertrag erzielen

9 Für jede dreijährige Periode wird die Steuer neu veranlagt. Veranlagung und Bezug erfolgen durch die Kantone unter der Aufsicht des Bundes, welcher die notwendigen Vorschriften für die gleichmässige Durchführung der Steuer erlässt. Die Selbsttaxation ist obligatorisch. Die Steuer wird in Raten eingezogen. Die Kantone haben vier Fünftel der eingehenden Steuerbeträge dem Bunde abzuliefern.

10 Die Bundesversammlung wird die Vorschriften über die Ausführung dieses Verfassungsartikels endgültig aufstellen.

Tabelle II.

Erwerbssteuer.

Die Steuerklassen, Steuersätze und Steuerbeträge für die Erwerbssteuer werden festgesetzt wie folgt:

(Der Steuerbetrag ist für jede Klasse von der untern bis zur oberen Grenze derselbe.)

Klasse	Erwerb von über	Erwerb bis und mit	Steuersatz Prozent	Steuerbetrag für die dreijährige Periode
1	3000	3250	0,50	15.—
2	3250	3500	0,75	24.50
3	3500	3750	1	35.—
4	3750	4000	1,1	41.25

Rest unverändert.

In Tabelle III sind die Steueransätze in Promille anzugeben.

Propositions de la commission
du 29 août 1918.

(Adhésion au projet du Conseil fédéral partout où il n'y a pas d'observation.)

A. La constitution fédérale est complétée par l'article suivant:

1 La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital qui aura été dépensé pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.

2 Cet impôt sera perçu par périodes de trois ans, et renouvelé jusqu'à ce que le rendement revenant

à la Confédération, augmenté des rendements de l'impôt de guerre perçu en vertu de l'arrêté fédéral du 22 décembre 1915 et de l'impôt sur les bénéfices de guerre perçu en vertu de l'arrêté du Conseil fédéral du 18 septembre 1916 ait atteint les trois quarts du capital dépensé pour la mobilisation des troupes et devant être couvert. S'il ne reste plus à couvrir, sur ces trois quarts, qu'un montant inférieur au rendement probable d'une nouvelle perception de l'impôt, l'Assemblée fédérale décidera dans quelle mesure l'impôt doit être perçu une fois encore.

3 Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. Les membres et les commanditaires de sociétés en nom collectif et en commandite l'acquittent en tant seulement que l'impôt sur la fortune et le produit du travail n'est pas payé par la société.

Sont soumises à l'impôt sur la fortune les personnes dont la fortune excède 10,000 francs. Ce minimum est élevé d'une manière équitable pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant.

Sont soumises à l'impôt sur le produit du travail les personnes dont le produit du travail excède 3000 francs. Ce minimum est élevé de 300 francs pour chaque enfant âgé de moins de 18 ans et pour chaque personne ayant besoin d'assistance, à l'entretien de laquelle le contribuable pourvoit effectivement.

Les taux de l'impôt sont progressifs et s'élèvent, par classes, de un à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et de un demi à vingt pour cent sur le produit du travail net conformément au tableau annexé au présent arrêté.

Sur le revenu provenant de tantièmes, il est perçu, en tant que la somme totale des tantièmes excède 2000 francs, un impôt supplémentaire qui est calculé conformément au tableau II, mais qui s'élève au minimum à 5 pour cent des tantièmes.

4 Les sociétés en nom collectif et en commandite acquittent l'impôt sur leur fortune (capital social et réserves) et sur leur produit net. L'impôt est dû sur toute fortune excédant dix mille francs et sur tout produit du travail supérieur à trois mille francs. Les taux de l'impôt sont les mêmes que ceux applicables aux personnes physiques.

5 Les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions paient l'impôt sur leur fortune propre (capital-actions et réserves). Le taux de l'impôt est progressif et s'élève, par classes, de un pour mille à 100 pour mille du capital-actions versé et des réserves. Il s'élève, dans ces limites, suivant le rapport en pour cent du produit net au montant total du capital-actions versé et des réserves, conformément au tableau annexé au présent arrêté, mais à un pour mille au minimum. Sur le capital-actions non versé, il est perçu un quart du taux d'impôt.

6 Les sociétés coopératives au sens du code des obligations qui poursuivent un but lucratif paient l'impôt sur le produit net; le taux de l'impôt s'élève au six pour cent sur les ristournes accordées aux sociétaires et au douze pour cent sur le reste du produit net.

Les autres sociétés coopératives au sens du code des obligations, à l'exception des sociétés coopératives d'assurance concessionnaires, paient l'impôt sur leur fortune (capital social et réserves); le taux de l'impôt est fixé au sept et demi pour mille de la fortune.

Les sociétés coopératives d'assurance concessionnaires paient l'impôt sur leurs primes suisses. Le taux de l'impôt est fixé au sept et demi pour mille de ces primes.

7 Les autres personnes morales paient l'impôt sur leur fortune. L'impôt est dû sur toute fortune excédant dix mille francs. Les taux de l'impôt sont les mêmes que ceux applicables aux personnes physiques, mais ils ne peuvent être supérieurs au dix pour mille.

8 Sont exonérés de l'impôt:

a) la Confédération et les cantons, leurs établissements et leurs entreprises, ainsi que les fonds spéciaux dont ils ont l'administration, la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, à Lucerne et la Régie suisse des alcools;

b) la Banque nationale suisse;

c) les communes, ainsi que les autres corporations de droit public et ecclésiastique, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté à des services publics;

d) les autres corporations et établissements, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté aux cultes ou à l'instruction ou à l'assistance des pauvres et des malades;

e) les entreprises d'utilité publique ayant pour but de pourvoir au besoin de logements;

f) les entreprises de transport concessionnaires qui ne réalisent pas de revenu net.

9 Pour chaque période de trois ans il est procédé à une nouvelle taxation. Taxation et perception sont effectuées par les cantons, sous la surveillance de la Confédération qui édicte les prescriptions nécessaires en vue de l'exécution uniforme du présent arrêté. La taxation personnelle est obligatoire. L'impôt est perçu par annuités. Les cantons verseront à la Confédération les quatre cinquièmes des contributions encaissées.

10 L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel.

Tableau II.

Impôt sur le produit du travail.

Les classes, les taux et les montants de l'impôt sur le produit du travail sont fixés comme suit:

(Tous les contribuables compris dans la même classe paient le même montant.)

Classe	Produit du travail de plus de	jusqu'à	Taux pour cent	Mont. de l'impôt pour la période de trois ans
1	3000	3250	0,50	15.—
2	3250	3500	0,75	24.50
3	3500	3750	1	35.—
4	3750	4000	1,1	41.25

La suite sans changement.

Dans le tableau III, les taux d'impôt doivent être indiqués en pour mille.

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Mit Botschaft vom 5. August 1918 unterbreitet uns der Bundesrat eine Vorlage betreffend die Wiederholung der Kriegssteuer. Es sei mir gestattet, bevor wir zur Beratung dieses Entwurfes übergehen, einen kurzen Rückblick auf die Verhältnisse vom Jahre 1915, auf die Zeit der ersten Kriegssteuer, zu tun, aus welchem sich ergeben wird, welch einen ganz anderen Charakter die Wiederholung der Kriegssteuer gegenüber der ersten Kriegssteuer hat. Im Jahre 1915 standen wir vor einer Mobilisationsschuld von ungefähr 300 Millionen, einer Summe, welche uns damals schon ziemlich gross erschien, aber welche wir doch glaubten innert kurzer Zeit amortisieren zu können. Wir erhoben deshalb eine erste Kriegssteuer, welche zu einem Betrag von ungefähr 60 Millionen für den Bund berechnet war. Niemand glaubte damals, dass der Krieg uns so lange beschäftigen werde und dass wir während dieser Zeit von Jahr zu Jahr tiefer und nachhaltiger alle die wirtschaftlichen Sorgen und Lasten und deren finanzielle Folgen zu tragen haben würden.

Die erste Kriegssteuer war als ein Kriegsopfer gedacht, und es wird wohl heute niemand weder dem Bundesrate noch den eidgenössischen Räten einen Vorwurf machen wollen, dass die Sache so ganz anders herausgekommen ist, als wir dachten. Wir glaubten, mit den andern ins Auge gefassten Massnahmen neben dem, was wir an Kriegssteuer einzuziehen rechneten, durchkommen zu können. Niemand wird uns eine schuldhafte Verkennung der Umstände vorwerfen, wenn wir heute vor der Tatsache stehen, dass die Mobilisationsschuld allein auf über eine Milliarde angewachsen ist. Wenn auch der Krieg uns schwere Lasten auferlegt hat, so sind wir ja noch glücklich, dass uns nicht noch viel Schlimmeres beschieden war und dass wir nicht in die Netze des Krieges hineingezogen worden sind. Wir stehen vor einer grossen Schuld, die wir abzutragen haben. Daran kann nichts ändern, wenn wir klagen, sondern da gilt es nun, zusammenzustehen, solidarisch zu sein und uns darüber zu freuen, dass Freiheit und Selbständigkeit unserem Lande bis heute erhalten geblieben sind. Wenn wir dies tun, werden wir auch diese Gefahren überwinden. An gutem Willen soll's nicht fehlen, denn die Mittel, die zur Aufrechterhaltung des Staatshaushaltes und zur Erfüllung der Pflichten, welche ganz besonders durch die Not der Zeit uns übertragen worden sind, nötig sind, müssen wir zusammenbringen. Ich möchte wünschen, dass die Beratung dieses Entwurfes betreffend Wiederholung der Kriegssteuer in diesem Geiste gepflogen würde.

Wir sind uns dabei wohl bewusst, dass wir von unserem steuerpflichtigen Volke mehr fordern, als es bei der ersten Kriegssteuer der Fall war. Wir fordern mehr und zu höheren Sätzen, wir ziehen das Vermögen, den Besitz in viel stärkerem Masse heran, aber das müssen wir tun, wenn wir finanziell uns herausarbeiten wollen. Dabei sei aber auch das andere nicht verschwiegen. Wenn wir auf der einen Seite mehr vom Besitze fordern, wobei vier Fünftel der Steuuerpflichtigen nicht herangezogen werden, die Last also auf einem Fünftel ruht, wollen wir uns auch in der Hinsicht mässigen, dass wir nicht übertriebene Forderungen und Ansätze aufstellen.

Sie werden es mir ersparen, Ihnen die Details der gegenwärtigen Finanzlage auseinanderzusetzen. Die Botschaft des Bundesrates hat es auf Seite 3 und 4 und 17 und 18 hinlänglich getan. Ich will nur zusammenfassend konstatieren, dasss wir nach der Botschaft es per Ende Dezember 1918 mit 1,3 Milliarden Kriesschulden zu tun haben werden. Wir rechnen aber sicher nicht zuviel, wenn wir im ganzen 1½ Milliarden einsetzen. Davon sollen etwa 600 Millionen durch die bisherigen Einnahmen gedeckt werden, so dass wir vor 900 Millionen Schulden stehen. Davon sind 100 Millionen als Ergebnis der ersten Kriegssteuer, 300 Millionen als Ertrag der Kriegsgewinnsteuer Ende 1918 bereits bezahlt, so dass noch 500 Millionen durch die jetzt vorgeschlagene Wiederholung der Kriegssteuer zu decken sind. Der Ertrag einer einmaligen Steuer wird auf 183 Millionen berechnet, wovon dem Bund vier Fünftel und den Kantonen ein Fünftel zufallen soll, so dass also eine ungefähr dreimalige Wiederholung notwendig würde. Vergessen wir nicht, dass wir nach Ziff. 2 des Bundesbeschlusses drei Viertel der zu deckenden Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot aufzubringen haben, dass dabei aber nicht inbegriffen sind die Defizite der Verwaltungsrechnungen 1914 bis 1918, deren Hauptposten die Verzinsung der Mobilisationsschuld ausmacht.

Die Bemühungen aller Staaten, sowohl der kriegführenden als der neutralen, müssen darauf gerichtet sein, das finanzielle Gleichgewicht, welches durch den Krieg so arg erschüttert worden ist, wieder herzustellen. Ueberall sind enorme Verschärfungen der öffentlichen Lasten eingetreten. Ueber die Höhe der Schulden und über die Höhe der Anleihen der grossen uns umgebenden Staaten sind wir im allgemeinen orientiert, weniger über die Bemühungen der neutralen Staaten, die durch den Krieg gewachsenen Mobilsationsschulden zu decken. Durch ein freundliches Entgegenkommen ist es mir möglich gewesen, eine Zusammenstellung zu erhalten, welche vom statistischen Bureau des Schweiz. Bankvereins in Basel ausgearbeitet worden ist, als Ergänzung und Fortsetzung der bereits im letzten Monatsbericht des Schweiz. Bankvereins erschienenen Zusammenstellung der Schulden und Anleihen der kriegführenden Staaten. Ich will Ihnen nur ein paar Zahlen aus einigen neutralen Staaten zur Kenntnis bringen. In Holland besteht eine Mobilisationsschuld von 650 Millionen Gulden auf Ende 1918. Den Finanzbedarf hat Holland vorläufig befriedigt durch vier Anleihen im Gesamtbetrage von 1025 Millionen Gulden. Der Zinsendienst erfordert allein 36 Millionen und der Amortisationsdienst der nationalen Schuld 6½ Millionen. Bezüglich der Steuern wissen wir nur, dass dieselben bedeutend erhöht werden mussten und dass die Kiegsgewinnsteuer neu dekretiert worden ist. Da aber diese fiskalischen Massnahmen nicht genügen, wurde von der Regierung die Einführung des staatlichen Versicherungsmonopols für Lebens- und Feuerversicherung in Anregung gebracht. Wie weit diese Beratung gediehen ist, weiss ich nicht.

In Schweden soll auf Ende 1918 eine Kriegsschuld von 262,7 Millionen Kronen zu erwarten sein und Schweden hat sechs Anleihen im Gesamtbetrage von 285 Millionen erhoben. Zur Deckung der Ausgaben hat Schweden ausser der Erhöhung der Grundsteuer, der Vermögens- und Einkommenssteuer und der Stempelsteuer die Tonnagesteuer und die Kriegsgewinnsteuer eingeführt, welch letztere bis auf 40 % geht und 1917 251 Millionen Kronen abgeworfen hat. Ausserdem wurde 1918 eine Extrasteuer auf Vermögen und Einkommen erhoben im Betrage von 32 Millionen. In Dänemark belaufen sich die ausserordentlichen Militärausgaben bis Ende 1917 auf 190 Millionen Kronen, wogegen 225 Millionen Anleihen aufgenommen worden sind. An neuen Steuern figuriert auch hier ganz besonders die Kriegsgewinnsteuer und eine Zusatzsteuer für Vermögen und Einkommen sowie die Erhöhung der Steuern auf Wein, Bier, Tabak und Edelsteinen. Im Jahre 1917/18 erhob Dänemark an direkten Steuern 68 Millionen, an indirekten hingegen 74 Millionen Kronen.

Zwei interessante Zahlen, die nicht direkt mit diesen Bemühungen, das Gleichgewicht herzustellen, zusammenhängen, sind folgende: Nach dem Regierungsindex hat die allgemeine Teuerung in Dänemark für einen sog. normalen Haushalt zugenommen: wenn derselbe im Juli 1914 2000 Kronen erforderte, so braucht er 1918 3635. Die andere interessante Zahl ist die, dass die Einlagen in die Sparkassen, die sich im Jahre 1903 auf 625 Millionen Kronen beliefen, 1906 auf 703 Millionen, im Jahre 1917 auf 980 Millionen Kronen gestiegen sind. Bezüglich Norwegens konnten genauere Informationen nicht eingeholt werden.

Auch für die Schweiz ist der Bedarf für die Tilgung der Mobilisationsschuld gross. Zweierlei steht für uns fest. Erstens einmal, dass diese Schuld möglichst rasch getilgt werden soll, und sodann ist man einig, dass sie in erster Linie vom Besitze getragen werden soll. Die Kommission hat dem Bundesrate zugestimmt, eine rasche Tilgung anzustreben, wiewohl es auch im Schosse der Kommission nicht an Stimmen gefehlt hat, welche eine länger dauernde Amortisation vorgezogen hätten. In dem Punkte aber war die Kommission einig, dass der Besitz kräftig herangezogen werden müsse, wenn auch die Begründung, die oft diesem Gedanken gegeben worden ist, nicht allgemein geteilt werden kann, nämlich, dass es eben der Besitz ganz besonders und vorab sei, welcher durch den Grenzschutz profitiert habe. Ich glaube, man darf ruhig sagen, dass die Allgemeinheit und auch die Arbeiterschaft dadurch, dass unsere Gefilde und Städte und Fabriken nicht zerstört worden sind, vom Grenszchutz einen bedeutenden Vorteil gehabt habe. Die Frage darf auch nicht einfach so gestellt werden, wieviel Geld wir haben müssen, sondern die andere Frage muss ebenso scharf betont werden, wieviel unsere Volkswirtschaft erträgt. Unsere Volkswirtschaft hat, abgesehen von einzelnen Industrien, schwere Zeiten hinter sich. Einzelne Industrien haben besonders günstige Konjunkturen gehabt, die Grosszahl hat durch den Krieg schwer gelitten, und wenn die Industrie leidet und sie auch nach dem Kriege nicht konkurrenzfähig erhalten werden kann, dann ist es um sie geschehen. Die Konkurrenzfähigkeit hängt aber viel davon ab, ob die Industrie die Geldmittel aufbringt. Die Finanzvorschüsse, welche die Eidgenossenschaft schon einigen Ländern hat geben müssen, haben unsere Mittel ebenfalls geschwächt, und je mehr wir von unsern Mitteln während des Krieges verbrauchen, um so weniger haben wir eben nach dem Kriege. Wenn die Volkswirtschaft nicht gelähmt werden soll, wenn der Unternehmungsgeist frisch bleiben soll, müssen wir darnach trachten, dass wir nicht von allen Mitteln entblösst sind. Niemand von uns weiss, wie die Industrie nach dem Kriege arbeiten wird, wir kennen alle die Faktoren nicht, welche den Gang der Industrie beeinflussen, wir wissen auch gar nicht, wie es mit den Zöllen stehen wird und mit den Handelsverträgen, wir stehen vor lauter Fragezeichen und deshalb ist es auch gar nicht möglich, irgendwelche Prophezeiung zu machen. Infolge des guten Willens, welchen die Industrie für die Kriegssteuer je und je gezeigt hat, sollte es möglich sein, den Weg zu finden, der für die Industrie nicht zu sehr belastend wirkt, der aber doch ihre Mittel kräftig heranzieht.

Die Erhaltung unseres Landeskredites ist von höchster Bedeutung, denn wir haben den Kredit noch nötig, in der Zukunft vielleicht noch mehr als bisher, und ihn zu erhalten, muss unsere höchste Sorge sein. Dass dieser Kredit heute noch so vorzüglich ist, das kann uns freuen, aber wir wollen auch dafür sorgen, dass er nicht verloren geht. Wir dürfen wohl eine rasche Tilgung der Schuld anstreben, aber wir müssen dabei trachten, dass alle die Faktoren nicht geschwächt werden, welche zur Förderung unseres wirtschaftlichen Lebens dienen. Die schweizerischen Handelskammern und Industrievereine haben der Bundesversammlung eine Eingabe eingereicht, in welcher sie die Steuer auf einen längeren Zeitraum, auf etwa 15 bis 20 Jahre, ausgedehnt wissen möchten. Diese Ansicht ist auch in der Kommission warm vertreten worden, aber die Mehrheit der Kommission hielt an einem raschen Tempo der Amortisation fest, die einen von dem Grundsatze der Notwendigkeit einer raschen Tilgung ausgehend, andere, weil sie in einer Verlängerung der Amortisationdauer eine stärkere Gefahr des Herannahens der bleibenden direkten Bundessteuer erblickten.

Die Grundlagen der neuen Kriegssteuer, soweit das System in Frage kommt, sind dieselben wie bei der ersten Kriegssteuer. Wo Abweichungen vorkommen, werden wir in der Detailberatung davon sprechen. Durch die Kriegssteuer zu decken sind drei Viertel der Mobilisationsausgaben. Das Wesentliche ist die Quote, welche getilgt werden soll, die Zweckbestimmung spielt eher eine untergeordnete Rolle. Gegenüber dem bisherigen System stand das System der Gesamteinkommenssteuer mit Ergänzungssteuer auf dem Vermögen nach dem Muster von Baselstadt im Vodergrunde der Diskussion. Das Finanzdepartement hat auf Grund von zwei Gutachten der Herren Prof. Dr. Speiser und Regierungsrat Dr. Hauser in Basel sich für die Beibehaltung des alten Systems ausgesprochen und auch die Kommission ist dieser Auffassung beigetreten. Es ist von keiner Seite bestritten worden, dass die Steuerpflichtigen durch die Ein-

führung dieser Gesamteinkommenssteuer besser nach der Leistungsfähigkeit herangezogen würden. Sicher ist, dass durch die Einführung derselben die Steuergesetzgebung in den Kantonen gefördert worden wäre, dass eine wahre Pionierarbeit hätte verrichtet werden können. Angesichts aber der ausserordentlichen Natur der eidgenössischen Kriegssteuer und der noch nicht zu grossen Ausdehnung, die das System in der Schweiz gefunden hat, fand man es für richtiger, am bisherigen, durch die Erfahrung bekräftigten System der ersten Steuererhebung festzuhalten und nicht, wie Herr Speiser sich ausdrückt, «einen Griff ins Unsichere und Unsichtbare zu tun», ganz abgesehen davon, dass die Vorarbeiten eine längere Zeit in Anspruch genommen hätten und infolgedessen auch der Bezug der ersten Steuer länger hinausgeschoben worden wäre. Bei unserem Geldbedarf wäre das nicht zu wünschen gewesen.

Persönlich bedaure ich diese Sachlage, weil ich auch der Ueberzeugung bin, dass dieses neue System das System der Zukunft sein wird. Aber wenn auch das bisherige System beibehalten werden soll, so sind alle darüber einig, dass eine gleichmässigere Durchführung angestrebt werden soll und dass alle Sorgfalt darauf verwendet werden muss, um die Härten, welche die erste Kriegssteuer an sich hatte, möglichst zu mildern und eine ungleiche Behandlung auszuschliessen.

Ohne der Detailberatung vorzugreifen, sollen schon bei der Eintretensdebatte die hauptsächlichsten Punkte genannt werden, welche dem Gesetze Inhalt geben, so der Beginn der Steuerpflicht bei einem Einkommen von 3000 Franken für Ledige und Verheiratete, die Zulage von 300 Franken für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede unterstützungsbedürftige Person, deren Unterhalt dem Steuerpflichtigen obliegt. Die Kommission hat die Gleichstellung der Ansätze für Ledige und Verheiratete aufgenommen, geleitet von der Erwägung, dass bei den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen der Ledige nicht mehr den Vorteil gegenüber dem Verheirateten hat, den er früher besass, weil er für seine Beköstigung grössere Summen auszugeben genötigt ist und weil der Personalverband unserer Staatsangestellten darauf tendiert, diesen Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten nicht zu machen. Ich gestehe Ihnen zwar, dass ich persönlich diese Ansicht nicht zu teilen vermag, trotz den Gründen, die dafür wegleitend sein mochten, den Unterschied fallen zu lassen; mir scheint es doch sozial nicht gerecht empfunden zu sein, wenn man den Ledigen einfach mit einem Verheirateten gleichstellt. Ein Unterschied scheint mir sehr am Platze und sehr gerecht.

Bezüglich des Kinderprivilegs, um es so zu nennen, ist mir nach der letzten Sitzung der Kommission eine Eingabe von einem Zürcher Arzte zugekommen, der dieses Privileg als beschämend klein bezeichnet. Er argumentiert so, dass mit 80 Rp. pro Tag einem Familienvater gegenwärtig nicht viel geboten sei. Dann ergeht er sich in einigen Ausführungen, die mir sehr interessant erschienen sind und die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Er führt nämlich aus, dass der Rückgang der Geburtenüberschüsse in der Schweiz während des Krieges ganz erschreckend gross sei, und er sagt, dass, wenn man hier helfen wolle, man dafür Sorge tragen müsse, dass Familienväter, die Kinder haben, von zu grossen Sorgen für den Unterhalt ihrer Familie enthoben seien. Er führt folgende Zahlen an: In der Schweiz betrug pro 1000 Einwohner im Jahre 1899/1902 der Geburtenüberschuss 21,16, in den Jahren 1909/13 nur noch 11,37 und 1914/16 nur noch 7,6. In den schweizerischen Städten mit über 10,000 Einwohnern ist der Rückgang noch viel grösser, nämlich von 8,2 im Jahre 1912 auf 2,9 im Jahre 1917. Das ist in der Tat eine Erscheinung, die erschreckend deutlich spricht. Es wird als Hauptgrund angegeben, dass in den Budgets eines Familienvaters die Kinderzahl eine ausserordentlich grosse Rolle spiele, was für jedermann erklärlich ist.

Ich hielt mich für verpflichtet, Ihnen diese paar Mitteilungen zu machen und stelle es Ihnen anheim, die Tatsachen einzuschätzen.

Dann ist neu in die zweite Kriegssteuer aufgenommen worden eine Tantiemensteuer. Das heisst die Tantieme soll als Einkommen versteuert werden, aber darüber hinaus soll noch eine Zuschlagssteuer, die wenigstens 5 % zu betragen hat, erhoben werden. Ein Widerspruch ist gegen diese Bestimmung in der Kommission nicht erhoben worden.

Wegfallen wird bei der Wiederholung der Kriegssteuer das Pauschalangebot, das in der ersten zulässig war. Das Pauschalangebot ist in den Kantonen teilweise bis auf 70 und 80 % benützt worden. Wenn auch der Bundesrat für die zweite Kriegssteuer das Pauschalangebot wegfallen lassen will, bemerkt er doch, dass für das einmalige Opfer der ersten Kriegssteuer das Pauschalangebot am Platze gewesen sei und zum Erfolge wesentlich beigetragen habe; aber sobald die Steuer mehrmals, für eine Reihe von Jahren, erhoben werde, verliere sie ihre Berechtigung, und dieser Auffassung schliesst sich die Kommisssion an.

Das Mass der Beteiligung der Kantone am Ertrag der Kriegssteuer ist auch bei der neuen Vorlage unverändert aufrecht erhalten geblieben. Der Bundesrat kam bei der Prüfung der Frage zu diesem Schlusse, obwohl er sich sagte, dass die Arbeit der Kantone nicht mehr die gleiche sein werde wie bei der ersten Kriegssteuer. Dass eine Revision des kantonalen Anteils an der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren keine Mehrheit fand, wird niemand überraschen; viel eher könnte man darüber überrascht sein, dass es doch zwei Finanzdirektoren gegeben hat, die für eine Reduktion des kantonalen Anteils gestimmt haben, und zwar, wie ich hörte, aus Ueberzeugung. Es sollen auch weiterhin den Kantonen 20 % überlassen bleiben. Rechtfertigen lässt sich diese starke Beteiligung der Kantone einmal durch die schwierige Finanzlage, in der sich die Kantone befinden, und die Tatsache, dass der immerhin gewaltige Eingriff, welchen der Bund durch die Erhebung einer direkten Steuer vornimmt, den Kantonen die Möglichkeit raubt, vermehrte direkte Steuern zu erheben.

Die nationalrätliche Kommission hat einen Antrag, dass schon in der Verfassung bestimmt werde, es hätten die Kantone den Gemeinden, die durch die Kriegsfolgen nachweisbar in Mitleidenschaft

gezogen werden, die Hälfte ihres Anteils abzugeben, abgewiesen. Zwar nicht deswegen, weil man nicht mit der Partizipation der Gemeinden grundsätzlich einverstanden gewesen wäre, sondern weil man sich sagte, das sei eine kantonale Angelegenheit. Die Kantone erhalten einen Fünftel des Ertrages, und wie dieser verteilt werde — eine Reihe von Kantonen hat schon einen Teil abgegeben — das sollte man nicht durch den Verfassungsartikel festlegen, der Verfassungsartikel solle sich nicht in diese kantonale Angelegenheit hineinmischen.

Nun bleibt mir noch die Pflicht, einige Vorschläge zu besprechen, die zur Frage gemacht worden sind. Ich denke in erster Linie an die sogenannte Opfermotion von Herrn Nationalrat Götschel, deren Wortlaut Sie kennen. Er wollte vom ganzen Nationalvermögen eine Abgabe von 1 bis 5 % erheben, drei Viertel für den Bund und einen Viertel für den Kanton. Die Lösung hat viel mehr Freunde gefunden, als man auf den ersten Blick erwarten konnte. Wohl mancher hat deshalb daran Freude gehabt, weil er sich sagte, er wolle lieber einmal recht kräftig in die Tasche greifen, als neun bis zwölf Jahre lang alle Jahre wieder von dieser Sorge belästigt zu werden. Der Bundesrat mit der Expertenkommission — die Kommission des Nationalrates hat sich ebenfalls dem angeschlossen — war der Meinung, die Motion Götschel sei nicht durchführbar. Ich will die Gründe, die die Botschaft des Bundesrates angibt, nicht wiederholen. Der Gedanke einer Vermögensabgabe, der auch in einer Reihe von kriegführenden Ländern diskutiert worden ist, ist in der letzten Zeit eher wieder in den Hintergrund getreten, und zwar ist auch ein Grund die Sorge dafür, wie die Steuerpflichtigen das Geld aufbringen könnten, um 5 % ihres Vermögens als Vermögensabgabe entrichten zu können. Dann das Nichterfassen des Erwerbes und endlich die Schwierigkeit, welche die fremden Depots, die Depots ausländischer Kapitalisten in der Schweiz, verursachen könnten.

Sodann hat Herr Nationalrat Gaudard schon in der Expertenkommission und dann auch in der Kommission Ihres Rates die Anregung gemacht, dass eine Zuschlagssteuer erhoben werde auf dem Betrage, um den sich das Vermögen eines Steuerpflichtigen seit der ersten Kriegssteuer vermehrt habe, sofern dieses Vermögen auf Gewinn oder Ersparnis zurückzuführen sei. Das ist im Grunde die Idee der Vermögenszuwachssteuer. Die Kommission konnte sich in ihrer Mehrheit dieser Idee nicht anschliessen, nicht weil sie den Gedanken der Zuwachssteuer nicht als richtig erachten würde, aber sie sagte sich, dass eine solche Steuer nicht mit der Kriegssteuer eingeführt werden sollte, sondern dass hierfür eine Spezialvorlage geschaffen werden müsste. Dass auch die Ausführung und Durchführung namhafte Schwierigkeiten verursacht haben würde, wird wohl niemand bezweifeln. Dass der Vermögenszuwachs durch Ersparnisse von einer Zuschlagssteuer betroffen werden solle, wollte auch nicht gefallen, deswegen, weil einmal das, was einer erwirbt, bei der nächsten Vermögensbesteuerung herangezogen wird, und sodann, weil der Staat das grösste Interesse hat, den Sinn für Ersparnis zu heben und nicht die Ersparnisse mit einer Zuschlagsteuer zu belasten.

Die Einführung einer Kopfsteuer wurde nicht mehr diskutiert. Denn die Zahl derjenigen, welche auch diese nicht mehr zu entrichten in der Lage wären, wächst von Tag zu Tag, und es hat kein Interesse, Leute, die bereits darauf angewiesen sind, Unterstützungen entgegenzunehmen, mit einer Kopfsteuer zu belegen.

Eine Stimme möchte ich gerne erwähnen, die ich gehört habe mit bezug auf die Dauer der Kriegssteuer. Ich führe sie an, weil mir der Gedanke interessant vorkam. Es ist die Anregung gemacht worden, ob man nicht die wiederholte Kriegssteuer so hätte gestalten können, dass sie ganz von selbst, ohne weiteren Beschluss hinfällig geworden wäre. Jetzt ist bekanntlich vorgesehen, dass, wenn nach der dreimaligen Wiederholung der Kriegssteuer noch ein Rest zu decken übrigbleiben würde, dann die Bundesversammlung zu beschliessen habe, ob man den Rest durch eine nochmalige Wiederholung der Kriegssteuer decken wolle oder nicht. Es wurde angeregt, man hätte die Sache so machen können, dass man die Kriegssteuer einige Jahre voll hätte wirken und automatisch sich zurückbilden lassen, so dass im folgenden Jahre nur 90, 85 % von der als Grundlage gedachten Steuer erhoben würden, d. h. also die Steuer automatisch ausgelaufen wäre und damit ein Uebergang zur Friedenswirtschaft geschaffen würde. Wir wollen zwar hoffen, dass der Friede eher eintrete, als diese Kriegssteuer abläuft. Ein Gedanke, der mir insofern richtig schien, als ein solches Mittel sehr angenehm empfunden worden wäre, nicht weniger eingebracht hätte — allerdings in etwas längerer Zeit — und schliesslich einen automatisch wirkenden Apparat dargestellt hätte.

Damit bin ich am Ende meines Referates angelangt. Ich beantrage Ihnen im Namen der Kommission, auf den Entwurf einzutreten und den Verfassungsartikel nach den Anträgen der Kommission anzunehmen. Ich zweifle keinen Augenblick, dass Sie und das Volk nach Ihnen die verfassungsrechtliche Grundlage für die Wiederholung der Kriegssteuer schaffen werden und angesichts der Geldbedürfnisse des Bundes auch dem zustimmen, was der Bundesrat in bezug auf das Verfahren vorschlägt, dass eine rasche Erledigung der Vorlage erreicht wird. Mögen die Räte und das Volk beweisen, dass jeder bereit ist, in der gegenwärtigen schweren Situation noch grössere Opfer zu bringen, als er im Jahre 1915 gebracht hat. Die Zeit stellt schwere Aufgaben an uns; fassen wir sie mutig ins Auge und lösen wir sie mit der unentwegten Hingabe an das Ganze.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je crois que les chiffres fatiguent vite, mais la question qui vous est soumise est tellement importante qu'elle doit retenir votre attention. Je suppose que la discussion qui suivra sera longue et que les opinions seront bien partagées. Sans entrer dans les détails, je me contenterai d'exposer dans ses lignes générales la solution proposée par la majorité de la commission. Je me permettrai aussi d'émettre quelques observations personnelles et de formuler une réserve.

Le Conseil fédéral préconise un moyen qui doit concourir puissamment au rétablissement de l'équilibre budgétaire fédéral. Avant de l'étudier et pour se rendre mieux compte du rôle qu'il convient de lui assigner, notre esprit sent l'impérieux besoin d'envisager, dans son ensemble, le problème financier fédéral. Le rapporteur de langue allemande, mon honorable collègue M. Eugster, vous a indiqué des chiffres; il vous a apporté des précisions. Vous les aurez retenues. Je me contente de souligner qu'à la fin de l'année 1918 les dépenses de mobilisation ascendront à 1,080,000,000 francs. Si j'y ajoute les déficits des années de guerre 1914 à 1918, je constate que notre dette de guerre totale atteindra à clôture de l'exercice courant 1250 millions. Pour discuter utilement, nous avons besoin d'une base solide, d'un chiffre précis. Admettons, si vous voulez, comme chiffre global à fin 1918, une dette de 1300 millions. Je m'empresse d'ajouter que les termes du problème financier se modifient tous les jours. Il est impossible dès lors — j'insiste sur cette constatation — de proposer dès maintenant une solution adéquate, intégrale et définitive. Nous ne savons pas encore quelle sera la dette définitive, conséquence de la guerre. Personne ici ne peut affirmer que, pour amortir cette dette, dans une période déterminée de 40 ou 50 ans, il faille absolument recourir à tel et tel moyen. Nous sommes encore en présence de l'incertain. Ce qui est certain, c'est que la dette de mobilisation est considérable. Ce que nous savons également, c'est qu'il faudra avoir recours à des moyens extraordinaires pour faire, en intérêts et amortissement, le service de cette dette. Les opinions à l'égard de notre situation financière s'orientent vers deux directions parfaitement opposées. Il y a les optimistes, les pessimistes. Les pessimistes croient qu'une dette de 1,300,000,000 francs constitue pour notre pays un gros danger. Les optimistes par contre pensent qu'amortir cette dette est un jeu d'enfant et que nous payerons tout cela par le moyen des ressources ordinaires. Je pense que les uns et les autres se trompent. Je ne veux pas me risquer à faire des prophéties. L'expérience nous a si souvent démontré depuis 1914 qu'il est dangereux de jouer au prophète. Qui oserait préciser les conséquences de la guerre pour nos financces fédérales? Quelle sera la situation de nos finances dans le cadre nouveau de l'après-guerre? Personne n'en sait rien. Ce que nous pouvons affirmer cependant, c'est que nos dépenses continueront à augmenter. Ce que nous pouvons également prévoir et supposer, c'est que nos recettes augmenteront aussi, mais dans quelles proportions? Personne ne peut le dire.

Dans le domaine des valeurs et en particulier dans celui des chiffres, tout est relatif, tout est comparaison, tout est relation. Si par conséquent nous voulons par avance nous rendre approximativement compte de notre situation financière, il est utile de la comparer avec celle des Etats voisins. D'autre part, il faut mettre en parallèle notre dette de mobilisation avec les moyens fiscaux et financiers dont nous disposons pour la couvrir. Si nous comparons notre dette avec celle des Etats voisins, nous avons, je crois, le droit, et je dirai même l'obligation de rester optimiste. La dette de mobilisation française dépasse déjà 150 milliards; bien que je n'aie aucune précision à ce sujet, je suppose qu'à la fin de l'année elle atteindra 200 milliards. Si vous tenez compte que la population française n'atteint pas 40 millions, que d'autre part avec une dette de guerre inférieure à 1,500,000,000 francs, la Suisse compte plus de 3,700,000 habitants, nous constatons que notre dette de mobilisation ne représente, toute proportion gardée, que le dixième de la dette de guerre française.

Les statistiques établies sur la base des rôles de l'impôt de guerre démontrent d'autre part qu'il n'est pas de pays au monde où la fortune moyenne par habitant soit aussi élevée qu'en Suisse. Chez nous le chiffre de la fortune moyenne dépasse 9000 francs. L'infortunée Belgique, qui tenait dans ce domaine la tête des nations, accusait un chiffre légèrement inférieur à celui-là. Même l'Angleterre n'a pas l'avantage de posséder une fortune globale qui, répartie par tête, atteigne la moyenne suisse. Puisque les possibilités fiscales d'un Etat sont toujours en raison directe de sa puissance financière, les Suisses ont l'obligation de rester optimistes. Nous pouvons avoir confiance en l'avenir de nos finances fédérales. Regardons par delà nos frontières. Réfléchissons aux conséquences financières effroyables de la guerre pour les pays belligérants. Songeons aux contrées ravagées par l'invasion. Si l'on compare à la nôtre la situation de la Belgique, celle du nord de la France, on sent le besoin de rester confiant. Nous avons de bonnes raisons pour espérer. Et si je tiens compte du fait que toute notre jeunesse est encore là, que notre capital vivant le plus précieux de tous n'a pas été entamé par la guerre, je considère notre situation comme privilégiée. Cette constatation nous impose le devoir de tous les sacrifices qui nous seront demandés, pour autant qu'ils seront nécessités par la situation, ce qui ne signifie pas cependant que l'on doive consentir des concessions qui entraînent la renonciation aux principes auxquels nous entendons rester fidèles et que nous défendrons toujours, puisque la guerre, au lieu de démontrer la faiblesse de notre thèse, a souligné la nécessité de leur conservation.

Notre crédit est resté bon. On a voulu voir un pronostic fâcheux dans le succès très relatif du huitième emprunt fédéral de guerre. Cet emprunt a été couvert, mais s'est classé difficilement. Il a été offert pendant un temps relativement long de 99¼ à 99½ en bourse. On a pu l'acheter hors bourse dans les mêmes conditions. D'aucuns se sont demandé si ce n'était pas là l'indication d'un manque de confiance. Je n'en crois rien. Il faut attribuer cette situation au fait que les conditions techniques de cet emprunt ne répondaient pas aux exigences économiques du moment. En outre le huitième emprunt de mobilisation a rencontré sur le marché la concurrence d'autres emprunts émis à des conditions de capitalisation plus avantageuses par des sociétés dont le crédit est indiscutable. Par ce temps de vie chère où le petit rentier surtout a besoin d'augmenter ses disponibilités, sa faveur est allée aux capitalisations supérieures. Il eût suffi du reste, pour rétablir la situation, de ramasser rapidement le matériel flottant resté sur

le marché. N'attachons donc point au succès très relatif du huitième emprunt de mobilisation une signification qu'il n'a jamais eue. Parmi ceux qui envisagent l'avenir avec anxiété, il en est qui redoutent que nous ne puissions plus placer désormais nos emprunts à l'étranger. Il est exact que les grands pays qui nous entourent ont avant la guerre absorbé une part des emprunts de nos villes et de nos cantons. Il est probable que les Etats qui ont dépensé en frais de guerre le 50% de leur valeur économique globale, ne placeront plus sur les titres suisses dans la période qui suivra immédiatement la guerre, qu'il faille à l'avenir compter davantage sur le marché suisse et nos ressources indigènes. Cela est certain. Faut-il s'en émouvoir? Je ne le crois pas. Qu'il me suffise de rappeler qu'avant la guerre la Suisse exportait annuellement 100 millions pour couvrir à l'étranger les achats de titres effectués par nos capitalistes suisses. Gardons ces 100 millions pour les faire servir aux besoins indigènes et nous arriverons à équilibrer notre situation. Il me semble que plus on examine l'ensemble du problème, plus on compte, plus on évalue ces différentes positions, plus on sent que notre situation est bonne et solide, surtout comparativement à celle des Etats qui nous avoisinent. Nous avons de bonnes raisons pour envisager avec calme et confiance notre situation financière. Point n'est dès lors nécessaire de recourir par une procédure précipitée à des moyens hâtifs. A ceux qui veulent un rétablissement rapide et définitif de la situation, nous demandons quel pays, quel Etat retrouvera immédiatement la situation d'avant-guerre? Que nous sommes longs à réaliser. Nous ne saisissons pas encore pleinement les conséquences économiques effroyables de la guerre. Nous vivons encore trop dans l'atmosphère de 1914. Nous pensons, nous parlons, nous jugeons comme avant la guerre. Et nous avons fait cependant à une allure vertigineuse un virage qui a changé brusquement et peut-être définitivement le panorama des réalités. Abandonnons nos conceptions d'avant la guerre et en entrant dans le cadre de la situation nouvelle, tenons compte des modifications profondes et définitives résultées de la catastrophe. L'état, la situation nouvelle sortis de la guerre avec ses multiples changements constituent une raison de plus pour éviter la précipitation qui exclurait la possibilité d'y adapter une solution adéquate.

Je crois avec le chef des finances de la Confédération que le rétablissement de notre équilibre budgétaire n'est pas possible par les moyens ordinaires. Ceux qui prétendent que les ressources prévues actuellement par la constitution permettront dans un avenir plus ou moins éloigné de rétablir l'équilibre des finances fédérales se trompent. Si nous avons, d'un côté, l'obligation de rester optimistes, pour les raisons que je viens d'indiquer, il n'en faut pas moins envisager les choses comme elles sont, c'est-à-dire la situation comme elle est. Il faut se laisser convaincre par l'éloquence rigide des chiffres. L'application d'un moyen extraordinaire est indispensable. Très rares du reste sont ceux qui se refusent à l'admettre. Sur le point de prendre une décision aussi grave, il importe de ne pas oublier les principes d'ordre général qui font règle en matière fiscale. Rappelons d'abord que l'impôt doit être proportionné à la possibilité, à la puissance fiscale des différents groupes de contribuables. Mais pour évaluer cette proposition il faut connaître le rapport entre le produit des impôts directs et celui des impôts indirects. La solution donnée par les autres Etats à ces intéressantes questions constitue pour nous une indication précieuse. Il faudra se pénétrer en outre de la signification du vote du 2 juin et en faire la psychologie. Disons immédiatement à cet égard que les adversaires de l'impôt direct permanent ont admis la nécessité d'un nouveau sacrifice imposé à la fortune. Nous n'avons pas changé d'idée et restons prêts à fournir à la Confédération l'appoint extraordinaire dont elle a besoin. Ce serait du reste au point de vue politique une erreur que de laisser s'enfler démesurément notre dette de guerre. Elle constituerait bientôt le plus grave danger, puisqu'elle serait un argument au service des partisans de l'impôt direct. Nous sommes d'accord sur la question de principe. Reste à nous entendre sur le choix des moyens. Nous admettons tous que la fortune doit être largement mise à contribution pour couvrir nos dépenses de guerre. Il s'agit de préciser la portée de ce sacrifice et de fixer la période sur laquelle elle doit être échelonnée. La solution adéquate du problème fiscal fédéral n'est pas aisée à trouver. Elle doit tenir compte en outre des besoins financiers des cantons et de la commune. Ignorer les prélèvements effectués chez le contribuable par les cantons et les communes au moment où l'on fixe les modalités d'un impôt fédéral, c'est fatalement se résigner à tomber dans les pires erreurs. Le problème de la péréquation constitue une entité unique et intégrale qu'il faut examiner dans son ensemble et non pas seulement sur le terrain fédéral.

Ces principes posés, abordons le premier point à examiner. Quelle doit être l'importance de l'appoint financier à fournir à la caisse fédérale? On a risqué des chiffres 500 millions, 600 millions. Il me paraît bien difficile de préciser une somme. Pour ce faire, il faudrait préalablement savoir exactement ce que sera notre dette à la fin de la crise. Personne ne peut le dire. Que seront nos recettes après la guerre? Je crois que les recettes des douanes seront, après la guerre, beaucoup plus considérables qu'elles ne l'étaient avant la guerre. Il faudra en effet reconstituer rapidement les stocks aujourd'hui épuisés. Les industries qui ont travaillé en plein pendant la période de la guerre ont absorbé toutes leurs réserves. Notons aussi que les conditions de notre tarif douanier nous seront imposées par les circonstances économiques de l'après-guerre. Il n'est pas exclu que nous soyons inondés, pendant cette période qui sera difficile, par les produits étrangers. Il est possible que pour protéger certaines industries indigènes, certains groupes de travailleurs intéressants, nous soyons contraints d'adopter un système partiellement protectionniste. Il n'est pas exclu que, après la guerre, le produit des douanes passe de 80 millions à 120 ou 130 millions. Nous tablons sur des suppositions. Mais nous ne devons point pousser nos suppositions au pire quand nous supputons les recettes pour augmenter démesurément le chiffre des dépenses.

Je veux souligner maintenant que toutes les mesures fiscales ordonnées jusqu'ici nous ont réservé des surprises agréables. Suivant les prévisions des statisticiens, le premier impôt de guerre devait fournir à la Confédération 60 millions. Il a rapporté 100 millions. Voulez-vous me permettre, sans ironie aucune, de vous rappeler que la commission de votre Conseil réunie au Gurnigel pour discuter les modalités de l'impôt de guerre trouva un soir sa table délicieusement fleurie. Une gracieuse fée y avait écrit avec des chardons bleus: 100 millions. Personne ne croyait à ce moment aux 100 millions. Et pourtant la gracieuse fée du Gurnigel a eu raison contre les statisticiens. Passons à l'impôt sur les bénéfices de guerre. Ici, même constatation. Il est vrai que la guerre a duré plus longtemps que l'on ne le supposait. Les plus osés espéraient 50 millions. On trouvait ce chiffre exorbitant. Or, aujourd'hui l'impôt sur les bénéfices de guerre a rapporté plus de 250 millions. Le chef du département des finances annonce qu'à fin 1918 il nous aura valu 300 millions. Le timbre! On a évalué son produit à 12 millions. Cette nouvelle source apportera probablement 20 millions. On a admis comme indiscutable un nouvel appel à la fortune. J'admets que nous devons avoir en l'occurence recours à l'impôt direct pour refaire l'encaisse fédéral. Mais n'oublions pas que les communes et les cantons sont dans la désagréable obligation d'aggraver le poids des impôts directs. Le produit des impôts directs perçus par les cantons et ajoutés à celui des communes ascend à un chiffre total annuel de 170 millions. Ce chiffre est tiré de statistiques sur lesquelles nous pouvons nous appuyer sans crainte de nous tromper. Comparons maintenant cette somme de 180 millions avec celle obtenue par la voie des impôts indirects. Les douanes nous ont rapporté avant la guerre en moyenne 80 à 85 millions annuellement. Or je constate que cette proportion est exactement renversée dans tous les pays qui nous environnent. Les impôts directs préleves par les cantons et les communes sur la fortune et les successions représentent comparativement au rendement total des impôts de consommation une somme proportionnelle très supérieure aux chiffres correspondants donnés par les statistiques des Etats voisins. En effet, à 100 francs prélevés sur la fortune correspondent chez nous 50 et quelques francs demandés à la consommation, tandis que ce dernier impôt, l'impôt de consommation, procure 207 francs en Danemark, 151 francs en Italie, 141 francs en France, etc. Dans tous les pays qui nous entourent l'impôt de consommation procure un appoint beaucoup plus considérable que celui tiré des impôts directs. En Suisse c'est exactement l'inverse: les impôts directs apportent beaucoup plus que les impôts de consommation. Je ne me résignerais pas à frapper l'importation des denrées de première nécessité. Il est nécessaire que toutes les denrées de première nécessité entrent en franchise de taxe. Mais, ceci soit dit en passant, ne pourrait-on pas, étant donné nos difficultés financières, prélever certains impôts sur la consommation de luxe? Ce n'est pas une mine d'or que je vous ouvre, mais je vois dans cette direction un filon utilement exploitable. C'est de sage politique de frapper la consommation de luxe et la consommation inutile. C'est une mesure fiscale utile au point de vue éducation. A cette époque d'évolution sociale, un impôt de cette nature répondrait non pas seulement à des nécessités financières, mais aussi à un pressant besoin d'ordre social. Je crois que nous devons demander davantage à la consommation de luxe. Je songe à l'alcool qui fournit en Suisse un franc par tête annuellement, alors que ce même impôt rapporte en Allemagne plus de 10 francs. Nous devons tenir compte de toutes ces possibilités fiscales non encore exploitées pour fixer le chiffre de l'impôt à exiger de la fortune. Un premier projet prévoyait que l'impôt direct devrait couvrir la moitié de la dette de guerre comprenant tous les frais de mobilisation des troupes pendant la guerre, les dépenses occasionnées par les mesures extraordinaires de prévoyance sociale et enfin les déficits des comptes des années de guerre. Nous avons combattu ce projet parce que insuffisamment précis. Nous ne pouvons pas engager l'avenir dans une proportion aussi considérable et à un moment où nous ne sommes pas fixés même approximativement sur le chiffre total de notre dette de guerre. A combien évaluer la moitié des sommes nécessaires à couvrir les mesures extraordinaires de prévoyance sociale que l'on jugera nécessaires? Il me paraît d'autre part très imprudent de voter par avance la couverture de dépenses non encore budgetées. Mettre par avance à la disposition de la Confédération les moyens financiers nécessaires à couvrir toutes les dépenses que l'on décrétera jusqu'à la fin de la guerre, c'est faire de la politique financière imprudente. Comment après un engagement de cette nature demander au ministre des finances de résister aux pétitions à tendances démagogiques qui seront fatalement présentées? Le directeur des finances ne pourra plus invoquer la nécessité de rester prudent. Il ne pourra plus rappeler le besoin de faire des économies et par conséquent de la prudente administration. Ce serait de mauvaise politique que de fournir dès maintenant les moyens financiers destinés à couvrir des dépenses non encore votées. Nous sommes prêts à consentir tous les sacrifices nécessaires, mais nous voulons procéder méthodiquement et conformément aux principes d'une sage et saine économie. C'est la raison pour laquelle nous avons combattu le même projet qui comporte une solution définitivement inacceptable. On nous propose aujourd'hui une autre solution. Le produit de l'impôt sur la fortune devrait couvrir les trois-quarts de la dette de mobilisation, dette comprenant les dépenses faites à ce jour et celles à effectuer jusqu'à la fin de la guerre. On considérerait toutefois comme impôt sur la fortune la taxe sur les bénéfices de guerre et le produit du premier impôt de guerre, c'est-à-dire que la fortune et le produit du travail devraient fournir à la Confédération la somme qui, ajoutée au produit du premier impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre, suffirait à couvrir les trois-quarts de toutes les dépenses de mobilisation passée et future. Cette formule vaut incontestablement mieux que la première. Votre commission a déclaré accepter cette solution. Je m'y suis rallié, mais non pas sans

hésitation. Je reproche au projet de comporter l'engagement à couvrir des dépenses qui ne sont pas votées par les Chambres. Nous n'avons pas de budget militaire de guerre. Ces dépenses sont ordonnées par l'état-major et le Conseil fédéral sous contrôle préalable des Chambres. Nous avons confiance dans le Conseil fédéral. Mais pouvons-nous lui donner ainsi qu'au commandement de l'armée en quelque sorte un blanc-seing pour toutes les dépenses futures de mobilisation? Vous comprenez la raison de mes hésitations à me rallier à la solution préconisée par le Conseil fédéral. J'ai obtenu hier certaines indications sur la méthode de comptabilisation appliquées par l'administration militaire qui augmentent mes craintes et soulignent le besoin de préciser la formule du Conseil fédéral. J'ai cru jusqu'à hier que les dépenses de mobilisation comprenaient les frais d'entretien de l'armée et la solde. Or nous savons aujourd'hui que les comptes de mobilisation ont été chargés de quantité de grosses dépenses qui sont à supporter par le budget annuel ordinaire, par exemple l'achat de plusieurs immeubles, les frais de plusieurs importantes constructions telle que la grande fabrique de munition de Wimmis, les installations destinées à la fabrication d'explosifs, fabrique de mitrailleuses, etc. Je suis étonné après ces constatations d'apprendre que le Conseil fédéral demande aujourd'hui l'autorisation et le crédit nécessaire à l'achat des terrains de Dübendorf. Le manque de méthode administrative et comptable engendre l'imprécision qui nous donne une désagréable impression d'insécurité. J'espère que la proposition fondamentale du Conseil fédéral reviendra devant la commission et que nous pourrions à cette occasion y apporter les modifications que nous impose un pressant besoin de précision. Au vu de ces diverses observations tenant compte d'autre part qu'il est impossible aujourd'hui de fixer par avance le chiffre des frais de mobilisation, ne serait-il pas plus sage de procéder par la voie de la répétition de l'impôt de guerre? Il est nécessaire que les Chambres et le peuple soient exactement renseignés sur la signification de leur vote sur la portée des engagements qu'on leur demande. Je sens un impérieux besoin de précision qui est loin d'être satisfait par la formule trop vague qu'on nous présente. Quel sera le produit du nouvel impôt de guerre perçu sur la base des échelles annexes au présent projet? On l'évalue approximativement à 180 millions. Je m'attends ici encore à une surprise agréable. Les cantons dont la situation a été si éprouvée par la guerre n'échapperont pas à une réorganisation de leur fiscalité. Une réforme en vue d'un meilleur rendement exigera une revision de l'évaluation des fortunes et spécialement des taxes immobilières. Nous avons donc de bonnes raisons pour croire que la série des surprises agréables continuera. Raison de plus pour se contenter de décréter une triple perception de l'impôt de guerre. Nous ferions ainsi un sacrifice qui correspondrait pour le moment aux besoins de la situation financière. Si contre toute attente, il se vérifiait plus tard qu'un effort supplémentaire est nécessaire, il sera temps de demander au peuple suisse un nouveau sacrifice.

Concernant le type, la forme de l'impôt proposée, j'ai à formuler les observations suivantes: Je constate en premier lieu que le peuple s'est prononcé contre l'institution d'un impôt direct permanent. Nous ne voulons pas non plus un impôt temporaire suivant la formule présentée par M. le Prof. Speiser. Une triple répétition par période triennale, c'est l'impôt permanent pendant neuf ans. Le danger considérable de cette solution ne nous a pas échappé. Nous savons parfaitement que si pendant neuf ans, éventuellement douze ans, la Confédération prélève un impôt direct, nous risquons de voir cette institution s'acclimater chez nous. Ce sera une raison de plus pour exiger une sage et prudente administration des deniers publics. Il le faudra à tout prix si nous voulons éviter que plus tard on couvre par le moyen extraordinaire de l'impôt direct les dépenses ordinaires du budget. J'accepterais, parce qu'elle est une inéluctable nécessité, la triple répétition de l'impôt de guerre, bien que j'aie pleine et entière conscience du très grave danger qu'elle constitue pour l'idée fédéraliste. Je choisis ce que j'estime être un moindre mal. Entre la formule dangereuse du Conseil fédéral qui risque de nous conduire à l'impôt direct et la contribution extraordinaire de guerre j'opte pour le second système. La contribution de guerre que nous préconisons pourrait être théoriquement perçue en un seul prélèvement ou au contraire divisée en plusieurs perceptions successives. M. le conseiller national Goetschel nous propose le prélèvement unique. Cette solution qui a quelque chose de séduisant a réuni beaucoup plus de partisans qu'on l'avait prévu. Il n'y a pas lieu de s'en étonner. Si je m'inspirais exclusivement de l'intérêt politique fédéraliste, j'accepterais la solution Goetschel. Elle aurait le considérable avantage de nous libérer d'un seul coup du danger de l'impôt permanent. Malheureusement les raisons d'ordre fiscal et économique que l'on peut invoquer contre la solution Goetschel m'ont convaincu que malheureusement elle est inacceptable. Je combats cette proposition avec le profond regret de ne pouvoir m'y rallier parce qu'elle donnerait pleine satisfaction à mes soucis d'ordre politique. M. Goetschel voudrait obtenir par une perception unique la somme nécessaire à couvrir toute notre dette de guerre, c'est-à-dire plus d'un milliard. Un prélèvement aussi considérable constituerait une ponction qui équivaudrait à une saignée opérée à un moment très inopportun. Notre économie nationale, et la finance industrielle en particulier, en serait terriblement affectée. Il faut absolument que notre industrie reste en forme pour l'après-guerre. La première période de l'après-guerre sera probalement dure. La guerre fut l'occasion de progrès techniques énormes dans le domaine de la chimie et de la mécanique. Songez à l'effort industriel de l'Allemagne. La France et l'Angleterre ont doublé, triplé leurs usines. Toute cette formidable organisation industrielle orientée aujourd'hui tout entière vers la guerre s'adaptera dès les hostilités terminées avec cette surprenante rapidité qui caractérise notre vie moderne aux circonstances nouvelles. Elle cessera de faire des munitions pour préparer d'autres produits. Notre industrie rencontrera une forte concurrence sur le marché étran-

ger. Il faut se préparer à la lutte en mettant de son côté le plus possible de chances de succès. Evitons dès lors soigneusement par un prélèvement excessif sur nos possibilités financières de comprimer notre effort industriel. Il me paraît indiqué de relever également que pour effectuer par le payement unique leur contribution de guerre les capitalistes, surtout ceux dont la fortune est moyenne, auraient dû réaliser une partie de leurs titres pour se procurer des moyens liquides. La vente de ces titres se serait faite dans des conditions particulièrement défavorables. N'oublions pas que les marchés étrangers sont fermés à la liquidation des titres suisses, il aurait fallu vendre à l'intérieur du pays en jetant sur notre marché une quantité énorme de valeurs. La bourse suisse serait péniblement impressionnée par des réalisations hâtives et nombreuses. Les cours baisseraient probablement dans des proportions inquiétantes. L'économie nationale et notre crédit en souffriraient. Il est de notre devoir d'éviter à notre pays cette perturbation. Il est probable en outre qu'une partie des étrangers venus chercher asile et protection en Suisse seraient tentés de quitter notre pays pour échapper à l'obligation de payer une contribution qui, perçue en un prélèvement, apparaîtrait fatalement comme excessive. D'autres fortunes destinées à venir en Suisse attendraient probablement que le moment critique soit passé pour franchir notre frontière. Il existe donc une série de considérations dont le poids doit suffir à nous faire renoncer définitivement à la solution Goetschel. J'oppose au système Goetschel la méthode de la perception répétée. Le système Speiser, impôt temporaire, est une création temporaire destinée à devenir très rapidement une création définitive. Cette formule comme la méthode Goetschel étaient inacceptables, force nous est de procurer à la Confédération les ressources financières dont elle a besoin par une répétition multiple de l'impôt de guerre.

Maintenant faut-il prévoir deux, trois ou quatre prélèvements successifs? Je répète qu'il est impossible de prévoir aujourd'hui la solution adéquate définitive puisque nous restons dans l'impossibilité de préciser le chiffre de notre dette. Il est plus sage par conséquent de prévoir les prélèvements nécessaires à couvrir les besoins actuels. Le nouvel impôt doit garder un caractère extraordinaire. La brutalité de cette contribution à type anormal quant au taux ne m'effaye pas. J'y vois l'affirmation du caractère extraordinaire de cette contribution.

Examinant la construction technique du projet, je constate que cette contribution ne doit frapper que les fortunes et les bénéfices importants, c'est-à-dire le revenu et les bénéfices sur lesquels on peut faire un prélèvement sans priver le contribuable du nécessaire. J'accepte volontiers que l'on exonère toutes les fortunes inférieures à 10,000 francs et les bénéfices qui ne dépassent pas 3000 francs. On nous objectera que cette exonération constitue une dérogation au grand principe de la généralité de l'impôt. Je ne conteste pas qu'à l'égalité des droits civiques doit correspondre l'obligation générale de participer aux charges publiques. Ce grand principe répond à un besoin urgent de justice distributive. S'il s'agissait de construire un impôt à type normal, je n'accepterais pas que l'on déroge à ce principe. Mais comme il s'agit d'une contribution extraordinaire, nous pouvons, sans entamer cette règle d'ordre général, admettre l'exonération des contribuables à petites fortunes et à petits revenus. Il faut se souvenir aussi que tous les contribuables qui échapperont à l'obligation de la contribution de guerre sont atteints par les impôts directs cantonaux et communaux. Ils subiront inévitablement le contre-coup des événements par l'inévitable aggravation des impôts directs cantonaux et communaux. Enfin, serait-il pratique de décréter un impôt général qui frapperait tous les citoyens, y compris ceux qui reçoivent les denrées à prix réduits, aux assistés par les communes et les cantons? Je crois par conséquent que nous pouvons nous en tenir à la solution adoptée par la commission, c'est-à-dire que le prélèvement ne serait fait que sur les fortunes supérieures à 10,000 francs et les bénéfices dépassant 3000 francs. Une tendance diamétralement opposée s'est fait jour dans votre commission. Elle était représentée par ceux qui estiment que les exonérations prévues par le budget sont insuffisantes. On nous demande de porter à 30,000 francs le chiffre des fortunes affranchies de l'impôt de guerre. Admettre cette proposition, c'est exonérer de l'impôt un groupe important de contribuables qui peuvent et doivent consentir un sacrifice en faveur de la patrie. Il est certain que dans plusieurs cas, je pense en particulier aux orphelins, la fortune dépassant 10,000 francs, allant par exemple à 12 ou 14,000 francs, le projet a tenu compte de ces situations exceptionnelles. Il a prévu que le chiffre de la fortune non imposable est élevé d'une manière équitable pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant. Il faudra faire un large et fréquent usage de ce régime de faveur en l'appliquant à tous ceux dont le revenu est insuffisant. Afin d'améliorer le rendement de l'impôt, M. Gaudard a formulé le désir de voir frapper d'une façon spéciale les fortunes constituées pendant la guerre. De prime d'abord l'idée de M. Gaudard a quelque chose d'attirant. Il paraît en effet que le contribuable qui a constitué une grosse fortune pendant la guerre doit contribuer plus largement au payement de notre dette fédérale. Il ne faut pas oublier toutefois que la fortune mobilière pendant la guerre ne représente que le solde des bénéfices frappés déjà très lourdement par l'impôt sur les bénéfices de guerre.

La réalisation de l'idée Gaudard constituerait en réalité une répétition de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Elle est dès lors inacceptable. Si certains gains réalisés pendant la guerre n'ont pas payé intégralement l'impôt sur les bénéfices de guerre, la Confédération a un délai de cinq ans pour les percevoir.

Puisque nous touchons à l'impôt sur les bénéfices de guerre, je veux profiter de cette occasion pour faire ici une remarque. J'ai toujours préconisé une imposition énergique des bénéfices de guerre. On leur a appliqué une échelle de taux très lourde. Cette méthode répond au caractère spécial de ces bénéfices. Dans les pays voisins, en France, en Angleterre en particulier, on a appliqué des taux beaucoup plus élevés. Mais on a

exonéré tous les bénéfices à la création d'usines nouvelles ou à l'extension d'usines déjà existantes. C'était de bonne politique. Nous approchons de la fin de la guerre, c'est-à-dire de la période d'après-guerre. Pour tenir compte du besoin d'identifier nos possibilités de production industrielle, ne serait-il pas indiqué d'appliquer un régime de faveur, par exemple le demi-taux aux bénéfices immobilisés en créations nouvelles ou affectés à l'extension des usines existantes? Ce serait une bonne manière de préparer l'après-guerre. Si la proposition Gaudard devait tendre à l'introduction d'une taxe générale de mieux-value, nous aurions l'obligation de la combattre sous cette forme parce qu'elle constituerait un nouvel impôt que nous voulons conserver aux cantons.

Les modalités de l'impôt proposées par le Conseil fédéral répondent d'une manière générale aux principes et aux règles d'une fiscalité bien équilibrée. Nous les recommandons à votre acceptation. Sous la réserve formelle de préciser et de limiter la portée du nouvel impôt directement par des chiffres ou indirectement en fixant le nombre de répétitions, nous pouvons accepter la solution du Conseil fédéral. Elle constitue un compromis. Nous vivons de concessions et je crois que dans le cas particulier les fédéralistes font une concession au moins aussi considérable que ceux qui tendaient à l'introduction de l'impôt permanent ou temporaire. Je crois que, à la condition d'en préciser la portée, cette contribution constituera une solution politique vraiment sage, une oeuvre de bonne justice sociale et de saine politique fiscale. Elle contribuera au maintien du crédit de la Confédération qui est resté très bon jusqu'ici. Je tiens à affirmer en outre à cet égard que le maintien du crédit de la Confédération dépend beaucoup moins de la quotité de notre dette de guerre et de l'allure à laquelle on va l'amortir que du maintien intégral de l'ordre à l'intérieur. Si nous maintenons l'ordre intégralement à l'intérieur, notre crédit restera intact. Par conséquent, pas de concession, pas de compromission, pas de capitulation devant les sommations, devant les menaces, manifestations incompatibles avec les principes et l'esprit qui ont fait l'honneur et la puissance politiques et financières du peuple suisse. Le soviet d'Olten a eu des conséquences fâcheuses pour notre crédit à l'étranger. Nous le savons de la façon la plus certaine. Faisons tous tout notre possible pour assurer une répartition toujours plus équitable des denrées alimentaires, pour alléger les difficultés du ravitaillement des populations citadines ouvrières. Mais à l'égard des fauteurs de désordres, à l'égard des professionnels de l'agitation, le gouvernement fédéral doit rester ferme et agir avec la dernière rigueur. Le peuple attend cela du Conseil fédéral. Je garde pleine et entière confiance dans l'avenir, à la condition que l'on maintienne un ordre parfait à l'intérieur.

Je termine en répétant ce que notre regretté collègue M. Tissières disait en mars dernier: Si la providence nous garde jusqu'à la fin de la guerre, si nous conservons intacte toute notre jeunesse qui a gagné en virilité, en énergie par la mobilisation, si nous gardons intégrale notre puissance industrielle, la situation de la Suisse comparée à celle des Etats voisins, même après le consentement des sacrifices que l'on nous demande, reste une situation privilégiée.

M. le **Président:** Il vient d'arriver une lettre de l'Union des Villes suisses. Conformément au règlement, elle sera renvoyée à la commission.

Cette lettre est ainsi conçue:

Zurich et **Berne,** le 17 septembre 1918.

Au Conseil national, Berne.

Monsieur le Président et Messieurs,

L'assemblée générale de l'Union des villes suisses réunie à Berne le 7 septembre 1918 a pris à l'unanimité la décision d'intervenir auprès de votre haute assemblée pour la prier de bien vouloir introduire dans le nouvel article de constitution sur le renouvellement de l'impôt de guerre des dispositions relatives aux communes suisses. Nous avons constaté avec regret que la commission du Conseil national avait repoussé la proposition d'accorder aux communes qui ont souffert dans leurs intérêts économiques par le fait de la guerre, le 50 pour cent de la part du produit de l'impôt attribuée aux cantons. Vous n'ignorez pas, Monsieur le Président et Messieurs, que certaines communes, notamment les grandes villes, ont vu leurs finances gravement compromises par les publications qui leur ont été imposées par la crise, et cela, le plus souvent, en vertu d'arrêtés ou d'ordonnances fédéraux. Elles ont été mises à contribution dans une mesure bien plus large que les finances cantonales. Il serait donc juste et équitable qu'elles reçoivent en retour une partie des sommes rétrocédées aux cantons. Nous vous prions en conséquence de bien vouloir introduire dans l'article constitutionnel une disposition formelle répondant à notre désir.

Veuillez agréer, Monsieur le Président et Messieurs, l'assurance de notre haute considération.

Au nom de l'Union des Villes suisses

Le Président: Dr. Paul Maillefer. — Le Secrétaire: Dr. von Schulthess.

M. **Maunoir.** Pourquoi cette hâte, pourquoi cette précipitation dans l'examen d'une question aussi importante? On dirait vraiment que le feu est à la maison. Les membres de la commission ont reçu le message du Conseil fédéral huit jours avant de se réunir. Réunie à Interlaken, celle-ci a mis les bouchées doubles, elle a travaillé le matin et l'après midi, voire même le soir.

Il fallait absolument arriver avec un travail immédiatement fait, préparé, de manière à le présenter aux Chambres, et aujourd'hui que voyons-nous? Nous sommes à peine arrivés hier, qu'à huit heures du matin, le second jour, il y a à l'ordre du jour ce projet d'impôt, comme si l'on n'avait que juste le temps d'arriver. Cependant peu à peu les opinions se tassent, les esprits réfléchissent. J'en veux pour preuve le discours très intéressant du rapporteur de la majorité, car M. Musy était rapporteur de la majorité et je dois dire que ce rapport de majorité facilite grandement le rapport de minorité.

J'en suis particulièrement heureux, car tout à l'heure, vous allez le voir, je tomberai entièrement d'accord avec lui sur la proposition principale qu'il vous a faite, en son nom personnel, de limiter la répétition de cet impôt de guerre. Dans la commission, j'ai esquissé déjà quelques amendements. L'un d'entre eux a franchi heureusement le cap de la résistance et je dois dire que M. le Conseiller fédéral Motta a reconnu, en ce qui concerne les sociétés anonymes pour le capital non versé, qu'il y avait une concession à faire sur laquelle j'ai obtenu partiellement succès; sur d'autres, je n'ai obtenu l'appui que de minorités; sur d'autres enfin je me suis borné à faire des réserves. Mais aujourd'hui j'estime que nous devons arriver à donner un corps à ces réserves et faire des propositions concrètes, maintenant que nous avons eu le temps entre la réunion de la commission et celle des Chambres, de consulter un peu les milieux intéressés, de voir les objections faites et de voir ce qu'il avait à en prendre.

N'oublions pas que le peuple suisse a rejeté l'impôt fédéral direct parce qu'il y a vu principalement un danger pour les cantons. Je me demande si aujourd'hui avec la proposition du Conseil fédéral telle qu'elle nous est faite on ne nous ramènerait pas petit à petit et tout tranquillement à un autre impôt fédéral direct; car cette répétition pour des années et des années finirait par habituer le peuple à l'idée qu'on peut prélever, en dehors des impôts cantonaux et municipaux, une partie de la fortune publique en faveur de la Confédération et on nous mènerait tout tranquillement au voeu des socialistes qui est d'établir un impôt direct permanent. Voilà le gros danger d'un projet dont la durée est indéfinie et dont nous ne savons pas encore la portée, parce que nous ne savons pas quand la guerre finira. Rien ne nous garantit qu'elle sera finie non pas cette année, mais même l'année prochaine; par conséquent nous risquons de voir cette répétition à l'infini sans avoir de données exactes et suffisantes pour asseoir cet impôt sur une durée limitée à un temps donné. Je remarque que volontairement ou involontairement beaucoup de personnes se laissent peu à peu gagner par les préoccupations démagogiques. Nous l'avons déjà signalé dans l'impôt fédéral direct; nolens volens, il en reste encore quelque chose et nous entendons continuellement tenir ce langage: Mais voyez-vous, le peuple veut ceci, veut cela. Faites attention. Je comprends très bien qu'on reste en contact avec le peuple et qu'on s'inspire de ses désirs, mais il ne faut pas aller au delà de ses désirs et si on a vu une majorité repousser des propositions démagogiques, il ne faut pas se laisser entraîner à trop vouloir contenter ces minorités qui ne se laisseront jamais contenter et repousseront tout ce qui ne leur plaît pas personnellement pour essayer de revenir à d'autres prétentions si elles le jugent bon. Nous le voyons au cantonal. Ce qui s'est passé dans le canton de Bâle est de nature à frapper nos imaginations et à nous montrer quel chemin gagnent toutes ces idées et combien on veut arriver dans toutes les circonstances à flatter le peuple. Nous l'avons vu dans le soviet d'Olten auquel a fait allusion M. Musy où à son avis comme au mien on a trop facilement courbé l'échine devant ces revendications et discuté sur des propositions qui, en elles-mêmes, pouvaient être sérieuses mais qui ne demandaient pas — si vous me permettez cette expression — les gants qu'on a mis pour parler à ces Messieurs. J'estime que nous devons réagir contre ces tendances. Petit à petit, de tous les côtés non seulement on dit: Il faut frapper les riches, ce que je comprends à la rigueur — et je suis tout le premier à estimer qu'ils doivent payer leur part — mais on ajoute que le capital, c'est l'ennemi. Le capital est au contraire la base nécessaire pour sauvegarder notre pays après la guerre et lui conserver son rang au milieu des autres nations. Je ne pense pas que l'exemple de la Russie soit là pour nous tenter. On y a pillé et détruit le capital. Est-ce que même ceux qui sont les plus avancés d'idées estiment que ce pays est dans une situation économique meilleure qu'avant? Est-ce qu'ils estiment que l'on prépare la reconstitution social du pays par les moyens que l'on a employés? Evidemment non. Dans tous les pays on se préoccupe de la question de sauvegarder le capital, en France en particulier où, comme l'a démontré aussi M. Musy, la dette sera bien plus considérable comparativement à la fortune publique et au nombre d'habitants que chez nous. Les économistes les plus modernes mettent en garde tous les législateurs contre la tentation de trop frapper le capital et leur en montrent le danger. J'ai lu tout récemment dans la Revue des Deux mondes du 15 juin dernier un article très intéressant que je recommande à l'attention de tous ceux que cela pourra captiver. Il est intitulé: « Le capital et les impôts sur le capital » par Rafaël-Georges Lévy. Il donnait cette définition: « Qu'est-ce que le capital selon l'imagination populaire? C'est l'accumulation, dans les mains de certains individus, de quantités considérables de monnaie, au moyen desquelles ils paraissent en mesure de se procurer le nécessaire, le superflu et même l'inutile. . . . Toute richesse est susceptible de devenir un capital par la volonté de l'homme qui, la possédant, ne la consomme pas. Ainsi s'explique la formation des capitaux mobiliers. La même richesse sera revenu ou capital, selon qu'elle sera consommée immédiatement par son possesseur, ou au contraire mise de côté par lui, de façon à reproduire de la richesse. Un cultivateur récolte dix hectolitres de blé, il en mange neuf, c'est du revenu. Il en met un de côté pour servir à ses semailles de la saison prochaine. C'est du capital. Chaque grain de blé qu'il jettera dans le sillon en produira dix, quinze, vingt l'année suivante. Ceux-ci, à leur tour, seront du revenu ou du capital, selon l'usage qu'en fera le récoltant ». Et démontrant ensuite dans une série de pages que le capital a été la raison principale, le facteur essentiel du progrès, l'auteur en arrive à cette conclusion: « Il serait temps de faire disparaître une bonne fois de nos discussions politiques et économiques les attaques contre ce qui est le principe même de toute existence collective et individuelle. Il faut éclairer l'opinion publique et faire comprendre à chacun que sa vie dépend du maintien, au sein de la nation, des capitaux qui y existent sous des formes multiples, et que cette vie sera d'autant plus facile que des capitaux plus nombreux et plus considérables se formeront. Le jour où les masses populaires seront convaincues de cette vérité élémentaire, un pas immense aura été fait dans la voie de la paix sociale, de l'entente entre tous les citoyens. Leur collaboration harmonieuse résoudra alors bien des problèmes qui

nous effrayent aujourd'hui et dont nous ne trouvons pas la solution, parce que nous n'avons pas le courage de dire au peuple la vérité, parce que, au lieu de louer ceux qui épargnent nous semblons les blâmer et qu'au lieu de les pousser dans cette voie par une législation intelligente, nous paraissons prendre plaisir à les en détourner. » La conclusion définitive de cet article à laquelle nous pouvons souscrire pleinement est celle-ci: « Nous espérons que le bon sens de nos législateurs nous épargnera une expérience, qui présenterait le double danger de ne fournir au budget que des rentrés bien inférieures à ce que l'on imagine et de tarir dans leur source les éléments de la prospérité nationale. »

J'ai fait ces citations pour vous bien démontrer qu'au lieu de considérer le capital comme un ennemi, nous devons encourager son développement sous toutes ses formes et éviter de l'écraser sous des impôts exagérés.

Or je prétends, et je le démontrerai tout à l'heure, qu'avec la progressivité qui est proposée dans le projet actuel nous allons au-devant non pas seulement d'un prélèvement sur le revenu mais d'une restriction d'une partie du capital. En effet, beaucoup de contribuables ne pourront satisfaire à ces obligations fiscales que par la destruction d'une partie de leur capital, c'est-à-dire par le prélèvement sur ce capital du montant nécessaire au payement de l'impôt qui leur sera réclamé. Je reconnais que le Conseil fédéral, dans son message, s'est inspiré des mêmes principes pour combattre la proposition de M. Goetschel. Le Conseil fédéral nous dit textuellement ceci: « Pour être en mesure d'acquitter l'impôt, de nombreuses personnes devraient faire des dettes, c'est-à-dire se procurer de l'argent à des conditions désavantageuses, ou, alors, aliéner des biens avec de grandes pertes. La fortune publique et, par conséquent, aussi la force contributive seraient affaiblies, ce qui serait excessivement grave au point de vue économique et au point de vue de politique fiscale. » Le Conseil fédéral a aussi dit, à propos de la proposition de M. Gaudard, cette phrase que je relève spécialement: « Il y a lieu d'ajouter qu'une augmentation de fortune qui n'est pas la conséquence d'un bénéfice proprement dit, mais d'une limitation dans les dépenses et qui constitue dès lors une saine épargne, ne saurait guère être imposée encore spécialement. L'Etat a un intérêt considérable, spécialement à l'époque actuelle, à ne pas paralyser mais à encourager les tendances à l'épargne ». Donc, le Conseil fédéral est d'accord qu'il ne faut pas entamer le capital. Mais est-il bien sûr qu'avec le projet actuel il n'arrive pas justement à fin contraire de ce qu'il défend, au point de vue des principes, dans son propre message?

Je désire examiner très brièvement trois ou quatre points qui feront naturellement l'objet de propositions concrètes lorsque nous arriverons, après l'entrée en matière sur le projet, à la discussion article par article. En principe, le Conseil fédéral dit donc que nous éteindrons les trois quarts de la dette de mobilisation. M. le rapporteur Musy vous a indiqué des chiffres précis; je n'y reviens pas. Mais le premier impôt de guerre a déjà fourni 90 millions à la caisse fédérale et l'impôt sur les bénéfices de guerre, 250 millions. Suivant les prévisions, il resterait donc à amortir 485 millions, pour arriver aux trois quarts de la dette de mobilisation.

Entendons-nous tout d'abord sur ce que c'est que la dette de mobilisation! Comprend-elle seulement les dépenses nécessaires à couvrir la frontière ou bien n'y a-t-on pas introduit une quantité d'autres dépenses qui ne rentrent pas dans le cadre de la dette de mobilisation proprement dite. On a cité déjà quelques exemples. Je pourrais en citer d'autres. Il n'y a pas que des immeubles acquis dont on a comptabilisé le prix dans les dettes de mobilisation, mais il y a encore les frais de construction de routes entières qui subsisteront après la guerre; il y a tout l'équipement nouveau des soldats de même que l'achat de gros matériel, de centaines de mitrailleuses et même la nourriture de la population civile indigente. (M. le Conseiller fédéral **Motta.** C'est une erreur.) Cela m'a été affirmé par un membre de la commission. Je voudrais qu'on arrivât a définir d'une manière certaine et précise ce que c'est que cette dette de mobilisation et que l'on en sorte les postes qui n'ont rien à y faire et dont les frais doivent être supportées non pas par le 9 pour cent de la population, mais par le budget ordinaire de l'Etat, c'est-à-dire par l'ensemble du peuple suisse, par la voie des impôts indirects et autres. Je constate donc qu'il y a incertitude complète sur la nature de cette dette de mobilisation. De même, il y a incertitude sur la durée de cette mobilisation, c'est-à-dire sur l'augmentation de la dette qui en résulte. Qui nous dit que cette guerre ne durera pas encore un ou deux ans, peut-être même davantage? Nous n'en savons rien! Et nous irions maintenant, d'avance, de gaité de coeur, voter un impôt qui se répétera trois, quatre, cinq ou six fois, afin de couvrir les trois quarts de la dette de mobilisation! On vous a démontré tout à l'heure que le crédit de la Suisse était loin d'être compromis. On vous a montré des perspectives encore vagues il est vrai en ce qui concerne nos recettes d'après-guerre. Alors pourquoi ne pas nous contenter d'une simple répétition de l'impôt de guerre renouvelé, une, deux ou trois fois? J'étais arrivé avec l'intention formelle de ne demander ici que deux répétitions de l'impôt de guerre. Cette solution me paraissait très suffisante. Si pour répondre à quelques désirs exprimés dans quelques milieux financiers, on devait arriver à permettre le payement de cet impôt en quatre au lieu de trois annuités — il faudra peut-être y arriver quand même parce qu'on a exagéré la somme que le contribuable peut donner chaque année, — nous aurions alors un impôt qui serait perçu pendant huit ans. Et que se passera-t-il? Au bout de huit ans la guerre sera pourtant finie. Nous pourrons voir alors si la prospérité nationale ne permet pas de nous soulager d'une partie de la dette. Nous avons du temps devant nous. Dans l'avenir rien ne nous empêchera d'examiner à nouveau la solution ou d'en rechercher une autre. Et alors même s'il fallait répéter une fois de plus l'impôt de guerre, nous pourrons le faire par un nouvel arrêté. Mais pourquoi nous engager aujourd'hui pour des années et des années sans savoir si nous n'aurons pas plus tard à notre disposition d'autres ressources qui permettront de faire face à nos dépenses. J'estime que c'est là un des points les plus sensibles de la question et que si vous ne voulez pas accumuler les oppositions contre le projet, car

vous en rencontrerez detous les côtés de l'assemblée et dans le peuple suisse, vous devez faire une concession de ce côté-là. Vous rencontrerez l'opposition annoncée par les socialistes qui sont décidés, à ce que l'on raconte — je ne sais s'ils vont changer d'idée — à repousser tout ce qui ne sera pas l'impôt direct qu'ils ont suggéré. Si à ce premier camp viennent s'ajouter les opposants des milieux libéraux fédéralistes qui s'inquiètent de l'allure avec laquelle on veut les faire marcher dans l'impôt de guerre, vous constaterez que votre projet risque de compromettre tout le résultat auquel vous tendez. Je crois donc qu'il vaut beaucoup mieux nous limiter pour le moment, quitte à reprendre la question si après plusieurs perceptions il est démontré que le résultat de l'impôt est insuffisant.

On a abordé aussi la question du dégrèvement des fortunes jusqu'à 10,000 fr; on a dit qu'au sein de la commission il avait même été proposé de porter cette limite à 15,000. Les rapporteurs de la majorité ont indiqué les raisons de ce dégrèvement jusqu'à la limite qu'ils proposent. Comme dit le message du Conseil fédéral, une grande partie de la population est obligée de frapper à la porte des secours. Or avec un dégrèvement jusqu'à 10,000 fr., c'est le 9,15 pour cent de la population domiciliée en Suisse qui a payé le premier impôt de guerre et d'autre part le 20,36 pour cent des adultes jouissant d'un produit du travail. Or ce n'est pas le 91 pour cent de la population qui réclame des secours. Je prétends qu'il y a eu là une faute initiale. Lors du premier impôt de guerre, il existait un enthousiasme général en sa faveur. Mais on a eu des préoccupations de scrutin, on a craint l'échec du projet et l'on n'a pas osé frapper trop de personnes. Il est immoral d'instituer un principe d'après lequel la grande majorité du peuple vote un impôt qui est supporté par une infime minorité des citoyens. Si on développe ce système, il n'y a pas de raison de s'arrêter à l'avenir. Le résultat peut en être excessivement dangereux au point de vue économique et au point de vue de l'équilibre financier en général. J'estime que, sans entrer dans l'idée d'un impôt de capitation, nous devons descendre ce minimum de façon à intéresser le plus grand nombre possible de personnes à cet impôt. Mais on prétend que cela paraît difficile et qu'il n'en vaut pas la peine. Le possesseur d'une fortune de 10,000 fr. paye bien le 1 pour cent, c'est-à-dire 10 fr. dont le versement serait échelonné sur 3 ans, soit 3 fr. 33 cts. par année. Or je prétends qu'il ne sera pas plus difficile d'obtenir ce versement pour des fortunes inférieures. Au point de vue moral, la situation serait beaucoup plus normale et elle répondrait au désir que j'ai entendu exprimer dans des milieux différents par nombre de citoyens. De tous côtés on dit: Pourquoi ne nous demande-t-on pas notre modeste obole? Nous la donnerions volontiers, car nous sommes citoyens comme les autres et nous avons conscience non seulement de nos droits, mais de nos devoirs. Par le projet actuel, le 91 pour cent de la population, je le répète, serait exempté de l'impôt alors qu'une bonne partie de ce 91 pour cent désire payer loyalement sa part.

Je passe à la question de la progression. Elle a été portée du 15 pour cent au 25 pour cent. J'estime que c'est réellement là une progression spoliatrice. Je tiens à ce qu'il n'y ait pas d'illusion à cet égard. Ce n'est pas pour ma paroisse que je parle. Je ne suis heureusement pas au nombre des millionnaires, mais j'estime qu'il faut être juste et qu'on ne peut pas écraser les millionnaires parce qu'ils sont millionnaires. Il faut réagir contre cette tendance suivant laquelle on veut imposer aux détenteurs de fortune un taux d'impôt exagéré. J'ai voulu me rendre compte à quel chiffre arriverait l'impôt de guerre additionné aux impôts cantonaux et municipaux pour une fortune déterminée. Vous me direz ensuite si vous estimez que c'est juste de prélever autant. J'ai choisi comme base le système fiscal de mon canton; chacun pourra prendre le sien comme point de comparaison et faire le même calcul. J'observe immédiatement que pour plusieurs cantons le total de l'impôt à payer sera plus élevé que dans le canton de Genève qui passe pour avoir un impôt relativement modéré. Je m'abstiendrai de vous donner tous les détails de mon calcul et de vous énumérer les différentes taxes que nous avons, taxe professionnelle, taxe sur le revenu. Bref, au municipal, le contribuable possédant 2,500,000 fr. payerait environ 2100 fr., au cantonal, une somme bien supérieure, environ 14,000 fr., même 15 à 16,000 fr. s'il est libéré du service militaire et doit payer la taxe militaire. Pour l'évaluation de l'impôt fédéral de guerre, j'ai supposé qu'une partie de sa fortune est constituée en mobilier, immobilier, en actions de sociétés, puis le produit du travail et j'arrive à un total de 18,539.50 francs en trois ans, montant à ajouter aux 16,000 fr. d'impôt cantonal et communal. Ainsi le propriétaire d'une fortune de 2,500,000 fr. aurait à payer en 3 ans une somme dépassant 34,000 fr. Si vous défalquez de la fortune immobilière de ce contribuable celles de ses actions qui ne donnent actuellement aucun revenu, puisqu'un certain nombre sont frappées d'interdictions dans les pays avoisinants, vous constaterez que pendant la guerre le rendement de sa fortune est de 3 pour cent et vous allez donc lui prendre sur 75,000 fr. de revenus dont il dispose, plus de la moitié de cette somme. J'entends d'avance certains orateurs venir déclarer: Oh mon Dieu, ce contribuable est déjà bien heureux de pouvoir disposer de 35,000 fr. Oui, mais tout son budget est équilibré sur les recettes dont il a l'habitude de disposer. — Quantité de tiers profitent de sa fortune. S'il doit se restreindre, ce sera en se débarrassant de son automobile, donc en renvoyant son chauffeur, en congédiant un ou deux domestiques, en changeant d'appartement, en s'interdisant des dépenses de luxe, autant de choses qui font vivre une partie de la classe ouvrière. La diminution de ses dépenses équivaut à une diminution des recettes dont bénéficient les premiers intéressés. C'est là une démonstration évidente qu'il ne faut pas écraser le capital en le frappant d'une façon exagérée. Je prétends que même sur le revenu beaucoup de personnes ne pourront accepter le nouvel impôt de guerre à moins de sacrifier à un moment défavorable des actions dont elles ne retrouveront plus ainsi, plus tard, le bénéfice correspondant de hausse lorsque la situation sera redevenue normale.

J'ai voulu vous faire toucher du doigt cette situation. J'estime qu'il faut avoir le courage de l'affirmer: cette démonstration prouve que tout le monde est solidaire et que tous les milieux sont intéressés à ne pas écraser le capital, mais à le voir au

contraire prendre toute sa force d'expansion qui se répercute dans les différents classes de la société.

Il y a aussi l'argument fédéraliste, ceci non pour m'opposer à l'entrée en matière, mais pour proposer des modifications de détail. C'est une question de saine politique. Si l'on nous habitue à des impôts si exagérés pendant un nombre illimité d'années, nous allons tout droit à l'impôt direct fédéral permanent, que nous avons tous combattu. Nous nous y laissons insensiblement glisser. C'est ce que nous ne voulons pas. Il faut donc limiter la durée de cet impôt de guerre. Nous sommes d'accord de demander un effort considérable à celui qui possède, mais attendons l'avenir avec confiance pour rechercher la meilleure solution propre à éteindre notre dette sans rien précipiter. Nous ne voulons pas tuer le capital ni l'initiative privée.

Je puis citer un cas récent — j'éviterai toutefois de prononcer un nom, mais un cas typique, celui de quelqu'un qui a fait un bénéfice de guerre d'environ 2 millions. Il s'est vu solliciter de mettre 500,000 fr. dans une nouvelle industrie. Avant de prendre une décision, il a fait le calcul des risques qu'il courait. Il s'est rendu compte qu'avec les impôts dont il était menacé, impôts cantonaux d'abord — car nous ne tenons pas assez compte de cet élément de discussion et pourtant les cantons ont besoin d'argent et tous prévoient une augmentation considérable de leurs impôts — cet homme, en faisant le calcul des différents impôts à payer, impôts cantonaux, impôt de guerre répété, impôt sur les bénéfices de guerre est arrivé à cette conclusion: Je cours des risques trop grands pour ne gagner que 25 à 30,000 fr. après tout ce qu'on m'aura prélevé, ce n'est pas la peine de courir des chances, je ne donne pas mon capital dans ces conditions-là.

On arrive à décourager ainsi l'initiative privée à un moment où, au contraire, nous devrions tout faire pour nous présenter dans les meilleures conditions possibles dans la lutte mondiale qui va se livrer.

Je prétends, en outre, que nous ne devons pas nous laisser gagner par l'idée que d'autres pays frappent d'un grand nombre d'impôts leurs contribuables. Plus la Suisse se présentera avec un capital intact, plus elle sera en mesure de lutter avantageusement au milieu des pays qui l'environnent; mieux elle tiendra son rang dans le monde et mieux se développera la prospérité du pays et par conséquent de tous les contribuables.

J'en arrive à cette conclusion, je le répète, non pas pour proposer la non-entrée en matière, mais pour me réserver le droit de faire des propositions concrètes, lorsque viendra la discussion article par article.

M. **Götschel:** Tout le monde reconnaît que la dette de mobilisation, dont la limite ne peut encore être déterminée définitivement, pèse lourdement sur le budget et la situation financière en général, qu'elle constitue une sérieuse entrave à la réalisation des projets d'économie sociale et un obstacle à toute décision ferme, en vue de l'assiette et des rapports économiques d'après-guerre. Les pouvoirs publics ont des devoirs à remplir et manqueraient à leur tâche si pour des raisons financières, ils en suspendaient l'accomplissement. La prospérité nationale et l'entente confédérale dépendent incontestablement des oeuvres sociales et économiques qui doivent constituer un programme commun à toute la représentation sans distinction de couleurs politiques. Et je crois que sur ce point, il n'existe pas de divergence dans cette enceinte.

Mais ce qu'il importe avant tout, c'est d'alléger le fardeau financier et de supprimer la gêne provenant de la dette, de façon à pouvoir établir pour l'avenir un budget solide en considérant dès maintenant les nouvelles dépenses que nécessiteront, d'une part, la consolidation et les modifications de l'édifice social et, de l'autre, celles que réclameront les améliorations de l'outillage économique national. Il faut que nous puissions engager les pourparlers et les négociations en vue de l'après-guerre libérés de toute entrave, avec comme on dit les entournures dégagées.

La dette appelée communément dette de mobilisation est une dette imprévue provenant d'une cause exceptionnelle, d'une surprise, la guerre. — Elle représente sans aucune contre-valeur appréciable, un poids mort, un engagement qui pèse d'une façon écrasante sur notre situation financière, et qui alourdit la respiration de notre organisme.

La guérison de ce malaise, s'il ne paralyse pas toute oeuvre utile, en rend l'accomplissement difficile et compliqué, et dans un moment particulièrement inopportun. Avant d'étudier les remèdes à cette situation, il importe de fixer, du moins par approximation aussi exacte que possible, la dette exceptionnelle imprévue, qui comprend: a) les dépenses de mobilisation; b) les déficits budgétaires ou pour mieux dire les déficits de l'administration.

Les frais de mobilisation proprement dits à fin décembre 1918, chiffre admis par le C. F.: 1,070,000,000; les déficits des comptes administratifs de 1914 à 1917, augmentés des excédents des nouvelles allocations de renchérissement aux employés et ouvriers, au delà de ce qui est prévu au budget: 180,000,000. Total 1,250,000,000 francs.

Ce chiffre devra encore être majoré d'environ fr. 50,000,000 formant les dépenses approximatives de prévoyance sociale, non devisées, telles que délivrance à bon marché de pain et de lait aux classes pauvres, participation à l'assurance contre le chômage, etc., de sorte que la dette de mobilisation peut, sans exagération, être évaluée à fr. 1,300,000,000 à la fin de l'année, si d'autres facteurs de majoration ne se produisent pas. Et si la guerre continue après 1918, et qu'on ajoute encore à ce chiffre les dépenses extraordinaires, inévitables, non couvertes par les recettes ordinaires, cette dette pourra encore s'augmenter dans des proportions qu'on ne peut déterminer à vues humaines.

Pour amortir cette dette et payer les intérêts, le fisc dispose: a) du rendement du premier impôt de guerre qui a produit en chiffres ronds Fr. 95,000,000; b) du rendement de l'impôt des bénéfices de guerre, qui peut être évalué au total, pour les années 1915, 1916, 1917 et 1918 en chiffres ronds, à fr. 250,000,000; c) d'autres recettes extraordinaires telles que extension de la taxe militaire, loi sur le timbre, taxes postale etc. frs. 50,000,000.

Je ne parle pas des taxes pour autorisation d'exportation, des taxes prélevées sur l'industrie et l'exportation du lait, sur l'exportation du fromage et de la part de la Confédération aux bénéfices de l'Union suisse des exportateurs de fromage qui ont

été absorbées par les dépenses occasionnées par les mesures de prévoyance sociale. Au surplus, ces recettes diminuent très sensiblement de sorte qu'on peut dire qu'elles ne sont que des recettes de fortune qui déjà maintenant ou bientôt ne suffisent plus à couvrir les dépenses auxquelles elles étaient destinées.

Les ressources financières actuelles pour couvrir cette dette sont donc relativement modestes, et une minime partie seulement pourrait être libérée, ce que du reste le Conseil fédéral dans son message du 5 avril 1918 a expressément reconnu.

Il ne faut pas perdre de vue, qu'indépendamment de cette grosse dette, il faut s'attendre, ainsi que nous l'avons dit, aux dépenses imprévues que peut nous réserver la continuation de la guerre, l'état de stagnation économique et sociale pendant un temps qu'on ne peut déterminer après la cessation des hostilités, jusqu'au rétablissement, je ne dirai pas d'une situation normale, mais d'une situation mieux ordonnée. C'est là une inconnue qui pourrait nous réserver des surprises plutôt décevantes.

Il ne faut pas qu'à chaque instant, aussi bien à l'intérieur qu'à l'extérieur, on puisse brandir le spectre de la dette et qu'on puisse nous reprocher un acte de faiblesse parce que nous n'aurions fait aucun effort exceptionnel pour nous libérer ou nous alléger. Notre pays et notre peuple sont assez sains et assez conscients de leurs devoirs de citoyens libres et qui veulent rester libres pour s'imposer un sacrifice qui ne fera que les grandir.

Le crédit public, la confiance dans nos institutions politiques et dans nos pouvoirs, sollicitent une libération ou une consolidation rapide et vigoureuse de nos finances fédérales. — Il faut que si, ce qui paraît probable, nous avons recours à l'emprunt pour satisfaire à nos besoins futurs, nous puissions faire des émissions qui soient bien accueillies sur le marché mondial et dont le mode radical de libération d'une dette stérile soit le gage et l'assurance de leur solidité.

Lorsqu'on pourra proclamer que la petite Suisse s'est imposée presque spontanément un effort aussi considérable en vue d'assainir la situation financière en apparence obérée, chacun devra reconnaître que notre pays entend continuer au prix des plus grands sacrifices, ses traditions d'ordre et de sécurité dans nos affaires publiques.

Ce geste signifiera la libération à l'intérieur, le respect, l'admiration et le crédit à l'extérieur.

Comment libérer la dette? Par l'emprunt amortissable? Ce mode classique de libération et de longue durée exige un service d'intérêt et d'amortissement qui absorberait le plus clair des ressources fédérales en dehors du budget normal. Cet amortissement qui, dans les conditions habituelles et mêmes futures du marché d'argent, coûterait en frais et provision une somme que l'on peut sans témérité évaluer au 6 pour cent constituant une perte sèche initiale et certaine de 70 millions en chiffres ronds qui, capitalisée jusqu'au remboursement de l'emprunt, représente plus de fr. 400,000,000 si l'emprunt est remboursé en 40 ans, et plus de fr. 600,000,000, s'il l'est en 50 ans.

Les annuités exigeront 70 à 75 millions qui pendant une longue série d'années épuiseraient presque toutes les ressources extraordinaires et nouvelles.

C'est ajourner à des temps indéfinis la réalisation urgente des projets d'amélioration sociale (assurance-vieillesse, maladie et chômage) c'est rouvrir les conflits entre les partisans de la souveraineté fiscale des cantons et celle de la souveraineté fiscale fédérale.

L'emprunt amortissable doit donc être écarté pour des raisons politiques, financières et d'opportunité. Le Conseil fédéral propose un système intermédiaire. C'est celui qui fait l'objet du message du 5 août 1918. Je m'empresse de dire que ce système a rencontré l'adhésion de presque tous les experts qui ont eu à l'étudier et de la commission du Conseil national qui en a récemment délibéré.

C'est peut-être une présomption que de vouloir tenter une réaction contre ce projet qui a l'approbation des commissions préconsultatives.

Malgré tout j'ai la foi dans l'utilité et l'opportunité d'une libération plus rapide et je persiste à croire qu'un prélèvement unique en est le moyen le plus désirable et le plus rationnel. Si ma proposition est rejetée, j'espère dans l'intérêt du pays que l'avenir me démontrera que j'ai eu tort de désirer une extinction aussi radicale de la dette.

Pour le moment j'ai, comme réconfort, les encouragements écrits et verbaux qui me sont parvenus de tous côtés de la part d'industriels, de banquiers, de commerçants, de propriétaires fonciers, d'agronomes et encore des représentants des petites classes.

Le système proposé par le Conseil fédéral comporte un danger général, c'est l'acheminement vers l'impôt fédéral permanent. On s'installe dans un impôt provisoire, on s'y trouve bien, on y reste. (Rires.)

C'est, avec cet impôt, l'extension toujours plus grande et plus envahissante de la bureaucratie et les embarras vexatoires de la taxation à côté de ceux des cantons et des communes.

Le projet du Conseil fédéral prévoit 3 ou 4 renouvellements triennaux d'un impôt sur la fortune et le produit du travail et pour les sociétés anonymes, un impôt combiné sur le capital et sur le rendement de la société (anonyme), le tout dans un sens progressif. Le rendement triennal est évalué à fr. 145 millions en chiffres ronds, et pour couvrir le solde des ¾ de la dette de guerre par 475 millions, déduction faite du produit du premier impôt de guerre et des bénéfices de guerre, il faudra donc renouveler cet emprunt quatre fois, ce qui signifie que pendant 12 ans au moins, cet impôt subsistera. Je n'ai pas vu si en chiffrant à 1100 millions la dette de mobilisation, on a tenu compte des intérêts et des frais d'émission qui pourtant ne sont pas à négliger.

Il s'agit donc bien d'un impôt, pour l'instant limité, à 9 et 12 ans ou davantage que crée le projet du Conseil fédéral.

Est-ce bien ce que le peuple a voulu en se prononçant comme il l'a fait le 2 juin dernier?

Cette méthode d'extinction constituera-t-elle bien un moyen rapide de libération comme le proclame le message du 5 août 1918?

Prépare-t-on suffisamment et assez vite le déblaiement des voies et des avenues qui doivent conduire à l'édifice social reconstruit et au marché économique restauré et consolidé? Les partisans de la souveraineté fiscale des cantons sont-ils garantis contre les risques de l'absorption fiscale des centralistes?

Autant de question troublantes que vous aurez à envisager et à apprécier.

Il ne faut pas trop s'illusionner sur l'enthousiasme que rencontrera cet impôt que nous voulons

bien croire pour le moment temporaire; l'élan du premier emprunt contracté sous les lueurs et la chaleur de l'incendie qui continue à sévir, et sur la promesse qu'il serait unique, s'est quelque peu tempéré autant par le mécontentement général que par les difficultés sans cesse grandissantes de la vie.

Tous ces embarras, on les supporte parce qu'il le faut; mais instinctivement, et à tort, je suis le premier à le reconnaître, on cherche le bouc émissaire et ne trouvant rien d'autre, on s'en tient à l'ancien refrain. « C'est la faute au gouvernement. »

Vous verrez, Messieurs, pendant 12 ans, ou si vous voulez pendant 4 fois 3 ans se rouvrir périodiquement cette blessure fiscale qui chaque fois aggravera le mal, au lieu de le guérir. Ces maladies exigent une opération rapide et douloureuse peut-être, mais dont la guérison est certaine. Et les évaluations à 145 millions ne sont pas encore des recettes certaines. Ces évaluations peuvent subir des fluctuations et causer des mécomptes à en juger tout au moins d'après le premier impôt de guerre, non pas peut-être quant au rendement global, mais au rendement respectif par canton. Est-ce que le mode de perception ou le régime fiscal si diversement appliqués ne créeront pas des inégalités fâcheuses et peut-être d'amères déceptions ?

Messieurs, je ne réclame pas le mérite de la nouveauté avec le système du prélèvement unique. Il a été appliqué il y a plus d'un siècle déjà, en des temps peut-être moins troublées que ceux que nous vivons. — Je vous rappelle, Messieurs, les projets de Necker en France qui, d'abord repoussés, en même temps qu'ils causaient sa disgrâce, furent repris sous la révolution française et appliqués dans des proportions autrement plus considérables que celles qui vous sont soumises. Il ne saurait être contesté que ce système que je me permettrai d'analyser a quelque chose de hardi et d'inusité. C'est peut-être cette hardiesse qui a remis en mémoire à un de nos collègues des plus spirituels, une très ancienne loi de son canton (j'espère qu'elle sera abrogée) qui disait à peu près ceci: Celui qui entreprendra de proposer encore une loi ou une motion qui aura été rejetée une première fois, parce qu'elle provoque ein öffentliches Aergernis, sera pendu (Rires). — Messieurs, j'espère que vous m'accorderez votre grâce.

Voici enfin le texte de la motion qui doit être envisagée comme une question préjudicielle au projet du Conseil fédéral:

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il n'y a pas lieu de prélever sur la fortune nationale quels qu'en puissent être les détenteurs, abstraction faite de la Confédération, une somme dont les ¾ seront affectés à libérer en tout ou partie la dette de guerre, et ¼ sera attribué aux Cantons comme contribution aux charges extraordinaires déterminées par la guerre, ce ¼ à répartir d'une façon équitable proportionnellement à l'importance des dépenses qu'ils ont eues à s'imposer.

« Le prélèvement se fera une fois pour toutes dans les limites d'une échelle de 1 à 8 pour cent avec progression en haut et dégression en bas. »

Le but des motionnaires s'inspire d'abord du désir exprimé par tout le monde et proclamé par le Conseil fédéral dans le premier message concernant le premier impôt de guerre et les messages de l'impôt du timbre et du tabac: c'est-à-dire que pour l'extinction de la dette de guerre, la propriété devrait être mise en contribution en première ligne. Ce motif est juste et louable.

Un autre voeu, c'est la rapidité de la libération: Qui cito dat bis dat.

On ne peut semble-t-il atteindre plus heureusement ces 2 buts, qu'en exerçant un prélevement unique.

J'examinerai très rapidement les divers éléments de cette proposition.

La fortune nationale, dans son acception générale, forme tous les biens de quelque nature qu'ils soient, qui se trouvent à un titre quelconque sur le territoire.

Cette fortune comporte des biens immobiliers et mobiliers dans lesquels sont compris les valeurs, créances et titres.

Ces biens appartiennent à des personnes physiques ou juridiques. Peu importe qui les possède ou les détient. Ce qui est déterminant, c'est qu'ils résident objectivement sur notre territoire. — C'est là ce qu'on peut appeler au sens large, lato sensu, la fortune nationale. Je m'empresse de reconnaître qu'il est un peu difficile d'arrêter avec une exactitude mathématique, le chiffre de cette fortune. Les éléments de contrôle varient selon les cantons et les législations.

A l'époque, peu lointaine encore, où fut décrété le premier impôt de guerre, on évalua les biens contribuables, en vue de l'établissement de cet impôt. Cette évaluation comporte l'état des biens soumis aux impôts cantonaux en 1913. Elle accusa alors un chiffre de 16 milliards 222 millions y compris les biens des personnes juridiques. J'insiste donc sur le fait qu'il ne s'agit que des biens qui étaient soumis à une contribution selon les lois fiscales des cantons. Cette fortune se répartit d'après nos économistes et nos statisticiens comme suit:

Fortune	Contribuables	Somme totale
1 à 10,000	262,990	1,677,288,684
10 à 20,000	43,525	1,160,763,234
20 à 30,000	19,603	855,753,492
30 à 50,000	17,593	1,224,329,345
50 à 100,000	14,296	1,726,619,322
100 à 300,000	8,445	2,330,162,038
300 à 500,000	1,678	1,018,135,402
500 à 1 mill.	1,116	1,193,434,115
1 mill. à 3 mill.	605	1,387,267,405
3 mill. à 5 mill.	62	294,030,473
5 mill. et au delà	32	293,208,308
		13,161,291,218

Ces 13 milliards 161 millions en chiffres ronds appartenant aux personnes physiques doivent être portés à 16 milliards 222 millions si on y ajoute la fortune contribuable des personnes juridiques.

La répartition par cantons de fortunes de 500 mille fr. et au delà peut être établie comme suit, toujours en 1913.

	Zurich	Bâle	Lucerne	Genève	Neuchâtel
500 à 1 mill.	232	231	49	192	108
1 mill. à 3 mill.	141	175	12	119	39
3 mill. à 5 mill.	8	21	0	20	4
5 mill. au delà	4	17	0	7	2

La fortune totale a suivi de 1900 à 1913 la progression suivante: 1900 11 milliards 213 mill.; 1910 14 milliards 528 mill.; 1913 16 milliards 221 mill. dont 13 milliards 178 mill. en éliminant les personnes juridiques.

Si l'on compare à notre fortune nationale celle des Etats étrangers d'avant la guerre, on arrive à une proportion à peu de chose près égale comparée au chiffre des habitants, ainsi: La France possédait 250 milliards, l'Allemagne 300 à 400 milliards, l'Amérique 535 milliards.

La fortune de la Suisse a incontestablement prospéré dans des proportions considérables depuis 1886 et le tableau qui est un criterium représente l'échelle en millions des primes payées en 1886 à 1914 pour les diverses assurances; ainsi il a été payé:

	En totalité		Vie	Accidents	Feu
en 1886	22	dont	13,150	1,439	5,765
1890	28,81		16,655	3,585	6,443
1895	38,20		22,017	5,870	7,939
1900	50,73		28,217	10,374	8,985
1905	67,66		37,720	14,693	11,070
1911	99,18		53,624	25,672	13,399
1912	168,27		59,770	27,452	14,004
1913	108,82		58,666	28,823	14,308
1914	107.				

Les consistances matérielles en 1913 ne comprenant que les biens soumis à l'impôt, elle doivent s'augmenter: a) des biens non imposés; b) des biens publics également exonérés; c) des biens qui échappent à la taxation et que des investigations plus sévères pourraient faire découvrir. A cela on ajoute: a) l'augmentation de la fortune depuis 1913 et en particulier pendant la guerre. b) la plus-value des biens.

En tenant compte de tous ces facteurs réunis, la fortune nationale peut sans exagération être évaluée à 32 à 38 milliards: dont au moins 25 milliards constituent la fortune privée, à atteindre par le prélèvement.

D'autres biens résident encore en Suisse, ce sont les biens déposés par l'étranger, ceux qui s'y sont réfugiés depuis la guerre et ceux qui s'y sont accumulés en vue de l'exportation après la guerre. Ces biens, d'après les indications fournies par des personnes très compétentes, représentent quelques milliards et on n'exagère certainement pas en les évaluant de 10 à 15 milliards — c'est du moins le chiffre qui a été prononcé à la réunion de la commission des experts — de sorte que la fortune résidant en Suisse peut représenter approximativement 45 à 50 milliards. Il appartiendra aux pouvoirs publics, qui ont les moyens d'investigation et d'informations nécessaires, d'en fixer l'importance.

La taxation selon notre projet doit atteindre tous les biens sauf ceux de la Confédération — et en quelques mains qu'ils se trouvent. La progression proposée va de 1 à 8 avec régression en bas.

Je m'empresse de déclarer ici, après meilleure information et en acceptant les raisons qu'on a fait valoir, que les motionnaires ne voient pas d'inconvénient à distraire des biens à soumettre au prélèvement, les biens improductifs et ceux d'un caractère d'utilité générale. Ces biens dont l'évaluation plus précise reste à faire, peuvent être approximativement estimés à 2 à 3 milliards d'après les recherches que nous avons pu faire. Ce chiffre néanmoins est un maximum.

Les biens résidant en Suisse en dehors de la fortune de la Confédération et de celle à but d'intérêt général, représenterait de 40 à 45 milliards dont 25 à 28 milliards biens privés et biens publics productifs et 10 à 15 milliards de biens déposés ou réfugiés en Suisse sous les formes les plus diverses. Cet état répond à peu de choses près à la réalité.

Le prélèvement se ferait sous la forme d'une progression de 1 à 8 pour cent avec régression en bas.

La fortune s'entend naturellement net, déduction faite de toutes charges. Comme c'est la fortune seule qui est soumise à ce prélèvement et que la progression tient compte des petites fortunes, des moyennes et des grosses, les charges qui les atteignent seraient très supportables.

Ainsi par exemple,	au taux de	1 %	fr. 10,000	paye	100
»	»	» 1¼ %	» 20,000	»	250
»	»	» 1¼ %	» 30,000	»	375
»	»	» 1½ %	» 50,000	»	750
»	»	» 2 %	» 100,000	»	2000
»	»	» 3 %	» 300,000	»	9000

et ainsi de suite avec une progression lente jusqu'à 500 à 2,000,000 qui seraient le point de départ du taux maximum.

Le Conseil fédéral aura à établir les modalités et les conditions d'application de ces prélèvements. La libération pourra s'effectuer en 5 termes annuels avec faculté de payer le tout contre un escompte à accorder.

Sur la base des chiffres établis ci-haut, tant en ce qui concerne la fortune que la progression et les majorations, le rendement approximatif serait

Fortune jusqu'à	10,000	1 %	de 3,500,000,000 =	35,000,000
»	de 10 à 50,000	1¼ %	» 3,250,000,000 =	40,625,000
»	» 50 » 100,000	1½ %	» 3,600,000,000 =	44,000,000
»	» 100 » 300,000	1¾ %	» 4,600,000,000 =	80,500,000
»	» 300 » 500,000	2 %	» 2,050,000,000 =	41,000,000
»	» 500 » 1 mill.	2,5 %	» 2,400,000,000 =	60,000,000
»	» 1 » 3 »	5 %	» 2,800,000,000 =	140,000,000
»	» 3 et au delà	8 %	» 1,200,000,000 =	96,000,000
			23,400,000,000 =	537,125,000

pour les personnes physiques.

Pour les personnes juridiques et autres fortunes publiques productives, une moyenne de 4 % d'une somme d'environ 5 milliards =	200,000,000
Produit total	737,000,000

non compris les fortunes déposées ou entreposées dans le territoire fédéral, et dont nous avons indiqué l'importance approximative. Ce chiffre se rapproche au reste assez des prévisions consignées au rapport du Conseil fédéral à page 9 et qui s'élèvent à francs 715,000,000. Est-ce que la fortune nationale soumise au prélèvement dans les limites réduites, dans notre rapport, excédera le chiffre de 28 milliards!? Nous en avons l'impression, si on se rapporte aux augmentations très considérables qui se sont produites depuis 1916 et autres facteurs de majoration. J'examinerai tout à l'heure si et dans quelle mesure les biens réfugiés ou entreposés en Suisse peuvent être atteints par la taxe de prélèvement.

Les adversaires de la motion estiment que ce prélèvement constitue un acte fiscal violent et même brutal.

On ne saurait nier que cette opération présente un caractère inusité, et d'une apparence hardie. — Il ne faut pas oublier qu'il s'agit d'une dette excep-

tionnelle, imprévue, causée par des circonstances autrement brutales que celles du prélèvement lui-même.

Tout le monde est d'accord pour désirer un règlement rapide de cette dette, de sorte que si on veut atteindre le but voulu, il faut recourir à une mesure radicale, qui pour être sensible, ne l'est guère plus que la libération en 3 fois 4 ans. Si cette charge était tellement lourde qu'elle compromette la situation de fortune de ceux qu'elle atteint, on pourrait avoir des hésitations, mais chacun qui possède une fortune quelconque pourra, sans grande gêne, faire face à son obligation rendue d'autant plus supportable que l'extinction peut se faire en plusieurs termes.

Il est injuste et inéquitable, dit-on, que la génération présente soit chargée seule de ce fardeau.

La libération partielle en 3 ou 4 fois 3 ans de cette dette, comme le propose le projet du Conseil fédéral, atteint tout aussi bien la génération présente, avec l'aggravation de l'intervention fiscale et le risque de la création d'un impôt permanent.

La génération présente a, elle surtout, profité des bienfaits des mobilisations; rien de plus juste dès lors qu'elle paye et que ces dépenses soient remboursées par ceux qui en ont les moyens.

Les générations futures auront d'autres charges aussi lourdes que celle-ci. Tout le monde profitera indirectement du fait de la disparition rapide du mal, de l'assainissement des finances fédérales, de l'affermissement du crédit extérieur et intérieur, de la consolidation de nos institutions politiques, de l'élimination des causes et des risques de conflits fâcheux et regrettables entre les divers partis: les fédéralistes et les centralistes. En prévenant ces conflits, on assurera l'harmonie dans le pays, et on apaisera les craintes de pénétration du fisc fédéral.

Une autre objection, ce serait le trouble dans le marché financier. Cette raison est quelque peu spécieuse. La répartition de la dette est tellement large et disséminée qu'une grande partie des payements pourront se faire par des opérations et des écritures de banque, sans alourdir et troubler le marché. Au lieu de souscrire à des emprunts le contribuable payera sa participation à la dette, et il pourra le faire avec du papier fédéral, dans des conditions à déterminer. La fortune nationale restera la même et ne sera pas altérée et dans un temps relativement court, l'équilibre par la circulation sera rétabli, sans que le crédit puisse en souffrir, et que les contribuables en soient gênés, puisqu'en réalité avec les 350 millions disponibles sur les impôts de guerre et des bénéfices de guerre, la liquidation de la dette n'absorbera pas un milliard.

Nous nous sommes déjà prononcés sur les biens publics improductifs ou à destination d'intérêt général, qui peuvent être exonérés.

Du reste, les opinions à cet égard sont très divergentes; une notable partie des banques et non des moindres, consultées, considèrent que ce prélèvement ne troublera que d'une manière insignifiante le marché financier et estiment que cette solution rapide sera très favorablement jugée dans le monde financier, économique et politique. Les motionnaires pourraient s'appuyer sur les opinions des grandes maisons industrielles et commerciales et même des agriculteurs qui s'imposeraient volontiers le sacrifice que nous leur demandons, pour faire disparaître une fois pour toutes cette dette qui entrave le fonctionnement normal de notre organisme financier.

Avant et surtout depuis la guerre, des valeurs et des marchandises considérables ont été transportés en Suisse, une partie pour échapper aux charges menaçantes des pays desquels elles ont été expatriées, d'autres et peut-être toutes en vue de leur sécurité. La conversion de papier étranger ou de titres en objets précieux s'est poursuivie très intensivement en Suisse, qui était pour ainsi dire devenu le centre de cette sorte de trafic. Les valeurs échangées sont restées en Suisse en grande partie. Notre pays a servi de refuge, non seulement aux nomades, aux embusqués, aux accapareurs, aux spéculateurs, aux réfugiés, aux déserteurs, aux réfractaires, aux intrigants, mais aussi à des biens considérables. Dans quelle mesure cette accumulation de titres de valeurs a profité à notre pays, c'est là une question qui reste ouverte? Ce qui est indiscutable, c'est que nos banques et établissements financiers regorgent d'argent, mais pour autant, ni les taux ni les escomptes n'ont baissé.

Ce phénomène reste inexpliqué; mais on peut néanmoins, timidement, prétendre que cet afflux de capitaux reste stérile, sinon, nos banques payent de gros intérêts, ou dans le cas contraire, elles en exigent de trop élevés. Les emprunts publics eux-mêmes sont soumis aux mêmes rigueurs bancaires.

On peut alors se demander si réellement le pays a un grand intérêt à conserver et à défendre si âprement les biens d'étrangers résidant en Suisse.

Nous pensons que ni les traités internationaux (c'est du reste ce qui a été déclaré à la commission d'experts) ni notre droit public ne s'opposent à ce que les biens que nous avons conservés soient soumis à la loi commune.

Les dépenses de mobilisation ont uniquement servi à la protection non seulement de notre sol, de nos biens, de notre indépendance, mais aussi de tous les biens qui se trouvent dans le pays sans distinction aucune.

N'est-ce-pas de toute justice que tous ces biens sous leur forme quelconque soient touchés par la taxe à l'égal des biens indigènes et stables, car comme ceux-ci ils ont profité de la défense nationale. Et alors si ces biens représentent 10 à 15 milliards, un prélèvement dans les limites de la progression proposée, aidera dans une juste et équitable mesure à supporter le fardeau commun.

Ces biens sont contribuables et imposables dans la même mesure ou l'on taxe les biens en vue de l'impôt de guerre, qu'ils appartiennent à des nationaux ou à des étrangers, habitant ou non le pays. Les détenteurs de biens au sens juridique représentent les propriétaires effectifs, qu'ils se fassent connaître ou non. Les complications et difficultés qu'on pourrait redouter en vue de la découverte et de la détermination des biens, ne constituent pas un obstacle insurmontable. Nous avons vu à l'occasion de la taxation et de la perception de l'impôt des bénéfices de guerre que le fisc est suffisamment armé pour découvrir dans les antres les plus obscurs et les plus reculés les biens qu'on cherche à dissimuler, ou à soustraire à la taxation. La loi d'exécution et les ordonnances pourront atteindre les propriétaires aussi bien que les détenteurs. Les notions nouvelles du droit si vigoureusement appliquées armeront suffisamment le pou-

voir exécutif pour lui permettre de toucher avec le maximum de chance et de sûreté les biens et nous disons tous les biens qui équitablement doivent participer à une charge exceptionnelle née et causée aussi dans leur intérêt.

J'ai même l'impression que les heureux favoris de la fortune terrestre ne se récrieront pas trop, la sagesse leur demandant un silence prudent tant à l'égard de leur pays qu'à l'égard du nôtre s'ils ne veulent pas s'exposer à de plus graves dangers et en fin de compte si la détention de valeurs ou d'argent étranger diminue notre indépendance économique; on peut se demander si nous avons un si grand intérêt à retenir ces biens.

Un dernier grief a été formulé; ce serait la diminution ou l'affaiblissement de la matière contribuable. Les chiffres qui ont été donnés sont de nature à vous rassurer sur la valeur de cet argument que j'ai eu un peu de peine à comprendre. Que la dette se paye en une fois avec une répartition plus large entre les contribuables et en 5 annuités, ou en douze ans par quatre annuités, le résultat pratique reste à peu près le même.

Telles sont en résumé les objections que les adversaires d'un prélèvement unique opposent à la motion de libération. Mais en regard de ces griefs, il faut reconnaître que les avantages sont plus intéressants: 1° La liquidation rapide désirée unanimement d'une charge qui affaiblit et alourdit notre organisme financier. 2° La répartition équitable entre tous les possédants et avec progression en tenant compte de la force contributive et de la fortune de chacun. 3° La libération qui pourra se faire dans une période de cinq ans et par annuités, ce qui allégera et facilitera le débiteur. La disparition de cette dette rendra possible la mise immédiate sur le chantier des lois d'ordre social et l'accomplissement des tâches économiques. Le danger de l'impôt fédéral sera écarté et les préoccupations des fédéralistes seront apaisées.

Enfin notre organisme financier sera assaini et le budget fédéral deviendra plus souple et plus élastique.

Nous pourrons envisager l'avenir avec sécurité et sûreté et bien des divisions seront évitées, car ici comme ailleurs il reste vrai que pour faire de la bonne politique, il faut de bonnes finances.

Je crois que l'on pourrait se rallier à notre formule dans un sens général. Je ne dis pas qu'elle ne soit pas susceptible de modification, mais je demande qu'on l'étudie plus particulièrement au point de vue du mode de libération par un prélèvement et de voir l'opportunité et l'intérêt qu'il y aurait à accepter sous une forme quelconque que ce prélèvement atteigne tous les biens qui se trouvent actuellement chez nous. Je le répète encore une fois, on ne saurait trop le dire, le pays n'a rien à risquer de voir certains capitaux importants disparaître de chez nous; ils disparaîtront quand même une fois la guerre finie, qu'ils soient exonérés ou non.

L'Assemblée fédérale accomplira une oeuvre patriotique et susceptible aussi de ramener notre pays à des moeurs un peu plus simples. (M. **Motta.** D'accord.) La séduction des jouissances matérielles et du bien-être a exercé avant et surtout depuis 1914, dans certaines classes sociales, des ravages inquiétants et contre lesquels il faut réagir dans l'intérêt de la santé publique. — C'est le résultat d'une politique un peu trop réaliste. Ce serait un bienfait. Nous ne retournerions non pas à la vie alpestre et rustique, mais cependant à une vie un peu plus conforme aux traditions suisses.

J'estime que le système du prélèvement avec les modalités contenues dans notre motion doit être préféré au système de l'impôt temporaire proposé par le Conseil fédéral.

Je vous propose donc de donner la préférence à ce premier système et de renvoyer le projet à la commission pour nouvel examen.

Eventuellement je vous propose avant toute décision définitive de renvoyer tout le projet à la commission pour nouvel examen.

Meyer: Es ist gar keine Frage, dass eine Finanzpolitik, wie sie Herr Götschel in seiner Motion uns vorschlägt, gewisse Vorzüge an sich hätte. Es liegt unbestreitbar ein wertvolles ethisches Moment in einem so radikalen Vorgehen, und ich will nicht bestreiten, dass dieser Weg auch politische und wirtschaftliche Vorteile für sich beanspruchen kann. Auf der andern Seite hat Herr Götschel, der diese Vorteile seines Vorschlages so beredt ins Licht gesetzt hat, doch auch die Gefahren dieses Vorschlages fast ganz ignoriert, und er hat dem Vorschlage des Bundesrates, den die Kommission in seinen Grundzügen sich zu eigen gemacht hat, Gefahren vorgeworfen, die, wenn man näher zusieht, wohl nicht bestehen werden.

Der Gedanke, eine grosse Schuld eines Staates durch ein Vermögensopfer zu liquidieren, ist nicht neu. Vor 100 Jahren hat der grösste Theoretiker im Steuerwesen, der Engländer Ricardo, diesen Plan angesichts der englischen Staatsschuld erörtert, und es sind noch nicht 50 Jahre her, seit in Frankreich, das bekanntlich nach dem siebziger Kriege eine Entschädigung von 5 Milliarden bezahlen musste, auch dieser Weg erörtert wurde. Weil damals der nationale Wohlstand in Frankreich auf 100 Milliarden geschätzt wurde, hat man, um die Kriegsentschädigung von 5 Milliarden bezahlen zu können, in der Zahl genau den gleichen Plan aufgestellt, den Herr Götschel in der ersten Motion aufgestellt hat. Denn die Kriegsentschädigung von 5 Milliarden wäre genau ein Vermögensopfer von 5 Prozent des damaligen französischen Nationalwohlstandes gewesen.

Nun ist ein richtiger Gedankengang in dieser Auffassung, und das hat schon der grosse Steuertheoretiker Ricardo herausgefunden. Er hat gesagt, diese Schulden müssen getilgt werden, wir müssen einen bestimmten Betrag dem Staate bezahlen, um die Schulden zu amortisieren, also sind die Privaten diese Bezahlung schuldig. Durch Schuldenzahlung wird niemand ärmer; es ist ein Vorteil, wenn man eine Schuld möglichst früh abträgt, und er war der Meinung, dass man eine solche Liquidation im volkswirtschaftlichen Interesse möglichst rasch vornehmen solle.

Das, was dem Vorschlage entgegensteht, ist nicht der Grundgedanke, der an sich ziemlich gerecht und vernünftig wäre, sondern es ist die ungeheure Schwierigkeit der gerechten Durchführung, die gegen ihn spricht. Die Durchführung dieses Vorschlages würde eine ungeheure volkswirtschaftliche Erschütterung hervorrufen. In diesem Vorschlag ist eine Verwechslung zwischen Vermögen und flüssigen Mitteln, und weil nun Vermögen, das immobilisiert und fest angelegt ist, diesen Betrag des Vermögensopfers in flüs-

sigem, barem Gelde bezahlen müsste, kommt eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft heraus.

Der Vorschlag ist aber auch sonst eine ganz rohe Art der Finanzpolitik. Ich bemerke nur, dass nach diesem Vorschlag die hohen Einkommen ohne Steuer ausgehen würden und dass Herr Götschel seine gesamte Finanzpolitik auf die Besteuerung des Vermögens konzentrieren würde. In der Kommission hat ein sozialdemokratisches Mitglied erklärt, es sei haarsträubend, wie ein solcher Vorschlag die wirkliche Leistungsfähigkeit unberücksichtigt lasse, indem er gerade die hohen Einkommen, die namentlich während des Krieges doch wohl leistungsfähiger sind als das Vermögen, nicht heranzieht durch seinen Steuervorschlag. Ich glaube, es ist richtig, das ist ein ungeheuer schwerer Mangel des Vorschlages des Herrn Götschel.

Aber auch in anderer Beziehung hat die Sache grosse Bedenken. Sie wissen, die Einschätzung des Vermögens bietet überall viel grössere Schwierigkeiten als die Einschätzung des Einkommens. Die Einschätzung des Vermögens ist namentlich in der Schweiz ungleich in den Kantonen, und wenn die Ungleichheit schon bei einer Steuer, die nur ½ % des Vermögens in Anspruch nimmt, störend und schwer empfindlich zum Ausdruck kommt, muss diese Ungleichheit in den verschiedenen Kantonen durch eine so scharfe Besteuerung des Vermögens, wie sie Herr Götschel vorschlägt, ins Unermessliche gesteigert und zur brutalen Ungerechtigkeit werden. Der Fehler des Vorschlages der Motion Götschel ist der, dass hier nicht, wie es Grundsatz ist bei der Steuer, das, was dem Staate abzuführen ist, aus den Einkommen fliesst, sondern, weil es über die Höhe des Vermögenserträgnisses hinausgeht, aus dem Kapital selbst bezahlt werden muss. Der erste Vorschlag des Herrn Götschel nimmt ein Vermögensopfer von 5% in Aussicht, das ist der volle Vermögensertrag. Nun hat die zweite Motion den Wortlaut abgeändert, dahin, dass der Prozentsatz in Progression von 1—8 % festgesetzt werde. Diejenigen, welche unter 5% fallen, die vielleicht nur 1% abzuführen haben, können das Prozent aus dem Einkommen bestreiten, diejenigen aber, welche 5—8 % zu bezahlen haben, werden eben diese Beträge aus dem Kapital, aus dem Vermögen bezahlen müssen; sie können sie nicht aus dem Einkommen leisten. Und nun stehen in einem solchen Falle, wo es sich darum handelt, aus dem Kapitalertrag etwas abzugeben, diejenigen, welche gerade Mobilisationsanleihen und sonstige Wertpapiere zu veräussern haben, die vielleicht ein Gemälde oder einen Perserteppich oder sonst etwas Unnötiges aus ihrem Besitze hergeben können, nicht schlimm; aber wenn wir schon einmal nur die eine Kategorie der Steuerzahler nehmen, die Wertpapiere besitzen, so ist es ganz ausgeschlossen, dass alle in der glücklichen Lage sind, aus ihrem Vermögen noch etwas auf den Markt zu werfen, das sie ohne Verlust liquidieren können. Denn es gibt heute Titel genug, die man nur mit Verlust veräussern kann; viele haben überhaupt keinen Markt, und viele werden in dem Kurs herabgedrückt, wenn ein grosser Teil von Besitzern die Liquidation vornimmt. In einer Eingabe ist auf die Störung des Kapitalmarktes schon bei dem Vorschlage, den der Bundesrat gemacht hat, hingewiesen worden, weil die Beträge so hoch gehen, dass sie in vielen Fällen nicht aus dem Vermögensertrag bezahlt werden können, sondern dass Vermögensteile liquidiert werden müssen. Wenn schon jetzt diese Gefahr besteht, wie ungleich mehr muss sie da bestehen, wo man ungleich höher über die Erträge des Vermögens hinausgeht und das Kapital belastet.

Aber nehmen wir den Fall, dass alle Steuerpflichtigen in der ausserordentlich glücklichen Lage wären, von ihren Wertpapieren einen Teil zu veräussern und so diese Kapitalopferung zu erlegen, so käme auch, wenn der Einzelne nicht Verlust erleidet, doch auf den Kapitalmarkt durch diese Verschiebung eine gewaltsame Störung, die in hohem Masse gefährlich wäre. Herr Götschel hat in der Kommission erklärt: Die Sache ist nicht schwierig, die Sache geht einfach von einer Hand in die andere. Es wird der Staat die Mobilisationsschulden zurückzahlen und es geht also das Geld aus der Hand der Steuerpflichtigen in die Hand der Gläubiger des Staates, an die Besitzer von den jetzigen Mobilisationsanleihen. Eine solche Erscheinung haben wir in der Finanzgeschichte gehabt nach dem 70er Kriege. Damals hat die Kriegsentschädigung Frankreichs an Deutschland dazu geführt, bedeutende Anleihen zurückzubezahlen und diese Störung auf dem Kapitalmarkt, die durch unerwarteten Zufluss an Barmitteln herbeigeführt wurde, hat zu einer grossen Ueberspekulation geführt, zu einer Gründerkrisis ohne gleichen, die von einer schweren Depression der Volkswirtschaft gefolgt wurde.

Nun haben aber die meisten Steuerpflichtigen, die man mit der Opfermotion Götschel trifft, nicht die glückliche Situation der Wertpapierbesitzer, und namentlich sind die Produktionskreise, darunter besonders die kleineren, nicht in dieser günstigen Lage, und wenn wir die Volkswirtschaft nicht schädigen wollen, sind wir verpflichtet, Rücksicht zu nehmen auf diese Kreise, die ihr Vermögen nicht in Wertpapieren und veräusserbaren Mobilien investiert haben, sondern in ihren Fabriken, Bauerngewerben usw. Wie sollen diese eine Summe zahlen, die ganz ausserordentlich über das Mass des Vermögensertrages hinausgeht? Sie können es nur entweder durch Verkauf eines Teils ihrer Anlagen, ihrer Grundstücke oder durch eine Verschuldung, indem sie von andern den flüssigen Betrag borgen. Wenn der Ertrag einer Anlage, einer Fabrik, eines Bauerngewerbes über den Prozentsatz hinausgeht, den der Einzelne für Darlehen entrichten muss, wenn die Produktionsfähigkeit der Anlage grösser ist als z. B. 5%, dann wird kein vernünftiger Wirtschafter zum Verkauf greifen, der eine Verminderung des Vermögens herbeiführen würde. Man wird borgen, um den flüssigen Betrag zu erhalten. Als in Frankreich der Vorschlag der 5%igen Vermögensabgabe ventiliert wurde, erklärte der bedeutende Volkswirtschafter Leroy-Beaulieu, ¾ der Bevölkerung Frankreichs würden durch eine solche Steuerpolitik den Wucherern ausgeliefert. Das wäre bei uns nicht in demselben Mass der Fall. Wir haben eine andere Organisation des Kredites, wir können durch Darlehenskassen die Liquidation erleichtern, und die Gefahren wären nicht so gross, wie sie sich Leroy-Beaulieu vorgestellt hat. Aber das hindert nicht, dass ein grosser und ungerechter Unterschied zwischen den verschiedenen Kategorien der Angehörigen der produktiven Stände sich in der Art zeigen würde, wie die einen und andern ihre Vermögensabgabe aufbringen.

Diejenigen nämlich, die ein gutes Unterpfand der Darlehenskasse oder der Bank vorlegen können, bekämen diesen Betrag, den sie flüssig machen wollen, leicht. Diejenigen aber, die das nicht können, die ihre

Fabrik oder ihr Bauerngewerbe bereits verschuldet haben, müssten mehr bezahlen für den flüssigen Betrag, den sie herschaffen wollen. Bei ihnen wäre der Fall, was Leroy-Beaulieu vorausgesehen hat, dass ein Teil wirklich den Wucherern in die Hände fallen müsste. Wer sind nun die, die am wenigsten Unterpfande haben, um flüssige Mittel herzuschaffen? Es sind die kleineren aufstrebenden Unternehmungen, die Bauerngewerbe, die bereits den Kredit angespannt haben, weil sie sich entwickeln wollen. Die würde man in erster Linie schädigen, während freilich gewisse Grossunternehmungen mit Leichtigkeit dieses Vermögensopfer erlegen könnten. Herr Kollege Götschel hat uns gesagt, dass eine grosse Firma der Maschinenindustrie sich sehr günstig über seinen Vorschlag ausgesprochen habe. Das ist kein Wunder, denn auch in Deutschland wird diese Idee der Vermögensabgabe gerade von der Schwerindustrie befürwortet, die während des Krieges in der Lage war, grosse Gewinne zu machen und bedeutende Summen in Staatsobligationen anzulegen. Solchen Unternehmungen würde die Durchführung leicht. Aber umso schwerer hätten andere daran zu tragen. Ich sehe daher in dieser Finanzpolitik eine solche, die sich gegen den Mittelstand richtet, gegen die kleineren und mittleren Unternehmungen, und diese in ihrer Entwicklung hindert. Ich glaube, das ist Grund genug, um in der Verwirklichung dieses Gedankens eine Schädigung der Volkswirtschaft zu sehen.

Nun fällt es gegen diese schweren Bedenken nicht so stark in Betracht, dass, wie ich schon sagte, die Veranlagung ungemeine Schwierigkeiten bietet. Aber was insbesondere zu beachten ist, ist das, dass die Fehler, die bei der Veranlagung begangen werden, irreparabel sind und nie mehr gut gemacht werden können. Nehmen Sie den Fall, dass sich das Vermögen eines Steuerpflichtigen später verändert. Wenn es sich vermehrt, dann wird er lachen und sich sagen: «Ich habe die Steuer auf Grund eines geringeren Vermögensstandes gezahlt; der Staat hat das Nachsehen!» Aber nehmen Sie den andern Fall, dass sich ein Vermögen vermindert, nachdem der Besitzer die Vermögensabgabe gezahlt hat; was ist das für eine schwere Ungerechtigkeit, wenn dieser Mann, der nachher sein Vermögen verliert, auf Grund seines früheren Standes eine enorme Abgabe hat zahlen müssen. Es sind nicht alle Vermögen Rentenvermögen. Es gibt auch Vermögen, die Verbrauchsvermögen sind. Nehmen Sie ein Vermögen, das angesammelt wird, um ein Studium zu ermöglichen, ein Vermögen — ein häufiger Fall — für einen, der in seinem Alter daraus leben will, der dieses Vermögen dann aufzehrt und nach und nach vermindert. In diesem Falle ist die Steuer, die in einer Reihe von Jahren erhoben wird, gerecht, indem sie dem sich vermindernden Vermögen folgt und dem geringeren Ertrag gerecht wird; die Vermögensabgabe wäre ungerecht, weil sie das Vermögen, das nachher abnimmt, in einem Momente schwer trifft, wo es noch einen hohen Stand eingenommen hat.

Man kann diese Fehler der Vermögensabgabe mildern. Man kann vorschreiben, dass diese Abgabe in Raten gezahlt werden kann. Man kann auch die Sätze reduzieren. Wenn Sie eine wirksame Milderung dieses Vorschlages wollen, dann kommen Sie zu einem Antrag, wie er etwa in dem Vorschlage des Bundesrates und Ihrer Kommission liegt. Denn dann haben Sie eine Steuer, die in der Hauptsache wieder aus dem Einkommen bestritten werden kann. Wenn Sie aber nicht in dieser wirksamen Weise mildern, dann werden auch Ratenzahlungen und alle diese kleinen Mittel nichts Nennenswertes bessern an diesen grossen Unterschieden, wo gewisse Kategorien bei der Aufbringung der Steuer ganz ungewöhnlich belastet werden. Das System der Vorlage des Bundesrates, das sich ja auch die Kommission in der Hauptsache zu eigen gemacht hat, verdient also den Vorzug vor einer Finanzpolitik, wie sie Herr Götschel vorschlägt.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu einer Sache, die von den Herren Berichterstattern der Kommission erwähnt worden ist, nämlich zu dem Gedanken der Vermögenszuwachssteuer. Es ist vorgeschlagen worden — und ich nehme an, dieser Vorschlag wird jetzt wieder kommen — eine Steuer auf dem Vermögenszuwachs vom Anfang bis zum Schluss des Krieges vorzusehen. Auch diesem Vorschlag liegt ein gerechter und richtiger Gedanke zugrunde. Es wäre gut, wenn wir diejenigen treffen könnten, die während des Krieges, zu einer Zeit, da doch so viele ihr Vermögen haben angreifen müssen, das ihrige haben vermehren können. Das wäre sicher zweckmässig. Aber für diesen Vorschlag fehlen alle Grundlagen. Sie wissen, dass die erste Kriegssteuer die Pauschalerklärung vorgesehen hat und es gibt Kantone, in denen 90% und darüber aller Steuererklärungen Pauschalangebote waren. Damit haben Sie klar vor Augen, dass auf eidgenössischem Gebiete Grundlagen für eine solche Zuwachssteuer nicht vorhanden sind. Sie müssten dann auf die kantonalen Grundlagen greifen und hiermit würden Sie eine Ungerechtigkeit ohne gleichen begehen. Denn ich darf hier auf das Beispiel des Kantons Zürich verweisen, der ja einen ansehnlichen Teil der direkten Steuern dem Bunde abführt und an dessen Steuerergiebigkeit ja Sie alle ein grosses Interesse haben. Der Kanton hat ein neues Steuergesetz eingeführt. Er hat die zugegebenermassen sehr schlechte Steuereinschätzung, die vor diesem neuen Steuergesetz bestanden hat, verbessern wollen. Er hat es dadurch unternommen, dass er für die Steuersünden, die vor dem Gesetze begangen wurden in Form schlechter Einschätzung, Indemnität erteilt, dass er, um ein für allemal unsere Steuergesetzgebung auf einen gesunden Boden zu stellen, die frühere mangelhafte Steuereinschätzung mit Nachsicht behandelt. Wollen Sie aus diesem Unterschied, der gerade aus dem ehrlichen Bestreben der Steuerzahler, ihre Einschätzung dem wahren Einkommen und Vermögen entsprechend zu gestalten, herrührt, den Anlass herleiten, diese Steuerzahler noch zum Objekte einer besonderen Besteuerung zu machen?

Die Last dieser wiederholten Kriegssteuer ist so schwer und lastet so empfindlich auf der Volkswirtschaft, dass wir Pläne, die noch darüber hinausgehen, wie etwa die Motion Götschel, hier doch nicht in Betracht ziehen sollten. Die Vorlage verlangt ganz bedeutend grössere Leistungen als die erste Kriegssteuer. Statt der 40 Millionen pro Jahr sollen nun 60 Millionen aus der Volkswirtschaft herausgezogen werden. Der Herr Präsident der Kommission hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass man die Frage stellen müsse, nicht nur, wie viel Geld wir brauchen, sondern was die Volkswirtschaft ertragen könne. Es darf darauf hingewiesen werden, dass über diese Frage die Meinungen geteilt sind. Aus einer Eingabe der schweizerischen Handelskammern sehen Sie, dass die Lasten, die die wiederholte Kriegssteuer namentlich unserer Industrie zumutet, als ausserordentlich schwer emp-

funden werden. In einer Eingabe der Handelskammern ist über die Aussichten der industriellen Konjunktur nach dem Kriege etwas gesagt und es wird dort ausgeführt, dass für die meisten Industriezweige die wirtschaftlichen Aussichten recht trübe sind: «Rohstoffe und Kohlenvorräte sind derart zusammengeschrumpft oder verteuert, dass manche Fabriken während der Uebergangszeit stillgelegt werden dürften. Nach dem Kriege werden unsere Industrien bedroht, einerseits durch fortgesetzten Mangel und künstliche Verteuerung der wichtigsten Rohstoffe, deren Monopol bestimmte Grossmächte teils von Natur besitzen, teils durch Aufkäufe der Welternten sich jetzt schon auf Jahre hinaus zu sichern trachten. Anderseits durch Entwertung mancher Rohstoffe, so namentlich der Seide, unter gleichzeitiger Verminderung der Nachfrage in vielen Artikeln bei Wiedereintritt der internationalen Konkurrenz.»

Der französische Berichterstatter hat ausgesprochen, wir sollten eigentlich optimistisch sein angesichts unserer Finanzlage und hat darauf aufmerksam gemacht, dass beispielsweise die Kriegsschuld Frankreichs das Fünfzehnfache unserer Mobilisationsschuld betrage. Das ist richtig. Aber ich glaube doch, es wäre falsch, wenn man hier allzu grossen Optimismus einfliessen liesse. Unsere wirtschaftliche Lage nach dem Kriege gebietet uns die äusserste Vorsicht. Gewiss haben die Großstaaten, die mit uns auf dem Weltmarkte konkurieren werden, nach dem Kriege ungleich mehr Kriegsschulden zu tilgen, aber wir wollen nicht ausser acht lassen, dass alle diese Staaten für die wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkte auch ihre politische Macht und sodann nicht zum wenigsten ihre begünstigte Lage als Besitzer von Rohstoffen und unentbehrlichen Materialien ausnützen werden in einem Masse, wie es vor dem Kriege nicht geschehen ist. Dieser günstigen Situation der andern Staaten sind wir nicht gewachsen infolge des Mangels an allen wichtigen Rohstoffen in unserem Lande. Wenn schon bisher die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie gegenüber diesen ungünstigen Momenten namentlich darauf beruht hat, dass unsere Industrie sich leicht finanzieren konnte, so wird dieses Moment für die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz nach dem Kriege noch in ungleich höherem Masse in die Wagschale fallen. Nur durch eine leichte Finanzierungsmöglichkeit wird es unserer Industrie noch möglich sein, diese finanzielle Konkurrenz aufrecht zu erhalten. Wenn wir unsere Volkswirtschaft möglichst wenig durch Kapitalentzug schädigen wollen, dann müssen wir in der Auferlegung von Lasten ungemein vorsichtig sein, und da glaube ich, das Mass, das jetzt vorgesehen wird, sei gerade das äusserste Maximum, von dem wir überhaupt sprechen können, wenn wir eine Schonung unserer Volkswirtschaft noch im Auge haben. Ich hätte lieber gesehen, wenn die Amortisation der Kriegsschuld etwas mehr verteilt worden wäre, so dass der Betrag, der im einzelnen Jahr der Volkswirtschaft entzogen wird, etwas kleiner geworden wäre. Man könnte ja zu diesem Zwecke vielleicht die Sätze reduzieren. Ich meinerseits würde nicht soweit gehen. Aber ich möchte Sie doch bitten, einen Vermittlungsantrag, den ich mir erlauben werde, zu stellen, wohlwollend zu berücksichtigen. Dieser Vermittlungsantrag geht dahin, die Steuerperioden, die in dem Antrage der Kommission auf drei Jahre normiert sind, auf 4 Jahre auszudehnen, damit auf diesem Wege eine etwelche Ermässigung der Sätze und der der Volkswirtschaft zu entziehenden Summen erreicht werde im Interesse unserer Konkurrenzfähigkeit nach dem Kriege.

M. **Naine:** Le programme du parti socialiste en matière de finances est connu. Nous sommes contre l'impôt indirect et pour l'impôt direct, car les impôts indirects sont injustes, ils sont des impôts progressifs à rebours, tandis que les impôts directs permettent de tenir compte de la situation de fortune et des charges de famille. Déjà avant la guerre notre idée était de collaborer à une reconstitution des finances fédérales sur la base de l'impôt fédéral direct. Depuis la guerre le problème n'a pas varié, il s'est accentué dans le même sens. Nous entendons par impôt fédéral progressif non seulement éteindre la dette de mobilisation, mais en outre donner aux finances fédérales une base plus saine, plus stable que celle d'avant-guerre. En effet les impôts indirects que représentent les taxes douanières sont quelque chose d'assez aléatoire, plus encore maintenant qu'autrefois, puisque nous ne savons sur quel régime économique la société vivra après la guerre. C'est en comparant l'impôt proposé maintenant avec ce que nous avions jusqu'ici que nous pouvons juger s'il est favorable ou non. A ce titre-là nous devrions d'une façon générale en être partisan. Cependant, quand on l'examine, on constate qu'il est d'un caractère qui lui enlève beaucoup de sa valeur et de sa qualité d'impôt direct. Tout d'abord, nous constatons qu'il pose un privilège en faveur des classes possédantes, des classes riches. Cet impôt n'est qu'un impôt temporaire, tandis qu'en même temps qu'on nous présente cet impôt, on nous présente un autre programme d'impôts indirects qui évidemment n'a nullement ce caractère d'impôt temporaire. Et ainsi la classe possédante, la classe aisée et la classe riche posent d'emblée ce principe, que dans les charges financières que la situation nous impose, les plus riches, les plus forts, les aisés doivent avoir ce privilège de n'être chargés que temporairement, tandis que les petits, les faibles, ceux dont les ressources sont minimes seront chargés perpétuellement. On sent si bien l'avantage du côté des partis bourgeois de ce caractère temporaire de l'impôt que ce à quoi on tient surtout, c'est qu'il ne dure pas longtemps, aussi peu longtemps que possible pour que l'on n'aille pas en prendre l'habitude, pour qu'il ne finisse pas par se muer en un impôt permanent. D'autre part il va sans dire que nous, nous avons bien l'espoir qu'il durera assez longtemps pour qu'il se mue en un impôt permanent. Je dis que c'est un privilège que vous posez d'emblée dans cet impôt qui est pour nous inadmissible. Qu'on songe aux petites ressources, aux petites situations où la richesse coule au fil, tandis qu'ailleurs, elle coule à plein goulot, c'est même dans certains milieux un véritable fleuve d'abondance que la situation actuelle fait couler dans certains porte-monnaies. Et alors à ceux auxquels le bien-être et la richesse sont dispensés avec tant de ménagement, aux petits vous dites: Vous serez frappés perpétuellement, les quelques centaines de millions que nous pensons vous faire payer, ne vous libéreront pas, mais quand vous serez arrivés au bout, l'impôt continuera: impôt du tabac, impôt sur la bière, impôt indirect en général. Et je ne comprends pas que du côté des partis bourgeois on n'ait pas cette dignité de songer que mora-

lement cela ne tient pas. J'ai entendu à la commission, et nous avons entendu déjà dans cette assemblée en particulier M. Maunoir dire: Il est immoral que tout le monde ne paye pas l'impôt, de ne frapper que les riches. Nous lui avons déjà répondu que ce qui était immoral, c'est qu'il y ait des pauvres et des riches. Mais ce qui est immoral aussi, c'est ce que vous allez faire maintenant, vous les forts, les puissants, les représentants de la classe riche: vous commencez par constituer en votre faveur un privilège inique. Voilà une des raisons pour lesquelles tout d'abord cet impôt quoique direct ne nous paraît pas digne d'être défendu par la classe ouvrière.

Il y a une autre raison, c'est un peu la même, elle se confond plus ou moins avec la précédente, c'est que vous faites, pour bien garder à l'impôt son caractère temporaire, la part à payer aussi petite que possible. On entend par dette à payer seulement la dette de mobilisation. On écarte toutes les charges que la Confédération a prises au sujet des oeuvres de prévoyance sociale. Cela se payera à part, cela ne vous regarde pas. Ceux qui sont secourus devront payer les frais des secours donnés. Voilà ce qu'on pense dans le fond. On instituera des impôts indirects pour leur reprendre d'une main ce qu'on leur donne de l'autre.

On écarte également de la dette les déficits budgétaires. Tout cela fera quelques centaines de millions et de ce qui reste, on ne veut se charger que des trois-quarts et encore de ces trois-quarts, il y a certaines dispositions dans la loi qui permettront peut-être d'en laisser de côté une partie. Ainsi, dans le cas où la répétition deux ou trois fois de l'impôt n'arrive pas à solder le montant prévu et qu'il reste une queue, si vous me permettez l'expression, on aura alors la faculté de ne pas renouveler l'impôt. On compte payer 500,000,000. Peut-être après trois répétitions aura-t-on payé 400 ou 420 millions. A ce moment-là, si le peuple s'ait laissé endormir, qu'il ait accepté des impôts indirects et que ces impôts indirects rapportent abondamment, la majorité des Chambres s'empressera de décider qu'une quatrième répétition de l'impôt de guerre n'est pas nécessaire pour couvrir les cinquante, quatre-vingt ou cent millions qui resteraient encore à la charge de l'impôt direct.

Enfin nous trouvons un énorme défaut à cet impôt par le fait qu'en réalité il ne tient que très faiblement compte des charges de famille. Il n'a pas ce qu'on appelle le minimum d'existence. Il faut bien distinguer parce que le texte qui nous est proposé peut prêter à confusion. Il y a deux systèmes: ou bien vous admettez un minimum d'existence, c'est-à-dire une somme de revenus, une fortune aussi qui n'est frappée en aucun cas. Par exemple 3000 frs. pour un célibataire ou un homme marié, 300 ou 400 frs. par enfant quel que soit votre gain, quels que soient vos revenus; vous déduisez ces sommes du chiffre imposable, il y a aussi un minimum d'existence qui n'est pas touché. Ou bien comme le projet le prévoit vous ne payez l'impôt qu'à partir d'un certain revenu, mais si vous atteignez ce revenu, vous payez l'impôt sur le tout. Aussi longtemps que, célibataire ou marié sans enfant, vous n'atteignez pas 3000 frs. de revenu, vous ne payez rien; mais si vous dépassez 3000 frs., vous payez sur toute la somme. On aboutit ainsi à des situations d'une injustice criante. Vous pouvez avoir un fonctionnaire marié qui a trois enfants pour chacun desquels la loi prévoit 300 frs., et 3000 frs. pour le père et la mère, celà fait 3900 frs. au total comme maximum au-dessous duquel il ne doit rien au fisc. Aussi longtemps que ce fonctionnaire ne dépassera pas 3900 frs. de revenu, il ne payera rien. S'il atteint 4000 frs., il payera sur toute la somme de son revenu et le célibataire qui n'aura aucun enfant et qui aura le même traitement payera la même chose que lui sur 4000 frs. de revenu. Vous le voyez, on ne tient pas compte équitablement des charges de famille. C'est en somme la négation des avantages que présente l'impôt direct.

Il y a donc au projet proposé des imperfections telles que le caractère même de l'impôt direct en est changé. C'est pour ces raisons qu'il n'entre nullement dans notre idée, du moins dans la mienne personnellement, de voter l'entrée en matière sur le projet. Nous nous réservons de vous faire des propositions sur tous les points que nous avons signalés, au moment de la discussion de détail. Nous sommes bien certains que vous ne les accepterez pas et nous sommes déjà maintenant à peu près sûr, quant à nous, d'être dans l'obligation de rejeter cet impôt.

Speiser: Als wir in der Junisession Gelegenheit hatten, über das Ergebnis der Volksabstimmung über die sozialistische Steuerinitiative zu sprechen, erklärte Herr Kollege Gustav Müller, der Sieger in diesem Kampfe um die eidgenössische permanente Steuer sei der Sprechende gewesen, und nicht der Bundesrat oder die Mehrheit der Bundesversammlung. Ich habe weder äusserlich noch innerlich dem Herrn Kollegen Müller den Dank für dieses Kompliment ausgesprochen, sondern ich habe mir gedacht, ich wolle zuerst sehen, wie sich die Sache weiter entwickelt. Ich glaube, sehr gut daran getan zu haben, zu warten, denn wenn ich mich frage, ob nun aus dieser Abstimmung vom 2. Juni 1918 etwas hervorgegangen sei, was meiner Anschauung von einer richtigen Kriegssteuer entspreche, so muss ich mit einem entschiedenen Nein antworten. Sowohl der Antrag, den ich Ihnen wiederholt vorgeschlagen habe, als auch die Motion Ullmann, die eigentlich meinem Antrag entsprochen hat und die seinerzeit vom Bundesrate zur Prüfung übernommen wurde, finden in der jetzigen Kriegssteuervorlage keinen Ausdruck. Eines zwar können wir konstatieren. Ich glaube, das Wortspiel von der blossen Wiederholung der Kriegssteuer im Gegensatz zur temporären Bundessteuer können wir nun ruhig beiseite legen und ganz ehrlich von einer temporären Bundessteuer sprechen. Denn erstens ist ja das, was man eine Wiederholung der einmaligen Kriegssteuer nennt, in dieser neuen Vorlage nicht enthalten. Es wird ja nicht die Kriegssteuer des Jahres 1915 wiederholt, sondern es wird etwas wesentlich Schwereres und Gewaltigeres gebracht. Und zweitens ist eine Steuer, die 12 Jahre dauert, wie es in der Botschaft ausgesprochen ist, eben eine temporäre Bundessteuer. Also, wenn man fragt, ob die jetzige Vorlage dem entspreche, was der Sprechende oder die Motion Ullmann seinerzeit verlangt haben, so können wir sagen: «Ja, in der Beziehung, dass wir in der Tat nun eine temporäre Bundessteuer bekommen; aber im übrigen ganz und gar nicht.» Denn was mein Hauptgedanke war bei der Anregung einer temporären, einer zeitlich begrenzten Bundessteuer: angemessene, annehmbare und aushaltbare Steuersätze, das liegt hier nicht vor. Wir können ganz gut sagen: «Was uns der Bundesrat bringt, sind unhaltbare und unaushaltbare

Steuersätze». Mit andern Worten: Nicht der Sprechende ist der Sieger; wir werden sehen, wer der Sieger ist.

Wir wollen nun einige Zahlen resümieren. Die einmalige Kriegssteuer hat, wenn wir die Jahre 1916, 1917 und 1918 rechnen, also zwei Zahljahre und ein Schonjahr, 120 Millionen geliefert, das macht auf das Jahr 40 Millionen. Nach dem neuen Projekte verlangt man von uns in je 3 Jahren 180 Millionen, das macht per Jahr 60 Millionen, also ganz beträchtlich mehr, die Hälfte mehr.

Und nun, wie wird diese Steuer veranlagt? Im wesentlichen so, dass man diejenigen Einkommen, die mehr als Fr. 10,000 betragen, oder die Vermögen über Fr. 100,000 bedeutend stärker als das erstemal belastet, während man die andern Vermögen und Einkommen entweder ganz befreit — das wird jedenfalls hier noch kommen — oder mit milderen Sätzen bedenkt als früher. Wir zahlen jetzt 60 Millionen kantonale Steuern und 70 Millionen Gemeindesteuern. Zu diesen fügen wir in den nächsten Tagen 60 Millionen eidgenössische direkte Steuern. Denken Sie daran, welche Zeit, welche Mühe, welchen Geist und welchen Streit der Interessen es gebraucht hat, um die kantonalen Steuern auf 60 Millionen zu bringen, 25 Steuergesetze, Steuerkämpfe, Verfassungskämpfe, alles mögliche. Und mit all dieser Mühe hat man im Laufe der Jahrzehnte 60 Millionen zusammengebracht. Der Kanton Zürich hat, um ein vortreffliches Steuergesetz zu bekommen, 20 Jahre gearbeitet. Man sagt, der Kanton Bern habe sogar 30 Jahre gearbeitet. Wir aber in der Bundesversammlung arbeiten nicht einmal so viel Wochen, als der Kanton Zürich Jahre gearbeitet hat, um so viel an direkten Steuern herauszubringen, wie alle Kantone zusammen, nämlich 60 Millionen. Man kann wirklich fragen, ob es gute Arbeit sein werde, in einem solchen Gewaltmarsche zu marschieren.

Die Sache ist also die, dass wir gegenüber der ersten Kriegssteuer, die uns per Jahr 40 Millionen auferlegte, die Steuersätze ganz beträchtlich erhöhen. Statt dass wir 15 ‰, dividiert durch 3, also 5 ‰ im Jahre fordern, fordern wir beim Vermögen 25, dividiert durch 3, also wir gehen bis auf 8 ‰, und beim Einkommen gehen wir statt auf 8 %, dividiert durch 3, d. h. nahe an 3 %, bis auf 20%, dividiert durch 3, also bis auf 7 %. Wir schlagen also zu den kantonalen Steuern, von denen man allgemein bis vor dem Kriege anerkannte, dass sie schon ausserordentlich hoch seien, weitere — maximal — 8 ‰ und 7 % neue Steuern. Das ist zu viel. Ich behaupte, dass das zu viel ist, sowohl vom konstitutionellen, als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus.

Es ist mir ausserordentlich ungewohnt, gegen die Erhöhung von Steuersätzen zu sprechen. Es war das niemals mein Beruf. Ich habe den Beruf, Steuergesetze zu machen, sehr lange geübt, ich habe darin aber nie für Herabsetzung der Steuersätze gesprochen. Es ist mir also heute sehr unangenehm und unsympathisch, zu erklären, dass dieses neue Steuergesetz nicht akzeptabel sei. Ich darf auch sagen, dass die Partei, zu der ich gehöre, niemals gegen richtige Erhöhungen der Steuern aufgetreten ist. Wir haben unsere Vorherrschaft im Kanton verloren, nicht weil wir uns gegen Neunormierung der Steuern gewendet haben, sondern weil wir für den Schutz idealer Güter, für Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, für die Schulfreiheit der konfessionellen Minderheiten erfolglos eingetreten sind, und unsere Macht, wenn wir überhaupt eine hatten, ist reduziert worden durch den Kampf für ein gerechtes Wahlverfahren. Aber niemals hat unsere Partei gegen vernünftige Erhöhung der Steuern gesprochen.

Ich darf auch sagen, dass wir in Baselstadt den Gedanken des progressiven Steuersystems, der durch die Uebertreibungen der französischen Revolutionszeit absolut in Misskredit gekommen war, vor bald 80 Jahren rehabilitiert und dass wir dieses System so ausgebildet haben, dass es überall als Muster anerkannt worden ist. Aber heute bedauern wir in hohem Grade, dass der Bund nun in Form dieser Kriegssteuer den an sich richtigen Gedanken der Progressivsteuer kompromittiert, namentlich auch mit Kompromissen (Heiterkeit). Wir haben die einmalige Kriegssteuer angenommen, man hat sie überall mit Begeisterung angenommen, weil man fand, es sei ein würdiges Opfer derjenigen, die nicht an der Grenze stehen, aus ihrer Tasche etwas zu leisten. Man hat nicht gerechnet. Aber es ist etwas anderes, ob Sie eine Kriegssteuer einmal in zwei Jahren oder ob Sie sie fortgesetzt während 12 Jahren erheben. Das ist nichts mehr Extraordinäres; das muss in eine gewisse Beziehung zu der allgemeinen Wirtschaft und den kantonalen Steuern gesetzt werden. Und da sage ich nun, die Belastungen, die uns zugemutet werden, sind zu gross. Es wäre ja an sich schon eine starke Belastung, dass wir die einmalige Kriegssteuer wiederholen, einmal oder zweimal. Wenn man sagt: Wir haben bei der Volksabstimmung die sozialdemokratische Steuerinitiative bekämpft mit dem Versprechen, wir wollten schon noch einmal ein Opfer bringen und dieses Versprechen müssten wir nun heute einlösen, so entgegne ich: wir lösen dieses Versprechen dadurch ein, dass wir die Kriegssteuer überhaupt wiederholen, dass wir das Steuergebiet, das den Kantonen reserviert ist, noch einmal dem Bunde zur Verfügung stellen. Das ist schon ein Opfer. Aber dass wir nun sagen: «Nicht nur gestatten wir die Wiederholung der Kriegssteuer zu Lasten der Kantone noch einmal, zweimal und dreimal, sondern die Steuer muss auch noch viel höher werden,» das geht zu weit und wird seine grossen und schweren Konsequenzen haben.

Es ist unkonstitutionell. Das konstitutionelle Verhältnis zwischen Bund und Kantonen wird vollständig deterioriert und verschoben durch diese hohen Steuersätze, die uns zugemutet werden. Man hat schon, als die erste und sogenannte einmalige Kriegssteuer beschlossen wurde, zugegeben, dass die Steuersätze exorbitant hohe seien, aber man hat es geduldet, weil es sich um ein Einmal handelte und weil damals die Kantone in einer viel besseren finanziellen Lage waren als der Bund. Damals sagte man, der Bund trägt die ganze Last der Mobilisation und des Grenzschutzes und aller sich daraus ergebenden Ausgaben; die Kantone leiden darunter nicht. In der Tat befanden sich die Kantone in den Jahren 1914 und 1915 noch in einer günstigeren Situation. Und damals konnte man mit einer extraordinären Steuer in die kantonale Steuerhoheit eingreifen. Allein so ist es ja jetzt nicht mehr. Die Kantone können nicht mehr sagen: «Uns geht es gut; wir bedauern den Bund; er trägt alle Lasten und wir müssen ihm helfen.» Sehen Sie doch, wie es in den Kantonen im Jahre 1918 steht. Kennt man denn die Schwierigkeiten der Teuerungszulagen und der Besoldungserhöhungen nur im Bund? Wir haben ja in den Kantonen, in Zürich, in Baselstadt ungeheure Summen zu leisten für Besoldungserhöhungen, ungeheure Leistungen aufzubringen, um die Bevölkerung in bezug auf die Nahrungsverhältnisse zu erhalten. Mit

andern Worten: es ist nicht mehr so, dass man sagen kann: «Die Kantone sollen dem Bunde geben, er braucht»; die Kantone brauchen jetzt auch. Und nicht nur die finanzielle Situation der Kantone hat sich seit 1915 ausserordentlich verschlechtert. Bei den Gemeinden geht es ganz gleich. Es ist doch charakteristisch, dass die Vertreter der grössten Stadtgemeinden bittend zu Ihnen kommen und sagen: «Gebt uns auch ein Stück des kantonalen Anteils aus der Bundessteuer.» Auch sie kommen nicht mehr aus, und sogar Städte wie Bern, die ja jetzt unter einer in bezug auf das Steuerwesen ausserordentlich largen Finanzverwaltung stehen (Heiterkeit), finden, dass sie nicht mehr auskommen. Also die meisten Kantone sind in der mindestens gleich schlechten Situation wie der Bund, die meisten Kantone, wenigstens die Kantone, die gewohnt sind, etwas zu leisten, und die Gemeinden sind es auch. Und nun benützt man diese Situation nicht nur, um die erste Kriegssteuer zu wiederholen, sondern man macht eine temporäre 12 Jahre dauernde Steuer mit noch viel höheren Steuersätzen; das halte ich für falsch. Und ich bitte den Bund, daran zu denken, dass die Kantone ihm seinerzeit freundlichst gestattet haben, auf ihrer Weide zu grasen; aber er soll sich dann nicht zu breit machen.

Auch die Privatwirtschaft wird durch diese ungeheure neue Steuer ganz beträchtlich geschädigt. Auch in dieser Beziehung ist es nicht so, wie 1915, wo sich auch die Privatwirtschaft in besseren Verhältnissen befand als jetzt. Wir wissen wohl, dass gewisse Geschäfte auch jetzt noch glänzend gehen. Aber im allgemeinen ist doch durch die Entwertung des Geldes in allen Privathaushalten die Situation schwieriger geworden; man kann nicht einfach die Steuern hinaufsetzen, ohne dass die Privatwirtschaft darunter leidet.

Wer und was wird bei einer solchen Steuer leiden? Das, was bisher der Ruhm unserer Gemeinwesen war: die Freiwilligkeit und Gemeinnützigkeit, die Selbstverwaltung, kraft deren wir selbst etwas leisten und nicht alles auf den Staat abladen, die Pflege der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit. Das alles wird notwendigerweise leiden, wenn Sie der Privatwirtschaft jedes Jahr auf 12 Jahre hinaus 60 Millionen entziehen. Das ist das Bedenkliche an dieser ganzen Sache und darum finde ich die Vorlage des Bundesrates in jeder Beziehung verbesserungsbedürftig.

Es liegen uns zwei bundesrätliche Botschaften vor, die eine vom 25. Januar 1918, die andere vom 5. August 1918. Sie verhalten sich nun zueinander geradezu wie Tag und Nacht. Alles, was ich gegen die heutige Vorlage sagen wollte, finde ich in der Botschaft des Bundesrates vom 25. Januar 1918 und das Gegenteil finde ich in der Botschaft vom 5. August 1918. So finde ich in der ersten Botschaft die eifrige Verteidigung der geltenden Verfassung, wonach der Bund auf die indirekten Steuern verwiesen ist und keine direkten Steuern erheben soll, ich finde starke Nachweise dafür, dass die Kantone und Gemeinden mit direkten Steuern überlastet seien und Klagen über die Ueberspannung des Gedankens der direkten Steuer, schwarze, aber richtige Schilderungen der Folgen einer Vermehrung der direkten Steuerbelastung. Das alles finde ich in dieser ausserordentlich loyalen Botschaft des Bundesrates, wo er sich gegen das Geschenk der sozialdemokratischen Partei, die direkte Steuerhoheit, wehrt.

Aber jetzt? Von dem allem finde ich in der neuen Botschaft nichts, sondern ich finde das Gegenteil (Heiterkeit). Darf ich Ihnen aus dieser Botschaft vom 25. Januar — da ich annehmen muss, dass viele sie vergessen haben — nur einige Stellen vorlesen? «.. Wenn aber die Kantone — dies ist die andere Möglichkeit — ihre kulturellen und sozialpolitischen Pflichten erfüllen wollen, die Schaffung der nötigen Deckung für ihre Ausgaben infolge des Bestehens von direkten Bundessteuern ihnen aber erschwert oder gar verunmöglicht ist, so werden sie, sofern sie nicht den öffentlichen Kredit in Anspruch nehmen wollen, an den Bund, der aus ihren Quellen schöpft, sich wenden und dieser wird sich der Verpflichtung nicht entziehen können, seinen Bundesgliedern, deren finanzielle Leistungsfähigkeit er selbst geschwächt hat, beizustehen, d. h. er wird dann nicht eines, sondern 25 Finanzprobleme zu lösen haben...» Das ist eine sehr richtige und offenbar ausserordentlich logische Ueberlegung. Dann wird auf Seite 9 der Botschaft von der hohen Steuerbelastung und von der Ueberspannung des Gedankens der direkten Steuern gesprochen, indem gesagt wird es gebe Kantone, die bis 26½% des fundierten Einkommens an Steuern erheben und es zeige sich deutlich, dass für eine direkte dauernde Bundessteuer neben kantonalen und kommunalen direkten Steuern schlechterdings kein Spielraum mehr sei, dass sie für den Steuerpflichtigen eine unerträgliche Last bedeuten würde.

Das ist gesagt für die dauernde direkte Bundessteuer. Ich betrachte eine zwölfjährige direkte Bundessteuer als dauernde. Zuerst glaubte man, man komme mit einer einmaligen Wiederholung aus, nun haben wir eine viermalige. Das nenne ich eine dauernde Steuer; jedenfalls für die, die jetzt leben, sind die nächsten zwölf Jahre die interessanteren als die soundso vielen Jahre, die nachher kommen (Heiterkeit). Diese Eventualität lässt klar voraussehen, was die Folgen der vermehrten Belastung sein können. Ich zitiere wieder die Botschaft: «Für den Erfahrungssatz: je höher die Steuersätze, desto grösser die Steuerdefraudation, gibt ein Kanton der Schweiz in einer Schrift zur kantonalen Volksabstimmung vom 25. November 1917 über das neue Steuergesetz beweisende Zahlen.» Die Botschaft sagt dann, dass das dazu führen werde, dass der Steuerpflichtige kein Mittel unversucht lässt, den Steuerbehörden sein wirkliches Einkommen und Vermögen zu verheimlichen. Der Bundesrat hat also daran gedacht, als er uns vor einer dauernden Bundessteuer warnte. Auch die zwölfjährige Bundessteuer ist eine dauernde.

Dann wird in der Botschaft auch gesagt, man solle die reichen Leute nicht zu unmässig besteuern, denn abgesehen davon, dass eine Sondersteuer der Reichen der Willkür ruft, die um so schwerwiegender sei, je kleiner die Minderheit sei, auf der die Steuer lastet, habe die Klassenbesteuerung immer auch Konsumtionsverschiebungen zur Folge, die auf weite Kreise der Volkswirtschaft wirken. Es wird dann auseinandergesetzt, dass eigentlich auch die Erwerbenden stark leiden werden, auch wenn nur die reichen Leute stark besteuert werden.

Das sind alles ausserordentlich richtige und wertvolle Konsiderationen. Dann kommen in der Botschaft die sozialpolitischen Gründe. In diesem Abschnitt wird ausgeführt, man müsse daran denken, wie die Kantone belastet seien und wie bei denselben die ausserordentlichen Kriegsausgaben hinzukommen, während man den Kantonen in dieser Lage die Möglichkeit der Steigerung ihrer Einnahmen aus direkten

Steuern dadurch nehme, dass man eine direkte Bundessteuer hinzufüge. Das hiesse die Kantone von ihren wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zurückhalten. Das ist mit dem Griffel der Wahrheit geschrieben, Herr Präsident, meine Herren! (Heiterkeit).

Vortrefflich ist sodann auf Seite 15 und 16 die Warnung, die industrielle Produktion auf die Dauer nicht durch hohe direkte Steuern zu belasten, da dieselbe sonst genötigt sein werde, einen Teil ihrer Opfer auf die Arbeiter abzuladen. Ich bitte, privatim weiterzulesen, es sind alles ganz ausserordentlich gute Auseinandersetzungen, die jetzt nicht mehr gelten, denn jetzt ist alles ins Gegenteil verkehrt, obschon man nicht sagen kann, dass das alles nun, nachdem wir eine zwölfjährige direkte Bundessteuer zu entrichten haben, nicht zutreffe. Alles trifft zu auf die dauernde direkte Steuer wie auf die zwölfjährige, dagegen würde es vielleicht nicht zutreffen auf eine einmalige Wiederholung der alten, erstmaligen, heute als bescheiden zu bezeichnenden Kriegssteuer.

Ich wiederhole also, dass wir nicht richtig operieren, wenn wir die Kantone in dieser Weise stark belasten. Wir schädigen die Finanzen der Kantone und wir stören die allgemeine Wirtschaft, die Privatwirtschaft. Hätte man nach dem Projekt einer temporären Bundessteuer sich dazu entschlossen, mit mässigen Ansätzen, aber unter Verteilung der Steuer auf eine längere Zeit von Jahren dem Bunde einen beträchtlichen Teil seiner Schulden zu amortisieren, so wären wir sehr wohl durchgekommen. Wir hätten mit Steuersätzen von der Hälfte der Ansätze der ersten Kriegssteuer in 20 Jahren einen beträchtlichen Teil der eidgenössischen Schulden beseitigen können. Aber das wollten unsere lieben Kollegen aus der welschen Schweiz nicht. Nun sind wir genötigt, einen falschen Weg zu gehen und die Taktik oder die Strategie des Bundesrates ist es nun, sehr hohe Steuersätze zu empfehlen und den Welschen zu sagen, sie möchten das ja annehmen, denn sonst bekommen sie eine dauernde Bundessteuer. Aus dem Schrecken unserer welschen Freunde vor einer dauernden Bundessteuer kommen wir zu unmässigen, unerträglich hohen Steuersätzen. Ich weiss nicht, ob dieser Popanz dauert, oder ob nicht die Welschen, wenn sie einmal genauer lesen, sich doch sagen, sie wollen lieber ein kleines Uebel als ein grosses. Ich habe diesen Schrecken vor einer temporären Bundessteuer, die ja dann doch in eine dauernde ausarten werde, immer als ein falsches Manöver unserer lieben und verehrten Freunde und speziell meiner Parteigenossen aus dem Welschland angesehen. Es ist darum ein falsches Manöver, weil wir ja einer allgemeinen dauernden Bundessteuer, aus der der Bund das Geld für alles schöpft, was er tun will, doch gewiss am sichersten dadurch entgehen würden, dass wir für eine ziemlich lange Zeit das Recht des Bundes, aus den direkten Steuern zu schöpfen, auf einen bestimmten Zweck, auf die Mobilisationsschulden, beschränken würden. Wenn der Bund zwar 30 Jahre direkte Steuern beziehen dürfte, aber ausschliesslich für die Bezahlung der Kriegsschuld, so wären wir vor einer direkten allgemeinen Bundessteuer viel sicherer, weil diese Bundessteuer für 30 Jahre lang gebunden wäre. Es würde niemand einfallen, neben einer temporären direkten Bundessteuer für die Tilgung der Kriegsschulden noch eine dauernde für andere Bedürfnisse des Bundes einzuführen.

Ich will nur noch einmal — ich denke zum letztenmal — daran erinnern, dass, wenn wir ungefähr den Jahresertrag der ersten Kriegssteuer während 20 Jahren erheben würden, wir eine schöne Entlastung herbeiführen würden, ohne dass man sagen könnte, wir kämen in übermässige Steueransätze hinein.

So, wie sich die Sache nun entwickelt, muss man schliesslich doch sagen, dass nicht der Sprechende in der Volksabstimmung im Juni gesiegt hat, sondern, dass die sozialistische Initiative dem Siege weitaus näher ist, namentlich in bezug auf die Steuersätze, die ganz gewiss eher nach sozialdemokratischen als nach privaten, bürgerlichen, demokratischen Begriffen schmecken. Das wird auch der Bundesrat zugeben müssen, und ich glaube, auch unser verehrlicher Kollege in der Kommission, Herr Naine, der soeben gesprochen hat, wird schliesslich doch gern für das Projekt des Bundesrates stimmen und finden, der Bundesrat sei der Schrittmacher für die sozialistische Gestaltung des Steuerwesens.

Wenn Sie ein weiteres Beispiel dafür haben wollen, wer eigentlich Freude an diesem neuen bundesrätlichen Projekt hat, dann erinnere ich daran, dass die jetzt regierenden Sozialdemokraten von Baselstadt Freude daran gehabt haben, die dieses Projekt, bevor es von uns besprochen wurde, in der Praxis des Kantons Baselstadt eingeführt haben, um ja keine Zeit zu verlieren (Heiterkeit).

Das entspricht nun nicht mehr dem Ergebnis der Abstimmung vom 2. Juni, bei der die Welschen, die Föderalisten, die Stände gesiegt haben. Es ist abgelehnt worden eine dauernde Bundessteuer und ein zu starker Eingriff des Bundes in die kantonalen Finanzen. Die neue Vorlage, wie wir sie am 5. August bekommen haben, ist daher nicht das Resultat der Abstimmung vom 2. Juni, denn damals ist die Initiative der sozialdemokratischen Partei unter Leitung und mit Assistenz des Bundesrates verworfen worden. Wenn man aber sieht, was uns der Bundesrat statt dieser sozialdemokratischen Initiative bringt, die denn doch mit 59,000 Stimmen Mehrheit und mit $^2/_3$ der Stände abgelehnt worden ist, so fürchte ich, dass der eine oder andere der Steuerpflichtigen sagen könnte: «O weh, ich habe im Juni gewonnen!» (Heiterkeit). Ich traue der sozialdemokratischen Partei zu, dass, wenn sie Erfolg gehabt hätte und uns ihr eigenes Steuergesetz gebracht hätte, wir nicht solche Steueransätze bekommen hätten, sondern viel raisonablere (Heiterkeit). So ist die Sache und es fragt sich doch, ob wir nicht verpflichtet sind, im Sinne der Diskussion im Frühjahr 1918 und der Stimmgebung der Mehrheit der Stände vorzugehen und nicht zu sagen: wir haben gewonnen, aber jetzt machen wir doch etwas ganz anderes, allerdings nur zwölf Jahre lang. Uns interessieren die zwölf Jahre und nicht die Ewigkeit der Gesetze.

Nun denken Sie auch noch daran, wie sich unsere Wirtschaft nach dem Kriege gestalten wird. Ueberall sagt man, man wisse es nicht. Das wissen wir jedenfalls, dass wir sehr unrecht tun würden, unserer kleinen nationalen Wirtschaft eine so starke Belastung aufzuerlegen. Darum sage ich, dass die Vorlage des Bundesrates vom 5. August 1918 nicht dem Sinne der Volksabstimmung vom Juni 1918 entspricht. Wir müssen selbstverständlich auf die Vorlage eintreten, aber wir werden uns in der Detailberatung zu überlegen haben, ob wir wirklich die hohen Steuersätze annehmen

wollen, oder ob wir uns nicht mit den schon hohen Steuersätzen der ersten Kriegssteuer begnügen wollen. Wir werden uns ferner darüber besinnen, ob wir diese grossen Steuerbeträge in dreijährigen oder, nach Anregung verschiedener Herren, in vierjährigen Perioden beziehen wollen, und dann werden wir uns überlegen müssen, wie lange wir dem Bunde diesen gewaltigen Eingriff in die kantonale Finanzhoheit gestatten wollen. Die Kantone haben ungeheure Aufgaben vor sich, die Gemeinden auch, und diese können nur erfüllt werden, wenn man nicht zu übermässig in die kantonalen Finanzen und direkten Steuern hineingreift. Es wird sich auch empfehlen, eine genauere Definition des Betrages zu wählen, der durch diese extraordinäre zwölfjährige Steuer getilgt werden soll.

Das alles wird sich hoffentlich abklären in einer langsamen und ruhigen Diskussion, denn eine Vorlage von dieser Wichtigkeit, die uns für zwölf Jahre lang so ungeheure wirtschaftliche Lasten auferlegt, die darf wohl etwas langsamer behandelt werden, als es bis jetzt der Fall war. Ich habe geschlossen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 18. September 1918, vormittags 8 Uhr.
Séance du 18 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 223 hiervor. — Voir page 223 ci-devant.)

Müller (Bern): Sie werden verstehen, wenn wir, die wir die Initiative seinerzeit lanciert haben, diese hier zum Ausgangspunkt für die neue Situation nehmen, und deshalb möchte ich noch einmal kurz erinnern an die Grundsätze, von denen die Initiative getragen war, weil sie massgebend sind für unsere Entscheidung in der vorliegenden Frage. Wir haben eine direkte dauernde Bundessteuer verlangt, haben verlangt, dass ein steuerfreies Minimum von Fr. 5000 im Einkommen und von Fr. 20,000 im Reinvermögen darin aufgenommen werde und haben im übrigen die Höhe der Steuersätze des Veranlagungsverfahrens zur Sache der Bundesgesetzgebung machen, den Bezug den Kantonen überlassen und 10% des Betrages den Kantonen überlassen wollen als Anteil an dieser direkten dauernden Bundessteuer.

Wir haben diese Initiative seinerzeit nicht leichthin ins Volk geworfen, wie etwa gelegentlich behauptet worden ist, sondern der Wortlaut ist in wiederholter Beratung festgestellt und in sorgfältiger Abwägung der Bedürfnisse unseres Staates formuliert worden. Sie ist nun allerdings am 2. Juni verworfen worden, und zwar mit 325,000 gegen 276,000 Stimmen und mit 14½ gegen 7½ Standesstimmen. Deshalb stellt sich nun die Frage für uns, wie wir uns zu der weitern Entwicklung zu verhalten haben. Es war ganz natürlich, dass unmittelbar nach dem Volksentscheid das Bedürfnis hier im Rate sich geltend machte, sich über die Initiative und den Volksentscheid auszusprechen, und das hat in der Junisession zu der unmittelbaren Debatte geführt, in der die einzelnen Parteien sich mit der neuen Situation auseinanderzusetzen versuchten. Ich hatte meinen damals noch rein persönlichen Standpunkt dahin formuliert, dass wir uns mit diesem Entscheide abzufinden haben und dass wir einer Vorlage der wiederholten Kriegssteuer zustimmen können, wenn die Grundsätze der verworfenen Initiative in der Hauptsache festgehalten würden, namentlich mit bezug auf die Entlastung und den Grundsatz der Progression.

Seither haben sich auch die Partei und ihre Instanzen mit dieser Sache befasst und sie haben meinen damals persönlichen Standpunkt angenommen und eine entsprechende Erklärung der Oeffentlichkeit übergeben. Wir sind grundsätzlich bereit, mitzuwirken, wenn die hauptsächlichsten Grundsätze festgehalten werden. Denn es ist ganz selbstverständlich, dass für jeden, für den die Demokratie nicht ein leeres Wort oder ein Deckmantel für ehrgeizige oder machtpolitische Aspirationen, sondern eine Staatsform mit lebendigem Inhalt, eine Weltanschauung und eine politische Frage von hohem idealem Gehalt ist, es sich nur darum handeln konnte, nachdem der Entscheid gefallen, den Kern, den Keim, soweit er lebensfähig ist, in der Richtung weiter zu entwickeln, welche die Initiative mit einem Schlage zu erreichen hoffte, so dass wir in der Tat der Meinung sind, dass wir versuchen sollten, hier positiv mitzuarbeiten.

Dabei haben wir uns aber mit einer neuen Auffassung des Problems zu befassen; es ist dies gestern bereits entwickelt worden von Herrn Götschel bei der Besprechung seiner sogen. Opfermotion. Diese war damals nicht bekannt. Sie will mit einem Schlage die ganze Kriegsschuld aus der Welt schaffen. Ich habe bereits erklärt, so bestechend der Gedanke der Opfermotion gerade wegen seiner Einfachheit ist, dass wir sie von unserem Standpunkte aus ablehnen, und ich habe mich hier nur auf einige kurze Worte zu beschränken. Zunächst ist bei diesem Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe zu sagen, was bereits von Herrn Meyer berührt worden ist, dass die gewaltige Ungerechtigkeit mitunterlaufen würde, dass dabei grosse Einkommen nicht erfasst würden. Das glauben wir Herrn Götschel aufs Wort, dass das Kapital der Kriegskonjunkturgewinne, das parasitäre Kapital aller derjenigen, die aus dem Kriege mühelos erworbenen Reichtum gewonnen haben, sich ohne weiteres mit der einmaligen Abgabe einverstanden erklären und sich damit von jeder weiteren Belastung loskaufen könnten. Aber dabei ist nicht in Betracht gezogen, und das ist der ausschlaggebende Punkt, dass das Kapital nicht, wie Ricordo meinte, in seiner Gesamtheit blosses Rentnerkapital ist, sondern dass gewaltige Werte, Milliardenwerte als produktives Kapital

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	02
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	17.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	223-252
Ref. No	20 028 610

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

wollen, oder ob wir uns nicht mit den schon hohen Steuersätzen der ersten Kriegssteuer begnügen wollen. Wir werden uns ferner darüber besinnen, ob wir diese grossen Steuerbeträge in dreijährigen oder, nach Anregung verschiedener Herren, in vierjährigen Perioden beziehen wollen, und dann werden wir uns überlegen müssen, wie lange wir dem Bunde diesen gewaltigen Eingriff in die kantonale Finanzhoheit gestatten wollen. Die Kantone haben ungeheure Aufgaben vor sich, die Gemeinden auch, und diese können nur erfüllt werden, wenn man nicht zu übermässig in die kantonalen Finanzen und direkten Steuern hineingreift. Es wird sich auch empfehlen, eine genauere Definition des Betrages zu wählen, der durch diese extraordinäre zwölfjährige Steuer getilgt werden soll.

Das alles wird sich hoffentlich abklären in einer langsamen und ruhigen Diskussion, denn eine Vorlage von dieser Wichtigkeit, die uns für zwölf Jahre lang so ungeheure wirtschaftliche Lasten auferlegt, die darf wohl etwas langsamer behandelt werden, als es bis jetzt der Fall war. Ich habe geschlossen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 18. September 1918, vormittags 8 Uhr.
Séance du 18 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 223 hiervor. — Voir page 223 ci-devant.)

Müller (Bern): Sie werden verstehen, wenn wir, die wir die Initiative seinerzeit lanciert haben, diese hier zum Ausgangspunkt für die neue Situation nehmen, und deshalb möchte ich noch einmal kurz erinnern an die Grundsätze, von denen die Initiative getragen war, weil sie massgebend sind für unsere Entscheidung in der vorliegenden Frage. Wir haben eine direkte dauernde Bundessteuer verlangt, haben verlangt, dass ein steuerfreies Minimum von Fr. 5000 im Einkommen und von Fr. 20,000 im Reinvermögen darin aufgenommen werde und haben im übrigen die Höhe der Steuersätze des Veranlagungsverfahrens zur Sache der Bundesgesetzgebung machen, den Bezug den Kantonen überlassen und 10% des Betrages den Kantonen überlassen wollen als Anteil an dieser direkten dauernden Bundessteuer.

Wir haben diese Initiative seinerzeit nicht leichthin ins Volk geworfen, wie etwa gelegentlich behauptet worden ist, sondern der Wortlaut ist in wiederholter Beratung festgestellt und in sorgfältiger Abwägung der Bedürfnisse unseres Staates formuliert worden. Sie ist nun allerdings am 2. Juni verworfen worden, und zwar mit 325,000 gegen 276,000 Stimmen und mit 14½ gegen 7½ Standesstimmen. Deshalb stellt sich nun die Frage für uns, wie wir uns zu der weitern Entwicklung zu verhalten haben. Es war ganz natürlich, dass unmittelbar nach dem Volksentscheid das Bedürfnis hier im Rate sich geltend machte, sich über die Initiative und den Volksentscheid auszusprechen, und das hat in der Junisession zu der unmittelbaren Debatte geführt, in der die einzelnen Parteien sich mit der neuen Situation auseinanderzusetzen versuchten. Ich hatte meinen damals noch rein persönlichen Standpunkt dahin formuliert, dass wir uns mit diesem Entscheide abzufinden haben und dass wir einer Vorlage der wiederholten Kriegssteuer zustimmen können, wenn die Grundsätze der verworfenen Initiative in der Hauptsache festgehalten würden, namentlich mit bezug auf die Entlastung und den Grundsatz der Progression.

Seither haben sich auch die Partei und ihre Instanzen mit dieser Sache befasst und sie haben meinen damals persönlichen Standpunkt angenommen und eine entsprechende Erklärung der Oeffentlichkeit übergeben. Wir sind grundsätzlich bereit, mitzuwirken, wenn die hauptsächlichsten Grundsätze festgehalten werden. Denn es ist ganz selbstverständlich, dass für jeden, für den die Demokratie nicht ein leeres Wort oder ein Deckmantel für ehrgeizige oder machtpolitische Aspirationen, sondern eine Staatsform mit lebendigem Inhalt, eine Weltanschauung und eine politische Frage von hohem idealem Gehalt ist, es sich nur darum handeln konnte, nachdem der Entscheid gefallen, den Kern, den Keim, soweit er lebensfähig ist, in der Richtung weiter zu entwickeln, welche die Initiative mit einem Schlage zu erreichen hoffte, so dass wir in der Tat der Meinung sind, dass wir versuchen sollten, hier positiv mitzuarbeiten.

Dabei haben wir uns aber mit einer neuen Auffassung des Problems zu befassen; es ist dies gestern bereits entwickelt worden von Herrn Götschel bei der Besprechung seiner sogen. Opfermotion. Diese war damals nicht bekannt. Sie will mit einem Schlage die ganze Kriegsschuld aus der Welt schaffen. Ich habe bereits erklärt, so bestechend der Gedanke der Opfermotion gerade wegen seiner Einfachheit ist, dass wir sie von unserem Standpunkte aus ablehnen, und ich habe mich hier nur auf einige kurze Worte zu beschränken. Zunächst ist bei diesem Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe zu sagen, was bereits von Herrn Meyer berührt worden ist, dass die gewaltige Ungerechtigkeit mitunterlaufen würde, dass dabei grosse Einkommen nicht erfasst würden. Das glauben wir Herrn Götschel aufs Wort, dass das Kapital der Kriegskonjunkturgewinne, das parasitäre Kapital aller derjenigen, die aus dem Kriege mühelos erworbenen Reichtum gewonnen haben, sich ohne weiteres mit der einmaligen Abgabe einverstanden erklären und sich damit von jeder weiteren Belastung loskaufen könnten. Aber dabei ist nicht in Betracht gezogen, und das ist der ausschlaggebende Punkt, dass das Kapital nicht, wie Ricordo meinte, in seiner Gesamtheit blosses Rentnerkapital ist, sondern dass gewaltige Werte, Milliardenwerte als produktives Kapital

in der Volkswirtschaft als werbendes Kapital stecken, in der Industrie, im Gewerbe, in der Landwirtschaft. Da stellt sich die Wirkung der Motion Götschel sofort wesentlich anders dar. Hier wird ein grosser Teil derart immobilisierten Kapitals verwendet werden müssen, um diese Vermögensabgabe bestreiten zu können, womit die Produktion selber geschädigt und eingeschränkt wird, was sich nicht ohne Schaden für die Volkswirtschaft realisieren lassen kann. Das habe ich in der Kommission erklärt, und Herr Musy glaubt, noch besonders unterstreichen zu können, dass das von sozialdemokratischer Seite gesagt worden sei. Er hat offenbar unterstrichen, in der Meinung, dass es im Widerspruch stehe zu der sozialistischen Auffassung. Das ist vollständig falsch. Wer irgendje sich mit der wissenschaftlichen Gedankenarbeit des Sozialismus befasst hat, der muss wissen, dass der Sozialismus nicht die Zerstörung der Wirtschaft, sondern die höchstmögliche Steigerung in der Entwicklung der produktiven Kräfte fordert, und dass wir keinen Anlass haben, diese zu bekämpfen. Was wir bekämpfen, ist nur die Verwendung des Ertrages dieser produktiv gesteigerten Kräfte.

Diese produktiven Kräfte sind schon längst durch die privatwirtschaftliche Verwendung in enge Fesseln geschlagen und es gilt nun, diese engen Fesseln zu zersprengen und durch Umformung aus der Privatwirtschaft in eine allgemeine Sozialwirtschaft überzugehen, mit der der Ertrag der produktiven Kräfte der Gesamtheit zugeführt werden kann. Das ist in kurzen Worten gesagt, was die Sozialdemokratie mit ihren wirtschaftlichen Forderungen anstrebt, und deshalb steht es durchaus in Uebereinstimmung mit der sozialistischen Auffassung, dass die produktiven Kräfte immer weiter und vollkommener entwickelt werden sollen und dass wir zuversichtlich erwarten, dass diese Umformung in wahrscheinlich weniger langer Zeit vor sich gehen wird, als verschiedene der Herren zu glauben scheinen. Denn die Erkenntnis der Notwendigkeit einer derartigen Umwälzung geht mit Riesenschritten vor sich. Aber inzwischen, solange das noch nicht zur Wahrheit wird — es wird selbstverständlich auch hier eine etappenmässige Entwicklung geben —, gilt es, die grossen Erträge und Vermögen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend heranzuziehen, gleichzeitig aber die produktiven Kräfte in ihrer werbenden Funktion nicht zu schädigen, und das kann nur durch eine wiederholte dauernde Bundessteuer erreicht werden. Von diesem Gesichtspunkt getragen, lehnen wir die Motion Götschel ab und erklären uns einverstanden, auf die Vorlage einer wiederholten Kriegssteuer einzutreten, aber unter ganz bestimmten Voraussetzungen.

Die Vorlage hat zuerst beabsichtigt, die Hälfte der gesamten Mobilisationskosten durch die wiederholte Kriegssteuer zu decken. Schon in der Expertenkommission hat man die Frage auf einen anderen Boden gestellt und im Bestreben nach Klarheit beschlossen, nur die fest bestimmbaren, eigentlichen Mobilisationskosten, also die Kosten, die mit der Mobilisation selbst im Zusammenhange stehen, zu decken, sich dann aber in diesem Falle nicht auf die Hälfte zu beschränken, sondern ¾ dieser Schuld zu decken. Wir sind nun der Meinung, dass wir hier weiter gehen und die gänzliche Deckung fordern müssen. Wir haben ein unmittelbares Interesse daran, hierüber Klarheit zu schaffen, weil, wenn wir uns auf ¾ oder, noch unbestimmter, auf die Deckung eines «erheblichen Teils» der Kostendeckung beschränken, für alles andere, was ausserordentlicherweise dem Bunde an Kosten erwachsen ist, für die wirtschaftlichen Aufgaben z. B. und alle die Aufgaben, die dem Bunde noch warten werden, wir vollständig im Dunkeln bleiben, wie hier die Deckung beschafft werden soll, wir somit vor der Gefahr stehen, dass die Deckung auf dem Wege indirekter Steuern versucht werden könnte. Wir haben alle Ursache, hier klar zu sehen und deshalb verlangen wir, dass die Mobilisationskosten im ganzen Betrage gedeckt werden sollen.

Eine zweite Forderung ist die, dass im Prinzip und in grossen Linien die Forderungen in der Initiative nicht verlassen werden. Wir haben ein steuerfreies Einkommen von Fr. 5000 und ein steuerfreies Reinvermögen von 20,000 Fr. verlangt. Ich glaube, mit bezug auf das Einkommen brauche ich wahrhaftig nicht viele Worte zur Begründung. Wir haben schon damals auf die beginnende Geldentwertung Rücksicht genommen, aber damals hat kein Mensch daran gedacht, dass der Krieg noch jahrelang dauern werde. Seither haben sich die Verhältnisse ganz wesentlich verschlechtert. Der Verband der Schweiz. Konsumvereine hat über 7000 Erhebungen über die Kosten einer sogen. normalen Familie, also Mann, Frau und drei Kinder, vor und seit dem Kriege durchgeführt. Und daraus hat sich ergeben, dass im Juni 1918 gegen den Juni 1914 sich eine Steigerung der zum Leben unmittelbar notwendigen Bedürfnisse um rund 129% ergab. Wenn man das einer entsprechenden Geldentwertung gleichsetzt, und man darf das ohne Bedenken, weil die Verteuerung alle Artikel ohne Ausnahme ergriffen hat, so würde das einer Geldentwertung von 56% gleichkommen, oder mit andern Worten, ein Franken wäre bloss noch 44 Cts. wert. Nun gebe ich ohne weiteres zu, dass in diesen Preisverhältnissen Momente enthalten sind, die durchaus nicht den natürlichen Verhältnissen entsprechen, sondern durch die Konjunkturen, durch die Spekulation und durch den Umlauf an Geldsurrogaten verschärft worden sind und dass, wenn wir einmal wieder normalere Verhältnisse haben, diese gewaltigen Preissteigerungen sich wieder zurückbilden werden. Aber mit ebenso grosser Sicherheit wird man behaupten können, dass, solange wir noch leben, die wir hier im Saale sind, wir die Friedenspreise von 1914 nicht mehr sehen werden, sondern dass wir auf einem höheren Preisniveau bleiben werden, an das sich die Wirtschaft anpassen muss. Deshalb kann gar keine Rede davon sein, dass das steuerfreie Existenzminimum so festgestellt bleiben könne, wenn, wie es in der Vorlage vorgesehen ist, Sie wenigstens auf unsere Mitwirkung rechnen wollen. Wir wollen uns nicht auf die feste Summe der Fr. 5000 versteifen, geben zu, dass dies vielleicht in elastischerer Weise normiert werden kann, dass man unterscheidet zwischen Grundzulage und Kinderzulage. Akzeptiert man eine entsprechende Formulierung, so ist es gut, aber das Prinzip soll unangetastet bleiben, dass das steuerfreie Einkommen durchschnittlich Fr. 5000 betragen müsse.

Etwas anderes ist es mit dem Vermögen. Es ist vielleicht nicht mit Unrecht gesagt worden, dass die Grenze hier vielleicht etwas zu weit gezogen worden sei, und da könnten wir insoweit Hand bieten, dass wir bei der Steuerfreiheit auf 10,000 Fr. hinuntergehen, unter der Voraussetzung, dass bei den Vermögenssteuerpflichtigen ohne ausreichenden Erwerb, namentlich den Witwen und Waisen, das steuerfreie Vermögen

auf Fr. 30,000 hinaufgesetzt wird. Dann wird den Verhältnissen genügend Rechnung getragen und dann wird auch die Landwirtschaft, die es bei der Initiative bitter beklagt hat, dass sie in der Besteuerung leer ausgehen solle, sich zufrieden geben können. Wir können uns also einverstanden erklären, wenn man auf Fr. 10,000 zurückgeht und für diejenigen, die nicht genügend erwerben können, das steuerfreie Vermögen auf Fr. 30,000 erhöht.

Eine weitere Forderung betrifft das Veranlagungsverfahren. Wir müssen dringend fordern, dass von dem Momente weg, wo es sich nicht mehr um eine einmalige Kriegssteuer handelt, sondern um eine Kriegssteuer, die mindestens 12 Jahre dauert, Sorge getragen werde für eine wirksame Beaufsichtigung des Bundes über die Verhältnisse und Entscheidungen in den Kantonen, und hiefür die nötigen Bestimmungen erlassen werden. Die Forderungen lassen sich dabei zusammenfassen: obligatorische Selbsttaxation wegen der Kontrolle bei der Besteuerung; die Verpflichtung zur Auskunfterteilung für Bund, Kantone, Gemeinden und Private, und im Grundsatz auch die Möglichkeit, die amtliche Inventarisation zur Anwendung bringen zu können. Ohne die Erfüllung dieser Forderungen würde sich hier neuerdings wiederholen, dass die Kantone, welche ohnehin schon durch gute Ordnung und Gesetzgebung ihre Steuerpflichtigen ganz anders zu erfassen gewohnt sind, wiederum die Kosten zu tragen haben gegenüber denjenigen, die wegen ihrer laxen Steuergesetzgebung auch bei der Bundessteuer nur ungenügend beitragen. Diese Forderungen sind deshalb berechtigt und sollten ebenfalls erfüllt werden.

Endlich haben wir — nicht vom Standpunkt der reinen Parteipolitik, sondern vom Standpunkt allgemeinster Interessen aus — die grundsätzliche Beteiligung der Gemeinden am Kriegssteuerertrag zu postulieren. Bei der ersten Kriegssteuer ist von den Gemeinden nichts gesagt worden, weil man nicht an einen Krieg von vieljähriger Dauer gedacht hat, deshalb nur eine einmalige Erhebung vorsah, und da lag die Hauptarbeit bei den Kantonen. Nachdem wir es nun aber mit einer wiederholten Kriegssteuer zu tun haben, die 12 oder 15 Jahre andauern muss, da haben wir uns zu fragen, ob eine derartige Nichtberücksichtigung der Gemeinden berechtigt sei, und das muss ich entschieden verneinen. Denn die Kriegslasten der Gemeinden, namentlich der Städte, sind derart gewachsen, dass die finanziellen Kräfte der Gemeinden zu Ende gehen. Wir können ruhig sagen, dass in den Gemeinden zuerst für wirksame Massnahmen Sorge getragen wurde, aber seither wird immer mehr diktiert vom Bund. Hier wird es zur stereotypen Formel: wir geben Vergütungen hier und dort, unter der Bedingung, dass die Kantone und Gemeinden in gleicher Weise dazu beitragen. So ist eine eigentliche Verpflichtung der Gemeinden entstanden, ohne dass man daran gedacht hat, den Gemeinden auch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich habe den Gedanken der Beteiligung der Gemeinden am Kriegssteuerertrag zunächst persönlich in der nationalrätlichen Kommission formuliert, war aber leider nicht in der Lage, der Diskussion selbst beiwohnen zu können, da ich die Sitzung vorher verlassen musste, ich konnte nur den Antrag kurz begründen und habe erst nachher aus der Zeitung entnommen, dass die Forderung abgelehnt worden sei.

Inzwischen hat sich nun aber der Städteverband mit der Sache befasst, allerdings auf meine Initiative hin. Es ist ein Fragenschema ausgearbeitet und versandt worden und wir haben das Material von 22 städtischen Gemeinwesen bekommen. In diesem Fragenschema können zwei Hauptgruppen der entstandenen ausserordentlichen Mehrausgaben unterschieden werden. Die erste Gruppe umfasst die Ausgaben, die auf die Geldentwertung zurückzuführen sind und die Besoldungserhöhungen, Teuerungszulagen, Materialpreiserhöhungen u. a. m. zur Folge hatten. Die zweite Gruppe enthält die Folgen der Notstandsaktionen, wie die Barunterstützungen an die Wehrmänner, die Armenunterstützungen, die Mindereinnahmen und Mehrausgaben der industriellen Betriebe, die Truppenverpflegungskosten, Subventionen an private Unternehmer usw. Ich verzichte darauf, Ihnen von dem gesamten Resultat der Enquete Kenntnis zu geben, schon deshalb, weil die Auffassungen in den verschiedenen Gemeinden verschieden gewesen sind, wie sich aus der Beantwortung schliessen lässt, und auch das Material nicht vollständig ist. Aber aus einigen grösseren Gemeinden kann ich Ihnen nun anhand dieser Erhebungen nachweisen, wie gewaltig die Auslagen für die Gemeinden sind. Ich will die Gemeinden Bern, Lausanne, St. Gallen, Zürich und Luzern herausgreifen. Basel und Genf haben so verschiedene Verhältnisse, dass sie nicht zu Vergleichungen geeignet sind, weil bei ihnen als Städtekantone Kanton und Gemeinde nahezu zusammenfallen. In Bern haben die Mehrausgaben im einzigen Jahr 1917 4½ Millionen Franken betragen, und dabei ist die Minderausgabe beim Gaswerk nur mit der Differenz des Rechnungsergebnisses 1913/17 mit Fr. 500,000 eingesetzt worden. Aber in einem ausführlichen Exposé des Gaswerkes hat dieses nachgewiesen, dass der Ausfall in Wirklichkeit rund 1½ Millionen beträgt. Bei Zürich ist eine ausserordentliche Ausgabe im Jahre 1917 von Fr. 7,700,000 aus den Kriegsfolgen entstanden, und dabei ist die Wirkung der Materialpreiserhöhung nicht einmal in Rechnung gezogen, während er in Bern mit Fr. 747,000 in Anschlag gebracht wurde und es deshalb anzunehmen ist, dass er für Zürich mindestens 1½ Millionen betragen haben wird, so dass in Zürich über 9 Millionen Franken an ausserordentlichen Ausgaben geleistet worden sind. Aehnlich stellen sich relativ die Verhältnisse in Lausanne, St. Gallen und Luzern.

Sie sehen daraus, dass eine solche Forderung der Gemeinden durchaus begründet ist, dass sich die Verhältnisse zudem verschärfen und 1918, noch mehr 1919, ungleich grössere Aufwendungen notwendig machen werden, um dem grössten Elend wirksam begegnen zu können. Deshalb sind wir der Meinung, dass hier nicht verfassungsrechtliche Bedenken, die nach meiner Ansicht ganz unbegründet sind, geltend gemacht werden sollten. Es ist ganz selbstverständlich, dass man in einem Artikel, der die Beteiligung der Kantone ordnet, die Beteiligung der Gemeinden nur im Grundsatz normieren und es sich dabei nicht um eine mechanische, schematische Verteilung auf die Gemeinden handeln kann; nur die Gemeinden sollen berücksichtigt werden, welche durch den Krieg nachgewiesenermassen ausserordentliche Ausgaben aufwenden mussten: die Einschränkung ist notwendig, indem namentlich landwirtschaftliche Gemeinden mit grossem Holzareal unter Umständen seit dem Kriege bessere Geschäfte gemacht haben, als es vor dem

Kriege der Fall gewesen ist. Ich begnüge mich hier mit diesen Ausführungen und werde in der Detailberatung meine Anträge noch näher begründen.

Wie wird sich nun die weitere Entwicklung gestalten, vorausgesetzt, dass Sie unseren begründeten Forderungen Rechnung tragen und damit die Vorlage für uns annehmbar machen. Herr Prof. Speiser hat gestern angedeutet, dass wir eigentlich die Sieger vom 2. Juni seien und ich habe an Herrn Prof. Speiser gedacht, indem ich mir gesagt habe, dass aus der Ablehnung der dauernden Bundessteuer sich die temporäre Bundessteuer entwickeln müsse, und die seitherige Entwicklung bestätigt diese Auffassung. Wenn die wiederholte Kriegssteuer von drei zu drei Jahren aber mit ausserordentlicher Schärfe progressiv erhoben wird, so werden die Zwischenperioden zwischen den Erhebungsjahren dazu benützt werden, um die Reserven bereit zu stellen, um den ganzen Bedarf im Erhebungsjahre decken zu können, so dass in Tat und Wahrheit diese Kriegssteuer für 12—15 Jahre zu einer temporären Kriegssteuer wird, und deshalb hat diese ihrem Wesen nach gesiegt. Nachher aber, das hoffe ich allerdings, werden wir schliesslich die Sieger sein, indem dann die direkte Bundessteuer kommen wird. Inzwischen werden unsere welschen föderalistischen Kollegen umlernen müssen, was bei ihrer geistigen Beweglichkeit ihnen gewiss keine Schwierigkeiten bieten wird; auch der eidgenössische Finanzminister wird sich damit zufrieden geben können, da er die nötigen Mittel für die Erfüllung der Bundesaufgaben erhält, und auch das föderalistische Prinzip ist gerettet, soweit es lebenskräftig und existenzberechtigt bleibt.

So werden wir alle mit der Zeit auf unsere Rechnung kommen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen und die Vorlage in diesem Sinne verbessern. Ich votiere deshalb für Eintreten, weil mir die Vorlage prinzipiell annehmbar erscheint. Wäre sie im Prinzip verfehlt, so gäbe es nur eine Haltung: Nichteintreten. Die verschiedene Auffassung von Herrn Naine und mir ist unwesentlich, ist mehr Nuance als taktische Differenz. Er lehnt die Vorlage ab, weil er der Ueberzeugung ist, dass doch nichts Rechtes herauskommt, und ich will eintreten, um zu sehen, was aus der Detailberatung hervorgeht. Deshalb stimme ich für Eintreten. Dabei mache ich aber, wie Herr Naine und unsere ganze Fraktion natürlich unsere Stellungnahme in der Schlussabstimmung davon abhängig, was aus der ganzen Beratung hervorgehen wird. Also in diesem Sinne empfehle ich Eintreten auf die Vorlage.

Steinhauser: Gestatten Sie mir zur Eintretensfrage ebenfalls wenige Worte. Sie besitzen die Vorlage des Bundesrates und die Anträge der Kommission des Nationalrates. Minderheitsanträge sind mit bezug auf die Eintretensdebatte nicht gestellt worden. Gestern nach einer langen Debatte, die von verschiedenen Kommissionsmitgliedern benutzt wurde, hätte man allerdings annehmen können, dass die Stimmung in der Kommission nicht so einheitlich ist, wie sie sich tatsächlich bei der Kommissionsberatung herausgestellt hat. Man hätte auf Grund der gestrigen Reden annehmen können, dass von verschiedenen Seiten, wenn nicht gerade ein Antrag auf Nichteintreten gestellt würde, doch die Vorlage derart modifiziert werden sollte, dass sie einen andern Charakter und ein anderes Gesicht bekommt, als es nach Vorlage aussieht.

Wir stehen mitten in der Verwirklichung des Finanzprogramms des Bundesrates, d. h. des Programmes des Bundesrates, das er aufgestellt hat zur Abtragung der Kriegsschuld und zur Sanierung unserer Finanzen überhaupt. Von diesem Programm sind bisher verwirklicht worden die erste Kriegssteuer, die Kriegsgewinnsteuer, die Erhöhung der Einnahmen der eidgenössischen Regiebetriebe, namentlich der Post, des Telegraphen und des Telephons, und das Stempelsteuergesetz. Vom Stempelsteuergesetz, welches seit einigen Monaten in Kraft ist, gewärtigen wir eine budgetierte Nettoeinnahme von mindestens 15 Millionen. Vorgesehen waren 11—12 Millionen Franken. Wir dürfen aber hoffen, dass der Nettoertrag 15—20 Millionen betragen werde, und hier ist hervorzuheben, dass es der Besitz ist, welcher hauptsächlich zur Einbringung dieser Einnahme beiträgt. Vier Fünftel der auf dem Wege der Stempelsteuer zufliessenden Einnahmen fallen auf den Besitz. Das ist hier zu buchen gegenüber denjenigen, welche immer hervorheben, dass der Besitz zu wenig herangezogen werde.

Der Verwirklichung im Finanzprogramm harren nun noch folgende Postulate: die Besteuerung des Tabaks, die Ausdehnung des Alkoholmonopols auf die Obstbranntweine, die Umgestaltung der Militärpflichtersatzsteuer und die periodische Wiederholung der Kriegssteuer.

Bei der allgemeinen Beurteilung dieses Programms mögen nun einige allgemeine Bemerkungen gestattet sein. Wie die Erfahrung gezeigt hat, konnte bei der Lösung der durch den Krieg entstandenen Finanzfragen gar nicht anders vorgegangen werden als etappenweise, das eine nach dem andern. Dieses etappenweise Vorgehen ist der einzig praktische Weg gewesen, der sukzessive, aber sicher zum Erfolg führte. Alle übrigen Erörterungen, die hier in diesem Rate geflossen sind über die Aufstellung und Durchführung des Finanzprogrammes, gehören und sind zu verweisen in das Reich der Theorie, die allerdings dazu beitragen kann, die einzelnen Postulate zu verwirklichen, die aber nicht dazu dient, sie in Wirklichkeit durchzuführen.

Bei der Aufstellung und Beratung des Finanzprogrammes ist hier im Rate wiederholt das Postulat gestellt worden, mehr Ersparnisse zu erzielen, und vom Bundesratstische aus ist das Versprechen abgegeben worden, man wolle diesem Postulat gerecht werden. Wie verhält es sich mit diesen Ersparnissen? Ist diesem Postulate und dem vom Bundesratstische aus gegebenen Versprechen nachgekommen worden oder nicht? Die Antwort darauf kann nicht positiv ausfallen, sondern muss zum grössten Teil negativ lauten. Man hat gesucht, die Taxen bei den Regiebetrieben, bei Post, Telegraph und Telephon, zu erhöhen und dadurch die Erträgnisse gesteigert. Diese Erhöhung der Taxen ist aber ein zweischneidiges Schwert. Sie erschwert den Verkehr und trifft doch solche, die die Erhöhung ganz empfindlich spüren. Die erhöhten Taxen bei der Personenpost und Gepäckbeförderung treffen ganz besonders hart unsere Gebirgsbevölkerung, die im Kampfe um ihre Existenz in den heutigen Tagen ganz besonders schwer zu ringen hat. Diese erhöhten Taxen lasten auf den Schultern des kleinen Mannes, des wirtschaftlich

Schwächeren und gehören, von diesem Standpunkt aus beurteilt, zu den unberechtigsten öffentlichen Abgaben. Nicht besser steht es beim Telephon. Infolge der Erhöhung der Telephontaxen ist es dazu gekommen, dass wir heute in der Schweiz teurer telephonieren als in den meisten uns umgebenden, mitten im Krieg stehenden Staaten. Das ist eine Erschwerung und Verschlechterung des Verkehrs, und ganz besonders werden dadurch die Interessen des Handels, der Industrie und des Gewerbes betroffen. Mit der Erhöhung dieser Taxen ist man nun nach der Auffassung des Sprechenden weit genug gegangen. Jedenfalls ist eher an eine Erniedrigung denn an eine Steigerung dieser Taxen zu denken. Und wie verhält es sich bei den Bundesbahnen? Auch da hat man die Tarife erhöht, so dass der Bogen nicht weiter gespannt werden darf, wenn er nicht zum Brechen kommen soll. Das gehört zu der von Herrn Musy gestern wiederholt angeführten und gepriesenen « économie sérieuse et scrupuleuse ».

Wie steht es nun bei den Bundesbahnen mit den erzielten Ersparnissen? Wie steht es mit der Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes und der Organisation? Die Frage stellen, heisst sie beantworten. Wir haben von einer Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes und der Organisation bis dato nichts gehört und nichts erfahren. Ich will nicht unbescheiden sein und doch möchte ich Sie auf ein konkretes Beispiel hinweisen. Auch wir im Kanton Graubünden haben ähnliche Schmerzen zu bestehen wie die Bundesbahnen, auch wir hatten bei den Rätischen Bahnen einen sehr komplizierten Verwaltungsapparat, bei einem Unternehmen, in welchem gegenwärtig nahezu 90 Millionen Franken investiert sind. Wir hatten 3 Direktoren mit 3 Departementen, und das ging alles gut vor dem Krieg. Sobald aber die Folgen des Krieges eingetreten sind, waren wir gezwungen, eine Verbilligung und Vereinfachung unserer Organisation durchzuführen. Das haben wir getan. Wir haben an Stelle der drei Direktoren einen Direktor und an Stelle der drei Departemente ein Departement gesetzt und sind der Ueberzeugung, dass die Verwaltung künftig bei Vereinfachung der Organisation ebenso gut und dabei noch viel weniger bureaukratisch durchgeführt und gehandhabt werden kann und wird als früher. Ich glaube, dass auch bei den Bundesbahnen im Sinne der Vereinfachung und der Verbilligung angesetzt werden kann und dass auch dort der umfangreiche und komplizierte Verwaltungsapparat reorganisiert und auf eine einfachere und kaufmännisch bessere Basis gestellt werden darf.

Also Ersparnisse lassen sich erzielen in unseren Regiebetrieben. Aber es genügt nicht, immer nur darauf hinzuweisen und uns mit Versprechungen zu trösten, sondern wir müssen einmal Hand ans Werk legen, und wir hoffen, dass es dem neuen Vorsteher des Post- und Eisenbahndepartements gelingen wird, hier praktische Arbeit zu leisten. Ich bin überzeugt, wenn einmal Hand ans Werk angelegt wird, wird auch die Arbeit mit Erfolg gekrönt sein.

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen mit bezug auf drei unbekannte Grössen, die bei der Diskussion stets erwähnt werden und auf die bei der Durchführung des Finanzprogramms von gewisser Seite mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird. Diese drei unbekannten Grössen sind die Zölle, die Höhe der Mobilisationsschuld und die Abrüstung, d. h. die Reduktion der Militärausgaben.

Was die Zölle anbelangt, so können wir heute allerdings nicht sagen, wie sich diese künftig gestalten werden. Das hängt von Faktoren ab, die sich unserer Beurteilung entziehen. Der Sprechende gehört aber nicht zu den Pessimisten, sondern zu den Optimisten und ist überzeugt, dass nach dem Krieg beim Neuaufleben des Wirtschaftslebens die Zölle wieder in die Schranken treten und mindestens diejenigen Erträge abwerfen werden, die sie vor dem Kriege abgeworfen haben. Der Sprechende glaubt sogar, dass die Erträge aus den Zöllen nach dem Kriege noch wesentlich höher sein werden, als sie vor dem Kriege waren. Wenn nun von seite der Sozialdemokraten gesagt wird: da handelt es sich um indirekte Steuern, die wir nicht wollen, so ist demgegenüber kurz zu sagen: mit bezug auf die Zollfragen können nicht wir bestimmen, was wir wollen, sondern wir müssen uns in dieser Hinsicht nach der internationalen Lage und nach der Konjunktur in Europa richten. Also hier können weder die Sozialdemokraten noch kann irgend eine andere Partei nach ihrem Dafürhalten handeln, sondern sie müssen sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und nach den internationalen Handelsbeziehungen, wie sie sich nach dem Kriege gestalten, richten. Also aus dieser Quelle werden wir noch reiche Erträgnisse zu gewärtigen haben.

Wie verhält es sich mit der Höhe der Mobilisationsschuld? Es wird gesagt: die Höhe der Mobilisationsschuld ist unbekannt. Nun wir wissen, dass die Mobilisationskosten Ende 1918 1 Milliarde 70 Millionen ausmachen und dass die Defizite der Jahre 1914—1918 180 Millionen betragen. Also wissen wir, dass wir Ende 1918 einer Mobilisationsschuld gegenüber stehen von 1 Milliarde 250 Millionen. Mit bezug auf diese unbekannte Grösse wissen wir genug, um sagen zu müssen, dass diese Schuld jetzt und möglichst rasch getilgt, d. h. verzinst und amortisiert werden soll.

Die dritte unbekannte Grösse ist die Abrüstung, d. h. die Reduktion der Militärausgaben. Wir dürfen auch annehmen, dass nach Beendigung des Krieges eine allgemeine Abrüstung eintritt. Sie muss eintreten, nicht nur mit bezug auf das Interesse der Neutralen und deren Lage, sondern mit bezug auf die wirtschaftliche Lage der kriegführenden Grossmächte. Wenn diese Abrüstung eintritt, wie erwartet werden darf, so dürfen wir auch damit rechnen, dass bei uns eine Reduktion der jährlich wiederkehrenden Militärausgaben erfolgen wird. Wenn nun auch diese drei unbekannten Grössen heute noch nicht bestimmt definiert werden können, so sind sie doch für uns bekannt genug, um die Lösung des Finanzproblems energisch und konsequent an die Hand zu nehmen und etappenweise zu verwirklichen, um dadurch dem Staate die nötigen Mittel zu geben, damit er seine Kriegsschulden bezahlen könne.

Wenn nach dem Kriege diese unbekannten Grössen sich zugunsten unserer Volkswirtschaft gestalten, die Optimisten recht bekommen, die Zölle tatsächlich grosse Erträgnisse abwerfen, die Militärausgaben wesentlich reduziert werden können, wenn das eintritt, desto besser. Dann haben wir eben die nötigen Mittel, um an verschiedenen Orten einzusetzen, wo wir einsetzen müssen. Dann können wir

z. B. die erhöhten Taxen und Tarife unserer Regiebetriebe Post, Telegraph und Telephon und Eisenbahnen wieder reduzieren, auf die normale Höhe bringen und dadurch die hemmenden und erschwerenden Einschränkungen des Verkehrslebens beseitigen. Sodann wollen wir diese Ueberschüsse auch dazu benützen, um wichtige, notwendige soziale und kulturelle Aufgaben zu lösen. Vor allem wollen wir dann die nötigen Mittel aufspeichern und verwenden für die Durchführung einer Alters- und Invalidenversicherung.

Was nun speziell die heutige Vorlage anbelangt, so seien noch folgende Ausführungen gestattet. Heute handelt es sich darum, den Verfassungsartikel zu beraten, der die wesentlichen Grundsätze enthalten soll, nach welchem die wiederholte Kriegssteuer zu erheben ist. Ein Bundesgesetz, das später zu erlassen ist, soll dann die nötigen Detailbestimmungen enthalten.

Für die Beurteilung des in die Verfassung aufzunehmenden neuen Artikels sind nach Auffassung des Sprechenden ganz besonders massgebend die Kampagne und das Resultat der Abstimmung vom 2. Juni 1918 betreffend Einführung einer direkten Bundessteuer. Wie bereits von verschiedenen Seiten hervorgehoben wurde, ist dazumal mit 325,000 gegen 276,000 Stimmen und mit 14½ gegen 7½ Standesstimmen die Initiative auf Einführung der direkten Bundessteuer abgelehnt worden. Das ist geschehen nach einer lebhaften Kampagne und einer gründlichen Beratung der ganzen Materie im Volke. Wenn nun heute über die Kriegssteuer legiferiert wird, so kann das nicht anders geschehen als in Anlehnung an das Resultat der erwähnten Abstimmung, mit andern Worten: durch die erwähnte Abstimmung sind die Richtlinien gezeichnet worden, welche für den Gesetzgeber massgebend sind bei der Legiferierung über die Kriegssteuer. Wenn wir nun nach diesen Richtlinien fragen, so sind es ganz besonders zwei Gedanken, welche die Mehrheit des Schweizervolkes bei der Abstimmung geleitet haben und welche auch heute für den Gesetzgeber massgebend sein müssen. Und diese zwei Gedanken sind die folgenden.

Das Volk hat durch seine Abstimmung in unmissverständlicher Weise kundgetan, dass es keine dauernde direkte Bundessteuer auf Vermögen und Erwerb wolle, und in zweiter Linie hat das Volk durch die Abstimmung zu verstehen gegeben — und dies wurde auch dem Volke bei der Kampagne und der Beratung der Gesetzesvorlage wiederholt versprochen — dass der wesentliche Teil der Mobilisationskosten vom Besitz zu tragen sei. Also in erster Linie keine bleibende direkte Bundessteuer auf Vermögen und Erwerb. Auch keine temporäre Steuer auf Vermögen und Erwerb. Vermögen und Erwerb sollen als Steuerquellen den Gemeinden und Kantonen erhalten bleiben.

Was ist dann die Konsequenz aus der Abstimmung über die Initiative punkto Bundessteuer? Die Konsequenz ist die: wir wollen eine ausgesprochene Kriegssteuer mit Ausnahmecharakter. Wir wollen weder eine bleibende, noch temporäre Bundessteuer, sondern eine Kriegssteuer mit ganz ausgesprochenem Ausnahmecharakter. Dieser Charakter soll zum Ausdruck kommen mit bezug auf den Zweck und die Zeit der Steuer, und dieser Charakter soll derart sein, dass die ganze Steuer einer rapid vorübergehenden Kriegssteuer gleichkommt: möglichst rasche Tilgung der Kriegsschuld und Verwendung der betreffenden Erträgnisse ausschliesslich für die Tilgung eines Teiles der Mobilisationsschuld.

Nun gehen die Ansichten ganz besonders auseinander mit bezug auf die Dauer dieser Steuer. Nach der Vorlage soll die wiederholte Kriegssteuer viermal erhoben werden, und zwar je in dreijährigen Perioden, so dass die Kriegssteuer dann nach Ablauf von 12 Jahren erledigt wäre. Gegen diese Art der Erhebung der Kriegssteuer, welche eigentlich das Wesen der ganzen Vorlage enthält, ist von verschiedensten Seiten Opposition gemacht worden, von Herrn Maunoir, von Herrn Speiser und ebenso von seite der Sozialdemokraten. Wie verhält es sich mit diesen Einwendungen?

Herr Maunoir hat gestern ausgeführt, dass das Kapital die nötige Basis sei für die Volkswirtschaft der Schweiz. Ganz zugegeben. Das Kapital ist zweifelsohne ein wesentliches und notwendiges Element in der Volkswirtschaft der Schweiz. Aber es ist nicht das einzige. Auch die Arbeit ist ein wesentliches Element der Volkswirtschaft. Es geht nicht an, Kapital gegen Arbeit auszuspielen. Sie sind aufeinander angewiesen und haben ein Recht, sowohl das Kapital wie die Arbeit, bei Beratung volkswirtschaftlicher Fragen in gebührender Weise berücksichtigt zu werden.

Nun ist aber ganz besonders gesagt worden, durch diese Steuer werde das Nationalvermögen der Schweiz zu stark belastet. Schon in der Kommission hat man darauf hingewiesen und erklärt: das Kapital vermag diese Last nicht zu tragen; der einzelne Kapitalist wird zu stark belastet und das gesamte schweizerische Nationalvermögen ebenfalls. Wie verhält es sich damit? In der gestrigen dreistündigen Diskussion hat man diese Behauptungen wiederholt gehört. Aber Beweise dafür sind keine angeführt worden. Auch die Eingaben der Handelskammern und gewisser Bankkreise enthalten gar keine positiven Beweise, welche dartun würden, dass die in Aussicht genommenen Steuern das Nationalvermögen im allgemeinen oder den einzelnen Kapitalisten im besonderen zu stark belasten würden. Wie verhält es sich damit in Tat und Wirklichkeit? In der Kommission wurde anhand der Statistik ausgeführt, und zwar vom Mitglied Herrn Obrecht, der sich ganz besonders mit den Fragen des Finanzhaushaltes der Gemeinden und der Kantone befasst hat: Wir können für die Schweiz registrieren: kantonale Steuern pro Jahr 80 Millionen, Gemeindesteuern pro Jahr ebenfalls 80 Millionen. Das ist in runden Zahlen. Die eidgenössische Kriegssteuer würde rund 60 Millionen betragen. Also hätten wir eine Belastung unseres Nationalvermögens bestehend aus kantonalen, Gemeinde- und Kriegssteuern von total 220 Millionen Franken pro Jahr. Kann nun das Nationalvermögen, ohne in seinen Zwecken und Aufgaben gehemmt und wesentlich erschwert zu werden, diese Last tragen? Ich antworte ja. Das Nationalvermögen kann diese Last tragen, und wir dürfen mit gutem Gewissen im Grundsatze zu der Vorlage stehen. Die Statistik sagt hierüber folgendes: Wir haben einen jährlichen Ertrag in der Schweiz aus Arbeit von rund 1125 Mill. Franken und aus Vermögen ebenfalls von rund 1125 Mill. Franken. Wir hätten also Totalerträge aus Vermögen und Arbeit in der Schweiz von jährlich

2,250,000,000. — Woher sind diese Zahlen genommen? Im Jahre 1913 wurde ein Privatvermögen von 25 Milliarden versteuert. und wenn wir annehmen, dasselbe werfe einen Ertrag von 4½% ab, so macht das die erwähnten 1125 Millionen aus Vermögen. Auf Grund der Statistik betrug die Steuer aus dem Einkommen in den Kantonen für das Jahr 1913 991 Millionen. Wenn Sie noch das berücksichtigen, was zufolge der gesetzlichen Steuerfreiheit oder aus irgendwelchem Grunde tatsächlich nicht versteuert wurde, und wenn Sie beachten, dass das Einkommen seit 1913 wesentlich gesteigert worden ist, so dürfen Sie sehr wohl dahin konkludieren, dass der Ertrag aus der Arbeit, aus dem Einkommen mindestens 1125 Millionen ausmache. Das sagt die Statistik. Nun gebe ich sehr gerne zu, dass diese Statistik, wie jede andere, hinkt; aber so viel wissen wir sicher, dass das Nationalvermögen diese Leistung zu tragen vermag, ohne in seinen Aufgaben und Zwecken gehemmt oder wesentlich erschwert zu werden.

Endlich wollen wir anhand einiger Beispiele sehen, wass dann eigentlich bezahlt werden muss. Nach Vorlage zahlt ein Vermögen von 15—20,000 Franken eine Steuer von Fr. 15.—, verteilt auf 3 Jahre; also hätte ein Vermögen von Fr. 20,000 eine jährliche Steuer von Fr. 5.— zu bezahlen. Ein Vermögen von 200—210,000 Franken hätte pro Jahr eine Steuer von rund Fr. 270 zu bezahlen. Wenn also ein Vermögen von 200—210,000 Franken eine Kriegssteuer von Fr. 270 pro Jahr bezahlen soll, so darf nicht gesagt werden, dass das eine unerträgliche Last sei.

Und wie steht es beim Erwerb? Fr. 3000 bis Fr. 3500 zahlen jährlich Fr. 10. Ein Erwerb von Fr. 8000 bis Fr. 8500 eine Steuer von jährlich Fr. 55 und ein Erwerb von Fr. 50,000 bis Fr. 52,000 zahlt jährlich eine Steuer von Fr. 1550. Diese Steuer-Ansätze sind in concreto derart, dass sie von den Steuerträgern sehr wohl getragen werden können.

Ich habe zum allgemeinen Beispiel noch etwas nachzutragen. Wir haben nachgewiesen, dass auf Grund der Statistik der jährliche Ertrag aus Arbeit und Vermögen Fr. 2250 Millionen ausmacht. Diese 2250 Mill. hätten nun an Steuern pro Jahr 222 Mill. zu entrichten, worin inbegriffen sind die Steuer für den Kanton, für die Gemeinden und die Kriegssteuer, mit andern Worten, es hätte also dieses Nationalvermögen 10% des Ertrages abzugeben zur Tragung der öffentlichen Lasten. Wenn wir das in Prozenten ausdrücken wollen, speziell für die Kriegssteuer, so hätte der Ertrag aus Arbeit und Vermögen sich an der Kriegssteuer mit 3—4% zu beteiligen. Wenn wir mit dieser Last davon kommen, so dürfen wir uns gratulieren und uns sagen, dass das Nationalvermögen für die Tragung der Kriegslasten in durchaus kulanter Weise herangezogen wird.

Der Sprechende und seine politischen Freunde sind der Ansicht, gegen eine Verlängerung der dreijährigen Periode Stellung zu nehmen. Erst dadurch, dass wir die 3jährige Periode bei der Verteilung des Steuersatzes beibehalten, wird man dem Gedanken gerecht, dass weder eine temporäre, noch eine bleibende Bundessteuer eingeführt werden soll, sondern erst dadurch wird die Steuer, die wir dekretieren wollen, zu einer Kriegssteuer mit ausserordentlichem Charakter, die mit bezug auf Zweck und Zeit determiniert ist.

Was nun das Minimum anbetrifft, so sind wir der Auffassung, dass über diejenigen Ansätze, welche in der Vorlage enthalten sind, nicht gut gegangen werden darf. Auch hier soll tatsächlich der Grundsatz der gleichmässigen Belastung, der Heranziehung aller Steuerpflichtigen im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit, Beachtung finden.

Was die Veranlagung betrifft, soll dieselbe den Kantonen reserviert werden. Aber wir sind der Meinung, dass dafür gesorgt werden soll, dass möglichst gleichmässig veranlagt werde und dass dem Bund ein Oberaufsichtsrecht hierüber gebührt und er dafür sorgen soll, dass die Veranlagung möglichst gleichmässig durchgeführt werden solle.

Der Anregung des Städteverbandes, dass ein Teil des Ertrages an die Gemeinden abgegeben werden solle, können wir nicht Folge geben. Wir sind der Ansicht, dass der Ertrag dem Bund und den Kantonen vorbehalten werden soll, und zwar in der Quote von 20% zugunsten der Kantone. Es geht nicht wohl an, dass der Bund bei diesem Anlass in die Gemeindeverhältnisse hineinregiere und über dieselben legiferiere. Das soll den Kantonen vorbehalten bleiben. Sie sind auch in der Lage, die lokalen Verhältnisse besser zu kennen und zu beurteilen als der Bund. Wenn z. B. in Bern, St. Gallen und Zürich gewisse Gemeinwesen in besonderer wirtschaftlicher Lage sich befinden, welche eine Unterstützung rechtfertigen, so mögen die Kantone eingreifen und diesen Gemeinwesen gerecht werden. Es wird nicht gut angehen, dass der Bund hier Vorschriften erlasse.

Was die Tantiemensteuer betrifft, so ist dieselbe eine Ergänzungssteuer, die sehr wohl in die Vorlage Aufnahme finden kann und welche einem gerechten sozialen Bedürfnis entspricht.

Ich will Sie nicht länger aufhalten. Im Sinne dieser Ausführungen erkläre ich meinerseits und auch namens meiner politischen Freunde, dass wir auf die Vorlage eintreten.

Caflisch: Als Kommissionsmitglied sei mir gestattet, nur ganz kurz noch einige Fragen zu berühren, welche in der Botschaft nicht oder wenigstens nicht ausführlich behandelt sind. Es ist von sozialdemokratischer Seite hier und in der Presse mit Verwerfen der Vorlage gedroht worden, obwohl das steuerfreie Erwerbsminimum gemäss Beschluss der Kommission heraufgesetzt wird auf Fr. 3000 und für jedes Kind um weitere Fr. 300. Diese Erleichterung des Erwerbs sollte logischerweise auch eine Erhöhung des steuerfreien Vermögensminimums zur Folge haben. Es hat etwas Stossendes an sich, dass die Steuer für Vermögen von Fr. 15,000 ebensoviel beträgt wie für Erwerb von Fr. 3000 und darüber. Das Verhältnis ist nicht ganz gerecht. Die Landwirtschaft könnte z. B. gegen dieses etwas ungerechte Verhältnis Protest erheben. Sie verzichtet darauf; sie erhebt keinen Protest, sie wird die Vorlage nicht verwerfen, obwohl sie es mit besseren Gründen tun könnte als die Sozialdemokraten und die Fixbesoldeten. Dagegen besteht der Wunsch, dass die Kriegssteuer nicht kategorisch und zum vornherein jedes dritte Jahr erhoben werden müsse, kraft Verfassungsbestimmung. Es sollte die Möglichkeit offen bleiben, die Kriegssteuer vielleicht nur jedes vierte Jahr, oder wie die städti-

schen Handelskammern gefordert haben, nur jedes fünfte Jahr zu erheben, gemäß jeweiligem Beschluss der Bundesversammlung, unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse. Es betrifft dies nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch das Gewerbe und gewisse Industrien; ich erinnere an die Hotelindustrie. Es besteht eine gewisse Gefahr durch die zu rasche Folge der verschiedenen Kriegssteuern. Das Ende des Krieges ist heute nicht abzusehen. Es können für die Produzenten schwere Jahre eintreten; während die Löhne steigen und auch die Materialpreise und alle Bedarfsartikel, bleibt der Absatz gehemmt und gestört durch die vielen staatlichen Vorschriften. Auf diese Verhältnisse sollte der Verfassungsartikel Rücksicht nehmen. Auf diese Verhältnisse könnte die Bundesversammlung Rücksicht nehmen, wenn man ihr in Art. 2 die Möglichkeit hierzu gewährt.

Wenn wir sagen, wir stimmen der Vorlage zu, so sagen wir es unter einer Voraussetzung, nämlich unter der Voraussetzung, dass die Bewertung des Vermögens und des reinen Erwerbes nach den gleichen Grundsätzen erfolge wie bei der ersten Kriegssteuer. Wir setzen betreffend die Festlegung die Taxation des Vermögens voraus, dass z. B. landwirtschaftliche Grundstücke mit Gebäuden als ein Ganzes geschätzt werden. Wir setzen voraus, dass landwirtschaftliche Gebäude ohne einen eigentlichen Ertragswert nicht besonders geschätzt werden. Wir setzen voraus, dass nicht ein vorübergehender Affektionswert als Verkehrswert betrachtet werde, und dass auch der Ertragswert berücksichtigt werde.

Es ist eine schwere Belastung, die der Landwirtschaft auferlegt wird, und es könnte ihre Leistungsfähigkeit auf eine schwere Probe gestellt werden. Es hat der schweizerische Bauernverband zur einmaligen Kriegssteuer 1915 geschrieben: «Nach den Buchhaltungserhebungen des schweizerischen Bauernsekretariats lässt sich die voraussichtlich mittlere Höhe der Vermögenssteuer für die verschiedenen Betriebsgrössen einschätzen: Güter von 3—5 ha 16,000 Franken zu 1‰ gleich 16 Fr.; Güter von 5 bis 10 ha 24,000 Franken zu 1‰ gleich 24 Fr.; Güter von 10—15 ha 39,000 Franken zu 1,1 ‰ gleich 43 Fr. und Güter über 15 ha 55,000 Franken zu 1,4‰ gleich 77 Franken. Das nicht in der Landwirtschaft angelegte Kapital ist nicht mitgerechnet. Es ist das eine einmalige Steuer, die sogar nur ratenweise und wohl erst im Jahre 1916 erhoben werden wird. Die schweizerischen landwirtschaftlichen Organisationen würden sich wohl schämen, an diesen Ansätzen in irgendwelcher Weise zu markten.»

Das war im Jahr 1915 und es handelte sich um eine einmalige Kriegssteuer. Heute handelt es sich um eine Belastung, die wir auf 10—20 Jahre ausdehnen müssen, und das ist ein grosser Unterschied.

Wir setzen sodann bezüglich der Erwerbssteuer voraus, dass die Berechnung des Reinerwerbes so erfolgt, wie bei der ersten Kriegssteuer, ungefähr so, wie in Art. 14 des Bundesbeschlusses vom Dezember 1915 gesagt worden ist. Von den Bruttoeinnahmen darf der Steuerpflichtige die notwendigen Betriebs- oder Erwerbsausgaben, Lohnauszahlung, Versicherungsbeiträge, Verzinsung des im Geschäft stehenden Kapitals zu 5% in Abzug bringen. Die heutige Botschaft enthält darüber keine bestimmten Andeutungen, aber der Bundesrat wird uns wohl gerne erklären, dass es so gemeint ist wie bei der ersten Kriegssteuer.

Wir stimmen also zur Vorlage mit dem Vorbehalt, dass man nicht ein Tempo einschlage, welches eine allzu schwere Belastung speziell der Landwirtschaft und verschiedener anderer Gewerbe und Industrien notwendig mit sich bringt, auch wenn die Zeitverhältnisse ein langsameres Tempo als wünschbar erscheinen lassen.

Sträuli: Ich werde mir erlauben, für die Detailberatung einen Antrag zu formulieren, dessen Inhalt dahin geht, dass die unteren Klassen in der Vermögens- und Einkommensbesteuerung weniger stark belastet sein sollen als nach der Vorlage der Kommission. Der Charakter meines Antrages ist also der des Entgegenkommens gegen die Ausführungen und Ideen, die Ihnen heute von den Herren Naine und Müller unterbreitet worden sind. Dabei muss ich allerdings die Kommission und auch den Vorsteher des Finanzdepartementes um Entschuldigung bitten, dass ich als Mitglied der Kommission erst heute diese Anträge formuliert habe. Es war mir leider nicht möglich, der Sitzung der Kommission beizuwohnen. Es wäre richtiger gewesen und der Sache förderlicher, wenn eine Abklärung der Anträge, die ich stellen werde, in der Kommission hätte erfolgen können.

Die sozialdemokratische Partei hat durch den Mund des Herrn Müller eine Reihe von Vorbehalten formuliert, von deren Entsprechen sie die Zustimmung zum Gesetzesentwurf abhängig macht. Von diesen Vorbehalten scheint mir derjenige der wichtigste, der sich auf das Heraufsetzen der steuerfreien Beträge von Vermögen und Einkommen bezieht. Was die andern Punkte anbetrifft, so habe ich das Gefühl, dass man sich verständigen könnte, namentlich bezüglich der zu tilgenden Summe. Aber Schwierigkeiten werden sich bieten bei der ausserordentlich wichtigen Frage, wie man die Mindestbeträge ansetzen müsse. Zwei Ideen bekämpfen sich. Auf der einen Seite wird gesagt, die Abzahlung der Mobilisationsschuld sei eine Pflicht des Besitzes und es dürfen die unteren Klassen nicht behelligt werden, und auf der anderen Seite sagt man, gerade weil es sich um die Mobilisationsschuld handle, weil man für jedermann das Vaterland und den Herd geschützt habe, so ergebe sich aus dem Charakter der Schuld die patriotische Pflicht eines jeden, an die Abzahlung der Schuld beizutragen. Es scheint mir, das ist die Hauptdifferenz, um die es sich handelt, und ich muss zugeben, dass die Ausführungen des Herrn Müller von heute vormittag eine Betrachtung enthalten, die wir nicht als unrichtig bezeichnen können. Er hat darauf hingewiesen, dass die Entwertung des Geldes so abnorme Verhältnisse angenommen habe, dass man heute nicht mehr rechnen könne wie zu den Zeiten vor dem Kriege oder auch nur wie zur Zeit der ersten Kriegssteuer. Das wird niemand bestreiten können. Und wenn wir die Bewegungen in Lohnfragen der letzten Zeit überblicken, so erkennen wir unschwer, dass ein konstanter Zug durch die Bewegung geht, es sollen nicht nur die alleruntersten Klassen von Lasten befreit und besser gestellt werden, sondern auch der kleine Mittelstand, die Leute, die nicht zu den Bedürftigen zu zählen sind, die ihren Verpflichtungen nachkommen wollen, es aber kaum können und sich nicht mehr einschränken können.

Die Bewegung bei diesen Leuten, die kleinere und mittlere Einkommen haben, ist sehr begreiflich, und sie wird im allgemeinen sympathisch begrüsst, soweit es sich darum handelt, ihnen bessere Einkommensverhältnisse zu gewähren. Aber auch bei den öffentlichen Belastungen muss mit diesen Verhältnissen gerechnet werden, um den kleinen Vermögens- und Einkommensverhältnissen gerecht zu werden.

Wenn wir die Vorlage überblicken, so sehen wir, dass wir bei einem Einkommen von Fr. 4000 eine Kriegssteuer, allerdings verteilt auf drei Jahre, von Fr. 48 haben, bei Fr. 6500 von Fr. 96 und bei Fr 7500 von Fr. 142.50. Dazu kommen die Abgabe aus dem Vermögen für die Kriegssteuer und dazu auch die kantonalen Steuern und die Gemeindesteuern; so kommen wir für die kleinen Einkommen zu Summen, die im Verhältnis zur Grösse des Einkommens und Vermögens und in Betracht aller Umstände, die heute so schwer auf den Leuten lasten, zu hoch sind. Daraus ist meine Idee heraus gewachsen. An sich könnte ich den Ausführungen des Herrn Müller, die dahin gehen, dass man die kleineren und mittleren Einkommen ganz entlasten solle, gestützt auf diese Ueberlegungen nicht entgegentreten. Dagegen sind es zwei Hauptbetrachtungen, die mich hindern, dem Antrage des Herrn Müller zuzustimmen.

In erster Linie glaube ich, dass bei einigermassen erheblichen Einkommen, bei Einnahmen, wo man überhaupt von Einkommen sprechen kann, sagen wir drei-, vier-, fünftausend Franken, von den kleinern will ich nicht sprechen, dort hört alle Theorie auf, irgend eine Belastung für den Staat erfolgen darf und muß. Bei Einkommen in diesen Grenzen gehört eine gewisse Abgabe an den Staat ins Ausgabenbudget, wie Nahrung und Kleidung. Wir dürfen dem Bürger zumuten, eine gewisse Summe von Steuern als Komponent der Ausgaben ins Budget aufzunehmen. Das ist auch möglich unter der Voraussetzung, dass die Summe, die der Staat und die Gemeinden verlangen, nicht einen erheblichen Teil der Ausgaben oder Einnahmen ausmacht.

Die andere Betrachtung ist die: Wenn ich auch zugebe, dass die Ausführungen des Herrn Müller bezüglich der unteren Klassen richtig sind, so kann ich doch dem Antrage nicht zustimmen, weil das Resultat, das dabei herauskommt, ein missliches und unannehmbares ist, das übrigens schon bei der Abstimmung am 2. Juni viele Kreise bewogen hat, gegen die Initiative Stellung zu nehmen, nämlich: dass nur einige Prozent der Bevölkerung die Belastung tragen sollen. Wir haben bei Anlass der ersten Kriegssteuer diese Konsequenz auf uns genommen, weil wir sagen konnten, diese Kriegssteuer sei eine einmalige und nicht bleibende. Aber jetzt sind wir aus dem Stadium einer einmaligen Aktion in das Stadium einer bleibenden Einrichtung gelangt. Wenn wir sagen könnnen, dass die einseitige Belastung des Besitzes und die Entlastung des grössten Teils der Bevölkerung bei der ersten Kriegssteuer etwas Gutes war, so wird es zum Bösen, zum Uebel, sobald die Dinge sich perpetuieren, und es wird zum bösen Beispiel für die Kantone und Gemeinden. Ich verweise darauf, dass bereits in Basel eine auf gleicher Grundlage aufgebaute Kriegssteuer erhoben wird. Und von den ausserordentlichen Steuern wird der Grundsatz auf die normalen Steuern übergehen. Es wird nicht wenige geben, welche dies begrüssen; aber dagegen ist vom Standpunkte der Demokratie aus bestimmt Stellung zu nehmen. Ich gehe von dem Satze aus, der in der zürcherischen Verfassung und in einer Reihe von andern Verfassungen enthalten ist, es solle grundsätzlich jeder Bürger, der stimmen kann und mitreden darf, verhältnismässig und abgestuft nach seinen Verhältnissen an die Lasten des Staates beitragen. Wenn wir einen andern Grundsatz aufnehmen, dass zwar jeder Bürger mitbeschliessen darf, dass aber nur wenige Prozent der Bürger die Lasten tragen, die sich aus den Beschlüssen ergeben, so ist das das Ende der Demokratie und der Anfang der Demagogie. Ich bin also, so leid es mir tut, aus diesen Erwägungen nicht im Fall, dem Antrage des Herrn Müller zustimmen zu können wegen der ganz fatalen Konsequenzen, die für unser Staatsleben mit Sicherheit daraus entstehen würden. Es scheint mir heute der psychologische Moment zu sein, Stellung zu nehmen. Wir durften bei der ersten Kriegssteuer über diese Dinge hinweggehen. Wir durften sagen: «Es handelt sich um ein einmaliges Opfer, das vom Besitz getragen werden muss, und wenn auch nur wenige dieses Opfer übernehmen müssen.» Heute aber müssen wir fragen: «Dürfen wir auf dieser Bahn weiterschreiten oder müssen wir Stellung nehmen?» Ich glaube, wir müssen Stellung nehmen.

Wenn ich also auf der einen Seite zugeben musste, dass mir die Ausführungen des Herrn Müller grundsätzlich sympathisch sind, aber sie auf der andern Seite aus den beiden Erwägungen heraus, die ich Ihnen vorgeführt habe, bekämpfte, so habe ich versucht, eine Lösung zu finden. Es scheint mir, diese Lösung sollte gefunden werden auf der Grundlage, dass man einerseits zwar die Ansätze über die Vermögens- und Einkommensbeträge, die befreit sind, beibehält, wie sie der Bundesrat vorschlägt, aber die Steuersätze für die unteren Klassen bei Vermögen und Einkommen, namentlich aber beim Einkommen, hinuntersetzt. Ich habe meinen Antrag vorläufig so formuliert, dass ich sage: es soll beim Vermögen die Steuer beginnen mit $\frac{1}{2}$ ‰ statt mit 1‰ und beim Einkommen mit $\frac{1}{5}$ % statt mit $\frac{1}{2}$ %. Ich lege dabei namentlich Gewicht auf die niederen Ansätze beim Einkommen; wenn Opposition entstehen sollte speziell dagegen, dass man auch beim Vermögen tiefer gehe, so könnte ich mich einverstanden erklären, diesen Punkt fallen zu lassen. Aber vorläufig habe ich den Antrag so formuliert. Das Resultat wäre also, dass wir den Grundsatz gewinnen würden: es solle prinzipiell jeder Bürger etwas auch an diese Steuer wie an andere beitragen, aber es sollen die untern Klassen möglichst wenig belastet werden, so dass sie die Belastung ertragen können.

Ich weiss nicht, ob Herr Prof. Speiser, wenn er diesen Antrag hört, sagen wird: Damit sei die von ihm bekämpfte Anlage der ganzen Gesetzesvorlage noch verschlechtert und in denjenigen Punkten, die er hervorgehoben hat, übertrieben. Ich glaube nicht, dass dies der Fall ist. Ich begreife ganz gut die Ausführungen des Herrn Speiser, der Bedenken hat gegen die allzuhohe Hinaufschraubung der Ansätze bei den höchsten Klassen. Aber es ist nicht meine Aufgabe, hier einzusetzen und Opposition zu machen. Mein Standpunkt, der bei den unteren Klassen etwas zurückgehen will, steht mit den Ausführungen des Herrn Prof. Speiser nicht im Widerspruch.

Dagegen möchte ich mich mit einigen Worten mit einer andern Ausführung des Herrn Speiser auseinandersetzen. Er hat erklärt, er sei erstaunt über die Vorlage des Bundesrates, weil sie nach seiner Ansicht nicht die richtige Einlösung der Versprechungen sei, die seinerzeit bei der Abstimmung vom 2. Juni gegeben worden seien. Ich habe im Gegenteil gefunden, dass die Vorlage des Bundesrates durchaus diesen Versprechungen entspricht, wenigstens denjenigen, die wir in der Ostschweiz unsern Wählern gegeben haben. Es müsste also sein, dass in verschiedenen Parteien des Landes oder bei verschiedenen Parteien die Vertreter des Volkes verschieden gesprochen haben. Wir haben so gesprochen: «Wir bekämpfen die Initiative am 2. Juni, weil sie eine bleibende Bundessteuer will, die wir nicht akzeptieren können, namentlich mit Rücksicht auf die Opposition in der welschen Schweiz.» Aber wir haben beigefügt: «Wir sind sofort dabei, wenn eine ähnliche Vorlage mit Beschränkung auf eine gewisse Zeit und Beschränkung auf die Abtragung einer gewissen Summe, sagen wir der Mobilisationsschuld, kommt.» Das war unser Standpunkt. Dazu haben wir damals auch erklärt, und ich kann das als weiteres Argument den früheren Ausführungen beifügen, dass wir dagegen Stellung nehmen müssen, dass, wie die Initiative es wollte, eine dauernde Bundessteuer nur von wenigen Prozent der Bevölkerung getragen werden solle.

Wenn ich die Vorlage überblicke, so muss ich sagen, ich begreife eigentlich die energische Opposition Prof. Speisers nicht. Es ist davon gesprochen worden, wer der Sieger des 2. Juni sei. Ich bin jetzt noch der Meinung, es sei Herr Prof. Speiser. Denn dasjenige, was er proklamiert hat, ist ja da: eine temporäre Steuer auf soundso viel Jahre hinaus. Sie ist beschränkt auf die Tilgung einer bestimmten Summe und auf bestimmte Zeit, und das sind doch die Hauptelemente seines Antrages. Ob dann die Steueransätze etwas höher seien, oben oder unten, das sind Dinge, die man entscheiden kann, die aber meines Erachtens Herrn Speiser nicht dazu führen sollten, auch wenn gegen ihn entschieden würde, in das gegnerische Lager zu treten. Es wäre ein sehr fatales Ereignis, wenn wir übrigen Leute mit gewöhnlichen Kenntnissen in diesen Dingen uns in einem Kampf um die neue Vorlage nicht mehr auf die Autorität des Herrn Prof. Speiser berufen könnten, was wir bisher immer mit so grosser Vorliebe getan haben.

Ich schliesse mit diesen wenigen Bemerkungen. Es scheint mir, dass in der Hauptsache nicht tiefgehende Differenzen vorhanden sind. Ueber alle Anträge, die bis jetzt angekündigt worden sind, sollte eine Einigung möglich sein. Die Schwierigkeit liegt in der Ansetzung der steuerfreien Vermögens- und Einkommenssummen, und da habe ich das Gefühl, dass mein Antrag ein Vermittlungsantrag sei. Er bezweckt, einerseits zwar die bundesrätlichen Minimalansätze festzuhalten, aber anderseits die unteren Klassen zu entlasten. Ich glaube, dass auf dieser Basis eine Verständigung möglich sein wird. Ich nehme bestimmt an, dass grosse Teile der bürgerlichen Wähler, die am 2. Juni mit der Initiative stimmten, durch die Annahme eines so gearteten Antrages für die neue Vorlage gewonnen werden, dass es aber zweifelhaft ist, wenn wir nicht solche Aenderungen anbringen, ob diese Kreise nicht wiederum mit den nämlichen gehen, mit denen sie am 2. Juni dieses Jahres in die Schlacht gezogen sind.

Ich hoffe auch, dass, wenn man in dieser Weise den Ideen des Herrn Müller entgegenkäme, auch die sozialdemokratische Partei mitmachen könnte und dass auch bei ihr das nationale Verantwortlichkeitsgefühl in den Vordergrund treten würde, das ja sicher auch bei dieser Partei vorhanden ist.

M. le **Président.** Un certain nombre de propositions ont déjà été déposées, d'autres sont annoncées. Je prierai les orateurs qui se proposent de demander des modifications au texte qui a été distribué de vouloir bien, pour faciliter la tâche de la Chancellerie et leur examen par les députés, de les déposer maintenant, afin qu'elles puissent être imprimées et distribuées.

M. le Conseiller fédéral **Motta:** Je constate tout d'abord avec une très grande et, je crois pouvoir ajouter, une légitime satisfaction, que l'entrée en matière n'a pas été combattue. Malgré les divergences de vues parfois considérables qui se sont fait jour dans le débat, malgré quelques vives critiques formulées contre le projet du Conseil fédéral, personne n'a cru devoir demander la non-entrée en matière. C'est dire, me semble-t-il, que dans les grandes lignes, et en principe, chacun de vous, à l'exception peut-être de M. Naine qui a déclaré vouloir s'abstenir, vouloir même voter contre l'entrée en matière, est d'accord sur le principe. Quant aux détails, détails il est vrai très importants, détails d'une portée parfois considérable, nous nous entendrons, je l'espère, au cours du débat sur les articles. En attendant, je me permettrai de vous démontrer par quelques chiffres que les propositions du Conseil fédéral sont à tous les points de vue absolument fondées, que son projet découle d'une nécessité absolue et que certaines des critiques formulées ne résistent pas à un examen sérieux.

J'ai déjà eu l'honneur de vous indiquer à plusieurs reprises certains chiffres, qui sont en quelque sorte la préface nécessaire de toute discussion utile dans cette matière des nouvelles ressources recherchées par la Confédération. Cependant, ces chiffres qui me sont familiers, à cause de ma fonction et de mes responsabilités, peuvent parfois échapper aux membres du parlement. Il est de mon devoir de les rappeler, ne fût-ce que pour mémoire, ne fût-ce que pour pouvoir ensuite discuter utilement. En déposant son projet, le Conseil fédéral est parti de l'idée que la dette probable résultant de la guerre atteindrait un total d'un millard et demi. Les facteurs de cette dette restent toujours les mêmes: dépenses de mobilisation, déficit des comptes d'Etat, dépenses de prévoyance sociale pendant la guerre. On peut aujourd'hui admettre que la dépense de mobilisation aura atteint, à la fin de l'année 1918, le chiffre d'un milliard 30 millions. Je reste quelque peu en-dessous des chiffres consignés dans le message du Conseil fédéral, parce que par la suite il a été démontré que la moyenne que nous avions admise, lorsque nous avons élaboré ce message, était un peu trop forte. L'année 1918 a donné en moyenne pour chaque mois des chiffres inférieurs à ceux des années 1917 et 1916. J'arrive donc au chiffre probable pour la fin de l'année de 1 milliard 30 millions de dé-

penses de mobilisation proprement dites. Les déficits des comptes d'Etat de 1914 à la fin de 1918 peuvent être évalués — sous réserve du déficit incertain de 1918 — à 180 millions. Les dépenses de prévoyance sociale depuis 1914 à la fin de l'année peuvent être évaluées à environ 50 millions. On est ainsi conduit à cette conclusion qu'à la fin de cette année, la dette de guerre sera probablement de 1 milliard 260 millions. Vous voyez que nous sommes encore un peu éloignés du chiffre d'un milliard et demi que nous avions pris comme base hypothétique en élaborant notre projet. Eh bien, je crois que vous pouvez admettre comme une chose absolument certaine que le déficit de 1919 ne sera guère inférieur à 80 millions environ. Admettez, Messieurs, que la guerre dure encore quelques mois en 1919, admettez qu'en 1919, outre les dépenses ordinaires et celles de mobilisation, nous ayons encore des dépenses considérables à supporter pour la prévoyance sociale de guerre, vous arriverez sans doute à cette conclusion que le chiffre d'un milliard et demi est plutôt au-dessous qu'au-dessus de la réalité probable. Si, Messieurs, je voulais diriger mes regards jusqu'à la fin de 1919 et si j'admets que les dépenses de 1919 doivent rester les mêmes qu'elles l'ont été jusqu'en 1918, j'arrive aux chiffres suivants: 80 millions de déficit probable du budget de 1919, 200 millions environ de dépenses de mobilisation, 50 millions environ de dépenses de prévoyance sociale. Cela fait un total de 330 millions à ajouter au chiffre de 1 milliard 260 millions, que je considère comme certain, à la fin de cette année. L'addition de ces deux sommes donne, comme total probable de la dette de guerre à fin 1919, 1,600,000,000 frs. Je n'ai pas voulu, dans les hypothèses actuelles, que je qualifierai d'hypothèses probables, aller jusqu'à ce chiffre. J'en suis resté à celui de 1 milliard et demi.

Maintenant, vous admettrez tous cette vérité élémentaire, banale, que je m'excuse même de devoir énoncer, c'est que cette dette de guerre d'un milliard et demi doit être amortie. Et tout le monde, je suppose, est d'accord pour admettre que l'amortissement de cette dette de guerre n'est point possible sans recourir à l'impôt direct frappant la fortune et le produit du travail.

Or, le peuple, dans la journée mémorable du 2 juin de cette année, a déclaré avec la majorité des Etats qui composent la Confédération, qu'il n'acceptait point l'idée de l'impôt direct permanent. Il a aussi exclu l'idée d'un impôt temporaire qui ne serait que la préface ou le déguisement d'un impôt permanent. En d'autres termes, il s'est prononcé contre l'idée d'un impôt temporaire normal. Voilà, Messieurs, la grande différence qui existe entre le point de vue de M. Speiser et celui qui a l'honneur de vous parler et, si vous me permettez de l'ajouter, celui du Conseil fédéral.

L'impôt temporaire de M. Speiser est un impôt temporaire normal sur lequel je vais tout à l'heure m'expliquer. L'impôt temporaire que nous vous proposons pour tenir compte de la volonté manifeste du peuple et des cantons est un impôt temporaire exceptionnel, anormal, qui rend possible la solution des difficultés financières de la Confédération sans être acculé, avec le temps, à l'impôt direct permanent.

L'idée du Conseil fédéral est placée entre deux autres. D'un côté, celle de l'honorable M. Goetschel, de l'autre celle de l'honorable M. Speiser. Les propositions de MM. Speiser et Goetschel sont en quelque sorte deux antithèses qui battent en brèche le point de vue du Conseil fédéral. Chez M. Goetschel, l'idée politique efface complètement toute considération économique. Puisqu'on veut éviter à tout prix un impôt fédéral direct permanent, dit M. Goetschel, il faut d'un seul coup, en pratiquant une grande saignée, demander à l'épargne nationale toute la somme nécessaire pour amortir la partie de la dette de mobilisation qui doit l'être par des impôts directs. L'inconvénient très grave de cette solution est de confondre la fortune avec les moyens liquides par lesquels la fortune peut faire face à ces obligations. La solution Goetschel est une solution que je permets d'appeler violente, brutale en quelque sorte et qui permet au capitaliste ayant beaucoup de disponibilités de se décharger rapidement de son obligation, mais qui, d'autre part, empêche à celui dont la fortune n'est point liquide, à l'homme surtout dont la fortune est grevée de dettes, de se libérer de son obligation dans une période de perception et avec des méthodes compatibles avec sa puissance contributive. Voilà la raison majeure pour laquelle nous ne pouvons pas admettre la solution de M. Goetschel. Tout ce qu'il y a, me semble-t-il, de bon, de sain, de raisonnable dans son idée, nous l'avons mis dans le projet du Conseil fédéral. Aller au delà, ce serait oublier complètement les intérêts économiques pour n'avoir en vue que les intérêts politiques. Nous ne pouvons en prendre la responsabilité.

Puisque j'ai l'honneur de parler de la motion Goetschel, vous me permettrez, dans l'intérêt du crédit du pays, de m'élever d'ores et déjà avec une énergie tranquille, mais d'autant plus grande contre, l'idée énoncée par M. Goetschel dans le développement de sa motion. Il a signalé à l'attention du fisc fédéral les dépôts effectués dans nos banques par des personnes qui ne sont point domiciliées en Suisse. Or, Messieurs, ce serait manquer à mon devoir le plus élémentaire si, devant prendre part à ce débat et ayant entendu les déclarations de M. Goetschel, je ne m'élevais pas contre cette idée dont l'application porterait un coup fatal à la prospérité des banques suisses. Que toutes les personnes qui sont domiciliées chez nous soient obligées de payer l'impôt, cela va de soi, mais que les personnes qui déposent dans nos banques des capitaux tout en restant dans leur pays, que ces personnes-là soient appelées aussi à payer un impôt quelconque sur leurs dépôts en Suisse, c'est là une idée fallacieuse et dangereuse. Fallacieuse, parce que le jour où le fisc fédéral entrerait dans cet ordre d'idées, nous verrions les dépôts prendre immédiatement la fuite, s'en aller chercher un asile dans un autre pays plus sûr. La conséquence en serait simplement celle-ci. Nous aurions perdu la matière fiscale imposable et d'un autre côté porté le coup le plus grave à nos banques et, partant, au crédit du pays. Le crédit du pays est solidaire du crédit des banques elles-mêmes. Sans l'organisation de nos banques, sans le puissant appui qu'elles ont apporté au pays, pendant cette période qui va de 1914 à 1918 et se prolongera encore, il aurait été impossible à la Confédération de faire face à ses tâches financières formidables. Voilà pourquoi je vous mets en garde de la manière la plus énergique contre les théories développées par M. Goetschel, sans doute dans les meilleures intentions du monde.

A l'autre pôle se trouve l'idée de M. Speiser qui, lui, oublie, étouffe le côté politique de la question, pour s'en tenir au côté économique. Son point de vue

est que l'économie nationale suisse ne peut livrer à la Confédération qu'un chiffre limité de millions chaque année et, par conséquent, selon lui, il faut renoncer à réaliser cette pensée politique d'un impôt temporaire exceptionnel qui tiendrait compte du voeu du peuple, tel qu'il l'a manifesté par son vote du 2 juin et qui ne nous mettrait pas dans la nécessité d'introduire avec le temps un impôt direct permanent. M. Speiser a critiqué les taux, la progression, les minima d'existence. Vous me permettrez de vous présenter un petit tableau qui démontrera que le système de M. Speiser, l'impôt temporaire, ne serait en définitive qu'un impôt permanent. En ayant à notre disposition une somme d'environ 30 millions chaque année — c'est le chiffre sur lequel M. Speiser a tablé, au lieu des 50 millions que nous voulons demander à l'économie nationale, il faudrait 18 ans pour amortir une dette de 350 millions. Et s'il fallait amortir une somme non pas de 350 millions, mais de 400 millions, il faudrait 23 ans. S'il fallait avec cette même disponibilité amortir non pas une somme de 350 millions ou de 400 millions, mais un demi-milliard, il faudrait 37 ans. Or, je me demande si un impôt temporaire qui durerait 18, 23 ou 37 ans, ne ressemblerait pas comme un frère à l'impôt permanent. Soyons francs, dirai-je alors, acceptons l'impôt permanent, cela vaudrait beaucoup mieux et ne tromperait personne. Mais nous n'avons pas voulu suivre cette voie, parce que nous avons tenu à rester conséquents avec nous-mêmes, à respecter le sens et la haute portée du vote politique prononcé par le peuple dans la journée du 2 juin.

Puisque je vous ai donné quelques chiffres, vous me permettrez de vous expliquer comment, au sein du Conseil fédéral, devrait fonctionner la machine, permettez-moi cette expression, de l'amortissement de la dette de guerre. Nous partons de l'idée que la moitié de la dette de guerre — et tout à l'heure je reviendrai sur la question des trois-quarts des dépenses de mobilisation que nous vous demandons de payer avec l'impôt renouvelé de guerre — nous disons la moitié de cette dette, c'est-à-dire 750 millions, doit être supportée par les générations futures avec la nôtre. Pour payer et amortir dans l'espace de 40 à 50 ans la somme de 750 millions, il faut une recette annuelle d'environ 40 à 45 millions, que nous demanderons à des impôts indirects frappant la fortune acquise et les objets de consommation. Il faut cesser une bonne fois de propager cette légende que l'impôt indirect frappe nécessairement les objets de consommation et qu'il n'y a point d'impôts indirects frappant la fortune acquise. Nous avons introduit dans la constitution un impôt du timbre qui est par excellence un impôt indirect frappant la fortune acquise et exonérant presque complètement les classes déshéritées de la population. Eh bien, ces 40 à 45 millions dont nous avons besoin pour amortir dans l'espace de 40 à 50 ans la moitié de la dette de guerre de 750 millions, nous les demandons au timbre, à l'imposition du tabac, à l'imposition de l'alcool, à l'assurance militaire. Reste l'autre moitié. Elle doit être à nos yeux amortie dans le court espace de 9 à 12 ans, et voici comment nous entendons procéder. De 750 millions il faut défalquer le premier impôt de guerre et le produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Le premier impôt de guerre a produit 100 millions, l'impôt sur les bénéfices de guerr produira certainement, à la fin de cette période troublée, une somme que je me permets d'évaluer à 300 millions. Cela fait 400 millions. Si nous déduisons ces 400 millions des 750 il en reste 350 dont il faut payer l'intérêt et l'amortissement. Or, Messieurs, l'amortissement de 350 millions avec une disponibilité annuelle de 50 millions, somme que nous demanderons à l'économie nationale, peut se faire exactement en 9 années, c'est-à-dire en trois périodes.

Maintenant, permettez-moi de m'expliquer sur un autre côté de la question. Le Conseil fédéral ne vous a pas proposé, par le texte constitutionnel, de procéder exactement comme je viens de le faire pour expliquer le mécanisme de l'amortissement. Après avoir entendu les experts, il a proposé que les trois-quarts de la dépense capitale de mobilisation seraient payés par les impôts de guerre renouvelés. Ce mode qui a souri davantage aux experts, qu'ils ont recommandé, que la commission a approuvé, qui offre certainement des avantages incontestables aboutit au même résultat que les calculs que j'ai faits tout à l'heure. J'envisage l'hypothèse d'une dépense de mobilisation de 1,200,000,000 frs. Cette hypothèse correspond immédiatement à celle d'un milliard et demi pour la dette totale de guerre. Les trois-quarts de 1,200,000,000 de la dette de mobilisation font 900 millions. Je déduis de ce dernier chiffre 400 millions, produit de l'impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre, il me reste 500 millions à obtenir par les impôts renouvelés. Et c'est cette somme de 500 millions qui donne au bout de 9 ou 10 ans exactement l'effet utile que je recherche, c'est-à-dire l'amortissement définitif des 350 millions. Voilà pourquoi, Messieurs, la formule proposée par le Conseil fédéral, sur l'avis des experts, et le calcul que je fais sur la nécessité de mettre la moitié des dettes de guerre, par parts égales, à la charge de la génération actuelle rapidement et des générations futures, se pénètrent et peuvent être en quelque sorte substituées l'une à l'autre sans aucun danger.

Maintenant, le Conseil fédéral a accepté l'idée de ne point parler de la moitié de la dette de guerre, mais des trois-quarts d'une dépense de mobilisation. Il l'a fait pour tranquilliser surtout ceux qui craignaient une disposition constitutionnelle pouvant conduire à l'obligation d'amortir par des impôts renouvelés non seulement des dépenses militaires proprement dites, mais aussi des dépenses de prévoyance sociale et des déficits des comptes d'Etat; ceux qui craignaient par conséquent que par là on n'ouvrît la porte toute grande à une politique de gaspillage financier. Voilà la raison pour laquelle le Conseil fédéral s'est rallié à la solution des experts.

Mais, Messieurs, il me suffit de vous avoir exposé ces chiffres et fourni ces données pour vous mettre en garde et, je dirai, pour vous supplier de ne pas descendre au-dessous de la limite des trois-quarts des dépenses de mobilisation et de ne pas suivre ceux d'entre vous qui nous ont conseillé seulement trois ou même deux répétitions de l'impôt de guerre. La répétition deux fois seulement de l'impôt est manifestement insuffisante; il faut le déclarer d'ores et déjà. Et je pense, Messieurs, que vous me rendrez au moins le témoignage que jusqu'à présent je n'ai jamais rien demandé de plus, mais toujours moins que ce que la réalité a démontré qu'il était nécessaire de vous demander. Je me souviens que lorsque j'ai eu l'honneur de défendre devant vous le projet du premier impôt de guerre, on me disait: Vous demandez trop,

il faut attendre. Ne pouvons-nous pas nous féliciter aujourd'hui d'avoir brisé ces résistances et ces hésitations et d'avoir au moins réalisé cette oeuvre-là! Quand il s'est agi de demander l'augmentation des taxes des postes et des téléphones, le Conseil fédéral ne s'est-il pas heurté aux mêmes résistances? Mais aujourd'hui ne pouvons-nous pas nous féliciter d'avoir écouté la voix du Conseil fédéral et constater que ce que le Conseil fédéral a demandé n'était point au-dessus, mais encore au-dessous des besoins? Or, je déclare aujourd'hui, sur ma foi de magistrat et de chef responsable des finances de la Confédération, que la répétition de l'impôt de guerre deux fois ne suffit point aux besoins de la Confédération; vous pouvez en croire un homme qui a la conscience de ne rien dire qui ne soit la vérité fiscale financière pour l'avenir. Voilà pourquoi je m'oppose aussi à l'idée qui a semblé digne d'intérêt à l'honorable rapporteur de la commission. Mon ami, M. Musy, vous a dit: Bornons-nous à trois répétitions de l'impôt de guerre. Eh bien, je voudrais, au nom de ses idées, combattre cette proposition. Je crois et j'espère que la répétition de l'impôt de guerre trois fois suffira à la tâche. Si la guerre dure beaucoup plus longtemps que nous ne l'avons pensé et que nous l'espérons, il est clair qu'une période nouvelle deviendra nécessaire, même peut-être deux. Mais, Messieurs, si les prévisions que nous pouvons formuler aujourd'hui avaient quelque chance de se réaliser, trois répétitions de l'impôt suffiraient. Mais supposez que ce ne soit pas le cas, que faire alors! Il faudra revenir encore une fois devant le peuple, le Parlement et devant les cantons pour leur demander une nouvelle revision constitutionnelle; toutes les portes que vous avez voulu fermer au danger politique qui pèse sur la souveraineté fiscale des cantons, toutes ces portes se trouveront encore une fois ouvertes. Le système actuel, qui est un système organique résolvant complètement le problème, concilie les intérêts politiques et économiques du pays. L'autre système qui, par une solution empirique, veut se borner à deux ou trois répétitions de l'impôt de guerre, ne constitue pas une solution organique du problème. Il risque d'exposer encore une fois le peuple et le parlement à la tentation à laquelle fatalement ils succomberont: accepter l'impôt direct permanent. Eh bien, Messieurs, parce que j'estime qu'il faut interpréter loyalement le vote du 2 juin, qu'il ne faut pas mettre le peuple et le Parlement dans la tentation d'ouvrir encore ces questions politiques, je vous supplie d'adopter le point de vue du Conseil fédéral.

On a critiqué les taux trop élevés. On a soulevé entre autres l'hypothèse d'un millionnaire qui posséderait deux millions et demi et qui, par le jeu de l'impôt de guerre renouvelé des impôts cantonaux et communaux, serait appelé à n'avoir plus que la moitié à peu près de ses revenus évalués à environ 70,000 fr. C'est l'honorable M. Maunoir qui a formulé cette hypothèse. Je ne pense pas qu'elle soit très bien choisie. Je ne sais s'il est juste d'admettre qu'une fortune de deux millions et demi ne peut donner que du 3 %. Je crois qu'il serait plus équitable d'admettre, si l'on voulait formuler cette hypothèse, qu'un homme qui a deux millions et demi de fortune a près de 100,000 fr. de revenu. Mais je veux admettre les chiffres de M. Maunoir. Le contribuable dont il parle aurait encore à sa disposition, après avoir rempli tous ses devoirs envers la collectivité, commune, canton et Confédération, environ 35,000 fr. par an. Il me semble pourtant que le budget de cet homme, digne d'intérêt sans doute, est encore assez élastique pour pouvoir le restreindre. Et j'avoue que, tout en respectant l'homme riche qui rehausse la valeur de la richesse par son travail, mes sympathies vont plutôt à l'homme qui doit lutter avec les difficultés de la vie, avec les difficultés de son budget pour faire face à ses obligations.

Après avoir envisagé cette hypothèse, permettez-moi cependant d'appeler encore votre attention sur le fait suivant, qui est décisif. Les taux de l'impôt que nous vous proposons se répartissent sur trois ans. L'ancien impôt de guerre se répartissait sur deux ans. Or, j'ai constaté et calculé que l'homme qui a un demi-million de fortune payera annuellement moins avec le nouvel impôt que le même contribuable avec l'ancien. Et l'homme qui a 20,000 fr. de revenu de son travail payera moins annuellement avec le nouvel impôt qu'avec l'ancien. Or, est-il juste d'élever tant de protestations contre ces taux qu'on appelle spoliateurs? Oui, ils sont lourds pour ceux qui disposent d'importants revenus de travail ou de grandes fortunes, mais ce sont ceux-là qui ont le privilège de pouvoir rendre à l'Etat dans les moments actuels un très grand service. Je les respecte, je les estime et je me garderai toujours de les signaler en aucune façon à l'envie ou à la haine, mais je leur demande de s'incliner et de faire leur devoir, pas davantage.

Vous me permettrez maintenant d'avoir une petite explication avec M. le président de la ville de Berne — je crois que la discussion qui va intervenir l'intéressera. D'abord, je le remercie d'avoir bien voulu exposer nettement et franchement son point de vue dans le sens de l'entrée en matière. J'irai même plus loin. Je remercie M. Müller, qui m'a paru l'interprète autorisé de son parti, d'avoir apporté en quelque sorte une adhésion de principe aux grandes lignes du projet. Il sait, j'ai eu l'honneur de le lui dire déjà dans la commission, que j'attache personnellement, et non seulement moi, mais aussi le Conseil fédéral, une grande importance au concours et à la collaboration du parti socialiste dans cette oeuvre de restauration financière. La restauration financière ne peut être faite que par le concours de tous les enfants du pays. Et quant à moi je ne puis pas dédaigner les observations, les critiques et les désirs des représentants autorisés du parti socialiste. Cependant, après avoir fait ces déclarations, vous me permettrez d'examiner chacune des demandes ou des désiderata qu'il a formulés pour voir ce qu'il y a de possible et d'impossible dans les demandes qui sont formulées. Ces desideratas sont les suivants:

Tout d'abord, on nous demande de déclarer que la dette de guerre doit être amortie en totalité par des impôts directs. Puis, on demande que les minima d'existence soient encore beaucoup plus élevés que ceux que vous avez introduits dans votre projet. Troisième demande: garantir que l'application du texte constitutionnel sera faite d'une manière rigoureuse et uniforme pour toutes les régions du pays. Et M. Müller, n'oubliant pas

sa qualité de président de la ville de Berne, a ajouté encore un dernier voeu, celui des villes suisses, de mettre aussi les communes au bénéfice de la part attribuée aux cantons sur le produit des impôts de guerre renouvelés.

Je voudrais tout d'abord prier M. Müller de bien réfléchir que cette prétention de faire amortir toute la dépense de mobilissation par des impôts directs n'est point réalisable. J'ai fait faire un calcul. En admettant une dépense de mobilisation de 1200 millions et en déduisant les 400 millions du premier impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre, il nous resterait à payer encore par ce moyen — et remarquez bien que c'est la pensée de M. Müller — pour amortir complètement la dépense, une somme variant entre 750 et 800 millions. Or, si nous partons de l'idée que nous avons à notre disposition une somme de 50 millions par an, pour amortir ce chiffre suivant la pensée de M. Müller, il faudrait 28 ans pour faire l'opération complète. Comme les 50 millions par an représentent une somme qui peut être demandée temporairement et à titre exceptionnel, il faut nécessairement que nous partions de l'idée que si vraiment l'impôt devait durer aussi longtemps, nous ne pourrions pas demander à l'économie nationale une somme aussi formidable. Je ne crois pas me tromper en admettant que si l'initiative socialiste avait pu être acceptée, jamais les taux d'impôt que nous aurions choisis en application du principe constitutionnel contenus dans l'initiative n'auraient été aussi élevés que ceux que nous avons proposés pour un impôt à titre exceptionnel et anormal. Je ne pense pas que M. Müller nous contredira lorsque je dirai que la somme qu'on pourrait demander chaque année par un impôt normal à l'économie suisse serait d'environ 40 millions. Eh bien, pour amortir 750 millions avec 40 millions de disponibilités annuelles, il faut 57 ans. Je vous demande alors si cette prétention est légitime, si sérieusement on peut nous demander de faire porter tout le poids de l'amortissement sur des impôts directs ou si au contraire notre système, qui consiste à répartir équitablement les charges sur les impôts indirects et les impôts directs, n'est pas plus raisonnable.

Voilà pour le premier point. Quant aux minima d'existence, je me trouve entre deux feux: d'un côté M. Maunoir, qui les trouve trop élevés, de l'autre côté M. Müller, qui les trouve trop bas. Tout d'abord nous avons maintenu pour la fortune le minimum de 10,000 fr. Je constate que c'est une concession à l'idée de M. Maunoir, parce que 10,000 fr. en l'année de grâce 1918 représentent une somme sensiblement inférieure à la somme de 10,000 fr. en 1915. On peut dire, je crois, sans se tromper, qu'étant donnée la dépréciation actuelle de l'argent, et la dépréciation probable de l'argent dans les années à venir, le maintien du chiffre de 10,000 fr. pour les fortunes est une concession à l'idée de ceux qui voulaient que la base de l'impôt de guerre fût plus large qu'en 1915.

A ce propos, vous me permettrez de dissiper un très gros malentendu qui semble toujours régner lorsqu'on discute du nombre des personnes frappées par l'impôt. Nous avons exposé dans notre message que le premier impôt de guerre avait frappé le 9 % des contribuables et que l'impôt sur les revenus avait atteint environ le 20 % des mêmes contribuables. Or, si l'on veut savoir quelle est la partie de la population qui est frappée effectivement par l'impôt, il ne faut point prendre ces chiffres tout nets, mais les interpréter. Lorsque nous disons que le 9 % des contribuables a été frappé par l'impôt sur la fortune, nous ne pouvons pas oublier que ce contribuable est un chef, celui d'un groupe, d'une famille, qu'il a une femme, des enfants et des personnes qui vivent avec lui. Et si l'on admet qu'à chaque groupe en quelque sorte correspond un nombre de trois à quatre personnes — admettons une moyenne de quatre — il faut multiplier le chiffre de neuf par quatre pour savoir exactement quelle est la partie de la population qui, effectivement, a été frappée par l'impôt sur la fortune. En multipliant neuf par quatre, cela fait environ le 35 %, disons, si vous voulez, le tiers de la population effectivement frappé par le premier impôt de guerre. C'est encore une minorité, je le reconnais, mais non l'infime minorité dont on parle souvent, qui aurait été opprimée, tyrannisée par la grande majorité.

Ce que je viens de dire de l'impôt sur la fortune, je pourrais le répéter pour l'impôt concernant les revenus.

C'est ce que j'avais à répondre à M. Maunoir.

Maintenant, je dois répondre à M. Müller. Il est pourtant singulier de venir reprocher au Conseil fédéral de n'être pas allé assez loin en déclarant qu'il avait l'intention d'exempter tous les revenus au-dessous de 2500 fr. ou même maintenant de 3000 fr., lorsque je songe que dans le canton de Berne, cette année même, on a voté une loi d'impôt appuyée avec une singulière énergie par le parti socialiste et par le parti radical, et qui a triomphé, loi dans laquelle le minimum d'existence est fixé à 1000 fr, avec 100 fr. de supplément pour la femme et pour chaque enfant au-dessous de dix-huit ans. Il faut pourtant reconnaître que le législateur fédéral, qui accepte un minimum non point de 1000 fr. ou de 1500 fr., mais de 3000 fr., se trouve être bien plus près des idées qui sont chères à M. Müller. Il ne faut rien exagérer. Même avec les minima que propose le Conseil fédéral, il y aura toujours encore, je le regrette, mais je ne vois pas qu'il soit possible de faire autrement, une minorité appelée à payer l'impôt.

Le Conseil fédéral avait proposé d'établir une distinction entre les célibataires et les hommes mariés. Dans la commission, on a émis l'idée de ne pas faire cette distinction. Le Conseil fédéral a adhéré à cette nouvelle idée, par conséquent le minimum qui était prévu à l'origine à 2500 fr. pour les célibataires se trouve être maintenant à 3000 fr. Le Conseil fédéral avait de même proposé d'ajouter encore au minimum d'existence 200 fr. par enfant. La commission a désiré que l'on fît encore une concession aux idées de M. Müller. Elle a porté ce supplément de 200 fr. à 300 fr.

Aujourd'hui, si vous acceptez le projet tel qu'il est sorti des délibérations de la commission, un père de famille qui a 3900 fr. de revenu et trois enfants, ne payera pas un centime d'impôt

sur le revenu; s'il n'avait que deux enfants et qu'il dût payer quelque chose, l'impôt demandé serait véritablement dérisoire. J'espère donc que M. Müller voudra bien reconnaître toute la bonne volonté que nous avons mise à tenir compte de ses idées dans la mesure du possible.

Enfin M. Müller nous a demandé de veiller à ce que l'application du texte constitutionnel fût faite d'une manière uniforme. Il a proposé entre autres de dire expressément dans le texte constitutionnel qu'à l'avenir les taxations seront faites sur la base d'une déclaration du contribuable. Nous y avons consenti et avons inscrit dans le texte constitutionnel cette idée chère au parti socialiste. On avait pu le faire parce qu'elle est rationnelle, qu'elle se peut défendre. On aurait pu objecter qu'il valait mieux régler toute cette question dans l'arrêté d'exécution au lieu de le faire dans le texte constitutionnel. On a exprimé le désir qu'il y eût des garanties dans le texte constitutionnel et nous avons déféré à ce voeu.

On nous a demandé encore de disposer que les cantons, les communes, les autorités aient l'obligation de fournir des renseignements aux autorités d'impôt lorsque celles-ci en requerraient. Cela n'a pas été prévu dans le texte constitutionnel, mais je puis donner d'ores et déjà à M. Müller l'assurance que ce principe sera consacré dans l'arrêté d'exécution.

On nous a priés encore d'inscrire dans le texte constitutionnel le droit pour le fisc de demander l'inventaire obligatoire dans certains cas déterminés. Cette question est à l'étude, elle ne peut pas être résolue dans le texte constitutionnel. Si nous trouvons une formule qui soit bonne et rationnelle et qui ne soit pas considérée comme vexatoire, nous sommes disposés à examiner aussi cette idée avec bienveillance. C'est vous qui aurez à vous prononcer sur ce point en dernier ressort lorsque vous serez appelés à discuter l'arrêté d'exécution du texte constitutionnel.

Enfin M. Müller, non plus cette fois je crois au nom de son parti, mais plutôt au nom de la ville dont il est le président, a demandé que les communes fussent aussi mises au bénéfice de la quote-part de l'impôt de guerre revenant aux cantons. Je reconnais que la situation de certaines villes de la Suisse est devenue particulièrement intéressante. Il est injuste cependant d'invoquer en faveur d'une participation des villes au produit de l'impôt de guerre le fait que la Confédération a imposé dans les arrêtés du Conseil fédéral certaines prestations particulières à ces villes ou plutôt, disons, à ces communes. M. le conseiller national Müller ne peut point oublier que si la Confédération est intervenue pour imposer certaines charges aux communes, c'est qu'elle est venue également comme secourante. Elle n'avait point l'obligation constitutionnelle d'intervenir ni en faveur des cantons ni en faveur des communes. L'obligation d'assistance, d'après les principes constitutionnels, incombe aux cantons et aux communes. Mais la Confédération a voulu matériellement intervenir dans ces temps troublés. Elle a tendu une main secourable aux cantons et aux communes. On ne peut pas en inférer que la Confédération doit leur céder aussi une partie des impôts qui lui échoient. Au surplus, les cantons sont libres de disposer de la partie qui leur revient et cela de la manière qu'ils estimeront la plus équitable et la plus rationnelle. J'ai encore le souvenir que dans la discussion du premier impôt de guerre nous avions été tentés d'introduire dans le texte constitutionnel une disposition d'après laquelle la part de l'impôt de guerre afférante aux cantons devait être affectée à des buts déterminés. Nous ne l'avons point fait, parce que nous nous sommes dit que les cantons étaient souverains et libres et qu'ils pouvaient disposer comme ils le voulaient de l'argent qui leur était attribué. Les cantons savent quelles sont les communes de leur territoire qui ont eu des charges financières exceptionnelles et extraordinaires; ils pourront donc leur rétrocéder une partie de ce qu'ils recevront de l'impôt de guerre. Ce serait une erreur que de vouloir régler cette question d'une façon uniforme pour toute la Confédération. Ce serait porter une atteinte injustifiée au droit et à l'autonomie des cantons.

Vous me permettrez de terminer en exprimant le voeu que vous vouliez bien dans les délibérations ultérieures avoir toujours présente à l'esprit cette idée qu'il s'agit d'une mesure absolument exceptionnelle comportant des sacrifices déterminés par la nécessité des temps. J'avoue que je n'ai pas très bien compris notre honorable collègue M. Speiser, pour lequel j'ai d'ailleurs, comme vous le savez, une très haute considération; je n'ai pas compris M. Speiser lorsque, en critiquant hier le projet du Conseil fédéral, il a dit: Les années intéressantes pour nous, ce seront les années prochaines et nous devons songer d'abord à nous-mêmes et un peu moins peut-être — c'était la conséquence logique de sa pensée — à ceux qui viendront après nous. Je ne partage pas ce point de vue. Nous ne songeons pas qu'à nous-mêmes, nous songeons aussi aux générations futures. Nous songeons à ces réformes sociales auxquelles il importe de travailler activement et que nous ne pourrons mener à bien qu'à la condition d'avoir amorti rapidement la dette de guerre de la Confédération. En travaillant pour nous, nous devons travailler aussi pour ceux qui viendront après nous.

S'il m'est permis de faire une comparaison, qui est tout à fait de saison, je dirai ceci: J'ai souvent admiré cette grande pensée des soldats de la guerre qui leur a fait donner leur sang et leur vie. Ils sont morts en disant: Nous mourons afin qu'il n'y ait plus de guerre, nous mourons pour le triomphe de la justice dans le monde. Cette pensée est sublime. Ceux-là ont donné leur sang et leur vie, et nous, nous hésiterions à donner notre argent, surtout ceux de nous qui en possèdent et qui peuvent le donner sans même s'imposer des sacrifices! Il faut un exemple de grandeur morale. N'agissons pas de telle sorte qu'on puisse nous dire au lendemain de cette guerre, au lendemain du jour nouveau qui se lève: «Vous n'avez rien appris.»

Schär (Basel): Ich ergreife das Wort, weil ich für die Detailberatung einige Anträge ankündigen will. Ich

möchte mir überdies erlauben, bei der allgemeinen Eintretensfrage Ihnen einige Gesichtspunkte zu unterbreiten, die meines Erachtens bis jetzt nicht oder nicht genügend hervorgehoben worden sind. Da möchte ich in erster Linie auf das gestrige Votum von Prof. Speiser zurückkommen. Was Herrn Speiser aufgefallen ist, nämlich der Widerspruch in den Ausführungen des Bundesrates zur Initiative betreffend direkte Bundessteuer und zur neuen Kriegssteuer, ist auch dem Sprechenden aufgefallen; nur hat die Diskrepanz die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Herr Speiser hat sich darüber aufgehalten. Der Sprechende hat gefunden, er habe eher Gelegenheit, sich über die Bekehrung des Bundesrates zum Besseren zu freuen. Ich habe schon in der Kommission zur direkten Bundessteuer darauf aufmerksam gemacht, es sei nicht gut, dass sich der Bundesrat in so apodiktischer Weise jeweilen auf bestimmte Behauptungen festlege, indem er Forderungen bekämpft, die er vielleicht später selbst zu den seinigen machen müsse. Das ist nun hier eingetreten.

In zweiter Linie glaube ich, hat Herr Prof. Speiser die exzessiven Ansprüche der Vorlage doch etwas zu schwarz gemalt und sich über die Situation, in der wir uns befinden, nicht recht Rechenschaft abgelegt. Es handelt sich ja nicht darum, dass wir den freien Willen haben, ob wir diese Steuer erheben wollen oder nicht. Wir haben die Schuld notgedrungen machen müssen, wir müssen sie auch notgedrungen bezahlen, und da wir in dieser Zwangslage sind, müssen wir eben das Geld da suchen, wo man es finden kann.

Und nun wenn sich Herr Prof. Speiser, der ja sonst wenig föderalistische Anwandlungen hat, darüber beklagt, dass man in das Weidegebiet, das den Kantonen vorbehalten sei, in derart ungebührlicher Weise eingreife, so möchte ich wiederholen, was ich auch sonst schon gesagt habe: Geben Sie dem Bunde dieses Weidegebiet nicht, so wird er sich an die Kantone wenden müssen und sagen: «Laut Bundesverfassung habt Ihr durch Kontingente dasjenige aufzubringen, was wir durch Bundesmittel nicht aufbringen können.» Da ist es vielleicht doch vorzuziehen, man gewährt dem Bund ein Mitweiderecht in diesen kantonalen Gefilden, als man verweist jeden einzelnen Kanton auf diese Kontingente, wo er dann selber sehen muss, wie er diese hohen Summen aufbringt.

Ein Gutes hat die gestrige Rede von Herrn Prof. Speiser gehabt. Ich glaube, sie hat auch den Freunden von der sozialdemokratischen Fraktion bewiesen, dass an ihrer Opposition gegen diese Vorlage vielleicht gerade die kapitalistisch orientierten Kreise die grösste Freude hätten. Möglicherweise hat Herr Prof. Speiser das durch seine Ausführungen bewirken wollen. Ich kann das nicht genau wissen. Aber ich habe beinahe diesen Eindruck und ich habe auch den Eindruck erhalten, dass gerade diese Ausführungen vielleicht eine Bekehrung der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion zum prinzipiellen Eintreten für die Vorlage bewirkt haben. Tatsächlich wird, wer sich seiner Verantwortung bewusst ist, alles tun müssen, um diese Vorlage durch die Beratungen in den Räten und nachher durch die Volksabstimmung hindurchzuführen, weil sie uns in allererster Linie eine rasche Amortisation der Kriegsschuld, die man ja seinerzeit bei Bekämpfung der Bundessteuerinitiative versprochen hat, ermöglichen wird.

Und da habe ich nun durch mein Studium der Vorlage ungefähr die gleichen Fehler an ihr entdeckt, wie sie schon von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern Ihnen unterbreitet worden sind.

Einmal ist mir ganz zweifelhaft, wie der Ausdruck Mobilisationsschulden ausgelegt werden soll. Sie haben gehört, wie der französische Berichterstatter gestern erklärt hat, dass da schon verschiedene Schwierigkeiten auftauchen in der Interpretation dieses Ausdruckes, ob man Liegenschaftserwerbungen, die für militärische Zwecke während des Krieges erfolgt sind, zu den Mobilisationsausgaben rechnen solle oder nicht. Auch bei der Diskussion der Erwerbung des Dübendorfer Flugfeldes im Ständerat sind ähnliche Bedenken geäussert worden, allerdings in einem andern Zusammenhang. Ich mache darauf aufmerksam, dass noch ganz andere Fragen in Betracht kommen, die abgeklärt werden müssen. Rechnet man zu den Mobilisationsausgaben auch die erhöhten Leistungen der Militärversicherung, die auf die Truppenaufgebote seit 1. August 1914 zurückzuführen sind? Meines Erachtens mit Recht. Hätten wir diesen Krieg nicht, so hätten wir die Millionen Mehrleistungen in der Militärversicherung, die sich bei den 400 Grippetodesfällen jedenfalls in erheblichen Summen zeigen werden, auch nicht auszulegen. Das gehört auch zu den Mobilisationsausgaben. Aber aus der Botschaft ersehen Sie hierüber nichts weiteres. Das ist ein Punkt, der jetzt oder später in den Ausführungsvorschriften genauer umschrieben werden will.

In zweiter Linie habe ich Bedenken, dass man sich heute in der Schonung des Besitzes allzusehr festlegt. Ich habe Bedenken, dass wir die gleichen Fehler begehen werden, wie bei der ersten Kriegssteuer. Da hat es auch geheissen: eine einmalige Auflage, die nicht wiederkehren wird. Heute will man dem Besitz gegenüber, dessen Opfer und Leistungen ja anerkanntermassen weit gesteckt sind, die Steuer doch zeitlich und materiell begrenzen, und zwar in einem Zeitpunkte, wo wir absolut noch nicht wissen, wie hoch die Gesamtauslagen infolge der Kriegsereignisse für die Schweiz werden können. Sind wir absolut sicher, dass wir nicht noch aktiv in den Krieg hineingezogen werden; dass unter Umständen die Kriegsschäden, Tod und Verwundung unserer Truppen, ungeahnte Entschädigungsansprüche herbeiführen werden, dass unter Umständen Fliegerbomben und Beschiessung von Städten eintreten könnten, die den Bund zum Bezahlen von Entschädigungen veranlassen würden? Das gehört alles auch zu den Mobilisationsauslagen. Ich habe also Bedenken, dass man den Besitz in dieser Weise privilegiert in einem Zeitpunkt, wo wir absolut über den Umfang der noch zu gewärtigenden Kriegsauslagen in keiner Weise orientiert sind. Die Botschaft des Bundesrates hat selbst auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen, aber sie zieht nicht die richtigen Konsequenzen aus dieser Feststellung. Und darum würde ich dem von Herrn Naine annoncierten Antrag beistimmen, dass diese Steuer erhoben werden soll, so lange bis mindestens sämtliche Mobilisationsausgaben inklusive Auslagen der Militärversicherung, die durch den Krieg verursacht wurden, gedeckt sind. Dann bleibt immer noch genügend für Deckung durch indirekte Steuern. Es bleiben Fürsorgeauslagen, die ja in progressiver Weise steigen werden, wenn die Teuerung fortschreitet und es ist ja keine Aussicht vorhanden, dass der Krieg so bald beendet sein wird. Sie überlassen damit einem

noch unbekannten Faktor die Deckung von grossen Auslagen. Sie wissen nicht, ob Ihnen diese indirekten Steuern bewilligt werden. Ich glaube nicht, dass Sie die Tabaksteuer durch die Volksabstimmung durchbringen können und andere indirekte Steuern werden auch nicht sicher eine Mehrheit finden, wenigstens nicht in den heutigen aufgeregten Zeiten.

Nun kann man anderseits sagen, und es ist das gestern von Herrn Musy etwas optimistisch ausgeführt worden, dass die Schweiz ein reiches Land sei. Sie ist nicht reich durch besondere Fruchtbarkeit des Bodens und besondere Naturgaben. Aber sie ist durch Industriefleiss zu einem der wohlhabendsten Länder Europas geworden. Die Schätzungen über das Nationalvermögen variieren sehr. Sie haben von Herrn Steinhauser verschiedene Schätzungen gehört. Ich kann daran erinnern, dass man vor Kriegsausbruch von einzelnen Statistikern verschiedene Angaben hörte. Der eine rechnete mit 15 Milliarden, der andere mit 25, während andere 30, andere gegen 40 Milliarden ausrechneten. Ich glaube, die Summe geht eher gegen die 40 Milliarden zu, Vorkriegsverhältnisse gerechnet, als wie nur gegen 15 Milliarden. Ein bezeichnendes Faktum ist aus den letzten Tagen bekannt geworden. Sie haben der Presse entnehmen können, dass das schweizerische finanzielle Interesse in Russland allein gegen zwei Milliarden ausmachen soll. Nun können Sie doch nicht glauben, dass ein grosser Bruchteil des Nationalvermögens der Schweiz in Russland festgelegt sei. Allein wenn das schweizerische Kapital zwei Milliarden einzig in Russland festgelegt hat, abgesehen von den Anlagen in den übrigen Ländern, dann können Sie einen Rückschluss ziehen auf die wirklichen Mittel der Schweiz, aber auch darauf, wie schlecht im allgemeinen bis jetzt versteuert worden ist. Das ist auch eine Feststellung, die sich aus dieser Zeitungsmeldung ergibt. Wenn man Immobiliar- und Mobiliarversicherungen zusammenzählt, wobei der Landwert nicht mitgerechnet ist, kann man bei diesen Zahlen auf über 20 Milliarden Franken kommen, während vielleicht nur 14 Milliarden zur Vermögensbesteuerung kommen.

Ein Punkt, der meines Erachtens in der Vorlage entschieden verbessert werden muss, wenn sie durch die Volksabstimmung gebracht werden soll, ist die Erhöhung des Existenzminimums. Hier kann ich sozusagen alles, was Herr Müller ausgeführt hat, unterschreiben, und ich werde voraussichtlich auch im Namen meiner politischen Gruppe diesen Anträgen zustimmen, nachdem auch Herr Müller und mit ihm die sozialdemokratische Fraktion etwas Wasser in ihren Wein gegossen haben. Sie haben gehört, sie legt sich nicht auf die Ansätze der direkten Bundessteuerinitiative fest, nicht auf 5000 Franken als steuerfreies Minimaleinkommen, sondern sie begnügt sich mit einem Minimum von 4000 Franken, das meines Erachtens heute nicht mehr Kaufkraft hat als vor drei Jahren der Betrag von 2500 Franken. Mit den allfälligen Abstufungen der Kinderabzüge, mit einer Berücksichtigung der Notunterstützungspflichtigen, die ich auch in einem Amendement vorschlagen werde, wird man hier entgegenkommen können und müssen, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil diejenige Gruppe, die von diesem Entgegenkommen ihre Zustimmung zur Vorlage abhängig macht, der Zahl nach entscheidend sein wird. Sie wissen ja, welche Stimmung in weiten Bevölkerungskreisen zurzeit um sich gegriffen hat. Es ist sehr bedenklich um das Zustandekommen der Vorlage bestellt, wenn man hier nicht entgegenkommen will.

Nun sind tatsächlich die Summen, die hier in Betracht kommen, nicht so erheblich. Wenn der Bundesrat erklärt, sein Finanzprogramm werde umgestürzt, wenn man hier weiter entgegenkomme, so ist das nicht zutreffend. Das Finanzdepartement hat doch vor drei Monaten der Expertenkommission eine Vorlage unterbreitet, die lange nicht so weit ging in der Progression, wie die heutige Vorlage. Damals hat das Finanzdepartement auch geglaubt, mit dem komme man aus. Nun aber trägt die Weiterführung der Progression viel mehr Millionen ab, als die Heranziehung der untersten Einkommensklassen. Wir haben eine solche Berechnung in Basel gemacht, und da möchte ich feststellen: in Basel sind wir so weit gegangen bei der ausserordentlichen Kriegssteuer — das bitte ich Sie immer zu berücksichtigen, diese Steuer ist eine ausserordentliche, die neben die kantonalen und kommunalen Steuern tritt — dass wir das Minimum des steuerpflichtigen Einkommens auf Fr. 4000 ansetzten. Soviel ich weiss, war auch Herr Prof. Speiser an der Ausarbeitung dieses Entwurfes initiativ tätig. Er hat sich damit einverstanden erklärt, wie er auch seinerzeit in diesem Rate erklärt hat — Sie können sich noch erinnern —, eine etwelche Heraufsetzung des Existenzminimums könne nicht als demagogisch angesehen werden. Das war also in der Basler Vorlage vorgeschlagen. Nachher hat man in den Basler Behörden das Existenzminimum auf Fr. 5000 erhöht und hat dies damit begründet, dass der Wegfall dieser Steuerklasse insgesamt 10,000 Franken ausmache. Das macht also in einem verhältnismässig wohlhabenden Kanton, wo durchschnittlich viel mehr Steuerpflichtige mit Fr. 4—5000 vorhanden sind, zu den dortigen Ansätzen einen kleinen Betrag aus. Nun waren allerdings die Basler Steueransätze geringer als wie in der vorgesehenen eidgenössischen Kriegssteuer. Aber ich habe Berechnungen angestellt. Ich habe gefunden, gegenüber der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates könnten ca. 230,000 Steuerpflichtige aus Erwerb wegfallen ohne grosse Reduktion des Gesamtertrages. Wenn wir für jede Klasse, die vorgesehen war, eine Million Einnahmen zählten, so würde sich eine Reduktion des Ertrages von 5—6 Millionen Franken ergeben, während die Weiterführung der Progression uns ganz andere Summen bringt. Die Weiterführung der Progression bei der Basler Kriegssteuer, die allerdings gegen den Willen der Regierung erfolgt ist, obschon sie heute froh ist über den Steuerertrag, hat in Basel allein schätzungsweise drei Millionen Franken Mehreinnahme gebracht. Sie sehen also, dass die grossen Steuerfaktoren den Ausschlag geben und nicht die kleinen.

Nun kann man, wie Herr Sträuli, erklären, es sei nicht gerecht und nicht demokratisch, wenn die Minderbemittelten nicht auch ihren Teil an den Kriegslasten tragen. Ich glaube, die Minderbemittelten haben wahrhaftig genügend an den Kriegslasten zu tragen. Denken Sie an die Entwertung aller Werte, die nicht in materiellen Gütern festgelegt sind. Wer keine Liegenschaften, keine Waren hat, ist im Kriege ärmer geworden, während alle diejenigen, die in irgend einer Richtung ihre finanziellen Mittel in Gütern festgelegt haben, reicher geworden sind, ob sie etwas dazu getan haben oder nicht. Es ist einfach eine Verschiebung der Werte eingetreten. Und nun möchte ich gegenüber Herrn Sträuli doch den Bundesrat anrufen, der in

seiner Botschaft mit Recht darauf hinweist, was wir schon bei der Kriegssteuerinitiative erklärt haben, dass man die Gesamtheit aller Lasten beiziehen müsse und nicht nur die direkten Steuern. Man darf weitergehen, als Herr Sträuli von seinem vielleicht pseudo-demokratischen Standpunkt aus vertreten hat.

Ein wichtiger Punkt, der allerdings heute nicht entschieden werden kann, weil wir zutrauensvoll darauf rechnen müssen, dass sowohl der Bund seine Pflicht tue, als auch, dass nachher die Kantone und Gemeinden ihre Verpflichtung treu erfüllen werden, besteht in der Vereinheitlichung der Veranlagung. Es wäre vielleicht Sache von Herrn Prof. Speiser gewesen, hier hauptsächlich darauf hinzuweisen, dass durch die ungleiche Steuerveranlagung, die bei der ersten Kriegssteuer in den Kantonen noch akzeptiert wurde, die Kantone mit gerechten Steuersystemen ganz bedeutend schwerer belastet worden sind. Speziell die Basler Steuerverhältnisse haben hier eine bedeutende Mehrbelastung hervorgebracht. Ich bin sonst kein Föderalist, kein Kantönlianhänger. Aber in dieser Beziehung muss ich doch sagen: es hat für mich etwas Stossendes, dass diejenigen Kantone, die sowieso gerechte Steuergrundlagen geschaffen haben, dafür noch extra bestraft werden in Gestalt einer bedeutend stärkeren Heranziehung zu den Bundeslasten. Und da mache ich nur auf eines aufmerksam, was ich auch schon gesagt habe: Grund und Boden müssen ganz anders bei der Vermögenssteuer herangezogen werden, müssen zu ihrem wirklichen Wert, nicht zu einem Phantasiewert, müssen zu dem Wert, zu dem der Besitzer jederzeit verkaufen wollte, herangezogen werden. Dann ergeben sich ganz andere Steuerfaktoren, als man bis jetzt geglaubt hat. Ich habe vor einem halben Jahre aus den bernischen Verhältnissen gewisse Diskrepanzen in der Steuerveranlagung und Vermögensverwertung von Grundstücken erwähnt. In den letzten Tagen haben Sie lesen können, dass im Kanton Bern wieder ein grosser Besitz den Besitzer gewechselt hat, die Elfenau. Die Grundsteuerschatzung belief sich auf Fr. 400,000, während der Kaufpreis zwei Millionen betrug. Der Wert ist doch sicher nicht von heute auf morgen gestiegen, sondern ist so lange der Steuer entzogen worden mit Wissen und Willen des Staates. Ich will keine Absicht der Steuerhinterziehung bei den Eigentümern feststellen, ich betone das ausdrücklich.

Wenn Herr Caflisch ausgeführt hat, man solle den Veranschlagungsmodus der ersten Kriegssteuer nicht ändern, sondern die Steuer erheben wie bei der ersten Kriegssteuer, so habe ich gewisse Bedenken, wie später der Ertrag ausfallen wird. Man sagt, die Landwirtschaft will nicht, dass sie entlastet werde beim Einkommen, wenn man bei der Einkommenssteuer mit dem steuerfreien Minimum bis auf Fr. 4000 hinaufgeht. Ich würde die Landwirtschaft hier gerne entlasten, wenn sie beim Vermögen den wirklichen Wert von Grund und Boden zur Besteuerung offerierte. Das wäre konsequenter, als beim Erwerb bei unrichtiger Versteuerung des Vermögens einen kleinen Teil mitzahlen zu wollen. Der Gedanke ist oft geäussert worden: Die Entlastung bis Fr. 4000 geht in den Städten schon an; auf dem Lande sind die Landwirte und Gewerbetreibenden nur gewöhnt, zu versteuern, was über ihre Auslagen am Ende des Jahres hinaus übrig bleibt. Das mag zutreffen. Aber sollen für diese Steuerunsitte die Fixbesoldeten in den Städten bestraft werden?

Das sind meine Bemerkungen allgemeiner Natur. Ich möchte Ihnen aber noch, wie ich eingangs erwähnte, zur Kenntnis bringen, dass ich Veranlassung nehmen werde, einige persönliche Anträge zu stellen, denen zum Teil auch die Anhänger der sozialpolitischen Gruppe sich anschliessen. In erster Linie ist festzustellen, dass bei der Genossenschaftsbesteuerung eine vollständig unrichtige Systematik gewählt worden ist. Man unterscheidet Erwerbsgenossenschaften und übrige Genossenschaften, aber in der eigenartigen Weise, dass nun gerade die in der Genossenschaftstheorie als Nichterwerbsgenossenschaften bezeichneten Genossenschaften als Erwerbsgenossenschaften behandelt werden sollen und umgekehrt. Das werde ich in einem speziellen Antrage zur Abänderung unterbreiten und dann das Nähere zur Unterscheidung zur Systematik anführen.

In zweiter Linie mache ich darauf aufmerksam, dass im Vergleich zur Genossenschaftsbesteuerung die eigenartige Erscheinung zutage tritt, dass man alle Steueransätze im allgemeinen in der neuen Vorlage für die untern Klassen unverändert gelassen hat. Man hat nur die Progression erhöht, und durch diese Erhöhung der Progression gelangen bei den einzelnen Kategorien der Steuerpflichtigen nur wenige, bei der einen Kategorie vielleicht 1%, bei der andern vielleicht 5% in eine höhere Belastung. Dagegen hat man bei den Genossenschaften für alle 100% die Belastung erhöht, man ist von 4 auf 6 und von 8 auf 12 gegangen, ohne Rücksicht auf die Eigenart der betreffenden Genossenschaften. Nun hätten aber gerade die Genossenschaften, die nicht das Gewinnprinzip vertreten und Selbsthilfeunternehmungen der kleinen Leute sind, in allererster Linie Anrecht auf Vergünstigung.

Ich hatte mich persönlich mit diesen Ansätzen abgefunden unter der Voraussetzung, dass wir überall 50% hinzuschlagen. Zu diesen 50% kommen wir, wenn wir statt der zweijährigen eine dreijährige Erhebungsdauer vorsehen. Ein genaueres Studium hat aber ergeben, dass man diesen Zuschlag nur den Genossenschaften gegenüber anwendet. Das Fazit ist, dass in den Kreisen der Genossenschaften sich eine steigende Erbitterung eingestellt hat; der Sprechende ist zum Teil in Einsendungen von einflussreichen Genossenschaftern, zum Teil in Versammlungen wegen seines allzuweit gehenden Entgegenkommens direkt desavouiert worden. In diesen Kreisen rechnet man unter Umständen mit einer Opposition gegen die Vorlage, die ich gerne beseitigen möchte, der man durch ein kleines Entgegenkommen Rechnung tragen könnte.

Ich mache auch darauf aufmerksam, dass man bei den Steuerbefreiungen einem Antrag, den der Sprechende der Kommission unterbreitet hat, Rechnung getragen hat, aber nicht vollständig. Der Sprechende hat die Kommissionsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Vorlage des Bundesrates gerade in einem Augenblick erschienen ist, wo der Bundesrat dem Oltener Aktionskomitee Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues zugesichert hat. Im gleichen Augenblick will man diesen Wohnungsgenossenschaften neue Steuern auferlegen, trotzdem dieselben so schlecht fundiert sind und eine so geringe Rentabilität aufweisen, dass sie diese Steuern nicht wohl ertragen können, so dass daraus eine Hemmung der gesamten genossenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbaues resultiert. Darum habe ich diese Anregung gemacht, die im Prinzip akzeptiert worden ist, aber dann in der Ausführung unklar und

verschwommen herausgekommen ist. Deshalb wünsche ich eine genauere Redaktion als sie der Vorschlag bringt, wo es heisst: «Gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnungsbedarfes». Was heisst das? Nach der Auffassung des Herrn Prof. Landmann, der in allen diesen Fällen der Experte des Bundesrates ist, ist eine Selbsthilfeorganisation keine gemeinnützige Organisation. Also wenn sich gemeinnützige Kreise zusammenfinden und eine gemeinnützige Aktiengesellschaft zur Deckung des Wohnungsbedarfes bilden, so kann diese Aktiengesellschaft Steuerfreiheit beanspruchen, aber Wohngenossenschaften der Selbsthilfe, in denen sich nicht ausschliesslich wohltätige Kreise, sondern die Bedürftigen selbst zusammenfinden, müssen die Steuer bezahlen. Es ist beim Stempelgesetz so gewesen, wir haben gegen diese Belastung Rekurs ergriffen und die Frage ist noch nicht entschieden, aber es ist von den zuständigen Angestellten der Stempelverwaltung ausdrücklich erklärt worden, wenn die Verwaltung den Wohngenossenschaften diesen Charakter der Gemeinnützigkeit zuerkennen wollte, müsse sie allen Selbsthilfebestrebungen, allen Gegenseitigkeitsgesellschaften denselben auch zuerkennen. In ähnlicher Weise ist auch die Hinterlassenenversicherung und Invalidenversicherung durch Arbeitgeber, sobald sie auf Gegenseitigkeit beruht, als steuerpflichtig erklärt worden. Solche Auslegungskünste an einem an und für sich klaren Text zwingen meines Erachtens dazu, hier eine genauere Redaktion vorzuschlagen.

Sodann mache ich darauf aufmerksam, dass im Basler Grossen Rat bei der Beratung der Steuerbefreiung für die Basler Kriegssteuer von einem Führer der liberalen Partei mit Recht darauf hingewiesen worden ist, dass es stossend wäre, von solchen Steuerpflichtigen Steuern zu erheben, die heute notstandsberechtigt sind. Mit der Aufnahme einer entsprechenden Klausel in die Vorlage könnte auch allen diesen Eventualitäten Rechnung getragen werden. Wir wissen nicht, wie hoch wir die Ansätze für die Notstandsberechtigten im Laufe der Jahre noch erhöhen müssen. Da sollte eine solche Generalklausel vorgeschlagen werden, was ich mir auch zu tun erlauben werde.

Endlich mache ich darauf aufmerksam, dass der heutige Anlass wie kein anderer geeignet ist, dem Bunde eine neue Steuer zuzuführen, die einen hohen Ertrag ergeben wird und die in engen Zusammenhang mit der ganzen Vorlage gebracht werden kann. Wer hat dem Grenzschutz am meisten zu verdanken? Wer hat der Mobilisation, den Auslagen, die erfolgt sind für die Unversehrtheit des Besitztums, in allererster Linie sein Gedeihen zuzuschreiben? Das ist unser landwirtschaftlicher und städtischer Grundbesitz. Wenn man die Schilderungen aus den Kriegsgebieten liest und hört, wie nicht nur städtisches, sondern auch landwirtschaftliches Eigentum auf Jahre und Jahrzehnte durch diese Verheerungen vernichtet ist, und wenn man denkt, dass das auch der Schweiz hätte passieren können, dann könnte man wohl sagen, man wolle die Kriegslasten überhaupt auf Grund und Boden verlegen. Das ist nicht meine Auffassung. Aber wir können wenigstens eines machen: wir können vorschreiben, dass diejenigen, die aus dieser Tatsache durch Veräusserung von Grund und Boden grossen Gewinn ziehen, dafür einen Tribut an die Allgemeinheit entrichten müssen. Darum habe ich die Auffassung, dass man diese erneute Kriegssteuer mit der Wertzuwachssteuer auf Grundstückgewinn verbinden soll. Man hat allgemein ausgeführt, eine Zuwachssteuer wäre erwünscht, man könne sie nur nicht richtig fundieren, weil der Bestand des Vermögens vor dem Kriege nicht bekannt gewesen sei. Das mag für mobile Werte stimmen, aber nicht für Grund und Boden, wo der Erwerbspreis ganz genau bekannt ist und jederzeit festgestellt werden kann. Wenn nun jemand Land weiter verkauft, so kann in jedem einzelnen Fall genau festgestellt werden, wie hoch der aus dieser Transaktion erzielte Gewinn ist. Da kann man dann eine erhöhte Spezialsteuer, ähnlich wie für die Tantièmen, beanspruchen. Ich nehme an, man könne über die Ansätze ja verschiedener Ansicht sein — wir könnten da 10 bis 50% des Mehrerlöses verlangen. Das wäre eine Steuer, die wohl ertragen werden kann, weil sie nur vom Mehrerlös entrichtet werden muss.

Dann hätte diese Steuer eine zweite wertvolle Wirkung, indem sie die Motion Abt zum Teil überflüssig machen würde. In letzter Zeit sind, wie Sie wissen, die Preise für landwirtschaftliche Grundstücke in die Höhe gegangen, es werden Phantasiepreise bezahlt, und das alles wirkt auf die Lage des Bauernstandes zurück und auf den Preis der Produkte, weshalb auch die städtischen Konsumenten ein Interesse daran haben, diese Grundstückspekulation nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Nun kann man mit Ratschlägen nichts erreichen. Der Bundesrat hat ein Kreisschreiben erlassen; auch das Schätzungsamt des Bauernverbandes mit seinen Vorschlägen trifft meines Erachtens nicht ins Schwarze, sondern das einzige, was verhindern kann, dass diese Grundstückpreise weiter in die Höhe getrieben werden, ist das, dass man den Besitzern das Interesse nimmt, die Liegenschaften zu verkaufen, und das kann man gründlich tun, wenn wir den Mehrerlös zum Teil konfiszieren. Wenn Sie diesem Mittel nicht zustimmen, sind alle andern Vorschläge zur Hemmung der Grundstückspekulation fruchtlos.

Ich habe also persönlich den Eindruck, dass diese Steuer als Ergänzungssteuer naturnotwendig zu der Kriegssteuer gehört, dass man sie unbedenklich mit dieser Vorlage verknüpfen kann. Nun hat man allerdings erklärt, die Grundstückwertzuwachssteuer gehöre nicht dem Bunde, sondern den Gemeinden, weil diese die Träger der Aufgaben seien, die hauptsächlich mit Grund und Boden verbunden sind, den Gemeinden könne man das nicht entziehen. Herr Kollege Gustav Müller wird diesen kommunalegoistischen Standpunkt vertreten. Ich mache demgegenüber nur darauf aufmerksam, dass diese Steuer ja nicht dauernd zugunsten des Bundes erhoben werden soll. Wenn man sie aber im Bunde einführt und eine Zeitlang erhebt, dann hat sie sich in 25 Kantonen und 2—3000 Gemeinden eingelebt und wird voraussichtlich von den Gemeinden beibehalten werden und zu einer Sanierung der Finanzverhältnisse beitragen. Das wäre vielleicht das bessere Mittel, um die Gemeinden zu entschädigen, als der Beitrag von 10%, den Herr Gustav Müller für die Städte reklamiert, die in den Kantonen sehr ungleich verteilt werden könnten.

Mit Rücksicht auf diese Eigenart der Grundwertsteuer würde ich bei der Verteilung einen Unterschied gegenüber der andern Steuer machen und dem Bund, dem Kanton und der Gemeinde je ein Drittel geben. Dann hätten die Gemeinden auf einmal eine ganz erhebliche Einnahmequelle. Für die Ausführungsbestimmungen haben wir in der Schweiz verschiedene

Vorlagen. Wir haben in Basel eine Vorlage gehabt, die von Herrn Prof. Speiser ausgearbeitet worden ist, leider aber vom Volke verworfen worden ist. Diese ist in vielen Beziehungen vorbildlich. Es sind auch andere Vorlagen da, z. B. eine in Bern.

Nun mache ich darauf aufmerksam, dass man diese Steuer schon einmal in einer ähnlichen Weise eingeführt hat, nämlich im Jahre 1911 in Deutschland, als man dort von Reichs wegen eine Wertzuwachssteuer einführte, weil man erklärte, der Grund und Boden verdanke den Aufgaben, die das Reich erfülle, seine Wertsteigerung. Ohne die Militärlasten und die Zollpolitik und dieses oder jenes Moment, die auf Einwirkung des Reiches zurückzuführen seien, würde der Grund und Boden nicht an Wert gewonnen haben. Man hat dort diesen Betrag mit Bundesstaaten und Gemeinden geteilt. Als 1913 die allgemeine Vermögenszuwachssteuer kam, hat man erklärt, jetzt habe es keinen Sinn mehr, eine spezielle Wertzuwachssteuer für Grundstücke vorzusehen, man schliesse sie in die allgemeine Zuwachssteuer ein, und dann ist die Wertzuwachssteuer gefallen. Das wird nun als Argument dafür verwendet, dass man sagt, eine solche Steuer könne man nicht zentralisieren. Nach den neuesten Mitteilungen, die ich in der Fachpresse gefunden habe, sind aber in Deutschland Bestrebungen im Gange, diese Steuer wieder herzustellen. In England ist Lloyd George einer der ersten Anhänger dieser Steuer. Er hat alle diese Grundbesitzprobleme in weitgehender Weise in bodenreformerischem Sinne lösen wollen. Auch anderswo wird diese Steuer verlangt werden.

Das bringt mich noch zu einer Bemerkung bezüglich der einmaligen Vermögensabgabe. Es ist von seiten des Bundesrates und der Herren Kollegen Dr. Meyer und Gustav Müller erwähnt worden, eine solche einmalige Abgabe sei unmöglich durchzuführen, sie würde die Produktionskraft der Privatwirtschaft viel zu sehr schädigen. Ich gebe zu, dass das der Fall sein würde, wenn wir diese Steuer auf einmal zur Einzahlung verlangen würden. Es bieten sich aber andere Mittel. Man kann da an die Vorschläge denken, die Rathenau gemacht hat, der der Ansicht ist, man könnte den Staat am Erträgnis solcher Betriebe, die nicht sofort ihren gesamten Steuerbetrag abführen können, beteiligen und könnte dem Staat für die nicht sofort zahlbaren Beträge eine Hypothek geben, oder ihn direkt am werbenden Kapital beteiligen. Der Einwand ist also nicht so triftig. Ein anderer Einwand jedoch, der mich veranlasst, die heute vom Bundesrate vorgeschlagene Lösung gegenüber dem Vorschlag Götschel vorzuziehen, ist der, dass durch eine einheitliche Bundessteuer, die etwa 12 Jahre lang erhoben wird und in vorbildlicher Weise veranlagt und eingezogen wird, die Steuergewohnheiten in den Kantonen verbessert werden können, so dass wir die Steuergesetze in den Kantonen allmählich einer Vereinheitlichung und Rationalisierung entgegenführen können. Diesen Vorteil bietet der Vorschlag Götschel nicht, weshalb ich ihn nicht annehmen kann.

Schliesslich möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich bezüglich der Erhebungsperiode eine interessante Tatsache ergeben hat. Die direkte Bundessteuerinitiative ist seinerzeit durch die Koalition des Föderalismus und des Besitzes verworfen worden. Heute sehen wir nun, dass diese Koalition in die Brüche geht. Der Föderalismus will möglichst kurze Erhebungsperioden, der Besitz will möglichst lange. In diesen Streit mische ich mich nicht ein. Ich werde zum Vorschlag stimmen, der dreijährige Perioden vorsieht.

M. de **Cérenville:** Lorsqu'au mois de mai dernier nous discutions, en la combattant, l'initiative du parti socialiste tendant à l'introduction de l'impôt direct fédéral, nous avons pleinement reconnu l'absolue nécessité d'imposer à la fortune acquise un sacrifice considérable par le moyen d'un impôt de guerre renouvelé, destiné à couvrir une partie importante des frais de mobilisation. C'est dire, Messieurs, que nous sommes entièrement d'accord avec l'entrée en matière sur le projet actuellement en discussion. Mais nous avons dit, à ce moment, que nous attendions les propositions du Conseil fédéral pour les examiner sans aucun parti pris. Nous voulons le faire aujourd'hui à la lumière du vote populaire du 2 juin dernier, en nous demandant si ces propositions sont conformes à la volonté que le peuple suisse a si clairement manifestée ce jour-là de sauvegarder l'indépendance fiscale des cantons en condamnant tout impôt fédéral dont le caractère extraordinaire ne serait pas garanti de la façon la plus absolue. La question étant placée sur ce terrain, nous croyons pouvoir affirmer que les propositions du Conseil fédéral, si la forme n'en est pas modifiée, se heurteront, dans les milieux fédéralistes de la Suisse romande, tout au moins dans ceux que j'ai l'honneur de représenter ici, à une très sérieuse opposition. Nous devons dire très respectueusement à M. le conseiller fédéral Motta que son argumentation, si éloquente qu'elle a été, ne nous a pas entièrement convaincus. Nous croyons, au contraire, que des critiques d'ordre économique, politique et fiscal peuvent être adressées au projet du Conseil fédéral. Qoique fermement résolus à maintenir intacte la souveraineté fiscale des cantons, en leur conservant les ressources qui leur sont nécessaires, nous entendons également tous contribuer dans une large mesure par une contribution extraordinaire aux frais de mobilisation; mais nous voulons avoir, Messieurs, la certitude absolue que cette contribution extraordinaire ne se transformera pas en un impôt temporaire d'abord, en un impôt permanent ensuite. Nous ne voulons pas, Messieurs, tomber de Charybde en Scylla et, par crainte de l'impôt direct, contre lequel nous avons tous lutté de toutes nos forces, ce printemps, accepter les yeux fermés un impôt temporaire dont les conséquences risqueraient, à notre point de vue, d'être plus dangereuses encore. Ce caractère extraordinaire que nous réclamons, nous est-il garanti par le projet du Conseil fédéral? Nous ne le croyons pas, tout au moins pas d'une façon suffisante. Dans sa forme actuelle, l'arrêté constitutionnel qui nous est soumis n'assigne pas à l'impôt que l'on nous demande de voter une durée déterminée, mais permet d'en perpétuer la perception dans une mesure qui échappe actuellement à notre appréciation. On nous propose, Messieurs, de renouveler cet impôt tous les trois ans, jusqu'au moment où la part de la Confédération à son rendement, augmentée du produit du premier impôt de guerre et de celui de l'impôt sur les béné-

fices de guerre, atteindra les trois-quarts des frais de mobilisation de nos troupes. Ici, Messieurs, deux points d'interrogation se posent: Que sont ces frais de mobilisation? Quel sera leur montant? Notre collègue M. Musy nous a très loyalement exposé, hier, qu'en se ralliant aux propositions du Conseil fédéral, il était parti du point de vue que ces frais de mobilisation étaient exclusivement ceux qui résultaient de la mise sur pied de notre armée, abstraction faite des dépenses militaires de toutes natures nécessitées par la défense nationale, d'une utilité durable, que l'on a jugé plus expéditif et plus simple, et cela pour des motifs que je ne discute pas ici, de passer purement et simplement au compte des dépenses de mobilisation, au lieu d'en faire l'objet de demandes de crédit soumises régulièrement au vote des Chambres fédérales. Dans quelles proportions, Messieurs, ces dépenses rentrent-elles dans le milliard affecté depuis le 1er août 1914 aux besoins de la défense nationale? Nous l'ignorons complètement et, quant à nous, nous serions heureux de recevoir du Conseil fédéral les éclaircissements nécessaires à ce sujet. Nous ne connaissons ainsi pas la somme dont le projet du Conseil fédéral nous demande de faire rentrer les trois-quarts par l'impôt de guerre renouvelé qu'on nous propose de voter.

Et si, Messieurs, nous admettons, nous plaçant sur le terrain du Conseil fédéral, que la totalité du milliard dépensé jusqu'à ce jour dans des buts militaires de toute nature rentre dans les frais de mobiilsation, à combien ascenderont ces dépenses jusqu'au moment où la guerre sera terminée et que nous pourrons demander au général que nous avons nommé de nous faire rapport sur l'utilisation des sommes considérables mises à sa disposition? Nul ne peut le dire actuellement et celui qui voudrait articuler un chiffre se livrerait à un jeu singulièrement hasardeux et dangereux auquel je ne veux pas me livrer personnellement. Le Conseil fédéral nous dit, dans son message, qu'il y aura lieu de renouveler l'impôt trois fois et très probablement quatre fois, ce qui comporterait, pour la perception, une durée de neuf ans ou même probablement de douze ans, tout en ajoutant que la durée de l'impôt serait plus longue si la guerre devait s'étendre fort en avant dans l'année 1919 ou si nous devions augmenter sensiblement l'effectif des troupes mobilisées. On ne peut dire plus clairement que la durée de cet impôt n'est pas limitée d'une façon absolue et qu'une fois introduit dans la constitution, sur les bases élastiques qui nous sont proposées, il risque fatalement de se transformer en un impôt temporaire d'une durée indéterminée, impôt que nous sommes dans l'obligation de combattre.

Nous considérons donc, pour ce qui nous concerne, que la formule proposée par le Conseil fédéral tendant à faire supporter à l'impôt de guerre renouvelé une partie des frais de mobilisation est insuffisante. Nous estimons, en effet, que cette formule est insuffisamment précise pour trouver place dans un texte constitutionnel et garantir à l'impôt de guerre renouvelé le caractère extraordinaire auquel nous tenons avant toutes choses. Ce caractère ne peut, à notre avis, résulter que d'une disposition impérative fixant, sans équivoque ni discussion possible, le nombre des répétitions de l'impôt de guerre. Le rapporteur de langue française de la commission, notre collègue M. Musy, a exprimé très clairement la même manière de voir et nous pensons que des propositions dans ce sens seront formulées au Conseil; nous ne manquerons pas de les appuyer dans la mesure de nos forces.

Si cette manière de voir venait à triompher, nous aurions à examiner la question de savoir combien de fois il y aura lieu de répéter l'impôt qui nous est proposé. M. Musy, dans son rapport d'hier, a donné la préférence à un triple prélèvement, tandis que M. Maunoir a préconisé un impôt répété deux fois seulement. Pour ce qui nous concerne; nous nous rallions à la manière de voir de ce dernier, et cela, en nous fondant sur les déclarations faites par l'honorable chef du département des finances lors de la discussion sur l'impôt direct, déclarations rappelées dans le message du 5 août dernier. Toutes les fois, en effet, que M. le conseiller fédéral Motta a été appelé à discuter devant les Chambres le programme financier du Conseil fédéral, il nous a constamment parlé d'un second, éventuellement d'un troisième impôt de guerre. Il n'a jamais été plus loin, convaincu sans doute, à l'époque, qu'en prévoyant une durée de perception plus longue, on instituerait un véritable impôt temporaire, auquel il était alors opposé. Et quand l'honorable chef du département fédéral des finances nous parlait d'un second, éventuellement d'un troisième impôt de guerre, nous pensions que les bases de cet impôt, sous réserve d'une certaine aggravation de la progression, seraient sensiblement les mêmes que celles de l'impôt de guerre de 1915. Or, vous savez qu'il n'en est rien. Tandis que l'impôt de guerre de 1915 a rapporté la somme de 122 millions, l'impôt que l'on nous propose de voter aujourd'hui est destiné à en rapporter 180, tous les trois ans. Répété deux fois, l'impôt nouveau rapportera une somme totale de 360 millions de francs, ce qui correspond à trois fois le produit de l'impôt de guerre perçu sur les bases de 1915. Déduction faite de la part revenant aux cantons, la recette nette du fisc fédéral serait ainsi de 300 millions. Cette somme de 300 millions ajoutée au produit du premier impôt de guerre et au rendement des impôts sur les bénéfices de guerre amortirait les trois cinquièmes du milliard que les frais de mobilisation ont coûté depuis le 1er août 1914. Cet effort considérable nous paraît, pour le moment, une manifestation suffisante de la ferme volonté du peuple suisse d'amortir sa dette de mobilisation dans un délai aussi rapide que possible, surtout si l'on envisage que les 400 millions restant seront rentés et amortis à peu de choses près par le produit de l'impôt sur le timbre qui frappe lui aussi la fortune acquise. A chaque jour suffit sa peine. Nous avons entendu ce matin, avec un très grand intérêt, l'exposé si complet de M. le conseiller fédéral Motta; mais nous croyons qu'il est prématuré de vouloir actuellement résoudre en une seule fois le problème financier extraordinairement difficile qui nous est actuellement posé. Et, Messieurs, nous ne refuserons certainement pas, une fois que l'impôt aura été perçu deux fois, d'en-

visager et de discuter l'éventualité de nouveaux prélèvements de cet impôt si, à ce moment, la situation financière de la Confédération est telle que ces prélèvements nouveaux paraissent nécessaires pour la couverture du solde de la dépense de mobilisation. A ce moment, nous examinerons la question. Mais nous croyons qu'elle devra être soumise à nouveau au parlement et au peuple, si celui-ci demande que la question soit tranchée par lui. Nous connaîtrons, à ce moment, le montant réel de notre dette de mobilisation. Nous serons, nous l'espérons, fixés sur le régime commercial issu de la guerre et sur les recettes douanières qui en seront la conséquence pour notre pays. Nous connaîtrons également la situation financière des cantons et des communes; en un mot, nous pourrons prendre en pleine connaissance de cause, pour l'avenir, une décision qu'on nous demande de prendre aujourd'hui dans l'incertitude absolue de la situation financière de notre pays telle qu'elle sera d'ici à une dizaine d'années. Et peut-être qu'à ce moment, si la somme à payer n'est pas trop élevée, verrons-nous un avantage, pour liquider en une seule fois nos engagements, à recourir au moyen préconisé aujourd'hui par M. Goetschel, moyen auquel nous serions, pour des motifs politiques, personnellement sympathiques, mais que je ne pourrais recommander aujourd'hui, en raison des difficultés d'ordre pratique sur lesquelles notre collègue M. Meyer a attiré hier l'attention du Conseil.

Nous avons dit, au début de notre exposé, que le projet du Conseil fédéral pouvait être également critiqué au point de vue économique. A ce point de vue, nous considérons comme une erreur de fixer à trois ans la durée de prélèvement de chacun des impôts à percevoir. Nous avons vu que chaque prélèvement doit procurer à la Confédération une recette de 180 millions, ce qui représente une somme annuelle de 60 millions à débourser par l'ensemble des contribuables suisses, en plus de ce qu'ils ont à payer actuellement aux cantons et aux communes. Le produit des impôts cantonaux étant en chiffres ronds de 60 millions actuellement, l'adoption des propositions du Conseil fédéral porterait à un chiffre égal le montant annuel de l'impôt fédéral, en soustrayant ainsi à l'économie nationale l'usage des capitaux qui lui sont indispensables à son développement financier dans les temps difficiles que seront les années après la guerre.

Le premier impôt de guerre présenté en 1916/1917 avec une année franche en 1918 a rapporté 122 millions, soit approximativement 40 millions par année. Nous considérons que cette somme constitue un maximum qui ne doit pas être dépassé et nous nous rallions ainsi entièrement à l'idée émise hier par notre collègue M. Meyer, d'après laquelle il y aurait lieu de prévoir pour la perception de l'impôt de guerre renouvelé des périodes de quatre ans au lieu de trois ans. En admettant, sur les bases et les taux proposés par le Conseil fédéral, que chaque prélèvement d'impôt rapporte une somme de 180 millions, la charge annuelle imposée aux contribuables, répartie sur une période de quatre ans, serait de 45 millions, somme certainement très élevée et qui comporte un amortissement suffisamment rapide de notre dette de mobilisation.

En résumé, Messieurs, nous nous permettons de vous recommander un système d'après lequel l'impôt de guerre renouvelé serait perçu deux fois, chaque prélèvement s'échelonnant sur une période de quatre ans, ce qui donnerait un délai total d'imposition de huit ans. Ces huit années écoulées, la situation financière de la Confédération pourrait être envisagée à nouveau, le Conseil fédéral et le parlement réservant toute leur liberté de prendre à ce moment les décisions qui leur seront dictées par les circonstances.

Et qu'il nous soit permis de dire en passant à ceux qui estimeraient que d'après le système que nous proposons, l'imposition de la fortune acquise ne serait pas suffisante, qu'il y a lieu également de tenir largement compte de l'impôt sur les bénéfices de guerre, impôt qui a été voté en 1915 dans le but d'imposer les bénéfices excessifs résultant de la guerre, mais qui dès lors, déviant de son but primitif, frappe lourdement tous les bénéfices quelconques réalisés par les particuliers et les sociétés, quelle qu'en soit la source, qu'ils dépendent de la guerre ou non, supérieurs à ceux réalisés en moyenne pendant les années 1914 et 1915. Nous nous permettons à ce propos d'insister sur l'urgente nécessité de revoir les dispositiont qui sont à la base de la perception de l'impôs sur les bénéfices de guerre en vue de faire disparaître de la loi certaines dispositions qui consacrent des injustices criantes entre différentes catégories de contribuables. Il est inadmissible qu'un impôt qui rapporte actuellement 250 millions et qui est destiné probablement à durer quelques années encore soit prélevé en vertu d'un simple arrêté du Conseil fédéral pris en vertu de ses pleins pouvoirs, sans que les Chambres aient été appelées à en discuter. Nous serions très heureux de connaître l'opinion du Conseil fédéral sur ce point.

Quant aux critiques d'ordre purement fiscal à faire au projet du Conseil fédéral, nous nous réservons d'y revenir lors de la discussion des articles. Certaines d'entre elles ont déjà été formulées par les orateurs qui nous ont précédé, notamment par M. Speiser et M. Maunoir en ce qui touche la progression jugée par eux excessive qui nous est proposée.

Nous considérons également comme une erreur le mode d'imposition prévu par le projet pour les sociétés anonymes, la somme mise à leur charge étant majorée de plus de 50 % par rapport à la somme qui leur a été réclamée en vertu du premier impôt de guerre.

Nous tenons enfin à faire les plus expresses réserves sur les dispositions d'après lesquelles la Confédération est appelée à exercer sur la taxation et la perception une surveillance beaucoup plus intense que par le passé, en édictant les principes destinés à garantir cette perception uniforme. Nous ne voulons pas que nos départements cantonaux des finances soient placés sous la surveillance constante et rigoureuse des fonctionnaires fédéraux. Ce sont les cantons à notre avis auxquels il appartiendra de prendre en premier lieu les mesures nécessaires pour assurer une perception régulière de l'impôt de guerre. Ce n'est qu'au cas où ils ne se montreraient pas à la hauteur de leur

tâche qu'il appartiendra au département fédéral d'intervenir.

Nous avons tenu à formuler ces quelques observations dans la discussion générale pour préciser les raisons de notre attitude négative vis-à-vis du projet du Conseil fédéral dans sa forme actuelle et pour justifier d'avance notre opposition pour le cas où des amendements que nous jugeons nécessaires n'y seraient pas adoptés.

Nous voulons exprimer en terminant l'espoir et le désir qu'il pourra être tenu compte dans une large mesure de notre manière de voir, afin de réaliser dans le même esprit de patriotisme éclairé et avec le même élan qu'en 1915 les sacrifices que nous jugeons également nécessaires pour l'avenir des finances fédérales.

Widmer: Gestatten Sie auch mir, als einem Neuling in Ihrer Mitte, ein kurzes Wort in dieser für unser Land, seinen Kredit und seinen gedeihlichen Fortschritt so wichtigen Frage. Ich bin nicht daran schuld, dass ein vorsintflutliches Geschäftsreglement eigentlich systematisch dafür sorgt, dass zunächst beinahe sämtliche Mitglieder der Kommission ihr Votum abgeben müssen; ich bin auch nicht daran schuld, dass keine Bestimmung besteht, wonach den Diskussionsrednern eine gewissse Frist eingeräumt ist. Es ist das erstemal, dass ich die Ehre habe, in Ihrer Mitte zu sprechen. Ich habe in Beachtung einer alten, guten Haussitte seit meinem Einzug ins Parlament mich darauf beschränkt, die vielen Reden anzuhören — und es sind viele gehalten worden —, zu schweigen, und ich habe damit gleichzeitig zu Zeitgewinn und Geldersparnis beitragen wollen. Ich darf Sie daher heute bitten, wenn ich das erstemal das Wort verlange, mir einen Moment Ihre Aufmerksamkeit schenken zu wollen.

Vorab eine kleine Abschweifung. Ich möchte Sie ersuchen, mit mir in Gedanken in die Zeit des 6. Juni 1915 zurückzukehren. Wir sind im Jura auf Grenzwacht. Früh morgens sind wir ausgezogen und gegen Mittag sind wir nach strapaziösen militärischen Uebungen heimgekehrt. Nach der Verpflegung besammle ich meine Kompanie, sie soll zur Urne gehen. Keine Rede und keine Propaganda, denn das verbietet die militärische Vorschrift und ist nicht Soldatenart, ein Appell bloss: «Soldaten, Kameraden, Ihr habt über die Kriegssteuervorlage abzustimmen, sie liegt gedruckt in Euren Händen, Ihr wisst, um was es sich handelt. Soldaten, tut Eure Pflicht!» Und als eine halbe Stunde später mein Furier glückstrahlend mir die Meldung bringt, dass die Kompanie I/57 kein einziges Nein, sondern alles Ja in der Urne aufweist, die drei andern Kompanien des Bataillons zusammen keine zwölf Nein, da schwellte sich meine Brust und in freudigem Stolz hallte es in mir wieder: Es sind doch prächtige Kerle, diese 57er, auf die kannst du dich auch da verlassen, wo du als Bürger von ihnen das Vertrauen forderst, nicht nur dann, wenn es sich darum handeln sollte, die harte Pflicht des Soldaten zu erfüllen, wenn das Schwerste von ihm verlangt wird. Und im gleichen Moment wanderten meine Gedanken zurück zu jenen Augusttagen 1914, als die plötzliche Kriegsgefahr unsere Armee an die Grenzen rief und durch das ganze Schweizerland von Ost und West, von Süd und Nord die gewaltige Erhebung des ganzen Schweizervolkes ging, ohne Unterschied der Rasse, der Sprache, der Religion, des Standes: Wir wollen alles, alles für dich wagen, Gut und Blut, Vaterland nur dir! Es schien, als ob unserer Väter Geist aus der grossen Zeit unserer vaterländischen Geschichte zu uns herniedergestiegen wäre, alles Kleinliche und Selbstsüchtige, alles Niedrige und Geringe, das uns vorher so oft beschäftigte, vertreibend. Ein edler Wetteifer aller Klassen, für Land und Armee das Beste und alles zu geben. Und unter dem Eindruck der Gefahr der grossen Zeit und der durch sie bedingten sittlichen Bewegung unseres Volkes hat am 6. Juni 1915 das Schweizervolk mit 452,117 Ja gegen bloss 27,461 Nein die verfassungsrechtliche Grundlage zur ersten Kriegssteuer geschaffen.

Und heute? Nichts oder doch fast nichts mehr von alledem. Wir sind vielfach dieselben wie früher; an Stelle der freudigen Opferwilligkeit von damals ein sorgfältiges, kleinliches, mühsames Abwägen, ein ängstliches Herumspintisieren an Steuertheorien, eine Furcht, man könnte am Ende dem Staat, dem Vaterland zuviel geben und es dabei an sich verspüren oder doch etwas zu stark verspüren. Hat man wirklich so rasch es vergessen, dass es sich um die notwendigen Auslagen für unsere Armee handelt, auf deren Fahnen in den Tagen der Angst das ganze Schweizervolk, das zu Hause zurückblieb, mit Stolz und Zuversicht seine Augen gerichtet hat, auf seine Armee, die den Zurückgebliebenen es ermöglichte, ungestört vom Kriege der Arbeit und dem Erwerbe nachzugehen, die Früchte des Friedens zu geniessen? Die grosse Zeit, die hat die meisten von uns nicht gross gemacht, viele von uns sind kleiner geworden, egoistischer und selbstsüchtiger, als sie vorher schon waren.

Wohl will man etwas geben, aber es soll nicht weh tun oder doch nicht merklich weh tun. Gestatten Sie mir, in kurzen Worten auf einige Argumente der Gegner der Vorlage einzutreten. Dabei will ich vorausschicken, dass wir im Grunde keine Gegner haben, das ist mein Gefühl, denn was gegen die Vorlage gesagt wird, ist Präventivgefecht. Die Herren wollen bloss verhindern, dass man nicht höher geht in der Progression; im Grunde ist man einverstanden und hat sich mit der Vorlage abgefunden und sich danach eingerichtet.

Es soll durch die Vorlage der Kapitalmarkt gestört werden. Das wird im Grunde wohl niemand glauben. Und wenn auch dieser Kapitalmarkt etwas gestört wird, er wird sich sicher wieder erholen, dafür brauchen wir keine Angst zu haben. Sogar die Bauern sollen darunter leiden müssen. Wozu man doch die guten Bauern braucht und missbraucht. Diese Finanzpolitik richte sich gegen den Mittelstand. Als ob nicht gerade der grosse Besitz und grosse Erwerb, wie recht und billig, getroffen wird, also die Bestsituierten. Wenn man so Angst hat, dass der Mittelstand getroffen wird, so bin ich der Meinung, wir können in der Detailberatung etwas korrigieren und der Opposition, die aus diesen gutsituierten Kreisen kommt, dadurch entgegenkommen, dass man das, was über dem Mittel-

stand steht, noch etwas besser heranzieht, dann schweigt die Opposition auf jener Seite. Unsere Volkswirtschaft ertrage es nicht. Als ob nicht die Volkswirtschaft aller Länder ohne Ausnahme nicht viel mehr als die unsrige in Mitleidenschaft gezogen würde, und zwar von Ländern, die ihre Rohprodukte wie wir aus dem Auslande beziehen. Der Vorschlag sei das äusserste Maximum, während er das Minimum dessen ist, was der Bund braucht, selbst wenn er neue indirekte Steuern schaffen will, die er doch nicht durchbringt. Ein Wort bezüglich der Tabakbesteuerungsfrage. Es wird nur wenige Herren im Saale geben, die glauben, dass wir heute die Tabakbesteuerung dem Volke noch genehm machen können. Die Zeit dafür ist verpasst worden aus Gründen, die ich nicht erörtern will. Es wären noch andere Gründe dagegen vorhanden, aber bei dem gegenwärtigen Tabakpreis werden Sie dem armen Mann sein Pfeiflein nicht noch teurer machen wollen und können. Auch andere indirekte Steuern, wie Verkehrssteuern, werden Sie nicht einführen können, wenn Sie sie nicht gestützt auf die ausserordentlichen Vollmachten erhöhen wollen. Ich bin ein Gegner dieser indirekten Steuern, und zwar solange wir unter den ausserordentlichen Zeitverhältnissen, wie sie der gegenwärtige Krieg geschaffen hat, leiden. Wir hätten so viele Industrien, die schlecht gehen. Wir wissen doch, dass nur die gutgehenden Industrien zur Steuer herangezogen werden, nach dem altbewährten Grundsatz: Wo nichts ist, ist nichts zu holen. Vergisst man, welch gewaltige Kapitalien der Krieg im neutralen Lande geschaffen hat? Es war noch nie so viel Geld in der Schweiz, und wenn ich die Geschichte nachlese, so erinnert mich die heutige Situation an analoge Verhältnisse im armen Belgien vor etwas mehr als 100 Jahren, zur Zeit, als die Alliierten gegen den grossen Napoleon zogen. Lesen Sie nach aus jener Zeit, da war Geld vorhanden. So ist es heute bei uns. Man sagt, das sei keine blosse wiederholte Kriegssteuer, es sei eine temporäre Bundessteuer. Als ob das überhaupt heute in der gegenwärtigen Situation von Belang sein könnte, in dem Zeitpunkt, wo der Bund das Geld braucht. Ich denke, es werde Pflicht aller bürgerlichen Parteien sein, es in der Zukunft nicht mehr darauf ankommen zu lassen, wie es geschehen ist, dass das Personal unseres Bundes, unsere Staatsbeamten, durch Generalstreikandrohung, durch Anschluss an diejenigen, welche gegen den Staat arbeiten, seine gerechte Besserstellung erlangen muss. Man redet von unerträglichen Zumutungen, wie Herr Prof. Speiser sich ausgedrückt hat. Man kriegt fast das Gruseln. Ich verwundere mich um so mehr, dass diese Behauptung gerade von einer Seite aufgestellt wird, von der ich weiss, dass sie es ertragen kann. Ich hatte das Vergnügen, während acht Jahren Präsident einer Steuerkommission in einer industriereichen Gemeinde zu sein. Da habe ich aus Erfahrung die Ueberzeugung gewonnen, dass wir keine Angst haben müssen. Diese Leute wissen sich schon einzurichten.

Man liest uns dann ein Kolleg, ein recht interessantes zwar, darüber, dass die Kantone für ihre Steuergesetze zehn und zwanzig Jahre gebraucht haben, um das Richtige herauszufinden, und der Bund könne unmöglich in sechs Monaten etwas Richtiges schaffen. Wenn das ernst gemeint ist — ich glaube es aber nicht — so habe ich das Gefühl, dass die, welche so denken, sich noch nicht in die neue Zeit eingelebt haben. Man hat noch nicht umgelernt. In kurzer Zeit werden wir noch viel mehr lernen müssen. Die Saumseligkeit der alten Zeit muss verschwinden und verschwindet gottlob.

Es sind politisch konstitutionelle Bedenken erhoben worden gegen die Höhe des Steueransatzes und der Progression, in der offenkundigen Absicht, um die letztere niedriger zu bekommen oder um zu sorgen, dass sie wenigstens nicht höher gehe, dass sie so bleibe, wie man sie gerne hat. Wir brauchen aber nicht Angst zu haben, es wird schon gehen. Ich verweise auf das Ausland. Das hat eine ganz andere Progression. Ich verweise besonders auf England. Ich will aber keine Zahlen vortragen. Wir haben schon mehr als genug Zahlen gehört. Ich frage mich, wie kann man für die Finanzen der Kantone befürchten, wo doch ein Fünftel der Einnahmen den Kantonen zufliesst? Tatsächlich ist es so, dass, seitdem die Kantone ihren Anteil an der Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer erhalten, besser dran sind und die kantonalen Kassen noch nie so bei Geld waren wie gerade jetzt. Fragen Sie die Finanzdirektoren speziell in den kleineren Kantonen. Allerdings, wenn die Kantone nicht diese Beiträge vom Bund hätten, so wären sie auch nicht in der Lage, die grossen Anforderungen, die die Zeit an sie stellt, zu erfüllen. Da wo es ans Nehmen geht, da regen sich keine föderalistischen Bedenken, da haben die Föderalisten immer stillgeschwiegen.

Weiter wird uns erklärt, wenn die Kriegssteuer angenommen werde, so müssten die Wohltätigkeit, die Freigebigkeit, die Künste und Wissenschaften es entgelten, wie wir es gestern gehört haben. Als ob diese nur von den grossen Kapitalisten und dem grossen Erwerb gepflegt würden, während sie als nobile officium eines jeden vornehmen und kultivierten Geistes gepflegt werden.

Sodann wird gesagt, Freude am bundesrätlichen Vorschlage hätten die Sozialdemokraten. Warum sollen wir ihnen die Freude nicht gönnen? Es ist schön, wenn man jemand eine Freude machen kann. Freude am Geben an den Staat sollten auch wir alle haben, denen das Geschick es ermöglicht, jetzt geben zu können, die wir nicht in den schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen leben müssen. Wir wollen uns die Kriegssteuer auch nicht von der sozialdemokratischen Partei aufdrängen lassen, sondern wir wollen dafür sorgen, dass wir sie von uns aus schaffen und begründen. Und wenn Herr Naine gesagt hat, er weise die Vorlage zurück, so darf er es hier sagen. Aber draussen im Land wird es nicht gehen. Ich bin überzeugt, dass die grosse Masse der Sozialdemokraten nicht so denkt und die theoretischen Erwägungen, welche Herr Naine vertritt, nicht teilt und ihren Führern nicht Folge leistet. Ich glaube, dass er allein dasteht mit seiner Meinung.

Weiter ist gesagt worden, die Kantone hätten freundlichst dem Bund gestattet, die Kriegssteuer zu erheben. Als ob die Kantone ein ewiges geschriebenes oder ungeschriebenes Recht vom Him-

mel erhalten hätten und der Bund und das Volk nicht jederzeit freie Hand hätten, nach Belieben und nach den Bedürfnissen darin zu ändern.

Herr Prof. Speiser, mein hochverehrter Herr Kollege, hat gestern gesagt, wir müssen genau prüfen, wie lange wir es dem Bunde gestatten wollen, in die kantonale Steuerhoheit einzugreifen. Ich glaubte mich in den Ratssaal eines hohen Standes Basels zur Zeit der gnädigen Herrn zurückversetzt. Nun meine ich aber, wir seien im Nationalratssaal und hätten darüber zu prüfen, was vorab dem Bunde frommt, bei aller Hochachtung vor den Kantonen. Im Grunde bin ich kein Unitarier im Sinne der verschrieenen «Radikalinski» erster Güte.

Alle Argumente, die man uns vorgetragen hat, sind Scheinargumente. Ich wiederhole, es ist ein Präventivgefecht mit der Absicht, nicht mehr geben zu müssen, als die Vorlage bringt. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass wir das ertragen können. Es ist von berufener Seite nachgewiesen worden. Wer von seinem Ueberfluss gibt, der gibt im Grunde nicht. Der gibt etwas, der von seinem Notwendigen etwas gibt. Ich erinnere Sie an das Scherflein der armen Witwe.

Unser Parlament wird sich auf einen höhern Standpunkt stellen müssen. Die Augen des Volkes sind auf uns gerichtet. Es erwartet von uns, nachdem die Bundessteuer abgelehnt worden ist, eine ergiebige Leistung vom Besitz und Erwerb. Da heisst es rasch zugreifen und nicht zuwarten und im Vollzug und in der Einbringung der Steuer nichts hinauszuschieben. Hätten wir den Krieg im Land, so könnten wir von einer Woche zur andern weitaus grössere Opfer erleiden und dazu unersetzbare, und wir hätten sie auch ertragen müssen. Seien wir opferwillig und dankbar in einer grossen Zeit. Wie gestern mein verehrter Herr Kollege Musy so schön und ermutigend gesagt hat: Wir haben unsere Söhne noch, sie sind gesund geblieben und gesünder geworden. Zeigen wir den späteren Generationen, dass wir nicht bloss Schulden machen konnten, wo wir es mussten, sondern dass wir auch die Freude und den festen Willen haben, sie zu tilgen. Machen wir unseren Nachkommen und der nächsten Generation die Bahn frei, um unbeschwert und unbehindert die ganze Kraft für die Lösung der kommenden grossen sozialen Aufgaben einsetzen zu können, damit sie einst von uns sagen kann, unsere Väter haben die Mahnung der Zeit verstanden, sie sind gross gewesen in einer grossen Zeit. (Beifall.)

S. **Garbani-Nerini:** Come membro della commissione io ho dato la mia firma alle proposte della minoranza, che sono state ieri concretate ed illustrate nel suo eloquente discorso dall' onorevole nostro collega Signor Maunoir. Durante la campagna contro l'iniziativa per l'introduzione dell' imposta federale diretta, ho avuto occasione di dichiarare che, respingendo e combattendo l'iniziativa, non era mia intenzione di negare al Consiglio federale i mezzi necessari per far fronte alla difficile situazione finanziaria nella quale il paese si dibatte. Oggi, dando il mio voto favorevole all' entrata in materia circa il progetto di legge concernente il rinnovamento dell' imposta federale di guerra, intendo essere fedele alle dichiarazioni allora fatte; ma non posso liberarmi da due grandi preoccupazioni che sorgono in me alla lettura del progetto presentato dal lod. Consiglio federale.

Queste preoccupazioni consistono: in primo luogo nel cercare di evitare con tutti i mezzi il pericolo di avviarci su d'un cammino che conduca il paese, presto o tardi, all' introduzione dell' imposta diretta, che, colla campagna del giugno scorso, si è voluta evitare; ed in secondo luogo, che nel provvedere ai bisogni della Confederazione noi non abbiamo a spingere le cose tant' oltre da seriamente compromettere le condizioni delle finanze dei cantoni.

Contro la prima di queste preoccupazioni trovo che il miglior rimedio consister debba nel far si che la durata del periodo, entro il quale l'imposta dovrà esser prelevata, sia il più breve possibile. Epperò sarei tentato di appoggiare senz' altro la proposta dell' onorevole collega Goetschel, la quale, per quanto forte e brutale possa apparire, presenta però il vantaggio di abbattere con un sol colpo la difficoltà, di togliere di mezzo il pericolo paventato — se la proposta stessa non presentasse — a mio modo di vedere — due inconvenienti.

Il primo inconveniente sta in ciò, che l'imposta dovendo venir prelevata durante un periodo di quattro o cinque anni, pur mantenendo immutata la base sulla quale dovrà essere stabilita al momento della sua applicazione, ne deriverà la conseguenza che l'imposta stessa non colpirà tutti quei contribuenti, che saranno venuti a domiciliarsi fra noi dall' epoca dell' entrata in vigore della legge fino all' epoca in cui ne cesseranno gli effetti, tutte quelle fortune nuove, costituite nel medesimo periodo di tempo, tutti gli aumenti di sostanza che andranno consolidandosi.

Ed il secondo inconveniente io vedo nel fatto che la proposta tende a colpire il patrimonio senza toccare menomamente il reddito del lavoro. Se da una parte è giusto che il patrimonio paghi il suo tributo in modo accentuato, d'altra parte non sarebbe equo trascurare il reddito del lavoro, reddito il quale proviene non soltanto dal lavoro del piccolo e del povero, ma soprattutto dalle aziende commerciali ed industriali, che hanno approfittato e largamente dell' incremento apportato dai tempi eccezionali che viviano.

La proposta Goetschel potrebbe forse essere esaminata più a fondo sotto l'altro suo punto di vista, il quale si presenta conciliabile colla proposta della commissione, in quanto tende a colpire le sostanze depositate nel nostro paese durante il periodo di guerra, e che appunto durante questo periodo hanno usufruito del benefizio della nostra difesa nazionale. L'onorevole capo del dipartimento federale delle finanze si è già pronunciato contro questa tendenza speciale per la ripercussione che essa potrebbe avere sullo sviluppo avvenire delle banche del paese, e quindi sul credito della nazione. Pur ammettendo che queste obbiezioni siano tali da meritare un serio esame, io ritengo che la proposta stessa appaia invece inaccettabile piuttosto dal punto di vista del principio giuridico, secondo il quale i beni mobili non

possono essere colpiti se non al domicilio del contribuente.

Non potendo quindi accettare la proposta Goetschel, io non potrei meglio salvaguardare il concetto cui ho accennato di rendere impossibile che l'imposta di guerra vada successivamente scambiandosi in imposta diretta, se non raccorciando il periodo entro cui essa dovrà esser percetta; ed in termini concreti, sostituendo alla durata prevista dal progetto del Consiglio federale, quella proposta dalla minoranza della commissione, la quale fissa la ripetizione in due periodi di quattro anni ciascuno.

La mia seconda preoccupazione, la più importante, emerge dalla situazione creata ai cantoni dal progetto presentato dal Consiglio federale. Coi tassi in esso previsti, con l'esonero di una gran parte dei contribuenti, ossia di tutti coloro che posseggono un patrimonio inferiore ai 10,000 franchi, noi verremmo a compromettere non solo la situazione dell' oggi, ma anche l'avvenire delle finanze dei cantoni. L'esonero delle sostanze minori, principio a cui io pure sottoscrivo, applicato conforme alla proposta del Consiglio federale alle sostanze inferiori ai 10,000 franchi ed ai redditi sotto i 2500 franchi, e per un periodo che dovrà durare dai 9 ai 12 anni, si infiltrerà a poco a poco nelle legislazioni cantonali — ciò che del resto abbiamo già potuto constatare in questi ultimi tempi, dopo l'applicazione della prima imposta di guerra; ed il concetto che le sostanze di minor entità debbano essere esonerate dall' imposta metterà radici profonde nelle nostre abitudini e finirà per imporsi anche, quando i cantoni dovranno procedere alla revisione delle loro leggi tributarie ordinarie.

Ciò che si è consentito eccezionalmente, non può essere sancito ripetutamente, se non a rischio di scombussolare tutto il sistema tributario, introducendo complicazioni ed ineguaglianze fra i cittadini, con pericolo di più serie conseguenze. Contro questo nuovo principio io sento di poter tanto più facilmente insorgere, in quanto la riduzione da noi proposta arriva ad escludere tutte le sostanze inferiori ai 5000 franchi e lascia intatto l'esonero dei redditi inferiori ai 3000 franchi, tenendo così largamente conto delle condizioni eccezionali delle classi meno favorite.

Preoccupato dei bisogni finanziari dei cantoni, io non posso accettare la scala di progressione qual' è proposta dal Consiglio federale. Il massimo del 25 per mille sulla sostanza rappresenta un tasso, il quale arriva ad assorbire a prò della Confederazione tutte le forze contributive, su cui devono pur fare assegnamento anche i cantoni. Sui più abbienti gravitano già oggi enormi imposte cantonali e comunali. Noi non ci preoccupiamo delle conseguenze che l'imposta di guerra può avere sui patrimoni dei singoli; possiamo anzi ammettere che, colui il quale dispone di 60 o 80,000 franchi di rendita annua può benissimo sacrificarne dai 20 ai 30,000 a favore dello Stato. Quello che importa si è che la Confederazione non assorbisca la più gran parte di questo margine a suo profitto, non lasciando ai cantoni che un margine troppo ristretto. Sta bene che la Confederazione abbia previsto e preveda di render largamente participi i cantoni dell' introito percepito coll' imposta di guerra; ma questa partecipazione non è tale da soddisfare interamente i bisogni dei cantoni. E d'altra parte non possiamo nascondere che questo sistema non accoglie le nostre simpatie, e che allo stesso noi preferiamo l'esercizio della percezione diretta che i cantoni possono fare dell' imposta in virtù del loro diritto di sovranità.

Si è per queste considerazioni, per le preoccupazioni che sono andato enunciando, che ho ritenuto esser mio dovere di chiarire il mio pensiero, affinchè il mio modo di vedere ed i motivi che mi hanno indotto ad appoggiare la proposta della minoranza della commissione non possano essere confusi con altri qui espressi e che io non sento di condividere.

S. **Bossi:** Ho preso la parola per fare una semplice dichiarazione di voto. Siccome io voterò contro il progetto presentato dal Consiglio federale, devo spiegare brevemente i motivi del mio voto, affinchè per avventura non si creda che essi si confondano con quelli di alcuni colleghi socialisti. Anzi, se v'è una cosa che mi fa meraviglia, si è appunto che vi siano dei socialisti contrari al progetto, socialisti che, per principio e per programma, vogliono l'imposta federale diretta. Imperocchè questa, che stiamo discutendo, altro non è se non una specie di imposta federale diretta. Appunto per ciò io voto contro il disegno di legge, perchè, come federalista convinto e logico, sono contrario a qualsiasi imposta federale diretta; tanto più poi che, sul serreno dell' imposta, si sa quando si comincia, ma non quando si finisce.

Una volta leso il principio del federalismo, non avremo più nessuna garanzia di fermarci a mezza via. Dicono anzi gli scrittori di economia politica che, una volta introdotta, un' imposta non si abolisce più. Ebbene, principiis obsta, sero medicina paratur!

Mi si domanderà allora in qual modo io intenda di pagare l'ingente debito di guerra? E troppo presto per dirlo, onorevoli Signori! Lasciamo almeno che la guerra finisca, ed allora sapremo come orientarci. Imperocchè, se vince l'Intesa, essa ci condurrà indubbiamente verso il disarmo e l'arbitrato obbligatorio. Ed allora, onorevoli Signori, potremo risparmiare 50 milioni all' anno sul budget militare e pagare così in pochi anni il debito di mobilitazione. In ogni modo, se anche dovessimo lasciar qualche debito alle generazioni future, non sarà che giustizia, perchè noi avremo già sopportato il peso maggiore di questa guerra.

Ond'io, per questi motivi, che ho brevemente riassunti, voterò contro l'entrata in materia.

M. le **Président:** Vous allez vous prononcer sur la prise en considération du projet avant de passer à la discussion des articles.

Je rappelle que M. le député Goetschel a formulé une proposition de renvoi à la commission pour que celle-ci examinât sa motion. Je considère qu'il s'agit d'une motion d'ordre sur laquelle je ferai voter avant tout. Si cette motion d'ordre est repoussée, je ferai voter sur l'entrée en matière.

Abstimmung. — *Votation.*

1. Für den Ordnungsantrag Goetschel	17 Stimmen
Dagegen	66 Stimmen
2. Für Eintreten auf die Vorlage	91 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

Sitzung v. 19. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 19 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 252 hiervor. — Voir page 252 ci-devant.)

Anträge der Herren Musy, Bersier, Bettex, Boschung, Chuard, Evéquoz, Gaudard, Mosimann, Peter

vom 18. September 1918.

Ziffer 1.

A. Der Bundesversammlung wird ....

[1] Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer, deren Ertrag zur Tilgung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges zu verwenden ist.

Ziffer 2.

[2] Diese Steuer wird dreimal in dreijährigen Perioden wiederholt und auf Grund der diesem Bundesbeschlusse beigefügten Steuertabellen erhoben. (Der Rest des Absatzes ist zu streichen.)

Proposition de MM. Musy, Bersier, Bettex, Boschung, Chuard, Evéquoz, Gaudard, Mosimann, Peter

du 18 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

A. La constitution fédérale ....

[1] La Confédération perçoit un impôt extraordinaire dont le produit sera affecté à l'amortissement des dépenses de la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.

Paragraphe 2.

[2] Cet impôt sera renouvelé trois fois par périodes de trois ans et perçu sur la base des échelles d'imposition annexées au présent arrêté. (Biffer le reste.)

Antrag der Herren Naine, Affolter, Brand, Conzett, Düby.

vom 18. September 1918.

Ziffer 1.

.... zum Zwecke der gänzlichen Deckung der ....

Proposition de MM. Naine, Affolter, Brand, Conzett, Düby.

du 18 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

.... destiné à couvrir entièrement le capital ....

Antrag des Herrn Meyer

vom 16. September 1918.

Ziffer 2.

A [2] Die Steuer wird in vierjährigen Perioden so oft erhoben bis ....

Proposition de M. Meyer

du 16 septembre 1918.

Paragraphe 2.

A [2] Cet impôt sera perçu par périodes de quatre ans, et ....

Antrag der Minderheit der Kommission

vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Blumer, Garbani, Goetschel, Leuba, Speiser.)

Ziffer 2.

[2] Die Steuer wird zweimal in vierjährigen Perioden erhoben. (Der Rest des Artikels ist zu streichen.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	03
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	18.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	252-278
Ref. No	20 028 611

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Abstimmung. — *Votation.*

1. Für den Ordnungsantrag Goetschel	17 Stimmen
Dagegen	66 Stimmen
2. Für Eintreten auf die Vorlage	91 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

Sitzung v. 19. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 19 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 252 hiervor. — Voir page 252 ci-devant.)

Anträge der Herren Musy, Bersier, Bettex, Boschung, Chuard, Evéquoz, Gaudard, Mosimann, Peter

vom 18. September 1918.

Ziffer 1.

A. Der Bundesversammlung wird ....

[1] Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer, deren Ertrag zur Tilgung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges zu verwenden ist.

Ziffer 2.

[2] Diese Steuer wird dreimal in dreijährigen Perioden wiederholt und auf Grund der diesem Bundesbeschlusse beigefügten Steuertabellen erhoben. (Der Rest des Absatzes ist zu streichen.)

Proposition de MM. Musy, Bersier, Bettex, Boschung, Chuard, Evéquoz, Gaudard, Mosimann, Peter

du 18 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

A. La constitution fédérale ....

[1] La Confédération perçoit un impôt extraordinaire dont le produit sera affecté à l'amortissement des dépenses de la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.

Paragraphe 2.

[2] Cet impôt sera renouvelé trois fois par périodes de trois ans et perçu sur la base des échelles d'imposition annexées au présent arrêté. (Biffer le reste.)

Antrag der Herren Naine, Affolter, Brand, Conzett, Düby.

vom 18. September 1918.

Ziffer 1.

.... zum Zwecke der gänzlichen Deckung der ....

Proposition de MM. Naine, Affolter, Brand, Conzett, Düby.

du 18 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

.... destiné à couvrir entièrement le capital ....

Antrag des Herrn Meyer

vom 16. September 1918.

Ziffer 2.

A [2] Die Steuer wird in vierjährigen Perioden so oft erhoben bis ....

Proposition de M. Meyer

du 16 septembre 1918.

Paragraphe 2.

A [2] Cet impôt sera perçu par périodes de quatre ans, et ....

Antrag der Minderheit der Kommission

vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Blumer, Garbani, Goetschel, Leuba, Speiser.)

Ziffer 2.

[2] Die Steuer wird zweimal in vierjährigen Perioden erhoben. (Der Rest des Artikels ist zu streichen.)

Proposition de la minorité de la commission
du 18 septembre 1918.

(MM. Maunoir, Blumer, Garbani, Goetschel, Leuba, Speiser.)

Paragraphe 2.

[2] Cet impôt sera perçu deux fois par périodes de quatre ans. (Tout le reste de l'article est biffé.)

Antrag der Herren Müller-Bern, Affolter, Brand, Conzett, Düby, Eugster-Züst, Frei-Basel, Graber, Greulich, Grimm, Naine.
vom 18. September 1918.

Ziffer 3.

.... Vermögen, das zehntausend Franken und bei einem Erwerb, der viertausend Franken übersteigt. Die Beträge des steuerfreien Erwerbs erhöhen sich um je dreihundert Franken .... obliegt.

Für Personen ohne ausreichenden Erwerb, namentlich Witwen und Waisen, ist das steuerfreie Vermögen auf 30,000 Franken zu erhöhen.

Die Steuersätze sind progressiv, beginnen bei einem steuerpflichtigen Einkommen von Fr. 4000 bis Fr. 5000 mit 0,5%, bei Vermögen mit 1‰ und steigen in Klassen von eins bis fünfundzwanzig vom Tausend des Reinvermögens und von einem halben bis zwanzig vom Hundert des Reinwerts, nach Massgabe .... beträgt.

Proposition de MM. Müller-Berne, Affolter, Brand, Conzett, Düby, Eugster-Züst, Frei-Bâle, Graber, Greulich, Grimm, Naine.
du 18 septembre 1918.

Paragraphe 3.

[3] Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. L'impôt est dû sur toute fortune excédant dix mille francs et sur tout produit du travail supérieur à quatre mille francs. Les chiffres du produit du travail non imposable sont élevés de trois cents francs pour chaque enfant âgé de dix-huit ans et ne gagnant pas sa vie, et pour chaque personne ayant besoin d'assistance, dont l'entretien incombe au contribuable. Le chiffre de la fortune non imposable est porté à 30,000 francs pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant, notamment les veuves et les orphelins. Les taux de l'impôt sont progressifs; ils partent de 0,5% sur le produit du travail imposable de 4 à 5000 francs et de 1‰ sur la fortune et s'élèvent, par classes, de un à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et de un demi à vingt pour cent sur le produit du travail net conformément au tableau annexé au présent arrêté. Sur le revenu provenant de tantièmes et excédant deux mille francs, il est perçu un impôt supplémentaire qui est calculé conformément au tableau II concernant l'impôt sur le produit du travail annexé au présent arrêté, mais qui s'élève au minimum à cinq pour cent du revenu provenant de tantièmes.

Antrag der Minderheit der Kommission
vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Garbani, Goetschel, Leuba.)

Ziffer 3, Absatz 2.

,.... deren Vermögen 5000 Franken übersteigt. Für Personen ....

Proposition de la minorité de la commission
du 18 septembre 1918.

(MM. Maunoir, Garbani, Goetschel, Leuba.)

Paragraphe 3, alinéa 2.

.... dont la fortune excède cinq mille francs. Ce minimum ....

Antrag des Herrn Sträuli
vom 18. September 1918.

A. Ziffer 3, Abs. 4.

Die Steuersätze sind progressiv und steigen in Klassen von ein halb bis fünfundzwanzig Promille des Reinvermögens und von einem fünftel Prozent bis 20 Prozent des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

Proposition de M. Sträuli
du 18 septembre 1918.

A. Paragraphe 3, alinéa 4.

Les taux de l'impôt sont progressifs et s'élèvent, par classes, d'un demi à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et d'un cinquième à vingt pour cent sur le produit du travail net conformément au tableau annexé au présent arrêté.

Tabelle I. Vermögenssteuer. — Tableau I. Impôt sur la fortune.

Klasse	Vermögen von über	Vermögen bis und mit	Steuersatz pro mille	Steuerbetrag für d. 3jährige Periode
Classe	Fortune de plus de	Fortune jusqu'à	Taux pour mille	Montant de l'impôt pour la période de trois ans
1	10,000	15,000	0,5	5.—
2	15,000	20,000	0,5	7.50
3	20,000	25,000	0,6	12.—
4	25,000	30,000	0,8	20.—
5	30,000	35,000	1	30.—

usf. gleich der Kommissionsvorlage.
la suite comme dans le projet de la commission.

Tabelle II. Erwerbssteuer. — Tableau II. Impôt sur le produit du travail.

Klasse	Erwerb von über	bis und mit	Steuersatz %	Steuerbetrag
Classe	Produit du travail de plus de	jusqu'à	Taux pour cent	Montant de l'impôt pour la période de trois ans
1	2500	2700	0,2	5.—
2	2700	3000	0,3	7.10
3	3000	3500	0,4	12.—
4	3500	4000	0,5	17.50
5	4000	4500	0,6	24.—
6	4500	5000	0,7	31.50
7	5000	5500	0,8	40.—
8	5500	6000	0,9	49.50
9	6000	6500	1	60.—
10	6500	7000	1,2	78.—
11	7000	7500	1,4	98.—
12	7500	8000	1,6	120.—
13	8000	8500	1,8	144.—
14	8500	9000	2	170.—
15	9000	9500	2,2	198.—

usf. gleich der Kommissionsvorlage.

la suite comme dans le projet de la commission.

Antrag der Minderheit der Kommission

vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Blumer, Garbani.)

Ziffer 3, Absatz 4.

.... und steigen in Klassen von ein bis zwanzig Promille des Reinvermögens ....

Proposition de la minorité de la commission

du 18 septembre 1918.

(MM. Maunoir, Blumer, Garbani.)

Paragraphe 3, alinéa 4.

.... par classes de un à vingt pour mille sur la fortune nette et de ....

Antrag des Herrn Schaller

vom 16. September 1918.

Ziffer 5.

[5] Die Aktiengesellschaften und Kommandit-Aktiengesellschaften entrichten die Steuer:

a. von ihrem Vermögen (mit Ausschluss des nichteinbezahlten Aktienkapitals).

Der Steuersatz ist progressiv und steigt in Klassen von ein Zehntel bis zehn vom Hundert des Vermögens. Innerhalb dieser Grenzen richtet er sich nach dem prozentualen Verhältnis des Reinertrages zum Vermögen, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

Ist kein verfügbarer Reinertrag vorhanden, so beträgt der Steuersatz ein Zehntel vom Hundert des Vermögens.

b. vom nichteinbezahlten Aktienkapital zum Viertel des nach lit. a ermittelten Satzes.

Proposition de M. Schaller

du 16 septembre 1918.

Paragraphe 5.

[5] Les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions paient l'impôt:

a. sur leur fortune (à l'exception du capital-actions non versé).

Le taux de l'impôt est progressif et s'élève, par classes, de un dixième à dix pour cent de la fortune. Il s'élève, dans ces limites, suivant le rapport en pour cent du produit net à la fortune, conformément au tableau annexé au présent arrêté.

S'il n'y a pas de produit net disponible, le taux est de un dixième pour cent de la fortune.

b. sur le capital-actions non versé à raison du quart du taux fixé sous lettre a.

Antrag der Herren de Cérenville, Frey-Zürich, Maunoir, de Meuron, Meyer, Syz

vom 18. September 1918.

Ziffer 5.

Streichung des Satzes:

« Innert dieser Grenzen richtet er sich nach dem prozentualen Verhältnis des Reinertrages zum Gesamtkapital nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen. »

Ersetzung durch folgenden Satz:

« Er wird innert dieser Grenzen gemäss den unter die Aktionäre als Dividenden oder Bonus verteilten Beträgen und nach Massgabe der diesem Bundesbeschlusse beigefügten Tabellen festgesetzt. »

Proposition de MM. de Cérenville, Frey-Zurich, Maunoir de Meuron, Meyer, Syz

du 18 septembre 1918.

Paragraphe 5.

Supprimer la phrase:

« Il s'élève dans ces limites suivant le rapport en pour cent du produit net au capital total, conformément au tableau annexé au présent arrêté. »

et la remplacer par la suivante:

« Il est fixé dans ces limites d'après les sommes réparties aux actionnaires, à titre de dividendes ou de bonus, conformément au tableau annexé au présent arrêté. »

Anträge des Herrn Schär-Basel
vom 18. September 1918.

Ziffer 6.

Absatz 1 und 2 werden durch folgenden neuen Absatz ersetzt:

Abschnitt 6. 1. « Die Genossenschaften des schweiz. Obligationenrechts mit Ausnahme der konzessionierten Versicherungsgenossenschaften entrichten die Steuer entweder nach dem Reinertrag oder nach dem Vermögen (Genossenschaftskapital und Reserven); für die einzelnen Genossenschaften ist diejenige Steuerberechnung massgebend, welche den höheren Betrag ergibt. Für die Erhebung nach dem Reinertrag beträgt der Steuersatz vier Prozent der den Mitgliedern und Kunden gewährten Rabatte und Rückvergütungen, acht Prozent des übrigen Reinertrages; bei der Erhebung nach dem Vermögen beträgt der Steuersatz fünf vom Tausend. »

Der bisherige Absatz 3 wird zum 2. Absatz und erhält folgende Fassung:

« Die konzessionierten Versicherungsgesellschaften entrichten die Steuer von ihrer schweizerischen Prämieneinnahme; der Steuersatz beträgt fünf Promille der Prämieneinnahme. »

Neuer Abschnitt 7 h. « Der aus der Veräusserung von in der Schweiz gelegenen Grundstücken erzielte Gewinn wird bei allen vorstehend aufgeführten Steuerpflichtigen einer Zuschlagssteuer unterworfen, die mindestens zehn, höchstens fünfzig Prozent des Mehrerlöses betragen und in Abweichung der in Abschnitt 9 (ev. 10) hiernach festgestellten Teilungsart dem Bund, den betreffenden Kantonen und den betreffenden Gemeinden zu gleichen Teilen zufallen soll. Die Abstufung dieser Zuschlagssteuer wird dem Ausführungsbeschluss der Bundesversammlung vorbehalten ».

Abschnitt 8. Ziffer e erhält folgende Fassung: « Gemeinnützige und genossenschaftliche Selbsthilfe-Unternehmungen », etc.

Es wird eine neue Ziffer g angeschlossen, lautend:

« g. Natürliche Personen ohne Rücksicht auf die in Abschnitt 3 aufgestellten Vorschriften, soweit solche nach den vom Bundesrat aufgestellten Normen zum Bezug der Notstandsunterstützung berechtigt sind, solange die Notstandsaktion des Bundes durchgeführt wird. »

Propositions de M. Schär-Bâle
du 18 septembre 1918.

Paragraphe 6.

Les sociétés coopératives au sens du code des obligations, à l'exception des sociétés coopératives d'assurance, paient l'impôt soit sur le produit net soit sur la fortune (capital social et réserves); on appliquera à chacune d'elles le système qui produira le plus fort rendement. Si l'impôt est payé sur le produit net, le taux s'élève au quatre pour cent sur les rabais et ristournes accordés aux sociétaires et au huit pour cent sur le reste du produit net; si l'impôt est payé sur la fortune, le taux est fixé à cinq pour mille.

Les sociétés coopératives d'assurance concessionnaires paient l'impôt sur leurs primes suisses. Le taux de l'impôt est fixé au cinq pour mille de ces primes.

Paragraphe 7 h (nouveau).

Le produit de la vente d'immeubles sis en Suisse est soumis, pour toutes les personnes appartenant aux catégories ci-dessus, à un impôt supplémentaire de dix à quinze pour cent du bénéfice et qui, en modification du mode de partage fixé au paragraphe 9 (év. 10) ci-dessous, sera réparti également entre la Confédération, le canton et la commune. L'arrêté d'exécution de l'Assemblée fédérale déterminera l'échelonnement de cet impôt.

Paragraphe 8.

e. les entreprises d'utilité publique ou les coopératives ayant pour but de pourvoir au besoin de logements;

(nouveau) g. pour la durée de l'action de secours de la Confédération et nonobstant les dispositions contenues au paragraphe 3, les personnes physiques qui remplissent les conditions nécessaires pour bénéficier de l'action de secours.

Antrag der Minderheit der Kommission
vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Bettex, Blumer, Garbani, Goetschel, Leuba, Speiser.)

Ziffer 8, Buchstabe f.

f. die Gesellschaften, die keinen Reinertrag erzielen.

Proposition de la minorité de la commission
du 18 septembre 1918.

(MM. Maunoir, Bettex, Blumer, Garbani, Goetschel, Leuba, Speiser.)

Paragraphe 8, lettre f.

f. les sociétés qui ne réalisent pas de revenu net.

Antrag der Minderheit der Kommission
vom 18. September 1918.

(Herren Maunoir, Garbani, Goetschel, Leuba.)

Ziffer 9.

[9] Für jede vierjährige Periode wird die Steuer neu veranlagt. Veranlagung und Bezug erfolgen durch die Kantone unter der Aufsicht des Bundes. Die Selbsttaxation ist obligatorisch. Die Steuer wird in Raten . . . .

Proposition de la minorité de la commission
du 18 septembre 1918.

(MM. Maunoir, Garbani, Goetschel, Leuba.)

Paragraphe 9.

[9] Pour chaque période de quatre ans il est procédé à une nouvelle taxation. Taxation et perception sont effectuées par les cantons sous la surveillance de la Confédération. La taxation personnelle est obligatoire. L'impôt est perçu ....

Antrag der Herren Müller-Bern, Affolter, Brand, Conzett, Düby, Eugster-Züst, Frei-Basel, Graber, Greulich, Grimm, Naine, Rimathé
vom 18. September 1918.

Ziffer 9.

.... der Steuer erlässt. Die Veranlagung erfolgt auf Grund einer obligatorischen Selbsttaxation. Die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden, sowie Privatpersonen sind den Steuerorganen gegenüber zur Auskunfterteilung verpflichtet. Die Einschatzungs- und Rekursbehörden können die amtliche Inventarisation anordnen.

Die Steuer wird in Raten eingezogen.

Die Kantone haben vier Fünftel der eingehenden Steuerbeträge dem Bunde abzuliefern und von dem ihnen verbleibenden Fünftel die Hälfte zu Beiträgen an Gemeinden zu verwenden, die durch die wirtschaftlichen Kriegsfolgen nachweisbar in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Die Beiträge sind im Verhältnis der zur Verfügung stehenden Summen und der nachgewiesenen Kriegsauslagen der Gemeinden zu berechnen. »

Proposition de MM. Müller-Berne, Affolter, Brand, Conzett, Düby, Eugster-Züst, Frei-Bâle, Graber, Greulich, Grimm, Naine, Rimathé
du 18 septembre 1918.

Paragraphe 9.

.... du présent arrêté. La taxation personnelle est obligatoire. Les autorités fédérales, cantonales et communales ainsi que les particuliers sont tenus de fournir tous renseignements aux organes du fisc. Les autorités de taxation et de recours peuvent ordonner l'inventaire officiel.

L'impôt est perçu par annuités.

Les cantons verseront à la Confédération les quatre cinquièmes des contributions encaissées et la moitié du cinquième restant aux communes qui ont manifestement souffert des conséquences économiques de la guerre. Les versements aux communes seront calculés d'après le montant des sommes disponibles et des dépenses de guerre réellement effectuées par ces communes.

Antrag des Herrn Obrecht
vom 18. September 1918.

Lit. A, Ziff. 3, Abs. 3, erster Satz soll lauten:

Erwerbssteuerpflichtig sind ledige Personen, deren Erwerb 3000 Franken, und verheiratete Personen, deren Erwerb 3500 Franken übersteigt. Dieser Ansatz erhöht sich ....

Proposition de M. Obrecht
du 18 Septembre 1918.

Lettre A, paragraphe 3, 3e alinéa:

Sont soumis à l'impôt sur le produit du travail les célibataires dont le produit du travail excède 3000 francs et les personnes mariées dont le produit du travail excède 3500 francs. Ce minimum est élevé ....

Antrag des Herrn Blumer
vom 19. September 1918.

Ziffer 9. Schlusssatz.

.... Die Kantone haben neun Zehntel der eingehenden Steuerbeträge dem Bunde abzuliefern.

Proposition de M. Blumer
du 19 septembre 1918.

Paragraphe 9.

.... Les Cantons verseront à la Confédération les neuf dixièmes des contributions encaissées.

Antrag des Herrn Choquard
vom 19. September 1918.

Ziffer 1.

.... während des Krieges und für die Schadloshaltung derjenigen Gemeinden, die für die Unterkunft der Truppen ausserordentliche Ausgaben gehabt haben.

Proposition de M. Choquard
du 19 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

.... durant la guerre mondiale et à indemniser les communes qui ont supporté des dépenses extraordinaires pour le cantonnement des troupes.

Antrag des Herrn Rothenberger
vom 19. September 1918.

Ziffer 3.

A 3 (Schlusssatz). .... Für Einkommen aus Tantiemen wird eine Zuschlagssteuer erhoben, die nach der diesem Beschlusse beigefügten Tabelle II betreffend die Erwerbssteuer zu berechnen ist. Sie beträgt fünf vom Hundert für Tantiemen von 2000 bis 25,000 Franken, zehn vom Hundert für Tantiemen von 25,000—50,000 Franken, fünfzehn vom Hundert für Tantiemen von 50,000—100,000 Franken und zwanzig vom Hundert für Tantiemen über 100,000 Franken.

Proposition de M. Rothenberger
du 19 septembre 1918.

Paragraphe 3.

A 3 .... Sur le revenu provenant de tantièmes il est perçu un impôt supplémentaire qui est calculé conformément au tableau II concernant l'impôt sur le produit du travail annexé au présent arrêté. Cet impôt sélève au cinq pour cent des tantièmes de 2000 à 25,000 francs, aux dix pour cent des tantièmes de 25,000 à 50,000 francs, au quinze pour cent des tantièmes de 50,000 à 100,000 francs et au vingt pour cent des tantièmes excédant 100,000 francs.

Antrag der Herren Michel, Bühler-Frutigen, Kuntschen, Ming, Rothenberger, Schüpbach, Vital, Walther
vom 19. September 1918.

Ziffer 8.
(Neuer Absatz.)

Ausserdem kann denjenigen natürlichen und juristischen Personen, welche infolge des Krieges notleidend geworden sind, der gänzliche oder teilweise Erlass der Kriegssteuer von ihrem Vermögen bewilligt werden, wenn und solange dasselbe keinen oder keinen genügenden Reinertrag abwirft.

Proposition de MM. Michel, Bühler-Frutigen, Kuntschen, Ming, Rothenberger, Schüpbach, Vital, Walther
du 19 septembre 1918.

Paragraphe 8.
(Nouvel alinéa.)

Les personnes physiques et morales qui se trouvent, du fait de la guerre, dans une situation critique peuvent être exemptées de l'impôt sur la fortune en tant que le rendement de leur fortune est nul ou insuffisant.

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article.*

M. le **Président.** La Société suisse des employés nous adresse une petition relativement à l'impôt de guerre. Cette pétition vous ayant été distribuée, il n'en sera pas donné lecture. Elle sera renvoyée à la commission de l'impôt de guerre.

La Société des fonctionnaires à traitements fixes de Berne nous adresse un mémoire qui sera renvoyé également à la commission de l'impôt de guerre.

Nous reprenons notre ordre du jour. La commission vous propose de discuter l'article constitutionnel alinéa par alinéa en prenant tout d'abord les chiffres 1 et 2.

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Alinea A, Ziffer 1—2.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In den Ziffern 1 und 2 wird bestimmt, welcher Betrag zu decken sei und in Ziffer 2, auf welche Weise der Betrag gedeckt werden soll. Ich möchte hier kurz skizzieren, wie dieser Wortlaut zustande gekommen ist. Ursprünglich hat der Bundesrat vorgeschlagen, es sei die Hälfte der gesamten Kriegsschuld durch die Wiederholung der Kriegssteuer zu decken, in dem Sinne, dass in der Hälfte der gesamten Kriegskosten die Defizite der Verwaltungsrechnung und auch die Ausgaben des Bundes für die Fürsorgetätigkeit eingeschlossen sein sollen.

Bei der Beratung der Expertenkommission ist von diesem Gedanken abgegangen worden, aber nicht in dem Sinne, den Anteil zu verkleinern, welcher durch die Wiederholung der Kriegssteuer gedeckt werden soll, und man sagte, es sollen ¾ der Kapitalausgaben für die Mobilisation im engern Sinn gedeckt werden, wobei also nicht gerechnet werden die Defizite der Verwaltungsrechnung 1914—1918 und die Ausgaben des Bundes für die Fürsorgetätigkeit.

So standen die Dinge, als der Bundesrat den heute vorliegenden Entwurf den eidgenössischen Räten unterbreitete; so waren die Dinge, als die Kommission des Nationalrates sich in Interlaken versammelte, um den Entwurf des Bundesrates zu besprechen. Auf Grund dieser Situation hat die Kommission beschlossen, sie wolle dem Bundesrat in seiner Auffassung folgen, also Deckung von ¾ der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot.

Die Art und Weise der Erhebung ist in Ziffer 2 besprochen und dabei der Grundsatz aufgestellt, dass die Steuer in 3jährigen Perioden erhoben werde, d. h. jeweilen eine Einschätzung gültig für eine dreijährige Periode, und diese Perioden wiederholen sich, wie der Entwurf sagt, so oft, bis der dem Bunde zukommende Betrag zusammen mit dem Ergebnis der ersten Kriegssteuer und dem Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer drei Vierteile der Mobilisationsschuld ausmache. Das war der Gedanke der 3jährigen Periode; aber nicht limitiert war, wie oft diese wiederholt werden solle. Hätten wir es mit etwas Abgeschlossenem zu tun, mit einer heute sicheren Summe, welche zu decken ist, so wäre die Rechnung von ¾ der Mobilisationsschuld eine einfache Sache. Die Schwierigkeit liegt darin, dass wir nicht wissen, wie

gross diese Mobilisationsschuld sein, wann überhaupt der Krieg aufhören wird. Es kann der Fall eintreten, dass die Kriegssteuer länger dauern wird, als zuerst angenommen wurde. Wenn nach Erhebung der Steuer in einigen Perioden es sich ergibt, dass noch ein ungedeckter Teil vorhanden ist, dann sieht der Entwurf vor, dass die Bundesversammlung zu entscheiden habe, ob dieser Rest durch eine nochmalige Erhebung getilgt werden soll, oder ob man um des Restes willen nicht nochmals den Apparat in Szene setzen will.

Das ist die Geschichte des Artikels bis zur Sitzung der Kommission in Interlaken, und so war auch der Beschluss der Kommission. Wie Ihnen die Anträge der Kommission beweisen, stand sie ohne Minderheitsantrag auf diesem Standpunkt. Inzwischen sind aber eine Reihe von Anträgen gestellt worden. Sie werden daraus ersehen, dass von verschiedenen Seiten und in verschiedener Richtung Sturm gelaufen wird gegen die Anträge des Bundesrates, die von der Kommission unterstützt worden sind. Ich enthalte mich einer Aeusserung zu den neuen Anträgen, weil die Kommission auch nicht dazu Stellung genommen hat. Sie haben nun zu entscheiden, wie Sie Stellung nehmen wollen.

M. le **Président.** Des propositions de modifications vont être distribuées. Il y a outre la proposition de la majorité de la commission une proposition de minorité présentée par MM. Maunoir et consorts, une autre de M. Naine et une troisième défendue par M. Meyer. Mon idée est de laisser les deux rapporteurs vous exposer la question, après quoi je donnerai la parole aux auteurs de ces diverses propositions, et la discussion pourra s'ouvrir après. Les propositions mêmes vont être distribuées.

Je rappelle que pour le moment nous discutons les chiffres 1 et 2. La discussion doit se borner à cela.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission Les bases financières sur lesquelles nous discutons sont trop vagues pour que la discussion ne s'en ressente pas. Nous retenons du rapport du Conseil fédéral et de la discussion qui a eu lieu ici, hier, que tous nous avons reconnu la nécessité d'imposer dans une mesure importante la fortune pour couvrir la dette de mobilisation. Mais nous constatons également qu'il existe des divergences profondes sur les modalités de cette imposition. Nous ne sommes pas d'accord sur la quotité du sacrifice à demander ni sur les normes suivant lesquelles cette imposition doit être organisée.

Le projet du département sur lequel la commission d'experts a été consultée prévoyait un impôt direct dont le produit devrait suffire à couvrir la moitié de toute la dette de mobilisation, actuelle et future. Cette dette de mobilisation devait comprendre les frais de mobilisation proprement dits, les frais occasionnés par les mesures extraordinaires de prévoyance et les déficits des années de guerre.

Je vous ai exposé hier les raisons pour lesquelles nous nous sommes immédiatement élevés contre cette solution. Elle nous paraissait malheureusement, tant au point de vue politique qu'au point de vue financier, couvrir par avance une dette dont le chiffre n'est pas encore connu. Engager l'avenir dans une aussi considérable mesure nous apparaissait comme une mesure imprudente. C'est la raison pour laquelle nous avons combattu cette solution. Le Conseil fédéral a présenté au Conseil national une formule différente certainement préférable à la première. Il préconise un impôt de guerre répété autant de fois que besoin sera pour amortir les trois-quarts de la dette de mobilisation.

Les délibérations de la commission réunie à Interlaken pour étudier le projet nous ont immédiatement convaincu que cette solution reste encore trop vague. La discussion hâtive de votre commission ne devait pas réussir à élucider totalement la question. Elle a suffi toutefois à nous convaincre que la solution proposée était loin d'être parfaite. Faute de mieux, nous avons renoncé à combattre le projet. Il était du reste difficile de lui opposer une formule en raison de l'instabilité des divers éléments du problème à résoudre. La lecture des différents rapports vous aura permis de constater que d'abord on a évalué la dette de mobilisation à 1200 millions, puis à 1300 millions; plus tard c'est 1500 millions. On a même hier prononcé le chiffre de 1700 millions. On nous a dit en mars qu'une double répétition de l'impôt de guerre serait nécessaire. Plus tard on a parlé de trois, quatre, éventuellement de cinq répétitions.

Hier on a fait d'amers reproches à notre collègue M. Speiser de Bâle. On a attribué son attitude réservée à un souci excessif des intérêts fiscaux du groupe libéral et des contribuables qu'il représente. J'ai l'impression que M. Speiser, qui est un administrateur distingué, a senti comme nous que l'on respire difficilement dans cette atmosphère d'insécurité faite de chiffres continuellement changeants. Il m'est arrivé, il n'y a pas très longtemps, d'assister à une représentation cinématographique où le film s'est emballé, les images passaient devant les yeux des spectateurs avec une rapidité vertigineuse. Malgré de sérieux efforts pour voir et comprendre, mes rétines n'arrivaient pas à saisir les images qui fuyaient sur l'écran. J'éprouve une impression analogue en constatant les changements continuels et précipités des chiffres fournis successivement par le Conseil fédéral. L'excellent administrateur qu'est M. Gaudard, membre de la commission lui aussi, a senti comme nous que nous discutions sur des bases par trop chancelantes pour pouvoir arriver immédiatement à une solution définitive. Pour discuter utilement les chiffres, la discussion doit se découler dans une atmosphère claire, lumineuse où les réalités apparaissent nettes, où leurs contours se détachent bien et où l'on sente la consistance et la nature des choses. Aussi hier quand on nous a proposé le renvoi de toute la question à plus tard, je dois dire que j'ai été tenté de donner les mains à cette proposition de renvoi.

Je voulais dire cela pour justifier notre attitude qui peut vous apparaître aussi un peu incertaine.

Je constate donc que parmi les critiques formulées contre le projet du Conseil fédéral, il en est qui sont fondées et justifiées.

M. le conseiller fédéral Motta nous a dit au mois de mars dernier que l'on ne voulait pas l'impôt permanent. Il nous l'a répété hier en précisant la signification du vote du 2 juin, dans lequel il voit une manifestation nettement hostile. Après cela vous ne

vous étonnerez point que je constate non sans mélancolie, que la solution qu'il présente n'est, hélas, en réalité, qu'un impôt temporaire déguisé. La formule dont on se sert prévoit en effet l'institution d'un impôt direct qui durera aussi longtemps qu'il le faudra pour couvrir les trois-quarts d'une dette dont la limite n'est pas encore arrêtée. Cette solution implique un élément de continuité et de perdurance qui est précisément la caractéristique de l'impôt temporaire. C'est une des raisons pour lesquelles nous ne pouvons pas nous rallier à cette solution. Nous nous y étions presque résignés parce qu'on nous a dit qu'elle était inévitable. Mais après une étude approfondie des chiffres et un examen plus calme et plus complet de la situation nous avons acquis la conviction que la solution présentée n'est point comme on l'a cru tout d'abord inévitable, celle à laquelle il faut inéluctablement se rallier. Je m'en vais vous le démontrer en me basant sur les chiffres indiqués par M. le ministre des finances lui-même. On nous demande de couvrir par l'impôt direct les trois-quarts de la dette de mobilisation. On demande au Parlement de voter définitivement sur une proposition comportant la solution d'une question financière des plus importantes. Il faut que les députés se puissent rendre compte de la portée du vote qu'on leur demande. Or je constate à mon grand regret qu'il est actuellement impossible de préciser la portée financière du vote qu'on sollicite du Conseil national. Nous ne savons pas, en effet, dans quelles mesures nous engageons l'avenir. La dette de mobilisation, que comprend-elle? J'étais convaincu que dans le compte de mobilisation on ne portait que les dépenses faites pour l'entretien des troupes. Or nous avons pu constater que dans le compte de mobilisation on fait entrer toute une série de dépenses de constructions.

Je mentionne en particulier celle de la grande fabrique d'explosifs à Wimmis. Les dépenses de construction devraient être couvertes par l'utilisation des crédits ordinaires prévus au budget militaire ou alors par des crédits extraordinaires votés par les Chambres. Elles ne devraient pas figurer dans les comptes de mobilisation. De ce manque de méthode dans notre mode de comptabiliser, il résulte une imprécision concernant la quotité de la dette.

Je relève ensuite que les Chambres ne sont pas appelées à se prononcer sur les dépenses de mobilisation. C'est le Conseil fédéral avec l'état-major qui reste le juge unique de cette grosse question. Il me paraît difficile de donner un blanc-seing pour couvrir par l'impôt direct des dépenses sur lesquelles nous n'avons pas l'occasion de nous prononcer.

Au point de vue tactique, croyez-vous qu'il n'y ait pas pour ceux qui feront campagne contre le projet un argument qui impressionnera l'électeur? Il s'émotionnera d'autant plus quand il saura qu'on a jusqu'ici présenté aux Chambres le compte de mobilisation de 1914, mais que les représentants du peuple ne savent rien concernant les autres. Et maintenant on dit qu'à la fin de l'année 1918 la dette de mobilisation proprement dite atteindra 1030 millions. Si j'y ajoute les déficits des années de guerre: 180 millions, je constate que notre dette de guerre comporte un chiffre total de 1210 millions à la clôture du présent exercice.

La dette s'augmentera des dépenses de 1919. Mais est-ce là un argument suffisant à démolir la thèse de ceux qui veulent procéder par la voie de la répétition de l'impôt de guerre? Nous avons proposé pour le moment de voter une triple répétition de l'impôt de guerre à percevoir sur la base des échelles annexées au présent arrêté. On nous dit que cette solution étriquée est insuffisante. Voyons de plus près et nous constaterons qu'elle est largement suffisante. Nous savons que les dépenses actuelles de mobilisation sont en chiffres ronds d'à peu près un milliard. Le chef du département des finances, je le réitère, nous a dit qu'à la fin de cette année, elles atteindront 1030 millions. J'y ajoute par 180 millions les déficits de 1914, 1915, 1916, 1917 et 1918 et j'arrive pour 1918 au chiffre de 1200 millions. Ce chiffre a été donné au mois de mars et répété hier encore par le chef du département des finances. Nous pouvons faire fond sur ces données tombées de la bouche de celui qui ici représente le Conseil fédéral et tout spécialement les intérêts financiers de la Confédération.

Je veux encore admettre que l'année prochaine toute entière soit une année de guerre et qu'elle nous coûte encore 150 millions. Voilà 1350 millions. J'y ajoute encore 50 millions comme déficit de 1919, voilà 1400 millions. Je veux encore admettre 100 millions de déficit et frais extraordinaires, conséquence de la guerre, pour 1920. Nous arriverions à 1500 millions. Le rendement du triple impôt de guerre perçu conformément à l'échelle jointe à l'arrêté est évalué au minimum à 450 millions à la Confédération. Je suis personnellement convaincu qu'il lui rendra 500 millions. La série des surprises agréables n'est pas close. Mais je table sur 450 millions. J'y ajoute 100 millions déjà acquis par le premier impôt de guerre. M. Motta a dit hier que l'on pouvait compter d'une façon certaine sur 300 millions d'impôt sur les bénéfices de guerre. Les impôts directs suivant ce programme procureraient donc à la Confédération 850 millions.

On nous a dit et répété qu'il fallait couvrir par l'impôt direct la moitié de notre dette de guerre. Les 850 millions que nous voulons apporter à la Confédération représentent la moitié de 1700 millions. Par conséquent l'application de notre formule au lieu de battre en brèche la décision du parti radical en assure au contraire la réalisation.

Nous offrons à la Confédération un nouvel appoint de 450 millions. Or, en mars dernier, M. Motta en demandait 200 en s'appuyant pour en démontrer la nécessité sur les chiffres ci-dessus. Je ne m'étonne point dès lors d'apprendre que le Conseil fédéral nous déclare aujourd'hui par la bouche de son représentant qu'il accepte notre solution. On nous a dit de divers côtés qu'on accepterait en principe une limitation, mais à la condition que l'on aille jusqu'à 4 répétitions. Nous sommes d'accord de faire les sacrifices nécessaires, mais nous ne voulons pas aller au delà. Tous les chiffres que j'ai tirés du discours de M. le conseiller fédéral Motta, du message adressé aux Chambres par le Conseil fédéral justifient pleinement nos conclusions et démontrent que les ressources que nous voulons assurer à la Confédération sont suffisantes. M. Maunoir voudrait en rester à deux perceptions. Il n'est pas exclu que cet appoint puisse à la rigueur suffire si les autres appoints nous procurent tout ce qu'on en attend.

J'ai dit hier qu'après la guerre certaines recettes augmenteront. Et parce qu'on m'a traité d'optimiste, j'ai relu ce matin le discours prononcé en mars dernier par M. le conseiller fédéral Motta. J'y ai trouvé en particulier ce qui suit concernant le rendement probable des douanes après la guerre. M. le ministre des finances escompte avec raison une sérieuse mieux-value. D'un autre côté le même jour, à cette même occasion, M. Motta nous faisait espérer une réduction. Relisez la page 96 du Bulletin sténographique de la session de mars dernier. Il n'y a donc aucune raison pour nous abandonner au pessimisme.

Le geste que nous faisons répond aux besoins de la Confédération. Il tient compte également dans la mesure du possible des intérêts financiers des cantons que nous avons le devoir impérieux de sauvegarder. Notre solution plus précise, plus nette a beaucoup de chance de rencontrer l'adhésion du peuple suisse et des Etats que celle très incertaine du Conseil fédéral. Adopter la formule que nous proposons, c'est par conséquent contribuer immédiatement à la consolidation de nos finances et de notre crédit.

Je tiens enfin à m'expliquer encore sur l'éventualité très improbable de l'insuffisance des trois prélèvements. Les représentants du peuple auront dans dix ans l'énorme avantage de discuter non plus sur des bases incertaines et changeantes, mais sur des réalités précises. Ils sauront alors exactement ce que sera devenu le budget militaire, ils connaîtront l'importance des recettes douanières, ils sauront ce qu'au ront rapporté les différents impôts de guerre, ils pourront se prononcer en parfaite connaissance de cause sur l'ensemble du problème, ce que nous ne pouvons pas faire aujourd'hui. Si contre toute attente il se vérifie alors que les sacrifices consentis se révèlent insuffisants, le peuple suisse adoptera les mesures que comportera la situation. Il y a trois ans seulement, on lui demandait un impôt qu'on a promis unique et non renouvelable, et à trois ans de distance, on lui propose de le répéter trois fois. Je crois et j'espère qu'il ne dira pas non, parce qu'il comprend que la situation a changé et qu'aujourd'hui les besoins financiers sont plus grands. Vous n'avez aucune raison de vous méfier du peuple souverain et des cantons. Leur attitude pendant la guerre nous a démontré qu'ils méritent notre confiance.

M. Maunoir, rapporteur français de la minorité: J'ai eu l'honneur de déposer au nom de la minorité de la commission, dont vous avez maintenant les noms des membres sous les yeux, une proposition tendant à préciser les conditions dans lesquelles nous voulons la répétition de l'impôt de guerre. Cette proposition est ainsi conçue: «L'impôt sera perçu deux fois par période de quatre ans.» Je vais donc m'expliquer d'une façon aussi claire que possible sur les motifs qui nous ont déterminés à faire cette proposition et je m'excuse d'avance si forcément vous trouvez dans mon discours quelques répétitions, sous une autre forme peut-être, de ce qui vient d'être dit d'une façon parfaitement exacte et claire par le rapporteur de la majorité M. Musy. Nous tendons tous les deux au même but. Lui va plus loin que moi, mais en réalité ce sont les mêmes motifs qui nous guident, et comme rien n'est plus important que les chiffres il est indispensable que nous y revenions encore et que nous reprenions comme base les données financières de M. le chef du département des finances telles qu'il nous les a fournies hier dans son discours très complet. Que nous a-t-il dit? Qu'à la fin de 1918 il évaluait le total de la dette de guerre, non seulement des frais de mobilisation, mais de tous les autres frais indirects de la guerre, oeuvres de prévoyance sociale, déficits budgétaires etc., à 1260 millions et qu'évidemment si comme il était à prévoir la guerre durait encore une partie de l'année prochaine, il fallait compter un total à la fin de 1919 de un milliard et 500 millions. Puis ensuite, abordant le problème financier de la Confédération, il nous disait ce que la Confédération désirait obtenir. Il nous a dit: En réalité, ce que nous voulons, c'est éteindre par l'impôt direct sur la fortune acquise la moitié de cette dette de la Confédération. C'est la formule qui a été soumise à la commission d'experts. La commission d'experts a eu peur de cette formule qu'elle trouvait trop élastique. En effet elle estimait que si d'ores et déjà on entendait couvrir par l'impôt sur la fortune acquise la moitié de la dette de guerre sur les déficits budgétaires en particulier et les oeuvres de prévoyance sociale, c'était ouvrir la porte à tous les appétits et leur dire: Ne vous gênez pas de dépenser, d'aller de l'avant, c'est couvert d'avance, nous avons trouvé le moyen de procurer des ressources, quelle que soit la somme à laquelle vous arriviez, car nous répéterons indéfiniment cet impôt de guerre. La commission d'experts a donc déjà elle la première eu un scrupule et elle a éprouvé le sentiment qu'il fallait enrayer cette répétition de l'impôt de guerre et ne pas lui permettre d'être aussi élastique et de pouvoir se renouveler peut-être quatre, cinq ou six fois suivant les fantaisies de ceux qui seront appelés à dépenser d'une part ou à réclamer d'autre part des allocations supplémentaires. Et la commission d'experts a obtenu qu'au lieu de parler de dettes de guerre et de la moitié de la dette de guerre, on en arrivât aux trois-quarts de la dette de mobilisation proprement dite. Mais ainsi que nous l'a démontré M. le chef du département des finances, c'est pour le moment, dès l'instant où les appétits ne sont pas encore déchaînés, bonnet blanc et blanc bonnet, de toute manière, c'est environ 750 millions qu'il faut couvrir avec l'impôt pris sur la fortune acquise.

Comment les trouverons-nous? Là encore je me mets au bénéfice de l'autorité de celui qui est bien placé pour nous dire ce qu'il en est. Nous prenons les chiffres de M. le conseiller fédéral Motta: 100 millions du premier impôt de guerre, 300 millions a-t-il dit à la fin de 1919 (puisque nous tablons sur le déficit de la fin de 1919, nous devons prendre aussi l'impôt sur les bénéfices de guerre à la fin de 1919), donc 300 millions. Je prétends que ce sera davantage, car, puisqu'on nous a déjà annoncé qu'il y aurait 250 millions à la fin de cette année, toutes proportions gardées, il n'y a aucune raison pour ne toucher que 50 millions pour 1919 comparativement à 1918. Mais j'admets le chiffre de 300 millions. Nous arrivons ainsi à 400 millions. Que reste-t-il à trouver? 350

millions pour arriver à faire les 750 millions; c'est deux fois la répétition de l'impôt de guerre. Est-ce qu'on tient compte d'un facteur dont il n'a pas encore été dit un mot ici d'une façon détaillée? C'est sur la fortune acquise que vous voulez prendre, dites-vous? Or sur quoi avez-vous pris l'impôt du droit de timbre, si ce n'est sur la fortune acquise? Vous êtes d'accord, M. le chef du département des finances? Eh bien, vous avez annoncé vous-même au mois de mars que vous comptiez toucher de cet impôt 15 millions et non pas 12 comme maintenant. (M. le conseiller fédéral **Motta:** J'ai dit hier 15 millions.) Vous avez raison! 15 millions, je m'incline; j'ai cru comprendre 12 millions. Donc en tout cas 15; si nous capitalisons ces 15 millions, nous arrivons au moins à 200 millions. (M. le conseiller fédéral **Motta:** 250 millions même.) 250 millions, je suis enchanté d'être corrigé à cet égard.

Nous avons 400 millions d'un côté, 250 de l'autre, cela fait 650. Nous n'aurions plus à trouver que 100 millions et pas davantage. Ces 100 millions c'était la répétition de l'ancien impôt de guerre avec les anciens taux et tout d'un coup nous voyons, toutes voiles dehors, le bateau de l'Etat être obligé d'aller immédiatement à un port plus éloigné et encore inconnu. Voilà à quoi nous assistons. On a presque eu l'air dans les commissions et les conversations particulières de me traiter de rétrograde au point de vue financier et de me dire: Vous n'avez aucune envolée, aucun esprit d'initiative, vous ne voyez donc pas qu'il faut aller plus vite, c'est insuffisant. Que voulez-vous! Je suis peut-être en retard sur les autres, mais je suis en retard de six mois seulement sur M. le chef du département des finances. Je tiens à faire une citation de M. le chef du département des finances. En mars 1918 nous discutions l'impôt direct permanent émanant de l'initiative socialiste, et M. le conseiller fédéral Motta nous disait: «Je reviendrai tout à l'heure sur cette question des impôts de guerre. Cela me fournira l'occasion de me prononcer sur le postulat de MM. Ullmann et consorts. Si nous admettons que deux impôts de guerre encore sont destinés à fournir au fisc fédéral au moins, et je souligne ces mots «au moins», 200 millions de francs, j'arrive à cette constatation que les recettes extraordinaires et les ressources exceptionnelles auxquelles nous songeons sont destinées à fournir à la Confédération un demi-milliard. Et lorsque j'entends dire parfois que ce projet n'est qu'une oeuvre bien étriquée, de peu d'envergure, je ne puis, Messieurs, que songer avec mélancolie au peu de modestie de certaines prétentions. Soutirer à un pays en quelques années un demi-milliard, ce serait une oeuvre modeste, de peu d'haleine, dont il faudrait presque sourire. Ce ne serait pas un effort fiscal formidable. Mais qui, avant la guerre, s'il s'était trouvé devant ce problème, ne l'aurait pas qualifié d'insoluble? Nous l'avons presque résolu et on dit que nous n'avons rien fait!» Et aujourd'hui que je viens vous assurer 350 millions de recettes avec ma modeste proposition on me dit: Mais arriéré, rétrograde, vous ne voyez donc rien, vous ne voyez pas que c'est insuffisant ce que vous proposez là! Puis je dis qu'on va trop vite, qu'on se hâte trop, qu'on devrait examiner les questions plus à fond. Je ressors une autre phrase de M. le conseiller fédéral Motta: «Il ne faut pas aborder ce problème fièvreusement, mais au contraire avec des buts précis devant les yeux et avec l'intention de faire l'effort nécessaire pour les réaliser.»

Je termine par une dernière citation, et je voudrais pouvoir vous lire tout le discours de M. le conseiller fédéral Motta, parce qu'il vous montrerait qu'il était bien plus modeste que maintenant au point de vue de ses désirs. Je veux donc faire encore une citation, c'est la dernière.

«Ce serait un jeu d'enfant et non pas l'oeuvre sérieuse d'un homme de gouvernement que de vouloir à l'heure actuelle où tant de données sont encore incertaines, où tant de choses sont encore inconnues, que de vouloir préparer un programme où, jusqu'au dernier centime, tout serait trouvé et réalisé. Je me refuse à une politique financière comme celle-là, à laquelle je ne pourrais dénier le titre de politique financière puérile et enfantine. Voilà pourquoi je prétends que le programme du Conseil fédéral, s'il est réalisé tout entier, peut donner à la Confédération tout le nécessaire pour garantir à l'avenir l'élasticité des finances fédérales.»

Eh bien, on nous demandait 500 millions. Et nous nous disons: Nous avons fait un effort considérable, nous vous en donnons par notre modeste proposition 750. Et nous sommes des enfants qui ne comprenons pas la situation politique financière de la Confédération! Je dis que nous allons à pas de géant. Je ne puis pas m'empêcher de vous rappeler pourtant les étapes. Nous ne pouvons presque plus avoir le temps même de les rappeler: Premier projet d'impôt de guerre unique, parole d'évangile une fois pour toutes, jamais nous ne le répéterons. Et je me rappelle encore notre regretté collègue M. Secretan* qui nous disait avec un peu de scepticisme: Cela me fait penser un peu à ces plantes qui doivent fleurir une seule fois, qu'on arrachera à un moment donné difficilement du terrain et qui un beau jour sous un nouveau soleil viendront refleurir une seconde fois. Nous ne faisons aucun reproche à M. le conseiller fédéral de vouloir renouveler l'impôt de guerre, nous sommes les premiers à constater que nous sommes tous victimes des événements. Nous avons cru de bonne foi au moment où nous avons voté le premier impôt de guerre que la guerre serait bientôt finie, que nous n'en aurions peut-être que pour un ou deux ans au maximum et que par conséquent cela suffirait pour assainir les finances fédérales. On nous a alors un beau jour annoncé probablement le renouvellement de l'impôt de guerre. On a réagi un peu quand même. Ce n'est pas de gaité de coeur qu'on pratique une seconde saignée aussi forte que la première. A ce moment on croyait simplement qu'elle serait aussi forte que la première. Puis quelque temps après, trois semaines après peut-être, on disait qu'on ne la ferait pas seulement une fois, mais deux fois. Puis nous arrivons au rejet de l'initiative socialiste et l'on dit qu'on le fera deux fois. Dans la

* L'orateur s'est rappelé depuis que le mot était de M. de Meuron.

séance de la commission on ne parle plus de deux fois, mais de le renouveler indéfiniment; tant qu'il le faudra, tant qu'il plaira à l'état-major de dépenser, nous aurons le droit de renouveler l'impôt de guerre. Voilà les prévisions. Et vous ne voulez pas réagir. Vous voulez qu'au point de vue politique nous acceptions cela de gaité de coeur et que nous ne criions pas «casse-cou» à cet égard! Ce sont ceux qui ont rejeté l'impôt direct fédéral proposé par l'initiative socialiste qui ont le droit de dire casse-cou parce qu'ils n'ont pas voulu d'un impôt direct permanent et qu'avec la proposition qui nous est faite nous allons à un impôt temporaire tellement prolongé que c'est l'impôt direct permanent et que nous n'en voulons pas. Voilà la vérité. Première remarque: frais de mobilisation. Nous n'étions pas renseignés à la commission d'Interlaken sur les frais de mobilisation. Nous avons cru de bonne foi à cet égard que les frais de mobilisation comprenaient simplement la garde à la frontière. Et quand nous avons été mis en contact avec nos collègues des commissions chargés d'examiner les dépenses de mobilisation (première partie un an et demi) — par conséquent que nous réservent les surprises des nouveaux messages à cet égard? — nous avons appris que dans cette dette figuraient des quantités d'acquisitions à titre définitif, des routes, des maisons, des immeubles, les frais d'équipement des recrues. (Les frais d'équipement des recrues devraient figurer dans le budget militaire et non pas dans celui de la guerre.) Nous avons appris qu'il y avait des quantités de dépenses là dedans. Et vous voudriez que nous nous contentions de ce mot «frais de mobilisation»! Alors je dis que la première chose à faire serait de commencer par apurer ces comptes si on veut les faire payer ainsi. Il faut savoir où nous allons et qu'on puisse nous dire: Cela montera à tant pour telle ou telle raison. Et tout le reste sera réintégré dans le budget parce que cela n'a rien à faire avec la dette de mobilisation. Voilà la véritable comptabilité. Mais tant qu'on n'a pas cette assurance de savoir en quoi consistent ces frais, nous ne pouvons pas consentir à payer en blanc la carte qu'on nous présente et encore bien plus en blanc parce que c'est pour les années qui vont suivre et qu'on ne sait pas ce qu'on nous réserve encore.

Je ne veux pas faire de l'antipatriotisme ni de l'antimilitarisme. Je suis trop respectueux des devoirs militaires pour insurger ici qui que ce soit contre le militaire en général, mais vous n'ignorez pas que dans les milieux les plus raisonnables et tranquilles on a trouvé que certaines dépenses de guerre avaient été fortement exagérées, étaient contestables et devaient être contestées devant les Chambres. C'est une raison de plus pour que vous ne nous demandiez pas de retourner devant les électeurs leur dire dans quelque temps: Nous vous demandons les sacrifices d'un impôt de guerre pour couvrir les dettes de guerre qu'il plaira à l'état-major de faire encore dans l'avenir. Cet argument serait terrible devant nos populations. Nous ne pourrions jamais leur faire comprendre qu'il faut donner carte blanche à l'état-major pour faire à côté des dépenses nécessaires toutes les fantaisies qui pourraient lui plaire. Et parmi celles-ci — je ne sais pas si c'est un bruit — l'idée de supprimer le sabre des officiers pour le remplacer par le poignard. Nous avons pour le moment autre chose à faire. Il est vrai que le poignard a été reconnu dans la guerre actuelle comme plus utile que le sabre. Mais nous sommes arrivés à une période de la guerre où nous pouvons très bien nous dispenser de nouvelles fantaisies et nous abstenir de faire de nouvelles exagérations de dépenses comme celles-là.

Seconde remarque: incertitude! Eh bien, nous sommes actuellement dans l'incertitude la plus absolue au sujet du nombre de fois que cet impôt de guerre devra être répété et il n'y a pas péril en la demeure. Si nous venons vous assurer encore une double répétition de l'impôt de guerre donnant à la Confédération avec les autres recettes qui ont été indiquées la moitié de la dépense de mobilisation prévue jusqu'à la fin de 1919, nous avons pourtant le droit de demander de pouvoir respirer un instant et d'attendre pour voir quand la guerre sera finie, ce que sera devenu le montant total de la dette de mobilisation suisse. En ce faisant nous agirons comme beaucoup d'autres Etats. Nous examinerons alors l'importance de la carte à payer et nous aviserons aux moyens de boucher les trous. Si nous assumons déjà l'extinction de la moitié de la dette comptée jusqu'à la fin de l'année, nous aurons déjà fait notre devoir et plus que notre devoir en déchargeant d'ores et déjà les générations à venir d'une dette considérable qu'il aurait été naturel de leur faire supporter en partie. Au point de vue du crédit de la Confédération, nous faisons une oeuvre tout ce qu'il y a de plus saine, et, pour l'affirmer, nous nous basons sur les déclarations de M. le chef du département des finances qui a dit qu'on ne pouvait pas tout prévoir. Mais nous assainissons d'une façon absolue les finances de la Confédération en procédant de cette façon-là.

Je place ici un petit incident: la question des périodes de quatre ans. J'ai été hésitant à les admettre. J'estime que c'est la période de quatre ans qui devrait être envisagée en l'occurence d'un impôt de guerre renouvelé deux fois seulement. Cela ferait une différence d'intérêt. M. Motta y a fait allusion hier et je veux bien reconnaître cette différence. Mais il faut se rendre compte aussi que c'est un effort considérable que l'on demande à la fortune acquise de payer trois impôts de guerre renouvelés. Je n'admettrai pour ma part le système des périodes de quatre ans qu'à la condition que ma proposition soit acceptée, sans cela il y aurait des inconvénients. Si nous permettions trop les périodes pendant lesquelles durera la perception de l'impôt de guerre, nous arriverions certainement et encore mieux à l'impôt temporaire que nous voulons éviter et qui peut nous conduire à l'impôt permanent. La période de quatre ans est liée à l'adoption de ma proposition. Si ma proposition de deux renouvellements de l'impôt de guerre ne devait pas être adoptée, je refuserais l'autre et je me place à ce sujet au point de vue d'un intérêt politique.

Je crois vous en avoir assez dit pour vous démontrer que les propositions que nous faisons sont des propositions tout ce qu'il y a de plus

raisonnable et de plus acceptable. Nous devons tous tendre à un projet qui puisse être défendu sincèrement devant le peuple par tous les milieux de cette assemblée. Ce n'est pas à coup de majorité brutale qu'on arrivera à nous persuader d'aller au-devant de nos électeurs leur dire: Nous avons été majorisés, mais néanmoins votez cet impôt. Ce n'est pas un souci d'amour-propre qui nous fait agir ici, mais c'est notre conscience de citoyen ayant le sentiment très net que nous ne pouvons pas demander à notre peuple de voter un impôt destiné à couvrir des dépenses non encore faites et dont nous ne connaissons pas encore l'étendue. Ce serait donner un blanc seing à l'autorité fédérale et à l'autorité militaire et leur permettre de faire tout ce qui leur plaira, sans contrôle et aussi longtemps qu'ils le voudront, puisque cet impôt sera indéfiniment renouvelé.

Voilà pourquoi avec quelques-uns de mes collègues j'ai présenté ma proposition. Nous l'avons fait dans le désir très sincère de faire une oeuvre acceptable par le peuple et dans le désir que nous avons tous d'aider la Confédération, de la faciliter dans ses tâches et de prouver que la fortune est prête à faire un sacrifice et un effort considérable dans l'intérêt général du pays.

M. **Naine:** La proposition que nous faisons de faire supporter la dette de mobilisation entière par un impôt de guerre est la conséquence logique de notre programme financier. Nous sommes, en effet, comme nous l'avons dit hier, contre les impôts indirects et favorables aux impôts directs. Admettre que l'impôt de guerre, impôt direct dans son essence, ne doit couvrir qu'une partie de la dette de mobilisation, ce serait admettre que nous sommes d'accord de recourir aux impôts indirects pour couvrir le solde de cette dette. Il est donc logique que nous demandions de couvrir le total de la dette de mobilisation. Cela n'est même pas suffisant, car nous devrions admettre que l'impôt de guerre doit couvrir non seulement la totalité de la dette de mobilisation, mais également les dettes que l'on n'a pas fait rentrer dans cette catégorie, c'est-à-dire celles qui sont constituées par les déficits annuels du budget ordinaire et celles qui résultent des oeuvres de prévoyance sociale. C'est déjà une sorte de compromis que nous faisons en vous proposant que l'impôt de guerre ne couvre que la dette de mobilisation. Logiquement, si nous n'admettions pas une sorte de compromis, nous vous demanderions que cet impôt serve à couvrir la totalité de la dette provoqué par la guerre et nous prétendons qu'il n'y a rien d'exagéré dans notre proposition. Elle tend simplement à demander que les classes possédantes paient la dette de guerre pour nous éviter de faire supporter aux classes qui ne possèdent rien une grande partie de cette dette, la moitié comme vous le prétendez.

J'ai, quant à moi, suivi avec beaucoup d'intérêt au sein de la commission et au sein de cette assemblée les marchandages auxquels on s'est livré et on se livre maintenant au sujet de l'amortissement de cette dette. J'entendais hier dans la commission M. Musy dire: «Nous vous offrons trois répétitions de l'impôt de guerre», c'est vraiment un geste large!

Vous, les représentants de la classe possédante, de la classe capitaliste, quand sur une dette d'un milliard et demi vous offrez de payer la moitié, vous prétendez faire un geste large!

Mais cela veut dire que l'autre moitié au moins doit être payée par ceux qui ne possèdent rien, par ceux que vous avez déshérités; je ne m'adresse à personne individuellement, mais aux capitalistes en général, dont vous êtes les représentants et au nom desquels vous parlez. Vous trouvez donc que ce geste est large! Involontairement, quand M. Musy a dit cela hier, j'ai pensé à Harpagon de la comédie de Molière, à Harpagon qui finit après bien des contorsions, bien des grimaces et forces gestes, par sortir un sou, convaincu qu'il fait un geste large. Evidemment, Messieurs, dans les milieux où l'on n'a pas l'habitude de lâcher quoi que ce soit, où l'on a toujours aimé fermer sa bourse, l'ouvrir une fois et lâcher quelque chose, mais c'est évidemment un geste large et ce sont les milieux que vous représentez. Je comprends très bien les paroles de M. Musy parlant au nom de ceux qui ont l'habitude de tout garder, de ne rien donner. C'est un geste large que de consentir à payer la moitié de la dette de mobilisation du pays. Pour moi, ce geste me paraît extrêmement petit et mesquin. La Suisse, on nous l'a dit, possède 35 ou 38 milliards. Oh! je crois qu'on peut largement évaluer à 40 milliards de francs la fortune nationale, car elle s'est considérablement agrandie depuis la guerre. Je veux bien reconnaître toutefois que d'autre part les chiffres n'ont plus la même signification qu'autrefois. La classe que vous représentez possède donc 40 milliards. Les 3 ou 4 milliards de la petite épargne sont en somme peu de chose. Sur ces 40 milliards vous feriez seulement un sacrifice de 750 millions et vous trouvez que c'est beaucoup! Au contraire, c'est bien peu. Ne comprenez-vous pas que moralement et en présence des questions de responsabilité sociale qui se posent de plus en plus, ce serait peu de chose que de payer, si vous vouliez bien le faire, la dette de mobilisation tout entière. En somme, permettez-moi de vous le dire, le geste que vous demandait de faire M. Goetschel, de payer la dette tout entière en une seule fois, était le geste normal. C'eût été, peut-être, l'avenir nous le dira, une grande habileté de votre part d'accepter la proposition de M. Goetschel, je le déclare carrément; je vous conseille encore de le faire, mais vous n'êtes pas de force à faire ce geste-là; j'aime cependant donner à mes adversaires de très bons conseils quand je sais qu'ils ne peuvent pas les suivre. C'eût été, dis-je, une grande habileté de votre part d'accpter la solution Goetschel, parce que vous nous auriez enlevé pendant dix ou quinze ans le grand levier sur lequel notre agitation pèsera. Vous ne pouvez pas accepter cette solution, vous n'en voulez pas, en vertu de la force acquise. Quand, dans son milieu, on a toute sa vie et toujours fait le mouvement d'amasser et qu'on n'a jamais connu le geste contraire, il est évident que cela devient une habitude, une mentalité qui interdit absolument tout geste vraiment généreux.

Nous prétendons donc que ce que nous vous proposons serait une partie seulement de l'application d'un système financier et fiscal équitable. Je regrette quant à moi de vous faire déjà une sorte de concession en vous proposant de ne couvrir que la dette de mobilisation à l'exclusion du reste de la dette résultant de la guerre.

Mais je ne me fais pas d'illusion. Même de cette proposition qui est déjà une concession appréciable de notre part, vous n'en voudrez pas, vous la rejetterez et je pense que vous vous rallierez beaucoup plus facilement à la proposition de M. Musy de restreindre autant que possible le montant de cette dette que vous devriez payer. Je souhaite, Messieurs, que vous transformiez — ce n'est pas le souhait de tous mes camarades, je le sais — que vous restreignez cet impôt au point d'en faire quelque chose de si estropié que le peuple n'en veuille pas et le rejette. En toute franchise je déclare que si vous acceptez nos propositions, quant à moi personnellement, tout en le regrettant, je serais obligé de me rallier à un impôt semblable. Mais je dois dire aussi avec tout autant de franchise que je souhaite que vous fassiez la bévue, ou si vous préférez, la gaffe, de charger tellement votre bateau qu'il échoue devant le peuple.

Nous avons été si près de réaliser notre programme que nous espérons bien que les circonstances finiront par nous servir mieux et que nous pourrons un jour vous appliquer l'impôt direct permanent. Je le dis sans aucune espèce d'esprit de parti ou d'hostilité, je verrais avec plaisir réaliser cet impôt, parce qu'il est juste et permettra de mettre en pratique un principe d'équité. Vous vous en écartez, Messieurs. Les propositions de la droite surtout tendent à s'en écarter toujours plus. Eh bien, nous ne voulons pas vous suivre, nous ne vous suivrons pas jusque là. Nous avons, par acquit de conscience, voulu faire nos propositions. C'est par acquit de conscience que nous vous présentons celle-ci, vous en ferez ce que vous voudrez, Messieurs. J'ai dit.

Meyer: Sie haben in der Eintretensdebatte die mehrfachen Bedenken gegen die Vorlage der Kommission äussern hören, Bedenken, die sich bezogen auf die Schwere, mit der die vorgeschlagene wiederholte Kriegssteuer auf dem Gebiete der direkten Besteuerung, das im allgemeinen den Kantonen zur Bebauung überlassen ist, wirken wird. Im weitern sind diese Bedenken darauf hinausgegangen, dass in der scharfen Ausgestaltung, die die wiederholte Kriegssteuer nach dem Antrage des Bundesrates und der Kommission besitzt, diese Steuer äusserst empfindlich auf der Produktion, auf der schweizerischen Volkswirtschaft lasten müsse. Die Ernsthaftigkeit und die grosse Bedeutung dieser Bedenken kommt zum Ausdruck in der fast verwirrenden Fülle von Anträgen, die Ihnen zu diesem Al. 1 heute gestellt werden.

Diese Anträge gehen, mit Ausnahme desjenigen, den eben Herr Naine vertreten hat, darauf hinaus, eine Milderung in den Wirkungen dieser wiederholten Kriegssteuer herbeizuführen. Nun kommen bei diesem Bestreben, eine gewisse Milderung hier anzubringen, zwei Gesichtspunkte miteinander in argen Konflikt. Der eine ist der steuerpolitische Gesichtspunkt. Nach ihm wäre es wünschbar, dass eine gewisse Milderung im Tempo der Tilgung der Schuld eintrete, eine gewisse Zurückhaltung in der Ausmessung der Beträge, die Jahr für Jahr aus der Volkswirtschaft herausgezogen werden. Diesem steuerpolitischen Gesichtspunkt gegenüber steht nun der politische, namentlich vertreten durch unsere welschen Miteidgenossen, die die Befürchtung äussern, je mehr die wiederholte Kriegssteuer als eine erträgliche Steuer ausgestaltet werde, sie um so lieber die Neigung habe, zu einer bleibenden Bundessteuer auszuwachsen. Die Folge dieser Auffassung wäre nun die, dass an der zu wiederholenden Kriegssteuer der Charakter des Ausserordentlichen, ja des Brutalen in möglichst scharfer Weise ausgeprägt werden müsse.

Nun haben wir in der Volksabstimmung, von der hier schon in der Eintretensdebatte und auch seither so oft die Rede gewesen ist, die bleibende Bundessteuer abgelehnt; aber wir, die wir für die Ablehnung der bleibenden Bundessteuer eingetreten sind, haben dem Volke das Versprechen gegeben, das übrigens auch der Bundesrat in seiner Botschaft ausgesprochen hat, dass, wenn die dauernde direkte Bundessteuer verworfen werde, zur Tilgung eines grossen Teils der Kriegsschuld eine kräftige ausserordentliche direkte Besteuerung Anwendung finden müsse. In dieser Beschränkung müssen wir das Versprechen der direkten Besteuerung nun einlösen.

Es gibt zwei Wege, auf denen diese Beschränkung der direkten Bundessteuer zum Ausdruck gebracht werden kann. Der eine Weg ist, dass man die Steuer auf eine gewisse Dauer begrenzt. Das wollen die Anträge der Herren Musy und Maunoir; dieser Weg hätte vieles für sich, und auch die Vertreter der deutschsprechenden Schweiz könnten sich mit diesem Antrag wohl befreunden, wenn wir uns nicht mitten im Kriege befänden, bei dem kein Ende abzusehen ist. Wenn der Vorschlag, der in den letzten Tagen von einer der kriegführenden Mächte ausgegangen ist, etwelchen Erfolg gehabt hätte, so glaube ich, könnten wir mit einiger Beruhigung sagen, wir dürfen eine Beschränkung in der Dauer, wie sie Herr Musy vorschlägt, aufnehmen. Aber in dem Moment, wo wir ein Ende des Krieges nicht abzusehen vermögen, würden wir beim Volke einen seltsamen Eindruck machen, wenn wir, ähnlich wie bei der ersten Kriegssteuer, eine Beschränkung machen würden, die uns nach Verlauf einiger Jahre zwingen müsste, auf die ganze Frage zurückzukommen. Nachdem ich sah, dass zuerst ein Antrag auf dreimalige Erhebung gestellt wurde und dann ein anderer kam, der nur eine zweimalige Erhebung wollte, habe ich mir gesagt, jetzt könnte man noch einen Schritt weiter gehen und eine zweite einmalige Steuer vorschlagen. Die Unzulänglichkeit des Gesetzgebers würde sich dann im hellsten Lichte zeigen. Wir wollen uns nicht verhehlen, dass man uns bei der Schaffung der ersten Kriegssteuer mangelnde Voraussicht vorgeworfen hat. Man kann hier entschuldigend anführen, wie Herr Maunoir sagt: «Wir sind das Opfer von Umständen gewesen.» Aber wenn wir zum zweitenmal in den Fehler verfallen, wenn wir eine Beschränkung festlegen, die uns zwingt, zum drittenmal die Verhältnisse zu ordnen, so werden wir dem Vorwurfe nicht ausweichen können, Mangel an Voraussicht an den Tag gelegt zu haben.

Der zweite Weg, wie die Beschränkung gemäss dem Volksentscheid zum Ausdruck kommen kann, ist die Beschränkung auf einen bestimmten Zweck. Auf diesem Standpunkt steht die Vorlage des Bundesrates und der Kommission. Wir wollen festlegen, dass für die Zwecke der Tilgung des Kapitalbetrages der Kriegskosten ¾ aus der direkten Besteuerung herausgenommen werden. Heute ist nun an dieser Umschreibung des Zweckes Kritik geübt worden. Ich kann nicht verkennen, es ist etwas daran, der Betrag ist unbestimmt, aber es ist eine grosse Uebertreibung, wenn man kommt und die Sache so darstellt, als ob wir es ganz und gar nicht in der Hand hätten, die Kriegsausgaben einigermassen zu kontrollieren. So kann man nicht von der Bundesversammlung sprechen, dass sie auch gar nichts dazu zu sagen habe und über die Ausgaben einfach der Generalstab verfüge. Wir haben in der Bundesversammlung das Budget zu genehmigen. Wir sind bereit, einer Aenderung in der Rechnung der Kriegskosten zuzustimmen. Man kann diese Rechnung bereinigen, anders aufmachen, das alles können wir in der Bundesversammlung, und ich wäre der letzte, der nicht dazu Hand bieten würde. Aber diese Einwendungen scheinen mir nicht so schwerwiegend, dass man den Weg nicht einschlagen könnte, indem wir sagen: wir wollen eine Kriegssteuer, aber sie soll eine gewisse Quote der Kriegskosten decken helfen. Ich glaube, der ausserordentliche Charakter wird durch diese Beschränkung viel besser erreicht, als durch die Beschränkung der Dauer, die uns zwingt, eine dritte Kriegssteuer zu erheben. Denn nach Hinfallen des Zweckes wird auch die Kriegssteuer selbst dahin fallen. Ich halte ein Misstrauen für ganz unbegründet; ich glaube, auch die föderalistischen Gesichtspunkte kommen bei dieser Lösung der Sache am allerbesten weg.

Wenn wir die ausserordentliche wiederholte Kriegssteuer auf diesen bestimmten Zweck einengen, wie es in dem Antrage des Bundesrates und der Kommission geschehen ist, so können wir nun ohne Gefahr eine Milderung eintreten lassen, die den verschiedenen Bedenken, die geäussert worden sind, einigermassen entgegenkäme. Diese Milderung könnte in einer Reduktion der Sätze bestehen. Ich kann mich nicht damit befreunden, ich möchte die Kriegssteuer auf Grund der Sätze erheben, wie sie der Bundesrat beantragt. Aber ich möchte die Milderung in der Weise zum Ausdruck bringen, dass ich sage, wir wollen statt der dreijährigen Periode die vierjährige annehmen, so dass wir zwar die Kriegssteuer in der Höhe, wie sie durch die Sätze des Bundesrates gegeben ist, einheben, dass wir aber den Pflichtigen die Möglichkeit geben, durch die Berechnung auf vier Jahre einige Reduktion zu erhalten.

Dieser Vorschlag der vier Jahre ist nichts Neues. Man hat ursprünglich allgemein mit einer grösseren Periode gerechnet. Man hat nämlich vorgesehen gehabt, nach der dreijährigen Periode ein Ruhejahr eintreten zu lassen. In der Expertenkommission ist das Ruhejahr fallen gelassen worden, und Sie werden sich vielleicht wundern, wie das zugegangen ist. Ein Vertreter des Bankierstandes hat in der Expertenkommission gesagt, ein solches Ruhejahr nach der Kriegssteuerperiode sei nicht praktisch, man komme damit ein wenig aus der Gewohnheit des Steuerzahlens heraus, und es wäre sogar möglich, dass in diesen Zwischenräumen die Kantone die Gelegenheit benützen würden, ihrerseits eine Kriegssteuer zu erheben. Auf diese Bemerkung hin, weil sie von einem Beteiligten ausging, der doch die grossen Steuerzahler vertrat, wurde auf dieses Ruhejahr verzichtet. Aber man hat damit entschieden nicht im Sinne dessen gehandelt, der den Antrag gebracht hat, denn sein Name steht unter einer Eingabe, die eine Reduktion der Steuersätze verlangt. Sie sehen also, dieses Ruhejahr ist aus Zufall durch eine etwas seltsame Begebenheit weggefallen. Wenn Sie die vierjährige Periode beschliessen, so führen Sie das Ruhejahr in gewisser Form wieder ein. Sie haben dann das, was anfänglich beabsichtigt war.

Ich sehe keine schwerwiegenden fiskalischen Bedenken gegen den Vorschlag, denn wir wollen dem Bunde die Steuer geben, die der Bundesrat gewünscht hat. Es würde einfach nach der ersten Periode ein kleiner Zinsausfall resultieren, aber dies ist von geringer Bedeutung gegenüber den Vorteilen, die wir dadurch gewähren, um den Bedenken, welche gegen eine schwere Bedrückung geäussert worden sind, entgegenzukommen. Ich glaube, dass dieser Weg vielleicht der zweckmässigste wäre, um diesen Bedenken Rechnung zu tragen; ich würde mich freuen, wenn der Bundesrat sich zu dieser kleinen Konzession bereit finden könnte, und wenn auch die welschen Miteidgenossen ihre Befürchtungen fallen lassen könnten, um sich auf diesen Antrag zu einigen.

Stadlin: Wir stehen vor einer ganz merkwürdigen Situation. Die Kommission hat Ihnen in Begutachtung der bundesrätlichen Vorlage, und zwar einstimmig empfohlen, auf dem Wege der eidgenössischen Finanzreform weiterzumarschieren, dass durch die Wiederholung der Kriegssteuer ein erklecklicher Teil, und zwar drei Vierteile der Kriegsschuld abgetragen werden. Ich sage, die Kommission war in bezug auf dieses Prinzip einstimmig. Heute kommen Anträge auf unser Pult geflogen, die samt und sonders dahin gehen, von diesem hauptsächlichsten Prinzip abzuweichen und namentlich den Standpunkt des Bundesrates, der dahin geht, einen Hauptteil der Mobilisationsschuld zu tilgen, zu schwächen.

Ich möchte eindringlich davor warnen, dass wir auf diesem Wege der Zersplitterung vorwärts gehen. Es könnte vielleicht ein Resultat herauskommen, das sehr zu bedauern wäre, vom allgemein politischen Gesichtspunkt, wie auch speziell vom fiskalischen Gesichtspunkt aus. Vor allem berührt es mich ganz eigentümlich, dass heute eine ganze Reihe von Mitgliedern der Kommission erklären, dass das System, das wir in der Expertenkommission und in der nationalrätlichen Kommission durchberaten und geprüft haben, nicht richtig sei, und zwar sowohl vom finanzpolitischen, als vom allgemein politischen Gesichtspunkt aus.

Es sind hauptsächlich zwei Gesichtspunkte, die heute speziell gegen Absatz 1 geltend gemacht werden, dass wir wenigstens drei Viertel der Mobilisationsschuld abtragen. Einmal sagt Herr Musy, dass wir in der Expertenkommission und in der nationalrätlichen Kommission nicht klar gesehen hätten, dass wir diese Ziffern nicht bestimmt erkannt hätten, die wie ein Kinematograph jeden Tag an uns in veränderter Grösse vorüberziehen. Ich sehe auch Personen in diesem Kinematographen, die an uns vorüberziehen, wobei sie von

einem Tag auf den andern in einem andern Gewande erscheinen.

Der zweite Gesichtspunkt, der geltend gemacht wird, ist das Gespenst der Generalstabsfrage. Nun muss ich Sie aber doch auf den Boden der Wirklichkeit zurückführen, und ich muss Sie daran erinnern, wie der Bundesratsbeschluss zustande gekommen ist. Es ist mehrfach in der Eintretensdebatte erwähnt worden, speziell vom Chef des Finanzdepartements, und dieser Gesichtspunkt kommt auch in der Botschaft zum Ausdruck, dass gestützt auf das Votum vom 2. Juni 1918 der Wille des Schweizervolkes dahin gegangen sei, dass der grosse Teil der Mobilisationsschuld abgetragen werden solle, und zwar durch beträchtliche Belastung des Besitzes. Der Bundesrat hat auf eingehendes Studium des Finanzdepartements durchaus richtig erkannt, dass nur durch seine Fassung diesem Gedanken und dieser Richtung Rechnung getragen werden könne, wenn die Wiederholung der Kriegssteuer nicht beschränkt werde auf einmal oder zweimal oder dreimal, sondern wenn die Lösung gesucht werde in der prozentualen Fixierung der Abtragung der Schuld.

Nun muss ich Sie speziell an die Beratung der Expertenkommission erinnern. Dort war es ein welsches Mitglied der Expertenkommission, Herr Pictet von Genf, der einen wohlformulierten Antrag eingereicht hat, der dahin ging, dass durch diese Kriegssteuer — eine Amortisationssteuer hat er sie genannt — mit dem Ertrage auch der ersten Kriessteuer, le montant total de la dette de la mobilisation, die ganze Schuld getilgt werde. Er wollte in Verbindung mit der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer die gänzliche Tilgung der Mobilisationsschuld und hat in einem eingehenden Votum diesen Antrag begründet. Ich verweise auf das Protokoll der Expertenkommission. In Verbindung stand damit die Frage, die ebenfalls eingehend erörtert worden ist, ob wir neben der eigentlichen Mobilisationsschuld noch die ungedeckten ordentlichen Ausgaben für die ausserordentliche Fürsorgetätigkeit sowie die Rechnungsdefizite abzahlen könnten. Nun haben wir Deutschschweizer in diesem Antrag eine Gefahr erkannt vom allgemein politischen Gesichtspunkt aus. Wir haben gesagt, dass diese erweiterte Zweckverwendung der künftigen Kriegssteuer speziell den föderalistischen Bedenken, die im allgemeinen zum Ausdruck kamen, nicht Rechnung trage; wir haben nur gesagt, dass die Kriegssteuer nicht anders verwendet werden dürfe als zur Deckung, zur Abtragung der eigentlichen Mobilisationsschuld. Die Deutschschweizer waren es, welche den Antrag gestellt haben, dass die andern Zweckverwendungen gestrichen würden; dass dann aber — wenn die andern zwei Zwecke gestrichen würden — dafür die Quote des zu amortisierenden Betrages erhöht werden müsse, und zwar auf drei Vierteile. Das wurde angenommen.

Auch die andere Frage wurde ventiliert, ob es nicht zweckmässig sei, wenn man im Verfassungsartikel eine bestimmte Summe nennen würde, die durch die mehrmalige Erhebung der Kriegssteuer amortisiert werden könnte, und es wurde geprüft, ob man nicht sagen solle, dass entweder 500 oder 600 Millionen der zu erwartenden genannten Kriegsschuld getilgt werden sollen. Aber auch diese Meinung wurde verworfen. Man hat sich gesagt, dass wir unbedingt in Berücksichtigung der wahren Stimmung des Volksentscheides vom 2. Juni auf Belastung des Besitzes Rücksicht nehmen und die Lösung des Finanzproblems nach dieser Richtung suchen müssen.

Es wird eingewendet, es sei nirgends der Fall, dass man ein solches Steuergesetz mache, dass man die Tilgung einer Kriegsschuld beschliesse, ohne dass man eigentlich wisse, wie gross der Betrag der Kriegsschuld sei. Ja gewiss, wir erlassen hier ein Steuergesetz zur Amortisation von ausserordentlichen Ausgaben; es ist aber der allgemeine Zweck von Steuergesetzen, dass man nicht nur für die bestehenden Schulden, sondern auch für noch entstehende Schulden finanzpolitische Massnahmen trifft. Im Grunde genommen, wenn wir aufrichtig sein wollen, ist es einzig und allein das politische Problem, das uns trennt; Herr Meyer hat schon ausgeführt, das politische Problem, das von seiten der welschen Freunde zum Aufsehen mahnte, sei, dass sie befürchten, dass die temporäre oder dauernde Bundessteuer kommen werde. Ich habe diese Meinung nicht; die Gründe, die für diese Meinung sprechen, will ich nicht wiederholen. Ich habe nur die Befürchtung, dass die Föderalisten am Ende eine falsche Rechnung machen könnten, dass, wenn der Ertrag nicht genügt, dann unter der Entwicklung des Zeitgeistes und der kommenden Dinge unter Umständen auch eine politische Ansicht und eine Richtlinie sich Geltung verschaffen könnte, die den Föderalisten eine Lösung brächte, die nach meiner Ueberzeugung zu bedauern wäre. Ich glaube, gerade die Vorsorge vor einer solchen Entwicklung der Dinge sollte dahin gehen, dass wir die Lösung so suchen, dass sie uns für eine Reihe von Jahren und namentlich für die Uebergangszeit die Durchführung der Finanzreform auf die ruhige Bahn der Entwicklung lenken würde.

Ich glaube, auch der andere Einwand, der mehr dekorativer Natur, allerdings auch vom politischen Gesichtspunkte aus gemacht wurde, der Einwand des masslosen Ansteigens der Mobilisationskosten, ist nicht zutreffend. Nehmen Sie den Antrag an oder nicht, wie er von den Minderheiten gestellt ist, oder einen andern Antrag, so werden die notwendigen Ausgaben gleichwohl gemacht werden müssen, und dass die Ausgaben nur gemacht werden sollen, wenn sie notwendig sind, dafür haben wir hoffentlich das Zutrauen zum Bundesrat; die Armeeleitung ist durch einen Bundesratsbeschluss vom 16. Februar 1916 gebunden, ausserordentliche Ausgaben im Militärwesen nur in Verbindung mit dem Bundesrate zu machen. Der Generalstab darf von sich aus keine Ausgaben machen; der Bundesrat fasst die nötigen Beschlüsse und erteilt die nötigen Kredite. Mit Recht hat schon Herr Kollega Meyer auf diesen Punkt hingewiesen; es wäre ja eine förmliche Bankerotterklärung des Parlaments, wenn es, falls es findet, dass die Ausgaben ins Ungemessene gehen, nicht den Mut und die Kraft hätte, einzuschreiten.

Der Rat sollte es sich deshalb wohl überlegen, ob er sich unter dem Eindruck der vielen Anträge, die auf die Tische heruntergeregnet sind, zu einer

Stellungnahme verleiten lassen will, die zweifelsohne nicht den Intentionen des Schweizervolkes entspricht, die vielmehr die grosse Gefahr in sich birgt, die Finanzreform einer unsichern Gestaltung auszuliefern. Wir wollen am grundlegenden Prinzip festhalten. Wir können ja in der Detailberatung, wenn Sie meinen, Handel und Industrie seien zu stark belastet, gewisse Konzessionen machen, und zwar sowohl in bezug auf die Periodizität der Erhebung, als auch auf die Steuersätze. Aber an dem Prinzipe wollen wir festhalten; geschieht das nicht, so dringt das Gefühl der Unsicherheit und des Schwankens nicht nur in das Parlament, sondern in das ganze Schweizervolk ein.

Obrecht: Herr Journalist Richard Frei hat auf heute abend die Mitglieder der Bundesversammlung zu einem Projektionsvortrag eingeladen, den er betitelt: «Kinder, das ist gefährlich!» In der Einladung ist bemerkt: Der Vortrag ist speziell für die Herren Mitglieder der eidgenössischen Räte arrangiert. Ich erwähne das nicht, um Propaganda für diesen Vortrag zu machen, sondern, weil ich den Titel: «Kinder, das ist gefährlich», Herrn Musy als Motto zu seinem Antrag und seinem heutigen Votum widmen möchte. In dem Antrage des Herrn Musy und Mitunterzeichner und noch vielmehr im Antrag der Minderheit, angeführt von Herrn Maunoir, liegt nach meiner Auffassung eine grosse Gefahr für das Gelingen des Werkes, das wir heute behandeln. Man hat dem Finanzplan des Chefs des Finanzdepartements den Vorwurf gemacht, er sei zu wenig grosszügig angelegt; man sollte einen Plan ausarbeiten, der mit einem Schlage die ganze Kriegsschuld, alle die finanziellen Folgen des Krieges zu beseitigen geeignet sei. Ich habe nicht die Auffassung, dass ein solcher grosszügiger Plan richtig und klug wäre. Ich glaube nicht, dass wir ihn an der Klippe des Referendums vorbeizuführen vermöchten, weil wir die Gegner dieser und jener Steuerart kumulieren würden. Allein man kann auf der andern Seite einen Finanzplan auch zu sehr parzellieren, zu sehr verstückeln. Ein solches Kleinwerk ist seinerzeit mit der erstmaligen Kriegssteuer verrichtet worden. Man hat sich damals mit einer einmaligen Steuer begnügt und hat unvorsichtigerweise dem Volke in aller Form versprochen, bei dieser einmaligen Steuer werde es bleiben. Man ist zu diesem Fehler gekommen, weil man mit einer langen Dauer des Krieges nicht rechnete. Infolge dieser Erfahrung hat man sich gesagt, es sei klüger, bei weiteren Finanzmassnahmen sich nicht mehr auf Summen oder auf Steuerperioden zu beschränken, sondern man müsse die Umgrenzung der Steuer festlegen in der Weise, dass man damit die Mobilisationskosten entweder ganz oder in einer bestimmten Quote tilgen wolle. Dieser Gedanke ist, wenn ich mich recht erinnere, zuerst auf jungfreisinniger Seite ausgesprochen worden. Er hat Schule gemacht und war vor der Abstimmung des 2. Juni in das Volk eingedrungen. Es ist dem Volke versprochen worden, wie schon Herr Meyer ausgeführt hat, dass man mit der Wiederholung der Kriegssteuer eine bestimmte weitgehende Quote der Mobilisationskosten tilgen werde durch starke steuerliche Heranziehung der grossen Vermögen und der grossen Einkommen. Dem hat nun die Vorlage des Bundesrates Rechnung getragen, und die Kommission hat sich dieser Auffassung ohne Widerspruch angeschlossen.

Und heute haben wir nun die seltsame Erscheinung, dass gerade aus der Mitte der Kommission der Rückzug angetreten wird. Mir missfällt diese Retirade in höchstem Masse. Ich glaube nicht, dass wir mit einer Festlegung der Steuer auf zwei oder drei Perioden den grossen Teil des Schweizervolkes befriedigen werden, der am 2. Juni bereit war, überhaupt einer bleibenden direkten Bundessteuer zuzustimmen. Ich erinnere daran, dass damals den 325,000 Nein 276,000 Ja gegenüberstanden. Wenn Sie nun das, was man für den Fall der Niederlage der direkten Bundessteuer in Aussicht gestellt hat, nicht einlösen, so werden diese 276,000 Anhänger der direkten Bundessteuer unzufrieden sein, und ausserdem werden auch viele derer unzufrieden sein, die damals nein gestimmt haben, in der Erwartung, dass man nachher in anderer Form eine grosszügige steuerliche Finanzvorlage zur Durchführung bringen werde.

Ich will nicht näher darauf eintreten, wie unhaltbar die Gründe sind, die für die heutige Beschränkung auf drei Perioden angeführt werden, die Gründe, die darauf hinausgehen, man gebe dem Generalstab zu viel Mittel in die Hand für Militärzwecke. Es ist bereits von den Herren Meyer und Stadlin ausgeführt worden, dass es geradezu an eine höchst eigene Impotenzerklärung der Bundesversammlung grenzt, wenn man die Behauptung aufstellt, der Generalstab habe plein pouvoir in der Kreierung neuer Mobilisationskosten. Die Bundesversammlung hat es doch in der Hand und es ist ihre Pflicht, die Mobilisationskosten auf das Notwendige zu beschränken. Wenn in der Verbuchung militärischer Kosten Fehler gemacht worden sind, so haben wir Gelegenheit und die Aufgabe, die nötigen Direktiven zu geben. Es steht ja ein Traktandum im Geschäftsverzeichnis der gegenwärtigen Session: Mobilisationskosten pro 1914 und 1915. Das kann der Anlass sein, Remedur zu schaffen.

Ich möchte noch festlegen, wie jetzt die Situation aussieht. Wir haben auf der einen Seite den Antrag der Kommissionsminderheit, angeführt von Herrn Maunoir, die ihnen beantragt, diese Steuer nur zweimal zu wiederholen. Sie haben ferner auf der gleichen Seite den Antrag Musy, die Steuer auf drei Perioden zu beschränken. Auf der andern Seite haben Sie den Antrag der Herren Naine und Mitunterzeichner, dass die ganzen Mobilisationskosten durch Wiederholung der Kriegssteuer gedeckt werden sollen. Es hat seinerzeit auch der Vorortsausschuss der Jungfreisinnigen beschlossen, dass die Verzinsung der Mobilisationsschuld vollständig auf Kosten der Mobilisationsschuld übernommen und auch das letzte Viertel der Schuld ausschliesslich durch eine eigentliche Besitzsteuer gedeckt werden sollte. Auf der einen Seite die Tendenz, die Steuer zu begrenzen, in bestimmten Rahmen zu halten; auf der andern Seite die viel weitergehenden Anträge, die gesamten Mobilisationskosten auf dem Wege der Wiederholung der Kriegssteuer zu tilgen. Da scheint es mir, die Klugheit gebiete, dass wir auch hier den goldenen Mittelweg einschlagen. Und dieser goldene Mittelweg besteht im Antrage des Bundesrates und im ursprünglich einstimmigen Antrage der Kommission, dahingehend, dass drei Viertel der Mobilisationskosten auf diesem Wege gedeckt werden sollen.

Was die bleibende direkte Bundessteuer anbelangt, die man mit dieser Begrenzung verhüten will, habe ich durchaus auch die Auffassung des Herrn Stadlin, dass hier die Anhänger einer Begrenzung der Steuer nach Perioden ein gefährliches Spiel einleiten. Es könnte sehr wohl und sehr wahrscheinlich die Situation sich so gestalten, dass wir in Zeit von wenigen Jahren die ganze Diskussion über die direkte bleibende periodische Bundessteuer wieder haben, wenn wir die Begrenzung so beschliessen, wie es heute beantragt wird.

Ich meine, wenn wir im Rahmen und im Sinne der Versprechungen bleiben wollen, die wir auf die Volksabstimmung vom 2. Juni hin gegeben haben, wenn wir die weitesten Kreise unserer Bevölkerung mit dieser Vorlage befriedigen und wir verhüten wollen, dass schon in kurzer Zeit eine Wiederholung der grossen Diskussion über die Frage einer bleibenden direkten Bundessteuer wiederkehrt, dann müssen wir auf dem Boden des bundesrätlichen Antrages bleiben und auf dem ursprünglichen Boden der Kommission. Alles andere ist gefährliches Experiment. Ich möchte warnen, in dieser dringlichen Finanzfrage zu experimentieren.

Müller (Bern): Alle Anträge, die bisher eingereicht worden sind, derjenige des Bundesrates, der Kommission, der Herren Musy und Maunoir, haben das Gemeinsame, die Opfer, die dem Besitze durch die direkte Bundessteuer zugemutet werden müssen, möglichst zu begrenzen. Sie unterscheiden sich voneinander nur darin, dass auf der einen Seite eine ganz selbstverständliche Voraussetzung darin liegt, dass man die Belastung von der Höhe der schliesslichen Mobilisationssummen abhängig machen will, wie das von seiten des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission vorgeschlagen wird. Wir stehen mitten in der Entwicklung. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg dauert, wie hoch sich die schliesslichen Mobilisationskosten und die Gesamtschuld der Eidgenossenschaft belaufen werden. Da glaube ich, scheint es ein Gebot der allernotwendigsten Vorsicht zu sein, die Summe nicht fest abzugrenzen, sondern sie von der schliesslichen Gestaltung abhängig zu machen.

Im Gegensatz dazu glauben nun die Herren Musy und Maunoir, unbekümmert um diese Situation, es sei die Steuer jetzt schon fest zu begrenzen. Herr Musy will sie in dreijährigen Perioden dreimal erheben und dann Schluss. Herr Maunoir geht noch weiter; er will sie in vierjährigen Perioden zweimal erheben und dann Schluss.

Herr Naine hat in seinem heutigen Votum die Geste von Herrn Musy als klein bezeichnet. Wie unendlich viel kleiner ist die Geste von Herrn Maunoir; er glaubt sich in der gegenwärtigen Situation mit einer zweimaligen Wiederholung der Steuer in Perioden von vier Jahren definitiv loskaufen zu können.

Demgegenüber steht nun unser Antrag, der aus der Situation herausgewachsen ist. Nachdem wir wissen, dass neben der eigentlichen Mobilisationsschuld noch Hunderte von Millionen Franken, die nicht unmittelbar mit den Kriegsereignissen zusammenhängen, die Schuld der Eidgenossenschaft vermehren werden, liegt in der gänzlichen Deckung der eigentlichen Mobilisationsschuld sowieso schon eine Einschränkung, wir stehen aber damit im übrigen in einem bewussten Gegensatz gegenüber allen andern Anträgen. Und ich möchte Sie und speziell Herrn Bundesrat Motta auf das Votum von Herrn Naine von heute morgen aufmerksam machen. Herr Naine hat die Stimmung und Auffassung nicht nur in unserer Partei, sondern in weitesten Volkskreisen ausserhalb der Partei wiedergegeben, wenn er der Ansicht Ausdruck gegeben hat, dass hier vergebliche Arbeit gemacht und alles, was wir verlangen, hier unter den Tisch gewischt werde. Herr Naine freut sich dieses Resultates aus einer Voraussetzung heraus, die ich allerdings persönlich nicht teile. Er argumentiert folgendermassen: Wir sind am 2. Juni so nahe an der Realisierung des Gedankens der direkten Bundessteuer gestanden, dass wir nur wünschen können, dass die Frage möglichst rasch wieder in ihrer vollständigen prinzipiellen Reinheit vor das Volk gebracht wird. Ich unterscheide mich von Herrn Naine darin, dass ich die jahrzehntelangen politischen Erfahrungen, die ich in unserer Demokratie gemacht habe, nicht einfach zu ignorieren vermag. Ich brauche nur daran zu erinnern, welche Zeit selbst unbestreitbar richtige politische Ideen bis zu ihrer Reife erfordern. Ich erinnere Sie nur an das Banknotenmonopol und die schliessliche Lösung der Frage unserer Nationalbank. Es hat jahrzehntelang gedauert, bis wir auch nur zu dieser Kompromisslösung gekommen sind. Ich brauche Sie auch nur daran zu erinnern, wie lang der Kampf um den Proporz gedauert hat, der, wie ich jetzt positiv erwarte und hoffe, im Oktober zum glücklichen Austrag gelangen wird. Weil ich das weiss und gestützt auf diese Erfahrungen verallgemeinern muss, teile ich die Meinung derjenigen meiner Genossen nicht, die glauben, es brauche, nachdem ein erster Anlauf missglückt ist, der Anlauf nur noch einmal wiederholt zu werden in kurzer Zeit und dann würden wir die direkte Bundessteuer haben. Ich glaube, dass auch diese Frage Zeit zur Reife erfordert und deshalb habe ich überzeugt und bewusst für Eintreten gestimmt, trotzdem ich persönlich und ich muss sagen, leider, den Eindruck bekommen habe, dass wesentliche Forderungen unserer Partei nicht erfüllt werden wollen. Dann allerdings wird für uns die Entscheidung in der Schlussabstimmung fallen. Aber ich möchte es gerne schwarz auf weiss haben, denn was man schwarz auf weiss besitzt, kann man getrost nach Hause tragen. Das Schlussergebnis wird entscheiden, ob wir für die Vorlage zu haben sein werden oder nicht.

Bevor wir aber über alle diese Anträge entscheiden, müssen wir den Tatsachen in die Augen sehen, wie sie wirklich sind. Wir haben auf der einen Seite jetzt die Mobilisationsschuld, die bis Ende 1918 voraussichtlich eine Milliarde 70 Millionen Franken betragen wird; anderseits können wir wohl mit Sicherheit damit rechnen, dass sich der Krieg in das Jahr 1919 hineinziehen wird. Ob er 1919 fertig sein wird, wissen wir nicht. Unter solchen Umständen wird die Mobilisationsschuld voraussichtlich 1300 Millionen übersteigen, und daneben werden wir noch über 200 Millionen Franken Schulden haben aus auflaufenden Defiziten, die sich in progressivem Masse verstärken müssen. Das kann man gar nicht ändern, das erhellt aus der Situation. Deshalb haben wir mit Hunderten von Millionen Franken zu rechnen, die neben den Mobilisationsschuldenauf Deckung warten, so dass wir gut tun werden, nicht mit einer

Milliarde 300 Millionen Franken, sondern mit 1½ Milliarden Franken Schulden zu rechnen. Ich sehe voraus, dass nicht nur die jetzigen Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch weitere Leistungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, z. B. die Wohnungsfrage und die Kohlenfrage, in die Finanzen der Eidgenossenschaft hineinspielen werden. Wir wissen, dass sozialpolitische Anforderungen zu Notwendigkeiten geworden sind, wie die Umgestaltung der Teurungszulagen in dauernde Besoldungserhöhungen sowie die Verwirklichung der Pensionskasse für die Beamten und Arbeiter der Eidgenossenschaft. Das alles sind Forderungen, die in der gegenwärtigen Zeit erfüllt werden müssen und infolgedessen das Defizit der Eidgenossenschaft noch mehr vermehren. Angesichts einer derartigen Situation lässt es sich hier im Parlament nicht verantworten, dass man die Steuer in der Weise beschränken will, wie es die Herren Maunoir und Musy und die Mehrheit der Kommission beantragen; sondern als Mindestmass müssen wir, ganz gleichgültig ob die Deckungsdauer sich infolgedessen stark verlängert, auf der gänzlichen Deckung der Mobilisationsschuld bestehen, auch mit Rücksicht auf das ganze Finanzprogramm des Bundesrates. Wir haben uns ja bereit erklärt, unter ganz bestimmten Voraussetzungen mitzumachen, wenn Garantie geboten wird, dass die Hauptlast dieser Schuld auf diejenigen fällt, die sie ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechend zu tragen imstande sind. Herr Naine hat Ihnen bereits vorgerechnet, wenn wir bei einem Volksvermögen von 4 Milliarden Franken 1 Milliarde Franken vom Besitz verlangen, so ist das allerdings 25%, aber das wird auf eine derartige Reihe von Jahren verteilt, dass es aus dem Ertrage bestritten werden kann und nicht wie Herr Götschel verlangt, in Form einer teilweisen Vermögenskonfiskation.

Wir haben mit der Stimmung, die das ganze Volk beherrscht, zu rechnen und daneben mit dem Umstande, dass der Boden des Finanzprogramms, wie es vom Bundesrat aufgestellt worden ist, ohnehin jetzt schon zu schwanken beginnt, denn das kann ich den Herren versichern, wenn die Tabaksteuer in der geplanten Form vor das Parlament kommt, so können Sie mit dem entschiedensten Widerstand unserer Partei und auch damit rechnen, dass die Vorlage vom Volke verworfen wird. Deshalb kommen wir nicht darum herum, dass wir über die Deckung des verbleibenden Restes der aufgelaufenen Schuld vollständig klar werden müssen, und weil wir das müssen, haben wir dem Volke auch die Wahrheit zu sagen, und die Wahrheit sagt man nur, indem man diejenige Forderung stellt und zu realisieren sucht, die der gegenwärtigen Situation entspricht.

Deshalb möchte ich Ihnen empfehlen, dem Antrage der Herren Naine und Genossen zuzustimmen. Dabei möchte ich nur ergänzen — es ist das eine Konsequenz des schriftlich eingereichten Antrages — dass, wenn man in Ziffer 1 sagt: «Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der gänzlichen Deckung der Mobilisationsausgaben», dann in Ziffer 2 das Amendement zu diesem eingereichten Antrag gestellt werden muss, dass der ganze Betrag der zu deckenden Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot gedeckt werden muss.

In diesem Sinne möchte ich Ihnen den Antrag zur Annahme empfehlen.

Speiser: Wir scheinen bei Anlass dieses Artikels in eine neue Eintretensdebatte geraten zu sein, die man allerdings auch eine Austretensdebatte nennen könnte. Die Herren, welche unbedingt an der Vorlage des Bundesrates festhalten, sind über diese Entwicklung der Debatte unzufrieden. Ich glaube aber, nicht mit Recht. Einmal haben bei der Eintretensdebatte schon eine ganze Anzahl Redner starke Reserven gemacht gegen die Vorlage. Sie haben natürlich nicht bestritten, dass etwas geschehen soll, und sind darum eingetreten. Aber sie haben ihre Reserven gemacht und es wäre durchaus ungerecht, ihnen das heute vorzuwerfen.

Ich bin einverstanden mit Herrn Gustav Müller, der soeben gesagt hat, man solle sich nicht einbilden, dass die seit drei Jahren in Bewegung gekommene Frage des finanziellen Verhältnisses zwischen Bund und Kantonen und die Frage der enormen direkten Steuerbelastung durch den Bund in so kurzer Zeit, in so wenigen Wochen, erledigt werde. Wir werden in dieser Frage, Sie mögen heute beschliessen, was sie wollen, noch Jahre und Jahrzehnte zu diskutieren haben. Also bitte ich, diejenigen Herren, welche sich erlaubt haben, Anträge zu stellen, anzuhören.

Ich habe einen Antrag unterzeichnet, den Herr Maunoir entwickelt hat und der zweierlei verlangt: einmal die Verteilung des Bezuges innerhalb der einen Steuerperiode von drei auf vier Jahre, was eine gewisse Erleichterung für die Steuerpflichtigen zur Folge hätte, die dann eben statt in drei, in vier Jahren diese zum Teil ungeheuren Beträge aufzubringen hätten. Der andere Gedanke, der in dem Antrage Maunoir enthalten ist, ist der, dass man auch die Steuer nur für zwei Steuerperioden, also für 8 Jahre und nicht für 12 oder noch mehr, beschliessen solle.

Ich will von vornherein sagen, dass mir die Annahme des ersten Antrages, der mit dem Antrage des Herrn Kollegen Meyer übereinstimmt, nämlich die Verteilung auf vier Jahre, wichtiger scheint. Man hat mir gestern und vorgestern geantwortet, wir sollten nicht so knauserig sein. Man hat auf die Schützengräben in Frankreich und auf die Leistungen unserer Soldaten an der Front hingewiesen und gesagt, wir wollen nicht so kleinlich sein mit dem Gelde. Ich bin nie ein solcher Kapitalist gewesen, dass ich das Geld gleich geschätzt hätte wie das Blut und den Besitz gleich wie das Leben und gemeint hätte, wenn man nicht das Blut und das Leben opfere, könne man es mit Geld machen. Hier handelt es sich um inkommensurable Begriffe. Wir wollen weder von Blut noch Leben, sondern ganz ruhig von Geld und Besitz sprechen.

Nun habe ich aber, wenn ich den Antrag begründe, diese grossen Steuersätze auf vier Jahre statt auf drei Jahre zu verteilen, auch ideale Gründe, ideale Gründe, die ich mein Leben lang in richtigem Masse, wie ich hoffe, aufrecht erhalten habe. Das eine ist, dass ich neben dem Bunde, dem ich Leben und Blut gönne, auch an die Kantone denke und ihnen auch Leben und Blut oder, wenn Sie wollen, Besitz und Geld gönne. Ich habe mir erlaubt — und man hat mir nicht darauf geantwortet — darauf aufmerksam zu machen, dass die Situation der Kantone, wenigstens vieler Kantone, sich seit 1915 beträchtlich geändert und verschlechtert hat. Wenn ich auch nicht gerade den Kanton Basel-Stadt zum Muster

nehmen will, der sich genötigt sieht, von einem Monat auf den andern per Steuer 12 Millionen Extraeinnahmen zu schaffen, ungefähr zweimal so viel dessen, was wir gewöhnlich an direkten Steuern leisten, so können wir doch an Zürich, Bern und andere Kantone erinnern, die ebenfalls ausserordentliche Leistungen zu vollbringen haben, die ihnen nur möglich sind, wenn sie in der nächsten Zeit ihre Steuern erhöhen. Wenn uns der Bund so viel wegnimmt, wenn er so auf unser Steuergebiet übergreift, so werden die Kantone darunter leiden und es ist durchaus kein Trost, dass man sagt, die Kantone bekommen wieder 20% von dem, was der Bund ihnen nimmt. Das ist nicht genügend. Sie haben ja in den Kantonen wie im Bund eine Entwicklung gesehen — wir wollen es kurz aber deutlich sagen — eine Entwicklung zu dem, was man gern oder ungern Sozialismus nennt, die immer grössere Ansprüche an die Staatskasse stellt. Da finde ich es rücksichtslos, mehr als rücksichtslos, ich finde es gefährlich, wenn man den Kantonen eine so starke Bundessteuer auflegt, dass sie ihr eigenes Steuerwesen nicht entwickeln können oder dass ihre Belastung noch ungeheuerlicher wird. Fordern Sie denn das gleiche, was vom Bundesrat vorgeschlagen wird, aber fordern Sie es in vier Jahren statt in drei.

Und dann komme ich an die Gemeinden. Und da bin ich wieder mit Herrn Müller einverstanden. Sie denken nicht an die Gemeinden. Es ist Ihnen nicht nur ein, es sind Ihnen drei Notschreie von den grössten Städten zugegangen. Diese sagen: «Wir wollen zum mindesten von der Retrozession an die Kantone auch etwas haben.» Die Städte kommen nicht mehr aus. Wenn Sie denken, wie sich unsere Lasten in den Städten vermehrt haben durch diesen unseligen Krieg, so ist es klar, dass die Finanzen aller unserer Städte in Unordnung gekommen sind. Da müssen wir eben Rücksicht nehmen, dass wir den Städten und Gemeinden auch etwas für die Erhöhung ihrer Steuern lassen und den Bund nicht in diesem hohen Masse einschreiten lassen, und das geschieht eben wieder dadurch, dass Sie den Steuerbetrag auf 4 Jahre verteilen.

Es ist also die ideale Rücksicht auf die Lage der Kantone und Gemeinden, die mich veranlasst, Sie zu bitten, in dieser Frage der 4 Jahre nachzugeben.

Das ist der eine Gesichtspunkt. Der andere ist noch idealer. Ich will nicht davon reden, was die schon zitierte Botschaft des Bundesrates über die sozialdemokratische Kriegssteuerinitiative, über den Einfluss allzu hoher Steuern auf den Verkehr sagt, dass eben dann, wenn der einzelne in seinem Privatbudget sich einschränken muss, das nicht ihn allein schädigt, sondern auch die, die von den Bestellungen, Anschaffungen, von den Käufen der Steuerzahler leben, dass das Handwerk und der ganze Verkehr leidet. Das ist ein materieller Gesichtspunkt, von dem ich nicht reden mag.

Aber etwas anderes wäre ein Unglück. Jedermann, nicht nur die bemittelten Leute, sondern jedermann bei uns hat neben dem Budget für seine eigenen Ausgaben und seine Steuern ein Budget für die Gemeinnützigkeit, für die Pflege der Wohltätigkeit, der Kunst, der Wissenschaft. Da fürchte ich nun, dass mit den gewaltigen Steuern, die man zugunsten des Bundes von uns erhebt, dieses grosse Stück schweizerischer Kultur stark leiden wird. Sie wissen, dass wir, ich darf das sagen, namentlich in den Städten Zürich, Basel, Genf, Bern, auch Winterthur, wenn ich meinem Herrn Kollegen aus Winterthur das in Erinnerung bringen darf, auf freiwilligem Gebiet Grosses leisten, auf Gebieten, für die der Bund nicht eintreten kann und wo es sogar nicht erwünscht wäre, wenn er eintreten würde. Es wäre undankbar zu sagen, der Bund habe immer eine ungeschickte Hand in der Pflege der Kunst gehabt, man könnte das vor diesem Bilde, das wir im Nationalratssaal vor uns haben und vor dem Bilde im Ständeratssaal drüben nicht sagen, aber im allgemeinen wird es besser sein, die Pflege der Kunst und der Musik der Freiwilligkeit zu überlassen und sie nicht in Amtshände zu legen. Glauben Sie denn, wenn man solche Steuersummen den wohlhabenden Kreisen entzieht, das werde keine Wirkung haben? Glauben Sie, dass die rühmliche Stellung unserer Städte speziell im Gebiete der Kunst und Musik weiter dauern werde? Sie können ja natürlich sagen, die Leute, die ideale Bestrebungen haben, die sollen sie weiter aufrecht halten, aber es ist ganz klar, dass, wenn man die Steuern so hoch schraubt, darunter diese Gebiete leiden werden. Das täte mir leid. Das ist die Beschränkung eines Stückes Schweizerfreiheit und Schweizerinitiative, die wir immer hoch gehalten haben. Neben allem, was der Staat tut und was wir verstaatlicht haben, haben wir immer darauf gehalten, dass wir selbst auch etwas tun, dass wir durch Selbstverwaltung, nicht durch amtliche Verwaltung das Schöne und Ideale pflegen. Das wird nun leiden, da können Sie rechnen, wie Sie wollen. Da immer wieder neue Anregungen entstehen, um gewisse neue Ideen zu pflegen, die noch nicht in die allgemeine Anerkennung übergegangen sind, so brauchen wir dieses freiwillige Budget. Denken sie doch z. B. an die prachtvolle Entwicklung der Sanatorien im Gebirge. Davon hat am Anfang niemand etwas wissen wollen; dann sind Philanthropen gekommen, die gesagt haben, wir wollen es probieren, und so sind im Zeitraum von 30 Jahren und auf dem Wege wesentlich freiwilliger grossartiger Opferwilligkeit auf allen Bergen solche Sanatorien entstanden und werden jetzt noch immer neu gebaut. Denken sie an die Ferienversorgung der Kinder, wie sich die innert 30 Jahren auf freiwilligem Wege entwickelt hat. Bilden Sie sich wirklich ein, das werde gleich gehen können, wenn Sie den Taschen der Besitzenden jedes Jahr 60 Millionen entnehmen, d. h. gerade so viel, als wir bisher für die direkten Steuern in den Kantonen zusammen gezahlt haben? Es ist ganz unmöglich. Da geht ein Stück Schweizerfreiheit und Schweizerinitiative verloren. Das ist jammerschade, denn gerade während des Krieges hat sie sich ganz besonders bestätigt.

Ich habe bei der Aufzählung der auf dem Gebiete der freiwilligen Leistungen glänzenden Städte eine vergessen, Neuenburg. Ich war erstaunt, dass Herr Kollege Naine so abschätzig sprach von den Leistungen der Kapitalisten oder Besitzenden, indem er sagte, sie wollen alles für sich behalten, und wenn sie einen Sou geben, so finden sie das grandios. Ich glaube, Herr Naine sollte orientiert sein, was z. B. auf freiwilligem Wege für Krankenanstalten in Neuenburg geleistet worden ist; die Sache ist doch nicht so, dass es sich nur um einen Sou handelte.

Wir haben in den letzten Jahren etwas sehr schönes entwickelt, nämlich das, was nun von einer gewissen

Richtung tadelnd als «unkirchliche Wohltätigkeit» bezeichnet wird. Glauben Sie, diese interkonfessionelle Wohltätigkeit werde sich weiter entwickeln, wenn wir jährlich 60 Millionen neue Steuern erheben würden?

So viel sage ich Ihnen zur Motivierung des Antrages des Herrn Meyer. Herr Meyer hat den Antrag, von 3 auf 4 Jahre zu gehen, mehr vom Gesichtspunkt der privatwirtschaftlichen geschäftlichen Tätigkeit empfohlen, die durch den Entzug solcher Summen beschränkt würde. Ich motiviere diesen Antrag vom Standpunkt der Interessen der Kantone und Gemeinden aus und vom Interesse der schweizerischen Gemeinnützigkeit.

Nun der andere Gedanke des Antrages Maunoir war, die neue Kriegssteuer auf zwei Erhebungen zu beschränken. Den motiviere ich folgendermassen. Wir sind gestern in der Kommission von den Erklärungen des Vertreters des Bundesrates überrascht worden, dass er sich mit drei Erhebungen begnügen wolle, er hat also schon einen erheblichen Schritt zurück gemacht. Ich will Ihnen nun sagen, warum ich eventuell für den Fall, dass Sie die 4jährigen Perioden nicht annehmen, auch für den Antrag Maunoir stimmen würde. Herr Meyer hat gesagt, wenn wir den Antrag Musy oder Maunoir annehmen, so zeigen wir die Unzulänglichkeit des Gesetzgebers. Ich glaube, ich und viele von Ihnen empfinden sich in der Tat im heutigen Moment als unzulängliche Gesetzgeber, denn es sollen heute Fragen entschieden werden, die für die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, für die politische Entwicklung der Kultur ungeheuer wichtig sind, und wir haben in der Tat den Eindruck, dass wir unzulänglich orientiert seien. Daraus würde sich der Schluss ergeben, dass wir die zeitliche Wirkung unserer unzulänglichen Gesetzgebung einschränken sollten. Eigentlich ist für ein Gesetz, das mindestens 12 Jahre wirken soll, heute alles unklar. Sie haben heute die Diskussion über den Bedarf, der zu decken sei, angehört. Weiss jemand von uns, was eigentlich mit der Kriegssteuer aufgebracht und gedeckt werden muß? Niemand weiss es, schon darum nicht, weil wir ja noch immer im Kriege sind. Ferner ist der Ertrag ungewiss, weil wir ja keine richtige Statistik haben. Wir wissen auch nicht, wie sich unsere Wirtschaft in den nächsten 12 Jahren entwickeln, wie sich der Ertrag unserer Aktiengesellschaften und unserer Erwerbstreibenden gestalten wird, wir wissen auch gar nicht, wie im einzelnen die Last wirken wird. Ich möchte, ohne demagogisch zu sein, auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der mir die Anträge der Sozialdemokraten in bezug auf das Existenzminimum oder die Belastung der untern Stände ausserordentlich sympathisch macht. Es ist ja ganz richtig, so wie wir jetzt leben müssen, ist ein Einkommen von Fr. 2500, 3000, 4000, 5000, ja sogar von Fr. 6000 in den Städten wirklich ein Existenzminimum und ich begreife auch nicht, wie man bei solchen Einkommen gegenwärtig grosse Steuern holen kann oder holen darf. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, dass ich bei dem Entwurf der ersten Kriegssteuer, den ich habe entwerfen dürfen — die zweite nicht mehr (Heiterkeit) —, vorgeschlagen habe, das Existenzminimum für die Vermögenssteuer — erschrecken Sie nicht — auf Fr. 30,000 festzusetzen. Ich fand, wer weniger als Fr. 30,000 Vermögen habe, solle bei dieser ausserordentlichen Extrasteuer noch nicht zahlen. Ich war also sehr large. So begreife ich auch jetzt vom Standpunkt der Sozialdemokraten, übrigens auch anderer, sehr wohl, dass man, Bedenken hat, mit dem Existenzminimum so tief zu gehen.

Aber nun kommt das andere Bedenken. Ich wäre bereit, für die nächsten 3 Jahre, meinetwegen für die nächsten 6 Jahre, diesem Antrag der sozialdemokratischen Partei oder des Herrn Obrecht zuzustimmen, aber wir können das nicht für 12 Jahre, wo wir hoffentlich wieder in normale wirtschaftliche Situationen kommen. Wir wollen doch nicht hoffen, dass wir nach 6 Jahren noch erklären müssen, ein Einkommen von Fr. 5000 in einer Stadt sei ungenügend, um überhaupt eine Steuer zu zahlen. Auch das zeigt, dass es unrichtig ist, ein Steuergesetz auf 12 Jahre hinaus verfassungsgemäss festzusetzen, das nur auf dem Wege der Verfassung korrigiert werden kann, in so anormalen Zeiten, wie wir sie jetzt durchmachen, die auf alle Verhältnisse des Erwerbs und Vermögens so ungünstig einwirken. Darum wäre es besser, wenn wir die Steuer vorläufig nur für zwei Perioden erheben würden. Dann allerdings, nach Ablauf dieser zwei Perioden, darüber wollen wir uns keine Illusionen machen, dann kommt es noch einmal (Heiterkeit). Das finden Sie nun überraschend; ich gar nicht. Ich habe gestern die Andeutung gehört, dass auch bei dem Kompromiss, der zwischen dem Bundesrat und Herrn Musy vorgesehen ist, man nach drei Perioden auch wieder komme. Das ist selbstverständlich, wir wollen das lieber deutlich sagen.

Noch etwas anderes trägt dazu bei, diese Kriegssteuer nicht für so lange Jahre zum voraus zu bestimmen. Dann ist die Frage, ob wir es auch zu andern Steuern bringen, zu indirekten Steuern. Sollte es gelingen, indirekte Steuern zu bekommen, so würde sich die Lage sehr bald anders gestalten; wir wissen auch nichts von der Tabaksteuer, wir wissen namentlich auch nicht, wie sich die Zölle entwickeln werden, und deshalb wäre es erwägenswert, dass Sie nicht schon auf 12 Jahre hinaus legiferieren, sondern dass wir unsere Unzulänglichkeit als Gesetzgeber in diesem Zeitpunkt anerkennen. Sie werden auch zugeben müssen, dass die gegenwärtige mentalité — wie man das französisch nennt — des ganzen Volkes, bei den Schwierigkeiten im Erwerbsleben, bei der krassen Zerstörung kleinerer Vermögen durch das Kriegselend, an sich nicht geeignet ist, die Frage der direkten Besteuerung objektiv und unabhängig und ruhig zu überlegen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus wäre es wünschbar, wenn wir nicht eine Arbeit für eine zu lange Zeit machen, sondern uns vorbehalten, darauf wieder zurückzukommen.

In erster Linie empfehle ich Ihnen den Antrag Meyer, anstatt 3 Jahre, 4 Jahre zu machen; damit reduziert sich der Jahresbetrag auf einige 40 Millionen. Ich empfehle Ihnen darum diesen Teil unseres Antrages von vornherein, und den andern Teil bitte ich Sie, wenigstens zu überlegen.

M. **Choquard.** Dans la session de décembre 1917, 65 de nos collègues ont signé avec moi un postulat ainsi conçu:

«Le Conseil fédéral est invité à examiner si en vertu de ses pleins pouvoirs, il n'y aurait pas lieu de

mettre à la charge de la Confédération dans une proportion plus forte les prestations prévues par le règlement d'administration pour l'armée fédérale du 9 novembre 1885 qui impose aux communes des charges trop lourdes. »

Je ne veux pas examiner les raisons pour lesquelles ce postulat d'ordre économique n'a pas été jusqu'à présent discuté. Ignorant le sort qui lui serait réservé lors des discussions, je considère de notre devoir de profiter de la discussion actuelle et notamment de l'article 1 pour présenter un amendement ainsi conçu: « La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital qui aura été dépensé pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale et à indemniser les communes qui ont supporté des dépenses extraordinaires pour le cantonnement des troupes ». On me fera peut-être observer qu'un postulat présenté par MM. Muller et consorts atteint le même but. Il dit: « Les cantons verseront à la Confédération les quatre cinquièmes des contributions encaissées et la moitié du cinquième restant aux communes qui ont manifestement souffert des conséquences économiques de la guerre. Les versements aux communes seront calculés d'après le montant des sommes disponibles et des dépenses de guerre réellement effectuées par ces communes. »

Ce postulat ou amendement n'est pas tout à fait conforme au postulat que nous avons déposé, parce qu'il laisse aux communes le soin d'affecter leurs produits à différentes dépenses qui n'entrent peut-être pas dans celles qui sont spécialement destinées aux cantonnements. Il serait certainement très intéressant pour vous tous si l'on pouvait joindre à la discussion actuelle la discussion de mon postulat. Mais je n'ose pas le demander à M. le président. Je tiens à 'être renseigné à ce sujet. Entend-on dans l'article premier du projet qui nous est soumis que la première partie qui dit que la Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital qui aura été dépensé pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale, entend-on aussi que les communes seront indemnisées pour les frais extraordinaires qui résultent du cantonnement? Si tel est le cas, je me déclare satisfait. Dans le cas contraire, s'il n'est pas entendu que sur l'impôt de guerre qui sera perçu les communes seront indemnisées pour les charges extraordinaires qu'elles ont dû subir du fait de la mobilisation et du cantonnement, je demande alors de joindre à cette disposition l'amendement que j'ai l'honneur de vous proposer.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La discussion d'aujourd'hui et celle qui a eu lieu hier au sein de la commission, dans une séance spéciale, me font penser qu'il serait peut-être utile et conforme à l'intérêt public que les différentes propositions formulées fussent encore examinées une fois d'une manière approfondie, avec le calme dont il faut entourer des questions aussi graves, dans la commission elle-même. Je suppose que M. le président de la commission va tout à l'heure nous demander de renvoyer les différentes propositions déposées pour les chiffres 1 et 2 du texte constitutionnel à un nouvel examen de la commission. L'impression générale que je tire de la discussion est qu'il est absolument nécessaire que tous les partis et les hommes de bonne volonté fassent un effort de concentration. Rien ne serait plus dangereux pour le fisc fédéral que l'état de désarroi et de dispersion des forces, qu'un état de discorde intérieure. Si le Parlement ne s'entend pas sur une formule qui puisse rapprocher les esprits, réunir toutes les bonnes volontés, je crains que ce projet qui est d'utilité publique et qu'il faut sauver à tout prix ne rencontre dans le peuple une opposition dangereuse. Si, par malheur, une coalition de partis, de groupes ou de régions, partant de points de vue différents, devait miner l'existence de ce projet, je prévois que la Confédération entrerait dans une période financière troublée dont il lui serait très difficile de sortir à son honneur. Je m'imagine que le jour où le projet concernant l'impôt de guerre renouvelé ne serait point accepté par le peuple, les partisans de l'idée de l'impôt permanent direct lanceraient immédiatement une deuxième initiative. Ce serait dans la logique de la situation. Si l'initiative n'était point acceptée, nous devrions discuter plus tard un projet à peu près analogue à celui que le Conseil fédéral vous propose. Si l'initiative était acceptée, il faudrait songer à la loi normale d'application dont la préparation, l'élaboration et le vote exigeraient un temps considérable et, en attendant, nos déficits enfleraient, nos dépenses augmenteraient et le crédit public en souffrirait profondément. Voilà pourquoi je supplie tous les membres de ce Conseil de faire un effort de bonne volonté pour chercher à trouver avec le Conseil fédéral une solution de nature à réunir tous les efforts. C'est le but commun et désirable.

Après avoir fait cette constatation, je voudrais examiner aussi brièvement que possible les différentes propositions formulées, non pas parce que je désire qu'un vote intervienne aujourd'hui, je désire plutôt que toutes les questions soient examinées encore une fois par la commission, mais pour vous éclairer dans la mesure de mes forces, pour vous orienter en quelque sorte dans ces matières délicates qui sont particulièrement de mon ressort. Je voudrais, en jugeant les différentes propositions, être absolument impartial, parler sans aucune passion, vous montrer ce qu'il y a de bon et de moins bon dans chacune des propositions formulées. Je voudrais en quelque sorte tâcher non pas d'accentuer les divisions qui peuvent exister parmi vous, mais vous montrer peut-être que certaines des propositions déposées dans le débat, malgré les apparences contraires, se rapprochent par certains points et donnent la possibilité de certaines formules communes.

Tout d'abord, la proposition du Conseil fédéral. La pensée première du département des finances, avant d'avoir consulté des experts sur la matière, avait été — M. le président de la commission a bien voulu le rappeler ce matin et d'autres orateurs aussi — de déclarer d'ores et déjà dans le texte constitutionnel que la moitié de la dette de guerre devait être amortie par l'impôt de guerre renouvelé. J'insisterai tout à l'heure sur la signification précise de ce mot «amorti», parce qu'il semble toujours qu'il y ait dans le débat certains malentendus, certaines équivoques qu'il faut absolument dissiper. Le raisonne-

ment sur lequel cette pensée était basée était le suivant — je vous prie de m'accorder pour quelques instants toute votre attention pour pouvoir saisir à votre tour quel est le mécanisme en quelque sorte, soit de l'amortissement, soit de l'établissement des budgets futurs de la Confédération. Il faut en effet distinguer nettement deux choses, d'abord l'amortissement de la dette, tâche grave, tâche je dirai formidable, puis l'établissement de nos budgets futurs, indépendamment en quelque sorte de la question de l'amortissement de la dette. Le Conseil fédéral est parti et le département des finances avant le Conseil fédéral de l'idée que la dette de guerre telle que nous pouvons l'envisager aujourd'hui sera d'un milliard et demi de francs. A ce propos, une parenthèse. On nous parle d'un kaléidoscope de chiffres. Qui pourrait les arrêter sur cette scène mouvante et changeante? On a cité aujourd'hui certaines déclarations faites par celui qui a l'honneur de parler, en partant de l'idée que la guerre serait terminée dans le courant de l'année. L'hypothèse qui nous paraît aujourd'hui la plus plausible, celle qui nous semble la meilleure, consiste à penser que la guerre ne finira pas cette année, qu'il faut envisager encore une autre année de guerre avec toutes ses conséquences financières. Ne nous faisons donc pas des reproches, prenons les choses telles qu'elles sont. Nous sommes des hommes et les événements sont si formidables que nous devenons chaque jour plus petits devant eux.

Un milliard et demi de dettes. Nous disions: La moitié de cette dette doit être amortie par plusieurs générations, l'autre moitié doit être amortie rapidement par la génération actuelle. Donc 750 millions à amortir par plusieurs générations, 750 millions à amortir rapidement par nous-mêmes. 750 millions exigent pour être amortis en 40 ou 50 ans une somme annuelle de 40 à 45 millions. Le Conseil fédéral part de l'idée que cette somme doit être demandée à des mesures ordinaires, à des impôts indirects frappant soit les objets de consommation, soit la fortune acquise, le timbre, le tabac, l'alcool, les taxes militaires. S'il était nécessaire d'ajouter encore d'autres ressources à celles que je viens d'indiquer et qui figurent encore actuellement dans le programme du Conseil fédéral que vous connaissez, il faudrait se livrer à des études, présenter des propositions, les voter. Le timbre, le tabac, l'alcool, la taxe militaire sont destinés à donner à peu près le nécessaire pour faire face à une partie de l'amortissement à supporter par plusieurs générations pour une période, je le répète, de 40 à 50 années. *L'autre moitié doit être amortie par nous-mêmes.* Nous allons réaliser 100 millions par le premier impôt de guerre. Nous pouvons aujourd'hui réaliser encore 300 millions par l'impôt sur les bénéfices de guerre.

A ce sujet, permettez encore une parenthèse. M. Maunoir disait ce matin qu'on peut bien admettre que le chef des finances cherche toujours à être un peu au-dessous de la réalité, que nous avons assisté à des surprises agréables et qu'il faudrait évidemment ajouter encore quelque chose aux chiffres du département des finances. Je me permets de vous mettre en garde contre ce raisonnement qui a été aussi celui du rapporteur français de la commission avant-hier. Tout d'abord, en ce qui concerne l'impôt sur les bénéfices de guerre, il ne faut point oublier qu'une partie de cet impôt est destinée à alimenter un fonds de chômage et que la somme destinée à alimenter ce fonds de chômage doit être déduite du montant total de cet impôt. Les taux de cet impôt ont été augmentés en partie précisément pour alimenter ce fonds et il ne serait point juste de vouloir faire une distinction entre les sommes allant à la caisse de chômage et les sommes versées dans la caisse de la Confédération. En outre, si l'on a eu une surprise agréable lors du premier impôt de guerre, c'est qu'à ce moment-là il n'y avait pas de statistique, c'est que nous avons dû faire des évaluations très approximatives. Nous avons consulté des statisticiens et des experts qui nous ont fourni des chiffres justes au point de vue statistique, mais complètement faux au point de vue de la réalité. Nous avons pu constater avec une satisfaction profonde au cours de la guerre que la fortune nationale de la Suisse était supérieure à ce que nous avions prévu en 1914. Nous avons été à même de faire face à tous nos besoins et de maintenir notre crédit par les appels au marché intérieur. Nous y avons réussi. Chaque fois que nous avons adressé un appel au crédit, notre demande a été couronnée de succès. Nous pensons qu'il en sera de même à l'avenir. En 1914, nous n'avons pas pu prévoir tout cela. Aujourd'hui nous connaissons exactement le rendement du premier impôt de guerre. C'est sur ce produit qu'ont été basés les calculs précis consignés dans le message du Conseil fédéral. Le service des contributions fédérales me déclare de la manière la plus formelle qu'il décline toute responsabilité si l'on admet dans les hypothèses à formuler à l'appui des décisions à prendre que le résultat de ses calculs sera dépassé par une surprise agréable. Dès lors, si le Conseil fédéral vous déclare que le rendement probable de l'impôt de guerre renouvelé, basé sur le taux et l'échelle proposée, sera d'environ 180 millions pour la période entière, soit 60 millions par année avec la part des cantons, vous devez le croire. Ces évaluations répondent à la réalité. Si notre espoir était trompé en bien, tant mieux, mais à mon avis il serait souverainement imprudent de la part du Parlement et surtout de la part du Conseil fédéral de laisser croire que nous pouvons en quelque sorte nous bercer d'illusions.

Je continue mon raisonnement. 100 millions, premier impôt de guerre, 300 millions, impôt sur les bénéfices de guerre, total 400. Il nous reste 350 millions à trouver pour amortir la moitié de la dette de guerre. Or, Messieurs, je voudrais attirer votre attention sur la différence essentielle qui existe entre un payement simple et un amortissement proprement dit. Pour amortir 350 millions en dix ans, il faut que la caisse fédérale dispose de 450 millions. Les calculs que j'ai fait établir démontrent que 350 millions peuvent être amortis dans l'espace de neuf ans avec une annuité de 50 millions, soit un total de 450 millions. Gardez-vous, Messieurs, de faire une confusion entre l'amortissement, qui comprend le service de l'extinction de la dette et le service des

intérêts, et l'idée d'un simple payement brut sans aucune préoccupation d'amortissement. Ces données fournissent la preuve mathématique en quelque sorte que trois répétitions de l'impôt de guerre sont le minimum de ce que le Conseil fédéral peut demander. Si vous alliez au-dessous de cette somme, je devrais évidemment m'incliner devant votre vote, mais décliner toute responsabilité pour l'avenir.

Reste, Messieurs, un très important côté de la question financière, le rétablissement de l'équilibre de nos budgets futurs. J'attire votre attention sur ce facteur essentiel. Déjà avant la guerre, les budgets de la Confédération étaient souffrants, menacés par le déficit. Le déficit même y avait établi en quelque sorte son siège. Le renchérissement formidable de la vie va nous obliger de mettre en harmonie le traitement des serviteurs de l'Etat avec les conditions d'existence actuelle. Nous dépensons actuellement environ 80 millions de traitements, je ne parle pas des C. F. F., mais seulement des employés et fonctionnaires de la Confédération. Pour augmenter les traitements dans la proportion actuelle de la cherté de la vie, il faudrait les doubler. Mais je ne formule pas cette hypothèse. J'admets que la cherté de la vie diminuera avec le temps, mais les prix d'avant-guerre ne reviendront pas et la vie restera chère. Si vous admettez seulement le 50 % de renchérissement, il faudrait augmenter les traitements de nos fonctionnaires dans des mesures oscillant entre 40 et 50 %. Je veux admettre le 40 % par exemple. Il en résultera sur la dépense ancienne un surcroît de 30 à 35 millions.

En outre, qui, parmi vous, peut s'imaginer que la Confédération va sortir sans autre de cette crise formidable de l'histoire du monde, qu'elle pourra s'arrêter et s'enlizer dans une stabilisation sociale absolue, qu'elle n'abordera pas des tâches nouvelles, que surtout l'oeuvre d'assurance-vieillesse et invalidité ne viendra pas frapper à nos portes pour demander une solution aussi rapide que possible! Alors où prendre l'argent pour subvenir à ces tâches? Pour garantir l'avenir social de la Confédération nous n'avons pas à notre disposition des sommes aussi considérables. Eh bien, Messieurs, dans mon optimisme, je vais jusqu'à admettre que le rendement des douanes, le développement de nos régies et les économies militaires nous fourniront les appoints nécessaires pour aborder ces tâches. Mais, Messieurs, ce serait presque un optimisme coupable que de s'imaginer que les ressources existantes peuvent nous fournir plus que le nécessaire pour résoudre ces tâches-là. J'en déduis que ce que je vous demande pour l'amortissement de la dette de guerre, c'est le strict nécessaire, je ne demande rien de plus. J'ai eu l'honneur d'expliquer hier que la formule consistant à substituer l'idée des trois-quarts de la dépense de mobilisation à celle du payement de la moitié de la dette de guerre arrive au même résultat pratique. Je ne veux pas vous en fournir à nouveau la démonstration, vous prétendriez avec raison que je lasse votre patience, mais je vous prie d'avoir toujours présente à votre esprit cette constatation.

Maintenant, j'arrive à la proposition de M. Musy. Si la dette de guerre ne dépasse pas le chiffre de un milliard et demi, si la guerre ne dure pas encore très longtemps, on peut admettre avec un peu d'optimisme que l'acceptation de la proposition de M. Musy permettrait de subvenir à nos besoins, surtout si on l'accompagne d'une réserve qui me semble essentielle et qui distingue profondément la situation d'aujourd'hui de celle où nous étions lorsque nous avons discuté le premier impôt de guerre. Aujourd'hui, MM. Musy et consorts veulent bien faire une déclaration absolument typique. Nous vous offrons maintenant, disent-ils, les 450 millions dont vous avez besoin en vous fondant sur votre hypothèse. Nous les donnons. Si cela ne suffit pas, nous sommes disposés à examiner la question encore une fois aux termes des neuf années de perception. Messieurs, si tel est le sentiment profond des auteurs de cette proposition, je crois qu'on pourrait avec un peu de bonne volonté et si l'on trouvait là une formule qui puisse satisfaire tous les esprits, faire acte d'adhésion, mais seulement avec la réserve: il ne faut pas s'imaginer aujourd'hui que cette solution règle la question une fois pour toutes, elle ne résoud pas le problème. Cette mesure doit être considérée en quelque sorte comme empirique, destinée à atteindre un but déterminé, mais elle doit être accompagnée de la réserve formulée de pouvoir revenir sur la question si le rendement de l'impôt de guerre ainsi établi ne suffit pas à atteindre le but final: l'amortissement de la moitié de la dette de guerre. Dans la discussion du premier impôt de guerre, on disait toujours: Cet impôt sera prélevé une seule et unique fois, il n'est pas renouvelable. Aujourd'hui je constate que les événements ont marché et à leur contact nos idées ont évolué. Maintenant, on ne dit pas: Cet impôt ne sera plus jamais renouvelé, on ne dit pas non plus qu'une quatrième et même une cinquième répétition de l'impôt de guerre doive être absolument perçue. On dit seulement: Commençons par trois répétitions, et après, s'il le faut, nous examinerons encore une fois le problème. Dans ces conditions, la loyauté et l'impartialité me commandent de reconnaître qu'il y a quelque chose de louable, même de juste et d'équitable dans l'idée de ne pas demander au législateur actuel, qui se trouve en présence de l'inconnu, de pousser son regard au delà d'un avenir qu'il ne peut scruter. On veut bien se contenter, en attendant, de faire un effort qui durera neuf ans. M. Musy a déduit de mes paroles que je ne repousse pas d'une manière absolue sa proposition, mais j'ajoute immédiatement un argument qui doit faire réfléchir les auteurs de cet amendement sur la question de savoir s'ils sont vraiment bien inspirés. Vous me permettrez de parler avec franchise. Lorsque les neuf années se seront écoulées, si les faits ont confirmé l'optimisme de M. Musy, on pourra dire qu'il aura suggéré à l'heure actuelle une solution conforme aux intérêts politiques qu'il veut avant tout sauvegarder. Mais si, à l'expiration des neuf années, il fallait encore faire un nouvel appel sous la forme d'un impôt direct à la fortune et au revenu, alors, Messieurs, que se passerait-il? A ce moment-là, la grave question de l'impôt direct permanent se poserait encore une fois tout entière

dans des conditions telles que pour les adversaires de l'impôt direct permanent, la lutte serait bien plus âpre et plus difficile. Je crains que, ce jour-là, les partisans de la souveraineté cantonale en matière fiscale ne succombent. En effet, que se sera-t-il passé? Le peuple se sera habitué pendant neuf ans à l'impôt direct fédéral, ensuite, des tâches nouvelles se présenteront, à ce moment-là, à la Confédération. La formule choisie pour jeter au peuple, s'il m'est permis de le dire, un appât pour obtenir la continuation de cet impôt sera aussi tentatrice que la première fois. Alors, Messieurs, je me demande si ceux qui se récrient aujourd'hui contre le projet actuel du Conseil fédéral et qui en demandent une limitation ne constateront pas qu'ils ont été mal inspirés et ne se repentiront pas de n'avoir pas écouté la voix du Conseil fédéral. Ce n'est pas mon rôle à moi aujourd'hui d'examiner cette question purement au point de vue politique. Evidemment, je ne puis pas dissocier l'élément politique de l'élément financier. Mais, avant tout, mon devoir est de veiller à la sécurité des finances de la Confédération et à la solidité de son crédit. Si M. Musy et ses amis et ceux qui ont signé sa proposition veulent courir le risque que je signale en toute sincérité, je m'incline. C'est leur affaire, ce n'est plus la mienne.

Voilà pourquoi j'ai pensé que la solution du Conseil fédéral résolvait le problème et le résolvait une fois pour toutes, parce que même si la dette de mobilisation augmentait, même si la guerre durait longtemps encore, le principe constitutionnel aurait été fixé, principe d'après lequel la dette de mobilisation doit être couverte par l'impôt de guerre renouvelé, et il était impossible, Messieurs, aussi longtemps que ce principe aurait duré, d'arriver à une autre solution que celle qui aurait été déjà consacrée par le texte constitutionnel. Il me semble que le danger d'une nouvelle offensive, en quelque sorte, en faveur de l'impôt direct permanent aurait été impossible. J'ajoute encore un raisonnement qui, cette fois, vient plutôt à l'appui de l'idée de M. Musy — vous voyez que je mets dans la discussion de cette question toute la sérénité d'esprit dont je suis capable. M. Musy et ses amis disent: Nous ne savons rien d'exact au sujet du compte de mobilisation; vous nous demandez en quelque sorte de payer une quote-part d'une dette composée d'éléments hétérogènes sur lesquels nous n'avons pas la maîtrise. M. Maunoir a dit que c'est une carte blanche que l'on fournit à l'état-major. Non, il est de mon devoir de prendre la défense de l'état-major qu'on a critiqué, me semble-t-il, d'une manière injuste. L'état-major et le général ne sont plus maîtres aujourd'hui de disposer d'un seul centime, à titre extraordinaire, sans avoir d'abord consulté et demandé l'approbation du Conseil fédéral. En vertu d'un arrêté pris au mois de février 1916, le général et l'état-major ont dû renoncer à la prérogative financière dont ils jouissaient. C'est le Conseil fédéral qui paye sur tous les crédits ayant un caractère extraordinaie. Ce n'est donc pas une carte blanche que l'on donne au général, mais plutôt une carte blanche fournie au Conseil fédéral. J'admets d'ailleurs qu'on peut trouver contre le Conseil fédéral aussi certains arguments qu'on a voulu invoquer contre l'état-major. Vous voyez que je discute ici avec la plus grande impartialité. Cependant si je ne peux pas admettre qu'on parle d'une carte blanche donnée à l'état-major pour les raisons indiquées, il y a cependant quelque chose de juste dans cette critique qui consiste à dire: Nous ne savons pas quel sera le montant de la dépense ni les facteurs de ce montant. Dans le compte de mobilisation figurent tout d'abord le solde de l'entretien des soldats, les dépenses pour les cantonnements, pour l'assurance militaire, les dommages et aussi les dépenses faites pour les immeubles, les arsenaux, fabriques de poudre, fortifications, etc., etc. Je reconnais qu'il faudrait probablement à un moment donné faire un départ de tout ce qui est dépensé absolument indispensable à la mobilisation et de ce qui est par contre un capital actif restant en faveur de la Confédération. A ce point de vue, on peut peut-être dire que dans les objections de M. Musy il y avait quelque chose de vrai. Cependant je tiens à dégager toute ma responsabilité même sur ce point. Ce n'est pas le département des finances qui a suggéré cette formule, ce sont les experts. Et M. Musy était aussi du nombre des experts. Et lorsque les experts ont conseillé au département des finances cette formule, ils avaient cru trouver une formule heureuse limitant dans la mesure du possible l'arbitraire de l'administration. Je ne reproche pas à M. Musy d'avoir aujourd'hui changé d'idées. Je reconnais qu'il s'agit de questions où, de très bonne foi, après un nouvel examen, on peut acquérir une idée tout autre que celle à laquelle on s'était arrêté au début. Je tiens cependant à dire que le département des finances et le Conseil fédéral ont toujours dit la vérité, qu'ils ont été francs et n'ont trompé personne.

J'arrive à la proposition de MM. Meyer et Speiser et je m'excuse vis-à-vis de MM. Naine et Müller si je ne reviens plus sur leurs propositions. J'ai déjà eu l'honneur d'en parler hier en passant et je ne pourrais que confirmer ce que j'ai eu l'honneur de leur dire.

Quant à la proposition de MM. Meyer et Speiser, qui consiste à vouloir introduire la période de trois à quatre ans, je ne pourrais pas l'accepter. Mais je ne m'oppose pas à ce que la question soit encore examinée au sein de la commission, parce que je trouve qu'elle sacrifie les intérêts politiques aux intérêts économiques. Les trois périodes s'imposent avec une nécessité absolument inéluctable. Si vous faites des périodes de quatre ans, vous arrivez à un impôt temporaire de guerre qui durera douze ans, et alors je comprends les scrupules des fédéralistes, qui disent que cela conduirait nécessairement à l'impôt direct permanent. On s'est apitoyé, excusez l'expression, sur les détenteurs des grandes fortunes et des grands revenus et on a invoqué en leur faveur la nécessité de leur permettre de poursuivre les oeuvres de libéralité qui les honorent et devant lesquelles je m'incline. Mais vous me permettrez de constater encore une fois que toutes les fortunes jusqu'à un demi-million ne supporteront pas une charge annuelle supérieure à celle du premier impôt de guerre. Or, même les Chambres de commerce de

la Suisse qui ont envoyé une requête auraient été d'accord pour accepter les taux du premier impôt de guerre. Elles admettent en quelque sorte que la charge annuelle supportée par le premier impôt n'était point excessive. De là je tire la conclusion qu'aucune fortune jusqu'à un demi-million ne serait imposée plus qu'autrefois, mais plutôt moins. De même pour le revenu jusqu'à 20,000 francs, chiffre que l'on estime considérable en Suisse.

Restent les autres. Je vous demande si les détenteurs des fortunes, de gros revenus, ne pourraient, si c'était nécessaire, faire le sacrifice d'une partie de leur fortune et s'il y a là quelque chose d'excessif. Comment! Nous aurions assisté indemnes à des événements qui ont bouleversé tous les pays, nous aurions eu le privilège, que nous devons en partie à la Providence certainement, d'être préservés de ce bouleversement universel; nos capitaux auraient été sauvegardés; les grandes fortunes seraient demeurées intactes et s'il s'agit d'un petit sacrifice à faire, on se récrierait! On dirait que c'est exagéré! C'est un langage que je ne comprends pas. Il faut avoir une mentalité d'avant la guerre pour tenir ce langage. Mais ceux qui ont vu la guerre, qui l'ont sentie, qui ont appris à penser avec les pensées nouvelles surgies de son sein, ceux-là ne peuvent pas trouver que nous demandons aux grandes fortunes et aux grands revenus quelque chose d'excessif. Je sais qu'il y a une part de civilisation suisse dans les oeuvres de philanthropie des riches chez nous. Je m'incline toujours devant le riche qui honore sa richesse par le travail. Mais je ne m'incline jamais devant celui qui croit que la richesse lui donne le droit à l'oisiveté. J'ajoute que si je respecte et si je m'incline devant les oeuvers de la philanthropie en faveur de la musique, de la peinture, de la sculpture et des beaux-arts, le sacrifice véritable n'est accompli que par celui qui donne du nécessaire. Et donner du superflu, c'est encore la plus grande jouissance de l'homme.

Voilà pourquoi j'encourage ces riches à être philanthopes, mais je les envie de pouvoir faire le bien et de pouvoir éprouver en même temps dans leur conscience la plus haute jouissance morale donnée à l'homme, celle du bien fait avec son superflu. Voilà pourquoi je trouve que même les scrupules économiques ne sont point justifiés.

Je reconnais que la situation des cantons est difficile, que les charges sont devenues considérables, mais je crois que la plupart des cantons seront à même de faire face à leurs besoins avec la part qui leur sera accordée par le fisc fédéral à la suite de l'impôt renouvelé. Dans certains cantons cette quote-part ne suffira pas, à cause de leur politique spéciale. J'ai en vue particulièrement le canton de Bâle-Ville. Celui-là devrait songer à d'autres remèdes. Mais je ne crains pas de dire que la puissance financière de ces cantons est telle que la saignée que nous leur demandons de pratiquer ne les affaiblira pas.

Je me résume. Je vous prie de concentrer vos efforts. Je vous supplie de ne pas éparpiller vos forces, de chercher une formule qui vous unisse, une formule qui puisse donner satisfaction à ceux qui sont encore aujourd'hui les partisans de l'impôt direct permanent, en même temps qu'aux adversaires convaincus de cet impôt. Ce sera l'avenir qui départagera le grand conflit. Si l'optimisme a raison, M. Musy sera le vainqueur. Si, par contre, cet optimisme n'est pas confirmé par les faits, ce sont les partisans de l'impôt direct permanent qui triompheront un jour, peut-être pas très éloigné. Mais tous, sans exception, peuvent, s'ils le veulent, se donner aujourd'hui la main pour trouver une formule de paix et de conciliation.

Ullmann: Es ist ja wohl nicht gerade welterschütternd, wenn die Frage der Bestimmung der Zeitdauer so oder so ausfällt; diese Frage ist höchstens wichtig für unser politisches Leben. Was mir heute bei der Beratung aufgefallen ist, das ist zunächst die ausserordentliche Elastizität der Denkweise bei den Kommissionsmitgliedern. Die Gehirnganglienzellen bei den Kommissionsmitgliedern scheinen ausserordentlich variabel zu sein (Heiterkeit); denn über Nacht haben sie ihre Ansichten geändert, und von gestern auf heute sind uns eine ganze Anzahl Anträge auf den Tisch geflogen. Was mir überhaupt aufgefallen ist in der Frage der Finanzreform, das ist die ungewöhnliche Veränderungsfähigkeit, die übergrosse Verwandlungsfähigkeit in den Anschauungen bei den Beratungen. Dieser stete Wechsel ist nicht gut, und es wird kein gutes Ende nehmen. Was aber nicht nur auffallend, sondern direkt befremdend für mich war, das ist die Stellungnahme einzelner oder mehrerer Mitglieder der freisinnig-demokratischen Partei. Ich erinnere Sie daran, dass am Parteitag vom 20. Mai ausdrücklich verlangt wurde, dass Vermögen und Erwerb zur Tilgung von mindestens der Hälfte der Mobilisationsschuld herangezogen werden, dass also die neue Kriegssteuer so lange wiederholt werden müsse, bis das geschehen sei. So lautete damals der Kompromiss, der von den Abgeordneten der deutschen und der Westschweiz beschlossen wurde und damals beinahe Einstimmigkeit fand. Mit diesem Kompromissantrag wurde bei uns in der Ostschweiz an allen Versammlungen die direkte Bundessteuer bekämpft. Das Quantitative der Deckung wurde positiv versprochen, man konnte und wollte nicht einen festen Betrag festlegen, aber ein bestimmtes Verhältnis bestimmen für den zu beschaffenden Betrag. Wenn wir damals nicht das Versprechen in diesem Sinne abgegeben hätten und mit aller Entschiedenheit für dasselbe eingetreten wären, dann wäre bei uns das Resultat der Abstimmung anders ausgefallen, da hätten Sie Wunder erleben können.

Nun wird uns Mitgliedern der freisinnig-demokratischen Partei zugemutet, nachdem wir damals in positiver Form die Stellung bezogen haben, unsern Antrag wieder abzuschwächen, oder mit andern Worten gesagt, zurückzukrebsen. Wenn wir das tun, wenn wir die Anträge der Herren Musy und Konsorten annehmen, dann steuern wir mit dem Steuermann Herrn Musy ganz sicher der Bundessteuer zu. Das steht für mich fest. Ich persönlich kann und mag nicht vom Boden abweichen, den wir am Parteitag bezogen haben, ich will auch in der Politik mein gegebenes Wort halten. Ich bitte Sie, am Antrage des Bundesrates festzuhalten.

Eugster: deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir sind alle, ich zweifle nicht daran, von dem Wunsche beseelt, auch in dieser Frage eine Lösung zu finden, welche der Sache dienlich ist. Um das zu ermöglichen, möchte ich Ihnen beantragen, Ziffer 1 und 2 an die Kommission zurückzuweisen, um die gefallenen Voten und die gestellten Anträge noch einmal zu besprechen und einen Ausweg zu suchen.

Hirter: Ich möchte den Antrag des Herrn Kommissionsreferenten dringend empfehlen. Als wir hierher kamen, kamen wir in der Meinung, hier eine einstimmige Kommission zu finden. Ausser dem Antrag der Kommission lagen damals keine Anträge vor. Nun haben wir gehört, dass sich einzelne Kommissionsmitglieder diesem Antrag gegenüber ablehnend verhalten, andere Anträge stellen und neue Anregungen machen. Auf der andern Seite scheint es mir doch möglich zu sein, eine Einigung zu finden, z. B. auf dem Antrag des Herrn Meyer, allerdings mit einer unbegrenzten Festlegung der Steuer auf die drei Viertel und dann wieder zwischen dem Antrag der Herren Müller und Obrecht und Sträuli. Das alles sollte zu erzielen sein. Wir haben nicht viel Zeit vor uns, und wir sind nicht in der Lage, diese Session vorbeigehen zu lassen und die Sache in einer andern Session wieder aufzunehmen; wir haben auch nicht die Zeit vor uns, einen Verfassungsartikel zur Abstimmung zu bringen, um ihn dann verworfen zu sehen. Das alles müssen wir vermeiden, denn es ist dringend nötig, dass wir mit bezug auf unsere Finanzen vorwärts kommen. Der Bund arbeitet gegenwärtig zum grossen Teil mit den Reskriptionen, mit denen er sein Geld bei der Nationalbank erhebt und durch welche die Banknotenzirkulation beständig erhöht wird. Diese Erhöhung der Banknotenzirkulation muss einmal ein Ende nehmen. Wenn auf der andern Seite die Steuervorlage unter Dach kommt, wenn man bestimmt weiss, dass die Steuer zu bezahlen ist, so werden Gelder zurückgehalten und bereitgestellt werden für die Bezahlung der Steuer, und mit dieser Steuer wird der Bund wieder in den Besitz von soundso viel barem Gelde kommen. Namentlich wird das auch der Fall sein, wenn er es möglich macht, dass eine vorherige Einzahlung auf die Steuer bei der Nationalbank stattfinden kann. Ich möchte Ihnen dringend ans Herz legen, sich auf einen bestimmten Antrag zu einigen, persönliche Anschauungen in einem gewissen Masse preiszugeben, soweit das möglich ist. Bringen Sie uns zur nächsten Beratung der Angelegenheit einen Antrag der geeinigten Kommission.

M. le **Président:** La commission, par l'organe de son président, demande que les chiffres 1 et 2 lui soient renvoyés. Cette proposition n'est pas combattue. Elle est adoptée. Il s'agit maintenant de savoir si nous allons continuer la discussion. Je considère que les dispositions du chiffre 3 peuvent dépendre en quelque mesure des décisions prises aux chiffres 1 et 2. Dans ces conditions-là il serait sage d'interrompre ici les délibérations et de les reprendre lorsqu'une décision sera intervenue au sujet des chiffres 1 et 2. Il sera procédé ainsi s'il n'est pas fait d'objection.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 20. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 20 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

731. Öffentlich-rechtliche Folgen der fruchtlosen Pfändung und des Konkurses.

Conséquences de droit public de la saisie infructueuse.

Differenzen. — *Divergences.*

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 219 hievor. — Voir page 219 ci-devant.)

Antrag des Herrn Affolter
vom 16. September 1918.

Sofern der Nationalrat den vom Ständerate vorgeschlagenen Artikel 1 im Prinzip annimmt, soll

Art. 1 lauten: Die Einstellung im Stimm- und Aktivwahlrecht wegen fruchtloser Pfändung und Konkurs als solchen kann durch die kantonale Gesetzgebung nur verfügt werden, wenn auf Antrag des Gläubigers nachgewiesen wird, dass der Schuldner seinen Vermögensverfall durch argen Leichtsinn oder grobe Nachlässigkeit verursacht hat. Die Dauer der Einstellung darf vier Jahre nicht übersteigen, und eine Wiederholung der Einstellung darf nicht stattfinden.

Proposition de M. Affolter
du 16 septembre 1918.

Article premier. La privation du droit de prendre part aux élections et votations pour cause de saisie infructueuse ou de faillite comme telles ne peut être statuée par la loi cantonale que s'il a été prouvé, à la demande du créancier, que le débiteur doit sa déconfiture à son impardonnable légèreté ou à sa grave négligence. La durée de la privation du droit de vote ne peut dépasser quatre années et la privation ne peut pas être répétée.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	19.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	278-303
Ref. No	20 028 612

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung v. 25. September 1918, vormittags 8 Uhr.
Séance du 25 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 278 hievor. — Voir page 278 ci-devant.)

Antrag der Kommission
vom 24. September 1918.

Ziffer 1.

Wie Vorlage.

Ziffer 2. (Absatz 1.)

[2] Diese Steuer wird in drei Perioden, einer vierjährigen und zwei dreijährigen, erhoben.

(Absatz 2.)

Für den Fall, dass die dreimal wiederholte Kriegssteuer dem Bunde weniger als 500 Millionen einbrächte, würde die Bundesversammlung ermächtigt, zur Erreichung dieser Summe eine Ergänzung der Kriegssteuer zu beschliessen.

Proposition de la commission
du 24 septembre 1918.

Paragraphe 1er.

Projet du Conseil fédéral.

Paragraphe 2. (Alinéa 1er.)

[2] Cet impôt sera perçu en trois périodes, l'une de quatre ans et les autres de trois ans.

(Alinéa 2.)

Pour le cas où l'impôt de guerre renouvelé trois fois donnerait à la Confédération pour sa part une somme inférieure à 500 millions, l'Assemblée fédérale serait compétente pour voter un impôt de guerre complémentaire permettant de parfaire cette somme.

Anträge des Herrn Maunoir
vom 25. September 1918.

Annahme des Antrages des Kommissionsminderheit vom 18. September, nämlich:

Ziffer 2.

[2] Die Steuer wird zweimal in vierjährigen Perioden erhoben. (Der Rest des Artikels ist zu streichen.)

Eventuell

Ziffer 2.

Festhalten am ersten Absatze des Kommissionsantrages vom 24. September 1918, lautend:
[2] Diese Steuer wird in drei Perioden, einer vierjährigen und zwei dreijährigen, erhoben.
Streichung des zweiten Absatzes, der von einem Mindestbetrag von 500 Millionen spricht.

Propositions de M. Maunoir
du 25 septembre 1918.

Adopter la proposition de la minorité de la commission du 18 septembre 1918, soit:

Paragraphe 2.

[2] Cet impôt sera perçu deux fois par période de quatre ans (tout le reste de l'article biffé).

Subsidiairement

Paragraphe 2.

Maintenir l'alinéa 1er de la proposition de la commission du 24 septembre 1918 ainsi conçu:
[2] Cet impôt sera perçu en trois périodes, l'une de quatre ans et les autres de trois ans.
Biffer l'alinéa 2 parlant du minimum de 500 millions.

Antrag des Herrn Blumer
vom 25. September 1918.

Ziffer 2. (Absatz 1).

[2] Die Steuer wird dreimal in vierjährigen Perioden erhoben.

Proposition de M. Blumer
du 25 septembre 1918.

Paragraphe 2. (1er alinéa).

[2] Cet impôt sera perçu trois fois par périodes de quatre ans.

Antrag des Herrn Meyer
vom 25. September 1918.

Hauptantrag

Vierjährige Perioden sowohl beim ersten wie beim zweiten Antrage der Kommission (29. August und 24. September).

Eventuell

(zum neuen Kommissionsantrag).

Ziffer 2. (Absatz 1).

[2] Diese Steuer wird in drei Perioden, einer dreijährigen und zwei vierjährigen erhoben.

Proposition de M. Meyer
du 25 septembre 1918.

Proposition principale

Fixer les périodes à quatre ans dans la 1er comme dans la 2e proposition de la commission (29 août et 24 septembre).

Proposition subsidiaire

(amendement de la nouvelle proposition de la commission).

Paragraphe 2. (1er alinéa).

[2] Cet impôt sera perçu en trois périodes, l'une de trois ans et les deux antres de quatre ans.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In der Sitzung in Interlaken hat die Kommission, wie ich Ihnen schon das letzte Mal mitteilte, den Anträgen des Bundesrates über diese Frage zugestimmt, und zwar ohne Gegenrede. Als wir am 19. September, letzte Woche, die Diskussion über diese beiden Artikel begannen, zeigte sich sofort eine starke Zerfahrenheit in der Auffassung. Die Kommission hat den Wunsch ausgesprochen, diese Angelegenheit noch einmal in ihrem Schosse zu besprechen, um, das war damals die Hoffnung, mit einem geschlossenen einigen Antrage an den Rat zu gelangen. Sie haben diesem Wunsche nachgegeben. Die Kommission hat in mehreren Sitzungen versucht, eine Einigung zu erzielen, leider nicht mit dem gewünschten Erfolg. Sie stimmt mehrheitlich dem Kompromissantrag zu, über den in letzter Zeit so viel innerhalb und ausserhalb dieses Saales gesprochen worden ist. Eine Minderheit von sieben Mitgliedern hat sich dem ursprünglichen Vorschlage des Bunderates angeschlossen. Das ist eine sehr unerfreuliche Situation, unerfreulich deswegen, weil wir in einer grossen und wichtigen Angelegenheit nicht zu einem einigen Vorschlage gekommen sind. Die eminente Bedeutung der Frage für unsere Eidgenossenschaft hätte es wohl verdient, dass wir einig und geschlossen vor Sie getreten wären.

Es ist nun meine Aufgabe, Ihnen den Kompromissantrag kurz zu erläutern, zu begründen und zur Annahme zu empfehlen. Ich tue es mit geteilten Gefühlen, weil ich ein Anhänger der Lösung des Bundesrates war und Konzessionen nur aus dem Bestreben gemacht habe, in einer solchen weittragenden Frage, die unser ganzes Land in hervorragendem Masse berührt, nicht auseinanderzugehen, weil ich mir sagte, ein einiger Rat werde im Volke eine einigende Stimmung auslösen und zur Annahme des Verfassungsartikels führen, während Getrenntheit, Zwiespältigkeit und Zerfahrenheit in unseren Reihen nicht zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wir haben es also hier mit einer Uneinigkeit zu tun, die sehr bedauerlich ist, und es tut mir leid, als Präsident der Kommission Ihnen nicht mehr Einigkeit zu zeigen.

Hingegen, möchte ich doch sagen, kann es uns eigentlich so furchtbar wundern, wenn wir bei einer solchen Frage nicht gleich uns einigen konnten? Denn der Vorschlag der Wiederholung der Kriegssteuer ist eben gar nicht mehr zu vergleichen mit der ersten Kriegssteuer, sondern etwas ganz anderes nach Charakter und Tragweite. Dort handelte es sich um eine einmalige Steuer, um ein einmaliges Kriegsopfer; so war sie wenigstens gedacht. Aber heute stehen wir vor der Notwendigkeit, auf mindestens zehn Jahre hinaus alle Jahre eine erkleckliche Steuer abzuführen. Ein einmaliges Opfer war viel leichter zu ertragen als eine regelmässige, Jahre dauernde Steuer. Dieser Charakter der Kriegssteuer hat uns die vielen Meinungsverschiedenheiten gebracht. Es ist in der Kommission ganz besonders betont worden, dass der Antrag, nur 500 Millionen abzuführen, durchaus nicht sagen will, dass damit die Leistungen des Besitzes an die Lasten des Krieges erschöpft sein sollen, sondern dass man ganz bestimmt damit rechnen müsse, dass der Besitz später noch einmal in irgendwelcher Form auf dem Wege der direkten Besteuerung an die Mobilisationskosten, an die Kriegskosten überhaupt, zu bezahlen hätte und dass dieser Kompromiss nicht den Sinn habe, für die Zukunft ein Mehreres abzulehnen. Die Beschaffung der Mittel für den Bund ist heute eine der grössten, aber auch der schwierigsten Aufgaben, die uns gestellt ist.

Ich möchte Ihnen zunächst die Differenz darlegen, welche besteht zwischen dem Vorschlage des Bundesrates und dem Vorschlage der Kommission, den Sie gedruckt vor sich haben. Nach dem Vorschlage des Bundesrates wäre die Steuer so oft zu erheben, bis drei Viertel der Mobilisationskosten gedeckt sein würden, mit andern Worten, die Steuer ist nicht begrenzt nach der Zahl der Jahre, während deren sie erhoben werden soll, und sie ist nicht begrenzt nach der Summe, die erreicht werden soll. Diese Summe konnte in der Vorlage des Bundesrates nicht angegeben werden, weil sie eben drei Viertel der Kosten beträgt, welche für das Aufgebot der Truppen ausgegeben werden. Diese Zahl kennen wir nicht, also konnten auch die drei Viertel davon nicht berechnet werden. Nun die Frage nach der Zeitdauer. Da steht der bundes-

rätliche Antrag auf dem Standpunkte, die Steuer solle so oft wiederholt werden, bis die Summe von drei Vierteln der Mobilisationskosten gedeckt sei. Das war gerade der Punkt, bei welchem die Opposition eingegriffen hat, weil viele nicht ver stehen konnten, dass man diese Steuer zeitlich unb egrenzt so lange erheben solle, bis eine heute unbekannte Summe gedeckt sei.

Demgegenüber will nun der Kompromissantrag der Kommission Remedur schaffen. Er spricht im Grundsatze die Limitierung der Steuer aus, und zwar die Limitation nach Jahren und, im Gegensatze hierzu — denn eine Limitation nach Jahren könnte dazu führen, eine Reduktion der Summe zu bewirken; das ist nicht gewollt — auch nach der Summe insofern, als mindestens 500 Millionen Franken durch diese Steuer gedeckt werden sollen. Das ist der prinzipielle Unterschied der beiden Anträge. Es ist zuzugeben, dass der Antrag des Bundesrates, für sich genommen, sowohl vom Standpunkte des Fiskus als von demjenigen der Grosszügigkeit aus, den Vorzug vor dem Kompromissantrag verdient. Er ist ausserordentlich large. Er bringt es zu einer Deckung von drei Vierteln der Mobilisationskosten, allerdings mit einer lange Zeit dauernden Kriegssteuer. Anderseits ist zuzugeben, und das wird gewiss auch von jedermann zugegeben, dass auf diese Weise für den Steuerpflichtigen auch gar keine Gewähr geboten ist, wie lange dieses, wir wollen einmal sagen, Spiel dauern solle, wie lange man diese Steuer zu entrichten habe, weil man weder Summe noch Dauer kennt. Die Steuer sei sozusagen eine carte blanche, die man ausstellt. Weil niemand die Dauer des Krieges kennt, kann auch niemand die zu deckende Summe nennen. Dazu kommt als drittes, dass viele die Befürchtung haben, das Tempo der Militärausgaben wachse in dem Masse, als die Mittel reichlich vorhanden seien. Wenn die Mittel sehr reichlich vorhanden sind, so besinnt man sich weniger, die Ausgaben zu machen. Ich bin zwar persönlich der Meinung, dass wir noch lange nicht an dem Punkte angekommen wären, wo wir an Geldüberfluss leiden würden.

Ein Grund, der auch für den Mehrheitsantrag spricht, ist der, dass man sehr oft das Bedenken äussern hörte, wenn man einmal die Entrichtung einer Steuer für zehn Jahre festgestellt habe, so dürfe man ganz gut damit für einmal aufhören und sagen: wenn dann nachher wieder Geld nötig sei, so sei man auch wieder da. Eine Bindung für zehn Jahre in der gegenwärtigen Zeit bedeute schon einen ganz wesentlichen Schritt und mit dem sollte man sich einstweilen begnügen. Diese Meinung hat vieles für sich. Wer von Ihnen will wissen, wie es nach zehn Jahren in unserem Lande aussieht mit dem Vermögen der einzelnen, der Industrie und der Gesamtheit? Ich will nicht wiederholen, was ich im Eintretensvotum gesagt habe über die Bedeutung der Steuer für die Industrie überhaupt. Wer von uns will wissen, wie es schon in drei oder vier Jahren bei uns aussieht? Ist der Krieg einmal vorüber, kommt dann die von uns allen erhoffte bessere Zukunft? Ist die Zukunft wirklich so, dass wir rasch wieder zu besseren, glücklicheren Verhältnissen kommen, in denen auch die Industrie gedeihen kann, oder wie wird die Zukunft sein? Darum sagen diese Herren: Etwas Ungewisses länger als für 10 Jahre festhalten, ist nicht richtig. Wir müssen es dem Rate bzw. seinen damaligen Mitgliedern überlassen, nach zehn Jahren wieder dasjenige vorzukehren, was nötig ist, um der Bundeskasse die nötigen Mittel zuzuhalten. Aber wir wollen nicht länger als für zehn Jahre unser Land binden.

Wie aus dem gedruckten Antrag hervorgeht, sehen wir vor, dass, wenn in diesen zehn Jahren ein Steuerertrag von weniger als 500 Millionen erreicht wird, die Bundesversammlung ermächtigt ist, den Rest der Summe bis auf 500 Millionen durch eine Supplementssteuer zu ergänzen. Dieser Zusatz ist entstanden aus dem Bestreben heraus, mindestens die 500 Millionen zu erreichen, selbst wenn eine einmalige Erhebung der Kriegssteuer nicht den dritten Teil von diesen 500 Millionen ausmachen würde. Für den Bund sollen es 500 Millionen sein. Das erfordert für die Gesamtsteuer einen Ertrag von 625 Millionen, um vier Fünftel dem Bund mit 500 Millionen geben zu können. Also das ist das Ventil, um sicher zu diesen 500 Millionen zu kommen. Und diese sind das Mass, das gefordert werden muss. Die Rechnung ist einfach. Nehmen wir die Ausgaben, so haben wir bis Ende 1918: Kosten der Mobilisation 1030 Millionen, dazu die Defizite der Verwaltungsrechnungen der Jahre 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918 mit 180 Millionen, so kommen wir auf 1210 Millionen. Anderseits haben wir an Einnahmen: 100 Millionen, die erste Kriegssteuer, die bezahlt ist, 300 Millionen bis Ende des Jahres an Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer und die 500 Millionen, die durch die Wiederholung der Kriegssteuer aufgebracht werden sollen, total 900 Millionen. Wenn also an dem Grundsatze festgehalten werden soll, der von verschiedenen Rednern und namentlich auch beim Kampfe gegen die direkte Bundessteuer geltend gemacht worden ist, dass die direkten Steuern, die Besitzsteuern, zum mindesten die Hälfte der Totalkosten ausmachen sollen, so dürfte dieser Einnahmenhälfte von 900 Millionen ein Ausgabentotal von 1800 Millionen entgegenstehen. Also wir hätten von den 1200 Millionen bis auf 1800 noch nahezu 600 Millionen zur Verfügung für die Jahre 1919 und 1920, und erst, wenn diese gebraucht wären, wäre das, was durch Besitzsteuern erhoben worden ist, die Hälfte der ganzen Summe. Das war auch der Standpunkt, den die freisinnig-demokratische Partei an ihrem Parteitag vertreten hat. Also mit den 900 Millionen wird noch für ein grosses Anwachsen der Kosten Deckung geschaffen.

Eine andere Rechnung. Die 100 Millionen erste Kriegssteuer und 300 Millionen Kriegsgewinnsteuer und die 500 Millionen wiederholte Kriegssteuer geben zusammen 900 Millionen. Nehmen wir die Mobilisationskosten, wie sie heute sich beziffern, und zwar inklusive die Verwaltungsdefizite, so kommen wir auf eine Auslage von 1200 Millionen. Oder mit anderen Worten, die 900 Millionen sind in Wirklichkeit drei Viertel der gesamten Mobilisationskosten oder der gesamten Kriegsschuld bis Ende 1918. Damit ist sowohl dem Verlangen, dass drei Viertel der Mobilisationskosten durch diese Steuer gedeckt werden sollen, als demjenigen, dass mindestens die Hälfte der Gesamtkriegskosten durch

den Besitz gedeckt werden sollen, Rechnung getragen. Das ist die Situation in finanzieller Hinsicht.

Wenn wir diese Regelung nun für zehn Jahre annehmen, so glaubt die Mehrheit der Kommission, damit einmal den Beweis geleistet zu haben, dass der Besitz wirklich den Bedarf deckt und dass man nach zehn Jahren wieder über die Sache reden kann.

In bezug auf die Limitierung der Kriegssteuer nach Jahren ist folgendes zu sagen. Wir sehen vor, dass die erste Periode eine vierjährige, die zweite und die dritte eine je dreijährige sein soll. Der Unterschied ist Ihnen auf der Stelle klar. Man wollte den Steuerpflichtigen, die während der Kriegszeit durch andere Sorgen hingehalten sind, so dass es eine grössere Zumutung wäre, sie schon während drei Jahren den ersten Drittel der Steuer entrichten zu lassen, etwas entgegenkommen. Es ist in den Kreisen unserer Kommission auch die Ansicht vertreten worden, dass alle Steuerperioden vierjährig sein sollen statt dreijährig. Ein solcher Antrag wird auch hier gestellt werden. Ich möchte hier nur betonen, dass, so wünschenswert es besonders für den Steuerpflichtigen wäre, wenn vierjährige Perioden gemacht würden, dadurch die Erhebungszeit auf mindestens zwölf Jahre verlängert würde. Wenn dann dazu noch die Supplementssteuer träte, die die fixierte Summe auf 500 Millionen bringen soll, so ginge es 13, 14 Jahre. Die Verlängerung dieser Periode war von denjenigen, die den Kompromissantrag gestellt haben, nicht gewollt. Wir kamen so dazu, die erste Periode auf 4 Jahre festzusetzen.

Es war auch die Meinung vorhanden, die vierjährige Periode sollte gegen Schluss der Wiederholung der Kriegssteuer eintreten. Aber die Kommission glaubte, dass die Schwierigkeiten, die Steuer zu bezahlen, während des Krieges in den ersten Jahren grösser sein werden als später und deshalb wurde nicht die dritte Periode mit vier Jahren angesetzt.

Es ist in der Diskussion auch die Frage aufgeworfen worden, ob man insofern vier Jahre nehmen wolle, als jeweilen drei Jahre für die Kriegssteuererhebung bestimmt seien und nach je drei Jahren ein sogenanntes Schonjahr eingeführt werde. Diese Meinung hat sich aber nicht zu einem Antrag verdichtet.

Das ist die Begründung des Mehrheitsvorschlages der Kommission. Wenn sich auch unser Wunsch und der Wunsch manches Mitgliedes des Rates nicht erfüllt hat, dass damit eine allgemeine Einigung gefunden sei, so bedauert das niemand tiefer als der Sprechende selbst. Es hat nicht dürfen so sein.

Ich empfehle Ihnen namens der Kommissionsmehrheit die Annahme des Kompromisses. Es ist ein Kompromiss. Denn von beiden Seiten sind Konzessionen gemacht worden, sowohl von seiten derjenigen, welche eine kurze Dauer verlangten und keine Fixierung der Summe wollten. Von diesen ist die Konzession gemacht worden, dass sie sich zu einer Fixierung auf 500 Millionen bequemten. Von den andern ist die Konzession gemacht worden, dass man eben nicht mehr verlangen konnte als die 500 Millionen, wenn auch manche lieber mehr gesehen hätten. Aber ein Kompromiss kann eben nur zustandekommen, wenn man auf beiden Seiten Konzessionen macht, wenn man einander entgegenkommt und sich auf einer mittleren Linie zu treffen sucht. Ich glaube, dass dieser Vorschlag der Mehrheit den vielen Bedenken entgegenkommt, die gegen die Form erhoben worden sind, wie sie der Bundesrat aufgestellt hatte, und dass auf diese Weise der Bund nicht zu kurz kommt, weil er doch 900 Millionen Besitzsteuer erhält und somit drei Vierteile der gesamten Ausgaben für Mobilisationszwecke bis Ende 1918 und die Hälfte der Kriegskosten, unter Mitrechnung der Jahre 1919 und 1920, gedeckt sind. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Kommissionsmehrheit.

M. **Musy**, rapporteur français de la commission. A plusieurs reprises on a exprimé le regret que le projet du conseil fédéral n'ait pas immédiatement trouvé une adhésion unanime. J'ai entendu répéter que cette question nous avait pris bien trop de temps, qu'elle aurait dû être liquidée plus rapidement. Je me réjouis au contraire que ce gros problème soit l'occasion d'une discussion animée. Lorsqu'une question de cette importance se pose, il importe de l'examiner de très près. La procédure accélérée n'est pas applicable à une affaire de cette envergure. Les travaux de la commission ont été précipités. Un examen complémentaire approfondi par le Conseil s'impose. C'est 500 millions au moins qu'il faut trouver. Le problème vaut bien la peine qu'on s'y arrête un peu. Je ne regrette par conséquent point les discussions qui ont lieu ici; je ne me soucie pas non plus des reproches qu'on nous a faits d'avoir trop hésité avant de nous déterminer définitivement. Je m'en console à la pensée que la solution à laquelle tout le monde finira par se rallier est en réalité plus adéquate à la situation financière et politique de notre pays que celle proposée par le conseil fédéral.

Du reste je constate immédiatement, avec mon honorable collègue M. Eugster, que la nouvelle formule reste tout entière dans l'axe du projet initial du conseil fédéral. En mars dernier en effet le conseil fédéral préconisait la double répétition de l'impôt de guerre. Aujourd'hui nous vous proposons de le répéter trois fois. Les chiffres de notre dette changent à chaque mois. Les termes du problème varient, les moyens de consolidation doivent évoluer péniblement. On suppose que si la guerre dure encore une année, la dette de mobilisation ne dépassera pas 1200 millions. Je constate à nouveau l'impossibilité où nous sommes de déterminer exactement les divers termes du problème et que par conséquent il faut renoncer pour l'instant à trouver une solution définitive.

Pour procéder rationnellement et méthodiquement, il faut procurer à la Confédération les ressources nécessaires à couvrir ses besoins actuels. Nous voulons, par la voie d'une répétition de l'impôt de guerre, exiger cet effort de la fortune acquise et des gains importants. Mon honorable collègue nous a démontré tout à l'heure que les propositions de la commission garantissent l'exécution intégrale du programme financier arrêté par le parti radical. Les propositions du conseil fédéral répondent mieux, je le reconnais, aux décisions prises par la gauche

à Olten. Mais cette solution ne répond point au besoin que vous devez éprouver comme moi. A côté des considérations d'ordre politique, où nous divergeons, il y a les considérations d'ordre financier et fiscal. Elles ont aussi leur importance.

La solution qui vous est proposée comporte trois prélèvements sur la base des échelles annexées au projet d'arrêté. Or, si les calculs faits par les administrateurs de l'impôt de guerre sont exacts, cette triple perception assurerait à la Confédération une somme nette de 450 millions. Je ne crois pas me tromper en prédisant que cette somme sera considérablement dépassée. Ce ne sera pas 450 millions que la triple perception de l'impôt de guerre rapportera à la caisse fédérale, mais plus de 500 millions. Les prévisions de l'administration de l'impôt de guerre reposent sur la base des taxations actuelles. Qu'il me suffise de vous rappeler que le déficit global de l'ensemble des cantons ascendait, en 1917, à une quarantaine de millions environ. Les cantons ne pourront pas indéfiniment renvoyer l'examen des moyens propres à rétablir leur équilibre budgétaire. Ils devront reconstituer leurs bases financières. Comment y réussiront-ils? Par l'augmentation de leur recettes et spécialement du produit de l'impôt.

L'amélioration de la recette fiscale sera poursuivie sans doute par la majoration des taux, mais aussi par la revision des taxes afin d'obtenir une évaluation plus exacte de la consistance des fortunes. Les constatations faites surtout dans certain canton à l'occasion de la perception du premier impôt de guerre, sont très significatives.

Par la revision des taxes, la majoration de l'évaluation des fortunes mobilières et immobilières, on obtiendra une augmentation très considérable de la matière imposable. Cette majoration profitera aussi à la Confédération. Cette raison suffit à elle seule à me convaincre que les bases de calcul admises par l'administration de l'impôt de guerre restent considérablement en dessous. Comment a-t-on dès lors le courage de dire que cette solution est étriquée. Au point de vue fiscal elle constitue au contraire un effort maximum. Je suis sur ce point pleinement d'accord avec les remarques et les réserves formulées par M. Speiser. Si des soucis d'ordre politique ne m'y avaient retenu, je me serais, du reste, sans hésitation rallié à la solution qu'il proposait. Prélever 500 millions en 10 ans, à côté des impôts cantonaux et communaux, c'est demander tout ce que l'on peut raisonnablement exiger. Aller plus loin, c'est mettre en danger les possibilités de développement économiques et financières du pays.

On nous répète sans cesse: rasch tilgen! Aller vite! C'est bien, mais à la condition cependant de ne point compromettre par une allure désordonnée notre développement économique et financier. La fiscalité fédérale et cantonale en souffriraient en tout premier lieu. Il me paraît opportun de rappeler que la puissance fiscale d'un Etat est toujours en raison de sa puissance financière.

Précisons, pour autant que cela est possible, la portée fiscale de notre proposition. Elle assure à la Confédération:

Les 100 millions, produit de première perception de l'impôt de guerre; 300 millions à la fin de cette année, produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre, plus 450 millions, je dis 500, produit de la triple perception de l'impôt de guerre, soit au total 850 à 900 millions.

Si la guerre dure l'année prochaine, l'impôt sur les bénéfices de guerre nous apportera une recette supplémentaire. On arrivera ainsi à un total de 900 millions. Dans ces conditions, si même la guerre dure jusqu'à fin 1919, la solution que nous vous présentons couvrira, par l'impôt direct, la moitié de notre dette de guerre qui n'ascendra pas à 1800 millions, à moins que la guerre dure encore plusieurs années.

Je comprends les préoccupations du parti radical qui a la responsabilité de la situation financière. Depuis 1914, à travers toute cette période difficile de la guerre, nous avons fourni une loyale et patriotique collaboration. Nous rappelant qu'aux heures difficiles l'intérêt supérieur du pays doit être la raison dernière de tous nos actes, nous avons consenti des sacrifices d'ordre politique. A la fin de l'année, la dépense de mobilisation atteindra 1030 millions. Ajoutons-y, par 180 millions, les déficits des années 1914 à 1918: au total, à clôture du présent exercice, notre dette globale de guerre atteindra 1210 millions. Le groupe radical entend couvrir la moitié de cette dette par le produit des impôts directs. Ils assurent, sur la base de notre solution, 900 millions à la Confédération. Nous restons dans le cadre du programme radical pour autant que la dette ne dépasse pas 1800 ou 1900 millions.

Notre solution n'est dès lors pas étriquée, elle tient compte de l'avenir pour autant que nous pouvons le prévoir.

Conditions de perception. J'avais personnellement recommandé la triple période triennale. Nous voulons garder à cet impôt le caractère d'une contribution extraordinaire. Nous ne voulons pas l'échelonner sur une période trop longue pour ne pas risquer de le voir se transformer. Pour tenir compte des intérêts économiques du pays et des difficultés financières, conséquences de la guerre pour toutes les classes de la société, nous acceptons de répartir la première perception sur une période de 4 ans. Cette facilité accordée au contribuable ménagera le capital et l'industrie au moment où nous aurons à tenir tête à une concurrence qui, selon toute probabilité, sera intense. Nous vous proposons par conséquent une première période de 4 ans et 2 périodes de 3 ans. La perception totale serait donc répartie sur 10 ans.

Les intérêts politiques des fédéralistes exigent une solution rapide. Ils sont malheureusement en contradiction avec les intérêts fiscaux et économiques qui conseillent une allure beaucoup plus lente. Nous avons cherché à concilier ces deux intérêts contradictoires, à les réduire dans la mesure où la sauvegarde de nos intérêts économiques le permettent. J'insiste encore sur la nécessité de les sauvegarder. Nos industriels auront après la guerre une période difficile. Songez à l'effort à fournir pour répondre à nos concurrents. En Allemagne on a accompli des prodiges dans le domaine de la mécanique et de la chimie. La France a doublé, triplé et même quadruplé ses usines. Ce que l'Angleterre a fait à Manchester et sur d'autres places est merveilleux. La production de l'Amérique en engins de guerre nous donne une idée de la puissance formidable de ses usines. La guerre terminée, ces usines ne seront

pas fermées, les hauts-fourneaux ne seront pas éteints. La production sera orienté dans une autre direction. Pour reconquérir les marchés que la Suisse s'est vu fermer par la guerre, nos industriels et nos commerçants ont vu fatalement certaines places se fermer à leur activité, il faudra faire un effort considérable après la guerre. Voilà, messieurs, la raison pour laquelle j'ai, très volontiers pour ma part, accepté de me rallier à l'idée d'échelonner la première perception sur 4 ans. Il me paraît nécessaire à cet égard de souligner l'idée que j'ai émise l'autre jour relativement à la perception de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Dans les Etats voisins, en Angleterre, en France, en Allemagne, où l'on a perçu des impôts sur les bénéfices de guerre atteignant les 80 pour cent des bénéfices réalisés, on a défalqué des bénéfices imposables toutes les sommes affectées à la création d'usines nouvelles ou à l'extension d'usines déjà existantes. Suivons la même politique. Admettons cette méthode d'amortissement ou appliquons le demi-taux aux bénéfices affectés à l'augmentation des usines existantes ou à la création des usines nouvelles.

La solution que nous présentons constitue en quelque sorte un compromis entre les différentes tendances. Personne n'est sacrifié. Contrairement à ce que l'on prétend, il n'y aura ni vainqueur ni vaincu, mais simplement des gens qui, ayant cherché ensemble la vérité, se rallient à la solution qu'ils estiment la meilleure.

Nous vous recommandons le système de la triple répétition. On nous demande d'accepter l'amendement fixant à 500 millions le minimum à obtenir par l'impôt de guerre répété. Pour le cas où cette somme ne serait pas atteinte, les chambres sont d'ores et déjà compétentes pour ordonner une perception complémentaire. Nous voulons, pour donner une nouvelle preuve de notre esprit de conciliation, adopter cette modification. Je dois remarquer toutefois que cette adjontion nuit à l'économie technique du projet. Cette clause, en outre, ne trouve jamais application. En effet, ou bien les trois perceptions apporteront à la Confédération une somme suffisante, et alors il sera inutile de recourir au moyen complémentaire, ou bien la somme sera insuffisante, et alors ce ne sera pas un supplément de 20 ou 30 millions qui suffiront à rétablir la situation, cette perception complémentaire ne pourra en effet fournir au delà de l'appoint nécessaire à porter le produit total des trois perceptions à 500 millions. Puis notons que ce chiffre de 500 millions que vous voulez absolument articuler donne en quelque sorte à la solution un caractère définitif qu'elle ne peut et ne doit pas avoir. Car si ces trois perceptions ne suffisent pas, c'est qu'une quatrième perception sera inévitable. Et nous l'accepterons si un jour la nécessité en est démontrée. Il faut et nous voulons fournir à la Confédération tout ce dont elle a besoin.

Et maintenant, puisque à chaque période suffit sa peine, après avoir fait notre devoir, ayons confiance en ceux qui plus tard seront éventuellement appelés à examiner à nouveau le problème financier fédéral. Ce n'est pas pécher par présomption que de croire qu'ils aimeront notre pays comme nous l'aimons, qu'ils étudieront la situation financière de la Confédération consciencieusement comme nous l'avons fait. Ils auront sur nous l'énorme avantage de se prononcer sur une situation qui sera alors éclaircie.

Je termine en disant que si dans dix ans les trois perceptions n'ont pas apporté à la Confédération la somme nécessaire à assurer son avenir financier, je souhaite d'ores et déjà à nos successeurs d'avoir le courage, comme nous le faisons aujourd'hui, de voter une quatrième et même une cinquième perception si c'est nécessaire, mais pour l'instant conformons-nous aux règles d'une sage et prudente administration, procédons méthodiquement et rationnellement.

Pour tous ces motifs je me joins à mon collègue M. Eugster pour vous recommander le projet de la commission.

M. **Maunoir.** Au nom du parti auquel j'appartiens, je tiens à déclarer que ni M. Speiser ni moi n'avons voulu voter le compromis qui vous est aujourd'hui proposé par la majorité de la commission. Nous n'avons cependant pas voté contre. Nous nous sommes bornés à faire dans la discussion les réserves que nous estimions devoir faire. J'ai donc à vous expliquer d'une façon parfaitement nette l'attitude de nos amis politiques et je suis convaincu que de même que pour le parti catholique, vous ne suspecterez pas nos intentions. Vous savez ausssi que depuis le commencement de la guerre nous avons donné continuellement notre appui loyal au gouvernement, cherchant à lui faciliter les solutions des questions délicates qui se posaient devant lui et ne nous occupant pas des étiquettes politiques. Et vous avez bien voulu vous-mêmes reconnaître cette collaboration en prenant l'un des nôtres dans le sein du gouvernement, donnant ainsi un éclatant témoignage à l'esprit dans lequel nous travaillons.

En proposant au nom d'une minorité de la commission deux fois l'impôt de guerre, donc le renouvellement à deux reprises différentes en deux périodes de quatre ans, je tiens à répéter que nous n'avons jamais entendu trouver par là une formule et une décision définitives. Que disions-nous? Qu'il était impossible en pleine situation troublée résultant de la guerre de trouver cette formule définitive. Nous en voulons pour preuve les variations du thème du département des finances à chaque session. M. le conseiller fédéral Motta revient à chaque session avec un nouveau discours financier résultant des circonstances, avec de nouveaux chiffres, de nouvelles propositions et de nouvelles envolées en ce qui concerne l'impôt. Peut-être à cet égard, et soi dit en passant, ferons-nous bien de nous décider à une formule pendant cette session pour ne pas risquer d'en voir une plus grave dans une session prochaine.

La conclusion de cela, c'est que nous estimons qu'à chaque jour suffit sa peine. En versant par la répétition de l'impôt de guerre, en deux fois, une somme de 350 millions, alors qu'au mois de mars dernier on ne nous en demandait que 200, nous estimons que nous faisons largement la part de la situation actuelle et que nous réservons parfaitement l'avenir, pour voir dans huit ans dans quelles situation nous nous trouverons, lorsque nous saurons quelles seront les ressources financières de la Confédération à ce moment. La guerre durera-t-elle ou non plus que nous ne pensons maintenant? Dans ce cas il faudrait bien chercher encore de nouvelles ressources; on ne peut donc préjuger de l'avenir et dire actuellement: Il

faut nous en tenir à une formule qui est plus ou moins définitive. En répartissant en quatre ans le double renouvellement de l'impôt de guerre, d'une part nous allégerions le contribuable déjà très frappé par la vie chère et par les difficultés de toucher ses revenus; et par conséquent nous travaillons non seulement dans son intérêt, mais dans celui de la collectivité intéressée à ne pas voir détruire du capital; d'autre part nous ne fermons pas par cette proposition la porte aux ressources nécessaires aux cantons et aux communes. — J'aurai l'occasion de revenir tout à l'heure sur les charges énormes qui pèsent sur notre canton et sur les communes et vous verrez que nous ne devons pas faire tarir la source des possibilités de revenus en leur faveur, car ils auront besoin eux aussi de ressources supplémentaires.

Enfin nous estimons que notre projet constituait en réalité une mesure de sage prévoyance en même temps qu'un effort sérieux, je dirai même énorme. En première ligne nous maintenons donc formellement la proposition de la minorité de la commission.

Envisageons maintenant la question du compromis présenté par la commission. Pour ma part je trouve que c'est un compromis un peu bâtard. Il y avait deux manières d'envisager la solution: ou bien le principe qui était à la base du projet du Conseil fédéral, soit le renouvellement illimité de l'impôt de guerre tant que ce serait nécessaire. C'était donc le projet du Conseil fédéral et c'était celui de la majorité de la commission d'Interlaken qui ne l'avait pas encore suffisamment étudié. Et nous a-t-on assez fait de reproches à cet égard! Je voudrais une fois de plus dissiper tout malentendu et déclarer qu'il n'y a eu aucune arrière-pensée de coalition pour renverser après coup ce qu'avait fait la commission d'Interlaken et que seule la réflexion nous a amenés les uns et les autres et indépendamment les uns des autres, sans nous être consultés à la conviction que ce projet était excessivement dangereux.

1° Incertitude en ce qui concerne la durée. 2° Incertitude en ce qui concerne les frais à couvrir: Il était dangereux à ces deux points de vue. L'examen de cette question des frais de mobilisation a permis de toucher du doigt leur élasticité, depuis les points d'interrogation que nous posions. Vous savez peut-être, mais je le dis surtout pour ceux qui ne le savent pas encore, qu'hier le Conseil des Etats a hésité à approuver les frais de mobilisation qui lui étaient présentés pour la première période. C'est par 17 voix contre 17 et par la voix prépondérante du président qu'on a réussi à obtenir la majorité approuvant ces comptes. Des réserves formelles avaient été faites demandant la disjonction des postes qui n'ont rien à faire dans ces frais de mobilisation, dans ce gouffre insondable et insatiable de frais de mobilisation. Il parait qu'on y a mis un peu tout ce qu'on pouvait, et cela justifie d'autant plus notre résistance à la solution primitivement préconisée.

Enfin, dernier argument, qui nous faisait repousser cette solution-là, c'est le coup de grâce que lui a donné notre honorable collègue M. Naine lorsqu'il a dit: Nous espérons que l'impôt de guerre durera assez longtemps pour qu'il se transforme en impôt permanent. A partir de ce jour-là ma conviction qui était déjà faite a été renforcée et j'ai eu le sentiment très net que nous ne pouvions pas accepter une solution aussi indécise et aussi incertaine.

On est donc revenu à l'idée de limiter l'effort que l'on veut demander aux contribuables. Ici, Messieurs, deux solutions pouvaient s'envisager. Ou bien on devait s'arrêter à un maximum de perception, ou bien on devait déterminer un maximum de rendement. Le maximum de perception était évidemment logique, comme l'a très bien dit quelqu'un qui est beaucoup plus financier que moi, M. le conseiller d'Etat Musy, notre collègue au Conseil national. La mesure logique au point de vue fiscal, c'est l'idée d'avoir un nombre déterminé de renouvellements de l'impôt de guerre. Ainsi, on sait où l'on va, on connaît l'étendue de l'effort demandé, il ne reste pas un rompu sur lequel on ne peut pas être fixé.

Le maximum de rendement était déjà beaucoup difficile. Pris isolément, on aurait pu demander à l'autorité fédérale de le faire répartir sur dix années par exemple, de manière à être exactement fixé. Mais si le maximum de rendement était beaucoup plus difficile à réaliser, la combinaison des deux systèmes me paraît à tous les points de vue être encore moins admissible. Je ne voudrais pas répéter des chiffres que vous avez déjà entendus, cependant je crois que beaucoup les oublient. Qu'est-ce que nous demande le Conseil fédéral. Dans son message, le Conseil fédéral nous disait que la dette de mobilisation s'élèverait à la fin de l'année 1918 à 1100 millions dont les trois-quarts étaient 825 millions, qu'il aurait touché à la fin de cette année 350 millions, produit de l'impôt de guerre primitif et de l'impôt sur les bénéfices de guerre. — Il resterait donc 450 millions à trouver. Si on y ajoute, ce qui était logique, et le Conseil fédéral le déclare, les 50 millions à prévoir comme perception en 1919, on arriverait en réalité à un total de 400 millions à couvrir. — Or on obtiendrait un total de 486,800,000 francs avec trois répétitions de l'impôt de guerre. Et alors vous voulez aller encore au delà de ce que demande le Conseil fédéral par vos prévisions, en demandant un minimum de 500 millions! Mais supposez, Messieurs, un instant que nous arrivions à ce chiffre exact de 486 millions. Eh bien, il nous resterait 14 millions à trouver. Et vous voulez que l'Assemblée fédérale légifère à ce moment-là pour savoir comment se percevra l'impôt de guerre pour réunir ces 14 millions. Vous voyez ce que ce système a d'illogique. Si par hasard, ce qui peut parfaitement arriver, on constatait à ce moment-là qu'il fallait au contraire par suite des nouveaux frais une somme très supérieure, vous seriez d'un côté dans l'obligation de faire statuer par l'Assemblée fédérale comment on percevra ces 14 millions et de l'autre de consulter le peuple à nouveau pour savoir comment on réalisera le supplément nécessaire. On légiférera ainsi doublement. Il n'y a pas de raison de se méfier de l'avenir, ni de nos successeurs, de ceux qui seront là dans dix ans, pour savoir comment résoudre ce problème de la réalisation des sommes nécessaires à parfaire les nécessités de la guerre.

Je dis qu'il y a aussi dans ce projet-là, tel qu'il nous est présenté, une combinaison relativement injuste. Pourquoi est-ce qu'alors que le Conseil fédéral lui-même dans cette revision fait entrer non seulement les impôts perçus sur les bénéfices de guerre, mais ceux qu'il doit percevoir encore, pourquoi la commission sort-elle de la nouvelle formule l'impôt sur les bénéfices de guerre? Le produit de cet impôt ne figure pas dans les 500 millions de renouvellement

de l'impôt de guerre. Mais pourquoi donc ne pas y comprendre l'impôt sur les bénéfices de guerre? Qu'en voulez-vous faire? Pourquoi voulez-vous le sortir, pourquoi voulez-vous le détacher? Il y a là évidemment quelque chose qui me paraît tout à fait inacceptable, illogique et incompréhensible. J'aurais désiré vivement que ceux qui avec énergie s'étaient fait les promoteurs de la proposition de trois répétitions de l'impôt de guerre s'en tiennent à cette formule qui était simple, compréhensible, fixe et déterminée d'avance, et qui aurait à mon avis rallié plus facilement les oppositions.

En mon nom personnel, j'ai déposé sur le bureau un amendement tendant au maintien de la proposition de minorité de la commission du 18 septembre, soit l'impôt de guerre renouvelé en deux périodes de quatre ans — subsidiairement admission de l'alinéa premier de la proposition de la commission d'aujourd'hui, mais alors suppression de l'alinéa 2 consistant à prévoir un minimum de perception de 500 millions. Telle est mon attitude actuelle.

A l'appui de ma proposition, je voudrais faire comprendre encore, ce que vous avez entendu de la bouche du rapporteur M. Eugster, que la formule de 500 millions ne pouvait pas être une formule définitive et qu'on a le sentiment que très probablement il faudra revenir devant ce Conseil. Alors pourquoi, je vous le demande, fixer ce minimum de 500 millions à atteindre puisqu'il faudra probablement revenir devant ce Conseil et puisque au bout de dix ans on n'aura pas atteint le montant nécessaire à couvrir la partie de la dette qu'on escompte? Pourquoi ne pas satisfaire à cette tâche de dix ans et réserver l'avenir pour le surplus? Il ne faut pas courir trop vite ni trop fort. On a rappelé avec raison, et je veux les rappeler encore ici, les devoirs qui incombent aux cantons et aux communes. Je suis persuadé que, rentrés dans vos foyers, de vendredi dernier jusqu'à lundi, vous avez dû causer avec beaucoup de contribuables. Vous avez dû vous-mêmes, ceux qui sont hommes de gouvernement, envisager les situations que vous aviez à résoudre. Je suis certain que vous serez arrivés à la même conviction que moi, c'est qu'il est effrayant de voir tout ce que les cantons et les communes vont être obligés de réclamer par la voie fiscale. Les cantons et les communes souffrent au même titre que la Confédération de la situation actuelle. Il n'y a pas que la Confédération qui doive accorder des allocations formidables pour cause de renchérissement de la vie. Les communes et les cantons doivent aussi le faire et pour s'en convaincre, si l'on en doutait encore, il n'y a qu'à voir comparativement à nos budgets cantonaux le pourcentage que représente l'augmentation des frais de nos administrations. Nous avons nous aussi des quantités de dépenses à supporter en faveur des déshérités. Nous sommes obligés d'intervenir de tous côtés pour aider les pauvres gens qui ne peuvent plus arriver à se nourrir, pour les ravitailler, pour leur accorder des diminutions de prix dans les achats des denrées de première nécessité. Ce sont là des séries de renchérissement de toute nature. L'examen de nos budgets révèle également que le coût de chauffage a doublé et même plus, il a triplé et vous savez quel rôle il joue dans tous les bâtiments dont nous avons la charge. Il a quintuplé, dit même M. Motta, et je partage ce point de vue, mais je n'ai rien voulu exagérer pour ne pas vous tracer un tableau trop noir. D'autre part nous constatons une diminution de recettes dans nos comptes. Ce fléchissement résulte de l'absence de transactions immobilières sur lesquelles l'Etat perçoit un droit. La diminution dans notre canton est très sensible. Il y a également diminution des taxes mobilières. Elles ont rapporté moins dans le canton de Genève l'année passée que dans les années précédentes, alors que depuis plus de trente ans ce poste de recettes était allé toujours en progressant.

Enfin, en résumé, tous nos budgets actuels dans nos cantons bouclent par des déficits considérables Il en est de même dans un grand nombre de communes. Sauf erreur, les prévisions de l'exercice actuel dans le canton de Genève laissent entrevoir un déficit de 4 à 5 millions, celui de la ville de Genève est à peu près équivalent. Il faudra faire appel à des ressources nouvelles; cantons et communes y seront obligés. Mais si la Confédération tire d'emblée, je le dis encore, tout en reconnaissant qu'elle doit recevoir sa part; toute la couverture de son côté, que restera-t-il pour les cantons et les communes qui, eux aussi, doivent faire face à leurs déficits budgétaires? La meilleure preuve que nous allons être particulièrement surchargés, ce sont les propositions qui ont surgi à droite et à gauche pour arriver à solutionner ces questions financières. Notre Grand Conseil est déjà nanti d'un projet de remaniement des taxes appliquées aux sociétés anonymes, ce qui va faire double emploi avec les taxes de la Confédération et s'y superposer. Nous allons avoir encore un remaniement des taxes municipales dans notre ville de Genève, taxes déjà très lourdes pour les commerçants, qui se plaignent de l'exagération fiscale. Nous avons enfin un projet qui s'annonce, mais qui, j'espère, ne verra pas le jour: c'est le projet de M. Sigg, qui ne demanderait rien moins que l'institution d'un impôt de guerre cantonal, probablement aussi large et aussi généreux que l'impôt de guerre fédéral, et qui viendrait se superposer dans l'esprit de son auteur à l'impôt de guerre fédéral. De tous côtés nous ne voyons qu'impôts, qu'impôts! Où irons-nous dans ces conditions? Evidemment nous devons faire face aux dépenses inévitables, mais c'est une raison de plus pour être un peu circonspect dans la manière dont on va frapper le contribuable. Il faut éviter de produire une diminution de la fortune publique. M. Musy l'a excellemment démontré.

Il ne faut pas que l'effort économique intérieur soit si considérable qu'on ne puisse plus résister à la concurrence étrangère. Les projets très ambitieux qui se font jour nous permettent de dire que l'on va trop vite et trop fort. Bornons-nous à travailler pour une durée de huit à dix ans, nous verrons ensuite dans quelle situation nous nous trouvons, mais nous ne voulons pas qu'on habitue les populations au prélèvement d'impôts directs d'une façon aussi formidable, parce que je prétends, c'est par là que je veux conclure, qu'on arriverait tout simplement à réintroduire par une porte ce que nous avons fait sortir par l'autre le 2 juin. Cela, nous ne l'admettrons jamais. Nous lutterons pour l'avenir de nos cantons, pour leur indépendance financière, contre toute tentative de rétablir directement ou indirectement un impôt qui finirait par devenir permanent.

Müller (Bern): Von unserer Seite sind die Gründe angegeben worden, warum wir bereit sind, auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten, allerdings unter ganz bestimmten Vorbehalten, die sich jedenfalls bei uns mehr als bei jeder andern Partei rechtfertigen, weil wir seinerzeit die Bundessteuerinitiative lanciert haben. Wir haben alles das, was hier zu sagen notwendig war, in der Eintretensdebatte gesagt. Ich werde es nicht wiederholen, ich nehme an, Sie seien genügend orientiert. Hingegen sind die Voraussetzungen, unter denen die Fraktion seinerzeit ihre Beschlüsse gefasst hat, seither wesentlich geändert worden. Wir glaubten, in Interlaken in der Kommission die grundsätzlich einigende Grundlage gefunden zu haben, die ihren Niederschlag in der Vorlage des Bundesrates gefunden hat. Aber inzwischen sind Kommissionsmitglieder prinzipiell von dieser Grundlage abgerückt; die Herren Maunoir und Musy haben sich grundsätzlich auf einen durchaus verschiedenen Standpunkt gestellt. In der bundesrätlichen Vorlage war das Prinzip enthalten, dass ein erheblicher Teil der Mobilisationsschuld, mindestens ¾, durch eine direkte Steuer gedeckt werden soll, dass die Erhebung derselben alle drei Jahre und so lange erfolgen soll, bis diese Kosten gedeckt seien. Davon haben sich die Herren Maunoir und Musy grundsätzlich entfernt, indem sie die Deckungsfrage in doppelter Weise begrenzen wollen, indem einmal die Erhebung nur dreimal, resp. nach dem Antrag des Herrn Maunoir nur zweimal durchgeführt und auch in der Gesamtsumme festbegrenzt werden, alles andere aber der Zukunft überlassen bleiben soll.

Durch diese abweichenden Anträge ist nun eine derartige Zerfahrenheit in der Disskusion und der Stellungnahme der Parteien eingetreten, dass es nicht verwunderlich war, wenn von seite der Kommission beantragt wurde, die Ziffern 1 und 2 an die Kommission zurückzuweisen, um dieser neuen Sachlage gegenüber Stellung nehmen zu können. Die Kommissionsverhandlungen vom letzten Donnerstag waren aber derart, dass es sich durchaus gerechtfertigt hat, die weitere Diskussion neuerdings zu verschieben, um den Kommissionsmitgliedern Gelegenheit zu geben, über diese neue Situation noch einigemal ruhig zu schlafen, so dass wir inzwischen auch in der Fraktion Gelegenheit hatten, uns über unsere Stellungnahme neuerdings auszusprechen.

Da habe ich nun zu erklären, dass die neuen Anträge der Herren Maunoir und Musy für uns nicht annehmbar sind, dass wir es ablehnen müssen, auf dieser Grundlage weiter zu diskutieren, sondern dass wir an der Vorlage des Bundesrates grundsätzlich festhalten, unter den noch zu erörternden Vorbehalten und Anträgen, die Ihnen gedruckt ausgeteilt worden sind.

Bei der Detailberatung von Ziffer 1 und 2 haben wir namentlich die Forderung der gänzlichen Deckung der Mobilisationsschulden begründet. Ich werde auf diese Begründung ebenfalls nicht mehr zurückkommen. Hingegen kann ich konstatieren, dass die seitherige Diskussion unsere Argumentation noch in wertvoller Weise unterstützt hat durch die Stellungnahme von Herren, die grundsätzlich auf dem Boden der Herren Maunoir und Musy stehen. Herr Prof. Speiser hat nicht nur im Parlament, sondern auch in der Kommission offen und rückhaltlos erklärt, dass er es als ganz selbstverständlich betrachte, dass, wenn man diese Vorlage abgewandelt habe, nachher weitergefahren werden müsse, und auch Herr Musy hat die gleiche Erklärung abgegeben. Nun ist der merkwürdige und unlösbare Widerspruch im Verhalten des Herrn Musy namentlich der, dass er auf der einen Seite heute erklärt, dass er large, methodisch und rationell dem Bundesrat die nötigen Mittel zur Verfügung stellen wolle, während er auf der andern Seite die Deckung derart begrenzt, dass sie weder methodisch, noch rationell, noch large ist, sondern wir nach wie vor in vollständiger Ungewissheit stehen, wie wir mit dem Rest der Mobilisationsschuld oder überhaupt mit der Kriegsschuld fertig werden sollen. Diesen Widerspruch wird auch Herr Musy nicht lösen können.

Wenn er für diese Begrenzung die Rücksichtnahme auf die Kantone und Gemeinden anführt, so halte ich auch diese Argumentation für durchaus unstichhaltig. Das ist ja eben das Unglück, dass der Krieg unser Land in eine derartige Lage hineingebracht hat, dass nicht nur die Schulden der Eidgenossenschaft, sondern auch diejenigen der Kantone wie diejenigen der Gemeinden in dieser ungeheuren Weise gewachsen sind, und dass wir in Gottesnamen nicht mehr darum herumkommen, uns darüber klar werden zu müssen, dass diese Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden restlos bis zum letzten Rappen getilgt werden müssen, was selbstverständlich nicht ohne grosse, jahrzehntelange Opfer der ganzen Bevölkerung geht. Wir sind durch den Krieg in eine derartige Situation hineingekommen, dass es der grössten wirtschaftlichen Anstrengung der ganzen Bevölkerung bedarf, um diese ungeheuren erhöhten Lasten tilgen und die Wirtschaft trotzdem in der Höhe erhalten zu können. Deshalb lasse ich diese Argumentation nicht gelten; die Rücksichtnahme auf Kantone und Gemeinden kann uns nicht zurückhalten, die Mittel bereit zu stellen, um diese Schuld so rasch als möglich zu tilgen. Wir verlangen deshalb auch die Tilgung der gesamten Mobilisationsschuld. Das ist kein intransigenter Standpunkt; es ist bereits ein Kompromiss. Wir hätten die Tilgung der gesamten Kriegsschuld, auf dem Wege wie er nun vorgeschlagen wird, verlangen können. Wir haben offen erklärt, dass wir an und für sich nicht Anhänger einer periodischen, in den Erhebungsjahren aber jeweilen mit voller Gewalt einsetzenden Tilgung sind, sondern den organisch richtigeren Weg einer dauernden direkten Bundessteuer vorgezogen hätten, die auf der einen Seite die Vermögen nicht vermindert, es vielmehr ermöglicht, die vermehrten Lasten aus dem Ertrag zu decken.

Nachdem einmal die Bundessteuer verworfen worden ist, können wir uns faktisch, der Sache zulieb, mit einer derartigen Vorlage abfinden, unter der Voraussetzung, dass damit ernst gemacht wird und dass nicht nur mit Worten, wie Herr Musy, die nötigen Mittel für den Bund zu Verfügung gestellt werden, in Wahrheit aber diese Mittel so beschränkt werden, dass man nicht weiss, wie der Rest gedeckt werden soll. Wir lehnen deshalb nicht prinzipiell ab, müssen aber aus wohlerwogenen Gründen verlangen, dass man in der Deckung weiter geht, als die Vorlage will.

Ich habe deshalb noch einmal mit aller Deutlichkeit zu erklären, dass wir uns gegenüber den Anträgen Musy und Maunoir ablehnend verhalten, dass wir verlangen, auf Grund der Vorlage des Bundesrates weiter zu diskutieren, dass wir diese Vorlage zunächst

in Ziffer 1 und 2 damit ergänzen möchten, dass die gänzliche Deckung der Mobilisationsschuld im Bundesbeschluss Aufnahme finden soll. Deshalb soll die Bestimmung derart gestaltet werden, dass dem Kompromissprojekt des Herrn Musy, das von der Mehrheit der Kommission angenommen worden ist, die Vorlage des Bundesrates in der Hauptabstimmung gegenübergestellt wird. Erst dann erhalten wir eine klare Situation.

Blumer: Ich will mich über den neuen Antrag der Kommission nicht näher aussprechen, da dies durch die beiden Herren Referenten geschehen ist. Der ursprüngliche Antrag des Bundesrates wird noch einlässlich begründet werden durch die Minorität. Ich möchte bloss erklären, dass ich mich persönlich mit dem Kompromiss abgefunden habe, indem ich dafür halte, dass ja die ganze Frage der Deckung noch eine unabgeklärte ist, weil wir die Summe, die schliesslich zu decken ist, ja gar nicht kennen und dass es mir auch nicht angezeigt erscheint, schon jetzt für die ferne Zukunft ein Volksvotum zu veranlassen. Ich denke, die Bundesversammlung werde in 10 Jahren — ich selbst werde nicht mehr dabei sein —, wenn dann wieder Mittel nötig sind, dieselben auch wieder bewilligen. Das ist heute von Herrn Musy ausdrücklich zugegeben worden, ebenso auch von Herrn Speiser und ich persönlich bin immer einer derjenigen gewesen, die zeitlebens dafür eingestanden sind, einen leistungsfähigen starken Staat und Bund zu haben. So wird man in Zukunft handeln, wenn auch jetzt die Sache auf eine engere Periode eingeschränkt wird.

Ich möchte mich einzig über einen speziellen Punkt aussprechen, zu dem ich einen Antrag eingereicht habe. Dieser lautet: «Die Steuer wird dreimal in vierjährigen Perioden erhoben.» Herr Maunoir und eine Anzahl Kommissionsmitglieder haben ursprünglich den Antrag gestellt und ihn heute aufgenommen, es sei die Steuer zweimal in vierjährigen Perioden zu erheben. Ich möchte etwas weiter gehen und die dreimalige Erhebung beibehalten, wie es die Mehrheit und Minderheit der Kommission nach dem neuen Kompromissantrag befürworten, aber die Sache dadurch etwas abschwächen, dass wir dann doch eine vierjährige Bezahlung dieser Steuer in Aussicht nehmen statt einer dreijährigen.

Kriegssteuerfragen haben wir schon oft in diesem Ratssaale besprochen. Es hat in dieser Sache eine Lösung stattgefunden, die in der ganzen Welt noch nirgends vorgekommen ist; wir haben bei der erstmaligen Kriegssteuer eine kolossale Degression nach unten, namentlich aber eine Progression nach oben erreicht, die bis jetzt in keinem Steuergesetz der Welt existiert hat. Das hat damals schon Aufsehen erregt, allein die Sache wurde akzeptiert, weil man sich sagte, das Vermögen sei durch die Mobilisation in grossen Zügen geschützt worden, und es sei deshalb verpflichtet, für diese ganz ausserordentlichen Verhältnisse mit ausserordentlichen Mitteln aufzukommen. Es handelt sich um eine Kopie der deutschen Wehrsteuer. Die deutsche Wehrsteuer ist aber auch nur einmal erhoben worden, und es ist im deutschen Reichstag ausdrücklich abgelehnt worden, dieselbe bei den jetzigen Zeiten zu wiederholen, eben weil die Grundlagen dieser Steuer ganz anormale sind.

Nachdem wir durch die Fortsetzung des Krieges in die Notwendigkeit versetzt sind, vermehrte und grosse Einnahmequellen zu suchen, hätte ich es allerdings lieber gesehen, wenn der Bundesrat ein eigentliches wissenschaftlich aufgebautes Steuergesetz erlassen, resp. beantragt hätte, wie es auch im Gedanken des Herrn Prof. Speiser offenbar enthalten war, mit Ansätzen, wie sie nach moderner Auffassung für ein richtiges Steuergesetz Geltung haben können und welches auf eine längere Periode die bezüglichen Einnahmen festgestellt hätte. Das hat nicht sollen sein, der Bundesrat hat im Gegenteil die ganz abnormen Ansätze der ersten Kriegssteuer nicht nur akzeptiert, sondern ganz bedeutend erhöht, er hat die Progression, die eine 15fache war, auf das 25fache erhöht und damit Normen geschaffen, die in der Welt nirgends vorkommen. Statt eines Steuergesetzes haben wir eine Kriegskontribution.

Nun sagt man immer, das sei nicht so drückend, das treffe ja hauptsächlich nur die Kriegsgewinner, die es leicht bezahlen können. Was nun die Kriegsgewinner anbetrifft, so habe ich immer, auch in diesem Rate, den Standpunkt eingenommen, dass man diese Kriegsgewinne nicht nur, wie der Bundesrat will, belaste, zuerst mit 25%, nachher mit 42 %, sondern ich habe schon viel früher 50 % beantragt. Ich bin in der Tat der Ansicht, dass die Kriegsgewinne, namentlich da, wo sie sich Jahr für Jahr wiederholen, ganz bedeutend belastet werden sollen, dass dies durchaus billig ist und vom Betroffenen leicht bezahlt werden kann. Etwas anderes ist es nun aber doch mit dieser Steuer, die das stabile Vermögen in ganz gewaltiger Weise belastet. Da soll man doch nicht immer nur von Kriegsgewinnen sprechen und von den ganz grossen Vermögen. Die Vermögen in der Schweiz setzen sich zu einem grossen Teil zusammen aus ererbtem Vermögen, vielfach ohne weitern Erwerb. Es wird meist ein ziemlich grosser Betrag durch ein Gut versessen, wie man zu sagen pflegt. Ein Teil des Vermögens ist unverzinslich, so dass tatsächlich nach diesem Entwurf des Bundesrates ein grosser Teil der obern Steuerklassen Jahr für Jahr, und zwar während 10 Jahren vom Kapitalwert wird zehren müssen; das wäre eine Massnahme, die, wenn sie allzulang dauert, nach meiner Meinung unerträglich ist.

Dazu kommt nun der Einfluss, den diese gewaltige Bundessteuer auf die Kantone haben wird. Es ist von verschiedenen Seiten, namentlich von Herrn Prof. Speiser, darauf hingewiesen worden, wie das wirkt, wenn Sie eine eidgenössische Steuer beschliessen, die 60 Millionen per Jahr abwerfen soll oder nach der neuesten Vorlage 50 Millionen. Sie belasten dadurch das Volksvermögen in einer Weise, dass die Kantone in ihrer Steuerkraft unbedingt geschwächt werden müssen, denn unglücklicherweise sind die Kantone durch den Krieg ebenfalls mehr belastet worden.

Die neue Kriegssteuer schwächt aber auch, das halte ich für das Wichtigste und ist für mich das Entscheidende, die Volkswirtschaft überhaupt. Unsere Volkswirtschaft erträgt es nicht, dem Volks-

vermögen während 10 Jahren jährlich eine Summe von 50 bis 60 Millionen zu entziehen, sie erträgt es wenigstens nicht ohne die schwersten Opfer. Das Land wird dadurch nicht etwa stärker, sondern schwächer, die Industrien ertragen diese Belastung grösstenteils nicht, denn wir kommen eben in andere Zeiten. Ja, jetzt haben einzelne oder viele Industrien grosse Kriegsgewinne, sie leben in guten Zeiten, aber wir wissen ja ganz genau, dass das nach dem Kriege anders wird und dass für viele sehr wahrscheinlich das Gegenteil eintreten wird. Ein Grossteil der Kriegsgewinne ist durch eine Höherbewertung der Vorräte entstanden. Sofort nach Eintritt des Friedens wird das Gegenteil eintreten, es wird gerade hier ein grosser Rückschlag erfolgen und die Industrie wird unendliche Mühe haben, sich auf ihrer Höhe zu erhalten oder sich weiter zu entwickeln. Da hat der Staat meiner Ansicht nach die Pflicht, nicht mehr als nötig drückend aufzutreten, sondern die Steuerzahler und speziell diese Industrien zu schonen. Wo in der ganzen Welt geht man vor wie bei uns? Ich habe die Steuerbeschlüsse in verschiedenen Staaten durchgangen, es sind darüber auch im Referate des Herrn Kommissionspräsidenten einige Zahlen mitgeteilt worden. In den kriegführenden Staaten werden allerdings grosse Steuern erhoben, meistens indirekte Steuern und sodann auch grosse Steuern auf dem Erwerb, wobei es sich aber um wirklichen Erwerb, um gewaltige Kriegsgewinnsteuern handelt. Das stabile Vermögen aber ist, soviel ich weiss, nirgends in ausserordentlicher Weise belastet worden. England ist weitaus am weitesten gegangen in der Besteuerung, namentlich die Kriegsgewinnsteuer ist dort enorm, was sich aber viel leichter ertragen lässt. Daneben haben wir enorme indirekte Steuern, während das gewöhnliche, fest angelegte Vermögen dort gar nicht ausserordentlich belastet wird. Frankreich hat bekanntlich für die Deckung seiner gewaltigen Finanzausgaben noch verhältnismässig sehr wenig getan.

Ich will aber weniger von den Kriegführenden reden als speziell von denjenigen neutralen Staaten, die uns näher stehen, die ähnliche Verhältnisse haben wie wir. Holland hat ungefähr die gleichen Militärausgaben wie wir, aber es denkt nicht daran, eine Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, zu suchen, sondern in Holland wird vom Ministerium eine 30jährige Amortisation proponiert, und zwar durch ein normales Steuergesetz, nicht durch ganz ausserordenliche Massnahmen und dasselbe ist keineswegs tendenziös gegen die obern und obersten Klassen gerichtet. Ich weiss, es ist bei uns nicht dankbar, dagegen aufzutreten, dass die höchsten Vermögen entlastet werden. Darum handelt es sich auch nicht, sondern es handelt sich darum, die Volkswirtschaft nicht zu stark zu belasten, damit diese grossen Vermögen fortfahren können, zu arbeiten für das Gemeinwohl, für die Industrie und damit auch für die unterste Klasse, die in keinem Fall wird stark herbeigezogen werden können. Mit einer starken Entlastung nach unten kann ich mich ganz gut einverstanden erklären, nicht aber mit einer ganz extremen Belastung nach oben in einer Weise, welche jedem gerechten Steuerssytem Hohn spricht.

Das alles würde mich dazu führen, den ursprünglichen Antrag aufrecht zu erhalten, den die Herren Garbani, Maunoir, Götschel, Speiser und andere unterzeichnet hatten, einstweilen nur eine zweimalige Steuererhebung vorzunehmen mit vierjährigen Perioden. Allein ich will in dieser Richtung weitergehen und mich mit einem dreimaligen Bezug der Steuer einverstanden erklären, einer Steuer, die ich zwar für eine ausserordentlich hohe halte. Aber auf der andern Seite sollen auch Sie Entgegenkommen zeigen, und zwar in dem Sinne, dass Sie eine vierjährige Erhebung nicht nur für das erste Mal, sondern für alle drei Male gestatten. Die Folge ist dann, dass die ganze Deckung statt in 10 Jahren in 12 Jahren erfolgt. Das macht nun die Steuer erheblich erträglicher, wenn sie in vier Jahren bezahlt werden kann, namentlich in jenen zukünftigen Jahren nach dem Kriege, die wahrscheinlich Tage sein werden, von denen wir sagen, sie gefallen uns nicht. Dieses kleine Entgegenkommen sollte aber die Bundesversammlung zeigen. Auf den Kredit des Landes hat diese Verlängerung der Abzahlung nicht den geringsten Einfluss.

Man sagt immer, man habe dem Volke versprochen, das und das werde bezahlt werden durch das Vermögen. Das wird ja gar nicht bestritten. Ich bestreite nicht die Höhe der Summe, sondern das Mass der Zeit, in der sie bezahlt werden soll. Glauben Sie übrigens nicht, dass die Erhebung dieser Steuer so ausserordentlich populär sei. Selbst wenn Sie dieselbe ganz nach sozialistischem Sinne beschliessen und fast nur nach oben belasten, so ist das Steuern doch nie populär und es wird eben immer viele treffen, die sich dadurch doch zu stark getroffen fühlen und welche es als Unrecht empfinden, dass in dieser extremen Weise vorgegangen wurde. Mildern Sie diese Vorlage etwas, dann glaube ich, ist die Annahme durch das Volk eher möglich und Sie tun damit ein gutes Werk für die schweizerische Volkswirtschaft. Es wäre ein schwerer Fehler, der Volkswirtschaft und der Industrie im bevorstehendem schweren Kampf die Mittel zu entziehen. Trotz den hohen eingehenden Summen würde das Land dadurch geschwächt und die Zukunft gefährdet. Ich ersuche Sie nochmals, im Interesse des Landes Mass zu halten.

Stadlin: Als Vertreter der Minderheit der Kommission gestatte ich mir, im Namen dieser Minderheit, welche in der gestrigen Kommissionssitzung mit 7 gegen 11 Stimmen unterlegen ist, den Antrag des Bundesrates wieder aufzunehmen. Die Minderheit vertritt mit diesem Antrag auch die Mehrheit der Fraktion, welche sich in zweimaliger Beratung prinzipiell auf den Standpunkt der bundesrätlichen Vorlage gestellt hat.

Ich möchte nicht auf den peinlichen Eindruck hinweisen, den die Haltung unserer Kommission und des Parlamentes in dieser Frage in grossen Kreisen unseres Schweizervolkes auslöst und der auch bereits in der öffentlichen Meinung zum Ausdruck gekommen ist. Ich müsste Auswirkungen konstatieren, die sich nicht nur auf dem Gebiete der Finanzpolitik, sondern auch auf andern Gebieten geltend machen werden. Ich möchte nochmals feststellen, indem ich auf eine nähere Begründung der bundesrätlichen Vorlage nicht mehr eintreten will, da dieselbe in der Eintretensdebatte

genügend erörtert worden ist, dass die bundesrätliche Vorlage und speziell der Antrag des Finanzdepartements unter dem Eindruck der Volksabstimmung vom 2. Juni 1918 ausgearbeitet und der Expertenkommission vorgelegt worden ist; unter diesem Eindruck der Abstimmung und der Versprechungen — ich sage ausdrücklich Verspechungen —, die wir Freisinnige wenigstens unseren Stimmberechtigten gemacht haben, haben wir die Vorlage des Bundesrates, wie auch den einstimmigen Antrag der nationalrätlichen Kommission begrüsst.

Es ist in den letzten Tagen sowohl in der Kommission als auch im Rat wiederholt darauf hingewiesen worden, dass man mit dem Kompromissantrag durchaus auf dem Boden stehe, den unsere Partei auf ihrem Parteitag betreten hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass unser Parteitag seinerzeit beschlossen hat, die Kriegskosten im weitgehenden Masse, und zwar mindestens zur Hälfte durch direkte Besteuerung des Besitzes zu decken, und zwar durch eine starke Progression nach oben und durch eine wesentliche Entlastung nach unten. Nun hat uns Herr Bundesrat Motta in der ersten Sitzung der Expertenkommission auseinandergesetzt, dass diese Kriegsschuld auf 1300 Millionen zu bemessen sei. Wir haben uns damals schon gesagt, dass diese Kosten mit jedem Monat neuerdings wesentlich steigen werden. Man ist deshalb von seiten des Finanzdepartements in durchaus richtiger Weise zu der Anschauung gekommen, weil man nicht mit einer bestimmten Schuldsumme rechnen könne, müsse man bezüglich der Tilgung dieser Gesamtschuld auf eine Quote abstellen. Diese Frage des Prinzips, die ja heute wieder im Vordergrund der Diskussion und der Entscheidung steht, wurde, wie ich Ihnen bereits letzte Woche auseinandergesetzt habe, in der Expertenkommission eingehend diskutiert, weil man schon damals das Gefühl hatte, dass es sich hier sowohl vom finanztechnischen und finanzpolitischen Standpunkt aus um eine prinzipielle Fragen handle. Ich habe das letzte Mal bereits darauf hingewiesen, dass es ja ein Vertreter der romanischen Schweiz gewesen sei, der mit seinem Antrag bezwecken wollte, dass die ganze Kriegsschuld auf dem direkten Weg der Besteuerung getilgt werde. Meine Ausführungen wollten in der Folge bestritten werden. Ich mache ausdrücklich auf das Expertenprotokoll Seite 16 aufmerksam, wo Herr Pictet erklärt hat, dass die Summe der Kriegssteuer den ganzen Betrag der Mobilisationsschuld erreichen müsse.

Diese prinzipielle Frage der Quotialdeckung wurde gerade in der Expertenkommission — etwas losgelöst von politischen Erwägungen — eingehend behandelt, und es ist nun ganz interessant, heute neuerdings und weiter festzustellen, dass gerade die Vertreter der romanischen Schweiz speziell diesem Punkt die volle Aufmerksamkeit geschenkt und diese Frage eingehend diskutiert haben. Ebenso interessant ist, festzustellen, dass gerade die romanischen Vertreter in der Expertenkommission heute von den Vertretern der romanischen Schweiz im Nationalrat bekämpft werden. Da war es der Finanzchef der Waadt, Herr Fricker, der erklärte, es müssen mindestens 50 % oder mehr der Schuld gedeckt und die Kriegssteuer so lange wiederholt werden, bis die festgesetzte Quote der Mobilisationsschuld gedeckt sei. Herr Staatsrat Clottu von Neuenburg, der speziell sich über diese Frage des Prinzips ausgesprochen hat, hat ähnlich ausgeführt, dass die Entwicklung der Verhältnisse wirtschaftlicher und politischer Natur es durchaus nicht zulassen, dass wir irgendwelche zeitliche Begrenzung machen oder dass wir irgend eine bestimmte Summe der Schuldentilgung festsetzen. Die Entwicklung der Verhältnisse, sagt Herr Clottu, kann nicht überblickt werden, so dass man sich mit einer Deckungsquote begnügen muss, ohne die zur Bestreitung des Betrages nötige Summe anzugeben. Auch der Finanzdirektor des Kantons Tessin, Herr Bonzanigo, hat erklärt, dass nur die Mobilisationsschuld gedeckt werden soll, und zwar bis auf die Höhe von 75 %.

Die Deutschschweizer haben in bezug auf diese Frage des Prinzips damals, weil speziell dieser Prinzipienfrage von seite der welschen Schweiz diese Aufmerksamkeit geschenkt wurde, nicht in die Diskussion eingegriffen, weil dieser Standpunkt auch der Standpunkt der Deutschschweizer war. Im weitern ist zu konstatieren, dass dann, um gerade den föderalistischen Bedenken Rechnung zu tragen — ich habe darauf bereits in der letzten Woche hingewiesen —, wir Deutschschweizer es waren, welche die lit. b und c, die Verwendung des Steuerertrages zu den ausserordentlichen Ausgaben der Kriegsmassnahmen und zur Deckung der Defizite streichen wollten, um ja nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, dass aus dem Kriegssteuergeld andere Ausgaben irgendwie gedeckt werden sollten als die eigentlichen Mobilisationskosten. Herr Kollege Sträuli hatte damals den Antrag gestellt, um die Mittellinie zu ziehen: es sollen drei Viertel der Mobilisationskosten gedeckt werden, und ich konstatiere anhand des Expertenprotokolls, dass der Antrag Sträuli einstimmig, d. h. ohne irgendwelche Opposition angenommen wurde.

Wir sind deshalb mit der Auffassung nach Interlaken gekommen, dass nun diese Grundlage festgehalten werden sollte, weil sie durchaus auf einem gesunden Gedanken beruht. In der Kommissionssitzung in Interlaken war man gleicher Meinung, das Prinzip wurde von keiner Seite bekämpft. Wie Herr Scherrer erklärte, sind wir in Interlaken in der Meinung auseinandergegangen, dass keine grundlegende Verschiedenheit bezüglich der neu zu erlassenden Kriegssteuer bestehe. Ich wollte Ihnen sagen, dass wir hier jedenfalls nicht von einem Gegensatz der romanischen und der deutschen Schweiz reden sollten. Wenn immer und immer wieder betont wird: nous ne pouvons pas, wir können nicht, so muss ich denn doch darauf hinweisen, dass angesehene Vertreter der welschen Schweiz diesem Prinzip als dem richtigen beigestimmt haben, und ich habe die Meinung, wenn die politischen Führer dazu stehen und zu ihrem Volke der romanischen Schweiz herantreten, dass dann dieses Volk der romanischen Schweiz und des Tessins der bundesrätlichen Vorlage zustimmt.

Es ist in der Diskussion, speziell vorhin von Herrn Musy, gesagt worden, es sei durchaus notwendig, dass wir ein methodisches Verfahren einschlagen. Nun habe ich die Ueberzeugung, dass das, was die Kommissionsminderheit vorschlägt, eben gerade kein methodisches Verfahren bedeutet,

sondern ich bin überzeugt, dass diese Kriegssteuerfrage, die doch eine Steuerfrage im richtigen Sinne des Wortes genannt werden kann, nach zwei Hauptrichtungen ihre Lösung finden muss. Einmal muss die Lösung darin bestehen, dass eine planmässige sichere Tilgung der grösstmöglichen Schuld bezweckt werden soll. Dabei gehe ich durchaus einig mit den Herren Blumer und Speiser, dass die Kriegssteuer auf eine Art und Weise durchgeführt wird, die unsere Wirtschaft erträgt. Aber die organisch sichere Durchführung kann nur in der Weise erfolgen, dass wir diese Kriegssteuervorlage zeitlich nicht beschränken, sondern auf steuertechnisch richtigen Grundlagen aufbauen. Im weiteren ist die Bedingung, die Sätze in der Weise zu gestalten, dass eben die Wirtschaft unseres Landes sie jetzt und in der Uebergangszeit erträgt.

Es ist bereits von Herrn Maunoir auf den Widerspruch des Antrages der Minderheit hingewiesen worden. Es ist tatsächlich ein Widerspruch; denn beide Tendenzen lassen sich nach dieser Richtung nicht vereinigen; es war entschieden ein gutes Omen, das seinerzeit die Botschaft, resp. der Vorentwurf des Finanzdepartements erfüllt hatte, als man sich auf den Standpunkt gestellt hat, dass man mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Verhältnisse und mit Rücksicht auf die Einpassung der Kriegssteuervorlage in das Finanzprogramm des Bundes den Grundsatz der Quotialabtragung der Schulden aufgestellt hat. Ich teile den Standpunkt des Herrn Müller, der dahin ging, dass, wenn Sie den Antrag der Minderheit annehmen, die weitere Lösung des Finanzprogramms auf eine vollständig unsichere Grundlage gestellt wird.

Es ist vom Herrn Kommissionsreferenten, von Herrn Kollege Eugster, speziell noch auf den Punkt hingewiesen worden, dass mit der Annahme der bundesrätlichen Vorlage speziell den Bedenken nicht begegnet werden könnte, die dahin gehen, dass, wenn keine zeitliche Begrenzung und keine Begrenzung der Summe der Kriegssteuer eintrete, dann die Auslagen für die Mobilisation ins Ungemessene gehen können. Es ist bereits auch von diesem Einwand gesprochen worden. Jedenfalls haben Sie weder nach der Lösung des Antrages Musy-Maunoir, noch nach dem Antrage des Bundesrates irgendwelche Garantie, dass die Mobilisationsausgaben eingeschränkt werden. Da muss nach einer andern Richtung eventuell geholfen werden, und unser Kollege, Herr Keller, hat einen Antrag vorbereitet, wonach nach dieser Richtung gewisse Vorkehren für die Zukunft getroffen werden müssen. Dabei ist dann überhaupt noch zu untersuchen, ob die Einwürfe, dass die Ausgaben so ins Ungemessene steigen, wirklich berechtigt sind. Wir werden in der Dezembersession Gelegenheit haben, über eine Frage zu referieren, wo man in bezug auf das Sparsystem, das in unserer Armee geherrscht hat und auch heute noch herrscht, in verschiedenen Richtungen teilweise eine andere Meinung erhalten kann. Durchaus einig gehe ich mit der Auffassung, dass die Ausgaben auf das Allernötigste beschränkt werden. Herr Pictet hat in der Expertenkommission mit Recht darauf hingewiesen — diese Meinung ist auch gestern im Ständerat zum Ausdruck gekommen —, dass eine speziell ausgeschiedene Rechnung über die Mobilisationskosten geführt wird. Wir gehen also nach dieser Richtung vollständig einig; aber das ist kein Grund, dass wir uns nicht auf den Boden stellen, den das Finanzdepartement und nachher der Bundesrat als den richtigen betreten hat. Aus diesen Gesichtspunkten empfehle ich Ihnen Annahme der Vorlage, die in der Kommission nachträglich in Minderheit geblieben ist, also die Annahme des Antrages des Bundesrates.

Steinhauser: Nachdem die Vertreter der übrigen Parteien in der Kommission zum Worte gekommen, seien auch einem Vertreter der katholisch-konservativen Fraktion einige Bemerkungen gestattet. Die Kommission war bestrebt, zu einem Kompromissvorschlag zu gelangen, und in der Tat hat sich auch eine wesentliche Mehrheit ihrer Mitglieder auf einen Kompromissvorschlag geeinigt.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners Stadlin gehen dahin, den ursprünglichen Antrag des Bundesrates wieder aufzunehmen. Ich mache demgegenüber eine einzige formelle Bemerkung und sage: Im Effekt kommt der Antrag des Bundesrates, wie der Kompromissvorschlag der Kommission ganz auf das gleiche heraus. Ich kann nicht einsehen, warum man nun über diese Gegensätze noch weiter diskutieren will. Es war Aufgabe der Kommission, sich zu einigen, und sie suchte das zu tun, indem sie einen Kompromissvorschlag herausgeboren hat. Zu diesem Kompromissvorschlag wollen wir heute stehen im Interesse der Einigkeit und in Berücksichtigung der Wünsche weiter Volkskreise, ganz besonders unserer welschen Miteidgenossen. Im Namen der Fraktion, der ich angehöre, kann ich sagen, dass wir zum Kompromissvorschlag stimmen, und zwar aus folgenden Gründen.

In erster Linie wird durch den Kompromissvorschlag der Kriegssteuer der Ausnahmecharakter ganz besonders gewahrt. Wir wollen in der Kriegssteuer eine ausgesprochene Kriegssteuer haben und nicht eine ordentliche Bundessteuer, weder eine temporäre noch eine permanente. Den Ausnahmecharakter, den die Steuer erhalten soll, bekommt sie durch den Kompromissvorschlag dadurch, dass sie limitiert wird. Sie wird limitiert mit bezug auf den Zweck, worüber wir alle einig sind; sie wird limitiert mit bezug auf die Dauer, indem der Kompromissvorschlag vorsieht, dass die Steuer in drei Perioden erhoben werden soll, wobei die erste Periode vierjährig und die andern dreijährig sein sollen. Endlich wird die Steuer limitiert mit bezug auf die Quote, d. h. mit bezug auf den zu erzielenden Betrag. Das geschieht dadurch, dass ein Minimum des Ertrages festgestellt wird in der Summe von mindestens 500 Millionen. Es geschieht dies, um auch den Versprechungen, die anlässlich der Abstimmung über die sozialistische Initiative punkto Einführung der direkten Bundessteuer abgegeben worden sind, gerecht zu werden.

Also wir stimmen dem Kompromiss zu, erstens deshalb, weil der ganzen Steuer dadurch der Charakter der ausserordentlichen Steuer gewahrt bleibt. Wir stimmen dem Kompromiss zu aus einer zweiten Erwägung, deshalb, weil wir dadurch unseren Versprechen, die dem Volke gegeben worden sind, nachkommen. Die Versprechungen gehen dahin,

dass ein grosser Teil der Mobilisationskosten — man sprach von mindestens der Hälfte, andere sprachen von einem wesentlichen Teil — vom Besitz getragen werden muss. Das geschieht auf Grund der Annahme des Kompromissvorschlages. Durch die Annahme des Kompromissvorschlages werden auf Grund der heute bekannten Finanzkonstellation des Bundes drei Viertel der Mobilisationskosten vom Besitze direkt getragen, nämlich durch die erste Kriegssteuer, die Kriegsgewinnsteuer und die wiederholte Kriegssteuer, wie der Kompromiss sie vorsieht. Es werden also drei Viertel der Mobilisationskosten durch den Besitz gedeckt, inbegriffen die Verwaltungsdefizite der Jahre 1914 bis 1918.

Nun ist zu bemerken, dass dazu noch die Stempelsteuer kommt, welche jährlich einen Ertrag von mindestens 15 Millionen Franken abwerfen wird. Da ist hervorzuheben, dass auch von dieser Stempelsteuer wieder vier Fünftel direkt vom Besitz getragen werden. Es sind die Aktionäre und Obligationäre, welche vor allem diese Last, die jährlich wiederkehrt, zu übernehmen haben. So verhält sich das Engagement der Tragung der Kriegskosten mit bezug auf die Belastung des Besitzes.

Wie die Finanzlage im Jahre 1919 und 1920 und später aussehen wird, das wissen wir heute nicht. Wir wollen nicht zu weit prophezeien. Es kommen noch die bekannten Unbekannten dazu: die Zölle, die Reduktion der Militärauslagen und die effektive Höhe der Mobilisationskosten. Wir wissen nicht, wie diese bekannten Unbekannten nach drei, vier und zehn Jahren tatsächlich aussehen; aber wir können sagen, dass auf Grund der zukünftigen Finanzsituation mit grösster Wahrscheinlichkeit behauptet werden darf, dass der Kompromissvorschlag auch dann den fiskalischen Anforderungen des Bundes vollständig gerecht wird.

Endlich ist hervorzuheben, dass nach Ablauf von zehn Jahren Parlament und Volk auch noch da sein werden, um in Würdigung der dannzumaligen Verhältnisse die nötigen Vorkehren zu treffen.

Endlich stimmen wir zum Kompromissvorschlag aus einer dritten Erwägung heraus, und die besteht darin, dass wir der Ueberzeugung sind, dass der Besitz die ihm zugemuteten Lasten ohne weitere Beeinträchtigung seiner Aufgaben und seiner sozialen und volkswirtschaftlichen Ziele voll und ganz tragen kann. Ich begreife die Befürchtungen nicht, welche hauptsächlich von Herrn Blumer heute angeführt worden sind. In Tat und Wirklichkeit beträgt der Steuersatz für die höchsten Vermögen 8 ‰ und für die höchsten Erwerbe 7 %. Wenn nun der Besitz zur Tragung einer ausgesprochenen Kriegssteuer einige Jahre hindurch 8 ‰ Vermögenssteuer und 7 % Erwerbssteuer bezahlen muss, kann nicht gesagt werden, dass darin unerträgliche Lasten enthalten seien. Wir sind durchaus der Meinung, dass das Kapital und der Besitz ohne Beeinträchtigung ihrer sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben und ohne dass dadurch die Privatinitiative lahmgelegt würde, diese Lasten gut tragen können. Es ist auch nicht richtig, wenn hervorgehoben wird, um diese Lasten zu tragen, müsse vom Kapital gezehrt werden. Nein, dem ist nicht so. Die Erträgnisse aus Kapital und Erwerb, ja nur ein Teil dieser Erträgnisse genügt, um die Kriegssteuer neben den bestehenden kantonalen und kommunalen Steuern zu zahlen.

Das sind die Gründe, die den Sprechenden und seine Gesinnungsgenossen bewegen, zum Kompromissvorschlag zu stimmen. Sie stimmen zum Kompromissvorschlag in seiner ganzen Ausdehnung, sowohl was Abs. 1, als was Abs. 2 anbetrifft, und lehnen die Anträge Maunoir, Blumer und Stadlin ab.

Meyer: Ich möchte hier nur eine kurze Erklärung abgeben. Ich habe mir erlaubt, zu dem ersten Antrag der Kommission einen Antrag zu stellen und zu begründen, dass die Steuer in vierjährigen Perioden erhoben werde. Nun halte ich diesen Antrag aufrecht und möchte bloss anmelden, dass er dann als Abänderungsantrag auch zu dem neuen Vorschlag der Kommission zur Abstimmung gelangt. Insofern wäre eine materielle Uebereinstimmung zwischen diesem Antrag und dem neuen Antrag des Herrn Blumer.

Nun wollte ich bloss eine Bemerkung machen. Sie sehen in dem Antrage der Kommission, dass sie ein gewisses Entgegenkommen gegen den Gedanken der vierjährigen Steuerperiode beweisen will, indem sie sagt: «Die Steuer wird in drei Perioden, einer vierjährigen und zwei dreijährigen, erhoben.» Ich kann dieses Entgegenkommen deswegen nicht als befriedigend ansehen, weil ich glaube, dass es aus einer unrichtigen Auffassung der Verhältnisse entstanden ist. Man hat in der Kommission wohl den Fall eines Wertpapierbesitzers vor Augen gehabt, der jetzt wegen des Krieges weniger Einkünfte aus diesen Wertpapieren erhält. Das ist nicht der Grund, warum ich den Antrag gestellt habe, vierjährige Perioden einzuführen. Das geschah mit Rücksicht auf die Industrie, der man erleichtern soll, die grossen Beträge, die sie für die Kriegssteuer neben den Gemeindesteuern, den kantonalen Steuern und der Kriegsgewinnsteuer aus ihren flüssigen Mitteln aufzubringen hat, verfügbar zu machen.

Nun hat die Kommission die Meinung, dass die längere Periode an den Anfang gestellt werde und die dreijährigen Perioden nachher folgen sollten. Das halte ich für unrichtig; denn die Kreise, von denen ich rede, die Industrie, haben jetzt während des Krieges der flüssigen Mittel übergenug; die Fabrikanten haben die Lager ausverkauft, sie haben weniger Geld in ihren Warenlagern investiert. Der Bedarf an flüssigen Mitteln wird aber nach dem Kriege kommen. Daher möchte ich eventuell, wenn Sie nicht dazu kommen, die vierjährigen Perioden zu beschliessen, Ihnen den Antrag stellen, die kurzen Perioden an den Anfang zu stellen, wo die Leistungen viel leichter möglich sind, und die längere Periode auf die Zeit nach dem Kriege in Aussicht zu nehmen.

M. **Bettex:** Je tiens à expliquer très brièvement notre attitude. Il peut paraître bizarre que des membres de la commission, après les résolutions qu'elle a prises à Interlaken et qui sont conformes au message fédéral, viennent proposer le jour même de la présentation du

rapport une formule tendant à rien de moins qu'à combattre les deux premiers paragraphes de l'article constitutionnel qui nous est soumis. On l'a dit, Messieurs, nous avons été quelque peu bousculés, si vous me permettez l'emploi de ce vocable qui chercherait à traduire et à résumer ce qui s'est passé de la réception du message à la présentation du rapport devant le Conseil national, c'est-à-dire en moins de cinq semaines. Aussi bien en sommes-nous venus spontanément, la plupart d'entre nous, à nous convaincre que le message du Conseil fédéral n'était pas suffisamment précis et nous avons signé la proposition Musy-Gaudard. Cette proposition correspondait à la décision prise par le congrès radical de Berne qui voulait un impôt précis dans ses limites et dans son étendue; elle découlait du vote du 2 juin rejetant l'impôt direct fédéral; elle se rapportait aux assurances que nous donnions alors, qu'un impôt de guerre renouvelé exigerait des classes privilégiées une lourde prestation fiscale, prestation que les classes possédantes feront un devoir et un honneur de couvrir. Elle était enfin conforme aux exigences du ministre des finances lui-même et à ses dernières déclarations. Notre proposition pèche du point de vue purement financier, a-t-on dit. J'en conviens et je souscris aux paroles de M. Musy; mais elle repose sur une base solide, elle répond à cette résolution mûrement réfléchie que l'impôt doit être précis quant à sa durée et quant à ses limites. En voici la preuve: Les dépenses de la mobilisation atteignent aujourd'hui 965 millions; elles seront à la fin de l'année de 1030 millions de francs; si la guerre doit être de longue durée encore, elles atteindront une somme que nul ne peut prévoir; fixons-là, avec les optimistes, à 1 milliard 200 millions, à fin 1919. Nous voulons en couvrir les trois-quarts, c'est-à-dire 900 millions; nous avons encaissé le produit du premier impôt de guerre, cent millions, et le produit des bénéfices de guerre, trois cents millions; il nous reste à percevoir 500 millions.

Voilà le raisonnement qui justifie pleinement notre proposition de fixer à 500 millions, le minimum de la part revenant à la Confédération et apportée par le renouvellement de l'impôt de guerre. Et il me souvient, à l'instant, que la brochure distribuée par les soins du Comité directeur du Parti radical suisse, lors de la votation du 2 juin, fixait à 500 millions la couverture des ¾ de la dépense de mobilisation. M. Stadlin a souligné, tout à l'heure, le fait que notre proposition paraît être en contradiction avec celle des directeurs des finances cantonales présents à la commission des experts. Je me permets de faire remarquer que lors de cette conférence, on ne connaissait pas d'une manière précise les comptes de la mobilisation qui contenaient du reste des postes ne se rapportant pas à la mobilisation générale proprement dite. Notre proposition est, en outre, d'ordre politique. Notre peuple, vous en conviendrez avec moi, n'est pas au courant de nos discussions, je veux dire qu'il n'en connaît pas l'histoire et l'essence. A la lecture de notre proposition, il comprendra tout de suite que les classes possédantes apporteront en dix ans au moins 500 millions à la Confédération. Appelé à se prononcer, il le fera en toute connaissance de cause.

Quant à la durée même, j'eusse préféré pour mon compte, et je l'avais dit en commission, une perception faite en trois périodes de trois ans, mais avec une année de répit après la première période. On m'a fait observer que, pour certaines raisons, notamment le service de l'intérêt et le rouage même de la perception, cette proposition pouvait offrir certains inconvénients. Je me suis rangé à la proposition de 4 et 3 ans. Je vous recommande de voter la proposition de la Commission.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La situation du Conseil fédéral dans la question soumise à votre décision est particulièrement délicate. Il a déclaré dans les séances de la commission, par l'organe du chef du département des finances, que dans l'intérêt de la concentration des efforts, il adhérait à la proposition de la majorité de la commission. Le Conseil fédéral se trouve donc aujourd'hui obligé d'abandonner sa proposition primitive et de vous demander de vous rallier à la proposition de la commission ou de sa majorité. Je ne dirai rien qui puisse vous surprendre si j'affirme que cette décision n'a pas été prise de coeur léger, qu'elle a même coûté au Conseil fédéral un certain sacrifice. Mais les raisons d'opportunité, semble-t-il, sont ici déterminantes. La proposition du Conseil fédéral était un juste milieu qui tenait compte des opinions divergentes et cherchait à les concilier. En proposant d'accepter la formule basée sur une part de la dépense de mobilisation, il avait cru pouvoir reporter presque tous les esprits autour de cette formule qui semblait aussi avoir reçu en quelque sorte la consécration anticipée du vote populaire. Aujourd'hui le Conseil fédéral doit constater que cette formule qui paraissait bonne, qui l'était en réalité — c'était et c'est encore ma conviction profonde — a soulevé une si forte opposition que si le Conseil fédéral et le Parlement ne trouvent pas une formule qui puisse réunir une majorité, le projet sera exposé à de grands périls. Mais avant tout, puisque je n'ai pas encore eu l'occasion et l'honneur de le faire jusqu'ici, et puisque divers orateurs ont touché cette question, vous me permettrez de disculper le Conseil fédéral d'une accusation concernant la prétendue hâte ou précipitation apportée à l'étude et à la préparation de toute cette affaire, et vous me permettrez aussi de dégager la responsabilité du Conseil fédéral au sujet de ce que vous me permettrez d'appeler les variations de la commission.

Le Conseil fédéral a annoncé, déjà au printemps, qu'au lendemain du vote fixé au 2 juin, il aurait saisi l'Assemblée fédérale d'un projet de répétition de l'impôt de guerre. Il avait demandé déjà dans la session de juin qu'avant d'avoir reçu le message concernant les propositions du Conseil fédéral, le Parlement voulût bien désigner ses commissions. Sous le coup peut-être de la votation du 2 juin ou encore, je veux le croire, pénétré de l'idée qu'il y avait un effort considérable à accomplir dans un court délai, le Parlement adhéra sans autre au voeu du Conseil fédéral. Il désigna ses commissions, reconnaissant par là que l'affaire était urgente, qu'une procédure rapide, mais non pas sommaire, était nécessaire. Le département des finances convoqua, dès qu'il le put, la commission d'experts qui, après deux discussions mûries, approfondies, auxquelles prirent part des représentants de toutes les opinions et de toutes les régions du pays, tombèrent d'accord et furent presque unanimes pour l'adoption d'une formule qui fut ensuite présentée par le Conseil fédéral dans son message du 5 août. La commission du Conseil national se réunit, si je ne me

trompe, le 26 août. Elle a donc eu à sa disposition au moins deux semaines pour se vouer à l'étude préparatoire du message du Conseil fédéral. Elle tint ses séances à Interlaken. J'ose dire en toute bonne conscience que jamais, au grand jamais, de la part du représentant du Conseil fédéral, il ne fut fait sur elle une pression quelconque pour qu'elle abrégeât ses travaux. Le désir du représentant du Conseil fédéral a toujours été celui ci: examen rapide, si l'on veut, mais approfondi; non point précipitation, mais examen du problème avec le sérieux et le calme spirituel que comportait une affaire si importante. La commission, après avoir étudié le problème d'une manière approfondie, se déclara à la presque unanimité d'accord sur le principe proposé par le Conseil fédéral. Si je ne me trompe, il n'y eut au moment du vote sur l'entrée en matière que deux ou trois députés qui firent en quelque sorte des réserves, MM. Speiser, Maunoir et M. le landammann Blumer. Je ne sais s'il y en eut encore un quatrième, ma mémoire me fait défaut sur ce point spécial. On parlait à Interlaken avec la conviction que l'affaire avait été examinée à fond, qu'elle avait rapproché les esprits; j'étais personnellement très heureux de constater que dans une question aussi grave et compliquée, où les points de vue politiques, économiques et financiers se heurtaient, la commission faisant preuve d'un bon esprit auquel je voudrais rendre hommage aujourd'hui, s'était réunie autour de la formule que je considère aujourd'hui encore comme la grande formule de conciliation nationale.

Depuis lors, paraît-il, des doutes se sont glissés dans l'esprit de plusieurs membres de la commission. Loin de moi l'idée de faire un grief quelconque à qui que ce soit de varier dans ses opinions, après avoir examiné encore plus à fond la matière, surtout après avoir pris contact avec les milieux politiques et financiers du pays. Mais vous m'accorderez qu'il est injuste d'accuser le Conseil fédéral d'avoir mis dans cette affaire de la précipitation, de la hâte et d'avoir exercé une pression quelconque sur le Parlement.

Voilà ce que je tenais à dire. Après avoir dégagé ce point du débat, j'arrive à l'examen de la proposition formulée par la commission et je tiens à bien souligner le fait qu'en réalité, s'il y a des divergences de principe et en quelque sorte de théories, entre la proposition de la majorité de la commission et le projet original du Conseil fédéral, il y a en fait identité absolue entre les deux formules. Ce sont deux idées dont le vêtement extérieur est différent, mais dont la substance vitale est la même. Dans ces conditions, si le Conseil fédéral veut regarder un peu au delà des frontières bornées de ce Parlement, s'il jette un regard dans le pays, s'il donne un coup de sonde à l'opinion, et veut sauver son projet dans l'intérêt du pays et du crédit du pays, lui ferez-vous un reproche de vouloir atteindre un résultat positif? Je vous invite à vous retrouver autour d'une formule qui donne pour le moment une satisfaction suffisante aux besoins financiers du pays.

Il y a identité dans le fait, mais différence en théorie. Il se pourrait que plus tard la différence s'accentuât si nos prévisions actuelles se trouvaient, d'ici à plusieurs mois, complètement démenties par la réalité. L'idée du Conseil fédéral a été que les trois-quarts des dépenses de mobilisation doivent être supportés par un impôt direct sur les fortunes et les revenus. Ces trois-quarts doivent être amortis rapidement dans le délai de neuf, dix ou douze ans.

L'acceptation du compromis donne-t-elle satisfaction à cette exigence? Je puis répondre sans aucune hésitation affirmativement. Si nos prévisions ne sont pas contredites d'une manière criante par la réalité, le compromis donnera satisfaction, et voici pourquoi: La dépense à la fin de cette année sera de 1030 millions. Je veux admettre cependant qu'il faille tabler sur un chiffre un peu plus élevé. Admettons 1200 millions, ce qui implique nécessairement l'idée que les dépenses de mobilisation devront être faites encore pendant plusieurs mois de l'année prochaine. Les trois-quarts de 1200 millions font 900 millions. Le compromis apportera à la Confédération un demi-milliard. Le premier impôt de guerre a donné 100 millions. L'impôt sur les bénéfices de guerre donnera au moins 300 millions encore et voilà, Messieurs, les 900 millions destinés à l'amortissement rapide, ce qui donne pleine satisfaction à cette idée que les trois-quarts des dépenses de mobilisation doivent être supportés par un impôt exceptionnel prélevé sur la fortune et sur le revenu.

Maintenant, Messieurs, si les dépenses de mobilisation, que nous pouvons estimer aujourd'hui à 1200 millions, se trouvaient être complètement dépassées par la réalité, que ferions-nous? Il faudra, lorsque cette opération aura été réalisée, lorsqu'elle aura été épuisée en quelque sorte, revenir examiner ici encore une fois tous les facteurs de la situation. Voulez-vous le fond de ma pensée? Le système du Conseil fédéral qui voulait en une seule fois résoudre ce problème, amortir les dépenses de mobilisation une fois pour toutes et quel que fût le montant de cette dépense, était au point de vue politique, je voudrais le dire particulièrement à M. Musy, à M. Maunoir, à M. Gaudard et à d'autres orateurs, un projet à plus longue portée. Si la question de l'impôt direct se pose à nouveau après la période dont il s'agit; si alors les sommes recueillies ne suffisent pas à couvrir une dépense qui aura dépassé de beaucoup nos prévisions, cette grave question se posera à nouveau dans des conditions particulièrement dangereuses pour ceux qui sont les adversaires déterminés et définitifs de cette idée. Mais ce n'est pas le rôle ni du Conseil fédéral ni du chef du département des finances d'assimiler le point de vue politique au problème financier. Ce qu'il s'agit maintenant, c'est d'obtenir le nécessaire pour la plus prochaine période de dix ans. On peut avec de bonnes raisons, je l'avoue —et c'est ce qui me permet de me rallier au compromis— soutenir non point qu'à chaque jour suffit sa peine — ce serait une mauvaise application du proverbe — mais qu'à chaque période suffit sa peine, car il ne s'agit pas d'un jour, en effet, mais d'une période de dix ans, ce qui, dans la vie d'un peuple démocratique comme le nôtre, est une période considérable, puisque la démocratie, c'est le mouvement, c'est l'évolution et non point la stagnation. Quand nous aurons épuisé cette solution nous pourrons examiner encore ce qu'il faudra faire. Si à ce moment les optimistes ont obtenu gain de cause, si l'on nage alors dans l'abondance, si le timbre fédéral, les douanes et les autres impôts que nous aurons encore établis ont un rendement tel que celui qu'on escompte, il est possible alors qu'on se dise que l'effort accompli dans la première période a si bien reconstitué la situation financière de la Confédération, qu'avec le reste nous pouvons faire face à toutes les nécessités futures. Si, par contre, les optimistes n'avaient point raison, si la période qu'ils ont appelée la période des surprises agréables était malheureusement

terminée, si les douanes nous réservaient des désillusions et des déceptions, si le timbre et nos diverses régies ne nous fournissait pas tout l'argent dont nous avons besoin, à ce moment-là, alors les hommes qui viendront après nous, qui seront d'aussi bons patriotes que nous, seront en mesure de prendre les décisions dictées par les circonstances. Ils auront sur nous cet immense avantage de mieux connaître la situation que nous, qui devons fatalement nous débattre un peu dans l'incertitude et dans les ténèbres, tandis que nos successeurs jouiront de la pleine lumière de la situation. Voilà pourquoi, je crois qu'en toute conscience et en toute bonne foi, bien que la formule du Conseil fédéral soit, au point de vue rationnel, encore et toujours la meilleure, les raisons d'opportunité obligent le Conseil fédéral à se rallier à la proposition présentée aujourd'hui par la majorité de la commission.

Je pense que l'acceptation d'un chiffre fixe est préférable à l'autre solution. Je reconnais loyalement que lorsque M. Musy, et après lui M. Maunoir déclarent qu'au point de vue technique, il vaudrait peut-être mieux s'affirmer purement et simplement sur l'idée d'une triple répétition de l'impôt de guerre et se confier pour le reste aux optimistes qui prévoient que les trois répétitions feront une somme supérieure au demi-milliard; si je reconnais loyalement qu'au point de vue technique MM. Musy et Maunoir peuvent avoir raison, je constate cependant que quant à l'effet extérieur, c'est-à-dire au point de vue de la psychologie politique, il est préférable dans un texte constitutionnel un peu incolore, amorphe en quelque sorte, de dire que cette triple répétition de l'impôt de guerre doit donner au moins un demi-milliard. C'est ce chiffre qui mesure en quelque sorte l'effort que nous voulons faire dans les deux années qui vont suivre. Que cet effort soit considérable, il suffit d'un simple raisonnement pour le démontrer d'une manière saisissante. Au lendemain de la guerre franco-allemande, l'Allemagne avait imposé à la France la formidable contribution de guerre de 5 milliards. A ce moment-là, on avait cru que cette contribution représentait peut-être une charge sous laquelle la France aurait dû momentanément succomber. Eh bien, Messieurs, si en dix ans nous réalisons l'effort d'un demi-milliard nous aurons fait, nous, ce que la France aurait fait si dans l'espace de dix ans elle avait amorti complètement la contribution de guerre franco-allemande. C'est vous dire que l'effort qui est demandé à la fortune et au revenu suisse par la formule du compromis ne peut pas être taxé de mesquin. On ne peut pas accuser le compromis d'être un système étriqué ou insuffisant. Au contraire, je dois reconnaître loyalement que même avec le compromis l'effort demandé à l'économie nationale, aux contribuables suisses, est formidable et qu'il fera honneur à l'esprit de sacrifice de ceux qui seront appelés à le supporter. Il vaut donc mieux au point de vue de l'effet extérieur, maintenir l'indication du chiffre d'un demi-milliard. Si M. Musy obtient gain de cause, lui qui prétend que trois répétitions de l'impôt de guerre produiront une somme supérieure à 500 millions, tous ses scrupules se seront en quelque sorte évanouis au contact de la réalité. Si, par contre, les prévisions du Conseil fédéral se trouvent être les plus justes et que chaque période de perception ne rapporte net que 150 millions à la Confédération, c'est-à-dire dans l'espace de 9 ou 10 ans 450 millions alors, Messieurs, il faudra encore, par une décision de l'Assemblée fédérale, prévoir un prélèvement supplémentaire, mais qui ne sera que peu considérable, puisqu'il ne dépassera guère la somme de 50 millions. Ce sera là un effort ultérieur d'une seule année. Ceux qui examineront ensuite la situation verront s'il y a d'autres mesures à prendre en vertu des nouvelles dispositions constitutionnelles.

Enfin, un dernier point, celui qui concerne les taux imposés aux confédérés. M. Speiser tout d'abord, M. Blumer ensuite, M. Maunoir avec eux, pensent que les taux prévus sont excessifs. J'ai déjà eu l'honneur de vous dire, Messieurs, les raisons qui me font admettre le contraire, mais qu'il me soit permis de vous donner encore un deuxième argument.

Si vous répartissez le maximum des taux sur trois ans, vous constatez que l'on demande pour chaque année aux plus grandes fortunes environ le 8 pour mille, c'est-à-dire moins du 1% par an. Si pour les revenus, vous admettez le taux maximum de 20%, le taux annuel se trouve être d'environ 7%, mais encore faut-il ajouter que ces taux sont des maxima. Le 8 pour mille pour les fortunes et le 7% d'autre part sont appliqués aux contribuables qui jouissent des meilleurs conditions de vie, aux millionnaires ou à ceux dont le revenu dépasse fr. 40, 50 ou 60,000 annuellement. Et encore, Messieurs, comme le Conseil fédéral adhère à la solution qui consiste à faire de la première période une période de quatre ans au lieu de trois ans, les taux que je viens d'indiquer de 8 pour mille et de 7% se trouvent en fait réduits, le premier à 6 pour mille à peu près et le deuxième à 5% environ. Et alors, j'entends l'honorable M. Blumer auquel d'ailleurs je suis reconnaissant pour l'esprit de conciliation qu'il a bien voulu mettre à accepter en principe au moins le compromis, sauf à en discuter certaines modalités, j'entends M. Blumer nous dire: Vous demandez 60 millions par an, c'est-à-dire pour chaque période de trois ans 180 millions; c'est trop. Au lieu de demander 60 millions par an, y compris la part des cantons, donc 50 millions pour la Confédération, vous ne devriez demander que 45 millions annuellement.

En effet, l'idée de répartir les charges sur une période de quatre ans conduit à un apport annuel de 45 millions. Mais, Messieurs, qui peut soutenir avec certitude que cet écart de 15 millions par an, entre les 45 et les 60 millions, soit déraisonnable, s'il est raisonnable avec 45 millions par an. Comment veut-on soutenir que c'est cet appoint annuel de 15 millions d'une contribution exceptionnelle de guerre qui transforme en vil métal ce qui était sans celà de l'or pur. Il me semble que vraiment cette idée n'est point non plus défendable.

M'est-il permis d'appeler votre attention sur un simple fait? Savez-vous quel est l'impôt annuel que paye l'économie nationale suisse du fait de nos prix des charbons? Je n'exagère pas en disant que c'est environ 30 millions par mois, ce qui fait plus de 350 millions par an. Notre économie supporte difficilement cette charge; et nous ne pourrions pas supporter 60 millions par an! Il suffit de faire la comparaison pour voir que la vérité est dans ce que le Conseil fédéral a toujours affirmé et non pas de l'autre côté.

Je termine. Je ne veux pas m'étendre sur tous les détails de la discussion. Je voudrais être de taille à faire passer sur vous le souffle de la conciliation. Je voudrais pouvoir vous faire comprendre qu'il y a une oeuvre nécessaire à accomplir, que nous soyons romands ou allemands, dans quelque pays ou quelque

partie de pays que nous habitions, à quelque parti que nous appartenions. Nous pouvons, si nous le voulons avec bonne volonté, nous réunir dans un effort utile au pays.

Quant à moi, je tiens à le déclarer, dans l'attitude que je prends ici, je me dégage complètement de tout esprit de parti. Je n'ai dans ma conscience qu'une seule conviction, c'est d'obéir aux intérêts les plus élevés de la patrie suisse.

Häberlin: Verzeihen Sie, wenn ich zu so vorgerückter Stunde noch das Wort ergreife. Mich treibt nicht das Bedürfnis zu reden oder zu schwatzen, sondern das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an einer Schlussnahme, die ich als eine der ernstesten erachte, welche in dieser Zeit an uns herangetreten sind. Ich werde leidenschaftslos reden, um so eher, als ich ja mit einer gewissen Resignation das Wort ergreifen muss, da ich weiss, dass ich einer grösseren Koalition gegenüberstehe, die wahrscheinlich den Antrag nicht annehmen lässt, den ich vertreten möchte. Und das ist der ursprüngliche Antrag des Bundesrates, der von einer Minderheit der Kommission aufrecht erhalten wird.

Es will mir scheinen, dass die Vorlage etwas zu sehr ziffernmässig behandelt wird. Ich weiss ja, Herr Bundesrat Decoppet hat gestern gesagt, wenn man mit Zahlen zu tun hat, so muss man nahe an sie herantreten, sie von nahem besehen. Aber man kann vielleicht auch das übertreiben. Es ist vielleicht manchmal auch nötig, dass man die Zahlen aus einer gewissen Perspektive, aus einer höheren Perspektive betrachtet. Ich kann nicht ganz zugeben, was vorhin Herr Bundesrat Motta ausgeführt hat, dass es die Opportunität sei, welche den Entscheid heute zu diktieren habe. Und ich kann nicht unterschreiben, wenn er ausgeführt hat, dass der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates und der heutige Vorschlag der Kommissionsmehrheit eigentlich nur derselbe Gedanke in verschiedenem Gewande sei. Ich halte das für unzutreffend.

Wir stehen in einer Probestunde der bürgerlichen Demokratie. Wir haben in unserer Demokratie den Grundsatz aufgestellt: « Gleiche Rechte, gleiche Pflichten! » Darauf bauen wir unseren Staatsgedanken auf. Dabei haben wir unbestrittenermassen stets die Auffassung gehabt, dass die Pflichten, soweit es ökonomische Pflichten des Bürgers gegenüber dem Staate sind, nicht absolut, sondern verhältnismässig gleich sein sollen, nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen abgestuft. Wir haben also diese ökonomische Gleichheit in den Pflichten sozial aufgefasst und nicht juristisch gedankenspaltend. So haben wir also schon in normalen Zeiten stets differenziert zwischen der Leistungsfähigkeit der Starken und Schwachen. Aber was speziell wir Bürgerlichen, denen ich angehöre, stets in normalen Zeiten verlangt haben, das war ein Anteil jedes, auch des Geringsten, an den Verpflichtungen gegenüber dem Staate, auch an den ökonomischen Verpflichtungen. Nicht nur Militärdienst, sondern auch Steuerpflicht soll getragen werden selbst vom Kleinsten nach Massgabe seiner Leistungsfähigkeit. Und wenn einer sich schuldhaft gegen diese Pflicht vergangen hat, so haben wir wenigstens bisher eine Reaktion gegen ihn eingeleitet; wir haben darüber in den letzen Tagen gesprochen — in Gestalt des Entzuges der Ehrenfähigkeit. Das war die bisherige Auffassung. Auf staatlichem Gebiete haben wir nun diese Differenzierung zwischen den Leistungs- und den weniger Leistungsfähigen in der Hauptsache dadurch zu erzielen geglaubt — ich nehme nur das Grobe —, dass wir die Steuern verteilten auf den Besitz in der einen Form, hauptsächlich der direkten Steuern, und auf den Anteil am Genuss, den auch der kleinere Mann hat, in Form der indirekten Steuern.

Wie halten wir es nun in anormalen Zeiten, in Zeiten wie den heutigen? Da sind wir übereingekommen, und zwar nicht erst letzthin, dass für solche Zeiten die indirekten Steuern, die Abgaben auf dem Genuss, der ja auch ein bedeutend reduzierter ist, zurücktreten müssen und dass die Heranziehung des kleinen Bürgers in dieser Form nur noch aufrecht erhalten werden muss in der Hauptsache für die normalen Ansprüche des Staates und bloss zu einem geringeren Teile auch für die anormalen Notansprüche der jetzigen Zeit. Das war schon lange die Auffassung. Wir haben sie in der letzten Zeit bekräftigt.

Wir sind also einverstanden: der Besitz muss in dieser Kriegszeit bluten, sei es in der einen Form, wie sie uns Herr Kollega Götschel vorgeschlagen hat, als Opfer, einmaliges Opfer, einmaliger Aderlass, sei es in der Form, wie wir sie nun heute behandeln, in der Form eines wiederholten Schröpfens, bis der Staatskörper, der Finanzhaushalt des Staates wieder gesundet ist. Das ist die demokratische Auffassung der Gleichheit der Bürger in sozialem Sinne. Wie wir auch unser Zivilrecht sozial auslegen, nicht nur juristisch, so tun wir auf staatsrechtlichem Gebiet. Wie wir z. B. im Zivilrecht im Dienstvertrag uns seit langem daran gewöhnt haben, dass der Arbeitgeber, wenn sein Arbeitnehmer krank wird oder seine staatliche Pflicht in Form des Militärdienstes erfüllt, diesem trotzdem seinen Lohn bezahlen soll. Rein juristisch gedankenspaltend können Sie dieses Recht des Arbeiters auf Lohn nicht begründen. Sie können diese Auslegung nur begründen, wenn Sie sozial denken. Und wie Sie im Zivilrecht sozial zu denken seit langem begonnen haben, wie Sie die Gesetzgebung damit getränkt haben, so müssen wir nun staatsrechtlich auch bei der Erfüllung der Aufgabe, unseren Finanzhaushalt in diesen schweren Zeiten in den Senkel zu bringen, sozial denken, und zwar auf beiden Seiten, hüben und drüben. Denn jede Abweichung von dieser richtigen Auffassung der Rechte und der Pflichten wird sich rächen. Das lehrt uns die Geschichte aller Zeiten, der ältesten und der jüngsten. Wo der Besitz, wo die Regierenden diese Verpflichtung ablehnen, wo sie glauben, den Besitz schützen zu müssen, wenn erhöhte Anforderungen in Notzeiten gestellt werden, da kommt die Reaktion gegen eine derartige Ablehnung der Pflicht zuerst in der Form der Demagogie, die aufpeitscht, die erklärt: « Wenn der Besitz nicht freiwillig gibt, wird er gezwungenermassen geben müssen. » Es kommt die Revolution und die Anarchie, wenn nicht rechtzeitig die Schritte freiwillig getan werden, die notwendig

sind zur Erfüllung der Pflicht. Und umgekehrt ist es ja auch so. Wenn umgekehrt der kleine Mann glaubt, seine Verpflichtungen negieren zu können, alles bloss auf den Besitz abzustellen und schliesslich ihm einfach zu nehmen, was zu finden ist, so hat diese Theorie und dieser Terror vielleicht eine gewisse Uebergangszeit für sich. Aber auch dort folgt die Reaktion in der Form von Staatsstreichen, von Vergewaltigungen durch eine Diktatur, jedenfalls der Rückbildung und Beschneidung der Volksrechte.

Für uns, glaube ich, ist es nun gegeben, die Konklusionen aus diesen Lehren der Geschichte zu ziehen. Wir wissen, wir haben heute nicht normale Zeiten, sondern wir haben anormale Zeiten. Wollen wir nun die Sanierung uneres Staatshaushaltes herbeiführen auf gesundem oder ungesundem Weg, durch gesunde oder ungesunde Entwicklung? Ich glaube, die Antwort hierauf hat unser Volk gegeben am 2. Juni, wenigstens für uns, die Bürgerlichen — ich kann ja meinen Charakter nicht verleugnen und nicht abstreiten, dass ich in dieser Haut stecke; aber ich glaube doch, dass das, was ich ausführe, auch für Andersdenkende hörbar ist —. Wir haben am 2. Juni dieses Jahres die direkte Bundessteuer verworfen. Wir hielten sie jedenfalls in der Vorlage, in der sie uns präsentiert wurde, für etwas Demogagogisches, für einen Vorschlag, der zur Entwöhnung von der Pflicht führen müsse, der den kleinen Mann daran gewöhnen würde, sich nur noch als Inhaber von Rechten, nicht mehr als Träger von Pflichten zu fühlen. Und das war neben dem Blick auf die gesunde Entwicklung der Kantone am 2. Juni der ausschlaggebende Grund, der zur Verwerfung der direkten Bundessteuer führte.

Aber im gleichen Moment haben wir als conditio sine qua non dieser Ablehnung der direkten Bundessteuer aufgestellt die Verpflichtung des Besitzes, die Folgen des Krieges in der Hauptsache zu tragen. Das ist vor der Abstimmung und nach der Abstimmung betont worden, und zwar hat man damals stets von der vorbehaltlosen Uebernahme eines gerechtfertigten quotenweisen Anteils durch den Besitz gesprochen. Man hat gesprochen von einer Hälfte. Man hat gesprochen von mehr als einer Hälfte. Man ist in der Folgezeit weitergegangen und hat gesprochen von drei Vierteln, in steigendem Masse, je mehr die Zeit vorrückte. Wer noch im Mai 1918 — ich erinnere an die Agitationsbroschüre, die Herr Bettex uns in Erinnerung gebracht hat — von der Hälfte sprach, hat ein halbes Jahr später sich sagen müssen: Wir können nicht bei der Hälfte stehen bleiben. Und wenn wir jetzt von drei Vierteln sprechen, so tun wir das nicht nur deshalb, weil wir in Parteiversammlungen vielleicht diese Quote erwähnt und in Aussicht gestellt haben, sondern deshalb, weil wir uns zur Ueberzeugung durchgerungen haben, dass diese drei Viertel vom Besitz wirklich beansprucht und gefordert werden müssen. Das ist der innere Grund, nicht nur ein äusserliches Worthalten, sondern auch ein innerliches Worthalten dem Gedanken, der damals in Volksversammlungen ausgedrückt worden ist.

Es ist Ihnen nun ausgeführt worden, dass darüber eigentlich längere Zeit vollständige Einigkeit geherrscht hat, dass die zugezogenen Experten diese drei Viertel als die berechtigte Quote anerkannt haben und dass der Bundesrat diese Quote — es ist auch heute von Herrn Motta erklärt worden, seiner persönlichen Ueberzeugung nach sei das die richtige Quote — akzeptiert hat. Die Kommission hat einhellig ohne Widerspruch zuerst auch diese Quote akzeptiert. Heute sind Bedenken aufgetaucht, Bedenken, die dahin gehen, die Tragweite eines Beschlusses, der die Dreiviertelquote festlegt, sei nicht übersichtlich genug. Die Bedenken sind von zweierlei Natur — Herr Kollege Stadlin hat das bereits ausgeführt —, und zwar ganz verschiedener Natur. Einmal — und das wurde heute weniger expressis verbis gesagt, aber es ist vielleicht der zwingendere Grund zu der heutigen Stellungnahme der damaligen Minderheit und jetzigen Mehrheit — gingen die Bedenken dahin: Man hat Angst vor einer künstlichen Mehrbelastung des Mobilisationskontos. Man traut der Geschichte nicht recht. Was werden eigentlich diese Mobilisationskosten sein, die wir zu drei Vierteln durch den Besitz zu decken haben? Ich verarge es keinem, wenn er nach dieser Richtung sorgfältig vorgeht und etwas argwöhnisch ist, obwohl ich persönlich diese Bedenken nicht als sehr begründet erachte. Wir haben schon seit dem Februar 1916, seit 2½ Jahren, die Bestimmung, dass alle Vorlagen, die den Mobilisationskonto belasten sollen, dem Bundesrate vorgelegt werden müssen. Wenn man weiter gehen will, und auch das verstehe ich, so ist der Weg angedeutet worden von Herrn Stadlin auf Grund einer Anregung, die Herr Kollega Keller in unserem Vorstande machte, es möge, vielleicht bei Anlass dieser Beratung, in Form eines Postulates beschlossen werden, dass auf diesen Konto nur genommen werden dürfen Auslagen, die infolge einer generellen oder speziellen Vorlage von den Räten genehmigt worden seien oder, wenn sie absolut dringlicher Natur sind, was ja im Kriegsfalle vorkommen könne, nachträglich von den Räten ratihabiert werden. Wenn Sie ein solches Postulat wünschen, bin ich der erste, der diesem Gedankengang zustimmen kann. Wir haben kein Brett vor dem Kopf gegenüber derartigen Begehren und derartigem Argwohn. Das wäre eine Möglichkeit, diese Bedenken auszuschalten, obwohl ich also persönlich erklären will, um nicht missverstanden zu werden, dass ich die Meinung habe, es sei das nicht so absolut nötig und man könne vielleicht im Argwohn deshalb zu weit gehen, weil man den Begriff der Mobilisationskosten zu eng auffasse. Ich habe schon wiederholt gehört: Was ist nicht alles in die Mobilisationskosten hineingenommen worden: Strassenverbindungen, Munitionsdepots, Häuser und Fabriken? Da ist es doch sehr die Frage, ob das nicht berechtigte Mobilisationsauslagen sind. Es rächen sich eben da die Sünden, die wir früher begangen haben, dass wir die Vorbereitungen für den Krieg aus Sparsamkeit nicht in der rechten Zeit und nicht auf dem Wege des normalen Budgets getroffen haben. Darum sind diese Auslagen, die vielleicht an und für sich normalerweise in das ordentliche Budget gehörten, durch die Plötzlichkeit, mit der sie sich aufgedrängt haben, zu Mobilisationsausgaben geworden und können heute

kaum anders behandelt werden, soweit sie bereits ergangen sind, währenddem wir für die zukünftigen Ausgaben durch ein solches Postulat das Heft in die Hand bekommen könnten. Ich würde dieses Postulat auch deshalb nicht ungerne sehen — und Sie sehen daraus, dass ich objektiv denken kann —, weil mit einem solchen Postulate nicht nur diejenigen, die fürchten, es werde zuviel in den Mobilisationskonto hineingenommen, geschützt werden, sondern auch vielleicht die Herren von ganz links, die befürchten, dass man zuviel aus dem Konto hinausnehmen und nicht durch den Besitz decken lassen wolle. Es wäre beiden Teilen gegen allfällige Aengste geholfen. Aber jedenfalls hindert der Antrag Musy, dem Sie nun zustimmen wollen, in keiner Weise das, was namentlich die Herren der romanischen Schweiz nach dieser Richtung befürchten. Ein Anschwellen des Mobilisationskontos selbst wird durch Annahme des Antrages Musy nicht gehindert; gehindert würde nur die Deckung dieses Mobilisationskontos durch den Besitz. Das sind zweierlei Sachen, die sauber und entschieden auseinandergehalten werden müssen. Also wer diese Bedenken hat, braucht aus diesen Gründen dem Antrage des Herrn Musy — ich darf ihn wohl noch so nennen — nicht zuzustimmen.

Also bleibt für die Annahme massgebend wohl nur noch ein zweites Bedenken, das dahin fomuliert wird, man wisse nicht, wie weit sich diese Anteilnahme des Besitzes an den Kosten zahlenmässig ausdehne, wieviel man effektiv geben müsse. Diese Befürchtung — klar ausgedrückt —, dass man zuviel geben müsse (denn davor hat keiner Angst, dass er zuwenig geben müsse; wenigstens nach meinen bisherigen Erfahrungen hat man immer nur Angst davor, dass man zuviel geben müsse), ist des Pudels Kern bei dieser Erwägung. Nun werden wir aber beruhigt. Wenn wir zu fragen wagen, ob das vielleicht die Meinung ist, so heisst es sofort: «Keine Rede! Mit dem, was hier bewilligt wird durch den Antrag Musy, wird sowieso alles gedeckt.» Herr Maunoir hat uns ausgerechnet, dass mit zweimaliger Erhebung, Herr Musy, dass mit dreimaliger Erhebung alles gedeckt werden könne. Ja, wenn Sie so denken, warum wollen Sie es dann noch schriftlich im Verfassungsartikel haben, dass es nicht mehr sein dürfe? Wenn Sie den festen Glauben haben, so braucht es das nicht. Aber wenn Sie ihn nicht haben und denken, es könnte doch anders kommen, so begreife ich den Wunsch: Ich möchte es schwarz auf weiss haben. Aber genau so, wie Sie nun dieses Bedürfnis empfinden, es schriftlich in der Tasche zu haben, dass es nicht mehr sei, genau so haben die andern das Bedürfnis, es schriftlich zu bekommen, dass sie nicht mit mehr als einem Viertel oder einer Hälfte dieser Mobilisationskosten auf normalem Weg herangezogen werden können. Das ist genau das gleiche Bedürfnis. Also was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Nun habe ich die Meinung, dass das letztere Begehren das gerechtfertigtere sei. Wenn wir davon ausgehen, wir wollen im Effekt die drei Viertel geben, wenn sie notwendig sind, so kann man das ganz ruhig sagen und braucht man es nicht zu verkleiden in die Form, man wolle dreimal und wenn nötig mit einem Supplement 500 Millionen oder 600 Millionen oder man wolle die Milliarde geben, worin die frühere Kriegssteuer und die Kriegsgewinnsteuer inbegriffen seien, sondern dann kann man das ruhig ausdrücken damit, dass man einfach die Quote bewilligt. Ich glaube, es haben wirklich die kleinen Leute recht, von denen überhaupt diese Anregung ausgeht. Sie sagen: Die Rechnung ist ganz einfach. Entweder ist der Krieg bald aus und stellt keine sehr grossen neuen Forderungen an die Mobilisationskosten, dann, meine Herren Anhänger des Antrages Musy, machen Sie ja ein Geschäft, wenn Sie den früheren bundesrätlichen Antrag annehmen. Denn dann müssen Sie nicht soviel annehmen, wie Sie nach dem Antrage Musy geben müssten. Oder aber umgekehrt, es trifft nicht zu. Der Krieg dauert unerwartet länger oder die Schweiz wird in hervorragender Weise mitherangezogen. Denken Sie meinetwegen nur an einen Durchmarschsversuch, einen Einbruch, eine Bourbakiaffäre von der einen oder andern Seite, an die Entwaffnung von Truppen, die auf unser Gebiet abgestossen würden. Das sind Sachen, die nicht einer blutigen Phantasie zu entspringen brauchen, sondern die bitter möglich sind. Wenn Sie an das denken und dafür sorgen wollen, so gibt es nur eine richtige Vorsicht der Finanzgewalten im Lande, dass man bei der Quotendeckung bleibt und unter allen Umständen — daure es lange oder nicht — die drei Viertel heute einfach bewilligt und auf den Besitz übernimmt. Oder soll die Dreiviertelleistung wirklich gerade dann aufhören, wenn sie am notwendigsten, wenn die Last für den kleinen Mann am drückendsten wird? Ich kann mich darum mit dem Argumente nicht zufrieden geben, dass es ja eine schöne Leistung sei, was hier offeriert ist. Die Tatsache an sich gebe ich selbstverständlich rundweg zu. Ich habe mich häufig schon als Kapitalistenvertreter schelten lassen müssen. Ich kenne und schätze die Bedürfnisse auch der Kapitalisten, ich halte sie für ein sehr notwendiges — nicht einmal Uebel —, sondern für ein notwendiges Gutes unter bestimmten Voraussetzungen. Aber wenn man im Interesse dieser Kapitalisten sagt: «Wenn wir heute 500 Millionen geben, so haben wir für die nächsten 10 Jahre vorgesorgt und in 10 Jahren ist man wieder da» — Herr Musy hat diesen Wechsel bereits ausgestellt; honorieren werden ihn unsere Nachfolger müssen — wenn man so argumentiert, so kommt dann auch mit gleichem Recht der andere und sagt: «Auch wir wissen nicht, was in 10 Jahren ist. Sie können, auch wenn Sie unsern Antrag annehmen, es der zehnjährigen Zukunft überlassen, ob sie diese Lösung abändern will und namentlich in welchem Sinne sie sie abändern will.» Das müssen Sie dann gewärtigen im einen wie im andern Fall.

Wenn Sie den Antrag auf drei Viertel annehmen, so schaffen Sie eine gute Arbeit. Sie lösen die Frage prinzipiell, Sie lösen sie gemäss Versprechungen, die unserem Volke tatsächlich gegeben worden sind. Und mit dem Volke darf man nicht ungestraft spielen. Wenn Sie diese Lösung nicht annehmen, kann ich Ihnen heute sagen, was die Folge sein wird. Es wird die in nicht allzu ferner Zeit eintretende Annahme der direkten Bundessteuer sein. Wer also für die direkte Bundessteuer arbeiten will, der kann heute getrost den Antrag der Herren Musy und Konsorten annehmen. Wem

es aber damit ernst ist, dass wir diese direkte Bundessteuer als nicht wünschbar, als ungut vom staatlichen Standpunkte aus betrachten, der wird den Antrag der heutigen Minderheit Ihrer Kommission annehmen, die also eine Limitierung nach der Zeit und nach der Summe ablehnt, die auf der andern Seite allerdings die vollständige Uebernahme der Mobilisationskosten durch den Besitz, wie der sozialdemokratische Entwurf lautete, ablehnt, die in der Mitte steht und den kleinen Mann fassen will, indem ihm ein Viertel übrig bleibt, der nicht durch den Grossbesitz allein, sondern auf dem normalen Wege getragen werden muss.

Der Bundesrat war nicht schlecht beraten, als er seinerzeit diese Idee aufnahm. Ich glaube nicht, dass dieses Abstellen auf opportunistische Bedenken bessere Politik ist. Man kann ja in guten Treuen verschiedener Ansicht sein. Ich anerkenne gerne, dass im Interesse des Landes Herr Bundesrat Motta diese Kompromisslösung gesucht hat. Aber es dürfte die Frage sein, ob nicht die andere Lösung das Volk hinter sich hat und die Grundsätzlichkeit diesmal auch Opportunität ist. Wir erlauben uns, die abweichende Meinung zu haben, dass diese Lösung die volkstümliche, und zwar nicht eine demagogische, sondern berechtigt volkstümliche ist, wenn auch gewisse Kreise damit nicht einverstanden sind. Ich glaube, dass unsere Kreise wenigstens hinter uns stehen und dass sie da wirklich einmal eine république des camarades sein wollen, aber im guten, nicht in dem schlechten Sinne, in dem man uns das Wort zugerufen hat. Wir wollen eine république des camarades sein und gewiss auch diejenigen Herren willkommen heissen, die uns das als Schimpfwort zugerufen haben. Wir wollen es ihnen nicht nachtragen, wenn sie die Camaraderie hier im guten Sinne pflegen. Dabei soll es dann selbstverständlich möglich sein, gewisse Härten, die der Entwurf noch an sich trägt; durch kleinere Abänderungen zu mildern. Ich bin da wiederum nicht derjenige, der glaubt, man müsse die Vorlage, wie sie zufällig geboren wurde, ohne weiteres en bloc annehmen, sondern ich verweigere z. B. den Anträgen des Herrn Meyer nicht meine Zustimmung. Eine gewisse Rücksicht auf die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Kapitals hat etwas Berechtigtes und Gutes, und da wird auch der härtest blaugesottene oder rotgesottene Sozialdemokrat nichts dagegen haben, wenn man durch bestimmte Erleichterungen es möglich macht, dass das Opfer geleistet werden kann.

Also ich wiederhole von diesem Gesichtspunkt aus meine dringende Bitte an alle Mitglieder dieses Rates, Gegner und Anhänger, im Sinne einer richtigen demokratischen Lösung den früheren Antrag des Bundesrates, den jetzigen Antrag der Minderheit, anzunehmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 26. September 1918, vormittags 8 Uhr.
Séance du 26 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 325 hiervor. — Voir page 325 ci-devant.)

Abgeänderter Antrag des Herrn Sträuli
vom 25. September 1918.

A. Ziffer 3, Abs. 4.

Die Steuersätze sind progressiv und steigen in Klassen von ein bis fünfundzwanzig Promille des Reinvermögens und von einem fünftel Prozent bis 20 Prozent des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

Proposition modifiée de M. Sträuli
du 25 septembre 1918.

A. Paragraphe 3, alinéa 4.

Les taux de l'impôt sont progressifs et s'élèvent, par classes, d'un à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et d'un cinquième à vingt pour cent sur le produit du travail net conformément au tableau annexé au présent arrêté.

Tabelle II. Erwerbssteuer. — Tableau II. Impôt sur le produit du travail.

Klasse / Classe	Erwerb von über / Produit du travail de plus de	Erwerb bis und mit / jusqu'à	Steuersatz Prozent / Taux pour cent	Steuerbetrag / Montant de l'impôt pour la période de trois ans
1	3000	3500	0,2	6
2	3500	4000	0,4	14
3	4000	4500	0,6	24
4	4500	5000	0,8	36
5	5000	5500	1	50
6	5500	6000	1,2	66
7	6000	6500	1,4	84
8	6500	7000	1,6	104
9	7000	7500	1,8	126

usf. gleich der Kommissionsvorlage.
la suite comme dans le projet de la commission.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	08
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	25.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	325-345
Ref. No	20 028 618

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

es aber damit ernst ist, dass wir diese direkte Bundessteuer als nicht wünschbar, als ungut vom staatlichen Standpunkte aus betrachten, der wird den Antrag der heutigen Minderheit Ihrer Kommission annehmen, die also eine Limitierung nach der Zeit und nach der Summe ablehnt, die auf der andern Seite allerdings die vollständige Uebernahme der Mobilisationskosten durch den Besitz, wie der sozialdemokratische Entwurf lautete, ablehnt, die in der Mitte steht und den kleinen Mann fassen will, indem ihm ein Viertel übrig bleibt, der nicht durch den Grossbesitz allein, sondern auf dem normalen Wege getragen werden muss.

Der Bundesrat war nicht schlecht beraten, als er seinerzeit diese Idee aufnahm. Ich glaube nicht, dass dieses Abstellen auf opportunistische Bedenken bessere Politik ist. Man kann ja in guten Treuen verschiedener Ansicht sein. Ich anerkenne gerne, dass im Interesse des Landes Herr Bundesrat Motta diese Kompromisslösung gesucht hat. Aber es dürfte die Frage sein, ob nicht die andere Lösung das Volk hinter sich hat und die Grundsätzlichkeit diesmal auch Opportunität ist. Wir erlauben uns, die abweichende Meinung zu haben, dass diese Lösung die volkstümliche, und zwar nicht eine demagogische, sondern berechtigt volkstümliche ist, wenn auch gewisse Kreise damit nicht einverstanden sind. Ich glaube, dass unsere Kreise wenigstens hinter uns stehen und dass sie da wirklich einmal eine république des camarades sein wollen, aber im guten, nicht in dem schlechten Sinne, in dem man uns das Wort zugerufen hat. Wir wollen eine république des camarades sein und gewiss auch diejenigen Herren willkommen heissen, die uns das als Schimpfwort zugerufen haben. Wir wollen es ihnen nicht nachtragen, wenn sie die Camaraderie hier im guten Sinne pflegen. Dabei soll es dann selbstverständlich möglich sein, gewisse Härten, die der Entwurf noch an sich trägt; durch kleinere Abänderungen zu mildern. Ich bin da wiederum nicht derjenige, der glaubt, man müsse die Vorlage, wie sie zufällig geboren wurde, ohne weiteres en bloc annehmen, sondern ich verweigere z. B. den Anträgen des Herrn Meyer nicht meine Zustimmung. Eine gewisse Rücksicht auf die nachhaltige Leistungsfähigkeit des Kapitals hat etwas Berechtigtes und Gutes, und da wird auch der härtest blaugesottene oder rotgesottene Sozialdemokrat nichts dagegen haben, wenn man durch bestimmte Erleichterungen es möglich macht, dass das Opfer geleistet werden kann.

Also ich wiederhole von diesem Gesichtspunkt aus meine dringende Bitte an alle Mitglieder dieses Rates, Gegner und Anhänger, im Sinne einer richtigen demokratischen Lösung den früheren Antrag des Bundesrates, den jetzigen Antrag der Minderheit, anzunehmen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 26. September 1918, vormittags 8 Uhr.
Séance du 26 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 325 hiervor. — Voir page 325 ci-devant.)

Abgeänderter Antrag des Herrn Sträuli
vom 25. September 1918.

A. Ziffer 3, Abs. 4.

Die Steuersätze sind progressiv und steigen in Klassen von ein bis fünfundzwanzig Promille des Reinvermögens und von einem fünftel Prozent bis 20 Prozent des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

Proposition modifiée de M. Sträuli
du 25 septembre 1918.

A. Paragraphe 3, alinéa 4.

Les taux de l'impôt sont progressifs et s'élèvent, par classes, d'un à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et d'un cinquième à vingt pour cent sur le produit du travail net conformément au tableau annexé au présent arrêté.

Tabelle II. Erwerbssteuer. — Tableau II. Impôt sur le produit du travail.

Klasse / Classe	Erwerb von über / Produit du travail de plus de	Erwerb bis und mit / jusqu'à	Steuersatz Prozent / Taux pour cent	Steuerbetrag / Montant de l'impôt pour la période de trois ans
1	3000	3500	0,2	6
2	3500	4000	0,4	14
3	4000	4500	0,6	24
4	4500	5000	0,8	36
5	5000	5500	1	50
6	5500	6000	1,2	66
7	6000	6500	1,4	84
8	6500	7000	1,6	104
9	7000	7500	1,8	126

usf. gleich der Kommissionsvorlage.
la suite comme dans le projet de la commission.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell:

Für Bezugsperioden von 3 Jahren	112 Stimmen
Für Bezugsperioden von 4 Jahren	36 Stimmen

Subeventuell:

Für 3 Bezugsperioden nach Antrag der Kommissionsmehrheit	116 Stimmen
Für 3 Bezugsperioden nach Antrag Meyer	31 Stimmen

Eventuell:

1. Für Festhalten am Antrag der Kommissionsmehrheit	111 Stimmen
Für den Antrag Blumer (3 Bezugsperioden von 4 Jahren)	32 Stimmen
2. Für den Antrag Maunoir (Streichung von Absatz 2, Ziffer 2)	21 Stimmen
Dagegen	119 Stimmen
3. Für den Antrag Stadlin-Bundesrat	129 Stimmen
Für den Antrag Naine	24 Stimmen
4. Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	136 Stimmen
Für den Antrag Maunoir	17 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	93 Stimmen
Für den Antrag Stadlin-Bundesrat	64 Stimmen

Ziffer 3.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich halte mich für verpflichtet, bevor ich Ihnen weiter referiere, Ihnen Mitteilung zu machen von einigen Eingaben, die an uns gelangt sind. Ich will Ihnen bloss diejenigen Eingaben resümierend unterbreiten, welche an die Kommission oder an die eidgenössischen Räte, nicht aber diejenigen, welche entweder gedruckt ausgeteilt oder aber an das Finanzdepartement gerichtet worden sind.

Sie kennen jedenfalls dem Inhalte nach in der Hauptsache die Eingabe des Städteverbandes, worüber Ihnen in den ersten Tagen der Beratung einige Mitteilungen zugekommen sind. Der Vorstand des schweizerischen Städteverbandes wünscht, dass eine Bestimmung aufgenommen werde, dass schon durch die Verfassung bei der Aufteilung des Erträgnisses der Kriegssteuer bestimmt werde, dass ein gewisser Teil dieser Einnahmen von den Kantonen denjenigen Gemeindewesen zugebilligt werden müsse, welche unter den Kriegsfolgen ganz besonders gelitten haben. Das ist das Wesentliche, wie es auch in den Antrag aufgenommen worden ist, der Ihnen von Herrn Müller-Bern gestellt ist. Von einer Eingabe habe ich bereits in der Eintretensdebatte gesprochen, von der Eingabe eines Zürcher Arztes, der nachweist, dass ein höheres Kinderprivileg bestimmt werden soll, um den kinderreichen Familien mehr Entgegenkommen zu zeigen, und zwar zu dem Zwecke, einen noch höheren Geburtenrückgang zu verhüten. Ich will die Zahlen, die ich damals gegeben habe, nicht wiederholen, es ist ein eindringlicher Appell an die Räte, sie möchten diesen Standpunkt berücksichtigen.

Von der Vereinigung der Festbesoldeten des Kantons Bern ist eine Eingabe an die Räte gekommen, die darauf geht, es sei erstens der Betrag des steuerfreien Einkommens angesichts der heutigen und zukünftigen wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl für Ledige als für Familien wesentlich zu erhöhen und es sei zweitens das steuerfreie Existenzminimum von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen in allen Steuerklassen in Abzug zu bringen, die Steuer also erst auf den den Abzug übersteigenden Beträgen, und zwar progressiv zu berechnen. Von dem schweizerischen Grütliverein ist eine Eingabe gekommen, welche folgende Postulate stellt: Die Steuerpflicht soll erst beginnen bei einem Vermögen von Fr. 15,000 und bei einem Einkommen für Ledige von Fr. 4000, für Verheiratete von Fr. 5000. Das Kinderprivileg von Fr. 300 wird ebenfalls unterstützt. Mit bezug auf den Steuerbezug enthält die Eingabe die Bemerkung, dass auch bei Verfall der ersten Rate schon die beiden nachherigen sollen entrichtet werden können, was ja vorgesehen ist. In bezug auf die Steuereinschätzung wird gesagt, es möchte dafür gesorgt werden, dass wirklich alles steuerbare Vermögen und Einkommen erfasst werde. Der Grütliverein wünscht, dass auch das Ausführungsgesetz schon vor der Abstimmung über den Verfassungsartikel publiziert werde, er wünscht die Abschaffung der Pauschalerklärung, welchem Begehren entsprochen worden ist, und der Bestimmung, dass die Entrichtung der Kriegssteuer kein rechtliches Präjudiz für die bisherigen und künftigen kantonalen Steuerleistungen bilde, ferner die volle Herbeiziehung des Immobiliar- und Mobiliarbesitzes zur Steuer nach einheitlichen Grundsätzen in der ganzen Schweiz, die Verpflichtung der Banken zur Auskunfterteilung über das Vermögen ihrer Kundschaft. Bei den Strafbestimmungen wünscht diese Eingabe, es solle die Steuerhinterziehung als Betrug strafrechtlich verfolgt werden.

Dann sei gleich hier im Zusammenhang gesagt, dass eine Eingabe eingelangt ist von der Gesellschaft schweizerisch-amerikanischer Stickereiindustriegesellschaften, welche den Gedanken andersartiger Besteuerung der Holdinggesellschaften wünscht, anders als das bei der ersten Kriegssteuer geregelt war. Der Bundesrat ist bereit, im Ausführungsbeschluss die Holdinggesellschaften einer andern Besteuerung zu unterziehen. Wir werden bei jener Gelegenheit davon zu sprechen haben.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen gestatte ich mir noch einige Ausführungen zu Ziff. 3.

Bundesrat sowohl wie Kommission haben daran festgehalten, dass die Steuerpflicht erst bei einem Vermögen von Fr. 10,000 beginne. Das ist gleich wie bei der ersten Kriegssteuer, es ist also weder eine Reduktion noch eine Erhöhung eingetreten. Nur ist ohne weiteres klar, dass bei den gegenwärtigen Ver-

hältnissen ein Ansatz von Fr. 10,000 nicht mehr derselbe ist, wie er vor vier Jahren war. Immerhin herrscht darüber keine Meinungsverschiedenheit. Beim Vermögen wird ferner vorgesehen, dass, wenn kein ausreichender Erwerb vorhanden ist, eine ausnahmsweise Berücksichtigung eintreten könne. Sie haben gesehen, dass Herr Kollege Müller-Bern den Antrag stellt, es solle für diese ausserordentlichen Verhältnisse, speziell bei Witwen und Waisen, wo ausser dem Vermögen kein Erwerb vorhanden ist, die Summe auf Fr. 30,000 festgesetzt werden. Die Kommission hat diesem Antrag nicht beipflichten können; sie ist zwar sehr einverstanden, wie der Entwurf sagt, eine angemessene Berücksichtigung dieser Verhältnisse eintreten zu lassen, aber sie will die Summe nicht fixieren. Der Bundesrat gedenkt zwar, die Ansätze Herrn Müllers im Ausführungsgesetz anzunehmen. Beim Einkommen will die Kommission an dem Einkommen von Fr. 3000 für Ledige und Verheiratete festhalten in teilweiser Abweichung vom bundesrätlichen Vorschlag, der bei Fr. 2500 beginnen wollte. Es ist ja ohne weiteres zu sagen, dass bei den heutigen Teuerungsverhältnissen eine Summe von Fr. 3000 als steuerfreies Minimum nicht hoch ist, aber auf der andern Seite ist zu bemerken, dass eben auch die Steuerforderung bei diesen Klassen sehr gering ist. Wenn also auch für das Existenzminimum von Fr. 4000 der Umstand entschieden spricht, dass das wirklich ein Existenzminimum ist, so musste doch die Kommission erwägen, dass durch den Wegfall der Stufen von Fr. 3000 und 3500 auch ein Grossteil der Landwirtschaft von der Steuer freigemacht werden müsste, was selbst Vertreter der Landwirtschaft nicht gewünscht haben.

Sie haben auch gehört, dass Herr Obrecht den Antrag gestellt hat, auf Fr. 3000 für Ledige und Franken 3500 für Verheiratete zu gehen. Die Kommission hat beschlossen, diesen Unterschied nicht zu machen und für beide Teile Fr. 3000 als Grenze anzusetzen. Herr Streuli hat einen Antrag eingereicht, der gestern gedruckt ausgeteilt worden ist, der aber inzwischen eine Aenderung erfahren hat. Herr Sträuli hält am Ansatz des Bundesrates bzw. der Kommission fest, er möchte aber, dass bei den untern Klassen von Fr. 3000 bis 5500 eine andere Degression platzgreift, als sie vorgesehen war, indem er mit einem Fünftel des Steueransatzes bei Fr. 3000 beginnen will. Bei den niedrigen Einkommensklassen von 3000—5000 würde also der Steueransatz herabgesetzt und infolgedessen auch die Steuerforderung für diese Leute erleichtert. Sie haben den gedruckten Antrag heute vormittag bekommen. Ob die Kommission, wenn sie gestern vor diesem Antrag gestanden hätte, diese Degression angenommen hätte, weiss ich nicht, persönlich hätte ich dem Antrag gut beistimmen können. Die Kommission stand aber vor einer andern Lösung, sie hat sie abgelehnt, weil sie glaubte, nicht tiefer gehen zu sollen.

Von dem Kinderprivileg nur das eine, dass nicht nur Fr. 200 pro Kind unter 18 Jahren oder pro unterstützungsbedürftige Person, deren Unterhalt dem Steuerpflichtigen aufliegt, abgezogen werden, sondern dass die Kommission hier auf Fr. 300 gehen will.

An den Steueransätzen hat die Kommission nichts geändert, sie ist also einverstanden mit den Ansätzen von 1—25‰ beim Vermögen und ½—20% beim Einkommen. Sie hat das getan, wiewohl auch in der Kommission Anträge gestellt wurden, diese Ansätze herabzusetzen. Die Kommission hielt an dieser schärferen Progression fest, obschon sie anerkennen musste, dass diese Ansätze hoch sind, bedeutend höher als bei der 1. Kriegssteuer. Wenn man nun berücksichtigt, dass bei der wiederholten Kriegssteuer die Verteilung auf drei Jahre erfolgt, während sie bei der ersten Kriegssteuer auf zwei Jahre festgesetzt war, so sieht man, dass eigentlich erst bei einem Einkommen von Fr. 10,000 an eine Verschärfung eintritt, während bis dahin für den Steuerpflichtigen eher eine Erleichterung entsteht. Beim Vermögen entsteht sogar bis zu Fr. 85,000 eine Erleichterung. Ziff. 3 spricht ferner von einer Tantiemensteuer. Es soll die Tantieme selbstverständlich als Einkommen versteuert werden und darüber hinaus mit einer Zuschlagssteuer, welche mindestens 5% ausmachen soll, belegt werden. Es soll aber das Nähere dem Ausführungsbeschluss überlassen bleiben.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: Le projet prévoit la double imposition de la fortune et du produit du travail. On a fixé le chiffre des exemptions à 10,000 fr. pour la fortune et 3000 fr. pour le produit du travail. On fera sans doute au système proposé le grave reproche qu'il déroge au principe de la généralité de l'impôt. Il est incontestable qu'à l'égalité dans le domaine des droits politiques doit correspondre l'obligation générale de participer aux charges publiques. Ce principe d'ordre général est généralement admis. Il paraît à première vue que nous fassions une grave entorse à ce principe. D'aucuns prétendent qu'il faut élargir les bases de cet impôt, afin de lui donner un caractère plus général. Il y a certainement des raisons qui militent en faveur de l'extension de l'imposition; en revanche il est incontestableégalement que plusieurs motifs justifient le régime d'exception qu'on nous propose.

Et d'abord n'oublions pas qu'il s'agit dans le cas particulier non pas d'un impôt ordinaire, mais d'une contribution extraordinaire. Par conséquent les exonérations prévues dans les limites que je viens d'indiquer ne constituent pas à proprement parler une entorse au principe général rappelé plus haut. D'autre part, la puissance contribuable de ceux qui échappent à l'impôt de guerre, puisqu'ils ne possèdent pas 10,000 fr. ou gagnent moins de 3000 fr., est incontestablement minime. En effet, vu la diminution considérable de la puissance d'achat de l'argent, une fortune de 10,000 fr. n'est plus en réalité une fortune appréciable. Au surplus, les contribuables qui ne sont pas atteints par l'impôt de guerre n'échappent pas cependant aux contributions cantonales et communales dont les taux subissent une hausse. Les petites fortunes et les gains modestes sont déjà mis sous cette forme très fortement à contribution. Si nous discutions un impôt de capitation atteignant en principe tous les citoyens, nous ne pourrions pas, nous devrions en exonérer et ils sont nombreux tous les assistés et tous ceux qui reçoivent des denrées à prix réduits. En effet, il serait inexplicable de demander un impôt à des citoyens auxquels la commune, le canton ou la Confédération viennent en aide. Le principe de la généralité subirait sous cette forme une entorse. Notons enfin que le rendement d'un impôt de capitation serait minime. Le Conseil fédéral, par conséquent, bien qu'à première vue on puisse avoir

des hésitations, a été bien inspiré de s'en tenir au système du premier impôt de guerre, c'est-à-dire à l'exonération des fortunes inférieures à 10,000 fr. et des revenus du travail n'excédant pas 3000 fr. Pour le produit du travail, le Conseil fédéral proposait d'abord la limite de 2500 fr. Depuis le dépôt du projet, le renchérissement de la vie s'est accentué. Je me joins à M. le Président de la commission pour vous prier de vous rallier au chiffre de 3000 fr. que vous propose votre commission.

Un mot sur la progression. Evidemment l'échelle de progression qui est proposée paraît très rapide, elle l'est en effet. Mais il faut se souvenir que la possibilité fiscale n'est pas en rapport mathématique avec le chiffre de la fortune. Plus la fortune augmente, plus ce que j'appellerai la tranche de superflu s'élargit et plus augmente la possibilité de prélèvement. Cette considération peut être invoquée pour justifier l'échelle progressive très dure proposée dans le projet. Je constate toutefois qu'elle constitue un extrême maximum au delà duquel il serait imprudent d'aller. En outre, puisqu'il s'agit d'une contribution extraordinaire et non d'un impôt à type normal, les taux exceptionnels se peuvent expliquer. Je souligne enfin que si nous ne sommes pas d'accord de porter à un chiffre supérieur la limite des fortunes exonérées, il faudra faire une application très fréquente et très large du régime de faveur prévu pour le contribuable dont le gain ne suffit pas à l'entretien. C'est le moyen le plus rationnel de venir en aide aux classes les plus intéressantes de notre peuple. Ce serait une erreur que de porter à 15,000 le chiffre de la fortune exonérée, puisque cette mesure aurait comme conséquence l'affranchissement de contribuables qui peuvent faire un sacrifice en faveur de la patrie.

Somme toute le projet tel qu'il vous est présenté s'équilibre bien et nous pouvons vous en recommander l'acceptation.

Müller (Bern): Ich habe Ihnen bereits auseinandergesetzt, was uns bei der Formulierung der Initiative bewogen hat, hinsichtlich der steuerfreien Minima auf Fr. 5000 beim Einkommen und auf Fr. 20,000 beim reinen Vermögen zu gehen. Die Gründe lassen sich kurz dahin zusammenfassen, dass auf der einen Seite die wirtschafltich ungünstigen Verhältnisse und damit im Zusammenhang die Rücksicht auf die Kantone und Gemeinden uns zu diesen Grenzen geführt haben. Diese beiden Gründe bestehen noch im vollen Umfange weiter, und man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass, wenn auch diese Geldentwertung sich vielleicht wieder etwas zurückbilden wird, wenn wir wieder geordnete Verhältnisse haben, es doch anzunehmen ist, dass die Geldentwertung in der nächsten Zeit weiterbestehen und dass auch bei einer Erhebung der Kriegssteuer, die sich auf 10 oder 12 Jahre erstreckt, wir auch in diesem Zeitraum mit diesen veränderten Verhältnissen rechnen müssen.

Wir haben aber gleichzeitig erklärt, dass wir durchaus bereit seien, einer anderen Formulierung zuzustimmen, sofern dieselbe im Prinzip unserer Auffassung entspricht, Fr. 5000 steuerfreies Einkommen und genügende Steuerfreiheit beim Vermögen. Was das letztere betrifft, so sind wir bereit, für diejenigen, die neben dem Vermögen auch noch ein genügendes Einkommen besitzen, weiter hinunter zu gehen, selbst auf die Fr. 10,000 der bundesrätlichn Vorlage. Wir möchten dann aber unterscheiden zwischen denjenigen, die genügend Erwerb haben, bei denen allerdings ein steuerpflichtiges Vermögen von Fr. 10,000 genügt, namentlich bei den kleinen Progressivsätzen der Vorlage; sobald hingegen das Vermögen die einzige Existenzquelle eines Bürgers ist, seien es nun Witwen oder Waisen oder seien es invalid, erwerbsunfähig gewordene Personen, dann ist auch ein steuerfreies Minimum von Fr. 20,000 nicht genügend. Wir haben deshalb einen Ausgleich darin gesucht, dass man, sobald man Einkommen und Vermögen kombinieren kann, Fr. 10,000 frei lässt, sobald der Erwerb aber ungenügend ist, auf Fr. 30,000 als Minimum geht. Wir werden deshalb den Ausgleich in dieser Weise schaffen und damit auf dieser mittleren Linie der Fr. 20,000 bleiben.

Es besteht auch noch ein anderer Grund, der uns veranlasst hat, von Fr. 20,000 abzugehen. Wir haben uns überzeugen können, dass bei einem steuerfreien Vermögen von Fr. 20,000 der Grossteil der Landwirtschaft steuerfrei ausgehen würde. Das ist in der heutigen Zeit, wo die Landwirtschaft sich wahrhaftig nicht über den Zeitlauf zu beklagen hat, nicht angängig, käme sogar fast einer Provokation gleich, wenn diese Erwerbsgruppe in dieser Weise privilegiert würde.

Das sind die Gründe, die uns dazu geführt haben, Fr. 10,000 steuerfreies Vermögen unter allen Umständen und Fr. 30,000 bei Personen ohne ausreichenden Erwerb festzustellen. Beim Einkommen können wir dann aber mit um so grösserem Recht und grösserer Entschiedenheit daran festhalten, dass die Fr. 5000, die wir in der Initiative formuliert haben, als Durchschnitt genommen, unter allen Umständen festgehalten werden muss. Unsere Konzession besteht deshalb darin, dass wir statt dieser starren Formel von Fr. 5000, gleichgültig wie der Familienstand ist, die elastischere Formel gewählt haben, in Anlehnung an die bundesrätliche Vorlage, dass wir grundsätzlich die Berücksichtigung des Familienstandes durch Steuerbefreiung von Fr. 300 pro Kind akzeptieren und als Gegenwert unter Fr. 5000 hinuntergehen.

Wir hatten ursprünglich geglaubt, ebenfalls einen Unterschied zwischen Ledigen und Verheirateten machen zu sollen, aber die Verhältnisse haben sich nach und nach so gestaltet, dass auch die Ledigen unter der Ungunst der Verhältnisse schwer leiden und dass deshalb nicht mehr genügende Gründe vorhanden sind, um zwischen Ledigen und Verheirateten zu unterscheiden, sobald man dazu kommt, eine Kinderzulage zu gewähren. Wir sind deshalb zu dem Antrag gekommen, der ein steuerfreies Minimum von Fr. 4000 plus Fr. 300 pro Kind und ein steuerfreies Minimum von Fr. 10,000 Vermögen, resp. Fr. 30,000 bei Personen ohne ausreichenden Erwerb, namentlich bei Witwen und Waisen, vorsieht. Diese sind einfach exemplifizierend genannt. Zugleich möchten wir zum Ausdruck bringen, dass Fr. 5000 der Durchschnitt dieser Berechnung sein soll. Und deshalb haben wir es für nötig gefunden, in unserem Antrag zugleich niederzulegen, dass das Minimum der Progression

von Fr. 4000 bis 5000 gleich sein, nämlich mit 0,5 % beginnen soll.

Das sind unsere Anträge. Sie sind in der Kommission abgelehnt worden. Sie haben nun zu entscheiden, ob Sie unsere Anträge ebenfalls verwerfen wollen. Aber darüber sollen Sie nicht in Unkenntnis gelassen werden, dass das für uns eine entscheidende Frage ist. Wenn Sie unsere Anträge, in denen wir, wie ich glaube, genügend Entgegenkommen gezeigt haben, ablehnen, dann ist für uns die Vorlage unhaltbar geworden, und deshalb liegt es, denke ich, im Interesse der Sache, dass der Rat in voller Kenntnis dieser Tragweite unserer Anträge über seine Stellungnahme zu diesen Anträgen entscheidet.

M. **Maunoir:** Une autre minorité de la commission a fait une proposition en sens contraire de celle qu'a faite notre collègue M. Muller. Cette proposition est double. Elle n'a cependant pas été signée exactement par les mêmes membres de la minorité. La première consiste à demander l'exemption de l'impôt seulement pour les fortunes allant jusqu'à 5000 fr. La seconde consiste à demander la modification des taux de l'impôt sur la fortune et de faire descendre l'échelle des taux à 20‰ au lieu de 25‰. La première proposition est présentée avec moi par MM. Garbani, Goetschel, Leuba et la seconde est appuyée par MM. Blumer et Garbani. J'ai le sentiment très net qu'on refuse tout d'abord de gaité de coeur des contribuables; on pourrait parfaitement bien imposer, surtout d'après les taux fixés dans cet arrêté, ceux qui ont une fortune supérieure à 5000 fr. J'ai déjà exprimé mon regret de ce que dans le premier impôt de guerre on n'avait pas tenu compte de ce facteur. On m'a répondu à cet égard par deux sortes d'arguments. Le premier c'est que mathématiquement ou plutôt techniquement, il serait difficile de faire rentrer cet impôt qui serait bien minime. D'autre part un argument qui me paraît en contradiction avec celui-là, c'est qu'on ne peut pas charger ceux qui ont de si petites fortunes. Je voudrais très rapidement examiner ces arguments.

Ce que je trouve d'immoral dans cet impôt, c'est que, ainsi que vous l'a dit le Conseil fédéral dans son message, au fond l'arrêté qui vous est proposé n'atteint sur la fortune que le 9% de la population. Le 9%, me dit-on, ne veut pas dire le 9% des contribuables, parce que dans la population sont compris les femmes et les enfants qui ne sont pas comptés dans la famille comme contribuables, et qu'il faut donc prendre une moyenne: 3 pour 1, par conséquent 3 fois 9 = 27. Ce serait le 27% des contribuables qui payeraient. Il serait intéressant de savoir quel est le pour cent des étrangers et quel est le pour cent des électeurs parmi ces contribuables, car il y a beaucoup d'étrangers qui payent et on a dû se préoccuper du nombre des électeurs astreints à l'impôt en faisant le projet que nous avons sous les yeux. J'ai le sentiment que c'est une infime minorité qui sera appelée à payer l'impôt et j'y vois un très gros danger encore pour l'avenir au point de vue justement de ce principe financier consistant à faire voter tous les impôts par une immense majorité qui ne paie et qui les impose à une infime minorité seule appelée à en supporter le poids.

Il n'y a ensuite aucune raison pour s'en donner à coeur joie pour frapper dans l'avenir tous ces contribuables, et j'estime qu'au point de vue de nos impôts cantonaux, c'est un déplorable exemple contre lequel j'ai voulu et tenu à réagir. Au point de vue des charges elles-mêmes, je dis que ce serait une mauvaise plaisanterie que de nous dire que les personnes qui ont une fortune de 5000 fr. ne peuvent pas payer la taxe de 1 pour mille. C'est exactement une somme de 5 fr. qu'on leur réclamerait en trois ans et croyez-vous que des contribuables ne puissent pas venir nous apporter la somme de 1 fr. 66 ou 1 fr. 70 par année parce que cela grèverait trop leur budget? C'est là qu'on voit combien l'on a de préoccupations de flatterie à l'égard du peuple, lorsqu'on vient nous dire qu'on ne peut pas réclamer une somme semblable à un contribuable.

Puis il y a l'argument qui consiste à dire: Cela ne vaudrait pas la peine. Est-ce que cela ne vaut pas aussi bien la peine que pour ceux qui ont 10,000 fr. et payeront 2 fr. 50? Ces 2 fr. 50 seront aussi difficiles à faire rentrer que le 1 fr. 70 des autres. 2 fr. 50 en quatre ans, puis 3 fr. 33 en trois ans. Ce serait en même temps un contrôle intéressant des fortunes.

Un de mes collègues d'un canton primitif de la Suisse m'a dit que chez lui tous les contribuables étaient tenus de payer une somme de 1 fr. d'impôt, même sans fortune; ils doivent payer ce franc par année, justement pour justifier leur droit de citoyen. J'applaudis à cette idée et je trouve que les cantons primitifs de la Suisse nous donnent là un magnifique exemple d'esprit démocratique.

J'aurais voulu étendre cette disposition à tous nos cantons parce que je prétends qu'on n'a réellement le droit de se proclamer citoyen que quand on veut au moins dans une très faible mesure montrer son désir d'effort vis-à-vis de la collectivité.

Voilà à quel point de vue je me suis placé, encore beaucoup plus qu'au point de vue du rendement et à titre de précédent en vue de l'avenir, en vue des impôts qui pourront être réclamés.

En ce qui concerne le second point, la progressivité du taux de l'impôt, on me dit que c'est nécessaire de faire un gros effort. Maintenant que vous avez adopté le point de vue des 500 millions, que doit vous importer que ce soit fait en un peu plus ou un peu moins de temps? Les trois impôts de guerre ne suffiraient probablement pas pour atteindre ces 500 millions et il en faudra un quatrième qui sera un peu plus fort si on a payé moins dans les trois premiers. Ce serait donc une répartition un peu différente qui déchargerait un peu les contribuables. N'oubliez pas que dans le premier impôt de guerre on avait 1 à 15 pour mille comme progression. On a fait un bond prodigieux en mettant 1 à 25 pour mille. Je sais bien que cette progression n'atteint pas les petites fortunes et que ce n'est qu'à partir d'un certain chiffre que cette progression devient sensible. Mais enfin j'ai déjà montré et je ne veux pas revenir sur les exemples qui ont été donnés, qu'il y avait de grosses charges dans les cantons et les communes et que par conséquent cette superposition perpétuelle d'impôts pouvait constituer véritablement un gros inconvénient et j'ai déjà montré qu'en chargeant trop les contribuables, c'est autant qu'on enlève d'avance aux cantons qui eux aussi seront appelés à vivre, ainsi que les communes.

Je voudrais donc arriver à persuader le Conseil, maintenant qu'on a fixé un minimum de 500 millions, qu'il n'y aurait aucun danger quelconque à prélever le taux de 1 à 20 pour mille au lieu de 1 à 25 pour mille.

J'espère que vous prendrez en considération ces deux amendements. Je dois dire qu'après la constatation que j'ai faite tout à l'heure, je ne me fais pas beaucoup d'illusion, mais sans me faire des illusions, j'aurai toujours le désir de maintenir envers et contre tous des amendements que je considère comme dictés par la justice et l'équité.

Sträuli: Die Anträge, die ich Ihnen vorgelegt habe, sind ähnlichen Erwägungen entsprungen, wie diejenigen sind, die Herr Müller Ihnen unterbreitet hat. Auch ich verweise auf die gewaltige Geldentwertung in Verbindung mit der Gedrücktheit unserer Volkswirtschaft. Ich verweise darauf, dass das Bestreben dahin geht, namentlich den kleineren Einkommen entweder auf höhere Stufe zu verhelfen oder Erleichterungen zu verschaffen.

Ich habe mir erlaubt, das in der Generaldebatte des näheren auszuführen und möchte nur noch bemerken, dass, wenn wir nach der Kommissionsvorlage bei kleineren und mittleren Einkommen, bei 3—6000 Fr., Steuerbeträge von 50, 96 und 150 Fr. haben, diese Ansätze mir als zu hoch erscheinen. Ich gebe zu, dass es sich um dreijährige Perioden handelt, aber dafür sind hinzuzunehmen einmal die Beträge für die Vermögenssteuer und sodann die Beträge, welche die Kantone und Gemeinden fordern, so dass es für diese kleinen Leute, Beamte, Handwerker und Landwirte, doch ganz grosse Summen ausmacht.

Wenn ich soweit Herrn Müller unterstütze, so kann ich dennoch seinem Antrag, das Minimum auf Fr. 4000 festzusetzen, nicht folgen. Ich habe mir erlaubt, das in der Eintretensdebatte näher auszuführen. Der Grund ist der, dass ich glaube, es werde mit einer solchen Erhöhung von 3 auf 4000 Fr. ein Resultat erreicht, das in der Demokratie nicht angeht, dass nämlich ein grosser Prozentsatz der Bevölkerung auf die Seite gestellt wird und kein Interesse an der Steuervorlage hat. Das scheint mir verderblich zu sein. Ich gebe zu, dass es an sich keine Bedenken hätte, wenn es sich nur um eine einmalige Kriegssteuer handelte. Aber das ist nicht der Fall, sondern die Kriegssteuer wird eine Anzahl von Jahren wiederholt. Es ist von Herrn Maunoir mit Recht betont worden, dass die Grundsätze, die wir aufstellen, Schule machen werden in den Kantonen und Gemeinden, und dann bekommen wir das beklagenswerte Resultat, dass in unserer Demokratie zwar jedermann mitstimmen und befehlen kann, aber nur einige wenige die ökonomischen Folgen der Beschlüsse zu tragen haben.

Herr Schär von Basel hat, als ich diese Ausführungen gemacht habe, mich einen Pseudodemokraten genannt. Ich will nicht darüber streiten; heute ist jeder Demokrat und jede Partei nennt sich demokratisch. Wir wollen nicht untersuchen, ob sie wirklich immer demokratisch seien. Ich habe meine Ausführungen nicht als persönliche, sondern auf Grundlage der Zürcher Demokratie gemacht, und ich glaube doch sagen zu können, dass man da nicht von einer Pseudodemokratie sprechen könne, sondern die Grundsätze der zürcherischen Demokratie haben sich seit 50 Jahren bewährt. Nun ist es ein Hauptgrundsatz unserer Verfassung: Jedermann hat in gleicher Weise das Recht, bei den öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken, aber auch jedermann hat die Pflicht, an den Lasten des Staates, abgestuft nach seinen Verhältnissen, mitzutragen. Daran halte ich fest, und ich bin fest überzeugt, dass, wenn wir von diesem Grundsatz abgehen und die Mehrheit der Bevölkerung entlasten und gänzlich desinteressieren, wir dann zu schwierigen Verhältnissen kommen werden. Herr Häberlin hat gestern ähnliche Ausführungen gemacht und ich will schon Gesagtes nicht wiederholen.

Welches ist nun die Lösung? Ich habe ursprünglich einen Antrag gestellt, der drei Verschiedenheiten aufweist gegenüber dem Antrage der Kommission. Einmal wollte ich das steuerfreie Einkommen wie der Bundesrat für Ledige auf Fr. 2500, für Verheiratete auf Fr. 3000 ansetzen, und sodann wollte ich eine stärkere Degression beim Vermögen und beim Einkommen eintreten lassen.

Ich habe diese Anträge gestellt, die Kommission hat dieselben beraten, und ich habe mich belehren lassen, dass es richtiger sei, die beiden ersten Punkte fallen zu lassen, so dass ich mich nun auf den dritten Punkt beschränke, auf die grössere Degression beim Einkommen. Es ist in der Kommission gesagt worden, bei kleineren Einkommen rechtfertige es sich nicht, eine Differenz zu machen zwischen den Verheirateten und Ledigen. Ich habe mich damit einverstanden erklären können. Dann hat man gesagt, wenn einer Fr. 10,000 Vermögen habe, könne er auch einige Franken Steuer bezahlen. Ich bin auch damit einverstanden, und ich möchte also nur noch die stärkere Degression bei den kleineren Einkommen festhalten, indem ich sage, der unterste Erwerb soll nicht mit ½ %, sondern mit $^1/_5$ % besteuert werden. Dies ist der Inhalt meines abgeänderten Antrages.

Es ist die Einwendung gemacht worden, es sei ein Widerspruch darin zu finden, dass man einerseits auf Einkommen von Fr. 3000 gehe und andererseits Personen mit solchen Einkommen in der Notstandsaktion als bezugsberechtigt einbeziehe. Ich gebe zu, dass es so ist, aber wir machen nicht ein Steuergesetz, das nur für heute und morgen gilt, sondern es soll für 10 bis 12 Jahre gelten. Wir dürfen hoffen, dass sich bis dann die Verhältnisse geändert haben und die besondern Fürsorgemassnahmen, die wir heute haben, verschwinden können.

Es wird auch eingewendet, dass wir bei stärkerer Degression sehr kleine Steuerbeträge bekommen, so dass es sich nicht lohne, dieselben einzuziehen. Aber die steuertechnischen Bedenken müssen gegenüber dem viel wichtigeren Grundsatz zurücktreten, dass jedermann — jedermann cum grano salis — an die Lasten des Staates beitragen soll.

Mein Antrag geht also dahin, dass man bei der Einkommensgrenze von Fr. 3000 für Ledige und Verheiratete bleibe, aber mit dem Ansatz von im Minimum ½ % auf $1^1/_5$ % zurückgehe. Ich suchte in der Tabelle II die Ausgleichung zu treffen bis zu einem Einkommen von Fr. 7000, wo ich wieder Anschluss finde an den Antrag der Kommission.

Obrecht: Der Bundesbeschluss für die erstmalige Kriegssteuer hat für das Einkommen eine steuerfreie Grenze von Fr. 2500 vorgesehen, und zwar einheitlich, ohne Rücksicht darauf, ob der Steuerpflichtige ledig oder verheiratet sei, ob er Kinder habe oder nicht. Das ist bei der Durchführung der erstmaligen Kriegssteuer als eine Härte empfunden worden. Und es ist auch stossend, wenn man den Ledigen gleichstellt wie den Familienvater mit, sagen wir, 10 Kindern. Um diese Härte nicht zu wiederholen, hat dann der Entwurf des Bundesrates zu dem Beschluss über die Wiederholung der Kriegssteuer eine Abstufung vorgesehen, eine Unterscheidung zwischen Ledigen und Verheirateten, eine Unterscheidung zwischen dem Einzelstehenden und der Familie. Man hat die steuerfreie Grenze auf Fr. 2500 belassen für die Ledigen, man hat dagegen die steuerfreie Grenze für die Familie auf Fr. 3000 hinaufgesetzt und hat ausserdem eine Erhöhungsmöglichkeit über diese Fr. 3000 hinaus vorgesehen für den Fall, als Kinder da sind, indem man für jedes Kind eine Erhöhung von Fr. 200 der steuerfreien Grenze vorgesehen hat.

In der Kommissionsberatung in Interlaken bestand nun die Tendenz, die steuerfreie Grenze von Fr. 2500 etwas hinaufzusetzen, indem man sich sagte, es hätten sich doch die wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Bezuge der erstmaligen Kriegssteuer derart verändert, dass es nicht wohl angehe, die gleiche steuerfreie Grenze von Fr. 2500 auch jetzt noch festzuhalten. Man hat dann diese Grenze von Fr. 2500 auf Fr. 3000 erhöht, aber man ist bei Fr. 3000 stehen geblieben. Man hat nur die Grenze für die Ledigen erhöht und hat sie nicht, wie es konsequent gewesen wäre, auch für die Familie höher gesetzt. Man wollte nun einmal nicht über Fr. 3000 hinausgehen, hat damit aber die Unbilligkeit begehen müssen, für die Ledigen und für die Familien die gleiche Grenze festzusetzen.

Wenn Sie die Steuergesetzgebungen der Kantone und Gemeinden durchgehen, so glaube ich, dass Sie gar nirgends eine Regelung des Existenzminimums finden, in welchem die Ledigen und die Familien gleichgestellt sind, sondern überall finden Sie eine Differenzierung zwischen Familie und Einzelstehenden. Wenn Sie nach dem Antrage der Kommission einheitlich die Steuergrenze für Ledige und Familien auf Fr. 3000 festsetzen, so werden Sie ein Novum schaffen. Auch in der Gesetzgebung der letzten Zeit über die Teuerungszulagen haben Sie doch fast durchwegs einen Unterschied konstatieren können zwischen der Familie und der einzelstehenden Person. Fast durchwegs finden Sie geringere Ansätze für die einzelstehende Person und wesentlich stärkere Ansätze in der Teuerungszulage für die Familien. In der letzten Zeit ist sogar die Erscheinung hervorgetreten, dass man die Idee der Junggesellensteuer wieder aufgreift in der Suche nach neuen Steuern in Gemeinden und Kantonen. Die Idee der Junggesellensteuer ist wieder aufgenommen worden, indem man sich sagte, derjenige, der nur an sich denkt, der nur für sich sorgt oder sorgen will, dem darf zugemutet werden, dass er in besonderer Weise an die öffentlichen Lasten beisteure.

In diese Situation hinein kommt nun der Antrag der Kommission auf absolute Gleichstellung der Einzelperson und der Familie, und da muss ich sagen, dass ich die Begründung nicht als stichhaltig erachte. Es ist in der Kommission gesagt worden, dass bei den heutigen teuren Verhältnissen der Einzelstehende, der in Pension gehen müsse, wirtschaftlich, finanziell nicht besser gestellt sei als die Familie ohne Kinder. Für die Familie mit Kindern ist die Erhöhung um Fr. 300 für jedes Kind vorgesehen; aber wo die Familie nur aus Mann und Frau bestehe, seien die Verhältnisse eher günstiger als beim Ledigen. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Darlegung; allein, wenn sie auch stimmen würde, wäre es doch nur eine Erscheinung, die den heutigen ausserordentlichen Verhältnissen zuzuschreiben ist. Nun machen wir die Steuer nicht nur für den Moment, sondern ihre Dauer wird 10 Jahre umfassen. Inzwischen werden wieder normalere Verhältnisse eintreten. Es kommt sodann auch die Erwägung in Betracht, die zur Junggesellensteuer führt, nämlich die, dass derjenige, der nur für sich lebt, vielfach aus Egoismus oder Bequemlichkeit, eher einen Beitrag leisten dürfe als der, welcher einen Familienstand gründet.

Herr Sträuli hat gesagt, was wir in den Artikel hineinlegen, das wird in der kantonalen Gesetzgebung Schule machen. Einverstanden; aber ich würde es nicht gerne sehen, wenn diese Gleichstellung des Célibataire Schule machen würde. Ich halte dafür, dass eine Unterscheidung gemacht werden müsse. Dass die Idee der Unterscheidung zwischen Familie und Einzelperson in unseren Kreisen eingewurzelt ist, schliesse ich schon daraus, dass, als die Frage im Schoss der radikalen Gruppe behandelt wurde, sich eine grosse Mehrheit für die Differenzierung ausgesprochen hat. Ich hoffe, dass es auch im Nationalrat der Fall sei.

Gestern, als die Kommission diese Frage prüfte, war der Sprechende verhindert, an der Kommissionssitzung teilzunehmen, indem gleichzeitig die Kommission für die Nachteuerungszulagen Sitzung hatte, welcher ich auch angehöre. Ich weiss nicht, ob es mir gelungen wäre, mit meiner Argumentation die Kommissionsmitglieder zu überzeugen. Ich habe die Argumentation nun hier angebracht, und ich hoffe, dass man geneigt sei, die im bundesrätlichen Projekt vorgesehene Differenzierung zwischen Ledigen und Familien wieder aufzunehmen mit der Erhöhung von Fr. 2500 für Ledige auf Fr. 3000 und für die Familien von Fr. 3000 auf Fr. 3500. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag.

M. Bettex: Si l'on admet que l'impôt — de façon générale — est la quote-part de la puissance productrice que chaque citoyen doit à la communauté, en échange des services qu'il reçoit, qu'il a reçus, et qu'il recevra, il faut aussi admettre que chacun soit appelé à y satisfaire dans la mesure de ses moyens et de ses facultés. En effet, si chaque citoyen a des droits, il a également des devoirs. Il peut donc paraître choquant, immoral même à quelques-uns, que des citoyens (et ce sera la grande majorité) qui iront voter l'article constitutionnel que nous discutons sachent par avance qu'ils n'auront à supporter aucune charge fiscale, c'est-à-dire rien à payer. Mais il

ne faut pas oublier qu'il ne s'agit point ici d'un impôt ordinaire permanent, mais d'un impôt extraordinaire; et c'est précisément pour conserver à l'impôt de guerre son caractère extraordinaire qu'on a renoncé à l'idée d'exiger de chaque citoyen, de chaque habitant, le payement d'une contribution égale pour tous ou proportionnellement basée à sa fortune. Notre peuple, en outre, ne comprendrait pourquoi, en regard de l'arrêté de 1915 qui fixait l'impôt dû pour toute fortune à partir de 10,000 francs, on abaisserait aujourd'hui ce chiffre à 5000 francs ou même à une somme inférieure. Il ne comprendrait pas qu'un impôt de capitation vînt frapper ceux qui sont dans la nécessité de recourir sous une forme ou sous une autre à l'assistance publique et dont le nombre est incomparablement plus élevé qu'au début de 1915; il ne comprendrait pas qu'on choisît précisément l'heure actuelle pour abaisser de 10,000 à 5000 francs, ainsi que le propose M. Maunoir, la limite d'exonération de l'impôt, en un mot qu'on demandât aux classes peu aisées un effort plus grand que lors du premier impôt de guerre. C'est pourquoi je vous recommande instamment de voter la proposition de la commission.

Rothenberger: In der Sitzung des Nationalrates vom 26. Juni 1917 hat der Sprechende ein Postulat gestellt, durch das der Bundesrat eingeladen wird, zu prüfen und zu berichten, ob und in welcher Weise die rechtlichen Grundlagen für die Einführung einer eidgenössischen Tantiemensteuer zu schaffen seien. Dazu sagt der Bundesrat: «Die Tantiemensteuer hat prinzipiell unsere Sympathie; wir glauben indes nicht, dass es sich verlohnt hätte, sie als besondere eidgenössische Steuer einzuführen und zum Gegenstand einer Verfassungsrevision zu machen. Dagegen als Zuschlag zur Kriegssteuer kann sie gut aufgenommen werden. Es wird Sache des Ausführungsgesetzes sein, den Begriff der Tantieme und den Kreis der steuerpflichtigen Bezüger von solchen näher zu umschreiben.»

Ich gehe mit diesen Ausführungen durchaus einig. In dem Postulat war beantragt, dass die «rechtlichen Grundlagen» geschaffen werden sollten; nun wäre es in der Tat schwierig gewesen, wegen der Tantiemensteuer eine Verfassungsrevision vorzunehmen. Ich glaube deshalb, der Weg, den der Bundesrat eingeschlagen hat, sei der praktischere und rascher zum Ziele führende. Es handelt sich nun darum, sich zu fragen, ob die Lösung, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, befriedigt.

Der Bundesrat spricht sich in seinem Kommentar zu Ziff. 3 über die Tantieme nicht weiter aus. Dagegen ist in Ziff. 3 selbst die Lösung in dem Sinne vorgenommen, dass für Erwerb aus Tantiemen, sofern deren Betrag Fr. 2000 übersteigt, eine Zuschlagssteuer erhoben wird, die aber mindestens 5 % der Tantieme beträgt.

Ich habe mich nun veranlasst gesehen, einen Antrag zu stellen, der eine Progression der Tantiemensteuer vorsieht, in der Weise, dass Tantiemen von Fr. 2000 bis auf Fr. 25,000 dem gleichen Steuersatz von 5 % unterworfen seien, dass aber Tantiemen von Fr. 25,000 den doppelten Betrag zu bezahlen hätten, Tantiemen bis auf Fr. 100,000 eine Steuer von 15 % und solche über Fr. 100,000 einer Steuer von 20 % unterworfen sein sollten. Das wäre eine Progression der Tantiemensteuer.

Bei näherer Prüfung des Vorschlages des Bundesrates kommt man aber darauf, dass der Zuschlag, den der Bundesrat nun vorschlägt, höher ist als diese Progression. Es ergibt sich das aus Beispielen. Bei einer Tantieme von Fr. 30,000 und einem Einkommen von Fr. 100,000, das Einkommen gerechnet nach der 76. Klasse, ergibt die Steuer nach bundesrätlichem Vorschlag Fr. 25,000, dazu der Zuschlag nach der 35. Klasse mit Fr. 1624, das erigbt einen Totalsteuerbetrag von Fr. 26,624. Wenn man eine Progression einführt und bestimmt, die Tantieme sei mit 20 % extra zu besteuern, so macht das für Erwerb und Tantieme Fr. 19,600, dazu 20 % von Fr. 30,000 Tantieme, also zusammen Fr. 25,600.

Ein anderes Beispiel. Ein Einkommen von Fr. 100,000 und eine Tantieme von Fr. 200,000. Die Steuer beträgt nach bundesrätlichem Vorschlag für das Einkommen und die Tantieme Fr. 60,000 plus Zuschlag der 85. Klasse mit 20 % = Fr. 38,000, also total Fr. 98,000. Wenn man aber eine besondere Tantiemensteuerprogression eingeführt hätte, so ergäbe sich die Steuer aus dem Einkommen von Fr. 100,000 nach der 70. Klasse mit Fr. 19,600 und dazu die 20 % von Fr. 200,000 Tantieme = Fr. 40,000, also total Fr. 59,600.

In der Voraussetzung nun, dass die Tantiemensteuer so berechnet werde, wie ich dies mit diesen Beispielen ausgeführt habe, dass Einkommen und Tantieme zusammengerechnet werden und nachher die Tantiemensteuer zur Erwerbssteuer extra hinzukommt — dann muss ich sagen, dass in diesem bundesrätlichen Vorschage bereits die Progression enthalten ist, die ich vorschlagen wollte, und ich kann mich deshalb aus diesem Grunde veranlasst sehen, meinen Antrag zurückzuziehen.

Bopp: Ich stimme grundsätzlich zum Kommissionsantrag, hätte aber doch einige Anregungen zu machen, die Sie in Berücksichtigung ziehen wollen. Ich beziehe mich auf den zweiten Absatz von Ziffer 2, der von dem steuerfreien Vermögen spricht. Es ist gesagt, dass vermögenssteuerpflichtig Personen seien, deren Vermögen Fr. 10,000 übersteige, für Personen ohne ausreichenden Erwerb sei dieser Ansatz angemessen zu erhöhen. Ich glaube, wir dürften diese Formel etwas genauer fassen, um allerlei Missverständnisse auszuschliessen. Wir haben z. B. im neuen zürcherischen Steuergesetz, das wir letztes Jahr angenommen haben und auf das sich speziell Herr Dr. Sträuli als traditioneller Zürcher Demokrat berufen hat, die Zulässigkeit solcher Erhöhungen auf ein bestimmtes Mass beschränkt, und wenn wir auch sagen wollten, dass das Ausführungsgesetz zu diesem Verfassungsartikel diese genaue Umschreibung vornehmen werde, so ist damit doch nicht gedient. Wir müssen schon im Verfassungsartikel Bestimmungen aufnehmen, welche alle Missverständnisse ausschliessen. Schon aus referendumspolitischem Interesse sollten wir an der Aufstellung einer genauen Formel festhalten. Ich glaube, dass für die Erhöhung des steuer-

freien Ansatzes, gleichviel ob das Ausführungsgesetz die Erhöhung nach oben beschränke oder lediglich diese Beschränkung den Einschätzungsbehörden überlasse, es durchaus nötig ist, ein Maximum anzusetzen. Wir haben meines Wissens im zürcherischen Steuergesetz ein Maximum von Fr. 15,000 oder Fr. 20,000. Auch für mehrere im gleichen Haushalt zusammenlebende, wie für Einzelpersonen sollte ein Maximum eingesetzt werden. Ich stelle einen positiven Antrag nicht, sondern gebe es der Kommission anheim, diese Frage zu prüfen. Das hätte Bedeutung für jene Kreise, die sich ein soziales Empfinden bewahrt haben, und ich glaube, dass speziell die sozialdemokratischen Kreise daran keinen Anstoss nehmen können, wenn ein gewisses steuerfreies Maximum für Familien festgesetzt würde. Ich habe sowieso nicht recht verstehen können, wie Herr Müller dazu kam, das steuerfreie Maximum auf Fr. 30,000 anzusetzen, und zwar vom Standpunkt seiner Partei aus.

Und noch eines. Wir sollten nicht nur sagen, dass sich die steuerfreien Ansätze erhöhen für Personen ohne einen Erwerb, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob sie erwerbsfähig seien oder ob sie nicht erwerben wollen. Wir haben im neuen wie im alten zürcherischen Steuergesetz für erwerbsunfähige Personen, nicht erwerbsunwillige, seien sie ganz oder teilweise unwillig, eine beschränkte Steuerfreiheit auch für Vermögen gewährt. Es würde sich das in der Weise verwirklichen lassen, dass wir sagen würden: «für ganz oder teilweise erwerbsunfähige Personen» oder «für Personen ohne die Möglichkeit ausreichenden Erwerbes». Die eine oder andere Formel könnte hier gebraucht werden; ich möchte da der Kommission keine Vorschrift machen. Unter dem Vorbehalt, dass diese Aenderung angebracht werde, bin ich mit dem Antrag der Kommission einverstanden, bitte Sie aber, die Abänderungsanträge der Herren Sträuli, Obrecht und Müller abzulehnen.

Herr Obrecht will das steuerfreie Existenzminimum erhöhen für die Verheirateten, auch wo keine Kinder vorhanden sind. Ich meine, so zimperlich dürfen wir nicht vorgehen, und ich habe für mich das Gefühl, wer das Glück hat, eine teure Gattin zu erringen, der darf es sich auch etwas kosten lassen zugunsten des Staates.

Der Antrag des Herrn Sträuli entspricht seiner, wie ich bereits erwähnt habe, traditionellen zürcherischen Demokratie, von der er sagt, dass sie sich so ausserordentlich bewährt habe, doch nicht ganz. Er hat in Uebereinstimmung mit dem gestrigen Votum des Herrn Häberlin ganz richtig die Pflicht eines jeden, an die öffentlichen Lasten beizutragen, auch des Geringsten, auch des Aermsten, betont. Anderseits anerkennen auch wir, dass, wie Herr Häberlin gestern sagte, diese Pflicht keine absolute, sondern nur eine relative sei, d. h. dass umgekehrt auch die Leistungsfähigkeit bei der Einschätzung des Steuerpflichtigen zu berücksichtigen sei. Nun aber hat dieser Entwurf eine gewisse Lücke, und es sind unser gar nicht wenige, die sie als solche empfunden haben, nämlich dass, wenn im übrigen die Leistungsähigkeit nach Erwerb und Vermögen abgestuft wird und dementsprechend auch die Steuerleistung des einzelnen, doch ein gewisses Minimum für alle hätte bestehen bleiben sollen. Das wäre die sogenannte Personal- oder Kopfsteuer gewesen. Wenn wir trotzdem einen solchen Antrag nicht stellen und nicht gestellt haben, so geschah es, um den Willen zu einem weitgehenden Entgegenkommen sozialer Art zu demonstrieren. Aber grundsätzlich muss ich daran festhalten, dass eine solche Personalsteuer das Richtige gewesen wäre. Und um auf den Vergleich des Herrn Sträuli mit dem Zürcher Steuerwesen zurückzukommen, so hat gerade das Zürcher Steuergesetz, das erst vor einem Jahr nach schon dreijähriger Kriegszeit eingeführt wurde, diese Personalsteuer festgehalten, auch ein weitaus geringeres steuerfreies Existenzminimum festgesetzt. Und nun meine ich doch, es hängt ja einigermassen zusammen mit der ganzen Konstruktion des Entwurfes, ob wir ohne weiteres sagen können, wir haben den sozialdemokratischen Wünschen soundso weit entgegenzukommen. Herr Sträuli glaubt, in dieser Richtung eine Brücke zwischen der Sozialdemokratie und dem Bürgertum zu schaffen. Er wird sich täuschen. Diese Brücke ist nicht tragfähig, und die Sozialdemokratie wird sie überhaupt nicht beschreiten. Herr Sträuli wird mit seiner Liebe für die Sozialdemokratie, die er in diesem Antrage ausdrückt, keine Gegenliebe finden. Jedenfalls wird der praktische Zweck seines Antrages, vielleicht die Sozialdemokratie für den ganzen Entwurf zu gewinnen, nicht erreicht. Dagegen werden seine Anträge und möglicherweise andere die Wirkung haben, bürgerliche Kreise abzustossen, die sich nicht damit einverstanden erklären können, dass grosse Volksteile abermals, auch da, wo es sich nun um dauernde Lasten handelt, absolut frei ausgehen oder in einer Art belastet werden sollen, die tatsächlich doch nur eine schwache Verhüllung der Steuerfreiheit ist. Herr Sträuli wird doch nicht behaupten wollen, dass ein Ansatz von Fr. 15 für Fr. 3000, also der Minimalansatz während drei Jahren, nicht erlegt werden könne von einem Steuerpflichtigen. Dabei sind ja die Kinderzulagen nicht gerechnet. Von einem Steuerpflichtigen ohne Kinder Fr. 15 während drei Jahren zu fordern oder Fr. 5 während eines Jahres an das schöne liebe Vaterland, das ihn und das, was er hat, sei es lebend oder tot, vor dem Krieg bewahrt hat — ich meine, das sei doch ein geringes Opfer, und dass blosse zwei Franken nach Antrag Sträuli auch wirklich nur eine schwache Verhüllung des Willens zur absoluten Steuerfreiheit wären, ist klar. So weit dürfen wir nicht gehen, das geht nicht an.

Und nun komme ich auf die sozialdemokratischen Anträge zu sprechen. Die sind für uns absolut unannehmbar. Ein Existenzminimum von Fr. 4000 könnte vielleicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen als steuerfrei erklärt werden. Aber das ist die unrichtige Voraussetzung, von der die Herren Müller und Sträuli ausgehen, dass sie lediglich die gegenwärtigen Zeitverhältnisse zur Basis nehmen für die Beurteilung dessen, was der einzelne oder ganze Volksklassen zu leisten vermögen. Vergessen Sie nicht, dass diese Steuer nun auf zehn Jahre ausgedehnt wird und dass wir doch hoffen wollen und hoffen dürfen, dass innert einigen Jahren, schon während der ersten Periode, bis die zweite Steuer erhoben wird, doch wieder einigermassen erträgliche Verhältnisse eintreten werden,

die es auch dem Geringen und dem Armen möglich machen, eine gewisse Leistung zu übernehmen.

Und zum andern: Ich nehme an, Herr Müller werde doch damit einverstanden sein, wenn wir (und ich sollte meinen, dass es gerade im Interessen- und im Anschauungskreis seiner Partei läge) das steuerfreie Vermögen nicht auf Fr. 30,000 unter allen Umständen erhöhen wollen. Das kann nicht angehen. Es würde sozial so anstössig wirken, wenn ein solches Kapital unangetastet bleiben könnte, dass es mir rein unverständlich ist, wie die sozialdemokratische Fraktion zu einem solchen Antrag gelangen konnte. Wie gesagt, wir nehmen auch eine gewisse Erhöhung an. Sie ist im Antrag der Kommission im Grundsatz bereits angenommen. Nur über das Mass herrscht noch Zweifel, und ich möchte dieses Mass, gerade um sozial anstössige Empfindungen zu vermeiden, nach oben beschränken. Darin sind wir grundsätzlich auch wiederum einig, eine gewisse Beschränkung einzuführen, aber nur für Erwersbunfähige, nicht für Erwerbsunwillige, nicht für Leute, bei denen ohne weiteres konstatiert werden konnte: sie haben keinen ausreichenden Erwerb, ob mit oder ohne Schuld. Auch darüber werden wir einig sein, nehme ich an.

Aber im übrigen müssen Sie die ganze Haltung der Sozialdemokratie zum Finanzprogramm in Betracht ziehen, nicht nur in dieser einen Frage. Und nun frage ich Sie: Geht es an, nachdem wir, sei es prinzipiell oder sei es tatsächlich, den Willen erklärt haben, drei Viertel der ganzen Kriegslast auf den Besitz zu übernehmen und den Besitz damit zu belasten, nachdem wir aber grundsätzlich ebenfalls erklärt haben, dass ein gewisser kleinerer Teil, also ein Viertel, vorläufig dann doch der ganzen Masse des Volkes zu tragen übrigbleiben solle und dass damit ein richtiges Verhältnis in der Belastung der verschiedenen Volksklassen geschaffen sei — geht es nun an, dass auf der einen Seite die Sozialdemokratie erklärt: Wir wollen hier die Existenzminima so weit heraufsetzen, dass wiederum weitaus der grösste Teil unseres Volkes nichts an die Kriegslast unseres Volkes beizutragen hat, dass auf der andern Seite wiederum in gleicher oder noch weitergehender Höhe Unterstützungen des Staates verabfolgt werden, und drittens, dass im Gegensatz dazu die Sozialdemokratie abermals erklärt: Wir werden auch die Tabaksteuer unter allen Umständen verwerfen. Ich meine, wir hätten auf bürgerlicher Seite eine gewisse Kausalverbindung schaffen können, indem wir den Herren Sozialdemokraten erklärt hätten: Wohlan, wenn ihr bereit seid, eine indirekte Steuer nach Art der Tabaksteuer, die in Wahrheit nur eine Genuss- und Luxussteuer ist (obwohl ich selber etwa einen Stumpen rauche), anzunehmen, dann werden wir hier vielleicht mehr oder weniger entgegenkommen. Wenn Sie aber von vornherein schon erklären: «Wir wollen absolut gar nichts tragen und jede Belastung abwälzen, auch wo wir tragfähig wären», dann hört für uns alles und jedes Entgegenkommen auf. Ich halte das nicht für recht.

Herr Müller hat grundsätzlich seinen Willen kundgegeben, an der Ausarbeitung des neuen Kriegssteuergesetzes mitzuarbeiten. Aber das war die Theorie. Die Praxis ist die andere: Wir verwerfen die Tabaksteuer und wir verlangen eine Steuerfreiheit für weitaus den grössten Teil des Volkes auch bei der Kriegssteuer. Das ist die Praxis gegenüber der Theorie. Damit können wir nicht einig gehen. Wenn Herr Müller erklärt, sie machen das zur Bedingung, ob sie der Kriegssteuer überhaupt zustimmen können oder nicht, andernfalls werden sie sie verwerfen, so möchte ich ihm nur sagen, dass auch auf bürgerlicher Seite die Geduld ein Ende nimmt gegenüber einer derartigen Politik, die uns vor Zwangslagen stellt. Bei jeder einzelnen Forderung erleben wir das. Immer und immer wieder wird diese Politik — der Erpressung, hätte ich fast gesagt — geübt. Immer heisst es: Schluckt, was wir wollen, oder wir werden opponieren und dann könnt ihr sehen, wo es hinaus will.

Ich hätte auch noch mancherlei Wünsche diesem oder jenem gegenüber. Ich weiss aber, dass wir miteinander reden und uns gegenseitig in dieser Zeit und Lage und dieser Aufgabe gegenüber, die nun einmal vom Lande, vom Rate und vom Volke gelöst werden muss, wenn irgend möglich vertragen müssen. Da geht es nicht an, fortwährend um jeder Kleinigkeit willen zu erklären: Wir verwerfen. Sonst werden wir Ihnen mit der gleichen Drohung gegenüberstehen und erklären: «Wenn Ihre Anträge angenommen werden, dann werden wir den Verfassungsartikel verwerfen.» Können wir das nicht auch? Ich möchte Ihnen das zu beherzigen geben. Ich stelle vorderhand keine positiven Anträge. Aber es war mir eine Pflicht, eine Herzenssache, mich darüber einmal auszusprechen. Ich weiss ohne weitere organisatorische Fühlungnahme, dass ich damit die Anschauungen eines grossen Volksteiles ausgesprochen habe, der selber vielleicht von der Verwerfung dieser Anträge mitbetroffen, aber es sich zur Ehre machen wird, auch etwas, und sei es noch so wenig, an die Lasten des Vaterlandes beizutragen.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La discussion a déjà pris une telle ampleur qu'il ne me reste que très peu de chose à dire pour expliquer l'attitude du Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral accepte sur tous les points les propositions de la commission et vous engage vivement à bien vouloir les accepter. En ce qui concerne la proposition de M. Maunoir, je dois constater, ainsi que j'ai déjà eu l'honneur de le faire lors du débat sur l'entrée en matière, qu'en réalité il a été tenu compte déjà en une certaine mesure des idées qui sont à la base de cette proposition, puisqu'en 1915 la limite de l'exemption de l'impôt a été fixée à 10,000 fr. Il est de toute évidence que, par suite de la dépréciation de l'argent, une fortune de 10,000 fr. en 1918 équivaut à un chiffre inférieur en 1915. En ne modifiant pas la limite, nous voulons affirmer dans la mesure du possible l'idée de généraliser l'impôt. Aller plus loin, ne serait guère recommandable ni au point de vue social ni au point de vue technique fiscal.

Au point de vue social, Messieurs, il faut reconnaître qu'une fortune de 10,000 fr. à l'heure actuelle et pour plusieurs années encore est une fortune absolument minime. L'idée d'imposer une fortune inférieure à 10,000 touche en réalité à l'impôt de capitation. Or, nous nous sommes toujours prononcés contre cet impôt-là. Nous ne pourrions pas non plus adhérer à

l'idée d'abaisser encore la limite de 10,000 frs. pour les fortunes. Nous n'avons jamais voulu accepter l'impôt de capitation, parce que nous ne trouvions point qu'il fût recommandable au point de vue de la justice. Lorsqu'on examine un impôt, il ne faut pas le considérer isolément comme une chose à part étudiée pour elle-même, mais plutôt comme une partie intégrante d'un grand système. Or, si nous considérons l'impôt direct proposé maintenant à titre exceptionnel et que nous l'insérons dans le système général des impôts à la disposition de la Confédération, impôt provenant des douanes, impôt du tabac, nous l'espérons, impôt sur l'alcool, le timbre, etc., nous constatons que les impôts indirects frappent dans une mesure en tout cas suffisante et dans un certain sens plus grave précisément les classes qui ne sont pas touchées et qui ne doivent pas être atteintes par l'impôt direct. Si donc on examine d'un coup d'oeil général notre système des contributions, on arrive à cette constatation que l'exonération des petites fortunes se justifie parce que leurs détenteurs sont en réalité frappés davantage par les autres genres d'impôt. Ainsi les deux principes: généralité de l'impôt et puissance contributive se complètent l'un l'autre dans leur application à l'ensemble de la fiscalité.

Au point de vue fiscal non plus l'imposition des petites fortunes ne se justifierait pas. En effet, vous voyez, d'après la proposition de la commission, acceptée par le Conseil fédéral, que la fortune de 10,000 fr. payerait un impôt de 10 fr., soit fr. 3,333 par année pour les périodes de trois ans et fr. 2,50 par année pour la période de quatre ans. Si vous abaissez cette limite en acceptant la proposition de M. Maunoir, vous diminueriez ces chiffres de moitié. Vous tomberiez au montant de 5 fr. à répartir à raison de fr. 1,25 par année pour la période de 4 ans et à fr. 1,666 pour les périodes de trois ans. Ce sont là des chiffres si infimes qui paraissent presque engendre l'impression d'une chicane et dont les frais de perception ne se justifieraient presque pas. Voilà pourquoi je vous prie, tout en rendant hommage à l'idée politique qui a inspiré M. Maunoir, d'en rester à la limite de 10,000 fr. pour les fortunes.

A ce sujet, permettez-moi de constater avec une satisfaction profonde le fait que M. Müller et ses amis politiques ont bien voulu abandonner leur proposition primitive qui tendait à élever la limite de 10,000 jusqu'à 15,000 fr. Vous vous souvenez sans doute que le projet d'initiative repoussé par le peuple le 2 juin portait cette limite à 20,000 fr. Le parti socialiste a bien voulu voir et comprendre que cette limite était absolument inadmissible. Dans la proposition primitive qu'il a déposée à l'occasion de ce projet, il avait abaissé la limite de 20 à 15,000 fr. Aujourd'hui, je constate encore une fois avec une satisfaction profonde que le parti socialiste veut bien admettre la limite de 10,000 fr. Ne pas l'accepter, ce serait risquer entre autres de libérer de cet impôt presque toute la fortune agricole, cette fortune qui certainement ne peut pas se plaindre des temps mauvais que nous traversons, car en réalité si une branche de l'activité nationale a pu supporter avec aisance les charges de notre neutralité armée, c'est bien l'agriculture.

La seule différence qu'il y ait sur ce point entre la proposition de M. Müller et celle du Conseil fédéral adoptée par la commission ou plutôt la proposition de la commission adoptée par le Conseil fédéral est celle-ci. M. Müller veut déclarer d'ores et déjà que les fortunes détenues par les personnes qui n'ont point d'autres ressources seront exonérées jusqu'à la limite de 30,000 fr. Le texte du Conseil fédéral, adopté sur ce point par la commission, déclare purement et simplement que, dans l'arrêté du texte constitutionnel, on tiendra un compte équitable de la situation des détenteurs de fortune sans autres ressources. Vous vous souvenez sans doute qu'à l'occasion du premier impôt de guerre la même question a surgi. Nous ne l'avons pas tranchée dans le texte constitutionnel, nous avons simplement fait une déclaration de principe, et c'est dans l'arrêté d'exécution que nous avons prévu l'exonération jusqu'à 30,000 fr. des fortunes appartenant à des veuves ou des orphelins dépourvus de ressources. Nous avons l'intention d'appliquer le même principe dans le prochain arrêté d'exécution. Mais nous estimons encore aujourd'hui qu'il serait dangereux de vouloir fixer ce chiffre dans le texte constitutionnel. Il se pourrait qu'en voulant le bien nous créions des situations absolument choquantes. Un exemple: En inscrivant dans le texte constitutionnel le principe cher à M. Müller, libérant d'une manière générale toutes les fortunes jusqu'à 30,000 fr., lorsqu'il n'y a pas d'autres ressources, il pourrait se présenter le cas suivant: quatre orphelins et leur mère détiennent chacun une fortune de 20,000 fr., soit au total 100,000 fr., mais ils n'ont pas d'autres ressources que le revenu de ce capital. Or, l'inscription du principe de M. Müller dans le texte constitutionnel risquerait de nous faire tomber dans cette erreur fiscale et surtout sociale qui consisterait à libérer totalement des fortunes dont jouissent des personnes vivant ensemble, fortunes dont le montant total atteint pourtant 100,000 fr. Il faut, Messieurs, que cette question-là soit réglée d'une manière plus précise autre part que dans le texte constitutionnel. Nous ne pouvons le faire qu'à l'occasion de l'arrêté d'exécution. Voilà pourquoi, tout en étant d'accord, dans les grandes lignes, avec la tendance de M. Müller, je dois vous prier de ne pas accepter sa proposition dans le texte constitutionnel.

Quant à la question du produit du travail je dois faire la constatation suivante. Je crois qu'en élevant le minimum imposable de 2500 à 3000 fr., la commission a montré son désir de tenir compte dans toute la mesure possible des aspirations et des voeux du parti socialiste. Nous ne pouvons pas aller plus loin. Elever le minimum imposable du revenu sur le travail jusqu'à 4000 fr., ce serait très probablement libérer de l'obligation de l'impôt au moins le 95% des personnes en état de gagner leur vie. Il y aurait là une telle exagération de la non-généralité de l'impôt que nous ne pourrions pas en assumer la responsabilité.

Par contre, la commission a déjà considéré ce qu'il y a de juste dans la proposition de M. Sträuli. Elle a élevé le chiffre de 2500 à 3000 en supprimant la distinction entre célibataires et mariés et en accordant encore une facilité aux familles ayant des enfants, c'est-à-dire en portant de 200 à 300 fr. par enfant la somme exonérée d'impôt. La commission a fait encore davantage. Elle a réduit les taux proposés par le Conseil fédéral. Vous voyez d'après les propositions de la commission que l'homme célibataire ou marié sans enfant, même avec un revenu de 3000 à 3250 fr. payerait 15 fr. par période, c'est-à-dire dans une période de trois ans 5 fr. par an et dans une période de quatre ans une somme encore inférieure. L'homme

qui a un revenu de 3500 à 3750 fr. payerait en tout 35 fr. par période. Vous pouvez voir que la charge annuelle est absolument minime ou en tout cas supportable, et ainsi de suite.

Je voulais simplement constater que l'idée du dégrèvement qui est à la base de la proposition de M. Sträuli a déjà été considérée par la commission avec cette seule différence que M. Sträuli voudrait l'adoucir encore davantage et que la commission l'a adouci un peu moins que M. Sträuli ne le désire. Mais il suffit d'avoir indiqué les taux de l'impôt, tels qu'ils ont été proposés par la commission, pour démontrer que la commission a sans doute choisi une voie moyenne qui est acceptable pour toute le monde.

Voilà pourquoi je dois vous prier d'accepter les propositions de la commission.

Enfin, en ce qui concerne la proposition déposée par M. Rothenberger concernant l'impôt supplémentaire appelé à frapper les tantièmes, je voudrais me borner à cette simple déclaration, c'est que l'interprétation qu'il a donnée au texte constitutionnel est parfaitement conforme à celle que le Conseil fédéral y a donnée et qu'en retirant sa proposition, il a donc fait, oeuvre utile, je crois, puisque l'impôt tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral et par la commission donnera un rendement même supérieur à celui qui aurait été atteint par l'acceptation de la proposition de M. Rothenberger lui même.

Müller (Bern): Herr Bundesrat Motta hat das Resultat der Verhandlungen zusammengestellt und Ihnen seinen Standpunkt erläutert. Wir haben unserseits erklärt, wie wir uns zu dieser Frage stellen, und ich könnte deshalb auf das Wort verzichten. Aber Herr Bopp hat sich in so unverkennbarer Deutlichkeit an unsere Adresse gewendet, dass ich mir gestatten muss, ihm mit der gleichen Freiheit und Offenheit zu antworten. Herr Bopp kommt mir vor, wie wenn er in einer dichten Wolke lebte und infolgedessen nicht imstande wäre, die Wirklichkeit zu sehen. Herr Bopp scheint nicht zu wissen, dass die nicht erwerbsstarke Bevölkerung am schwersten unter dem bisherigen indirekten Besteuerungssystem der Zölle gelitten hat. Er scheint nicht zu wissen, dass die Zölle achtzig Prozent, wenn nicht noch mehr, von sämtlichen Ausgaben in der Eidgenossenschaft bestritten haben. Trotzdem wissen wir, dass Herr Bopp und seine Freunde mit aller Macht darauf drängen, die verderblichen Wirkungen der indirekten Besteuerung durch Biersteuer und Tabaksteuer zu verschärfen, wobei er ganz genau wissen könnte, dass im Ueberwälzungsprozess wiederum die grosse Last auf die breiten Schichten der Bevölkerung gelegt wird. Herr Bopp scheint nichts zu wissen von der Wohnungsnot, die gegenwärtig hier herrscht und zu einer sozialen Frage erster Ordnung wird, nichts zu wissen davon, dass die natürlichen Schwierigkeiten in unsern wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnissen durch ein unverschämtes industrielles Strauchrittertum zur Unerträglichkeit gesteigert worden sind und dass sich unter dem Einfluss einer derartigen Gestaltung — ich möchte Herrn Bopp ersuchen, nicht mit Herrn Studer zu reden, sondern auf mich zu hören; es ist wahrhaftig der Mühe wert, dass er das hört, denn ich spreche zu ihm (Heiterkeit) — in wenig Jahren die Vermögensverhältnisse unserer Bevölkerung sich derart verschoben haben, dass 90% verarmt sind und nur eine dünne Oberschicht mit Hunderten von Millionen Franken bereichert worden ist. Und unter diesen Umständen verwundert er sich, wenn wir verlangen, dass diejenigen, die unter dem Einfluss der Verhältnisse derartige Reichtümer erworben haben, dass dieser frisch erworbene Reichtum in der Hauptsache die Last zu tragen habe, die dem ganzen Volke entstanden ist. Denn unter dem Einfluss dieser verhängnisvollen Tätigkeit haben sich die Verhältnisse so gestaltet, dass die Proletarisierung in städtischen Verhältnissen weit in die oberen Einkommensstufen emporgestiegen ist. Wir können bei 5000 Franken unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr davon sprechen, dass das ein Einkommen sei, das zur Erhaltung einer Familie noch hinreicht. Infolgedessen haben wir in den Städten in ausgedehntem Masse mit Teuerungszulagen nachhelfen müssen, die nur ein Reflex der wirtschaftlichen Verhältnisse selbst sind. Infolgedessen nimmt die Verschuldung der Kantone, der Gemeinden und des Bundes rapid zu, alles unter dem Einfluss dieser verhängnisvollen Entwicklung.

Herr Bopp darf sich deshalb nicht wundern, wenn wir hier deutlich sprechen. Wenn wir persönlich uns hier einverstanden erklären wollten, die Sache so zu verwässern, wie Herr Bopp vorschlägt, mit dem Ideal der Kopfsteuer und möglichst geringen Ansätzen, dann würden wir ein Echo aus der empörten Bürgerschaft heraus zu hören bekommen, und diese Empörung würde elementare Formen annehmen. Ich spreche deshalb nicht nur persönlich. Unsere Anträge sind ein Stimmungsausdruck der grossen Masse der Bevölkerung, und wir persönlich haben die Verantwortung nur so weit übernommen, dass wir an den Grenzen, die durch wiederholten Beschluss festgelegt worden sind, im Prinzip festhalten, aber, soweit es uns möglich war, in der Form entgegenkommen. Das haben wir sowohl bei den Ansätzen für die Vermögenssteuer als auch bei denjenigen für die Erwerbssteuer bewiesen. Weiter hinuntergehen können wir nicht, es wär ein ganz hoffnungsloses Beginnen. Deshalb habe ich für notwendig gefunden, diese Erklärung hier klipp und klar abzugeben, damit der Rat in voller Erkenntnis der Tragweite seiner Entscheidung seine Stimmabgabe danach richte.

Abstimmung. — *Votation.*

1. Festsetzung des steuerfreien Vermögens.
   Für den Antrag der Kommission (10,000 Fr.) 102 Stimmen
   Für den Antrag Maunoir (5000) 15 Stimmen

2. Für den Antrag der Kommission (angemessene Erhöhung des steuerfreien Vermögens für Personen ohne ausreichenden Erwerb) 98 Stimmen
   Für den Antrag Müller (Festsetzung des steuerfreien Vermögens in diesem Falle auf 30,000 Fr.) 23 Stimmen

3. Festsetzung des steuerfreien Erwerbes für Verheiratete.

Eventuell:

Für den Antrag Obrecht (3500 Fr.) 87 Stimmen
Für den Antrag Müller (4000 Fr.) 26 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag der Kommission (3000 Fr.) 80 Stimmen
Für den Antrag Obrecht (3500 Fr.) 48 Stimmen

4. Festsetzung des steuerfreien Erwerbes für Ledige. Der Antrag der Kommission (Fr. 3000) ist nicht bestritten und daher angenommen.

5. Steuersatz für Vermögen.
Für den Antrag der Mehrheit der Kommission (1—25‰) 103 Stimmen
Für den Antrag Maunoir (1—20‰) 19 Stimmen

6. Steuersatz für Erwerb.

Eventuell:

Für den Antrag der Kommission (½—20%) 99 Stimmen
Für den Antrag Müller (½% [bis zum Betrage von Fr. 5000] bis 20%) 26 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag der Kommission 66 Stimmen
Für den Antrag Sträuli (1/5 bis 20%) 64 Stimmen

Herr Rothenberger zieht seinen Abänderungsantrag zurück.

Ziffer 4.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Zu Ziffer 4 nur ganz wenige Bemerkungen, und zwar deswegen, weil hier gegenüber der Vorlage von 1915 ein neuer Gedanke aufgenommen worden ist. Im Jahre 1915 bei der ersten Kriegssteuer wurde nämlich bei den Kollektiv- und Kommanditgesellschaften die Steuer nicht vom Geschäfte selbst erhoben, sondern von den einzelnen Teilhabern, während in der heutigen Vorlage die Steuer von dem Geschäfte als Ganzem erhoben wird. Hingegen hat der Einzelne die Anteile, welche er im Geschäfte hat, persönlich nicht mehr zu versteuern. Diese Aenderung ist deswegen vorgenommen worden, wie Sie aus der Botschaft ersehen, weil der Fiskus glaubt, er sei bei der früheren Ordnung der Dinge zu kurz gekommen, das System habe sich nicht bewährt, es sei richtiger, das Geschäft als Ganzes anzunehmen und dann den Einzelnen nachher für seine Anteile zu befreien, weil beispielsweise die Reserven, sagt der Bericht, der kollektiven Gesellschaften nicht zur Besteuerung herangezogen wurden, da jeder Gesellschafter nur seine Kapitaleinlage versteuerte. Und anderseits ist natürlich für den Fiskus diese Art der Besteuerung nicht ergiebig gewesen, weil die Progression nicht eintrifft, da die einzelnen Anteile der Gesellschaft getrennt waren, während sie dann bei der neuen Regelung als Ganzes zur Besteuerung kommen, die Progression also das Ganze ergreift.

Eine an uns gelangte Eingabe wünscht, es möchte zum System von 1915 zurückgekehrt werden, und zwar ist an Beispielen der Nachweis zu leisten versucht worden, dass die Besteuerung nach dem neuen Modus ins Masslose gehe und dass eine ganz gewaltig erhöhte Steuerleistung resultieren würde. Gegenüber dieser Eingabe ist zu bemerken, dass bei der Besteuerung eines Teilhabers einer Kollektivgesellschaft nicht nur seine Kapitaleinlage, sondern diese in Verbindung mit seinem übrigen Vermögen versteuert werden muss. Es kann wirklich solche Fälle geben, z. B. wo einer sein ganzes Vermögen in einer Kollektivgesellschaft angelegt hat, dass er schlechter fährt. Aber sobald er ein privates Vermögen daneben besitzt, muss der Besitzer damit rechnen, dass, wenn der Einzelne besteuert wird, die Progression höher zu stehen kommt als nach dem neuen System. Es wird in beiden Fällen gewisse Ungleichheiten geben können. Aber im allgemeinen haben der Bundesrat und die Kriegssteuerverwaltung gefunden, dass die Besteuerung der Gesellschaften als Ganzes nicht nur vorteilhafter, sondern auch gerechter ist als die bisherige Art der Besteuerung. Ich empfehle Ihnen den Antrag der Kommission.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. La solution proposée par le Conseil fédéral vaut certainement mieux que le système appliqué en 1915. Elle est fiscalement plus adéquate à la nature très spéciale de la commandite. Compter la part de chaque associé dans sa fortune personnelle pour l'imposer sur cette forme et exonérer la société de toute taxe m'a toujours paru un système défectueux. La société comme telle, personne juridique agissante, entité économique tirant une force considérable de la collaboration de capitaux mis en commun, doit être imposée comme telle. Le principe de la progressivité appliqué aux autres sociétés exige aussi cette méthode d'imposition.

Syz: Ich möchte beantragen, diesen Absatz 4 zu streichen. Wie bereits ausgeführt worden, enthält das erste Kriegssteuergesetz diese Unterscheidung nicht, und es hat und es scheint mir in durchaus gerechter Weise jeder Anteilhaber einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft im Verhältnis zu seinem Vermögen einzeln an die Lasten des Staates beizutragen. Das soll nun geändert werden, und zwar zugegebenerweise, weil der hier vorgeschlagene Modus für den Staat günstiger sei und ihm mehr abwerfe. Ich möchte da darauf aufmerksam machen, dass der Staat doch ein grosses Interessse daran hat, diese Gesellschaften zu stärken und sie nicht in unnötiger Weise zu belasten. Man hat bereits zugegeben, dass hier eine ausserordent-

lich starke Belastung stattfindet. Nach einem Beispiel, das ich bei mir habe, beträgt bei einer Kollektivgesellschaft, wo der eine Teilhaber Franken 100,000, der andere Fr. 300,000 Anteil hat, unter der Voraussetzung, dass beide ihr ganzes Vermögen im Geschäft haben, nach dem ersten Kriegssteuergesetz die Steuer für den ersten Teilhaber Fr. 232. 75, für den zweiten Fr. 1512, für beide Fr. 1744. 75, nach dem vorliegenden Entwurf Fr. 2432 oder Mehrbelastung 39 %. Hätte jeder Fr. 500,000 im Geschäft, so würde der Unterschied 112½ % betragen. Und wenn Sie den ungünstigsten Fall annehmen, so ergibt sich bei einer Kommanditgesellschaft, wo ein Teilhaber Fr. 200,000 einbezahlt hat und die andern drei Gesellschafter weitere Fr. 800,000 in die Firma eingeworfen haben (Fr. 250,000, Fr. 250,000, Fr. 300,000), dass der erste Teilhaber, vielleicht der tüchtigste von allen, der nach dem alten Gesetz Fr. 750. 50 auf seinen Fr. 200,000 Einlagen bezahlt hätte, nun nach dem Entwurf als seinen Anteil Fr. 3057. 60 zu bezahlen hat, also das Vierfache. Nun scheint es mir, dass das eine ungewollt ungerechte Behandlung des einzelnen Gesellschafters ist. Als ein Hauptgrund dafür ist angegeben worden, es entgehen dem Fiskus die Reserven dieser Gesellschaften. Kommandit- und Kollektivgesellschaften haben in der Regel keine oder dann keine steuerpflichtigen Reserven. Wenn sie Reserven haben, so sind sie angelegt worden, um einem bestimmten Risiko zu begegnen. Es ist gar kein Grund vorhanden, warum diese Reserven nicht nach dem ersten Kriegssteuergesetz, gerade so gut wie nach dem Entwurf, wenn sie wirklich steuerpflichtig sind, zur Steuer herangezogen werden konnten.

Es wird weiter in der Botschaft darauf aufmerksam gemacht, dass das alte Verfahren ein Meldesystem zwischen den einzelnen Kantonen erfordere und dass dies sehr häufig nicht befriedigend funktionierte. Ich weiss nicht, wie die Sache gedacht ist, ob nach dem Vorschlag der Kanton, in welchem die Gesellschaft ihren Sitz hat, die 20 %, die auf ihn entfallen, behält, oder ob er verpflichtet ist, dem Kanton, in welchem die Kollektiv- oder Kommanditgesellschafter wohnen, seinen Teil abzugeben. Wenn es nach dem ersten Modus geht, würde also diese Gesellschaft im Kanton, wo sie ihren Sitz hat, besteuert, und die andern Kantone gehen leer aus. Wenn aber das andere System gewählt wird, dass also die Wohnsitzkantone der Gesellschafter ihren Anteil bekommen, dann haben Sie genau das gleiche Meldesystem mit allen Vorteilen und Nachteilen, von denen man hier spricht. Es wird auch gesagt, dass man ganz gut gleich verfahren könne wie bei der Kriegsgewinnsteuer. Dort habe sich die Sache bewährt. Nun ist ja eben der springende Punkt der, dass bei der Kriegsgewinnsteuer überall genau der gleiche Steuersatz zur Anwendung kommt, während bei dem vorliegenden Gesetz eine Abstufung nach der Höhe des Vermögens und des Einkommens stattfindet. Darin liegt eben die Härte, dass man die Steuer auf die einzelnen Beteiligungen nach dem höheren Ansatz für das Ganze, also mit der Progression belastet, eintreten lassen will.

Zum Schluss sagt uns die Botschaft, das komme eigentlich auf dasselbe heraus, denn was der Teilhaber an einer Gesellschaft bei der Gesellschaft versteuert hat, wird ihm an seinem Privatvermögen abgezogen. Es entstehe für ihn also auch kein Ausfall. Das ist richtig und auch unrichtig; unrichtig deswegen, weil eben in sehr vielen Fällen der Kollektiv- oder Kommanditgesellschafter sonst kein nennenswertes Vermögen besitzt und man ihm an seinem Privatvermögen überhaupt nichts mehr wird abziehen können. Wie wird die Sache sein, wenn wir zur Ausführung übergehen? Entweder wird der Betroffene selber bei der Angabe seines Vermögens an die Steuerbehörde seinen Anteil an diesen Gesellschaften nicht aufführen, er wird also nur das angeben, was nicht bereits versteuert ist. Das wäre meines Erachtens ein Weg, der den Steuerbehörden aus verschiedenen Gründen nicht passen könnte. Oder, der Steuerpflichtige muss sein gesamtes Vermögen und Einkommen angeben und müsste dann geltend machen, soundso viel gehe als bereits versteuert ab. Nun erfordert das aber auch wieder eine ausserordentlich weitgehende Kontrolle mit allen Nachteilen, die einer solchen anhaften. Wenn nun der Pflichtige etwas abziehen will, dann weiss man, dass es immer ausserordentlich schwierig ist, von etwas, das deklariert ist, wieder Abzüge zu machen, und dass sich hieraus zwischen den Steuerpflichtigen und der Steuerbehörde sehr leicht eine Menge von Anständen ergeben können.

Wie verhält es sich aber, wenn einmal abgezogen worden ist, mit dem Rest? Wird die Steuerverwaltung so vorgehen, wenn z. B. einer ein Vermögen von Fr. 100,000 hat, wovon Fr. 50,000 bei einer Kommanditgesellschaft, dass sie die restierenden Fr. 50,000 in die Klasse von Fr. 50,000 einsetzt, oder wird sie den Pflichtigen in die Klasse der Fr. 100,000 einsetzen und sagen, der Steuerbetrag mache soundso viel, da er aber bereits bei einer Gesellschaft soundso viel Steuern entrichtet habe, bleibe ein Betrag von soundso viel zu zahlen übrig, so dass eine Kumulierung eintreten würde, indem die Fr. 50,000 zweimal, erstens bei der Gesellschaft und dann beim Privatvermögen bei der Festsetzung der Steuerklasse berücksichtigt würden.

Ich glaube, dass dieser sogenannte bessere neue Weg ein Weg ist, der für die Steuerbehörden ausserordentlich viel mehr Schwierigkeiten, Schreibereien, Scherereien, Anstände aller Art mit den Steuerpflichtigen herbeiführen wird und herbeiführen muss. Es wäre also weit vorzuziehen, beim alten Modus zu verbleiben. Deswegen möchte ich Ihnen beantragen, diesen ganzen Absatz 4 zu streichen und wie beim Gesetz vom Jahre 1915 die Kollektiv- und Kommanditgesellschafter als Pflichtige zu behandeln, die ihr Vermögen und Einkommen an einem Ort und in einer Summe zu versteuern haben.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Le Conseil fédéral vous demande d'écarter la proposition de M. Syz. La question dont il s'agit a déjà été examinée à l'occasion du premier impôt de guerre. Elle a été résolue dans un autre sens que celui dans lequel elle est résolue maintenant. Si le Conseil fédéral vous demande de modifier le système, c'est que les organes fiscaux de la Confédération

ont éprouvé tant de difficultés pour appliquer le système primitif qu'ils ont conseillé très vivement au département des finances d'abord et au Conseil fédéral ensuite de bien vouloir revenir au système en usage dans presque tous les cantons. Les directeurs des finances cantonaux ont été consultés lorsqu'il s'agissait de l'avant projet concernant l'impôt de guerre. A la presque unanimité, si ce n'est à l'unanimité absolue, ils ont demandé que les sociétés en nom collectif et en commandite fussent frappées comme telles et non plus dans la personne de leurs sociétaires. Le raisonnement à la base du nouveau système proposé est d'ailleurs d'une évidence presque élémentaire. La société en nom collectif et en commandite est un organisme autonome. Les juristes discutent la question de savoir si cet organisme est une personne juridique. Si c'était le cas, il n'y aurait pas de doute possible au sujet de sa forme d'imposition, puisqu'il suffirait d'affirmer que la société en nom collectif et en commandite ayant une personnalité morale propre et distincte de la personne physique de ses membres doit être frappée comme telle. Mais la question a toujours été controversée par les juristes. Les uns contestent l'existence de la personnalité morale, les autres au contraire l'affirment. Il en est résulté que dans les législations fiscales, les uns ont choisi le premier système du législateur fédéral et les autres, qui sont en majorité, le système aujourd'hui recommandé. Quoi qu'il en soit de l'existence ou de la non-existence de la personnalité morale de la société en nom collectif et en commandite, il me paraît absolument admissible que cette société, dont les forces de production sont augmentées et renforcées par le fait de leur concentration, soit autonome. Il semble dès lors assez naturel d'adopter l'idée que la société en nom collectif doit être frappée comme telle.

La majorité des cantons ont déjà admis ce système, sauf erreur. Le canton de Zurich qui est également celui du préopinant frappe également les sociétés en commandite et en nom collectif et il serait certainement singulier que le canton de Zurich, après avoir introduit ce principe dans sa loi moderne, qui est l'une des meilleures lois fiscales cantonales, soit précisément imposé par la Confédération selon un système opposé à celui qu'il a lui-même adopté avec la majorité des autres cantons. Voilà les raisons d'ordre général.

Quant aux raisons particulières, j'en vois une tirée du fait qu'il peut y avoir des réserves — le cas peut se présenter — je l'admets avec M. le conseiller national Syz, qu'il n'en y ait pas. Elles existent cependant presque toujours. Elles ont échappé complètement au fisc parce que les sociétaires étant frappés comme tels et non pas la société se sont bien gardés d'indiquer les réserves qui formaient en quelque sorte une propriété commune. Elles se sont bornées à révéler au fisc leur part du capital engagé dans la société. Il en est résulté que toutes les réserves accumulées par les sociétés en nom collectif qui en avaient ont complètement échappé à l'imposition. C'est afin d'éviter ce danger que nous vous proposons le système actuellement en discussion.

Je ne veux pas insister sur d'autres raisons d'ordre secondaire. Il va sans dire que le sociétaire ne paye l'impôt que pour la part de la fortune qui lui est propre et qui n'est point engagée dans la société. Il y a séparation absolue entre le patrimoine, fortune de la société et le patrimoine ou fortune du sociétaire indépendamment de ce qui est engagé dans la société.

Je pense que cette dernière explication est de nature à tranquilliser M. Syz, qui craignait que la fortune des sociétaires engagée dans la société pût encore exercer une influence quelconque sur l'imposition de la fortune non engagée dans la société.

Speiser: Ich möchte Ihnen den Antrag Syz empfehlen. Wir wollen heute darüber nicht diskutieren, ob die Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften juristische Personen sind oder nicht. In der Jurisprudenz steht es fest, dass weder Kommandit- noch Kollektivgesellschaften juristische Personen sind, sondern es sind eben zwei oder drei oder mehr physische Personen, die zusammenkommen. Ich gebe zu, dass in einzelnen Kantonen die Kollektivgesellschaften als solche besteuert werden und nicht die einzelnen Gesellschafter, und zwar aus fiskalischer Bequemlichkeit. Wenn man annimmt, die fiskalischen Bequemlichkeiten gehen jedenfalls vor der Bequemlichkeit der Besteuerten oder vor der allgemeinen Steuergerechtigkeit, kann man natürlich eine Lösung annehmen, die für den Fiskus günstiger ist. Allein Herr Bundesrat Motta vergisst etwas: es handelt sich bei unserem Gesetz nicht um eine gewöhnliche kantonale Steuer, wir haben in den Kantonen nicht Steuersätze, wie wir sie bei dieser Kriegssteuer haben. Ich habe mir schon einmal die Bemerkung erlaubt: schlechte Steuersätze verderben gute Steuergrundsätze. Wenn also auch der Steuergrundsatz richtig wäre, dass man Kollektivgesellschafter als solche besteuert und nicht physische Personen, so würde dieser möglicherweise richtige Grundsatz durch die grossen Steuersätze unserer Vorlage verdorben.

Nehmen wir an, wir hätten zwei Kollektivgesellschafter, von denen jeder Fr. 100,000 eingelegt hat. Wenn man jeden für sich im Vermögen besteuert, so zahlt er Fr. 260, wenn man aber die Fr. 200,000 zusammenlegt, so zahlt die Kollektivgesellschaft Fr. 820, d. h also jeder Gesellschafter Fr. 410. Nehmen Sie an, wir haben drei Kollektivgesellschafter, jeder mit Fr. 100,000. Nach dem richtigen Grundsatze würde jeder für sein Vermögen Fr. 260 Steuern zahlen. Rechnet man die Fr. 300,000 zusammen, so sind Fr. 1680 zu zahlen, also mehr als das Doppelte dessen, was die einzelnen zusammen für sich steuern würden. Da kann man sich über die Theorie streiten wie man will, in der Praxis ist klar, dass durch diese Kombination eine Mehrbesteuerung stattfindet, die ganz unbillig wäre. Die Behauptung, dass man die Reserven nicht entdecken könne, wenn man die Kollektivgesellschafter separat besteure, während man die Reserven finde, wenn man die Kollektivgesellschaft als solche besteure, verstehe ich nicht, denn es hat jedermann, ob er nun Kollektivgesellschafter oder Privatmann sei, die Pflicht, zu erklären, was

er für ein Vermögen hat. Wenn er neben der Kapitaleinlage noch Reserven hat, wird er dieselben deklarieren müssen; wenn er sie nicht deklariert und man ihm nicht traut, kann man die Bücher untersuchen. Angesichts der evidenten Ungerechtigkeit der hohen Steuerbeträge möchte ich Ihnen deshalb den Antrag Syz warm empfehlen.

Obrecht: Gegenüber dem Votum des Herrn Prof. Speiser möchte ich ein kurzes Wort der Empfehlung zugunsten des Kommissionalantrages anbringen. Es besteht ein Kampf zwischen zwei Richtungen. Die eine Richtung geht dahin, dass man die Kollektiv- und Kommanditgesellschaften als Steuereinheit behandelt, die andere dahin, diese Zusammenlegung von Vermögen in Kollektiv- und Kommanditgesellschaften zu ignorieren und jeden Teilhaber für seinen Anteil am Gesellschaftsvermögen in Verbindung mit seinem übrigen Privatvermögen zu besteuern. Ich habe die Ueberzeugung, dass das erste Prinzip die Oberhand gewinnen wird, weil ich die Unbilligkeit, von der Herr Prof. Speiser gesprochen hat, eben nicht als Unbilligkeit auffasse. Wenn Sie Vermögen zusammenlegen in eine Kollektivgesellschaft, so arbeitet dieses Vermögen gemeinschaftlich, es bildet wirtschaftlich eine Einheit, ganz gleich wie wenn Sie in Form von Aktienbeteiligung ein Kapital zusammenlegen. Dieses Kapital bildet eine Einheit und ist natürlich viel kräftiger, als wenn Sie die einzelnen Teile für sich betrachten.

Da scheint es mir konsequent und gegeben, dass man diese wirtschaftliche Einheit, diese Kapitalgruppen in Form der Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft, auch als einheitliches Steuersubjekt betrachtet. Die Beispiele, die Herr Prof. Speiser Ihnen vorgerechnet hat, stimmen in dem Fall, wo der einzelne Gesellschafter nicht neben seiner Beteiligung an der Gesellschaft noch Privatvermögen hat. Hat er Privatvermögen, so ist es fraglich, auf welche Weise er sich besser stellt. Wenn er neben seiner Beteiligung Privatvermögen hat, so kommt eben die Beteiligung an der Kollektivgesellschaft in der persönlichen Vermögenstaxation in Abzug, und sein ganzes Privatvermögen kommt in eine tiefere Progressionsklasse, während umgekehrt seine Beteiligung an der Kollektivgesellschaft möglicherweise in eine höhere Klasse steigt. Mit Ausnahme der Fälle, die nicht zahlreich sein werden, wo ein Kollektivgesellschafter wirklich nur das Vermögen hat, das in der Gesellschaft liegt, kommt es, allgemein gesprochen, auf das gleiche heraus, ob Sie es so oder anders machen. Für mich ist aber die Erwägung ausschlaggebend, dass dieses Vermögen, das sich in der Kollektivgesellschaft oder Kommanditgesellschaft zusammengefunden hat, wirtschaftlich ein Ganzes bildet und dass es deshalb auch steuerlich als e i n Subjekt behandelt werden soll. Ich empfehle Ihnen den Antrag des Bundesrates und der Kommission.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	49 Stimmen
Für den Antrag Syz	16 Stimmen

Ziffer 5.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Redaktionell ist zunächst zu bemerken, dass die Kommisssion der Meinung ist, man könnte die Klammer sehr wohl streichen, so dass man also nur von eigenen Mitteln reden würde.

Verändert ist bei dieser Ziffer 5 gegenüber dem ersten Kriegssteuergesetz das, dass früher von der Dividende ausgegangen wurde, um die Steuer zu berechnen, während heute vom Reinertrag ausgegangen werden soll, und zwar vom Reinertrag in einem besondern prozentualen Verhältnis zum gesamten Kapital, d. h. zum eingezahlten Aktienkapital plus Reserven. Der Vorteil liegt für den Fiskus darin, dass nicht Teile des Reinertrages als stille Reserven verwendet werden können, die später wieder zur Dividende herangezogen werden. Dieser Neuerung hat die Kommission nur das eine Bedenken entgegengesetzt, es handle sich um etwas Neues, das in seinen Folgen vielleicht wohl durchdacht, aber nicht durcherfahren sei, dass man nicht wisse, wie es sich in der Zukunft auswirken werde.

Der Steuersatz ist derselbe geblieben. Er ist aber nicht mehr auf 1 % des einbezahlten Aktienkapitals, sondern bis auf 10 % des Reinertrages gestiegen. Schwerer getroffen als bisher werden durch diese Bestimmung diejenigen Aktiengesellschaften, welche eine grosse Prosperität aufweisen, und geschont werden mehr als früher diejenigen, welche schwach rentieren. Das nicht einbezahlte Aktienkapital ist bei der ersten Kriegssteuer mit ½ % besteuert worden, jetzt soll es nur mit ¼ % besteuert werden. Bei den Transportanstalten, von denen wir in Ziffer 9 noch zu sprechen haben, sind diejenigen, welche keine Rendite aufweisen, von der Steuer befreit. Es wird sich dann bei Ziffer 9 zeigen, ob, wie andere Herren es vorschlagen, auch noch andere als konzessionierte Gesellschaften von der Steuer befreit werden sollen, wenn kein oder ein geringer Reinertrag herausgewirtschaftet wird.

In diesem Zusammenhang erwähne ich noch, was ich bereits heute morgen gesagt habe, dass beim Ausführungsbeschluss auch die Frage der Holdinggesellschaften näher geprüft und besser geregelt werden soll.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: La société anonyme est une entité juridique et économique qui possède une fortune et réalise des bénéfices. Si on lui réclamait l'impôt dû par les personnes physiques, elle payerait sur sa fortune et sur le produit de son travail. On a trouvé un système qui combine l'impôt sur le bénéfice avec l'impôt sur la fortune en tenant compte pour fixer la cote d'une part du bénéfice réalisé et d'autre part de la fortune comprenant capital et réserves. Le système plus simple qui consiste à n'imposer que les bénéfices conduirait à une imposition répondant moins bien au caractère spécial des sociétés anonymes. La méthode que nous proposons tient compte du coefficient de bénéfice, c'est-à-dire du rapport entre bénéfice et capital. L'introduction de ce facteur dans le calcul de la taxe

conduit, ce qui est juste, à une imposition plus forte de la société qui, avec un capital restreint, réalise le même bénéfice qu'une société travaillant avec un capital plus considérable.

Schaller: Die beiden Herren Berichterstatter haben Ihnen auseinandergesetzt, welches System für die Besteuerung der Aktiengesellschaften nach dem Entwurf Anwendung findet und gesagt, dass das Verhältnis des Aktienkapitals und der Reserven zum Reinertrag diesem System zugrunde liegt. Nun haben sich aber bei diesen zwei Faktoren, die für die Besteuerung eine Rolle spielen, gewisse Unstimmigkeiten ergeben. Ich habe mich schon in der Sitzung der Kommission in Interlaken, als noch der ursprüngliche Antrag des Bundesrates vorlag, veranlasst gesehen, auf diese Unstimmigkeiten aufmerksam zu machen. Damals hiess es, dass die Aktiengesellschaften die Steuer von ihrem Gesamtkapital (einbezahltes Aktienkapital und Reserven) entrichten. Ich fragte damals, wie es in den Fällen zu halten sei, wo das Aktienkapital zum Teil verloren gegangen ist. Es sind ja in den gegenwärtigen Zeiten wohl Aktiengesellschaften zu bemerken, die von der Konjunktur grossen Gewinn gezogen haben; es sind aber auch andere, die unter diesen Zeiten schwer gelitten haben. Denken Sie an die Transportunternehmungen, an die Unternehmungen der Fremdenindustrie. Da sind im Verlauf der letzten Jahre Kapitalverluste eingetreten. Wenn man nun nach dem ursprünglichen Entwurf des Bundesrates gehen wollte, so würden diese Aktiengesellschaften bei der Besteuerung so behandelt, wie wenn ihr Aktienkapital noch völlig intakt wäre. Die Steuer würde dem Aktienkapital auferlegt.

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Ausdruck Reserven. Man könnte da versucht sein, unter Reserven diejenigen Passivposten der Bilanz einzig in Betracht zu ziehen, die dort eingestellt sind, während sehr oft weit grössere Reserven unter den Aktiven enthalten sind, stille Reserven, die dadurch dem Zugriff der Steuerbehörden entzogen sind, dass die Aktivbeträge in einer der vorhandenen Abnutzung nicht entsprechenden, zu weit gehenden Weise herabgesetzt sind.

Ein drittes Moment, auf das ich aufmerksam machte, war das Verhältnis der Kommanditaktiengesellschaft. Man hat ja gegenwärtig im Schweizerlande nicht viele Gesellschaften von dieser Form, und es mag auch sein, dass der Umstand, den ich hier hervorheben will, in den bestehenden Kommanditaktiengesellschaften keine grosse Rolle spielt. Wie Sie aber wissen, entstehen in der gegenwärtigen Zeit aus der Kriegskonjunktur Tag für Tag neue Gesellschaften, die wie Pilze aus dem feuchten Waldboden emporschiessen. Diese neu entstehenden Aktiengesellschaften sind die ersten, die sich so einrichten werden, dass sie sich nach Möglichkeit dem Zugriff des Fiskus entziehen. Wie könnten sie sich einrichten? Sie könnten sich so einrichten, dass sie sich in der Form von Kommanditaktiengesellschaften konstituieren und dass sie einen Teil des Aktienkapitals, das im Geschäft arbeiten soll, in die Gesellschaft nehmen als Geschäftsanteil der persönlich haftenden Gesellschafter. Das wäre zulässig, denn was ist die Kommanditaktiengesellschaft anderes als eine Kommanditgesellschaft, bei der die Anteile der Kommanditäre in Aktien zerlegt sind? Neben ihnen sind die persönlich haftenden Gesellschafter, und diese können, abgesehen von Anteilen am Kommanditaktienkapital, Geschäftsanteile haben. Das ist z. B. im deutschen Aktienrecht ausdrücklich vorgeschrieben.

Wenn Sie eine derartige neugegründete Kommanditaktiengesellschaft haben mit Geschäftsanteilen der persönlich haftenden Gesellschafter, so können Sie diesen Gesellschaftern in bezug auf diese Geschäftsanteile steuerrechtlich nicht beikommen, weil diese Geschäftsanteile weder einbezahltes Aktienkapital noch Reserven sind.

Allen diesen Unstimmigkeiten, die sich aus der Fassung des ursprünglichen bundesrätlichen Entwurfes ergeben haben, suchte ich durch einen Antrag beizukommen, der zugleich den Vorzug grösserer Einfachheit gehabt hätte, nämlich durch den Antrag, anstatt Gesamtkapital (einbezahltes Aktienkapital und Reserven) einfach zu sagen «Vermögen». Es ist doch wirklich logisch das richtigere und einfachere, das Steuerobjekt auf der Aktivseite der Bilanz zu suchen und nicht auf der Passivseite, wo bloss Konti sind, die keinen reellen Vermögenswert für sich darstellen, so dass man also bei den Aktiengesellschaften Immobilien, Maschinen, Warenvorräte, Forderungen gehabt hätte, die das Steuerobjekt gebildet hätten.

Nun hat man uns aber in der Kommission, was mich nicht wenig erstaunte, gesagt, die Aktiengesellschaft habe gar kein Vermögen. Ganz abgesehen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten muss das um so mehr befremden, wenn man die ganze privatrechtliche Gesetzgebung des Bundes in Betracht zieht. Sehen Sie einmal Art. 612 O. R. an. Da ist der Grundsatz festgesetzt, dass nur das Gesellschaftsvermögen haftet für die Verbindlichkeiten der Aktiengesellschaft. Es ist also der Ausdruck Gesellschaftsvermögen gebraucht. Sehen Sie den Art. 656 O. R. an. Da ist gesagt, wie die Vermögenslage einer Gesellschaft durch die Bilanz festgestellt werde, und in Art. 667 ist gesagt, wie das Vermögen bei der Liquidation einer Gesellschaft verteilt wird. Es hat also die Aktiengesellschaft ganz gewiss, wie jede andere physische oder juristische Person, ein eigenes Vermögen und dieses Vermögen ist das Steuerobjekt.

Nun hat man aus dem Grunde, weil man annahm, die Aktiengesellschaften hätten kein Vermögen, und um den Schwierigkeiten, die ich angedeutet habe, zu begegnen, es vorgezogen, den Ausdruck «eigene Mittel» zu wählen. Was ist das für ein Ausdruck? Meines Wissens ist er aus der Bankpraxis genommen und soll den Gegensatz zu fremden Mitteln darstellen. In der Bankpraxis heisst das nichts anderes als Aktienkapital und Reserven, im Gegensatz zum Obligationenkapital, das die fremden Mittel darstellt. Man kommt also mit diesem Ausdruck auf das gleiche, was auch dadurch bewiesen wird, dass man anfänglich hinter dem Ausdruck «eigene Mittel» in Klammern setzte «Aktienkapital und Reserven».

Nun hat man mir heute gesagt — ich habe speziell auch mit Herrn Direktor Blau über die Sache gesprochen —, dass das die Meinung haben

solle, dass man das Vermögen besteuern wolle und durch die Wahl des Ausdruckes «eigene Mittel», unter Streichung dessen, was in Klammern stand, das alles erreichen wollte, was ich in der Kommission als erreichenswert bezeichnet habe: dass man nämlich Gesellschaften, die Kapital verloren haben, nicht so besteure wie solche, die keines verloren hätten; dass man alle Reserven der Gesellschaft besteuern könnte; dass man schliesslich auch die Gesellschaftsanteile der persönlich haftenden Gesellschafter in der Kommanditaktiengesellschaft zur Steuer heranziehen könnte. Wenn man diese Erklärung abgibt, und ich nehme an, sie werde bestätigt werden, so kann ich ohne weiteres im ersten Punkt, was die Ersetzung des Ausdruckes «Vermögen» durch «eigene Mittel» anbelangt, meinen Antrag zurückziehen, was ich um so eher zu tun gewillt bin, als ich in der Kommission keine Unterstützung gefunden habe.

Es ist aber dann bei den Elementen, die für das gegenüber den Aktiengesellschaften geltende Steuersystem in Betracht kommen, noch ein zweites vorgesehen, der Reinertrag. Ueber das, was der Reinertrag ist, ist man in der Kommission ganz im unklaren gewesen und ist es bis heute noch. Sie wissen ja, dass in diesem Saale schon viel von dem Begriff des Reinertrages gesprochen worden ist. So ist gesprochen worden über den Reinertrag der Eisenbahnen. Dort ist der Reinertrag das Ergebnis aus dem Transportbetrieb ganz ohne Rücksicht auf die Finanzgebarung einer Gesellschaft, die die Eisenbahn betreibt, also das Bruttoergebnis, unter Berücksichtigung der Einlagen in den Erneuerungsfonds. Dann haben wir aber hier einen andern Reinertrag, bei dem die Betriebseinnahmen abzüglich Betriebsausgaben in Betracht kommen und dann weiter die nötigen Abschreibungen und die Verzinsung des fremden Kapitals. Das ist wieder eine Art des Reinertrages. Dann kommt aber schliesslich der Reinertrag des schweizerischen Obligationenrechtes, wie er in Art. 630 bestimmt ist. Dort heisst es, dass Dividenden und Tantiemen nur aus dem Reingewinn bezahlt werden dürfen, welcher sich aus der Bilanz ergibt. Es ist also der bilanzmässige Reingewinn gemeint, während wir hier in dem Entwurf unter Reinertrag offenbar das verstehen, was ich an zweiter Stelle erwähnt habe, nämlich Reinertrag ohne Rücksicht, ob eine Gesellschaft eine Unterbilanz habe oder nicht, ob Kapitalverluste da seien, die die Aktiengesellschaft hindern, diesen Reinertrag an ihre Aktionäre auszuzahlen.

Wenn Sie den Reinertrag, wie er ganz offenbar gewollt ist, auf das System der Besteuerung der Aktiengesellschaften anwenden, so kommen Sie zu ganz merkwürdigen Verhältnissen, so z. B. zu dem Verhältnis, das in einer Eingabe der Banken angegeben ist, dass unter Umständen Gesellschaften, die Kapital verloren haben, unter im übrigen gleichen Verhältnissen gleich hoch besteuert werden wie Gesellschaften, deren Kapital intakt ist. Es kann sich infolge des Verhältnisses zwischen Kapital und Reinertrag noch etwas ganz anderes ergeben, nämlich das, dass solche Gesellschaften, deren Aktienkapital zum Teil verloren ist, bei im übrigen gleichen Verhältnissen höher besteuert werden als solche, bei denen das Kapital noch vorhanden ist. Nehmen Sie ein Beispiel. Eine Million Aktienkapital ergibt bei Fr. 50,000 Ertrag ein Verhältnis von 5 %, dann ist der Steuersatz 0,6 % und die Steuer ist Fr. 6000. Nehmen Sie an, das Kapital sei von einer Million auf Fr. 500,000 zurückgegangen und es sei der gleiche Ertrag da, dann ist das Verhältnis 10 % und der Steuersatz ist 1,35 %. Diese Aktiengesellschaft, die die Hälfte ihres Kapitals verloren hat, muss Fr. 6750, also Fr. 750 mehr bezahlen als die Aktiengesellschaft, deren Kapital intakt ist. Das sind Verhältnisse, die gewiss nicht aufkommen dürfen.

Ich suchte diesen Verhältnissen durch den Vorschlag zu begegnen, man solle von verfügbarem Reinertrag sprechen, so dass also nur diejenigen Gesellschaften überhaupt progressiv besteuert würden, die einen verfügbaren Reinertrag haben. Eine Minimalsteuer besteht für die andern auch, also auch für diejenigen, welche keinen Reinertrag haben. Dieser Minimalansatz war in meinem Vorschlag aufgenommen. Die Progression würde aber erst stattfinden, wenn ein verfügbarer Reinertrag da wäre, d. h. wenn nach der steuerrechtlich richtig gestellten Bilanz sich ergibt, dass von dem erzielten Reinertrag ein verfügbarer Betrag besteht, verfügbar entweder für Reservekonten oder zur Verteilung an die Aktionäre.

Ich habe auch in diesem Punkte heute mit Herrn Direktor Blau gesprochen. Er hat mir gesagt, man wolle das so machen, man wolle die Aktiengesellschaften nicht progressiv besteuern, solange ein Passivsaldo besteht. Ich nehme an, auch dieses werde heute gesagt werden können; ich nehme an, dass gewisse Bedenklichkeiten, die sich dieser Steuerexemption, wenn ich sie so nennen darf, entgegenstellen, in den Ausführungsbestimmungen beseitigt werden können, dass man z. B. nur diejenigen Aktiengesellschaften mit Passivsaldi von der direkten Besteuerung ausschliessen würde, bei denen der Passivsaldo im Verlaufe der Kriegsjahre durch die Kriegsereignisse eingetreten ist. Man könnte das in die Ausführungsbestimmungen hineinnehmen. In der Voraussetzung, dass das so geschehen werde, ziehe ich meinen Antrag auch in diesem Punkt unter den für den ersten Antrag angegebenen Umständen zurück.

M. de **Cérenville:** Ainsi que l'ont exposé les rapporteurs de la commission, le projet d'article constitutionnel qui nous est soumis introduit des principes nouveaux en ce qui concerne l'imposition des sociétés anonymes. L'impôt est une combinaison d'impôt sur le capital et d'impôt sur le rendement; mais alors que précédemment le taux de l'impôt était basé exclusivement sur le montant du dividende réparti aux actionnaires, le projet du Conseil fédéral prévoit qu'à l'avenir le taux de l'impôt sera basé sur le rapport en % existant entre le produit net de l'entreprise par rapport au capital total engagé dans la société, soit son capital-actions et ses réserves. Le taux de l'impôt des sociétés anonymes a d'autre part été augmenté dans des proportions considérables, alors que la loi de 1915 prévoyait un maximum de 1% du capital-actions versé et du fonds de réserve. Ce maximum étant applicable aux sociétés distribuant un dividende de 10% au moins, le projet qui nous est soumis aujourd'hui prévoit un

maximum d'impôt de 100 pour mille, soit de 10%. C'est une augmentation considérable pouvant s'élever au décuple des charges qu' auront à supporter les sociétés par actions. En effet, alors que les sociétés par actions avaient rapporté comme impôt de guerre en 1915 une somme de 30 millions, le projet du Conseil fédéral prévoit que c'est 45 millions environ qu'elles auront à payer en vertu de l'impôt de guerre renouvelé.

Nous reconnaissons volontiers que les dispositions applicables aux sociétés par actions étaient peut-être trop favorables dans le premier impôt de guerre par rapport à celles relatives aux personnes physiques. Aussi, bien que les taux qui nous sont proposés aujourd'hui puissent paraître excessifs et entraînent de sérieuses appréhensions dans les cercles intéressés, nous ne voulons pas les combattre. Nous nous rallions en conséquence aux propositions du Conseil fédéral en ce qui concerne les taux tels qu'ils sont mentionnés dans la tabelle annexée à l'article constitutionnel qui nous est soumis. Mais d'autre part nous croyons que les propositions du Conseil fédéral, tendant à substituer au système de 1915, basant le taux de l'impôt exclusivement sur le dividende, un système nouveau fixant le dividende d'après le produit net, constituent une erreur économique et fiscale. Le système actuel encourageait les sociétés à maintenir le dividende dans des limites modérées en dotant largement leur fonds de réserve et en procédant à de forts amortissements. Le système proposé par le Conseil fédéral tend à fin contraire. Les allocations aux réserves de même que les amortissements n'étant plus pris en considération pour la fixation du taux de l'impôt, les sociétés n'auront plus au point de vue fiscal aucun intérêt à maintenir leur dividende dans des limites modérées, elles seront tentées à en répartir de plus élevés et renonceront à des allocations aux réserves qu'elles auraient peut-être faites antérieurement. Il nous paraît qu'au point de vue économique, ces allocations aux réserves et ces amortissements devraient être encouragés au lieu d'être entravés par des mesures fiscales contraires. Il est de l'intérêt national le plus évident que les moyens d'action des sociétés de toute nature restent intacts et qu'elles trouvent dans les réserves importantes qu'elles auront constituées les forces nécessaires à leur développement. Au point de vue fiscal, les réserves constituées par ces sociétés de toute nature constituent une matière imposable précieuse, aussi bien pour le fisc fédéral que pour le fisc cantonal et communal.

Distribués sous forme de dividende, les bénéfices des sociétés se fractionnent à l'infini pour entrer dans le patrimoine des actionnaires; elles échappent ensuite dans une mesure plus ou moins considérable aux atteintes du fisc. Conservés au contraire sous forme de réserve auprès des sociétés elles restent imposables dans leur totalité et sont de nature à procurer à l'Etat des recettes importantes.

Si nous nous plaçons au point de vue pratique, nous devons également rendre le Conseil attentif aux difficultés d'évaluer et d'établir d'une façon précise le revenu net d'une entreprise. Nous sommes convaincus que ces difficultés seront grandes. Cette évaluation du produit net risque d'entraîner de la part du fisc des procédés inquisitoriaux de toute nature, des enquêtes sur la situation des sociétés qui seraient évitées par le système précédent basé sur des dividendes, ceux-ci résultant d'une façon claire et précise du bilan des sociétés et de leurs comptes-rendus annuels.

Le système proposé par le Conseil fédéral présente des inconvénients graves au point de vue économique et fiscal; le système de 1915 était certainement préférable, nous vous demandons en conséquent de ne pas y apporter de modifications.

Schär (Basel): Herr Kollega Schaller hat vorhin darauf hingewiesen, dass neu zu bildende Unternehmungen sich dem neuen Steuergesetz anpassen würden dadurch, dass sie eine Form wählen würden, bei der sie sowenig als möglich zur Steuerentrichtung herangezogen werden können.

Ich erlaube mir, auch auf folgenden Fall aufmerksam zu machen und nehme an, dass, ohne dass die Bestimmungen im Verfassungsartikel geändert werden müssen, dann im Ausführungsbeschluss Vorschriften gegen allfällige Umgehungsversuche erlassen werden können; der Herr Kommissionspräsident hat ja auch angedeutet, dass im Ausführungsbeschluss auf spezielle Verhältnisse, z. B. bei Holdinggesellschaften, Rücksicht genommen werden sollte.

Nun ist das Eigentümliche in der heutigen Vorlage zur Besteuerung der Aktiengesellschaften das, dass man gegenüber der ersten Kriegssteuer, meines Erachtens mit Recht, das Rentabilitätsprinzip zur Grundlage gemacht hat und dass dementsprechend die Steuer um so höher ausfallen muss, je höher der Reinertrag zum Anlagekapital ist. Bei diesem System hat der Steuerfiskus das grösste Interesse daran, dass das Anlagekapital nicht sehr erhöht wird, und darum wird er sehen müssen, dass in Zukunft bei den Aktiengesellschaften das Kapital nicht verwässert wird. Wir wissen ja, wie anpassungsfähig die Erwerbsgesellschaften sind. Sie wissen ja wohl auch, dass vor dem 1. April 1918, bevor das Stempelsteuergesetz in Kraft gesetzt wurde, das eine Abgabe von 1½% auf neuen Aktien verlangt von Aktiengesellschaften, viele Aktiengesellschaften ihr Aktienkapital erhöht haben. Sie haben dadurch für erhebliche Beträge die Stempelsteuer ersparen können. Das war ihr Recht. Dagegen entsteht die Frage, ob nicht in Zukunft gegen Aktiengesellschaften, welche suchen, das dividendenberechtigte Kapital zu erhöhen, um der künftigen Steuer möglichst zu entgehen, Vorbehalte gemacht werden sollten, dass der Fiskus, die Bundesversammlung das Recht hat, bezüglich der Erhöhung des Aktienkapitals gewisse Vorschriften aufzustellen. Es ist während des Krieges z. B. in Deutschland die Kapitalvermehrung bei Aktiengesellschaften von der Bewilligung der Regierung abhängig gemacht worden; ein anderes Mittel wäre, auch die Steuerveranlagung alternativ für das vor dem 1. Januar 1918 ausgegebene Aktienkapital oder für das später angelegte Aktienkapital zu berechnen, die Steuer sollte dann auf der Basis derjenigen Besteuerung gerechnet werden, die am meisten einträgt. Der Fiskus kann es sehr wohl gebrauchen und sollte gegen allfällige Umgehungsversuche sich schützen können.

Fritschi: Am Schluss des Abschnittes 5 ist der Satz: «Vom nicht einbezahlten Aktienkapital wird die Steuer zum halben Satze erhoben», wie der Bundesrat vorgeschlagen hat, durch die Kommission dahin ab-

geändert worden, dass nur ein Viertel des Steuersatzes vom nicht einbezahlten Aktienkapital erhoben werden soll. Diese Anwandlung von Barmherzigkeit gegenüber dem nicht einbezahlten Aktienkapital ist nicht allgemein verständlich. Heute hat der Rat mit grosser Mehrheit Einkommen steuerbar erklärt, mit denen nicht ein einziges Mitglied des Rates, auch wenn es der bescheidenste Junggeselle wäre, ohne Schulden zu machen, auskommen könnte. Den Aktiengesellschaften gegenüber zeigt man sich barmherziger. Wenn beispielsweise eine Aktiengesellschaft ein nominelles Aktienkapital von 9 Millionen hat, ein einbezahltes Aktienkapital von 1 Million vorhanden ist, die Reserven und Vorträge 1¾ Millionen ausmachen, so macht die Reduktion, welche die Kommission beantragt hat, den Betrag von 43,000 Fr. aus, was einer Ermässigung von 31% gleichkommt. Eine andere Gesellschaft, die ein nicht einbezahltes Aktienkapital von 3¾ Millionen, ein einbezahltes Aktienkapital von 1¼ Millionen und einen Reservefonds von nahezu 400,000 Franken hat, erhält eine Ermässigung von 26%. Der Antrag des Bundesrates war wohl der richtige; ich nehme diesen Antrag wieder auf und empfehle Ihnen dessen Annahme. Es gibt Mitglieder der Kommission, die nicht unglücklich sein werden, wenn der Antrag des Bundesrates angenommen wird.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La question qui vient d'être discutée est certainement une des plus délicates et des plus difficiles à régler d'une façon suffisamment adéquate. Elle représente la tentative libérale conforme à la justice pour l'imposition des sociétés anonymes, le type d'impôt perçu déjà une première fois, impôt sur la fortune, mais à taux progressif suivant le produit net de la fortune engagée par la société par actions. En votant le premier impôt de guerre, vous avez pris comme mesure du taux le dividende effectif, tel qu'il avait été payé par la société par actions à ses actionnaires, sans que le fisc se chargeât d'examiner si le dividende de fait correspondait en quelque sorte à ce que je me permettrai d'appeler d'une manière peut-être un peu inexacte, mais expressive, le dividende théorique. Cette fois-ci, nous demandons de maintenir en principe un impôt frappant la fortune des sociétés par actions, mais comme mesure du taux à appliquer à la fortune, nous vous demandons de prendre non plus le dividende effectif, mais le dividende théorique ou plutôt, pour être encore plus précis, de prendre comme mesure du taux progressif le rapport en pour cent entre le capital versé, non versé, les réserves et les bénéfices de la société. Il a été généralement reconnu que le premier impôt de guerre a été extrêmement favorable aux sociétés par actions. Il les a traitées d'une manière inégale, je dirai presque injuste, si l'on compare la situation faite aux sociétés d'autre ordre et aux personnes physiques. Entre autres, nous avions arrêté le taux au 10 pour mille. Cette fois-ci nous vous demandons de ne plus vous arrêter à ce taux. Mais dans certains cas vous allez, si vous acceptez les propositions qui vous sont faites, jusqu'à 100 pour mille, c'est-à-dire jusqu'à 10%. Il est vrai que ce taux si élevé et qui a semblé au commencement effaroucher les intéressés ne sera payé que dans les cas extrêmes où le capital engagé dans la société par actions aura donné le rendement formidable de 65%. Par contre, lorsqu'il s'agira de rendements normaux, je crois pouvoir dire, surtout si l'on considère que l'impôt sera réparti sur des périodes de 4 et de 3 ans, que le taux sera parfaitement supportable. Il ne sera pas doux, je ne veux pas l'affirmer, mais parfaitement tolérable.

Permettez-moi maintenant d'examiner les observations soulevées par MM. Schaller et de Cérenville. Je dois tout d'abord rendre justice à M. Schaller sur un point. Déjà dans la commission, et aujourd'hui encore, il s'est arrêté, ou s'est heurté plutôt, à la formule, qu'il a qualifiée de mauvaise et qui consiste à dire que l'impôt sera payé — je dois me servir du texte allemand et je vais tout-à-l'heure vous démontrer que le texte résoud mathématiquement la question, ce qui m'amènera à accepter la proposition de M. Schaller, ce que le texte allemand appelle Eigenmittel. Le texte primitif du Conseil fédéral disait que la société anonyme et la société en commandite par actions payent l'impôt sur le capital total et il ajoutait, dans la parenthèse, capital-actions versé et réserves. Cette formule était imprécise et même inexacte. Il fallait introduire dans la parenthèse non seulement le capital-actions versé et les réserves, mais encore le capital non versé, étant donné que ce capital aussi en principe est frappé. Comme vous le verrez par la suite de l'article, votre commission a tenu compte de cette objection légitime. Elle a déclaré — je lis maintenant le texte français — les sociétés anonymes en commandite et par actions payent l'impôt sur leur fortune propre (capital-actions et réserves) et dans la parenthèse il est bien entendu qu'il s'agit du capital versé et non versé. Lorsqu'il s'est agi de trouver la formule allemande correspondant à cette rédaction française que je viens d'indiquer, c'est-à-dire traduisant le terme «fortune propre» on a dit «von ihren eigenen Mitteln (Aktienkapital und . . .)». Cette notion est tirée du langage de la bourse, du langage commercial plutôt que de la terminologie juridique. Elle a heurté M. Schaller, avec raison, je dois le constater. Le Conseil serait bien inspiré de substituer dans le texte allemand aux mots «eigene Mittel» les mots «eigenes Vermögen». Nous aurions ainsi une concordance absolue entre les deux textes. On ne peut pas traduire d'une manière exacte le mot Eigenmittel autrement que par fortune propre. C'est une modification de simple rédaction et non pas de fond. En l'acceptant, vous tiendrez compte de l'objection de M. Schaller lorsqu'il vous dit que l'on risque parfois de frapper des sociétés qui n'ont plus une fortune véritable. En effet, lorsque la fortune a disparu, il n'est plus possible d'atteindre les sociétés par une imposition fiscale quelconque. Cette satisfaction étant donnée à M. Schaller, je pense qu'il peut se tranquilliser. J'engage le Conseil à accepter cette proposition de M. Schaller qu'il avait voulu retirer, je crois, à tort. Je vous prie donc de substituer dans le texte de la commission et aussi dans celui du Conseil fédéral aux mots «eigene Mittel» le mot «Vermögen» ou «eigenes Vermögen». Il va sans dire cependant qu'il faut indiquer entre parenthèses que par ces mots «fortune propre» on entend le capital-actions et les réserves.

L'autre point auquel s'est heurté M. Schaller est une question de terminologie. Il veut définir ce que l'on doit entendre par les mots «produit net». Et cela l'a amené à déposer une proposition tendant à faire déclarer que le produit net dont il s'agissait ici ne pouvait être que le produit net disponible dans l'idée que lorsqu'il y aurait en soi un produit net, mais non

disponible parce que destiné à couvrir des pertes anciennes et à guérir des plaies anciennes, ce produit net effectivement ne devrait pas être considéré comme soumis aux effets fiscaux. Je voudrais encore sur ce point tranquilliser M. Schaller en lui disant qu'il est impossible, dans un texte constitutionnel, de donner la définition complète et adéquate du produit net. La question est à l'examen, elle sera revue par vous à l'occasion de l'arrêté d'exécution. Mais pour le moment j'estime que le produit net ne peut être considéré comme existant que lorque avec les bénéfices réalisés par la société, on a pu faire des amortissements considérés comme nécessaires. Et par ce moyen la défalcation des amortissements nécessaires de la somme du produit net est possible. On peut tenir compte ainsi de toutes les situations que M. Schaller a envisagées en déposant sa proposition. En outre, les cas visés par M. Schaller peuvent être aussi considérés sous une autre forme que celle de la définition absolue du produit net. Ce serait de prévoir dans l'arrêté d'exécution, comme nous vous le proposons, certaines remises d'impôt, dans des cas particulièrement intéressants. Nous l'avons fait déjà en faveur de l'industrie hôtelière dans le premier impôt de guerre. Il va sans dire que lorsque nous nous trouverons en présence de sociétés par actions ayant considérablement souffert par suite de la guerre, on pourra tenir compte de ces situations spéciales en accordant la remise de l'impôt. Il est vrai que cette remise suppose un jugement préalable de la part de l'administration fiscale. Mais vous pouvez faire confiance sur ce point soit au Conseil fédéral soit au département des finances qui cherchera à concilier les intérêts du fisc avec ceux de la justice.

Je pense ainsi avoir répondu d'une manière satisfaisante à M. Schaller. Il voudra surtout bien prendre acte du fait que je recommande au Conseil national d'accepter en partie sa proposition.

Quant à la proposition de M. de Cérenville je regrette de ne pas pouvoir y adhérer. Je crains qu'entre le dividende effectif et le dividende théorique il y ait de tels écarts que si nous prenons pour base le dividende effectif et non pas le dividende théorique, nous fournissions aux sociétés par actions le moyen le plus dangereux de se soustraire à leurs obligations fiscales. Il est vrai que M. de Cérenville déclare: Vous avez tout intérêt à ce que les sociétés payent le moins de dividende possible parce que tout ce qui n'est point payé sous la forme de dividendes va consolider la situation des sociétés par actions dans la formation des réserves, dans les amortissements.

Je crois pouvoir dire que j'ai trop confiance dans l'esprit d'honnêteté générale des commerçants et des hommes d'affaire suisses pour admettre l'idée du dividende effectif de préférence à celle du dividende théorique, afin d'amener ces hommes d'affaire à observer dans l'administration des sociétés dont ils se sont chargés les règles générales de la prudence.

Je ne doute pas que sans qu'elles y soient poussées par une cause extérieure les sociétés ne sachent faire les amortissements et les consolidations nécessaires. Par contre, il faut que le fisc se prémunisse contre le danger des abus. Beaucoup de sociétés par actions en Suisse appartiennent à des familles ou à un nombre de personnes limité. Des familles se sont constituées sous forme de société par actions pour des raisons qu'on peut facilement comprendre et qui sont parfaitement légitimes. Dans ces cas, substituer à l'idée du dividende théorique l'idée du dividende effectif, serait risquer de se trouver dans des cas où aucun dividende n'est réparti, et où la société échappe donc complètement au fisc. Vous ne le voulez pas. Voilà pourquoi je vous engage à accepter le système proposé par la commission.

Quant à la proposition de M. Fritschi, elle correspond en réalité à la proposition primitive du Conseil fédéral. Mais celui-ci s'est rallié à la proposition de la commission. Cette proposition de la commission consiste à ne demander au capital non versé qu'un impôt correspondant au quart du taux, au lieu de la moitié, comme nous le demandions. On ne peut contester qu'il y ait déjà quelque chose de singulier à frapper une fortune qui n'est point versée, qui n'existe qu'à titre en quelque sorte potentiel. Nous avons cru cependant pouvoir aller jusque là, parce que le même capital non versé et potentiel est une force opérante, une force qui sert à la consolidation du crédit de la société par actions disposant d'un capital non versé. Mais il ne faut pas pousser à l'extrême une idée juste en elle-même. C'est la raison pour laquelle, sur la demande formulée par la commission, le Conseil fédéral a adhéré à cet adoucissement du taux. Il faut remarquer qu'avec le système du Conseil fédéral, les sociétés par actions payeraient considérablement plus qu'elles ne payent avec le premier impôt de guerre. Il est donc assez équitable de faire aux sociétés par actions une concession au moins. Je ne sais pas exactement quels sont les exemples que M. Fritschi a eus dans l'esprit en motivant sa proposition et en formulant certaines hypothèses. Je suppose qu'il s'agit du cas de sociétés d'assurance, formées soit en sociétés par actions soit en coopératives. Pour la coopérative d'assurance nous avons choisi un autre système que celui qui est appliqué aux sociétés d'assurance par actions. Il se peut qu'il y ait certaines différences de traitement, et dans certains cas spéciaux, quelques résultats choquants. Mais il faut accepter toutes les conséquences des principes que l'on admet. Voilà pourquoi je vous engage à repousser aussi la proposition de M. Fritschi.

Meyer: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Schaller möchte ich doch feststellen, dass der Kommissionsvorschlag gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates in dem Punkt den Vorzug verdient, wo statt des Ausdruckes «Aktienkapital und Reserven» der allgemeine Begriff «eigene Mittel» eingeführt wird, und wenn Herr Bundesrat Motta geneigt ist, diesen Ausdruck «Vermögen», wie es Herr Kollege Schaller vorschlägt, anzunehmen, muss ich doch mein grosses Bedenken gegen diese Terminologie aussprechen. Ich halte dafür, wir befinden uns nicht in Uebereinstimmung mit dem Sinn und Geist des Obligationenrechtes, wenn wir das Aktienkapital Vermögen nennen; es ist kein Vermögen der Aktiengesellschaften, sondern es ist ein Passivum, eine Schuld an die Aktionäre. Ich glaube, dass es ein Rückschritt wäre, wenn wir von dem Text der Kommissionsvorlage abweichen und den Ausdruck «Vermögen der Aktiengesellschaft» akzeptieren wollten.

Sodann möchte ich mir ein Wort der Unterstützung zum Antrag des Herrn Cérenville gestatten. Sie wissen, im ersten Kriegssteuergesetz haben wir die Dividende zur Berechnung des Steuersatzes für

die Aktiengesellschaft zugrunde gelegt. Nun soll das Verhältnis des Reinertrages zum Gesamtertrag massgebend sein. Ich gebe zu, dass in gewissen Fällen das System, das der Entwurf des Bundesrates und der Kommission enthält, ebenso gerecht und gerechter sein mag. Aber ich halte dafür, dass im grossen und ganzen keine grösseren Unterschiede zwischen diesen Methoden der Steuerberechnung bestehen. Wenn wir bei einer einmaligen Steuer die Dividende massgebend sein lassen für die Besteuerung, so ist es möglich, dass die Aktiengesellschaft für ein Jahr zurückhält in der Bemessung der Dividende, dass sie einen grösseren Teil des Gewinnes oder den ganzen, jedenfalls mehr als sie sonst es täte, zurücklegt und den Reserven zuteilt. Dadurch könnte sie der Kriegssteuer entgehen. Aber wenn Sie ein Gesetz schaffen, das während wenigstens eines Jahrzehnts Geltung haben soll, so ist es ausgeschlossen, dass die Aktiengesellschaft ihre Finanzpolitik verändert, denn die Aktionäre wollen etwas von ihrem Kapital haben und lassen sich nicht auf zehn Jahre vertrösten. Wenn es so sein sollte, dass eine Anzahl Aktiengesellschaften wegen der Steuerberechnung, wie sie Herr Cérenville vorschlägt, mehr Rückstellungen machen würden, so glaube ich nicht, dass das volkswirtschaftlich als Fehler angesehen werden könnte. Denn diese Reserven sind sowohl für den Bund wie für die Kantone und Gemeinden gute Steuerobjekte.

Nun ist gesagt worden, es gebe eine Anzahl Gesellschaften, die es verstehen, auf einem Umwege die Erträgnisse ihren Aktionären zukommen zu lassen. Das ist der Fall, wenn es sich um Aktiengesellschaften von ganz wenigen Aktionären handelt, um Familienaktiengesellschaften, wo die einzelnen Grossaktionäre, die gleichzeitig dem Verwaltungsrat oder der Direktion angehören, ganz übermässig grosse Beträge in Form von Tantiemen oder Gehältern herausnehmen, so dass die Aktiengesellschaft keinen erheblichen Gewinn mehr besitzt. Aber es kann dem eidgenössischen Steuerfiskus nicht viel entgehen. Denn gerade die Tantiemen werden in einem Masse zur Steuer herangezogen, dass man sagen kann, hier kommt der Fiskus voll auf seine Rechnung. Und auch der kommunale und kantonale Steuerfiskus werden sich diese Erträge nicht entgehen lassen. Dann kommt man auch um die Schwierigkeiten herum, welche Gegenstand des Antrages Schaller bilden. Es ist unrichtig, dass Aktiengesellschaften, die ihr Aktienkapital verloren haben, in einem Jahr, wo der Ertrag ein ansehnlicher ist, das ganze Erträgnis versteuern müssen, und zwar in einem Masse, dass der Steuersatz höher herauskommt, als wenn sie das Aktienkapital intakt hätten. Um diese Klippe kommen Sie herum, wenn Sie das Verhältnis der Dividende massgebend sein lassen. Ich glaube, dieser Gesichtspunkt sollte mitsprechen zwischen dem einen und andern System. Der Gefahr der Verwässerung des Aktienkapitals, von der Herr Schär gesprochen hat, kommen Sie nicht bei, weder beim einen noch beim andern System; in dieser Richtung sind beide gleich mangelhaft.

Nun noch eine Bemerkung zum Antrag Fritschi. Man hat in der Kommission sehr viel gesprochen über die Steuer für das nicht einbezahlte Aktienkapital. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir das Aktienkapital beim Aktionär versteuern. Wenn dieses Kapital bei der Aktiengesellschaft nochmals gefasst wird, so ist es deswegen, weil die Aktiengesellschaft ein besonders leistungsfähiges und steuerfähiges Objekt ist. Man kann die doppelte Besteuetung bei den Aktionären und der Aktiengesellschaft rechtfertigen, weil das Kapital in der Gesellschaft mitarbeitet und Beträge schafft. Aber es wird schwierig, die doppelte Besteuerung beim Aktionär und der Aktiengesellschaft zu rechtfertigen, wenn das Aktienkapital nicht einbezahlt ist, wenn man nur bedingt sprechen kann, dass es bei der Aktiengesellschaft mitarbeitet. Es wird ganz ausschliesslich an das Versicherungsaktienkapital gedacht, denn nur hier kommt es vor, dass das nicht einbezahlte Kapital eine erhebliche Quote ausmacht. Als die Kommission von dem allgemeinen Grundsatze aus, dass das nicht einbezahlte Kapital nicht als im gleichen Masse mitarbeitend anzusehen sei, kam sie dazu, den Steuersatz des nicht einbezahlten Aktienkapitals auf die Hälfte des einbezahlten Kapitals herunterzusetzen. Dabei hat sie die Entdeckung gemacht, dass die Steuersätze für Versicherungsgenossenschaften mit 7½% eine gewisse Inkongruenz darstellen gegenüber den Versicherungsaktiengesellschaften. Die Aktiengesellschaften werden weniger stark herangezogen als die Versicherungsgenossenschaften, und das liegt nicht in der Absicht der Kommission und des Rates. Nun wird es darauf ankommen, wie Sie den Steuersatz der Versicherungsgenossenschaften normieren wollen, und ich glaube, es wäre gut, wenn wir jetzt nicht über den Antrag Fritschi entscheiden würden, sondern den Beschluss verschieben, bis wir die Anträge über die Genossenschaften, speziell die Abänderungsanträge Schär, bereinigt haben.

M. le **Président.** Il reste trois amendements en présence, sur lesquels vous allez vous prononcer successivement.

M. Meyer demande que le vote sur l'amendement Fritschi soit renvoyé jusqu'après la discussion du chiffre 6. Si cette motion d'ordre n'est pas combattue, je considérerais qu'elle est adoptée.

Nous réserverions donc de cette façon la dernière phrase du chiffre 5.

M. le conseiller fédéral Motta a proposé un amendement qui intéresse seulement le texte allemand et qui consiste à substituer les mots «aus eigenem Vermögen» au terme employé dans le projet «eigenen Mitteln».

Vous allez vous prononcer sur cet amendement combattu par M. Meyer.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Bundersat Motta	35 Stimmen
Dagegen	13 Stimmen
Für den Antrag de Cérenville	10 Stimmen
Dagegen	47 Stimmen

M. le **Président:** Le texte de la commission est ainsi maintenu. Le chiffre 5 est ainsi liquidé sous réserve de la dernière phrase.

Ziffer 6.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Sie haben bereits einer Erhöhung der Steuer bei den natürlichen Personen und den Aktiengesellschaften beigestimmt, nun soll auch noch eine Erhöhung um 50 Prozent bei den Genossenschaften eingeführt werden, d. h. bei denjenigen Genossenschaften, die nach dem Reinertrag besteuert werden, bei denjenigen Genossenschaften, welche einen Erwerbszweck verfolgen, während bei den übrigen Genossenschaften nach dem Vermögen versteuert werden soll. Da ist zu konstatieren, dass nach den Erfahrungen, welche die Kriegssteuerverwaltung gemacht hat, es oft sehr schwer hält, zu erfahren, ob eine Genossenschaft einen Erwerbszweck verfolge oder nicht, weil auch bei gleichgearteten Gesellschaften die einen einen Ertrag erzielen, andere nicht, was natürlich eine gleiche Behandlung erschwert. Sodann soll bei den Vermögen am Steuersatz von 7½‰ festgehalten werden. Den Schlusssatz betr. die Behandlung der Genossenschaften, die Versicherungszwecken dienen, haben wir zurückgestellt bis zur Behandlung des Antrages Schär-Basel.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. M. le rapporteur de langue allemande ayant dit le nécessaire, je me réserve simplement de faire au premier alinéa une proposition éventuelle pour le cas où l'on modifierait la dernière phrase du N° 5 concernant l'imposition du capital non versé.

Schär (Basel): Der Sprechende ist Freund der Vorlage, wie sie vom Bundesrat den eidgenössischen Räten unterbreitet wurde. Beim Studium der ersten Vorlage hat er dagegen gefunden, dass noch verschiedene Bestimmungen enthalten sind, die unter Umständen bei einer Volksabstimmung ein Hindernis für die Annahme bilden können und die deshalb weggeräumt werden müssen. Speziell als Hindernis erscheinen dem Sprechenden die Vorschriften über die Besteuerung der Genossenschaften, und demgemäss hat er sich erlaubt, Ihnen eine vollständige Abänderung, eine vollständig neue Redaktion dieser Ziffer 6 vorzuschlagen, in der Hoffnung, dass durch Anpassung an die neue Redaktion wenigstens nach dieser Richtung hin die Vorlage annehmbar gemacht werden könnte.

Die Anträge, die der Sprechende Ihnen unterbreitet hat, entsprechen in keiner Weise den prinzipiellen Forderungen der Genossenschaften. Es sind Kompromissanträge, die sich möglichst an die Bestimmungen der ersten Kriegssteuer anlehnen. Wenn der Sprechende Anträge gemäss den prinzipiellen Forderungen der Genossenschaften stellen würde, so wäre zu befürchten, dass Ihre Mehrheit diese Anträge ablehnen würde, während ein Kompromissantrag doch vielleicht Aussicht auf Annahme hat. Das ist der Gesichtspunkt, von dem aus die Anträge des Sprechenden zu Absatz 6 gestellt worden sind.

In diesen Anträgen sind drei verschiedene Modifikationen enthalten. Wenn ich mich so ausdrücken darf, sollen die drei gröbsten Schönheitsfehler an der Vorlage des Bundesrates verbessert werden. In erster Linie soll die Systematik, die Unterscheidung zwischen Genossenschaften, die Erwerbszwecke verfolgen, und den übrigen Genossenschaften, die absolut unzulässig und unrichtig ist, wegfallen. In zweiter Linie sollen die alten Ansätze, wie sie in der ersten Kriegssteuervorlage enthalten waren als damaliges Kompromissprodukt, wieder hergestellt werden. In dritter Linie ist auch eine gewisse Erweiterung des Steuerumfanges vorgesehen, nämlich indem ich beantrage, nicht nur die Rückvergütungen, sondern auch die Rabatte, die viele Genossenschaften ausrichten, in dieser Vorlage als steuerpflichtig zu erklären.

Zur Begründung des prinzipiellen Antrages bezüglich der Systematik der Genossenschaften muss ich etwas weiter ausholen, und zwar indem ich Ihnen über die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten, die verschiedenen Arten der Genossenschaften in der Schweiz einige kurze Ausführungen unterbreite: Die Schweiz macht ihrem Namen Eidgenossenschaft alle Ehre. Wir haben in der Schweiz nach der neuesten Statistik jedenfalls über 12,000 Genossenschaften, Unternehmungen, die in Genossenschaftsform konstituiert sind. Wie viele Mitglieder sie umfassen, weiss man nicht. Eine Zählung ist nie veranstaltet worden. Man hat diese Statistik nie ausgebaut. Aber es existiert jedenfalls kein Schweizer, der nicht irgendwie an einer Genossenschaft wirtschaftlich interessiert wäre. Von diesen Genossenschaften haben allein die Konsumvereine, die im Verband schweizerischer Konsumvereine organisiert sind, ca. 340,000 Mitglieder, und zwar Haushaltungsvorstände. Dann wissen Sie, dass die Schweiz. Volksbank ca. 80,000 Mitglieder zählt. Sie wissen, dass ferner viele grosse Zentralgenossenschaften im Versicherungswesen existieren: Rentenanstalt, Patria, Helvetia und die älteste, die Schweiz. Mobiliarversicherungsgesellschaft. Man kann annehmen, dass diese paar Gesellschaften auch einige hunderttausend Genossenschafter zählen, die natürlich zum Teil wieder mit den andern identisch sind. Dann haben wir noch ca. 5000 landwirtschaftlich interessierte Genossenschaften, hauptsächlich die Molkereigenossenschaften, die eine Eigenschaft der Schweiz sind und seit Kriegsausbruch die Milchversorgung der Schweiz wesentlich erleichtert haben. Ich möchte nur beispielsweise erwähnen, dass dasjenige Land, das sonst an der Spitze der genossenschaftlichen Organisation steht, nämlich Deutschland, höchstens 40,000 Genossenschaften umfasst, während es nach seiner Einwohnerzahl im Verhältnis zur Schweiz 200,000 haben müsste. Sie sehen also, dass wir einen wesentlichen Vorsprung vor allen Ländern haben und dem Namen Eidgenossenschaft wirklich Ehre machen.

Dagegen bezüglich der Kenntnis und der Würdigung des Genossenschaftswesens sind wir vielleicht hinter andern Ländern etwas zurückgeblieben. Und da möchte ich in erster Linie hervorheben, dass unser Genossenschaftsrecht sehr liberal ist, ein Recht, wie es in keiner andern Nation Geltung hat; es gewährt die freieste Form, die überhaupt für die Genossenschaft geschaffen werden kann.

Wir haben in der Schweiz, im Gegensatz zu andern Ländern, nicht vorgesehen, dass für die Anmassung des Namens Genossenschaft ein gemeinsamer Geschäftsbetrieb das Kriterium sein soll. Das hat zur Folge gehabt, dass viele Unternehmungen unter genossenschaftlicher Form arbeiten, die es nicht sind. Wir haben eine ganze Reihe von Pseudogenossen-

schaften. Durch die unrichtige Definition der «wirtschaftlichen Vereine» hat man veranlasst, dass eine Reihe von Berufsorganisationen, Meistervereinigungen, die gar keinen gemeinsamen Geschäftsbetrieb haben, sondern nur gemeinsamer Preisfestsetzung dienen, sich als Genossenschaften konstituieren mussten. Es sind ihrer vielleicht 1000. Das sind jedoch nur Vereine ohne Vermögen und Ertrag und haben für den Fiskus nichts zu sagen. Anderseits haben sich auch eine Reihe von Pseudogenossenschaften gegründet, reine Erwerbsunternehmungen, die mit dem Begriff Genossenschaft nichts zu tun haben, sondern die rein kapitalistisch sind. Sie wissen ja, die genossenschaftliche Unternehmungsform bildet die Mitte zwischen der kapitalistischen und der rein gemeinnützigen. Mit der kapitalistischen hat sie das Eigentümliche gemein, dass auch für das eigene einzelne Mitglied ein Vorteil erreicht wird, mit der gemeinnützigen, dass sie durch den Zusammenschluss auch den übrigen Mitgliedern Vorteile verschafft. Sie ist eine glückliche Verbindung von Altruismus und Egoismus oder Individualismus, wenn Sie lieber wollen. Zum Wesen der Genossenschaft gehört, dass sie ihren Mitgliedern Dienste erweisen und nicht an Drittpersonen Gewinne erzielen soll. Es muss der Gegenstand des Unternehmens irgendwie mit einer Tätigkeit der Mitglieder verbunden sein, sei es, dass sie den Mitgliedern Ware verschafft, sei es, dass die Mitglieder Ware an die Genossenschaft liefern und dass dabei in einem oder andern Fall wirtschaftliche Vorteile erzielt werden.

Demgegenüber haben wir zirka 1000 bis 2000 Genossenschaften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, die aus irgend einem Grunde vorgezogen haben, von der Freiheit unseres Genossenschaftsrechtes Gebrauch zu machen und sich falscher Weise in dieses Kleid geworfen haben. Das sind z. B. Personen, deren Namen anrüchig sind, die auf ihren Namen keinen Kredit geniessen und darum keine Einzelfirma gründen wollen; sie finden einige Strohmänner und gründen dann eine Genossenschaft, in der ausschliesslich ihre eigenen Interessen massgebend sind. Vielleicht haben sie auch nicht genügend Zutrauen zum Geschäft und wollen nicht ihr ganzes Vermögen riskieren, nicht wie bei der Einzelfirma die solidarische Haftbarkeit übernehmen. Wieder andere scheuen die Verantwortlichkeit der Aktiengesellschaften, die doch verhältnismässig milden Anforderungen unseres Aktienrechtes. Wieder andere wollen von den Steuerbegünstigungen, die in einzelnen Kantonen den Genossenschaften eingeräumt sind, wie in Zürich, profitieren und gründen, z. B., wie es in Zürich üblich ist, eine Liegenschaftsgenossenschaft, weil man dort als Genossenschaft die Schulden vom steuerpflichtigen Kapital abziehen kann und als Aktiengesellschaft nicht. Solche unrichtigen Begünstigungen haben ebenfalls eine Ausdehnung der Zahl der Genossenschaften verursacht. Diese Pseudogenossenschaften soll man nur recht besteuern, sie gehören mindestens so stark besteuert wie irgend eine Privatperson, ein Privatunternehmen, eine Aktiengesellschaft. Wenn wir in der Schweiz die Gesellschaft mit beschränkter Haftung hätten, die es ermöglicht, dass man mit verhältnismässig kleinem Kapital ein Unternehmen betreiben kann, ohne mit grösseren Summen haftbar zu sein, so wäre dies eigentlich die gegebene Form für viele dieser Pseudogenossenschaften. Deutschland und Oesterreich, die die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftbarkeit kennen, sind darum ziemlich von derartigen Pseudogenossenschaften verschont; sie ganz zu verhindern, ist allerdings unmöglich. Ich möchte im Gegensatz zu einer Aeusserung, die hier im Rate gefallen ist, wünschen, dass bei der Revision des Gesellschaftsrechtes die Unternehmungsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung auch in der Schweiz akzeptiert würde.

Nun werden Sie begreifen, dass, wenn im Kleide der Genossenschaft so verschiedenartige Unternehmen sich betätigen, es schwer ist, für diese verschiedenartigen Unternehmungen Besteuerungsgrundsätze zu finden, die ihrem Wesen Rechnung tragen. Wenn man aber von der richtigen Genossenschaft ausgeht, wird es nicht so schwierig sein, richtige Besteuerungsgrundsätze zu finden. Da möchte ich darauf aufmerksam machen, dass man in den Ländern, wo man über eine eigentliche Systematik des Genossenschaftswesens verfügt, in Deutschland und Oesterreich, die richtigen Genossenschaften in Erwerbsgenossenschaften und Wirtschaftsgenossenschaften scheidet. Wir haben vor 5 Jahren in einer Eingabe an Herrn Prof. Huber zur Revision des Genossenschaftsrechtes für die Schweiz auf eine solche Unterscheidung hingewiesen. Wir haben folgendes ausgeführt: «Die Erwerbsgenossenschaft bezweckt, das Einkommen ihrer Mitglieder zu vermehren resp. deren Erwerb durch Kooperation mit andern Personen, die das gleiche Bedürfnis haben, dank den Vorteilen der Zusammenlegung vieler kleiner wirtschaftlicher Kräfte zu einem leistungsfähigen Betrieb zu erleichtern. Dieses Arbeitsgebiet umfasst gewöhnlich mit Ausnahme der integralen Produktionsgenossenschaft nur einen kleinen Ausschnitt der wirtschaftlichen Betätigung des betreffenden Mitgliedes, während der grössere Teil der Erwerbstätigkeit der Mitglieder und auch das Risiko der Einzelwirtschaft des Mitgliedes durchaus auf individueller Basis aufgebaut ist.» Was z. B. eine Ziegenzuchtgenossenschaft für das einzelne Mitglied bedeutet, ist ganz unwesentlich; dasselbe kann man von den vielen hundert Viehzuchtgenossenschaften in der Schweiz sagen. Durch sie soll nur ein kleiner Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit ihrer Mitglieder gefördert werden. Sie haben natürlich auch keinen grossen Geldverkehr noch Ertrag. Aber in die gleiche Kategorie von Erwerbsgenossenschaften gehören Genossenschaften von grösserer Bedeutung für die Mitglieder, z. B. bis zur integralen Produktionsgenossenschaft. Z. B. eine Genossenschaftsbuchdruckerei, die nur für Dritte arbeitet und an diesen Geld verdienen will, unterscheidet sich nicht viel von einer siebenköpfigen Kollektivgesellschaft und teilt nur den Ueberschuss, den sie an Fremden erzielt hat; das ist auch eine Erwerbsgenossenschaft; da ist aber die ganze Tätigkeit des Mitgliedes verankert; seine ganze wirtschaftliche Existenz beruht hierauf. Sie sehen, welch weiter Rahmen schon für die Erwerbsgenossenschaften gespannt ist.

Aehnlich das Gegenstück davon: die Wirtschaftsgenossenschaft, die wir richtiger als Ersparnisgenossenschaft bezeichnen wollen. «Diese Wirtschaftsgenossenschaft bekümmert sich an und für sich durchaus nicht darum, wie das einzelne Mitglied sein individuelles Einkommen erwirbt oder vermehrt. Sie bezweckt ausschliesslich eine möglichst rationelle und

ökonomisch vorteilhafte Verwertung des bereits anderswie und anderswo erworbenen Einkommens. Man könnte sie also auch Genossenschaft zur rationellen Verwertung des bereits erworbenen Einkommens nennen. Die integralste Form dieser Genossenschaft ist nun die Konsumgenossenschaft, wenn letzere den Kreis ihrer Tätigkeit auf alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens ausdehnen kann und allmählich die Deckung aller Bedarfsgüter ihrer Mitglieder in den Kreis ihrer Tätigkeit aufnimmt. Dafür hat ein deutscher Theoretiker den namen «Bedarfsgüterdeckungsgemeinschaft» erfunden». Der Name ist zutreffend, wird sich aber wohl nie einführen. Wir haben in der Schweiz viele Verbraucher-, Ersparnisgenossenschaften, die den Kreis ihrer Tätigkeit sehr verschieden begrenzen. Die einen vermitteln beinahe alle Bedarfsartikel, die man sich vorstellen kann, z. B. der Konsumverein in Basel; letzterer nennt sich mit Grund allgemeiner Konsumverein. Daneben gibt es noch Branchenkonsumvereine, so z. B. die Bau- und Wohngenossenschaft. Sie ist ein Konsumverein für Wohnungsbedarf und unterscheidet sich prinzipiell und begrifflich von einem Konsumverein zur Lieferung von Lebensmitteln in gar keiner Weise. Wir haben die Lebensversicherungsgenossenschaften, die in der Vorlage speziell hervorgehoben sind. Das sind Konsumvereine mit dem Zwecke, ihren Mitgliedern möglichst die Lebensversicherung zu verbilligen. Die Mobiliarversicherungsgenossenschaften liefern den Bedarf an Brandversicherungsgebühren auf möglichst billige Weise, unter Ausschaltung von Unternehmerkapital. Sie sehen also: begrifflich sind alle diese Verbrauchsgenossenschaften nicht voneinander unterschieden. Und dann haben wir in der Schweiz noch eine Genossenschaft, die eine grosse Zukunft hat und bereits einen grossen Umfang erreicht hat, das ist die Elektrizitätsgenossenschaft, die den Bedarf ihrer Mitglieder an elektrischem Strom deckt, und zwar sowohl für den persönlichen wie für den technischen Konsum.

Es geht natürlich theoretisch wohl an, einen Unterschied zu machen zwischen Erwerbsgenossenschaft und Wirtschaftsgenossenschaft; aber in der Praxis kommen diese Formen nicht immer rein vor. Es gibt Mischformen, Uebergänge von der einen zur andern. Schon der reine Konsumverein kann für einen Wirt, der dort seine Lebensmittel bezieht, seinen Weinbedarf deckt, teilweise zur Erwerbsgenossenschaft werden und ähnlich ist es z. B. mit der Elektrizitätsgenossenschaft, wenn ein Industrieller seinen Elektrizitätsbedarf aus der gleichen Elektrizitätsgenossenschaft bezieht wie ein Privater den elektrischen Strom für seinen Hausbedarf. Es ist eben nicht gut möglich, das wirtschaftliche Leben in Schachteln einzuteilen. So geht es auch mit den Genossenschaften. Es wird nie eine reine Formel gefunden werden können, die eine richtige Einteilung aller Genossenschaften ermöglicht. Darum verzichte ich auch darauf, die verschiedenen systematischen Einteilungen der Genossenschaften — es sind etwa zehn Versuche hiezu gemacht worden — Ihnen zu unterbreiten, weil sie mit der Sache nichts zu tun haben.

Und nun kommt es wesentlich auf die Wirkung dieser Genossenschaften an, und da kommt der Unterschied, den ich speziell der Vorlage des Bundesrates gegenüber hervorheben muss und hervorheben möchte. Die richtige Genossenschaft, nicht die Pseudogenossenschaft, will im wesentlichen ihren Mitgliedern Dienste und Vorteile erweisen und kann das tun auf sehr verschiedene Arten. Sie kann diese Vorteile sofort den Mitgliedern zukommen lassen. Sie kann sie aber auch zusammenzählen und z. B. am Ende des Jahres erst zusammenstellen und an die Mitglieder gelangen lassen. Dann gibt es bei der einen Genossenschaft einen sichtbaren Ertrag, bei der andern nicht. Das hat die eidgenössische Steuerverwaltung anlässlich der Erhebung der Kriegssteuer gemerkt und kommt nun darum zu ihrer vollständig unrichtigen Einteilung; sie glaubt, dass auf die Weise ein Unterschied konstruiert werden könne, dass diejenigen Genossenschaften, die nicht sofort den Mitgliedern die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses zukommen lassen, Genossenschaften sind, «die Erwerbszwecke verfolgen», während die andern, die das tun, «übrige Genossenschaften» genannt werden sollen. (Die separate Behandlung der Versicherungsgenossenschaften fällt hier nicht in Betracht, trotzdem das eigentliche Konsumvereine sind, wie die andern.) Diese Unterscheidung ist unrichtig, und es hat der Bundesrat selber in seiner Botschaft dafür den Anhaltspunkt geliefert, wenn er davon spricht, dass es Genossenschaften gibt, die zum Selbstkostenpreise verkaufen. Die verfolgen dann nach dieser Einteilung keinen Erwerbszweck. Diejenigen aber, die nicht zum Selbstkostenpreise verkaufen, sondern mit einem gewissen Zuschlag die Ware abgeben, verfolgen Erwerbszwecke. Nun kann es aber vorkommen, dass eine Genossenschaft sowohl das eine wie das andere tut. Wohin gehört sie dann? Hier ist unter dem Einfluss der Kriegsverhältnisse die interessante Erscheinung zu konstatieren, dass eine ganze Reihe von Artikeln in den Konsumgenossenschaften nur noch netto verkauft werden, nicht mehr mit Rückvergütung; da wird im Laufe des Jahres sofort durch den verhältnismässig reduzierten Preis dem Mitglied der Vorteil des genossenschaftlichen Zusammenschlusses verschafft. Und wenn Sie die Statistik der Konsumvereine verfolgen können, wie der Sprechende es getan hat, so zeigt sich ganz deutlich: Der Umsatz hat von zirka 120 auf zirka 200 Millionen sich vermehrt, der Ueberschuss ist dagegen ungefähr gleich wie vor dem Kriege. Eine solche Aenderung im Geschäftsbetrieb liegt rein im Ermessen der einzelnen Genossenschaften; sie können sagen: Wenn der Steuerdruck zu gross wird, verkaufen wir nur noch zu Nettopreisen; nach welchem Absatz der Vorlage sollen sie dann besteuert werden, nach Absatz 1 oder 2? Wir können sagen, die Steuerbehörde kann beides tun, bald nach diesem, bald nach jenem System arbeiten, das beweist gerade das Beispiel in der Botschaft des Bundesrates. Ich hatte hierüber mit dem Herrn Direktor der Kriegssteuerverwaltung eine Besprechung. Er sagte: ich kann nicht die gleiche Genossenschaft bald nach der Vorschrift von Absatz 1 und bald nach Vorschrift von Absatz 2 besteuern. Der Fall ist jedoch durchaus möglich. Und daraus geht wiederum hervor, dass die vorgeschlagene Systematik unzulässig ist.

Ich betone ferner, dass es überhaupt ein Unrecht ist, wie überhaupt die ganze Genossenschaftsbesteuerung aufgebaut ist. Man muss genau unterscheiden: Was leisten die Genossenschaften den Mitgliedern, und was leisten sie sich selbst? Wir haben eine ganze Reihe von Genossenschaften, welche die Umwandlung der heutigen Profitwirtschaft in eine Aera

der Gemeinwirtschaft erstreben. Sie sind auf dem besten Wege dazu. Sie wollen das dadurch erreichen, dass sie sich ein eigenes soziales Kapital bilden, mit der Zeit viele Millionen Franken zurücklegen, die wieder arbeiten und die Grundlage der zukünftigen Gemeinwirtschaft bilden sollen. Das geschieht dadurch, dass man nicht alles, was an Ueberschuss erzielt wird, an die Mitglieder verteilt, sondern einen Teil zurückhält, dass die Mitglieder etwas opfern müssen. Diese Stärkung der Genossenschaft selbst erfolgt dadurch, dass man jedes Jahr einen Teil des Ueberschusses ihr als Reserve zukommen lässt, eventuell auch durch übermässige Abschreibungen. Da ist kein Mensch dagegen, dass diese Ansätze steuerpflichtig sein sollen. Dagegen in Beziehung auf das, was den Mitgliedern zukommt, sollte sich der Fiskus damit begnügen, dass er sagt: Dadurch werden die einzelnen Mitglieder leistungsfähiger und steuerkräftiger, und da es sich um eine reine Buchungsfrage handelt, wollen wir auf diesen Teil des Ueberschusses als Objekt der Steuerpflicht überhaupt Verzicht leisten. Denn tatsächlich kann es ja vorkommen, dass eine Genossenschaft es fertig bringt, hohe Ueberschüsse zu erzielen und trotzdem den Fiskus leer ausgehen zu lassen. Wir haben z. B. die Produktionsgenossenschaften der Milchproduzenten. Durch deren Tätigkeit ist doch unzweifelhaft der Milchpreis in der Schweiz allgemein nach oben reguliert worden. Sie haben ihren Mitgliedern grosse Vorteile verschafft. Nun zeigt es sich aber, dass der Fiskus in keiner Weise etwas davon hat, weil der ganze erzielte Erlös sofort ausgezahlt wird und nicht in den eigentlichen Marktpreis und den Ueberschuss geteilt wird. Dieses System könnte weiter ausgebildet werden. Eine Lieferungsgenossenschaft könnte den Abnehmern vorschreiben: Der Genossenschaft lieferst Du den Normalpreis und direkt an die einzelnen Mitglieder lieferst Du den Ueberschuss; dann erzielt die Genossenschaft gar keinen Ertrag; das wäre eine zulässige Buchung. Anderseits können die Mitglieder einer Ersparnisgenossenschaft sagen: Wir wollen anlässlich der Deckung unserer Haushaltsbedürfnisse Jahr für Jahr den Mietzins auf die Seite legen; er beträgt soundso viel. Wir wollen also zu dem Preise der einzukaufenden Lebensmittel soundso viel Prozent schlagen. Das ist in England bei grossen Konsumvereinen der Fall. Die haben alle Vierteljahre Ueberschussverteilung, und die Mitglieder wissen es so einzurichten, dass ihre Rückvergütung ungefähr den Mietzins erreicht. Da wird oft mehr bezahlt für die Ware als der Marktpreis. Eine solche Ersparnismöglichkeit wäre nach der Vorlage zur Steuer heranzuziehen, so dass nicht ein Einkommen, sondern sogar eigentlich ein Verlust besteuert werden würde.

Das sind diejenigen Punkte, die im allgemeinen bezüglich der Genossenschaftsbesteuerung erörtert werden mussten. Nun will ich auf die Steueransätze selbst noch kurz zurückkommen. Es war selbstverständlich, dass bei der ersten Kriegssteuer die Experten suchen mussten, sich irgendwie an eine kantonale Vorlage anzulehnen. Und da ist nun zu sagen, dass die kantonale Besteuerung der Genossenschaften auch eine bunte Musterkarte bildet. Wir haben 25 Kantone, und in jedem Kanton werden die Genossenschaften wieder anders besteuert. Die einzige sozusagen korrekte Besteuerung hat der Kanton Zürich, sowohl im alten wie im neuen Steuergesetz, wonach nämlich Rückvergütungen steuerfrei sind. Es war nun begreiflich, dass die Experten bei ihrer ersten Vorlage schliesslich nicht wussten, wie sie die Genossenschaft besteuern sollten. Richtiger wäre man vielleicht vorgegangen, wenn man den Zweck in den Vordergrund gestellt hätte, sowohl bei den Aktiengesellschaften wie bei den Genossenschaften, und dann eine Differenzierung der Steuer vorgenommen hätte. Aber es passte nicht in das damalige System. So kamen die Experten dazu, zu behaupten: Die Genossenschaften haben kein Vermögen; man kann nur den Ertrag besteuern. So hat man zunächst eine Steuer in der Höhe von 10% des Ertrages inklusive Rückvergütung vorgeschlagen. Dagegen hat man unserseits energisch remonstriert. Der Bundesrat ging dann auf 8% inklusive Rückvergütung bei allen Genossenschaften. Der Sprechende hatte die Aufgabe, die Bedenken der Konsumvereine gegen diese Lösung zu vertreten. Ich vertrat damals den Standpunkt, dass es nicht richtig sei, bei der Besteuerung zwischen Aktiengesellschaften und Genossenschaften einen Unterschied zu machen, weil damals nach der Vorlage der Experten des Bundesrates die Aktiengesellschaften billiger wegkamen als die Genossenschaften. Ich habe dies anhand von Beispielen von Konsumvereinen, die in Form von Aktiengesellschaften arbeiten, nachgewiesen und habe ferner darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem Vorschlage der Experten Hunderte von Genossenschaften steuerfrei ausgehen werden, weil sie keinen Reinertrag erzeigen. Man hat mir nicht geglaubt. Jetzt kommt der Bundesrat selber und sagt, die damalige Behauptung des Sprechenden sei richtig gewesen.

Nun haben wir eine Art Kompromiss abschliessen können. Man ist im Laufe der Beratung in der ständerätlichen Kommission dazu gelangt, zu erklären: Wir wollen die Rückvergütungen als etwas Separates behandeln; sie sind doch etwas anderes als gewöhnliche Ueberschussteile. Man hat sie mit 4% des Ertrages zur Besteuerung herangezogen, eine Kompromisslösung, mit der wir uns abgefunden haben, weil hier zum erstenmal von Bundes wegen die eigentümliche Natur der Rückvergütung anerkannt wurde. Bei der Erhebung der ersten Kriegssteuer haben die Konsumvereine dann loyal mitgeholfen und die Steuer entrichtet auf Grund ihrer öffentlich aufgestellten Bilanzen, während dies bei andern Unternehmungen nicht überall so einfach ging, weil es diesen möglich war, durch Bilanzverschleierung usw. ihre Steuerquote zu vermindern. Wir haben dann aber konstatiert, dass trotz dem Kompromiss die Konsumvereine in Form von Aktiengesellschaften doch noch begünstigt waren und dass einer z. B. Fr. 1000 weniger bezahlen musste, als wenn er in Form der Genossenschaft herangezogen worden wäre.

Wie die neue Steuervorlage kam, nahmen wir von vorneherein an, die Steuer werde wieder auf der alten Basis erhoben werden. Als der Sprechende den Entwurf erhielt und las: 6 %, 12 % Ueberschussanteil, 7½ ‰ Prämien der Versicherungsgenossenschaften und las: dreijährige Erhebungsdauer, so sagte er: das ist ganz korrekt, das ist eine Erhöhung um 50% entsprechend der dreijährigen statt zweijährigen Erhebungsperiode. Ich habe in einem dokumentierten Artikel in unserem Fachorgan erklärt: Wir sind mit dem Vorschlage einverstanden, allerdings unter der Voraussetzung, dass man überall auch 50% zu den ersten

Ansätzen hinzuschlägt. Nun hat sich aber diese Voraussetzung nicht bestätigt. Einmal war ich etwas zu optimistisch, als ich die Zustimmung unserer Kreise voraussagte; es sind scharfe Entgegnungen erschienen, und es wurde darauf aufmerksam gemacht, dass wir vielleicht besser getan hätten, wenn unsere Organisationen in den Kampf für die direkte Bundessteuer eingetreten wären, was die Verbandsleitung seinerzeit abgelehnt hatte, weil sie die Frage der direkten Bundessteuer mehr als eine politische, denn als eine wirtschaftspolitische auffasste. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass man den Kompromiss nur für eine einmalige Steuer und nicht für eine mehrmalige Fortsetzung gebilligt habe. Die Opposition gegen die alten wie die neuen Ansätze in unseren Kreisen ist also ziemlich stark. Ich glaube aber, sie überwinden zu können, wenn Sie die Ansätze auf diejenigen der ersten Vorlage reduzieren und die unrichtige Systematik fallen lassen. Bezüglich dieser möchte ich sagen: Es geht uns da, wie Herr Prof. Speiser von seinen welschen Freunden bezüglich der « temporären Bundessteuer » gesagt hat. Diese Charakterisierung der Konsumvereine, der Ersparnisgenossenschaften als Genossenschaften, die Erwerbszwecke verfolgen, die tut uns weh. Ich glaube, allein an dieser Charakterisierung würden sich unsere Mitglieder stossen, weil sie doch im Laufe der Jahre davon überzeugt worden sind und es wissen, dass eine Konsumgenossenschaft eine Ersparnisgenossenschaft ist und keine Erwerbszwecke verfolgt, dass also das Gegenteil wahr ist.

Was nun die Erhöhung der Ansätze anbelangt, so mache ich darauf aufmerksam, dass Sie solche nicht nur bei den andern Kategorien von Steuerpflichtigen nicht erhöht, Sie haben solche sogar erniedrigt; Sie haben bei Aktiengesellschaften allgemein das Minimum um 50% erniedrigt, beim nichteinbezahlten Kapital sogar um 75%, und haben einzig den Genossenschaften eine allgemeine Erhöhung von 50% zugemutet, und das im Lande Schweiz, in der Eidgenossenschaft, die doch alle Veranlassung hätte, die genossenschaftliche Tätigkeit zu fördern, die sich im Krieg bewährt hat, die nicht diese Missbräuche mit sich gebracht hat wie der private Handel in vielen seiner Formen. Während man in andern Ländern die Genossenschaften begünstigt hat, während z. B. in Frankreich im Verlaufe des Krieges die Rückvergütungen auf einmal steuerfrei erklärt worden sind, was man früher niemals erreicht hätte, kommt man ausgerechnet in der Schweiz im fünften Kriegsjahre dazu, den Genossenschaften eine extra schwere Kriegssteuer aufzuerlegen, während man alle andern Steuerpflichtigen entlastet hat. Ich kann nachweisen, dass, während Sie allgemein den Genossenschaften 50% Zuschlag zumuten, bei den natürlichen Personen beim Einkommen erst von Fr. 10,000 an ein Zuschlag einsetzt. Bis dahin ist die Steuer unverändert geblieben; bei Vermögen bis zu Fr. 80,000 wird die Steuer auch nicht erhöht. Bei den « übrigen juristischen Personen » haben Sie die Steuer ebenfalls nicht erhöht; Sie haben sogar dort noch ein Existenzminimum von Fr. 2500 für den Erwerb und Fr. 10,000 für das Vermögen vorgeschlagen, was mit gleichem Rechte auch von den Genossenschaften verlangt werden könnte.

Ich glaube nicht, dass unsere Genossenschaften eine solche Mehrbelastung, obgleich sie im finanziellen Erträgnis nicht sehr bedeutend herauskommen wird, tragen werden, sondern ich glaube, dass eine solche Lösung dieser Frage die Genossenschafter ins Lager der Opposition treiben könnte. Sie müssen nicht vergessen, dass in diesen Kreisen wegen der in vielen Kantonen unrichtigen Versteuerung, die einer Erdrosselungssteuer gleichkommt, was auch Herr Prof. Steiger in seinen finanzpolitischen Arbeiten anerkannt hat, schwere Missstimmung herrscht. Es handelt sich weniger um den Betrag, als um das Gefühl, unterdrückt zu sein, ungleich behandelt zu sein gegenüber andern Unternehmungen, die wir als moralisch minderwertig taxieren, wenigstens gegenüber dem genossenschaftlichen Gedanken.

Nun bitte ich zu berücksichtigen, dass allein in den Konsumvereinen 340,000 Familienvorstände organisiert sind, dass wir mit unserer Presse vielleicht in einer Nummer an 260,000 Personen gelangen können. Berücksichtigen Sie ferner, wie die Stimmung infolge der heutigen Beschlüsse sich sowieso gegen die Vorlage kehren mag, und dann können Sie sich vorstellen, was eine solche ausnahmsweise Belastung der Konsumvereine und der übrigen Genossenschaften zur Folge haben müsste.

Nun hat mir allerdings der Direktor der Steuerverwaltung, bei dem ich mich erkundigt habe, gesagt, dass man wenigstens bei einer Kategorie eine Erhöhung vorgenommen habe, nämlich bei den Aktiengesellschaften. Nun ist das richtig; wenn man nicht die Ansätze der Vorlage des Departementes, sondern die der bundesrätlichen Vorlage vergleicht, so beginnt bei den Aktiengesellschaften eine gewisse kleine Progression; aber in diese Progression fallen die meisten Aktiengesellschaften nur mit einem kleinen Teil. Wenn man diese Ansätze mit denjenigen der Genossenschaften vergleicht, so kommt man zum Resultat, dass die Genossenschaften mit dem Durchschnittssatz von 12% des Ertrages bedeutend höher herangezogen werden als die meisten Aktiengesellschaften, da z. B. bei den Genossenschaften ein solcher Ertrag wie er in der dritten oder vierten Klasse für Aktiengesellschaften vorgesehen ist, selten vorkommt.

Nun bitte ich Sie, auch zu berücksichtigen, dass vielleicht wegen einer oder zweier Unternehmungen in genossenschaftlicher Form, die vielleicht bei Annahme meiner Vorschläge gegenüber den Aktiengesellschaften privilegiert würden, alle übrigen gemeinnützig und wohltätig wirkenden Genossenschaften nach den neuen Ansätzen benachteiligt würden. Das würde nicht erfolgen, wenn Sie einfach die Sätze der ersten Vorlage wieder einführen würden, die 4% und 8% und für die Versicherungsgesellschaften die 5 ‰, und wenn Sie in zweiter Linie die unrichtige Einteilung fallen lassen würden. Nach meinem Vorschlag kommt dann allerdings ein etwas eigentümliches Resultat heraus: Ich schlage Ihnen nämlich vor, es sollen, um dem Fiskus möglichst viel zuzuhalten, die Steuern alternativ nach zwei Arten berechnet werden, einmal nach dem Ertrag und sodann nach dem Vermögen und die Steuer so erhoben werden, wie sie am meisten einträgt. Sie sehen, ich bin nicht etwa geizig gegenüber dem Fiskus. Dieser Vorschlag bringt nicht unwesentliche Mehrerträgnisse. Ich habe für die Genossenschaft, der ich als Vorstandsmitglied angehöre, dem V. S. K., die Berechnung gemacht; nach dem einen Modus müssten wir Fr. 40,000 bezahlen, nach dem andern etwa 20,000. Wenn die

Genossenschaften es in der Hand haben, selbst durch die Art und Weise ihrer Geschäftsführung zu entscheiden, wie sie besteuert werden wollen, indem sie die Vorteile ihren Mitgliedern entweder sofort oder erst in einem Posten am Ende des Jahres zuführen, so soll es auch der Fiskus in der Hand haben, diejenige Steuer auszuwählen, die ihm mehr einträgt.

In diesem Gebiet handelt es sich ja immer um Ermessensfragen oder Machtfragen. Es ist keine Wissenschaft und kein Prinzip im Spiel. Ob man nun vorschreibt, dass die Genossenschaften 4 oder 8 oder 12% zahlen müssten, so ist das eine Ermessensfrage. Alle andern Steueransätze, die Sie in dieser Vorlage aufgestellt haben, sind auch rein auf das Ermessen, zum Teil auf die Beurteilung der Konjunktur aufgebaut. Darum kann man auch hier dieses alternative System vorschlagen. Sie haben bei den Kommandit- und Kollektivgesellschaften das gleiche Prinzip angewendet, Sie haben eine separate Besteuerung gewählt, entgegen der Opposition der Herren Syz und Prof. Speiser, weil sie dem Fiskus mehr einträgt. Sie können dieses Prinzip auch bei den Genossenschaften anwenden.

Endlich habe ich noch die Erweiterung der Steuerpflicht, den dritten Teil meines Antrages zu behandeln. Ich beantrage, Sie möchten auch den Rabatt, der von den Genossenschaften an Kunden und Mitglieder ausbezahlt wird, in gleicher Weise wie die Rückvergütung zur Besteuerung heranziehen. Es ist eine umstrittene Frage, ob Rabatt oder Rückvergütung dasselbe sei. In verschiedenen Kantonen werden Rabatt und Rückvergütung bei der Besteuerung verschieden behandelt. Das hat meist zu viel Unwillen Anlass gegeben. Letzthin hat nun das Bundesgericht, wie Sie gelesen haben, festgestellt, dass man den Rabatt so gut wie eine Rückvergütung besteuern könne. Dadurch wird dem Fiskus meines Erachtens auch wieder eine erhebliche Summe zugeführt werden, als Ersatz für die, die ihm durch die Reduktion der Ansätze im allgemeinen entgehen wird.

Ich möchte aus bester Ueberzeugung meinen Antrag zu Ziffer 6 zur Annahme empfehlen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 27. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 27 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: } Mr. *Calame*
Présidence: }

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 345 hiervor. — Voir page 345 ci-devant.)

Antrag der Herren Scherrer-St. Gallen, Bettex, Maillefer, Schaller, Sträuli.
vom 26. September 1918.

Ziffer 9.
(Absatz 2 [neu].)

Von dem ihnen verbleibenden Fünftel haben die Kantone an solche Gemeinden, welche für wirtschaftliche Kriegsmassnahmen ausserordentliche Ausgaben zu machen hatten, angemessene Beiträge zu leisten.

Proposition de MM. Scherrer-St-Gall, Bettex, Maillefer, Schaller, Sträuli.
du 26 septembre 1918.

Paragraphe 9.
(Alinéa 2 [nouveau].)

Les cantons devront attribuer sur le cinquième restant des subsides équitables aux communes qui ont eu à supporter, du fait de la guerre, des dépenses extraordinaires pour des mesures économiques.

Antrag des Herrn Stadlin
vom 27. September 1918.

Ziffer 8.
(Buchstabe b.)

b. die schweizerische Nationalbank sowie auch die Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem für die staatliche Beteiligung;

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	26.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	345-372
Ref. No	20 028 619

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Genossenschaften es in der Hand haben, selbst durch die Art und Weise ihrer Geschäftsführung zu entscheiden, wie sie besteuert werden wollen, indem sie die Vorteile ihren Mitgliedern entweder sofort oder erst in einem Posten am Ende des Jahres zuführen, so soll es auch der Fiskus in der Hand haben, diejenige Steuer auszuwählen, die ihm mehr einträgt.

In diesem Gebiet handelt es sich ja immer um Ermessensfragen oder Machtfragen. Es ist keine Wissenschaft und kein Prinzip im Spiel. Ob man nun vorschreibt, dass die Genossenschaften 4 oder 8 oder 12% zahlen müssten, so ist das eine Ermessensfrage. Alle andern Steueransätze, die Sie in dieser Vorlage aufgestellt haben, sind auch rein auf das Ermessen, zum Teil auf die Beurteilung der Konjunktur aufgebaut. Darum kann man auch hier dieses alternative System vorschlagen. Sie haben bei den Kommandit- und Kollektivgesellschaften das gleiche Prinzip angewendet, Sie haben eine separate Besteuerung gewählt, entgegen der Opposition der Herren Syz und Prof. Speiser, weil sie dem Fiskus mehr einträgt. Sie können dieses Prinzip auch bei den Genossenschaften anwenden.

Endlich habe ich noch die Erweiterung der Steuerpflicht, den dritten Teil meines Antrages zu behandeln. Ich beantrage, Sie möchten auch den Rabatt, der von den Genossenschaften an Kunden und Mitglieder ausbezahlt wird, in gleicher Weise wie die Rückvergütung zur Besteuerung heranziehen. Es ist eine umstrittene Frage, ob Rabatt oder Rückvergütung dasselbe sei. In verschiedenen Kantonen werden Rabatt und Rückvergütung bei der Besteuerung verschieden behandelt. Das hat meist zu viel Unwillen Anlass gegeben. Letzthin hat nun das Bundesgericht, wie Sie gelesen haben, festgestellt, dass man den Rabatt so gut wie eine Rückvergütung besteuern könne. Dadurch wird dem Fiskus meines Erachtens auch wieder eine erhebliche Summe zugeführt werden, als Ersatz für die, die ihm durch die Reduktion der Ansätze im allgemeinen entgehen wird.

Ich möchte aus bester Ueberzeugung meinen Antrag zu Ziffer 6 zur Annahme empfehlen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung v. 27. September 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 27 septembre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: } Mr. *Calame*
Présidence: }

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 345 hiervor. — Voir page 345 ci-devant.)

Antrag der Herren Scherrer-St. Gallen, Bettex, Maillefer, Schaller, Sträuli.
vom 26. September 1918.

Ziffer 9.
(Absatz 2 [neu].)

Von dem ihnen verbleibenden Fünftel haben die Kantone an solche Gemeinden, welche für wirtschaftliche Kriegsmassnahmen ausserordentliche Ausgaben zu machen hatten, angemessene Beiträge zu leisten.

Proposition de MM. Scherrer-St-Gall, Bettex, Maillefer, Schaller, Sträuli.
du 26 septembre 1918.

Paragraphe 9.
(Alinéa 2 [nouveau].)

Les cantons devront attribuer sur le cinquième restant des subsides équitables aux communes qui ont eu à supporter, du fait de la guerre, des dépenses extraordinaires pour des mesures économiques.

Antrag des Herrn Stadlin
vom 27. September 1918.

Ziffer 8.
(Buchstabe b.)

b. die schweizerische Nationalbank sowie auch die Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem für die staatliche Beteiligung;

Proposition de M. Stadlin
du 27 septembre 1918.

Paragraphe 8.
(Lettre b.)

b. la Banque nationale suisse, ainsi que les banques cantonales mixtes;

Anträge des Herrn Keller
vom 27. September 1918.

Ziffer 8.
(Buchstaben b und c.)

b. die schweizerische Nationalbank und die öffentlichen Zwecken dienenden Aktiengesellschaften und Genossenschaften mit ausschliesslicher Beteiligung der Kantone und der Gemeinden;
c. die Gemeinden, ihre Anstalten und Betriebe, sowie die andern ....

Propositions de M. Keller
du 27 septembre 1918.

Paragraphe 8.
(Lettres b et c.)

b. la Banque nationale suisse et les sociétés anonymes d'utilité publique dont le capital est tout entier aux mains de cantons ou de communes;
c. les communes, leurs établissements et leurs exploitations, ainsi que ....

M. le conseiller fédéral **Motta:** J'ai écouté hier avec une attention soutenue l'exposé très intéressant de M. le conseiller national Schär sur la question des coopératives. Vous aurez pu constater avec moi que M. Schär se heurtait surtout à deux faits: Tout d'abord l'article, tel qu'il est proposé, essaye de faire une distinction entre les différentes catégories de coopératives; selon qu'elles poursuivent ou pas un but de lucre, elles sont taxées d'après tel ou tel système. M. Schär a dit avec raison que la distinction entre ces deux catégories n'était pas très rationnelle. En outre M. Schär s'est heurté à l'élévation du taux prévu par l'article constitutionnel. Il a indiqué les raisons qui, d'après lui, devraient faire maintenir le taux du premier impôt de guerre. Après avoir entendu M. Schär, j'ai cru devoir procéder à une étude nouvelle de la question. Dans une conférence tenue hier après-midi avec M. Schär lui-même, nous avons discuté un système sur lequel il s'est déclaré d'accord, système consistant à supprimer toute distinction entre les coopératives poursuivant un but de lucre et celles qui n'en poursuivent pas; toutes les coopératives, sans aucune exception, seraient frappées sur le produit net. Mais comme nous avons constaté à l'occasion du premier impôt de guerre qu'il était parfois difficile de connaître le produit net des coopératives, il serait entendu qu'on prélèverait en outre un impôt supplémentaire, par exemple de 2½ pour mille sur la fortune des coopératives. Je crois que cette solution est digne d'être examinée encore une fois par la commission. Je ne puis pas vous demander d'adhérer sans autre aux idées que je viens d'indiquer et que j'ai d'ailleurs fixées dans un nouveau texte. Je vous prie de renvoyer cette question des coopératives à la commission pour rapport.

M. le **Président:** Par voie de motion d'ordre M. le conseiller fédéral Motta demande le renvoi de ce chiffre 6 à la commission. S'il n'est pas fait opposition de votre part, il sera procédé ainsi. La commission reverra en même temps la dernière phrase de l'art. 5 qui avait été réservée. Il sera procédé ainsi.

Ziffer 7.

Angenommen. — *(Adopté.)*

M. le **Président:** M. Schär propose d'introduire un chiffre 7a nouveau. D'accord avec la commission, je donne la parole à M. Schär pour qu'il développe sa proposition.

Schär (Basel): Ich habe in der Eintretensdebatte im wesentlichen die Gründe angeführt, die mich zu dem Vorschlage gebracht haben, mit der Kriegssteuer eine eidgenössische Wertzuwachssteuer auf Grundstücken zu verbinden. Die Wertzuwachssteuer auf Grundstücken ist eine Forderung, die von den Bodenrechtsreformern bereits seit bald 30 Jahren verfochten worden ist. Sie ist in verschiedenen Ländern verfochten worden, aber noch in wenigen zum Durchbruch gelangt, am ersten meines Wissens in Deutschland. Da waren es zuerst die einzelnen Gemeinden und Städte, die diese Steuer in ihr Steuersystem eingeführt haben. Dagegen hat dann eine ähnliche Situation, wie sie heute im Bund besteht, in Deutschland dazu geführt, dass man auch das Reich an dieser Steuer interessiert hat. Es war im Jahre 1911 bei der sog. kleinen Finanzreform, dass man auf der Suche nach neuen Einnahmequellen auf die Idee kam, diese Wertzuwachssteuer auf Grundstückgewinn zum Teil für das Reich zu beanspruchen. In den Kommissionsverhandlungen des Reichstags ist eine seltene Einmütigkeit dafür zutage getreten; man hat diese Steuer beinahe einmütig akzeptiert. Sie ist dann allerdings in der grossen Finanzreform, als der Wehrbeitrag verlangt wurde, zugunsten einer allgemeinen Vermögenszuwachssteuer fallen gelassen worden. Nach den neuesten Mitteilungen der Fachpresse wird deren Wiedereinführung nun aber neuerdings beantragt.

Bei uns in der Schweiz liegen die Verhältnisse ähnlich. Unser Bund hat einen grossen Geldbedarf, der unbedingt irgendwie gedeckt werden muss.

Wenn man sich überlegt, wer von den Auslagen, die durch die Mobilisation verursacht worden sind, am meisten Vorteil gehabt hat, kommt man dazu, zu sagen, dass Grund und Boden am allermeisten Veranlassung haben, für den Grenzschutz dankbar zu sein. Da scheint es nun gegeben zu sein, dass Grund und Boden, falls bei einer weiteren Veräusserung sichtbare Gewinne erzielt werden, in erster Linie einen Teil dieses Mehrerlöses an den Bund abführen. Mein Vorschlag geht dahin, auch die Kantone und Gemeinden zu gleichen Teilen an diesem Erlös zu beteiligen. So wäre dann im Gegensatz zu dem Antrag des Städteverbandes, der einen mehr zufälligen Zusammenhang zwischen Kriegssteuer und Gemeinden schaffen will, bei diesem Teil der Steuer ein enger organischer Zusammenhang geschaffen.

Seit der Eintretensdebatte sind mir verschiedene Bedenken geäussert worden. So ist gesagt worden, diese Steuer gehöre unbedingt den Gemeinden und nicht dem Bund. Hiezu ist zu erwidern, dass ja der heutige Vorschlag vorerst nicht eine dauernde Abtretung dieser Steuer an den Bund bedeutet, sondern nur für so lange, als der Bund diese ausserordentlichen Auslagen zu decken hat. In zweiter Linie ist zu bemerken, dass der Bund durch seine Institutionen, durch die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung doch auch zur Wertvermehrung aller schweizerischen Grundstücke, ob sie in dieser oder jener Gemeinde gelegen seien, beiträgt. Ich verweise auch auf die vielen Subventionen des Bundes an Flusskorrektionen, Bodenverbesserungen, durch welche das Land ebenfalls im Werte steigt. Es gibt auch Gemeinden, die vom Bunde durch Bundesinstitutionen derart gefördert worden sind, dass, wenn der Bund seine Hand von diesen Gemeinden wegziehen wollte und z. B. grössere eidgenössische Betriebe von diesen Gemeinden wegverlegen wollte, das Gegenteil einer Wertsteigerung eintreten müsste. Die Aufwendungen des Bundes stehen also in vielen Beziehungen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der erzielten Wertsteigerung auf Grundstücken.

Sodann ist mir von landwirtschaftlicher Seite eingewendet worden, für städtische Grundstücke möge eine solche Zuwachssteuer ganz richtig sein, da lasse sich der Gewinn genau berechnen, bei landwirtschaftlichen Grundstücken dagegen nicht, weil man da doch durch Verbesserungen von Grund und Boden eine Wertvermehrung erzielen könne, die nicht unverdient sei und die nicht vom Staate beansprucht werden könne. Das ist richtig, dagegen wird hier übersehen, dass alle diese Verwendungen nachgewiesen werden können. Der Antrag will nur den unverdienten Wertzuwachs besteuern. Als wir in Basel seinerzeit diese Vorlage in Beratung hatten, haben wir ausdrücklich die Vorschrift aufgestellt, dass das alles zum ursprünglichen Erwerbspreis gezählt werden dürfe. Hier könnten ebenso für den landwirtschaftlichen Grund und Boden alle Auslagen für Meliorationskosten zum ursprünglichen Erwerbspreis zugeschlagen werden, um in keiner Weise irgendwie dem bisherigen Erwerber einen Schaden zuzufügen.

Das bezüglich der beiden Einwände. Nun möchte ich noch darauf hinweisen, dass diese Steuer im heutigen Moment in einer weiteren Richtung sehr wohltätig wirken würde, indem sie nämlich die Preissteigerung von Grund und Boden, die heute hauptsächlich bezüglich landwirtschaftlicher Grundstücke eingesetzt hat, zurückhalten und verhindern könnte. Ich will das nicht weiter ausführen, da ich das in der Eintretensdebatte schon getan habe, will aber nochmals betonen: Beseitigen Sie das Motiv für eine Veräusserung von landwirtschaftlichem Grund und Boden zu übersetzten Preisen, nämlich dass der Veräusserer einen grösseren Gewinn dabei erzielen kann, dann werden diese Handänderungen lange nicht mehr in solchem Masse vorkommen; oder wenn das doch der Fall sein wird, soll die Allgemeinheit etwas davon beziehen können.

Im weiteren möchte ich erwähnen, dass derjenige, der prinzipieller Anhänger dieser Wertzuwachssteuer ist, diese Gelegenheit, auf einen Schlag alle 25 Kantone und alle 3000 Gemeinden an diese Steuer zu gewöhnen, indem sie von Bundes wegen für eine beschränkte Zeit eingeführt wird, entschieden benützen sollte. Wir sind überzeugt, dass diese Steuer in 10, 20, 30 oder 50 Jahren eine allgemeine Steuer sein wird, aber dass in jeder Gemeinde und in jedem Kanton der Kampf um die Einführung dieser Steuer geführt werden muss, das wird deren Einführung in den einzelnen Körperschaften sehr erschweren. Es ist immer mit einem schweren Widerstand der Grundstückspekulanten und zum Teil auch der Grundstückbesitzer zu rechnen, die es nicht begreifen können, dass man Grund und Boden anders behandeln soll als andere Vermögensstücke. Wenn nun von Bundes wegen in diesen aussergewöhnlichen Zeiten eine solche Steuer allgemein eingeführt würde, die Gemeinden dabei interessiert wären, wäre die Folge die, dass, wenn diese Steuer im Bunde wegfallen würde, die Einführung in den einzelnen Gemeinden und Kantonen von vornherein eine leichte und gegebene Sache wäre. Das ist auch ein Grund, der den Sprechenden veranlasst hat, Ihnen jetzt zu beantragen, diese Steuer einzuführen.

Die deutschen Bodenreformer haben seinerzeit bei ihrem Kampf um die Zuwachssteuer in den Gemeinden und im Reich ein Schlagwort geprägt: «Das Geld liegt auf der Strasse, man muss es nur aufheben.» Das kann man auch für die Schweiz heute sagen, der eidgenössische Gesetzgeber braucht das Geld nur zu nehmen, indem er den vorliegenden Antrag zum Beschluss erhebt. Dann wird eine reiche Finanzquelle erschlossen werden.

Ich möchte überdies die Vertreter der Aktiengesellschaften und des Besitzes darauf aufmerksam machen, dass, je mehr von der Schuldenlast, die zu tilgen ist, durch die Wertzuwachssteuer getilgt werden kann, desto weniger von den Aktiengesellschaften und den einzelnen physischen Personen auf dem normalen Einkommen geholt werden muss.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Die Kommission beantragt, auf den Antrag des Herrn Schär nicht einzutreten. Schon in der Expertenkommission und nachher in der nationalrätlichen Kommission hat Herr Nationalrat Gaudard einen Antrag gestellt, der zwar wesent-

lich anderer Natur ist als der Antrag Schär, der aber doch dahin geht, es sei eine Zuschlagssteuer zu erheben von allen denjenigen Vermögen, die seit der ersten Kriegssteuer durch Gewinn oder Ersparnisse neu erworben worden seien. Die Kommission hat damals gefunden, dass ein solcher Gedanke einer Zuwachssteuer nicht in den Verfassungsartikel über die Kriegssteuer hineingehöre, ganz abgesehen davon, dass der Zuwachs von Vermögen durch Ersparnisse nicht ein Gegenstand ist, der zur Besteuerung herangezogen werden dürfe, und dies aus allgemeinen Gründen, aus Rücksichten auf die Förderung des Sparsinns.

Nun stellt Herr Schär einen ähnlichen Antrag etwas anderer Art, aber doch mit dem Gedanken, einen gewissen Vermögenszuwachs, der erfolgt ist durch den Verkauf von Grundstücken, einer Zuschlagssteuer zu unterwerfen. Wir sagten uns in der Kommission, warum überhaupt nur die Gewinne, die aus verkauften Grundstücken erzielt werden, versteuert werden sollen. Wenn man eine Wertzuwachssteuer einführen will, warum soll man sie nicht überall da anwenden, wo überhaupt ein Gewinn erzielt worden ist? Herr Schär sagt, gerade der Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken sei gegenwärtig lukrativ und da sei heute viel Geld verdient worden. Sowenig wir dem Grundsatze zustimmen können, man solle die Genossenschaften verschiedener Art so besteuern, wie es für den Fiskus am meisten abwerfe, so sagten wir uns auch da, dass es nicht richtig sei, nur die Gewinne aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Grundstücke zu besteuern. Wir glauben, aus diesem Grunde den Antrag des Herrn Schär nicht annehmen zu können.

Die Kommission findet es auch nicht richtig, hier in den Verfassungsartikel über die Wiederholung der Kriegssteuer den Gedanken der Wertzuwachssteuer aufzunehmen, der nach 10 Jahren, wenn dieser Verfassungsartikel von selbst dahingefallen sein wird, weil die Steuern bezahlt sind, auch nicht mehr angewendet werden könnte. Soll dann der Wertzuwachs wieder unbesteuert sein? Das wäre nicht richtig gegenüber denjenigen, die während dieser 10 Jahre die Steuer bezahlt haben.

Die Kommission hat sich wiederholt dahin ausgesprochen, sie sei einer solchen Wertzuwachssteuer durchaus nicht abgeneigt, aber man hält für richtig, eine besondere Vorlage zu machen, welche überhaupt die verschiedenen Arten von Wertzuwachs heranzieht, Gültigkeit hat über die Zeit der Kriegssteuererhebung hinaus.

Diese Gründe waren im wesentlichen massgebend für die Ablehnung des Antrages des Herrn Schär.

M. **Musy**, rapporteur français de la commission: M. Schär propose l'institution d'un impôt sur les bénéfices obtenus à l'occasion de réalisations immobilières. Je ne puis que me joindre à la conclusion de M. Eugster et vous demander avec lui le rejet de cette proposition. L'impôt de guerre comporte l'imposition de la fortune et l'imposition du produit du travail. M. Schär voudrait à côté de ces deux impositions introduire un troisième impôt: l'impôt sur les bénéfices à l'occasion des réalisations immobilières. Il s'agirait d'un impôt spécial ne rentrant pas dans le cadre de l'article constitutionnel que nous élaborons. Il est étranger à l'économie du projet. C'est un impôt continu à type normal, tandis que la contribution de guerre que nous vous proposons a un caractère extraordinaire et serait perçue en trois périodes échelonnées sur dix ans. L'impôt auquel songe M. Schär serait perçu régulièrement et d'une façon continue pendant 10 ans. Je suppose au moins qu'il préconise une création définitive à l'occasion de chaque bénéfice réalisé sur les ventes d'immeubles. Par qui cette perception serait-elle faite? Par les cantons, par les communes ou par une organisation fédérale créée dans ce but? M. Schär ne le dit pas.

M. Gaudard avait fait, en son temps, comme on vous l'a dit, une proposition à peu près analogue. Il voulait frapper d'un impôt spécial les fortunes qui se sont accrues pendant la guerre. Il s'agissait en réalité d'une sorte de taxe de mieux-value qui devait frapper toutes les augmentations de fortune. Cette taxe de mieux-value nous est apparue comme une seconde imposition des bénéfices de guerre accumulés pour constituer une fortune. Cet impôt spécial nous a semblé faire double emploi avec l'impôt sur les bénéfices de guerre qui frappe déjà l'augmentation de la fortune au fur et à mesure qu'elle s'effectue. Après avoir sous la forme que vous connaissez prélevé le 42 % sur les bénéfices de guerre, nous persistons à croire qu'il n'est pas opportun de frapper à nouveau par l'application d'une deuxième taxe extraordinaire.

L'impôt auquel a songé M. Schär a été introduit dans différents cantons, sauf erreur en Argovie, sous la forme d'une taxe atteignant la diffférence entre la taxe cadastrale d'un immeuble et le chiffre de la réalisation. Exemple: taxe cadastrale: 50,000 francs, vente: 100,000 fr. Le fisc perçoit, outre les droits de mutation ordinaires, un impôt spécial sur la différence de 50,000 francs.

On l'a dit souvent: Les cantons sont dans la nécessité d'améliorer leur fiscalité. Ils pourront le faire en réalisant à leur profit le projet de M. Schär.

Je vous prie de rejeter la proposition de M. Schär parce que l'impôt qu'il préconise est un impôt spécial totalement étranger à l'impôt de guerre que nous voulons instituer.

Jenny (Bern): Gestatten Sie mir zu dem Antrag des Herrn Schär einige ganz kurze Bemerkungen. Es soll nicht geleugnet werden, dass die Wertzuwachssteuer an sich durchaus gerechtfertigt ist und dass dieser Gedanke nicht ohne weiteres abgelehnt werden kann. Die Einführung dieser Steuer ist aber nicht so einfach, wie Herr Schär sich vorstellt. Dieselbe würde ohne Zweifel auf ernsthafte gesetzgeberische Schwierigkeiten stossen. Darin ist wohl auch der Grund zu suchen, warum bis anhin auf kantonalen Gebieten in dieser Richtung so wenig erreicht worden ist, warum die Versuche, die in den Kantonen gemacht worden sind, bis zur Stunde so wenig positive Arbeit zutage gefördert haben. Wir können auf Basel-Stadt verweisen, dessen Vorgänge in bezug auf die Einfüh-

rung der Wertzuwachssteuer Herrn Dr. Schär bekannt sein sollten. Hier wurde der Versuch gemacht, die Steuer auf einem städtischen Gebiet einzuführen. Der Entwurf wurde von den Behörden angenommen, vom fortschrittlichen Basler Volk aber mit grossem Mehr verworfen.

Ganz ausgeschlossen scheint mir nun eine Verquickung der Wertzuwachssteuer mit der Kriegssteuer schon deshalb, weil damit unsere Arbeit für die Einführung der Kriegssteuer auf unabsehbare Zeit verschoben werden muss und weil die Kriegssteuer im Volke ernsthaft gefährdet wird. Herr Schär hat sich wahscheinlich zu wenig Rechenschaft darüber gegeben, dass die Wertzuwachssteuer dazu führen wird, die Finanzen der Kantone ganz empfindlich zu schädigen. Es darf nicht übersehen werden, dass die Wertzuwachssteuer eine Bedrohung der Handänderungsgebühr bedeutet, die ja in den meisten Kantonen eine sichere und bedeutende Finanzquelle ist. Es wird den Kantonen wenig geholfen sein, wenn wir ihnen eine sichere Einnahmequelle wegnehmen, um ihnen nach Antrag des Herrn Schär ein Almosen zu geben.

Die Wertzuwachssteuer betritt ein durchaus neues Steuer- und Fiskalgebiet, das noch wenig abgeklärt ist und das mit aller Gründlichkeit und Musse bearbeitet sein will. Jedenfalls geht es nicht an, eine derart schwierige Steuermassnahme mit der Kriegssteuer zu verquicken. Die Verhältnisse in unserem Land sind ausserordentlich verschiedene, so dass es besser ist, wenn wir die Einführung dieser Steuer den Kantonen und Gemeinden überlassen, denen die Verhältnisse näher liegen. Von diesem Gesichtspunkt geleitet, haben es beispielsweise die Behörden des Kantons Bern für zweckmässig gefunden, bei der Beratung der Wertzuwachssteuer, die allerdings noch nicht eingeführt und noch nicht angenommen ist, kantonale Grundlagen festzustellen, aber die Einführung den Gemeinden zu überlassen. Die Grundlagen für die Erhebung der Steuern sind im Kanton sehr ungleich, die Bodenpreise sind nicht gleichmässig gestiegen. In einigen Bezirken sind sie wenig gestiegen, in andern wesentlich, in andern gar nicht, so dass die tatsächlichen Gründe für diese Mehrwertssteuer vielerorts nicht vorhanden sind und anderseits die Kosten für die Erhebung der Steuer in vielen Bezirken kaum den Ertrag decken würden. Die hauptsächlichsten Bodengewinne werden in der Umgebung grosser Städte oder industrieller Ortschaften gemacht, die in starker Entwicklung begriffen sind. Da lohnt es sich, die Steuer einzuführen, da lohnen sich auch die Erhebungskosten.

Noch einige Bemerkungen in bezug auf die Schwierigkeit der Durchführung dieser Steuermassnahme. Wir haben bekanntlich verschiedene Steuersysteme, auf die ich hier nicht eintreten will. Wie soll die Steuererhebung organisiert werden? Wer soll der Steuer unterworfen werden? Soll man die Steuer auf Spekulationsgewinne beschränken, und wie soll der Begriff der Spekulation festgestellt werden? Oder soll ganz allgemein, wie das aus dem Antrag des Herrn Schär hervorgeht, jede Handänderung, die einen Mehrwert erzielt, der Steuer unterworfen werden? Wie soll es beispielsweise gehalten sein, wenn ein Landwirt, der 20 oder 25 Jahre lang ein Gütchen mühsam, im Schweisse seines Angesichtes bewirtschaftet hat, alt und grau geworden ist, nun durch die Verhältnisse gezwungen wird, die Liegenschaft zu veräussern und einen Mehrwert erzielt? Wie soll dieser Mehrwert besteuert werden? Wie soll es gehalten sein, wenn ein Familienvater seinen Nachkommen eine Liegenschaft zuweist mit einem Schatzungswert, der wesentlich höher ist als der Ankaufspreis, den er seinerzeit bezahlt hat?

Man wird nun einwenden, wie das auch von Herrn Schär gemacht worden ist, es solle nur der unverdiente Gewinn gefasst werden, es sollen die im Laufe der Jahre gemachten Aufwendungen vom erzielten Mehrwert abgezogen werden. Das nimmt sich in der Theorie sehr schön aus, stösst aber auf praktische Schwierigkeiten. Wir wissen alle, wie unsere Leute in der Landwirtschaft oder auch in andern Berufskreisen nur dürftig oder gar nicht Buch halten. So liegt dann eine Aufzeichnung nicht vor für alle diese Aufwendungen, die im Laufe der Jahre gemacht worden sind, die in Anrechnung gebracht werden müssen. Wir haben keine Anhaltspunkte über die verschiedenen Meliorationen, über die Anlage von Feldwegen und Strassen, über die baulichen Reparaturen usw., welche zu einer Erhöhung des Gutwertes beigetragen haben. Der Mann hat sich nicht vorgestellt vor 20 Jahren, dass er bei einem spätern Verkauf seiner Liegenschaft der Oeffentlichkeit Rechenschaft ablegen müsse über alles, was er geleistet hat. Wir stehen vor einem schwierigen Problem, wo wir befürchten müssen, dass bei der Ausmittlung des Mehrwertes Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten platzgreifen und die ganze Massnahme schikanös ausartet.

Ich frage Sie im weiteren: Ist jeder Mehrwert, der da erzielt wird, ein Gewinn? Wenn ein Landwirt beispielsweise eine Liegenschaft vor 10 oder 15 Jahren für Fr. 50,000 angekauft hat und dieselbe heute für Fr. 75,000 verkauft, ist das ein Gewinn, der der Besteuerung unterworfen werden darf, oder ist das nicht ein Aequivalent für den gesunkenen Geldwert? Ich habe letzter Tage Gelegenheit gehabt, einer Kommissionssitzung beizuwohnen, in welcher wir die Teuerungszulagen für die bernische Lehrerschaft neu geordnet haben. In der Eingabe der bernischen Lehrerschaft wurde geltend gemacht, die Kaufkraft des Geldes sei heute so bedeutend herabgesunken, dass ein Franken nur noch 44 Rp. Wert habe. Wenn Sie dieses Beispiel auf den Liegenschaftsverkehr anwenden, so müsste dieser Mann, der vor 15 Jahren für Fr. 50,000 gekauft hat, heute mehr als Fr. 100,000 lösen, ohne einen Gewinn zu erzielen. Ein anderes Beispiel. Ich hatte Gelegenheit, im Frühjahr bei einem Liegenschaftsankauf zuhanden des Staates Bern mitzuwirken. Der Mann hatte einen schönen Mehrerlös erzielt. Das hat ihn veranlasst, das Gut zu verkaufen, indem er sich dachte, er könne ein grösseres Gut kaufen, um seine vielen Kinder zu beschäftigen. Allein der Mann hat eine falsche Rechnung gemacht. Er hat allerdings gegenüber dem Kaufpreis vor 15 Jahren einen bedeutenden Mehrerlös erzielt. Als er aber hinging und ein anderes Gut kaufen wollte, sah er, dass er nicht nur keinen Gewinn erzielt hat, sondern dass er sich eine schwere Schädigung zugezogen hat, und diesen Mann wollen Sie besteuern?

Ich glaube, diese Beispiele genügen, um Ihnen zu zeigen, wie ungemein schwierig es ist, eine derartige Wertzuwachssteuer einzuführen und dass es besser ist, im Bunde nicht zu legiferieren. Wir stehen hier der Sache zu fern. Die Wertzuwachssteuer, die für viele Verhältnisse durchaus berechtigt ist, ich stehe dazu, wird besser den Kantonen und Gemeinden überlassen.

Nun eine letzte Betrachtung, die uns veranlassen muss, den Antrag Schär zurückzuweisen. Wir haben schon zu wiederholten Malen hier im Rate uns gegenseitig über die Verteilung der Steuergebiete zwischen Bund und Kantonen unterhalten. Vor dem Krieg war bekanntlich die Sache so geordnet, dass den Kantonen die direkten, dem Bund die indirekten Steuern zufielen. Die Kriegsverhältnisse haben den Bund dazu geführt, nun auch in das Steuergebiet der Kantone einzugreifen; wir haben bereits die Stempelsteuer eingeführt, also ein Gebiet betreten, das vorher den Kantonen ausschliesslich vorbehalten war. Wir haben aber, um die Kantone nicht zu sehr zu stören und zu beeinträchtigen, dieses Gebiet beschränkt und die Kantone entschädigt. Der Bund war gezwungen, zur Kriegssteuer überzugehen, eine vorübergehende Steuer zu erheben, die in Zukunft den Haushalt der Kantone dann nicht mehr stören soll. Nachdem wir die Sache so geordnet haben, geht es nicht an, dass wir bei jeder Gelegenheit uns Uebergriffe in die Steuerhoheit der Kantone erlauben. Die Kantone müssen wissen, woran sie sind. Auch sie sind in einer schwierigen Lage, auch sie müssen nach Finanzquellen suchen, sie müssen ihre Steuerverhältnisse neu ordnen. Das können sie nur, wenn sie ganz genau wissen, was ihnen gehört und was dem Bund gehört. Wenn wir bei jeder Gelegenheit hier im Rat Postulate stellen, die neuerdings in die Steuerhoheit der Kantone eingreifen, so ist das eine Quelle der Beunruhigung für die Kantone. Das ist mit ein Grund, warum ich den Antrag Schär ablehne.

Seiler (Liestal): Nach den eingehenden Ausführungen meines Herrn Vorredners über die grundsätzliche Seite kann ich mich kurz fassen. Ich möchte nur die referendumspolitische Seite dieser Frage unterstreichen und hier erklären, dass Sie es hier mit dem geschlossenen Widerstand der organisierten Haus- und Grundbesitzer zu tun haben werden. Diese Kategorie wird diese Bestimmung als eine einseitige Belastung eines einzelnen Standes auffassen und gegen die Vorlage stimmen müssen. Ich denke, das wird schon Grund genug sein, um gegen diesen Vorschlag zu stimmen.

Ich kann daher auch verzichten, näher auf die zutreffenden Ausführungen des Herrn Jenny einzutreten. Nur eine Kuriosität und eine Ungerechtigkeit möchte ich noch erwähnen. Herr Schär will nämlich diese Wertzuwachssteuer nur von denjenigen erheben, die ohnehin schon steuerpflichtig sind, also von den Liegenschaftenbesitzern, die in der Eidgenossenschaft wohnen. Die Ausländer aber, die nicht in der Eidgenossenschaft wohnen, sind dann nicht steuerpflichtig. Schon nach dieser Richtung muss daher der Vorschlag des Herrn Schär abgelehnt werden. Wenn man die Vorlage zu Fall bringen will, muss man nur diese Bestimmung in die Kriegssteuervorlage aufnehmen. Ich beantrage Ihnen Ablehnung des Antrages Schär.

Müller (Bern): Herr Kommissionspräsident Eugster hat Ihnen mitgeteilt, dass sich die Kommission gegen einen derartigen Artikel ausgesprochen habe. Aber ich glaube, er sei in Begründung der Kommissionsargumente über seine Aufgabe hinausgegangen; denn es hat sich in der Kommission in keiner Weise darum gehandelt, ob wir eventuell ein Gesetz erlassen und empfehlen können, das auf einer breiteren Grundlage beruhe und den Wertzuwachs in allen Formen einer Sonderbesteuerung unterwerfe. Das ist niemals die Meinung der Kommisssion gewesen, und zwar deshalb, weil die Besteuerung des Wertzuwachses ein so bestimmt begrenztes Gebiet ist, dass es mit keinem andern Steuerobjekt zusammengeworfen werden kann. Wenn wir hier auf die Wertzuwachssteuer eintreten wollen und über die Frage diskutieren, ob sie im Grundsatz in dieses Bundessteuergesetz aufgenommen werden solle, so bin ich durchaus einverstanden mit Herrn Jenny, dass man vor allem zuerst wissen muss, um was es sich handelt und über was wir diskutieren, wenn wir uns über die Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung einer derartigen Aufnahme aussprechen wollen. Man muss darüber im klaren sein, dass die Grundrente ihre Entstehung und mit ihr die Entstehung des Wertzuwachses ein völlig in sich abgeschlossenes Gebiet ist, das von dem hier schon mehrfach erwähnten grossen Nationalökonomen David Riccardo durchforschte und dessen Gesetze, die Gesetze der Grundrentenbildung und des Wertzuwachses, wohl für alle Zeiten von ihm abschliessssend dargelegt und formuliert worden sind. Es handelt sich nicht um die Besteuerung des Wertzuwachses, der in irgend einer Form auf Arbeit oder Kapitalaufwand zurückzuführen ist, sondern es handelt sich ganz ausschliesslich darum, den unverdienten Wertzuwachs, den mühelosen Gewinn zu besteuern. Sobald man sich auf diese engere Fassung beschränkt, erklärt sich darum auch die Berechtigung, bei dem Wertzuwachs eine ganz andere Besteuerung anwenden zu können und anwenden zu müssen, als es bei andern Steuerobjekten der Fall ist. Persönlich halte ich dafür, dass wir mit der Wertzuwachssteuer ohne Bedenken auf 50 % des wirklich ermittelten, nicht verdienten Wertzuwachses abstellen können und würde persönlich aus sozialpolitischen Erwägungen heraus nicht das geringste Bedenken tragen, den unverdienten Wertzuwachs an Grundstücken mit 100 % zu besteuern, also wegzusteuern, wenn das überhaupt möglich wäre und nicht die praktischen Schwierigkeiten der Ermittlung, die Herr Jenny auseinandergesetzt hat, in der Tat dazu führen müssten, auch theoretisch nicht die völlige Wegsteuerung, sondern bloss einen Prozentsatz ins Auge zu fassen, weil die Feststellung des Wertzuwachses eine durchaus nicht leichte Sache ist. Ich verweise dabei auf das von Herrn Musy erwähnte Beispiel aus dem Kanton Aargau, wonach dort ein Gesetz in Vorbereitung oder bereits erlassen sei, wonach der Unterschied zwischen der

Grundsteuerschatzung und dem Verkaufspreis als Wertzuwachs betrachtet werde. Das wäre ein so rohes und mechanisches Verfahren, dass ich einer derartigen Vorlage niemals die Zustimmung geben könnte, weil daraus nicht annähernd auf den unverdienten mühelosen Gewinn, der entstanden ist ohne eigenes Dazutun, geschlossen werden kann.

Woher kommt dieser mühelose Gewinn, den wir der Steuer unterwerfen wollen und den wir zuallererst ermitteln müssen, damit wir ihn einer scharfen Besteuerung unterziehen können? Er entsteht aus der Grundrente, und diese entsteht ihrerseits nicht ohne weiteres, sondern dann, wenn in einem bestimmten bewohnten Bezirk sich die Nachfrage als grösser erweist als das Angebot. Infolgedessen steigen die Mieten, und die weitere Folge ist, dass auch die Notwendigkeit eintritt, die bauliche Entwicklung auszudehnen und das Land, das vorher für Bauzwecke nicht lohnte, nunmehr Bauwert erhält. Damit steigen aber die Mietpreise immer mehr, und infolgedessen steigt der Preis von Grund und Boden. Alles das vollzieht sich, ohne dass der Eigentümer nur einen Finger zu rühren braucht. Wir haben Beispiele genug von exorbitanten Wertsteigerungen in allen Städten. Ich kann natürlich in erster Linie von Bern sprechen. Da geben uns die Verhältnisse beim Bau der Kornhausbrücke ein typisches Beispiel. Bevor die Kornhausbrücke gebaut war, war drüben das Land wie geeignet für die Bautätigkeit. Aber es war wegen der fehlenden Verkehrsverbindung tatsächlich weit entfernt von der Stadt, der Wert des Landes auf dem Spitalacker deshalb ein bloss landwirtschaftlicher. Kaum war der Bau der Brücke beschlossen worden, sind die Preise dort sprungweise hinaufgegangen, um das 20- und 50fache über die Grundsteuerschatzung hinaus. Leute, die dort Grundstücke hatten, sind über Nacht Millionäre geworden, ohne die geringste eigene Arbeit. Aus diesen Erfahrungen heraus spreche ich mich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag von Herrn Schär aus, die Sache von Bundes wegen zu ordnen und das als Bundeseinnahme erklären zu wollen, was aus unverdientem Wertzuwachs und mühelosem Gewinn zur Versteuerung herangezogen werden kann.

Das ist so sehr Sache der Gemeinden und durch die Tätigkeit und das Wachstum der Gemeinden verursacht, dass ich niemals zustimmen kann, dass dies von Bundes wegen geordnet werde. Ich bin auch dagegen, dass sie als kantonale Steuer erklärt werde, bin aber der Meinung, dass die Kantone einen Anteil von diesem Wertzuwachs erhalten sollen, weil selbstverständlich auch der Kanton durch seine Eisenbahnpolitik oder durch die Verkehrspolitik im allgemeinen selbst dazu beitragen kann, Wertzuwachs mit zu schaffen. Aber ich wiederhole, in keiner Weise eignet sich dieses Steuerobjekt als Bundessteuer; das Beispiel vom Deutschen Reiche sollte genügen. Die Wertzuwachssteuer, in England erkannt und formuliert, ist ausnahmslos zuerst in den grossen Städten Deutschlands eingeführt worden; nachher haben die Bodenreformer aus theoretischen Gründen, um den Gedanken allgemein zu verwirklichen, auf dem ganzen Reichsgebiet eine Reichswertzuwachssteuer postuliert, und es ist auch ein bezügliches Gesetz erlassen worden. Nach wenig Jahren ist aber dieses wieder ausser Kraft gesetzt worden, weil es sich als völlig ungeeignet erwiesen hat.

Die Gemeinden sind in der Lage, diese Wertzuwachssteuer mit allen ihren Feinheiten zu erfassen und zu beurteilen. Der Bund wird hiezu nicht in der Lage sein und auch die Kantone nicht, jedenfalls nicht in dem Masse wie die Gemeinden, und deshalb haben wir bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Kanton Bern auf meinen Antrag die Autonomie der Gemeinden aufgenommen, so dass das Gesetz auch im Kanton Bern ein blosses Rahmengesetz sein wird, das die Grundsätze festlegt, im übrigen aber die Ausführungen der Wertzuwachssteuer den Gemeinden überlässt. Ich glaube, das sei die richtige Lösung. Die Sache soll sich nach und nach, von unten auf, entwickeln und so, auf diesem Wege, wird die Wertzuwachssteuer ihre Verbreitung gewinnen. Ich würde es sozialpolitisch für eine der grössten Errungenschaften halten, wenn wir die Wertzuwachsbesteuerung in einer solchen Weise ausbilden könnten, dass der Ertrag gleich null würde, denn dann würde dieser ungerechtfertigte Gewinnzuwachs durch die Wegbesteuerung hinfällig werden, und die Wertzuwachsbesteuerung hätte ihren sozialen Zweck erfüllt. Solange das nicht der Fall ist, wird sie eine ergiebige fiskalische Wirkung haben. Aber der Wert der Wertzuwachsbesteuerung liegt nicht im fiskalischen, sondern im sozialpolitischen Interesse, um diesen mühelosen Gewinn überhaupt zu reduzieren. Aus allen diesen Gründen möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag des Herrn Dr. Schär abzulehnen.

Schär (Basel): Ich habe erwartet, dass der Vorschlag auf Einführung des Systems der Wertzuwachssteuer in diese Vorlage Opposition erwecken würde. Das geht mit allen neuen Ideen so, und auch in andern Ländern ist diese Idee nicht auf den ersten Anhieb verwirklicht worden. Dagegen habe ich die Ueberzeugung, das in wenig Jahren oder Jahrzehnten sich auch der Bund mit dieser Steuer befassen wird und sie unter Umständen als eine Stütze seines Finanzprogrammes beanspruchen müsste, wenn sie heute nicht genehm ist.

Ich habe es nicht als notwendig erachtet, über die Art und Weise, wie diese Wertzuwachssteuer begründet werden soll, in diesem Kreise noch viel auszuführen. Ich darf doch wohl voraussetzen, dass einem Mitglied des Nationalrates einigermassen die Theorie der Bodenreform, ob er sie billigt oder nicht, bekannt ist und dass er die theoretischen Argumente, die für eine solche Steuer sprechen, kennt. Ich wollte die Zeit nicht überflüssigerweise länger in Anspruch nehmen, als es notwendig war, und darum bin ich auf die theoretische Begründung der Zuwachssteuer auf Grund und Boden nicht eingetreten. Immerhin muss ich mir heute einige Bemerkungen erlauben in dieser Hinsicht. Herr Gustav Müller hat das einigermassen getan. Es wurde von anderer Seite erklärt, dass eine allgemeine Zuwachssteuer eventuell geprüft werden könne, aber man könne nicht einsehen, warum auf Grund und Boden eine spezielle Steuer nötig sei. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass «Blut eben ein ganz besonderer Saft ist» und «Grund und Bo-

den ist auch etwas ganz Besonderes». Es kann der Privateigentümer mit dem Grund und Boden nicht so verfahren wie mit irgend einem andern Gut. Es hat sich speziell während des Krieges gezeigt, dass die Besitzer von Grund und Boden angehalten werden, sich ihres Amtes als Verwalter dieses Gutes würdig zu erweisen. Man legt ihnen eine Verpflichtung betreffend die Bebauung von Grund und Boden auf und stellt eingehende Vorschriften darüber auf. Daraus geht doch schon hervor, dass Grund und Boden nicht gleich behandelt werden kann wie irgend ein Stück Geld oder ein Möbel. Ich betone nun, auf Grund dieses Monopols erhöht sich die Grundrente und durch die Aufwendungen der Allgemeinheit sind diese Mehrwerte entstanden; das ist eine Binsenwahrheit, die ich nicht glaubte wiederholen zu müssen.

Nun möchte ich doch noch gegenüber dem etwas lokalegoistischen Standpunkt des Stadtpräsidenten von Bern darauf hinweisen, dass die Grundstückwertsteigerung eben nicht ausschliesslich durch Gemeindeaufwendungen entsteht, sondern dass auch Kantone und sogar der Bund unter Umständen mitwirken. Herr Müller wird nicht bestreiten wollen, dass, wenn Bern nicht Bundesstadt wäre, in Bern der Grund und Boden nicht in dem Masse eine Wertsteigerung erfahren hätte, wie es tatsächlich der Fall ist. Es hätte gerade hier der Bund doppelten Anspruch auf die Beteiligung an dieser Zuwachsrente.

Ich möchte noch auf einen andern Punkt eintreten. Herr Müller hat erklärt, die Zentralbehörde könne die Veranlagung der Steuer nicht durchführen, es habe sich das in Deutschland gezeigt, und es sei sehr schwierig. Aber ich frage: Wer veranlagt die Kriegssteuer? Hat der Bund Steuerorgane in jeder Gemeinde, in jedem Kanton? Nein. Er zieht die kantonalen Beamten zu dieser Erhebung heran und in den Gemeinden die Gemeindebeamten. Es würde also auch bezüglich der Wertzuwachssteuer keine andere Organisation notwendig sein.

Wenn in Deutschland die Zuwachssteuer bei der grossen Finanzreform wieder gefallen ist, nachdem sie bei der kleinen Finanzreform als Reichssteuer eingeführt worden ist, so hat das seinen Grund im Widerstand der Interessenten. Die erste Steuer ist in den Kommissionsberatungen des Reichstags eingeführt worden und sie ist wieder in den Kommissionsberatungen des Reichstags verschwunden. Das hat seinen Grund in den Machtverhältnissen und den Verschiebungen der Mehrheitsverhältnisse, die natürlich nicht in ähnlich demokratischer Art und Weise zustandekommen wie bei uns. Das spricht aber absolut nicht für und gegen das System. Ich habe es nur erwähnt, um zu zeigen, dass man in der Notlage unter Umständen auch von der Zentralverwaltung, vom Bundesstaate aus, zu einer solchen Steuer greifen kann.

Nun ist auch von seite der Landwirtschaft gegen diese Steuer ein Einwand erhoben worden, den ich schon in meiner ersten Ausführung vorweggenommen habe. Ich habe ausdrücklich erklärt, dass nur der unverdiente Wertzuwachs versteuert werden soll, nicht derjenige, der auf Meliorationen zurückzuführen ist; aber wenn auch nach dieser Richtung zum ursprünglichen Erwerbspreis large Zuschläge gemacht werden, so wird sich doch meist noch eine Differenz ergeben, die meines Erachtens mit Recht zu einer erhöhten Steuer herangezogen werden kann. Auch ist nicht richtig, dass Veräussserungen innerhalb der Familie durch diese Steuer getroffen werden müssen. Dieser Fall, der Erbgang, soll ausgenommen sein in den Ausführungsbestimmungen. Es dürfte sich das auch aus dem Wortlaut meines Antrages ergeben, und ich möchte hier auch gegenüber Herrn Kollege Seiler betonen, dass selbstverständlich Ausländer auch durch die Redaktion meines Vorschlages nicht von der Steuer befreit sein sollen, sowenig sie bei den übrigen Kategorien befreit sind. Herr Kollege Seiler wird doch nicht behaupten können, dass nach den bisherigen Abschnitten, die wir durchberaten haben, die Ausländer, die unter eine von diesen Kategorien fallen, nun heute steuerfrei seien in der Schweiz. Sondern wenn ein Ausländer in der Schweiz Vermögen besitzt, Grundstücke, wird er für dieses Grundstückvermögen herangezogen werden zur Steuer.

Ich kann mich, trotzdem ich weiss, dass der vorliegende Antrag nicht die Mehrheit finden wird, doch nicht entschliessen, denselben zurückzuziehen. Gewisse Ideen müssen einmal propagiert werden, wenn sie vielleicht auch erstmals mit kleiner Stimmenzahl unterliegen. Ich möchte Sie nur auf das Schicksal der Tantiemensteuer aufmerksam machen. Diese hat seinerzeit auch nicht viel Anhänger gefunden. Heute ist sie verwirklicht in dieser Vorlage. Es hat niemand mehr dagegen Opposition erhoben, und so wird es wahrscheinlich auch einmal mit der Grundstückwertzuwachssteuer ergehen. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Schär (Basel)	10 Stimmen
Dagegen	87 Stimmen

Ziffer 8.

M. le **Président:** Je donnerai la parole aux deux rapporteurs de la commission, puis à M. Maunoir pour développer sa proposition, aux autres membres de la commission et enfin aux auteurs des amendements.

MM. Schär et Keller ont déposé deux nouveaux amendements qui seront développés ensuite.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Ziffer 8 sind die ersten 4 Literae ohne Veränderung geblieben. Neu sind hinzugefügt worden lit. e und f, und zwar lit. e «gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfes». Die Kommission hat gefunden, dass diesem Wunsche Rechnung getragen werden solle, da die Beschaffung von Wohnungen in verschiedenen Städten eine dringende Notwendigkeit geworden ist, und es sich rechtfertige, solche Unternehmungen zu unterstützen, wenn sie keinen Erwerbszweck verfolgen, sondern gemeinnützige Unternehmungen

sind. Ich glaube, dies braucht wohl keine weitern Erläuterungen.

Ich möchte noch ein Wort hinzufügen. Es hat Herr Schär den Satz aufgestellt: «Gemeinnützige und genossenschaftliche Selbsthilfeunternehmungen» usw. Ich glaube, dass Herr Schär ausdrücklich betonen wollte, dass Genossenschaften, welche diesen Zweck erfüllen, auch steuerfrei sein sollen. Die Kommission hat das ganz sicher von Anfang an im Auge gehabt, sie wollte nicht unterscheiden, in welcher Form diese Unternehmungen gebildet sind, sondern sie wollte es davon abhängig machen, ob der Zweck ein gemeinnütziger sei. Wenn eine solche Unternehmung einen Gewinn erzielt, ist sie nicht zur Steuerbefreiung berechtigt; worauf es allein ankommt, ist der gemeinnützige Zweck. Die Form der Genossenschaft bildet selbstverständlich kein Hindernis.

In bezug auf lit. f im Entwurf, bzw. lit. e im ersten Entwurf des Bundesrates, wären die konzessionierten Transportanstalten frei, wenn sie keine Dividende verteilen können. So war es schon bei der ersten Kriegssteuer. Die neue lit. f soll den Wortlaut erhalten: «Die konzessionierten Transportanstalten, die keinen Reinertrag erzielen». Es wird nicht darauf abgestellt, ob diese Transportanstalten Dividenden bezahlen, sondern ob überhaupt ein Reinertrag herausgeschaut hat.

Herr Maunoir hat diesen Gedanken der Befreiung aufgenommen nicht nur für die konzessionierten Transportanstalten, sondern für sämtliche Gesellschaften, die keinen Reinertrag erzielen. Die Kommission stimmt diesem Antrag nicht zu, weil sie es als zu weitgehend erachtet, alle Gesellschaften, die keinen Reinertrag erzielen, frei ausgehen zu lassen.

Herr Michel hat einen Antrag gestellt, welcher noch weiter geht als der von Herrn Maunoir. Herr Michel wird nachher Gelegenheit bekommen, seinen Antrag zu begründen. Ich will mir nicht erlauben, auf die Besprechung vorher einzutreten, bevor ich die Begründung gehört habe. Das sind die wesentlichen Aenderungen gegenüber Ziffer 8 der Vorlage.

Herr Keller hat seinen Antrag auch noch nicht begründet. Ebenso will ich in diesem Stadium der Verhandlungen noch nicht auf den Antrag Stadlin eintreten.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. Vous pouvez accepter les propositions faites par la commission en ce qui concerne les exonérations. C'est en réalité le système adopté à l'occasion du premier impôt de guerre. Je suis très heureux de pouvoir dire que l'administration de l'impôt l'a appliqué en tenant compte de toutes les situations et nous espérons qu'à l'avenir elle continuera à l'interpréter de la même manière à l'avenir. Ce serait aller trop loin que d'exonérer toutes les entreprises considérées comme ayant un caractère d'utilité publique. Il faut exonérer la Confédération, les cantons et les communes ainsi que les paroisses dans la mesure où leurs biens ainsi que le revenu de ces biens sont affectés au service public. Nous acceptons l'exonération des corporations et autres établissements dont le revenu est affecté au culte, à l'instruction et à l'assistance des pauvres. La portée de la proposition Keller m'échappe. Je ne vois pas exactement à quoi elle tend et je ne voudrais pas l'adopter sans me rendre compte par avance de ses conséquences. Par conséquent je ne crois pas que nous puissions aller aussi loin que M. Keller le désire.

A l'occasion de la discussion qui a eu lieu lors de l'élaboration du premier projet on a longuement discuté sur la portée de l'exonération en faveur des entreprises de transport. La plupart des chemins de fer à voie secondaire ou normale qui ne sont pas la propriété de l'Etat traversent une période très difficile. Il est, dès lors, indiqué d'exonérer de l'impôt de guerre ces sociétés, dans la mesure où elles n'ont pas réparti de dividende, ou pas réalisé de bénéfice net. Je crois que nous pourrions accepter la proposition de M. Maunoir. Quant aux entreprises de transport qui font une administration saine et prudente, clairvoyante, en constituant des réserves, en versant au fonds de renouvellement, j'aurais été partisan de la première formule, dès qu'il n'y a pas de dividende distribué. La formule de la commission qui veut exonérer toutes les sociétés ne faisant pas de bénéfice net permettrait, par conséquent, d'imposer les sociétés qui auraient versé, en dehors du fonds de renouvellement, par exemple, un montant au fonds d'amortissement ou au fonds de reserve d'exploitation. Cette formule s'appliquerait à toutes les sociétés dont le bénéfice est plus que suffisant à couvrir les amortissements qui sont la compensation de la moins-value résultant de l'exploitation. Je crois qu'on aurait très bien pu exonérer les sociétés de transport qui ne distribuent pas de dividendes, même si à côté du service du fonds de renouvellement elles constituent un fonds d'amortissement ou d'exploitation. Nous devons favoriser ces oeuvres qui ont un caractère d'utilité publique. Elles ont travaillé à perte, très souvent, pendant la guerre; elles ont été bien éprouvées. Je crois que si l'une ou l'autre de ces sociétés, en raison des circonstances spéciales, a constitué quelques réserves, en particulier d'exploitation, j'aurais préféré qu'on les exonérât complètement et qu'on admît en principe la solution du Conseil fédéral. La constitution d'un fonds de réserve destiné à assurer l'exploitation ne doit pas empêcher l'exonération de l'impôt.

Je connais la situation de certaines sociétés anonymes de chemins de fer à voie secondaire qui se débattent dans des difficultés financières extrêmes. Elles ont du recourir à la réduction du capital-actions, reconstituer un capital-actions supplémentaire par l'appel aux cantons, aux communes et aux paroisses.

En général, il ne s'agit pas du capital de particuliers, il n'y a guère que ceux qui ont un intérêt direct à l'exploitation qui font des sacrifices; c'est donc de l'argent apporté par l'Etat et les communes. Il est dès lors de bonne politique d'accorder un régime d'exonération très large à des oeuvres dont la prospérité intéresse l'ensemble du pays.

M. **Maunoir:** Je n'ai pas le sentiment que l'amendement que je vous propose ait été discuté d'une façon approfondie dans la commission. M. Eugster nous dit qu'il a été rejeté. D'un autre côté M. Musy ne se souvient pas si oui ou non il a été discuté. A vrai dire, il rentrait dans la catégorie des derniers articles qu'un peu hâtivement la commission réduite à huit membres,

le jour même de son départ, a examinés et sur lesquels elle s'est prononcée peut-être sans un examen suffisamment approfondi.

Puisqu'il y a quelques articles déjà renvoyés à la commission, j'espère que si, après mes explications, vous êtes convaincus qu'il y a quelque chose à faire, vous voudrez bien comprendre cette proposition au nombre de celles qui méritent un examen encore plus approfondi.

Qu'est-ce qui nous a dicté, à nous les signataires, cet amendement? Nous trouvons qu'il y a une certaine analogie entre la situation des sociétés hôtelières par exemple qui ont traversé une crise énorme pendant la guerre avec les sociétés de transport concessionnaires qui ont été pour des raisons identiques dans la même situation. Vous pouvez parcourir à droite, à gauche et dans le centre de la Suisse des villes qui autrefois, pendant la saison des étrangers, étaient florissantes et vous constaterez qu'aujourd'hui leurs hôtels sont fermés, au moins un sur deux, quelquefois même davantage. Et vous voudriez que ces sociétés, qui sont dans une situation précaire, auxquelles on cherche par d'autres voies à venir en aide pour leur permettre de traverser cette crise, soient appelées à payer quand même une taxe, un impôt de supplément parce qu'elles existent également! Je trouve qu'il y a là quelque chose de très anormal et que ces sociétés devraient pouvoir être exonérées, car vous allez encore augmenter la situation difficile dans laquelle elles se trouvent.

Si vous regardez le tableau des taux d'impôts des sociétés anonymes et des sociétés en commandite par actions, vous verrez qu'on a prévu dans la première classe un taux d'impôt de 0,1%. C'est par conséquent 1 pour mille que l'on réclame à ces sociétés. Ainsi donc prenons une société hôtelière au capital de 500,000 fr. Elle a peut-être fait 200,000 fr. de déficit. Elle est peut-être complètement en déconfiture. Et parce qu'elle est au capital de 500,000 fr., vous allez la frapper d'un impôt de guerre de 500 fr. en trois périodes successives, 1500 frs. en tout. Je trouve cela anormal et je dis qu'il y a une analogie complète avec les chemins de fer de montagne et d'autres qui ont été absolument dans l'impossibilité de faire face à leur situation.

Si vous trouvez que la rédaction ne répond pas entièrement à l'idée que nous avons voulu exprimer, qu'il faut serrer de plus près le texte, je ne vois aucun inconvénient à ce qu'on cherche cette rédaction. Mais je crois que les raisons données à la base de cette proposition doivent être prises en considération dans un simple esprit d'équité. C'est pourquoi je recommande tout simplement à votre attention cet allègement qui me paraît imposé par les circonstances. Vous verrez tout à l'heure notre collègue M. Michel avec ses cosignataires aller encore plus loin. Je ne préjuge pas cette question, mais M. Michel vous donnera sans doute de bons arguments pour montrer qu'il y a d'autres personnes qui vont se trouver dans l'obligation, par le fait même de textes un peu trop brutaux, de payer des impôts alors qu'elles n'ont pas un bénéfice quelconque, qu'elles sont, elles aussi, dans une situation obérée. Je crois que si nous voulons frapper véritablement le capital, il n'y a pas de raison de ne pas faire aussi en compensation des dégrèvements à ceux qui ne méritent pas d'en être privés, lorsqu'ils sont déjà dans l'impossibilité de vivre.

Stadlin: Ich habe zu Art. 8 nachträglich noch einen Antrag eingegeben, dahingehend: «Von der Entrichtung der Steuer sind befreit: b. die schweizerische Nationalbank sowie auch die Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem für ihre staatliche Beteiligung.» Die Kantonalbanken mit reinem Staatsbetrieb sind bereits gemäss lit. a dieses Absatzes steuerfrei. Ich möchte nun bezwecken, dass auch jene Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem, jedoch ausgerüstet mit Staatsgarantie, in bezug auf ihre staatliche Beteiligung von der Kriegssteuer befreit werden. Unter den verschiedenen Kantonalbanken sind es diejenigen des Kantons Waadt und des Kantons Zug, welche neben der Staatsgarantie und der staatlichen Beteiligung noch Privatkapital besitzen. Die Banque cantonale vaudoise hat ein Aktienkapital von 50,000 Aktien. Davon befinden sich 26,000 im Besitze des Kantons Waadt. Die Kantonalbank Zug besitzt 10,000 Aktien, wovon 5000 im Besitze des Staates sich befinden.

Ich halte es nun für gerecht, dass, wenn die Nationalbank mit 46,034 Privataktien ganz steuerfrei ist, dann die Kantonalbanken, welche ebenfalls Privataktien besitzen, wenigstens in bezug auf die staatliche Beteiligung steuerfrei bleiben.

Ich möchte den Herrn Departementschef bitten, dass diese Frage, welche in der Kommission nicht speziell diskutiert worden ist, die ich indessen in Diskussion stellen möchte, wohlwollend geprüft würde. Ich empfehle Ihnen deshalb meinen Antrag, dass die Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem, bei denen aber eine Staatsgarantie besteht, in bezug auf diese staatliche Beteiligung ebenfalls steuerfrei wären.

M. **Bettex:** La proposition que M. Maunoir vient de présenter a été faite par votre serviteur à lacommission. J'avais parlé non seulement en faveur des sociétés dont les maigres recettes ne suffisent plus à acquitter des charges d'intérêts et à couvrir les dépenses d'exploitation, et qui méritent pourtant d'être soutenues, mais aussi dans le sens de la proposition déposée par MM. Michel et consorts disant que les personnes physiques qui se trouvent du fait de la guerre dans une situation critique peuvent être exonérées de l'impôt si le rendement de leur fortune est nul ou insuffisant. Si l'article constitutionnel que nous discutons ne contient aucune disposition relative à ces propositions, ce n'est pas ensuite d'un refus de la commission de les prendre en considération, mais bien plutôt ensuite des déclarations formelles qui m'ont été faites par M. le conseiller fédéral Motta. M. le Chef du département des finances a déclaré à la commission que le fisc tiendra compte de l'absence ou de l'insuffisance de rentabilité des capitaux et que la loi ou les ordonnances d'exécution maintiendraient l'art. 52 de l'ordonnance d'exécution du 22 décembre 1915 qui dit nettement — et cet article a toujours été appliqué — que si le contribuable ou sa famille a subi de graves revers, s'il a perdu sans que cela soit de sa faute tout ou partie de sa fortune et qu'il lui soit difficile de payer l'impôt de guerre, il pourra obtenir une réduction équitable ou même suivant les circonstances la remise complète de cet impôt.

Je demandais que l'on comprît dans cet article les sociétés et me déclarais satisfait des explications de M. Motta. J'ai tout lieu de croire que les sentiments de M. le conseiller fédéral Motta ne se sont pas modifiés dès lors et qu'il maintient ses déclarations.

Schär (Basel): Ich habe Ihnen zu diesem Artikel zwei Anträge gestellt, die ich kurz begründen möchte.

Der erste bezieht sich auf die Steuerbefreiung der eigentlichen Wohngenossenschaften. Es ist diese Anregung vom Sprechenden der Kommission unterbreitet worden. Die Kommission will das gleiche was der Sprechende, hat jedoch bei der Redaktion meines Erachtens nicht die Praxis der andern Abteilungen der eidgenössischen Steuerverwaltung berücksichtigt. Wir haben schon ein eidgenössisches Steuergesetz, das Stempelgesetz. Dort sind auch Steuerbefreiungen für gemeinnützige Unternehmungen vorgesehen. Aber nach der Verordnung, die nachher auf Grund des Gesetzes erlassen worden ist, ist es nun sehr zweifelhaft, ob Wohngenossenschaften als gemeinnützige Unternehmungen Anspruch auf Steuerfreiheit haben können. Die Steuerverwaltung hat erklärt, eine richtige Wohngenossenschaft sei nicht gemeinnützig, sondern sie müsse als Gegenseitigkeitsanstalt die Steuer entrichten. Ein Rekurs, der hiergegen anhängig gemacht wurde, ist noch nicht entschieden. Es handelt sich hierbei um die Basler Wohngenossenschaft. Dabei sind etwa 400 Mitglieder, die keine Wohnung von der Genossenschaft beziehen wollen und etwa 100, die auf Wohnungen aspirieren, also wiederum eine Mischung zwischen gemeinnütziger und Gegenseitigkeitsanstalt. Diese Genossenschaft ist nicht als gemeinnützig anerkannt worden, trotzdem sie seit 20 Jahren noch keinen Rappen Entschädigung an die Verwaltungsorgane ausgerichtet hat, trotzdem der Zins auf Anteilscheine wiederholt ausgefallen und sonst auf maximal 4 oder 5% beschränkt ist.

Und nun wissen Sie, welche Wichtigkeit heute der Wohngenossenschaft zufällt in der Aufgabe der Dekkung des Wohnbedarfs. Man weiss ferner, wie knapp an Mitteln und Ertrag diese Gesellschaften sind, dass sie die kleinste Spesenerhöhung nicht mehr tragen können. Und nun wenn man im gleichen Augenblick, da man dem Oltner Aktionskomitee zusichert, dass man die Wohngenossenschaft fördern will, sie einer neuen Steuer unterwirft, ist das nicht konsequent.

Wenn nun von seite des Bundesrates erklärt wird, dass bei den Ausführungsbestimmungen Wohngenossenschaften, diejenigen Unternehmungen, die ich hier bezeichnet habe, auch als gemeinnützige Unternehmungen auf dem Gebiete des Wohnbaues anerkannt sein sollen und dass der Rekurs, der bei der Steuerverwaltung anhängig ist, in diesem Sinne entschieden werden wird, kann ich meinen Antrag zurückziehen. Aber nur unter dieser Bedingung. Sonst kommt es eben wieder vor, dass der Fiskus bei der Anwendung dieses Gesetzes dasselbe wieder extensiv auslegt und anwendet, wie das überhaupt die Gewohnheit des Fiskus ist.

In zweiter Linie hat der Sprechende einen Antrag gestellt in bezug auf die Notstandsberechtigten. Hier möchte ich nur darauf hinweisen, dass der Bundesrat diesen Antrag eigentlich hätte stellen sollen. In der Botschaft des Bundesrates finden sich folgende Ausführungen, die meines Erachtens voll berechtigt sind: «In diesen Kriegszeiten ist eine ausnahmsweis grosse Zahl von Einwohnern auf öffentliche Unterstützung angewiesen, und es hätte nun unseres Erachtens keinen Sinn und wäre kaum zu rechtfertigen, wenn diese Unterstützten mit einem Beitrag an die Oeffentlichkeit belastet würden. Eine solche Belastung könnte nur theoretische Bedeutung haben.»

Die Konsequenz aus diesen richtigen Ausführungen ist mein Antrag. Ich brauche kein Wort mehr darüber zu verlieren.

Michel: Ich möchte Sie bitten, folgenden Zusatzantrag zu Ziff. 8 des Entwurfes annehmen zu wollen: «Ausserdem kann denjenigen natürlichen und juristischen Personen, welche infolge des Krieges notleidend geworden sind, der gänzliche oder teilweise Erlass der Kriegssteuer von ihrem Vermögen bewilligt werden, wenn und solange dasselbe keinen oder keinen genügenden Reinertrag abwirft.» Dem Antrag haben sieben Mitunterzeichner beigepflichtet. Sieben ist bekanntlich eine heilige Zahl, von der ich hoffe, dass sie dem Antrag Glück bringen werde.

Ziff. 8 enthält die Ausnahmen von der Steuerpflicht. Es werden hier die Fälle aufgezählt, in welchen unter gewissen Voraussetzungen Steuerfreiheit eintritt. Wir möchten nun mit unserm Antrag hiezu noch eine fakultative Steuerbefreiung einführen für alle diejenigen natürlichen und juristischen Personen, welche durch den langen Weltkrieg in eine finanzielle Krisis geraten sind und auf die unseres Erachtens aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit gewisse Rücksichten genommen werden müssen. Wir haben in erster Linie die durch den Krieg lahmgelegte und notleidende Hotellerie im Auge. Allerdings ist eine sehr grosse Anzahl von unseren schweizerischen Hotelunternehmungen bereits ohne Vermögen. Viele Hoteliers haben schon jetzt infolge des Krieges ihre ganze Habe verloren. Diesen Leuten können wir natürlich nicht mehr helfen, sie haben nichts mehr zu versteuern. Aber es gibt auf der andern Seite doch auch noch eine grosse Anzahl von Hotelunternehmungen, welche noch nicht alles Vermögen verloren haben, sondern denen noch etwas geblieben ist, ein gewisser Rest Aktivvermögen. Aber dieser Rest wirft keinen Ertrag ab, weil die Hotellerie eben stillgelegt ist. Es handelt sich hier um ein Vermögen, bestehend in Liegenschaften und Mobiliar, soweit nicht Hypotheken da sind, welches, solange der Krieg dauert, infolge der laufenden Kapitalzinsen, der ordentlichen Steuern und sonstigen Abgaben, der Kosten des Unterhaltes und der Reparaturen stetig noch abnimmt. Wir haben es hier also mit einem Vermögen, einem Kapital zu tun, das sich allmählich selber aufzehrt. Es ist nun an und für sich eine Ungerechtigkeit, aus einem solchen ertraglosen Vermögen noch eine Kriegssteuer herauspressen zu wollen. Worin besteht schliesslich die innere Rechtfertigung einer Vermögenssteuer? Doch gewiss einzig in dem Ertrag des Vermögens. Aber ein Vermögen, welches keinen Ertrag abwirft, ist überhaupt kein Vermögen mehr, und ein Steuersystem kann nur dann als gerecht bezeichnet werden, wenn es auf die Leistungsfähigkeit abstellt. Woraus soll jedoch die Kriegssteuer geleistet werden von der notleidenden Hotellerie und den andern notleidenden Unternehmungen, wenn kein Erwerb mehr da ist und der noch vorhandene Rest Aktivvermögen keinerlei Ertrag abwirft? Da ist absolut keine Leistungsfähigkeit mehr und deshalb auch keine Rechtfertigung für die Vermögenssteuer. Der Bundesrat gibt in seiner Botschaft dies selbst zu, indem er sagt: «Die Steuerleistung, die von den Besitzenden verlangt wird, ist nicht unerschwinglich, da es trotz der starken Progression sogar dem Millionär noch möglich sein wird, die Steuer aus dem Vermögensertrag zu be-

streiten.» Also gibt der Bundesrat hier ausdrücklich zu, dass die Rechtfertigung der Steuer in dem Ertrag liegt. Selbst der Millionär könne die Steuer noch aus dem Ertrag bezahlen! Ebenso ist in der bundesrätlichen Botschaft in bezug auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften folgendes gesagt: «Die schwach rentierenden Aktiengesellschaften erfahren eine Schonung darin, dass das Minimum des Steuersatzes, das bei der ersten Kriegssteuer $^2/_{10}$ vom 100 beträgt, nun auf $^1/_{10}$ vom 100 herabgesetzt wird.» Also auch hier setzt der Bundesrat voraus, dass noch irgendwelcher Ertrag des Vermögens vorhanden sei und dass eben dieser Ertrag die Steuer rechtfertige Aber wie ist es mit den Aktiengesellschaften, den Hotelaktiengesellschaften, welche infolge des Krieges gar keinen Ertrag mehr erzielen, sondern jedes Jahr grosse Defizite aufweisen? Da ist offenbar eine Besteuerung des noch vorhandenen Vermögens in keiner Weise gerechtfertigt. In dieser Beziehung gehe ich einig mit dem Antrage und den Ausführungen des Herrn Maunoir.

Unser Antrag stimmt im wesentlichen mit dem Postulate überein, welches der schweizerische Hotelierverein in seiner Eingabe vom 21. August 1918 an den Bundesrat aufgestellt hat. Es wird in dieser Eingabe darauf hingewiesen, dass in den meisten Fremdenverkehrsgebieten, abgesehen von einigen grösseren Städten und Badeplätzen, das schweizerische Hotelgewerbe seit Kriegsausbruch vollständig lahmgelegt ist. «Viele Hotels sind seither geschlossen und die übrigen, welche ihren Betrieb offen halten, vermögen wegen mangelhafter Frequenz kaum oder vielfach gar nicht, die Betriebskosten herauszuwirtschaften. Die unbezahlten Hypothekarzinse wachsen fortwährend zu einer enormen Höhe an. Dazu kommen die ordentlichen Kantons- und Gemeindesteuern, sowie Patent- und andere laufende Abgaben, nicht zu vergessen die grossen Unkosten für den Unterhalt von Liegenschaften und Mobiliar. In sehr vielen Fällen ist das Vermögen durch den Einnahmenausfall ganz oder zum grossen Teil aufgezehrt; von vorhanden gewesenen Reserven bleibt nichts mehr übrig, und da, wo noch aktives Vermögen vorhanden ist, bleibt es ein sich selbst aufzehrendes Kapital, das mit der langen Dauer des Krieges sich ständig vermindert. Unter diesen Umständen erscheint es uns als ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, wenn in den Verfassungsartikel betreffend die Wiederholung der Kriegssteuer eine entsprechende Bestimmung aufgenommen wird.»

Ich habe nun allerdings den Einwand vernommen, dass nicht nur die notleidende Hotellerie, sondern auch andere gewerbliche Unternehmungen die Steuerfreiheit beanspruchen könnten, welche wir verlangen. Richtig ist, dass ausser der Hotellerie noch andere Erwerbszweige infolge des Krieges Not leiden, das Baugewerbe z. B. Allein, eine Gefahr für den Fiskus liegt in dieser Hinsicht nicht vor, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden. Denn bei diesen andern notleidenden Unternehmungen und Erwerbskreisen handelt es sich nicht um so grosse Vermögen, die in den gewerblichen Anlagen investiert sind. Es ist absolut nicht das gleiche Verhältnis wie bei den Hotels, wo das ganze Vermögen, das gesamte werbende und arbeitende Kapital im Hotelgebäude und im Mobiliar investiert ist. Uebrigens verlangen wir ja nicht eine absolute Steuerbefreiung, sondern eine Steuerbefreiung von Fall zu Fall. Wenn Sie unserem Antrage zustimmen, so würde dann im Ausführungserlasse eine Behörde, ich nehme an, die eidgenössische Kriegssteuerverwaltung, bestimmt werden, um über die Steuererlassgesuche der notleidenden Hotelunternehmungen zu entscheiden. Es müsste also in jedem einzelnen Falle untersucht werden, ob die Voraussetzungen zu einem gänzlichen oder teilweisen Steuererlasse vorhanden sind oder nicht. Also eine Gefahr für den Steuerfiskus ist in unserem Antrage nicht zu erblicken.

Ich bin der Meinung, dass in den Verfassungsartikel eine grundlegende Bestimmung im Sinne unseres Antrages zur Beruhigung der notleidenden Unternehmungen und namentlich zur Beruhigung der notleidenden Hotelindustrie aufgenommen werden sollte. Es wäre allerdings auch möglich, eine diesbezügliche Bestimmung in den Ausführungserlass oder die bundesrätliche Vollziehungsverordnung aufzunehmen. Allein ich halte dafür, dass es doch richtiger sei, wenn diese Bestimmung in den Verfassungsartikel, Ziff. 8, aufgenommen wird, wo eben von den Steuerbefreiungen die Rede ist. Ich glaube überhaupt, die durch den Krieg lahmgelegte, notleidende Hotellerie dürfe mit Recht das Verlangen stellen, dass man zu ihren Gunsten in den Verfassungsartikel eine diesbezügliche Bestimmung aufnimmt und sie nicht bloss auf den Gnaden- oder Almosenweg verweist.

Auf diesem gleichen Standpunkt steht auch die Eingabe des schweizerischen Hoteliervereins, in der mit Recht gesagt ist: «Angesichts der hohen wirtschaftlichen Bedeutung des Hotelwesens sind wir der Ansicht, dass in den grundlegenden Verfassungsartikel zu der neuen Vorlage eine entsprechende Bestimmung aufgenommen werden sollte, welche den notleidenden Unternehmungen das förmliche Recht auf Steuerbefreiung oder Erleichterung zusichert (für den Fall, dass die betreffende entscheidende Behörde die Voraussetzungen als vorhanden annimmt) und sie nicht von der Gnade oder dem Wohlwollen einer Behörde abhängig sein lässt.»

Aus allen diesen Gründen möchte ich die Hoffnung aussprechen, die Kommissionsmehrheit und der Vertreter des Bundesrates werden die Lage der notleidenden Hotellerie begreifen und dem gestellten Zusatzantrage keine Opposition machen. Ich empfehle Ihnen also unsern Antrag bestens.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Nachdem neue Anträge gestellt worden sind zu Ziff. 8, möchten wir beantragen, diesen Artikel auch an die Kommission zurückzuweisen.

M. le **Président:** La proposition de M. Eugster, renvoi à la commission, n'est pas combattue; elle est adoptée.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	10
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	27.09.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	372-383
Ref. No	20 028 620

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 1. Oktober 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 1er octobre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: Présidence: } Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 372 hievor. — Voir page 372 ci-devant.)

Anträge der Kommission
vom 30. September 1918.

Ziffer 6.

Die Genossenschaften des schweizerischen Obligationenrechtes, mit Ausnahme der konzessionierten Versicherungsgenossenschaften, entrichten die Steuer von ihrem Reinertrag; der Steuersatz beträgt 4% der den Mitgliedern und Kunden gewährten Rückvergütungen und Rabatte und 8% des übrigen Reinertrages. Ferner bezahlen die Genossenschaften vom eigenen Vermögen der Gesellschaft (Genossenschaftskapital und Reserven) 2½ ‰.

Das nicht einbezahlte Genossenschaftskapital bezahlt ½ ‰.

Die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften entrichten die Steuer von ihrer schweizerischen Prämieneinnahme; der Steuersatz beträgt 6‰ der Prämieneinnahme.

Ziffer 8.
(2. und 3. Absatz [neu].)

Den natürlichen und juristischen Personen, die infolge des Krieges notleidend geworden sind oder die sich sonst in einer Lage befinden, in welcher die Bezahlung der Kriegssteuer für sie zur grossen Härte würde, kann die Steuer ganz oder teilweise erlassen werden.

Bei den konzessionierten Transportanstalten fällt dasjenige Aktienkapital, für das keine Dividende bezahlt wird, bei der Steuerberechnung ausser Betracht.

Propositions de la commission
du 30 septembre 1918.

Paragraphe 6.

Les sociétés coopératives au sens du code des obligations, à l'exception des sociétés coopératives d'assurance concessionnaires, paient l'impôt sur le produit net. Le taux de l'impôt s'élève au 4% sur les ristournes et rabais accordés aux sociétaires et aux clients et au 8% sur le reste du produit net. En outre, les coopératives paient un impôt de 2½‰ sur la fortune propre de la société (capital social et réserve).

Le capital social non versé paie un impôt d'un ½‰.

Les sociétés coopératives d'assurance concessionnaires paient l'impôt sur leurs primes suisses. Le taux de l'impôt est fixé au 6‰ de ces primes.

Paragraphe 8.
(2e et 3e alinéa [nouveau].)

Il peut être accordé une réduction ou une remise totale de l'impôt aux personnes physiques et morales qui se trouvent, du fait de la guerre, dans une situation critique ou dont la situation est pour un autre motif telle que le paiement de l'impôt de guerre aurait pour elles des conséquences particulièrement pénibles.

La partie du capital-actions des entreprises de transport concessionaires à laquelle il n'est attribué aucun dividende n'entre pas en ligne de compte pour le calcul de l'impôt.

M. le **Président:** Nous prenons d'abord le paragraphe 6 qui avait été renvoyé à la commission.

Ziffer 6.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir stehen noch bei der zurückgewiesenen Ziff. 6, die von den Genossenschaften spricht. Der Entwurf des Bundesrates sah zweierlei Genossenschaften vor, Genossenschaften, welche Erwerbszwecke verfolgen und die übrigen Genossenschaften des Obligationenrechts, und als dritte Art kamen dann die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften hinzu. Die Besteuerung war bei den verschiedenen Kategorien ungleich vorgesehen, zunächst bei den Genossenschaften mit Erwerbszweck Besteuerung des Reinertrages, und zwar mit 6% auf Rückvergütungen und 12% auf dem übrigen Reinertrag. Die übrigen Genossenschaften waren dagegen nicht nach dem Reinertrag, sondern nach dem Vermögen, und zwar mit 7½‰ besteuert, die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften mit 7½ ‰ der Prämieneinnahme.

Der neue Vorschlag macht nun die Unterscheidung zwischen Genossenschaften, welche Erwerbszwecke verfolgen und den übrigen Genossenschaften nicht mehr, sondern stellt sie alle auf dieselbe Linie. Sie sollen alle nach dem Reinertrag besteuert werden, und zwar sowohl Rabatte als Rückvergütungen mit 4% und der übrige Reinertrag mit 8%. Hingegen sollen diese sämtlichen Genossenschaften, die vorher getrennt behandelt waren, ausser der Besteuerung des Reinertrages auch noch einen sogenannten Zuschlag vom Vermögen oder besser gesagt neben der Reinertragsbesteuerung eine Vermögensbesteuerung sich gefallen lassen. Neben dieser Reinertragssteuer soll vom Vermögen noch 2½‰ als Steuer erhoben werden. Die Kategorie, welche von uns früher separat behandelt

wurde, nämlich die konzessionierten Versicherungsgesellschaften, sollen nach der Prämieneinnahme mit 6‰ belastet werden. Das ist die Neuerung, welche wir heute namens der Kommission vorzuschlagen die Ehre haben.

Bei der ersten Kriegssteuer hatte man diese Unterscheidung noch nicht gemacht, sondern da waren alle nach dem Reinertrag besteuert, aber die Erfahrung hat bei dieser ersten Kriegssteuer schon gezeigt, dass sich eine Reihe von gleichartigen Genossenschaften sehr ungleich verhielten in bezug auf den Reinertrag. Von im ganzen 100,000 Genossenschaften haben nur 4276 einen Reinertrag ausgewiesen und darnach die Steuer bezahlt. In dem neuen Vorschlag, den wir Ihnen unterbreiten, lässt man diese Unterscheidung von zwei Arten von Genossenschaften fallen und besteuert sie nun wieder nach dem Reinertrag, mit der Aenderung, dass zu dieser Reinertragsbesteuerung hinzu eine Vermögenssteuer tritt, allerdings in sehr geringem Umfang. Ganz frei lassen konnte man diese Genossenschaften nicht gut gegenüber den Aktiengesellschaften und den natürlichen Personen, welche sich auch eine Erhöhung der Sätze hatten gefallen lassen müssen. Die Genossenschaften stellen sich immer noch besser, weil bei ihnen die Progression nicht Anwendung findet. Wie man auch bei den Aktiengesellschaften eine besondere Bestimmung über dieBehandlung des nicht einbezahlten Aktienkapitals aufgenommen hatte, so sah man auch bei den Genossenschaften vor, dass das nichteinbezahlte Genossenschaftskapital mit einem niedrigeren Satz belastet werde, und zwar wurde der Satz auf ½‰ angesetzt.

Wir empfehlen Ihnen diese neue, Ihnen soeben ausgeteilte Lösung zur Annahme. Die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften würden also nur die 6‰ der Prämieneinnahme bezahlen. Ich glaube, dass damit auch dem Wunsch des Herrn Fritschi entsprochen ist, der seinerzeit den Antrag stellte, den Ansatz von 7½‰ bei diesen Versicherungsgenossenschaften herabzusetzen.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. Les sociétés coopératives ont payé le premier impôt de guerre sur la base de leurs bénéfices nets. Ce système s'est révélé absolument insuffisant. Le but des sociétés coopératives est ou lucratif ou exclusivement idéal. Si les sociétés coopératives ne sont imposées que sur les bénéfices réalisés, il s'en suit qu'un certain nombre d'entre elles échappent au fisc. La perception du premier impôt de guerre a démontré, dans la plupart des cantons, que cette méthode d'imposition était insuffisante et défavorable. Elle constitue, comparativement à l'imposition des autres sociétés, un régime injustifiable.

Au sujet des sociétés anonymes, vous avez adopté, l'autre jour, un système comportant à la fois, par le jeu d'une combinaison mixte, l'imposition du capital et du bénéfice. Le coefficient du bénéfice entre comme facteur, dans le calcul de l'imposition, à côté du chiffre représentant le capital de la société anonyme. La cote à payer est fixée sur la base de l'échelle de progression annexée au présent arrêté.

Pour les sociétés coopératives, le système proposé est à peu près analogue. On prévoit un impôt principal sur le bénéfice, et un impôt accessoire sur le capital, c'est-à-dire la fortune de l'association.

Les sociétés à but lucratif payeront la plus large part de leur impôt sur leurs bénéfices; en surplus, elles acquitteront un impôt accessoire calculé sur la fortune.

Les sociétés à but idéal, sans bénéfice, ne seront imposées que sur la fortune. Cette mesure répond à la nature spéciale de ce genre d'association.

On propose le ½‰ sur le capital versé. Une modification est intervenue, l'autre jour, quant à l'imposition du capital non versé des sociétés anonymes. On avait d'abord proposé, comme base de l'imposition, la moitié du capital non versé, mettant ainsi les sociétés anonymes au bénéfice d'un régime de faveur. Il est juste également, ici, de ne prélever que le ½‰ sur le capital non versé, puisqu'on impose le 2½‰ du capital versé.

Le projet du Conseil fédéral prévoyait que les sociétés coopératives d'assurance concessionnaires payeraient le 7½‰ des primes. Vous avez décidé, au cours de la présente session, que les sociétés anonymes seraient imposées sur le quart du capital non versé, soit le quart du taux prélevé sur le capital versé. Il y a lieu, pour tenir la balance égale, de réduire aussi le taux d'imposition appliqué aux sociétés coopératives d'assurance. Nous vous proposons, en conséquence, le 6‰ au lieu du 7½‰. Les calculs établis démontrent que cette nouvelle imposition est équitable.

Nous vous recommandons l'adoption du paragraphe 6 tel qu'il vous est présenté par la commission.

M. le **Président.** M. Schär a retiré l'amendement qu'il avait proposé. Il se rallie à la nouvelle rédaction du paragraphe 6. Il n'y a pas d'autre proposition. Le paragraphe 6 est adopté dans sa rédaction nouvelle.

En même temps que le paragraphe 6, vous aviez renvoyé à la commission la dernière phrase de l'article 5. M. Fritschi avait fait une proposition différente.

Fritschi: Ich ziehe diesen Antrag jetzt auch zurück.

M. le **Président.** M. Fritschi retire sa proposition et se rallie au texte de la commission. L'article 6 est donc adopté dans la forme proposée par la commission.

Ziffer 8.

M. le **Président.** Je donnerai tout d'abord la parole à M. Keller pour développer ses amendements, ensuite aux rapporteurs de la commission, puis j'ouvrirai le débat.

Keller: Ich habe Ihnen einen Antrag gestellt zu Ziffer 8 der Vorlage, welche die Frage der Steuerfreiheit regelt, und zwar grundsätzlich in gleicher Weise wie die erste Kriegssteuervorlage mit der einmaligen Steuer. Man hätte sich zwar fragen können, ob es richtig war, die Bestimmungen über die Steuerbefreiung aus der ersten Vorlage in die heutige unverändert herüberzunehmen, oder ob es nicht poli-

tisch, namentlich steuerpolitisch klug und wirtschaftlich gerechtfertigt gewesen wäre, die Steuerprivilegien etwas mehr einzuschränken, als das in der ersten Vorlage der Fall war und heute wieder in der neuen Vorlage vorgesehen ist. Ich möchte indessen an der Grundlage des nunmehrigen Entwurfes nicht mehr rütteln, da dies wohl ein aussichtsloses Beginnen wäre. Ich nehme also die in der Vorlage vorgesehene Grundlage als gegeben an und erlaube mir bloss, Ihnen einen Antrag zu stellen, der verlangt, dass die Steuerfreiheit bei gleichen Verhältnissen überall in gleicher Weise zur Anwendung gelangt. Dies muss namentlich hinsichtlich der Steuerfreiheit der staatlichen Betriebe verlangt werden.

Ziff. 8, Al. a, bestimmt, dass die Kantone, ihre Anstalten und Betriebe steuerfrei seien. Was ist nun unter diesen staatlichen Betrieben zu verstehen? Darüber sind Zweifel möglich. Sind unter diesen staatlichen Betrieben nur diejenigen gemeint, die, ohne ein besonderes Rechtssubjekt zu sein, einen Zweig der Staatsverwaltung bilden und von der Regierung oder unter der direkten Aufsicht des Regierungsrates verwaltet werden? Oder gehören zu diesen steuerfreien staatlichen Betrieben auch die mit dem Recht der Persönlichkeit ausgerüsteten und mit einem Dotationskapital des Staates ausgestatteten wirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen des Staates, die, getrennt von der übrigen Verwaltung, selbständig, durch besondere Behörden verwaltet werden? Und schliesslich gehören zu diesen steuerfreien Betrieben des Staates auch diejenigen industriellen staatlichen Betriebe, die aus irgend einem zwingenden Grunde in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet worden sind, die aber, wie die andern selbständigen Betriebe des Staates, öffentlichen Zwekken dienen und deren Ertrag ausschliesslich zu öffentlichen Zwecken verwendet wird? Ich habe diese Frage anlässlich der Beratung der ersten Kriegssteuer aufgeworfen, weil sie schon damals so wenig abgeklärt erschien wie heute. Es ist damals vom Bundesratstisch aus gesagt worden, dass Anspruch auf Steuerfreiheit alle wirtschaftlichen und industriellen staatlichen Betriebe erheben können, ausgenommen diejenigen, die in die privatwirtschaftliche Form der Aktiengesellschaft gekleidet sind. Man sagte damals, es liege kein Grund vor, einen Unterschied zu machen zwischen staatlichen und privaten Aktiengesellschaften. Die Betriebe, die die Form der Aktiengesellschaft gewählt hätten, hätten einen Vorteil darin gefunden, dies zu tun, und es rechtfertige sich, dass nun diese Betriebe auch die mit der Form verbundenen Nachteile, also die Steuer, in den Kauf nehmen.

Diese Antwort hat mich schon damals nicht befriedigt. Ich habe mich aber trotzdem damals damit abgefunden, weil es sich nur um eine einmalige Kriegssteuer handelte, bei der eine ungleiche Behandlung nicht so sehr ins Gewicht fiel. Heute ist das anders. Heute handelt es sich um eine 3—4malige Wiederholung einer erhöhten Kriegssteuer, und da ist es ohne weiteres gerechtfertigt und begreiflich, wenn auf eine gleiche Behandlung aller innerlich gleichen Gebilde gedrungen wird.

Was ist der Unterschied zwischen privaten und öffentlichen, staatlichen Betrieben? Liegt dieser Unterschied in der Form der Betriebe? Gewiss nicht. Es wäre oberflächlich, wenn hier auf die Form abgestellt würde und wenn die Form als Kriterium dafür angesehen würde, ob es sich um ein öffentliches oder ein privates Unternehmen handle und ob ein Unternehmen steuerpflichtig sei oder nicht. Die Form ist etwas rein äusserliches, ich möchte sagen etwas Zufälliges, sie ist kein wesentliches Merkmal, aus dem mit Zuverlässigkeit auf den öffentlichen oder privaten Charakter eines Unternehmens geschlossen werden könnte. Die gleichen Formen, die wir bei privatwirtschaftlichen Betrieben antreffen, finden wir auch bei staatlichen und öffentlichen Unternehmungen, und eben darum geht es nicht an, bei der Frage, ob es sich um einen privaten oder staatlichen Betrieb handle und ob ein staatlicher Betrieb steuerfrei sei oder nicht, auf die Form abzustellen. Der Unterschied zwischen privatwirtschaftlichen und staatlichen Betrieben liegt tiefer. Er liegt im Zweck, im Wesen der Unternehmung und namentlich in der Art und Weise, wie die Erträgnisse derselben verwendet werden. Die staatlichen Betriebe zeichnen sich dadurch vor privatwirtschaftlichen aus, dass sie öffentlichen Zwecken dienen, dass sie auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebaut und nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden und dass ihre Erträgnisse ausschliesslich zu öffentlichen Zwecken verwendet werden. Gerade aus diesen Gründen, weil die staatlichen Betriebe öffentlichen Zwecken dienen und weil die Erträgnisse derselben ausschliesslich zu öffentlichen Zwecken verwendet werden, ist hier die Steuerfreiheit der staatlichen Betriebe vorgesehen worden. Der Bund wollte es vermeiden, die den Kantonen aus den staatlichen Betrieben zufliessenden Einnahmen durch Steuern zu schmälern.

Es geht nun aber nicht an, diese Steuerfreiheit nur einem Teil dieser öffentlichen Betriebe zuzuerkennen. Es ist vielmehr logisch, dass diese Steuerfreiheit, ohne Rücksicht auf die Form, allen staatlichen Betrieben zuerkannt wird, welche diese typischen Merkmale eines staatlichen Betriebes aufweisen, also auch denjenigen staatlichen Betrieben, welche aus zwingenden Gründen in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet werden mussten. Wenn man nicht so vorgeht, so ergeben sich grosse Unbilligkeiten und Ungleichheiten, was ich Ihnen noch an einem Beispiel zeigen möchte. Nach der im Entwurf vorgesehenen Fassung ist es keine Frage, dass z. B. die staatlichen Elektrizitätswerke von Freiburg, die zwar auch selbständige Unternehmungen des Staates, aber nicht in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet sind, steuerfrei sind, während z. B. die nordostschweizerischen Kraftwerke, welche ebenfalls ein rein staatliches Unternehmen sind und die gleiche Aufgabe wie die freiburgischen Elektrizitätswerke für eine Mehrheit von Kantonen erfüllen, mit erheblichen Steuern belastet werden. Es ist diese ungleiche Behandlung um so ungerechtfertigter, als die Kantone, die sich zu dieser gemeinschaftlichen Aufgabe zusammenschlossen, doch mehr oder weniger auf die Form der Aktiengesellschaft angewiesen waren, weil diese Form eine bequeme Ausscheidung der Rechte und Pflichten der einzelnen Kantone ermöglicht. Oder soll die ungleiche Behandlung vielleicht damit begründet werden, dass es sich im einen Fall um ein Unternehmen eines Kantons, im andern aber um einen Betrieb mehrerer Kantone handelt? Doch wohl nicht. Diese ungleiche Behandlung ist somit in keiner Weise gerechtfertigt, und wenn, wie es

hier geschehen soll, ausschliesslich auf die Form abgestellt werden will, warum wird dann im gleichen Entwurf die Aktiengesellschaft der Schweizerischen Nationalbank, bei der zudem nicht nur öffentliches Kapital, sondern auch Privatkapital beteiligt ist, steuerfrei erklärt? Ich vermag auch hier die Logik nicht einzusehen. Entweder ist die Form ausschlaggebend, dann ist sie es auch für die Schweizerische Nationalbank, oder wenn, was wohl richtig ist, nicht auf die Form abgestellt wird, sondern auf das Wesen eines Betriebes, dann verdienen auch diejenigen staatlichen Betriebe, die in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet werden mussten, die Steuerfreiheit, sofern es sich um reine Staatsbetriebe handelt.

Ich möchte Ihnen deshalb meinen Antrag empfehlen, der die logische Konsequenz dessen ist, was in Ziff. 8, Al. a, vorgesehen ist. Er geht dahin, der lit. b folgende Fassung zu geben: «b. die Schweizerische Nationalbank und die öffentlichen Zwecken dienenden Aktiengesellschaften und Genossenschaften mit ausschliesslicher Beteiligung der Kantone und der Gemeinden.»

Da ich das Wort habe, möchte ich auch gleich meinen zweiten Antrag kurz begründen, der sich auf lit. c der Ziff. 8 bezieht und dem eigentlich nur redaktionelle Bedeutung zukommt. In lit. a ist gesagt, dass der Bund, die Kantone, ihre Anstalten und Betriebe steuerfrei sein sollten. Es geht aus dem bundesrätlichen Bericht hervor, dass auch die Gemeinden, ihre Anstalten und Betriebe steuerfrei sein sollten. Allein das, was im Bericht gesagt ist, kommt im Entwurf des Beschlusses nicht deutlich genug zum Ausdruck. In lit. c heisst es lediglich, die Gemeinden, sowie die andern öffentlich-rechtlichen Körperschaften seien steuerfrei. Von den Anstalten und Betrieben der Gemeinden ist gar nicht die Rede. Wenn man deshalb hier ein Missverständnis ausschliessen will, so scheint es mir notwendig, auch unter lit. c noch die Worte beizufügen: «Die Gemeinden, ihre Anstalten und Betriebe», weil das tatsächlich so gemeint ist. Wenn diese Worte weggelassen würden, könnte daraus geschlossen werden, dass Anstalten und Betriebe der Gemeinden nicht steuerfrei seien. Das will man nicht. Ich empfehle Ihnen auch die Annahme meines zweiten Antrages.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Es sind bei dieser Ziffer 8 heute noch zu besprechen der Antrag des Herrn Keller, derjenige des Herrn Stadlin, und für den Fall, dass Herr Schär seinen Antrag bezüglich der genossenschaftlichen Selbsthilfeunternehmungen aufrechterhält, auch dieser Antrag. Den übrigen Anträgen, die in der letzten Woche gestellt worden sind, wäre durch die neue Fassung von Ziff. 8, Abs. 2 und 3, Genüge geleistet. Herr Maunoir hatte schon früher einen Antrag gestellt, der durch diese allgemeine Fassung nun befriedigt ist. Ein weiterer Antrag zu lit. d, den Herr Schär gestellt hat, dass auch die Notunterstützungsberechtigten, solange dieses Notunterstützungsrecht bestehe, befreit sein sollen, ist nach unserer Auffassung in dem neuen Antrag inbegriffen, der nun dahin lautet, dass, wenn die Bezahlung der Kriegssteuer eine zu grosse Härte bedeuten würde, die Befreiung eintreten kann. Ich weiss nicht, ob Herr Schär nun dadurch befriedigt ist und seinen Antrag zurückzieht. Nach unserer Ansicht wäre er durch diese Formulierung des neuen Antrages berücksichtigt. Wenn es eine Härte ist, von einem Notunterstützungsberechtigten noch eine Steuer zu beziehen, dann fällt eben nach diesem Artikel die Besteuerung dahin.

Es bleiben noch die Anträge der Herren Keller und Stadlin. Gestatten Sie mir zunächst namens der Kommission ein paar Worte zum Antrag Keller. Herr Keller möchte gerne eine Gleichheit in der Behandlung der staatlichen Betriebe durchführen. Er führt ein Beispiel an, dass eine Ungleichheit eintreten würde, wenn streng nach dem Wortlaut des Artikels verfahren wird. Er hat die nordostschweizerischen Kraftwerke zum Vergleich herangezogen, um damit zu zeigen, dass eben diese Betriebe, obschon sie auch ein staatliches Werk seien, nur eben in einer andern Form, zu kurz kommen. Nun möchte ich gerade ein weiteres Beispiel anführen, die Bernischen Kraftwerke, die auch in der Form einer Aktiengesellschaft konstituiert sind. Der Staat Bern und die Gemeinden besitzen ungefähr 97% des gesamten Aktienkapitals. Diese Bernischen Kraftwerke würden durch den Antrag des Herrn Keller nicht von der Steuer befreit. Nun kann man auch da fragen, ob es gerecht sei, wenn an einem Ort, wo 100% der Aktien in den Händen des Staates sind, Steuerfreiheit eintritt, während am andern Orte, wo 97% der Aktien Staat und Gemeinden gehören, dieser Betrieb als ein privatwirtschaftlicher besteuert werden soll. Ich wollte das nur bemerken, weil ich der Meinung bin, dass auch durch den Antrag des Herrn Keller die Gleichheit nicht zustande kommt. Zudem sagt Herr Keller, die Form sei rein zufällig. Das möchte ich doch nicht unterschreiben. Ich nehme an, dass es nicht zufällig sei, wenn bei den einen dieser Unternehmungen, die alle gleichen Zwecken dienen, die Form der Aktiengesellschaft gewählt wird, während andere rein staatliche Betriebe geblieben sind. Das ist nicht zufällig, sondern es ist ganz sicher der Grund darin zu suchen, dass jeder dieser Betriebe in der Form, die er gewählt hat, einen Vorteil gefunden hat und dass besondere Umstände dazu geführt haben. Wenn man es für richtig gefunden hat, eine bestimmte Form zu wählen, so muss man auch die Konsequenzen tragen, welche diese Form mit sich bringt. Wenn man die Form einer Aktiengesellschaft gewählt hat, so muss man auch die Steuerkonsequenzen tragen. Und was dann die Elektrizitätsgesellschaften betrifft, so haben diese in den letzten Jahren ihren Betrieb ungeheuer ausdehnen können, und haben mit ihrem Betrieb gewiss nicht schlecht abgeschnitten, so dass man nicht sagen kann, dass es ein Unrecht sei, wenn diese Werke dem Bund auch die Kriegssteuer bezahlen müssen. Viele Geschäfte und Private müssen Kriegssteuer bezahlen, die während der Kriegszeit schwer gelitten haben.

Das sind im wesentlichen die Punkte, die wir gegen die Argumentation des Herrn Keller anführen. Gegenüber Herrn Stadlin möchte ich nur die eine kurze Bemerkung machen, dass unsere Kriegssteuerverwaltung gefunden hat, dass der Einbruch in das System sehr zu bedauern wäre, obschon es nur zwei Kantone sind, welche Kantonalbanken mit gemischtem System besitzen, die Kantone Zug und Waadt. Aber es ist hier zu sagen, was auch bei den kantonalen Werken und den Gemeindewerken gesagt werden

kann, dass die Gemeinden und Kantone für ihren Aktienbesitz die Kriegssteuer nicht bezahlen müssen. Die Elektrizitätswerke haben die Kriegssteuer zu bezahlen; allein, wenn der Kanton den grössten Teil der Aktien besitzt, so muss er sie eben für diesen Teil nicht bezahlen. Das gleiche ist bei den Kantonalbanken gemischten Systems der Fall. Die Bank muss allerdings die Steuer bezahlen, aber der Kanton muss seine Aktien nicht versteuern.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. Les exonérations proposées constituent un ensemble logique. Seront exonérés complètement de l'impôt de guerre: la Confédération, les cantons, la Caisse nationale d'assurance et la régie des alcools; les communes et les corporations de droit public, dans la mesure où leurs fortunes et leurs revenus sont affectés à des services publics et, enfin, les corporations et institutions pour autant que leurs fortunes et revenus sont consacrés aux oeuvres d'instruction et d'assistance. Les biens, propriété de la collectivité fédérale, ou de la collectivité cantonale, sont donc exonérés. Cette solution est parfaitement conforme au principe généralement admis en matière fiscale.

La question posée par M. Keller ne me paraît pas aussi simple qu'on peut le croire à première vue. On exonère les biens des cantons. Pourquoi? Parce qu'ils font partie intégrante de la fortune collective cantonale. Voici une hypothèse: Deux ou trois cantons possèdent un immeuble en copropriété. En tant qu'élément de la propriété collective cantonale, cet immeuble a droit à l'exonération. Ainsi, une usine électrique intercantonale devra être exemptée de l'impôt de guerre. Supposons que Fribourg Vaud, Berne, aient versé, par exemple, chacun 10 millions pour la construction d'une centrale électrique et l'établissement des réseaux de distribution à la clientèle. L'entreprise est bien une copropriété cantonale, constituée non par l'intermédiaire d'un capital-actions, mais en la forme directe. Dès lors, le texte que nous adoptons aurait comme conséquence l'exonération complète de cette copropriété. Par contre, dans le cas d'une société telle que la Nord-Est, constituée en la forme de l'A. G., la commission entend ne pas accorder le bénéfice de l'exonération, car ici, il ne s'agit plus de copropriété cantonale proprement dite, mais d'une société par actions. M. Keller estime que procéder ainsi ce serait s'arrêter trop à la forme, au préjudice du fond de la question. Il a raison, dans une certaine mesure. Je me suis rallié, malgré moi, à la proposition de la commission qui vous demande d'écarter l'amendement Keller. Cependant, je ne puis pas m'empêcher de voir dans cette société électrique du Nord-Est la copropriété d'un certain nombre de cantons, qui ont été amenés, par leur régime hydraulique spécial, à collaborer à la création des usines. D'autres cantons, tel que Fribourg par exemple, ont pu créer des entreprises indépendantes, sans faire appel à la collaboration des voisins. L'exonération fiscale doit être accordée à la société Nord-Est, en raison du fait qu'elle rentre dans la forme de la collectivité cantonale.

M. Eugster a dit, avec raison évidemment que, l'exonération étant accordée à la société anonyme, dont le capital social émane intégralement de cantons, il y aurait lieu d'accorder le même bénéfice à une autre société dont la plus grande partie du capital est fournie par les cantons, le reste, une infime partie seulement, par le capital privé. C'est le cas des entreprises bernoises auxquelles M. Eugster a fait allusion. Je pourrais citer les Salines du Rhin, société anonyme, dont la presque totalité du capital a été souscrit par les cantons, le solde, soit un petit nombre d'actions, appartenant à des tiers. L'exonération des Salines ne se justifierait pas. Par contre, je continue et persiste à reconnaître qu'il y a, dans l'argumentation de M. Keller, un motif qui mérite d'être pris en considération. Si au lieu d'une société anonyme, il s'agissait d'une copropriété simple, par exemple d'une usine électrique « Zurich-St-Gall », inscrite sous cette titulature au registre foncier, l'exonération serait justifiée. Il n'y aurait pas de raison suffisante de refuser l'exonération pour le simple motif que cette organisation serait créée sous l'enveloppe de la société anonyme. Cette société n'en est pas moins la propriété de plusieurs cantons. La titulature ne signifie rien. Il y a quelque chose de fondé dans les arguments principiels avancés par M. Keller. J'aurais donc préféré que la commission admît cette solution. Le principe de parité l'exigeait. M. Keller a cité l'exemple du canton de Fribourg qui a mis 40 millions dans ses entreprises électriques. Comme nos entreprises fribourgeoises, propriété de l'Etat, seront exonérées de l'impôt, il ne serait ni logique, ni équitable que la Nord-Est, propriété de plusieurs cantons, fût astreinte à un impôt qui, réparti sur dix ans, atteindra le total probable de quelques centaines de mille francs. Quant à l'équité, M. Keller a raison. Au point de vue de la forme, les arguments de la commission sont aussi acceptables; mais entre la forme et le fond, notre choix est facile, les arguments de fond invoqués par M. Keller doivent l'emporter.

Je passe à la proposition de M. Stadlin. L'exonération de la Banque nationale ne se justifie que si elle est accordée également aux banques cantonales. L'article premier exonère les cantons, et par le fait, tout naturellement, les banques cantonales qui sont des régies pures, ou propriétés directes des cantons. Sur 23 banques cantonales existant en Suisse, 21 sont des régies pures. Celles de Vaud et de Zoug sont constituées en la forme de sociétés anonymes, dont une partie du capital est fournie par le canton et l'autre partie, très modeste à Zoug, un peu plus forte dans le canton de Vaud, appartient aux particuliers. Ces deux banques cantonales seraient astreintes à l'impôt. Cela paraît logique si nous admettons, avec la commission, qu'en réalité, c'est le type du groupement économique qui fait règle. La société anonyme, n'étant pas propriété directe du canton, doit l'impôt. Je serais d'accord avec cette argumentation si on l'appliquait aussi à la Banque nationale. Mais, si la Banque nationale est soustraite à l'impôt, je ne vois pas comment les banques cantonales de Vaud et de Zoug ne le seraient pas de même. Les actions de la Banque nationale, en effet, ne sont pas la propriété de la Confédération, mais pour une certaine part des cantons et pour une large part des particuliers. Le bénéfice de l'exonération profiterait donc aussi aux particuliers. Ce régime de faveur, si vous le maintenez, doit être accordé aussi aux banques de Zoug et de Vaud. Dans ce cas, il serait préférable d'adopter une formule générale disant, par exemple, que la Banque nationale et toutes les banques can-

tonales (non seulement 21, mais 23) sont exonérées de l'impôt. Si vous n'acceptez pas cette disposition, il faudrait, pour être logique, supprimer l'exonération de la Banque nationale.

Je constate avec satisfaction que le Conseil fédéral et la commission se sont mis d'accord sur l'exonération des entreprises de transport. La commission l'avait d'abord limitée aux entreprises qui ne réalisent pas de bénéfices nets. Cette formule, trop étroite, aurait permis d'imposer les sociétés de chemin de fer qui effectuent des versements au fonds de réserve, de manière à assurer leur exploitation normale durant les années prochaines. Le système actuel engagera plutôt les compagnies de transport à constituer des réserves d'exploitation, ce qui est un acte de bonne administration. La nouvelle disposition se justifie d'autant plus, en ce moment, que la Confédération s'apprête à aider par voie de prêts à des conditions favorables, les entreprises de transport qui, en raison des circonstances actuelles, sont dans la détresse. Je me joins donc à mon collègue M. le rapporteur de langue allemande, pour vous recommander l'adoption des propositions de la commission, sous les réserves que j'ai émises concernant l'exonération de la Banque nationale et le postulat Keller.

Stadlin: Nach den Ausführungen des Herrn Musy, der meinen Antrag voll und ganz unterstützt, kann ich mich kurz fassen. Ich habe meinen Antrag bereits letzten Freitag begründet.

Gegenüber dem Antrag werden zwei Einwendungen erhoben: die Einwendung, dass derselbe in erster Linie einen Einbruch in das System bedeute, und in zweiter Linie speziell, dass die beteiligten Kantone in der Weise berücksichtigt werden, dass ihre Aktien ja nicht zur Besteuerung herangezogen werden.

Die prinzipielle Seite der Frage ist seitens des Herrn Musy eingehend erörtert worden. Ich möchte nur feststellen, dass die Schweizerische Nationalbank eine selbständige Institution ist, ausgerüstet mit dem Rechte der Persönlichkeit, eingekleidet in die Form der Aktiengesellschaft. Der Vergleich mit der Schweizerischen Nationalbank hat mich deshalb bestimmt, die Konsequenz auch auf die Kantonalbanken mit gemischtem Banksystem zu ziehen; ich sage mit Herrn Musy, wenn Sie unsern Antrag ablehnen, so müssen Sie unbedingt auch die Schweizerische Nationalbank als steuerpflichtig erklären. Es ist Ihnen bekannt, dass die Schweizerische Nationalbank ein Aktienkapital von 50 Millionen hat, das zusammengesetzt ist aus 100,000 Aktien. Davon sind $^2/_5$ im Besitze von Privataktionären, $^3/_5$ im Besitze der Kantone und der Emissionsbanken. Die Privataktionäre besitzen Aktien in einer Zahl von 46,000. Der Geschäftskreis der Nationalbank soll, wie Ihnen aus den letzten Verhandlungen der Generalversammlung bekannt geworden ist, ausgedehnt werden, und die Nationalbank tendiert nach den neuen Vorschlägen, die an die eidgenössischen Räte gemacht werden, nicht einzig und allein mehr auf eine kleine Verzinsung des Dotationskapitals, sondern es ist Ihnen bekannt, dass die eidgenössischen Räte sich mit einer Abänderung des Gesetzes zu befassen haben, wonach die Privataktionäre eine Verzinsung von 5½% eventuell 6% erhalten sollen. Angesichts dieser Tatsache, bei der die Privataktionäre mit einer den heutigen Verhältnissen durchaus entsprechenden Verzinsung bedacht sind, erscheint es mir unbillig, dass eine solche Aktiengesellschaft steuerfrei ausgeht. Wenn Sie aber den Standpunkt einnehmen, dass Sie für die Nationalbank die Steuerpflicht ablehnen, so müssen Sie denjenigen Kantonalbanken, die gleich organisiert sind wie die Nationalbank, dieses Privilegium ebenfalls zugestehen.

Ich gehe indes nicht so weit, ich tendiere nur dahin, dass das Beteiligungskapital der Kantone steuerfrei sei.

Ich möchte noch speziell auf die Entwicklung und Entstehung derartiger gemischter Banken hinweisen. Diese gemischten Banken sind nicht etwa eine Erscheinung der Neuzeit, sondern sie haben sich aus der Entwicklung der Verhältnisse ergeben. Das Bankwesen lag früher mehr in den Händen der beteiligten Kreise, der Handelskreise und des Privatkapitals. Daraus entwickelten sich in gewissen Gegenden diese Banksysteme, die dann in der Folge zu dem gemischten Banksystem führten. So auch im Kanton Aargau. Sie wissen, dass der Kanton Aargau erst vor einigen Jahren dieses System verlassen hat; die Entwicklung wird voraussichtlich auch dahin gehen, dass wahrscheinlich in Waadt und Zug — ich nehme an, speziell in Zug — sich diese Banken zu rein staatlichen Banken entwickeln. Man kann nicht sagen, dass diese Institutionen moderne Institutionen des Erwerbslebens und gleich zu behandeln seien wie die Kapitalassoziationen, die sich auf gewerblichem und industriellem Gebiete bilden. Der Einwand des Herrn Kommissionspräsidenten, dass die Kantonalbanken damit berücksichtigt werden, dass die Kantone ihre Aktien nicht besteuern müssen, ist nicht stichhaltig. Ich mache darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um die Besteuerung oder Nichtbesteuerung der Rechtssubjekte, der Banken handelt und nicht um die Besteuerung von Aktien. Ich möchte Ihnen deshalb aus diesen logischen Gründen ebenfalls empfehlen, dass Sie eine Exemption machen bei den Banken mit gemischtem Banksystem mit bezug auf die Beteiligung der Kantone bei diesen Banken.

M. **Bettex:** Permettez-moi d'ajouter quelques paroles à celles que viennent de prononcer MM. Musy et Stadlin.

Le message fédéral prévoit que la Banque nationale suisse sera exonérée de l'impôt de guerre. Il y a analogie entre cette banque et les banques cantonales mixtes, parce que la Banque nationale suisse a du capital privé et du capital appartenant aux cantons et aux banques cantonales. Il semble bien, en conséquence, qu'on doive à la logique et à l'équité de comprendre dans l'exonération toutes les banques cantonales, même les banques cantonales mixtes. Théoriquement ces exonérations ne se justifient point. Elles peuvent, en outre, créer des précédents dangereux et avoir des conséquences d'une grande portée financière; elles sont une infraction au principe d'après lequel toute société à but lucratif doit payer l'impôt. Mais du moment qu'on est entré dans la voie des exonérations, on doit être logique avec soi-même et placer sur pied d'égalité la Banque nationale suisse et les deux banques mixtes cantonales qui ont leur siège dans notre pays, celle du canton de Zoug et celle du canton de Vaud. Je m'empresse d'ajouter que M. Stadlin ne demande l'exonération que pour la participation de l'Etat, c'est-à-dire

pour la partie du capital-actions dont l'Etat est propriétaire. Je fais remarquer que la traduction française a omis de traduire ce membre de phrase «für die staatliche Beteiligung», qui a toute son importance.

Vous savez que la Banque cantonale vaudoise a un capital de 25 millions dont 13 ont été versés par l'Etat en vertu d'un décret du Grand Conseil vaudois qui déclare que ces titres sont inaliénables sans l'autorisation du Grand Conseil. De plus, le projet est pendant devant le Conseil d'Etat vaudois de porter le capital-actions de la Banque cantonale à 40 millions dont l'Etat prendra une tranche de 15 millions nouveaux. Il sera donc possesseur de 28 millions au total. Je regrette que l'on soit entré dans la voie de l'exonération; mais, ou bien on l'appliquera aux banques d'Etat pures et à la Banque nationale suisse, et par analogie aux deux banques dont nous parlons, à tout le moins pour la partie du capital-actions dont l'Etat cantonal est propriétaire; ou bien on n'exonérera pas la Banque nationale suisse. Soyons logiques et équitables.

Et s'il me faut choisir, tout compte fait, je me range, bien que nous ne soyons pas théoriquement sur un terrain solide, à la proposition de M. Stadlin.

M. le conseiller fédéral **Motta:** M. Keller voudrait assimiler aux établissements des cantons qui sont exemptés des impôts les sociétés anonymes d'utilité publique dont le capital est tout entier aux mains des cantons ou des communes. Or, M. le président de la commission vous a fait observer d'une manière qui, me semble-t-il, ne supporte pas la contradiction, que si l'on pose ce principe que les sociétés anonymes dont les actions appartiennent tout entières aux cantons sont exonérées, il n'y a plus de raison suffisante pour s'arrêter là et pour ne pas accorder aussi l'exemption, lorsque la majorité au moins des actions est détenue par les cantons et les communes. Je ne sais où l'on pourrait s'arrêter.

On est frappé du fait que le projet du Conseil fédéral adopté par la commission tranche la question de l'obligation de payer l'impôt ou de l'exonération suivant la forme qu'une entreprise a bien voulu prendre. Je trouve que la forme est un critère acceptable, parce qu'elle est fixe, claire et qu'elle ne donne pas lieu à un malentendu. Dès qu'un canton, une commune, une collectivité, soit l'Etat lui-même ou une collectivité qui lui est apparentée, ne prennent pas pour leur entreprise la forme étatiste, mais plutôt celle de l'économie privée, c'est que ces collectivités ont voulu jouir des avantages que la législation attache à certaines formes prévues pour l'activité privée. Il faut que, si elles ont voulu ces avantages, elles supportent aussi les désavantages de cette situation. Voilà pourquoi je ne pourrai pas, quant à moi, adhérer à l'idée incluse dans la proposition de M. Keller. On a cité entre autres le cas des forces motrices bernoises dont le 97% du capital appartient à l'Etat de Berne. Mais Berne ne demande pas cette exemption. Seulement, si vous adoptez la proposition de M. Keller, je vous déclare que je suis vaincu et que je ne pourrais pas m'opposer à une demande d'exemption qui viendrait de ce côté-là. Il faut être logique, choisir un critère qui soit clair et, en cette matière, il suffit qu'il soit clair pour qu'il soit bon. N'entrez pas dans une voie d'exception trop large, parce que toute exception en matière fiscale est en principe condamnable.

M. Bettex a d'ailleurs bien voulu le reconnaître lorsqu'il a dit: «Il vaudrait mieux ne pas en faire, mais puisque vous en faites, allez jusqu'au bout». Voilà la raison pour laquelle je ne puis accepter la proposition de M. Keller.

Puis-je accepter celle de M. Stadlin? Les mêmes raisons que je viens d'indiquer contre la proposition de M. Keller peuvent être invoquées contre celle de M. Stadlin. Tout d'abord, dans un texte constitutionnel, l'expression «banque cantonale mixte» ne me dit rien qui vaille, c'est une formule trop imprécise. Il faudrait définir d'une manière exacte ce qu'on entend par là. Si, aujourd'hui, nous sommes en présence de deux institutions connues, celles de Zoug et de Vaud, nous ne savons pas ce qu'il en sera demain. Or, comme vous le savez, l'impôt est destiné à durer dix ans. Nous ignorons si dans cet espace de temps nous ne nous trouverons pas en présence d'autres créations d'un autre ordre qui revendiqueraient le même avantage. Cependant je reconnais qu'il y a quelque chose d'assez fondé dans l'objection tirée du fait que le projet dispense la Banque nationale du payement de l'impôt de guerre. Eh bien, Messieurs, réflexion faite, je suis disposé, quant à moi, à sacrifier la Banque nationale, c'est-à-dire à la soumettre, elle aussi, à l'impôt, afin que le système des exemptions trouve un obstacle sur le quel il se brise. Pourquoi puis-je sans trop de scrupule défendre cette idée devant vous? Tout d'abord, il s'agit d'une société anonyme. Elle est au service surtout des intérêts publics, mais cependant elle a pris, en vertu d'une loi spéciale, la forme d'une société anonyme. Si l'argument dont je me suis servi tout à l'heure contre M. Keller est fondé, il doit porter aussi contre l'exonération de la Banque nationale.

En outre, lorsqu'en 1915 nous avons discuté du premier impôt de guerre, nous étions en présence d'une Banque nationale qui avait vécu de mauvaises années. Elle avait alors de la peine à satisfaire à toutes ses obligations, puisque ses bénéfices nets ne lui avaient pas permis de payer intégralement les indemnités aux cantons, du fait de la perte du monopole de l'émission des billets. Vous vous souvenez qu'au début de la guerre, la Confédération avait dû avancer pour le compte de la Banque nationale, dans une série d'années, la somme de 7 millions destinée à parfaire les indemnités dues aux cantons. Depuis lors, la situation s'est heureusement transformée. Les 7 millions sont remboursés et la Banque nationale est à l'heure actuelle en mesure non seulement de payer les indemnités dont je parlais tout à l'heure, mais très probablement, pour ne point dire certainement, elle réalisera dans les années les plus prochaines des bénéfices nets qui seront à partager, comme vous le savez, dans la proportion de $1/3$ à la Confédération et $2/3$ aux cantons. Frapper d'impôt la Banque nationale n'aurait donc que cet effet, c'est que les cantons toucheraient un peu moins dans cette répartition. Le tiers de la répartition revenant à la Confédération sera apparemment diminué, si la banque est soumise à l'impôt, mais ce qui n'entrera pas directement dans la caisse fédérale lui reviendra indirectement par la voie de l'impôt de guerre. Au fond, la question n'a donc d'importance que pour les cantons. En outre, j'ajoute que si la Banque nationale a fait de grasses affaires, c'est sur le dos de la Confédération, parce que c'est l'escompte et le réescompte des rescriptions de la Confédération qui ont été de beaucoup le plus clair des bénéfices réalisés

par la Banque nationale depuis la guerre et qu'elle réalisera encore demain et après demain. J'en tire la conclusion qu'il n'est qu'équitable que la banque paye au fisc fédéral aussi sous la forme d'un impôt de guerre ce qui revient à la Confédération.

Je propose donc de repousser la proposition de M. Stadlin ainsi que celle de M. Keller et de biffer purement et simplement la lettre b. Il en résultera que la Banque nationale ne jouira plus du privilège de l'exonération.

Schär (Basel): Nach den Erklärungen des Herrn Kommissionspräsidenten kann ich die beiden zu Abschnitt 8 gestellten Abänderungsanträge zurücknehmen. Einmal, was die Eweiterung der Steuerfreiheit für gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfes anbetrifft, so ist durch die im Gefolge meines Antrages erfolgte Erhebung und Diskussion nachgewiesen worden, dass die Stempelverwaltung die eigentlichen Wohngenossenschaften nicht als gemeinnützige hat anerkennen wollen. Dagegen ist ferner nachgewiesen, dass ein Rekurs, der gegen diesen Entscheid eingereicht worden ist, voraussichtlich in bejahendem Sinne entschieden werden wird und dass speziell die Kommission einstimmig der Ansicht ist, dass gemeinnützige Unternehmungen und Wohngenossenschaften in gleicher Weise durch diese Ziffer getroffen werden sollen, dass also Wohngenossenschaften im allgemeinen, auch wenn den einzelnen Mitgliedern dadurch Vorteile verschafft werden, als gemeinnützige Unternehmungen anerkannt werden sollen. Damit ist ein Zweck meines Antrages erreicht. Sollte bis zum Erlass der Ausführungsbestimmungen der erwähnte Rekurs nicht entschieden sein, so ist es immer noch möglich, anhand der Erklärung der Kommission und der heutigen Diskussion für eine genauere Umschreibung zu sorgen.

Das gleiche ist mit bezug auf den neuen Antrag der Kommission auf Steuerfreiheit zu sagen. Der neue Antrag der Kommission ist umfassender als der Antrag des Sprechenden, aber in majore minus, in diesem umfassenden Antrag hat auch der Antrag des Sprechenden Platz. Mein Antrag hätte den Vorteil gehabt, dass er absolut bestimmt gewesen wäre und dem persönlichen Ermessen der Behörde keinen Spielraum mehr gelassen hätte; aber er hat den Nachteil, dass er auch andere Fälle, wo sich die Steuerfreiheit für natürliche Personen als ratsam erweisen wird, nicht umfasste. Auf eine genaue Vorschrift wird man dann beim Ausführungsgesetz zurückkommen können. Darum ziehe ich auch hier meinen Antrag zurück.

Michel: Die Kommission hat den Antrag, den ich letzten Freitag zugunsten der infolge des Krieges notleidend gewordenen natürlichen und juristischen Personen gestellt habe, zu ihrem eigenen gemacht und seinem wesentlichen Inhalte nach in ihren neuen Zusatzantrag zu Art. 8 aufgenommen. Ich danke der Kommission für ihr Entgegenkommen und schliesse mich ihrem neuen Antrag, der uns vollständige Befriedigung bietet, an.

Bühlmann: Gestatten Sie mir einige kurze Worte zu dem Antrag Keller. Herr Keller hat dahin argumentiert, dass, wenn verschiedene Kantone oder ein Kanton in Verbindung mit Gemeinden einen industriellen Betrieb führen, in der Form einer Aktiengesellschaft oder in Form einer Genossenschaft, bei dem das gesamte Kapital in Händen der betreffenden Gemeinwesen sich befindet, des Staates oder der Gemeinden, dann eine Ausnahme gemacht werden solle.

Ich bin kein Freund von Ausnahmen, und ich glaube, wenn die Gemeinwesen die Form der Aktiengesellschaft oder der Genossenschaft wählen, um einen industriellen Betrieb durchzuführen, so sollen sie auch die Konsequenzen tragen. Sie führen diese Form ein, um gewisse Vorteile daraus zu ziehen. Wenn sie das tun, so sollen sie nicht nur die Vorteile haben, sondern sie sollen auch die Nachteile derselben tragen. Ich halte es nicht für richtig, dass man in solchen Fällen bei Privatgesellschaften, bei denen Aktien oder Stammanteile ganz oder teilweise in den Händen der Gemeinwesen liegen, eine Ausnahme mache. Der von Herrn Keller beabsichtigte Zweck wird durch seine Fassung auch nicht erreicht, dass das Gesellschaftskapital ausschliesslich in den Händen der Gemeinwesen sein soll. Gesetz und Statuten schreiben vor, dass die Mitglieder des Vorstandes, d. h. des Verwaltungsrates einer Aktiengesellschaft eine gewisse Zahl von Aktien zu hinterlegen haben. Diese Pflichtaktien gehören nicht den Gemeinwesen, sondern ihren Vertretern im Verwaltungsrate, und das Gesetz schreibt die Deposition derselben vor, um eine gewisse Diligenz der Verwaltungsräte zu garantieren, welche haftbar sind gegenüber dem Unternehmen. Es ist daher unmöglich, dass das gesamte Kapital ausschliesslich dem Gemeinwesen gehört. Ich weiss ja gar wohl, dass die Sache in der Weise gelöst wird, dass die betreffenden Mitglieder des Verwaltungsrates diese Pflichtaktien nicht aus eigenen Mitteln beschaffen, sondern sie von den Gemeinwesen deponieren lassen. Aber das ändert nichts daran, dass die Pflichtaktien gegen aussen im Besitz der Verwaltungsräte sind.

Es ist auch auf die Bernischen Kraftwerke A.-G. hingewiesen worden. Hier haben die ursprünglichen Konzessionsgemeinden, denen die Konzession für die Werkanlage zustand, und die bei der Gründung eine gewisse Anzahl von Aktien übernehmen mussten, diese nach und nach, wenigstens zum Teil, in den Privatbesitz übergehen lassen. Erst später ist dann weitaus der grösste Teil der Aktien dieser Werke in den Besitz des Kantons übergegangen, und es ist nicht einzusehen, warum die Aktiengesellschaft in solchen Fällen von der Steuer nicht befreit sein sollte, trotzdem nur ein verschwindender Teil des Gesellschaftskapitals nicht in den Händen des Staates oder der Gemeinden ist. Wenn Sie also eine Ausnahme machen wollen, so dürfen Sie es nicht in der abrupten Weise tun, wie Herr Keller es vorschlägt, sondern Sie müssen eine gewisse Grenze feststellen hinsichtlich der Aktienbeteiligung, die nicht im öffentlichen Besitze ist.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass für den Fall, als Sie den Antrag Keller annehmen, seine Fassung in der Weise verändert wird, dass man

sagt: «b) Die Schweizerische Nationalbank und die öffentlichen Zwecken dienenden Aktiengesellschaften und Genossenschaften, bei denen die Kantone oder Gemeinden zu mindestens neun Zehnteln am Gesellschaftskapital beteiligt sind».

Wenn neun Zehntel des Kapitals im Besitz des Gemeinwesens, des Staates oder der Gemeinde ist, dann kann man ohne weiteres von einer staatlichen oder öffentlichen gemeindlichen Anstalt sprechen, die öffentlichen Zwecken dient und bei der die Steuerfreiheit berechtigt ist. Ich möchte Ihnen also empfehlen, für den Fall, als der Antrag des Herrn Keller angenommen werden sollte, die Fassung, welche ich Ihnen vorgeschlagen habe, zu wählen, also nicht von ausschliesslicher Beteiligung der Kantone und Gemeinden, sondern von einer Beteiligung von mindestens neun Zehnteln des Kapitals zu sprechen.

Wagner: Ich möchte mir einige kurze Bemerkungen erlauben, zunächst über den Antrag Keller, dann über den Antrag Stadlin und ganz besonders über den Antrag des Herrn Bundesrat Motta.

Der Antrag des Herrn Keller will staatliche Wirtschaften in die Steuerbefreiung hineinbringen. Das kann nicht wohl angehen. Herr Schär (Basel) hat uns letzte Woche vom Genossenschaftswesen und von den Aktiengesellschaften in ganz ausführlichen Erörterungen vordoziert. Meinerseits würde ich diese Angelegenheit etwas strikter auseinander scheiden. Für mich, das heisst für diejenigen, welche sich mit dem Unternehmerwesen, mit dem Unternehmertum beschäftigen, gibt es drei Abteilungen, welche in Ziffer 8, lit. a, enthalten sind. In erster Linie haben wir die staatlichen Anstalten, die von der Besteuerung ausgeschlossen sind. Unter staatlichen Anstalten versteht man im allgemeinen die Krankenhäuser, die Irrenanstalten und überhaupt alle Betriebe, welche die Staatskasse belasten und ausschliesslich im Staatsbetriebe sich befinden. Die zweite Abteilung des Unternehmertums bilden die staatlichen Betriebe. Das sind Betriebe — ich will als naheliegendes Beispiel nehmen die Bundesbahnen — welche unter staatlicher Aufsicht stehen, dem Staate aber nichts einschenken, sondern eigentlich nur da sind für das Volkswohl. Diese und ähnliche Betriebe sind hier vorgesehen, und diese können natürlich nicht besteuert werden.

Ganz anders verhält es sich mit den staatlichen Wirtschaften. Solche haben wir sehr viele, besonders im Ausland. In der Schweiz haben wir neben andern die oft genannten Kraftwerke, die Elektrizitätsversorgung. Im Ausland dagegen haben wir staatliche Tuchfabriken, Porzellanfabriken, die für Rechnung des Staates arbeiten und die dafür da sind, der Staatskasse etwas abzuwerfen. Auch die Kantone haben doch die Elektrizitätswerke nicht nur wegen des Volkswohls übernommen. Wenigstens haben bis jetzt die Preise, die für die elektrische Kraft verlangt werden, dies nicht bezeugt. Nein, wir wollen es bekennen, die Kantone haben sich derartige industrielle Unternehmungen zu verschaffen gesucht, haben sie montiert, um der Staatskasse etwas zuzuführen. Es ist sehr oft in den Grossratssitzungen der Kantone gesagt worden, wir müssen Hilfe haben, die uns aus der finanziellen Misere herausbringt. Diese staatlichen Wirtschaften sind also nicht etwa interesselos gegründet worden, sondern, wie der Präsident der Kommission schon andeutete, aus andern Gründen. Sie machen auch grossen Privatwirtschaften Konkurrenz, und diese werden sehr hoch besteuert. Da kann ich nicht einsehen, wieso nach dem Antrage des Herrn Keller diese staatlichen Wirtschaften hier steuerfrei ausgehen sollten.

Etwas anderes ist es mit dem Antrag des Herrn Stadlin. Diesem Antrag werde ich zustimmen, und zwar aus keinem andern Grunde, als weil die Nationalbank hier steuerfrei ausgeht. Zwischen der Nationalbank in ihrem Verhältnis zum Bunde und den Kantonalbanken mit gemischtem System, für die aber der Kanton voll zu garantieren hat, finde ich keinen grossen Unterschied, was das Benefiz anbelangt. Wie das Benefiz der Nationalbank jetzt verteilt wird, brauche ich nicht zu sagen. Ich werde darauf kommen beim Antrag des Herrn Bundesrat Motta. Aber auch die Kantonalbanken mit gemischtem System sind nicht für Rechnung der Aktionäre da. Sie müssen genau wie die reinen Kantonalbanken Unglaubliches leisten für die Kantone. Ich verweise nur auf das Hypothekarwesen. Was betreiben eigentlich die Kantonalbanken anderes als nur das Hypothekarwesen? Und für wen anders wird das betrieben als für das Land, das Volk? Wenn man diese Kantonalbanken, wie Herr Stadlin beantragt, von der Steuer befreit, so glaube ich, tut man nichts Besonderes, man stellt sie auf eine Stufe mit der Nationalbank.

Nun der Antrag Motta, der da so hereingeschneit kommt. Herr Motta will schnell etwas retten für die Staatskasse. Es ist ja seine Pflicht, und ich kann es ihm nicht verargen. Aber wen beschneidet er mit seinem Antrage? Die Kantone. Abgesehen davon glaubte man eigentlich, die Nationalbank sei den Kantonen gegenüber nach Art. 13 überhaupt steuerfrei. Nun will Herr Motta den Kantonen indirekt etwas wegnehmen. Art. 27 des Bankgesetzes sagt in Abs. 2, dass der Ueberschuss des Benefizes der Nationalbank, nachdem alle Bedingungen eingehalten sind, zu einem Drittel dem Bunde und zu zwei Dritteln den Kantonen zukommt. Nach dem Antrag des Herrn Motta werden also diese zwei Drittel geschmälert. Ich möchte Herrn Motta darauf aufmerksam machen: wenn er die Nationalbank in ihrem Rechnungswesen angreift, riskiert er — wenn auch ihr Vertreter, Herr Hirter, nicht da ist — das ausgezeichnete Verhältnis, das zwischen Nationalbank und Bund immer bestanden hat, zu stören. Ich möchte Ihnen also empfehlen, den Antrag des Herrn Motta abzulehnen.

Müller (Bern): Herr Wagner hat in seinem Votum erklärt, dass er nicht einzusehen vermöge, warum z. B. Elektrizitätswerken oder anderen industriellen Betrieben die Steuerfreiheit zuerkannt wird. Ich bin allerdings nicht dieser Meinung; auch der Entwurf des Bundesrates proklamiert die Steuerfreiheit von kantonalen und kommunalen Betrieben, indem in Ziffer 8 des Artikels bestimmt wird: «Von der Entrichtung der Steuer sind be-

freit der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe sowie die unter ihrer Verwaltung stehenden Spezialfonds, die Gemeinden sowie die andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient.» Dass Elektrizitätswerke derartige Anstalten sind, die öffentlichen Zwecken dienen, das ist von keiner Seite bestritten worden. Nun sehe ich allerdings auch ein, dass der Antrag von Herrn Keller Ungleichheiten schafft. Denn wenn auf der einen Seite Unternehmungen, die aus bestimmten Gründen die Form der Aktiengesellschaft wählen, bei denen aber ganz ausschliesslich staatliches oder kommunales Geld investiert ist, steuerfrei sein sollen, während auf der andern Seite Aktiengesellschaften, bei denen in überwiegendem Masse auch staatliches Geld da ist, besteuert werden sollen, so entsteht hier eine Ungleichheit, das ist ausser Frage. Auf der einen Seite vollständige Steuerfreiheit für vielleicht gut prosperierende Aktiengesellschaften, auf der andern Seite auch prosperierende Aktiengesellschaften, die aber noch einen bestimmten Prozentsatz Privatkapital investiert haben. Wir wollen ganz ruhig sagen: Hinter dem Antrag Keller stehen die nordostschweizerischen Kraftwerke und hinter dem Eventualantrag Bühlmann die Bernischen Kraftwerke. In den nordostschweizerischen Kraftwerken ist ausschliesslich staatliches Kapital, in den Bernischen Kraftwerken 96 % Kapital des Staates Bern und 4 % Kapital von Gemeinden und Privaten investiert.

Trotzdem muss ich mich für den Antrag Keller aussprechen. Ich glaubte zuerst einfach Streichung des Zusatzes beantragen zu können, also nur die Schweizerische Nationalbank steuerfrei zu erklären. Aber nach reiflicher Ueberlegung muss ich dem Antrag Keller den Vorzug geben; ich will die Gründe in aller Offenheit darlegen.

Wenn die Form der Aktiengesellschaft gewählt wird, so muss das innerlich begründet sein, mit der Unmöglichkeit, die Sache als einzelstaatliches Unternehmen zu ordnen, also in dem Fall, wenn verschiedene Kantone sich vereinigen, um ein grosses Elektrizitätswerk zusammen zu betreiben. Dann ist normalerweise nur die Form der Aktiengesellschaft oder Genossenschaft möglich. Das gleiche ist der Fall, wenn sich ein Kanton mit verschiedenen Gemeinden oder Gemeinden unter sich vereinigen. Etwas anderes ist es, wenn ein Werk wie die Bernischen Kraftwerke, ein durchaus einzelstaatliches Unternehmen, aus andern Gründen die private Form vorzieht. Bei den Bernischen Kraftwerken wäre es ohne Zweifel ganz gut möglich, die Sache einfach in den Staatsbetrieb überzuführen. Ich habe seinerzeit im Grossen Rat eine dahinzielende Motion eingereicht. Ich habe damals die Motion zurückgezogen, um zuzuwarten, ob alle die Verbesserungen und Reformen durchgesetzt werden, die zugesichert worden sind. Ich habe die Reformen darin gesehen, dass dem Staate wenigstens ein weitgehender parlamentarischer Einfluss eingeräumt werde, weil in so hohem Masse staatliches Geld in der Unternehmung investiert ist. Das ist nicht eingetreten. Die Bernischen Kraftwerke ziehen die private Organisationsform vor, trotzdem sie im Grund eine staatliche Unternehmung sind. In diesem Falle sage ich: Wenn sie die Vorzüge einer derartigen Organisationsform so hoch einschätzen, so müssen sie auch die Konsequenzen ziehen und sich der Besteuerung unterwerfen. Bei Unternehmungen, in denen ausschliesslich staatliches oder kommunales Geld steckt, haben zwingende Gründe dazu geführt, diese Organisationsform zu wählen. Ich bin der Meinung, dass hier die entscheidende Grenze liegt, und deshalb stimme ich dem Antrag Keller zu, trotzdem ich ohne weiteres anerkenne, dass damit eine Ungleichheit geschaffen wird. Die Bernischen Kraftwerke z. B. würden steuerpflichtig werden, während die nordostschweizerischen Kraftwerke steuerfrei ausgingen. Aber der entscheidende Punkt scheint mir zu sein: Ist ein zwingender Grund vorhanden, um diese private Organisationsform zu wählen? Das ist bei den Bernischen Kraftwerken nicht der Fall. Und deswegen stimme ich persönlich für den Antrag Keller.

M. **Maunoir:** Ce n'est pas de la proposition de M. Keller que je veux vous parler, mais de la proposition que j'avais présentée au nom d'une minorité de la commission, demandant l'exonération pour les sociétés qui ne réalisent pas de revenus nets.

Ainsi que M. le rapporteur vous l'a expliqué, la commission a cherché une formule qui donnât satisfaction à la fois au voeu que nous avions exprimé en ce qui concerne les sociétés, au voeu de M. Michel et co-signataires en ce qui concerne les personnes physiques et enfin au voeu de M. Schär en ce qui concerne les personnes bénéficiant de l'action de secours. C'est pourquoi la minorité de la commission que je représente se ralliera au texte du paragraphe 8 nouveau disant qu'il peut être accordé une réduction ou une remise totale de l'impôt aux personnes physiques et morales qui se trouvent du fait de la guerre dans une situation critique ou dont la situation est pour un autre motif telle que le payement de l'impôt de guerre aurait pour elles des conséquences particulièrement pénibles. J'estime que cette formule est évidemment un peu élastique et qu'en principe on ne doit pas avoir des formules qui laissent trop d'arbitraire à l'administration, mais si c'est pour laisser à l'administration un arbitraire bienveillant, je crois qu'on peut plus facilement s'y rallier. Quoi qu'il en soit, j'estime que toutes les sociétés qui sont en déconfiture bénéficieront entièrement de la nouvelle rédaction adoptée par la commission. C'est pourquoi je déclare retirer mon amendement et me rallier au projet de la commission.

Bühlmann: Nur eine kurze Bemerkung zum Votum des Herrn Müller. Er gibt zu, dass eine Ungerechtigkeit entstehe, wenn der Antrag Keller angenommen werde, beantragt aber gleichwohl Ablehnung meines eventuellen Antrages, indem er unsere bernische Politik in die Diskussion hineinzieht. Herr Müller ist Mitglied des Verwaltungsrates der Bernischen Kraftwerke, und die zwingenden Gründe, die dazu führten, solchen die Form einer Aktiengesellschaft zu geben, sind ihm

deshalb bekannt. Die Bernischen Kraftwerke sind nicht eine neue Gründung, sondern sie sind nach und nach entstanden, indem der Kanton Bern es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Ausnützung seiner Wasserkräfte aus den Händen des Privatkapitals in die Hände des Gemeinwesens hinüberzuleiten. Das konnte aber nur geschehen auf dem Wege der Aktiengesellschaft. Ein weiterer zwingender Grund für diese Form lag darin, dass für den ganzen Geschäftsbetrieb derartiger elektrischer Unternehmungen eine grosse Beweglichkeit bestehen muss, die in dem direkten Staatsbetrieb niemals erreicht wird. Dass der Kanton Bern daran recht getan hat, beweist die Entwicklung seiner Kraftwerke, und das ist im ganzen Schweizerland in einer Weise anerkannt worden, dass es nicht gut verständlich ist, wie Herr Müller nun eine andere Auffassung vertritt und die Ungleichheit und die Ungerechtigkeit, die durch Annahme des Antrages von Herrn Keller entstehen muss, gutheisst.

Müller (Bern): Ich habe Ihnen auseinandergesetzt, warum ich für den Antrag Keller stimme. Wenn auf der einen Seite staatliche oder kommunale Betriebe steuerfrei erklärt werden und andererseits besondere zwingende Gründe dafür sprechen, die private Organisationsform der Aktiengesellschaft zu wählen, aber mit ausschliesslich staatlichem und kommunalem Geld, und diese steuerpflichtig würden, so würde dadurch noch eine viel grössere und stossendere Ungleichheit entstehen, indem auf diese Weise die rein staatlichen und rein kommunalen Betriebe steuerfrei sein würden, während die andern, die aus zwingenden Gründen die private Organisationsform gewählt haben, steuerpflichtig wären. Diese Ungerechtigkeit und Unbilligkeit wiegt für mich schwerer als die andere, die Steuerungleichheit zwischen Unternehmungen mit ausschliesslich öffentlichen Mitteln und gemischt wirtschaftlichen Betrieben.

Ich verstehe das Votum von Herrn Oberst Bühlmann nicht. Er behauptet, mir seien die zwingenden Gründe, warum die Bernischen Kraftwerke die Form der Aktiengesellschaft beibehalten hätten, bestens bekannt. Ich bedaure sehr, sie sind mir nicht bekannt. Die ganze jetzige Diskussion haben wir in einlässlicher Weise schon im Grossen Rate des Kantons Bern gehabt, und dort habe ich meine Gründe für die Verstaatlichung der Bernischen Kraftwerke auseinandergesetzt. Ich bedaure, erklären zu müssen, dass alle im Grossen Rate angeführten Gegengründe für mich nicht zwingend waren. Wenn 96% des Kapitals einer Unternehmung in den Händen des Staates sind, so ist es nicht nur eine Kleinigkeit, sondern auch zweckmässig, eine derartige Unternehmung in staatlichen Besitz überzuführen. Die Wünschbarkeit grösserer Beweglichkeit, die Herr Oberst Bühlmann als Grund für die private Organisationsform angeführt hat, gebe ich zwar in einem gewissen Grade zu. Aber gegenwärtig ist der Verwaltungsrat der Bernischen Kraftwerke — dem ich nun seit allerdings kurzer Zeit selber angehöre — ohne jede parlamentarische Kontrolle, und die Macht des Verwaltungsrates ist deshalb fast unbeschränkt. Wo aber in einem Unternehmen derartige staatliche Mittel investiert sind, ist eine weitergehende Kontrolle absolut notwendig. Auch wenn man die Bernischen Kraftwerke in staatlichen Besitz überführte, könnte man die Organisationsform finden, um ihnen die gewünschte und auch nach meiner Auffassung unter gewissen Kautelen zweckmässige grössere Beweglichkeit zu verschaffen. Die Aufgabe ist lösbar. Der Kanton Bern hat es durch sein Organisationsgesetz für die Kantonalbank bewiesen, dass man einem rein staatlichen Unternehmen eine weitgehende Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit verschaffen kann, wenn es wegen seiner speziellen kommerziellen und technischen Anforderungen und Bedürfnisse im Interesse des Unternehmens selbst liegt. Deshalb bin ich von Herrn Bühlmann nicht belehrt worden. Ich bin im Gegenteil überzeugt davon, dass diese Kraftwerke, nachdem sich die Besitzverhältnisse in dieser Weise ausgebildet haben, in den Besitz des Kantons Bern gehören und nicht in Form einer Aktiengesellschaft bestehen bleiben sollen.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Un mot seulement. Je maintiens la proposition que j'ai eu l'honneur de vous faire dans le sens de biffer purement et simplement la lettre b. Cela signifie que la Banque nationale serait aussi soumise à l'impôt et que par conséquent la proposition de M. Keller et celle de M. Stadlin seraient implicitement repoussées. L'avantage de cette solution, c'est qu'on pourra dire que le principe est consacré, que toutes les sociétés par actions sans aucune distinction sont soumises à l'impôt. Ce principe avait subi une exception et cette exception a provoqué une discussion. C'était l'exception de la Banque nationale. Du moment que la Banque nationale, parce qu'elle est constituée sous la forme de la société par actions, est soumise à l'impôt, il me semble que toutes les autres objections tombent. Ce principe consiste à dire: Tout ce qui est capital, force collective organisée sous la forme de la société par actions est soumis à l'impôt. On ne peut rien faire valoir de vraiment décisif contre ce principe clair et net et qui empêche toute inégalité et injustice.

Je répondrai maintenant encore un mot à M. Walther. Il a eu l'air de dire que, par la proposition que j'ai eu l'honneur de vous faire, je risquais de troubler les bons rapports entre la Confédération et la Banque nationale. Il n'en est rien. Si j'avais douté une seule minute qu'il en pût résulter en quelque sorte de la mauvaise humeur ou un trouble dans les bons rapports entre la Confédération et la Banque nationale, j'aurais évidemment évité de faire ma proposition. Mais quelle est la situation? Si la banque réalise des bénéfices tels qu'elle puisse les distribuer $1/3$ à la Confédération et $2/3$ aux cantons et que d'autre part elle paye l'impôt de guerre, la seule conséquence sera une petite diminution de la part des cantons; celle de la Confédération sera augmentée. Pour la Banque nationale, cela revient absolument au même. Il est parfaitement juste, après avoir constaté que les bénéfices de la Banque nationale résultent en grande partie des affaires que la Confédération fait avec elle, il est parfaitement juste que la Confédération ait au moins sous la forme de l'impôt de guerre une part à ses bénéfices.

Keller: Ich möchte die Diskussion nicht mehr verlängern. Dazu habe ich um so weniger Veranlassung, als mein Antrag vom französischen Referenten der Kommission und Herrn Müller, Mitglied der Kommission, in einlässlicher und durchaus zutreffender Weise

unterstützt und seine Berechtigung somit auch aus der Kommission heraus anerkannt worden ist.

Ich will das Wort nur noch verlangen mit Rücksicht auf den Antrag des Herrn Motta zu lit. b. Herr Bundesrat Motta beantragt Ihnen, lit. b, also die Steuerbefreiung der Nationalbank, zu streichen, in der Meinung, dass damit auch die innere Berechtigung meines Antrages dahingefallen sei. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Die Ungleichheit, die ich kritisiert habe, bleibt deshalb gleichwohl noch bestehen, insofern, als die rein staatlichen und kommunalen industriellen Betriebe, also z. B. die Elektrizitätswerke des Kantons Freiburg oder des Kantons Basel, die Elektrizitätswerke der Gemeinden, nach der lit. a des vorliegenden Beschlusses von der Steuer befreit bleiben, während diejenigen ebenfalls rein staatlichen Betriebe, wie die Nordostschweizerischen Kraftwerke, die aus zwingenden Gründen, wegen der Beteiligung einer Mehrheit von Kantonen, in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet werden mussten, gleichwohl steuerpflichtig wären. Diese Ungerechtigkeit, an der ich hauptsächlich Anstoss nehme, bleibt auch nach Annahme des Antrages des Herrn Bundesrat Motta fortbestehen. Wenn Herr Bundesrat Motta will, dass mein Antrag hinfällig und ihm der Boden entzogen wird, dann möchte ich ihn bitten, darauf hinzuwirken, dass alle industriellen Betriebe der Kantone und der Gemeinden als steuerpflichtig erklärt und dass demgemäss in lit. a die «Betriebe» gestrichen werden und lediglich gesagt wird: «Steuerfrei sind die Kantone und ihre Anstalten», und dass das gleiche Prinzip auch für die Gemeinden festgestellt wird. Wenn dieser Antrag gestellt und zum Beschluss erhoben wird, kann ich mich ohne weiteres dabei beruhigen und meinen Antrag fallen lassen, der in erster Linie eine Gleichbehandlung aller staatlichen Betriebe ohne Rücksicht auf die Form anstrebt. Ich verstehe durchaus die Argumentation des Herrn Wagner, der gesagt hat, es sei eigentlich nicht recht, dass diese industriellen und wirtschaftlichen Betriebe der Kantone und Gemeinden steuerfrei sein sollen. Aber was ich nicht verstehe und was mit meinem Gerechtigkeitsgefühl nicht vereinbar ist, ist, dass nur ein Teil dieser staatlichen Betriebe steuerfrei sein soll, während der andere, der zufällig die Form der Aktiengesellschaft hat wählen müssen, die Steuer bezahlen soll. Das ist ungerecht. Darum halte ich an meinem Antrag fest, so lange als nicht ein Antrag gestellt und angenommen wird, wonach alle diese Betriebe überhaupt der Steuer unterworfen sein sollen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den neuen Antrag der Kommission 80 Stimmen (Einstimmigkeit)

Lit. b.

Eventuell:

1. Für den Antrag Bühlmann	23 Stimmen
Für den Antrag Keller	54 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag Keller	38 Stimmen
Dagegen	51 Stimmen

2. Für den Antrag Stadlin	23 Stimmen
Dagegen	53 Stimmen
3. Für den Antrag Bundesrat Motta	75 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	20 Stimmen

Lit. c.

Für den Antrag Keller	13 Stimmen
Dagegen	38 Stimmen

Ziffer 9.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Vorerst zwei untergeordnete Bemerkungen. Redaktionell wird auch bei dieser Ziff. 9 in Zukunft zu stehen haben «vier- oder dreijährige Periode». Und dann eine Bemerkung nicht allein redaktioneller Natur. Es heisst hier: «Veranlagung und Bezug erfolgen durch die Kantone unter der Aufsicht des Bundes, welcher die nötigen Vorschriften für die gleichmässige Durchführung der Steuer erlässt.» Die Kommission ist darin einig, dass nach «Bundes» ein Punkt stehen und dann ein neuer Satz beginnen soll: «Die Bundesversammlung erlässt für die gleichmässige Durchführung der Steuer die nötigen Vorschriften.» Dies also nur, um kein Missverständnis aufkommen zu lassen, dass etwa jemand anders es sei, als die Bundesversammlung, der die Vorschriften erlässt. Man könnte allenfalls daraus lesen, dass die Vorschriften vom Bundesrate gemacht werden, was die Kommission nicht für richtig hält.

Und nun kommen wir zu der grossen Frage der Verteilung des den Kantonen zufallenden Fünftels. Herr Müller und Konsorten haben den Antrag gestellt, es sei die Hälfte zu Beiträgen an Gemeinden zu verwenden, die durch die wirtschaftlichen Kriegsfolgen nachweisbar in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Herr Scherrer beantragt, zu sagen, dass an Gemeinden, welche für wirtschaftliche Massnahmen ausserordentliche Ausgaben zu machen hatten, von den Kantonen angemessene Beiträge geleistet werden sollen.

Die Kommission ist der Ansicht, dass über die Verteilung des kantonalen Betreffnisses vom Verfassungsartikel keine bindenden Vorschriften aufgestellt werden sollen. Es sei den Kantonen zu überlassen, die Verteilung vorzunehmen, was durchaus nicht ausschliesst, dass die Gemeinden mit einem Teil bedacht werden. Die Kommission hat also die Meinung, dass richtigerweise nicht in die kantonale Verteilung eingegriffen werden soll. Ich gestehe Ihnen, persönlich würde ich gerne dem Wunsche dieser Gemeinwesen entgegenkommen, und wenn ich ein paar Worte zugunsten dieses Wunsches anführe, so wollen Sie das entschuldigen. Vielleicht übernimmt dann der verehrte französische Herr Referent diesmal die Verteidigung des Kommissionsantrages.

Ich meine, wir sollten den Gemeinden wenigstens nach dem Antrage des Herrn Scherrer entgegenkommen und ihnen eine angemessene Entschädigung geben. Es ist richtig, die grösseren Gemeinden, namentlich die Städte, sind durch die Kriegsmassnahmen ausserordentlich in Anspruch genommen worden. Sie hatten teils infolge ihrer eigenen Fürsorgetätigkeit, teils infolge der Anordnungen des Bundesrates, schwere Ausgaben zu machen, und wenn ihnen etwas von dem Anteil der Kantone zugewiesen werden könnte, so wäre das nichts als recht und billig. Aber

ich muss offen sagen, die Sache ist auch nach der Redaktion des Herrn Scherrer nicht so leicht,. Denn es ist ja möglich, dass die Angemessenheit der Beiträge, welche die Kantone den Gemeinwesen geben, angefochten wird. Man wird fragen: Was ist angemessen? Soll das rechnerisch festgestellt und ein gewisser Verteilungsmodus nach der Höhe der Auslagen aufgestellt werden? Mein Gefühl ist bloss, dass man etwas tun sollte. Ich möchte aber nicht mit Herrn Müller bis zur Hälfte gehen, das halte ich für zu stark. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Städte, welche die grossen Auslagen machen mussten, auch finanzkräftiger und leistungsfähiger sind als kleinere Gemeinwesen. Und Schwierigkeiten sind überall entstanden. Wo ist eine Gemeinde, die nicht während des Krieges Auslagen gehabt hat, welche das gewöhnliche Mass überschreiten? Jedes Gemeinwesen kann mit einem solchen Begehren kommen. Es wird sich darum handeln, innerhalb der Kantone die Lösung zu finden.

In diesem Sinne erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, dass die Kommission den Antrag stellt, es sei die Verpflichtung, den Gemeinwesen etwas abzutreten, nicht im Verfassungsartikel auszusprechen, während ich allerdings dem Antrag des Herrn Scherrer gern entgegenkommen möchte.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission. J'ai le plaisir de déclarer que je suis complètement d'accord avec les observations et les conclusions de M. le Président de la commission, tout en revendiquant pour moi, à l'avenir comme par le passé, le droit d'exprimer mes hésitations, mes doutes et mes scrupules. Le rapporteur de la commission n'est pas là pour exposer et défendre, per fas et nefas, envers et contre tous, les seuls arguments de la commission; mais il a l'obligation d'indiquer aussi les raisons personnelles qui peuvent lui susciter des doutes sur l'opportunité ou l'efficacité de telle situation proposée.

Ceci dit, je crois que l'on doit assurer par des moyens utiles l'application uniforme de la loi dans toute la Suisse. Il ne faut pas qu'une interprétation variée conduise à une imposition plus forte dans certains cantons que dans d'autres. La péréquation exige, au contraire, l'uniformité de l'application du principe constitutionnel. C'est pourquoi la Confédération doit exercer sa haute surveillance sur la perception de l'impôt. Il suffit de s'entendre sur la formule. M. Maunoir a critiqué cette phrase: « La Confédération édicte les prescriptions nécessaires en vue de l'exécution du présent arrêté. » Il en demande la suppression.

M. Maunoir n'entend pas que le Conseil fédéral, par simple ordonnance, puisse déterminer les mesures dans lesquelles s'exercent la surveillance et le contrôle de la Confédération sur les méthodes de perception des différents cantons. Je crois que M. le ministre des finances est d'accord avec nous pour reconnaître que c'est bien aux Chambres fédérales, et non pas au Conseil fédéral, qu'il appartiendra d'édicter ces mesures. Sous cette réserve, je suis d'accord avec le texte proposé par la commission et je pense que cette explication permettra à M. Maunoir de s'y rallier.

Passons à la proposition des défenseurs des intérêts des villes, M. Müller, M. Schär, M. Maillefer, M. Bettex et d'autres. Je reconnais que les communes, surtout celles qui sont échelonnées le long de la frontière, ont eu à supporter, à l'occasion de la mobilisation, des frais considérables occasionnés par le séjour des troupes sur leur territoire. Je comprends que ceux qui ont la responsabilité des finances de ces villes et communes recherchent un appui financier et sollicitent un prélèvement sur la part des cantons à l'impôt de guerre. Mais il me semble que la voie suivie n'est pas heureuse. Il serait préférable que ces communes demandent à la Confédération le remboursement intégral des dépenses qu'elles ont supportées par suite de la mobilisation. La Confédération prélèverait le montant nécessaire à ce paiement sur le produit de l'impôt de guerre. Si pour assurer à la Confédération le montant que nous voulons lui apporter par le renouvellement de l'impôt fédéral, il était nécessaire de faire une réduction sur la part réservée aux cantons, nous proposerions d'adopter ce moyen. Mais je ne suis pas d'accord d'introduire dans le texte constitutionnel une disposition imposant aux cantons l'obligation de céder à leurs communes une partie du cinquième du produit de l'impôt de guerre qui leur sera attribué. Cette solution ne serait pas adéquate à la situation. Songez aux différences qui existent à l'intérieur des cantons dans les relations entre communes et Etat au point de vue économique et financier. Envisagez la situation à Berne, à Bâle et dans d'autres communes échelonnées le long de la frontière. Ces dernières ont supporté des frais très considérables, tandis que celles de l'intérieur du pays n'ont pas été beaucoup touchées; elles n'ont eu que quelques séjours momentanés de troupes. Une disposition uniforme aboutirait à un régime inégal. La symétrie ne conduit pas toujours à l'égalité! Les relations financières entre communes et cantons sont régies par des dispositions qui constituent une marqueterie de dispositions légales très différentes . Il faut aviser à un autre moyen que celui de la formule uniforme proposée.

Nous ne pouvons pas non plus admettre que la Confédération s'ingère dans l'administration intérieure des cantons en fixant cette répartition du produit de l'impôt de guerre. La formule, apparemment anodine, présentée par MM. Maillefer, Schär et consorts, me laisse pensif. Qu'est-ce qui prononcera si tel subside accordé à une commune est « équitable »? Qui tranchera le différend qui peut surgir entre commune et canton? Ce sera l'autorité supérieure, le tribunal fédéral. Et vous admettriez ainsi qu'une autorité supérieure s'immisce dans le domaine de l'administration intérieure réservé aux cantons!

Si vous voulez faire quelque chose en faveur des communes, la vraie solution me paraît celle-ci: remboursement par la Confédération, sur production des comptes, des dépenses de mobilisation des communes; puis, si c'est nécessaire, réduction de la quote-part à répartir aux cantons.

Cette question peut être renvoyée à la commission pour examen plus approfondi.

M. **Maunoir,** rapporteur français de la minorité. J'ai déposé avec quelques-uns de mes collègues un amendement tendant à la suppression d'une partie du paragraphe 9.

Si vous consultez le tableau des amendements qui est sous vos yeux, vous verrez qu'on a imprimé en italique en tête de mon amendement ces mots «pour chaque période de quatre ans». Ce n'est pas là-dessus que porte ma proposition. C'est accessoirement que j'avais prévu quatre ans en correspectif de ma proposition à l'article 2. Mais aujourd'hui cette partie de mon amendement tombe, de même que dans le texte de la commission disparaissent les mots «par période de trois ans», puisque nous avons prévu une période de quatre ans et deux de trois ans. Il faut donc dire que «pour chaque période» il est procédé à une nouvelle taxation.

J'en arrive à la suppression du membre de phrase que je veux biffer. Le paragraphe 9 prévoit que «la taxation et la perception sont effectuées par les cantons sous la surveillance de la Confédération, qui édicte les prescriptions nécessaires en vue de l'exécution uniforme du présent arrêté». Je demande la suppression de: «qui édicte les prescriptions nécessaires en vue de l'exécution uniforme du présent arrêté.» On a bien voulu tout à l'heure donner une interprétation des intentions du Conseil fédéral à cet égard. Je remercie M. le conseiller fédéral Motta et MM. les rapporteurs d'avoir tous les trois reconnu que ce n'est pas le Conseil fédéral, mais bien le Parlement qui édictera les mesures nécessaires en vue de l'application de l'article constitutionnel. Si telle est bien l'intention du législateur, à plus forte raison, le membre de phrase que je viens d'indiquer doit-il tomber, puisque le paragraphe 10 qui suit prévoit que l'assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel. Cet article 10 dit tout ce qu'il faut. Nous voulons que ce soit l'Assemblée fédérale qui soit maîtresse pleine et entière d'édicter les dispositions nécessaires à l'application de l'article constitutionnel. M. le rapporteur Eugster m'a paru disposé à biffer avec moi le membre de phrase dont il s'agit. Mais M. Musy a eu l'air de faire une réserve et de recommander le maintien de cette partie de phrase, tout en l'interprétant. Instinctivement, je me méfie toujours des rédactions un peu ambiguës. J'ai toujours très peur que l'on confonde Conseil fédéral avec Confédération. Quand on dit que la Confédération édictera les prescriptions nécessaires, cela peut, dans l'esprit de quelques-uns, désigner aussi bien le Conseil fédéral que l'Assemblée fédérale. Je ne suis pas certain qu'il n'y ait pas eu, non pas dans l'opinion du chef du département des finances, mais peut-être dans l'esprit de ses fonctionnaires, l'arrière-pensée d'ouvrir éventuellement la porte à la possibilité de faire édicter ces prescriptions par le Conseil fédéral. Or, je vous en prie, n'abusez pas de ces prescriptions du Conseil fédéral! Pour le moment l'assemblée législative élabore un article constitutionnel et c'est encore nous, assemblée législative, qui devons être maîtres des mesures d'application. Qu'on ne vienne pas transformer cette surveillance de la Confédération en une ingérence abusive, comme nous l'avons déjà vu se manifester dans l'application d'un très grand nombre de lois. Souvent lorsqu'une loi est votée, on constate que dans ses ordonnances, le Conseil fédéral modifie entièrement l'économie de la loi. A plus forte raison, dans un domaine tel que celui dont il s'agit aujourd'hui, nous ne voulons pas admettre les pleins pouvoirs du Conseil fédéral au delà de la limite nécessaire. Les cantons ont la compétence pour taxer et percevoir, ne l'oublions pas. La Confédération a seulement la haute surveillance. Cette surveillance ne doit pas devenir de l'inquisition.

Je ne suis pas de l'avis de M. Müller qui voudrait au contraire une inquisition profonde. Cela n'est pas de notre goût. Nous autres fédéralistes, nous prétendons au contraire laisser encore aux cantons leur autonomie et le soin de procéder à la taxation et à la perception. De même que nous avons de la répugnance contre les rats de cave, nous éprouvons de la répugnance à l'égard des rats du fisc et nous entendons ne pas voir continuellement les fonctionnaires fédéraux arriver en véritables potentats, se croyant autorisés à tout faire dans les cantons, en passant par-dessous jambe tous les droits de liberté que la constitution réserve à nos cantons. C'est la pensée qui a inspiré ma proposition de supprimer la fin de phrase dont j'ai donné lecture. J'espère que chacun de vous comprendra la nécessité de conserver aux cantons leur entière compétence en n'admettant l'intervention de la Confédération que pour exercer le droit de surveillance, mais en laissant l'Assemblée fédérale elle-même maîtresse d'édicter les dispositions nécessaires à l'application de l'arrêté constitutionnel et à l'exercice de la surveillance par la Confédération.

Müller (Bern): Die Anträge unserer Fraktion verfolgen ein doppeltes Ziel. Auf der einen Seite wünschen wir die schärfere Aufsicht des Bundes in wirksame Garantien umgesetzt im Verfassungsartikel selbst, und auf der andern Seite postulieren wir die Beteiligung der Gemeinden an dem Ertrag, der den Kantonen verbleibt. Hinsichtlich des ersteren Zweckes haben wir diese wirksame Garantie in drei Grundsätzen zusammengefasst: 1. obligatorische Selbsttaxation, 2. Verpflichtung zur Auskunfterteilung für die Behörden des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und für die Privaten und 3. die Möglichkeit einer amtlichen Inventarisation. Die obligatorische Selbsttaxation ist von der Kommission akzeptiert worden. Mit bezug auf die andern Punkte ist von Herrn Bundesrat Motta bei der Eintretensdebatte die wohlwollende Prüfung für die Vollzugsvorschriften zugesichert worden. Derartige grundlegende Bestimmungen müssen aber im Verfassungsartikel selbst geordnet sein. Ich will deshalb kurz begründen, warum wir diese schärferen Vorschriften für notwendig betrachten. Ich befinde mich durchaus nicht im Widerspruch zu Herrn Maunoir und seinen Parteifreunden in bezug auf die föderalistische Grundlage, indem wir ja mit dem Grundsatz durchaus einig gehen, dass die Kantone mit dem Vollzug beauftragt werden. Auf der andern Seite haben wir aber in allen Kantonen, wo ein einigermassen gerechtes und modernisiertes Steuergesetz zum Durchbruch gelangt ist, allen Anlass, dafür zu sorgen, dass durch die schärfere Aufsicht des Bundes die gleichmässige Handhabung seiner Steuervorschriften gesichert werde und damit nicht die Ungleichheit zur Regel wird. Deshalb halten wir die Auskunftserteilung für notwendig und halten unter Umständen auch die amtliche Inventarisation für notwendig. Denn wie ist jetzt das Verfahren? Durch die erste Kriegssteuer sind ganz unglaubliche Zustände im Steuerwesen aufgedeckt worden, ein so tiefes Niveau der Steuer-

moral, dass wir schon sagen müssen: schon die blosse Tatsache, dass durch diese Kriegssteuer alle diese Missstände aufgedeckt worden sind, war eine erlösende Tat. Wenn Sie aber nicht wirksame Garantien schaffen, so wird diese Steuermoral nicht gehoben, und dann entsteht ein ganz unerquickliches Verhältnis zwischen Steuerpflichtigen und Steuerbehörden, eine offene Feindschaft zwischen diesen beiden Gruppen. Wenn die Steuerbehörden die Empfindung haben, dass ein Steuerpflichtiger nicht annähernd sein wirkliches Einkommen und Vermögen angibt, haben dieselben nach den gegenwärtigen Grundlagen nur die Möglichkeit, den Mann zur Aufdeckung seiner Karten zu zwingen, indem sie ihn mit einer übertrieben hohen Taxation belegen und ihn damit indirekt zwingen, seine Bücher zu zeigen, die notwendigen Aufschlüsse zu geben. Das schafft nun aber in allen den Fällen, wo ein Mann richtig oder annähernd richtig versteuert, derartige Verbitterung, dass ich dieses Verhältnis umkehren und dekretieren möchte, bei irgendwelchen Zweifeln über die Angaben eines Steuerpflichtigen den Steuerbehörden die Befugnis zu geben, durch amtliche Inventarisation den wirklichen Sachverhalt zu ermitteln, während, wenn man diesen Grundsatz nicht in den Verfassungsartikel selbst aufnimmt, der andere Grundsatz, der unnötige Verbitterung schaffen kann, die Wahrheit auf indirektem Wege festzustellen, zur Anwendung gelangen muss.

Unser zweites Ziel ist die Beteiligung der Gemeinden. Ich habe mich bereits in der Eintretensdebatte genügend über diesen Grundsatz und die Motive, die zu diesem Antrag geführt haben, ausgesprochen und will das alles nicht wiederholen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass, wenn Sie nicht die Gemeinden in irgend einer Form beteiligen, die Ungerechtigkeit entsteht, dass auf der einen Seite der Bund diktiert, auf der einen Seite die gleiche Beteiligung den Gemeinden und den Kantonen vorschreibt und auf der andern Seite die Gemeinden hilflos in ihrer Finanzlage belässt, die dadurch mitgeschaffen worden ist. Bund und Kanton haben beide in ihren Grenzen das Gesetzgebungsrecht, die Gemeinden sind eng an die kantonalen Vorschriften gebunden, ihre Steuerautonomie ist unentwickelt, sie können nur in ganz bestimmten Fällen und auch nur unter modernisierten Steuergesetzen diese Steuerautonomie ausbauen, so dass für sie die Finanzlage und die Hebung der Finanznot eine viel schwierigere Arbeit ist, als für den Kanton und den Bund. Deshalb halten wir die Beteiligung der Gemeinden, wo es sich wie jetzt nicht mehr nur um eine einmalige, sondern um eine mehrmalige und länger dauernde Kriegssteuer handelt, für etwas ganz selbstverständliches.

Ueber die Form lässt sich streiten. Wir haben geglaubt, die richtige Form dadurch gefunden zu haben, dass wir von den den Kantonen verbleibenden 20% die Hälfte an diejenigen Gemeinden entrichten lassen, die durch die wirtschaftlichen Kriegsfolgen nachweisbar in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Diese Beiträge wären im Verhältnis der zur Verfügung stehenden Summen und der nachgewiesenen Kriegsauslagen der Gemeinden zu berechnen. Wir glaubten, durch diese Fassung allen den tatsächlichen Verschiedenheiten Rechnung zu tragen, die ja nicht zu leugnen sind. Es gibt Gemeinden, die unter dem Kriege nicht gelitten haben, trotzdem der Krieg seit vier Jahren dauert, es gibt sogar Gemeinden, die während des Krieges profitiert haben, aber das sind immerhin Ausnahmen. Jedenfalls können wir mit aller Bestimmtheit sagen, dass alle städtischen und stadtähnlichen und alle von gewerblichen und industriellen Betrieben durchsetzten Gemeinden schwer gelitten haben unter der Notwendigkeit der Ausrichtung von Teuerungszulagen, der Wehrmannsunterstützung, der Besoldungserhöhungen, der Bekämpfung der Folgen der Wohnungsnot und aller Massnahmen, die durch die Lebensmittelversorgung diktiert worden sind. Das hat zu so gewaltigen Auslagen geführt, dass wir überzeugt sind, mit einer solchen Fassung jedenfalls nicht zu viel Mittel für diese Zwecke zu reservieren, sondern dass diese Mittel in vollem Umfange und ohne dass auch nur annähernd die Ausgaben der Gemeinden gedeckt würden, zweckmässig verwendet werden können.

Ich gebe aber zu, dass die Fassung, wie sie seither von den Herren Scherrer und Konsorten eingereicht worden ist, durch welche nur der Grundsatz der angemessenen Beteiligung aufgestellt wird, viel für sich hat. Ich werde mich hier nicht auf die Fassung versteifen, aber selbstverständlich den Antrag unserer Fraktion aufrechterhalten. Sollte aber der Eventualantrag der Herren Scherrer, Schaller, Sträuli usw. angenommen werden, so könnten wir uns damit ebenfalls abfinden. Wenn Sie nicht ein schweres Unrecht begehen wollen, müssen die Gemeinden in irgend einer Form angemessen beteiligt werden. Das ist die Hauptsache, die schliessliche Fassung nebensächlich.

Schaller: Gestatten Sie mir einige Worte zu der Frage der Beteiligung der Gemeinden an dem Anteil des Ertrages, der für die Kantone vorgesehen ist. In erster Linie möchte ich darauf hinweisen, welche Gründe der Bundesrat angeführt hat, um die Kantone am Ertrag der Kriegssteuer zu beteiligen. In erster Linie ist auf die Finanzlage der Kantone hingewiesen worden. Es ist bemerkt worden, dass diese Finanzlage durch die Kriegsfolgen in Mitleidenschaft bezogen wurde. In zweiter Linie ist dann gesagt worden, dass durch den Umstand, dass der Bund nun in die direkten Steuern eingreift, für die meisten Kantone wenn nicht die Unmöglichkeit, so doch die Erschwerung eingetreten sei, sich höhere Einnahmen für ihre Staatsbedürfnisse zu verschaffen.

Diese Gründe gelten nun auch für die Gemeinden: In erster Linie für eine grosse Zahl von Gemeinden gilt es, dass sie durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Es ist Ihnen in dieser Hinsicht vom Herrn Kollegen Müller bereits in der Eintretensdebatte ein Bild entrollt worden, das einen düstern Blick auf die Finanzlage vieler Gemeinden gewährt. Es handelt sich nicht nur um vermehrte Ausgaben der Gemeinden, die aus den verschiedensten Gründen notwendig geworden sind, sondern auch um Reduktion der Einnahmen. Wir konstatieren z. B. eine Reduktion der Einnahmen in den Gemeindebetrieben. Die Einnahmen sind zurückgegangen infolge der Erhöhung der Preise der Rohstoffe und auch deswegen, weil je länger je mehr diese Gemeindeunternehmungen nicht aus fiskalischen, sondern aus Wohlfahrtsgesichts-

punkten geleitet werden müssen. Dann möchte ich darauf hinweisen, dass besonders die Gemeinden in den Zentren des Fremdenverkehrs durch den Rückgang des Steuerkapitals stark gelitten haben. So stehen wir vor der Tatsache, dass die Einnahmen der Gemeinden in ganz gewaltiger Weise zurückgegangen sind, während anderseits die Auslagen in ebenso grossem Masse gestiegen sind.

Der Bundesrat führt weiter in seiner Botschaft die Beeinträchtigung der Finanzquelle an, welche die direkte Steuer darstellt. Diese Beeinträchtigung gilt doch für die Gemeinden in gleichem Masse wie für die Kantone. Auch die Gemeinden sind in vielen Kantonen in vermehrtem Masse darauf angewiesen, sich aus der direkten Steuer für ihre Auslagen zu decken.

Man hat nun überall in der Kommission und auch hier im Rate den Anspruch der Gemeinden grundsätzlich anerkannt. Man weigert sich aber, diesen Anspruch in den Verfassungsartikel aufzunehmen und darin festzulegen. Auf der einen Seite behauptet man, das sei ja gar nicht nötig: die Kantone werden den Gemeinden von sich aus entgegenkommen. Wenn wir nun aber die Vorgänge bei der ersten Kriegssteuer in Betracht ziehen, so werden wir diesem Trost gegenüber etwas skeptisch. Eine Reihe von Kantonen hat gewiss ihren Gemeinden Zuwendungen gemacht, aber andere haben sich ablehnend verhalten, und besonders in denjenigen Kantonen, wo politische Gegensätze zwischen Kanton und Gemeinden bestehen, ist es sehr wenig wahrscheinlich, dass man dazu kommen wird, den Gemeinden einen ihnen gebührenden Anteil an der Kriegssteuer abzutreten.

Man hat im weiteren gesagt, die Beteiligung der Gemeinden sei unzulässig, die Bestimmung bedeute einen Eingriff des Bundes in das interne Verhältnis zwischen Kanton und Gemeinden. Ich halte diese Einwendungen nicht für stichhaltig. Der Eingriff in die Hoheitsrechte der Kantone ist geschehen durch die Kriegssteuer selbst. Das Gesetzgebungsrecht des Bundes auf dem Gebiet der Steuer ist das Hoheitsrecht, das dadurch beeinträchtigt wurde, dass der Bund ebenfalls das Gesetzgebungsrecht auf diesem Gebiet in Anspruch nimmt. Der Eingriff in die Hoheitsrechte der Kantone wäre in ganz gleicher Weise vorhanden, wenn der Bund selber keine Steuer beziehen wollte, wenn der Bund auf dem Gebiete der direkten Steuern legiferieren wollte behufs Unifizierung der Steuerrechte der Kantone. Es ist also etwas ganz anderes, was hier in Frage liegt, ein Eingriff, der die Gemeinden in ganz gleicher Weise trifft wie die Kantone, es ist die Inangriffnahme von Finanzquellen, die da sind, sowohl für den Bund wie für die Kantone. Auf diese Finanzquellen haben die Kantone kein Vorrecht vor den Gemeinden voraus. Es wäre nicht einzusehen, wie ein derartiges Vorrecht auf diese Finanzquellen der direkten Steuern begründet werden könnte. Entweder beruht der Anspruch der Kantone auf einer Vergütung dafür, dass man sie in ihrer Finanzgebarung beengt hat, darauf, dass schon innerlich dieser Anspruch gegeben ist und dann, wenn ein innerer Anspruch dieser Art vorhanden ist, wenn er sich daraus ergibt, dass der Bund zum Teil bisherige Bezüger der direkten Steuern von dieser Quelle verdrängte, dann ist dieser Anspruch ebensowohl begründet für die Gemeinden wie für die Kantone. Wenn man aber annimmt, durch einen positiven Rechtssatz des Bundes werde erst eine derartige Vergütung begründet, dann ist wirklich nicht einzusehen, wieso der Bund ein Geschenk, das er in diesem Falle macht, nicht ebensogut den Gemeinden wie den Kantonen zuwenden kann.

Man kann also nicht davon reden, dass konstitutionelle Gründe der Aufnahme eines derartigen Verfassungsartikels im Wege stehen. Man muss einzig von dem Gesichtspunkt ausgehen, dass der Ertragsanteil eine Vergütung für die Inangriffnahme von Finanzquellen ist, die ebensosehr Finanzquellen der Gemeinden wie der Kantone sind. Auf diese Weise wird man ohne weiteres dazu kommen, den Gemeinden ihre gerechtfertigten Ansprüche zu gewähren.

Ich möchte aber noch auf einen andern Gesichtspunkt hinweisen, der bis jetzt nicht hervorgehoben wurde. Schon seit den ältesten Zeiten hat man in der Finanzpolitik damit rechnen müssen, dass Eifer und Scharfsinn, angeregt durch den Egoismus und persönliche Interessen, sich dem Steuerbezug des Staates entgegenstellen. Man hat jeweilen nach Mitteln gesucht, um ein Gegengewicht gegen diese negativen Kräfte zu schaffen. Dieses Mittel hat man teilweise in der Steuerpacht gefunden. Bei der Steuerregie der neueren Zeit hat man dieses Mittel auch darin gefunden, dass man die unteren Steuereinnehmer nicht fix besoldete, sondern ihnen eine Tantieme von dem eingehenden Steuerbetrag gewährte. Nun wissen Sie, dass die Gemeindeorgane sich vorzugsweise mit der Veranlagung und Erhebung der Kriegssteuer zu befassen haben werden. Diese Gemeindeorgane werden ihr möglichstes tun, damit dem Bunde zukommt, was ihm gehört. Auf der andern Seite müssen Sie aber auch in Betracht ziehen, dass diesen Beamten, die ständige Beamte der Gemeinden sind, die in naher Verbindung mit den Gemeinden leben, deren Schicksal mehr oder weniger mit eigenen Interessen verknüpft ist, die Gemeinde und ihre Interessen doch noch etwas näher stehen als die Interessen des Bundes. Ich habe es selber erlebt, dass Steuerbeamte, die Steuervorlagen brachten, die die Gemeinde anbelangten und Steuervorlagen, die Vernehmlassungen auf Rekurse bei der Kriegssteuer waren, erklärt haben, als sie zu diesen Vernehmlassungen kamen, «das sei nun etwas, woran wir kein Interesse hätten», da brauche man sich eigentlich nicht so grosse Mühe zu geben. Das ist nicht korrekt, und jeder Vorgesetzte wird sofort die Weisung geben, dass diese Angelegenheiten des Bundes mindestens genau so pünktlich befolgt werden sollen wie die der Gemeinden. Aber es ist etwas Menschliches. Wenn man diesem psychologischen Moment etwas Rechnung tragen will, so geschieht es in der Weise, dass man eben auch die Gemeinden an dem Ertrag beteiligt.

Ich gebe nun zu, dass die bisher gemachten Vorschläge diesem Gedanken nicht ganz gerecht werden, denn diese Vorschläge würden dazu führen, dass sämtlichen Gemeinden ein gewisser Anteil an der Kriegssteuer zugebilligt würde, ganz ohne Rücksicht darauf, ob sie unter den besonderen Lasten der Kriegsfolgen gelitten haben oder nicht. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, dass sich eigentlich unsere Kommission beständig nur mit dem Grundsatze beschäftigte, ob in dem Verfassungsartikel die Anteils-

berechtigung der Gemeinden aufzunehmen sei oder nicht, dass aber die Kommission nie Veranlassung und sogar nie Gelegenheit hatte, auf die Ausführung dieser Idee einzutreten und bestimmte Vorschläge in ihren Details in Beratung zu ziehen. Das zweitemal, als wir in der Kommission diese Frage der Anteilsberechtigung der Gemeinden besprachen, da war leider der verehrte Vorsteher des Finanzdepartementes nicht zugegen. Es ist überhaupt zu konstatieren, dass sich bis jetzt die Bundesbehörde mit der Regelung dieser Frage nicht befasst hat, wohl von dem Gedanken ausgehend, dass überhaupt die Gemeinden in dem Verfassungsartikel nicht zu berücksichtigen seien. Inzwischen hat doch dieser Gedanke Fortschritte gemacht. Wir glauben das wahrgenommen zu haben, und wir stehen nun doch vor der Notwendigkeit, dass bestimmte Vorschläge, die all den Gründen, welche für den Anspruch der Gemeinden sprechen, Rechnung tragen, dem Plenum des Rates sollten gemacht werden können.

Aus diesen Gründen würde ich es für das richtigste halten, wie heute übrigens bereits angedeutet wurde, wenn speziell diese Frage der Anteilsberechtigung der Gemeinden und ihrer Festlegung im Verfassungsartikel noch einmal an die Kommission zurückgewiesen würde, damit diese Frage in der Nachmittagssitzung auf Grund eines Kommissionsantrages endgültig erledigt werden könnte. Ich stelle den Antrag auf Rückweisung an die Kommission.

M. **Maillefer.** Je demanderai tout au moins que l'on permît à M. Scherrer de développer sa proposition avant de la renvoyer à la commission. Je demanderai que le Conseil veuille l'entendre.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich möchte Ihnen beantragen, den Ordnungsantrag Schaller abzulehnen; denn über diese Sache sollen wir endlich einmal entscheiden. Wir haben sie wiederholt in der Kommission besprochen, und ich möchte nun einen Entscheid darüber wünschen.

Scherrer (St. Gallen): Ich bitte, den Ordnungs-Antrag abzulehnen und mir zu gestatten, meinen Antrag kurz zu begründen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Ordnungsantrag Schaller	2 Stimmen
Dagegen	66 Stimmen

Scherrer (St. Gallen): Es scheint mir, dass eine an sich einfache Sache sich sehr kompliziert zu gestalten droht. Zur Begründung des Antrages, den wir eingereicht haben und der dahin geht, dass in dieser Verfassungsbestimmung, die jetzt aufgestellt werden soll, ausdrücklich vorgesehen werde, dass von dem Fünftel, der an die Kantone abzuliefern ist, auch denjenigen Gemeinden, welche ausserordentliche Ausgaben für wirtschaftliche Kriegsmassnahmen hatten, angemessene Beiträge verabfolgt werden sollen, gestatte ich mir, kurz folgendes anzuführen.

Wenn wir einen solchen Antrag einbringen, so gründen wir uns auf die ratio legis des in Beratung liegenden Verfassungsentwurfes. Worum handelt es sich bei dieser ganzen Vorlage? Um nichts anderes als um die Schaffung einer ausserordentlichen Einnahmequelle, welche bestimmt ist, ausserordentliche Ausgaben, die durch den Krieg verursacht worden sind, zu decken. Wir fragen uns nun weiter: Wer hat denn ausserordentliche Ausgaben insbesondere für die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen zu prästieren? Die Antwort lautet: In erster Linie der Bund. Für ihn wird dieses Gesetz vorab geschaffen. Aber neben ihm kommen nicht bloss die Kantone, sondern auch die Gemeinden in Betracht. Ist es nun richtig, wenn bei der Bestimmung, wohin diese Finanzquellen fliessen sollen, der Gesetzgeber bei den Kantonen haltmacht und kein Wort über die Gemeinden verliert, der gleiche Gesetzgeber, der es für richtig erachtete, in diesen Kriegsjahren, seitdem er gezwungen war, in ausserordentlichen Erlassen ganz ausserordentliche Massnahmen zu treffen, bei allen diesen Erlassen neben seinen eigenen Leistungen auch noch solche der Kantone und der Gemeinden ausdrücklich zu verlangen? Das ist kurz gesagt der Grund, warum wir grundsätzlich festlegen wollen, dass von dieser Kriegssteuer ein angemessener Beitrag an diejenigen Gemeinden geleistet werden soll, welche ebenfalls neben dem Bund, neben den Kantonen, ausserordentliche Auslagen zu prästieren hatten.

Ich könnte Ihnen nun eine ganze Reihe von Beispielen aus Bundesratsbeschlüssen, aus Erlassen der bundesrätlichen Departemente zum Beweis meiner Ausführungen anführen. Entweder hat der Bund jeweilen erklärt, das sei eine Leistung, die er allein mache, oder eine solche, die er mache in der Voraussetzung, dass der Kanton ebenfalls das Seinige tue, aber in den meisten Fällen hat er sich nicht damit begnügt, sondern er hat ausdrücklich auch die Gemeinden zu gewissen Leistungen herangezogen. Sie können sich in den Vorschriften für die Lebensmittelfürsorge umsehen, mögen sie von der Notstandsaktion, von der Rationierung der Lebensmittel handeln, immer finden Sie die Leistung der Gemeinde, welcher da gerufen wird. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der Abgabe des Brennmaterials zu reduzierten Preisen, hinsichtlich des Petroleums, der Milch und neuestens auch hinsichtlich der Fürsorge betreffend die Arbeitslosigkeit in industriellen und gewerblichen Betrieben. Ueberall heisst es, dass neben den Kantonen auch die Gemeinden entweder etwas leisten oder es heisst, dass die Kantone die Gemeinden bis zur Hälfte des kantonalen Beitrages verpflichten können. Ich erinnere speziell daran, dass hinsichtlich der Abgabe von Konsummilch an Personen mit bescheidenem Einkommen geradezu gesagt ist, dass der Wohnortsgemeinde nicht weniger als ein Sechstel des Gesamtzuschusses aufzuerlegen sei.

Diese durch den Bund getroffenen Bestimmungen auf der einen Seite rufen nun auf der andern Seite eben auch einer Bundesbestimmung, welche ausserordentliche Einnahmen zur Deckung dieser Ausgaben, wenigstens zum Teil, flüssig machen. Das ist die Situation, welche durch Aufnahme des gestellten Antrages in die heutige Vorlage berücksichtigt werden soll.

Der Antrag spricht ausdrücklich nur von den ausserordentlichen Ausgaben der Gemeinden, welche durch wirtschaftliche Kriegsmassnahmen verursacht wurden.

Herr Musy hat auf die Mobilisationskosten der Gemeinden hingewiesen. Diese Auslagen, zu denen die Gemeinden nach den Bestimmungen der Militärorganisation und des eidgenössischen Verwaltungsreglementes verpflichtet sind, haben hier ausser Betracht zu fallen. Herr Choqard hat auf diese Lasten der Gemeinden aufmerksam gemacht, und es ist seitens des Vertreters des Militärdepartements erklärt worden, dass diese Frage besonders geprüft werde. Das scheidet also aus. Der Beitrag an die Gemeinden aus dem Ergebnis der Kriegssteuer soll, wie bereits gesagt, auf die wirtschaftlichen Massnahmen beschränkt bleiben.

Ich möchte Sie wirklich bitten, die vorgeschlagene Beitragsleistung in dieser Einschränkung aufzunehmen. Ich glaube, die Annahme einer derartigen Bestimmung spielt auch in referendumspolitischer Beziehung eine gewisse Rolle. Ich darf Sie versichern, dass es für die Gemeinden nicht gleichgültig ist, ob sie nicht wenigstens hier gewisse Beiträge für die ganz ausserordentlichen Auslagen erwarten dürfen, welche sie in diesen schwierigen Zeiten zu machen haben. Ich glaube, der Anspruch ist durchaus berechtigt. Er beschränkt sich nicht bloss auf die Städte, sondern alle Gemeinden sollen ihn erheben dürfen, die diese Auslagen im Interesse des ganzen Landes zu machen haben. Deshalb glaube ich, die Sache ist reif und kann heute schon entschieden werden, ohne dass eine Kommissionalberatung platzgreifen müsste. Ich zweifle nicht, dass es gelingen wird, sich über die Höhe der zu leistenden Beiträge zwischen den Kantonen und den Gemeinden zu verständigen. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus möchte ich Sie deshalb ersuchen, dem gestellten Antrage beizupflichten.

M. **Maillefer:** La proposition qui vient d'être formulée en notre nom par notre collègue M. Scherrer mérite de retenir encore un instant votre attention, car elle est aussi justifiée en principe que raisonnable et acceptable dans sa forme.

Quant au principe, Messieurs, personne dans cette assemblée ne contestera, j'espère, que parmi les organismes politiques qui constituent notre Etat, Confédération, cantons, districts, communes, ces dernières n'aient pas été tout particulièrement éprouvées par la guerre et par la crise que nous subissons depuis quatre ans. Les communes ont été bousculées, dès le début de la crise, avant même que la mobilisation ait été décrétée lorsque la panique s'est emparée des populations. Et dès lors, mois après mois, semaine après semaine, jour après jour, pour ainsi dire, les communes ont dû satisfaire à des tâches multiples, qui ont très sérieusement compromis leurs finances. Crise des loyers, crise du combustible, crise des vivres, crise du crédit, il a fallu faire face à tout. Le magistrat municipal a dû s'improviser marchand en gros, marchand en détail, marchand de vivres, marchand de combustibles minéral, marchand de bois; il a dû s'improviser fabricant, industriel pour parer à la crise du chômage, se faire, que sais-je, exploiteur de tourbières, concessionnaire de mines, agriculteur, éleveur de gros et de petit bétail, autant de tâches importantes qui ont toutes sérieusement grevé les finances communales.

A ces obligations que les communes se sont imposées, sont venues s'ajouter les nombreuses et multiples tâches qui leur ont été imposées par les ordonnances fédérales. Ce furent des ordonnances restrictives, ordonnances de police, ordonnances relatives à la carte de pain, à la carte de lait, à l'action de secours, à la ristourne du gaz, à la ristourne du combustible et tant d'autres encore, ordonnances bien conçues et bien comprises, portées dans un bon but, pour lesquelles quelquefois la Confédération est venue en aide aux communes, mais ordonnances très onéreuses pour les finances des municipalités.

A ces obligations civiles sont venues s'ajouter les obligations militaires. Les chevaux de la voirie mis à réquisition, les camions des services publics entraînés à la mobilisation, les états-majors à recevoir et surtout les troupes à loger. Les communes ont souffert et M. Choquard s'est fait ici l'éloquent interprète de leurs doléances. Tout cela a contribué à les placer dans une situation angoissante.

L'article constitutionnel que nous discutons à présent, la disposition que nous allons introduire dans notre charte fondamentale vient nuire aux finances communales d'une façon indirecte, c'est vrai, mais certainement d'une façon très serieuse. Lorsque nous aurons taillé dans la fortune et le revenu, lorsque nous aurons exigé du contribuable les sacrifices prévus par l'impôt de guerre, il est évident que le contribuable ne pourra pas être chargé d'une façon beaucoup plus considérable encore. Les communes ne pourront pas indéfiniment augmenter leurs impôts tant que l'impôt de guerre sera perçu et durant toute la période pendant laquelle cet impôt de guerre sera perçu, de sorte que les communes se trouvent dans une situation des plus critiques. Leur seule ressouree est dans les régies municipales. Mais ces régies municipales qu'on leur envie quelquefois ne sont pas indéfiniment développables. Il en est certaines à l'heure qu'il est qui sont une source de dépense et non pas de revenus. C'est par exemple la régie municipale du gaz: le gaz coûte aux communes et ne leur rapporte rien maintenant. Quant aux autres régies municipales, ce n'est pas non plus une source de bénéfices indéfinis. Les régies municipales sont handicapées dès aujourd'hui: d'un côté le public a des exigences nombreuses, de l'autre côté l'ouvrier fait valoir ces revendications. Entre ces deux courbes, l'une ascendante, l'autre descendante, la marge du bénéfice se restreint chaque jour.

La situation des communes devient donc véritablement inquiétante, il n'est pas impossible qu'avec le temps cette situation ne constitue un véritable danger public. On voit déjà, même dans le sein de cette assemblée, les communes aux abois venir tendre à la Confédération une main quémandeuse, prier le Conseil fédéral de s'occuper de telle ou telle des branches de leur administration. Ici même vous avez entendu des représentants de la ville de Berne demander que la Confédération s'intéresse à la construction de maisons locatives, d'autres demandes seront encore formulées.

Au lieu de laisser acculer les communes à des situations véritablement inextricables, est-ce qu'il ne serait pas possible, sur les 625 millions qui vont être demandés aux contribuables, sur les 125 millions qui vont être attribués aux cantons, d'en prélever une

part, si modeste qu'elle fût, pour les communes? Il me semble que cette revendication est tout ce qu'il y a de plus juste, de plus raisonnable et de plus équitable.

Aussi n'avons-nous pas entendu en somme critiquer le principe. Personne ne s'est opposé à notre demande quant au fond. On a fait valoir par contre des objections de forme, des objections d'ordre pratique, des objections tirées de motifs d'opportunité et enfin, on est allé jusqu'à chercher dans l'arsenal de notre droit fédéral des armes pour combattre notre proposition.

Les inconvénients d'ordre pratique: Vous nous jetez dans des difficultés insurmontables, nous dit-on, dans un embarras extrême; comment allez-vous faire la répartition entre les cantons et les communes? Qui va faire cette répartition? A quel critère jugerez-vous qu'une commune souffre de la guerre et que telle autre n'en souffre pas? Mais, Messieurs, depuis quatre ans que dure la guerre, notre parlement fédéral et nos parlements cantonaux ont été aux prises avec des difficultés et des embarras autrement plus énormes! Cet argument n'a pas une valeur véritablement sérieuse. Le mot «impossible» a pour ainsi dire été banni de notre vocabulaire cantonal et fédéral depuis que la crise et la guerre existent. Je n'ai aucune peur que les cantons et les communes ne sachent pas s'arranger. Donnez-leur toujours l'argent, ils sauront en faire usage.

On dit d'autre part que notre demande est inopportune, que nous ne tenons pas compte de la situation: Repassez un peu plus tard, nous dit-on, une autre fois, dans une autre occasion; les cantons sont naturellement généreux; ils viendront certainement en aide aux communes, cela va sans dire, il n'est pas indispensable de le mettre dans l'article constitutionnel. Je suis d'accord. Il va sans dire que les cantons seront généreux, je veux bien le croire. Mais c'est ici le cas de répéter la parole d'un diplomate célèbre: «Si cela va bien sans le dire, cela va encore mieux en le disant.»

Enfin on fait valoir un dernier argument: en introduisant cette disposition dans la constitution, nous dit-on, vous portez atteinte à la souveraineté cantonale, au principe sacro-saint du fédéralisme. Permettez-moi de m'étonner, Messieurs, d'entendre parler de fédéralisme et de voir verser un pleur plus au moins sincère sur le fédéralisme à propos d'un article constitutionnel qui est précisément la négation la plus complète du fédéralisme et qui porte atteinte d'une façon aussi considérable à cette partie de la souveraineté cantonale que les cantons considèrent comme la plus sacrée, comme leur palladium: leur autonomie fiscale et financière.

Nous ne demandons pas que la Confédération légifère, qu'elle empiète sur les droits cantonaux; nous demandons simplement que le principe d'une juste restitution soit inscrit dans notre charte et nous estimons que les cantons pourront alors organiser la répartition. Notre proposition ne porte pas atteinte à leur souveraineté. Ce scrupule tardif, cette sollicitude soudaine pour le fédéralisme a quelque chose qui doit nous étonner. Depuis quatre ans que nous naviguons dans les pleins pouvoirs, la souveraineté cantonale — je dirai même la souveraineté populaire — mais enfin la souveraineté cantonale, le parchemin du fédéralisme a été combien de fois froissé, déchiré, lacéré, non seulement de coups de canif, mais de coups de sabre, de coups de hache, à tel point qu'il n'en reste pas grand chose! Aussi est-il tardif de venir à présent exprimer des scrupules, alors que depuis quatre ans cette souveraineté cantonale a été largement prétéritée, sinon foulée aux pieds.

Notre droit public et notre législation d'avant la guerre n'ignorent pas la commune, cellule primitive de tout notre organisme politique. Depuis la guerre, depuis le 3 août 1914, les multiples ordonnances fédérales mentionnent à chaque instant le canton et la commune, la commune à côté du canton, et parfois même la commune en dehors du canton.

Si vous vous donnez la peine d'ouvrir et de feuilleter les quatre énormes volumes où sont réunis les arrêtés et ordonnances fédérales depuis 1914, vous constaterez sans peine que la commune y est mise en vedette à chaque page. Constamment on fait appel à sa bonne volonté! Déjà le 10 août, à propos de l'arrêté fédéral sur l'usure en matière d'alimentation, la Confédération délègue des pouvoirs aux cantons «qui peuvent à leur tour les déléguer aux communes.» On a estimé alors que cela n'allait pas tellement sans le dire, on a estimé que cela allait beaucoup mieux en le disant, et on l'a dit. Et ainsi, depuis quatre années, les ordonnances venant du Palais fédéral parlent des cantons et des communes, et l'on a toujours bien soin de spécifier que les communes doivent être appelées à supporter une partie des charges financières.

L'arrêté du Conseil fédéral sur le chômage du 5 août 1918 stipule à son art. 6 que: «le canton peut mettre jusqu'à la moitié de sa part contributive à la charge des communes intéressées de son territoire.» On a éprouvé le besoin aussi de noter la commune à côté du canton lorsqu'on a voulu imposer les charges prévues dans l'ordonnance du 25 juin 1918 relative à l'utilisation des déchets de ménages (ne souriez pas, Messieurs, la sollicitude du Conseil fédéral s'étend à toute la nature); du reste je ne critique pas cette ordonnance, elle a été prise dans un but très louable et les communes l'ont appliquée avant même qu'elle ne fût prise. Cette ordonnance dit: «Les communes veilleront à ce que les déchets recueillis soient utilisés rationnellement». Puis: «Les communes possédant un service de voirie s'occuperont de l'utilisation rationnelle des balayures des rues et des maisons. Les communes prendront les mesures nécessaires dans ce but». Tout récemment, le 7 août 1918, le Conseil fédéral a adopté une ordonnance sur l'approvisionnement du pays en énergie électrique. Pendant six ans nous nous sommes occupés dans cette salle et dans la salle voisine du Conseil des Etats à délimiter la souveraineté cantonale et la souveraineté fédérale dans ce domaine. Mais par l'arrêté du 7 août de cette année le Conseil fédéral a tranché la question d'une façon tout à fait péremptoire, en plaçant, en fait, au moins pour la durée de la guerre, le monopole des forces hydrauliques entre les mains de la Confédération. Qui donc s'est soucié, à ce moment-là, de la souveraineté cantonale? Personne n'a réclamé, à part les milieux intéressés.

Un dernier exemple. L'arrêté du Conseil fédéral du 1er mai 1918 concernant l'allocation des subsides destiné à abaisser le prix du lait — ce lait qui a fait couler tant d'encre et tant de flots d'éloquence — stipule à son art. 2 ce qui suit: «Les subsides de la Confédération sont fixés à trois centimes par litre de lait frais. Ils ne seront versés que si les cantons

allouent aussi un subside d'au moins un centime par litre. Les communes auront à supporter une partie des frais».

Ainsi donc, Messieurs, alors que cent fois, mille fois, lorsqu'il s'agissait de réglementer, de prescrire, d'imposer, de prendre, on a fait litière de la souveraineté cantonale et des principes fédéralistes, il serait injuste d'invoquer leur caractère inviolable, intangible, sacrosaint, lorsqu'une fois, par hasard, il s'agit de donner, de rendre, de restituer, d'accomplir une bonne oeuvre.

Rien vraiment ne s'oppose à ce que vous réalisiez l'acte de générosité que nous vous demandons: aucun motif tiré de la souveraineté cantonale ou des principes fédéralistes, aucun motif d'opportunité, aucune difficulté insurmontable d'exécution. Au contraire, en accédant à notre modeste requête, vous témoignerez aux communes la reconnaissance du pays pour leurs efforts patriotiques, vous ferez un acte de justice, d'équité, de solidarité nationale et, somme toute, de bonne politique. J'ai dit.

Walther: Ich möchte mir gestatten, mit einigen Worten den Ausführungen der verehrten Herren Stadtpräsidenten entgegenzutreten. Die Herren haben solche Jammertöne angeschlagen, dass es am Platz zu sein scheint, dass auch ein Vertreter der kantonalen Regierungen sich zum Worte meldet. Es haben meine verehrten Freunde Dr. Schaller und besonders auch Dr. Scherrer es verstanden, die Herzen zu rühren. Aber diesen Jammertönen gegenüber muss doch festgehalten werden, dass alles, was gesagt worden ist, in erhöhtem Masse für die Situation der Kantone zutrifft. Wer die Verhältnisse nur einigermassen kennt, weiss, dass die Kantone sich zum allermindesten in der gleich schlechten oder sogar in einer schlechteren Lage als die Städte befinden.

Es ist prinzipiell falsch, dass der Bund in das Verhältnis zwischen den Kantonen und den Gemeinden eingreifen und den Kantonen auferlegen will, dass sie in einer ganz bestimmten Art und Weise den Städten zu Hilfe kommen müssen. Es ist konstitutionell bedenklich, dem Bunde das Recht einzuräumen, den Kantonen vorzuschreiben, was sie gegenüber den Gemeinden tun sollen. Das Verhältnis zwischen Kantonen und Gemeinden soll sich nach kantonalen Rechtsgrundsätzen und kantonalen Usancen regeln.

Namentlich aber möchte ich daran festhalten, dass der Bund, wenn er heute den Kantonen etwas gibt, ihnen nur einen Ersatz schafft für das, was er ihnen genommen hat. Woher rührt vielfach die finanzielle Misere der Kantone? Sie datiert auf Jahrzehnte zurück, auf jene Zeit, da man angefangen hat, den Kantonen eine um die andere Einnahmequelle zugunsten des Bundes zu verstopfen. Vom Ohmgeld bis zur neuesten eidgenössischen Stempelsteuer. Ich möchte die Entwicklung der Zeit nicht zurückschrauben. Aber das muss in jedem Moment festgehalten werden, dass der Bund nur eine Pflicht erfüllt, wenn er den Kantonen neue Einnahmequellen an Stelle der verstopften zu öffnen sucht. Der Gedanke, dass sich die Kantone und Gemeinden auf dem Wege der direkten Steuer helfen sollen und möglichst die indirekten Steuern zu unterbinden sind, kommt immer mehr zur Geltung. Die Gemeinden sind nun viel leichter in der Lage, Geld auf dem Wege der direkten Steuer zu erhalten als die Kantone, weil die Kreise, welche am Gemeindehaushalt interessiert sind, viel weiter und grösser sind als diejenigen, die am Staatshaushalt interessiert sind. Herr Dr. Schaller hat davon gesprochen, dass in Kantonen, in denen die politischen Verhältnisse sehr scharf entwickelt sind, es für die Gemeinden besonders schwierig ist, vom Staate sich Mittel zu beschaffen. Und wie steht es für den Staat in solchen Kantonen? Ich weiss einen Kanton, Herr Dr. Schaller kennt ihn auch, in welchem die Erhöhung der Staatssteuer nur sehr schwer erhältlich ist und immer nur im schweren politischen Kampfe erzielt werden kann, während die Gemeinden, die in Betracht fallen, ihre Steuererhöhung fast regelmässig ohne Kampf haben durchführen können. Die Kantone werden sich durchwegs in einer viel schwierigeren Lage bezüglich der Erhöhung der Staatssteuer befinden, als die Gemeinden hinsichtlich der Erhöhung der Gemeindesteuern.

Der Gedanke ist richtig, dass Gemeinden, welche in finanziell schwieriger Lage sind, sich in erster Linie an den Kanton wenden müssen. Wir werden den Kantonen die Pflicht nicht abnehmen können, den Gemeinden in schwierigen Verhältnissen beizustehen. Aber wenn ein Kanton soll helfen können, dann muss er auch so finanziert sein, dass er hiezu die Mittel hat. Er muss selbst leben können, wenn er den Gemeinden beispringen soll. Gerade wenn man an diese Pflichten denkt, muss man zuerst den Kantonen zu helfen suchen. Dabei ist gar nicht gesagt, dass der Kanton nur auf dem Weg der direkten kantonalen Beiträge den Gemeinden helfen kann. Er kann z. B. auch von seinem Steuerrecht an die Gemeinden abtreten: Er kann den städtischen Gemeinwesen eine gewisse Steuerautonomie einräumen. Es gibt genug Steuermöglichkeiten und Steuerobjekte, die der Kanton den Gemeinden zuweisen kann (Wertzuwachssteuer, Vergnügungssteuer etc.).

Der Stand der Staatsfinanzen ist mancherorts ganz bedenklich. Im Kanton Luzern haben wir uns früher recht und schlecht durchgeschlagen, wie andere Kantone auch. Durch die Kriegsverhältnisse haben wir es im Jahr 1917 zu einem Defizit von Fr. 800,000 gebracht. Für das Jahr 1918 wird das Defizit vielleicht gar auf 1½ Millionen steigen. Die Dinge entwickeln sich fortgesetzt zu Schlimmerem. Das legt doch sicherlich der Gedanke nahe, dass der Bund in allererster Linie den Kantonen helfen und es unterlassen muss, in das intime Verhältnis zwischen Kantonen und Gemeinden auf dem Wege von Bundesvorschriften einzugreifen. Ich bitte Sie dringend, über den ohnehin allzu geringen Kantonsanteil nicht schon hier verfügen und daher die Stadtpräsidentenanträge ablehnen zu wollen.

M. le Conseiller fédéral **Motta:** Quelques mots seulement pour prendre position vis-à-vis des différentes propositions de M. Maunoir tout d'abord, de M. Müller et consorts ensuite, de MM. Schär et consorts enfin. En ce qui concerne la proposition de M. Maunoir, il me semble que la pensée essentielle de son argumentation devrait trouver satisfaction complète dans la déclaration faite par M. le président de la commission. Le texte, tel qu'il est conçu, déclare ceci: «La taxation et la perception sont effectuées par les cantons sous la surveillance de la Confédération, qui édicte les prescriptions nécessaires en vue de l'exécution uniforme du présent arrêté.»

M. Maunoir s'est heurté à cette formule parce qu'il a cru y voir en quelque sorte une identité entre la Confédération et le Conseil fédéral. Je ne pense pas que cette identité puisse être raisonnablement soutenue. Mais la formule ou la rédaction n'était point très heureuse. Et M. le président de la commission a bien voulu tranquilliser les scrupules de M. Maunoir. Après les mots: «Sous la surveillance de la Confédération», je mettrai un point. Puis au lieu de dire «qui édicte», nous dirons: «L'Assemblée fédérale édicte». On évitera par là la possibilité de confusion entre la Confédération et le Conseil fédéral. Si donc M. Maunoir ne vise qu'à supprimer une confusion possible, quoique bien difficile à réaliser, la proposition de la commission rend parfaitement hommage à sa pensée. Il peut donc se tranquilliser tout à fait. Si, par contre, M. Maunoir veut chercher plutôt une différence de fond, je regrette alors de ne pas pouvoir le suivre. La différence de fond qui semblait exister entre la pensée du projet et la sienne était celle-ci: c'est que le projet déclare nettement que les dispositions ultérieures seront édictées par l'Assemblée fédérale pour veiller à ce que la taxation et la perception de l'impôt soient faites d'une façon uniforme. M. Maunoir craint que cela ne lèse l'autonomie des cantons. Il admet en principe qu'il faut chercher une certaine uniformité de l'application de l'article constitutionnel, mais il ne veut point que cette pensée soit exprimée dans le texte constitutionnel. Je dois constater qu'étant donnés l'importance de l'impôt et les taux très élevés qu'il prévoit, il est de toute nécessité, je dirai d'équité élémentaire, que la Confédération, par les mesures qu'elle aura à édicter sous la forme de l'arrêté, veille aussi à ce qu'il y ait une certaine uniformité dans la taxation et la perception, parce que, s'il y avait manque d'uniformité, ce serait admettre que de canton à canton, il peut exister entre contribuables des inégalités de traitement que nous devons pourtant absolument chercher à faire disparaître. Nous aurons à en discuter plus tard à l'occasion de l'arrêté d'exécution du texte constitutionnel. Pour le moment, il ne s'agit que de l'affirmation à fixer, mais cette pensée est juste, je vous la recommande, et en vous la recommandant, je dois à mon regret vous prier d'écarter la proposition de M. Maunoir en tant que je l'ai justement interprétée. S'il n'en est pas ainsi, je crois que M. Maunoir pourrait purement et simplement déclarer qu'il prend acte des observations de M. le président de la commission.

Voilà pour M. Maunoir. Quant à la proposition de MM. Müller et consorts, qui consiste à vouloir introduire dans le texte constitutionnel certaines normes plus précises et plus spéciales et certaines clauses concernant la taxation et la perception, je vous propose de renvoyer cette question au texte d'exécution de l'article constitutionnel. D'accord avec la commission, nous avons inscrit dans le texte constitutionnel le principe que la taxation se ferait sur la base d'une déclaration obligatoire du contribuable. Cela implique l'idée que la déclaration globale ne sera plus admise dans l'arrêté législatif à faire pour l'application du texte constitutionnel. Je vous prie de ne pas aller plus loin.

M. Müller et ses amis ont soulevé la question de savoir s'il ne fallait pas dire, dans le texte constitutionnel, que tout le monde, les particuliers comme les sociétés, comme les autorités, est obligé de fournir au fisc des informations, des renseignements. Il demande encore que le texte constitutionnel prévoie en faveur du fisc le droit de demander l'inventaire obligatoire.

La question des renseignements est des plus délicates, et doit être examinée de très près. Nous ne pouvons pas la résoudre dans le texte constitutionnel. Il y a, entre autres, pour ne vous indiquer qu'un point, le secret professionnel qui doit être respecté. Il y a, par exemple, le secret des affaires qui est considéré par les intéressés comme l'âme en quelque sorte de leur commerce. Nous ne pouvons pas par une formule générale dans le texte constitutionnel, risquer de résoudre la question d'une manière trop catégorique qui nous mette ensuite dans l'embarras lorsqu'il s'agira d'édicter des normes plus précises dans le texte d'application. Pour l'inventaire obligatoire, je ne voudrais pas me prononcer sur cette question, mais je dois déclarer que par cet épouvantail nous risquons de créer à l'article constitutionnel des ennemis qu'il vaut mieux ne pas faire surgir. Nous examinerons encore la question à l'occasion de l'arrêté législatif. Mais, pour le moment, ne mettons pas dans le texte constitutionnel un épouvantail qui ne peut faire de bien à personne, qui peut créer, comme je le disais tout à l'heure, des adversaires et des ennemis à l'article constitutionnel sans que quelqu'un en retire un avantage quelconque.

Je vous demande donc d'écarter la proposition de MM. Müller et consorts.

J'arrive enfin à la proposition de M. Schär ou plutôt à la proposition de M. Schär d'un côté et de M. Müller de l'autre. Il est évident que si j'avais à choisir entre les deux propositions, je vous recommanderais la proposition de M. Schär et non pas celle de M. Müller. Celle de M. Müller, qui consiste à dire que les cantons sont obligés de donner la moitié de leur part aux communes qui ont souffert de la guerre, est évidemment trop étroite, trop étriquée; elle ne cadre pas avec les circonstances qui peuvent se présenter dans l'intérieur des cantons et qui varient d'une manière considérable.

Il y a d'autres critiques que l'on pourrait formuler contre la proposition de M. Müller. Je pense qu'il me suffit d'avoir indiqué celle-là.

Reste la proposition de MM. Schär et consorts. Je voudrais observer ici une attitude qui fût un peu comme une neutralité bienveillante vis-à-vis de cette proposition. Mais si je creuse le problème, j'arrive à la conclusion qu'il vaudrait mieux en rester purement et simplement au texte constitutionnel tel qu'il est proposé par le Conseil fédéral et par la commission. Un argument qui a souvent été invoqué dans la discussion pour justifier l'intervention du législateur fédéral ne tient pas debout sérieusement, c'est celui qui est tiré du fait que la Confédération avec ses ordonnanees découlant des pleins pouvoirs avait chargé les communes de telle ou telle prestation de guerre. On en tire cette conclusion que puisque la Confédération a imposé par ses ordonnances certaines charges aux communes, on doit aussi (non pas le Conseil fédéral mais l'Assemblée fédérale) donner en quelque sorte une compensation aux communes. Cet argument est beau en apparence, mais il est complètement creux. Voici pourquoi. Ce que la Confédération a imposé aux communes a été en réalité une aide qu'elle a donné à elles et aux cantons. La Confédération est intervenue dans le domaine de l'assistance publique qui est un domaine cantonal et communal. Oubliant un moment que ce domaine n'appartient qu'aux cantons et aux communes, la Confédération a

fait un geste que je crois généreux et elle a dit: Dans ce moment-ci, moi, Confédération, qui n'ai aucune obligation constitutionnelle d'intervenir dans ce domaine, je prendrai certaines charges, mais à la condition que les communes et les cantons acceptent aussi certaines obligations qui par elles-mêmes existent déjà, parce qu'elles sont implicites dans l'idée d'assistance. Du fait que la Confédération est intervenue avec son argent en faveur des cantons et des communes, ce qu'elle n'était point obligée de faire, on ne peut pas tirer la conclusion maintenant que puisque la Confédération a imposé des charges, la constitution peut obliger les cantons à céder une partie du produit de l'impôt de guerre aux communes. Cet argument ne tient pas debout. Or, comme c'est en quelque sorte l'argument essentiel qui a été indiqué, il me semble que toute la base et tout le reste de l'argumentation s'écroulent. Si je réfléchis à la situation des communes vis-à-vis des cantons et à celle des cantons vis-à-vis de la Confédération, je me demande s'il est juste que le législateur fédéral intervienne et donne aux cantons des ordres sur la manière dont ils doivent traiter les communes. Il ne s'agit point ici de fédéralisme, mais simplement de savoir si un Etat tel que la Confédération peut donner des ordres à un autre Etat qui ne lui est pas subordonné, mais qui relève des cantons dont il est une partie organique. J'admets sans autre qu'il est juste que les cantons, dans les lois qu'ils auront à élaborer, tiennent compte de la situation particulière de leurs communes, mais pourquoi le législateur fédéral voudrait-il en quelque sorte apporter dans la rédaction d'un texte constitutionnel une méfiance excessive et non justifiée vis-à-vis des cantons? De deux choses l'une: ou bien le canton trouvera qu'il est juste de prendre la requête de la commune en considération et il le fera; mais s'il estime le contraire, c'est qu'il y sera poussé par d'excellentes raisons qu'il peut apprécier beaucoup mieux que la Confédération. Voilà pourquoi, malgré toute ma bonne volonté et tout le désir que j'ai d'être agréable aux représentants des villes, ma raison m'oblige à cette conclusion: La solution la meilleure est ecell du Conseil fédéral et de la commission.

M. **Maunoir.** Une courte déclaration en réponse à ce que vient de dire M. le conseiller fédéral Motta au sujet de ma proposition. Je crois que nous sommes tout près de nous entendre. La meilleure preuve, c'est que j'ai renoncé à demander le rétablissement de l'offre globale. J'étais partisan de l'offre globale, parce que j'ai constaté en particulier que dans le canton auquel j'appartiens l'offre globale avait rendu des services et avait rapporté davantage au fisc que ce qu'il avait peut-être le droit d'attendre. Je crois que, suivant le tempéramant de certains contribuables, l'offre globale aurait dû être maintenue. Je l'ai cependant abandonnée pour la raison qu'elle avait été mal appliquée dans certains cantons, où l'on avait constaté que des personnes en avaient abusé pour cacher leur véritable situation financière au fisc. Je me suis incliné devant cette raison.

Bien que la loi doive être appliquée uniformément dans les cantons, suivant les normes à établir, j'estime précisément que ces normes doivent être fixées par l'Assemblé fédérale, et non pas par le Conseil fédéral. Ce n'est pas à coup d'ordonnances qu'on doit les établir. Je crois qu'au bénéfice de ces déclarations, la commission peut être d'accord avec ma proposition, surtout en considérant que l'article 10 prévoit que l'Assemblée fédérale édictera les prescriptions nécessaires à l'application du présent article constitutionnel.

M. le **Président.** La discussion est close. A l'article 9 vous avez d'abord une proposition de M. Maunoir tendant à biffer la fin de phrase: « qui édicte les prescriptions nécessaires etc. ». Sur ce point M. le Président de la commission dit que la commission serait d'accord avec cette proposition. Le texte de la commission est-il repris par l'assemblée? — Ce n'est pas le cas. J'admets donc que la proposition de M. Maunoir acceptée par la commission est adoptée par le Conseil.

Nous nous trouvons ensuite en présence d'un amendement de M. Müller disant: « Les autorités fédérales, cantonales et communales ainsi que les particuliers sont tenus de fournir tous renseignements aux organes du fisc. Les autorités de taxation et de recours peuvent ordonner l'inventaire officiel. » L'amendement est combattu par la commission et par le Conseil fédéral. Vous allez vous prononcer. Il est bien entendu que la question de rétrocession aux villes est réservée.

Abstimmung. *Votation.*

Für den Antrag Müller	14 Stimmen
Dagegen	75 Stimmen

M. le **Président.** Reste la question de rétrocession aux communes d'une part revenant aux cantons. Ici vous avez deux propositions, celle de M. Müller et celle de M. Schär.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell:

Für den Antrag Müller	15 Stimmen
Für den Antrag Schär	61 Stimmen

Definitiv:

Für den Antrag der Kommission	75 Stimmen
Für den Antrag Schär	31 Stimmen

Ziffer 10.

M. **Bonhôte.** Je propose de dire: « Une loi fédérale édictera les prescriptions concernant l'exécution de l'arrêté constitutionnel. » Il est de règle que ce soit une loi soumise au referendum qui édicte les prescriptions relatives à l'exécution d'un article constitutionnel. Je ne vois pas pourquoi on fait exception ici à cette règle. On me dira qu'il s'agit ici d'une mesure exceptionnelle et qu'on ne l'a pas fait pour le premier impôt de guerre. Mais il faut faire une distinction. Nous nous trouvons en présence d'un impôt

qui sera perçu non pas une fois, comme le premier impôt de guerre, mais trois et peut-être quatre fois. Il y a là une différence essentielle dont il faut tenir compte. Ce qui m'engage en outre à présenter cette proposition, c'est ce que vient de dire M. le conseiller fédéral Motta, lorsqu'il a combattu la proposition de M. Müller. Il a dit: Ne mettons pas dans la constitution des dispositions qui risquent d'être des épouvantails. Cette parole me laisse craindre qu'on se réserve peut-être d'introduire dans l'arrêté fédéral d'exécution des dispositions qui, si elles étaient connues, risqueraient d'empêcher l'adoption de l'article constitutionnel par le peuple. Et à supposer que la majorité de l'Assemblée fédérale introduise dans l'arrêté d'exécution des dispositions contraires à l'article constitutionnel voté par le peuple, il n'y aurait pas de remède. Le Tribunal fédéral est incompétent pour réformer les décisions de l'Assemblée fédérale. Nous n'avons pas de tribunal administratif. Le peuple ne pourra pas intervenir. On pourrait donc se trouver en présence de cette anomalie: un arrêté d'exécution violant sans recours la constitution. C'est pour éviter ce danger et pour rentrer dans l'ordre démocratique et constitutionnel que je propose de remplacer les mots «Assemblée fédérale» par: «une loi fédérale».

M. le conseiller fédéral **Motta.** Je regrette d'être obligé de prendre position contre cette proposition. Elle vient bien tard. Si l'idée du conseil avait été qu'il fallait suivre la procédure en quelque sorte normale et régulière de la constitution, il n'y avait qu'une chose à faire: un article constitutionnel en deux ou trois lignes disant par exemple: «La Confédération a le droit de percevoir un impôt de guerre». Tout le reste aurait été renvoyé à la législation et alors la lutte qui s'est déjà engagée ici et qui va se renouveler devant le peuple, aurait eu lieu sur la loi d'application plutôt que sur le principe constitutionnel, étant donné que sur ce dernier tous les parlementaires et le peuple tout entier semblent bien être d'accord. Mais nous avons suivi précisément une procédure inverse, la même que celle consacrée dans le premier impôt de guerre. On a proposé un texte constitutionnel qui n'est point sommaire, qui ne renferme pas seulement une simple déclaration de principe, mais tous les principes essentiels qui doivent être à la base de son application. Nous avons même prévu les taux des tableaux annexes, qui font partie intégrante de l'article constitutionnel.

Je dis donc, Messieurs, que je ne crois pas pouvoir être sérieusement contredit sur le point suivant: L'idée que M. Bonhôte vient d'exprimer et qu'il considère comme juste — je m'incline devant cette pensée — il aurait dû la formuler dès l'ouverture du débat et demander la nonentrée en matière sur l'article constitutionnel.

Voulez-vous donc, maintenant que nous sommes arrivés à la fin de ce débat si prolongé et si intéressant d'ailleurs, voulez-vous d'un seul coup détruire tout ce que vous avez fait jusqu'à présent pour vous orienter vers un autre système? Je vous prie de maintenir le texte qui vous est présenté par le Conseil fédéral et la commission et de repousser la proposition de M. Bonhôte. Je dois ajouter qu'au sein de la commission cette question n'est jamais venue à l'idée de personne. Tout le monde, dès l'origine, a été d'accord sur la procédure que nous suivons. Si nous avions su qu'à la fin du débat une telle objection serait formulée, nous nous serions fait une obligation d'expliquer notre point de vue dès l'entré en matière.

M. **Micheli.** Je ne voudrais pas prolonger ce débat, mais je vous demande de dire un mot en faveur de la proposition de M. Bonhôte. Je voudrais dire en particulier à M. le conseiller fédéral Motta que si la proposition Bonhôte a surgi, si elle a gagné des partisans, c'est peut-être un peu lui qui en est responsable. Tout à l'heure M. le conseiller fédéral Motta a dit en combattant l'amendement de M. Müller: N'introduisez pas des épouvantails dans l'article constitutionnel, mais nous verrons... nous verrons... au moment où nous élaborerons l'arrêté d'exécution. Nous verrons! M. Motta a ainsi laissé la porte ouverte par exemple à la question de l'inventaire obligatoire. Nous ne savons pas dans quelle mesure les cantons seront souverains pour l'application de la loi d'exécution et dans quelle mesure s'exercera la surveillance fédérale. Ce sont là choses très importantes non seulement du point de vue fiscal, mais encore politique.

Je suis de ceux qui estiment que l'assemblée fédérale doit édicter des prescriptions uniformes en vue de l'application des mêmes principes dans toute la Suisse. Mais j'estime que ces prescriptions doivent être appliquées par les soins des cantons à qui appartient la souveraineté en matière fiscale. Cela résulte de notre droit constitutionnel. Nous ne devons pas y déroger, et la Confédération, même dans cet impôt exceptionnel, doit se borner à édicter des mesures générales dont l'application appartient aux cantons.

Dans quelles mesures ce principe est-il respecté? Nous venons de l'entendre, c'est l'arrêté d'exécution qui le décidera. J'estime donc que nous devons réserver le droit du peuple de se prononcer sur l'arrêté d'exécution. Je ne crois pas que cette réserve soit en contradiction avec le système adopté dans votre article constitutionel très développé. Et, puisque cet arrêté de l'Assemblée fédérale peut prévoir des mesures d'une très grande importance, nous devons admettre la possibilité d'un recours au peuple. C'est pourquoi pour ma part je voterai l'amendement de M. Bonhôte.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	56 Stimmen
Für den Antrag Bonhôte	22 Stimmen

Lit. B—D.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

M. le **Président.** La proposition est-elle faite de revenir sur un des articles? Ce n'est pas le cas. La discussion de détail est terminée.

Avec votre assentiment, le vote d'ensemble aura lieu demain matin. Il n'y a pas d'objection. C'est adopté.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	11
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	01.10.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	384-406
Ref. No	20 028 621

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Da wir also über den Inhalt und die einzelnen Postulate des Vorschlages an sich einig sind, so ist meiner Meinung nach lediglich über diese taktische Frage zu entscheiden. Der Entscheid ist ohne weiteres gegeben, je nachdem man die eine oder andere Auffassung hat, und es ist deshalb eine weitere materielle Prüfung der Vorlage durch eine Kommission meiner Meinung nach nicht nötig. Ich beantrage in diesem Sinne Entscheidung durch den Rat.

Augenommen. — *(Adopté.)*

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article.*

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Ziffer 1—4.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes 84 Stimmen
Dagegen 10 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats).

Sitzung vom 2. Oktober 1918, vormittags 8 Uhr.

Séance du 2 octobre 1918, à 8 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Mr. *Calame.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Gesamtabstimmnng. — *Votation sur l'ensemble.*

(Siehe Seite 384 hiervor. — Voir page 384 ci-devant.)

Rothenberger: Nachdem die ursprüngliche Vorlage des Bundesrates und der Kommission nachträglich durch Bundesrat, Kommission und Rat fallen gelassen, der Ertrag der Kriegssteuer auf 500 Millionen beschränkt, nachdem auch ein Antrag auf weiteres Entgegenkommen in bezug auf das Existenzminimum abgelehnt und gestern der Antrag Maunoir angenommen worden ist, nach welchem einheitliche Vorschriften für die Veranlagung der Steuer, d. h. also für die gleichmässige Durchführung der Steuer nicht erlassen werden sollen, sehen sich der Sprechende und einige seiner Freunde veranlasst, in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage zu stimmen.

M. **Maunoir:** Il est certain que l'arrêté fédéral relatif au renouvellement de l'impôt de guerre sort amélioré de la discussion et qu'en particulier l'incertitude dans laquelle on se trouvait au sujet de sa durée a fait place à une formule précise.

Je suis néanmoins de ceux qui estiment qu'en ne se bornant pas à renouveler purement et simplement l'impôt de guerre deux fois, au maximum trois fois, et en fixant en outre un minimum de 500 millions de francs à percevoir, on a été trop loin — qu'on préjuge prématurément l'avenir.

D'autre part je persiste à croire que le taux de l'impôt est exagérément progressif, car, à côté des difficultés que certains contribuables auront à l'acquitter, on n'a pas suffisamment tenu compte non plus des efforts que les cantons et les communes auront à faire aussi pour assainir leurs situations financières, et l'impôt fédéral exagéré leur portera directement atteinte.

Enfin d'autres dispositions, sur lesquelles je ne veux pas revenir, sont critiquables et ont été critiquées.

J'espère que le Conseil des Etats améliorera ce projet et qu'ainsi en votation définitive je pourrai, avec certains de mes amis politiques, me rallier à l'adoption de l'arrêté.

En l'état actuel je déclare que je ne le puis pas.

M. **Goetschel:** Au nom de MM. Choquard et Jobin qui ont signé la motion que j'ai eu l'honneur de déposer, je dois faire la déclaration suivante à l'appui de notre vote. Nous repoussons le projet soumis au scrutin parce que:

1° il exonère trop de contribuables, crée un impôt de classes lui enlevant ainsi le caractère national qu'il devrait avoir;

2° il constitue un acheminement vers l'impôt fédéral permanent;

3° il comporte une extension fâcheuse et onéreuse de la bureaucratie;

4° il n'assainit pas suffisamment la situation financière à un moment où elle devrait être affranchie dans la mesure la plus large;

5° tous les biens situés ou déposés en Suisse, susceptibles d'être soumis à la taxation ne sont pas atteints et échappent ainsi sans motif légitime ou équitable à l'impôt;

6° la libération insuffisante de la dette de mobilisation comme elle est prévue constitue une entrave sérieuse à l'accomplissement des oeuvres d'amélioration sociale et des entreprises économiques d'intérêts général (assurance — viellesse,

maladie, chômage, routes fluviales, canaux, électrification des chemins de fer).

M. le **Président:** Nous passons à la votation.

M. **Sigg:** Je propose de procéder à l'appel nominal.

M. le **Président:** Je prie les membres du Conseil qui adoptent la proposition de M. Sigg de se lever. (36 députés appuient la proposition Sigg.) Le vote aura lieu à l'appel nominal.

Abstimmung. — *Votation.*

Mit «Ja», d. h. für Annahme des Bundesbeschlusses stimmen die Herren:

(Répondent «oui», c'est-à-dire adoptent le projet d'arrêté fédéral, Messieurs):

Abt, Balmer, Bersier, Bettex, Bopp, Boschung, Bosset, Bühler (Frutigen), Bühlmann, Buri, Burren, Caflisch, Chenaux, Chuard, Daucourt, Deschenaux, Eigenmann, Eisenhut, Eisenring, Eugster Arthur, Evéquoz, Feigenwinter, Fellmann, Freiburghaus, Frey (Zürich), Gamma, Garbani-Nerini, Gelpke, Genoud, Göttisheim, Grieshaber, Grobet-Roussy, Grünenfelder, Häberlin, Häfliger, Hartmann, Hess, Hirter, Hofmann, Holenstein, Hörni, Jenny (Bern), Jenny (Glarus), Keller, Knüsel, Kuntschen, Kurer, de Lavallaz, Leuba, Liechti, Lohner, Mächler, Maillefer, von Matt, Meyer, Ming, Moser (Hitzkirch), Müller (Thurgau), Nietlispach, Obrecht, Pellissier, Peter, Petrig, Piguet, Raschein, Ringger, Rochaix, Schaller, Schär (Langnau), Schär (Basel), Scherrer Ed., Scherrer-Füllemann, Scheurer, Schmid (Zürich), Schmidheiny, Schubiger, Schwendener, Siegrist, Spahn, Stadlin, Staub, Steineggger, Steiner, Steinhauser, Steuble, Sträuli, v. Streng, Stuber, Syz, Ullmann, Vassalli, Wagner, Walser, Walther, Wild, Will, Würsch, Zurburg (98).

Mit «Nein», d. h. für Ablehnung des Bundesbeschlusses stimmen die Herren:

(Répondent «non», c'est-à-dire rejettent le projet d'arrêté fédéral, Messieurs):

Affolter, Bonhôte, Bossy, de Cérenville, Choquard, Conzett, Cossy, de Dardel, Eugster-Züst, Frei (Basel), Fritschi, Götschel, Graber, Greulich, Grieder, Grimm, Grospierre, Huggler, Hunziker, Jobin, Knellwolf, Lutz, Maunoir, de Meuron, Micheli, Müller (Bern), Naine, Odinga, Ody, de Rabours, Rikli, Rothenberger, Ryser, Schmid (Olten), Schneeberger, Seiler (Liestal), Seiler (Zermatt), Sigg, Straumann, Studer, Ursprung, Weber (Sankt Gallen, Zürcher (43).

Der Stimmabgabe enthalten sich die Herren:
(S'abstiennent, Messieurs):
Büehler (Schwyz), von Hettlingen (2).

M. le **Président:** Voici le résultat du vote: L'arrêté concernant le renouvellement de l'impôt de guerre est adopté par 98 oui contre 43 non. Il y a 2 abstentions, 43 absents, 2 sièges non repourvus, le président ne votant pas, cela donne un total de 189.

L'arrêté est ainsi adopté.

MM. Gaudard, Hofer et Schüpbach, arrivés après l'appel de leurs noms, déclarent que s'ils avaient été présents, ils auraient voté oui.

M. Widmer absent fait savoir que s'il avait été présent, il se serait abstenu.

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

---

940. Besoldung des Bundesrates und des Kanzlers.
Traitement des Conseillers fédéraux et du Chancelier.

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates Seite 147 ff.)
(Voir les débats du Conseil des Etats, page 147 et suiv.)

M. le **Président:** Le Conseil des Etats fait savoir qu'il a adhéré à notre décision avec un amendement de rédaction qui n'affecte que le texte allemand. J'estime qu'il n'y a aucune divergence entre les deux Conseils et s'il n'y a pas d'opinion contraire, je considère que l'arrêté fédéral est adopté. Vous êtes d'accord. L'arrêté fédéral est ainsi adopté.

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

Schluss des stenographischen Bülletins der September/Oktober-Session.

Fin du Bulletin sténographique de la session de septembre-octobre.

Für die Redaktion verantwortlich: *Zimmermann.* — Druck und Expedition von *Pochon-Jent & Bühler* in Bern.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	IV
Session Session Sessione	Herbstsession Session d'automne Sessione autunnale
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	13
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	02.10.1918 - 08:00
Seite Page Pagina	411-412
Ref. No	20 028 623

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

hat darauf hingewiesen, dass im nämlichen Art. 96, Abs. 1 die Amtsdauer des Bundesrates auf 3 Jahre festgelegt ist und dass diese 3 Jahre im Jahre 1919 noch nicht vorüber sind. Um Klarheit zu schaffen, schlägt die Kommission vor, ausdrücklich zu sagen, dass in der Dezembersession 1919 der Bundesrat neu bestellt wird. Was die Amtsdauer des neuen Bundesrates anbetrifft, so hat die Kommission vorgeschlagen, dass sie Ende 1923 zu Ende gehe. Nachdem aber der Rat beschlossen hat, dass die Amtsdauer des Nationalrates nur bis Ende 1922 dauere, nehme ich es als selbstverständlich an, dass gesagt werde: Die erste Amtsdauer des neuen Bundesrates endet 1922.

M. **Calame,** rapporteur français de la minorité de la commission. Le Conseil fédéral avait jugé inutile d'introduire une disposition qui le concerne lui-même; il estime qu'il va de soi qu'après le renouvellement intégral du Conseil national à une date anticipée, le Conseil fédéral sera lui-même renouvelé également; si cela va de soi sans le dire, cela ira encore mieux de soi si on le précise. C'est pourquoi vous nous proposons l'introduction d'un nouvel article 3.

Nous avions fixé l'expiration des fonctions du Conseil fédéral renouvelé au 31 décembre 1923. Il est évident qu'ensuite de la décision prise d'arrêter le terme de la législature prochaine à 1922, il y a lieu de modifier également ici la date primitive de 1923 et de dire que les fonctions du nouveau Conseil fédéral prendront fin en décembre 1922.

M. **Micheli,** rapporteur de la minorité de la commission. Vu les explications données par M. le rapporteur de la majorité, je me rallie à la rédaction de la majorité, du moment que, sur le fond du débat, la majorité accepte la date de 1922 pour la durée des pouvoirs du nouveau Conseil fédéral.

Angenommen. — *(Adopté.)*

II.

Angenommen. — *(Adopté.)*

III.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Gesamtabstimmnng. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Bundesbeschlusses	92 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Sitzung vom 29. Januar 1919, vormittags 8¼ Uhr.

Séance du 29 janvier 1919, à 8¼ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates 1918, Seite 192 ff.)
(Voir les débats du Conseil des états 1918, page 192 et suiv.)

Anträge der nationalrätlichen Kommission
vom 11. Januar 1919.

Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates, wo nichts anderes bemerkt ist.

Ziff. 3, Abs. 1. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Abs. 2. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Abs. 3. Die Erwerbssteuerpflicht beginnt:

a. für Personen mit einem 20,000 Franken übersteigenden Vermögen bei einem Erwerb von mehr als 2000 Franken;
b. für Personen, deren Vermögen mehr als 10,000 Franken beträgt, aber 20,000 Franken nicht übersteigt, bei einem Erwerb von mehr als 3000 Franken;
c. für Personen ohne Vermögen oder mit einem 10,000 Franken nicht übersteigenden Vermögen bei einem Erwerb von mehr als 4000 Franken.

Die unter a—c genannten Ansätze für den Beginn der Erwerbssteuerpflicht erhöhen sich um je 400 Franken für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede Person, der gegenüber der Erwerbende unterstützungspflichtig ist, sofern er für diese Personen tatsächlich sorgt.

Soweit auf Grund dieser Bestimmungen eine Steuerpflicht besteht, bezieht sie sich auf den ganzen Umfang des Vermögens und des Erwerbs.

Abs. 4. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates mit einer Aenderung: Die Steuersätze sind progressiv und steigen in Klassen von ein bis fünfundzwanzig Promille des Reinvermögens und von vier Zehntel Prozent bis zwanzig Prozent des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschluss beigefügten Tabellen.

Ziff. 3bis. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Ziff. 5. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Ziff. 6. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Ziff. 7. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Ziffer 8. Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Den Steuerpflichtigen, die infolge des Krieges in Not geraten sind oder die sich sonst in einer Lage befinden, in welcher die Bezahlung der Kriegssteuer für sie zur grossen Härte würde, kann die Steuer ganz oder teilweise erlassen werden.

Ziff. 10. Die Bundesversammlung wird die Vorschriften über die Ausführung dieses Verfassungsartikels sowie zur Sicherstellung der gleichmässigen Durchführung der Steuer endgültig aufstellen und die Höhe der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot bestimmen. Die so festgestellten Kapitalausgaben und die Erträgnisse der Kriegssteuer sollen auf einer besondern, von der ordentlichen Staatsrechnung getrennten Rechnung gebucht werden.

Tabelle I.

Schlusssatz: Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Tabelle II.

Erwerbssteuer.

Klasse	Erwerb von über	Erwerb bis und mit	Steuersatz	Steuerbetrag für die vierjährige Periode
	Fr.	Fr.	%	Fr.
1	2000	2500	0,4	8.—
2	2500	3000	0,5	12.50
3	3000	3500	0,6	18.—
4	3500	4000	0,8	28.—
5	4000	4500	1,0	40.—
6	4500	5000	1,2	54.—
7	5000	5500	1,4	70.—
8	5500	6000	1,5	82.50
.	....	....	...	.....
.	....	....	...	.....
81	150,000	160,000	20	30,000

Im übrigen Festhalten an den Beschlüssen des Nationalrates.

Tabelle III.

Festhalten am Beschlusse des Nationalrates.

Propositions de la commission du Conseil national du 11 janvier 1919.

Adhésion à la décision du Conseil des Etats partout où il n'y a pas d'observation.

Chiff. 3, Al. 1. Maintien de la décision du Conseil national.

Al. 2. Maintien de la décision du Conseil national.

Al. 3. L'obligation de payer l'impôt sur le produit du travail commence:

a) pour les personnes dont la fortune est supérieure à 20.000 francs, avec un produit du travail de plus de 2000 francs;

b) pour les personnes dont la fortune est supérieure à 10,000 francs, mais n'excède pas 20,000 francs, avec un produit du travail de plus de 3000 francs;

c) pour les personnes sans fortune ou dont la fortune n'excède pas 10,000 francs, avec un produit du travail de plus de 4000 francs.

Les minima indiqués sous lettres a) jusqu'à c) pour le commencement de l'obligation de payer l'impôt sur le produit du travail sont élevés de 400 francs pour chaque enfant âgé de moins de 18 ans et pour chaque personne vis-à-vis de laquelle celui qui acquiert le produit du travail a l'obligation d'assistance, en tant qu'il pourvoit effectivement à l'entretien de ces personnes.

Lorsque l'obligation de payer l'impôt existe en vertu des présentes dispositions, elle s'étend à la totalité de la fortune et du produit du travail.

Al. 4. (Maintien de la décision du Conseil national avec une modification.) Les taux de l'impôt sont progressifs et s'élèvent, par classes, de un à vingt-cinq pour mille sur la fortune nette et de quatre dixièmes à vingt pour cent sur le produit du travail net, conformément au tableau annexé au présent arrêté.

Chiff. 3bis. Maintien de la décision du Conseil national.

Chiff. 5. Maintien de la décision du Conseil national.

Chiff. 6. Maintien de la décision du Conseil national.

Chiff. 7. Maintien de la décision du Conseil national.

Chiff. 8. Maintien de la décision du Conseil national.

Il peut être accordé une réduction ou une remise totale de l'impôt aux contribuables qui sont tombés dans le besoin du fait de la guerre ou dont la situation est pour un autre motif telle que le paiement de l'impôt de guerre aurait pour elles des conséquences particulièrement pénibles.

Chiff. 10. L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel ainsi que celles destinées à assurer la perception uniforme de l'impôt; elle arrêtera aussi le montant capital dépensé pour la mobilisation des troupes. La somme à couvrir au moyen de l'impôt de guerre fera l'objet d'un compte capital spécial, séparé du reste du compte d'Etat.

Tableau I.

Dernier paragraphe: Maintien de la décision du Conseil national.

Tableau II.

Impôt sur le produit du travail.

Classe	Produit du travail de plus de	jusqu'à et y compris	Taux d'impôt pour cent	Montant d'impôt pour la période de quatre ans
	Fr.	Fr.		Fr.
1	2000	2500	0,4	8.—
2	2500	3000	0,5	12.50
3	3000	3500	0,6	18.—
4	3500	4000	0,8	28.—
5	4000	4500	1,0	40.—
6	4500	5000	1,2	54.—
7	5000	5500	1,4	70.—
8	5500	6000	1,5	82.50
.	....	....	...	.....
.	....	....	...	.....
81	150,000	160,000	20	30,000

Pour le reste, maintien de la décision du Conseil national.

Tableau III.

Maintien de la décision du Conseil national.

Anträge des Herrn Maunoir
vom 28. Januar 1919.

Ziff. 1. Der Bund erhebt zum zweitenmal eine ausserordentliche Steuer, wodurch die für die Truppenaufgebote während des Weltkrieges aufgewendeten Kapitalausgaben teilweise gedeckt werden sollen.

Ziff. 2. Diese Steuer wird ein einziges Mal erhoben. Ihre Zahlung kann jedoch auf vier Jahre verteilt werden.

Anmerkung. Falls diese Anträge angenommen werden, sollen sie zur Festsetzung der Grundlagen des der Bundesversammlung zu unterbreitenden neuen Beschlussentwurfes an den Bundesrat zurückgewiesen werden.

Propositions de M. Maunoir
du 28 janvier 1919.

Chiff. 1. La Confédération perçoit pour la seconde fois un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital dépensé durant la guerre mondiale pour les mobilisations des troupes.

Chiff. 2. Cet impôt sera perçu une seule fois, mais le paiement pourra en être fractionné en quatre ans.

Nota. Si ces propositions sont acceptées, renvoi au Conseil fédéral pour fixer les bases du nouvel arrêté à soumettre à l'Assemblé fédérale.

Antrag des Herrn Rothenberger und Mitunterzeichner
vom 28. Januar 1919.

Ziff. 2. .... für das Truppenaufgebot deckt. Von den Kriegsgewinnsteuern sind abzurechnen der Anteil der Kantone, die Einlagen in den Fonds für die Arbeitslosenfürsorge und ein Betrag von 200 Millionen Franken, die in einen Fonds für die Alters- und Invaliditätsversicherung zu legen sind. Bleibt zuletzt noch ein Betrag zu decken ....

Unterzeichner: Rothenberger, Abt, Forrer, Fritschi, Göttisheim, Grieshaber, Hardmeier, Hirter, Lohner, Mächler, Moll, Odinga, Ringger, Schmid-Zürich, Schmidheiny, Stuber, Stucki, Sulzer, Ursprung, Wild, Zingg, Zürcher.

Proposition de M. Rothenberger et cosignataires
du 28 janvier 1919.

Chiff. 2. .... pour la mobilisation des troupes. On déduira du produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre la part des cantons, la contribution au fonds d'assurance contre le chômage et une somme de 200 millions qui sera versée à un fonds pour la création d'une caisse d'assurance-invalidité et vieillesse. S'il reste ....

Signataires: Rothenberger, Abt, Forrer, Fritschi, Göttisheim, Grieshaber, Hardmeier, Hirter, Lohner, Mächler, Moll, Odinga, Ringger, Schmid-Zurich, Schmidheiny, Stuber, Stucki, Sulzer, Ursprung, Wild, Zingg, Züricher.

Antrag des Herrn Müller-Bern und Mitunterzeichner
vom 29. Januar 1919.

Tabelle II.

Erwerbssteuer.

Erwerb	Steuersatz
Fr.	%
bis 4000	0,4
4000—4500	0,6
4500—5000	0,8
5000—5500	1,0
5500—6000	1,2
6000—6500	1,4
6500—7000	1,6
7000—7500	1,8

Rest unverändert.

Unterzeichner: Müller-Bern, Frei-Basel, Graber, Greulich, Grospierre, Ilg, Nainé, Rimathé, Studer.

Proposition de M. Müller-Berne et cosignataires
du 29 janvier 1919.

Tableau II.

Impôt sur le produit du travail.

Produit du travail	Taux de l'impôt
Fr.	%
jusqu'à 4000	0,4
4000 à 4500	0,6
4500 à 5000	0,8
5000 à 5500	1,0
5500 à 6000	1,2
6000 à 6500	1,4
6500 à 7000	1,6
7000 à 7500	1,8

Le reste comme dans le projet.

Signataires: Müller-Berne, Frei-Bâle, Graber, Greulich, Grospierre, Ilg, Naine, Rimathé, Studer.

Postulat des Herrn Wirz
vom 29. Januar 1919.

Der Bundesrat wird eingeladen, in den Ausführungsbestimmungen zur Erhebung einer neuen Kriegssteuer die Verpflichtung der Banken zur Kenntnisgabe der in ihre Verwahrung gegebenen Kapitalien zum Zwecke einer richtigen Heranziehung zur Kriegssteuer vorzusehen.

Postulat de M. Wirz
du 29 janvier 1919.

Le Conseil fédéral est invité à assurer une juste perception de l'impôt de guerre en édictant une disposition d'exécution qui oblige les banques à déclarer les capitaux qu'elles ont reçus en dépôt.

Titel. — *Titre.*

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Bevor ich zum Titel der Vorlage übergehe, mögen Sie mir erlauben, noch einige Worte vorauszuschicken über die Situation in der Angelegenheit der Kriegssteuervorlage.

Die Beratung über diesen Gegenstand im Monat September 1918 ist noch in Ihrer Erinnerung, und was seither geschehen ist in der Welt, ist auch eine Erklärung dafür, dass die nationalrätliche Kommission dem Ständerate im wesentlichen Punkte (Ziff. 2) beipflichten konnte. Im September 1918 war die Situation noch eine ganz andere. Damals, als die Welt noch im Kriege stand, regte sich namentlich unter unsern romanischen Ratsmitgliedern das bestimmte Verlangen, es möchte die Kriegssteuer nach Zeit und Umfang limitiert werden. Es kam zu einem Kompromiss, der dahin ging, statt der drei Viertel der Mobilisationskosten 500 Millionen durch die Kriegssteuer zu decken. Inzwischen kam das Ende des Krieges in sichtbare Nähe, und damit war die Situation für die Beratung im Ständerat eine abgeklärte gewesen. Der Ständerat ging nun auf 600 Millionen, also statt nur auf 75%, wie der Bundesrat vorgeschlagen hatte, auf 100% der Mobilisationskosten, allerdings mit der wesentlichen Einschränkung, dass nur die eigentlichen Mobilisationskosten, die bis Ende 1918 aufgelaufen sind, in Rechnung kommen sollen und dass dann die Ergebnisse der Steuern nicht einfach durch die Staatsrechnung gehen, sondern in einem besonderen Konto besonders gebucht werden sollen. Nun stehen wir vor der Tatsache, dass in absehbarer Zeit das Ende des Krieges da sein wird, und unter diesen Umständen ist es auch für die nationalrätliche Kommission um so einfacher gewesen, dem Ständerate beizustimmen, als man sich sagen konnte, man stehe nun nicht mehr vor unabgeklärten Verhältnissen, sondern man werde in kurzer Zeit zu einer Abrechnung kommen über die Mobilisationskosten bis Ende 1918 und man wisse, wieviel die 100% der Mobilisationskosten ausmachen werden.

Die ausserordentliche Kriegssteuer hat zum Zwecke die Deckung der Kapitalausgaben, die für das Truppenaufgebot während des Krieges bis Ende 1918 gemacht wurden, d. h. also die Ausgaben an Kapital, ohne die aufgelaufenen Zinsen, ferner ohne die Defizite der Verwaltungsrechnungen, ohne die Kosten der Fürsorgetätigkeit und ohne die Militärausgaben, die nicht unter den Begriff «Kosten des Truppenaufgebotes» fallen, weil sie nicht direkt durch die Mobilisation verursacht wurden und für die Zukunft Vermögenswerte darstellen.

Ich möchte nur ganz kurz ein Bild geben von der Höhe der Kriegsschulden bzw. von der Höhe der Mobilisationskosten. Die Bruttoausgaben der Mobilisationskosten bis Ende 1918 werden auf 1,1 Milliarde geschätzt, netto eine Milliarde. Erträgnis der ersten Kriegssteuer 100 Millionen, und der Kriegsgewinnsteuer 300 Millionen, also 400 Millionen, abgezogen, bleiben 600 Millionen, die durch die Kriegssteuer zu decken sind, gegenüber den 500 Millionen, die im September der Nationalrat beschlossen hat. In der Kommission des Nationalrates war im September von verschiedenen Mitgliedern der bestimmte Wunsch ausgesprochen worden, es möchte doch der Kompromiss auf 600 Millionen gestellt werden. Der Antrag blieb in Minderheit und wurde namentlich nicht von den romanischen Mitgliedern angenommen, so dass wir auf 500 Millionen stehen blieben. Heute also, mit 600 Millionen, wären wir auf der gleichen Höhe, wie damals einige Mitglieder der nationalrätlichen Kommission wollten.

Wenn auch das Total der wirklichen Mobilisationskosten durch Steuern gedeckt sein wird, so werden die restlichen 600 Millionen uns bei 6% Zins und Amortisation per Jahr 36 Millionen kosten. Schätzen wir, dass die allgemeine Geldentwertung und die damit verursachten Teurungszulagen 50 Millionen ausmachen und dass die angefangenen sozialen Aufgaben, die zu erfüllen sind, mit 20 Millionen eingesetzt werden, so kommen wir auf einen Jahresbedarf für Verzinsung, Amortisation und übrige Verpflichtungen von 106 Millionen. Nehmen wir davon weg die Reduktion des Militärbudgets mit 13 Millionen, so stehen wir vor ungefähr 90 Millionen Ausgaben und diesen 90 Millionen Ausgaben stehen ungefähr 70 Millionen Einnahmen gegenüber, nämlich aus Militärpflichtersatz, Alkoholbesteuerung, Taxerhöhungen, Tabaksteuer und verschiedenen andern Einnahmen. Die fehlenden 20 Millionen von 70 auf 90 Millionen wären durch die Zölle zu decken, über deren Gestaltung und damit deren Ertrag wir heute noch im ungewissen sind, zumal Mutmassungen und Prophezeiungen noch kein Geld in die Bundeskasse geben. Dabei ist das soziale Werk der Alters- und Invaliditätsversicherung und deren Finanzierung noch nicht gerechnet. Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat uns heute oder doch in allernächster Zeit beruhigende Auskunft geben kann, wie er sich die Finanzierung dieser Institution denkt.

Durch unseren Vorschlag, dem Ständerat in dieser prinzipiellen und wichtigen Frage beizustimmen, bitten wir Sie, die Kriegssteuer in eine Form zu kleiden, dass das Volk sie annehmen kann. Wir verhehlen uns nicht, dass damit grosse Opfer gefordert werden. Aber wenn wir die Finanzlage des Bundes ins Auge fassen, so werden wir auch dieses schwere Opfer tragen können, wenn auch nicht mit

Begeisterung, so doch jedenfalls willig und gerne. Denn auch wir, verehrte Herren, haben in den letzten Monaten hoffentlich gelernt, und wir wissen, was für grosse Aufgaben unser noch warten, und dass wir vor allen Dingen uns bemühen müssen, unserem Vaterlande eine Finanzlage zu schaffen, die ihm gestattet, die schwersten Pflichten zu erfüllen.

Diejenigen, welchen der auf ca. 16 Jahre ausgedehnte Eingriff des Bundes in die kantonale Finanzhoheit etwas Mühe und Sorge macht, mögen sich dessen erinnern, dass durch den starken Eingriff des Bundes in die Steuerhoheit der Kantone der Eidgenossenschaft und auch den Kantonen der grösste Dienst geleistet wird. Denn je bälder die Schulden des Bundes gedeckt sind, um so rascher können auch die Kantone wieder die frühere Souveränität in Steuersachen ausüben.

Diese paar Bemerkungen wollen Sie mir zur Einleitung gestatten.

Was nun den Titel anbelangt, über den ich Ihnen referieren soll, bemerke ich, dass der Ständerat an dem vom Bundesrate ursprünglich vorgeschlagenen Titel eine Aenderung vorgenommen hat, die Sie zweifelsohne gerne annehmen. Ursprünglich lautete der Titel: « Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer wiederholten eidgenössischen Kriegssteuer. » Das ist wohl nicht ganz richtig. Besser ist zu sagen: « Ueber die Erhebung einer neuen ausserordentlichen Kriegssteuer. » Damit ist die Sache korrekt und richtig bezeichnet.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Le postulat de M. Rothenberger distribué sous sa forme nouvelle pose pour nous le problème sur de tout autres bases. Comme mon honorable collègue M. Eugster vous l'a dit tout à l'heure, en septembre dernier, nous nous étions entendus sur les bases suivantes: 500 millions au moins à payer par l'impôt de guerre renouvelé en y ajoutant les 100 millions, produit du premier impôt de guerre, et les 300 millions qu'on espérait obtenir par la voie de l'impôt sur les bénéfices de guerre, on arrivait ainsi à un peu plus de 900 millions. Ce que nous avons combattu, ce n'est pas précisément le fait qu'on nous demandait un effort considérable, mais le fait de l'imprécision dans laquelle nous restions. Nous avons voulu être fixés et c'est la raison pour laquelle nous avons proposé ou bien une triple perception sur la base de l'échelle annexe ou la fixation d'un chiffre de 500 ou 600 millions. La majorité de la commission s'est arrêtée à 500 millions. En y ajoutant 100 millions, produit de l'impôt de guerre première formule et les 300 millions de l'impôt sur les bénéfices de guerre, on arrivait approximativement au chiffre qu'on nous propose maintenant, formule du Conseil des Etats. Mais voilà qu'une nouvelle difficulté surgit quant au fond. On nous demande distraire 200 millions. C'est remettre tout en question. J'aurais préféré qu'on déblayât le terrain, que cette question du postulat Rothenberger fût liquidée préalablement, de façon que nous sachions clairement quelles sont les bases sur lesquelles nous discutons.

Präsident: Meine Absicht war, das Postulat bei Ziffer 1 und 2 zu behandeln.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je fais alors toutes mes réserves en ce qui concerne ma conclusion. Si le postulat de M. Rothenberger devait être accepté, je déclare d'ores et déjà que je combattrai le projet et voterai contre. J'insiste sur le fait que cela touche à la question de fond. C'est une question principale. Il eût été, au point de vue de la procédure, plus habile de liquider d'abord cette question, de façon à déblayer le terrain. M. le président désire qu'on procède autrement. Je m'incline volontiers, mais en faisant toutes mes réserves. Nous connaissons enfin quel est le chiffre de la dette de mobilisation. M. Eugster a articulé le chiffre de 1 milliard. C'est celui qui a été donné par l'honorable chef du département des finances. C'est sur ce chiffre que nous tablons. Il y aura peut-être un peu plus, mais probablement un peu moins, car il est bien entendu que nous n'entendons conserver par la voie d'un impôt extraordinaire que la couverture du capital dépensé. Voilà la première réserve. De plus il s'agit de payer les dépenses de mobilisation et non pas l'ensemble des dépenses comptabilisées dans ce compte de mobilisation. Nous faisons toutes réserves, c'est-à-dire que le compte sera préalablement apuré. On en distraira toutes les sommes qui auraient dû être portées dans le budget ordinaire. Ce n'est en réalité que le capital représentant l'ensemble des dépenses de mobilisation proprement dites que nous entendons couvrir à concurrence de cette totalité. Je crois que l'apuration effectuée, nous arriverons au chiffre d'un milliard, peut-être 960 ou 970 millions. Nous déduirons de ces 960 millions les 100 millions d'impôt de guerre, plus l'impôt sur les bénéfices de guerre. On nous fait prévoir que le produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre, après déduction du versement fait à la caisse de chômage, sera d'au moins 300 millions; vraisemblablement le chiffre dépassera cette somme. De ces 960 ou 970 millions, si nous déduisons 400 ou 420 millions, nous arrivons en réalité à un chiffre qui oscillera peut-être entre 5 et 600 millions. En ce qui me concerne, je crois qu'il sera plus près de 500 que de 600 millions.

Je me suis résigné à accepter cette solution, avec beaucoup de peine parce que j'estime que le prélèvement que l'on fait par la voie de l'impôt direct comparativement au prélèvemant effectué par la voie des impôts indirects ne réalise pas un équilibre financier et fiscal correspondant au principe de la péréquation en général. Mais nous voulons être larges et pour ce qui me concerne, je veux accepter cette solution sous les réserves que j'ai formulées et en me réservant, au fur et à mesure que la discussion nous permettra d'aborder successivement les articles, de les préciser. Le compte, de cette façon, nous permettra probablement d'arriver à cette conclusion que la couverture en sera faite non pas par quatre perceptions pleines, mais par trois perceptions et une fraction, de sorte que nous nous éloignons très peu de la solution à laquelle nous nous étions ralliés. Par

conséquent, d'une façon générale, j'accepte cette solution, mais en formulant toutes les réserves sur lesquelles j'insisterai quand nous discuterons successivement les articles.

Angenommen. — *(Adopté.)*

A. Ziffern 1—2 und Postulat Rothenberger.

Arthur **Eugster**, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Ziffer 1 ist bestimmt, wie diese Steuer verwendet werden soll, nämlich zur Deckung der Kapitalausgaben, die für das Truppenaufgebot bis Ende 1918 aufgewendet worden sind.

Ich habe in der Einleitung bereits bemerkt, dass durch diese Begrenzung auf die Mobilisationskosten bis Ende 1918 einem vielfach geäusserten Wunsche entsprochen worden ist. Wir haben also die Situation, dass früher der Bundesrat drei Viertel der Mobilisationskosten verlangte, der Nationalrat zu dem Kompromisse kam, das Gesamtergebnis der wiederholten Kriegssteuer auf 500 Millionen zu fixieren und der Ständerat beschloss, auf das Total der bis Ende 1918 auferlaufenen Mobilisationskosten, nämlich 600 Millionen, zu gehen. In Ziffer 2 hatte der Nationalrat drei Perioden, eine vierjährige und zwei dreijährige, vorgesehen. Der Ständerat kommt auf die vierjährige Periode, wie auch in diesem Rate im September ein Antrag gestellt wurde, aber in Minderheit blieb. Und der Schlusssatz hat eine andere Redaktion erfahren. In unserem Beschlusse vom September hiess es: zur Erreichung dieser Summe eine Ergänzung dieser Kriegssteuer zu beschliessen. Die Redaktion des ständerätlichen Beschlusses lautet: «die Bundesversammlung endgültig darüber entscheidet, ob die Steuer auch noch bis zur Höhe dieses Restes zu erheben ist».

Nun, Sie wissen, dass im September ganz besonders die romanischen Mitglieder unseres Rates darauf trachteten, dass diese Steuer nicht länger als 12, höchstens 14 Jahre erhoben werde, während der Ständerat mit seinen vierjährigen Perioden bereits auf eine Zeitdauer von 16 Jahren kommt. Die Furcht vor der direkten Bundessteuer war es, welche besonders die romanischen Mitglieder veranlasste, darauf zu drängen, dass die Erhebung der Kriegssteuer nach Zeit und nach Umfang limitiert werde. Eine vierjährige Periode ist für die Steuerpflichtigen entschieden rücksichtsvoller als die dreijährigen Perioden, und die Ansprüche an die Volkswirtschaft werden, auf das Jahr gerechnet, im Verhältnis geringer, wenn sich die Erhebung auf längere Zeit erstreckt.

Es ist Ihnen diesen Morgen der Antrag des Herrn Rothenberger und Mitunterzeichner ausgeteilt worden. Dieser Antrag ist an Stelle des früheren Postulats des Herrn Rothenberger getreten. Herr Rothenberger zieht es vor, statt das Postulat behandeln zu lassen, einen Antrag zu Ziffer 2 zu stellen, der dahin geht, einzuschalten, dass von den Kriegsgewinnsteuern 200 Millionen zum Zwecke der Alters- und Invaliditätsversicherung ausgeschieden werden. Ich will mich an dieser Stelle weiterer Bemerkungen enthalten. Ich möchte zuerst den Antrag des Herrn Rothenberger begründet sehen und die Diskussion abwarten. Wir haben in der Kriegssteuerkommission zu Beginn der letzten Sitzung das Postulat Rothenberger auch in Diskussion gezogen. Allerdings lag damals die Sache so, dass es sich nicht darum handeln konnte, dass die Kriegssteuerkommission zum Postulat eine Stellung einnehmen und über ihr Verhalten zu demselben Beschluss fassen würde. Denn uns war nicht das Postulat Rothenberger übertragen, sondern die Kriegssteuervorlage. Solange es sich um ein Postulat handelte des Inhalts, der Bundesrat sei eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wollten wir als Kriegssteuerkommission den Verhandlungen nicht vorgreifen. Heute steht die Sache etwas anders. Immerhin glauben wir nicht, dass es notwendig sei, die Angelegenheit in diesem Stadium der Beratung an die Kommission zu weisen. Diese Ziffer 2 kann der Diskussion überlassen werden. Ich begnüge mich also mit diesen Worten zu Ziffer 1 und 2, nachdem ich Ihnen die Differenzen zwischen Nationalrat und Ständerat dargelegt habe.

M. **Musy**, rapporteur français de la commission: Il est bien entendu que le compte sera arrêté à fin 1918. A cet égard, je remarque dans le message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant le budget du département militaire que cette réserve portait encore dans le compte de mobilisation certaines dépenses. Il semble qu'il y ait une contradiction entre l'idée exprimée dans le message du Conseil fédéral et le texte catégorique que nous avons adoptés en ce qui concerne la date de clôture du compte de mobilisation. Depuis la fin de 1918 il ne doit plus être porté de dépense dans ce compte, autrement le chiffre en serait augmenté et la perception de l'impôt durerait plus longtemps. Vous savez les raisons pour lesquelles nous ne voulons pas que cet impôt dure trop longtemps. Nous avons fait déjà une concession extrêmement dangereuse, mais nous ne voulons pas par des moyens détournés arriver à augmenter la somme à couvrir et à prolonger la période pendant laquelle cet impôt extraordinaire sera perçu. Par conséquent, la clôture est faite à la fin de 1918. En outre, il est bien entendu qu'il ne s'agit que du capital; les intérêts des dépenses de mobilisation seront portés dans le budget annuel et couverts par le compte ordinaire. Je ne me fais pas d'illusions sur les conséquences de cette distinction. Si nous devions couvrir par voie de l'impôt extraordinaire la totalité des dépenses en capital et intérêts, ce serait au moins 150 millions de plus qu'il faudrait trouver. Par conséquent, il s'agit de la couverture du capital et il n'est pas question d'y ajouter les intérêts. Et je souligne immédiatement la réserve faite et qui vient sous le chiffre 10. Ce compte capital ne figurera pas dans le bilan général de l'Etat, mais sous forme de bilan annexe, dans un compte spécial, de façon que le jour où ce compte aura été amorti par les placements successifs de l'impôt extraordinaire de guerre, il n'ait plus de base et puisse par conséquent disparaître.

C'est tout ce que j'avais à dire sous le chiffre 1. Je constate simplement encore que le chiffre 1 et le chiffre 2 auraient dû en réalité être fondus

dans une seule proposition, parce que sous le chiffre 1 nous disons la couverture de la totalité du capital, sous déduction des 100 millions du premier impôt de guerre et des 300 millions produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Nous ne pouvons pas nous prononcer affirmativement sur le chiffre 1 si, contre toute attente, la majorité du Conseil national acceptait la proposition de M. Rothenberger, parce qu'alors nous aurions été joués, étant donné qu'il ne s'agit plus de la couverture d'un milliard moins 400 et quelques millions, mais en réalité de la couverture d'un milliard moins 200 millions, c'est-à-dire en définitive couvrir par l'impôt de guerre non pas 600 millions ou 560 millions, mais 800 millions. C'est pourquoi je dis encore qu'il aurait été préférable de commencer par liquider le postulat Rothenberger ou tout au moins par discuter simultanément les chiffres 1 et 2.

M. **Maunoir:** Je suis un peu embarrassé de savoir si le moment est opportun pour moi de prendre la parole pour faire ma proposition de minorité. Je suis de l'avis de ceux qui auraient voulu déblayer le terrain en liquidant en premier lieu la question du postulat Rothenberger, qui change complètement la face des choses; mais enfin je préfère ne pas renoncer à la parole en ce moment, parce que la proposition que je ferai étant à l'extrême opposé de celle de M. Rothenberger, il n'y a pas d'inconvénient à ce que vous écoutiez tout de suite les différentes cloches et les différents sons.

Lors de la précédente discussion sur le renouvellement de l'impôt de guerre au Conseil national en septembre 1918, j'ai formulé, au moment de la votation, des réserves expresses et j'ai dit à peu près en ces termes pourquoi je me refusais à voter le renouvellement proposé; c'était pour les raisons principales suivantes: parce que je trouvais 1° que le minimum de 500 millions qu'on voulait couvrir à ce moment était déjà trop élevé, 2° que le taux était exagérément progressiste et 3° enfin que le projet était dangereux pour les cantons et les communes. Vous devez penser pourquoi aujourd'hui je persiste de plus fort dans mon opposition, quand je pense qu'alors qu'on pouvait espérer que le Conseil des Etats améliorerait ce projet, il l'a au contraire aggravé, presque de gaîté de coeur, et qu'immédiatement après, la commission du Conseil national a adhéré au texte nouveau du Conseil des Etats. Ce projet a été en effet aggravé, car aujourd'hui ce n'est plus un maximum de 500 millions que l'on veut couvrir, grosse somme déjà, c'est la totalité des frais de mobilisation jusqu'à la fin de 1918. Or, quelle est cette totalité des frais? Nous avons déjà perçu 100 millions (1er impôt de guerre), nous affecterons encore 300 millions de l'impôt sur les bénéfices de guerre, et qui peut dire d'une façon précise que la totalité à couvrir est de 1 milliard, 1 milliard 100 millions, 1 milliard 200 millions ou un autre chiffre encore? Je défie qui que ce soit d'y voir clair. Nous n'avons que des hypothèses, des suppositions et, même dans les discours de M. le chef du département des finances, nous avons vu le chiffre varier dans sa bouche. Lors de la discussion du budget de 1919 en décembre 1918, la dépense de mobilisation était arbitrée à fin 1918 à fr. 1,100,000,000. Aujourd'hui, on vous parle d'un milliard seulement. C'est peut-être pour faire accepter plus facilement ce projet d'impôt qu'on cherche à diminuer un peu le total de la dette. Or, il me semble qu'une des conditions qu'on aurait dû poser avant de nous faire voter la couverture de ces dépenses de mobilisation aurait été d'arrêter celles-ci. Nous n'avons pas même pu obtenir cela dans le projet actuel et si vous voulez en effet relire le chiffre 10 du projet que vous avez sous les yeux, vous verrez que l'article est ainsi libellé: «L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel, ainsi que celles destinées à assurer la perception uniforme de l'impôt; elle arrêtera aussi le montant du capital dépensé pour la mobilisation des troupes.» Pourquoi «aussi» et pas «préalablement»?

Quand on veut payer quelque chose, on commence par arrêter le compte; mais il y a dans toute cette affaire une telle hâte que l'on dit: Commençons par percevoir et nous verrons après. Ce n'est pas de bonne politique financière, d'autant plus que le chef du département des finances a été obligé de reconnaître, lors de la discussion du budget à laquelle je faisais allusion tout à l'heure, qu'il y avait un grand nombre de postes très discutables figurant dans les frais de mobilisation.

Je reprends les chiffres de M. Motta à cette époque. Il a dit: «Mobilisation pure: 7 à 800 millions. A côté de cela: dépenses n'ayant presque rien à faire avec la mobilisation et d'autres mixtes, comme l'habillement, l'armement, les munitions; la construction; la revision à faire doit encore porter sur une somme d'environ 300 millions.» Voilà ce que M. Motta nous disait. Vous voyez l'indécision dans laquelle nous nous trouvons sur les frais proprement dits de mobilisation et vous voudriez que la tête dans un sac nous votions immédiatement la couverture de ces frais par l'impôt avant de savoir quels sont ces frais. Je répéterai ce que j'ai déjà dit. Pourquoi cette hâte? pourquoi cette précipitation? notre crédit est-il atteint? Non, sans doute. Ne pouvons-nous pas renvoyer de quelques années l'examen complet de la situation financière? Devons-nous dans une période aussi troublée que celle où nous vivons, aussi incertaine, prendre des déterminations qui nous lient pendant une vingtaine d'années, sans savoir si nous n'aurons pas d'autres moyens de couvrir, tout au moins en partie, la dette que nous avons à consolider?

Ceci m'amène tout naturellement à vous dire les raisons principales pour lesquelles je me refuse à m'associer au projet qui nous est présenté, après quoi je formulerai d'autres propositions. J'ai trois raisons principales pour lesquelles je me refuse à voter cet impôt: Premièrement, je ne crains pas de le dire, je considère que l'adoption de ce projet est une capitulation devant les socialistes; secondement, je considère que cet impôt aussi lourd est inopportun et dangereux pour l'avenir de notre commerce et de notre industrie et troisièmement, j'estime que nous sommes en face d'un impôt direct déguisé et que cet impôt est néfaste pour les cantons et les communes dont il compromet le développement ultérieur.

Je reprends ces différents points: Capitulation devant les socialistes. Vous avez tous dans la mémoire la lutte énergique que le chef du département des finances a soutenue contre le projet d'impôt direct dû à l'initiative socialiste et qui a abouti au rejet de cet

impôt en juin 1918. Si vous vous reportez à l'époque de la discussion qui a précédé ce vote, vous verrez qu'on faisait très justement le départ entre les ressources qui devaient être affectées aux cantons et celles qui devaient être affectées à la Confédération et qu'on nous disait: Depuis une longue série d'années, il est de tradition que d'une manière générale ce soient les impôts indirects qui soient perçus par la Confédération et les impôts directs par les cantons, impôts directs aussi bien sur la fortune que sur le produit du travail. Exceptionnellement, nous disait-on, s'il s'agit de faire un petit effort momentané, on peut demander un sacrifice à l'impôt direct en faveur de la Confédération, mais il est bien entendu que ce doit être à titre tout à fait exceptionnel. Où arrivons-nous maintenant? A un exceptionnel qui devient la règle déjà pour une durée évidente de 20 années devant nous et dans des propositions formidables. Voilà ce qu'on appelle exceptionnel». Et comment y est-on arrivé? parce que petit à petit on a cédé à toutes les suggestions et même à toutes les injonctions des socialistes. On s'est dit: Après tout nous avons été peut-être un peu loin en refusant l'impôt direct, il faudrait donner satisfaction à ces Messieurs, il faudrait les calmer en leur donnant quelque chose; et de fil en aiguille on a parlé d'abord de couvrir de la dette de mobilisation 200 millions, ensuite 500 millions, puis les trois-quarts de cette dette de mobilisation et ensuite la totalité. Et ainsi de suite, tous les jours et tous les jours nous cédons un pouce de terrain, nous finissons par être complètement entraînés à faire ce que nous voulions éviter et nous finirons par accepter un impôt direct fédéral momentané qui deviendra fatalement définitif; cela est évident, dès l'instant où nous cédons de cette manière-là à ces Messieurs. Je me vois forcé d'élargir la question et d'examiner à cette occasion la politique générale du gouvernement. Ce que je viens de dire m'y amène en effet tout naturellement, car je constate que la capitulation faite dans le cas particulier est un des nombreux chaînons de toutes les capitulations du Conseil fédéral dans d'autres domaines.

Au point de vue de la politique internationale, qu'avons-nous vu depuis le commencement de la guerre? Je ne veux pas employer des expressions exagérées, mais maintenant que la paix est proche, maintenant que l'armistice est signé, qu'on ne parle plus de guerre et qu'on peut s'exprimer plus librement, on peut bien dire que toute la politique internationale de la Suisse a été dictée par la crainte de l'Allemagne. Et dans certains milieux — j'ai souvent défendu cette idée-là — certains de nos gouvernants n'étaient point tant germanophiles, comme on le prétendait, que pénétrés de la force et de la puissance germaniques, et c'est pourquoi ils évitaient tout ce qui pouvait porter ombrage à cette puissance. A cet égard nous n'avons pas été fiers et indépendants dans beaucoup de circonstances, comme nous aurions dû l'être. Voilà déjà une première capitulation.

Au point de vue intérieur, qu'avons-nous vu? La crainte des Chambres. On a dessaisi les Chambres le plus possible, s'abritant derrière des pleins pouvoirs que l'on s'était fait donner, alors que dans nombre de cas, on aurait pu consulter l'Assemblée fédérale. Peur des Chambres et peur du peuple aussi: en effet, on a supprimé le referendum dans quantité de cas, on a supprimé la discussion des initiatives populaires. Toujours le système de la politique de la crainte!

Au sujet des fonctionnaires, qu'a-t-on vu? Au lieu d'aborder carrément leurs revendications, de reconnaître, ce que tout le monde était d'accord d'admettre, qu'ils avaient besoin d'allocations, de fixer ces allocations d'une manière déterminée et de s'y tenir ensuite fermement, on a été causer avec ces Messieurs les fonctionnaires à Olten et, morceau par morceau, on a accordé davantage que ce qu'on avait décidé d'accorder au début. Encore la politique de la crainte.

Avec le fisc, c'est la même chose. On résiste à l'impôt direct fédéral. Mais ces Messieurs les socialistes réclament et disent: Non, nous ne sommes pas contents, nous voulons autre chose. Et on leur accorde toujours davantage, on cède, on cède toujours. Je dis que cette politique-là est une politique absolument néfaste pour le pays, une politique dangereuse et déplorable. Il faudrait suivre au contraire une politique raisonnée, une politique de principe et non pas la politique de la peur qui est une politique qui condamne le gouvernement qui l'emploie et qui risque de nous mener aux abîmes.

Je sais d'avance que je vais être traité par les socialistes et peut-être par d'autres, de conservateur, de réactionnaire, d'immobiliste, de satisfait (M. **Grospierre**. Vous êtes trop connu!) On va m'adresser toutes sortes de qualificatifs. J'accepte tous ceux que vous pouvez me donner, parce que j'ai pour moi ma conscience et mon passé. Je sais ce que j'ai fait et que je suis toujours disposé à faire. Je suis tout disposé à travailler dans l'intérêt et pour le bien des classes modestes. Mais j'ai une tout autre conception de la manière dont cela doit se faire. J'estime qu'un gouvernement qui mérite ce nom doit faire preuve avant tout d'énergie et non de faiblesse. Il a beaucoup plus de pouvoir quand il prend lui-même les initiatives et qu'il résiste aux socialistes, au lieu de chercher toujours à satisfaire des appétits.

Tout ce que les socialistes réclament, dis-je, on le leur donne, on le leur accorde, mais eux ils ne le considèrent que comme un acompte et non pas comme une satisfaction donnée, ils se jouent du gouvernement. Au fur et à mesure qu'on leur donne quelque chose, ils réclament de nouveau autre chose. On leur donnerait la lune qu'ils réclameraient le soleil (Rires)... Au point de vue fiscal on a voulu procéder de cette façon et on est allé beaucoup trop loin pour les satisfaire, c'est-à-dire qu'on arrive aujourd'hui à un véritable impôt direct, celui que les socialistes voulaient avoir. Et ce qu'il y a de plus amusant à ce sujet, c'est que ces Messieurs font encore la petite bouche. A la dernière session du Conseil national, les socialistes disaient: «Ah, Messieurs, nous nous rallierions au projet si vous acceptiez de payer toute la dette de mobilisation!» On le leur accorde et savez-vous ce qu'ils disent ensuite? Ils réservent leur vote. Nous réservons notre vote, disent-ils, parce que nous ne voulons pas qu'on couvre seulement la dette de mobilisation, mais toutes les dettes qui résultent de la guerre. Si vous attendez encore une session et que dans votre bonhomie, dans votre prétendue largeur d'esprit, vous leur accordiez encore quelque chose, ils demanderont les 200 millions du postulat Rothenberger. Et quand ils l'auront, s'ils l'obtiennent, ils diront: Mais non, ce n'est pas 200 millions que nous voulons, nous demandons 500 millions pour l'assurance-invalidité et vieillesse et ainsi de suite. Et vous ne voyez pas que vous êtes absolument les dupes en face de réclamations présentées

comme celles-là. Moi, je ne suis pas dupe et je dis qu'un gouvernement qui a conscience de ses responsabilités doit prendre le taureau par les cornes, faire des propositions en ayant le sentiment qu'elles répondent à la volonté du peuple, faire des projets qui soient raisonnables, mais ensuite s'y tenir, s'y cramponner et ne rien céder, parce que chaque fois que le gouvernement cède, il provoque des appétits qui restent toujours inassouvis de la part de gens que nous ne rassasierons jamais. Voilà pour ce qui concerne les capitulations.

J'en arrive au second point. Je dis que le projet est inopportun et je dis qu'il est dangereux pour le commerce et l'industrie. Ce n'est un secret pour personne que nous sommes en face de difficultés de toutes natures en ce qui concerne notre commerce et notre industrie. Un certain nombre d'industries ont été très prospères pendant la guerre et c'est surtout cette prospérité extraordinaire qui a donné tellement d'appétit à l'extrême gauche parce que l'on a généralisé et que l'on s'est figuré que du fait qu'un certain nombre d'industries gagnaient momentanémenent beaucoup, toutes étaient dans l'opulence. Et maintenant, ces industries de munitions de guerre sont arrêtées. Ont-elles toutes été remplacées par d'autres? Je ne le crois pas. N'y a-t-il pas au contraire beaucoup de chômage? Voilà un premier élément de difficulté. Nous en trouvons un second dans l'impossibilité de nous assurer beaucoup de matières premières. Un nombre considérable d'industries du pays ne peuvent plus obtenir actuellement ce qui serait nécessaire à leur activité.

Un autre élément de difficulté encore: la question des transports.

D'autre part les pays de l'Entente, dans ce moment-ci, mettent beaucoup d'entraves aux importations aussi bien qu'aux exportations. Ils défendent leur change. Ils ne veulent pas non plus voir la Suisse servir d'usine de démarquage aux produits d'Allemagne, et pour cela ces pays de l'Entente prennent des précautions énormes, excessives peut-être, mais en tout cas justifiées à leur point de vue, pour éviter que sous le couvert du nom «Suisse», on n'arrive à écouler en France et dans les pays alliés des marchandises provenant en réalité de l'Allemagne. Toutes ces difficultés, que je signale en passant, ne vont pas tomber d'un jour à l'autre; au contraire, elles vont peser sur notre commerce et notre industrie pendant de longues années. Vous n'avez qu'à lire les journaux pour vous en convaincre et sur ce point vous pourriez chaque jour tirer un extrait dans la presse. Je vous donnerai lecture seulement de quelques-uns de ces extraits pour ne pas vous fatiguer. J'ai découpé dans le «Journal de Genève», du 11 janvier 1919 ceci, sous le titre: «Sombres perspectives. La petite industrie privée.»

«L'avenir n'est pas rose pour notre horlogerie. Celle-ci a pu produire et vivre normalement pendant la guerre, en dépit de la fermeture de certains marchés et de la diminution de plusieurs autres, grâce aux importantes commandes américaines. Les achats des Etats-Unis ont, en effet, compensé à peu près les déchets accusés par les principaux de nos clients étrangers. Ils assuraient, de plus, du travail à nos fabriques pour plusieurs mois encore. Malheureusement la signature de l'armistice a engagé le bureau d'achats américain à Berne à résilier tous les marchés conclus avec l'horlogerie suisse. La France et l'Angleterre ont pris des mesures analogues, en sorte que toute sécurité a disparu. Il n'y a plus guère de travail en perspective, et l'on se demande ce que va devenir la main-d'oeuvre horlogère. Plusieurs fabricants se sont mis à étudier la possibilité de donner à leurs ouvriers une occupation suffisante. Il est cependant à craindre que la fermeture de la plupart des marchés ne se prolonge et ne voue ces louables efforts à un échec.

Le chômage commence.»

A St-Gall on souffre de la crise de la broderie, comme le prouve la coupure suivante:

«A la suite de la situation désespérée de l'industrie de la broderie, un certain nombre de grands industriels se voient obligés de réduire, pour le moment, de moitié, leur fabrication et d'envisager la cessation complète. A l'unanimité, ces fabricants ont pris la généreuse décision de continuer à servir à tout leur personnel les salaires et suppléments de renchérissement actuels. On espère que toutes les instances feront des efforts pour atténuer les graves conséquences de la situation et pour maintenir dans le pays l'importante industrie de la broderie suisse. On compte surtout sur les Etats de l'Entente, qui furent autrefois ses meilleurs clients.

Les exportations du district consulaire pour les Etats-Unis d'Amérique sont descendues à 877,000 fr., alors qu'elles étaient de 1,095,175 fr. en décembre 1917.»

La chronique bâloise sur les perspectives d'avenir n'est pas plus rassurante:

«C'est l'heure des bilans de fin d'année. Faisons celui de Bâle pour la période qui se ferme; et voyons les perspectives qui s'ouvrent pour son avenir économique.

La guerre a porté de nombreux préjudices à la vieille cité des bords du Rhin. Elle a arrêté l'industrie du bâtiment, fermé ses gares internationales et fort ébranlé son industrie hôtelière etc. etc.»

C'est au milieu de ces nombreuses difficultés que l'on crée un impôt excessif. C'est ce moment-là que l'on choisit pour imposer lourdement le capital par une perception qui durera 16 ou 20 ans, beaucoup plus sûrement 20 ans que 16, parce que quatre répétitions de l'impôt de guerre ne suffiront pas à payer l'énorme somme qui est réclamée; je dis que cette perception se fera au grand préjudice des industries existantes; elle découragera aussi quantité d'initiatives qui se seraient révélées; plus personne ne sera disposé, dans de semblables conditions, à favoriser la création de nouvelles industries, pourtant si nécessaires à la prospérité de notre pays. Or, je vous le demande, n'étions-nous pas justement dans une situation relativement favorable vis-à-vis des pays qui nous environnent?

Ne dirait-on pas franchement qu'on trouve plaisir à venir nous abîmer, au point de vue des impôts, juste au moment où nous étions dans une situation relativement bonne vis-à-vis des autres pays, où nous avions en tout cas le pouvoir de nous défendre, de participer au marché européen et de travailler au développement de notre propre industrie, en pouvant plus sûrement lutter contre les difficultés déjà suffisamment grandes qui existent à l'intérieur du pays?

On a souvent répété — mais les socialistes aiment à faire la sourde oreille — que le capital est l'auxiliaire nécessaire du travail. Il est aussi l'auxiliaire indispensable des gouvernements, et M. Grospierre, qui sourit en ce moment-ci, devrait se souvenir des

difficultés de certaine commune bernoise qui ne réussit pas à trouver tout l'argent nécessaire et qui ne l'obtiendra pas facilement auprès de MM. les capitalistes.

Le capital est nécessaire à tout le monde et ce n'est pas en détruisant le capital pour assouvir la haine des classes qu'on arrivera à un résultat social. Le capital a au contraire besoin d'être encouragé et ceux qui recherchent leurs exemples du côté de l'Allemagne devraient méditer les considérations contenues dans l'appel au peuple allemand du 14 janvier 1919, appel du gouvernement d'Etat signé: Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske et Wissel. On reconnaît là-bas, selon les termes de cet appel — il est vrai que les socialistes allemands sont en grande partie plus raisonables que les nôtres — on reconnaît là-bas que « le socialisme ne veut pas étrangler la vie économique, mais au contraire la faire naître à nouveau ». Chez nous le danger de voir la vie économique étranglée est le plus grand. On veut détruire le capital sans se rendre compte des conséquences directes que cela aura pour la classe ouvrière elle-même.

Le troisième point pour lequel je combats le renouvellement de l'impôt de guerre dans les termes proposés, c'est qu'il serait néfaste pour les cantons, pour les communes, ce serait la ruine du fédéralisme et en même temps de toutes les initiatives privées qui, dévouées aux oeuvres généreuses, ont toujours fait l'honneur de la Suisse tout entière.

On a appelé le premier impôt de guerre un impôt patriotique. On a eu raison de le qualifier ainsi dans une certaine mesure, quoiqu'il n'ait atteint que le 15% de la population et non pas la totalité. Mais enfin j'admets que cela a été un impôt patriotique. Il l'a été surtout de la part de ceux qui ont payé, mais pas de la part de ceux qui l'ont seulement voté.

Quand on a parlé de l'impôt direct, on nous a mis en garde contre son institution et on l'a appelé à juste titre un impôt de haine des classes. Aujourd'hui l'impôt de guerre renouvelé qu'on nous propose me paraît davantage se rapprocher de la nature du second que de celle du premier impôt. Il est beaucoup plus un impôt de haine de classes qu'un impôt patriotique. Il n'est plus ce qu'on nous avait dit lorsque nous discutions le premier impôt de guerre, unique et exceptionnel.

Ce mot « exceptionnel » doit définitivement disparaître dans le cas particulier. Et quand on vient me dire, comme un des membres de la commission l'a fait, qu'en combattant ce renouvellement de l'impôt dans les conditions proposées, je me montre antifédéraliste, parce que je vais directement provoquer une nouvelle initiative en faveur de l'impôt direct fédéral, je réponds que cet argument ne me frappe pas. Dans les conditions actuelles, le renouvellement de l'impôt de guerre tend à consacrer l'impôt direct et j'aimerais beaucoup mieux mettre d'ores de déjà en garde le peuple contre le danger de cet impôt direct déguisé, de manière à ne pas l'avoir plus tard permanent. J'estime en cela faire acte de prévoyance de fédéraliste et sauvegarder le développement de nos cantons.

Est-ce que vous croyez que les cantons et les villes soient dans une belle situation dans ce moment-ci ? J'ai eu la curiosité de demander les divers budgets cantonaux et des budgets de principales villes pour 1919. Je ne veux pas vous lire tout mon tableau, dans lequel j'ai condensé les renseignements ainsi obtenus, mais je puis vous dire que les chiffres sont éloquents et qu'il y a lieu de s'émouvoir à la vue des différences considérables, inconnues jusqu'ici, qui existent entre les recettes et les dépenses. Je prends quelques chiffres qui vous montreront que jamais, au grand jamais, on n'aurait pu supposer que les budgets cantonaux accusent de tels déficits comparativement à leur situation d'avant-guerre. — Et je vais vous démontrer que cet écart existe aussi bien dans les petits que dans les grands cantons.

Dans le grand canton de Berne, le budget prévoit — je laisse toute fraction de côté pour faciliter l'examen de la situation — aux recettes 24 millions, aux dépenses 38 millions; différence 14 millions de déficit. Genève, qui est un canton beaucoup plus modeste, prévoit 14 millions de recettes et 19 de dépenses; différence 5 millions de déficit. St-Gall prévoit 18 millions de recettes et 24 millions de dépenses; différence 6 millions de déficit; Vaud, 26 millions et 31 millions, différence 5 millions. Dans les petits cantons, la différence est relativement aussi forte. C'est dire que la crise est générale. Appenzell, Rhodes extérieures (je n'ai eu que le budget de 1918 et non de 1919) accuse 1,036,000 fr. de recettes en regard de 1,899,000 fr. de dépenses, soit un déficit de 862,000 fr. Le chiffre des dépenses est presque le double de celui des recettes.

Voyons la situation de quelques communes importantes. La ville de Berne prévoit pour 1919 un total de recettes de 7,252,000 fr. contre 13,288,000 fr. de dépenses. Différence: plus de 6 millions de déficit. Genève, sur 20,150,000 fr. de recettes, prévoit 24,500,000 fr. de dépenses, soit un déficit de plus de 4 millions. Lausanne prévoit un déficit de 3 millions, soit le 50% des recettes. Lucerne 2 millions, Neuchâtel sur un budget portant aux recettes 3,863,000 fr. et aux dépenses 4,736,000 a une différence de 873,000 francs. Pour la totalité de ces différents budgets, nous constatons que les déficits représentent et dépassent même le tiers des recettes.

Je vous demande un peu si vous croyez qu'en adoptant l'impôt direct fédéral vous allez faciliter aux cantons et aux communes les moyens de trouver des ressources nouvelles et je me demande aussi si l'on peut indéfiniment pressurer les contribuables et superposer sans relâche les impôts aux impôts. Vous savez tous par expérience que la fiscalité dans les cantons est déjà très lourde et malgré cela il existe dans la plupart des cantons des projets qui tendent à l'aggraver.

Alors la source naturelle de l'impôt direct, qui appartient aux cantons, va être en quelque sorte tarie par la Confédération pendant une vingtaine d'années, juste au moment où les cantons en ont le plus besoin. C'est une folie. Je dis que nous faisons de la politique de folie et je me demande en même temps où nous irons pour trouver de l'argent pour les nouvelles oeuvres sociales à accomplir.

Je suis également de ceux — cela fera peut-être sourire les socialistes — mais je suis de ceux qui veulent trouver des solutions convenables aux questions sociales. Seulement, il y a de tous côtés des appétits tellement déchaînés que j'estime que nous devons sérier les questions. Dans la session de décembre dernier, il semblait que l'on devait à la fois éteindre toute la dette de guerre, voter la revision de la cons-

titution fédérale, admettre et mettre sur pied l'assurance-vieillesse et invalidité, introduire la journée de huit heures, doubler les traitements des fonctionnaires, doubler le salaire des ouvriers. Et on nous disait: C'est très facile à faire, il n'y a qu'à y mettre un peu de bonne volonté. Et l'on voyait en décembre certaines personnes, certains députés bourgeois inspirés certainement par des soucis d'ordre électoral, entrer à pleines voiles dans cette direction. En présence de revendications sociales aussi importantes, le gouvernement doit présenter un plan d'ensemble, comme le fait un ministère qui entre en fonctions dans les pays à régime parlementaire. Il nous faut un plan d'ensemble complet, un programme comportant une vingtaine d'années, indiquant les oeuvres que l'on veut réaliser et les moyens de faire face aux dépenses qui en résulteront. Il faut donc un plan général des recettes d'une part et des dépenses de l'autre. Mais nous ne pouvons pas, sous prétexte de déblayer le terrain, voter cet impôt de guerre, en quelque sorte la tête dans un sac, et nous donner en même temps l'illusion que nous assainissons le passé et que nous marchons de l'avant pour les tâches futures, alors que nous ne saurons pas où trouver l'argent pour les réaliser. C'est ce plan général qui devrait nous être exposé par le Conseil fédéral....

Et maintenant, comment concrétiser ma pensée? J'ai voulu vous montrer que je ne suis pas un négatif et à cet effet j'ai fait une proposition ferme que vous avez sous les yeux. J'ai prévu un article premier rédigé comme suit:

« Le Conseil fédéral perçoit pour la seconde fois un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital dépensé durant la guerre mondiale pour les mobilisations des troupes. »

Au chiffre 2 je propose de dire: « Cet impôt sera perçu une seule fois, mais le paiement pourra en être fractionné en quatre ans. »

Mon idée est donc que nous devons faire un effort immédiat, mais il n'est pas besoin d'en fixer d'ores et déjà l'importance exacte, en déterminant le chiffre total du rendement de ce renouvellement de l'impôt de guerre. Nous pouvons attendre la suite des événements, attendre de sortir du trouble où nous vivons. Nous pouvons demander à voir clair d'abord et nous rendre compte des budgets futurs, des conséquences et des répercussions que la paix aura sur nos affaires. Nous pourrons voir plus tard si les recettes des douanes n'auront pas augmenté dans des proportions considérables. Il faut que nous voyions, en un mot, comment se rétablira l'état normal de nos budgets avant de nous engager dans une décision de cette importance. Je dis que si nous faisons immédiatement un effort considérable en acceptant un renouvellement de l'impôt de guerre, nous avons le droit de demander qu'on nous laisse ensuite souffler pendant ces 4 ou 5 ans. J'ajoute que cela aura un autre avantage. Je suppose qu'au bout de 4 ou 5 ans il soit démontré ou qu'on vienne nous dire que la somme recueillie est insuffisante et qu'il y aurait lieu de procéder encore une fois à un renouvellement de l'impôt. J'y accéderais et j'y verrais un grand avantage sur le système actuel, c'est que nous aurions montré d'une façon claire notre intention de ne pas établir la permanence de l'impôt de guerre pendant vingt ans. C'est cette permanence qui est dangereuse. C'est cette permanence qui constitue un précédent malheureux, parce qu'elle nous engagera fatalement dans l'avenir. Vous pouvez être certains qu'on cherchera de nouvelles oeuvres à entretenir dans cette voie et qu'on perpétuera ce renouvellement de l'impôt de guerre. Si patriotiquement au contraire on vient nous demander un nouvel effort dans 4 ou 5 ans en faveur de l'extinction de notre dette de guerre, nous examinerons la question avec bienveillance et nous pourrons voter de nouveau un impôt extraordinaire de guerre. En procédant ainsi nous aurons évité de créer un rouage fiscal qui, une fois institué, restera définitif, soyez en bien persuadés, malgré toutes les promesses et tous les engagements que nous prenons les uns envers les autres. On transformera certainement cet impôt direct temporaire en un impôt direct permanent, alors que c'est celui-là que nous avons combattu et victorieusement combattu devant le peuple en juin 1918.

C'est dans ces sentiments et avec l'idée qu'il pourrait peut-être se présenter d'autres combinaisons encore que j'estime que la question doit être renvoyée, pour nouvel examen, non pas à la commission qui probablement ne voudra pas revenir sur son travail, mais au Conseil fédéral avec invitation d'examiner avec soin l'idée d'un impôt unique provisoire.

Je dis que je sais que d'autres propositions surgiront au cours des débats. D'aucuns diront qu'il vaut mieux faire un effort plus considérable, même au point de vue financier, mais beaucoup plus court dans sa durée, de manière à ne pas éterniser la perception de cet impôt. La proposition de M. Goetschel sera peut-être reprise. Vous savez qu'elle tend à faire un seul sacrifice une fois pour toutes. Adversaire d'abord de cette proposition, j'en deviendrais presque partisan, car au fond mieux vaudrait une saignée une fois pour toutes plutôt que de créer un impôt qui, après avoir duré vingt ans, restera permanent parce qu'il sera indéfiniment renouvelé et nous conduira juste à fin contraire de ce que nous voulons éviter.

Eh bien, je vous demande instamment d'examiner tout cela sans parti pris.

Je vous prie d'examiner ces divers points à la lueur des arguments que je vous ai donné, parce que, je le répète, je travaille pour la cause du fédéralisme, de ce fédéralisme si cher à nos coeurs qui, pendant toute la période de la guerre, fut notre force et nous permit de résister à une quantité de difficultés de diverses natures. Je vous en supplie au nom du fédéralisme, combattons ce projet de renouvellement de l'impôt de guerre dans la forme où il est proposé, car il conduit fatalement à la fin des cantons. Il nous entraîne en plein vers l'Etat bureaucratique, vers le triomphe de l'étatisme, du fonctionnarisme, il nous entraîne dans une série de dépenses inconsidérées qui ruineront complètement les institutions auxquelles nous sommes attachés et que nous voulons fermement maintenir et défendre. J'ai dit.

Präsident: Ich gestatte mir, Herrn Maunoir gegenüber zu erklären, dass wir bei der Behandlung der Differenzen sind und nicht etwa einer neuen Vorlage.

Rothenberger: Zur Begründung meines Antrages muss ich Ihre Geduld etwas länger als sonst in An-

spruch nehmen; ich darf Sie aber versichern, dass ich weder auf die Kriegssteuern, noch Kriegsgewinnsteuern der Römer zurückgreifen, noch das Mittelalter streifen werde, es sei denn, dass man mittelalterlichen Auffassungen auf den Leib zu rücken hätte.

Am 13. Dezember letzten Jahres hat der Sprechende, unterstützt von 41 Mitunterzeichnern, ein Postulat eingereicht mit dem Wortlaute: «Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht der Ertrag der eidgenössischen Kriegsgewinnsteuer einem sofort zu errichtenden Fonds für Sozialversicherung zu überweisen sei zur Finanzierung: 1. der Alters- und Invaliditätsversicherung mit zirka 200 Millionen Franken; 2. der eidgenössischen Hilfskasse und 3. der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.»

Der Herr Kommissionspräsident hat vorhin erklärt, dass die Kriegssteuerkommission keine Veranlassung gehabt habe, zu diesem Postulat Stellung zu nehmen. Es ist das richtig. Dieses Postulat war ja nur für den Fall gestellt, dass der Antrag, der gleichzeitig eingereicht worden war, angenommen werde, der Antrag nämlich, es seien in lit. a, Ziff. 2, der Vorlage die Worte zu streichen «und der auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 18. September 1916 erhobenen Kriegsgewinnsteuer»; d. h. wenn die Bundesversammlung dem Antrage beipflichtet, aus dem System der Schuldentilgung den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer auszumerzen und die Kriegsschuld bloss zu decken durch die erste Kriegssteuer und die wiederholte Kriegssteuer, sei das Postulat zuhanden des Bundesrates gestellt.

Nun hat sich bei näherer Prüfung dieses Antrages gezeigt, dass Ziff. 2 und 3 des Postulats fallen gelassen werden können, aus dem Grunde, weil die Hilfskasse auf alle Fälle vom Bunde zu errichten und zu finanzieren sein wird. Wir haben von dem Vertreter des Bundesrates gehört, dass wir im Laufe des Frühjahrs eine Vorlage erhalten werden. Ein Entwurf des Finanzdepartementes ist bereits vorhanden, nach welchem für das Personal der Bundesverwaltung eine Hilfskasse ähnlich wie für die Bundesbahnen errichtet wird. Dieselbe liegt so sehr im Interesse des Personals, wie der Verwaltung selbst. Ich will das jetzt nicht näher ausführen.

Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so ist uns ebenso vom Vertreter des Bundesrates erklärt worden, dass der Fünftel aus der Kriegsgewinnsteuer bereits zu einem Fonds von 40 Millionen Franken geführt habe. Dieser Fonds wird noch fortlaufend gespeist durch den Fünftel, der weiterhin aus der Kriegsgewinnsteuer für die Arbeitslosenfürsorge fliesst. Und sobald die Arbeitslosenversicherung eingeführt sein wird, vorausgesetzt, dass Prämien von den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern bezahlt werden, so kann es sich dann nur noch darum handeln, dass auch Gemeinden, Kantone und der Bund Subventionen gewähren. Hierfür wird also voraussichtlich der bereits vorhandene Fonds mit dem Betrage, der aus der Kriegsgewinnsteuer noch hinzufliessen wird, ausreichend sein.

Aus diesen Gründen dürfen zurzeit diese beiden Dotationen weggelassen werden und ich kann mich darauf beschränken, den Antrag, der im Dezember gestellt wurde, dahin zu präzisieren, dass nicht der ganze Ertrag der Kriegsgewinnsteuer aus dem Schuldentilgungszwecke ausgemerzt werde, sondern dass von diesem Ertrage der Kriegsgewinnsteuer 200 Millionen Franken weggenommen werden, um in einen Fonds für die Alters- und Invaliditätsversicherung gelegt zu werden. Aus diesem Grunde ist nun der Antrag so revidiert worden, wie er Ihnen heute ausgeteilt worden ist, um hier weniger auf Opposition zu stossen, als wenn der ganze Ertrag der Kriegsgewinnsteuer für einen Fonds für Sozialversicherung verlangt wird.

In Ziff. 2 soll also nach den Worten «für das Truppenaufgebot deckt» beigefügt werden: «Von den Kriegsgewinnsteuern sind abzurechnen der Anteil der Kantone, die Einlagen in den Fonds für Arbeitslosenfürsorge und ein Betrag von 200 Millionen Franken, die in einen Fonds für die Alters- und Invaliditätsversicherung zu legen sind.»

Gestatten Sie mir nun, diesen Antrag zu begründen.

Der Nationalrat hat in der Dezembersession 1918 die am 2. Dezember 1912 eingereichte Motion Weber und Konsorten behandelt und erheblich erklärt, durch die der Bundesrat eingeladen wird, die Frage zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht eine eidgenössische Alters- und Invalidenversicherung zu errichten oder eventuell kantonale Alters- und Invalidenversicherungen vom Bunde zu subventionieren seien.

In der gleichen Session nahm der Nationalrat den Antrag Hunziker, Jäger, Rothenberger, Straumann, Ursprung an, für Vorbereitung und Förderung der Alters- und Invalidenversicherung 10 Millionen Franken in den Versicherungsfonds einzulegen, und entsprach dadurch dem Postulat Hunziker und Konsorten, das am 13. Dezember 1917 erheblich erklärt wurde: «Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen, ob nicht in den Budgets der kommenden Jahre wieder neue Einlagen in den allgemeinen Versicherungsfonds gemacht werden sollten, um den Ausbau der Krankenversicherung und die Vorarbeiten für eine Alters- und Invalidenversicherung zu fördern.»

Schon vorher, in der Novembertagung, hatte der Bundesrat erklärt, dass der wichtigste Programmpunkt des Oltener Aktionskomitees — die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung — offene Türen einrenne; der Bundesrat habe mehrere Monate vor dem Generalstreik grundsätzlich der Errichtung einer Alters- und Invalidenversicherung zugestimmt und das zuständige Departement mit den Vorarbeiten beauftragt. Er sicherte im Dezember 1918 die Vorlage einer Botschaft zur Aufstellung eines Bundesverfassungsartikels auf die Junisession 1919 zu.

Die Bundesversammlung hatte auf den Antrag des Bundesrates im Bundesbeschluss über die Errichtung eines Bundesamtes für Sozialversicherung vom 19. Dezember 1912 in Art. 1, Abs. 2, bestimmt:

«Der Bundesrat kann dem Bundesamte für Sozialversicherung (ausser für die Kranken- und Unfallversicherung) weitere Funktionen und Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Versicherung übertragen.»

Die Alters- und Invalidenversicherung war schon vor mehr als zehn Jahren in das Arbeitsprogramm der freisinnig-demokratischen Partei aufgenommen worden; sie wurde nach und nach — vor dem Landesstreik — ein Programmpunkt aller politischen Parteien.

Eine ganze Reihe auswärtiger Staaten sind unserer ältesten Demokratie in der Errichtung einer Alters- und Invalidenversicherung vorangegangen, so Oester-

reich und Ungarn, Spanien, Finnland, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Italien, Serbien, zum Teil Griechenland; England hat die Errichtung während des Krieges beschlossen.

Insbesondere hatte das Deutsche Reich nach der Krankenversicherung von 1883 und der Unfallversicherung von 1884—87 am 11. Juni 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz erlassen, in Kraft getreten auf 1. Januar 1891, revidiert und ersetzt durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juli 1899, in Kraft seit 1. Januar 1900. Hierzu trat auf 1. Januar 1907 noch die Hinterbliebenenversicherung.

In der Schweiz haben die Kantone Waadt, Neuenburg, Appenzell A.-Rh. und seit 7. Mai 1916 Glarus eine kantonale Alters- und Invalidenversicherung eingeführt; St. Gallen hat bereits Mittel zur Finanzierung einer solchen kantonalen Versicherung reserviert, und Zürich und Solothurn haben ebenfalls angefangen, einen Fonds zu speisen.

Für die Alters- und Invaliditätsversicherung liegen noch keine Vorarbeiten vor; indessen wird die Organisationsfrage etwas erleichtert dadurch, dass man die in andern Staaten und in einzelnen Kantonen durchgeführte Alters- und Invalidenversicherung zu Vergleichen benützen kann; so wird auch hier die technische Seite des Problems erheblich weniger Schwierigkeiten bieten, als die Finanzierung der Versicherung.

Ob man nach dem Vorbilde der schweizerischen Unfallversicherung eine Staatsanstalt schaffe oder nach demselben Vorbild besser von einer solchen absehe und auf dem Wege der Subventionierung kantonaler Alters- und Invaliditätsversicherungen vorgehen wolle, ist noch eingehend zu prüfen. Die schweizerische Unfallversicherung hat ihre Prüfung im Vergleiche zu den Privatversicherungsanstalten schlecht bestanden, während sich umgekehrt das nach Leistungen abgestufte Subventionierungssystem des Bundesamtes der Sozialversicherung für die schweizerische Krankenversicherung bewährt hat. Allerdings werden bei der Alters- und Invaliditätsversicherung die Grundlagen andere sein müssen als bei der Krankenversicherung; dennoch lässt sich vielleicht ein Mittelweg zwischen blosser Subventionierung und Staatsanstalt finden. Die Errichtung von 25 kantonalen Alters- und Invalidenversicherungskässchen würde auch keine ideale Lösung sein und der Konkordatsweg zur Errichtung mehrerer, gemeinsamer Kassen würde auf erhebliche Schwierigkeiten stossen.

Die Leistungen der Alters- und Invalidenversicherung werden von Bundes wegen die gleichen sein müssen, ob nun der Rentenbezüger auf dem Lande oder in einer industriellen Ortschaft wohne, und dennoch würde eine Rente von z. B. Fr. 400 für ländliche Verhältnisse unter Umständen als ausreichend erachtet werden, während dieselbe für städtische Verhältnisse mit teurer Lebenshaltung nicht genügen kann; indessen würden sich die Städte damit behelfen können, dass sie zur schweizerischen Maximalrente durch Aufwendung eigener Mittel noch eine besondere Zusatzrente schaffen können.

Bei der Alters- und Invalidenversicherung ist zu prüfen, ob das versicherungstechnisch berechnete Deckungskapital gesichert werde oder ob man sich damit begnügen dürfe, lediglich den Betrag der Kapitaldeckung buchmässig anzulegen, so dass der Staat für diesen Fonds Schuldner ist. Obwohl der Staatskredit gut ist, darf es der Staat doch nicht darauf ankommen lassen, dass die vorgenannten Versicherungsfonds in eine illiquide Situation geraten, welche die Gefahr des Staatsbankerotts heraufbeschwören könnte; es wird also eine solidere Finanzgebarung von Anfang an erforderlich sein.

Je nach der Höhe der Beiträge und Leistungen dieser Versicherung und je nach dem frühern oder spätern Beginn ihrer Wirksamkeit wird die Finanzierung derselben mehr oder weniger Mittel beanspruchen; auf alle Fälle wird der jährliche Aufwand für die Alters- und Invaliditätsversicherung allein den Betrag von 100 Millionen Franken übersteigen.

Die deutsche Alters- und Invalidenversicherung hat in einem Zeitraum von 17 Jahren über drei Milliarden aus Beiträgen eingenommen, 1½ Milliarden für Entschädigungen geleistet und 1¼ Milliarden zurückgelegt; der Reichszuschuss beträgt M. 50 für jede Rente — von anderer Seite ist mir mitgeteilt worden, dass die Aufwendung des Staates für die Alters- und Invaliditätsversicherung sich nicht nur auf 100 bis 130 Millionen Franken belaufe, sondern über 200 Millionen erfordern werde.

Wir müssen aber der Alters- und Invalidenversicherung immerhin eine bescheidene Mitgift geben. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung hat der Bund erst einmal den ernsten Willen bekundet und durchgeführt, die Kranken- und Unfallversicherung zu finanzieren, während für andere Versicherungen bisher zwar sehr viel vom Postulieren, desto weniger aber vom Finanzieren gesprochen wurde und, nebenbei bemerkt, ist die Art, wie z. B. die Militärversicherung organisiert und während des Krieges durchgeführt worden ist, als Skandal und eines freien Volksstaates unwürdig zu bezeichnen. Wir müssen uns also nicht wundern, wenn gerade diejenigen Kreise, für welche wir die Alters- und Invalidenversicherung schaffen wollen, den gesetzgeberischen und administrativen Behörden der Schweiz nicht mehr das nötige Zutrauen entgegenbringen, indem sie wohl von der nahen Botschaft hören sollen, zu der ihnen indessen der Glaube fehlt. Seit Jahren und Jahren werden diese Volkskreise auf den Ausbau der Sozialversicherung vertröstet, so dass ihnen nicht zu verargen ist, wenn sie das ewige Programmatisieren, Motionieren, Postulieren und Expertisieren der Behörden vollständig satt bekommen haben; die Finanzpolitik des Finanzdepartements und damit des Bundesrates war schon vor dem Kriege jahrzehntelang nur ein «von der Hand in den Mund leben»; Bundesrat und Parlament vermochten während Jahrzehnten den Finanzhaushalt des Bundes nicht auf solide Füsse zu stellen, bis der Krieg die Zolleinnahmen, bisher die Stütze des Finanzhaushaltes, zum Versiegen brachte. Und die Finanzpolitik des Finanzdepartementes, bzw. des Bundesrates, während des Krieges gleicht einem kompasslosen Schiffe, dessen Kurs mit den Valutaschwankungen wetteifert.

Mit den feierlichen Versprechungen zum Ausbau der Sozialversicherungen verbindet der eidgenössische Finanzvorsteher und mit ihm die rechtsstehenden Kreise (der freisinnig-demokratischen Partei und der konservativen Gruppen) die feierliche Beteuerung, dass sofort nach der Aufstellung des Verfassungsartikels an das Studium der Versicherungsvorlagen

herangetreten und dass so rasch wie möglich geprüft werde, woher die Mittel zur Finanzierung dieser Sozialversicherung beschafft werden; man müsse, so sagen sie, zu Monopolen greifen, z. B. zum Tabakmonopol, Ausbau des Alkoholmonopols, sowie zu den indirekten Steuern! Und diejenigen unter diesen Kreisen, die von ihrem Standpunkte aus diesen Weg ehrlich beschreiten wollen, erklären sogar unverblümt, dass diese Finanzierung die allein rationelle sei; erst müsse man die alten Schulden bezahlen, bevor man neue mache, und die Volkskreise, denen die Sozialversicherung zugute komme, müssen dann den indirekten Steuern zustimmen, wenn sie die Sozialversicherung finanzieren wollen! Die indirekten Steuern, vorab die Lebensmittelzölle und Lebensmittelgebühren, sowie die Zölle auf Bedarfsartikeln belasten jedoch den Konsumenten und insbesondere den bescheidenen Mann mit grosser Kinderzahl; sie sind die ungerechtesten Steuern, die es gibt; da wir aber nach dem Katzenjammer des Bolschewismus uns wieder bewusst werden dürfen, dass wir immerhin noch im freien Volksstaate leben, in welchem der Stimmzettel Ausschlag zu geben hat, dürfen wir, ohne den Propheten zu spielen, feststellen, dass die genannten Volkskreise so aufgeklärt sein werden, um die Sozialversicherung nicht durch die indirekten Steuern selbst bezahlen zu wollen, solange Besitz und Vermögen noch mehr leisten können und leisten sollen. Der einfache Mann mit kleinem Einkommen wird sogar bei der Abstimmung über das Tabakmonopol oder die Tabaksteuer in Versuchung kommen, ein «Nein» auf seinen Stimmzettel zu schreiben, wenn er sich überlegt, dass er seinen Stumpen damit ganz erheblich verteuert, dass ihm ein kleiner, unschuldiger Genuss auf diese Weise ganz erheblich verteuert und noch verschlechtert wird, während Besitz und Vermögen noch nicht das leisten, was ihnen zugemutet werden darf. Er sagt sich, dass unsere Bundesverfassung in Art. 4 wohl den prachtvollen Grundsatz aufstelle: «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich», allein vor dem Steuergesetze bestehe diese Gleichheit nicht, oder dann versagen die Behörden, d. h. die Steuerverwaltungen, indem sie dem Steuergesetze nicht in der Weise Nachachtung verschaffen, dass wirklich alle Schweizer vor dem Gesetze gleich seien. Denn wenn in allen Kantonen und in bezug auf die Kriegssteuer auch im Bunde alle Schweizer nach ihrem Besitz, Vermögen und Einkommen nach Massgabe ihrer Steuerkraft veranlagt, eingeschätzt und die Steuern auf diese Weise eingezogen würden, dann hätten wir nicht nur keine blutarmen, d. h. geldarmen Gemeinden und Kantone, sondern Gemeinden, Kantone und Bund würden finanziell so kräftig dastehen, dass wir uns nicht abmühen müssten, das scheinbar unlösbare Problem eines Finanzausgleiches zwischen Kantonen und Bund jahrzehntelang zu studieren, sondern die Kriegsschuld würde viel rascher abgetragen sein und es würden sogar noch genügend Mittel zur Finanzierung der Sozialversicherung übrig bleiben. Allerdings ist der Besitz kein Vergehen, wie der Präsident der ständerätlichen Kommission für die wiederholte Kriegssteuer, Herr Ständerat Dr. Paul Scherer, im Ständerate ausgeführt hat; allein ein Vergehen ist es, wenn die Steuerzahler für Besitz und Einkommen ihre Steuerkraft erheblich nach unten einschätzen, weniger aus Bescheidenheit als aus Privatinteresse, und dieses Vorgehen muss in Zukunft viel schärfer behandelt werden, als es bisher der Fall war, sonst kommen wir nie zu gesunden Zuständen.

So wenig aber durch eine papierene Völkerbundsverfassung die Völker aus der Raubgier des Krieges zurückgeführt und ihre Länder zu idealen Staaten von heute auf morgen zusammengeführt werden können, so wenig wird der strafbare Steuerhinterzieher aus einem extremen Egoisten plötzlich ein tugendhafter Altruist; wir müssen den Staatsbürger in diesem Sinne erst noch erziehen, ohne Zeit zu haben, bei der Kleinkinderschule anzufangen; wir müssen aber auch viel straffere Strafmittel einführen und hauptsächlich durchführen, um die Fehlbaren zur Vernunft zu bringen.

Das Volk jedoch würde es nicht verstehen, wenn man ihm zumuten wollte, diesem langen Bildungsprozesse zuzuschauen; dem Volke ist die Sozialversicherung nicht bloss zu versprechen, sondern es ist der feste Wille zu bekunden, die Mittel für die Sozialversicherung nicht bloss in Aussicht zu stellen; denn dafür ist jeder Glaube und Kredit verloren gegangen; die Einführung der Sozialversicherung ist die dringendste Aufgabe des Staates; der Staat hat daher die Mittel bereit zu stellen, bevor das Geld für andere, nicht so dringende Aufgaben aufgebracht wird.

Diese Mittel sind zum Teil da: Mein Antrag geht dahin, es seien vom Ertrag der Kriegsgewinnsteuer 200 Millionen Franken aus dem Tilgungsplan der Kriegsschuld auszumerzen und einem Fonds für Sozialversicherung zuzuweisen. Der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer wird sich bis in das Jahr 1919 weit über 300 Millionen Franken belaufen; bis zum 1. Oktober 1918 erreichte die Kriegsgewinnsteuer den Betrag von über 280 Millionen Franken, zu dem nun noch das Ergebnis für das Geschäftsjahr per 31. Dezember 1918 hinzukommt. Heute werden es brutto über 400 Millionen Franken sein.

Ein Präjudiz für die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer liegt, wie wir bereits gesehen haben, vor, indem der Bundesrat mit Bundesratsbeschluss vom 24. März 1917 den Fonds für Arbeitslosenfürsorge errichtete, dem, wie erwähnt, $^1/_5$ der Kriegsgewinnsteuer zugewiesen würde. Es ist daher nur konsequent, wenn die übrigen $^4/_5$ auch für staatliche Wohlfahrtszwecke Verwendung finden. Wenn wir auf diese Weise erhebliche Geldmittel für die Sozialversicherung flüssig machen, so weiss das Volk, dass mit dieser Versicherung ernst gemacht wird, dass nicht 10—20 Jahre studiert werden, um nach Mitteln zu suchen zur Finanzierung der Sozialversicherung und dass schliesslich nach jahrelangem Suchen Abgaben und Steuern vorgeschlagen werden, welche vom Volke verworfen werden.

Wir vollbringen eine soziale Tat, die Besitzende gegenüber Nichtbesitzenden aussöhnt!

Für die Alters- und Invalidenversicherung sollen 200 Millionen Franken reserviert werden, die immerhin einen respektablen Grundstock für diesen Zweig der Sozialversicherung bilden würden, so dass dieselbe früher in Funktion treten könnte.

Ich bin u. a. auch deshalb von einem Betrag von 200 Millionen Franken ausgegangen, weil Herr Nationalrat Wild in St. Gallen gleichzeitig mit meinem Antrage einen Vorschlag gemacht hat, zur Kriegsschuld einen Betrag von 200 Millionen Franken hinzuzufügen und die Kriegssteuer länger zu erheben, bis die Kriegsschuld und dieser Betrag von 200 Mil-

lionen Franken gedeckt werden. Das sollte schon aus Freude über die frühere Beendigung des Krieges möglich sein.

Allein dieser Vorschlag stiess sofort auf Opposition. Die Föderalisten und namentlich unsere welschen Kollegen erklärten, dass darin eine verkappte Bundessteuer liege; nach einigen Jahren würde erklärt werden, dass diese 200 Millionen Franken nicht ausreichen, dass daher auf demselben Wege weitere Hunderte von Millionen Franken aufgebracht werden sollen, wodurch die Kriegssteuer einfach fortgesetzt und zur Bundessteuer werde. Zudem hat dieser Vorschlag den Nachteil, dass der Betrag von 200 Millionen Franken erst nach etwa 15 Jahren hereingebracht würde, so dass dies unter Umständen als Vorwand dienen könnte, die weitere Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung auf so lange Zeit hinauszuziehen.

Mein Antrag auf Verwendung eines Betrages von 200 Millionen Franken der Kriegsgewinnsteuer zum gleichen Zwecke hat gegenüber dem genannten Vorschlage der Kriegssteuerverlängerung mehrere Vorteile, die Herrn Wild bestimmt haben, seinen Vorschlag fallen zu lassen und sich dem meinigen anzuschliessen, unter der Voraussetzung, dass erklärt werde, aus dem Ertrage der Kriegsgewinnsteuer sei für die Alters- und Invalidenversicherung wenigstens ein Betrag von 200 Millionen Franken zu überweisen.

Die Vorteile des Antrages Kriegsgewinnsteuer gegenüber Kriegssteuer sind folgende:

1. Der Betrag von 200 Millionen Franken ist bereits vorhanden; der Zins, den dieser Betrag zugunsten des Fonds der Alters- und Invalidenversicherung abwirft, macht für die Zeit, bis zu welcher nach Vorschlag Wild (Kriegssteuer), der Betrag von 200 Millionen Franken liquid geworden wäre, weitere 150 Millionen Franken aus.

2. Bei der Verwendung der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- und Invalidenversicherung liegt, wie erwähnt, ein Präjudiz vor, während es etwas Stossendes hat, dass die eigentliche Kriegsschuld um 200 Millionen Franken zu erhöhen sei, um aus dem Kriegsschuldentilgungsfonds einen Betrag von 200 Millionen Franken für die Alters- und Invalidenversicherung zu verwenden. Allerdings ist zuzugeben, dass rein rechnerisch dasselbe Resultat vorliegt, weil durch Entnahme eines Betrages von 200 Millionen Franken aus der Kriegsgewinnsteuer der Kriegsschuldentilgungskonto um 200 Millionen Franken gekürzt wird.

3. Mit der Verwendung eines Betrages von 200 Millionen Franken der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- und Invalidenversicherung wird nicht ohne weiteres die Bundessteuer präjudiziert, so dass denn auch welsche Kollegen diesem Antrage zugestimmt haben.

4. Für die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer zur Finanzierung der Sozialversicherung spricht ein sozial-ethisches Motiv. Während des Krieges wurden Zehntausende und Zehntausende zu Notstandsberechtigten; Zehntausende verarmten, ohne von der Notstandsberechtigung Gebrauch zu machen; der Mittelstand rang sich mit vielen Entbehrungen durch, während gleichzeitig Schieber und Wucherer Kriegsgewinne einheimsten, die alle früheren Gewinne in den Schatten stellten; fremde und einheimische Handelsleute, denen das Handelsregister eine unbekannte Institution blieb, um der Kriegsgewinnbesteuerung eher zu entgehen, entfalteten einen Luxus, der die Zornesröte der Unbemittelten entfachte und die Behörden vor die Frage stellte, ob sie nicht die Sitten- und Kleidermandate aus dem dunkeln Mittelalter wieder ausgraben sollten. Grosse Handelsfirmen, mächtige Aktiengesellschaften erzielten Kriegsgewinne, welche sich trotz der Errichtung der Kriegsgewinnsteuer noch auf mehrstellige Zahlen bezifferten; Maschinenfabriken, welche sich auf die Kriegsindustrie verlegten, machten Millionengewinne. Der Unterschied zwischen arm und reich verschob sich und vergrösserte sich. Der Neid auf die von Schiebern und Wucherern zum Teil auf Kosten der Lebensmittelverteuerung erzielten Gewinne wuchs nach der Höhe der Gewinnziffern und der langen Dauer der Gewinne! Wirkt es da nicht sozial ausgleichend, wenn die Volksschichten, die vom Kriege nicht nur nichts profitieren, die denselben hungernd und entbehrend an ihrem Leibe mitfühlen mussten, sich nach Schluss des Krieges sagen können: Dieser Kriegsgewinn wird zum Teil der Allgemeinheit zurückgeführt, er findet Verwendung für einen noblen Zweck, für die soziale Versicherung, insbesondere für die Alters- und Invalidenversicherung? Wird nicht dadurch die Missstimmung, die sich bis zum Landesstreik immer mehr angehäuft hatte und, irregeführt, sich in unrichtiger Weise Luft machte, wieder legen; werden diese Kreise sich nun nicht sagen müssen: Das bürgerliche Gewissen ist erwacht, die soziale Gerechtigkeit beginnt; wir haben wieder mehr Zutrauen in die gesetzgeberischen Beschlüsse des Parlaments und in die fürsorgliche Tätigkeit der Behörde; wir ziehen diese soziale Ausgleichung dem Klassenkampfe vor, und lieber als uns durch den Bolschewismus, durch Raub und Plünderung, Mord und Blutvergiessen an der politischen Macht zu vergreifen, wenden wir uns dem sozialen Aufbau des Volksstaates zu.

Unser Finanzminister und mit ihm die rechtsstehenden Kreise werden diesen Vorschlag bekämpfen. Nachdem der Ständerat beschlossen hat, die Kriegsschuld durch die wiederholte Kriegssteuer, unter Mitverwendung der ersten Kriegssteuer und des Ertrages der Kriegsgewinnsteuer, durch die wiederholte Kriegsgewinnsteuer vollends zu decken, werden sie erklären, in dieses System dürfe keine Bresche gelegt werden. Nachdem während mehr als vier Kriegsjahren bloss die erste Kriegssteuer und die Stempelsteuer unter Dach gebracht wurden, dagegen über die Tabakbesteuerung so lange beraten wurde, bis dieselbe vielleicht nicht nur für die Kriegsjahre, sondern auch für die Zukunft ausscheidet, ist es begreiflich, dass man sich dagegen sträubt, wenn ein bisher gesicherter Brocken entrissen wird. Allein die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer zur Sozialversicherung ist eine so entscheidende soziale Tat, dass meines Erachtens diese Lösung unter allen Umständen durchzuführen ist, wenn nicht mit der gesetzgebenden Behörde, sodann durch eine Volksinitiative!

Wenn schliesslich auf dem einen oder andern Wege 200 Millionen Franken des Ertrages der Kriegsgewinnsteuer aus der Kriegsschuldendeckung vorweggenommen werden, so kann der Ausfall auf dem Wege der Dekkung durch Anleihe, sei es mit, sei es ohne Konversion, gedeckt werden, oder es kann nach dem Beschlusse des Ständerates der Ausfall durch die wiederholte

Kriegssteuer auch noch gedeckt werden, so dass die Kriegssteuer für eine weitere Periode, also für weitere 2—4 Jahre erhoben werden müsste. Im ersteren Falle würde der Nationalrat bei seinem früheren Beschlusse beharren können, dass ¾ der Kriegsschuld durch die Besitzessteuern aufzubringen sei, und dieser Beschluss würde sich dann materiell decken mit dem seither gefassten Beschlusse des Ständerates, die 100 % der Kriegsschuld durch Besitzessteuern zu tilgen; denn 100 % der Kriegsschuld unter Einschluss der Kriegsgewinnsteuer werden ungefähr 75 % der Kriegsschuld ohne Kriegsgewinnsteuer entsprechen.

Werden von der Kriegsgewinnsteuer von brutto über 400 Millionen nach Abzug der 200 Millionen noch 300 Millionen Franken übrig bleiben, also so viel, als 1918 zur Deckung der Kriegsschuld gerechnet wurde? Nein. Es soll also umgekehrt verfahren werden: 300 Millionen Franken aus der Kriegssteuer zur Mitdeckung der Kriegsschuld zu verwenden und den «Rest» für die Alters- und Invalidenversicherung zu reservieren.

Die sogenannte Finanzreform des Bundesrates und der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, vor allem aber die Finanzierung der Sozialversicherung, die Deckung der Verwaltungsdefizite und der zu revidierenden Besoldungsgesetze werden durch die Kriegssteuer und Kriegsgewinnsteuer nicht berührt: hierfür müssen jährlich weiter über 100 Millionen Franken aufgebracht werden, nämlich zur Deckung der Defizite der ordentlichen Rechnungen usw. zirka 36 Millionen, zur Deckung der Teuerungszulagen und Besoldungserhöhungen zirka 50 Millionen, für dringende allgemeine Ausgaben, Verbesserung des diplomatischen und Konsulardienstes, Budgetausgleich zirka 20 Millionen, total 106 Millionen Franken.

Diese jährliche Ausgabe soll gedeckt werden durch Ersparnisse am Militärbudget mit 13 Millionen, durch den Ertrag der eidgenössischen Stempelsteuer mit 15 Millionen Franken. Der eidgenössische Finanzminister postuliert nun ausserdem 30 Millionen Mehreinnahmen der eidgenössischen Regiebetriebe, insbesondere Post und Telegraph, 25 Millionen aus der Tabakbesteuerung, der Alkoholmonopolerweiterung und der Umgestaltung des Militärpflichtersatzes.

Es fehlen also noch zirka 20 Millionen, vorausgesetzt, dass alle diese Schröpfungen vom Souverän geschluckt werden. «Woher nehmen und nicht stehlen?» fragt der ehrliche Thurgauer! Ob diese fehlenden 20 Millionen aus den Zöllen zu erhoffen seien — wird schüchtern bemerkt —, das sei noch unsicher. Wir städtische Konsumenten verwahren uns zum voraus gegen einen Beutezug auf Lebensmittelzölle!

Wenn nun aber noch ein 20 Millionenloch besteht, das vielleicht erst durch die Zölle gestopft werden soll — obwohl wir wahrhaftig nach diesem Kriege in der hohen Zollpolitik ebenso noch im Dunkeln tappen —, woher holt dann das offizielle eidgenössische Finanzprogramm die Riesenbeträge für die grossen sozialen Aufgaben, für die Sozialversicherung: für die Alters- und Invalidenversicherung, für die Hilfskasse der eidgenössischen Verwaltungen und für die Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge?!

Dem praktischen Sozialpolitiker ist aber ein Spatz in der Hand lieber, als eine Taube auf dem Dache! Lieber heute schon für die Sozialversicherung einen festen Grundstock anlegen, als sich auf das nächste Jahrhundert vertrösten lassen; denn wir haben doch das 20. Jahrhundert erst angefangen, und unsere Generation möchte doch auch nicht bloss sozial postulieren, sondern sozial schaffen!

In dem neuliberalen Programm von Basel-Stadt figuriert die Alters- und Invalidenversicherung ebenfalls in vorderster Stelle, was nicht hindert, dass ihr Organ die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer zur Sozialversicherung als ein Pfuschwerk und als Popularitätshascherei, meinen Antrag als überstürzt und unüberlegt hinstellt. Finanziell rechtsstehende Kreise werden darüber jammern, dass dem Schuldentilgungszwecke ja nichts entfremdet werden dürfe, weil Handel, Industrie und Gewerbe der Schweiz keine weitern Opfer ertrügen, bevor durch den Friedensschluss die Volkswirtschaft sich wieder in den früheren Geleisen bewegen könne. Als ob die Kriegsstaaten nicht noch grössere Opfer zu bringen hätten, und die trotzdem nach der Linksorientierung der alten Welt für soziale Versicherung etwas erübrigen müssen! Die bemittelten Kreise bei uns, die so arm tun, bedenken wohl nicht, dass die schweizerische Volkswirtschaft sogar im letzten Kriegsjahr 1918 allein für Kapitalerhöhungen ohne Konversionen zirka ¾ Milliarden aufzubringen vermochte, wobei ich nur die grösseren Gesellschaften mitberücksichtigte. In den vier Kriegsjahren betrugen die Emissionen in der Schweiz über 2 Milliarden und die Valutadarlehen und Kapitalinvestitionen an das Ausland überschreiten ebenfalls 1 Milliarde Franken.

Das schweizerische Nationalvermögen ist also in den vier Kriegsjahren um Milliarden gestiegen; wie armselig sind wir, wenn wir davon nicht einmal 200 Millionen Franken auf den Altar des Vaterlandes für die Sozialversicherung zu legen uns aufraffen können! Deutschland auferlegte uns 1918 eine Kohlenverteuerung, die dem Zins einer Milliarde entspricht; für die Kriegsgefangenen und Internierten haben wir 63 Millionen geschenkt, und da sollen wir für die Sozialversicherung nichts aufbringen können!

Wir müssen den Zweckbegriff des Bundes nach der Bundesverfassung nach mehr als 70 Jahren des Bestandes unseres Bundesstaates ausgestalten; wir haben die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen behauptet, wir haben Ruhe und Ordnung im Innern gehandhabt, wir haben der Freiheit und den Rechten der Eidgenossen Schutz angedeihen lassen, aber wir müssen endlich auch Bausteine zur Beförderung ihrer «gemeinsamen Wohlfahrt» beitragen; zur gemeinsamen Wohlfahrt gehört die Sozialversicherung. Darum empfehle ich Ihnen meinen Antrag zur Annahme. Trotz der Opposition des Bundesrates sind wir von gutem Geist beseelt und wir tun etwas, das dem abtretenden Nationalrat zur Ehre gereicht!

Präsident: Ich möchte die kommenden Redner bitten, sich bei Erwähnung der Alters- und Invalidenversicherung möglichst zu beschränken auf die finanzielle Bedeutung dieses Werkes, und die sozialen und ethischen Punkte mehr in den Hintergrund zu stellen.

Meyer: Die Idee, die dem Postulat des Herrn Rothenberger zugrunde liegt und uns heute entwickelt worden ist, ist derart über alle Anfechtung erhaben, dass man ihm nur lebhaft zustimmen kann. Die Alters- und Invaliditätsversicherung ist ein Postulat, an dem wir nicht mehr rütteln lassen wollen.

Ich gehöre einem Kanton an, der bereits begonnen hat, sie in Wirklichkeit umzusetzen, und ich bin in jeder Hinsicht dafür zu haben, dass dieses grosse soziale Werk auch auf dem Gebiete des Bundes unverzüglich in Angriff genommen wird. Ich bin auch damit einverstanden, dass mit der Bereitstellung der gewaltigen Mittel, die für diesen Zweck erforderlich wären, unverzüglich begonnen werde, und wenn ich die Meinung hätte, dass das Projekt der Alters- und Invaliditätsversicherung auch nur um einen Tag verzögert würde, so würde ich kein Wort gegen das Postulat des Herrn Rothenberger sprechen. Allein ich kann nicht anders. Ich muss hier einige kritische Erwägungen finanzpolitischer Natur einwerfen.

Das Postulat Rothenberger, so anerkennenswert es ist, beschränkt sich so sehr auf das Interesse an dem besonderen Gegenstand, dass es alle Rücksicht auf die Neuordnung der Bundesfinanzen, die doch auch ein enormes und ein grosses Werk ist, beiseite setzt. Die Neuordnung der Bundesfinanzen ist aber die Grundlage dessen, was auch die Alters- und Invaliditätsversicherung will, einer grosszügigen Sozialpolitik. Nun ist, wie ich fürchte, das Postulat des Herrn Rothenberger geeignet, das Projekt der wiederholten Kriegssteuer nach den Beschlüssen der Kommission und des Ständerates zu gefährden, und zu gefährden auch, wie gesagt, das noch weitertragende Projekt der Reorganisation unserer Bundesfinanzen.

Sie kennen die Entwicklungsgeschichte der wiederholten Kriegssteuer. Der Vorentwurf des Bundesrates, der seinerzeit einer Expertenkommission vorlag, hat in Aussicht genommen, dass diese wiederholte Kriegssteuer die Hälfte der Gesamtsumme der für die Mobilisation aufgewendeten Mittel tragen solle. Das hätte rund, wenn man etwa 13—1400 Millionen Gesamtaufwendung gerechnet hätte, 750 Millionen ausgemacht. Die Expertenkommission kam dann dazu, und das geschah im Bestreben, das auch weiterhin in den Beratungen massgebend war, nämlich möglichst zu fixieren und möglichst genau zu umschreiben, die Deckung durch die Kriegssteuer auf drei Viertel der Kapitalausgaben festzusetzen, was wiederum den gleichen Betrag von ungefähr 750 Millionen ausgemacht hätte. Später kam der Kompromiss hier im Nationalrate, der auf der Grundlage aufgebaut war, dass diese wiederholte Kriegssteuer noch rund 500 Millionen hätte zubringen müssen. Seither hat der Ständerat seinen Beschluss gefasst, er ist auf die Gesamtdeckung von einer Milliarde für die direkte Besteuerung gekommen. Das wird also für die wiederholte Kriegssteuer den Betrag von 600 Millionen Franken ausmachen, und nun wird das Postulat Rothenberger hereingeworfen, das diesen Betrag um weitere 200 Millionen Franken erhöht. Das ist der Einfluss des Postulates in finanzpolitischer Hinsicht.

Aus dieser Entwicklungsgeschichte kennen Sie ja auch die Widerstände gegen das, wozu jetzt die nationalrätliche Kommission in Uebereinstimmung mit dem Ständerat gelangt ist. Sie wissen, dass im Ständerat eine vier Stunden lange Rede gehalten wurde um alle Bedenken gegen ein so hohes Mass der Deckung durch direkte Steuern darzustellen. Sie haben heute ja auch die Ausführungen des Herrn Kollegen Maunoir gehört, die darauf ausgingen, man möchte nicht so weit gehen, und nun fürchte ich und ich halte diese Befürchtung nicht für grundlos, dass die allseitige Zustimmung, die mit Mühe im Ständerat und dann auch in der nationalrätlichen Kommission erreicht worden ist und die doch auch wieder eine Art Kompromiss der verschiedenen Interessenten darstellt und die von der einen Seite doch nur mit grossen Opfern erteilt worden ist, gefährdet werde. Wir haben ein so grosses Interesse daran, dass die wiederholte Kriegssteuer Wirklichkeit werde und wir diesen gewaltigen Betrag von 600 Millionen endlich hereinbringen, dass man sich doch wohl überlegen muss, ob man um dieser grossen Interessen willen dem Postulat Rothenberger zustimmen soll, das, wie ich sage, die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht um einen Tag zu fördern geeignet ist, weil wir ja alle dafür sind, dass die Vorarbeiten, die Studien, unverzüglich an die Hand genommen werden, und alle dafür sind, dass die Bundesfinanzen so reorganisiert werden, dass auf den Tag des Inkrafttretens dieser Versicherung die Mittel vorhanden sind.

Es hat bei einzelnen Unterzeichnern des Postulates Rothenberger, wie man gehört hat, die Meinung obgewaltet, man könnte, um diesen Eingriff in das Finanzprogramm, den das Postulat bringt, zu verhüten, ja darauf zurückgehen, dass man die im Entwurfe des Bundesrates vorgesehene Deckung von drei Vierteln der Kapitalausgaben durch die direkten Steuern wieder aufnehmen würde. Das sollten wir auf keinen Fall tun. Diese drei Viertel sind ja eine so willkürliche Annahme, dass man sich wirklich fragen musste, wie kam man überhaupt nur auf diese Zahl. Es ist eine glückliche Lösung, dass der Ständerat ganze Arbeit gemacht hat: Wir decken die gesamte Kapitalausgabe für die Mobilisation durch die direkte Besteuerung des Bundes, und diese gesamte Deckung der Kapitalausgaben wollen wir beibehalten. Darunter wollen wir nicht gehen. Das ist etwas, was sich sehen lassen darf, das ist ein Ganzes.

Aus der momentanen Finanzlage des Bundes sind doch auch einige Gründe abzuleiten, die gegen das Postulat Rothenberger sprechen. Wir werden, wenn der Neutralitätsbericht zur Behandlung kommt, an einer Stelle die Angaben finden, in welchem Masse heute der Bund an die Nationalbank verschuldet ist. Sie wissen, dass nicht alle Mobilisationskosten durch die Anleihen haben aufgebracht werden können, sondern dass man sich durch kurzfristige Verschuldung helfen musste. Diese Beträge bewegen sich heute um die 300 bis 400 Millionen. Die Metalldeckung der Nationalbank für die Noten, die deswegen auch bis zu einem hohen Masse gestiegen sind, bewegt sich ja heute unter 50 %, und so sehr man auch sagen kann, die Noten, die für die Diskontierung dieser Schatzanweisungen ausgegeben werden, sind banktechnisch einwandfrei fundiert — denn diese Noten stellen ja die Ausgaben dar für die Bestreitung der kommerziellen Unternehmungen des Bundes — kommen wir um die Tatsache nicht herum, dass durch die Diskontierung von Schatzscheinen im Betrage von 300 bis 400 Millionen Franken die Notenemission der Nationalbank in einem bedauerlich hohen Masse angewachsen ist. Um diese Vorschüsse zurückzuhalten, hat der Bund kein anderes Mittel, als die Steuer-

gelder, und es ist sehr wünschbar, dass diese Steuergelder nun eingehen und zur Rückzahlung dieser Schuld verwendet werden. Hier kommen die Beträge der Kriegsgewinnsteuer in erster Linie. Sie sind zum Teil eingegangen und gehen jetzt noch ein. Die Summen, die wir aus der wiederholten Kriegssteuer herausholen wollen, werden wir ja erst in einigen Jahren erhalten.

Die Kriegssteuer, wie sie nun im Nationalrat beschlossen worden ist und wie sie nach den Beschlüssen der nationalrätlichen Kommission aussieht, ist ein Werk, das wir in jeder Hinsicht, auch in Ansehung seiner sozialen Ausgestaltung, zeigen dürfen. Nicht nur die bedeutende Summe kommt hier in Betracht, sondern die Erleichterung nach unten, das hohe Existenzminimum, das, wie Sie ja gesehen haben, auf 4000 Franken für diejenigen Einkommensbezüger, die kein Vermögen haben, angesetzt ist und das sich dann noch um Fr. 400 für jedes Kind erhöht. Wir kommen damit auf Beträge, die über denen stehen, die die sozialdemokratische Bundessteuerinitiative verlangt hat.

Dieses hohe Existenzminimum, diese weitgehende Steuerbefreiung nach unten, hat ja dem Einwande gerufen, dass der Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung hier stark verletzt werde. Da stehe ich nun vollständig auf dem Boden der nationalrätlichen Kommission. Ich begrüsse es, dass man dazu gekommen ist, ein so hohes Existenzminimum zu normieren, und ich bin durchaus einverstanden, dass man mit den Kinderbeiträgen, die in Anrechnung kommen, höher geht, sogar in den schliesslichen Summen, als es die sozialdemokratische Steuerinitiative verlangt hat. Aber um dem Grundsatze der Allgemeinheit der Besteuerung nachzuleben, der ja seine Richtigkeit hat und den wir nicht verletzen dürfen, wenn wir ein richtiges Staatssteuersystem haben wollen, müssen wir noch andere Steuern haben. Es ist ein beklagenswerter Irrtum, dass man bei uns der Luxussteuer, der Besteuerung des Luxusverbrauchs, gewisse Vorurteile entgegenbringt. Es ist das Vorurteil der deutschen Finanzwissenschaft, die hier ihre Nachteile gezeitigt hat. Aber die deutsche Finanzpolitik ist auch darnach gewesen. Das Deutsche Reich ist auch vor dem Kriege nicht dazu gekommen, sich zureichend zu finanzieren. Es hat eine grosse Verschuldung erfahren; im Kriege hat es sich nicht anders zu helfen gewusst, als Anleihen auf Anleihen zu häufen, während Länder, wie England z. B., die ein gesundes Finanz- und Steuersystem haben, ein System, das aus indirekten und direkten Steuern, namentlich aus Steuern auf dem Luxusverbrauch zusammengesetzt ist, leicht durch Erhöhung der Sätze sich einen grossen Teil der Ausgaben für den Krieg beschaffen konnten. Das ist ein richtiges Steuersystem und nicht dasjenige, das wir nachahmen, wobei wir eben im Banne der deutschen Finanzwissenschaft stehen.

Ich sage, wir müssen noch andere Steuern haben. Kein Staat in der ganzen Welt, wenn er auf gesunder Grundlage bleiben will, wenn er namentlich Sozialpolitik treiben will, kann ein solches nach beiden Seiten ausgebautes Steuersystem entbehren. Im Ständerat hat zu der Zeit, als die sozialdemokratische Steuerinitiative erörtert wurde, ein Vertreter der Arbeiterschaft, Herr Ständerat Scherrer, folgende Sätze ausgesprochen: « Ich meine, das ist mein Ceterum censeo, die Alters- Invaliditätsversicherung der Arbeiter muss kommen, und ich kann nun nicht glauben, dass diese grosse und schwere Aufgabe jemals mit Hilfe einer direkten Steuer gelöst werden könne, sondern setze voraus, dass nur indirekte Steuern zu diesem Zwecke in Anspruch genommen werden dürfen.» Und weiter sagte Herr Ständerat Scherrer in diesem Votum: « Die Arbeiterschaft ist durchaus des Glaubens, dass sie selbst mit starken Beiträgen belastet werden müsse für die Organisation einer derartigen Versicherung. Sie ist auch bereit, den Bund zu unterstützen in der Schaffung indirekter Steuern, an die sie selber mitzahlen muss, wenn diese indirekten Einnahmen für einen grossen sozialen Zweck verwendet werden.»

Und nun glaube ich, es bleibt uns nichts anderes übrig, als aus der Besteuerung des Massenluxusverbrauches — nehmen wir als Beispiel zuerst den Tabak — grosse Beträge herauszuholen, und da meine ich, wir sollten uns dahin einigen, dass wir die Tabakbesteuerung auf die rationelle Art einrichten, die am meisten herausholt aus dieser Besteuerung. Diese Besteuerungsart ist das Monopol, und dem Monopol sollten wir zustimmen, unter der Bedingung, dass die gesamten Erträgnisse des Monopols für soziale Zwecke gebunden werden. Das ist eine Steuerpolitik, die uns Mittel einbringt, und ich sage, wir bewegen uns in einem fatalen Widerspruch bei unserer Finanzierung des Bundes. Wir wollen gewaltige Mittel auf dem Wege der Bundesfinanzen flüssig machen für die Sozialpolitik, für eine grosszügige Sozialpolitik. Aber wir bringen dann wieder in diese finanzpolitischen Gesichtspunkte, die uns doch bei der Finanzierung leiten müssten, gewisse sozialpolitische Vorurteile und Bedenken hinein, die uns hindern, auf diese Weise für die wahre Sozialpolitik die Mittel zu schaffen.

Ich möchte Ihnen beantragen, das Postulat Rothenberger aus diesen Gründen abzulehnen.

Müller (Bern): Wer bis heute noch im Zweifel sein konnte, um was es sich eigentlich bei unserem jahrelangen Kampfe um die Deckung unserer Kapitalausgaben für die Mobilisation handle, dem ist heute jedenfalls durch die Herren Musy und Maunoir der Star gestochen worden. Die Herren sind im Ziel vollständig einig, nur in den Methoden gehen sie auseinander. Herr Musy akzeptiert scheinbar die Lösung, wie sie vom Ständerat angenommen worden ist. Aber durch allerlei Vorbehalte hofft er zu erreichen, dass dem Besitze unter keinen Umständen mehr als 500 Millionen zugemutet werden, und zwar in der Weise, dass er Vorbehalte macht, was unter den Kapitalausgaben zu verstehen sei. Er meint, dass eine ganze Reihe von Ausgaben, die dort gebucht sind, eliminiert werden können.

Der Standpunkt von Herrn Maunoir, der auf das gleiche Ziel lossteuert, ist allerdings unverhüllter und offener. Herr Maunoir erklärt, es solle unter keinen Umständen eine grösse Summe aufgebracht werden. Schon diese 500 Millionen seien zu viel, und deshalb schlägt er nun, eigentlich in Missachtung unserer gegenwärtigen Situation, wo es sich um Bereinigung von Differenzpunkten handelt, vor: zunächst die bloss teilweise Deckung der Kapitalausgaben, im übrigen bloss einmalige Erhebung der Kriegssteuer und Rückweisung an den Bundesrat, um über das Mass der Belastung sich schlüssig machen zu können.

Ich gehe auf die Einwendungen von Herrn Maunoir deshalb etwas näher ein, weil er ein offener, prinzipieller Gegner unserer Auffassung ist, und es sich deshalb schon der Mühe lohnt, sich mit ihm auseinanderzusetzen.

Er hat zunächst darauf hingewiesen, das alles das, was jetzt gemacht werde, eine Kapitulation vor den Sozialdemokraten bedeute, und das deshalb falsch sei, weil man auf die Voraussetzungen, die Schonung von Handel und Industrie und die Schwierigkeiten, die für die Kantone und Gemeinden aus den gegenwärtigen Verhältnissen entstanden seien, zu wenig Rücksicht nehme.

Was die Schonung von Handel und Industrie betrifft, so hat bereits Herr Rothenberger darauf hingewiesen, dass sich die Gewinne von Handel und Industrie im Kriege auf Milliarden belaufen. Es ist wahrscheinlich nicht zu viel gesagt, wenn man sie in diesen vier Jahren auf 3 Milliarden Franken schätzt. Wenn man von dieser Tatsache ausgeht, so beeinträchtigen wir Handel und Industrie in ihrer Kapitalkraft und ihrer Produktionsfähigkeit durchaus nicht mit unserer Forderung, dass sie den Tribut entrichten sollen, der ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.

Was die Einwendungen des Herrn Maunoir betreffend die Verhältnisse in den Kantonen und Gemeinden betrifft, so hat uns Herr Maunoir ein Verzeichnis vorgelegt, was an Defiziten in Kantonen und grösseren Gemeinden entstanden sei. Der Zusammenzug aller dieser Defizite beläuft sich bei den Kantonen auf 44½ Millionen Franken, die also jährlich aufzubringen sind, und bei den grösseren Gemeinden auf 23 Millionen Franken, die ebenfalls jährlich aufzubringen sind, bis das Gleichgewicht wieder hergestellt ist. Das ist vollständig richtig. Das muss alles gedeckt werden, sowohl die Milliarde beim Bund, als die 44½ Millionen jährliche Mehrausgabe bei den Kantonen und die 23 Millionen bei den grösseren Gemeinden. Nun habe ich eine viel zu grosse Achtung vor den konservativen und staatserhaltenden Auffassungen der Herren Maunoir und Musy, als dass ich annehmen könnte, Sie machten sich keine Vorstellung davon, wie die Deckung all dieser Fehlbeträge erfolgen solle. Denn dass sie gedeckt werden müssen, ist auch für die Herren Musy und Maunoir wohl eine Selbstverständlichkeit.

Sie haben leider die Antwort auf diese Frage nicht gegeben, aber ich werde die Frage stellen und hoffe, dass sie von einem ihrer Anhänger oder von den Herren Maunoir und Musy selbst beantwortet werde. Unter allen Umständen muss das alles auf Franken und Centimes gedeckt werden. Das Gleichgewicht muss hergestellt werden. Wir müssen unter allen Umständen mehr Mittel bekommen, in allen diesen Gemeinwesen. Für die künftigen Aufgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden müssen also ganz bedeutende Beträge jährlich aufgebracht werden und regelmässig fliessen.

Wer soll das zahlen und wie soll es aufgebracht werden, wenn der Besitz es nicht will, wenn er sich einfach durch eine Loskaufssumme von 500 Millionen Franken aller andern Leistungen entschlägt? Dann ist es also das Volk, die besitzlose Klasse, die breiten Schichten der Bevölkerung, die nach der Meinung der Herren Musy und Maunoir die Mittel aufbringen sollen, und zwar durch indirekte Steuern, also auf einem Wege, der, wie ich Ihnen wiederholt erklärt habe, ein ungerechter und unsozialer Weg ist, weil die Bedürftigsten am stärksten belastet werden. Das ist der Standpunkt, den wir seit jeher eingenommen haben, nicht deshalb, weil wir eine besondere Freude hätten, das Kapital stärker herzunehmen als notwendig ist, sondern weil wir die feste Ueberzeugung haben, dass nur bei der starken Kapitalkraft auch die notwendige Leistungsfähigkeit für alle diese Anforderungen vorhanden ist. Deshalb haben wir uns von Anfang an auf den Standpunkt gestellt und mussten wir uns prinzipiell auf diesen Standpunkt stellen: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit liegt bei den besitzenden Klassen, deshalb muss auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für alle diese ausserordentlichen Aufgaben abgestellt werden.

Herr Maunoir hat sich in seiner geradezu krankhaft gewordenen Angst vor einer wiederholten Kriegssteuer plötzlich von einem Gegner zu einem Anhänger der Auffassung des Herrn Götschel durchgearbeitet entgegen den Anschauungen, die er soeben hier bekundet hat und die unter allen Umständen das Kapital in seiner Leistungsfähigkeit schonen und für eine möglichste Produktivität des Kapitals sorgen wollen. Trotzdem er das als seine Doktrin verkündet, bekehrt er sich plötzlich zum Anhänger von Herrn Götschel, dem man von unserer Seite den Hauptvorwurf gemacht hat, dass diese einmalige scheinbar einfache Konfiskation eines Teiles des Vermögens zugleich eine Verminderung der Produktionskraft des Landes bedeute und dass deshalb diese Lösung von uns nicht akzeptiert werde. Herr Maunoir mit seiner Sorge für das Kapital, für Handel und Industrie sollte sich das doch etwas besser überlegen, wenn er sich nun, um einer mehrmaligen Wiederholung der Kriegssteuer zu entgehen, plötzlich zu einem Anhänger von Herrn Götschel durchgemausert hat. Wir müssen unserseits an unserem Standpunkt aus allen diesen Gründen festhalten, weil wir überzeugt sind, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Bund, in den Kantonen, in den Gemeinden gross genug ist, um alle diese Schwierigkeiten überwinden zu können, trotzdem uns solche Anforderungen vor vier Jahren noch ganz undenkbar vorgekommen wären.

Wir haben — um nur rasch zu rekapitulieren und den ganzen Gang der Entwicklung Ihnen noch einmal vorzustellen von der Steuerinitiative weg bis zur ablehnenden Haltung des Nationalrates, zum besseren Verständnis des Ständerates und zur heutigen Diskussion — von Anfang an die vollständige Deckung der Kapitalausgaben, die aus dem Kriege entstanden sind, verlangt und zu diesem Zwecke die dauernde direkte Bundessteuer postuliert, weil wir von vornherein der Ueberzeugung waren, dass es auf anderm Wege gar nicht möglich ist, diese Deckung zu erreichen. Nachdem die Initiative abgelehnt worden ist, haben wir hier im Nationalrat, nachdem schliesslich nur drei Viertel gedeckt werden sollten, die gänzliche Deckung verlangt. Wir sind abgewiesen worden. Wir haben aus guten Gründen die steuerfreie Grenze der Bundessteuerinitiative wieder aufgenommen, weil wir sie nicht leichtfertig hingeworfen, sondern in vollster Erkenntnis der gegenwärtigen Situation und der wirtschaftlichen Lage der breiten Schichten der Bevölkerung fixiert hatten. Auch das ist abgelehnt worden, hier im Nationalrat. Und damit wäre, das kann man ruhig

sagen, das Schicksal dieser Bundessteuer trotz der dringenden Notwendigkeit der Deckung dieser Kapitalausgaben im Volke besiegelt gewesen. Glücklicherweise ist im Ständerat die bessere Einsicht aufgedämmert. Der Ständerat hat nun die gänzliche Deckung der Kapitalausgaben aufgenommen und eine Lösung mit bezug auf die steuerfreie Grenze gefunden, die wir billigen und billigen müssen, weil sie eine gerechte und vernünftig abgestufte Differenzierung dieser steuerfreien Beträge darstellt.

Heute stehen wir vor der Bereinigung der Differenzen, und da versucht Herr Maunoir die Sache auf einen ganz neuen Boden zu stellen, in einem Zeitpunkt, wo das einfach nicht mehr angängig ist, wenn man wirklich eine Lösung und die Deckung der Kapitalausgaben will.

Deshalb möchte ich Sie dringend bitten, diesem gefährlichen Antrag von Herrn Maunoir nicht zu folgen, sondern den besseren Weg zu wählen, den der Ständerat in Uebereinstimmung mit unserer Fraktion gewiesen hat: der gänzlichen Deckung hier zuzustimmen und auch die übrigen Punkte, die dann in der Detailberatung noch zu erwähnen sein werden, zu akzeptieren

Dann müssen wir uns natürlich auch über das ursprüngliche Postulat Rothenberger und den jetzigen Antrag Rothenberger und Mitunterzeichner klar werden. Ich habe zuerst, wie ich das Postulat Rothenberger las, das wir nicht unterstützen und nicht unterstützen konnten, weil wir überhaupt nicht darum angegangen wurden — kein einziges Mitglied unserer Fraktion figuriert unter den Mitunterzeichnern des Postulates —, den Eindruck gehabt, dass das wirklich nur eine Geste sei, eine grosse Geste allerdings, indem man aus der einen Kasse 200 Millionen Franken nimmt und in die andere Kasse legt und darin eine Finanzierung der Alters- und Invaliditätsversicherung vortäuscht. Aber jetzt, wo sich das Postulat zu einem Antrag verdichtet hat, und damit in Wirklichkeit auch bereits über die Finanzierung dieser 200 Millionen Antrag gestellt wird, liegt die Sache anders. Die Finanzierung würde erfolgen auf Rechnung der direkten wiederholten Kriegssteuer. Wenn Sie die 200 Millionen nach Antrag Rothenberger zu Zwecken der Alters- und Invalidenversicherung beschliessen, dann beschliessen Sie zugleich, dass die Kriegssteuer unter allen Umständen noch viel länger wiederholt werden muss und dass es sich nicht um nur eine 16, sondern um eine 20 Jahre lang wiederholte Kriegssteuer handelt. Darüber muss man sich vollständig im Klaren sein.

Nun könnte ich mich ja persönlich auch auf den Standpunkt meines Fraktionskollegen, des Herrn Ständerat Scherrer, stellen, der gesagt hat, er könne sich gar nicht vorstellen, dass man eine soziale Frage von der Bedeutung der Alters- und Invalidenversicherung anders lösen könne als auf dem Wege der indirekten Besteuerung, und der deshalb in dieser Frage Anhänger der indirekten Besteuerung ist. Ich könnte mich auf diesen Standpunkt stellen, weil er ebenfalls unserem Finanzprogramm entspricht. Wir haben ausdrücklich erklärt, wenn die direkte permanente Bundessteuer zum Angelpunkt unserer bundesrätlichen Finanzreform gewacht wird, dann könnten wir einer Alters- und Invalidenversicherung auf der Grundlage einer Tabakbesteuerung in Form des Monopols zustimmen, wenn die Alters- und Invaliditätsversicherung verfassungsmässig festgelegt werde. Aber unser offizielles Finanzprogramm steht noch auf schwankendem Boden, weil die Deckung zum Teil auf einem Wege gesucht wird, dem wir niemals zustimmen können, namentlich der Besteuerung des Tabaks ohne Monopol. Ich habe den fundamentalen Unterschied dieser beiden Steuerarten wiederholt auseinandergesetzt und kann mich daher darauf beschränken, hier resümierend noch einmal den Unterschied hervorzuheben. Das Tabakmonopol kann mit einer möglichst geringen Belastung des Konsumenten durchgeführt werden. Bei der Tabakbesteuerung aber wäre die mehrfache Belastung für die Konsumenten die Folge, und deshalb können wir schon von diesem Gesichtspunkt aus der Tabakbesteuerung niemals zustimmen, gegenüber der Besteuerung durch das Monopol, weil eben dort der Unternehmergewinn gross genug ist, um die erwünschten Erträge ohne entsprechende Belastung des Konsums zu erreichen, und weil das alles noch im unklaren ist, können wir, als einem vorläufigen Anfang, dem Antrage von Herrn Rothenberger zustimmen, da er durchaus in unserer Richtung liegt. Ich bin überzeugt, dass es sich nur um einen Anfang handelt. Das Studium ist noch nicht abgeschlossen, kaum angefangen, wir wissen nicht, ob es 500 Millionen oder eine Milliarde erfordern wird, weil die Grundlagen noch völlig fehlen. Wir sind also in einer vollständig unsicheren Situation; nur das wissen wir, dass, wenn nun die 200 Millionen zu dem Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung beschlossen werden, diese damit doch noch nicht finanziert und noch weitere Mittel notwendig sind. Deshalb kann ich dem Antrage zustimmen, in der festen Ueberzeugung, dass die wiederholte Kriegssteuer noch mehr wiederholt werden muss.

Wir haben keinen Anlass, unsern Standpunkt zu verschleiern, wie Herr Musy seine Absichten verschleiern möchte. Wir haben immer offen dargelegt und erklärt, dass wir die Kriegssteuer bloss als eine Uebergangsperiode betrachten. Wenn die Kriegssteuer während 16—20 Jahren bezogen wird, so wird sie zur dauernden direkten Steuer. Ich möchte den künftigen Finanzminister sehen, der, nachdem die Steuer während 20 Jahren bezogen worden ist, es ohne dieselbe machen könnte. Wird sie 20 Jahre lang bezogen, so wird sie zur dauernden Steuer werden, wie diese zu einer absoluten Notwendigkeit werden wird für die zukünftige Bundesverwaltung, die neuen, grossen Aufgaben gegenübersteht. Und deshalb stehen wir vor zwei grundverschiedenen Auffassungen: die des Herrn Maunoir und die der Sozialdemokraten. Die Zukunft wird für unsere Partei entscheiden, Sie mögen sich dagegen stemmen, soviel Sie wollen. Aus diesen Gründen stimme ich zu dem Antrage Rothenberger, zu dem verbesserten Antrage des Ständerates und zu dem Beschlusse der nationalrätlichen Kommission, dass die steuerfreie Grenze gegenüber dem ständerätlichen Beschlusse erhöht werde. Ich werde auch noch einen Antrag einbringen mit bezug auf die Degression, indem ich glaube, mit guten Gründen hier noch ein grösseres Entgegenkommen erwarten zu dürfen. Aber unter allen Umständen handelt es sich um einen Entscheid für die Zukunft, und deshalb wird der Nationalrat, so hoffe ich, für die Lösung stimmen, der die Zukunft gehört. Und diese liegt in der Richtung der direkten Bundessteuer und in der Richtung des Antrages Rothenberger.

M. **Naine** : J'éprouve toujours une joie extrême à entendre M. Maunoir défendre le capital. C'est une joie esthétique, car M. Maunoir réalise un type pur de capitaliste, comme mon ami Platten, à l'autre extrémité de cette assemblée, réalise le type complet du Jacobin révolutionnaire. Tous deux sont admirables dans leur genre.

On sent d'abord chez M. Maunoir une sincérité parfaite, lorsqu'il défend le capital. Puis il a un instinct absolument sûr des dangers que court celui-ci. D'en haut, d'en bas, de gauche, de droite, de toutes parts, il sent venir ce qui pourrait diminuer le capital et il a trouvé pour le défendre un moyen aussi simple qu'efficace. Il nous dit: Je ne veux pas être dupe, je ne paie pas. Comment voudriez-vous que nous démontions une pareille argumentation? En effet, c'est juste, le meilleur moyen pour M. Maunoir de ne pas être dupe est de ne rien payer.

A force de supplications en faveur des ouvriers, nous finissions par le décider à mettre la main à son gousset, il en sort une pièce blanche, mais il ne la lâche pas. Il nous la tient sous le nez, bien serrée entre ses doigts, et nous dit d'un air sévère: Je veux bien la sacrifier, mais c'est entendu, c'est la dernière, promettez-moi de ne pas recommencer.

Nous lui répondons: Donnez toujours, on verra après, car nous connaissons notre appétit.

M. Maunoir rengaine alors sa pièce et nous crie: Gouffre sans fond, race insatiable, on vous donnerait la lune que vous vous plaindriez encore.

Que M. Maunoir veuille nous donner la lune, cela ne m'étonnerait pas. Elle n'est pas à lui et surtout elle ne rapporte pas de dividende. Mais ici encore, il a le sentiment très juste du vide immense que représentent l'estomac et le porte-monnaie du prolétaire.

Lui, par contre, est l'homme rassasié et il devrait comprendre qu'on n'arrive à un état aussi parfait de rassasiement qu'après plusieurs générations de bons soins et de bonne nourriture. Il faudra donc que le prolétariat jouisse pendant plusieurs générations des bienfaits du capital pour atteindre l'état de perfection de M. Maunoir. Donc, pas d'illusions, Messieurs, l'impôt de guerre n'est qu'un petit acompte. Et si nous arrivions au pouvoir, nous demanderions au peuple de le rendre permanent et d'en doubler ou d'en tripler le taux. Nous lui demanderions aussi un impôt qui râfle toutes les successions en ligne collatérale pour former un fonds d'assurance sociale d'un milliard au moins.

C'est dans cet esprit, Messieurs, que nous nous rallions à l'impôt de guerre actuel.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La situation qui est faite au directeur des finances de la Confédération n'est certes pas enviable. Il a affaire d'un côté avec ceux qui veulent aller trop loin et de l'autre avec ceux qui ne veulent pas aller assez loin. D'un côté, la position prise par M. Rothenberger — je ne parle pas de la proposition et non plus du postulat, parce que le postulat a été enseveli par son auteur lui-même — de l'autre côté, l'attitude d'une petite minorité représentée par M. Maunoir. Je regrette d'être obligé encore une fois de revenir sur certaines questions qui m'obligeront à vous faire un discours aussi bref que possible, mais qui dépassera un peu le cadre des divergences, c'est une nécessité dont vous voudrez bien m'excuser. Comme Thémistocle, je vous dirai: Frappez-moi, mais écoutez-moi.

D'abord la proposition de M. Rothenberger. Je considère cette proposition comme l'une des plus malheureuses qui aient jamais été formulées dans une discussion parlementaire et dans le cadre où celle-ci se déroule maintenant. Au nom du Conseil fédéral, et j'ajoute pour qu'il n'y ait aucun doute sur ce point, au nom du Conseil fédéral unanime, je vous demande de la repoussser.

J'ai tout d'abord une objection de forme à élever contre elle. Cette proposition est tardive. Je ne suis pas de ceux qui ont l'habitude de s'accrocher aux questions de forme. Je sais très bien que la vie parfois se passe des formes, qu'elle les brise ou les supprime; cependant il me sera permis de constater que vous en êtes à discuter pour la seconde fois un projet sur lequel ont déjà porté nos délibérations, projet qui vous revient du Conseil des Etats. Or, sur cette question spéciale de savoir comment il faudra utiliser le produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre, il y a unanimité complète entre les deux conseils; il n'y a plus de divergences. Dès lors, je trouve que c'est contraire à une procédure absolument correcte au point de vue constitutionnel et parlementaire que de présenter dans un moment où sur un point déterminé toutes divergences ont disparu, une nouvelle proposition qui fait renaître toute une discussion déjà clôturée, qui rouvre en quelque sorte une question tranchée par un vote unanime des deux Conseils.

Mais la proposition de M. Rothenberger n'est pas seulement tardive; elle jette le trouble et le désordre le plus complet dans tout ce que nous allions imaginer dans la voie et la méthode par lesquelles nous espérions réaliser le programme financier. Jamais avant que M. Rothenberger et ses amis eussent présenté tout d'abord le postulat transformé aujourd'hui en proposition — et je remarque entre parenthèses que les signataires de la proposition sont beaucoup moins nombreux que les anciens signataires du postulat — jamais, avant que cette proposition ou ce postulat fût déposé, un doute n'a été soulevé sur la destination à donner au produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre.

Voici quelle a été la genèse de toute la question. Le département fédéral des finances avait commencé par envisager, il y a de cela plus d'une année, la nécessité d'une double répétition de l'impôt de guerre. A ce moment-là on pouvait peut-être s'imaginer qu'une double répétition serait peut-être suffisante, mais les temps ont marché, la dette a augmenté dans une mesure considérable, les dépenses de mobilisation ont pris des proportions gigantesques, on peut le dire. Alors, le département des finances a soumis à une commission d'experts un avant-projet basé sur l'idée de faire supporter à l'impôt de guerre la moitié de toute la dette de guerre. Nous n'étions pas encore arrivés à faire cette distinction entre la dette de guerre proprement dite, qui est une conception plus large,

et la dépense capitale de mobilisation, qui est une conception plus étroite. Au sein de la commission d'experts a surgi l'idée d'éviter de prendre pour base cette conception de la dette de guerre pour lui substituer au contraire celle de la dépense capitale de mobilisation. Et alors les experts furent unanimes, sans aucune distinction de partis et de régions, et il y en avait de tous les partis et de toutes les régions — pour admettre l'idée de faire supporter par l'impôt de guerre les trois-quarts de la dépense capitale de mobilisation. La question arrive ainsi devant vous. Lorsque vous discutâtes le projet du Conseil fédéral basé sur ce préavis des experts, vous dîtes: Mais nous sommes encore dans l'inconnu le plus complet. C'était au mois de septembre, la guerre n'était point finie, personne ne pouvait envisager une fin des hostilités aussi brusque et aussi rapide. Beaucoup parmi vous admettaient encore l'hypothèse, raisonnable d'ailleurs à ce moment-là, de la continuation de la guerre en 1919 et peut-être même sur une partie de 1920, ce qui aurait entraîné une augmentation des dépenses de mobilisation dans des proportions formidables. Ceux qui formulaient cette hypothèse se disaient: Nous ne pouvons pas accepter une solution qui admet une cote à supporter par l'impôt de guerre au lieu d'un chiffre fixe, parce que l'idée d'une cote nous conduit dans l'inconnu et qu'il y a des circonstances qui nous échappent complètement. Il y avait dans cette manière de raisonner quelque chose de fondé, de solide et de rationnel. A la suite de cette discussion encore présente à votre mémoire, on scella ici un compromis consistant à dire: Nous acceptons de payer par l'impôt de guerre un demi-milliard, quitte, je tiens à souligner cette partie du compromis qui n'a pas été inscrite en lettres dans le texte constitutionnel, mais qui était à la base de tout le compromis, quitte, Messieurs, à revenir sur la question et à demander à l'impôt de guerre plus du demi-milliard si, à la fin de la guerre, la situation financière de la Confédération démontrait la nécessité de faire encore appel à la fortune et au revenu sous cette forme de l'imposition directe. C'est dans ces conditions que le projet alla au Conseil des Etats. Celui-ci se trouva dans une condition meilleure que la vôtre pour en discuter. Sa commission se réunit au commencement de novembre à Montreux. J'eus l'honneur d'assister à ses délibérations. L'armistice était en vue; il n'était point conclu, mais on pouvait envisager comme certain le fait que la guerre ne dépasserait pas 1919. Je me permis à ce moment-là de dire qu'il y avait peut-être une raison majeure pour abandonner le point de vue qui avait été celui du Conseil national et pour revenir au projet primitif du Conseil fédéral. La commission du Conseil des Etats fut unanimement d'accord, sans aucune distinction entre les représentants des différents partis et des différentes régions, pour revenir au projet primitif du Conseil fédéral, c'est-à-dire à celui qui tend à faire supporter par l'impôt les trois-quarts de la dépense de mobilisation.

Dans l'intervalle, les journées de novembre se produisirent avec tout ce qui les accompagna. La commission du Conseil des Etats s'étant réunie à la veille de la session de décembre examina encore une fois la question. Je tiens à dire, pour que les explications soient bien nettes et bien claires, qu'à ce moment la maladie m'empêcha d'assister aux délibérations de la commission. Celle-ci, persuadée de l'urgence de certaines mesures à prendre persuadée surtout que les nécessités financières de la Confédération étaient encore plus considérables et plus graves qu'elles n'étaient apparues jusqu'alors, proposa, dans sa majorité, d'accepter le principe de faire supporter la totalité de la dette de mobilisation par l'impôt de guerre. Grande discussion au Conseil des Etats. Le président de la commission de ce Conseil, dans un discours qui dura quatre heures et qui fut un record dans les annales parlementaires, chercha à démolir toute la politique du Conseil fédéral qui consistait à demander de lourds sacrifices à la classe aisée à frapper par les impôts directs. Il combattit la proposition de la majorité, mais à la fin, le Conseil des Etats adhéra à la proposition de la majorité.

Voilà quelle est la genèse exacte et précise de la situation. A ce moment se posait la question de savoir quelle serait l'attitude du Conseil fédéral. Cette autorité persisterait-elle dans son projet primitif qui était conforme à celui de la minorité de la commission du Conseil des Etats ou bien ferait-elle adhésion aux vues de la majorité? Il m'a semblé à ce moment que poser la question c'était la résoudre. Le Conseil fédéral fut de l'avis du Conseil des Etats et prêt à adhérer à la solution la plus large devant le Conseil des Etats où tous les partis commençaient à fraterniser, devant le Conseil des Etats, considéré à juste titre par nous comme le rempart le plus solide et l'expression la plus pure de l'idée fédéraliste, le Conseil des Etats acceptant cette solution, venant apporter au fisc fédéral ce dont il avait besoin. Est-ce que vous auriez pu vous imaginer une situation comme celle qui aurait consisté à transformer le Conseil fédéral en gardien plus vigilant des principes fédéralistes que le Conseil des Etats ne voulait l'être lui-même? Voyez-vous une solution qui aurait consisté de la part au Conseil fédéral à dire au Conseil des Etats: Je repousse le cadeau que l'unanimité de ce Conseil veut bien me présenter. Je ne crois pas qu'il y ait ici de députés pour prétendre que telle aurait dû être l'attitude du Conseil fédéral. J'estime qu'il n'y a pas un conseiller fédéral digne de ce nom qui aurait eu une autre attitude que celle prise par le chef du département des finances, après avoir consulté ses collègues également unanimes dans la question. Voilà pourquoi en répondant sur ce point au postulat de M. Rothenberger dont je vais poursuivre l'examen, j'ai répondu déjà en partie à la proposition de M. Maunoir sur laquelle je vais m'étendre tout à l'heure. Vous comprenez maintenant quel est le sentiment du chef responsable des finances de la Confédération. Il espérait voir le navire rentrer au port, conduire une oeuvre dans la paix et l'union de tous les partis et le voilà se trouvant tout à coup devant deux oppositions, celles de MM. Maunoir et Rothenberger. Voilà un navire qui devait porter en quelque sorte la fortune du pays, l'union de tous ses enfants, refoulé sur d'autres mers et donnant lieu encore à toutes les discussions et à toutes les

discordes. Je regrette cette situation. Mais je regrette, je le dis avec une franchise absolue et conscient de toutes mes responsabilités, que cela soit imputable surtout à la proposition de M. Rothenberger. On a demandé des sacrifices considérables surtout à ceux de nos concitoyens qui viennent des régions qui se sont prononcées avec énergie contre l'initiative socialiste. On a demandé des sacrifices considérables aux milieux fédéralistes. Ces sacrifices ont été consentis et au moment où ils l'ont été, on a dit: Ce n'est pas assez, nous voulons davantage. Eh bien, à cela, je réponds par une maxime qui a été enseignée par la sagesse romaine et qui s'exprime par les mots: amicis honesti sunt . . . Demander davantage, c'est le contraire de cette maxime. Je ne veux pas assumer et le Conseil fédéral ne peut assumer la responsabilité de jeter encore la Suisse romande et la Suisse allemande ou entre la Suisse fédéraliste et le reste de la Suisse un brandon de discorde. Je ne le veux pas pour les intérêts les plus sacrés de mon pays. Et voilà pourquoi, je dois à ce point de vue m'élever avec toute l'énergie dont je suis capable contre cette proposition.

J'en viens maintenant à l'examen technique de cette question. La proposition de M. Rothenberger n'est point nécessaire, elle ne répond pas à un but qui doit être recherché dans le moment actuel. D'abord, n'oubliez pas une chose. Nous avons prélevé sur les bénéfices des guerre un impôt qui pourra peut-être donner au total 400 à 420 millions. Evidemment je ne puis pas fixer ce chiffre, mais c'est celui que j'estime probable.

Un sixième de ce montant est destiné à alimenter un fonds spécial pour combattre le chômage. J'ai demandé au Conseil fédéral d'élargir les buts de ce fonds et de vouloir bien transformer celui-ci en un fonds pour les buts sociaux généraux, ce qui voulait dire qu'avec ce fonds on pourrait, le cas échéant, considérer aussi les buts d'assurance. Si le chiffre de 400 à 420 millions comme rendement brut de l'impôt sur les bénéfices de guerre est exact, ce fonds serait alimenté d'une somme supérieure à 70 millions. Ce serait donc le fonds le plus riche actuellement parmi tous nos fonds spéciaux. Il aurait une fortune supérieure même à celle du fonds des assurances que nous possédons déjà. De cela il faut déduire encore ce que nous devons aux cantons, le 10 % et, si vous comptez ce chiffre d'environ 420 millions comme rendement total de l'impôt sur les bénéfices de guerre, si vous faites la défalcation pour le fonds et ensuite la défalcation de ce qui appartient aux cantons, vous arrivez à 300 millions dont j'ai toujours parlé et qui sont destinés à fournir, avec les autres impôts directs, ce qu'il est nécessaire d'avoir pour couvrir la totalité de la dépense de mobilisation. Je vous prie donc, et surtout M. Rothenberger, de bien vouloir éviter d'éveiller dans les esprits des idées inexactes. Les chiffres sont exacts. Si j'ai parlé autrefois de 300 millions pour la caisse fédérale, c'est que j'admettais que le rendement brut de l'impôt sur les bénéfices de guerre aurait été très sensiblement supérieur à ces 300 millions, puisqu'une partie allait au fonds de chômage et l'autre aux cantons. Je dis donc que nous avons déjà fait, au point de vue social, quelque chose qui mérite d'être pris en sérieuse considération. Mais j'ajoute davantage. Il y a entre le rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre et les dépenses de mobilisation une liaison si intime et si étroite qu'il est parfaitement juste et légitime de faire servir l'impôt sur les bénéfices de guerre à couvrir les dépenses de mobilisation. Je sais que l'on dit: Mais il y a d'un côté la foule des pauvres de l'autre côté la foule moins nombreuse des enrichis. Ma sympathie va à la foule des pauvres, cela va sans dire. Mais je m'élève contre toute tentative démagogique qui voudrait en quelque sorte indiquer la foule moins nombreuse à la vindicte publique. Il y a parmi cette foule moins nombreuse des hommes qui ont évidemment mal usé de leur richesse, qui ont donné l'exemple d'un luxe effréné, qui n'ont pas considéré que leur devoir était de manifester de la générosité vis-à-vis de ceux qui avaient été atteints par la guerre. Mais, d'autre part, parmi cette foule, il y a aussi des commerçants et des industriels, des hommes grâce à qui notre industrie et notre commerce ont été maintenus en quelque sorte en vie. Ce sont des hommes, ceux-là, qui méritent la reconnaissance publique et qui ont bien mérité du pays tout entier. Voilà pourquoi nous n'admettons pas qu'on oppose les uns aux autres; il faut faire ici, comme partout ailleurs, les distinctions nécessaires. Eh bien, je reconnais que si nous étions dans l'abondance, si nous avions en quelque sorte de l'argent courant les rues comme dans un pactole, nous pourrions alors en prendre assez pour alimenter cette oeuvre des assurances. Mais telle n'est point la situation. Et alors la question qui se pose est celle-ci: Est-il nécessaire d'affecter le rendement des impôts sur les bénéfices de guerre non seulement aux dépenses de mobilisation, mais encore à d'autres buts chers à M. Rothenberger ? Il est évident que c'est grâce à la garde de la frontière, grâce à l'oeuvre fidèle de nos soldats que les commerçants et les industriels ont pu réaliser ces bénéfices. Il est donc par conséquent naturel et logique, puisque ces bénéfices ont été en quelque sorte une des conséquences de la garde fidèle de la frontière, qu'ils servent à couvrir les dépenses causées par ce service. Voilà pourquoi j'estime logique ce que le Conseil fédéral propose et ce que les Conseils ont admis juqu'ici. Mais, Messieurs, il y a encore un autre argument qui est absolument topique contre la proposition Rothenberger. La Confédération a des dettes flottantes et des dettes consolidées. L'un des plus essentiels de nos devoirs actuel est de chercher à éteindre le plus tôt possible la dette flottante. Au 17 janvier, cette dette flottante comportait par exemple un chiffre de plus de 300 millions environ. constitués par des rescriptions escomptées par la Banque nationale. Nous avons aussi une dette flottante de plus de 60 millions en faveur de l'administration des postes. La Confédération est débitrice encore de bons à très courte échéance, émis récemment, et qui ont permis de réaliser une brillante opération. C'est un total de 186 millions. Eh bien, n'oublions pas qu'entre la dette flottante de la Confédération, d'une part, et la circulation des billets de banque, de l'autre, il y a des liaisons nécessaires et M. le président de la Banque nationale qui m'écoute pourra certaine-

ment confirmer cette affirmation. Or, actuellement la circulation des billets de banque est absolument excessive. Nous avons fait tout notre possible pour la restreindre. Nous y avons réussi dans une certaine mesure. Je dis même que notre situation est peut-être meilleure que celle des autres Etats, mais j'estime qu'une politique financière vraiment sérieuse, vraiment consciente de ses buts et de ses responsabilités consiste à payer le plus vite possible la dette flottante. Je lisais encore un de ces derniers jours une étude publiée dans la Revue des Deux mondes par un économiste très réputé, M. Alfred Charles Lévy, qui disait entre autres ceci: «Ce devoir, celui d'assainir la monnaie, est le plus pressant. Il exige un effort énergique. Mais le ministre qui aura le courage de s'y dévouer ne tardera pas à trouver sa récompense dans une amélioration générale de la situation, qui aura son contre-coup dans tous les domaines, la diminution du chiffre des billets de banque sera l'affirmation d'une politique nouvelle, celle du retour aux sains principes financiers; elle contribuera plus qu'aucune autre mesure à l'abaissement des prix de toutes choses et rendra par là à la communauté le plus grand des services.» Cela est écrit pour la France, mais, mutatis mutandis, cela est aussi applicable à la Suisse.

Or, quelles seraient les conséquences de l'adoption de la proposition de M. Rothenberger? Nous allons avoir 200 millions de disponibilités. M. Rothenberger nous les prend. Au lieu de les destiner au but que je viens d'indiquer, il les affecte à alimenter un fonds, c'est-à-dire à acheter des titres à des conditions de rendement inférieures à celui de la dette correspondante que nous avons contractée.

Est-ce là une politique financière qui tienne debout? De deux choses l'une: ou bien M. Rothenberger veut que les 200 millions qui lui sont chers alimentent le fonds dont il s'agit par l'acquisition de titres effectifs. Alors le danger que j'ai signalé est évident. Ou bien il ne veut pas que l'on procède ainsi, il veut laisser à la Caisse fédérale la libre disposition de ces 200 millions dont on passerait écritures en faveur du fonds de l'assurance. Alors, je me demande ce qu'une écriture de cet ordre peut valoir? Si elle intervient aujourd'hui, aura-t-elle une plus grande valeur que si elle est faite demain? M. Rothenberger voudra bien examiner cette question et je suis persuadé que s'il étudie à fond le problème, il ne pourra pas arriver à une autre conclusion que celle du Conseil fédéral tout entier qui vous demande et vous supplie de ne pas accepter la proposition Rothenberger.

J'arrive maintenant à la proposition de M. Maunoir à laquelle j'ai déjà répondu en partie. Permettez-mois cependant de dire encore que l'acceptation du projet tel qu'il est issu des délibérations du Conseil des Etats répond à mon avis à deux nécessités: une nécessité financière et une nécessité d'ordre politique.

Un mot très bref d'abord sur la nécessité financière. Lorsque nous aurons liquidé cette opération de l'impôt de guerre, qui aura duré non pas 20 ans d'après les calculs, mai probablement 16 ans, il y aura encore beaucoup d'autres charges auxquelles nous aurons à penser. Je dis 16 ans et non pas 20 ans. Je vais le démontrer brièvement. Il est entendu que les dépenses de mobilisation entrant en ligne de compte pour l'impôt de guerre sont celles qui ont pu être arrêtées à fin 1918. En 1919, il y en aura encore quelques-unes, mais elles ne seront pas considérables. Les dépenses de mobilisation proprement dites à la fin de 1918 dépassent sensiblement le milliard, mais je crois qu'après une revision loyale et large et non pas petite et mesquine du compte de mobilisation, nous arriverons à fixer les dépenses du compte de mobilisation à un millard. Ce sera d'ailleurs vous-mêmes et non le Conseil fédéral qui fixerez ce chiffre-là. Le Conseil fédéral déposera des propositions que vous examinerez et c'est vous qui fixerez le compte définitif. Cette tâche vous est assignée d'une manière formelle dans le projet même que vous discutez. Arrêtons ce compte à un milliard. Le premier impôt de guerre a produit 100 millions, l'impôt sur les bénéfices de guerre 300 millions. Il reste à couvrir 600 millions; chaque période peut et doit donner 150 millions. Les quatre périodes fourniront donc 600 millions que nous devons avoir pour amortir complètement la dette de mobilisation. C'est pourquoi il y a une exagération dans le calcul de M. Maunoir qui parlait de 20 ans et non pas de 16 ans.

Mais je dis qu'il s'agit encore d'une nécessité politique. En voici la preuve la plus manifeste et je voudrais ici faire appel d'une manière toute spéciale aux sentiments de responsabilité de ceux qui pourraient encore avoir des doutes à ce sujet et qui seraient tentés de faire opposition à la formule présentée par le Conseil fédéral. Lorsque la perception de l'impôt de guerre sera terminée, soit au bout de 16 ans, j'estime qu'il y aura encore à amortir une certaine partie de la dette de guerre, comportant une charge annuelle d'environ 36 millions. La dépréciation de l'argent dont la conséquence est l'augmentation de toutes nos dépenses, en particulier des traitements de nos fonctionnaires et tout ce qui s'y rattache, tout cela grèvera encore certainement nos budgets futurs d'une somme que j'évalue pour le moment à 50 millions. Vous avez présent, à l'esprit ce qu'ont coûté les allocations de renchérissement et vous venez de voter 68 millions de ce chef. Vous ne pouvez pas sérieusement espérer que les charges futures et permanentes soient très sensiblement inférieures. Mai je ne mets en compte que 50 millions. Il reste encore à couvrir nos déficits budgétaires d'avant la guerre. Nous avons en outre l'élasticité du budget à sauvegarder, puis les tâches dont la Confédération a déjà assumé le développement, en particulier, vous le savez, celle de l'assurance-maladie, qui nous est chère. Vous venez de grever le budget de 1919 de quelques millions de plus que ce que le Conseil fédéral avait envisagé pour les secours, parce que vous avez pensé que l'épidémie de grippe entre autres avait soulagé d'une manière excessive la caisse-maladie. Ce sont là autant de tâches nouvelles que vous voulez résoudre et sur ce point nous sommes tous d'accord. Si vous envisagez toutes ces tâches existantes et qu'il faut développer à côté des nouvelles qu'il faut prévoir dans d'autres domaines, si vous considérez qu'il faut pourvoir aux besoins finan-

ciers des unes et des autres, je ne pense pas qu'un homme sérieux puisse contester que l'ensemble de ces dépenses nouvelles exige au minimum de 30 à 40 millions. Admettons 40 millions et vous arrivez à un total de 128 millions. Déduisez de ce chiffre les économies sur le budget militaire. Il restera toujours une somme d'environ 100 millions à couvrir, dont il faut faire supporter 15 millions et même davantage par le droit de timbre fédéral, 25 millions par le tabac, les alcools, etc.; puis 30 millions par les régies, en partie. Nous arrivons ainsi à un chiffre de 70 millions. En tout état de cause, il manquera encore 30 millions pour parfaire le compte ordinaire. Comment la Confédération se procurera-t-elle ce complément de recettes, sera-ce par les douanes? Je l'ignore. Si les douanes peuvent faire cet appoint, c'est bien. Mais si elles n'y parviennent pas, il faudra trouver d'autres ressources. Tout cela a comme base essentielle le fait que la dépense de mobilisation doit être couverte par l'impôt de guerre. Elle est éliminée du compte et des évaluations que je viens d'établir. Vous comprendrez que dans cette situation, le département des finances ait considéré et considère comme un devoir essentiel de se mettre dès maintenant à l'étude et à la recherche de ressources nouvelles. Nous étudions actuellement déjà au département des finances quelques projets financiers que je ne crois pas nécessaire de vous indiquer maintenant. J'ai, en effet, horreur d'une chose, j'ai horreur de la dispersion des efforts, de l'éparpillement de l'esprit. Il vaut mieux se concentrer sur une tâche déterminée pour laquelle nous sommes tous d'accord. Il faut d'abord réaliser une oeuvre et nous trouverons ensuite d'autres ressources pour d'autres oeuvres. Lorsque le Conseil fédéral aura présenté son message sur l'assurance-invalidité et l'assurance-vieillesse, il va sans dire qu'il nous indiquera les moyens d'après lesquels il entend procurer à cette oeuvre les ressources financières nécessaires. Que M. Rothenberger soit à ce propos absolument tranquille. Le peuple qui veut l'assurance-vieillesse et l'assurance-invalidité doit en même temps vouloir les moyens nécessaires pour mettre cette œuvre sur pied. Je ne puis pas concevoir qu'on éprouve une méfiance quelconque à l'égard du peuple. Ce même peuple aura à se prononcer sur une chose ou sur l'autre. S'il sanctionne l'idée, il sanctionnera le moyen de la réaliser. Il faut maintenant faire un geste et s'abstenir de toute politique qui sème des illusions et ne soit pas basée sur des réalités. Il y a donc nécessité financière et nécessité politique à admettre la formule que vous propose le Conseil fédéral. On dit carrément — je le lis dans les journaux, je l'ai entendu dans les conversations particulières — que le Conseil fédéral, le chef du département des finances qui avait combattu ce projet conduit maintenant par un passage détourné au même résultat, et l'un de mes amis, que j'estime beaucoup d'ailleurs, m'a dit: Vous faites l'impression d'un général qui trahit ses troupes sur le champ même de bataille. Au sujet de cette manière de concevoir le problème, je dois répondre ceci: Nous avons combattu l'initiative socialiste sur ce domaine et l'avons vaincue. Et pourquoi avons-nous triomphé? Parce qu'au lieu de rester dans une pure défensive stérile et impuissante, nous avons pratiqué une contre-offensive consistant à dire que nous allions demander sous la forme de l'impôt de guerre des sacrifices égaux à ceux qui seraient résultés de l'initiative socialiste. Les classes possédantes seront frappées autant. C'est cette contre-offensive qui nous a permis de l'emporter. Je suis persuadé, quant à moi, que sans cette promesse solennelle devant le peuple, nous aurions été vaincus dans la journée du 2 juin. Je suis persuadé que si ce projet soumis maintenant à vos délibérations n'a pas la possibilité d'entrer définitivement dans la réalité, d'arriver au port, deux hypothèses se présentent immédiatement à l'esprit, deux hypothèses également inadmissibles et dangereuses. La première, la moins probable ou plutôt une hypothèse qui en tout état de cause se réalisera, ce sera le gâchis financier pendant quelques années. Ce sera l'impuissance des Conseils à résoudre les questions financières. L'autre hypothèse, également d'une réalisation très facile, serait un nouveau mouvement d'initiative populaire, le peuple constatera l'impuissance de ses représentants à résoudre d'une manière large et généreuse cette question des dépenses de mobilisation, il se mettra à la place de ses élus et alors il ira peut-être plus loin qu'il ne le faudrait dans l'intérêt véritable du pays. Il fera sienne une nouvelle initiative et, d'ici à quelques années, nous verrons se créer ce même impôt direct permanent que M. Maunoir et ses amis ne veulent pas. J'estime à l'heure actuelle qu'il n'est pas encore démontré qu'il soit une nécessité pour les finances de la Confédération. N'oubliez pas qu'il y a pourtant et malgré tout entre l'impôt direct permanent et l'impôt de guerre dont il s'agit un différence essentielle. Ah, je ne me fais point d'illusion. Je suis conscient des dangers que ce projet recèle en lui-même au point de vue fédéraliste. Nous ne le votons pas en quelque sorte la tête dans un sac et dans un état d'aveuglement. Non, nous le votons, conscients de ses dangers, mais aussi conscients de nos responsabilités. Mais il y a une différence essentielle entre le projet d'impôt direct permanent et le projet d'impôt de guerre renouvelé tel qu'il vous est proposé. Ce dernier est un impôt dont le but est absolument déterminé, c'est celui de couvrir les dépenses de mobilisation; tout autre but est exclu. En outre, dans cet impôt les taux sont fixés par la constitution. Ils ne peuvent plus être modifiés. Cet impôt sera enfin d'une durée limitée, prolongée, je l'admets, mais limitée tout de même. Si nous avions accepté autrefois l'idée de M. Speiser, au lieu d'une perception de 16 ans, le projet comporterai une durée d'application double et même davantage. Le Conseil fédéral était allé plus loin que votre commission. Le Conseil fédéral vous avait proposé non pas des périodes de quatre ans, mais triennales. Il aurait respecté la signification véritable du vote du 2 juin, parce que la durée en perception aurait été réduite à 12 ans au lieu de 16.

Je crois pouvoir dire en toute franchise et sans aucune intention de blesser qui que ce soit que ce sont les milieux chers à M. Maunoir qui ont justement voulu la période de 4 ans, au lieu de celle de 3 ans. Et alors dans ces conditions, on se débat dans la contradiction!

Je conclus. Il y a deux raisons, l'une financière et l'autre politique, qui nous engagent à voter le projet tel qu'il est issu des délibérations du Conseil des Etats. Je vous prie, je vous supplie d'écarter tout danger venant de droite ou de gauche et de suivre la voie dorée, la voie moyenne qui est celle du Conseil fédéral et du Conseil des Etats.

M. de Cérenville: Comme vient de le dire M. le conseiller fédéral Motta dans son discours, la décision du Conseil des Etats, auquel la majorité de la commission nous propose de nous rallier, s'écarte considérablement de celle que vous avez votée en octobre dernier et cela tant au point de vue de ses conséquences politiques que de ses conséquences financières.

Au point de vue financier tout d'abord, Messieurs, on nous propose d'élever de 100 millions la somme qu'il s'agit de prélever au moyen de l'impôt direct en portant de 5 à 600 millions le produit présumé de l'impôt de guerre renouvelé. Cet chiffre de 600 millions est certainement de nature à éveiller les appréhensions de ceux qui croient que les ressources publiques ne sont pas illimitées, surtout si l'on tient compte qu'à ces saignées du fisc fédéral viennent s'ajouter celles des fisc cantonaux et communaux. Nous comprenons d'autre part, Messieurs, dans une certaine mesure, nous tenons à le dire très franchement, la manière de voir de ceux qui estiment qu'une fois le compte de mobilisation définitivement arrêté, il est nécessaire d'envisager le problème dans son ensemble en prenant les dispositions nécessaires pour l'amortissement non seulement d'une quote-part des dépenses de mobilisation ou d'une somme même considérable déterminée à l'avance, mais bien de la totalité de ces dépenses. En présence des tâches sociales considérables qui nous attendent, je veux parler particulièrement de l'assurance-vieillesse et invalidité, il peut paraître à certains points de vue de bonne politique d'alléger dans la plus large mesure possible les budgets futurs de la Confédération, des charges résultant de l'amortissement des frais de mobilisation, en conservant en vue de l'accomplissement des tâches mentionnées les autres sources de recettes encore disponibles, notamment les impôts de consommation sur le tabac, éventuellement sur la bière et l'alcool. Tenant compte de cette manière de voir et tout en maintenant nos plus expresses réserves quant aux conséquences économiques de la surcharge fiscale résultant de l'adhésion aux propositions du Conseil des Etats, nous renonçons à combattre au point de vue financier les propositions de la majorité de la commission.

Quant au postulat Rothenberger, je juge inutile de m'y attarder convaincu que je suis qu'il sera écarté par vous à une grande majorité. Il me paraît être, Messieurs, un nouveau symptôme de ce vent de fantaisie financière, pour ne pas me servir d'un mot plus fort, mais moins parlementaire, qui souffle parfois dans ce parlement et qui ne tient en aucune façon compte des possibilités. Prélever sur le produit des impôts extraordinaires destinés à l'amortissement de la dette de mobilisation une somme de 200 millions pour l'affecter à un autre but, cela nous paraît une erreur si profonde que pour ma part je renonce à me l'expliquer. Et pour le dire en passant, M. le conseiller fédéral Motta faisait, il y a un instant, appel à l'autorité de M. le président de la Banque nationale, pour combattre cette proposition. Il a oublié sans doute à ce propos que l'honorable M. Hirter se trouve au nombre des signataires du postulat Rothenberger. Mais, Messieurs, la question financière n'est qu'un des côtés et à notre avis pas le plus important des problèmes que nous discutons. Venons-en maintenant, si vous le voulez, aux conséquences politiques de la proposition du Conseil des Etats, auquel on vous demande d'adhérer. Sur ce terrain nous sommes en désaccord absolu avec la commission et nous devons combattre ce système. le système comporte la perception de l'impôt de guerre par période de quatre ans jusqu'à l'amortissement complet de la dette de mobilisation. Ceci nous conduirait d'après les renseignements donnés par le chef du département des finances à une quadruple perception comprenant une période totale de 16 ans au minimum, peut-être plus longue. Qu'est-ce à dire sinon que dans ces conditions l'impôt de guerre renouvelé perdra entièrement son caractère exceptionnel et extraordinaire, pour devenir un impôt direct temporaire qui, ensuite, se transformera fatalement — et cette crainte est certainement fondée — en un impôt direct permanent. Messieurs, nous protestons contre cette transformation de l'impôt de guerre renouvelé en impôt direct temporaire. On nous avait promis d'abord que cet impôt serait unique. Par la force des circonstances, il a dû être répété. On a d'abord proposé de le répéter une fois, puis deux, trois ou quatre fois. Cette quadruple perception de l'impôt de guerre, cette quadruple intervention de la Confédération dans le domaine fiscal des cantons est en opposition absolue avec les principes fédéralistes qui sont les nôtres. Il y a plus, cette instauration d'impôt direct temporaire, destiné à durer 16 ans, nous paraît inconciliable avec la votation de juin dernier et nous ne pouvons pas admettre les explications que nous a données à ce sujet l'honorable chef du département des finances, M. le conseiller fédéral Motta. Il nous a dit qu'un de ses amis l'avait comparé à un général trahissant ses troupes sur le champ de bataille. Nous trouvons l'image quelque peu sévère, mais devons dire qu'elle ne nous paraît pas manquer entièrement de fondement. Les décisions prises par le Conseil national en octobre dernier limitaient à dix ans avec trois perceptions la durée de l'impôt de guerre renouvelé. Cette durée est portée par le Conseil des Etats à 16 ans, avec quatre perceptions. L'espace de dix ans nous paraissait déjà trop long et le nombre des perceptions trop élevé. Il ne nous est pas possible, dans ces conditions, de nous rallier au nouveau système proposé.

Je ne veux pas, pour ne pas allonger inutilement mon exposé, revenir ici sur les inconvénients qui résulteraient fatalement de cette action parallèle du fisc fédéral et des fiscs cantonaux pendant une si longue durée. Ils vous sont connus et je juge inutile d'insister sur ce point. Comme je vous l'ai dit, je pourrais à la rigueur sur le terrain financier me rallier aux propositions du Conseil des Etats. Sur le terrain politique elles présentent des incon-

vénients tels que je dois les combattre avec énergie. Nous estimons dans cet ordre d'idées qu'il y a lieu de rendre à l'impôt de guerre renouvelé son caractère exceptionnel et extraordinaire que les décisions du Conseil des Etats lui ont fait perdre entièrement.

La solution la plus radicale pour arriver â ce but est celle qui a été proposée au mois d'octobre par notre collègue M. Goetschel, tendant à prélever sur la fortune nationale une contribution unique destinée à amortir en une seule fois la totalité des frais de mobilisation. Nous avons, Messieurs, écarté cette solution en raison de certains inconvénients pratiques, peut-être plus apparents que réels, et sans qu'elle ait peut-être fait l'objet d'un examen suffisamment approfondi de la part de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral. Au point de vue politique, la solution Goetschel aurait constitué l'idéal, parce qu'elle restreignait au strict minimum l'intervention de la Confédération dans le domaine des impôts directs, jusqu'ici réservés aux cantons.

M. Maunoir, il y a un instant, a proposé de percevoir actuellement un nouvel impôt de guerre unique, pour une somme indéterminée destiné à couvrir une partie des frais de mobilisation, en réservant à une décision ultérieure par voie d'une nouvelle revision constitutionnelle le soin de couvrir le solde des frais de mobilisation.

Nous envisagerions, pour ce qui nous concerne, une troisième solution qui constituerait un moyen terme entre la proposition Goetschel et la proposition Maunoir. Nous donnerions la préférence à un impôt destiné à rapporter 600 millions, soit la totalité du solde non ccuvert de la dette de mobilisation, cet impôt serait perçu en deux périodes de cinq ans chacune. Le nombre des taxations serait aussi limité à deux: la première lors de l'introduction de l'impôt et la seconde après cinq ans. La durée totale de la perception, si le payement avait lieu par annuité, comporterait dix ans, comme dans le premier projet du Conseil national; la première perception pourrait être différée de deux ou trois ans jusqu'en 1921 ou 1922 et la deuxième en 1926 et 1927, de façon à laisser pendant ces années de crise et de reconstitution économique à notre économie nationale les sommes qui lui sont nécessaires et dont on ne peut pas la priver sans absolue nécessité. L'adoption de ce système comporterait un taux d'impôt plus élevé, la même somme devant être perçue pendant une durée plus courte. Le projet sorti des délibérations du Conseil national au mois d'octobre dernier, prévoyait un prélèvement de 500 millions pendant dix ans, soit 50 millions par an. Le projet que nous vous exposons comporterait un prélèvement de 600 millions en dix ans, soit 300 mililons par périodes de 5 ans. Le Conseil des Etats arrive à une perception annuelle moyenne de 40 millions par an. Sous la forme que nous envisageons, l'impôt de guerre renouvelé redeviendrait une véritable contribution extraordinaire, un sacrifice fait par le contribuable sur l'autel de la patrie, au lieu de tomber au rang d'une simple taxe plus ou moins périodique et répétée comme les autres impôts communaux et cantonaux. Au point de vue des finances de la Confédération, nos propositions conduiraient à un amortissement plus rapide de la dette de mobilisation, en diminuant ainsi les services d'intérêts de la partie non amortie, ce qui constituerait pour la Confédération une importante économie. Donc pour la Confédération, avantage financier, pour les cantons, diminution considérable de l'atteinte portée à leur souveraineté fiscale, ponr le contribuable enfin, effort plus considérable au moment même, mais garantie contre un renouvellement indéfini de l'impôt direct fédéral. Si nous avons tenu à vous présenter ces quelques considérations, ce n'est pas que nous nous fassions aucune illusion sur la possibilité de faire triompher devant vous un système nouveau s'écartant des propositions qui vous sont faites par le Conseil fédéral et votre commission. Mais nous demandons au chef du département des finances s'il ne consentirait pas à soumettre toute la question à une nouvelle étude dans le sens d'un raccourcissement de la durée de perception de l'impôt de guerre. Il n'y a pas urgence absolue, nous avons le temps de discuter cette question en toute tranquillité. Il nous paraît que dans l'intérêt supérieur du pays il serait désirable qu'une union complète des différents partis politiques puissent s'établir sur une formule acceptable par chacun d'entre eux, plutôt que de contraindre à une opposition résolue ceux d'entre nous que les opinions fédéralistes empêchent d'adhérer aux propositions de la commission. Dans le cas contraire, nous nous rallierions à la proposition de l'honnorable M. Maunoir.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 29. Januar 1919, nachmittags 4¼ Uhr.

Séance du 29 janvier 1919, à 4¼ heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 35 hiervor. — Voir page 35 ci-devant.)

Wild: Herr Bundesrat Motta, der leider momentan nicht gegenwärtig ist, hat in ausserordentlich energischer Weise den Antrag Rothenberger und Genossen als eine Inkorrektheit, ja sogar als «funeste», d. h. unheilvoll, bezeichnet.

Ich glaube, zuerst müsse man sich mit diesen bleiden Vorwürfen auseinandersetzen, um die Sache an den richtigen Ort zustellen.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	03
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	29.01.1919 - 08:15
Seite Page Pagina	35-61
Ref. No	20 028 677

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

vénients tels que je dois les combattre avec énergie. Nous estimons dans cet ordre d'idées qu'il y a lieu de rendre à l'impôt de guerre renouvelé son caractère exceptionnel et extraordinaire que les décisions du Conseil des Etats lui ont fait perdre entièrement.

La solution la plus radicale pour arriver â ce but est celle qui a été proposée au mois d'octobre par notre collègue M. Goetschel, tendant à prélever sur la fortune nationale une contribution unique destinée à amortir en une seule fois la totalité des frais de mobilisation. Nous avons, Messieurs, écarté cette solution en raison de certains inconvénients pratiques, peut-être plus apparents que réels, et sans qu'elle ait peut-être fait l'objet d'un examen suffisamment approfondi de la part de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral. Au point de vue politique, la solution Goetschel aurait constitué l'idéal, parce qu'elle restreignait au strict minimum l'intervention de la Confédération dans le domaine des impôts directs, jusqu'ici réservés aux cantons.

M. Maunoir, il y a un instant, a proposé de percevoir actuellement un nouvel impôt de guerre unique, pour une somme indéterminée destiné à couvrir une partie des frais de mobilisation, en réservant à une décision ultérieure par voie d'une nouvelle revision constitutionnelle le soin de couvrir le solde des frais de mobilisation.

Nous envisagerions, pour ce qui nous concerne, une troisième solution qui constituerait un moyen terme entre la proposition Goetschel et la proposition Maunoir. Nous donnerions la préférence à un impôt destiné à rapporter 600 millions, soit la totalité du solde non ccuvert de la dette de mobilisation, cet impôt serait perçu en deux périodes de cinq ans chacune. Le nombre des taxations serait aussi limité à deux: la première lors de l'introduction de l'impôt et la seconde après cinq ans. La durée totale de la perception, si le payement avait lieu par annuité, comporterait dix ans, comme dans le premier projet du Conseil national; la première perception pourrait être différée de deux ou trois ans jusqu'en 1921 ou 1922 et la deuxième en 1926 et 1927, de façon à laisser pendant ces années de crise et de reconstitution économique à notre économie nationale les sommes qui lui sont nécessaires et dont on ne peut pas la priver sans absolue nécessité. L'adoption de ce système comporterait un taux d'impôt plus élevé, la même somme devant être perçue pendant une durée plus courte. Le projet sorti des délibérations du Conseil national au mois d'octobre dernier, prévoyait un prélèvement de 500 millions pendant dix ans, soit 50 millions par an. Le projet que nous vous exposons comporterait un prélèvement de 600 millions en dix ans, soit 300 mililons par périodes de 5 ans. Le Conseil des Etats arrive à une perception annuelle moyenne de 40 millions par an. Sous la forme que nous envisageons, l'impôt de guerre renouvelé redeviendrait une véritable contribution extraordinaire, un sacrifice fait par le contribuable sur l'autel de la patrie, au lieu de tomber au rang d'une simple taxe plus ou moins périodique et répétée comme les autres impôts communaux et cantonaux. Au point de vue des finances de la Confédération, nos propositions conduiraient à un amortissement plus rapide de la dette de mobilisation, en diminuant ainsi les services d'intérêts de la partie non amortie, ce qui constituerait pour la Confédération une importante économie. Donc pour la Confédération, avantage financier, pour les cantons, diminution considérable de l'atteinte portée à leur souveraineté fiscale, ponr le contribuable enfin, effort plus considérable au moment même, mais garantie contre un renouvellement indéfini de l'impôt direct fédéral. Si nous avons tenu à vous présenter ces quelques considérations, ce n'est pas que nous nous fassions aucune illusion sur la possibilité de faire triompher devant vous un système nouveau s'écartant des propositions qui vous sont faites par le Conseil fédéral et votre commission. Mais nous demandons au chef du département des finances s'il ne consentirait pas à soumettre toute la question à une nouvelle étude dans le sens d'un raccourcissement de la durée de perception de l'impôt de guerre. Il n'y a pas urgence absolue, nous avons le temps de discuter cette question en toute tranquillité. Il nous paraît que dans l'intérêt supérieur du pays il serait désirable qu'une union complète des différents partis politiques puissent s'établir sur une formule acceptable par chacun d'entre eux, plutôt que de contraindre à une opposition résolue ceux d'entre nous que les opinions fédéralistes empêchent d'adhérer aux propositions de la commission. Dans le cas contraire, nous nous rallierions à la proposition de l'honnorable M. Maunoir.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 29. Januar 1919, nachmittags 4¼ Uhr.

Séance du 29 janvier 1919, à 4¼ heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 35 hiervor. — Voir page 35 ci-devant.)

Wild: Herr Bundesrat Motta, der leider momentan nicht gegenwärtig ist, hat in ausserordentlich energischer Weise den Antrag Rothenberger und Genossen als eine Inkorrektheit, ja sogar als «funeste», d. h. unheilvoll, bezeichnet.

Ich glaube, zuerst müsse man sich mit diesen bleiden Vorwürfen auseinandersetzen, um die Sache an den richtigen Ort zustellen.

Den Vorwurf der Inkorrektheit leitet Herr Bundesrat Motta davon ab, dass man eigentlich bereits am Ende der grundsätzlichen Debatte angelangt gewesen sei, nachdem die Kommission des Nationalrates den neuen Beschluss des Ständerates zu dem ihrigen gemacht habe. Diese bereinigte Sachlage werde nun durch den Antrag Rothenberger gestört und umgestürzt.

Diese Auffassung des Herrn Bundesrat Motta ist ihm persönlich und berechtigt nicht zu dem allgemeinen Vorwurf, den er erhoben hat. Inkorrekt ist doch wohl nur, was entweder gegen das Reglement verstösst oder an sich von Natur aus unzulässig ist. Wie steht es nun aber in diesen Punkten mit dem angefochtenen Antrage?

Der Nationalrat hat die Priorität der Behandlung und hat seine Beschlüsse über die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer gefasst. Die Vorlage ging an den Ständerat. Dieser änderte sie in ganz erheblicher Weise. Die Kommission des Nationalrates trat der neuen Fassung bei und präsentiert sie unserem Rate, doch nicht ohne gewisse, grundsätzlich nicht unbedeutende Modifikationen. Nun tritt der Nationalrat wieder in Aktion. Er soll nun zu der so ganz neuen Vorlage Stellung nehmen. Wenn ihm nun vorgeschlagen wird, daran noch weitere Aenderungen vorzunehmen, so handelt er nach seinem Rechte, wenn er diese Vorschläge in Betracht zieht, und nicht inkorrekt. Es ist sein Recht, frei an die veränderte Vorlage heranzutreten, weitere Vorschläge entgegenzunehmen und zu diskutieren, und es ist das Recht seiner Mitglieder, solche einzubringen. Wenn ein Artikel im einen Rat eine andere Fassung erhält als im andern, steht er eben wieder voll zur Diskussion, und es ist keine Inkorrektheit, auf eine solche einzutreten. Herr Motta verwechselt seine Auffassung mit einem schon gefassten Beschlusse des Rates, der aber nicht vorliegt.

Die Bezeichnung als «funeste», d. h. unheilvoll, bedarf ebenfalls der Prüfung. Was ist im Antrage Rothenberger enthalten? Nichts als ein Vorschlag, für eine Aufgabe sozialer Art, zu deren Durchführung die Beschaffung der Mittel, und zwar ausserordentlich grosser Mittel, die Vorbedingung ist, solche Mittel auch wirklich bereitzustellen. Nun ist diese Aufgabe allseits als die dringlichste anerkannt. Bundesrat, beide Räte, die Presse, das Volk in vielen Resolutionen, alle Parteien, nach ihren Programmen zu urteilen, bezeichnen die rascheste und ausgiebigste Einführung der Alters- und Invalidenversicherung als ein Gebot der Zeit.

In dem Moment nun, wo Mittel in gewaltigen Summen als sicheres Ergebnis einer Steuervorlage in die Erscheinung treten, ist es eben Zeit, einen Teil dieser Mittel diesem Zwecke dienstbar zu machen. Geschähe dies nicht jetzt, so würden die Ergebnisse der grossen Finanzoperation für die Altersversicherung ohne jede erkennbare Wirkung bleiben. Es ist also in ausgesprochenstem Masse jezt, wenn je, der Moment, auf diese Frage einzutreten und die formelle Berechtigung, die, wie nachgewiesen wurde, für den Rat vorliegt, zum Anlass zu nehmen, den Moment auszunützen. Dies allerdings immer nur von dem Standpunkte des positiven Wollens aus. Wer die Sache nicht will oder nicht so bestimmt will, wird anders urteilen. Inwiefern aber unser Standpunkt den Vorwurf verdient, er sei unheilvoll, bleibt unersichtlich, und wir weisen diesen Vorwurf zurück.

Alles dies wäre schon richtig und genügend, unseren Antrag als eine berechtigte Erscheinung gelten zu lassen. Allein es kommen weitere und ganz entscheidende Momente dazu, um es zu begründen, dass in unserem Rate die Sache von Grund auf betrachtet wird.

Wir mussten unsern Beschluss über die Deckung der Mobilisationskosten im September 1918 fassen. Seitdem sind gewaltige Aenderungen in der Weltlage eingetreten. Im September war noch kein Ende des Krieges abzusehen. Herr Motta selbst glaubte, davon reden zu müssen, dass die Dauer des Krieges sich in das Jahr 1920 erstrecken könne und dass die zu deckenden Kosten den Betrag von 1500 Millionen erreichen können.

Was ist nun geschehen? Hat diese Perspektive keine Aenderung erlitten? Doch, eine gewaltige.

Der Krieg hat wenige Tage nach unseren Beschlüssen im Herbst sein Ende gefunden. Der ungeheure Betrag an Ausgaben, den er über die bereits aufgelaufenen Summen hinaus noch erfordert hätte, müssen nicht ausgegeben werden. Sie sind natürlich nicht bestimmt einzuschätzen, bemessen sich aber einigermassen danach, dass heute eine Totalsumme von zirka 1100 Millionen genannt wird, wo man bei pessimistischer Betrachtung, wie erwähnt, von 1500 Millionen redete. Das ist das eine.

Weiterhin bildete und bildet heute noch das gesamte Ergebnis der Kriegssteuer einen unbestimmten Faktor, über den man aber heute viel mehr weiss als im Herbst und über den sich täglich mehr Klarheit verbreiten wird. Es handelt sich dabei um ganz bedeutende Summen. Von anfänglich 15 Millionen, die bei Beginn ihrer Erhebung devisiert wurden, ist sie um das Vielfache gestiegen. Im Herbst sprach man von einem gesicherten Ertrage von 265 Millionen; heute hört man, dass 400 Millionen ebenso gesichert seien, dass aber der Totalbetrag sich auf 500 Millionen steigern könnte.

Was wir bei unserer Beratung also nicht wussten, nämlich, dass der Krieg uns Hunderte von Millionen weniger kosten werde, als man befürchten musste, und dass uns hierzu in der Kriegsgewinnsteuer Hunderte von Millionen mehr zur Verfügung stehen werden, als man glaubte voraussehen zu können, das ist das Neue. Ist es nicht genügend, um die Sache in einem neuen Lichte zu betrachten? Hat nicht der Ständerat es auch getan, indem er, der diese Situation nun kannte, den tapfern Sprung machte zur vollen Deckung der Totalkosten an Stelle der nur zirka ¾ derselben umfassenden Schlussnahme unseres Rates? Er handelte richtig und nach Massgabe der ausschlaggebenden Umstänsde, wie sie sich insdessen gestaltet hatten. Das soll uns nun verwehrt werden? Nein, unsere Pflicht, nicht bloss unser Recht ist es, uns diese neue Sachlage ebenfalls anzusehen und uns zu fragen, ob es angesichts derselben ein so dringendes und bedeutsames Postulat wie die Alters- und Invalidenversicherung nicht mit in den Kreis der Finanzaktion einzubeziehen sei, für die so viel mehr Mittel nun sicher zur Verfügung stehen.

Da Geld in ganz besonderem Masse der nervus rerum im Falle von Versicherung ist, darf ein Moment nicht unbenutzt bleiben, wo solches in bi her ungeahntem Masse in den Bereich der Besteuerung tritt.

Es ist darum auch nicht zuzugeben, dass durch den Antrag Rothenberger das ganze System der Deckung umgestossen wird. Es wird aus der so viel günstigeren Situation nur der Schluss gezogen, dass das bisher in Aussicht genommene Ziel und noch mehr dazu durch richtiges Eingreifen realisiert werden kann, wenn, ja wenn der Wille dazu vorhanden ist. Was man im Herbst tun wollte, ja, was in Erweiterung dieser Absicht der Ständerat jetzt tun will, nämlich die ganze Summe der Mobilisationskosten aus dem Ertrage der Kriegssteuer und Kriegsgewinnsteuer zu decken und das eidgenössische Budget von dieser Kapitallast durch die erwähnten direkten Steuern zu befreien, das bleibt unerschüttert betehen. Der Antrag Rothenberger bringt nur die eine Folge mit sich, dass eventuell die Kriegssteuer eine Periode längerhin bezogen werden muss. Von einem Umsturz des Systems ist keine Rede.

Sie hätte darin liegen können, wenn die Antragsteller verlangt hätten, dass die Versicherung sofort eingeführt werde und dass, bevor sie organisatorisch und rechnerisch gesichert sei, die Verfügung über die Finanzquellen verschoben werden müsse. Davon ist aber keine Rede. Nur ein Teil, und zwar zirka der fünfte bis sechste Teil der ganzen in Frage kommenden Steuersumme soll abgezweigt werden. Sie soll einem Zweck zugewiesen werden, der sowieso als ein dringendes Postulat anerkannt ist und ohne starke Geldzuweisung in nennenswertem Umfange überhaupt gar nicht zu realisieren ist. Es ist also nur einer sichern, in Zukunft eintretenten Beanspruchung gegenüber bereits zu einem erheblichen Teile vorgesorgt.

Herr Maunoir hat das Moment gegen das Postulat Rothenberger ins Feld geführt, dass dieses sich nur als eine Verbeugung vor den Sozialisten charakterisiere, dass aber seine Annahme mit nichten die Folge hätte, diese Partei zufriedenzustellen. Sie würde nur neue Forderungen stellen und sich mit Spott über die Nachgiebigkeit der bürgerlichen Parteien hinwegsetzen. Das ist zuzugeben. Herr Naine hat es auch zum voraus in aller Aufrichtigkeit gesagt und erklärt. Darüber kann auch niemand im Saale im Zweifel sein. Die Sozialisten sind eine Partei, deren Forderungen wir nachgerade zu überblicken vermögen und derentwegen es darum nicht mehr Sinn hat, sich immer wieder von neuem und für jeden Teil aufzuregen. Sie gehen so weit, wie die bürgelichen Parteien eben nicht zu gehen in der Lage sind. Dass sie immer wieder gestellt werden, ist darum nicht weniger begreiflich und natürlich.

Allein das kann uns nicht bestimmen. Wir wollen unsern Antrag nicht darum befürworten und wenn möglich seine Annahme durchsetzen, um der sozialistischen Partei als solcher entgegenzukommen und gar Dank und Anerkennung von ihr zu ernten. Wir wollen eine Sache verfechten und fördern, die wir an sich für eine Pflicht derjenigen halten, denen die Mittel zur Verfügung jtehen, die dafür nötig sind.

Herr Maunoir wird mit mir das Sprichwort gelten lassen: «Noblesse oblige». Ich übersetze es mit den Worten: Besitz verpflichtet. Nur der Besitz kann Mittel hergeben. Nur der, der etwas besitzt, kann etwas leisten, wo Geld in Frage kommt. Diese Pflicht aber muss er anerkennen. Wenn damit den sozialistischen Forderungen entgegengekommen wird, ist dies kein Grund, davon abzusehen. Im Gegenteil, wenn dadurch ein Teil jenes Unterschiedes gemildert wird, der der sozialistischen Partei Anlass zu ihren Forderungen gibt, ist dies nur gut und kann uns freuen. Der Besitz hat die Pflicht, sich innert Grenzen zu halten und zur Hergabe seines Ueberflusses sich bereit finden zu lassen, wo es sich darum handelt, einem Teile des Volkes das einigermassen zu ersetzen, was ihm die Umstände sein ganzes Leben hindurch versagen, nämlich eine gewisse Sicherheit der Existenz. Wer sich solcher Sicherheit erfreuen kann, weil ihm das Geschick sie in die Wiege gelegt oder die Möglichkeit sie zu erwerben geboten hat, der möge sich erinnern, wie bitter es für jene, die nicht dazu gekommen sind, sein muss, bis ans Ende ihrer Tage in Dürftigkeit, unter dem Drucke der Ungewissheit und bedrückt durch stete Abhängigkeit zu leben. Da gibt es keinen Moment wo einfach Halt geboten werden könnte. Sondern immer neu stellt sich die Pflicht vor uns hin, zu prüfen, ob geholfen werden könne und dazu bereit zu sein.

Nicht der ergatterte Beifall einer Partei könnte uns als Ergebnis je befriedigen, sondern nur die frohe Ueberzeugung, Hilfe geboten zu haben, wo sie menschlich möglich und praktisch ausführbar war. Ich zweifle nicht, dass auch Herr Maunoir diesem Gedankengang zugänglich ist.

Herr Kollege Meyer hat in seiner Besprechung des Antrages zwar seine Sympathie für die Sache ausgesprochen, aber erklärt, sie werde um keinen Schritt gefördert durch Annahme unserer Proposition, im Gegenteil. Er begleitete diese etwas schwer verständliche Behauptung mit Ausführungen über die Finanzlage, besonders mit Hinsicht auf banktechnische Gesichtspunkte. Ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen. Das werden wohl andere tun.

Dagegen will ich, als eines Ihrer älteren Mitglieder, einen Blick in die Vergangenheit tun, um die Frage abzuklären, ob ein Versicherungsprojekt mit oder ohne vorhandenen Fonds rascher zur Realisierung zu gelangen vermag. Herr Meyer erklärt also, wenigstens im vorliegenden Falle, die Beschaffung des Fonds für direkt irrelevant. Nun erinnere ich mich genau des Herganges bei der Schaffung der Kranken- und Unfallversicherung in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Als das Projekt den Nationalrat passiert hatte und im Ständerat zur Diskussion stand, war es ein hervorragendes Mitglied dieses Rates — ich will seinen Namen nennen: Herr alt Bundesrat Dr. Hoffmann — das schwere Bedenken dagegen erhob, dass man an eine Versicherung herantreten wolle, ohne für die Finanzen mehr Garantie zu besitzen. Er verlangte zum voraus die Kreierung eines Fonds oder dann im äussersten Notfalle die Schaffung neuer Einnahmequellen, die er sonst für noch kritischere Tage vorbehalten möchte, nämlich das Tabakmonopol. Ohne Fonds oder ohne sonstige laufende

Finanzquelle halte er es für unangebracht, das Projekt weiter zu verfolgen.

Er beantragte Aussetzung der Beratung, bis eine grössere Gewähr der Finanzierung durch weitere Prüfung erzeigt werden könne. So geschah es, die Diskussion wurde ausgesezt und erst geraume Zeit später wieder aufgenommen.

Als dann das Projekt doch ohne solche Spezialsicherung zum Beschluss erhoben wurde, begegnete es in der Diskussion im Volke neben andern Gründen auch der energischen Einwendung des Mangels eines Fonds. Es waren unter den Verwerfenden sicher eine Zahl solcher, welche der Sache an sich gewogen waren, aber ohne diese Garantie nicht für sie zu haben waren.

Das Projekt wurde verworfen. Ein Fonds, der ihm hätte zur Empfehlung und als Schild dienen können, war eben nicht da.

Würde es in unserm Falle nicht wieder ebenso gehen? Dass die Gefährdung einer erneuten Vorlage an das Volk ohne diese Deckung erkannt und zu Herzen genommen wurde, zeigt die Tatsache, dass die Freunde der Sache nichts Eiligeres zu tun wussten, als sofort alles daran zu wenden, diesen Fonds zu schaffen. Innert einer Reihe von Jahren ist er, zuerst aus effektiven Rechnungsüberschüssen der Verwaltungsrechnung des Bundes, nachher, als solche ausblieben und sogar Defizite eintraten, gleichwohl, unter Erhöhung der Defizite, aus der Bundesrechnung geschaffen und gespeist worden und hat im Zeitpunkte, als das zweite Projekt Annahme fand, 50 Millionen erheblich überstiegen. «Gebt uns 50 Millionen», hatten unter anderm die Bedenklichen im Jahre 1900 gerufen, und Nein geschrieben. Da waren nun die 50 Millionen — diese conditio sine qua non — und siehe da, die Annahme erfolgte und in der Verfechtung der Sache half die Existenz dieses Fonds mächtig mit.

Lassen Sie mich für unser Verlangen noch einen tieferliegenden Grund aufdecken. Er liegt darin, dass ein einmal angefangenes Werk nicht leichthin wieder seinem Schicksal überlassen wird. Einmal begonnen, und zwar auf die einzig wirksame Weise begonnen, wird dem Unternehmen jene Schar treu bleiben, die geholfen hat, die ersten Garantien zu schaffen. Man wird sie ausbauen. Man wird zeigen, wie man der Sache treu ist. Man wird immer weitere Kreise in den Bann der Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit, ihrer Nützlichkeit und ihrer Durchführbarkeit ziehen und so ihr immer wachsende Gefolgschaft verschaffen.

Nichts aber von dem tritt ein, solange nur Sympathieerklärungen, Expertisen, Untersuchungen und solche platonische Aktionen vorliegen. «Exempla trahunt», heisst es auch hier. Das Beispiel geben, nicht nur Worte bieten, das bringt eine Sache vorwärts. Wir sind hier die Vertreter des ganzen Schweizervolkes. Wir haben die Pflicht, an dessen Wohlfahrt zu arbeiten.

Wir müssen uns fragen, ja, sei es auch von Sozialisten, dann und wann sagen lassen, wo Hilfe nottut, wo berechtigte Menschheitsansprüche auf Berücksichtigung warten und dann eingreifen, nicht bloss reden. Pflanzen wir diesen Baum, begiessen wir ihn, geben wir ihm eigenes Erdreich. Dann können wir mit Geduld auf seine Früchte warten, sie werden reifen.

Es soll niemand der Verwirklichung der Versicherung mehr die skeptische Frage entgegenhalten können: Wo habt ihr euren Fonds? Hat man je eine Versicherung ins Leben treten sehen ohne Fonds? Wollt ihr uns zumuten, ins Dunkle zu springen?

Nun sagt aber Herr Kollege Meyer, man werde das Studium der Frage sofort an die Hand nehmen und dabei die Lösung der Finanzfrage nicht übersehen. Worauf will er diese Lösung begründen? Nur mit einem Nachweis, der dem unsrigen an Gewissheit ebenbürtig oder gar überlegen wäre, könnte er unsern Antrag mit Fug bekämpfen. Er verweist auf das Tabakmonopol. Er steht nicht an, sich als Anhänger des uneingeschränkten Monopols zu bekennen, als welcher er uns schon lange vorteilhaft bekannt ist, denn auch der Sprechende zählt sich dazu. Allein wer garantiert uns, dass das Volk, ja nur die Bundesversammlung ein solches Projekt gutgeheissen werde? Gibt es nicht schon eine Vorgeschichte desselben, und wie lautet ihr Ergebnis? Doch wohl so negativ und aussichtslos als möglich. Nun meint zwar Herr Bundesrat Motta in bezug auf das Tabakmonopol, bei welchem er bekanntlich alle Phasen mitgemacht, aber noch nichts erreicht hat, das Volk werde, sobald man ihm bedeute, es werde, wenn es das Tabakmonopol schlucke, dann die Versicherung erhalten, dem Monopol zustimmen. Auch weitern indirekten Steuern, die er mit gleicher Zweckbestimmung ausstatten will, stellt er das gleiche günstige Horoskop. Wir aber sagen, dass man das gute Beispiel immer selbst geben muss. Wenn die Behörden einer Sache zulieb auf ihre Zurückhaltung verzichten, wenn sie frisch daran herantreten und Opfer ihrer Ansichten der Sache wegen bringen, dann ist sie in die Wege geleitet.

Wir gehören ja hier persönlich zumeist zu jenen, die bei der Erhebung direkter Steuern zum Handkuss kommen. Seien wir nun als solche bereit, die direkten Steuern in Anspruch zu nehmen, d. h. dem Besitze zuzumuten, etwas herzugeben, um den Nichtbesitzenden die Hand zu bieten, und kommen wir mit einer solchen Vorlage vor das Volk. Dann können wir sagen, das Volk möge nun auch in seinen breiten Schichten und wenig bemittelten Teilen sich bereit finden lassen, zur weitern Stärkung der Finanzen des Landes Verbrauchsteuern anzunehmen. Man wird dann sagen können: Wir Besitzenden haben den Anfang gemacht. Er lag uns ob. Er war unsere einfache Pflicht. Nachdem wir vorab sie zu erfüllen bereit sind, darf nun auch daran gedacht werden, Quellen fliessen zu machen, die auch aus den Taschen der wenig Bemittelten gespiesen werden. Dann wird unserer Ueberzeugung nach ein ernsthafter Grund für solches Verlangen an das Volk vorhanden sein und anerkannt werden. Der Streit um die Frage, wer vorangehen soll, darf keinen Augenblick andauern. Er muss notwendig sofort enden mit der Anerkennung dieser Pflicht seitens der Besitzenden. Es ist der kategorische Imperativ, dem sie sich unterziehen müssen und dessen Befolgung einzig fruchtbare Folgen nach sich ziehen kann.

Noch möge mir der Herr Präsident, der die Debatte auf das strikt Finanzielle zu beschränken hat, einige wenige Bemerkungen ausserhalb dieser Schranken gestatten. Ich will immerhin noch einen Augenblick dabei verweilen und darauf hinweisen, dass es durchaus nicht unumgänglich nötig ist, den Fonds heute schon in bar oder Titeln zu begründen. Herr Motta sagte: «Was hat es für einen Sinn, Titel zu kaufen und in einen Fonds zu legen, der sich verzinst, während wir das Geld für die Titel aufnehmen und viel höher verzinsen müssen?» So liegt die Frage nicht. Ich will es Ihnen an einem Beispiel beweisen, dessen zutreffende Analogie wohl wird zugegeben werden müssen. Sie wissen, dass der Bund als Inhaber der Bundesbahnen sämtliche diesen obliegende Verpflichtungen letzten Endes als seine eigenen anerkennen und erfüllen muss. Als solche Verpflichtung besteht die Auszahlung der Pensionen der berechtigten Bezüger der Pensions- und Hilfskasse der Bundesbahnen. Diese Verpflichtung besteht zu Recht. Sie bedeutet, dass ein Fonds von 200 Millionen vorhanden sein sollte, der alle bisher entstandenen Verpflichtungen deckt. Der Fonds ist vorhanden. Nur fehlen daran etwa 30 Millionen. Dieses Defizit liegt in letzter Linie auf dem Bunde. Er deckt es lediglich mit seinem Kredite. Aber weiter. Auch das vorhandene Vermögen besteht nicht aus fremden Titeln, die aus Mitteln der Kasse angeschafft worden wären. Weit entfernt. Er besteht zum allergrössten Teile aus Schuldverschreibungen der Bundesbahnen, will sagen des Bundes. Es liegt im Tresor der Bundesbahnen ein Schein, ein halbes Postböglein. Darauf steht ganz einfach, dass die Bundesbahnen der Kasse 140 Millionen schuldig sind, resp. die Kasse als Gläubigerin dafür anerkennen. Diese Lösung ist zudem in Hauptsachen neueren Datums. Immermehr haben die Bundesbahnen darauf verzichtet, Geld in die Kasse zu legen. Sie brauchten das aus Betriebseinnahmen fliessende Geld für ihren Betrieb und ihre Bauten und zogen es vor, sowohl die Besoldungsabzüge zugunsten der Kasse als die eigenen statutarischen Einlagen in Form einer blossen Schuldverschreibung einzulegen. Auch sie fanden es, wie Herr Motta sagte, unzweckmässig, teure Mittel zu kaufen und für die eigenen Bedürfnisse fremdes teueres Geld aufzunehmen.

Genau so kann bei der Begründung der Altersversicherung verfahren werden. Eine Schuldverschreibung und ein Bilanzposten genügen für den Anfang, denn sie sind eine unbedingte Verpflichtung zur Darbietung der Leistung im gegebenen Falle. Dagegen kann darüber, ob und welcher Zins ausgerichtet werden sollte, noch frei bestimmt werden, und es ist gar nicht ausgeschlossen, dass für eine erste Periode gar kein Zins, für eine weitere Periode ein verhältnismässig bescheidener Zins gutgeschrieben werde. Das kann sich durch die Umstände eventuell rechtfertigen und liegt ganz und gar im freien Ermessen der gesetzgebenden Behörden, die darüber die massgebenden Vorschriften erlassen können. Es wird also hier viel weniger bedenklich sein, als im Falle der Bundesbahnen, wo man bereits Tausende von Bezügern und überhaupt einen mit feststehenden Anrechten ausgestatteten Gegenpart vor sich hat. Geht es also dort, so geht es auch da. Niemand, auch Herr Motta nicht, hat bisher an dieser Sachlage Anstoss genommen. Der Sprechende hat ihr in der Verwaltung der Bundesbahnen stets grundsätzlich das Wort geredet, und Ihre Versammlung hat die Berichte genehmigt, in denen davon ausdrücklich Kenntnis gegeben worden ist.

Nun aber noch zu zwei weitern Erwägungen: Die Abwanderung der Arbeitskräfte und die Flucht vom Lande in die Stadt.

Sie werden mir zugeben, dass beide Punkte höchst aktuell und bedeutungsvoll sind, und ich werde versuchen, Ihnen darzulegen, dass eine rasche und gesicherte Verwirklichung der Alters- und Invalidenversicherung geeignet ist, die in dieser Hinsicht bestehenden Gefahren und Befürchtungen zu mindern.

Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland wird befürchtet, weil man annimmt, man bedürfe solcher dort in grosser Zahl, um die durch den Krieg gerissenen Lücken wenigstens für den Augenblick so rasch als möglich auszufüllen. Was will man hiergegen tun? Es gibt nur eine Möglichkeit, diese Abwanderung, wenn sie wirklich einsetzen wollte, einzudämmen. Das ist, dahin zu wirken, dass nicht im Auslande bessere Lohnbedingungen geboten werden als im Inlande. Sonst aber ist kein Kraut dagegen gewachsen. Nun besteht das Total der Lohnbedingungen aus mehreren Faktoren. Es ist der Barlohn selbst, es sind die sonstigen Darbietungen, wie Krankenkassen, Versicherungen, Haftpflicht der Unternehmer und so weiter. Weiter sprechen die sonstigen Lebensverhältnisse mit, wobei den weitaus entscheidendsten Punkt die Kosten der Lebenshaltung bilden. Diese Faktoren zusammengefasst ergeben das, was man von Land zu Land vergleichen muss. Nun kann ja allerdings ein rationeller Vergleich im einzelnen Falle von einer einzelnen Person oft nicht angestellt werden. Es fehlt vielleicht die notwendige Kenntnis und Uebersicht. Hier aber setzt immer mehr etwas ein, was als eine Erscheinung der Neuzeit zu bezeichnen ist: Die Prüfung der Totalität der Verhältnisse durch Arbeiterkorporationen und ähnliche Organe zuhanden ihrer Angehörigen. Man mag diese Korporationen in manchen Beziehungen als unbequem empfinden, und sie geberden sich auch zuzeiten so, deswegen bleibt doch bestehen, dass sie in richtiger Auffassung ihrer Aufgabe immer mehr dafür sorgen, dass ihre Mitglieder über die Frage orientiert werden, wo die gesamten Lebensbedingungen am günstigsten stehen, und dorthin wird sich der Zug richten und nicht aufzuhalten sein. Wenn nun unser Land dem Auslande es weiterhin überlässt, Einrichtungen, wie wir sie baldigst realisieren sollten, z. B. die Altersversicherung, einzuführen und zu betätigen, so wird dies eine Stärke für das Ausland und eine Schwäche unserer Volkswirtschaft bilden im Wettbewerbe um die Mitarbeit der qualifizierten Arbeitskräfte. Sie werden abwandern, wenn es draussen für sie besser steht, und werden es nicht oder weniger tun, wenn dies nicht zutrifft.

Die Entvölkerung des Landes durch den Abzug der Arbeitskräfte in die Stadt steht unter dem gleichen Zeichen.

Wenn in der Stadt eine Reihe von Annehmlichkeiten und direkten ökonomischen Vorteilen, auch Sicherstellungen in Krankheits- und ähnlichen Fällen geboten sind, so hält der Landarbeiter nicht mehr bei der Scholle aus. Die Alters- und Invalidenversicherung, wie wir sie uns denken, käme nun allen Bewohnern zugute. Sie würde zu Stadt und Land gleicherweise eine bestimmte Rente unter gewissen Voraussetzungen gewähren. Bare Mittel reichen aber auf dem Lande erheblich weiter als in der Stadt. Wer alt und rentenberechtigt geworden ist, befindet sich mit einer Rente von sagen wir einmal Fr. 500 auf dem Lande besser als in der Stadt. Der Zug dorthin, in der Meinung, besser für seine Lage zu sorgen, wird vor dieser praktischen Erwägung eine gewisse Beschränkung erfahren. Es liegt ein gewisser Ausgleich der Verhältnisse zugunsten des Landes vor.

So glauben wir denn, mit allem Ernste unsern Antrag verfechten zu dürfen. Er hat nichts Grundstürzendes an sich, wie Herr Motta anzunehmen schien und Ihnen plausibel machen wollte, sondern er legt im Gegenteil das Fundament zu einem Aufbau.

Versetzen Sie sich einmal in die Lage des sein Leben lang in abhängiger Stellung Arbeitenden, dem die Möglichkeit ausgiebiger Rücklagen sich nie geboten hat. Er fürchtet die schweren Tage des Alters, die ihm das Harte seines Loses in besonders düstern Farben erscheinen lassen. Nun zeigt sich ihm ein Hoffnungsstern. Nun eröffnet sich ihm die Aussicht auf eine Rente, die sein eigen ist, die ihm gehört und unter allen Umständen ihm bleibt. Ein bescheidener Teil von Unabhängigkeit, von eigener Stellung eröffnet sich ihm. Was andere in Fülle ihr ganzes Leben hindurch genossen und was sie als unentbehrlich ansehen und schwer vermissen würden, soll auch ihm nicht ganz vorenthalten sein. Das will und kann die Altersversicherung, wenn sie angemessen dotiert wird, und das müssen wir mit ihr anstreben.

Da dürfen wir aber nicht vor den Augen dieser Mitbürger die Hunderte von Millionen der Kriegsgewinnsteuer vorüberziehen lassen und sie, für ihn spurlos, im Schosse der Kriegskosten-Amortisationskasse verschwinden lassen. Nein, ihm muss, sicher und jetzt, ein Teil davon als Versicherungsfonds zukommen. Denn was wir für die Aeufnung der Amortisationskasse tun, das kommt eben direkt dem Besizenden zugute, was wir aber für die Versicherung reservieren, bieten wir den Besitzlosen. Ihnen gegenüber aber bestehen unsere hohen Pflichten. Wenn Sie unserm Antrage Folge geben, können Sie sich sagen, dass Sie ein gutes Wollen seiner Verwirklichung näher geführt haben.

Sulzer: Gestatten Sie mir einige kurze Ausführungen zur Frage der Entnahme eines grössern Betrages aus der Kriegsgewinnsteuer für die Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung.

Ich stehe hier mit Ueberzeugung auf dem Boden des Antrages Rothenberger und Mitunterzeichnern. Die Alters- und Invalidenversicherung ist eine Forderung ersten Ranges der heutigen Zeit und wir müssen allen Ernstes an ihre baldige Lösung herantreten. Andere Länder sind uns in dieser Beziehung ja bereits vorangegangen. Wenn wir aber das Problem richtig lösen wollen, so müssen wir auch die Versicherung der Hinterbliebenen im Falle des frühzeitigen Todes ihres Ernährers einbeziehen. Diese Forderung ergibt sich nicht nur aus humanitären Gründen, sondern vor allem aus der Ueberlegung, dass es nicht angeht, dass ein Versicherter seine Beiträge zahle, dass aber, wenn er das pensionsfähige Alter nicht erreicht, sondern vorzeitig stirbt, seine Familie ohne Hilfe bleibe. Die Erfahrung hat dies in jeder Hinsicht bestätigt. Es handelt sich also in Wirklichkeit nicht nur um eine Alters- und Invalidenversicherung, sondern um eine Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Zu ihrer Einführung brauchen wir einen sehr bedeutenden Fonds, gleichgültig, ob die Lösung auf eidgenössischem oder kantonalem Boden gesucht werde oder auf dem Wege der Subventionen. Dieser Fonds muss sehr gross sein schon deshalb, weil wir mit dem Inkrafttreten der Versicherung eine grosse Zahl Versicherter erfassen, die sich mehr oder weniger nahe am pensionsberechtigten Alter befinden, während keine entsprechenden Beiträge vorher an die Versicherung geleistet worden sind.

Wenn es uns mit der Sache ernst ist, dann müssen wir heute beginnen, einen Grundstock zu legen, und da scheint nichts naheliegender und natürlicher und nichts begründeter als eine Entnahme aus der Kriegsgewinnsteuer, aus derjenigen Steuer, die sich aus den Konjunkturen der Kriegszeit ergeben hat. Herr Kollege Rothenberger hat Ihnen die Gründe hierfür heute morgen eingehend dargelegt und ich schliesse mich dieser Darlegung in jeder Hinsicht an. Ich möchte beifügen, dass die Kriegsgewinnsteuer seinerzeit ausdrücklich zum Teil begründet worden ist mit dem Hinweise auf ihre sozialen Zwecke, mit dem Hinweise auf den sozialen Ausgleich. Es ist also durchaus logisch, wenn wir heute diesem Gedanken Folge geben.

Nun wird der Einwand erhoben, dass damit die Vereinbarung gestört werde, wonach die gesamten Erträgnisse der Kriegs- und der Kriegsgewinnsteuern zur vollen Deckung der Mobilmachungskosten ausschliesslich zu verwenden seien. Ich verkenne keineswegs die Wichtigkeit der Deckung unserer Mobilisationskosten. Es ist wichtig, sie zu decken, vor allem vom Standpunkte des Landeskredites aus. Wichtig ist die Sache auch vom Standpunkte des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft aus, ein Punkt, worauf der Bundesrat in seiner Botschaft ja eingehend hingewiesen hat. Aber hierzu ist zu sagen, dass hier eine Wechselwirkung besteht, indem ja gerade die Neuordnung unserer Handelsbeziehungen eine wichtige Grundlage sein wird für die Ergiebigkeit der künftigen Kriegssteuer.

Nun erinnere ich daran, dass der Bundesrat in seiner Botschaft vom 5. August 1918 zur Kriegssteuer und im Beschlussesentwurf nicht den Standpunkt eingenommen hat, dass die ganze Schuld durch diese Steuer gedeckt werden müsse. Er schlug vor, $^3/_4$ davon zu decken. Er stand also noch vor kurzem auf einem andern Standpunkt als dem heutigen in bezug auf das Mass der Deckung unserer Mobilisationsschuld. Ich möchte nun keineswegs heute auf diesen Standpunkt zurückkommen, son-

dern ich stehe in bezug auf das Mass der Schuldendeckung ganz auf dem Boden der heutigen Vorlage.

Die Botschaft sagt, nachdem der Krieg unserm Land erspart geblieben sei, werden sich diejenigen, die von der Steuer betroffen werden, eine vaterländische Pflicht daraus machen, diese Steuer zu entrichten. Diesem Standpunkt kann ich mich durchaus anschliessen, wenn ich auch die gewichtigen Gründe nicht verkenne, die in bezug auf die Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe von verschiedenen Seiten geltend gemacht worden sind. Aber ich möchte dieser Argumentation des Bundesrates eine zweite beifügen. Nachdem der Krieg unserem Lande erspart geblieben ist, können und wollen wir auch etwas Rechtes tun für soziale Zwecke. Auch das ist meines Erachtens eine vaterländische Plicht. Dieser Pflicht können wir um so eher genügen, als der Krieg nun tatsächlich beendet ist und wir die Verhältnisse deshalb besser übersehen. Herr Bundesrat Motta hat heute morgen darauf hingewiesen, dass das Ende des Krieges überraschend gekommen sei und dass wir damit hätten rechnen müssen, dass der Krieg auch noch im Jahre 1919, vielleicht auch im Jahre 1920 angedauert hätte. Gewiss wäre das eine Möglichkeit gewesen, die eine noch viel grössere Verschuldung gebracht hätte, als dies heute der Fall ist, und die uns vor die spätere Aufgabe einer finanizellen Regelung gestellt hätte, die noch viel schwieriger zu lösen gewesen wäre, als sie es heute ist, und die doch auch hätte gelöst werden müssen.

Und welche Finanzprobleme wären erst entstanden, wenn unser Land das Unglück gehabt hätte, selbst in den Krieg hineingezogen zu werden. Daran dürfen wir ja kaum deken. Mir scheint aber, wir müssen auch daran denken, und dann sollten wir nicht erklären, dass das, was heute vorgeschlagen wird, das Alleräusserste sei und dass hieran kein Jota verändert werden könne und dürfe, dass wir nicht imstande seien, irgend etwas mehr zu leisten.

Die Wiederherstellung des Gleichgewichtes unserer Finanzen ist die eine Forderung und die Anbahnung eines wichtigen sozialen Fortschrittes ist, glaube ich, die andere, und diese zweite Forderung darf nicht zurückgestellt werden, bis die erste befriedigt ist. Das würde eine Verschiebung um viele Jahre bedeuten. Ich glaube, diese beiden Forderungen verdienen miteinander ins Auge gefasst und miteinander gelöst zu werden.

Und diese Forderung der Alters- und Invalidenversicherung darf auch nicht abhängig gemacht werden davon, ob schliesslich für ihre Erfüllung noch etwas übrig bleibt oder nicht. Wir haben früher wiederholt den Fehler gemacht, dass wir die fiskalischen Gesichtspunkte allzusehr in den Vordergrund stellten, andere dagegen meines Erachtens zu sehr hintansetzten. Es geschah das stets aus dem gewissenhaften Bestreben heraus, das finanzielle Gleichgewicht des Staates so wenig als möglich zu stören, aus dem Bestreben nach der Erhaltung gesunder Finanzen. Aber das andere, das soziale Moment, die Erhaltung gesunder sozialer Verhältnisse, das haben wir hie und da zu wenig beachtet. So war es in den ersten Kriegsjahren bei den zu knapp bemessenen Teuerungszulagen, bei der zu langsamen Anpassung an die erschwerten Lebensverhältnisse. Unser Verhalten entsprang dem gewissenhaften Bestreben nach Wahrung des finanziellen Gleichgewichtes des Staates, aber wir haben später erkennen müssen, dass wir zu kurzsichtig und zu engherzig gewesen sind. So geschah es besonders auch in der Frage der Entschädigung unserer Wehrmänner während der langen Zeit ihres Aktivdienstes.

Die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit des einzelnen wurde zwar im Grundsatze betont, aber dieser Forderung nicht in genügendem Masse nachgelebt. Der Staat, der den Wehrmann in seinen Dienst stellte, hatte die Pflicht, während seiner Dienstzeit für seine Familie zu sorgen. Er hat dies nicht in dem Masse getan, wie es nach Ansicht des Sprechenden hätte geschehen müssen. Tatsache ist leider, dass sehr viele Wehrmänner durch die lange Dienstzeit in bittere Not geraten sind und dass sie ihre Selbständigkeit verloren haben. Ich gestatte mir, das heute auszusprechen, nachdem ich seit langer Zeit und in verschiedenen Eingaben nachdrücklich dafür eingetreten war, dass hier weitherziger und mit offenerer Hand vorgegangen werde, als es geschehen ist. Es gibt Fälle, wo Weitherzigkeit die beste Art der Sparsamkeit ist, namentlich da, wo es sich darum handelt, wertvolle Kräfte lebendig zu erhalten und vorbeugend einem Uebel zu wehren. Die Sorge für unsere staatlichen Finanzen darf uns nicht dahin führen, dass wir dringende und höchst berechtigte soziale Forderungen allzu lange zurückstellen. Wir wollen heute nicht neuerdings in diesen selben Fehler verfallen.

Wo sollen wir denn den nötigen Fonds hernehmen für die Alters- und Invalidenversicherung, wenn nicht heute aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer? Wenn wir es heute nicht tun, dann fürchte ich, werden wir die Gelegenheit für lange Jahre nicht wiederkehren sehen. Wer aber das Ziel will, muss auch die Mittel wollen. Heute ist der Moment, wo wir durch die Tat zeigen sollen, dass es uns ernst ist mit der Anbahnung dieses sozialen Fortschrittes, und ich hoffe, dass, wenn wir das tun, dann auch Hand geboten werde in dem Sinne, wie Herr Kollege Wild das soeben ausgeführt hat, zur Lösung derjenigen Steuerprobleme, die weiter dazu beitragen sollen, die Alters- und Invalidenversicherung zu finanzieren und zu richtig bemessenen Leistungen zu befähigen.

Aus dieser Anschauung heraus empfehle ich Ihnen auf das wärmste, dem Antrag der Herren Rothenberger und Mitunterzeichner zuzustimmen. Ich habe die Ueberzeugung, dass wir damit ein Rechtes und Richtiges tun, etwas, was wir in jeder Hinsicht verantworten können.

M. Micheli: Je voterai la proposition présentée ce matin par M. Maunoir et je désire motiver brièvement mon vote. Messieurs, en combattant l'argumentation de M. Maunoir, on a cherché à déplacer la question. M. Naine ce matin a dit: M. Maunoir ne veut pas être dupe, c'est pour cela qu'il refuse de payer quoi que ce soit. On cherche à représenter ici les adversaires de la solution votée par le Conseil des Etats comme des égoïstes, assis sur leurs coffres-forts ou, comme on l'a dit aussi, la

main sur leur portemonnaie, et refusant de l'ouvrir pour donner quoi que ce soit à la Confédération. C'est là, permettez-moi de le dire, un argument démagogique qui peut avoir un succès auprès de ceux qui ne sont pas au courant de la question, mais qui doit être relevé vertement dans cette assemblée. M. Naine qui n'est malheureusement pas présent en ce moment — mais ses amis auront l'obligeance de le lui répéter — (M. Sigg: On lui fera la commission), M. Naine et ses amis doivent savoir que M. Maunoir et le parti libéral ont voté loyalement le premier impôt de guerre et l'ont défendu devant le peuple. Nous avons signé une adresse, une proclamation aux électeurs pour les engager à accepter l'impôt de guerre au mois de juin 1915. Cette proclamation a été signée par les représentants de tous les partis politiques, à l'exception du parti socialiste.

En 1917, nous avons voté l'impôt sur le timbre qui pèse exclusivement sur le capital. Nous avons, par notre appui, contribué à le faire passer et contre qui, Messieurs? contre le parti socialiste, qui l'a combattu énergiquement et qui l'aurait fait échouer s'il n'avait tenu qu'à lui. Et cependant cet impôt pèse, je le répète, exclusivement sur le capital. Le parti socialiste ne l'a pas moins combattu. Pourquoi? A ce moment-là déjà, il ne voyait comme seule panacée que l'impôt direct fédéral.

Encore aujourd'hui nous sommes prêts à voter l'impôt de guerre renouvelé, à titre exceptionnel et à des taux très élevé. Nous savons que le capital doit prendre sa part, sa large part, de la dette de mobilisation et des sommes nécessaires à l'accomplissement des réformes sociales dont nous sommes partisans sincères. Nous accepterions même des taux supérieurs aux taux actuels, qui sont cependant déjà très hauts, mais à une condition sine qua non, c'est qu'il s'agisse d'un impôt exceptionnel, unique, prélevé une fois pour toutes, quitte à le répartir sur un certain nombre d'années, mais non d'un impôt qui, par sa longue durée, est fatalement destiné à devenir permanent.

On demande aujourd'hui à la richesse acquise de payer la totalité de la dette de mobilisation. Du chiffre d'un milliard, auquel est évaluée la totalité de cette dette à fin 1918, on déduit 100 millions, produit du premier impôt de guerre, et 300 millions, impôt sur les bénéfices de guerre après déduction de la part perçue par les cantons et le versement au fonds de chômage. Mais, Messieurs, le moins que l'on devrait faire, même en se plaçant sur le terrain de la majorité radicale et du Conseil fédéral qui veut aujourd'hui demander la totalité de la dette de mobilisation à la richesse acquise, le moins qu'on devrait faire, ce serait de déduire aussi du chiffre de 1 milliard la capitalisation de l'impôt du timbre, puisqu'il pèse uniquement sur la richesse acquise. Cet impôt du timbre rend de 15 à 18 millions. Il produira pobablement davantage à mesure que les affaires reprendront. Cela représente, capitalisé au 6%, un capital de 250 à 300 millions, dont l'intérêt et l'amortissement sont payés par la richesse acquise seule. Il serait absolument juste de déduire de ce milliard la capitalisation de l'impôt du timbre. Resteraient 300 millions. Nous serions absolument d'accord si on nous proposait de payer 300 millions par un impôt unique et exceptionnel réparti sur un certain nombre d'années.

Est-ce là ce que nous demande le Conseil fédéral? Nullement. Il propose actuellement de prélever 600 millions par l'impôt direct sur la fortune acquise et le revenu, ce qui n'exigera pas moins de 4 ou 5 perceptions, et ce qui nous conduit à un impôt direct pendant une durée de 16 à 20 ans. On installe ainsi à demeure l'impôt direct dans le ménage fédéral. A qui fera-t-on croire en effet que lorsqu'on aura perçu pendant 16 ou 20 ans un impôt direct fédéral, on pourra le supprimer sans autres? C'est là, Messieurs, que nous ne voulons pas être dupes, nous qui sommes adversaires en principe de l'impôt direct fédéral. Et c'est parce que nous ne voulons pas être dupes que nous combattons ici et que nous combattrons de toutes nos forces devant le peuple les propositions faites par le Conseil des Etats et par le Conseil fédéral, que la majorité de la commission nous recommande d'adopter.

Le motif qui nous guide est avant tout un motif politique. Nous sommes des fédéralistes. Nous voulons des cantons forts et souverains. Nous voulons des communes vivantes et autonomes et nous considérons les cantons et les communes comme les cellules fondamentales de notre organisme fédéral. Ce sont nos institutions fédératives qui ont sauvé la Suisse pendant cette guerre. La région que nous représentons, la Suisse romande, est particulièrement attachée à ces institutions dans lesquelles elle voit une garantie du respect de ses droits, de ses institutions et de ses traditions, de son existence libre et indépendante.

A plusieurs reprises, Messieurs, on a reconnu le rôle utile que la Suisse romande avait joué dans cette guerre. On a même dit que la Suisse romande avait sauvé la Suisse. Nous enregistrons avec satisfaction ces marques de sympathie. Mais nous aimerions mieux que l'on nous donnât moins de bonnes paroles et que l'on tînt mieux compte de nos aspirations et de nos voeux. Ne nous payons pas de mots. Nous sommes assez perspicaces pour demander qu'on ne nous étouffe pas sous des compliments à l'instant même où l'on porte un coup mortel aux institutions auxquelles nous tenons le plus.

Parmi ces institutions, nous rangeons en première ligne l'autonomie financière des cantons et des communes. Si les cantons et les communes sont privées de leurs ressources, s'ils ne peuvent vivre qu'à l'aide des subventions fédérales et des miettes qui tomberont de la table toujours richement servie de la Confédération, les cantons et les communes cesseront d'exister comme organismes indépendants. Ils tomberont au rang de préfecture, de circonscriptions administratives. Ce sera la fin de ce qui fait la force et la raison d'être de la Suisse. Messieurs, c'est à cela que nous marchons en votant l'impôt direct fédéral. Lorsque les cantons devront lutter avec la Confédération pour la perception de l'impôt direct, ce sera la lutte du pot de terre contre le pot de fer. Les cantons succomberont forcément, ils n'existeront plus qu'en fonction de la Confédération et ils ne pourront plus être des auxiliaires vivants, agissants et indépendants de la Confédération.

Ils ne pourront plus notamment se mettre joyeusement à la solution des questions sociales, comme beaucoup d'entr'eux l'ont déjà fait et s'apprêtent de plus en plus à le faire. La charge de résoudre les questions sociales retombera exclusivement sur la Confédération. La marche du progrès en sera ralentie et en même temps un poids énorme pèsera sur les épaules de la Confédération qui n'y gagnera rien d'avoir dépouillé les cantons. Je cite comme exemple l'assurance-vieillesse et invalidité, l'assurance contre le chômage, oeuvres à propos desquelles j'estime que les cantons et les communes auront à jouer un rôle extrêmement utile, oeuvres qui doivent être édifiées sur la base de l'existence des institutions cantonales et communales, et dont les frais devront être supportés par la Confédération. Si la Confédération dépouille les cantons et les communes de l'impôt direct qui est la seule source réelle de leurs revenus, ce sera la mort des cantons. C'est pourquoi le rôle de la Confédération dans l'impôt de guerre devrait se borner à percevoir un impôt exceptionnel qui, si c'était absolument nécessaire, pourrait se renouveler au bout de quatre ans, mais par un vote nouveau du peuple et des cantons. Nous ne devons à aucun prix installer en permanence dans nos institutions cet impôt sous la forme qui lui donne la majorité de la commission.

Je dois dire à ce propos que le Conseil des Etats a profondément déçu notre attente. L'automne dernier, nous espérions que le Conseil des Etats améliorerait le projet. Au lieu de cela, le Conseil des Etats l'a complètement remanié et il est allé beaucoup plus loin que la solution votée par le Conseil national lui-même. Notre espérance maintenant est dans le peuple. Malgré tout nous avons confiance en lui. Le 2 juin il a repoussé l'impôt direct fédéral. La Suisse romande unanime, ou presque unanime, s'est jointe à la Suisse centrale fédéraliste pour repousser cet attentat contre nos institutions. Cet attentat a été brutal, mais avait au moins le mérite d'être franc. Aujourd'hui, nous nous trouvons en présence d'un autre attentat, mais moins franc, plus dissimulé, plus sournois et par là plus dangereux. Ce serait, je dois le dire, une profonde déception pour les fédéralistes de la Suisse romande que de se voir abandonné par ceux avec lesquels ils ont lutté la main dans la main. Je me suis permis de dire ce matin à M. le conseiller fédéral Motta, qui connaît les sentiments d'estime et d'affection que j'ai pour lui, que nous éprouvions à son égard le sentiment de troupes qui, après avoir remporté une belle victoire, verraient le général qui les a conduites au combat passer avec armes et bagages dans le camp ennemi. M. Motta m'a répondu qu'il procédait actuellement là à une contre-offensive.

Mais je me permettrai de lui répliquer que cette contre-offensive l'a conduit en effet très avant dans le camp des adversaires, non pas en vainqueur, mais en prisonnier. Pour nous libéraux romands, nous nous refusons absolument de le suivre sur ce terrain. C'est avec regret que nous le combattrons, mais nous n'hésiterons pas à le faire. Aussi M. le conseiller fédéral Motta me permettra de lui rappeler, en le transformant un peu, un vieil adage latin: Amicus. Motta: Sed magis amica libertas.

C'est parce que nous estimons que le projet actuel serait la mort des cantons, qu'il portera un coup fatal et décisif à nos institutions fédératives au moment où nous devons utiliser ces institutions pour en faire sortir de nouveaux progrès politiques et sociaux, c'est pour ce motif et d'autres encore que nous vous demandons le renvoi du projet au Conseil fédéral dans le sens de la proposition de M. Maunoir. Si nous ne l'obtenons pas nous combattrons de toutes nos forces ce projet devant le peuple. Vous pourrez nous écraser sous le poids de vos bataillons, mais vous ne nous amènerez pas à abandonner notre drapeau.

C'est dans ce sens que je vous prie de voter la proposition de M. Maunoir.

Schär (Basel): Gestatten Sie, dass der Sprechende auch für sich und namens der sozialpolitischen Gruppe, die geschlossen hinter dem Postulate Rothenberger steht, einige Worte zur Begründung desselben anbringt. Da darf in erster Linie auf die Wandlungen hingewiesen werden, die die Vorlage betreffend die wiederholte Kriegssteuer allmählich durchgemacht hat. Sie entspricht nun allen Anforderungen, die seinerzeit nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern auch von linksstehenden Sozialpolitikern aufgestellt wurden. Es sind nun auch Bestimmungen aufgenommen, von denen es ursprünglich hiess: «non possumus». Der Bundesrat hat sich damit abgefunden. Vielleicht wird eine ähnliche Wandlung auch bei der Einlage von 200 Millionen Franken in einen Fonds für Alters- und Invalidenversicherung eintreten. Tatsächlich sollte der Bundesrat den Nationalrat nicht inständig anflehen, diese 200 Millionen Franken abzulehnen, sondern im Gegenteil, er sollte die Mitglieder des Nationalrates um die Annahme des Postulates angehen. Wenn dieses Postulat in unserem Rate früher noch nicht gestellt wurde, so ist das darauf zurückzuführen, dass man im Oktober das Kriegsende noch nicht so nahe voraussah. Damals standen noch 300 Millionen Mobilisationsausgaben neben den übrigen laufenden Ausgaben pro 1919 in Aussicht. Heute stehen wir nun vor einer veränderten Situation. Der Krieg ist wider Erwarten vorzeitig abgeschlossen worden. Wir ersparen nun mindestens 300 Millionen Franken Mobilisationsausgaben, auf deren Bezahlung wir uns schon eingerichtet hatten, wir ersparen ferner am Militärbudget vorerst 16 Millionen und wir ersparen weiter ungezählte Millionen der Notstandsaktion.

Soll das unsere Haltung in der vorliegenden Frage nicht beeinflussen? Sollen wir undankbar gegen diese günstige Schicksalswendung sein? Es war schon seit alten Zeiten ein edler Brauch, dass, wenn jemand, sei es eine einzelne Person, eine Familie, eine Gesellschaft oder ein Gemeinwesen, aus grosser Gefahr errettet wurde, dass in solchen Fällen Dankopfer, bei den alten Heiden Votivgeschenke dargebracht wurden. Auch bei den Anhängern der katholischen Konfession sind solche edle Zuwendungen nichts Ungebräuchliches, und deshalb sollte auch Herrn Bundesrat Motta dieser Gedanke sympathisch sein. Diese Sitte hat sich durch Jahrhunderte hindurch erhalten und in der neuern Zeit haben nicht einzelne Personen oder Familien, sondern auch grosse Industrieunternehmungen dieser schönen Sitte gehuldigt. Für was könnte nun

heute eine solche Zuwendung besser verwendet werden, als für einen Akt der Fürsorge, um da nachzuhelfen, wo wir Schweizer sozialpolitisch am rückständigsten sind? Das trifft zu für die Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung, die in vielen andern Ländern seit Jahren an die Hand genommen wurde, bei uns jedoch noch nicht. Die Förderung eines solchen Zweckes wird von allen Mitbürgern mit sozialem Verantwortungsgefühl gewünscht.

Zugleich mit dem Kriegsende haben wir in der Schweiz den Generalstreik erlebt. Neben vielem Schlechten hat er auch ein Gutes gebracht: er hat bei vielen Mitbürgern das soziale Gewissen und das soziale Verantwortungsgefühl geschärft. Viele fragen sich: Wie war ein solches Verhalten grosser Bevölkerungskreise möglich? und die Antwort lautet: Der Grund liegt neben der verhetzenden Tätigkeit der Streikführer in der sozialen Rückständigkeit unseres Landes. Nicht vergebens hat auch der Bundesrat vor dem Generalstreik vermehrte soziale Reformen versprochen. Hier bietet sich nun Gelegenheit, das Versprechen einzulösen, und die Stellungnahme zum Postulat Rothenberger bildet den Prüfstein für die Aufrichtigkeit des Versprechens. Man erwartet überall nun eine soziale Tat und lässt sich mit Worten nicht mehr abspeisen. Vielerorts hat das Erwachen des sozialen Gewissens Tendenz zu überstürzter Sozialisierung ausgelöst. Aus Unkenntnis der sozialen Entwicklungsgesetze will man Reformen fördern, die trotz dem besten Willen doch wirkungslos sind. Da ist es notwendig, diesen guten Willen auf einen guten Weg zu weisen, und das beste Mittel neben der Wohnungs- und Lohnreform ist die Förderung der Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung. Diese Idee des Opfers einer grossen Summe lag in der Luft. Dagegen ist meines Wissens Kollege Wild von St. Gallen der Vater derselben, der erste, der dieselbe öffentlich propagiert und allgemein bekannt gemacht hat.

Wenn der Bundesrat heute erklärt, durch die Annahme des Postulates Rothenberger werde sein Finanzprogramm gestört, so ist darauf hinzuweisen, dass das Finanzprogramm auch gestört worden wäre, wenn der Krieg ein Jahr länger gedauert hätte. Wir hätten dann doch mindestens 300 Millionen Franken mehr aufbringen müssen. Wenn speziell die Kriegsgewinnsteuer nun zur Deckung der 200 Millionen Franken herangezogen werden will, so hat das seinen Grund darin, dass es sich hier doch um unerwartete Einnahmen handelt. Ursprünglich hat man ja nur mit 15 Millionen Ertrag gerechnet. Die Einnahmen aus Kriegsgewinn werden von weiten Kreisen der Bevölkerung doch als eine Art Sündengeld betrachtet und deren Verwendung zu charitativen Zwecken entspricht weit verbreiteten Auffassungen.

Wie verhält es sich mit dieser Verwendung in Wirklichkeit? Auch der Bundesrat hat einen Teil der Kriegsgewinnsteuer, nämlich den sechsten Teil derselben, auf Grund seiner Vollmachten für den Zweck der Arbeitslosenfürsorge verwendet. Heute will er, der für sich selber das Recht zu solcher Verwendung in Anspruch genommen hat, dem Parlamente verbieten, nun auch seinerseits etwas für soziale und Fürsorgezwecke zu verwenden. Nun was bedeutet im weiteren materiell das Postulat? Es bedeutet eine Sicherung von 200 Millionen Franken vorweg für diesen Zweck. Es bedeutet keine Vermehrung der Barauslagen des Bundesrates. Es braucht zu seiner Verwirklichung keiner anderer Transaktion, als dass Herr Bundesrat Motta Herrn Bundesrat Schulthess oder Herrn Direktor Rüfenacht vom Amt für Sozialversicherung einen Schuldschein von 200 Millionen Franken ausstellt. Mehr braucht es tatsächlich heute nicht.

Die Behauptung von Herrn Kollega Meyer und auch von Herrn Bundesrat Motta, dass dadurch unsere Notendeckung ungünstig beeinflusst werde, dass der Metallvorrat der Nationalbank nicht mehr in richtigem Verhältnisse stehe zur gesamten Notenzirkulation, ist meines Erachtnes vollständig unrichtig. Es wäre etwas anderes, wenn wir verlangten, die 200 Millionen Franken sollen sofort bar ausgewiesen werden. Das verlangt aber niemand. In praxi für die Steuerpflichtigen kommt die Bewilligung der 200 Millionen Franken darauf hinaus, dass die Kriegssteuer mindestens eine Periode länger erhoben werden muss. Das ist der Kern der ganzen Frage, dass auch die Besitzenden an die Alters- und Invalidenversicherung auf diese Art beitragen müssen. Da möchte ich doch darauf hinweisen, dass es jeden Sozialgesinnten mit grosser Befriedigung erfüllen muss, dass ein Mann wie Herr Kollege Sulzer, der jedenfalls zu den Leidtragenden bei der Annahme des Antrages gehören wird, sich so unumwunden für diese Sicherung der 200 Millionen Franken ausgesprochen hat.

Und nun darf man doch die Frage aufwerfen: Soll der Besitz denn nicht an die Alters- und Invalidenversicherung beitragen? Herr Nationalrat Wild hat schon darauf hingewiesen, dass das doch eine Ehrenaufgabe auch für den Besitz sei, und ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die ganze Alters- und Invalidenfürsorge auch eine Pflicht der Arbeitgeber ist. Sie mögen die Alters- und Invalidenversicherung lösen, wie Sie wollen, ohne Beitrag der Arbeitgeber werden Sie nicht auskommen. Unser Postulat will also nur eine antizipierte Zahlung. Einmal müssen Sie doch zahlen, nur wird es dann in einer andern Form sein, die vielleicht drückender werden wird. Was ist die Alters- und Invalidenversicherung anders als eine Pflicht des Arbeitgebers? Allgemein anerkennt man die Pflicht eines Unternehmers, das tote Material abzuschreiben. Ein Unternehmer, der seine Maschinen, sein Mobiliar, sein Inventar nicht abschreibt, gilt mit Recht als ein schlechter Geschäftsmann. Was aber für das tote Material gilt, gilt auch für das lebende, für die Arbeiter, die Angestellten. Nun ist es allerdings betrübend, dass bis jetzt diese Pflicht in der Schweiz nicht in weiterem Umfange anerkannt worden ist. Ich will immerhin Ausnahmen zugeben. Von seiten des Schweizerischen Technikerverbandes ist vor einiger Zeit eine Untersuchung veranstaltet worden über diese Frage. Herr Ingenieur Guise hat eine Broschüre veröffentlicht darüber, aus welcher man ersieht, dass schon 41 grosse Unternehmungen in der Schweiz dieser Frage ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Während des Krieges haben sich diese Unternehmungen bedeutend vermehrt. Ich möchte hier nochmals feststellen, dass auch gut fundierte Unternehmungen aus ihren Kriegsgewinnen ganz bedeutende Rückstellungen und Stiftungen gemacht haben zur Förderung der Angestelltenversicherung, dass sie hiermit schon eine Grundlage für den weiteren Ausbau gelegt haben. Ich nehme an, man wird bei der Organisation der eidgenössischen Alters- und Invalidenversicherung diese bestehenden

Kassen nicht aufheben, sondern sie weiter bestehen lassen, vielleicht subventionieren. Man wird dadurch, wie Herr Wild schon erklärt hat, auch unsere Angestellten und Arbeiter veranlassen, unserem Lande treu zu bleiben und nicht den Lockungen des Auslandes zu folgen. Es sprechen also wichtige sozialpolitische Gründe dafür, dass heute schon ein Anfang mit der Lösung gemacht wird.

Aus dem, was ich eben ausgeführt habe, geht hervor, dass es nicht angeht, dass, wie von verschiedenen Seiten verlangt wird, nur indirekte Steuern zur Deckung der Alters- und Invalidenversicherung herangezogen werden können. Wir werden auch indirekte Steuern haben müssen, aber auch andere, und werden jedenfalls die Tabaksteuer, die für jeden Franken Einnahmen, die sie dem Bund einträgt, den Konsumenten mit Fr. 2 belastet, nicht bewilligen.

Nun möchte ich zum Schlusse meiner Ausführungen darauf aufmerksam machen, dass die ganze Idee sehr populär ist. Wenn Sie heute, was ich nicht annehme, in Mehrheit das Postulat nicht annehmen würden, so wäre vorauszusehen, dass die schon in Aussicht genommene Initiative zur Verwirklichung des Postulates eintreten würde. Für den Fall der Ablehnung behalte ich mir vor, einen Abänderungsantrag zu Ziff. 2 zu stellen, damit nicht die Anhänger der Opfermotion, der 200 Millionen-Einlage, gezwungen werden, gegen die Kriegssteuervorlage zu stimmen. Das wäre der Fall, wenn in der Kriegssteuervorlage über das ganze Erträgnis der Kriegsgewinnsteuer verfügt würde. Es lässt sich dem leicht durch eine Korrektur abhelfen, und ich behalte mir eine Ergänzung vor. Man hat anlässlich der ersten Beratung der Kriegssteuer von einer Opfermotion Goetschel gesprochen. Das war kein Opfer; aber heute wollen wir ein Opfer bringen für die Armen und Unterdrückten und Elenden und stimmen daher für das Postulat Rothenberger.

Speiser: Ich möchte noch einmal den Standpunkt der Kriegssteuerkommission in diesem Rate darlegen. Die Kriegssteuerkommission hat die Anregung des Herrn Rothenberger verhältnismässig kurz diskutiert und ist nicht darauf eingetreten. Es mag die Ansicht damit im Zusammenhang gestanden haben, dass wir eine Kriegssteuerkommission seien und nicht eine Alters- und Invalidenversicherungskommission, und dass wir in erster Linie für die Kriegssteuer zu sorgen haben. Es ist von unserem Präsidenten den Rednern empfohlen worden, nicht über die Alters- und Invalidenversicherung zu sprechen, sondern nur über den Gedanken, einen Teil der Kriegssteuer für die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung zu verwenden. Nichts zeigt mehr als dieser Befehl des Präsidenten, in was für einer sonderbaren Lage wir uns befinden, dass wir in einem Moment, wo wir hofften, die Kriegssteuer unter Dach zu bringen, plötzlich an ein neues Thema kommen, über das wir nicht sprechen dürfen und über das wir nicht sprechen können; denn wir sind nicht orientiert über die Alters- und Invalidenversicherung. Gewiss gibt es keine schönere Versicherung als diese, aber von allen Versicherungsgedanken kann keiner so wenig überblickt werden in seiner Tragweite wie die Alters- und Invalidenversicherung. Man sagt: Gebt uns 200 Millionen! Man könnte meinen, das sei viel; aber man hat auch wieder gesagt, es sei vielleicht nur der fünfte Teil des Notwendigen, es brauche eine Milliarde, und die 200 Millionen seien nicht mehr als ein schöner Anfang. Wir wissen in keiner Weise, was die Leistungen der künftigen Versicherung sein sollen, sie können schwanken zwischen Fr. 300 und 2000, je nachdem ist das Problem von einer ungeheuren Tragweite. Wir wissen nichts über die künftige Organisation. Soll die Eidgenossenschaft die Organisation übernehmen oder die Kantone? Wir wissen auch nicht, wann die Sache kommen werde. Es ist mir kein offizielles oder auch nur halb offizielles Schriftstück über die Invalidenversicherung bekannt, und heute sollen wir beschliessen, aus dem Ertrag der Kriegssteuer — denn es geht aus dem Ertrag der Kriegssteuer und nicht der Kriegsgewinnsteuer — 200 Millionen zu reservieren, bzw. die Kriegssteuer soll nicht eine Kriegsschuldsteuer, sondern eine Kriegsschulden- und Alters- und Invalidensteuer sein. Das in einem Moment, wo wir sehr gut orientiert sind über die Kriegssteuer und die Kriegsgewinnsteuer, aber nicht über die Alters- und Invalidenversicherung.

Ohne auf den reglementarischen Standpunkt zu viel Gewicht zu legen, muss ich mit Herrn Bundesrat Motta sagen: Diese Frage gehört nicht mehr in die Diskussion. In bezug auf die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer haben wir res judicata. Es ist niemals im Rat der Gedanke angefochten worden, dass die Kriegsgewinnsteuer in vollem Betrage an die Mobilisationsschuld abgegeben werden solle. Es ist darüber nie gestritten worden, und es ist auch im Ständerat nicht diskutiert worden.

In der Sache selber habe ich schon gesagt, und Sie sind damit einverstanden, der Effekt des Antrages Rothenberger ist zweifellos der, dass die Kriegssteuer um eine vierjährige Periode verlängert wird. Wenn wir vorne 200 Millionen wegnehmen, so müssen wir sie eben hinten ansetzen. Wenn wir das, was der Ständerat beschlossen hat, annehmen, haben wir schon mehr zu leisten, als wir früher beschlossen haben. Wir haben 500 Millionen im Maximum beschlossen und der Ständerat hat 600 Millionen beschlossen. Wir nehmen nun die 600 Millionen an, können aber nicht noch 200 Millionen mehr nehmen; der Erfolg würde sein, dass man die Kriegssteuer von 16 auf 20 Jahre verlängern muss; das ist nicht mehr eine temporäre Kriegssteuer, sondern eine dauernde direkte Bundessteuer; diejenigen, welche schon gegen die temporäre Kriegssteuer sind, werden es mit schwerem Herzen übernehmen, für eine Verlängerung von 16 auf 20 Jahre einzutreten.

Von Herrn Wild ist gesagt worden, man müsse die 200 Millionen nicht bar wegnehmen; es genüge, wenn man einen Schuldschein unterzeichne, sogar einen unverzinslichen Schuldschein; das wäre ein Schuldschein, unterschrieben vom Bundesrat, der aber seinerzeit von den Steuerpflichtigen eingelöst werden müsste. Der Gedanke ist nicht richtig. Erleichtern Sie die Schaffung der Alters- und Invalidenversicherung, wenn im Augenblicke, wo die Versicherung in Kraft treten soll, der Bund 10 Millionen als Zins der reservierten 200 Millionen zahlen muss, während er bis dahin die Obligationen zinslos hat? Ich finde es nicht.

Nun möchte ich kurz zurückkommen auf den Gang, den die Kriegssteuer bis heute genommen hat. Die Initiative der Sozialdemokraten verlangte eine regel-

mässige ordentliche direkte Bundessteuer. Dieses Begehren ist von uns mit grosser Majorität abgelehnt worden, und man hat die Thesen des freisinnigen Parteitages angenommen, welche lautet: «Keine dauernde Bundessteuer, aber eine Wiederholung der direkten Kriegssteuer zur Deckung der Kriegsschuld, und zwar durch starke Heranziehung des Besitzes.» Diese Parole ist in den Besprechungen vor der Volksabstimmung aufrecht gehalten worden von den Vertretern der radikal-demokratischen Partei, und es war die Parole der Reden des Herrn Bundesrat Motta, der überall mit seiner bekannten Eloquenz in Volksversammlungen gegen die direkte Bundessteuer aufgetreten ist, mit der Betonung, dass der Besitz stark belastet werden müsse für die Deckung des grösseren Teils der Kriegsschuld.

Wenn Sie heute diese 200 Millionen zugunsten der Alters- und Invalidenversicherung beschliessen, die aus dem Ertrag der Kriegssteuer genommen werden müssen, so ist die Parole nicht gehalten, und ich begreife, dass Herr Motta in ein gewisses Missbehagen gekommen ist, wenn man heute, ich will nicht sagen das Gegenteil, aber etwas wesentlich anderes vorbringt, als das, was man vor dem 2. Juni 1918 versprochen hat, und was der Herr Bundesrat selbst versprochen hat, und ich glaube, er habe das Recht, sich lebhaft dagegen zu wehren, dass der Gedanke, der vom Volke sanktioniert worden ist, so stark modifiziert und havariert werden soll, denn es ist eine Havarierung, wenn man die Kriegssteuer so stark verlängert und sie verwendet für einen ganz neuen, sehr schönen, aber ihrem Zwecke völlig fremden, sozialen Zweck. So liegt die Sache, und ich muss wohl sagen, wenn Sie den Antrag annehmen, so sind die Sozialdemokraten mit ihrer Auffassung der Kriegssteuer als Beginn der dauernden direkten Bundessteuer die beati possidentes, sosehr sie sonst gegen den Besitz sind. Es wird sich dann die Sache so machen, wie die Sozialdemokraten es von Anfang proklamiert haben, und das ist es, was die Kriegssteuerkommission des Nationalrates nicht will. So schön die Alters- und Invalidenversicherung ist, so muss doch gesagt werden, dass wir schon oft für Versicherungen geschwärmt haben. Ich habe gestern eine Remiszenz gebracht und bringe heute eine andere. Im Jahre 1890 haben wir uns begeistert für die Kranken- und Unfallversicherung, der ganze Nationalrat. Es ist dann aber noch etwa 20 Jahre gegangen, bis die Kranken- und Unfallversicherung perfekt geworden ist; so wird es mit der Alters- und Invalidenversicherung gehen. Sie müssen nicht glauben, dass, wenn Sie eine verzinsliche oder unverzinsliche Schuld von 200 Millionen konstitutieren, das Projekt damit wesentlich gefördert sei.

Das sind die Gründe, die ich Ihnen so ruhig als möglich gegen den Antrag vorzubringen hatte. Ich konnte das um so mehr tun, als ich ein mässiger Freund der Kriegssteuer bin, wie sie aus den Beratungen der beiden Räte hervorgegangen ist. Ich darf wohl noch einmal, es ist gewiss das letzemal, mein Ceterum censeo bringen. Ich halte die Lösung der Finanzfrage, wie sie mit der Kriegssteuer nun erreicht wird, nicht für richtig, sie wirkt meiner Ansicht nach viel zu langsam, weil Sie sich darauf versteift haben, das Kapital der Kriegsschuld rasch zurückzuerstatten. Uns belastet aber nicht das Kapital, wir haben genug Kredit, sondern was uns drückt, das ist der jährliche Zins, um das Kapital zu verzinsen. Wir bezahlen nun jedes Jahr 40 oder 50 Millionen Kapital zurück, aber damit entlasten wir unser Budget im Jahr nur um 2—3 Millionen, und es geht nur langsam vorwärts. Wenn Sie richtig hätten finanzieren wollen, so hätten Sie sorgen sollen, dass vom ersten Tag an der Zinsendienst und die Kapitalrückzahlung von der Kriegssteuer übernommen wird, so wären Sie vom ersten Tag an erleichtert gewesen. Aber Sie haben es anders gewollt. Sie haben sich durch ein schönes Wort blenden lassen: Die Kapitalschuld müsse so schnell als möglich abbezahlt werden. Hätten Sie ein System gewählt, das von Anfang an die Zinsenlast aus dem ordentlichen Budget der Eidgenossenschaft herausgenommen hätte, so hätten Sie die Mittel gehabt, auch für soziale Zwecke zu sorgen. Sie haben nur daran gedacht, die Kriegsschuld abzuschütteln, aber Sie haben nicht gedacht, dass im Moment, wo der Krieg aufhört, starke soziale Begehren kommen, und diese stellen sich nun ein. Nachdem Sie nun das Kapital abzahlen müssen, bleibt die Zinsenlast noch lange, und es fehlen Ihnen die Mittel, soziale Aufgaben zu lösen.

Nun kommt man eben auf das Programm vom Juni 1918 zurück, wo man gesagt hat, die Kriegssteuer sei eine Belastung des Besitzes, aber ausschliesslich für die Kriegsschuld, und will sie auch für soziale Zwecke verwenden und sie auf 20 Jahre verlängern, also auf eine Zeitdauer, von der man im Jahre 1918 nicht einmal geträumt hat. Darum gefällt mir die ganze Lösung nicht, und sie gefällt mir noch viel weniger, wenn nach dem Antrag Rothenberger in die Finanzoperation der Kriegsschuldendeckung auch noch die Gründung eines Altersversicherungsfonds einbezogen wird.

Hirter: Ich begreife sehr gut, dass es für den verehrten Vorsteher des Finanzdepartementes im gegenwärtigen Moment nicht angenehm sein muss, den Antrag, wie er gestellt ist, anzunehmen. Ich verstehe ganz gut, dass es für die Kommission einfacher und besser gewesen wäre, wenn die Sache für sich erledigt worden wäre und wenn die Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung nun nicht noch hineingekommen wären.

Es ist ja zuzugeben, dass die Ordnung der ganzen Angelegenheit, wie sie geplant war nach den Anträgen und Beschlüssen des Ständerates, eine einfachere und schönere gewesen und dass damit die Sache auch eher erledigt worden wäre. Allein, dürfen wir nun diese Gründe in Erwägung ziehen, wenn es sich um eine so wichtige Frage handelt wie die vorliegende? Wir werden uns zu erinnern haben, dass wir an der Schwelle einer neuen Zeit stehen, welche die Abtragung der eingegangenen Verpflichtungen, anderseits aber auch die Lösung sozialer Fragen in Aussicht zu nehmen hat. Ich glaube, das können wir uns nicht genug vor Augen halten und in Erinnerung rufen. Es muss ohne weiteres bei der Vorlage, die darauf ausgeht, die Schulden zu tilgen, mit in Betracht gezogen werden der Ausblick auf die Zukunft des Landes. Es wurde heute gesprochen von der Deckung der flottanten Schuld. Ich glaube, dass die 3—400 Millionen Reskriptionen des Bundes bei der Nationalbank nach und nach eingebracht werden können durch die Eingänge aus den Monopolen. Die Be-

stände der Monopole können liquidiert werden, und aus ihnen werden nach und nach die Eingänge kommen, die nötig sind, um die Schuld zu bezahlen. Es wurde aufmerksam gemacht, dass die Emission der Nationalbank unter diesen Anforderungen zu leiden hätte. Ich glaube, dass die Emission der Nationalbank, nachdem sie den kritischen Punkt des 31. Dezember 1918 überstanden, nicht mehr gefährdet ist. Wenn der Weizen wieder Fr. 26 und nicht Fr. 69 kostet wie jetzt, wenn die Kohlen sich wieder dem ursprünglichen Preise nähern und statt Fr. 180 per Tonne wesentlich billiger sich stellen, wenn der Eisenpreis von Fr. 530 zurückgehen wird auf Fr. 84 wie vor dem Krieg, das Hermatit von Fr. 720 auf 97, wenn Grobblech von Fr. 1100 auf Fr. 155 zurückgeht, so wird das zur Folge haben, dass die Ansprüche an die Nationalbank bedeutend geringer werden. Auch deshalb, weil nicht mehr ausschliesslich die Barzahlung platzgreifen wird, weil nicht ausschliesslich in Schweizerwährung gezahlt werden muss, und weil im allgemeinen das Kreditsystem sich wieder in vollem Masse entwickelt.

Es wird einen natürlichen Abbau geben, der in absehbarer Zeit annähernd auf die früheren Verhältnisse zurückführen wird. Es werden die Noten aus der Thesaurierung zurückkehren; denn das ist ganz sicher, dass Noten der Nationalbank sich in Tresors befinden, sogar im Ausland, und dass sie nach und nach wieder in die Heimat zurückkehren werden. Nun hat Herr Meyer gesagt, der Antrag Rothenberger fördere die Gesetzgebung über die Alters- und Invalidenversicherung um keinen Tag. Ich muss dem widersprechen; denn wenn die nötigen Gelder vorhanden sind, wird ganz gewiss das Werk der Lösung rascher entgegengeführt werden können, als es sonst der Fall wäre. Wir werden natürlich mit einer Jahresquote mehr zu rechnen haben, wenn wir den Antrag Rothenberger annehmen. Aber macht eine Jahresquote so viel aus, dass man dann von dieser Steuer sagen müsste, sie werde dadurch zur permanenten Steuer werden? Nein, eine Quote wird die permanente Steuer nicht ausmachen. Wir haben 100 Millionen von der früheren Kriegssteuer erhalten, dann etwa 5mal im Betrag, der in der Botschaft des Bundesrates aufgestellt ist, also von 145 Millionen, und so werden wir endlich von der Kriegsgewinnsteuer einen Betrag von 200 Millionen wohl noch erübrigen können. Ich meine, die Kriegsgewinnsteuer wird sich belaufen auf einen Betrag von 400 Millionen, und wenn wir die Hälfte davon nehmen, werden wir mit 200 Millionen auf die Rechnung kommen, die wir haben müssen.

Es wurde auch gesagt, dass ein Schuldschein ausgestellt werden sollte und dass er präsentiert werde, wenn das Werk erstellt sein wird. Ich glaube, wir dürfen das ruhig machen; denn es wird eine grosse Reihe von Jahren gehen, bis wir am vollendeten Werke stehen.

Nun ist doch in Betracht zu ziehen, dass so viele Arme und Bedürftige heute angstvoll in die Zukunft blicken. Es ist in Betracht zu ziehen, dass so viele im Lande herum ihrer Existenz nicht mehr sicher sind und dass sie mit Bedenken der Zukunft entgegensehen, von der sie nicht wissen, was sie ihnen bringen wird. Diesen allen soll der Antrag Rothenberger einen gewissen Trost bringen. Wenn wir 200 Millionen auf die Seite legen für die Alters- und Invalidenversicherung, so wird doch eine gewisse Sicherheit geschaffen, dass das Werk in absehbarer Zeit zustande kommt, und wenn es auch nicht zustande kommt für die jetzt Lebenden, so wird doch die Gewissheit geschaffen, dass es zustande kommt für diejenigen, die uns nachfolgen.

Wenn die Fonds vorhanden sind, so wird ganz gewiss die Organisation leichter durchgeführt werden können und es wird darin ohne Zweifel eine starke Anregung zur Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung liegen. Wir gehen doch einer merkwürdigen Situation entgegen, wenn wir die Alters- und Invalidenversicherung ausarbeiten und das nötige Geld dafür fehlt. Wir sollten unbedingt das Notwendige tun, um einen Teil des erforderlichen Kapitals, denn wir wissen ja nicht, wieviel die ganze Sache kostet, sicherzustellen.

Es wird nun gesagt, die Kriegsgewinnsteuer gehöre hier nicht hinein in die Verordnung über die Kriegssteuer. Sie ist aber doch hereingenommen worden, um das ganze Gebäude der Finanzierung fertig zu stellen. So gut wie die Kriegsgewinnsteuer in die Rechnung eingestellt wird, darf ohne weiteres auch die Verwendung eines gewissen Teiles in Aussicht genommen und beiseite gelegt werden.

So liegt nun die Sache. Sollen wir vor das Volk treten und ihm die Kriegssteuer als solche vorlegen, oder soll damit der Antrag verbunden sein, 200 Millionen für die Alters- und Invalidenversicherung auf die Seite zu legen? Ich neige der letzteren Ansicht zu und glaube, dass diese Ansicht im Volke durchschlagen wird. Wenn wir diese 200 Millionen nicht reservieren, so gehen wir unter Umständen einer Volksbewegung entgegen, die dann schliesslich auf das hinausgeht, was wir Ihnen hier vorschlagen. Es hätte ja verschiedene Lösungen gegeben, allein nachdem uns der Antrag des Herrn Rothenberger in dieser Weise vorliegt, möchte ich Ihnen dringend empfehlen, demselben zuzustimmen und ihn in die Beschlussfassung über die Kriegssteuer aufzunehmen.

Mächler: Ich habe schon wiederholt Gelegenheit gehabt, mich zu dem Traktandum, um das es sich handelt, in eindringlichsten Worten an Sie zu wenden. Das erstemal war es, als der Antrag des Herrn Hunziker zur Behandlung kam. Ich konstatiere heute mit Vergnügen, dass damals entgegen der Finanzkommission und dem Bundesrate der Nationalrat mit Mehrheit den Willen ausgesprochen hat, es müsse finanziell etwas Ernsthaftes für die Alters- und Invalidenversicherung geschehen. Der Bundesrat ist damit im Dezember gewarnt worden und hat gewusst, dass er die Aufgabe hatte, sich auf diese Dinge zu präparieren.

Das zweite Mal hatte ich die Ehre, auf den Punkt zu sprechen zu kommen bei der Motion über die Abwanderung. Kein Mensch hat im Nationalrat damals auch nur mit einer Silbe gegen das Argument, dass die Abwanderung aus der Schweiz dadurch verhütet werden müsse, dass wir Institutionen wie die Alters- und Invalidenversicherung schaffen, irgend etwas eingewendet. Aber heute sind Kanonen aufgefahren worden gegen die gleiche Sache. Ich möchte sie den Wetterkanonen vergleichen, und zwar nicht nur phrasenhaft, sondern in Tat und Wahrheit. Die Rebbergbesitzer schmettern Kanonen los, wenn sie ein

Gewitter kommen sehen; sie wissen, der Hagel bricht los, aber man probiert noch was man kann. Und so ist es auch heute. Jedermann ist für die Alters- und Invalidenversicherung. Die Partei des Herrn Speiser hat kürzlich in den Basler Nachrichten in ihrem Programm die Sache verfochten. Kein Mensch wagt in diesem Saale gegen das Institut etwas zu sagen. Alle nehmen an, das Volk will es; aber nun kommen finanzielle Bedenken und kommt kein Geld.

Im Gegensatz zu einem meiner Herren Vorredner, der sehr höflich gewesen ist, muss ich gegenüber Herrn Motta, dessen Temperament ich schätze, ja sogar liebe — es ist recht, dass es solche Leute gibt — doch sagen: Die Entrüstung des Herrn Bundesrat Motta war heute nicht mehr so ganz am Platze und ich glaube, es ist keine gute Finanzverwaltung — ich erlaube mir das zu sagen —, wenn man jetzt noch diesem Postulat gegenüber in solcher Entrüstung macht. Ich halte dafür, dass, nachdem nun wiederholt im Volk und in den Kantonen davon die Rede war, die Sache kommen muss. So ist es Aufgabe des Bundesrates, uns nicht mehr mit Negierungen, mit allgemeiner Kritik, mit Bemerkungen wie: «Das gehört nicht hierher, wir werden später davon reden», abzuspeisen, sondern es ist Sache des Bundesrates, zu sagen, wie er sich in Tat und Wahrheit die Sache denkt. Und ich glaube, die Zeit sollte dazu doch nach und nach reichen, wenn man nämlich die Meinung des Bundesrates hören will, bevor die Gelegenheiten verpasst sind. Nachher interessiert sie uns nicht mehr so stark.

Etwas anderes. Ich bin ein Gouvernementsmensch, ein Regierungsmensch. Es ist daher für mich ungemein unangenehm, schon gegen den verehrlichen Vertreter des Finanzdepartementes reden zu müssen, aber noch unangenehmer ist es mir, reden zu müssen, während man einem entgegensagt: «Der Bundesrat ist einstimmig in der Verwerfung des Postulates.» Ich tröste mich allerdings ein wenig, denn für einen Regierungsmenschen ist es immer angenehm zu hören, dass eine andere Behörde einstimmig ist. Es ist das eine Erscheinung, die auch beim Bundesrat nur begrüsst werden kann, und ich begrüsse sie, selbst wenn die Sache gegen mich geht, eher als andere Entscheidungen, bei denen der Bundesrat sich nicht einstimmig gezeigt hat. Aber es ist nicht richtig, diese Einstimmigkeit anzuführen. Denn der Bundesrat kann nur einstimmig gewesen sein in der Verwerfung des Postulates Rothenberger, welches dahin ging, dass die ganze Kriegsgewinnsteuer für die Sozialversicherung verwendet werde. Aber ich kann, offen gestanden, nicht glauben, dass der Bundesrat auch einstimmig sei in der Ablehnung dieses Antrages. Denn dieser Antrag ist gestern nacht gestellt worden und kommt erst heute zur Behandlung. Ich muss mich wirklich etwas wundern, wann eigentlich der Bundesrat in der Lage gewesen ist, den Antrag gründlich und mit dem erforderlichen Ernst zu behandeln. Nicht dass ich behaupten möchte, Herr Motta habe etwas Unrichtiges gesagt, aber wir wollen die Haltung gegenüber dem Postulat und gegenüber dem bescheideneren, modifizierten Antrag, wie er heute in Diskussion steht, nicht verwechseln.

Ich muss also gestehen, es ist mir unangenehm gegenüber einem einstimmigen Bundesrat auftreten zu müssen, aber ich würde es auch materiell nicht begreifen, wenn der Bundesrat, während das Volk einstimmig darin ist (das darf man schon sagen), dass die Alters- und Invalidenversicherung kommen muss, noch einstimmig darin sein sollte, dass er überhaupt noch nicht weiss, wie man die Sache zahlen soll. Eine solche Finanzpolitik verstehe ich, offen gestanden, nicht recht.

Ich begreife hingegen vollständig das, was Herr Bundesrat Motta und Herr Kollege Meyer ausgeführt haben. Man spürt so jenen griechischen Philosophen, der gesagt: «Störe meine Kreise nicht!» Endlich ist der Kreis da und in Ordnung und nun kommt man wieder mit neuen Dingen. Aber, meine Herrschaften, die Alters- und Invalidenversicherung ist etwas, das kommen muss und kommen wird, und bei jeder Gelegenheit haben wir die Pflicht, den Bundesrat und Sie darauf aufmerksam zu machen, dass Mittel beschafft werden müssen, und so lange wird man eben die Kreise stören, bis diejenigen Behörden, die die Führenden sein sollen, uns selbst einen positiven Antrag stellen, wie die Sache bezahlt werden könne. Es wird nicht anders gehen.

Nun erklärt uns Herr Speiser, es sei eigentlich fraglich, ob diese Geschichte hier diskutiert werden könne. Einmal handle es sich um etwas ganz Unübersichtliches. Er erklärt sogar, was mich wundert, da ich die Kenntnisse und Feinheiten des Herrn Speiser sehr hoch schätze, die Alters- und Invalidenversicherung sei die unübersichtlichste Versicherung, die es gebe. Ich arbeite auf diesem Gebiet nun schon fast seit einem Jahrzehnt und habe mit Versicherungstechnikern verschiedentlich darüber geschrieben und gesprochen. Aber das ist mir nun ganz neu. Im Gegenteil, gerade die Partei des Herrn Speiser hat in ihrem Programm in den Basler Nachrichten die Arbeitslosenversicherung aufgenommen. Jene ist die unübersichtlichste, die es gibt. Darüber sind die Versicherungstechniker einig. Dagegen gehört die Altersversicherung zu den übersichtlichen Versicherungen und die Invalidenversicherung ist wenigstens immer noch bedeutend abgeklärter als die Arbeitslosenversicherung.

Aber ganz abgesehen davon stehen Sie nicht etwa vor einem Novum. Die Alters- und Invalidenversicherung besteht im Kanton Glarus. Herr Wild hat darüber Ausführungen gemacht. Für die Alters- und Invalidenversicherung liegen für den Kanton St. Gallen Expertengutachten und ganz genaue Berechnungen vor. Die Alters- und Invalidenversicherung besteht in England; eine Art Alters- und Invalidenversicherung besteht bekanntlich in Deutschland, und in einer ganzen Reihe von Ländern hat man gewisse Versicherungsvorschriften für grössere Gruppen. Keine Rede davon, dass es sich um ein Novum, um etwas Unabgeklärtes handelt. Im Gegenteil, es handelt sich um ein Versicherungsgebiet, für das nicht nur theoretische, sondern praktische Erfahrungen, und zwar umfangreiche Erfahrungen, vorliegen.

Nun will ich ihnen eine kleine Rechnung machen. Ich lasse mich dabei nicht weiter befassen. Aber sie stützt sich immerhin auf seriöse Berechnungen. Ich verweise auf das, was Herr Wild mit bezug auf Glarus gesagt hat. Für St. Gallen sei folgendes bemerkt. Vor dem Krieg hat eine anerkannte Autorität ausgerechnet, dass, wenn wir im Kanton St. Gallen etwa einen Fonds von 7—8 Millionen Franken hätten, wir mit den kleinen Quellen, die wir noch öffnen könnten, genug Geld hätten, um bei uns die Alters- und Invalidenversicherung in einem gewissen Rah-

men durchzuführen. Das war vor dem Krieg. Wenn wir die Geldentwertung berücksichtigen, müssen wir die Summe verdoppeln und mit 16, 17, 18, sagen wir rund 20 Millionen rechnen. Bisher hat man immer, und zwar ist es nicht falsch herausgekommen, angenommen, der Kanton St. Gallen habe etwa den Zehntel in solchen Dingen zu leisten, wie der Bund. Es stimmt das im Verhältnis der Bevölkerung und der ökonomischen Verhältnisse. Wenn wir dieses Verhältnis zu grunde legen, so kommen wir ziemlich genau auf die Summe von 200 Millionen, die Herr Wild durchaus nicht aus der Luft gegriffen hat.

Nun muss man sich bei der Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung mit ein paar Komponenten beschäftigen, die gegeben sind und auf der Hand liegen. Die erste Komponente ist sicherlich, dass wir eine Versicherung wollen. Also muss, wer daraus etwas beziehen will, Prämie zahlen. Das zweite, was gegeben ist, ist, dass die Kantone etwas mitleisten können, weil sie durch die Alters- und Invalidenversicherung enorm entlastet werden. Auch darüber besitze ich ein Gutachten auf Grund von Erhebungen im Armenwesen. Man hat in allen Gemeinden nachgeforscht: Wie viel Leute von 60 Jahren und darüber haben Sie zu versorgen und was bezahlen Sie für dieselben? Wenn wir nun annehmen, dass die Mehrheit dieser Leute mit der Alters- und Invalidenversicherung versorgt werden könne, wie weit werdet Ihr in Eurer Rechnung entlastet? Wir sind für den Kanton St. Gallen und die Gemeinden zu einer ganz enormen Summe gekommen. Ich besitze auch einen Bericht über die Stadt Hamburg, die eine solche Versorgung hat. Auch da wird bestätigt, dass seit der Einführung dieser Versicherung die Armenrechnung gewaltig entlastet worden ist.

Ich verstehe daher, nebenbei bemerkt, nicht so recht, wie man von föderalistischen Gesichtspunkten aus gegen diese Versicherung sein kann. Es steht nirgends geschrieben, dass die Alters- und Invalidenversicherung etwa nach dem Muster der Kranken- und Unfallversicherung mit allen Details ausgebaut werden müsse; man findet vielleicht einen andern Weg, auf dem man nach der Idee von Herrn Micheli mit den Kantonen und Gemeinden zusammenarbeiten kann. Das ist durchaus nicht ausgeschlossen.

Aber bei dieser Gelegenheit komme ich auf einen andern Gedanken, der Ihnen die reelle Förderung dieser Angelegenheit nahelegen soll. Das ist der. Gehen Sie heim nach der Session und besuchen Sie ein paar Armenhäuser in Ihren Kantonen, in allen ohne Unterschied. Was treffen Sie da beieinander? Im Armenhaus treffen Sie den Süffel, der sein Leben lang nie etwas Rechtes getan hat, den Verbrecher, den Lump und den Cretin, neben wackeren alten Leuten, die in der Industrie und im Gewerbe gearbeitet haben, Unglück hatten, eine zahlreiche Familie hatten, Krankheiten, und es daher nicht zu einem Sparpfennig brachten, um das Alter recht zuzubringen. Wenn Sie sehen, dass wir in unserer Zeit, die wir eine humane nennen, es dulden, dass tatsächlich die alten Unglücklichen mit den alten Lumpen zusammen im gleichen Institute sein müssen, die trotz ehrlichstem Willen der Behörden in Tat und Wahrheit nicht Altersversorgungsanstalten, sondern etwas anderes sind, und wenn Sie dann zur Ueberzeugung kommen, das sollte nicht so sein, dann sind Sie vielleicht so freundlich zu überlegen, wie man dem abhelfen kann. Ich sage Ihnen vorläufig — bessere Belehrung vorbehalten —: mit nichts anderem als mit der Alters- und Invalidenversicherung, welche zwar nicht dazu hinreichen wird, dass man Renten von Fr. 2000 zahlt, wovon man gesprochen hat, und die Leute in dulci jubilo leben lässt, aber die es doch ihren Angehörigen erleichtert, die armen alten Leute bei sich zu behalten und Freude daran zu haben, dass man die alten Eltern bei sich hat und nicht ihren Tod zu wünschen braucht, weil sie eben etwas beziehen, oder die doch gestattet, dass man sie sonst versorgen kann und nicht in Armenhäuser stecken muss, oder dass man ihnen eine alleinige Existenz für sich ermöglicht. Das ist die Idee der Alters- und Invalidenversicherung.

Sie hat auch das Gute, es sei das noch nebenbei bemerkt, dass sie diejenigen, deren Lust am Sparen dadurch untergraben wird, dass sie keine Aussicht haben auf rechte Frucht des Sparens, zur Sparsamkeit anregt. Sie können lang sagen, ein Arbeiter mit 6, 7, 8, 9 Franken Lohn soll sparen. Der Mann kann sich sagen, ich vermag wohl ein paar Franken zu sparen, aber wenn ich nicht ausserordentlich Glück habe, bringe ich es damit zu nichts. Ganz anders steht es mit der Alters- und Invalidenversicherung. Da hat er die Sicherheit, dass er einmal eine gewisse Rente bekommt, und jeder Franken, den er daneben noch erspart, hilft ihm sein Alter noch wesentlich schöner zu gestalten, als die Versicherung allein es gestattet. Die wirkliche Frucht, die man sieht, ist ein Ansporn zum Sparen. Und das wird auch bestätigt aus dem Ausland, wo in der Tat nachweislich die Sparsamkeit, das Geldanlegen des Arbeiters gewachsen ist seit der Einführung dieser Versicherung.

Also ich gebe Herrn Speiser zu, wir können nicht alle Details sehen und nicht alles mögliche regulieren, was im Ständerate gesagt worden ist, Dinge, die im Gesetz und vielleicht in einer Vollziehungsverordnung geregelt werden können. Aber die Hauptsache können wir anhand dessen, was man schon anderswo erfahren hat, übersehen, nämlich die Einführungsmöglichkeit und die Tragweite der Sache im grossen.

Nun meint Herr Prof. Speiser, es sei ja hierüber gar keine Differenz vorhanden mit dem Ständerat. Aber es ist eine Differenz darüber vorhanden, wie die ganze Kriegssteuer verwendet und in Beziehung zur Kriegsgewinnsteuer gebracht werden kann. Nachdem nun die Sache vom Ständerat zurückgekommen und die Verwendung ausgedehnt worden ist, so legen wir klar, dass die Kriegsgewinnsteuer, über die jetzt allerdings nur nebenbei legiferiert wird, nicht etwa ganz, sondern nur nach Abzug dieser Summe angerechnet werden kann. Damit möchte ich auch das Argument widerlegen, das angeführt worden ist, also ob man die Volksabstimmung über die Bundessteuer havariere. Wie war es mit jener Volksabstimmung? Das Volk hat mit nicht allzu grosser Majorität — wir wollen nicht etwa darauf pochen, diese Majorität könnte angesichts der Standpunkte, die hier vertreten worden sind, sich nicht bald in eine Minorität umwandeln, das ist meine feste Ueberzeugung — beschlossen, eine direkte Bundessteuer nicht einzuführen. Wir haben uns alle den Wink gemerkt, im Bundesrat und bei uns, und gesagt: Gut, Volk, eine Bundessteuer hast du diesmal noch nicht gewollt, aber du hast gewollt, dass der Besitz gewaltige Lasten übernehme. Wenn nicht gewisse politische Fragen mit

der Sache verknüpft gewesen wären, so wäre das vielleicht auch dadurch zum Ausdruck gekommen, dass das Volk die Bundessteuer angenommen hätte. Also was machen wir nun? Wir sagen, die Kriegssteuer soll nun wenigstens recht ausgedehnt werden. Das ist vom Ständerat angenommen worden. Und die Kriegsgewinnsteuer, über welche gar nicht abgestimmt worden ist, soll, allerdings nicht im Total, aber nach einem gewissen Abzug zur Anrechnung kommen. Wagen Sie wirklich zu behaupten, die Mehrheit des Volkes habe damals etas dagegen sagen wollen, dass die Kriegsgewinnsteuer wieder den Arbeitern oder überhaupt dem ärmeren Volke zugeführt werde?

Das wird doch niemand behaupten wollen. Wo man über die Kriegsgewinnsteuer spricht, es mag sein, wo es will, anerkennt jeder: Das Natürliche ist es, dass die Kriegsgewinnsteuer zurückfliesst in die untern Schichten und dazu dient, die Kluft, die die Kriegsgewinne zwischen reich und arm aufgerissen haben, wieder ein bisschen zu überbrücken. Diese Ansicht ist im Volke sehr weit verbreitet und ist der im Grunde richtig empfundene Gedanke der Kriegsgewinnsteuer. Also die Differenz in Ziff. 2 benutzen wir, um in dieser Richtung Klarheit zu schaffen.

Herr Speiser hat dann auch erklärt: Es ist auch nicht richtig, dass man das tut. Denn es kann noch 20 Jahre gehen, bis die Alters- und Invalidenversicherung kommt. Er habe das bei einer andern Versicherung auch erlebt. Das ist möglich. Ich habe sogar die Ueberzeugung, wenn wir nicht bald an die Finanzierung herangehen, so verfliessen noch mehr als 20 Jahre. Man kann das auch ganz gut herbeiführen, man kann Expertenkommissionen einsetzen, Gesetze machen und darüber abstimmen lassen und nachher erklären: Ja, zum Vollzug braucht es noch 20 Jahre, denn das Geld muss her und das haben wir nun schon für andere Zwecke versprochen durch die Beschlüsse vom Jahre 1919.

Zum Schluss noch ein kleine Betrachtung über die Sache selbst. Ich will nicht mehr wiederholen, dass wir allen Grund haben, die Alters- und Invalidenversicherung energisch mit Geld zu unterstützen, weil die Kantone dieser Entlastung, Sanierung und Humanisierung ihres Armenwesens dringend bedürfen. Aber ich füge gleich bei, wir wollen die Alters- und Invalidenversicherung bald finanzieren, weil die Industrie ihrer bedarf. Es hat mich ungemein gefreut, dass Her Sulzer in so wirkungsvoller und schöner Weise in die Diskussion eingegriffen hat, weil er als Grossindustrieller sieht und sehen muss, dass wir mit dieser Versicherung gerade die Industrie gesunden. Warum? Wenn wir nicht die staatliche Alters- und Invalidenversicherung machen, so wachsen bei der heutigen Stimmung ganz sicherlich die Begehren der Arbeiter gegenüber den Kassen der einzelnen Geschäfte. Es ist ganz sicher richtig, dass man damit soweit kommen kann, dass die Industrie die Konkurrenz nach aussen und im Inland vielleicht nicht mehr aushalten kann. Da gibt es kein anderes Mittel als die Verteilung der Last zugunsten der Arbeiter auf das Ganze und auf längere Zeit. Das steckt auch in diesem Versicherungsgedanken.

Aber noch etwas Weiteres. Warum eilt die Sache und müssen wir Geld haben? Weil die Kantone wissen müssen, wie sie dran sind. Ich habe das schon einmal angeführt, und es ist mir aufgefallen, dass man sich vom Bundesratstische aus niemals über diese Sache aussprach. Eine Reihe von Kantonen besitzt unter den ersten Postulaten ihrer Politik die Alters- und Invalidenversicherung. Ihre Arbeiter wollen, dass sie komme, ihre Bürgerschaft ist dafür. Im Kanton St. Gallen hat einmütig der Grosse Rat gegen die Regierung und gegen einen Finanzchef, der auch in so eleganter Weise zu sprechen weiss, wie sein hochverehrter Kollege im Bundesrat, einmütig beschlossen: Die ganze Kriegssteuer muss für die Alters- und Invalidenversicherung verwendet werden. Wie lange sollen diese Kantone noch im dunkeln bleiben mit bezug auf die Frage, ob sie bei der Schaffung dieser Institution vom Bunde Geld bekommen, oder ob sie die Institution nicht machen sollen, weil der Bund sie ausführen will? Diese Frage, welche 7 oder 8 Kantone erheben, erfordert dringend baldige Antwort.

Ich will nicht weiter darauf eintreten, dass in den letzten Monaten die Alters- und Invalidenversicherung von hoher eidgenössischer Stelle versprochen worden ist. Versprechen und Halten ziemt Jungen und Alten, ziemt aber insbesondere den höchsten Behörden.

Und wozu muss es führen, wenn diejenigen Kreise, denen das Wort von Bern aus zugetragen wurde — ich habe es auch verbreitet und mit mir viele: Für die Alters- und Invalidenversicherung ist eine Expertenkommission in Aussicht genommen und schon auf Juni können wir Ihnen Bericht machen usw. — immer noch nichts davon erfahren, wie man die Sache zahlen will. Sie werden sich sagen: Jeweilen wenn ein Vorschlag auftaucht, wie man das Projekt zahlen könnte, so hört man nichts als Einwendungen dagegen, aber welches der richtige Weg ist, das hört man immer noch nicht!

Ich erlaube mir, noch einmal mit derselben Dringlichkeit und mit derselben Hochschätzung und Hochachtung die Herren Bundesräte zu warnen vor der Politik, die darin besteht, schöne Dinge zu versprechen und nicht sofort zugleich für die materiellen Mittel zur Durchführung zu sorgen. Das ist es ja, was vielleicht die bürgerlichen Parteien gelegentlich in falsches Licht gebracht hat, und das ist es, was meines Erachtens nicht mehr vorkommen sollte. Es war nie bös gemeint, natürlich nicht; aber man hat die Dinge etwas à la légère genommen. Das darf nicht mehr sein. Es muss nicht mehr jede Bedenklichkeit in die Wagschale geworfen werden.

Es ist gesagt worden, und ich komme damit zum Schluss, die Politik derjenigen, die immer mit der Alters- und Invalidenversicherung kommen und die das Geld dafür verlangen, hänge mit dem November zusammen oder mit den künftigen Wahlen. Wir wollen jetzt nicht darüber sprechen, wer von uns mehr darauf aspiriert, wieder gewählt zu werden; aber diejenigen, die Jahr um Jahr schon für diese Idee gekämpft haben, die lassen sich das nicht sagen. Wir kämpfen nicht mehr für die Wiederwahlen, sondern wir kämpfen für die schöne Idee, die in uns lebt als ein Stern am politischen Leben, die Idee, dass wir unser Schweizervolk zusammenhalten müssen, dass wir zeigen müssen, wie der Reiche zum Schwachen halten muss.

Ein führender Zürcher Politiker hat einmal das schöne Wort gesagt: «Die offene Hand rettet die bürgerlichen Parteien.» Jawohl, die offene Hand ist es, die in der Tat den Armen und Bedrückten, der

das Gewehr für uns getragen hat, zu uns führt. Ich bitte Sie daher, die reichen Steuerpflichtigen zu bitten, die Kriegssteuer um so eher anzunehmen, als das Gesetz ihnen Gelegenheit gibt, nicht bloss die Kriegsschuld zu tilgen, sondern diesen armen Mitbürgern ein schönes Werk sozialen Ausgleiches zu sichern. Ich hoffe, dass die Besitzenden — ich bin in kleinem Masse auch ein solcher — ein Gefühl der Befriedigung empfinden, wenn sie einmal sehen, dass tatsächlich an Stelle des heutigen Elendes der Alters- und Invalidenpflege bessere und gesundere Verhältnisse treten (Beifall).

Caflisch: Der Antrag der Herren Rothenberger und Genossen hat gewiss die Sympathie des ganzen Rates für sich, soweit es sich um Grundsätzlichkeit handelt. Herr Wild hat darüber seiner idealen Auffassung in wunderbarer Weise Ausdruck gegeben. Aber die Frage ist doch immer noch die: Wann und wie kann dieses Problem angefasst und zur Lösung gebracht werden? Es ist ein ausserordentlich gewagter Schritt, und es ist vielleicht nicht die beste Finanzpolitik, um mit den Worten des Herrn Vorredners zu sprechen, wenn man einen Moment, wo man nicht recht weiss, wie man eine Milliardenkriegsschuld decken kann, eine weitere 200-Millionenschuld kontrahiert. Es geht nicht an, in solcher Weise ein Problem zu präjudizieren, wie das der allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung. Es hat bisher niemand recht zu sagen gewusst, wo und wie die Alters - und Invalidenversicherung zur Anwendung gebracht werden soll, wie sie organisiert und ausgeführt werden soll. Das ganze ist nur in dunklen Umrissen gezeigt worden. Diese Versicherung soll nach der Meinung der Antragsteller durch den Bund organisiert, finanziert und durchgeführt werden, ungefähr nach dem Muster der eidgenössischen Kranken- und Unfallversicherung. Wer soll der Wohltat teilhaftig werden? Niemand weiss es zu sagen. Was soll der Bund, die Kantone, die Gemeinden und was soll der Versicherte selbst leisten? Wann soll der Versicherte davon fruktifizieren, wann soll er davon leben können? Ueber alle diese Fragen sollte eine Prüfung und Berichterstattung vor dem Rate liegen. Wenn die Prüfung und Berichterstattung da ist, dann soll auch das Volk ja oder nein sagen. Ein Gelegenheitsbeschluss, wie er heute gefasst werden müsste, könnte dem ungeheuer wichtigen und komplizierten Werke nur schaden, nichts nützen.

Namentlich an folgendes möchte ich erinnern. Ich glaube, die Idee kommt nicht aus landwirtschaftlichen Kreisen, obwohl ich sehe, dass landwirtschaftliche Vertreter sie unterschrieben haben. Namentlich davor wollen wir uns hüten, dass eine Ueberindustrialisierung der Schweiz und eine Uebervölkerung der Industrieorte und Städte herbeigeführt werde, und dagegen möchte ich Verwahrung einlegen.

Als Kommissionsmitglied hätte ich nichts gegen das Postulat des Herrn Rothenberger einzuwenden gehabt, aber es gehört nicht in der Form eines Antrages in einen Verfassungsartikel hinein, der die Wiederholung der Kriegssteuer ermöglichen soll.

Wenn einmal Verfassung und Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung aufgestellt sein werden, so werden die Mittel gewiss zu finden sein. Vorläufig, und das muss ich dem Herrn Vorredner sagen, ist die Armenversorgung nicht Sache des Bundes. Wenn durch die Alters- und Invalidenversicherung ein Teil der Armenversorgung den Gemeinden abgenommen werden soll, so begrüsse ich das; aber wenn das geschehen soll, so soll man es nicht zu einer verborgenen Hinterpforte hineinbringen, sondern man soll dafür eine Ehrenpforte errichten. Ich erinnere Sie an das letzte Votum des verstorbenen Herrn Nationalrat Brosi von Solothurn. Er hat erklärt: In solcher Weise lasse sich der Bund nicht herbei zur Uebernahme der Armenversorgung. Es müsste auch ein Teil der Fonds von seiten der Gemeinden dem Bunde beigebracht werden und zum Teil von den Kantonen. Dieses grosse Problem lässt sich in dieser gänzlich unvorbereiteten Weise nicht zur Zufriedenheit lösen, sondern es soll in richtiger Weise vorbereitet werden, und dann wollen wir alle dafür stimmen.

M. **Gaudard:** Ce matin, M. le chef du département des finances, parlant au nom du Conseil fédéral unanime, a posé la question sur son véritable terrain. Si, ce soir, je me permets de venir prendre la parole, c'est parce que je sens le besoin de préciser le point de vue auquel nous nous plaçons à l'occasion du vote qui va intervenir, mes amis politiques du canton de Vaud et moi. Je le fais également comme membre de la commission pour renouveler l'attitude que j'ai prise à l'égard du postulat Rothenberger devenu aujourd'hui un amendement à la proposition de la majorité de la commission. Je le fais enfin parce que je sens le besoin, en ma qualité de Suisse romand, de Vaudois et de fédéraliste, de me désolidariser publiquement de ce qui a été dit aujourd'hui par M. Maunoir et par M. Micheli. J'ai été de ceux qui, ici même, ont combattu énergiquement l'impôt direct fédéral. Nous avons fait valoir alors tous les arguments spéciaux au droit public de notre patrie qui militaient contre une initiative que nous considérions comme particulièrement dangereuse pour la paix civique, l'union entre les cantons et les citoyens. L'Assemblée fédérale a préavisé devant le peuple pour le rejet de l'impôt fédéral direct. Nous avons combattu dans nos congrès de partis politiques, dans nos assemblées de citoyens, l'initiative socialiste. Elle a été rejetée par le peuple suisse et les cantons. Quand le Conseil national a été nanti des propositions du Conseil fédéral pour la répétition de l'impôt de guerre, nous avons été placés sur le même terrain. Nous avions dit que nous ne reculerions pas devant les sacrifices pécuniaires nécessaires pour la consolidation des finances suisses, mais que nous demanderions, le moment venu, les garanties nécessaires pour le maintien de nos institutions fédératives et que nous lutterions contre toute manoeuvre ayant pour but de les mettre en cause. Messieurs, quand nous avons examiné en décembre les propositions du Conseil fédéral pour la répétition de l'impôt de guerre, nous avons éprouvé une inquiétude. La guerre battait encore son plein, nous nous demandions quelle serait l'échéance de cette dette de mobilisation à laquelle le projet de l'article constitutionnel se référait. Nous avons alors songé à limiter le nombre des répétitions de

l'impôt en donnant à la Confédération une garantie pour la somme qui devait en tout cas alléger sa dette. Comme on l'a dit, le Conseil des Etats s'est trouvé dans une toute autre situation. Sachant la guerre terminée, le Conseil des Etats a pu présenter un texte nouveau prévoyant que le compte de mobilisation serait arrêté au 31 décembre 1918. Il a alors décidé que l'impôt de guerre serait perçu jusqu'à extinction de cette dette, sous déduction du premier impôt de guerre et du produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre. C'était aller plus loin que le Conseil national. En commission, nous avons donné les mains à cette décision du Conseil de Etats. Nous l'avons fait, mais en considérant que nous allions à la limite extrême des sacrifices auxquels nous autres fédéralistes nous pouvions consentir. Je tiens à le répéter ici et à le déclarer catégoriquement. Je sais que, dans les milieux où l'on préconise le postulat Rothenberger, on a beaucoup plus de sympathie pour l'impôt fédéral direct. M. Rothenberger a du reste voté l'initiative socialiste. Je ne lui en fais pas un grief, il n'en est responsable que devant sa conscience. Mais nous autres Suisses romands, vos confédérés, nous qui sommes en Suisse en état de minorité, minorité de race et minorité de langue, nous, Messieurs, qui avons notre mentalité comme vous avez la vôtre, quand nous avons lutté contre l'impôt fédéral direct, nous l'avons fait en disant que son rejet c'était une condition de l'existence des cantons et de l'union entre confédérés. Aujourd'hui où l'on veut introduire dans le texte constitutionnel la proposition Rothenberger, nous le disons bien haut, c'est l'impôt fédéral direct que l'on cherche en fait à introduire d'une manière définitive et permanente dans nos institutions fédératives. Nous vous demandons à vous nos confédérés, à vous qui jusqu'ici nous avez sur ce terrain loyalement tendu la main, à vous qui avez reconnu que l'impôt direct accroîtrait la centralisation en Suisse, qu'il anéantirait nos cantons, qu'il viendrait amoindrir leur souveraineté, qu'il serait un gros danger pour nos institutions nationales, nous venons vous demander de rester sur ce même terrain et nous venons, nous radicaux vaudois, vous dire très nettement que, si nous sommes prêts à aller jusqu'à la décision du Conseil des Etats, si nous sommes prêts à donner les mains aux propositions de la commission du Conseil national, nous n'irons pas au-delà, que nous ne pouvons pas consentir à l'introduction de la proposition Rothenberger dans le texte de l'article constitutionnel. Nous ne le ferons pas, nous voterons contre et, s'il le faut, nous lutterons devant le peuple contre l'article constitutionnel. Est-ce cela que vous demandez? Est-ce ce que vous désirez?. Le Conseil national sera bientôt élu d'après le système de la représentation proportionnelle. J'ignore, Messieurs, quelles seront les conséquences de ce mode électoral pour la bonne entente entre confédérés. J'ignore, Messieurs, si dans cette enceinte, nous assisterons à de nouveaux assauts en faveur de la centralisation. J'ignore ce qui nous attend. Mais, pendant que je suis ici, je viens vous supplier de nous garder votre confiance, de rester unis à nous et de ne pas nous exposer à une lutte dont je n'entrevois pas la fin et que je considère comme dangereuse pour notre pays, pour notre patrie, dangereuse pour l'union qui doit régner entre confédérés. Il ne s'agit pas ici de l'assurance-vieillesse et invalidité. Nous en sommes partisans, mais nous entendons que cette question soit discutée pour elle-même. Je suis stupéfait de voir combien on a réussi à faire dévier la discussion. Alors que nous nous occupions ici de la reconstitution financière de la Confédération, des sacrifices à cet effet, en évitant l'impôt fédéral direct, on cherche à allonger la durée de l'impôt de guerre renouvelé en se plaçant sur le terrain de l'assurance-vieillesse et invalidité. J'habite un canton où l'on a déjà fait des efforts dans ce sens. Nous sommes prêts à faire mieux. Mais, Messieurs, cette question doit-elle être introduite dans la constitution incidemment par une voie détournée, sans étude préalable. Nous devons aborder le peuple en lui soumettant le problème tout entier. Le Conseil fédéral ne s'est-il pas engagé à nous présenter dans un bref délai des propositions que nous attendons. Pensez-vous que nous voulions donner les mains à l'avance à toutes les combinaisons qui pourraient surgir dans ce domaine? Ne sommes-nous pas suffisamment édifiés sur les succès de l'assurance-maladie et accidents! On nous a déjà fait trop souvent suivre de confiance cette politique qui engage sur un terrain inconnu. N'avons-nous pas une expérience suffisante avec l'assurance-accidents, qui coûte plus cher qu'avant, et en vertu de laquelle nous sommes moins assurés. N'assistons-nous pas à ce spectacle que les C. F. F. ont leur personnel insuffisamment assuré, qu'ils ont dû assumer une partie de la responsabilité, qu'ils versent chaque année à la caisse nationale une somme supérieure à celle qu'ils payaient précédemment pour la totalité des risques! Ne savons-nous pas nous autres, qui sommes dans les chemins de fer secondaires, que nous avions autrefois une assurance économique, fonctionnant à notre entière satisfaction, et qu'aujourd'hui les compagnies cruellement éprouvées par la guerre sont obligées de faire un sacrifice plus considérable que par le passé en étant moins assurées. Voulons-nous renouveler pareille expérience? Nous demandons que la question soit étudiée, qu'elle soit posée devant l'Assemblée fédérale et devant le pays et que dans l'article constitutionnel relatif à l'assurance-vieillesse et invalidité on dise si elle sera organisée par la Confédération ou par les cantons. Quant à moi, dès aujourd'hui, je me prononce pour l'assurance par les cantons et, si la Confédération subventione cette assurance, nous verrons dans quelle mesure elle le fera, quelles ressources il lui faudra pour cette tâche nouvelle.

Il est en tout cas absolument anormal de confisquer dès maintenant une partie des capitaux que la Confédération peut se procurer par l'impôt de guerre et dont elle a besoin pour éteindre sa dette en capital; il est absolument anormal et imprudent, dis-je, de confisquer ces capitaux au profit d'une entreprise non encore constituée. Ce sont des charges annuelles que nous aurons à prévoir pour l'assurance et, pour y faire face, il faudra trouver des ressources annuelles. Il n'est pas nécessaire d'y consacrer dès aujourd'hui des capitaux dont nous avons un urgent besoin pour payer nos dettes. Voilà le terrain sur lequel je me place, au

nom de mes amis politiques du canton de Vaud, pour déclarer que nous ne pourrons pas voter la proposition Rothenberger et que si, contre attente, cette proposition était acceptée par le Conseil national et par l'Assemblée fédérale, nous nous verrions dans l'obligation de rejeter l'entier de l'article constitutionnel et de le combattre devant le peuple. Alors qu'ensuite du vote unanime du Conseil des Etats, nous aboutissions à ce résultat de nous présenter devant nos concitoyens avec un programme qui pouvait être accepté largement par la très grande majorité du peuple et des cantons, peut-être même par l'unanimité des cantons, trouvez-vous, Messieurs, que ce soit de bonne politique d'introduire dans l'article constitutionnel un élément fiscal exposant de nouveau notre pays à un grand danger politique? Sans doute il y en a parmi vous qui ne redoutent pas la centralisation et qui voudraient l'impôt fédéral direct. Je le sais. Mais l'expérience de ces dernières années n'est-elle pas venue vous convaincre que nous avons plus que jamais besoin de nos institutions fédératives, que si nous voulons nous comprendre et nous aimer, Messieurs, il faut nous laisser vivre dans nos cantons, selon notre vie propre, selon notre mentalité. Aux cantons qui croient que le mouvement doit être plus rapide, qu'il faut suivre les idées de l'extrême-gauche, leur faire de larges concessions, à ces cantons-là, Messieurs, de mettre en pratique chez eux leurs désirs. Notre démocratie est assez large pour que nous puissions nous incliner sur ce terrain et assister aux essais auxquels ces cantons se livreront. Mais, dans les cantons où nous ne voulons pas suivre cette tactique, où jusqu'ici on a fait tout ce qui dépendait de nous pour le progrès de nos institutions démocratiques et de prévoyance sociale, où nous sommes prêts à continuer cette politique sans faire des sacrifices dangereux et injustifiés aux prétentions de l'extrême gauche, estimez-vous qu'il est de votre devoir de confédérés de nous imposer ces idées? Estimez-vous qu'il est de votre devoir de confédérés de nous imposer votre mentalité, vos idées, votre manière de voir? Je dis que nous avons le droit confédéral de réclamer pour nous notre vie cantonale: Là est le véritable terrain constitutionnel pour rechercher la solution des très gros problèmes qui se posent aujourd'hui. C'est avec l'intime conviction du très gros danger auquel nous sommes exposés, de la fatalité avec laquelle on nous conduit à l'impôt fédéral direct, c'est-à-dire à l'extrême centralisation, c'est avec le sentiment de ce danger que je viens au nom du canton de Vaud, comme un bon et fidèle confédéré, vous prier de rejeter la proposition Rothenberger. (Bravos.)

Sig. **Garbani-Nerini:** Discutendosi nella scorsa sessione di settembre il progetto sulla ripetizione dell' imposta di guerra, che oggi ancora ci occupa, ho avuto l'onore di esporvi gli scrupoli che avrebbero suggerito di negare al progetto stesso il mio appoggio; scrupoli provenienti dal timore che per questa via si potesse arrivare indirettamente all' introduzione di quell' imposta federale permanente, che il popolo Svizzero aveva solennemente condannato nei comizi dello scorso giugno, e dalla ripercussione funesta che ne avrebbero risentito le finanze cantonali, le cui fonti principali si veniva per tal modo a compromettere.

Ciò malgrado, io ho saputo allora sormontare la mia indecisione, ed ho dato patriotticamente il mio voto al compromesso che era risultato dalla discussione, del prelevamento cioè, in un periodo limitato di dieci anni, di una somma globale di 500 milioni di franchi destinata a coprire una parte del capitale costituente il debito di mobilizzazione delle nostre truppe durante la guerra.

Oggi la situazione ci si presenta affatto diversa. Non si tratta più di 500 milioni e di un periodo di dieci anni.

Ci si domanda di coprire colla nuova imposta di guerra tutto il capitale del debito di mobilizzazione, che si prevede residuare in circa 600 milioni, e si stabilisce pel prelevamento dell' imposta stessa un termine di almeno sedici anni, che taluni affermano poter raggiungere anche il ventennio.

Quest' ultima opinione è tanto più giustificata in quanto nessuno può dire oggi con esattezza quale sia l'importo, residuo del debito di guerra, alla fine del 1918 e se esso non sorpasserà, e di quanto, i 600 milioni sui quali il Consiglio federale ha stabilito i suoi calcoli. Il progetto che ci sta sott' occhi demanda all' Assemblea federale l'accertamento dell' ammontare del debito da coprirsi colla seconda imposta di guerra, cosicchè noi siamo tuttora su questo punto nella massima incertezza ed imprecisione.

Il termine di vent' anni, durante il quale l'imposta dovrà essere prelevata, appare quindi più che verosimile; e ci sembra questo un termine eccessivamente lungo e pericoloso per chi non vuole assolutamente abituare il popolo all' idea di un' imposta federale diretta.

Ma ciò non basta.

L'on. nostro collega Rothenberger e parecchi altri deputati con lui presentano una proposta diretta a prelevare 200 milioni dal prodotto dell' imposta sui benefici di guerra, per costituire un primo fondo destinato alla creazione di una cassa d'assicurazione contro l'invalidità e la vecchiaia. Sono quindi altri 200 milioni che vanno aggiunti a quelli già previsti, il che ci obbligherebbe a continuare l'esazione dell' imposta per un altro periodo di quattro o di otto anni. In cosa, mi domando io, un tale sistema può ancora differenziarsi dal sistema dell' imposta federale diretta? Come si potrà abolire un' imposta che la Confederazione avrà percepito per oltre un quarto di secolo? La tentazione di mantenerla sarà troppo forte di fronte ai sempre nuovi e più imperiosi problemi che si imporranno all' attenzione dello Stato. E così saremo entrati definitivamente e quasi senza volerlo in quel sistema dell' imposta diretta che abbiamo così tenacemente combattuto e che oggi ancora solennemente dichiariamo di non volere.

Quale valore possiamo quindi attribuire allo spauracchio che ci si fa balenare nel senso che, rifiutando l'imposta di guerra così e come è proposta dalla maggioranza della commissione, si arrischia di fare il giuoco dei fautori di una nuova iniziativa per l'introduzione dell' imposta federale permanente?

Il mezzo migliore per evitare tale pericolo consiste, secondo me, nel non preparargli inconsapevolmente la strada, nel non abituare neppure indirettamente il popolo all' idea ed alla pratica di un' imposta federale continuata.

Ma per un altro motivo io devo oppormi alla mozione Rothenberger.

Colla stessa si tenta, inultima analisi, di introdurre nella nostra Costituzione il principio della assicurazione contro l'invalidità e la vecchiaia. Non già che io sia contrario a tale principio o che voglia comecchessia remorarne l'applicazione. Appartiene esso a quella serie di progressi sociali, che oramai sono giunti alla loro perfetta maturità e che nessuna forza umana potrà più contrastare.

Ma è opinione mia e di quanti hanno ancora forte e radicato il senso del rispetto alle nostre garanzie costituzionali e parlamentari, che un simile postulato va iscritto nel nostro patto federale in via diretta, leale, solenne come si è fatto per l'assicurazione contro gli accidenti e le malattie, e non di sghembo e quasi con sotterfugi.

Ora è da tempo parecchio che noi dobbiamo invece assistere a dei tentativi, da parte della maggioranza di questo parlamento, di valersi della forza del numero per imporre per vie indirette ed irregolari la soluzione di determinati problemi.

E così abbiamo visto introdotto il sistema di certi decreti dell' Assemblea federale, che non si vogliono chiamare nè leggi nè decreti legislativi, unicamente per sottrarli all' esercizio del diritto di referendum; abbiamo dovuto veder risolti problemi capitalissimi, come questo dell' assicurazione contro l'invalidità e la vecchiaia e l'altro dell' istituzione di una cassa pensione per il personale dell' amministrazione federale, mediante la semplice inscrizione di un certo numero di milioni nel bilancio preventivo; abbiamo dovuto subire l'imposizione del voto obbligatorio in una legge che non concerneva affatto tale materia, finora sconosciuta nella nostra Costituzione federale.

Orbene, di fronte a simili ripetuti avvenimenti, la nostra anima si turba profondamente. L'unica garanzia che noi della Svizzera italiana abbiamo fin qui avuto per l'assoluta eguaglianza di diritti e di doveri nel seno della famiglia confederale, fu nella religiosa e scrupolosa osservanza di tutte le forme costituzionali e parlamentari. Non possiamo quindi assistere impassibili alla nuova tendenza cui più sopra ho accennato, e contro la stessa dobbiamo energicamente ed insistentemente protestare colla parola e col voto.

Oggi si sacrificano leggermente le corrette forme parlamentari per una questione, sul merito della quale possiamo anche essere d'accordo. Domani si potrà usare il medesimo sistema per qualche cosa che ci tocchi più davvicino; la nostra lingua, la nostra cultura, la nostra autonomia, quello che abbiamo di più caro e di più sacro, a cui non abbiamo mai inteso di rinunciare ed a cui non rinunceremo giammai. Quale sarà allora la nostra posizione? Quale altra garanzia rimarrà a noi, infima minoranza, che rimpiazzi le garanzie costituzionali che ci vengono tolte?

Il pericolo è grave, e contro lo stesso noi insorgiamo e protestiamo, respingendo la proposta Rothenberger.

Per conto mio, poi, sento di dover fare un passo di più. Rotto il compromesso che aveva riunito anche il mio voto sul progetto votato nell' ultima sessione, limitato al prelevamento di una nuova imposta di guerra per l'importo di 500 milioni, io mi ritengo svincolato da ogni impegno e mi associo alla proposta dell' on. collega Maunoir.

Voterò quindi la proposta stessa, che si limita ad accordare pel momento alla Confederazione il diritto di percepire per una seconda volta l'imposta di guerra; e ciò per due considerazioni. Essa afferma anzitutto in modo esplicito il nostro proposito di essere disposti oggi e nel futuro a fornire allo Stato federale i mezzi per far fronte al debito creato dalla guerra. Ma nel medesimo tempo essa rimanda lo studio e la scelta dei mezzi migliori con cui raggiungere l'estinzione totale del debito medesimo ad un' epoca in cui, meglio chiarito l'orizzonte politico ed economico che sarà per sortire dalla nuova configurazione europea e dai nuovi concetti che reggeranno il mondo, tale compito risulterà anche di gran lunga facilitato. Non solo. Ma con tale mezzo noi rimandiamo la soluzione dell' importante problema alle cure di quel nuovo Consiglio nazionale, che deve sortire rinnovato e migliorato dai prossimi comizi da convocarsi sulla base del sistema proporzionale.

Si è affermato qua dentro ancora in questi giorni che noi non rappresentiamo più esattamente il popolo di cui siamo i mandatari. Si esige che le nuove elezioni abbiano ad essere effettuate senza eccessivo ritardo appunto perchè, in momenti gravi come questi, è più che mai necessario che il parlamento sia la rappresentanza esatta e genuina del corpo elettorale.

Orbene, se havvi problema che per la sua importanza e per le sue conseguenze deve essere riservato al nuovo Consiglio nazionale, sembra a me che questo sia l'oggetto che discutiamo. La proposta Maunoir riserva appunto alla nuova legislatura l'ultima parola in argomento, e si è per questa precipua considerazione che io l'appoggio e che la voterò.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	29.01.1919 - 16:15
Seite Page Pagina	61-80
Ref. No	20 028 678

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 30. Januar 1919, vormittags 8¼ Uhr.

Séance du 30 janvier 1919, à 8¼ heures du matin.

Vorsitz: Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 61 hiervor. — Voir page 61 ci-devant.)

Antrag des Herrn Walther
vom 30. Januar 1919.

Ziffer 2.

... für das Truppenaufgebot deckt. Der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer, soweit er 300 Millionen übersteigt, ist als erster Finanzierungsbeitrag für die Alters- und Invalidenversicherung zurückzulegen. Bleibt zuletzt noch ein Betrag zu decken ...

Proposition de M. Walther
du 30 janvier 1919.

Chiffre 2.

... pour la mobilisation des troupes. Si le rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre dépasse 300 millions, le surplus sera employé comme première contribution à l'assurance vieillesse et invalidité. S'il reste ...

Rothenberger: Gestatten Sie mir einige Worte der Erwiderung auf einige gefallene Voten. Vor allem ist mir aufgefallen, wie der Vertreter des Bundesrates erklären konnte, mein Antrag entspreche keinem Bedürfnis. Drei Tage vorher hat dasselbe Mitglied des Bundesrates die Demokratie gefeiert und ausgeführt, wie sehr wir mit unserer Demokratie gegenüber andern voran seien. Wenn es sich aber darum handelt, dieser Demokratie einen weiteren « Inhalt » zu geben, dann kommt die bundesrätliche Bremse.

Es wird uns gesagt, der Bundesrat habe einstimmig den Antrag abgelehnt. Herr Mächler hat mit Recht darauf hingewiesen, dass in dem Moment, als der Bundesrat diese Frage prüfte, mein Antrag in der eingereichten Form dem Bundesrate gar nicht bekannt sein konnte. Ich weiss nun nicht, ob ein Druckfehler vorliegt, wenn gesagt wird, der Bundesrat sei einstimmig gewesen, und ich frage mich, ob es nicht heissen soll, es liege Unstimmigkeit statt Einstimmigkeit vor (Heiterkeit). Denn im November hat uns Herr Bundesrat Calonder erklärt: Die Alters- und Invalidenversicherung ist ein dringliches Postulat; sie muss sofort in Arbeit gegeben werden; eine Expertenkommission ist bestellt. Zweieinhalb Monate später hören wir von der andern Ecke des Bundesratstisches: Ja, wir sind schon einverstanden, dass die Alters- und Invalidenversicherung errichtet wird, aber es hat Zeit, zuerst müssen die Schulden bezahlt werden, dann kommt die Diskussion über den Finanzplan des Bundes, wo 100 Millionen zu decken sein werden, und dann, wenn wir weitere Mittel haben, werden wir an die Errichtung der Alters -und Invalidenversicherung herangehen. Diese Stellungnahme im November 1918 und im Januar 1919 widerspricht sich sehr stark, und deshalb bin ich dazu gekommen, anzunehmen, es liege eine Unstimmigkeit beim Bundesrate vor.

Herr Caflisch hat sodann erklärt, dass ja alle mit dieser Alters- und Invalidenversicherung einverstanden seien, so dass eigentlich von einer prinzipiellen Opposition nicht die Rede sein könne. Dennoch hat er aber dann verraten, dass in der Ausführung der Alters- und Invalidenversicherung gewissermassen die Gefahr der Industrialisierung liege. Also sehen wir doch auch da eine gewisse versteckte Opposition prinzipieller Art. Ich habe, als ich das hörte, angenommen, Herr Caflisch habe offenbar die ausgezeichneten Ausführungen des Herrn Wild überhört, dass gerade die Alters- und Invalidenversicherung in der Lage sein werde, den Zug vom Lande in die Stadt wieder umzubiegen und später den Rentenbezüger zu veranlassen, eher aufs Land zu gehen.

Auch Herr Speiser hat sich gegen die derzeitige Inangriffnahme der Alters- und Invalidenversicherung gewehrt, weil wir zuerst die Mittel beschaffen müssten. Mit andern Worten, man dürfe von dieser Kriegsschuldendeckung die 200 Millionen nicht wegnehmen. Herr Speiser ist wenigstens konsequent geblieben, denn er hat sich auch seinerzeit im Grossen Rat von Baselstadt, als vor mehr als 10 Jahren beantragt worden war, einen Teil des Reinertrages der Kantonalbank als Spezialfonds für die kantonale Alters- und Invalidenversicherung zu reservieren, gewehrt, so dass dieser Antrag dann nicht angenommen wurde. Deshalb haben wir in Baselstadt bis heute noch keinen Anfang für einen solchen Fonds der Alters- und Invalidenversicherung. Man sieht, wenn man nicht beizeiten anfängt, wird man eben später nicht zum Ziel kommen.

Dagegen muss ich mich nun allerdings gegen die Insinuationen wehren, die Herr Caflisch vorgebracht hat, man wolle durch eine Hinterpforte mit unehrlichen Mitteln ein soziales Problem lösen. Herr Mächler hat mit gutem Grunde auch darauf hingewiesen, dass der Vorwurf durchaus ungerechtfertigt sei, man wolle damit Wahlpolitik treiben. Denjenigen, die diesen Vorwurf erhoben haben, könnte man andere, schwerere Gegenvorwürfe entgegenhalten. Ich will aber vorderhand davon absehen.

Was mich zum Wort veranlasst hat, ist hauptsächlich das Votum des Herrn Gaudard, der in so

eindringlicher Weise vor diesem Antrag gewarnt hat, dass man sich unwillkürlich fragen musste, ob denn das Vaterland in Gefahr sei, wenn dem Antrag stattgegeben werde. Herr Gaudard hat es für gut gefunden, den Sprechenden gewissermassen als Sozialisten hinzustellen. Wir haben gesehen, dass einige Blätter angefangen haben, bei der Reproduzierung der Voten des Rates beizufügen, welcher Partei die Votanten angehören. Und ich erinnere mich noch ganz gut, dass vor einigen Jahren auch ein Organ seines Heimatkantons den Sprechenden als Sozialisten eingereiht hat. Ich nehme an, die Kenntnis der deutschen Sprache habe vielleicht dazu geführt, anzunehmen, weil der Sprechende zufällig Rothenberger heisst, dass er auch politisch rot sei und deshalb zum Sozialisten gestempelt werden müsse! Uebrigens wäre es keine Schande, Sozialist zu sein, und ich nehme es in der Vertretung von Grundsätzen mit jedem Sozialisten auf und möchte nur wünschen, dass auch in andern Parteien der wahre Sozialismus mehr bekannt und ausgeübt würde.

Herr Gaudard hat angenommen, der Antrag werde eine Gefahr heraufbeschwören, die durchaus nicht vorhanden ist, die Gefahr der straffen Zentralisation. Ich kenne die Ideen und Auffassungen der Westschweiz. Ich habe viele Jahre in der Westschweiz zugebracht, und nicht bloss « den » Waadtländer, sondern auch die Waadtländer kennen gelernt. Die Auffassung der Westschweizer in bezug auf ihre Einwendungen gegen den Zentralismus, gegen die Einrichtung von Staatsanstalten, teile ich vollständig. Und ich würde der letzte sein, der einer reinen Staatsanstalt für die Ausführung der Alters- und Invalidenversicherung zustimmte. Lieber kantonale Versicherungen. Dagegen bin ich der Auffassung, dass besser, als 25 kleine Kassen der verschiedenen Kantone zu bilden, die Verbindung einer grösseren Versicherungskasse mit diesen kantonalen Kassen wäre, oder wir dürften das auch ruhig einer gemischtwirtschaftlichen Organisation übertragen oder sehen, in welcher Weise diejenige Organisation, die in den Privatversicherungsgesellschaften sich wirklich durchgerungen hat, auch in dieser Versicherungsanstalt angewendet werden könnte.

Nun hat Herr Gaudard dem Antrag den Kampf angesagt. Wenn der Antrag angenommen werde, so werde die Vorlage von seinen welschen Freunden bekämpft und verworfen werden. Ich glaube, Herr Gaudard wird sich besinnen, ob er gegen diese Vorlage, selbst wenn davon 200 Millionen in Abzug kämen, etwa die Bundessteuer eintauschen wollte. Ich denke, das wird er sich zweimal überlegen. Die Lösung kann in anderer Weise gefunden werden. Ich könnte aber Herrn Gaudard erwidern: Wenn er erklärt, dass seine welschen Freunde gegen die Vorlage stimmen würden, so können wir mit demselben Rechte sagen, wir wollen ein Plebiszit veranstalten, wollen sehen, ob das Volk zustimmt, dass 200 Millionen Franken aus der Kriegsschuldendeckung vorweggenommen werden, um der Alters- und Invalidenversicherung zugewiesen zu werden. Aber wenn Sie uns nötigen, diese plebiszitäre Entscheidung herbeizuführen, vor der ich durchaus keine Angst habe — im Gegenteil, ich bin vollständig überzeugt, dass dieser Antrag bei der Volksabstimmung die grosse Mehrheit des Volkes und der Stände auf sich vereinigen würde — dann könnte ich auch einen Schritt weitergehen und sagen: Dann greift man wieder einmal zur Doppelinitiative, und ich würde dann eventuell für die plebiszitäre Entscheidung nicht bloss beantragen, dass 200 Millionen Franken aus der Kriegsschuldendeckung vorweggenommen werden, sondern dass der ganze Ertrag der Kriegsgewinnsteuer für die Sozialversicherung reserviert wird und — das ist die Doppelinitiative — dass der Missbrauch der Portofreiheit abgeschafft werde. Herr Gaudard (Präsident der nationalrätlichen Kommission für Abschaffung der Portofreiheit) kann es nun probieren; ich glaube, auf diese Weise würden wir mit der plebiszitären Entscheidung jedenfalls gut fahren.

Zum Schlusse gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, dass ich in der Begründung meines Antrages ausdrücklich erklärt habe: Wenn es sich darum handelte, zu entscheiden, ob entweder aus der Kriegsschuldendeckung 200 Millionen Franken für die Alters- und Invalidenversicherung weggenommen werden sollen, oder ob man das nicht tun solle, um nur die ganze Mobilisationsschuld mit 100% zu decken, so würde ich selbst lieber dem Vorschlag den Vorzug geben, dass man sich heute noch nicht den Kopf zerbreche darüber, dass auch wirklich die vollen 100% zu decken seien. Denn ich habe die Auffassung, dass sowohl die Kriegssteuer als namentlich die Kriegsgewinnsteuer so viel mehr einbringen wird im Laufe der 16 Jahre, dass dann mit Ablauf der Steuerperiode der ganze Betrag gedeckt sein wird. Diese Auffassung dürfte doch auch wohl die welschen Freunde darüber beruhigen, dass man nicht à tout prix diese Deckung schon heute deklarieren will.

Dagegen möchte ich mich mit aller Vehemenz gegen den Antrag Walther aussprechen, dass man die Sache scheinbar umkehren soll und sagt: für die Kriegsschulddeckung wollen wir 300 Millionen reservieren und der Rest soll der Alters- und Invalidenversicherung zufallen. Für einen so hohen und noblen Zweck wie die Alters- und Invalidenversicherung kann man sich nicht so mit Resten abfinden lassen, und es scheint mir überhaupt in der Weise eine Diskrepanz vorzuliegen, dass wir die Kriegsschuld mit aller Gewalt zu 100% decken, ja amortisieren wollen, aber für das ebenso wichtige, ja viel wichtigere Objekt der menschlichen Arbeitskraft an keine Amortisation denken. Die Amortisation dieser Arbeitskraft liegt darin, dass wir bei Zeiten vorsorgen, dass der Alte, Gebrechliche und Invalide instand gesetzt werde, eine Rente vom Staate zu erhalten, die ihm die Tage des Alters und der Krankheit etwas verschönert. Diese Amortisation ist ebenso wichtig, wie die andere, die völlige Amortisation der Kriegsschuld.

Ich empfehle Ihnen daher meinen Antrag, wie er gestellt worden ist.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: Voici très brièvement les raisons pour lesquelles nous ne pouvons pas accepter la proposition de M. Rothenberger. Elles sont des raisons de forme et de fond. On a déjà insisté hier sur les raisons de forme. La proposition Rothenberger n'a pas de base constitutionnelle normale; nous n'admettons pas ce système qui consiste à introduire incidemment dans la constitution un principe dont les conséquences fi-

nancières sont si considérables pour la Confédération. Cela nous paraît être une procédure insolite.

En outre je souligne également ce qu'a dit hier M. Speiser. Nous sommes en présence d'une res judicata. Lors de la discussion sur le fond, personne n'a fait de proposition. Il a toujours été entendu que la totalité du rendement de l'impôt de guerre, y compris l'impôt sur les bénéfices de guerre et la première perception, servirait à couvrir la dépense de mobilisation. Il aurait fallu d'entrée de cause faire une proposition qui modifiât les bases de la discussion. La question a été liquidée en septembre dernier par le Conseil national; elle est allée au Conseil des Etats, qui a modifié un point ou l'autre de la solution intervenue et le problème ne nous revient que pour les divergences. Nous ne pouvons pas admettre que l'on revienne sur cette question, c'est une procédure absolument anormale. Je me souviens, il y a un certain nombre d'années, d'avoir lu un petit ouvrage très intéressant publié par un jeune docteur en droit belge sur les méthodes budgétaires suisses. Je regrette beaucoup de ne pas l'avoir sous la main en ce moment. Je pourrais vous lire certains passages dans lesquels ce jeune docteur en droit, depuis devenu très influent dans son pays, loue la façon prudente et méthodique dont on procède en matière budgétaire aux Chambres fédérales, soit au Conseil national, soit au Conseil des Etats. S'il avait assisté, hier, à la discussion dont nous avons été les témoins, s'il avait entendu les débats intervenus en décembre dernier, lorsqu'on nous proposait d'ajouter 10 millions d'une part et deux millions ensuite pour être versés à des fonds spéciaux en surcharge d'un budget qui bouclait déjà par un solde déficitaire de 100 millions, je pense que cet auteur belge aurait trouvé que quelque chose était changé chez nous.

Suivons les règles de la procédure; restons méthodiques, procédons suivant les principes de la méthode normale. Le postulat Rothenberger, arrivant à la dernière heure, nous apparaît comme absolument insolite, j'allais dire que c'est une manoeuvre, qu'on a qualifiée hier de presque déloyale. Je ne vais pas jusque là, toutefois. M. Rothenberger a, au contraire, une idée excellente, mais il a tort de vouloir la faire prévaloir à un moment où la discussion est déjà trop avancée et où sa proposition devient inopportune. Nous sommes tous partisans des assurances sociales; nous voulons évoluer, mais d'une manière rationnelle dans le sens de l'amélioration de la situation des classes les moins privilégiées.

Je me joins à ce qu'a très bien dit, hier, M. le Conseiller national Gaudard. Nous verrons dans quelle mesure cette oeuvre sera réalisée par la Confédération. Il serait peut-être opportun de faire appel à la collaboration des cantons, peut-être même à l'initiative privée. Nous ne voulons pas oublier que c'est à elle, en réalité, que l'humanité tout entière, depuis qu'elle existe, doit les principaux progrès qu'elle a réalisés. Mais cette question ne peut être traitée à fond maintenant; elle reviendra en son temps. Nous nous permettrons à cette occasion de nous livrer à une discussion d'idées. Nous ne le redoutons pas. Je crois qu'on en a trop peu usé depuis un certain nombre d'années. Il est certaines conceptions sur lesquelles il faut maintenant faire la lumière, sur lesquelles il faut être au clair, tant au sujet de la signification des mots que de la valeur des épithètes. Nous voulons savoir où nous en sommes, mais ce n'est pas encore le moment opportun. Je répète que nous sommes d'accord en principe avec l'idée de l'assurance invalidité et vieillesse; mais nous faisons toute réserve sur les modalités de sa réalisation. Est-ce qu'en votant le postulat Rothenberger, vous feriez faire un pas en avant à cette question? Je réponds catégoriquement non. Si on accepte le texte de la motion Rothenberger, il s'agira de prélever 200 millions sur le produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre; dans ce cas, vous serez obligés de demander à la caisse fédérale de rendre une partie des sommes qu'elle a déjà encaissées; en outre la différence du rendement fiscal de cette année et de l'année prochaine sera distraite des disponibilités immédiates de la Confédération. Or, à Zurich dans la réunion de la commission, le président a tout d'abord donné lecture d'une lettre de la Banque nationale. Cette lettre attirait l'attention du chef du département des finances et de la commission sur les besoins urgents, impérieux et immédiats de liquidité de la Banque nationale. M. le président de la Banque nationale, qui est ici, m'a également étonné, au mois de décembre dernier, lorsqu'il a appuyé la proposition de verser aux assurances une dizaine de millions. A prendre où? Nulle part! Les comptes de la Confédération bouclent par des déficits. Il m'a encore étonné hier, par raisonnement qui ne tient pas. D'une part on dit: La caisse fédérale a suffisamment avancé de fonds à la Confédération; nous entendons garder notre liquidité; nous avons besoin de notre argent pour couvrir nos opérations financières. D'un autre côté on dit: Prenez donc 200 millions sur le produit de l'impôt sur les bénéfices de guerre afin de constituer le premier fonds. Ou bien vous prendrez ces 200 millions ou bien vous les laisserez. Si vous les prenez, la situation financière immédiate de la Confédération en est sensiblement aggravée. On a suggéré l'idée de signer en réalité une traite payable dans 15 ou 20 ans, je suppose à l'expiration du délai de perception de l'impôt de guerre. Mais alors vous ajournez d'autant la réalisation de l'oeuvre d'assurance! Nous qui sommes des conservateurs, nous sommes plus progressistes que cela! Nous voulons aller plus vite et ne pas attendre vingt ans avant de mettre debout les œuvres de politique sociale. A ceux qui ont peur, d'une façon générale, de la dette de guerre, de l'ensemble de la situation financière de la Confédération, je dis qu'ils sont des pessimistes. Je lisais un de ces jours derniers dans les perspectives de guerre publiées par la Banque commerciale de Bâle une petite statistique, des plus intéressantes, où l'on donne le nombre des banques existantes à la fin de la guerre franco-allemande, comparativement au chiffre actuel, c'est-à-dire celui qui marque la fin de la guerre mondiale. Il y avait en Suisse, en 1871, 120 banques avec un capital de 183 millions; aujourd'hui, 318 banques ayant un capital d'un milliard 528 millions. Les fonds de réserve étaient de 13 millions en 1870; ils sont de 376 aujourd'hui. La moyenne de la circulation fiduciaire donnait l'image du mouvement économique et commercial en Suisse: 24 millions en 1870, 537 à la fin de l'année dernière. Nous ne manquons donc pas de fonds disponibles. Ce qui fait défaut, c'est la méthode. Il faut procéder d'une façon plus régulière et plus normale. A ceux qui veulent réaliser une œuvre politique sociale,

nous répondons: Nous sommes d'accord, ne craignez pas, si nous faisons opposition aujourd'hui, que nous fassions opposition demain. Quand je considère la situation financière suisse comparativement à celle de la France, dont la dette de guerre est 50 fois supérieure à la nôtre, alors que d'après les statistiques nous sommes par tête d'habitant les plus riches du monde, je me dis qu'il n'y a aucune crainte à avoir. La situation reste bonne, mais encore une fois, procédons méthodiquement.

Maintenant, au point de vue politique, la proposition de M. Rothenberger constitue certainement un très grave danger. Vous avez entendu la déclaration formelle de M. Gaudard parlant au nom du grand et puissant canton de Vaud lorsqu'il a dit que si la proposition de M. Rothenberger était adoptée, le canton de Vaud unanime voterait contre l'impôt. Je crois que M. Gaudard aurait pu parler de même au nom de la Suisse romande tout entière. En très grande majorité les Welches rejetteront l'impôt. Un collègue a dit hier, d'un petit air triomphant que nous n'avons pas goûté du tout: Nous ne sommes pas partisans de l'impôt direct et c'est la raison pour laquelle, malgré nous, nous finissons par accepter cette solution.

Mais les partisans de M. Rothenberger doivent tenir compte de notre effort pour aboutir à une conciliation. Nous n'avons pas été si loin du premier coup. Nous n'y sommes arrivés que par des concessins successives et, maintenant que nous sommes sur le point d'aboutir et de nous entendre, après que nous avons consenti à aller beaucoup plus loin que nous ne le voulions au premier abord, on veut surcharger encore de 200 millions l'appoint à fournir par le renouvellement de l'impôt de guerre. Il faut être sincère et dire purement et simplement que l'on veut demander à l'impôt direct non seulement de couvrir les dépenses de mobilisation, mais celles des oeuvres de politique sociale, et, Messiéurs, l'impôt indirect et la péréquation au point de vue fiscal et d'autres solutions fiscales que l'on peut envisager, seraient laissées de côté. Je crois que l'on devrait plutôt procéder à une étude d'ensemble et rechercher la réalisation du problème fiscal d'une façon générale.

Nous voyons aujourd'hui toutes les conséquences des conciliations, des concessions, des oscillations, des changements successifs intervenus au département des finances et au Conseil fédéral et dans notre Conseil peut-être aussi un peu. Nous sommes dans une période troublée et nous subissons tous cette mentalité inquiète. Mais il faut aujourd'hui reconnaître que les Suisses romands ont fait des concessions suffisantes; vous ne pouvez pas leur demander davantage. Si le geste que nous avons fait hier doit avoir comme signification dans le domaine des intérêts généraux une portée quelconque, laissez-moi vous dire qu'il nous serait beaucoup plus facile, à nous, députés de la Suisse romande, de demander à nos électeurs de voter contre le projet plutôt que de l'adopter, si ce projet doit être amendé dans le sens de la proposition Rothenberger. Nous aurons beaucoup plus de peine à décider les électeurs romands à voter oui plutôt que non, car dans son ensemble, la population welche, en raison de certains incidents qui se sont produits dernièrement, est profondément mécontente. Voilà la vérité. Je partage pleinement la manière de voir de M. Gaudard. Nous avons l'obligation de chercher un terrain d'entente, nous avons fait tout ce qui était possible de notre côté pour le réaliser. Si on nous impose cette surcharge de 200 millions, c'est qu'on veut la guerre. Que nous restera-t-il à faire alors! Il ne nous restera plus qu'à suivre le drapeau que M. Micheli nous a montré hier: celui de la lutte. Et c'est le moment utile. Est-il quelqu'un qui, à cette heure si difficile, voudrait assumer la responsabilité de déclencher cette lutte? Avons-nous le droit, à un moment où l'on discute de la paix dans le monde entier, de soutenir la lutte entre nous? Nous avons au contraire le devoir de montrer une Suisse aussi unie que possible; je ne me fais pas d'illusion, c'est pourquoi je dis « aussi unie que possible ». Est-ce le moment de jeter un brandon de discorde dans notre pays? Sous prétexte de faire avancer apparemment la réalisation d'une œuvre sociale, on nous met dans la nécessité de nous liguer contre ceux qui adhéreront au projet Rothenberger. Ceux-là croient faire majorité. Eh bien si la proposition Rothenberger est adoptée par la majorité du Conseil national, on commettrait une faute politique très grave et à certaines heures une faute politique, ce qui est plus grave qu'un crime. (Bravos.)

Stadlin: Ihre Kommission hatte nicht Gelegenheit, zum Antrag Rothenberger Stellung zu nehmen, indem das Postulat Rothenberger verlangt hatte, den Bundesrat zu ersuchen, über die Verwendung der gesamten Kriegsgewinnsteuer zu sozialen Zwecken Bericht zu erstatten. Die Notwendigkeit der Lösung sozialer Fragen, und an der Spitze derselben die Lösung der Alters- und Invalidenversicherung, ist gestern und heute genügend diskutiert worden. Sie haben neben den Befürwortern aus der deutschen Schweiz nun namentlich die Stimmen aus der welschen Schweiz gehört, die sich energisch gegen die Verwendung eines Teiles der Kriegsgewinnsteuer zu sozialen Zwecken richten und die uns einen förmlichen Kampf auf politischem Gebiet ansagen. Ich glaube, es ist nicht von gutem, dass wir die Diskussion über diese Frage nun auf diesen Boden stellen. In der Kommissionssitzung vom 9. Januar dieses Jahres wurde in Zürich vom Postulat Rothenberger seitens des Präsidenten Kenntnis gegeben. Es wurde diesbezüglich aber kein Beschluss gefasst. Es ist allerdings von einem Kollegen, der das Postulat ebenfalls unterzeichnet hatte, der Gedanke ausgesprochen worden, man sollte das Postulat vielleicht nach der Richtung erfüllen, dass man wiederum die Amortisation der Kriegsschuld etwas limitiere, d. h. die gänzliche Tilgung der gesamten Schuld nicht in Aussicht nehmen solle, und heute und gestern haben Sie von Herrn Rothenberger vernommen, dass ihm hauptsächlich darum zu tun sei, dass aus der heutigen Diskussion und aus den Beratungen des Nationalrates ein reales Ergebnis hervorgehe. Das ist wohl auch die Intention des Antrages Walther.

Angesichts dieser Situation frage ich mich doch ernstlich, ob es angezeigt wäre, wenn die Meinungen, die im Schosse des Rates geändert worden sind, nicht von der Kommission beraten würden. Ich neige mich zur Anschauung hin, dass diese Anträge an die Kommission zurückgewiesen werden sollten, die Ihnen auf morgen irgendeinen Antrag bringen sollte, der vielleicht die Möglichkeit gibt, dass wir uns auf diesem

Gebiet verständigen. Eine Verständigung ist nach meinem Dafürhalten dringend geboten. Die Volksstimmung ist in der deutschen Schweiz ebenso stark ausgesprochen für diese soziale Idee, wie sie im Rate von seite der welschen Freunde bekämpft wird. Wir müssen in der Aussprache unseren welschen Freunden sagen, dass die Befürchtungen, die sie hegen, absolut nicht am Platze sind, dass, wenn wir eine Lösung, wie sie proponiert ist, vielleicht in modifizierter Art zu erstreben suchen, damit in keiner Weise etwas präjudiziert ist weder in bezug auf die Form, ob Obligatorium oder Fakultativum nach dem belgischen System, noch in bezug auf die Frage, ob der Gedanke auf dem Boden einer Bundesanstalt oder der Subventionierung kantonaler, gemeindlicher oder genossenschaftlicher Versicherungsorganisationen verwirklicht werden kann. Nach dieser Richtung wäre eine offene Aussprache dringend geboten.

Und weiter eine andere Ueberlegung. Mag der Rat so oder anders entscheiden: Wenn wir das Postulat Rothenberger annehmen, so entsteht die gleiche Diskussion im Ständerat, und ich möchte vermeiden, dass der Ständerat in dieser Frage das Prävenire spielt. Ich habe etwelches Misstrauen. Es ist in den letzten Tagen vielfach davon gesprochen worden, dass die Frage der Alters- und Invalidenversicherung gelöst werden müsse durch die Heranziehung von indirekten Abgaben. Es ist gerade ein halbes Jahr her, dass diese Frage im Ständerat diskutiert worden ist. Damals ist bei der Frage der Tabaksteuer der Antrag gestellt worden, es möchte die Tabaksteuer für die Sozialreform, die Alters- und Invalidenversicherung, fruktifiziert werden. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. In der nationalrätlichen Kommission hat daraufhin der Sprechende ebenfalls den Antrag gestellt, es möchte der Ertrag der Tabaksteuer teilweise zur Fundierung der Sozialversicherung herangezogen werden. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Solche Erscheinungen machen misstrauisch im Volke draussen und sie erwecken den Eindruck, als ob es den eidgenössischen Behörden mit der Realisierung dieses Sozialreformwerkes nicht ernst sei, und dieses Misstrauen müssen wir bekämpfen. Ich möchte hoffen und die Erwartung aussprechen, dass wir in der Aussprache in der Kommission vielleicht dennoch einen Weg fänden, der eine Einigung im Nationalrat zeitigen würde, damit wir nicht bloss versprechen, sondern eine wirkliche Tat gegenüber dem Schweizervolk bekunden würden. Ich stelle Ihnen den Ordnungsantrag, hier diese Hauptfrage in der Diskussion einzustellen und an die Kommission zurückzuweisen, in der Meinung, dass die Kommission eine Verständigung sucht, um Ihnen morgen diesbezüglich Bericht und Antrag zu unterbreiten.

Präsident: Das Wort ist offen zum Ordnungsantrag.

Walther: Ich möchte Sie bitten, den Ordnungsantrag des Herrn Stadlin in dieser Form nicht anzunehmen. Sein Gedanke ist an sich ja gut, dagegen ist der Moment für den Abbruch der Diskussion noch nicht gegeben. Mir scheint, wir sollten die Diskussion fortsetzen und sagen, was noch zu sagen ist. Dann sollten wir die Diskussion abbrechen und die Sache nochmals an die Kommission weisen. Aber nicht jetzt abbrechen und dann nachher die ganze Frage wieder aufrollen und die Diskussion von neuem beginnen.

Ich möchte Herrn Stadlin bitten, seinen Antrag vielleicht in dem Sinne zu modifizieren, dass er sich einverstanden erklärt, die Diskussion jetzt noch fortzuführen und die Sache dann erst nach einem gewissen Abschluss an die Kommission zurückzuweisen.

Stadlin: Ich kann mich mit dieser Form einverstanden erklären.

Präsident: Herr Stadlin zieht seinen Ordnungsantrag zurück, mit dem Vorbehalt, ihn später wieder einzubringen. Er wird von keiner andern Seite wieder aufgenommen. Wir fahren weiter.

Walther: Die Entschliessung gegenüber dem Antrag Rothenberger und Mitunterzeichner fällt dem Sprechenden ungemein schwer. Ich weiss auch, dass es vielen meiner politischen Freunde und auch manchen Angehörigen der übrigen Parteien gleich geht. Wir sind im Prinzip durchaus dafür, dass die Alters- und Invalidenversicherung möglichst rasch an die Hand genommen wird und dass die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen mit tunlichster Beförderung geschaffen werden.

Die Sache hängt auch zusammen mit Vorgängen in manchen Kantonen. Im Kanton Luzern z. B. haben wir gegenwärtig ein Initiativbegehren für Einführung der Alters- und Invalidenversicherung; die politischen Parteien, vor allem diejenige, welcher der Sprechende angehört, haben die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung auf ihr Programm genommen, wobei die Meinung besteht, dass man mit der Anhandnahme nicht zögern, sondern möglichst rasch vorwärts machen soll. Ebenso besteht im weitern die Ansicht, dass es wohl den Kantonen allein nicht möglich ist, dieses grosse Werk auf ihrem Boden durchzuführen. Der Bund muss mithelfen.

Man würde es nun in unserem Kanton, wo sich die Situation derart ausgebildet hat, nicht verstehen, wenn man hier in der Bundesversammlung beim ersten Anlass, wo eine prinzipielle Stellungnahme gefordert wird, versagte und eine derartige Anregung einfach glatt ablehnte, ohne ausdrücklich zu sagen, dass man mit der Idee selbst einverstanden ist und die grosse Frage bald lösen will. Das ist die eine Seite der Frage, wie sie sich für den Sprechenden und eine Anzahl seiner Kollegen hier darstellt.

Auf der andern Seite haben wir nun ein Finanzprogramm des Bundesrates, speziell des Vorstehers des Finanzdepartementes, ein Finanzprogramm, auf das man sich mehr oder weniger nicht nur im Bundesrat, sondern auch in den Räten festgelegt hat. Die Ideen des Vorstehers des Finanzdepartementes sind bis anhin so ziemlich unbestritten geblieben. Eine wirkliche Opposition gegen dieses Programm hat sich in wesentlichen Punkten nicht geltend gemacht. Auf einmal kommt nun ein Gedanke, der — das muss doch ohne weiteres zugegeben werden — eine Störung dieses Programms bedeutet. 200 Millionen sollen weggenommen werden für einen bestimmten Zweck, während der

Betrag von 200 Millionen eine wesentliche Rolle spielt in dem Finanzprogramm hinsichtlich der Amortisation der bereits eingegangenen Schulden. Diese 200 Millionen sind ein Teil desjenigen, was man in Aussicht genommen hat für die Tilgung bestehender drückender Verpflichtungen.

Die Frage, wieviel die Kriegsgewinnsteuer abtragen werde, ist eine bestrittene. Herr Bundesrat Motta hat davon gesprochen, dass der Ertrag ungefähr 300 Millionen ausmachen werde. Ich weiss, dass er heute die Meinung hat, dieser Ertrag werde voraussichtlich grösser sein. Auf der andern Seite klang gestern aus dem Votum der Anhänger des Postulates Rothenberger der Gedanke, dass der Ertrag dieser Steuer ein viel weitgehenderer sein dürfte. Man spricht von 450, vielleicht sogar 500 und mehr Millionen. Ich habe nun die Meinung, es sollte hier ein Mittelweg gefunden werden können. Wir sollten am Programm nicht rütteln. Wenn Herr Motta davon spricht, er müsse für sein Programm die 300 Millionen haben, so wollen wir den Boden nicht verlassen, auf dem wir bisher gestanden sind und ihm die 300 Millionen für seine Aufgaben ohne weiteres geben. Ich glaube, man wird in weiten Kreisen des Volkes dafür Verständnis haben, dass die Tilgung schwerdrückender Schuldverpflichtungen die erste Aufgabe einer richtigen Finanzpolitik ist.

Auf der andern Seite aber wollen wir glauben und annehmen, dass die Optimisten, welche den Ertrag dieser Steuer viel höher einschätzen, recht haben werden. Ob der Ertrag 20, 100 oder 200 Millionen mehr ausmachen wird, soll dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle kann man annehmen, dass der Ertrag über die 300 Millionen hinausgehen wird. Wir werden also mit Sicherheit für die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung eine gewisse Grundlage schaffen, wenn wir das nehmen, was über die 300 Millionen hinausgeht. Das können wir nehmen, ohne einen Einbruch in das Finanzprogramm zu machen und ohne eine wesentliche Störung dieses Programmes herbeizuführen. Dieses Vorgehen hat den grossen Vorteil, dass wir hier prinzipiell für den Gedanken der Alters- und Invalidenversicherung Stellung nehmen. Wir erklären aber auch durch Annahme meines Antrags feierlich und formell, dass wir alle einig sind in dem Bestreben und dem Gedanken, die Alters- und Invalidenversicherung möglichst rasch an die Hand zu nehmen und das grosse Werk in absehbarer Zeit seiner Erfüllung entgegenzuführen. Wir zeigen damit, dass wir für soziale Werke nicht bloss grosse und schöne Worte, sondern dass wir auch Taten haben, und dass es uns weder an Bereitwilligkeit noch an Opferwilligkeit fehlt, jedes Werk, das im Interesse des Volkes gelegen ist, innert den Grenzen der Möglichkeit zu verwirklichen.

In diesem Sinne empfehle ich Ihnen meinen Antrag.

von **Streng:** Ich beabsichtige nicht, über den individuellen Antrag meines Fraktionsgenossen, Herrn Walther, mich auszusprechen. Ich will die Zirkel dieses Antrages nicht stören. Woran mir liegt, ist, für meine politischen Freunde, welche gegen den Antrag Rothenberger stimmen werden, die Stimmabgabe kurz zu motivieren.

Die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung gehört zu den anerkannten und dringlichsten sozialpolitischen Postulaten unserer Partei. Wir sind daher dessen gewärtig, dass der Bundesrat ohne jede weitere Säumnis zur Verwirklichung dieses Postulates die verfassungsmässigen und gesetzlichen Vorlagen vorbereite und sie der Bundesversammlung vorlege, wobei wir uns die Entscheidung darüber, ob die Alters- und Invalidenversicherung auf dem Boden der Eidgenossenschaft oder demjenigen der Kantone mit Bundessubvention durchzuführen sei, noch vorbehalten müssen.

Mit dieser Feststellung verwahren wir uns gegen die Auslegung, als ob wir mit der Ablehnung des Antrages Rothenberger die Ausführung dieses sozialen Werkes verhindern oder auch nur um einen Tag hinausschieben wollten.

Wir können heute zum Antrag Rothenberger nicht stimmen, einmal weil derselbe angesichts der jetzigen parlamentarischen Sachlage eine ernstliche Gefahr bedeutet für das endliche Zustandekommen der Vorlage über die Wiederholung der Kriegssteuer, einer Vorlage, die in der nationalrätlichen Kommission auf Grundlage der Beschlüsse des Ständerates auch die Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder erhalten hatte und daher als ein Mittel zum sozialpolitischen Frieden betrachtet werden konnte.

Wir lehnen den Antrag aber auch ab, weil dessen Annahme nach den gestern vernommenen Erklärungen aus der französischen und italienischen Schweiz den Frieden unter den bürgerlichen Volksteilen des Landes stören müsste, einen Frieden, dessen wir heute mehr als je bedürfen, um eine rasche und glückliche Lösung der Aufgaben der neuen Zeit in die Wege zu leiten.

Wir vertrauen bei unserer Stimmabgabe auf den gesunden Sinn des Schweizervolkes, welches den feierlich abgegebenen Erklärungen seiner Vertreter und der obersten Landesbehörde Glauben schenkt und anerkennen wird, dass die in Aussicht stehende Lösung der Kriegssteuervorlage demjenigen entspricht, was im Juni 1918 dem Volke auch von unserer Seite versprochen worden ist. In diesem Sinne bitte ich Sie, unsere Stimmabgabe aufzunehmen.

M. **Calame:** Sans que j'aie la prétention d'apporter des éléments nouveaux au débats, je demande la permission d'expliquer pourquoi mes collègues de la députation radicale neuchâteloise et moi nous nous rallions au projet de la commission et pourquoi nous repoussons aussi bien la proposition de M. Maunoir que celle de M. Rothenberger.

Nous considérons que la proposition Maunoir est trop étriquée, qu'elle est tout à fait insuffisante, qu'elle ne constitue pas une solution. A l'origine, nous inclinions pour une triple perception de l'impôt de guerre; nous avons fait un pas de plus dans la session d'octobre et nous nous sommes ralliés à l'idée émise que le nouvel impôt devait couvrir au moins 500 millions, ce qui supposait une perception supplémentaire. En adoptant le texte voté par le Conseil des Etats, nous faisons encore un pas, puisque que, d'après les calculs que présentait hier M. le conseiller fédéral Motta il s'agit de couvrir 600 millions au moyen de l'impôt de guerre. Mais nous ne croyons pas devoir aller plus loin, de même que nous ne voulons pas suivre M. Maunoir. Quant à la proposition même de M. Rothenberger, je voudrais tout d'abord me permettre une observation de forme ou plutôt de procédure, si vous préférez.

Après avoir passé une année au siège occupé maintenant par M. Häberlin, on devient volontiers esclave du règlement, on subit en quelque manière la déformation professionnelle; et j'avoue avoir éprouvé de sérieux scrupules que l'on ait admis à la discussion la proposition de M. Rothenberger. L'art. 5 de la loi sur les rapports entre les Conseils dit, en effet: «Si les décisions d'un Conseil ne concordent pas avec celles prises auparavant par l'autre Conseil, elles sont renvoyées à ce dernier pour qu'il délibère sur les divergences. La nouvelle délibération est circonscrite aux points sur lesquels l'accord n'a pu s'établir....»

Or, je constate que nous délibérons sur des divergences et que, strictement, la discussion devrait être circonscrite aux points sur lesquels subsiste un désaccord. Et je rappelle que le Conseil national avait décidé de prélever un impôt de guerre renouvelé trois fois, avec possibilité de parfaire le rendement jusqu'à 500 millions, tandis que le Conseil des Etats est allé plus loin et entend couvrir la totalité des dépenses de mobilisation arrêtées au 31 décembre 1918. Il s'agit de se déterminer entre ces deux formules, rien de plus. M. Rothenberger, d'autre part, apporte ici une motion toute nouvelle qui constitue plus qu'une simple divergence.

Sur cette question de forme donc j'ai des hésitations déjà et j'ai le sentiment qu'on aurait pu discuter préliminairement même la question de savoir si nous sommes en droit d'aborder ici l'examen de la proposition Rothenberger comme telle et si, au contraire, il n'eût pas été régulier de lui conserver sa première forme de postulat. Je ne fais qu'exprimer ces scrupules, sans prétendre absolument que j'aie raison et que mon interprétation, peut-être un peu rigoureuse, de la loi soit indiscutable.

Puisque M. Rothenberger veut introduire dans l'article constitutionnel la notion de l'assurance-invalidité et vieillesse, il aurait dû tout au moins se préoccuper d'établir la concordance entre le texte qu'il propose au chiff. 2 et celui du chiffre premier. Le principe est ainsi posé au moyen de l'impôt de guerre: on veut couvrir la dette de mobilisation, rien d'autre. Malgré cela, M. Rothenberger prétend exiger de l'impôt de guerre un supplément de 200 millions, cette somme devant être attribuée à une caisse d'assurance-invalidité et vieillesse à créer. Il est inadmissible que ce gros problème de l'assurance-invalidité et vieillesse soit abordé ainsi incidemment. Comme mes collègues de la Suisse romande qui ont pris la parole précédemment, je déclare, aussi bien au nom de mes amis radicaux neuchâtelois qu'en mon nom personnel, que nous sommes partisans résolus de la réalisation la plus rapide possible de l'assurance-vieillesse et invalidité et je saisis l'occasion de me joindre aux observations présentées à cet égard par M. Gaudard: «c'est sur le terrain cantonal, avec l'appui financier de la Confédération, que doit être recherchée la juste solution de l'assurance-invalidité et vieillesse. Cela dit, je ne comprends pas que dans un article constitutionnel relatif à l'impôt de guerre on veuille préjuger en quelque sorte cette grosse question d'assurance.

Pour ces motifs, je me range aux propositions de la majorité de la commission et je combats aussi bien la proposition de M. Maunoir que celle de M. Rothenberger.

M. le conseiller fédéral **Motta:** J'aurais renoncé très volontiers à intervenir une seconde fois dans ce grand débat, si je n'avais pas la persuasion que les obligations de ma charge et de ma fonction m'obligent à insister sur un point qui n'a pas encore été suffisamment mis en lumière ou, s'il l'a été, il ne l'a été qu'hier par l'honorable M. Gaudard et ce matin par l'honorable M. Musy. Il est du devoir du Conseil fédéral de vous dire comment il entend en quelque sorte le programme financier dans la politique générale de la Confédération.

Mais, tout d'abord, permettez-moi d'éliminer de la discussion certains arguments en quelque sorte d'ordre secondaire. En premier lieu, je voudrais vous dire que c'est à dessein que je n'ai pas relevé hier un reproche tombé de la bouche de M. Rothenberger accusant le Conseil fédéral et en particulier le département des finances de manquer absolument de ligne ferme, de principe, de boussole dans la réalisation du programme financier. Je veux m'abstenir de tout ce qui peut avoir le caractère de polémique personnelle. Je renonce à retourner l'argument. Il serait tellement facile de le faire. Il nous serait tellement facile de dire que le manque de boussole se révèle justement dans le fait d'intervenir au dernier moment pour jeter le trouble dans l'union des esprits. Je m'abstiens de cet ordre d'arguments, parce que je veux placer le débat non pas sur le terrain personnel, mais sur le terrain objectif et, comme je vais vous le démontrer, absolument national.

Deux précisions encore. J'ai prétendu hier ou mieux j'ai affirmé, sur la foi du Conseiller fédéral qui a l'obligation de ne dire que la vérité devant vous, que le Conseil fédéral était unanime à vous prier instamment de repousser la proposition Rothenberger. J'ai été quelque peu étonné de ne pas rencontrer la foi absolue dans une telle déclaration. Nous sommes des hommes sérieux, Messieurs, et nous discutons de choses sérieuses. Il faudrait pourtant éliminer du débat tout ce qui pourrait lui enlever le sérieux nécessaire. On a dit que le Conseil fédéral a peut-être examiné le postulat Rothenberger contre lequel il s'est prononcé, mais qu'il n'a pu examiner la proposition Rothenberger, puisqu'elle n'a été conçue et engendrée en quelque sorte que dans l'avant-dernière nuit et que cette proposition n'a vu le jour que dans la matinée d'hier. Quelle différence y a-t-il entre le postulat et la proposition? Le postulat a été abandonné parce qu'il aboutissait, je me permets de le dire, au point de vue parlementaire à des conséquences presque absurdes. En effet, conformément à la pratique parlementaire le postulat aurait dû être discuté au moment où la discussion sur le projet concernant l'impôt de guerre a été terminée. Or, qu'aurait-on demandé au Conseil fédéral? On lui demandait d'examiner la question posée dans le postulat. On aurait demandé au Conseil fédéral d'examiner comment on pouvait défaire ce que le Conseil national et l'Assemblée fédérale tout entière auraient en quelque sorte déjà sanctionné et accompli avant de voter le postulat. C'était là un résultat si absurde que les auteurs du postulat l'ont compris. Ils ont alors déposé une proposition qu'ils voulaient insérer dans les dispositions du projet constitutionnel. Mais la substance des choses est absolument la même et je maintiens l'affirmation catégorique que le Conseil

fédéral est unanime à vous demander de ne pas accepter la proposition Rothenberger.

Une autre précision. L'honorable président de la Banque nationale a cherché hier à répondre à un des arguments, très valable m'a-t-il semblé, qui militait contre la proposition Rothenberger et qui consistait à dire que nous avions l'obligation d'affecter toutes les sommes disponibles de l'impôt de guerre et surtout de l'impôt sur les bénéfices de guerre à éteindre la dette flottante et à empêcher la trop grande circulation des billets de banque, phénomène dangereux qui a contribué au renchérissement de la vie. M. le président de la Banque nationale a dit: Cet argument a certainement du poids, de la valeur, mais je fais observer que l'on pourra payer la dette flottante avec le rendement de la vente des marchandises détenues par les régies. Sur ce point, M. le président de la Banque nationale s'est, en toute bonne foi, complètement trompé. La dette flottante n'est point de 300 millions, mais à l'heure actuelle d'environ 600 millions. Elle est composée de 300 millions et plus des rescriptions escomptées par la Banque nationale, de 60 millions, dette que nous avons reconnue à l'administration des postes; il faut encore y ajouter 186 millions constitués par des bons à un ou deux ans émis dernièrement à des conditions onéreuses par la Confédération et que nous entendons rembourser précisément par le produit de la vente des marchandises des régies. Vous voyez donc qu'il ne s'agit pas d'une dette flottante de 300 millions seulement comme M. le président de la Banque nationale l'avait envisagé, mais d'une somme double; par conséquent, mon argument reste debout tout entier et il est encore plus solide qu'au moment même où je l'ai développé, après avoir examiné de plus près la question.

Maintenant j'arrive au fond du débat. De quoi s'agit-il? Mettons de côté tout ce qui est secondaire. Vous avez decidé dans la session de décembre de faire supporter par l'impôt de guerre un demi-milliard. Le Conseil des Etats est allé plus loin que vous. Il a voté une formule qui conduit à faire supporter par l'impôt non plus un demi-milliard, mais 600 millions. Et la proposition Rothenberger, que veut-elle? Elle veut faire produire à l'impôt de guerre non plus 600 millions, mais 800 millions. Voilà quel est le fond du débat traduit en chiffre. Or, vous me permettrez de dire qu'il y a cependant quelque chose d'assez paradoxal et extraordinaire dans le fait que le Conseil national était resté en arrière du Conseil des Etats; Puis, ce dernier est allé plus loin que vous et au lieu de déclarer aujourd'hui que vous adhérez à la décision du Conseil des Etats qui dépasse la vôtre, vous iriez maintenant vous-mêmes plus loin que le Conseil des Etats. Il y a là quelque chose de si paradoxal au point de vue des mœurs parlementaires que vous me permettrez de souligner ce fait absolument inadmissible.

Mais j'ai hâte d'abandonner ce détail. Je voudrais placer la discussion sur un terrain beaucoup plus élevé: sur le terrain national. Messieurs, l'impôt de guerre devait être, dans l'esprit du Conseil fédéral, une œuvre de paix et de concorde nationale. J'ai eu l'impression hier, en entendant les déclarations de l'honorable M. Muller, l'un des chefs du groupe socialiste, que ce groupe cesse de faire de l'opposition au projet tel qu'il est issu de la discussion du Conseil des Etats. Il n'y a plus qu'une seule opposition, c'est celle qui vient, je ne sais si c'est de l'unanimité, je ne le crois pas, mais d'une partie du groupe libéral de cette assemblée.

Pour plusieurs raisons, je regrette qu'il en soit ainsi. Mais il y a, m'a-t-il semblé par ailleurs, un accord complet entre le parti radical et le parti conservateur catholique et, m'a-t-il semblé aussi, dans le parti socialiste. J'espère encore, parce que je ne désespère jamais, que les membres du parti libéral qui au Conseil national ont voté la solution du Conseil des Etats voudront à la fin, après de nouvelles réflexions, après avoir pris contact avec les réalités, se rallier à la solution votée par les Etats et qui vous est recommandée par la commission. On était donc en présence d'une oeuvre d'union nationale. Et que fait maintenant la proposition Rothenberger? Elle arrive à un moment où les milieux fédéralistes de ce Conseil et de l'autre Conseil ont fait les plus larges concessions et consenti les plus grands sacrifices. Elle vient détruire la formule qui résultait de ces concessions en exigeant toujours davantage. C'est ce qui m'a obligé hier à me servir d'une expression tirée de la sagesse romaine. J'ai dit: Honesta ab amicis sunt petonda. J'ai vu qu'un journaliste qui n'est évidemment pas un citoyen de la République d'Athènes a traduit cet adage en français: L'appétit vient en mangeant. Vous voyez la nuance, Messieurs, je n'insiste pas.

C'est sur le terrain de l'union nationale que je place tout le débat et je dis: Demander aujourd'hui à la Suisse fédéraliste, et j'en parle en me plaçant en quelque sorte en dehors de la discussion en examinant purement et simplement du dehors le phénomène tel qu'il se présente à moi comme aux membres du parlement du pays, je dis que placer la Suisse fédéraliste d'aujourd'hui qui a consenti les sacrifices indiqués, dans la nécessité de repousser ce projet, c'est faire une oeuvre de discorde nationale, qu'on le veuille ou qu'on ne le veuille pas. Je suis certain même qu'on ne le veut pas. Mais je constate le fait. Or, j'attire votre attention sur les considérations suivantes: La Suisse fédéraliste, ou plutôt, l'idée fédéraliste n'est ni morte, ni disposée à mourir. Si j'examine ce qui se passe aujourd'hui dans le pays, les sentiments qui y germent, les tendances qui s'y développent, je suis frappé d'une constatation: l'idée fédéraliste profondément vivace, indestructible même, aussi longtemps qu'il y aura une Suisse, a évolué comme toutes les idées. Elle s'est quelque peu transformée, elle s'est épurée, pour ainsi dire, mais en même temps fortifiée. A mesure que la petitesse territoriale des cantons de la Suisse allemande les inclinait en quelque sorte vers une certaine centralisation inconsciente, l'idée fédéraliste cherchait son refuge surtout dans les cantons qui appartiennent aux minorités de langues et de races du pays. A mesure que l'idée fédéraliste était appelée à remplir son grand rôle de conservatrice de l'idéal spirituel de la nation, de la valeur ethnique des minorités de langues et de races, elle devenait plus puissante. Voyez par exemple ce qui se passe dans mon canton d'origine. Je saisis cette occasion pour dissiper ici un malentendu qui a pu naître dans quelques esprits à la lecture de certains faits rapportés par la presse. Le canton du Tessin a épuisé, pendant le premier siècle de son autonomie politique, une grande partie de son énergie spirituelle dans la lutte des partis. Ce n'est pas en

vain, ou ce n'est pas à tort qu'on a parlé parfois des passions des Guelfes et des Gibelins qui se trouvaient aux prises dans le canton du Tessin. Malgré cela, et c'est son plus grand honneur, le Tessin a réalisé des progrès dans tous les domaines de l'activité publique. Maintenant que les luttes politiques se sont calmées et en quelque sorte assoupies, un phénomène supérieur s'y est substitué. Le Tessin, plus que jamais, a pris conscience de ses intérêts particuliers et de la nécessité pour lui de défendre son patrimoine spirituel dans l'ordre de la race et dans celui de la langue. Il a compris que c'est dans cette condition qu'il devait remplir son rôle bienfaisant et grandiose, malgré l'exiguité de son territoire, et de représenter, dans la Confédération suisse, cette grande civilisation, la plus vieille et une des plus belles du monde, la civilisation latine. Et, Messieurs, c'est pour cela que vous avez vu la jeunesse tessinoise délaisser les luttes stériles qui ne concouraient ni au bien du canton ni à celui de la Confédération, pour s'orienter vers la recherche de la culture intellectuelle. De là, le désir du Tessin d'améliorer ses relations et ses rapports matériels avec le centre de la Confédération. De là aussi l'idée de créer au Tessin une institution de culture supérieure qui soit comme un foyer de lumière attirant tous les esprits vers lui et qui fasse de ce canton d'au delà les Alpes un centre intellectuel très vivant parallèlement aux autres parties de la Suisse, de langue différente. Il faut y voir un sentiment patriotique digne d'éloges. C'est un blasphème que de jeter la suspicion sur cette jeunesse studieuse et idéaliste qui cherche peut-être plus profondément à être tessinoise pour être plus profondément suisse. Et voilà pourquoi je dis que le sentiment fédéraliste s'est à la fois transformé et fortifié. Le même phénomène se constate dans la Suisse romande. N'oubliez pas que vous-mêmes vous lui avez rendu hommage. La clairvoyance merveilleuse de la Suisse romande sur le sens de la guerre et sur son issue a été une grande sauvegarde pour la Confédération suisse. Sa clairvoyance sur le sens et l'issue de la guerre a été aussi sa clairvoyance lorsqu'il s'est agi des questions politiques intérieures et cette Suisse romande qui a eu cette clairvoyance sans que sa valeur supérieure dans le faisceau de la Confédération ait augmenté en puissance, elle reste une minorité de langue, mais elle est une minorité absolument nécessaire à la Confédération comme la minorité italienne et alors, vous qui avez fait pendant cette guerre déjà tant d'actes de sagesse, faites encore aujourd'hui un autre acte de sagesse. Vous, vous représentez peut-être ce que Pascal dans ses pensées, cette fleur merveilleuse du génie français, appelait l'esprit géométrique. Les autres races détiennent peut-être une grande parcelle de l'esprit de finesse. L'esprit géométrique est aussi nécessaire à la Confédération que l'esprit de finesse. Eh bien, vous Messieurs de la Suisse allemande, permettez-moi de m'adresser à vous parce que vous êtes de bons et grands patriotes et parce que nous sommes aussi avec vous, je m'adresse aux membres de la Suisse allemande de cette assemblée et je leur dis: En 1917, à une heure de crise redoutable pour le pays, vous avez rempli un grand devoir, vous avez dénoué la crise par un acte éclatant de renonciation. Il y a quelques mois — et j'en parle avec une grande discrétion parce que je ne voudrais pas mêler quelque chose de personnel à ce qui ne doit être discuté que dans la région et la sphère des idées — il y a quelques mois encore, dans la session de décembre, vous faisiez un acte que je me permets de qualifier non seulement de haute sagesse, mais un acte qui est allé au coeur de tous vos concitoyens de langue italienne et de langue française, vous avez donné à la Suisse italienne et française une preuve de confiance. Eh bien, ne retirez pas cette confiance à ces deux parties du pays: elles ont consenti ce qu'elles pouvaient consentir, elles ne peuvent pas aller plus loin. Oh, s'il ne s'agissait que de moi, si je n'examinais la question que du seul point de vue purement financier et fiscal, je n'aurais qu'à remercier celui qui vient apporter toujours plus d'argent au fisc par le moyen de l'imposition directe. Mais il y a des questions qui dépassent infiniment les questions fiscales, ce sont les grandes questions politiques qui sont la raison d'être même de la nation. Voilà pourquoi je dis à mes concitoyens, à mes amis de la Suisse allemande en faisant appel à leur esprit de générosité: Ne tendez pas trop l'arc, ne demandez pas aux minorités de race d'aller plus loin qu'elles ne sont disposées à aller. Je ne suis pas d'accord avec mon concitoyen M. Garbani ni avec mon ami M. Maunoir qui sont restés trop en deçà des nécessités financières. Je crois que leurs propositions sont insuffisantes et je suis obligé de les combattre. Je me place tout à fait sur le terrain de MM. Musy, Gaudard et Calame. Eux ont consenti tout ce qu'on pouvait consentir. Il ne faut pas aller plus loin. La question d'assurance-vieillesse et invalidité n'est pas en jeu aujourd'hui. Je vous déclare au nom du Conseil fédéral que nous sommes tous au Conseil fédéral des partisans convaincus de cette idée et que nous ne serons en quelque sorte tranquilles que le jour où cette grande oeuvre aura été réalisée. Pendant le cours de cette année, nous ferons des propositions. Nous vous soumettrons aussi les plans financiers pour réaliser cette oeuvre. J'ajoute d'ores et déjà que je me suis persuadé, quant à moi, qu'il faut réserver le produit de l'imposition du tabac tout entier à cette oeuvre et il me semble qu'il y a là la mesure de ma bonne volonté. C'est un point de vue que je n'avais pas développé autrefois, c'est le point de vue que je défendrai devant vous, devant la situation modifiée dans nos délibérations futures. Mais ne mêlez pas deux questions absolument distinctes l'une de l'autre: un jour pour l'impôt de guerre et l'autre jour pour la grande oeuvre des assurances. Nous voulons y travailler avec sérieux, avec générosité et aujourd'hui le geste de M. Rothenberger au Conseil n'est qu'un geste qui sème des illusions et ne répond pas à des réalités.

Excusez-moi; on m'a reproché hier d'avoir parlé avec beaucoup de chaleur et presque avec passion. S'il y avait de la chaleur excessive dans mes paroles, je m'en excuse devant vous. Mais j'ose vous dire que la passion qui était en moi n'était point une passion vulgaire, elle n'était que l'expression de mon dévouement sans bornes à l'idéal suisse et au bien de mon pays. (Bravos).

Präsident: Von Herrn Sulzer ist ein neuer Antrag eingegangen, der zu Ziffer 1 und 2 redaktionelle Aenderungen bringt, dann aber einen neuen Zusatz mit folgendem Wortlaut: «Aus dem so festgestellten Gesamterträgnis aller Kriegs- und Kriegsgewinnsteuern wird auf den 1. Januar 1920 ein

Betrag von 200 Mililonen ausgeschieden und als zinstragender Fonds für die Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung angelegt. Um diesen Betrag von 200 Millionen Franken wird daher die Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot verkürzt.»

Stadlin: Angesichts dieser Situation, dass ein neuer Antrag eingereicht worden ist, und dass wir bereits verschiedene neue Anträge haben, sehe ich mich veranlasst, nun den Ordnungsantrag wieder aufzunehmen. Der Boden, auf dem die Diskussion nun begonnen hat, ist nicht geeignet, das grosse Werk der Sozialversicherung vorzubereiten. Wir müssen schauen, dass wir irgendwie eine Verständigung herbeiführen können, und es ist durchaus notwendig, dass im Schosse der Kommission einmal eine Aussprache über diese wichtige Frage stattfindet, über die man bisher sich auszusprechen keine Gelegenheit hatte.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich glaube, dass die Kommission nicht anders kann, als, nachdem der Antrag Sulzer eingegangen ist, die Sache noch einmal zu behandeln, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben in der Kommission über diese Sache gesprochen, als es noch keinen Antrag zu Ziffer 2 gab, sondern nur ein Postulat. Wir haben beim damaligen Stand der Sache nicht die Aufgabe gehabt, zu beschliessen, wie wir uns zum Postulate Rothenberger stellen sollen. Wir haben darüber gesprochen, und damals war eine grosse Zahl derer, die sich ausgesprochen haben, gegen das Postulat Rothenberger. Gestern und heute sehen wir nun, dass hier im Rate die Meinungen ebenfalls sehr geteilt sind. Wir haben aus beredtem Munde und mit viel Kraft und Ueberzeugung die Ansichten vertreten gehört, und fühlen es im gegenwärtigen Augenblick gewiss alle, dass die Stunde sehr ernst ist mit bezug auf das, was wir beschliessen sollen. Wir glauben, dass es gut sein kann, wenn im Schosse der Kommission die Sache noch einmal besprochen wird. Ich weiss nicht, ob dabei etwas Neues oder Besseres herauskommt. Aber nachdem nun die Anträge des Herrn Walther und diejenigen des Herrn Sulzer eingegangen sind, scheint es mir wünschenswert, dass sich die Kommission darüber ausspreche. Ich habe persönlich die Stellung eingenommen, dass die Sache der Alters- und Invalidenversicherung von so eminenter Bedeutung ist, dass es gewiss jedem im Rate innerlich weh tut, nicht freudig für die Gründung eines Fonds zu diesem Zwecke zu stimmen. Allein, wir wissen auch zu gut, dass die Vorlage der Kriegssteuer, wie sie jetzt dem Nationalrat unterbreitet worden ist, das Produkt eines Kompromisses ist, der nun durch die beiden Räte so weit gediehen ist, das wir glaubten, eine fertige Vorlage vor das Volk bringen zu können, und zwar mit Zustimmung des grössten Teils der beiden Räte. Der Antrag Rothenberger kam bedauerlicherweise zu spät. Er kam zu einer Zeit, wo die Vorbereitungen in einem Stadium angelangt waren, dass ein solcher Antrag die grösste Verwirrung schaffen musste. Niemand hat gestern oder heute ein Wort gegen das Projekt der Institution gesagt, sondern jedermann freut sich, dass Vorschläge kommen, wie die Alters- und Invaliditätsversicherung finanziert werden soll. Aber das erste, was wir glaubten anstreben zu müssen und was unsere nächste Aufgabe sei, ist das Finanzprogramm, die Deckung der Kriegsschulden. Das ist auch der Boden, auf dem wir bis jetzt standen, und ich beantrage Ihnen, dem Wunsche des Herrn Stadlin zu entsprechen, dass die Kommission die Sache nochmals bespreche, was nicht hindert, dass die übrigen Artikel der Vorlage weiter diskutiert werden.

Hirter: Man kann nicht sagen, dass Herr Rothenberger seinen Antrag zur unrichtigen Zeit eingebracht habe, sondern er musste jetzt eingebracht werden, indem die Kriegssteuervorlage über den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer verfügt. Es musste hier ein Vorbehalt gemacht werden, um das herauszuholen, was für die Alters- und Invaliditätsversicherung reserviert werden soll. Nun ist gegenüber dem Antrag Rothenberger der Antrag Walther gestellt worden. Es hat der Sprechende als Mitunterzeichner der Vorlage den Antrag Walther bereits vorher formuliert gehabt, aber denselben auf die Seite gelegt, um dem Antrag Rothenberger die Bahn frei zu machen. Es wird sich zeigen, welchem Antrag Sie den Vorzug geben wollen. Der Antrag Walther hat den Vorzug, dass er eine feste Summe zur Kriegssteuerdeckung herbeibringt und nur das übrige der Alters- und Invalidenversicherung überlässt. Das kann auch so gemacht werden. Sie werden entscheiden, welchen Weg Sie wählen wollen. Wir haben über die Art der Verwendung der Gelder gar keinen Antrag gestellt, und es sind deshalb die Befürchtungen der Herren von der Waadt, als ob damit ein Bundesinstitut gegründet werde, unbegründet. Es ist einfach die Bahn offen für die Gründung eines Fonds für ein eidgenössisches Institut sowohl als für die Unterstützung von solchen Versicherungen, die in den Kantonen geschaffen werden. So wie die Sachen stehen, stimme ich auch dem Ordungsantrag zu, allein ich möchte ihn dahin erweitern, dass sich unsere Kommission in Verbindung setze mit der Kommission des Ständerates, um auf diese Weise eine Lösung herbeizuführen, die von den Räten akzeptiert werden kann.

Zum Schlusse noch eine persönliche Bemerkung. Herr Musy hat gesagt, es sei an der Kommissionssitzung in Zürich ein Schreiben der Nationalbank vorgelegen, allein es war nicht ein Brief der Nationalbank, sondern ein Schreiben des Herrn Vizepräsidenten, des Herrn Usteri, also hat der Brief den offiziellen Charakter der Nationalbank nicht gehabt. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zum Antrag Stadlin mit der Ergänzung, dass die nationalrätliche Kommission sich mit der ständerätlichen Kommission in Verbindung setzt.

M. Maunoir: Je déclare en ce qui me concerne me joindre à la demande de renvoi à la commission pour examen, mais sous une double réserve que je me permets d'énoncer ici: La première c'est que j'espère que ce ne sera pas l'occasion d'un

nouveau compromis dans la commission, car nous ne faisons que cela depuis que nous examinons la question de l'impôt de guerre et chaque fois que nous renvoyons une discussion c'est pour ajouter encore quelque chose à l'effort que l'on nous demande. Je prie donc instamment la commission de se pénétrer du désir qui lui a été exprimé ici par beaucoup de voix autorisées, de ne pas compromettre l'avenir fédéraliste de la Suisse et de ne pas augmenter les charges qui nous sont demandées en ce qui concerne l'impôt de guerre sous prétexte de conciliation.

La seconde réserve que je fais, c'est que la proposition que je vous ai présentée soit discutée et discutée avec bienveillance. Je ne veux pas supposer que quelques-uns de ceux qui l'ont combattue ici ont feint de ne pas la comprendre et je veux croire que réellement ils ne l'ont pas comprise; mais alors une explication est nécessaire. On m'a dit: Votre proposition est insuffisante et vous ne voulez pas ouvrir votre portemonnaie. C'est inexact. Ma proposition est une proposition d'attente et qui ne compromet en rien la solution complète de la question de demander un effort aux capitalistes pour arriver à éteindre l'impôt de guerre. Mais je demande que, quand nous sommes encore dans un état d'hésitation comme celui où nous nous trouvons, nous ne compromettions pas des questions de l'importance de celle que nous avons à traiter. Qu'est-ce que je demande? Que pendant quatre ans on perçoive ce qu'on demande de percevoir pendant vingt ans et de nous donner rendez-vous dans quatre ans pour savoir comment nous solutionnerons la question. Ce n'est pas seulement le centre libéral qui fait cette proposition, mais hier notre collègue M. Garbani a soutenu le même point de vue et je me joins à ce qu'il a dit lorsqu'il a attiré l'attention de ce Conseil sur le fait que nous sommes un Conseil mourant maintenant, que l'avenir appartient au nouveau Conseil qui sera le véritable reflet de la représentation nationale. C'est ce nouveau Conseil qui doit disposer définitivement des finances de la Confédération et non pas celui-ci in extremis et peut-être, je ne crains pas de le dire, de la part de certains orateurs dans un but purement électoral. Je demande que nous examinions cette question d'une façon absolument objective. Il y a lieu, à côté de la proposition que j'ai faite, d'examiner également la proposition de M. Goetschel, la suggestion de M. de Cérenville, car nous ne sommes pas obligés de nous incliner devant une seule formule et je vous rends attentif au point de vue du fédéralisme.

Vous avez entendu tout à l'heure le discours élevé et magnifique discours de M. Motta que je remercie publiquement ici pour les belles paroles qu'il a prononcées en faveur de la Suisse romande. Ne nous enorgueillissons pas des compliments qui nous ont été faits au sujet de l'attitude que nous avons eue pendant la durée de la guerre. Nous n'avons pas obéi à un calcul, mais à notre conscience et nous sommes fiers d'avoir pu rendre, si petits que nous soyons, un service à la Suisse, puisqu'on a bien voulu le reconnaître. Je vous en prie: au nom de la bonne entente entre les confédérés, ne chargeons pas encore le bateau et s'il y a des personnes qui réellement, ont des idées centralistes et étatistes, qu'elles se disent bien que si on veut que la Suisse vive, il faut tenir compte des minorités et ne pas les opprimer. (Bravos.)

Präsident: Herr Schär (Basel) hat einen Antrag eingereicht mit dem Wunsch, dass dieser für den Fall, als der Antrag Rothenberger zurückgewiesen würde, ebenfalls von der Kommission in Berücksichtigung gezogen werde. Er lautet: «Für den Fall der Ablehnung des Antrages Rothenberger sei in Ziff. 2 nach «Kriegsgewinnsteuer» einzuschalten: Soweit letztere nicht an die Kantone abzuführen oder für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge und der Sozialversicherung zu verwenden sind.»

Feigenwinter: Was kommt jetzt heraus, wenn wir die Sache an die Kommission zurückweisen? Doch offenbar nur das, dass die Kommission sich über die ganze Frage und über den ausgedehnten Komplex der Fragen, die mit der Invaliditäts- und Altersversicherung im Zusammenhang stehen, verbreitet. Es würde mich gar nicht erstaunen, wenn aus der Mitte der Kommission der Antrag gestellt würde, eigentlich sollten wir doch wissen, wieviel überhaupt diese Invaliditäts- und Altersversicherung kostet; wir sollten doch wissen, ob wir 200 oder 300 Millionen brauchen oder noch mehr. Also, das ist etwas ganz Selbstverständliches, und dann wird vielleicht noch jemand beantragen, es müsse zuerst eine Expertenkommission eingesetzt oder eine Sachverständigenexpertise eines grossen Versicherungstechnikers eingeholt werden.

Der Antrag, welchen Herr Kollege Schär gestellt hat, weist hier ferner auf eine andere Gefahr hin, auf die Gefahr, dass noch andere mögliche schöne Zwecke mit der Verwendung der Kriegsgewinnsteuer verbunden werden können. Ich frage mich, ob ich nicht den Antrag stellen sollte, zur Wiederherstellung von San Pellegrino in Rom, das doch ein altes schweizerisches Denkmal ist, auch einen Beitrag zu bewilligen. Warum denn nicht? Wenn man das Geld doch für alle möglichen Zwecke verwenden kann! Es zeigt der praktische Fall, wie sehr der frühere Präsident, Herr Calame, recht gehabt hat.

Ich möchte auch aus einem andern Grunde zur Ablehnung des Ordnungsantrages gelangen und des Antrages Rothenberger überhaupt. Wir haben, als wir die Kranken- und Unfallversicherung einführten, zuerst einen Art. 34 bis in die Verfassung aufnehmen müssen: «Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung einrichten, unter Berücksichtigung der bestehenden Krankenkassen. Er kann den Beitritt allgemein oder für einzelne Bevölkerungsklassen obligatorisch erklären.» Heute haben wir noch gar keine Verfassungsbestimmung, wir haben nur politische Programme, wir haben nicht die Aeusserung des Volkswillens. Auch unsere Partei hat die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung in ihr Programm aufgenommen; aber auf Grundlage von Programmen können wir doch nicht 200 Millionen aussetzen, bevor eine offizielle Erklärung des Volkswillens da ist, dass man wirklich die

Alters- und Invaliditätsversicherung einführen und durch den Bund finanzieren muss. Ich sage, eine Erklärung des Volkswillens ist nicht da. Ja, ist denn diese Erklärung so einfach zu erhalten? Sind Sie überzeugt, dass die ganze Schweiz damit einverstanden ist, dass die Alters- und Invaliditätsversicherung durch die Eidgenossenschaft und nicht durch die Kantone eingeführt werden muss? Glarus hat die Sache kantonal geordnet. In verschiedenen Kantonen sind Anfänge vorhanden, um dieses schöne Institut ebenfalls durch die Kantone einrichten zu lassen. Wir in Basel haben bereits im Jahre 1907 einen Antrag der Fraktion, der anzugehören ich die Ehre habe, auf Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung gestellt . . .

Präsident: Ich möchte den Redner daran erinnern, dass wir an der Ordnungsmotion sind.

Feigenwinter: Ich rede ja gerade davon (Heiterkeit). Also der Antrag, den wir eingereicht haben in Basel, war nicht gestempelt von der sozialdemokratischen Fraktion, und er ist dehalb vom sozialdemokratischen Finanzdirektor und Direktor des Innern nicht in Behandlung gezogen worden.

Ich bin grundsätzlich dagegen, dass überhaupt ohne eine Verfassungsgrundlage auf den Antrag des Herrn Rothenberger eingetreten werden kann. Hat denn nicht Herr Caflisch recht gehabt, als er sagte: ja, ist denn die Einführung einer Invaliditätsversicherung nicht eine Gefahr für die Landwirtschaft, wenn möglicherweise nach dem Vorbilde der Unfallversicherung lediglich der Kreis der dem Haftpflichtgesetz unterstellten Arbeiter berücksichtigt wird? Will man auch eine Invaliditätsversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter, des Kleingewerbes, der kleinen Leute? Wenn wir 200 Millionen einsetzen, so sollte man sich doch darüber klar sein, für wen die 200 Millionen eingesetzt werden sollen.

Ich begreife den Antrag des Herrn Sulzer sehr gut. Für ihn wird es leicht sein, dass wir 200 Millionen aussetzen. Nach meiner Ansicht ist es vor allem in der Pflicht der Arbeitgeber, für die Arbeiter zu sorgen. Ich fühle auch einigermassen den Pulsschlag der Zeit, und mein Herz klopft wie das des Herrn Mächler, wenn es sich darum handelt, den Armen und Elenden beizustehen, aber ich muss sagen, wenn in derartigen Zeiten der Pulsschlag zu rasch wird, so komme ich zur Vermutung, es könnten Symptome von Krankheit vorliegen. Zu diesem Gedanken komme ich, und darum müssen wir in dieser Frage nüchternes Blut behalten, wir dürfen die Sache nicht überstürzen. Die Idee der Invaliditätsversicherung verdient es, dass wir sie gründlich studieren und erörtern. Sie haben bei Einrichtung der Kranken- und Unfallversicherung die Idee verwirklicht, die Krankenversicherung in Verbindung mit den bestehenden Kassen einzurichten, auf dem Wege der Subvention durch den Bund. So gut damals die Krankenkassen berücksichtigt wurden, so gut liegt es vielleicht im Zug der Zeit, dass wir zuerst an Subvention der gewerkschaftlichen Einrichtungen für Invaliditätsversicherung denken . . .

Präsident: Ich muss den Redner wirklich ersuchen, nur zum Ordnungsantrag zu sprechen. Ich glaube, ich bin im Recht und habe die Pflicht, hier das Reglement zu wahren. Es haben sich bereits Redner angemeldet, die auf materielle Aeusserungen von Ihnen antworten wollen.

Feigenwinter: Ich anerkenne die Berechtigung des Präsidenten und werde mich selbstverständlich seinem Wunsche fügen.

Ich sage: weil erstens die Geschichte formell nicht in Ordnung ist, wie Herr Calame ausgeführt hat, zweitens, weil die bundesrätlichen Vorlagen fehlen zu einem derartigen Beschlusse, wie ihn Herr Rothenberger vorschlägt, so rechtfertigt sich eine Kommissionsverweisung nicht, und drittens: weil die Ausführungen des Vorstehers des Finanzdepartements zeigen, in welcher Lage wir nun sind und wie sehr wir die hohen Ideen und Gefühle, die das Finanzdepartement leiten, berücksichtigen müssen, so sage ich, wollen wir einstweilen auf diese Sache nicht eintreten, sondern wir wollen zuerst untersuchen und dann weiter darüber sprechen, wenn die ganze Invaliditätsversicherung in Frage tritt.

Frei (Basel): Ich will eigentlich nicht zum Ordnungsantrag reden, wohl aber zu einer Aeusserung, die von Herrn Dr. Feigenwinter bei Begründung seiner Rede zum Ordnungsantrage getan worden ist. Herr Dr. Feigenwinter hat die Aeusserung getan, dass seine Fraktion im Basler Grossen Rat bereits 1907 eine Motion gestellt habe, um auf kantonalem Boden die Alters- und Invaliditätsversicherung zu verwirklichen. Wenn ich mich recht erinnere, ging diese Motion dahin, dass der Kanton Basel-Stadt jährlich eine gewisse Hinterlegung mache, sie wollte ungefähr das, was das Postulat Rothenberger heute will. Und nun kommen gerade diejenigen, die in den Kantonen das Institut haben wollen und bekämpfen es. Herr Feigenwinter hat gesagt, weil ihre Basler Motion nicht den sozialdemokratischen Stempel trug, sei sie gewissermassen unter den Tisch gewischt worden. Diese Aussage entbehrt der Berechtigung. Soviel ich mich erinnere, hat der Vorsteher des Departements des Innern, dem die Sache zugeteilt war, Herr Wullschleger, von Herrn Prof. Kinkelin ein Gutachten ausarbeiten lassen, das zu dem Schlusse kam, dass der Kanton Basel jährlich 3—4 Mililonen für eine bescheidene Alters- und Invaliditätsversicherung aufwenden müsse, eine Summe, die man als zu gross betrachtete, um das Werk bestreiten zu können. Und man ist zur Einsicht gekommen, dass diese Ordnung auf eidgenössischem Boden durchgeführt werden solle. Da ich ebenfalls dieser Meinung bin, begrüsse ich jedes Bestreben, das uns der Verwirklichung der eidgenössischen Versicherung näher bringt. Die kantonalen Liebhabereien sollten dafür kein Hindernis sein, und namentlich geht es nicht an, die bisherigen Bemühungen in Basel als gültiges Gegenargument zu benützen.

M. Musy: Cette discussion est passablement incohérente. Il s'agit de savoir si la question sera renvoyée oui ou non à la commission, ainsi que M. le président de la commission l'a demandé, pour que celle-ci puisse se prononcer sur le postulat Rothenberger. Mais nous nous sommes déjà prononcés. La modification intervenue n'est qu'une modification de forme. La commission a décidé que l'idée de l'organisation de la caisse d'assurance et la constitution de ce fonds est étrangère au principe de l'impôt de guerre. A l'article premier il est dit que la Confédération prévoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital dépensé pour la mobilisation. Il n'est pas question de verser une certaine somme à prélever sur le produit de l'impôt de guerre ou de l'impôt sur les bénéfices de guerre pour constituer le fonds destiné à l'organisation de la caisse d'assurance. La commission s'est prononcée à ce sujet et je ne vois pas qu'il soit nécessaire de renvoyer cette question à la commission pour qu'elle la discute à nouveau. MM. Eugster, Müller, Naine, Speiser, Gaudard, Maunoir, Garbani, Caflisch, Stadlin etc., tous membres de la commission, se sont prononcés à ce sujet. Pourquoi la commission se réuniraitelle pour discuter encore ce premier point? Cela me paraît absolument inutile.

Secondement M. Maunoir est d'accord de renvoyer toute la question à la commission pour qu'elle puisse recommencer à discuter sur une toute autre base. Mais la commission s'est également prononcée. Je regrette beaucoup que nous ayons été obligés d'aller jusqu'à accepter la solution présentée, mais la commission s'est prononcée. La proposition de M. Maunoir est restée en minorité. Nous sommes en présence de la res judicata. Si nous continuons ainsi, nous n'en sortirons jamais. Nous avons suffisamment discuté, la question est suffisamment mûrie, il s'agit de savoir oui ou non si nous voulons distraire ces 200 millions. La commission s'est prononcée. Vous savez sa décision.

La proposition de M. Maunoir a été tranchée, il me paraît donc impossible de la renvoyer encore à la commission. Passons au vote.

Feigenwinter: Ich gestatte mir, eine persönliche Bemerkung anzubringen in bezug auf die Aeusserung des Herrn Frei. Dieser hat gesagt, ich sei für Einrichtung der Invaliditätsversicherung durch die Kantone. Das ist nicht richtig. Ich habe nur gesagt, es wird zu prüfen sein, was unter gegebenen Verhältnissen richtig ist, ob die Sache den Kantonen oder ob sie der Eidgenossenschaft zugewiesen werden soll. Wenn Herr Frei sagt, ich sei unrichtig berichtet in bezug auf das, was in Basel vorgegangen sei, so habe ich hier einen Auszug über dasjenige, was im Grossen Rat des Kantons Baselstadt gegangen ist, aus dem sich Herr Nationalrat Frei überzeugen kann, dass er mit mir selbst seinerzeit den Antrag unterstützt hat, der von einem Freisinnigen gestellt war, man solle die Ueberschüsse des Ertrages der Kantonalbank für diesen Zweck verwenden. Das war im Jahre 1910, und seither ist in der Sache absolut nichts mehr gegangen. Es ist immer reklamiert worden. Die Regierung hat erklärt, wir müssen zuerst die Volkszählung abwarten, wir müssen zuerst einen wissenschaftlichen,versicherungstechnischen Bericht haben. Die ganz gleiche Geschichte kann sich nun hier ereignen, wenn die Kommission einen gründlichen Bericht und Antrag vortragen will über das, was eigentlich in bezug auf den Antrag Rothenberger zu geschehen hat.

Wirz: Ich habe bei Anhörung des Votums des Herrn Feigenwinter nur bedauert, dass wir nicht noch mehr Advokaten hier im Rate haben, die es verstehen, den Rank zu finden, um wirklich eine positive Tat in bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung zu verhindern. Denn das ist doch ganz klar, dass es bei der Zweckbestimmung des Ertrages der Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer der Bundesversammlung sehr wohl möglich ist, einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu stellen zur Verwirklichung des Gedankens der Alters- und Invalidenversicherung. Ich bin gegen die Rückweisung an die Kommission, weil mir die Situation klar erscheint. Es hat sich doch aus der Diskussion deutlich ergeben, dass man auf der einen Seite einfach nichts von dieser Bereitstellung von 200 Millionen Franken für die Alters- und Invalidenversicherung wissen will. Was soll bei einer weitern Kommissionsberatung noch Erspriessliches herauskommen? Im besten Falle ein Kompromiss, der weder die Kommissionsmitglieder noch den Rat und am allerwenigsten das Schweizervolk befriedigt. Das Volk, das seine ganzen Hoffnungen darauf setzt, dass man endlich einmal einen ernsthaften Schritt zur Verwirklichung des Gedankens der Alters- und Invalidenversicherung unternehme. Ich glaube also, dass die Kommissionsberatung zu keinem besseren Beschluss kommen wird, wie hier aus der Situation zu erkennen ist.

Freilich, wenn das Volk in einer Abstimmung zu entscheiden hätte, dann würde der Gedanke des Postulats Rothenberger ganz sicher gewaltigen Beifall finden. Ich glaube, auch grösseren Beifall in der Westschweiz, als den Herren Kollegen von dorther angenehm sein möchte. Denn der Gedanke der Alters- und Invalidenversicherung, werde sie nun auf dem Boden der Kantone oder der Eidgenossenschaft verwirklicht, wurzelt heute in allen Bevölkerungskreisen, in der industriellen wie der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft, dem kleinen Gewerbestand usw. Die heutigen Verhältnisse bringen es mit sich, dass hier einmal etwas Positives geschaffen werden muss. Darum würde ich es meinerseits viel lieber sehen, wenn man sich direkt darüber entscheiden würde, ob man das Postulat Rothenberger annehmen oder ob man es verwerfen will. Dann erhält auch das Volk draussen klaren Wein eingeschenkt.

Ich muss schon gestehen, das mich die ganze Debatte peinlich berührt hat und dass man im Volke draussen ganz anders urteilen wird über die Bedenken und Einwände, die heute da erhoben werden. Man soll doch auch den Vertretern des Postulats Rothenberger Glauben schenken, dass es ihnen durchaus nicht darum zu tun ist, Zwietracht

zwischen den Eidgenossen zu säen, sondern darum, zu helfen, wo einmal Hilfe notwendig ist.

Ich empfehle also, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

M. **Graber:** Je vous demande de ne pas renvoyer à la commission la proposition actuellement en discussion. Ce matin nous avons entendu des propos quelque peu emphatiques, pour ne pas dire autrement. On a parlé de guerre, de bataille. M. Musy nous a menacé de la guerre au nom de la Suisse romande. Je ne sais pas de quelle Suisse romande il parle, il a oublié de le dire, c'est de la sienne, probablement. On a fait des menaces extraordinaires. Il semblait que la guerre allait éclater dans le pays. C'est la guerre, si vous n'obéissez pas à M. Musy, c'est la paix, si vous obéissez à M. Musy.

J'ai même entendu ce matin avec étonnement M. le conseiller fédéral Motta nous faire un discours quelque peu contradictoire, dans lequel il a donné au fédéralisme des vertus nouvelles et extraordinaires. Tout cela ne nous préoccupe pas beaucoup. Nous constatons seulement que deux ou trois mois après que des déclarations solennelles furent faites ici en faveur d'oeuvres sociales, on montre beaucoup moins d'empressement, on soulève des difficultés, des questions de toute espèce. Pour nous la question est très simple. Que chacun prenne ses responsabilités devant le problème qui se pose et qu'on ne voile pas ses désirs, ses intérêts derrière toutes espèces de formules plus ou moins nuageuses. Vous êtes contre ou vous êtes pour. Que ceux qui sont opposés à cette formule le disent franchement, comme M. Maunoir l'a dit. Nous avons à sauvegarder d'autres intérêts que ceux que vous défendez.

Nous demandons de voter sur cette question, parce que c'est très simple, il n'y a qu'à se prononcer pour ou contre. Il est donc inutile de renvoyer la chose à la commission, ce qui lui permettrait de jeter sur ces conflits un nouveau voile, une sorte d'eau bénite (Rires). Pas de nouveau compromis, comme l'a dit M. Maunoir. Nous non plus nous ne voulons pas de nouveaux compromis, mais nous voulons de la clarté dans les affaires. Nous ne cherchons pas à estomper les réalités par toutes espèces de déclarations. Votez contre ou bien votez pour et vous verrez ce que le peuple dira. Que chacun prenne l'attitude qu'il lui plaît, que chacun prenne ses responsabilités.

Quelques mots à Messieurs les Suisses romands. — Je ne sais pas si j'ose me déclarer encore Suisse romand, je crois que l'on m'a exclu de la Suisse romande. — Les Suisses romands s'imaginent qu'ils peuvent prendre une grosse responsabilité dans ce domaine. Je leur dis: Prenez vos responsabilités en Suisse romande, j'en serais très heureux, parce qu'il faut aussi qu'en Suisse romande le peuple apprenne peu à peu à vous connaître sous votre vrai jour. C'est pourquoi je vous prie de ne pas voter le renvoi à la commission et de vous prononcer maintenant catégoriquement en prenant toutes vos responsabilités. Ensuite le peuple vous appréciera à votre juste valeur.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Ordnungsantrag Stadlin	50	Stimmen
Dagegen	105	»

Präsident: Wir fahren fort in der materiellen Diskussion.

Hirter: Es ist mit dem Postulat Rothenberger so gegangen, dass es nun hier unbedingt als Antrag in die Vorlage eingebracht werden musste, insofern als es beabsichtigt, von der Kriegsgewinnsteuer einen bestimmten Teil zu reservieren. Mit diesem Antrag stehen wir nun vor dem Rat.

Nun hat Herr Walther einen Antrag eingebracht, den ich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, mit einem andern Mitglied des Rates vorbereitet, aber zurückgezogen hatte, um der Diskussion freien Lauf zu lassen. Der Antrag des Herrn Walther geht dahin, 300 Millionen der Kriegsgewinnsteuer mit der Kriegssteuer zu verwenden und den Ueberschuss für die Alters- und Invalidenversicherung zu reservieren. Es ist dies ein umgekehrtes Vorgehen. Es fixiert den Betrag, der auf die Seite gelegt werden soll, nicht und überlässt dies dem Schlussergebnis der Kriegsgewinnsteuer. Der Rat wird entscheiden, ob er die eine oder die andere Fassung wählen will. Jedenfalls hat der Antrag des Herrn Walther mit dem Antrag des Herrn Rothenberger den Vorzug, dass er sich mit aller Bestimmtheit für den Beginn der Schaffung der nötigen Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung ausspricht.

Nun ist auch, was die Bildung des Fonds anbelangt, in keiner Weise etwa gesagt, dass derselbe einem eidgenössischen Versicherungsinstitute zur Verfügung gestellt werden soll zur Bearbeitung der Alters- und Invalidenversicherung als eidgenössisches Versicherungsgeschäft. Es kann vollständig offen bleiben, ob die Versicherung durch die Kantone oder durch die Eidgenossenschaft als solche stattfinden soll. Das möchte ich unseren welschen Freunden ganz besonders ans Herz legen, dass wir mit dieser Schlussfassung diese Frage in keiner Weise präjudizieren, sondern offen lassen und einem spätern Entscheide anheimstellen, der dann gefällt werden muss, wenn der Verfassungsartikel für die Alters- und Invalidenversicherung beraten und dem Volke vorgelegt werden soll. Also besteht hier keine Gefahr.

Herr Bundesrat Motta hat den Sprechenden korrigiert mit bezug auf die Rückzahlung der Reskription. Nun habe ich gesagt, dass dasjenige, was aus dem Monopol herausfliessen würde, wohl dazu diene, die Reskription zu decken, und es ist ohne Zweifel so. Die 185 Millionen müssten dann in dem Falle aus dem genommen werden, was aus der Kriegsgewinnsteuer eingeht. Aber das bleibt sich schliesslich gleich. Die Sache wird am einen oder andern Ort bezahlt, vom einen oder andern Ort her genommen werden.

Ich will nicht länger werden. Ich möchte mich nur dahin aussprechen, dass es dem Rate nun zusteht, zwischen dem Antrage des Herrn Walther und demjenigen des Herrn Rothenberger zu ent-

scheiden. Meinerseits könnte ich mich, wenn die eventuelle Abstimmung für den einen oder andern ausfällt, dann zur Zustimmung zu diesem Antrage verstehen.

M. **Jobin:** Au nom de mes collègues MM. Choquard, Daucourt et Goetschel, comme en mon nom personnel, j'ai l'honneur de vous faire la communication suivante:

Partisans d'une réalisation prochaine des assurances-invalidité et vieillesse, dont nos populations ont un pressant besoin, nous déclarons:

1. que le produit des impôts de guerre doit être affecté tout d'abord à l'extinction de la dette de mobilisation, pour laquelle ils ont été établis;

2. que la question des assurances invalidité et vieillesse est urgente et que son étude doit être poursuivie sans retard; mais que, si urgente qu'elle soit, elle n'en doit pas moins être étudiée strictement pour elle-même;

3. que le prélèvement demandé par M. Rothenberger implique nécessairement la prolongation de la période de perception de l'impôt de guerre, par laquelle on fraie la voie à l'impôt permanent;

4. que nous prenons acte des déclarations du Conseil fédéral qu'il voue toute son attention à la création de ces assurances sociales.

Sous bénéfice de ces déclarations, nous associant à celles formulées par MM. les conseillers nationaux Gaudard, Musy et Galame, nous repousserons la proposition de M. Rothenberger.

Sulzer: Ich habe mir erlaubt, einen Antrag zu stellen, der dahin geht, dass den beiden Ziffern 1 und 2 der Vorlage folgendes beigefügt werde: «Aus dem so festgestellten Gesamtbetreffnis aller Kriegs- und Kriegsgewinnsteuern wird auf 1. Januar 1920 ein Betrag von 200 Millionen ausgeschieden und als zinstragender Fonds für die Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung angelegt. Um diesen Betrag von 200 Millionen wird daher die Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot verkürzt.» Die Beifügung dieser beiden Sätze bedingt dann noch einige redaktionelle Aenderungen in den Ziffern 1 und 2, die aber materiell weiter nicht von Belang sind.

Nachdem Sie den Ordnungsantrag auf Rückweisung an die Kommission verworfen haben, gestatten Sie mir, meinen Antrag noch ganz kurz zu begründen. Dieser Antrag ist der Ausdruck einer Auffassung, wie sie im Verlaufe der Diskussion von mehreren Seiten zutage getreten ist, wie sie aber bis jetzt nicht präzis formuliert worden war. Der Antrag sagt also eigentlich nichts Neues. Er will nur einem Gedanken Ausdruck geben, der in der Diskussion mehrfach geäussert worden ist. Die Gesichtspunkte, die zu diesem Antrag geführt haben, möchte ich kurz nochmals wie folgt zusammenfassen.

Die Schaffung eines Fonds für die Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung erachten viele mit mir heute als Notwendigkeit, als ein Gebot der Zeit. Der Gedanke besitzt viele Anhänger und gewiss sehr viele gute Gründe, und nun sehen wir keine andere Möglichkeit, ihn zu verwirklichen, als die, dass wir aus dem Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer diesen Fonds entnehmen. Die Begründung hiefür ist Ihnen gestern gegeben worden, und ich weise nochmals darauf hin, dass die Kriegsgewinnsteuer zum Teil gerade mit ihrem sozialen Zweck begründet worden ist. Wenn nun durch die Schaffung dieses Fonds das Gesamtbetreffnis der Steuern erhöht würde, so würde damit naturgemäss die Zeit verlängert, während welcher die neue Kriegssteuer zu erheben ist. Dadurch ist nun bei vielen die Befürchtung entstanden, dass wir uns wiederum einer permanenten direkten Bundessteuer nähern, einer Sache, die von vielen Seiten bekämpft und als unheilvoll angesehen wird. Insbesondere unsere welschen Freunde vertreten diese Auffassung. Diese Absicht liegt aber gewiss auch vielen fern, die im übrigen aus rein sachlichen, und ich darf sagen humanitären Gründen, der Schaffung eines Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung zustimmen, welche sie als dringend nötig erachten. Um diese Befürchtung zu zerstreuen, ist der Antrag gestellt worden.

Er ist bereits in der Diskussion gestern und heute sachlich von verschiedenen Seiten vertreten worden. Auch Herr Kollege Rothenberger hat erklärt, dass er sich mit dieser Art der Lösung einverstanden erklären könne. Ich glaube, diese Lösung ist um so eher annehmbar, als ja der Bundesrat selbst noch in der Botschaft und dem Beschlussesentwurf, der uns heute beschäftigt, auf dem Standpunkt gestanden hat, dass es nicht nötig sei, die Gesamtkapitalauslagen für das Truppenaufgebot zu decken. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, diese Auslagen zu drei Vierteln zu decken. Wenn Sie meinen Antrag annehmen, so gehen Sie damit weiter, Sie decken diese Truppenaufgebotsauslagen im Gesamtbetrage weniger 200 Millionen. Sie schlagen gewissermassen einen Mittelweg ein zwischen dem Antrage des Bundesrates vom September und dem Antrag auf vollständige Deckung der Kosten. Ich glaube, dieser Mittelweg lasse sich durchaus rechtfertigen, und es kann in keiner Weise als ein besonderer Nachteil betrachtet werden, dass ein gewisser Teil dieser Kapitalaufwendungen tatsächlich nicht gedeckt wird.

Es ist weiter die Befürchtung ausgesprochen worden, die Schaffung eines Fonds präjudiziere die Frage, ob die Alters- und Invaildenversicherung durch eine eidgenössische Anstalt gelöst werden soll. Herr Hirter hat Ihnen soeben die Erklärung abgegeben, dass das nicht der Fall sei, und ich möchte meinerseits diese Erklärung unterstützen. Diese Befürchtung trifft nicht zu. In der ganzen Diskussion ist zutage getreten, dass diese Frage durchaus offen bleiben, dass sie nicht präjudiziert werden soll, und es ist möglich, sich jederzeit auf diese Auffassung, die von keiner Seite bestritten wurde, zu berufen.

Ich habe meinen Antrag gestellt im Sinne einer Auffassung, die zum Teil während der Diskussion von mehreren Seiten vertreten wurde. Dieser Antrag sucht die verschiedenen Standpunkte einander näher zu bringen. Er sucht gewisse Befürchtungen zu zerstreuen. Er ist gestellt im Sinne einer Verständigung, und in diesem Sinne bitte ich Sie, ihn zu würdigen.

Stucki: Es ist darüber diskutiert worden, ob die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung die Flucht vom Lande in die Stadt begünstigen oder aber hintanhalten werde. Herr Caflisch hat die ernste Befürchtung ausgesprochen, dass dieses soziale Werk gleich wie andere Besserstellungen der industriellen Arbeiterschaft die Entvölkerung des Landes weiterführen werde. Diese Ansicht ist von andern Rednern geteilt worden. Demgegenüber hat Herr Wild in sehr eindrucksvoller Weise, ich möchte sagen, bewiesen, dass gerade die Alters- und Invalidenversicherunng ein ausgezeichnetes Mittel ist, um die Landflucht zu verhindern. In der Tat ist es eine der grössten sozialen Ungerechtigkeiten, dass die Knechte und Mägde in bäuerlichen und auch in den übrigen Verhältnissen, nachdem sie ihr Leben lang treu gedient haben, wenn nicht der Dienstherr ihnen das Gnadenbrot gibt, dazu verurteilt sind, in ihrem Alter in ein Armenhaus gesteckt oder aber irgendwo in mehr oder weniger unwürdiger Weise verkostgeldet zu werden. Für diese Kreise ist gerade die Alters- und Invalidenversicherung eines der dringendsten Postulate. Machen wir diese Leute selbständig. Sorgen wir dafür, dass sie ein einigermassen versorgtes Alter haben.

Es ist gegen die Motion Rothenberger Sturm gelaufen worden im Zeichen des Föderalismus. Die Herren Micheli und Gaudard haben mit aller Leidenschaftlichkeit, die das Gefühl der Vergewaltigung bringen kann, dagegen protestiert, dass die Motionäre einen Angriff auf die Kantonssouveränität ausüben. Herr Musy hat sie zu Verbrechern gestempelt, indem ein schwerer politischer Fehler schwerwiegender sei als ein Verbrechen. Herr Bundesrat Motta hat sich ebenfalls in gleicher Weise ausgesprochen. Er hat die Verdienste der romanischen Schweiz und des Föderalismus um unser Vaterland so dargestellt, dass man fast den Eindruck bekam, dass die Deutschschweizer eigentlich für nichts mehr da seien. Dieser Ton ist nicht erst heute und gestern in unserem Saale angeschlagen worden, er ist auch nicht nur hier im Saale angeschlagen worden, sondern seit Jahren in der Presse. Für Deutschschweizer, die national denken, für Schweizer, die die ganze Schweiz lieben, die welsche so gut wie die deutsche, die keinen Unterschied kennen zwischen Welsch und Deutsch, ist diese Erscheinung eine tiefbemühende, eine Erscheinung, die einem die Freude an der Mitarbeit nimmt. Ich glaube, dass es einmal Zeit ist, gegen diesen Ton, gegen diese Tendenz, die übertrieben ist und der deutschen Schweiz unrecht tut, Protest einzulegen.

Ich glaube, dass kein einziger der Mitunterzeichner der Motion auch nur von weitem an einen Angriff auf die Kantonssouveränität und auf den föderativen Charakter unserer Schweiz gedacht hat. Die Rechner sagen uns, dass die Kriegsgewinnsteuer wahrscheinlich statt 300 Millionen, 450 oder 500 Millionen bringen werde. Da haben wir sie ja, diese 200 Millionen, und es ist in keiner Weise gesagt oder auch nur die Wahrscheinlichkeit dargetan worden, dass die Motion Rothenberger zu einer fünfmaligen statt viermaligen Erhebung der Kriegssteuer führen muss. Aber selbst wenn das der Fall wäre, ist es eine ungerechte Anschuldigung, wenn man uns an den Kopf wirft, dass wir damit die direkte Bundessteuer wollen. Ob diese vorübergehende Kriegssteuer vier- oder fünfmal erhoben wird, ob die Periode 16 oder 20 Jahre dauern wird, dieser Unterschied berechtigt niemand, die Motionäre zu beschuldigen, dass man auf die direkte Bundessteuer hinsteuere.

Ich möchte diese Worte angebracht haben als einen Protest, der in der deutschweizerischen Bürgerschaft seit langem empfunden wird.

Mächler: Ich möchte nur mit einem ganz kurzen Worte Herrn Dr. Feigenwinter antworten. Er hat uns eine gewisse Disharmonie zwischen Herzens- und Verstandestätigkeit vorgeworfen, in dem nicht beleidigendem Sinne, dass das Herz etwas über den Verstand regiert habe.

Ich möchte mit einem kurzen Resumé meiner Betrachtungsweise Ihnen die Frage vorlegen, ob nicht beim Gedankengang des Herrn Feigenwinter vielleicht umgekehrt eine zu starke Präponderanz des Verstandes über das Herz gewirkt hat oder vielleicht die Harmonie ganz fehlt.

Sie haben einen Verfassungsartikel vor sich. In diesem wird über die Mittel der Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung der Mobilisationsschuld verfügt. Von Verfassungswidrigkeit kann bei der Behandlung und Modifizierung eines solchen Antrages gar nicht die Rede sein. Es ist mir unerfindlich, wie ein Jurist auf diese Idee verfallen kann, weil es sich ja just darum handelt, in die Verfassung etwas hineinzubringen, was man will. Dass es nun schon verfassungswidrig sei, die Verfassung in einem bestimmten Sinn zu revidieren, ist mir vorläufig ganz unklar. Es mag sein, dass das gute Herz auch daran schuld ist.

Zweitens wird tatsächlich nun erklärt, dass auf lange Jahre hinaus nach Verfassungsbestimmung Kriegsgewinn und Kriegssteuer für die Mobilisationsschulddeckung verwendet werde. Ist es nun reine Herzenssache oder vielleicht eine sehr wohl begründete Verstandesüberlegung, wenn die ernsthaften Freunde der Alters- und Invalidenversicherung sich sagen: Wo werden einmal die Mittel für das, was wir wollen — Herr Feigenwinter will es ja auch — herkommen, nachdem die Kriegssteuer und die Kriegsgewinnsteuer schon für anderes verwendet sind? Vielleicht ist es auch nicht reine Herzenssache, wenn die Frage aufgeworfen wird, ob diejenigen, die jetzt schon finden, die Kriegssteuer werde zu lang ausgedehnt und sei zu drückend, dann einmal dafür zu haben sein werden, eine andere Steuer irgendwelcher Art für die Alters- und Invalidenversicherung zu finden. Ich selbst habe aus nicht gerade sehr gemütlichen, sondern kritischen Betrachtungen über Erfahrungen, die ich schon gemacht habe, und über die Denkweise meiner verehrten Mitbürger den Schluss zu ziehen gewagt, dass, wenn wir die Gelegenheit zur verfassungsmässigen Festlegung der Verwendung der Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer jetzt verpassen, es sehr schwer wird, wieder eine bessere Gelegenheit zu finden, um die Alters- und Invalidenversicherung zu finanzieren. Es ist vielleicht auch nicht eine reine Herzens-, sondern auch eine Verstandsüberlegung, wenn ich sogar die Behaup-

tung mir erlaube, diese drückenden Kriegssteuer- und Kriegsgewinnsteuerbestimmungen gehen vielleicht beim Volke ebenso gut durch, wenn dabei noch die Alters- und Invalidenversicherung vorgesehen ist, als wenn man nach der Meinung einiger anderer Redner hiefür später eine Extrasteuer beschliessen will. Ich glaube nicht, dass diese Aussicht die Leute günstig stimmen werde. Dagegen glaube ich, dass viele, die für die Alters- und Invalidenversicherung begeistert sind, auch einer etwas drückenden Kriegssteuer und einer Bindung der Kriegsgewinnsteuer zustimmen, wenn sie sehen, dass ihre Absichten einigermassen erfüllt sind.

Nun frage ich also: kann man es bei ganz ruhiger, sagen wir, rein verstandesmässiger Ueberlegung verantworten, wenn man wirklich Freund einer Alters- und Invalidenversicherung ist — und das wollen ja alle sein — jetzt auf 20 Jahre hinaus die Steuerpolitik des Bundes festzulegen, ohne für die Alters- und Invalidenevrsicherung gesorgt zu haben? Diese rein nüchterne Frage stelle ich an den Herrn Feigenwinter und die andern Freunde der Alters- und Invalidenversicherung. Ich stelle sie auch an den hohen Bundesrat, indem ich überzeugt bin, dass er sehr eingenommen ist für die Alters- und Invalidenversicherung. Ich vermisste aber die Antwort. Ich bin kein Formalist, ich nehme das Geld, wo ich es haben kann, ich nehme es, wenn es nur rund und recht ist. Wenn Sie in sichere, annehmbare Aussicht stellen, dass die Finanzierung sonst gedeckt wird, so haben wir uns bald verständigt. Es fehlt aber eine Antwort auf diese Frage, wo das Geld herkommen solle, und meine Freunde aller politischen Lager — es handelt sich ja nicht um eine politische Frage — erwarten eine klare Antwort, die aber bisher nicht erfolgt ist.

Zum Schlusse eine Bemerkung an die verehrten Herren der Westschweiz. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, dass ich in meiner Gegend zu einer Zeit, als es noch nicht populär war, ja, als man dafür in einzelnen Kreisen nicht so das richtige Vertändnis hatte, für die Anschauung der Westschweizer mit Energie und nicht ohne Unannehmlichkeiten und Kämpfe aufgetreten bin. Und ich gestehe auch heute, auf Kosten eines ernsthaften Konfliktes mit den romanischen Schweizern würde ich den Antrag nicht aufrechterhalten. Das muss ich sagen, die Einheit, das gegenseitige Verständnis steht mir wirklich noch höher; denn da handelt es sich um die Grundlagen alles dessen, was wir bauen wollen. Aber anderseits müssen Sie mir zu sagen gestatten: Man muss kritisch sein gegenüber der Behauptung, das könne nun die romanische Schweiz nicht annehmen. Man muss doch untersuchen, ob Mentalitätsgründe wirklich vorliegen, und da erlaube ich mir die einfache Frage, die wohl alle Deutschschweizer im Bestreben, mit der Westschweiz einig zu bleibn, stellen möchten: Liegt in dem Moment, dass in dem Antrag Rothenberger der Besitz noch etwas mehr steuern müsste, wirklich etwas, das die romanischen Westschweizer mit Bedenken erfüllen könnte? Im Gegenteil. So wie ich die Westschweizer kenne, würde ich sagen: Im Grunde genommen sind sie dafür ebensogut zu haben, wie die Leute bei uns. Die Frage ist die, ob wirklich ein Zentralisationsmoment in die Sache hineingeworfen wird, das sie zu fürchten brauchen. Ich kann es, offen gestanden, nicht glauben. Warum? Alle Freunde der Alters- und Invalidenversicherung kennen in der Sache selbst kein trennendes, sondern nur ein einigendes Moment. Es steht daher auch auf dem Programm aller Parteien und wenn sie Ernst machen wollen, können sie in unserm Vorschlag bloss das Bestreben erblicken, damit einmal Ernst zu machen.

Es bleibt noch die letzte Frage: Liegt in dem Antrage schon der Kern einer Art Lösung der Alters- und Invaliditätsversicherung, die ihnen nicht passt? Davon ist keine Rede, denn mit dem Artikel, der hier geschaffen werden soll, wird die Frage, wie die Alters- und Invaliditätsversicherung verwirklicht werden soll, in keiner Richtung präjudiziert. Auch ich lasse mich nicht zum voraus binden. Ich habe in den letzten Jahren mit Erfolg dafür gearbeitet, dass im Kanton St. Gallen dieser Gedanke zur Verwirklichung komme. Glauben Sie, daraus erwachse eine Mentalität, die ein Bundesmonopol wünscht? Ich gestehe sogar, ich habe mit der Unfallversicherung zu tun gehabt und dabei den Eindruck bekommen, dass gerade nicht ohne weiteres eine Monopolanstalt geschaffen werden sollte. Auch ich bin etwas kritisch geworden. Die Frage bleibt offen. Es wird jetzt nicht die Frage behandelt, ob die Versicherung auf kantonalem oder eidgenössischem Boden organisiert werden solle. Nur soviel ist sicher, wenigstens 200 Millionen braucht es, wenn wir nachher nicht allzu stark durch Annuitäten belästigt werden sollen. Ich glaube also, Sie können ruhig zustimmen und können uns beim Worte nehmen. Ich glaube, dass die Freunde der Alters- und Invaliditätsversicherung aller Lager im Ausbau des Gedankens loyal sein werden, denn es ist das Einverständnis aller Sprachgebiete notwendig bei dieser Sache. Wir anerkennen, dass die ersten Invalidenversicherungen in den Kantonen Waadt und Neuenburg geschaffen worden sind, und es fällt uns nicht ein, das, was sie dort geschaffen haben, nicht anzuerkennen.

Müller (Bern): Mich veranlasst der Antrag Sulzer, das Wort zu ergreifen. Ich habe gestern die Idee des Herrn Rothenberger, wie sie ursprünglich in einem Postulat formuliert worden ist, als eine blosse, allerdings grossartige Geste bezeichnet, grossartig insoweit, als wir während des Krieges gelernt haben, in Millionen zu denken; aber über 200 Millionen zu disponieren, würde an sich noch nicht viel sagen. In dieser ursprünglichen Form wäre die Annahme ohne ernsthaften Hintergrund geblieben, weil diese 200 Millionen ja nicht finanziert sind. Damit, dass man einfach aus der Kriegsgewinnsteuer einen Betrag von 200 Millionen an die Alters- und Invalidenversicherung überweist, wird keine Deckung beschafft. Die Sache bekommt aber sofort ein anderes Gesicht, wenn man sie mit der wiederholten Kriegssteuer derart kombiniert, dass aus dieser die 200 Millionen dem Fonds für eine Alters- und Invaliditätsversicherung zugewiesen werden. Damit ist die Finanzierung gewonnen, indem für diesen Betrag die Kriegssteuer entsprechend wiederholt werden muss. Von dem Moment an ist der Antrag durchaus ein ernster Antrag geworden, dem wir zustimmen.

Herr Sulzer hat nun wieder die schlechte Seite des Postulates Rothenberger aufgegriffen, indem er um diese 200 Millionen die Deckung der Kriegssteuer verkürzt. Es ist wiederum eine leere Geste geworden, und deshalb bin ich gegen den Antrag Sulzer und erkläre schon jetzt, dass, wenn der Antrag Sulzer im Rate siegen sollte, die Vorlage für uns unannehmbar sein würde. Man hat aus der ganzen Debatte den Eindruck gewonnen, dass der Nationalrat dem Untergang geweiht ist, und dass er es nicht einmal fertig bringen wird, in Schönheit zu sterben. Das haben wir aus der ganzen Diskussion ersehen können. Ich glaube, die Diskussion über diese Frage mag ausfallen wie sie will, dass der Antrag in Form der Initiative ins Volk hinaus gelangen muss. Das Volk muss befragt werden, und dann wird auch Herr Feigenwinter und diejenigen, welche sagen, dass sie für die Alters- und Invaliditätsversicherung seien, Farbe bekommen müssen, ob sie dafür eintreten wollen oder nicht und damit einen sichtbaren Beweis erbringen, dass man nicht 20 Jahre warten will, bis man den Antrag in die Wirklichkeit umsetzt. In diesem Sinne möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag des Herrn Sulzer abzulehnen und dem Antrag des Herrn Rothenberger zuzustimmen.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Je voudrais exposer très brièvement mon opinion sur la proposition de M. Walther que je n'avais pas discutée la première fois et sur celle de M. Sulzer. Permettez-moi de résumer les diverses propositions. Celle de M. Walther consiste à réserver pour l'assurance vieillesse et invalidité tout ce qui dépassera une somme de 300 millions destinée à la caisse fédérale. La proposition de M. Sulzer tend à prélever 200 millions concernant les bénéfices de guerre pour diminuer d'une égale somme la dépense totale de mobilisation à amortir.

Je vous prie de repousser l'une et l'autre des propositions. En voici les raisons très brèves. Tout d'abord la proposition de M. Walther. Nous avons déjà encaissé jusqu'ici une somme de 260 millions d'impôt sur les bénéfices de guerre. Nous avons émis des mandats d'impôt pour un total d'environ 320 millions. Nous sommes actuellement en quelque sorte inondés de demandes de contribuables tendant à obtenir une prorogation du payement. L'industrie et le commerce sont déjà entrés dans une période de crise et peut-être au moment de la liquidation totale de l'impôt sur les bénéfices de guerre, aurons-nous encore à compter avec quelques pertes en raison de sommes considérables qui ne rentreront pas. Cependant, je suis optimiste et je veux admettre sans autre que le rendement brut sera de 400 millions pour la Confédération. Après déduction d'un sixième versé au fonds de chômage soit 66,660,000 frs., il reste 333,340,000 frs., dont il faut déduire le 10 % allant aux cantons par 33,340,000 frs. Il restera pour la Confédération 300 millions. Vous voyez donc, et que cela soit aussi une réponse à M. le conseiller national Stucki, que pour verser à la Caisse fédérale 300 millions destinés à couvrir les dépenses de mobilisation, il faut prévoir d'ores et déjà un rendement de l'impôt d'au moins 400 millions. Si, Messieurs, ce rendement était dépassé d'une cinquantaine de millions par exemple, ce n'est pas une hypothèse absolument impossible, et je ne l'estime pas invraisemblable, il y aurait alors une certaine somme qui pourrait alimenter le fonds en question, mais faut-il, pour une somme qui n'est pas très considérable, rompre le principe d'après lequel l'impôt direct perçu par la Confédération frappant les fortunes et les bénéfices de guerre doit être destiné à couvrir les dépenses de mobilisation? Cette proposition inspirée, je le reconnais, par un mobile très élevé et par un désir sincère de conciliation, est-elle justifiée, si je la mets en présence des chiffres indiqués!

La proposition Sulzer. Elle me paraît mauvaise, parce qu'elle rompt avec un grand principe sur lequel il me semblait que l'entente et l'accord presque général s'étaient formés. Cette proposition consiste à dire que ce n'est plus une fraction, une cote de la dépense capitale de mobilisation, mais la totalité de la dépense de mobilisation qui doit être payée. M. Sulzer dit: Nous ne payerons plus la totalité, mais seulement les trois quarts, et le reste sera destiné à alimenter l'œuvre des assurances. M. Muller l'a fait observer d'une manière absolument frappante. C'est le côté, me semble-t-il, le plus mauvais de la proposition Rothenberger qui est repris ainsi. On supprime l'idée la plus belle, on en fait deux parts et l'on ne satisfait ni les partisans d'une concession ni les partisans d'une autre. C'est, pardonnez-moi l'expression, une cote mal taillée. Voilà pourquoi on ne peut pas adopter cette proposition.

Puisque j'ai la parole, je me permettrai de répondre un mot à MM. Graber, Stucki, Mæchler et Michel.

Tout d'abord à M. Graber. Il a dit: A quelques semaines de distance, après nous avoir entendu la bouche pleine de promesses, notre empressement pour les œuvres sociales s'était déjà refroidi et nous ne traduisons pas dans la réalité les promesses récentes. Si jamais une accusation a été mal fondée c'est bien celle-là. Le parti socialiste avait demandé à l'origine de la discussion de l'impôt de guerre que l'on admît l'idée que la totalité des dépenses capitales de mobilisation fussent supportées par l'impôt de guerre. Au commencement, le Conseil fédéral s'y opposait lui-même. Puis sont survenus les événements que vous connaissez. Et aujourd'hui, il y a presque unanimité dans les partis bourgeois pour accepter cette idée. Nous sommes à discuter les conciliations à propos du texte constitutionnel qui renferme cette idée, à l'origine propositions socialistes. Nous sommes là pour consacrer une promesse faite et c'est à ce moment que l'on vient nous dire que nous méconnaissons nos promesses! Il y a là quelque chose de si contradictoire qu'il me suffit de faire appel à la loyauté de M. Graber pour qu'il veuille bien reconnaître que vraiment il a eu tort de soulever une opposition pareille contre ceux d'entre vous qui, avec le Conseil fédéral, défendent aujourd'hui l'idée que la totalité des dépenses de mobilisation doit être couverte par l'impôt direct, c'est-à-dire par l'impôt de guerre.

M. Stucki a protesté au sujet de certaines paroles prononcées par quelques orateurs. Je ne pense pas qu'il ait voulu me viser directement. Si c'était le cas, je sais qu'il l'a fait dans un sentiment et un esprit tout à fait amical. Il a dit: On a l'impression qu'on vante les mérites de la Suisse romande et de la Suisse italienne. Mais nous autres, Suisses allemands, nous ne comptons presque plus ici. Nous finissons par être une majorité qui au point de vue force ne compte plus que comme minorité.

Mes paroles étaient justement le contraire de cette pensée. J'ai rendu un hommage éclatant à l'esprit de sagesse de la Suisse allemande dans deux crises solennelles de la guerre. Je ne suis pas suspect, je crois, de ravaler la haute valeur de la Suisse allemande. J'ai toujours défendu cette idée que vous, Suisses allemands, vous avez fondé la Confédération, vous avez été habitués aux traditions de liberté avant la Suisse italienne et avant la Suisse romande et j'ai toujours fait appel à cet esprit civique pour que vous compreniez certaines nécessités de la Suisse italienne et française. Il n'y a donc pas eu dans mes paroles une pensée pour rabaisser la valeur de votre concours aux œuvres de la Confédération; c'est le contraire qui est vrai. Nous sommes des régions différentes par la langue et par la race. Cela peut être de la plus grande valeur, mais aussi la plus redoutable des faiblesses. C'est une grande force si chacun comprend son rôle et si nous nous imprégnons d'esprit fraternel dans les rapports qui doivent exister entre les diverses régions de la Suisse.

A M. Michel maintenant. M. Michel a cherché dans un esprit, d'ailleurs très élevé, auquel je rends hommage, à examiner quelle pouvait être la raison qui poussait la Suisse romande à cette attitude. Il s'est demandé si cela pouvait créer une différence entre nos mentalités que l'impôt soit prélevé pendant 20 ans ou 16 ans. Telle n'est point la question. La Suisse romande s'est prononcée contre l'idée d'enlever d'une manière définitive l'autonomie financière aux cantons. Elle s'est déclarée d'accord que la totalité de la dette de mobilisation soit couverte par l'impôt direct, mais elle n'admet pas l'idée que d'autres œuvres de la Confédération soient couvertes par des impôts directs parce qu'elle envisage la possibilité de pourvoir aux besoins financiers de ces œuvres par des impôts indirects frappant ou la fortune ou certains articles de consommation. Et voilà pourquoi il ne s'agit pas de savoir non plus si l'assurance sera une œuvre de centralisation ou de décentralisation, mais il s'agit de savoir si l'on veut affaiblir d'une manière définitive l'autonomie des cantons. Nous sommes tous d'accord d'établir l'assurance sur des bases cantonales plutôt que sous une forme centralisée. C'est une question à examiner au plus près de notre conscience pour choisir la meilleure solution.

Je vous ai déclaré que le Conseil fédéral vous proposera de réserver le produit de l'impôt sur le tabac tout entier à l'oeuvre des assurances. Nous croyons faire par là un acte, non pas un geste, qui vaut infiniment plus que celui qui consisterait à adopter la proposition Rothenberger. Vous voyez donc, Messieurs, qu'avec un peu de bonne volonté, nous pouvons nous entendre sur des idées nettes et claires. Pas de mauvais compromis, mais des idées fraternelles de solidarité confédérale. Elles vous conduiront, à mon avis, à repousser la proposition Rothenberger.

Schär (Basel): Es sind heute verschiedene Anträge zur Kenntnis des Rates gebracht worden, über die ich mich vor Begründung meines eigenen Eventualantrages noch kurz äussern möchte. Vorerst zum Antrag Sulzer. Bezüglich des letztern möchte ich dem, was Herr Kollege Müller-Bern dagegen ausgeführt hat, beitreten. Der Antrag des Herrn Sulzer ändert den ganzen Sinn des Postulates Rothenberger. Es will dieser Antrag kein Opfer verlangen von seite der Steuerpflichtigen, von seite des Besitzes, sondern der Sinn dieses Antrages geht dahin, dass die fehlenden 200 Millionen voraussichtlich durch indirekte Steuern aufgebracht werden müssen. Das ist gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Postulates ein ganz erheblicher Unterschied, und diesem Antrag wird der Sprechende nicht beitreten können und wohl auch seine politischen Freunde nicht.

Was den Antrag Walther anbetrifft, so wissen wir nicht, wie weit er geht, weil der Ertrag der Kriegssteuer heute nicht festgestellt ist.

Was schliesslich den Antrag des Sprechenden anbetrifft, so ist derselbe einzig für den Fall gestellt, dass eventuell wider Erwarten das Postulat Rothenberger, eventuell das Postulat Walther nicht angenommen werden sollte. Wie Sie wissen, tragen sich die Anhänger des Postulates Rothenberger mit dem Gedanken, im Falle der Verwerfung des Postulates in diesem Rate eine Volksinitiative zu lancieren, und dazu kann ich Ihnen die Mitteilung machen, dass heute die sozialdemokratische Partei hiefür ihre volle Unterstützung zugesichert hat. Da müssen wir uns die Fassung einer allfälligen Initiative wohl überlegen, und da kann uns die Fassung der Kriegssteuer ein Hindernis bilden, dass wir, obwohl wir sonst vielleicht damit einverstanden sein könnten, dagegen stimmen müssten, wenn der Antrag Rothenberger abgelehnt wird. Und darum muss diese Frage in der heutigen Vorlage so geregelt werden, dass die Frage der Verwendung der Kriegsgewinnsteuer neutralisiert wird und die Anhänger des Antrages Rothenberger für die Vorlage stimmen können. Wenn Sie aber sagen, dass die Kriegsgewinnsteuer zur Deckung der Mobilisationskosten verwendet werden müsse, so könnten wir der Vorlage nicht zustimmen. Wir müssten also dagegen Stellung nehmen, oder wir müssen mit der Volksinitiative für die Förderung der Alters- und Invalidenversicherung auch die Kriegssteuer einbeziehen.

Es ist Ihnen mein Antrag noch nicht gedruckt zugestellt worden. Ich will Ihnen denselben mitteilen. Es müsste in Ziffer 2, wo es heisst: « Die Steuer wird in 4 jährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bunde zukommende Betrag zusammen mit den Ergebnissen der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuern die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot deckt » eine Einschaltung gemacht werden: « soweit letztere (Kriegsgewinnsteuern) nicht an die Kantone abzuführen oder für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge und der Sozialversicherung zu verwenden sind. » Das wäre sowieso notwendig, wenn wir genau redigieren wollen. Wir haben in der Vorlage die Ergebnisse der Kriegsgewinnsteuer für Zwecke der Deckung der Mobilisationskosten ganz beansprucht, trotzdem wir wissen, dass wir sie nicht mehr haben; denn 10 % werden an die Kantone abgeführt und $^1/_6$ geht für die Arbeitslosenfürsorge weg. Man hätte also zum voraus genauer redigieren sollen, indem man gesagt hätte, dass das Nettoergebnis der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung der Mobilisationsausgaben verwendet werde. Die Einschaltung wäre also sowieso notwendig gewesen. Das, was neu ist, was sachlich etwas anderes ist, ist das, dass auch ein Betrag der Sozialversicherung zugewendet werden soll. Damit ist materiell nichts präjudiziert. Kommt keine Volksinitiative, so ist nichts für die soziale Versicherung zu verwenden; kommt sie aber, so

können auch wir für die heutige Vorlage stimmen. Im wohlverstandenen Interesse der Vorlage ersuche ich Sie, meinen Antrag, der nichts präjudiziert, anzunehmen.

M. **Graber:** Je serai très bref. Et d'abord une explication pour faire disparaître un malentendu dans l'esprit de M. le conseiller fédéral Motta. Lorsque j'ai parlé de promesses solennelles faites ici et qui n'ont pas été tenues, je n'ai pas eu l'intention de parler de l'impôt de guerre lui-même ou de son rendement. Je reconnais qu'il est arrivé au parti bourgeois de la Suisse ce que l'histoire nous enseigne, c'est que très souvent ceux qui sont vainqueurs finissent par épouser les idées et les conceptions des vaincus. Vous avez été vainqueurs en juin avec une grosse majorité, mais depuis lors, vous avez fait un pas en avant vers l'idée de ceux qui furent vaincus à ce moment-là. Et lorsque vous avez consenti à compenser toute la dette de mobilisation par l'impôt de guerre, vous avez fait encore un pas en avant. Je le reconnais.

Je faisais allusion en parlant de promesses solennelles qui n'ont pas été tenues, à celles qui concernent spécialement l'assurance-vieillesse et invalidité. Dans ce domaine, il faut reconnaître, je ne dis pas que le Conseil fédéral, mais que plusieurs membres de cette assemblée ont fait ici des promesses, qu'ils les ont renouvelées dans leur canton, presque dans toutes les cités de la Suisse, au lendemain de la grève générale. On déclarait alors hautement qu'on avait trop négligé les œuvres d'assurance sociale, que l'heure était venue de précipiter le mouvement et d'avoir plus d'égards envers la classe ouvrière. Mais, Messieurs, aujourd'hui déjà ces promesses semblent se heurter à des réalisations trop difficiles. N'insistons pas. Je vous ai déjà dit ce matin que c'est le peuple qui se prononcera à cet égard et il mettra toutes les choses en ordre.

Je voudrais simplement dire à M. le conseiller fédéral Motta qui a l'air de croire qu'il aura de trop grosses difficultés à trouver les ressources financières capables de couvrir ces nouvelles dépenses, qu'il sait très bien lui-même qu'il y a en Suisse des richesses insoupçonnées. J'en veux comme preuve les révélations sensationnelles faites l'autre jour dans le retentissant procès de Lausanne où nous avons appris que certaines fabriques, certaines firmes qui avaient fait pour 450,000 frs. de bénéfice en déclaraient 50 ou 59 à l'impôt sur les bénéfices de guerre. Le reste avait disparu en tantièmes d'administrateurs ou dans les réserves. Il est certain que de grosses richesses échappent encore au fisc dans notre pays. Si le Conseil fédéral voulait se donner la peine de rechercher ces richesses cachées, de les poursuivre avec autant d'ardeur qu'il poursuit aujourd'hui ce qui reste de bolchévistes en Suisse, il trouverait des capitaux importants, il découvrirait des réserves financières formidables qui permettraient de couvrir facilement les charges de l'assurance-vieillesse. Quant à moi, la richesse existe; ce qu'il faut, c'est la découvrir et je crois que le Conseil fédéral aurait une tâche superbe en découvrant ce qui a été caché jusqu'à cette heure. J'ai même entendu dire que dans le canton de Neuchâtel un demi-milliard de fortune échappait au fisc. Si cette proportion est la même pour les autres cantons de la Suisse, vous voyez, M. Motta, qu'un merveilleux réservoir existe. Il faut seulement le découvrir, comme on découvre un réservoir de pétrole, et y pomper largement. On a beaucoup parlé aujourd'hui de fédéralisme et je reviens au même procès auquel j'ai fait allusion tout à l'heure. Nous avons constaté que des hommes d'Etat de la Suisse romande, des fédéralistes convaincus, sont allés en pleine séance du tribunal affirmer toute leur considération pour un homme qui avait soustrait au fisc fédéral des millions et des millions. Je me demande si le fédéralisme n'est pas justement l'instrument qui sert de temps en temps à cacher ou à voiler la vérité sur certaines richesses qui se dissimulent au fisc. Le fédéralisme, c'est bien souvent une couverture. Nous l'avons constaté fréquemment chez nous dans le canton de Neuchâtel, lorsqu'on parlait de l'impôt progressif; le fédéralisme, à ce moment-là, a tenté de sauver le capital. Je ne partage pas la préoccupation de certains collègues de la Suisse romande qui veulent conserver ces petites cellules autonomes en matière financière. Elles tendent trop à favoriser le capital.

Le meilleur moyen serait une centralisation plus forte, une centralisation des finances, de la richesse, de la fortune, des propriétés.

On hésite à accepter avec M. Rothenberger d'affecter ces 200 millions à l'assurance-vieillesse. Je ne crois pas que le fonds du débat soit sur cette question. Il roule plutôt sur celle de l'impôt fédéral direct et l'on prétend qu'il y a un conflit entre la Suisse romande et la Suisse allemande. Non, Messieurs, il n'y a pas de conflit entre ces deux parties du pays. Il y a certaines divergences de vues peut-être, vous me permettez de le dire de la part de quelqu'un qui n'est ni Suisse romand, ni Suisse allemand, qui est d'abord et avant tout socialiste, et ensuite Suisse. Je déclare cela sans fard: d'abord socialiste et ensuite Suisse. Et je ne suis ni romand ni allemand. Il existe certaines différences entre le Suisse romand et le Suisse allemand. Les Suisses allemands sont moins préoccupés d'idéal, moins abstraits dans leurs conceptions, ils sont plus réalpolitiques et quelquefois la forme les préoccupe moins que la réalité. Je ne partage pas ce point de vue, j'aime mieux en même temps la forme et la réalité.

Les Suisses romands croient avoir terminé leur besogne par des formules générales, par des déclarations théoriques. Les réalités les préoccupent beaucoup moins. Ils respectent toutes les formes, mais ils réalisent peu, ils s'imaginent que la classe ouvrière est satisfaite par leurs proclamations superbes en théorie, souvent stériles en pratique. Les romands ont le culte du respect des formes constitutionnelles.

Nous, les socialistes, nous l'avons constaté plusieurs fois, nous sommes une synthèse entre les romands et les allemands. Nous voulons des réalisations, mais nous les élevons au niveau de notre idéal et nous demandons en même temps le respect des garanties légales et constitutionnelles.

Je crois que les romands feraient bien de se dire que l'heure est venue de faire un pas en avant vers les réalités. Les Suisses allemands feront demain peut-être un autre pas vers le respect des formes constitutionnelles. Et ainsi vous arriverez les uns et les autres à cette unité que vous recherchez.

D'ailleurs, je ne sais pas si on la recherche bien sincèrement. Je veux le croire. Un jour vous avez été unis, c'est lorsqu'il s'agissait de faire face aux

socialistes, en novembre dernier. Vous avez formé bloc au Conseil national. Mais peu après vous vous êtes divisés au sujet de problèmes mis en discussion. Vous vous êtes désunis et il y avait de nouveau la conception romande et la conception allemande. Dans quelques jours, si par exemple les socialistes revenaient à la charge, vous seriez de nouveau unis contre eux. Cela ne paraît pas bien sérieux, ces unions et ces désunions continuelles.

Les Suisses romands feraient bien de comprendre enfin que la classe ouvrière de la Suisse romande ne se contentera plus de formule, de la démocratie théorique. Elle veut de la démocratie réalisant le progrès social et si la démocratie ne se met pas au service du progrès, des réalisations pratiques, vous la compromettrez aux yeux des masses populaires. Vous vous rappellerez ce jour-là que c'est vous qui aurez compromis la démocratie, parce qu'au lieu de la mettre au profit de la classe ouvrière et de la justice sociale, vous l'aurez employée à défendre des intérêts particuliers. C'est pourquoi, Messieurs les romands, devenez pratiques et vous députés de la Suisse allemande, acceptez avec eux le respect des formes constitutionnelles, prenez un peu de leur idéal. L'heure est venue pour vous de concilier ces deux conceptions: le respect des formes et les réalisations.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell:

1.	Für den Antrag Schär (Basel)	74 Stimmen
	Dagegen	23 Stimmen
2.	Für den Antrag Rothenberger	77 Stimmen
	Für den Antrag Walther	78 Stimmen
3.	Für den Antrag Walther	128 Stimmen
	Für den Antrag Sulzer	19 Stimmen

Präsident: Weiter haben Sie sich eventuell zu entscheiden über den Antrag Walther gegenüber dem Antrag der Mehrheit der Kommission. Hier beantragt Herr Frei (Basel) Abstimmung unter Namensaufruf. Ich will zuerst anfragen, ob 30 Mitglieder den Antrag unterstützen. — Es ist der Fall.

Abstimmung. — *Votation.*

Mit «Ja», d. h. für den Antrag der Kommissionsmehrheit, stimmen die Herren:

(Répondent «oui», c'est-à-dire adoptent la proposition de la majorité de la commission, Messieurs):

Bersier, Bertoni, Bettex, Bonhôte, Bopp, Boschung, Bosset, Bossi, Büeler (Schwyz), Bühlmann, Caflisch, Calame, Cattori, de Cérenville, Choquard, Chuard, Cossy, de Dardel, Daucourt, Deschenaux, Eisenhut, Eugster (Arthur), Evéquoz, Feigenwinter, Frey (Zürich), Garbani-Nerini, Gaudard, Gelpke, Genoud, Grand, Grünenfelder, von Hettlingen, Holenstein, Jaton, Jobin, Kuntschen, de Lavallaz, Leuba, Maillefer, Maunoir, Mermoud, de Meuron, Meyer, Micheli, Ming, Mosimann, Musy, Pelissier, Peter, Petrig, Piguet, de Rabours, Raschein, Reymond, Riva, Rochaix, Schmid (Chur), Schubiger, Seiler (Zermatt), Speiser, Staub, Steinegger, Steinmetz, von Streng, Syz, Vassalli, Walser (67).

Mit « Nein », d. h. für den Antrag Walther, stimmen die Herren:

(Répondent « non », c'est-à-dire adoptent la proposition de M. Walther, Messieurs):

Abt, Balmer, Bertschinger, Blumer, Borella. Brand, Bühler (Frutigen), Buri, Burren, Düby, Eggspühler, Eigenmann, Eisenring, Eugster-Züst, Forrer, Frei (Basel), Freiburghaus, Fritschi, Gamma, Göttisheim, Graber, Greulich, Grieshaber, Grimm, Häfliger, Hardmeier, Hess, Hirter, Hofmann, Hörni, Huggler, Hunziker, Ilg, Jenny (Bern), Jenny (Glarus), Keller, Knellwolf, Knüsel, Koller, Kurer, Lohner, Lutz, Mächler, von Matt, Michel, Moll, Moser (Hitzkirch), Müller (Bern), Müller (Thurgau), Naine, Obrecht, Odinga, Platten, Rebmann, Rellstab, Rikli, Rimathé, Ringger, Rothenberger, Ryser, Schaller, Schär (Langnau), Schär (Basel), Scherrer-Füllemann Scheurer, Schmid (Olten), Schmid (Zürich), Schmidheiny, Schneeberger, Schwendener, Seiler (Liestal), Siegrist, Sigg, Stadlin, Steiner, Steuble, Sträuli, Straumann, Strebel, Strub, Stuber, Stucki, Studer, Sulzer, Tschamper, Ullmann, Ursprung, Vital, Wagner, Walther, Weber (St. Gallen), Widmer, Wild, Will, Wirz, Wyrsch, Zingg, Zurburg (98).

Präsident: Nun folgt die Hauptabstimmung über den Antrag Walther gegenüber dem Antrag Maunoir. Herr Micheli verlangt hier namentliche Abstimmung. Wird er von 30 Mitgliedern unterstützt? — Nur 12 Stimmen haben sich für Abstimmung unter Namensaufruf entschieden.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Walther	105 Stimmen
Für den Antrag Maunoir	19 Stimmen

Präsident: Damit sind die Ziffern 1—2 bereinigt.

Ziffer 3, Alinea 1.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Absatz 1 zu Ziffer 3 schlägt die Kommission Ihnen vor, an dem Beschluss des Nationalrates festzuhalten. In der ersten Kriegssteuervorlage hat man bei diesen Gesellschaften den Gesellschafter besteuert, in der Kriegsgewinnsteuer die Gesellschaften, und hier will man nun nach den Erfahrungen, die man bei beiden Systemen gemacht hat, das zweite System festhalten. Es ist nun ohne weiteres zuzugeben, dass das ständerätliche System fiskalisch besser wirkt, als das andere, aber steuertechnisch ist es komplizierter. Infolgedessen ist es auch mit grösseren Nachteilen verbunden. Die Kompliziertheit liegt darin, dass sowohl für den Privaten wie für den Gesellschafter die Selbsttaxation gemacht werden muss und man sich über den Anteil an Reserven zu verständigen hat. Es bietet der ständerätliche Beschluss auch den Vorteil eines

gewissen Ausgleiches, indem die Steuern verrechnet werden können, allerdings nur so, dass Vermögenssteuer mit Vermögenssteuer und Erwerbssteuer mit Erwerbsteuer verrechnet werden kann. Trotz diesen Vorteilen, die mit dem neuen System verbunden sind, hält die Kommission doch dafür, dass wir dem steuertechnisch einfacheren Verfahren den Vorzug geben sollen. In der September-Tagung des Nationalrates gingen die Meinungen auch auseinander; aber mit 49 gegen 16 Stimmen wurde damals der Beschluss gefasst. Herr Usteri hat im Ständerat erklärt, es sei wünschenswert, dass der Bundesrat und der Nationalrat noch Gelegenheit hätten, über diese Frage nähere Beratungen zu pflegen. Das ist geschehen. Aber sowohl der Bundesrat mit der Kriegssteuerverwaltung als auch die Kommission sind zu der Ansicht gekommen, dass wichtige und gewichtige Gründe vorliegen, dem einfacheren System, wie es im Beschlusse des Nationalrates vom September ausgedrückt ist, zuzustimmen.

Das ist, was ich zu Absatz 1 zu sagen habe.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Pour des motifs d'ordre technique sur lesquels il est inutile d'insister, la commisison vous propose d'en rester à la formule du Conseil national.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Alinea 2.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Absatz 2 stehen wir eigentlich bloss vor einer redaktionellen Aenderung. Der Nationalrat hatte beschlossen, dass für Peronen ohne ausreichenden Erwerb der Ansatz von 10,000 Franken «angemessen» zu erhöhen sei. Der Ständerat sagt: «in billiger Weise». Wir sehen die Notwendigkeit nicht ein, warum der Ausdruck «angemessen» ersetzt werden soll durch «in billiger Weise», ohne den Witz erzählen zu wollen, den man vom Bundesgericht berichtet, dass der Ausdruck «in billiger Weise» gedeutet werden könne «meilleur marché». Wir halten dafür, dass das Wort «angemessen» vollständig dem entspreche, was gesagt werden will.

Etwas anderes ist dann allerdings, und darüber hat die Kommission Beschluss gefasst, dass im Ausführungsgesetze notwendigerweise dieses Wort «angemessen» interpretiert werden und dass genau gesagt werden müsse, was man für angemessen hält, mit andern Worten, welches Vermögen vorhanden sein darf, ohne besteuert zu werden, wenn es sich um Personen handelt, die ohne ausreichenden Erwerb sind. Im Schosse der Kommission wurde unwidersprochen die Meinung geäussert, dass in diesem Falle 30,000 Franken als angemessen bezeichnet werden sollten. Es ist also notwendig, dass im Ausführungsgesetz diese Frage entschieden werde, damit kein Zweifel besteht.

M. Musy, rapporteur français de la commission: La formule que nous avons trouvée convient certainement mieux que celle des Etats; elle est plus claire. Nous proposons de la maintenir.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Alinea 3.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Absatz 3 ist der Ständerat wesentlich abgewichen von dem Beschlusse des Nationalrates und, wie wir in der Kommission fanden, in einer sehr glücklichen Weise, nämlich indem er differenzierte und in lit. a, b und c ein gewisses Verhältnis von Vermögen und Einkommen aufstellte, um darnach die Erwerbssteuerpflicht präziser zu umschreiben. Für Personen mit einem Vermögen, das Fr. 20,000 übersteigt, beginnt die Erwerbssteuerpflicht bei einem Erwerb von über Fr. 2000. Wenn das Vermögen mehr als Fr. 10,000 aber weniger als Fr. 20,000 beträgt, sind Fr. 3000 erwerbssteuerfrei; wenn aber das Vermögen Fr. 10,000 nicht übersteigt, dann seien Fr. 3500 als steuerfrei zu bezeichnen. Die nationalrätliche Kommission hat diese Normierung angenommen mit dem Unterschiede, dass bei lit. c Fr. 4000 als steuerfreie Grenze eingesetzt wurde.

Im übrigen hat die nationalrätliche Kommission die Fr. 400 angenommen, um welche sich die steuerfreie Summe pro Kind erhöht, so dass also beispielsweise ein Familienvater, der Fr. 4000 Erwerb hat, bei 3 Kindern erst mit Fr. 5201 zur Steuerpflicht käme.

Wir möchten Ihnen empfehlen, diese Formulierung des Ständerates anzunehmen, weil sie den Verhältnissen in vorzüglicher Weise, besser als der Beschluss des Nationalrates vom September, Rechnung trägt und weil der Beschluss des Ständerates auch dem Begehren gerecht wird, welches die Erwerbssteuerfreiheit, wenn ein geringes Vermögen vorhanden ist, bei Fr. 4000 festsetzt.

Ich möchte Ihnen also im Namen der Kommission empfehlen, den Absatz 3 anzunehmen.

M. Musy, rapporteur français de la commission: En portant à fr. 4000 la limite de l'exonération, on a diminué le nombre de ceux qui participeront au payement de l'impôt. Cela nous a paru une atteinte très grave au principe de la généralité de l'impôt. C'est pourquoi, à l'occasion de la discussion qui a eu lieu devant la commission, j'ai demandé d'en rester au chiffre primitivement fixé de fr. 3500, au lieu d'aller jusqu'à fr. 4000, selon la proposition d'un membre de la commission du Conseil national. Il y a une différence de situation entre le petit propriétaire ayant une fortune de fr. 20,000, qui sera imposée s'il est établi qu'il réalise un bénéfice de fr. 2000, et le salarié qui touche des appointements de fr. 4000. Fr. 20,000 au 5 %, soit un intérêt de fr. 1000, plus fr. 2000 de revenu, cela fait fr. 3000. Sur cette base de fr. 3000, l'impôt de guerre, dans ce cas-là, sera exigé. Tandis

que celui qui n'a pas de fortune, mais qui touche fr. 4000, même s'il est célibataire, sera exonéré de l'impôt. Il nous a semblé qu'un célibataire à fr. 4000 de traitement annuel aurait très bien pu être compris, suivant notre proposition antérieure, dans la première classe; il aurait payé fr. 4. 50 à fr. 5 d'impôt de guerre, annuellement. La politique qui tend à augmenter le nombre des exonérés, afin d'obtenir un meilleur résultat le jour du vote, nous paraît une politique dangereuse. Je reprends donc la proposition du Conseil national restée en minorité, et je propose de limiter l'exonération à fr. 3500 au lieu de fr. 4000. Je vous recommande donc d'adopter le texte intégral du Conseil des Etats.

Müller (Bern): Gegenüber dem Antrag des Herrn Musy möchte ich Sie dringend bitten, dem mit grosser Mehrheit gefassten Kommissionsbeschluss zuzustimmen. Die Gründe, die für diese Fr. 4000 sprechen, sind ja schon wiederholt geltend gemacht worden. Es würde ganz einfach und unnötigerweise in diese Verständigung hinein ein Element der Unsicherheit gebracht werden, das in bedenklicher Weise die erzielte Verständigung gefährden würde, wenn man von den Fr. 4000 abginge. Es ist von verschiedenen Seiten anerkannt worden, dass diese Fr. 4000 durchaus den Verhältnissen entsprechen. Wir dürfen nicht achtlos an der tiefen Veränderung an unserm Wirtschaftsleben vorbeigehen. Wir können schon jetzt mit aller Sicherheit sagen, dass diese Fr. 4000 das Minimum dessen sind, was wir vernünftigerweise den untern Klassen zumuten können. Ich möchte Sie deshalb bitten, an dem Kommissionsbeschluss festzuhalten.

Schubiger: Ich möchte Ihnen ebenfalls empfehlen, die Anträge der Kommission anzunehmen. Die Abstufung in der lit. a, b und c des Absatzes 2 beträgt nach dem Beschluss des Ständerates mit bezug auf das Einkommen Fr. 2000, 3000 und 3500, während die Kommission Ihnen eine Abstufung von Fr. 2000, 3000 und 4000 vorschlägt. Nun ist diese letztere Abstufung schon arithmetisch zutreffender und liegt dem allgemeinen Verständnis entschieden näher als diejenige, die auf Fr. 3500 geht. Sodann können gewisse Ungleichheiten und Inkongruenzen, welche sich aus der Anwendung der Abstufung nach Ständeratsbeschluss ergeben würden, eher vermieden werden, wenn wir auf Fr. 4000 gehen. Endlich kommt die soziale Tendenz der Vorlage nach Antrag der Kommission viel besser zur Geltung als nach Beschluss des Ständerates und Antrag des Herrn Musy. Es ist ja eine Grundregel unseres Finanzprogramms, dass der Besitz zur Deckung der Mobilisationsschuld besteuert werden soll, wogegen für die Finanzierung der Sozialversicherung wenigstens teilweise indirekte Steuern, sog. Konsumsteuern, herangezogen werden sollen. Nun ist doch, wer bei einem Einkommen aus Erwerb von Fr. 4000 gar kein Vermögen oder nur ein Vermögen nnter Fr. 10,000 besitzt, gewiss nicht zu den Besitzenden, zu den Begüterten zu rechnen; ich stimme in dieser Beziehung den Ausführungen des Herrn Vorredners bei. Es ist deshalb auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus richtiger, wenn Sie den Antrag der Kommissionsmehrheit annehmen. Diese Entlastung nach unten wird dann eher gestatten, bei der Finanzierung der Versicherung durch Konsumsteuern die untern Klassen herbeizuziehen, worüber bereits Einverständnis herrscht. Im Ständerate wie auch hier im Nationalrat haben die Vertreter der sozialdemokratischen Partei diesem Gedanken zugestimmt. In der Kommission hat sich eine erdrückende Mehrheit für den heutigen Antrag ergeben.

Schliesslich kann noch in Erwägung gezogen werden, dass die Chancen der Vorlage bei der Abstimmung durch Annahme des Kommissionalantrages verbessert werden dürften. Ich empfehle Ihnen den letztern.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	68 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	16 Stimmen

Alinea 4.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: In Absatz 4 schlägt die Kommission Ihnen vor, an dem früheren Beschlusse festzuhalten mit einer Korrektur, die dann bei Tabelle II zum Ausdruck kommen soll. Nach Wunsch des Herrn Präsidenten sollen die Tabellen zuletzt behandelt werden, so will ich also auch die Besprechung dieser Aenderung bis dahin verschieben. Kurz gesagt, handelt es sich darum, in der Tabelle statt mit 0,5 % mit 0,4 % anzufangen. Es hat diese tiefere Ansetzung in der Skala einen Vorteil zugunsten der Kleinen, also eine stärkere Degression.

Allgemein hat die Kommission die Auffassung, dass die Redaktion des Ständerates sicher ebenso genau ist wie diejenige des Nationalrates, aber dass sie ungewohnt ist. Wahrscheinlich will sie eine Verdeutschung sein. Ihre Kommission hat aber die Ansicht, dass unsere stimmfähigen Bürger durch die Erfahrungen im Steuern genügend belehrt sind, um zu wissen, was Prozente und Promille dabei sagen wollen, und dass sie also diese Verdeutlichung nicht nötig haben. Wir möchten Ihnen empfehlen, bei unserer Redaktion zu bleiben.

Am Schlusse dieser Ziffer habe ich noch etwas nachzuholen, was ich bei Abs. 1 nicht berührt habe. Die nationalrätliche Kommission hat die Meinung, dass die Fassung des Nationalrates in Abs. 1 bei der Besteuerung der Kommanditgesellschaften ermögliche, im Ausführungsgesetz nach Bedürfnis und nach näherer Prüfung Korrekturen anzubringen. Die Kommission wünscht, dass hievon Notiz am Protokoll genommen werde.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: Je ne comprends pas bien les raisons de ces modifications. On ne paye pas les impôts en pour cent dans tous les cantons, on les paye en pour

mille. Cette observation se rapporte aux chiffres 4, 5, 6 et 7. La formule du Conseil national est plus claire et plus compréhensible. Nous maintenons notre texte en opposition à celui du Conseil des Etats.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 3bis.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Bei Art. 3 bis besteht eine Differenz darin, dass die Tantiemensteuer im Nationalrat in der einfachen Fassung angenommen wurde: «Für Erwerb aus Tantiemen, sofern deren Gesamtbetrag Fr. 2000 übersteigt, wird eine Zuschlagssteuer erhoben, die nach Tabelle II zu berechnen ist, aber mindestens 5 % der Tantiemen beträgt.» Man hat die Tantiemensteuer eine Zuschlagssteuer genannt, und zwar deswegen, weil sie eine nochmalige Erfassung dieser Art Einkommen bedeutet, während sie in der ständerätlichen Fassung nicht als Zuschlagssteuer bezeichnet wird. Ihre Kommission findet, dass die Bezeichnung richtig sei, indem es wirklich neben der eigentlichen Erwerbssteuer noch einen Zuschlag bedeutet in der angegebenen Höhe.

Der Nationalrat sagt, sie beginnt bei Fr. 2000 und beträgt mindestens 5 %. Der Ständerat reiht die Tantiemensteuer insofern in die Erwerbssteuertabelle ein, als er zuerst eine Klasse macht bis Fr. 8500, in welcher 2 % bezahlt werden müssen wie bei der gewöhnlichen Steuer, alsdann für die Besteuerung der Tantiemen in der 14. Klasse wieder in die gewöhnliche Tabelle einmündet. Es ist auch in diesem Falle eine Zuschlagssteuer, wenn sie auch nicht so genannt wird.

Herr Usteri hat im Ständerat ein längeres Exposé über diesen Gegenstand gegeben. Jedermann aus Ihrer Mitte, der sich für die Sache aus allgemeinen oder persönlichen Gründen interessiert, hat wohl das Stenogramm darüber gelesen. Herr Usteri hat den Ansatz von 5 % für exzessiv erachtet und fängt darum bei 2 % an. Es ist in unserm Rate bei der ersten Beratung über diese Steuer sehr wenig gesprochen worden und, da damals das Interesse ein nicht sehr grosses war, dürften auch die Meinungen heute wohl schon gemacht sein. Ich enthalte mich also weiterer Ausführungen darüber.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Ici encore, nous proposons d'en rester au texte du Conseil national. Les tantièmes sont soumis à un impôt sur les tantièmes, dit la formule du Conseil des Etats, c'est un pléonasme vicieux qui augmente l'obscurité. Restons-en à la formule actuelle; elle vaut, en tout cas, mieux que celle du Conseil des Etats.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 4.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 5.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Bei Ziffer 5 ist eine Aenderung dadurch entstanden, dass, entgegen dem Beschlusse des Nationalrates, zu sagen: «Von ihrem eigenen Vermögen (Aktienkapital und Reserven)», der Ständerat beschlossen hat, die Klammer herauszunehmen und den Begriff «eigenes Vermögen» nicht anzuführen und zu sagen: «eine Steuer vom einbezahlten Aktienkapital und den Reserven». Die nationalrätliche Kommission hat gefunden, dass der Wortlaut, wie ihn der Nationalrat im September angenommen hat, der bessere und präzisere sei und die Sache verdeutliche. Das, was der Ständerat als Hauptredaktion will, bleibt nach unserer Darstellung in der Klammer, aber es wird das «von ihrem eigenen Vermögen» vorausgesetzt als ein Hauptbegriff, der nachher durch die Klammer «(Aktienkapital und Reserven)» erläutert wird.

Wir beantragen Ihnen Festhalten an der Redaktion des Nationalrates.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 6—7.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Ziffer 8.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich weiss nicht, ob Sie Lust haben, Ziffer 8 noch in dieser heutigen Sitzung zu behandeln. Das ist eine Pièce de résistance. Es kommt dabei lit. c bis in Diskussion, wo ein Thema angeschnitten wird, das in unserem Rate ebenfalls eine längere Diskussion zur Folge haben wird, wie es im September schon der Fall war. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass wir hier die Beratung abbrechen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	30.01.1919 - 08:15
Seite Page Pagina	81-104
Ref. No	20 028 679

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 31. Januar 1919, vormittags 8¼ Uhr.
Séance du 31 janvier 1919, à 8¼ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 81 hiervor. — Voir page 81 ci-devant.)

Ziffer 8.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Bei Ziff. 8 muss ich Sie bitten, etwas länger zu verweilen. Der Ständerat hat in der lit. c eine Aenderung gegenüber unserem Beschlusse vorgenommen. Wir haben dort den Satz gehabt, «dass die Gemeinden sowie die andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient, oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient», steuerfrei seien. Der Ständerat fügt hinzu: «oder ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken » gegenüber der Bestimmung: « Fürsorge für Arme und Kranke ».

Der Ständerat hat also eine allgemeinere Fassung gewählt und Institute, die ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen, von der Steuer befreit.

Bei lit. c bis besteht eine grössere Differenz. Sie erinnern sich wohl an die Vorgänge im Monat September. In lit. c bis hat der Ständerat die Steuerbefreiung der beiden Kantonalbanken Waadt und Zug, die das sogenannte gemischte System besitzen, und die Steuerbefreiung der Aktiengesellschaften der Elektrizitätswerke usw. geregelt. Herr Stadlin hat damals mit bezug auf die Kantonalbanken von Waadt und Zug den Antrag gestellt, man möchte dieselben behandeln wie die Nationalbank, die in der Vorlage des Bundesrates von der Steuer befreit war. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde beschlossen, dass die Nationalbank nicht von der Steuer befreit sein solle, und so wurden auch die Kantonalbanken von Zug und Waadt in der Steuerpflicht belassen. In der gleichen Frage der Steuerbefreiung hatte Herr Keller einen Antrag eingebracht, der bezweckte, von der Entrichtung der Kriegssteuer seien die öffentlichen Zwecken dienenden Aktiengesellschaften und Genossenschaften mit ausschliesslicher Beteiligung der Kantone und Gemeinden von der Steuer zu entlasten. Dieser Antrag wurde aber vom Rat mit 51 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Auf der gleichen Linie kommt der Ständerat nun zu einer neuen Fassung dieser Litera, und zwar in der Weise, dass er abweichend von der Auffassung des Herrn Keller, der nur diejenigen Aktiengesellschaften und Genossenschaften, die ausschliesslich mit Beteiligung der Gemeinden und Kantone arbeiten, befreien wollte, nun festsetzte, dass die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwekken dienenden Unternehmungen in dem Umfange, in welchem die genannten Gemeinwesen am Gesellschaftskapital beteiligt sind, befreit sein sollen. Das wäre eine Befreiung der Elektrizitätswerke, der Nationalbank und der Kantonalbanken von Waadt und Zug. Dazu kämen dann in Abs. 4 dieser Ziffer die Kohlenzentrale und die Finanzgesellschaft in Luzern, diese allerdings unter andern Voraussetzungen und mit anderer Begründung.

Herr Keller hat sich im Dezember geäussert, dass er es sehr wohl verstehen würde, wenn wirtschaftliche und industrielle Betriebe von Kantonen und Gemeinden nicht steuerfrei erklärt würden, aber was er nicht verstehe und wogegen er sich auflehne, sei, dass man sie ungleich behandle. Die Frage, deren Entstehen und Geschichte ich Ihnen nun auseinandergesetzt habe, wird wohl auch diesmal im Rat eine längere Diskussion absetzen. Ihre Kommission hat die Sache ausgiebig beraten und mit grossem Mehr beschlossen, am Beschlusse des Nationalrates vom September/Oktober festzuhalten. Eine Minderheit wollte dem Ständerate beipflichten, der die Steuerbefreiung für diese Gesellschaften ausgesprochen hat.

Persönlich habe ich die Auffassung, dass sich gute Gründe für die beiden Standpunkte anführen lassen. Als Berichterstatter der Mehrheit der Kommission muss ich Ihnen den Antrag empfehlen, am Beschlusse des Nationalrates vom September/Oktober festzuhalten, und zwar aus folgenden Erwägungen heraus:

Man kann die Frage auch so stellen, und in einem früheren Stadium der Angelegenheit hätte das geschehen können: Ist es überhaupt angezeigt, in dieser Vorlage, die doch eine ausserordentliche Steuer einführt, so weitgehende Steuerbefreiungen auszusprechen? Sollte man nicht auch bei derartigen und andern Werken, die Steuerbefreiung verlangen, etwas zurückhaltiger sein mit der Befreiung, mit der guten Begründung, dass für die rasche Tilgung unserer Kriegsschulden, speziell der Mobilisationskosten, man auch diese Geschäfte alle samt und sonders der Besteuerung unterstellen sollte? Nun sind ja diese Werke, welche von den Kantonen finanziert sind, in bezug auf die kantonale Steuer sowieso für ihre kantonale Beteiligung im Kanton steuerfrei. Um so mehr sollten sie auch die Pflicht einsehen, an die Kriegssteuer ihren Anteil zu bezahlen. Wenn es möglich wäre, diese Geschäfte alle von der Steuerbefreiung auszuschliessen, so würde ich darin einen Gewinn erblicken; aber der Unterschied, der nun gemacht werden will zwischen den Gesellschaften und Betrieben, die durch Beteiligung der Kantone und Gemeinden betrieben werden, und den rein privaten Betrieben, die unter allen Umständen nicht von der Steuer befreit sind, scheint der Kommission nicht billig zu sein. Es scheint ihr nicht richtig, dass private Werke, die mit ihrer Versorgung mit Elektrizität usw. der gleichen Oeffentlichkeit dienen, steuern sollen, währenddem die andern Werke von der Steuer befreit erklärt werden sollen. Warum sollen

diese die Steuer bezahlen und die andern nicht? Die Angelegenheit zeigt sich auch von dieser Seite und wird als eine Ungleichheit empfunden. Man hat auch schon in der letzten Debatte davon gesprochen, dass die Gesellschaften, welche diese Form der Aktiengesellschaft gewählt haben, dies getan haben, weil sie darin einen Vorteil erblickten, darum auch die Konsequenzen dieser Form tragen sollen. Das hat beispielsweise auch Herr Bundesrat Motta angeführt. Ich möchte diesem Punkt um so weniger Gewicht beimessen, als es ja den Gesellschaften eine leichte Sache wäre, statt der Aktiengesellschaft die Form der einfachen Gesellschaft oder eines Konsortiums zu wählen, womit sie sich wieder steuerfrei machen könnten.

Eine Erscheinung eigener Art war bei den letzten Debatten, dass nicht alle derartigen Gesellschaften und Betriebe eine Steuerbefreiung wünschten. Wir haben damals gesehen, dass von seite bernischer Vertreter sich eine Diskussion entspann, ob man das Begehren vom Standpunkte der Bernischen Kraftwerke aus unterstützen solle oder nicht. Die einen sagten ja, die andern nein.

Ich habe nicht die Aufgabe, den Standpunkt der Verteidiger des ständerätlichen Standpunktes darzulegen, ich zweifle nicht, dass die Interessenten ihren Standpunkt selber vertreten werden. Die Kommission ist wesentlich aus den angeführten Gründen dazu gekommen, beim Beschluss des Nationalrates vom September/Oktober zu verbleiben und den Antrag des Ständerates abzulehnen.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: Je crois qu'en réalité il est difficile de trouver mieux que ce que nous avons fait à l'occasion du premier impôt de guerre. J'ai été de ceux qui ont désiré vivement trouver une formule qui permette aux entreprises remplissant un but d'utilité publique, comme les exploitations électriques constituées sur la base d'une société anonyme avec participation des cantons, d'obtenir l'exonération fiscale de la participation financière apportée par les cantons. Après réflexion faite, il me semble très difficile de trouver une formule pratique. Supposons par exemple que l'on dise, comme l'ont voulu certains de nos collègues, qu'une société anonyme exploitant des entreprises électriques est exonérée de l'impôt à concurrence de la partie de son capital fournie par les cantons. Je suppose qu'il soit établi que telle société anonyme ait un capital de 100 millions, dont 20 ou 50 apportés par les cantons. Dans le décompte de l'impôt, comment procéderait-on? La moitié du capital serait exonérée. La conséquence serait qu'on réduirait la cote du 50 %. Mais ce bénéfice de 50 % resterait dans la caisse de la société et ne profiterait pas exclusivement à ceux qui ont apporté le capital représenté par des cantons, mais à l'ensemble des actionnaires. Et ainsi, en réalité, nous irions à fin contraire. Nous ferions bénéficier de cette exonération non pas seulement les cantons qui se sont intéressés à la constitution du capital-actions, mais fatalement encore les particuliers, les actionnaires privés.

Il y a là une difficulté d'ordre pratique. Comment la contourner? Comme représentant du canton de Fribourg où l'organisation sous forme de régie nous vaut l'exonération, je suis un peu mal placé pour venir dire ici aux cantons qui n'ont pas adopté la forme de la régie: Vous payerez l'impôt parce que vous avez voulu profiter des avantages apparents ou réels de la société anonyme. Perçue pendant une période de 12 à 16 ans, la totalité de cet impôt représentera évidemment une somme importante; et je dois dire que j'éprouve un certain scrupule à faire abstraction complète de toute exonération. Cependant avec mon collègue, M. le rapporteur de langue allemande, je déclare ne point trouver de solution. Si on nous proposait une formule acceptable et pratiquement applicable, je serais tout à fait d'accord de m'y rallier.

Blumer: Ich erlaube mir, namens einer Minderheit der Kommission den Antrag zu stellen, in dieser Ziff. 8 in allen Teilen dem Ständerat zuzustimmen, dessen Beschlussfassung eine einstimmige gewesen ist.

Die Differenzen sind folgende. In Al. 1 herrscht Uebereinstimmung. Es wird hier ausdrücklich gesagt, dass von der Errichtung der Steuer vollständig befreit sind der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, worauf ich ausdrücklich aufmerksam mache.

Betreffend Al. 2, Nationalbank, war vom Bundesrate Steuerbefreiung beantragt, wie Ihnen Herr Eugster auseinandergesetzt hat. Der Nationalrat hat diese Steuerfreiheit gestrichen. Der Ständerat hat die Steuerbefreiung in dieser Form zwar nicht aufgenommen, die Nationalbank also hier nicht in besonderem Lemma aufgeführt, aber in Lemma c bis eine besondere diesbezügliche allgemeine Fassung angenommen, wobei die Nationalbank in die Steuerbefreiung inbegriffen ist. Ich komme darauf bei c bis zu sprechen. Im übrigen herrscht hier Uebereinstimmung.

Bei lit. c hat der Nationalrat in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat und dem Ständerate beschlossen, dass die Gemeinden, sowie die andern öffentlichrechtlichen und kirchlichen Korporationen und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrage öffentlichen Zwecken dient, steuerfrei seien. Der Ständerat erwähnt als von der Steuer befreit in lit. c die übrigen Körperschaften, welche der Fürsorge oder ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen, während die Steuerbefreiung nach dem Antrag des Nationalrates und des Bundesrates nach Ziff. d sich bloss auf die Fürsorge für Arme und Kranke beschränkt. Das scheint nun dem Ständerat mit Recht zu wenig weitgehend und umfassend zu sein; er schlägt deshalb in lit. c die Fassung vor, dass alle solchen Anstalten, die der Fürsorge und ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen, steuerfrei seien. Es ist offenbar dringend wünschbar, dass hier nicht eine zu enge Fassung gewählt werde und dass überhaupt eine Steuerbefreiung stattfinde für alle jene Institutionen, welche ausschliesslich gemeinnützigen Zwekken dienen. Es gibt ihrer sehr viele und sehr wichtige. Ihre Steuerbefreiung liegt im hohen staatlichen und öffentlichen Interesse, und es wäre ungerecht, solche Institute mit dieser gewaltigen Kriegssteuer zu belasten.

Auch in den Kantonen, soviel ich weiss in allen Kantonen, werden Unternehmungen, die ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen, von der Steuer befreit. Das soll nun auch beim Bunde der Fall sein. Ich erinnere Sie, wie unter anderm in neuerer Zeit sehr viele Pensionskassen gegründet wurden mit Geldern aus Kriegsgewinnen. Wenn Sie diese Pensionskassen mit der Steuer belasten, so hätte das zur Folge, dass

ihrer viel weniger gegründet würden. Es würde also tatsächlich ein öffentliches allgemeines Interesse geschädigt. Ich empfehle Ihnen sehr, die weitere Fassung des Ständerates, die dort einstimmig zur Annahme gelangt ist, anzunehmen.

Noch wichtiger ist die Differenz bei c bis. Die Frage ist in diesem Rate eigentlich schon einmal zur Sprache gekommen. Der Wortlaut des ständerätlichen Beschlusses ist folgender: «Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen sind in dem Umfange von der Steuer befreit, in welchem die genannten Gemeinwesen an dem Gesellschaftskapital beteiligt sind.» Es ist schon bei der ersten Beratung im Nationalrat die Frage aufgeworfen worden, ob nicht Unternehmungen wie die nordostschweizerischen Kraftwerke — dieser Standpunkt wurde speziell von Herrn Keller vertreten — die bernischen Kraftwerke — der Standpunkt wurde von Herrn Bühlmann vertreten — die appenzellisch-st. gallischen Kraftwerke, welche eine ähnliche Institution sind wie die Nordostschweizerischen, ob nicht die gemischten Kantonalbanken, wie sie in Zug und Waadt bestehen — ein Standpunkt, der vor den Herren Stadlin und Bettex eingenommen wurde — sowie ob nicht die Nationalbank doch von der Steuer befreit sein sollten. Im Ständerat hat, ich wiederhole es, Einstimmigkeit darüber geherrscht, dass hier eine Steuerbefreiung eintreten soll, und zwar wurde die jetzige Fassung nach dem Vorschlage des Herrn Ammann gewählt, dem sich auch Herr Bundesrat Motta nicht widersetzte.

Die Motive sind kurz folgende: Was einmal Unternehmungen betrifft, wie die nordostschweizerischen Kraftwerke, so erinnere ich Sie daran, dass in lit. a und c dieser Ziff. 8 Unternehmungen steuerfrei sind, welche einem Kanton angehören. Also wenn ein Kanton ein Unternehmen, sagen wir ein Elektrizitätsunternehmen, besitzt, so ist dasselbe steuerfrei. Es ist das unbestritten. So sind also die gewaltigen Werke von Freiburg, welche ausschliesslich dem Kanton Freiburg gehören, steuerfrei. Nun ist es doch gewiss eine Anomalie, dass die Steuerfreiheit plötzlich aufhören soll, wenn mehrere Kantone zusammen ein solches Werk besitzen. Die Sache ist doch dieselbe. Es gibt aber Werke von so grossem Umfang, dass ein Kanton nicht imstande ist, sie allein zu übernehmen. Die Wasserkräfte können sich auch in verschiedenen Kantonen befinden und es kann schon deshalb angezeigt sein, dass sich mehrere Kantone verbinden. Bei den nordostschweizerischen Kraftwerken, welche 1914 gegründet worden sind, ist das Verhältnis nun das, dass die Kantone Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Zug zusammengetreten sind, um die Gesellschaft «Motor» zu erwerben und zu betreiben, die Kraftwerke der Beznau und des Löntsch. Man wählte dazu die Aktiengesellschaft, welche sich als die einfachste Form ergab. Das Aktienkapital betrug anfänglich 15 Millionen, wurde dann auf 18 Millionen erhöht und beträgt heute 36 Millionen. Es wird in wenigen Jahren wieder bedeutend erhöht werden müssen, weil das Begehren nach Kraft und Ausdehnung dieser Werke allseitig vorhanden ist. Es handelt sich hier keineswegs um eine gewöhnliche Aktiengesellschaft, welche auf Gewinn ausgeht, sondern um eine Gründung, welche auf Verträgen, Statuten und Beschlüssen der gesetzgebenden Behörden in allen diesen Kantonen beruht. In unserem Kanton musste die Landsgemeinde damit behelligt werden. Sie hat, wie in allen andern Kantonen die Grossen Räte, einstimmig ihre Zustimmung gegeben. Der Zweck der Gründung ist keineswegs Gewinn, sondern einzig der, die Wasserkraft, die nationale Kraft, möchte ich sagen, den Privataktiengesellschaften zu entziehen und als Eigentum des Staates zu betreiben, dem elektrizitätsbedürftigen Publikum billige Kraft zu verschaffen. So haben denn die nordostschweizerischen Kraftwerke auch in der jetzigen Zeit, wo ein so grosses Bedürfnis nach Kraft vorhanden ist, nur 5% Zins abgeworfen, wenn wir in Berechnung ziehen, dass die Aktie von Fr. 500 seinerzeit vom Motor zu Fr. 690 erworben werden musste.

Ich erinnere Sie, welche Bewegung durch die ganze Schweiz gegangen ist, damit der Staat die Wasserkräfte ausnütze und diese Ausnützung den privaten Erwerbsgesellschaften entzogen werde. Es war in der Tat eine nationale Tat, welche diese Kantone ausgeführt haben und welche die allgemeine Zustimmung des Volkes gefunden hat. Ich erinnere Sie, wie nötig es gewesen ist, dies gerade in jetziger Zeit zu tun, da wir ja, wenn diese Kraft ausschliesslich in Privatbesitz geblieben wäre, wahrscheinlich Preise für die Elektrizität hätten erleben müssen, welche unser Volk tief entrüstet hätten. Also diese Gründung verdient Anerkennung und nicht eine Strafe, wie sie in der Vorlage der nationalrätlichen Kommission vorgesehen wäre, indem man sich einfach darauf beruft, es handle sich da um Aktiengesellschaften und diese Institutionen sollten nicht anders behandelt werden als alle andern. Man muss und darf hier nicht die blosse Form ins Auge fassen, das ist eine Aeusserlichkeit, sondern das Wesen, den Zweck einer solchen Gründung, und da verdienen speziell die nordostschweizerischen Kraftwerke besondere Berücksichtigung.

In ganz ähnlicher Lage sind die bernischen Kraftwerke und die appenzellisch-sankt-gallischen Kraftwerke. Auch von seite des Kantons Bern war die Gründung der bernischen Kraftwerke in einer Zeit, da die Erkenntnis von der Bedeutung und dem Werte dieser Werke noch gar nicht allgemein war, eine grosse nationale Tat. Ich spreche den Männern, welche diese Tat durchgesetzt haben, meine hohe Genugtuung aus. Der Kanton Bern hat nun eine ganz kleine Aktienbeteiligung beibehalten müssen. Sie beträgt etwa 2%. 98% sind im Besitze des Staates. Soll nun deshalb, weil diese Privatbeteiligung noch besteht, der Kanton Bern gezwungen werden, von dieser Kapitalsumme Kriegssteuer zu bezahlen, weil die Form der Aktiengesellschaft aus äusseren Gründen beibehalten werden musste? Das kann doch nicht Ihr Wille sein, sondern es ist doch gewiss innerlich dasselbe, wenn der Kanton Bern mit 98% der Aktien ein Kraftwerk besitzt, wie wenn der Kanton Freiburg alle 100% der Aktien seines Werkes besitzt. Freiburg muss nichts bezahlen, Bern aber alles. Das wäre eine gewaltige Ungerechtigkeit. Dies ist auch schon in der ersten Diskussion in beiden Räten überzeugend nachgewiesen worden.

Ganz gleich sind die Verhältnisse bei den appenzellisch-sankt-gallischen Kraftwerken. Auch hier war es eine nationale Tat, dass das Kubelwerk durch den Staat erworben wurde und nun im öffentlichen Interesse funktioniert. Auch dieses Werk soll nicht durch eine kolossale Besteuerung auf eine so lange

Dauer, die als ein Unrecht empfunden werden müsste, bestraft werden.

Es ist einzig entgegengehalten worden, und auch in der heutigen Diskussion von Herrn Eugster, es bestehe nun einmal die Bestimmung, dass Aktiengesellschaften besteuert werden müssen, und es läge eine gewisse Gefahr darin, einen Unterschied zu machen zwischen Privatgesellschaften, die ein Geschäft betreiben, und dem Staate. In Wirklichkeit liegt die Sache aber nicht so. Es handelt sich um Werke, welche keine Privatkonkurrenz haben, oder bei denen es, wo sie eine solche haben, im öffentlichen Interesse liegt, dass der Staat als Besitzer der Wasserkräfte dieselben direkt ausnütze. Solche Privatgesellschaften werden gar nicht geschädigt, wenn die staatlichen Werke steuerfrei gelassen werden. Die Elektrizitätsversorgung lässt sich heute von dem Boden der staatlichen Versorgung nicht mehr entfernen. Sie wird immer mehr Sache des Staates werden. Und nun mache ich Sie auf die Beschlussfassung Ihres hohen Rates durch Erheblicherklärung der Motion Will aufmerksam, welche ausdrücklich dahinging, dass auch der Bund bei solchen neuen Werken sich beteiligen solle. Herr Will hat darauf hingewiesen, welche ungeheure Bedeutung dieser Frage zukomme und dass es notwendig sein werde, dass auch der Bund sich bei solchen Werken beteilige. Wenn Sie also hier die Steuerfreiheit beschliessen, wie sie der Ständerat beschlossen hat, wird dieselbe auch dem Bunde und seinen zukünftigen Werken zukommen.

Ich komme nun noch zu sprechen auf die Verhältnisse der Kantonalbanken, der gemischten Banken von Zug und von Waadt. Hier haben es die Verhältnisse mit sich gebracht, dass eine Beteiligung der Privaten bei den Kantonalbanken beibehalten worden ist. Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, dass einzig die genannten beiden Kantone dieses System beibehalten haben, auch der Aargau ist erst vor nicht sehr langer Zeit zur reinen Staatsbank übergegangen. Wie liegen nun die Verhältnisse? Die Geschäfte einer solchen gemischten Bank sind ganz genau dieselben, wie diejenigen einer Kantonalbank. Warum sollen nun die Kantone Zug und Waadt schlechter gestellt sein als die Kantone mit reinen Kantonalbanken? Für die Privatbeteiligung wird ja eine deutliche Ausnahme gemacht in der Fassung des Ständerates. Es handelt sich nur um Steuerbefreiung in dem Umfange, in welchem der Staat beteiligt ist. Sie schützen also hier ein absolut berechtigtes Interesse; es sollen auch diese Kantone nicht anders oder schlechter gestellt sein als alle anderen Kantone. Es ist darauf hingewiesen worden, ich möchte sagen zur Entschuldigung: «Ja, die Kantone Zug und Waadt müssen ihren Aktienbesitz nicht versteuern!» Allein, ich erwidere, das Rechtssubjekt, die Kantonalbank, die gemischte Bank, muss eben die Steuer zahlen, wird also tatsächlich schlechter gestellt, und es kommt gar nicht darauf an, ob der Kanton noch einmal als Aktionär behelligt werde.

Und nun die Nationalbank. Bei der Nationalbank wird etwa gesagt, es komme dabei ziemlich auf dasselbe heraus. Es sei dasselbe, ob der Staat die Kriegssteuer beziehe oder die Nationalbank einen kleineren Gewinn habe. Aber das Verhältnis ist doch nicht so. Die Kantone sind eben bei der Nationalbank beteiligt und auch sie tragen an den Lasten, welche ihr auferlegt werden. Nun ist nicht einzusehen, weshalb die Nationalbank anders behandelt werden soll als die Kantonalbanken, als andere nationale eidgenössische Institute. Es hat auch der Bundesrat in seiner ersten Vorlage diese Befreiung ausgesprochen und sich ihr später im Ständerate nicht widersetzt. Also wir dürfen getrost der Fassung des Ständerates zustimmen, welche nun in allgemeiner und umfassender Weise eine Befreiung ausspricht, aber nur für solche Institutionen, welche tatsächlich grossen nationalen öffentlichen Interessen dienen.

Eine weitere Differenz besteht nun noch bei folgendem Satze. Da ist vom Ständerat beigefügt: «Der Bundesrat kann Unternehmungen, die während der Dauer des Krieges im ausschliesslichen Interesse des Landes errichtet werden mussten, von der Steuerpflicht befreien.» Der Nationalrat hatte hier eine einzige Ausnahme gemacht. Er hat lediglich eine Detailbestimmung aufgenommen für Unternehmungen zur Dekkung des Wohnbedarfes, also eine kleine Spezialität der Zeit. Hier sollte nun aber unbedingt weiter gegangen werden. Es soll eine Fassung gewählt werden, nach der alle solchen Unternehmungen, welche während des Krieges im ausschliesslichen Interesse des Landes errichtet worden sind, der Besteuerung zu entziehen seien.

Und da komme ich nun speziell zu sprechen auf die Kohlenzentrale, denn in der Hauptsache handelt es sich zurzeit um diese, und um die schweizerische Finanzgesellschaft.

Wie ist es mit dieser Kohlenzentrale gegangen? Das hätte eigentlich eine Gründung des Bundes sein sollen. Allein der Bund hat davon Umgang genommen, wahrscheinlich aus internationalen Rücksichten wollte er sich nicht als solcher speziell beteiligen. Aber die Gründung geschah unter Zwang. Die Industriellen, überhaupt alle Kohlenbedürftigen, auch schwächere staatliche Anstalten waren gezwungen, sich dieser Kohlenzentrale anzuschliessen und Aktien zu zeichnen und ganz zu bezahlen. Sie kennen diese Verhältnisse. Sie wissen, wie schwer vielen die Kapitalbeschaffung geworden ist und wie sehr wir nun im Lande darunter leiden. Die Kohlenzentrale hat ein Aktienkapital von 139 Millionen. Davon sind 67 Millionen Prioritäten. Der Kurs dieser Aktien ist heute weit unter Pari, speziell für die Stammaktien. Also hier verliert jeder, der in der Schweiz Aktien zu nehmen gezwungen war, absolut gezwungen war, Geld, viel Geld und für lange Zeit. Nun wollen Sie die weitere Strafe beschliessen, dass diese Kohlenzentrale Kriegssteuer bezahlen soll, also neuerdings die Kohlenbedürftigen belasten, nachdem sie sich einen fast wahnsinnigen Einstandspreis haben gefallen lassen müssen. Das ist nun eine offenbare Ungerechtigkeit. Machen Sie sich darüber keine Illusionen, es würde und müsste dies in den weitesten Kreisen des Volkes tiefen Unwillen erregen. Ganz ähnlich sind die Verhältnisse bei der Finanzgesellschaft in Luzern, welche der Entente Geld liefern muss. Auch da handelt es sich um einen Zwang für alle diejenigen, welche Geschäfte nach den Ententestaaten machen. Und auch da ist nicht von einem Profit die Rede, so wenig wie bei der Kohle. Auch da handelt es sich nicht um eine Aktiengesellschaft mit Gewinnen. Es sind Verlustaktien, zwangsweise dem Schweizervolke aufgebürdete Verlustaktien. Ich kann mir nicht denken, dass der Nationalrat eine solche Unbilligkeit begehen wird. Es hat denn auch der Ständerat ein-

stimmig diese Befreiung ausgesprochen durch die Fassung der lit. d.

In dem folgenden Satze herrscht Uebereinstimmung mit einer redaktionellen Aenderung. Es soll Rücksicht getragen werden allen denen, für welche die Kriegssteuer eine grosse Härte bedingt. Da will ich nun, wie die Referenten im Nationalrat und im Ständerat, Herr Eugster und Herr Paul Scherrer, erneut darauf hinweisen, dass bei der Ausführung dieses Artikels jedenfalls in weitem Masse Rücksicht auf die Holdinggesellschaften genommen werden soll, und speziell auf jene Gesellschaften, die bei uns keinen Geschäftsbetrieb haben. Das wird aber Sache der Vollziehungsverordnung sein. Die frühere Handhabung des Gesetzes war, wie ich aus den Erfahrungen im Kanton Glarus weiss, eine höchst ungerechte.

Und nur noch zwei allgemeine Bemerkungen.

Unser Kriegssteuergesetz beruht auf einer Grundlage, die ich persönlich bekämpft habe. Ich habe seinerzeit der Vorlage der ersten Kriegssteuer für ein Jahr zustimmen können, weil es sich um eine ganz ausserordentliche Steuer handelte. Man sagte sich, das Kapital solle in hohem Masse beitragen, weil eben der Staat das Kapital während dieser Kriegszeit auch geschützt habe. Aber die Form, die diese Kriegssteuer von damals schon annahm, war mir innerlich zuwider, weil ich glaubte, im Steuerwesen sollte man mehr Gerechtigkeit walten lassen und nicht alles auf einzelne Klassen abladen. Der Charakter dieser Steuer hat sich nun aber durch die mehrfache Wiederholung und die Ausdehnung auf 16 Jahre natürlich verschlimmert. Sie haben zudem die Progression der Steuer von einer fünfzehnfachen auf eine fünfundzwanzigfache erhöht, eine Massregel, die in keinem Staate Europas und der Welt je vorgekommen ist, noch vorkommen wird. Grundursache dabei war, dass man vor ausserordentlichen Verhältnissen steht. Man wollte das Kapital stark belasten, damit die Kriegsschuld möglichst rasch getilgt werde. In allerneuester Zeit, in den letzten Tagen, wurden ja noch neue Zwecke beigefügt. Ich habe immer den Standpunkt eingenommen, man hätte nach einer viel längeren Dauer der Amortisation trachten sollen, wie Holland, und hätte dann eine wirkliche Steuer einführen sollen. Mit der Deckung der Auslagen bin ich ja vollständig einverstanden gewesen, das muss ja gedeckt werden, aber über den Zeitpunkt kann man verschiedener Ansicht sein. Das nationale Wirtschaftsleben wäre durch unsere Vorschläge besser geschützt worden, es wäre dies im Interesse der Zukunft des Landes gelegen. Darauf will und kann ich aber nicht zurückkommen, es ist zu spät, aber ich wollte darauf aufmerksam machen, dass diese Steuer eine ausserordentlich harte ist und ausserordentlich belastende Formen angenommen hat. Wenn Sie nun, wie es hier vorgesehen ist, Institutionen belasten, welche rein öffentlichen Charakter haben, wie die nordostschweizerischen Kraftwerke, die bernischen Kraftwerke, die gemischten Kantonalbanken, oder wenn Sie die Kohlenzentrale belasten wollen, die dem Volke zwangsweise aufgebürdet worden ist, so gehen Sie bei einem solchen Steuersystem viel zu weit. Das wirkt doppelt schwer, doppelt drückend und wäre doppelt ungerecht.

Und noch eine zweite allgemeine Bemerkung. Machen Sie sich keine Illusionen! Wenn es zu einer Volksabstimmung kommt, so sind Steuergesetzvorlagen nicht so populär, wie Sie glauben. Und wenn Sie schon den Modus gefunden zu haben glauben — durch ausserordentliche Belastung der Vermögen —, meinen Sie, dieselben werden dadurch populärer? Das hat alles seine Grenzen. Bei der Volksabstimmung würde es offenbar zur Geltung kommen, wenn die Kantone in der Weise belastet würden, wie es durch den Nationalrat beschlossen worden ist. Belasten Sie die Kantone, welche an den nordostschweizerischen Kraftwerken beteiligt sind, Aargau, Zürich, Thurgau, Glarus, welche direkt beteiligt sind, dann Zug, Waadt, Appenzell, St. Gallen nicht ungerecht. Auch der grosse Kanton Bern würde ausserordentlich belastet werden und in unbilliger Weise. Wenn Sie bei diesem Beschlusse beharren, so wird dies in den weitesten Volkskreisen eine Stimmung erzeugen, die der ganzen Vorlage gefährlich werden könnte. Ich beantrage Ihnen aus voller Ueberzeugung, in allen Punkten dem Ständerate beizustimmen, welcher, ich wiederhole es immer wieder, in der Sache einstimmig Beschluss gefasst hat, gegen welchen der Bundesrat damals keine Opposition gemacht hat.

Scheurer: Im Gegensatz zu meinem verehrten Herrn Vorredner möchte ich Ihnen beantragen, am ursprünglichen Beschlusse des Nationalrates festzuhalten. Wir behandeln hier einen Gegenstand, der eine Bedeutung hat von einer Grundsätzlichkeit, die weit über das eigentliche Gebiet hinausgeht, das uns heute beschäftigt. Wir sehen eine ganz deutliche Entwicklung vor uns, dass das Gemeinwesen in der Form der Aktiengesellschaft Aufgaben irgendwelcher Art in die Hand nimmt. Ausgangspunkt sind die Elektrizitätswerke, jedensfalls für den Herrn Vorredner. Er hat viel von den bernischen Kraftwerken gesprochen, aber ich nehme an, er hat die nordostschweizerischen Kraftwerke im Auge gehabt.

Bei den Elektrizitätswerken kann man die Frage aufwerfen: Sind es Werke öffentlichen Interesses mit Beteiligung der Kantone? und da ist die Begründung der Steuerfreiheit eine leichte. Wir haben aber nicht nur Kraftwerke, die in Betracht kommen, sondern, wie ich bereits gesagt habe, macht sich im ganzen Lande eine Bewegung geltend, solche Werke zu schaffen, und da haben Sie sofort die praktische Schwierigkeit, welche Geschäfte wollen Sie unter die öffentlichen Zwecken dienenden einreihen? Ich will einige Beispiele nennen. Einmal die schweizerischen Rheinsalinen mit einem Kapital von 2½ Millionen, wovon einige tausend Franken in den Händen von Privaten sich befinden. Da wird man sagen, dass sie steuerfrei sein sollen. Dann die alliierte Gesellschaft der Sodafabrik. Das Kapital ist halb unter die Kantone und halb unter die Privatindustrie geteilt, und viele Leute werden sagen, die schweizerische Sodafabrik ist eine Industriegesellschaft, wie irgend eine andere. Dann haben wir die schweizerische Kohlenbohrgesellschaft. Daran ist der Bund beteiligt, die Kantone sind beteiligt und das Privatkapital ist beteiligt. Der Grund der Erstellung dieser Gesellschaft war ausschliesslich das öffentliche Interesse. Wäre es nun recht, in diesem Fall, wo die Privatleute das Geld hineingegeben haben, um nach Kohle zu bohren, dass man sagte: Das Geld, das der Bund gegeben, ist steuerfrei, aber das Geld, das die Leute gegeben haben, die vom ersten Augenblick an wussten, dass es verloren sei, das müsse versteuert werden. Wenn jemand eine grosse Tat getan hat, so ist es hier nicht der Bund und die Kantone, sondern

es sind die Privatleute, welche das Geld gegeben haben. Eine andere Gesellschaft, die schweizerische Torfgesellschaft. Diese verfolgt auch öffentliche Zwecke. Man wird sagen, sie sei steuerfrei, soweit öffentliches Kapital in ihr angelegt ist. Dann haben Sie die bernische Braunkohlengesellschaft in Gondiswil. Der Staat hat auch Geld hineingeworfen in diese Gesellschaft. Wie steht es da? Oder wie steht es mit der Zuckerfabrik Aarberg, an welcher bei Fr. 800,000 Kapital der Staat mit Fr. 500,000 beteiligt ist? Sie entschuldigen, dass ich bernische Beispiele anwende. Gerade hier hat der Krieg bewiesen, dass dieses Werk stark im Dienste der Oeffentlichkeit ist. Aber es ist eine Industriegesellschaft.

Ich verweise ferner auf die nordostschweizerischen und die bernischen Kraftwerke, welche zusammen die Gesellschaft der schweizerischen Kraftübertragung gebildet haben aus ihrem Gelde, das steuerfrei sein soll nach dem Antrage des Ständerates. Soll sich die Steuerfreiheit auch auf die Tochtergesellschaft erstrecken?

Sie wissen ganz genau, wo Sie anfangen, aber Sie wissen nicht, wo Sie aufhören. Und wenn Sie eine Sicherheit haben wollen in Steuersachen, so bleibt nichts anderes übrig, als dass Sie den Grundsatz der Steuerpflicht klarlegen und von einem formellen Moment abhängig machen, von dem aus man die Steuerpflicht in diesem oder jenem Sinn mit Sicherheit feststellen kann. Für mich ist die Frage: In welchem Gewand tritt das Werk auf? Ist es eine Abteilung der Staatsverwaltung, z. B. das Elektrizitätswerk des Kantons Freiburg, oder hat es das Privatgewand der Aktiengesellschaft? Hat es das letztere Gewand, dann ist damit ohne weiteres die Steuerpflicht verbunden, denn es ist unlogisch, dass man eine Form wählt, die gewisse Vorteile bietet und nicht die Konsequenzen tragen will. Man nimmt das Gute, das die Form darbietet, und wenn die Nachteile dieser Form kommen, wenn es zum Zahlen geht, so sagen wir, wir zeigen der Welt und dem Bundesfiskus das andere Gesicht, das der öffentlichen Interessen und der Wohltätigkeit. Damit schaden Sie dem guten Gedanken, öffentliche Aufgaben in privater Form durchzuführen und damit die Vorteile des Staatsbetriebes mit der Privatform zu verbinden, man verzichtet auf diese Form in dem Augenblicke, wo sich einige Nachteile der privaten Gesellschaft herausstellen. Im Grund der Dinge, sagt man, sind wir eben doch keine private Gesellschaft und nehmen einen Vorteil in Anspruch, der sonst nur öffentlichen Gebilden zukommt.

Für mich ist es gar keine Frage, dass Sie damit die in Frage kommenden Geschäfte auf die Dauer in der Entwicklung bedrohen, denn eine derartige Zweideutigkeit kann kein Vorteil auf lange Zeit sein. Wir wollen die Form rein erhalten. Haben wir die Vorteile der privaten Gesellschaft angenommen, so wollen wir auch die Nachteile derselben tragen.

Was hat man bei der ersten Kriegssteuer getan? Damals haben alle diese Gesellschaften bezahlt, und sie müssen auch bezahlen bei der Kriegsgewinnsteuer. Sie zahlen die Steuern in den Kantonen. Was macht das nun für einen Eindruck auf den kleinen Steuerzahler? Alle diejenigen, welche an der Spitze dieser Gesellschaften stehen — ich bin auch im Verwaltungsrat der bernischen Kraftwerke von Amtes wegen und bei andern Unternehmungen —, alle, welche an der Spitze stehen, sie treiben Jahr für Jahr möglichst hohe Steuern ein; ihre Tätigkeit besteht darin, dass sie die merkwürdige Abneigung der Referendumsbürger gegen das Steuerzahlen bekämpfen, und nun kommt die Pflicht, Steuern zu zahlen an sie. Aber da sagen sie: «Halt Bauer, das ist was anderes; wir bezahlen nicht, denn wir sind eine staatliche Gesellschaft!»

Ich möchte alle Herren, die aus kantonalen Interessen für die Steuerfreiheit reden wollen, daran erinnern, dass sie eines Tages ihre Schwierigkeiten haben werden. Ich bin hierin mit dem Herrn Vorredner nicht einverstanden, wenn er sagt: die Steuerbelastung werde dem Verfassungsartikel Gegner schaffen, sondern ich bin überzeugt, dass gerade die Steuerfreiheit die Gegner aufruft, indem alle Konkurrenzgesellschaften, alle Aktiengesellschaften und auch der kleine Steuerzahler sagen werden: «Mich belastet man, und derartige grosse Geschäfte, die doch ihrer Form nach nichts anderes als private Geschäfte sind, macht man steuerfrei.» Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich Ihnen empfehlen, festzuhalten am Beschlusse des Nationalrates und den Antrag der Kommission anzunehmen.

Keller: Ich möchte trotz den Ausführungen des Herrn Kollegen Scheurer den Antrag der Kommissionsminderheit, der von Herrn Vizepräsident Blumer aufgenommen worden ist, unterstützen und Ihnen ebenfalls empfehlen, dem Beschlusse des Ständerates zuzustimmen. Ich habe schon bei der erstmaligen Beratung der Kriegssteuervorlage erklärt, dass ich mich durchaus damit befreunden könnte, wenn alle wirtschaftlichen und industriellen Betriebe der Gemeinden, der Kantone und des Bundes der Steuer unterworfen würden. Allein darum handelt es sich heute nicht mehr, nachdem sowohl vom Nationalrat als vom Ständerat dem Grundsatze der Steuerbefreiung der wirtschaftlichen Betriebe der Gemeinden und der Kantone in übereinstimmender Weise zugestimmt worden ist. Nachdem beide Räte in rechtskräftiger Weise festgestellt haben, dass die industriellen Betriebe der Gemeinden und Kantone der Kriegssteuer nicht unterworfen sein sollen, ist es ein Gebot der Gerechtigkeit und der Billigkeit, eine Forderung der Konsequenz und der Logik, dass Sie nicht nur einen Teil, sondern alle Staatsbetriebe, ohne Rücksicht auf ihre Form, von der Steuerpflicht ausnehmen.

Es hat mich gefreut, dass der Ständerat nach einlässlicher Prüfung der Verhältnisse diese Forderung als berechtigt anerkannt hat. Einstimmig hat er einem Antrag des Herrn Dr. Ammann zugestimmt, der nun in einer Ergänzungsbestimmung zu Ziff. 8 zum Ausdruck kommt. Es hat mich auch gefreut, dass der verehrte Chef des Finanzdepartements im Ständerat dem Antrage des Herrn Dr. Ammann keine Opposition gemacht hat. Wenigstens hat er dazu geschwiegen und: «Qui tacet, consentire videtur!» Ich hoffe, dass er nun nicht durch die Ausführungen des Herrn Regierungsrat Scheurer aufgemuntert worden ist, seine Opposition gegen die Ergänzungsbestimmung wieder aufzunehmen.

Herr Kollege Scheurer hat behauptet, es handle sich hier um eine grundsätzliche Frage; um die grundsätzliche Frage nämlich, ob staatliche oder halbstaatliche Betriebe der Steuerpflicht unterworfen sein sollen. Dieser Auffassung muss ich entgegen-

treten. Es handelt sich nicht um diese grundsätzliche Frage. Wenn dies der Fall wäre, und wenn die grundsätzliche Frage allgemein und nicht nur für die mit beschränkter Dauer versehene Kriegssteuer entschieden werden müsste, so würde ich Herrn Scheurer beistimmen. Die Vorlage statuiert nun aber gerade die Befreiung der kommunalen und staatlichen Betriebe von der Kriegssteuer, und es handelt sich nun heute lediglich darum, ob dieser Grundsatz, der, wie gesagt, in rechtskräftiger Weise in der Vorlage niedergelegt ist, auch konsequent durchgeführt werden soll oder ob dessen Anwendung vor gewissen Formen der staatlichen Unternehmungen halt machen soll. Ich gebe Herrn Scheurer ohne weiteres zu, dass es ausserordentlich bequem und einfach ist, die Steuerpflicht nach gewissen Formen zu umschreiben und festzulegen; allein ich glaube denn doch, dass für die Umschreibung der Steuerpflicht, namentlich wenn so weitgehende Belastungen in Frage stehen, nicht Bequemlichkeitsrücksichten ausschlaggebend sein können. Davon kann keine Rede sein. Man hat uns auf der Universität gelehrt, dass in Steuersachen die Gerechtigkeit das oberste Prinzip sein soll. Wenn Sie deshalb in dieser Vorlage festlegen, dass staatliche Betriebe und Betriebe der Gemeinden steuerfrei sein sollen, ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, dass dieser Grundsatz durchgeführt werde ohne Rücksicht auf die Form, sonst gehen die einen Betriebe leer aus, während die andern trotz ihrer innerlichen Gleichheit mit erheblichen Abgaben belastet werden. Was hat überhaupt die Form, die doch etwas Aeusserliches und Zufälliges ist, mit der Steuerpflicht zu tun? Absolut nichts. Wohl gibt es Steuern, die mit der rechtlichen Struktur einer Unternehmung im Zusammenhange stehen. Das ist richtig. Wir haben vor gar nicht langer Zeit eine solche Steuer beschlossen, die Stempelsteuer. Diese hängt mit der Form zusammen, und da halte ich es für ganz selbstverständlich, dass die mit der Form zusammenhangende Steuer bezahlt werden muss ohne Rücksicht darauf, ob hinter der Form ein staatliches oder privates Unternehmen steht. Allein mit der Kriegssteuer hat die Form, die rechtliche Struktur des Unternehmens, absolut nichts zu tun, und deshalb muss auch bei der Kriegssteuer die Form als Kriterium für die Steuerpflicht in den Hintergrund treten oder sogar ausscheiden.

In der Vorlage ist festgestellt, dass die direkten staatlichen Betriebe steuerfrei sein sollen. Warum hat man die staatlichen Betriebe steuerfrei erklärt? Doch offenbar deshalb, weil sie öffentlichen Zwecken dienen und ihre Erträgnisse sowieso in die öffentlichen Kassen fliessen und für die Allgemeinheit verwendet werden, und weil der eidgenössische Gesetzgeber den Kantonen diese Erträgnisse, die sie selber nötig haben, nicht durch die Steuer schmälern wollte. Das ist die ratio legis, die zur Steuerbefreiung der staatlichen Betriebe geführt hat. Diese ratio trifft aber nicht bloss zu für reine Staatsbetriebe, sondern auch für diejenigen, die in die privatwirtschaftliche Form einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft gekleidet sind. Auch sie dienen öffentlichen Zwecken, wie auch ihre Erträgnisse in die öffentliche Kasse des Staates fliessen.

Herr Kollege Scheurer hat darauf aufmerksam gemacht, dass insofern eine gewisse Inkonsequenz vorliege, als diese Aktiengesellschaften in den Kantonen der Steuer unterliegen. Das ist richtig; allein hieran darf desswegen nicht Anstoss genommen werden, weil es sich hier um ein Steuergesetz des Bundes mit beschränkter Wirksamkeit handelt, das eine Menge Steuerfragen ganz anders regelt, als sie in den Kantonen geordnet sind. Infolgedessen kann die Ordnung dieser Fragen in den Kantonen nicht massgebend sein für die Regelung auf eidgenössischem Boden.

Der Herr Kommissionsreferent Eugster hat geltend gemacht, dass, wenn diese staatlichen Gesellschaften von der Steuer ausgenommen werden, doch wieder eine Ungleichheit bestehe insofern, als die privaten Gesellschaften die Steuer bezahlen müssen, obschon sie z. B. durch die Produktion und Verteilung der elektrischen Energie auch wieder öffentlichen Zwekken dienen, so gut als die staatlichen Werke. Allein ich kann diese Vergleichung nicht als berechtigt anerkennen, und zwar deswegen nicht, weil dabei das wesentliche Moment nicht beachtet worden ist, dass eben die Erträgnisse bei der privaten Gesellschaft nicht in die öffentlichen Kassen fliessen wie bei der staatlichen Unternehmung. Das ist aber gerade ein Hauptgrund, der zur Steuerbefreiung der staatlichen Betriebe geführt hat.

Es ist heute wieder gesagt worden, die Kantone, welche ihre Unternehmungen und Betriebe in die privatwirtschaftliche Form einer Gesellschaft kleiden, hätten einen Vorteil darin gesehen und darum für gut befunden, diese Form anzunehmen. Wie früher, so hat man aber auch jetzt wieder unterlassen, anzugeben, worin eigentlich diese Vorteile bestehen. Jedenfalls sind diese Vorteile nicht materieller Natur. Wenn überhaupt von Vorteilen gesprochen werden kann, so bestehen sie lediglich darin, dass die Form der Aktiengesellschaft eine bequeme und einfache Ausscheidung der Rechte und Pflichten ermöglicht. Mit diesem Vorteil aber die Besteuerung zu rechtfertigen, wäre höchst ungerecht, um so mehr, als dieser Vorteil schliesslich auch auf anderem Wege erreicht werden kann. Und wenn Sie dazu kommen, diese staatlichen öffentlichen Unternehmungen der Steuer zu unterwerfen, so wird die Frage geprüft werden müssen, auf welche Weise, durch Annahme einer andern Form, das in der Vorlage vorgesehene Privileg der Steuerfreiheit erreicht werden kann. Wenn Sie die rein staatlichen Betriebe der Steuer nicht unterwerfen, wohl aber die staatlichen Betriebe, die zufällig in die Form der Aktiengesellschaft gekleidet worden sind, so begehen Sie eine grosse Ungerechtigkeit auch deswegen, weil damit die Existenzbestimmungen für eine Kategorie der staatlichen Betriebe ungünstiger gestaltet werden. Diese sind gezwungen, diese Steuern abzuwälzen. Und was ist die Konsequenz dieser Abwälzung? Die, dass die elektrische Energie verteuert wird. Sie können einwenden, die Steuer allein werde keine Verteuerung der elektrischen Energie zur Folge haben; aber es ist doch zu sagen, dass die Steuern in Verbindung mit den erhöhten Betriebs- und Erstellungskosten eine ganz erhebliche Verteuerung der Energie zur Folge haben werden, welche von der Volkswirtschaft, der Industrie, dem Gewerbe, der Landwirtschaft wird getragen werden müssen. Nun frage ich, ob es klug sei, im gegenwärtigen Moment, angesichts der Schwierigkeiten der Beschaffung der Kohle, angesichts der gewaltigen Verteuerung der schwarzen Kohle, die weisse Kohle in der Weise zu verteuern, wie das hier ge-

schehen will. Ich möchte Sie davor warnen und Ihnen dringend empfehlen, dem Antrage des Ständerates zuzustimmen und nicht eine weitere grosse Differenz zwischen dem Nationalrat und dem Ständerat zu schaffen, welche nicht geeignet ist, das Zustandekommen des Gesetzes zu erleichtern.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Je dois d'abord faire une déclaration. L'honorable préopinant vient de tirer un argument en faveur de sa thèse du fait que le chef du département des finances comme représentant du Conseil fédéral n'a point fait d'opposition à la proposition de la commission du Conseil des Etats. Ce fait s'explique tout naturellement: c'était le moment où la maladie m'empêchait d'assister aux délibérations. Voilà la seule explication de l'absence de cette opposition. Si j'avais été là, j'aurais combattu cette exemption aussi bien que je l'avais combattue ici et que je la combattrai.

Mais d'abord résumons la question. Il y a trois divergences entre vous et le Conseil des Etats. Dans les trois divergences, j'ai la conviction que c'est vous qui avez raison et le Conseil des Etats qui a tort. La première n'a pas une très grande importance. Le Conseil fédéral et le Consell national ont voulu exempter les corporations et les établissements pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté aux cultes ou à l'institution de l'assistance des pauvres et des malades. Le Conseil des Etats s'étant mis dans la voie des exemptions a immédiatement perdu en quelque sorte toute mesure et il est allé au delà du but. Si, au lieu de parler des buts de cette grande institution de l'assistance des pauvres et des malades, il est question de l'institution de l'assistance et autres buts d'utilité publique générale, plus aucune limite précise! L'arbitraire le plus complet est abandonné aux organes de l'administration et des contributions: Timeo Danaos et dona ferentes. Ce cadeau-là, le fisc des contributions fédérales ne le désire pas. Nous préférons avoir une norme précise et nette et ne pas nous risquer de nous perdre dans l'imprécision. Premier point.

Deuxième point. Nous voyons encore élargir sans nécessité la décision du Conseil des Etats. Ce Conseil a prévu que le Conseil fédéral peut accorder l'exonération aux contribuables ayant constitué des organisations de guerre dans un but d'intérêt public — on avait surtout en vue la centrale des charbons, société financière dont le siège est à Lucerne et toute une série de sociétés coopératives nées pendant la guerre. — Messieurs, il y a une telle quantité de ces sortes d'organisations que vraiment en faisant ce cadeau-là au Conseil fédéral, vous le mettriez dans le plus grand des embarras. Si vous vouliez surtout exonérer la centrale des charbons, mieux valait le dire d'une manière nette plutôt que d'une manière déguisée. J'estime que c'est la meilleure manière législative. Voilà pourquoi sur ce point aussi je vous prie de suivre votre commission.

Reste enfin la question la plus importante, celle soulevée par M. le vice-président Blumer et par M. le conseiller national Keller. Je n'ai rien à ajouter à l'idée que M. Schaller vient d'exposer et qui est, à mon avis, si persuasive et absolument décisive. Il faut avoir des critères fixes pour établir dans tous les cas l'obligation de payer l'impôt et, d'autre part, pour accorder l'exonération. Je trouve quant à moi que le seul critère vraiment acceptable et qui ne donne pas lieu à l'arbitraire est celui de savoir si l'organisation dont il s'agit a assumé l'avis d'une entreprise de droit privé ou au contraire celle d'une organisation de droit public. Or, les cantons ou les communes qui veulent obtenir l'exonération n'ont qu'une chose à faire, c'est d'abandonner la forme de la société par actions et d'adapter leur organisation au critère de droit public exigé pour obtenir cette exonération fiscale. Si elle préfère choisir la société par actions, parce qu'elle est plus commode, parce qu'elle offre certains avantages, il faut alors que les cantons et les communes en acceptent aussi les désavantages. C'est la seule manière logique de procéder et de mettre un frein à cet abus d'exonération sans limite.

Schubiger: Ich möchte mit einigen Worten den Antrag der Kommissionsminderheit unterstützen.

Herr Scheurer hat im Eingange seines Votums zugegeben, dass die Kraftwerke, die in Diskussion stehen, öffentlichen Zwecken dienen. Damit hat er eigentlich sich selbst widerlegt; denn es hat doch keinen Sinn, dass Werke, welche öffentlichen Zwecken dienen, in diesem Dienst der Oeffentlichkeit mit Steuern gehindert und beschwert werden.

Herr Scheurer hat dann eine Reihe von Beispielen namhaft gemacht, welche abschreckend wirken sollen; aber es scheint mir, dass diese Beispiele durchaus nicht geeignet sind, zu überzeugen. Er hat von der Zuckerfabrik Aarberg gesprochen. Nun ist aber der Charakter eines öffentlichen Werkes noch nicht gegeben, wenn, um eine Industrie über Wasser zu halten oder eine Fabrik vor dem Konkurse zu retten, ihr der Staat beispringt. Das sind nicht öffentliche Zwecke, wie wir sie hier im Auge haben. Herr Scheurer hat dann von der schweizerischen Kohlenzentrale, von der schweizerischen Torfgesellschaft, von der Braunkohlengesellschaft gesprochen. Allein auch diese Beispiele können nicht in Betracht kommen. Es handelt sich hier um Gebilde ephemerer, vorübergehender Natur, nur für die Zeit des Krieges und mit Rücksicht auf den Krieg geschaffen. Diese können nicht in Vergleich gezogen werden mit den dauernden und bleibenden Werken der Elektrizitätsversorgung. Also durch diese Beispiele dürfen wir uns nicht davon abschrecken lassen, dem Minderheitsantrage zuzustimmen. Ich gebe zu, dass es im einzelnen Falle vielleicht nicht leicht sein wird, zu bestimmen, ob ein Werk öffentlichen Zwecken dient oder nicht. Es gibt eben überall Grenzfälle, namentlich auch in der Steuerpraxis. Da muss dann die zuständige Behörde entscheiden. Aber das Kriterium des öffentlichen Zweckes ist schliesslich doch nicht so schwer zu ermitteln.

Ganz und gar nicht überzeugend scheinen mir dann die Ausführungen des Herrn Scheurer zu sein, welche dahingehen, die Form des Unternehmens sei massgebend, und es frage sich einfach, ob eine Aktiengesellschaft oder eine öffentlich-rechtliche Form vorliege. Denn nicht die Form ist das Entscheidende, sondern der Inhalt und der Zweck. Der beste Beweis dafür liegt in der Vorlage selbst, nämlich in der lit. c bzw. d, worin für eine Reihe von wohltätigen Zwecken die Steuerfreiheit gewährt wird ohne Rücksicht auf die rechtliche Form, so dass, wenn sich ein wohltätiger Verein oder gemeinnütziger Verband die Form einer

Aktiengesellschaft gibt, ihm die Steuerfreiheit zukommt. Warum soll nun bei Gesellschaften, welche « öffentlichen Zwecken » dienen, die Form der Aktiengesellschaft die Steuerfreiheit ausschliessen? Von der Form kann diese nicht abhängig gemacht werden, sondern nur vom Zwecke. Wenn die Elektrizitätswerke sich der Form der Aktiengesellschaft bedienen, weil das ihnen besser passt in rechtlicher und geschäftlicher Beziehung, so darf man sie dafür nicht bestrafen, indem man sie steuerpflichtig erklärt. Ich schliesse, indem ich Sie ersuche, den Antrag der Kommissionsminderheit anzunehmen. Das Hauptmotiv liegt darin, dass es sich um Unternehmungen handelt, bei denen sich der Staat als Hauptträger beteiligt, nicht mit dem Zwecke, um Geld zu verdienen und Geschäfte zu machen oder Konkurrenz zu treiben, sondern um einem allgemeinen Bedürfnis gerecht zu werden, einem Bedürfnis des Staates selbst nach elektrischer Kraft, wie auch einem Bedürfnis der Gemeinden und Privaten, namentlich in abgelegenen Gegenden, die sonst gar nicht zu einer Elektrizitätsversorgung kämen, wenn nicht das im Grunde staatliche Werk im Bewusstsein seines öffentlichen Zweckes ihnen beispränge. Wenn dieses Kriterium gegeben ist, so ist es billig und recht, dass derartigen Werken die Erfüllung ihrer Aufgabe nicht durch die Auferlegung der Kriegssteuer erschwert werde.

Präsident: Es herrscht Uebereinstimmung in bezug auf lit. a, b und e. Dagegen sind bestritten die lit. c, d und c bis. Die sämtlichen Redner, die hier gesprochen haben, haben die Buchstaben c, c bis und d miteinander behandelt, so dass ich ohne einen Gegenantrag aus Ihrer Mitte annehme, wir dürfen in globo über diese Buchstaben abstimmen.

Abstimmung. — *Votation*

Für den Antrag der Kommissionsmehrheit	107 Stimmen
Für den Antrag der Kommissionsminderheit	28 Stimmen

Präsident: Sie haben also Festhalten am Beschlusse des Nationalrates beschlossen.

Ziffer 9 und 10.

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich habe nur noch eine allgemeine Bemerkung zu machen, nicht zum Verfassungsartikel selbst. Sie bezieht sich auf die Holdinggesellschaften. Es ist von verschiedener Seite in frühern Verhandlungen betont worden, dass es nicht gerecht sei, die Holdinggesellschaften für sich genommen und in ihren Tochtergesellschaften zu besteuern. Die Kommission ist ebenfalls dieser Meinung, und auch der Bundesrat mit der Kriegssteuerverwaltung teilt diese Auffassung. Nur ist es nicht der Ort, hier im Verfassungsartikel diese Gesellschaften zu behandeln, aber ihre Behandlung ist vorgesehen für das Ausführungsgesetz.

Zu Ziffer 9 keine andere Bemerkung als die, dass selbstverständlich nach den einleitenden Artikeln, die wir angenommen haben, « für jede vierjährige Periode » gesagt wird, statt wie früher « für jede dreijährige Periode ».

Zu Ziffer 10 ist zu bemerken, dass der Ständerat den Passus « sowie zur Sicherstellung der gleichmässigen Durchführung der Steuer », der nur durch ein Missverständnis bei den Beratungen des Nationalrates im Oktober weggefallen ist, wieder aufgenommen hat. Herr Maunoir hat damals den Antrag gestellt, diesen ganzen Satz zu streichen. Der Gedanke sei ja in der lit. b ausgesprochen. Es war aber nicht die Meinung des Herrn Maunoir, dass damit eine gleichmässige Durchführung des Kriegssteuergesetzes verunmöglicht werden solle, und deshalb hat auch der Nationalrat keinen Anstand genommen — es entsprach das vollständig seiner Auffassung — diesen Satz wieder aufzunehmen, wie es durch den Ständerat geschehen ist.

Im weiteren hat im letzten Satz der Nationalrat einen Zusatz gemacht des Inhaltes: « Die so festgestellten Kapitalausgaben und die Erträgnisse der Kriegssteuer sollen auf einer besonderen, von der ordentlichen Staatsrechnung getrennten Rechnung gebucht werden ». Diese Bestimmung ist im Zusammenhange mit der Kompetenz der Bundesversammlung, die Ausscheidung der Kapitalausgaben aus den gesamten Mobilisationskosten vorzunehmen. Das soll also geschehen auf Ende 1918, und dabei wird diese Zusammenstellung der Kapitalausgaben nicht in der gewöhnlichen Staatsrechnung, sondern in einer besonderen Rechnung gebucht werden müssen, damit eine klare Uebersicht über diese Kapitalausgaben geboten ist.

Soviel über Ziffer 9 und 10.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je n'ai pas d'observation a faire en ce qui concerne l'article 9. Par contre au chiffre 10 il a été bien entendu que la dette de mobilisation à couvrir pour le renouvellement de l'impôt de guerre ne comprenait que les frais de mobilisation suivant le compte arrêté à fin décembre 1918. Cela est dit d'une façon expresse sous le chiffre 1 de l'article constitutionnel. En outre il a été également entendu que nous ne couvririons que le capital effectivement dépensé en frais de mobilisation. Par conséquent les autres dépenses, celles qui, en réalité, auraient dû être portées dans le compte annuel et supportées par le budget doivent être distraites du compte général où elles ont été incorporées et reportées dans le compte annuel. Il faut par conséquent préalablement, avant de fixer définitivement le chiffre, procéder à une apuration du compte. La commission du Conseil national réunie à Zurich a accepté la formule que j'avais proposée dans ce sens. Je constate que le texte proposé renferme une petite lacune. Le commissaire du gouvernement, M. le chef du département des finances, nous fera, je l'espère, une déclaration dans ce sens. Il est bien entendu que le compte sera apuré avant d'arrêter définitivement le chiffre du capital à couvrir par le produit de l'impôt de guerre. (M. le conseiller fédéral **Motta:** Parfaitement.)

Nous avons demandé que ce compte capital fasse l'objet d'une comptabilité spéciale, c'est-à-dire que les dépenses à couvrir par l'impôt de guerre ne soient pas portées au bilan général de l'Etat, mais dans une

annexe de ce bilan, de sorte que le jour où par le jeu des amortissements le capital aura été couvert, l'impôt de guerre n'aura plus de base matérielle.

Nous voulons mettre les choses au point de façon à être en présence d'une situation parfaitement claire et nette. Je demande par conséquent qu'on veuille bien nous faire une déclaration formelle dans ce sens ou, ce qui serait encore mieux, introduire ces quelques mots dans l'article: L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif des prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel. Puis elle arrêtera après apuration du compte le montant du capital dépensé pour la mobilisation des troupes. La somme à couvrir au moyen de l'impôt de guerre fera l'objet d'un compte spécial. C'est une question d'ordre technique qui a bien son importance.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Une simple déclaration. Le Conseil fédéral accepte que l'article soit rédigé comme M. Musy vient de l'indiquer, c'est-à-dire qu'il soit bien entendu que la fixation du montant à couvrir ne pourra se faire que lorsque les comptes de mobilisation auront été apurés. Cela va de soi; mais s'il en est ainsi, on peut aussi l'exprimer sans inconvénient dans le texte législatif.

Präsident: Herr Musy beantragt Ihnen eine kleine Einfügung in Ziffer 10. Statt « elle arrêtera » will er sagen: « elle arrêtera après apuration du compte », « nach Bereinigung der Rechnung ».

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Lit. b—d.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 3. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.
Séance du 3 février 1919, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 105 hiervor. — Voir page 105 ci-devant.)

Tabelle I.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir kommen zu den Tabellen der Kriegssteuervorlage. Zunächst zu Tab. I die kurze Bemerkung, dass die nationalrätliche Kommission Ihnen vorschlägt, an der früheren Aufstellung festzuhalten, mit der natürlichen Annahme, dass selbstverständlich die vierjährige Periode eingesetzt werde statt der dreijährigen und dass selbstverständlich auch die 25 ‰ bei der Progression gemäss Text der Vorlage aufzunehmen sind. Im übrigen ist zu Tab. I keine weitere Bemerkung zu machen.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Tabelle II und III.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: In bezug auf Tab. II sind einige Bemerkungen zu machen. Zunächst schlägt Ihnen die nationalrätliche Kommission vor, den Titel B, betreffend die Tantiemensteuer, den der Ständerat aufgenommen hat, fallen zu lassen, weil nach dem ursprünglichen Beschluss des Nationalrates vom September bestimmt wurde, dass die Steuer nach der Tabelle der Erwerbssteuer bezogen werde, weshalb eine besondere Tabelle zur Tantiemensteuer, welche der Ständerat in Aussicht genommen hat, wegzufallen hat.

Hingegen zur Erwerbssteuer ist folgendes zu sagen. Was den Prozentsatz anbetrifft, so muss natürlich auch hier 20 eingesetzt werden, weil die Progression höher geht.

Dann hat die Kommission einen Antrag gestellt, es sei die Tabelle nach unten etwas zu ändern, und zwar so, dass nicht mit 0,5, sondern mit 0,4 begonnen und dann mit 0,6, 0,7, 0,8 usw. fortgefahren werde, wie der Vorschlag es ausspricht. Dagegen möchte ich noch hinzufügen, dass die Kommission der Ansicht war, dass durch diese Tabelle in den unteren Stufen für die ökonomisch Schwächern eine bedeutende Ermässigung

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	31.01.1919 - 08:15
Seite Page Pagina	105-114
Ref. No	20 028 680

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

annexe de ce bilan, de sorte que le jour où par le jeu des amortissements le capital aura été couvert, l'impôt de guerre n'aura plus de base matérielle.

Nous voulons mettre les choses au point de façon à être en présence d'une situation parfaitement claire et nette. Je demande par conséquent qu'on veuille bien nous faire une déclaration formelle dans ce sens ou, ce qui serait encore mieux, introduire ces quelques mots dans l'article: L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif des prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel. Puis elle arrêtera après apuration du compte le montant du capital dépensé pour la mobilisation des troupes. La somme à couvrir au moyen de l'impôt de guerre fera l'objet d'un compte spécial. C'est une question d'ordre technique qui a bien son importance.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Une simple déclaration. Le Conseil fédéral accepte que l'article soit rédigé comme M. Musy vient de l'indiquer, c'est-à-dire qu'il soit bien entendu que la fixation du montant à couvrir ne pourra se faire que lorsque les comptes de mobilisation auront été apurés. Cela va de soi; mais s'il en est ainsi, on peut aussi l'exprimer sans inconvénient dans le texte législatif.

Präsident: Herr Musy beantragt Ihnen eine kleine Einfügung in Ziffer 10. Statt « elle arrêtera » will er sagen: « elle arrêtera après apuration du compte », « nach Bereinigung der Rechnung ».

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Lit. b—d.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 3. Februar 1919, nachmittags 4 Uhr.
Séance du 3 février 1919, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 105 hiervor. — Voir page 105 ci-devant.)

Tabelle I.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir kommen zu den Tabellen der Kriegssteuervorlage. Zunächst zu Tab. I die kurze Bemerkung, dass die nationalrätliche Kommission Ihnen vorschlägt, an der früheren Aufstellung festzuhalten, mit der natürlichen Annahme, dass selbstverständlich die vierjährige Periode eingesetzt werde statt der dreijährigen und dass selbstverständlich auch die 25 ‰ bei der Progression gemäss Text der Vorlage aufzunehmen sind. Im übrigen ist zu Tab. I keine weitere Bemerkung zu machen.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Tabelle II und III.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: In bezug auf Tab. II sind einige Bemerkungen zu machen. Zunächst schlägt Ihnen die nationalrätliche Kommission vor, den Titel B, betreffend die Tantiemensteuer, den der Ständerat aufgenommen hat, fallen zu lassen, weil nach dem ursprünglichen Beschluss des Nationalrates vom September bestimmt wurde, dass die Steuer nach der Tabelle der Erwerbssteuer bezogen werde, weshalb eine besondere Tabelle zur Tantiemensteuer, welche der Ständerat in Aussicht genommen hat, wegzufallen hat.

Hingegen zur Erwerbssteuer ist folgendes zu sagen. Was den Prozentsatz anbetrifft, so muss natürlich auch hier 20 eingesetzt werden, weil die Progression höher geht.

Dann hat die Kommission einen Antrag gestellt, es sei die Tabelle nach unten etwas zu ändern, und zwar so, dass nicht mit 0,5, sondern mit 0,4 begonnen und dann mit 0,6, 0,7, 0,8 usw. fortgefahren werde, wie der Vorschlag es ausspricht. Dagegen möchte ich noch hinzufügen, dass die Kommission der Ansicht war, dass durch diese Tabelle in den unteren Stufen für die ökonomisch Schwächern eine bedeutende Ermässigung

eintritt, welche sich leider auch im Steuerertrag deutlich bemerkbar macht. Wir mir gesagt worden ist, soll das etwa 3 Millionen Differenz ausmachen. Wenn wir im Ansatz für lit. c von Ziff. 3 auf Fr. 4000 gehen, also in der Klasse, die nicht mehr als Fr. 10,000 Vermögen besitzt, den steuerfreien Erwerb auf Fr. 4000 setzen, geschieht es, um die Erleichterung nach unten kräftiger zu gestalten.

Herr Müller (Bern) schlägt Ihnen heute eine neue Tabelle vor, und zwar sieht dieselbe bis Fr. 4000 einen Ansatz von 0,4 % vor, und dann will er um 0,2 steigern, bis wir bei Fr. 5000 0,8 % haben. Bei Fr. 7000/7500 würde der Steuersatz 1,8 % sein. Das ist eine stärkere Berücksichtigung, als die nationalrätliche Kommission sie Ihnen vorschlägt, und die eine stärkere Entlastung der unteren Stufen zur Folge hat. Die Kommission hat zu diesem Antrage Stellung genommen und ihn abgelehnt. Die Differenz im Ertrag, die durch dieses Weitergehen verursacht würde, wird auf etwa 2 Millionen geschätzt, so dass also durch die Erhöhung des steuerfreien Erwerbs auf Fr. 4000 statt Fr. 3500, durch eine Zulage von Fr. 400 für Kinder und dazu noch durch die Verstärkung der Degression, welche Herr Müller beantragt, total ein Ausfall von 5 Millionen sich ergeben würde.

Zu Tab. III habe ich keine weitere Bemerkung zu machen als die, dass wir an dem festhalten, was der Nationalrat im September beschlossen hat, indem die Kommission findet, dass diese Tabelle des Ständerates schon den Rahmen einer Tabelle überschreitet und zu einer eigentlichen textlichen Umschreibung wird. Wir beantragen Ihnen also, bei Tab. III festzuhalten am ursprünglichen nationalrätlichen Beschlusse.

Müller (Bern): Ich habe die Tabelle, die Ihnen im Namen der Fraktion eingereicht worden ist, bereits in der nationalrätlichen Kommission eingebracht. Sie ist dort in dieser Form unterlegen; aber die Kommission hat immerhin ein Entgegenkommen gezeigt dadurch, dass der Beginn der Degression mit 0,4 statt mit 0,5 eintreten soll. Es ist also eine Berücksichtigung eingetreten; allein, ich halte dafür, dieselbe gehe nicht weit genug, und zwar deshalb, weil man ja im Durchschnitt Fr. 5000 steuerfrei erklären will. Jetzt beginnt infolge einer an sich ganz vernünftigen Abstufung die Progression bereits bei Fr. 2000 und infolgedessen erhalten wir bei Fr. 4000 schon einen Prozentsatz von 0,8, als Folge dieser Abstufung des ständerätlichen Antrages. Damit kommen wir auf einen zu grossen Progressionssatz bis Fr. 5000. Der Zweck meines Antrages liegt nun darin, dass wir die Progression erst bei Fr. 4000 mit 0,4 beginnen lassen, dann steigt die Progression mit jeweilen 0,2 % in den Skalen von je Fr. 500 Differenz. Darin liegt der Unterschied. Wir erreichen damit eine etwas geringere Progression bei Fr. 5000, und das ist doch offenbar der Sinn der Auffassung, die sich hier siegreich durchgesetzt hat, dass eine durchschnittliche steuerfreie Grenze von Fr. 5000 bestehen solle, in der Form, dass Fr. 4000 Grundsumme und Fr. 400 für jedes Kind in Abzug gebracht werden; so dass bei einer normalen Familie und damit durchschnittlich wir dann eben tatsächlich einen steuerfreien Betrag von Fr. 5000 haben. Das ist der Grund, warum ich Ihnen die abgeänderte Tabelle empfehlen möchte. Sie ist im Sinne der bisherigen Anträge gehalten und daher hoffe ich zuversichtlich auf Annahme.

M. le conseiller fédéral **Motta:** J'aurais voulu m'abstenir d'intervenir encore une fois dans la discussion, mais puisque personne n'a contredit les observations de M. le conseiller national Müller, j'estime de mon devoir de vous dire très brièvement pourquoi l'échelle proposée par lui doit être refusée. Je voudrais simplement me permettre de rappeler au Conseil deux faits: Tout d'abord, il ne faut pas oublier que le projet tel qu'il est issu de vos délibérations et de celles du Conseil des Etats prévoit non plus une période triennale, mais une période de quatre ans. Il y a déjà dans ce fait un adoucissement considérable des taux tels qu'ils étaient prévus à l'origine dans le projet du Conseil fédéral. C'est ainsi, par exemple, d'après les propositions formulées par la commission du Conseil national, que vous arrivez à ce résultat qu'un contribuable qui dispose d'un revenu supérieur à 5000 fr. entre 5000 et 5500 fr., paie un impôt de 70 fr., lequel, réparti sur quatre années, fait moins de 20 fr. par année. Il y a donc un taux qui est parfaitement acceptable et peut même être considéré comme très modéré pour d'autres raisons. M. Müller veut aller encore plus loin. Je trouve qu'il y a une certaine exagération à vouloir toujours avancer dans la même direction. Tel est le premier fait. Le deuxième fait est celui-ci. Nous avons introduit des facilités particulières pour les contribuables qui sont chargés de famille. Le Conseil fédéral avait voulu établir une distinction entre les célibataires et les contribuables mariés. La commission du Conseil national supprima cette différence et éleva les taux d'exemption et porta les facilités à accorder aux contribuables chargés de famille de 200 fr., comme le proposait le Conseil fédéral, à 300 fr., c'est-à-dire que chaque enfant à la charge du contribuable vient augmenter de 300 fr. la fraction non imposable du revenu. Mais la commission du Conseil des Etats, non encore contente de cette concession qui était certainement importante, a porté ce taux d'exemption pour les enfants de 300 à 400 fr. Il en résulte, depuis que le Conseil fédéral a déposé son projet, que le chiffre d'exonération est exactement doublé. Je prends le cas d'un contribuable qui n'aurait qu'une fortune inférieure à 10,000 fr. Son revenu du travail ne peut être frappé qu'à la condition qu'il ait un revenu d'au moins 4000 francs. S'il a trois enfants, chaque enfant comporte une augmentation d'un minimum de 400 fr. par enfant, et pour trois enfants 1200 fr. Un individu dans ces conditions ne paye pas d'impôt, même s'il a un revenu de 5200 fr. Il me semble que nous sommes allés très loin dans cette voie. Aller encore plus loin serait manifestement l'exagération, même de l'initiative socialiste sur laquelle le peuple s'est prononcée dans la votation du 2 juin; la limite d'exemption était fixée à 5000 fr. et maintenant nous dépassons ce chiffre. Ce sont les raisons qui m'engagent à vous prier d'en rester au texte de la commission et d'écarter la proposition de M. Muller.

Präsident: Bei Tab. II haben wir den unbestrittenen Antrag der Kommission, die lit. B zu streichen. Dagegen stehen sich bei Tab. II gegenüber der Antrag der Kommission und der Antrag des Herrn Müller. Ich bemerke, dass in den deutschen Text sich ein kleiner Druckfehler hineingeschlichen hat. In der Erwerbssteuer Klasse 8 sollte es heissen 5500—6000,

statt 5000—6000 Fr. Sie wollen nun durch Abstimmung entscheiden.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	64 Stimmen
Für den Antrag Müller	34 Stimmen

Präsident: Tab. III ist nicht bestritten und daher angenommen. Ich frage nun an, ob noch auf einen der behandelten Artikel zurückgekommen werden will.

Rothenberger: Nachdem Sie den Antrag Walther angenommen haben, ist nun noch die Frage aufzuwerfen, wieweit derselbe reicht, um überhaupt etwas für die Alters- und Invalidenversicherung zurückzulegen. Ich sehe mich daher veranlasst, an den Vertreter des Bundesrates die Frage zu richten: Ist mit diesem Betrag von 300 Millionen Brutto- oder Nettobetrag gemeint? Wir müssen darüber klar sein, ob die Beiträge von 10 % an die Kantone und von 20 % für die Arbeitslosenfürsorge vom Betrag der 300 Millionen zur Mitdeckung der Kriegsschuld in Abzug gebracht werden, oder ob diese Abzüge nach dem Antrag des Herrn Walther nicht von dieser genannten Summe gemacht werden dürfen. Wenn uns vom Bundesrat erklärt werden kann, wie gross der Ertrag der gesamten Kriegsgewinnsteuer sein wird, so wissen wir, wieviel unter Umständen für die Alters- und Invalidenversicherung in Betracht kommt; wenn aber alle diese Abzüge gemacht werden, dann wird unter Umständen nach dem Antrag Walther gar nichts herausschauen für die Alters- und Invalidenversicherung. Nehmen Sie nämlich an, dass die Kriegsgewinnsteuer einen Ertrag von 420 Millionen ergeben würde — wie dies offiziell angenommen wird — so würden wir bei dem Abzug der erwähnten 10 % und der 20 % nicht einmal auf 300 Millionen kommen, welche der Finanzvorsteher für die Amortisation als unbedingt notwendig betrachtet. Damit ist nun allerdings die Bahn frei für die weitere Verfolgung der Alters- nnd Invalidenversicherung. Wir bedürfen also einer Klarstellung darüber, wie der Betrag der von Herrn Walther angegebenen 300 Millionen aufzufassen ist, um festzustellen, ob überhaupt und eventuell wieviel für die Alters- und Invalidenversicherung erübrigt.

M. le conseiller fédéral **Motta:** L'honorable M. Rothenberger m'a demandé une précision. S'il avait eu l'obligeance de me prévenir qu'il avait l'intention de demander cette précision, j'aurais pu lui présenter des chiffres les plus précis possible que j'aurais puisés dans l'administration des contributions. Comme M. Rothenberger a posé la question un peu ex abrupto, je suis obligé de lui répondre de même mais je tâcherai de le faire de la manière la plus complète possible pour autant que je suis en mesure de le faire. J'ai déjà eu l'occasion d'insister tout particulièrement sur la nécessité de ne pas faire germer dans les esprits des malentendus regrettables. Ainsi, il y a quelque temps, dans les journaux, même ici, j'entendais parler d'un rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre bien supérieur à celui qui avait été indiqué par le représentant du Conseil fédéral. J'ai eu l'occasion de rectifier cette manière de poser la question.

Des arrêtés du Conseil fédéral ont institué sur les bénéfices de guerre un impôt dont les taux ont été successivement de 25, 30 et 42 %. Le taux de 25 % est appliqué aux bénéfices de l'année 1915, celui de 30 % aux bénéfices de l'année 1916 et le 42 % s'applique au bénéfice des années 1917 et 1918.

Pour autant que les commissions de neutralité voudront bien accepter les propositions que le Conseil fédéral a formulées devant elles les bénéfices de l'année 1919 seront traitées de la manière suivante: Les bénéfices non occasionnels payeront encore le taux de 42 %. Une commission d'experts que le département des finances a convoquée au mois de novembre a envisagé que ce taux était suffisamment élevé et qu'il correspond aux nécessités économiques du pays. Les représentants du commerce et de l'industrie aussi bien que ceux du travail et des classes ouvrières ont été d'accord pour admettre que le taux de 42 % était suffisamment élevé et qu'un taux supérieur entraînerait des conséquences fâcheuses pour l'industrie d'un côté et pour les travailleurs de l'autre. Pour les bénéfices occasionnels, le Conseil fédéral a proposé à la commission de neutralité de bien vouloir admettre que l'on aille pourtant encore un peu plus loin, soit jusqu'à 54%. La commission de neutralité doit délibérer cette semaine ou la semaine prochaine sur ces propositions du Conseil fédéral. Celui-ci aura ensuite à tenir compte du préavis de la commission et à trancher définitivement la question. Il est vrai qu'une tendance s'est déjà fait jour au sein de la commission de neutralité; elle consisterait à inviter le Conseil fédéral à frapper de l'impôt sur les bénéfices de guerre les bénéfices de l'année 1919. Contre cette tendance le représentant du Conseil fédéral s'est prononcé de la manière la plus énergique. Il estime, et le Conseil fédéral estime avec lui, que les bénéfices de l'année 1919 doivent encore être frappés de l'impôt sur les bénéfices de guerre. J'espère que la commission de neutralité voudra bien se rallier à cette manière de voir et que le Conseil fédéral, lorsqu'il aura tranché définitivement la question, si vous lui laissez sur ce point les pleins pouvoirs, pourra avoir la satisfaction de se voir en parfaite harmonie de sentiment et d'idées avec la commission de neutralité.

Quant au rendement, voici à quoi nous en sommes. A l'heure actuelle, nous avons envoyé aux contribuables des mandats d'impôt pour un total de 320 millions. Nous recevons en ce moment plusieurs demandes de prorogation de payement et l'administration des contributions a l'impression qu'il se pourrait très bien que la liquidation de toute l'opération nous coutât des pertes assez sensibles, parce que certaines industries et certains commerces commencent à révéler des signes de crise. Si cette crise qui se révèle surtout par le chômage, venait à s'accentuer, il serait parfaitement possible que nous eussions des pertes se chiffrant par quelques millions au moment d'encaisser le rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre.

Nous n'avons pas encore envoyé aux contribuables les mandats d'impôt frappant les bénéfices de l'année 1918 sauf dans certains cas exceptionnels. L'administration de l'impôt de guerre estime qu'on peut admettre que le rendement de l'impôt pour les bénéfices de l'année 1918 sera d'environ 100 millions. Cela conduira à un total de 420 millions, sous déduction éventuelle des pertes possibles au moment de la liquidation.

Restent enfin les bénéfices de l'année 1919. Ceux-là nous ne pouvons les évaluer d'avance. Nous n'avons

aucune donnée quelconque pour trancher la question de savoir s'il y aura ou non des bénéfices et si ces bénéfices seront considérables. Nous avons l'impression qu'ils sont encore possibles et que dans la mesure où ils le sont il est utile et même nécessaire de les frapper. Mais nous ne pouvons dire combien cette opération peut donner au fisc. Il en résulte que le calcul le plus raisonnable est probablement celui qui permet d'admettre qu'à l'heure actuelle, on peut évaluer le rendement total brut de l'impôt sur les bénéfices de guerre à 420 millions. Or, de 420 millions bruts, il faut déduire tout d'abord un sixième destiné à une grande oeuvre sociale: la lutte contre le chômage et la lutte contre d'autres dangers sociaux qui pourraient naître du fait de la disette et de la désorganisation industrielle, commerciale, économique en général. Vous n'avez qu'à faire le calcul de ce sixième de 420 millions pour reconnaître avec le Conseil fédéral qu'il y a là un chiffre considérable et que nous avons alloué à ce fonds de but social une partie importante du rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Cela me permet de dire que le Conseil fédéral lui-même n'avait pas oublié qu'on pouvait affecter une partie de cet impôt à des buts sociaux et que dans la mesure où cela semblait nécessaire, légitime et utile, il l'avait déjà fait avant que fût déposée la motion de M. Rothenberger et consorts. Lorsque vous avez fait la défalcation du sixième, il vous reste une somme dont il faut déduire un dixième en faveur des cantons. C'est uniquement ce qui reste après ces deux défalcations qui doit être considéré comme étant destiné au service du payement des sommes capitales de la mobilisation. C'est ainsi que M. Walther a entendu sa proposition. C'est ainsi que le Conseil fédéral l'a interprétée. Il ne peut pas exister l'ombre d'un doute que la somme dont il est question dans le projet d'arrêté est la somme nette et non point la somme brute. Vous arrivez par tous ces raisonnements à la conclusion qu'en réalité il est possible que la proposition Walther, si elle reste debout et je n'en sais rien, laisse encore une certaine marge pour le but d'assurance-vieillesse et invalidité qui nous est cher à tous, qui est au coeur de tout le monde, mais qu'en tout état de cause on ne peut pas prétendre que la somme soit très considérable.

Permettez-moi d'ajouter une dernière réflexion. En tout état de cause, j'ai la conviction que la somme qui serait destinée à alimenter le fonds d'assurance-vieillesse et invalidité du fait de l'adoption de la proposition de M. Walther ne justifie point cette rupture d'un principe constitutionnel parfaitement clair, raisonnable et à mon avis absolument impérieux, qui consiste à exiger qu'un texte constitutionnel n'exprime pas des idées qui y sont absolument étrangères. J'ai dit.

Walther: Aus der Begründung meines Antrages musste mit aller Deutlichkeit hervorgehen, dass es sich dabei nur um den Nettoertrag handeln kann. Die Grundlage meines Antrages war der Gedanke einer Vermittlung und der Versuch, die beiden Gesichtspunkte, die geltend gemacht worden waren, zu vereinigen. Auf der einen Seite war es das Bestreben, das aufgestellte Finanzprogramm nicht zu stören durch die Ausscheidung einer gewaltigen Summe, durch welche dieses ganze Finanzprogramm über den Haufen geworfen würde. Auf der andern Seite die Notwendigkeit, dass wir hinsichtlich der sozialen Werke nicht nur Worte machen, sondern auch Taten zeigen und uns durch die Ausscheidung eines beträchtlichen Betrages im Prinzip für die Alters- und Invalidenversicherung aussprechen sollen. Wenn dabei nun von einzelnen Kollegen angenommen wird oder angenommen worden ist, es handle sich um den Bruttoertrag, so sind sie meinem Gedankengange nicht gefolgt, denn ein Abzug von 200 Millionen vom Bruttoertrage würde annähernd gleichkommen dem Betrag, den Herr Rothenberger ausscheiden will. So wäre mein Antrag effektiv nicht sehr verschieden vom Antrag Rothenberger, und es müsste derselbe naturnotwendig das Finanzprogramm des Bundesrates stören. Ich habe speziell daran gedacht, dass das Erträgnis des Jahres 1919 bei kräftigem Eingreifen des Bundesrates nicht ohne weiteres als unbedeutend in Aussicht zu nehmen ist. Ich glaube, wenn der Bundesrat nachdrücklich auch pro 1919 die Kriegsgewinnler in die Finger nimmt, sollte doch ein Ertrag herauskommen, der etwas zu bedeuten hat. Es hat mir vorgeschwebt, dass es möglich sein sollte, 50—100 Millionen herauszubringen. Damit wäre der zweite Gedanke, dass wir eine wirkliche Aktion für das grosse soziale Werk tun sollen, in die Tat umgesetzt. Dabei besteht die Hoffnung, auf diesem Wege der Vermittlung die grosse Opposition, die sich bereits gegen die Vorlage im Sinne des Antrages Rothenberger erhoben hat und das ganze Werk zu Fall bringen kann, zu beschwichtigen.

Diese Erwägungen leiteten mich bei meinem Antrage. Ich würde es ungemein bedauern, wenn durch Wiederaufnahme des Antrages Rothenberger die Frage wieder auf einen Boden gestellt würde, auf dem die ganze Vorlage schwer gefährdet ist. Herr Rothenberger hat noch keinen definitiven Antrag auf Zurückkommen gestellt; wenn er jedoch einen solchen einreichen sollte, so möchte ich Sie bitten, nicht darauf einzutreten.

Präsident: Ich konstatiere ebenfalls, dass bis jetzt kein Antrag auf Zurückkommen gestellt worden ist, sondern nur eine Anfrage, welche beantwortet worden ist.

M. **Calame:** Au moment où M. Rothenberger a pris la parole, j'ai craint qu'il ne fasse la proposition de revenir sur une décision arrêtée, ce que je considérerais comme antiréglementaire, puisque nous discutons les seules divergences. Je me suis convaincu que M. Rothenberger n'a, en fait, pas développé une proposition, mais qu'il a adressé à M. le conseiller fédéral Motta une question pour lui demander des précisions au sujet du rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre. J'estime que nous ne pouvons pas rouvrir le débat maintenant sur une question tranchée la semaine dernière. L'art. 5 de la loi sur les rapports entre les deux Conseils dit d'une façon très nette qu'en cas de divergences entre les Conseils de l'Assemblée fédérale, la délibération est circonscrite aux points sur lesquels l'accord n'a pu s'établir, il ne prévoit nullement la possibilité d'un nouveau débat après décision prise. On m'objectera peut-être l'art. 71 du règlement du Conseil national qui dit que lorsque la discussion des articles est close, un député a le droit de demander de revenir sur l'un ou l'autre des articles, mais nous ne sommes plus dans la discussion des articles, nous sommes dans la

discussion des divergences et je ne comprendrais pas que, par une procédure toute nouvelle, ou rouvrît une discussion qui a, d'ailleurs, été suffisamment abondante et qui a été close par le vote que vous connaissez. Vous êtes la majorité dans cette salle et vous pouvez aisément nous mettre en minorité, mais je vous mets en garde contre les conséquences d'une telle attitude dont nous vous laissons, Messieurs, toute la responsabilité; nous mettons la nôtre à couvert. Je conclus en demandant l'application stricte de l'art. 5 du règlement: la discussion ne peut pas être reprise.

Präsident: Da ich die Anfrage gestellt habe, ob auf einen Differenzartikel zurückgekommen werden wolle, bin ich genötigt, die Anfrage zu rechtfertigen. Ich fasse die massgebenden Bestimmungen so auf, dass wir in erster Linie ein Gesetz haben über den Geschäftsverkehr zwischen den beiden Räten und dem Bundesrat, dessen Art. 5 sagt, dass, wenn die Vorlage vom einen Rat zum andern zurückgeht, die weitere Beratung sich ausschliesslich auf die Punkte zu beschränken hat, über welche eine Einigung nicht zustande gekommen ist. Ich habe deshalb ausdrücklich die Anfrage gestellt, ob zurückgekommen werden will auf einen Differenzartikel. Wie nun die weitere Beratung stattzufinden hat, ist nicht gesagt im Bundesgesetz über den Gesetzverkehr zwischen den eidgenössischen Räten, sondern das ist offenbar den Geschäftsreglementen der beiden Räte überlassen. Hier wird also das Reglement des Nationalrates zu entscheiden haben. Es wird in Art. 71 gesagt: «Nach Schluss der artikelweisen Beratung kann jedes Mitglied beantragen, dass auf einzelne bestimmt zu bezeichnende Artikel zurückgekommen werde.» Es ist hier nicht unterschieden zwischen der ersten und zweiten Beratung. Ich gebe zu, dass man vielleicht aus der Tatsache, dass man sagt, man könne auf einzelne Artikel zurückkommen, schliessen kann, dass die Totalität der Artikel gemeint ist, was dann nur für die erste Beratung zutreffen könnte; aber ich konstatiere, dass ein bestimmtes Verbot für die Beratung der Differenzen nicht vorgesehen ist. Im übrigen halte ich die Diskussion für überflüssig, solange ein Zurückkommensantrag nicht gestellt ist. Ich glaube, wir können uns eine rein theoretische Erwägung ersparen; bis jetzt ist ja ein bestimmter Antrag nicht gestellt.

Wild: Zunächst einige Worte zur Anfrage des Herrn Rothenberger und zu der Antwort, die er von seite des Herrn Bundesrat Motta und von seite des Antragstellers, Herrn Walther, erhalten hat.

Sie erinnern sich an die Abstimmung über den Antrag Walther. Der Antrag Walther steht prinzipiell auf dem Boden, dass aus der Kriegsgewinnsteuer etwas für die Alters- und Invalidenversicherung entnommen werden solle. Man kann ihn nicht mehr als indiskutabel bezeichnen, nachdem wir ihn durch die Schlussabstimmung mit bedeutender Mehrheit angenommen haben. Dieser Antrag Walther sieht nun vor, dass in der Teilung in das Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer die Priorität der Amortisation und erst in zweiter Linie die Alters- und Invalidenversicherung an die Reihe komme. Der Antrag, den Herr Rothenberger gestellt hat, ist umgekehrt, aber auf demselben Boden; er gibt die Priorität der Alters- und Invalidenversicherung und den Rest der Mobilisationsschuld. Ferner ist der Antrag Rothenberger quantitativ bestimmt beziffert. Er will für die Versicherung 200 Millionen geben und was übrig bleibt der Amortisation überlassen.

Herr Rothenberger hat nun seine Anfrage in bezug auf die tatsächliche Bedeutung des angenommenen Antrages Walther gestellt. Sie werden zugeben, dass diese notwendig war. Denn man hat am Tage, als der Antrag Walther behandelt wurde, von 150 Millionen gesprochen, die auf diese Weise der Versicherung zufallen. Infolgedessen konnte man sich ganz gut dem Antrage anschliessen, auch wenn man etwas ganz Erkleckliches für die Versicherung tun wollte. Aber die Frage, ob diese 150 Millionen oder eine ähnliche bedeutende Summe wirklich in Frage komme, war kontrovers. Sogleich, nachdem die Abstimmung vorbei war, zeigte sich, dass darüber vollständige Unklarheit und Meinungsdifferenzen bestanden. Es darf nicht von der Hand gewiesen werden, dass die Einschätzung dieses unbestimmten Faktors für die Abstimmung und die Stimmabgabe des Einzelnen massgebend gewesen ist. Man muss darum hier nachträglich diese Unklarheit beseitigen, d. h. nochmals auf die Sache zurückkommen. Wir sind durch die verdankenswerte Auskunft des Herrn Bundesrat Motta und durch die Erklärung des Herrn Walther orientiert und wir können nun fragen: Was können wir in Gegenwart dieser Abklärung wirklich tun? Mein Standpunkt ist, dass in der Tat auf den Antrag zurückzukommen ist. Ich stelle den Antrag, und zwar begründe ich ihn mit folgendem: Herr Motta sagt uns, 320 Millionen sind in den Jahren bis und mit 1917 den Steuerpflichtigen notifiziert worden und werden wohl auch bezahlt werden. Dann kommt das Jahr 1918, für welches die Noten jetzt ausgestellt werden. Man vermutet, dass sie 100 Millionen eintragen, hat aber bereits die Befürchtung, dass diese 100 Millionen vielleicht doch nicht voll eingehen werden. Die Möglichkeit, dass dem so ist, ist vorhanden. Wir konstatieren, dass seit Kriegsende und in der Uebergangswirtschaft veränderte Verhältnisse eingetreten sind, deren Wirkung wir nicht überblicken können, die also schwerlich zu einer Steigerung des Ertrages der Kriegsgewinnsteuer führen werden, sondern viel eher und in bedeutendem Masse zu einer Verminderung derselben. Wir wollen einmal die 100 Millionen doch annehmen, in der Meinung, dass, was für 1919 weiter versteuert wird, vielleicht mit dem Ertrage von 1918 zusammen 100 Millionen ausmacht, um nur einmal bei diesen genannten Zahlen zu bleiben und deren nicht mehrere, was zur Verwirrung führen müsste, aufzustellen. Dann kommen wir auf 420 Millionen Gesamteingang.

Wir haben weiter die exakte Auskunft des Herrn Bundesrat Motta über folgende Punkte. Ein Sechstel, gleich 70 Millionen, geht ab für Arbeitslosenfürsorge, also nicht in die Alters- und Invalidenversicherung. Denn wenn man, wie Herr Bundesrat Motta getan hat, die Dotierung der Alters- und Invalidenversicherung aus der Kriegsgewinnsteuer mit aller Vehemenz als einen Einbruch in das System und als in diesem Konnex nicht zulässig bezeichnet, so wird man sie eben draussen lassen. Wenn es auf Herrn Motta ankommt, so werden die 70 Millionen ausschliesslich für anderweitige soziale Fürsorge verschiedener Art reserviert werden. Wir sind damit an sich allerdings vollständig einverstanden und wollen keinen Rappen davon weg-

nehmen. Weiter in Abzug kommen 10 % des Restes von 350 Millionen, d. h. 35 Millionen. Sie machen mit den 70 zusammen 105 Millionen aus. Wenn nun nach Antrag Walther 300 Millionen vorweggenommen werden für Mobilisationskosten, so bleiben von den 420 Millionen Gesamtertrag, 420 weniger 405, oder 15 Millionen. Sie werden zugeben, dass, wenn man uns von 150 Millionen gesprochen und die Meinung verbreitet hat, der Beschluss nach Herrn Walther ermögliche in hohem Masse, was die Anhänger des Antrages Rothenberger verlangen, und es sind dann tatsächlich nur 15 Millionen, so ist die Situation so sehr anders, dass man alle Ursache hat, auf die unter so unsicheren Voraussetzungen vor sich gegangene Entscheidung zurückzukommen. In diesem Zusammenhange wird man nicht sagen können, dass auch diese 15 Millionen noch eine schöne Leistung seien. In diesem Zusammenhange sind 15 Millionen gewissermassen nichts. Ich betrachte eine solche Summe gewiss nicht als Null, aber unter den vorwaltenden Umständen ist sie absolut nichtssagend. Daraus leite ich nun die innere Berechtigung ab, den Rat einzuladen, auf den Artikel zurückzukommen. Ich halte den ursprünglichen Antrag des Herrn Rothenberger aufrecht und möchte bewirken, dass der Rat heute in die Lage kommt, sich zu entscheiden zwischen den sauberen, in ihrem Effekt klaren Anträgen des Herrn Rothenberger (200 Millionen für die Versicherung vorab und den Rest für die Amortisation) oder der Kommission (Weglassung der Versicherung, wie es auch der Wunsch des Finanzdepartementes ist). Das sind die zwei Anträge, die eigentlich einander sollten gegenübergestellt werden können. Ich würde es für sachdienlich und die Klarheit fördernd betrachten, wenn die Abstimmung in dieser Weise erfolgen könnte.

Mein Beitrag hierzu. Ich beantrage in diesem Gedankengange auf den Artikel zurückzukommen, in der Meinung, dass ich, wenn Sie Zurückkommen beschliessen, den bestimmten sachlichen Antrag stellen werde, der Antrag Rothenberger sei nochmals der Abstimmung zu unterbreiten und es sei zu sehen, was für ein Schicksal er im Rate erlebe.

Präsident: Nachdem nun ein bestimmter Rückkommensantrag gestellt ist, halte ich es zunächst für nötig, dass Sie sich grundsätzlich im Sinne der Anregung des Herrn Calame darüber aussprechen, ob eine solche Anfrage in der zweiten Beratung überhaupt zulässig war. Es ist das grundsätzlich beanstandet worden. Sie werden zuerst darüber zu entscheiden haben, wie Sie das Reglement auslegen wollen. Entscheiden Sie sich dafür, dass diese Anfrage nicht zulässig war, so ist der Antrag Wild hinfällig. Entscheiden Sie sich dafür, dass die Anfrage zulässig war, so wird im Sinne des Reglementes die Anfrage gestellt werden, ob dem Rückkommensantrage opponiert werde und es müsste dann zur kurzen Begründung dieser Einsprache das Wort erteilt werden.

Sträuli: Ich möchte mir erlauben, Ihnen zu belieben, den Rückkommensantrag Wild grundsätzlich zuzulassen. In der Begründung möchte ich meinerseits noch etwas weitergehen als der Herr Präsident. Ich gehe davon aus, dass wir bei der Beratung der Divergenzen vor folgender Situation standen. Wir hatten den Beschluss des Nationalrates, der in Ziffer 2 sagte, dass, wenn dem Bunde durch die wiederholte Kriegssteuer weniger als 500 Millionen eingehen, so usw. Also eine Beschränkung auf 500 Millionen. Dies gegenüber dem Beschlusse des Ständerates in Ziffer 2, dass die gesamte Kapitalausgabe gedeckt werden solle durch die Steuer. Also eine tiefgreifende grundsätzliche Differenz. Nun glaube ich, wenn eine solche Differenz vorhanden ist, so kann der Rat über den Inhalt des betreffenden Paragraphen in freier Weise beschliessen und es sind auch wieder neue Anträge zu dem ursprünglichen Antrag desselben Rates und zum abweichenden Beschlusse des andern Rates möglich.

Von diesem Gesichtspunkte, glaube ich, war es durchaus zulässig, dass Herr Rothenberger den Antrag stellte, den Sie in der letzten Sitzung behandelt haben. Er hat erklärt: Wir wollen die Basis des Ständerates annehmen, aber wir wollen einen bestimmten Betrag aus der Kriegssteuer herausnehmen zu dem bekannten Zwecke. Wenn die Argumentation des Herrn Calame richtig wäre, so hätte in der letzten Sitzung, als wir diesen Paragraphen berieten, dagegen Protest erhoben werden müssen, dass der Antrag Rothenberger überhaupt diskutiert werde. Das ist aber nicht geschehen dazumal, soviel ich weiss. Wenigstens ist einem solchen Protest nicht weiter Folge gegeben worden. Man hat über den Antrag Rothenberger gesprochen, man hat den Antrag Walther zugelassen. Man hat sich für den Antrag Walther entschieden, alles von dem Gesichtspunkte der bestehenden Divergenz aus.

Wenn wir nun heute zurückkommen auf diesen Paragraphen — zweifellos können wir das nach den Ausführungen des Herrn Präsidenten — so haben wir wiederum das Recht, uns in die gleiche Position zu versetzen, in der wir waren, als wir den Paragraphen zum ersten Male im Sinne der Bereinigung der Divergenz berieten. Nach meiner Ansicht kann man daher nichts anderes tun, als grundsätzlich die Zulässigkeit des Antrages Wild zu bejahen.

Präsident: Sie werden sich zuerst grundsätzlich aussprechen. Ist das Zurückkommen auf einzelne Artikel in der zweiten Beratung zulässig oder nicht.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Antrag Calame (Unzulässigerklärung)	34 Stimmen
Dagegen (Zulässigerklärung)	78 Stimmen

Präsident: Es ist ein Rückkommensantrag gestellt. Ich frage an, ob diesem bestimmten Antrag gegenüber der Gegenantrag gestellt wird, nicht zurückzukommen? Es kann auch dieser Gegenantrag kurz begründet werden, nach Art. 71. Dann ist abzustimmen.

Musy: Je propose de ne pas revenir sur la décision prise.

Präsident: Sie haben sich durch Abstimmung darüber auszusprechen, ob Sie zurückkommen wollen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Wild (Zurückkommen)	65 Stimmen
Für den Antrag Musy (Nichtzurückkommen)	65 Stimmen

Präsident: Sie haben mir damit den schweren Entscheid überbunden, mich für oder gegen Rückkommen auszusprechen. Ich stehe hier vor einer formellen und vor einer materiellen Frage. Formell habe ich mich bei einer solchen Gelegenheit bereits früher dafür ausgesprochen, dass die Freiheit der Diskussion möglichst gewahrt werden soll. Ich habe damals diesen Entscheid gegeben, entgegen meiner persönlichen Auffassung im Materiellen und werde schon der Konsequenz halber auch heute diesen Entscheid fällen, damit Sie sich das Für und Wider noch reiflich überlegen können, die Frage des materiellen und die Frage des taktischen Entscheides: ist es richtig, im jetzigen Zeitpunkte, ist es richtig, um der materiellen Wichtigkeit willen auf den gefassten Entscheid zurückzukommen? Ich spreche mich also aus für Zurückkommen.

M. **Gaudard:** Je dois constater que d'après les explications du bureau, un chiffre égal de suffrages s'est porté d'un côté et de l'autre. Or, Messieurs, il est très possible que dans ce décompte des suffrages, une erreur se soit glissée. Dans ces conditions, je me vois obligé de demander l'appel nominal sur cette question.

Präsident: Herr Gaudard verlangt nachträglich den Namensaufruf.

Studer: Ich glaube nicht, dass man nachträglich nach einer Abstimmung noch den Namensaufruf verlangen kann. Der Namensaufruf muss vor der Abstimmung verlangt werden. Ich stelle den Gegenantrag.

Präsident: Sie werden durch Abstimmung entscheiden, ob Sie nachträglich den Namensaufruf bewilligen wollen, nach erfolgter Abstimmung.

M. **Gaudard:** D'après le règlement, si 30 députés du Conseil se prononcent pour l'appel nominal, celui-ci est de droit.

Präsident: Ich habe meine persönliche Meinung unterdrückt. Aber ich bin wirklich der Ansicht, dass, wenn die Abstimmung stattgefunden hat, sie eben stattgefunden hat und dass ein solcher Antrag vorher hätte gestellt werden sollen. Aber Sie haben sich nun über diese Frage zu entscheiden. Herr Studer stellt den Antrag auf Verwerfung dieses Antrages.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Gaudard (Namensaufruf)	37 Stimmen
Dagegen	69 Stimmen

Präsident: Wir werden nun materiell auf den Artikel einzutreten haben, auf den Zurückkommen beschlossen worden ist.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Je serai très bref. Je suppose que les opinions sont faites et qu'une discussion ultérieure ne peut plus modifier le vote déjà fixé dans l'esprit de certains d'entre vous. Cependant vous me permettrez de faire une déclaration. Le Conseil fédéral ne pouvait pas supposer ce matin qu'une proposition de cette nature serait formulée ici. Il a donc examiné la question de savoir l'attitude qu'il devait prendre devant le Conseil des Etats. Devait-il adhérer à vos décisions, c'est-à-dire à la décision du Conseil des Etats amendée par la proposition de M. Walther ou estimait-il de son devoir de demander au Conseil des Etats de maintenir son point de vue? Après avoir examiné cette question d'une manière approfondie et en toute objectivité, le Conseil fédéral est arrivé unanime encore. Je regrette de devoir insister sur cette question de l'unanimité, puisqu'il est préférable que le Conseil fédéral se présente comme corps et qu'il ne dise pas ce qui s'est déroulé dans son sein. C'est un précédent contre lequel je me suis élevé d'ailleurs, vous le savez, j'y ai fait une allusion discrète, cela suffit. Permettez-moi donc de dire que le Conseil fédéral à l'unanimité a estimé que des raisons politiques et nationales supérieures l'obligeaient de demander au Conseil des Etats de maintenir son vote. Et il a espéré que si le Conseil des Etats maintenait sa décision, nous n'en savons rien, cela va sans dire, votre Conseil ferait peut être acte d'adhésion, et permettez-moi d'ajouter de sagesse, en se ralliant au texte du Conseil des Etats, tel qu'il est issu des délibérations du mois de décembre. Je suppose qu'après tout cette décision peut peser d'un certain poids dans votre estime. Mais, Messieurs, je n'y mets aucune insistance. Je me suis promis, après avoir parlé avec autant de chaleur devant vous l'autre jour d'une cause juste, de vous donner l'impression que dans l'attitude du Conseil fédéral, il y avait quelque chose de nature à déterminer la décision de votre Conseil. Voici ce point de vue, que je résumerai encore très brièvement, mais je tiens au moment où vous allez prendre une décision si grave et prendre chacun vos responsabilités, que vous connaissiez le point de vue du Conseil fédéral et les raisons de son attitude.

Messieurs, le Conseil fédéral avait placé tous ses voeux, tous ses espoirs dans cette grande oeuvre de l'impôt de guerre. La nation se serait serrée dans le faisceau de ses enfants. Le Conseil fédéral avait espéré qu'aucune division de régions, de races, de langues et de conceptions politiques n'aurait troublé l'oeuvre de concorde dans cette grande question de l'impôt de guerre. Il avait commencé un travail qui était difficile, il a procédé par tâtonnements, vous le savez, et il y a mis tous ses efforts. Il avait vu enfin son espoir couronné de succès; il était profondément

heureux d'avoir pu constater enfin que tous les partis, toutes les régions du pays, tous les enfants du pays s'étaient ralliés avec plus ou moins de conviction, les uns joyeusement, les autres avec des scrupules, les uns peut-être avec un peu d'amertume, les autres avec de l'enthousisame à cette solution que le Conseil fédéral estimait être une nécessité. Voilà pourquoi le Conseil fédéral avait scellé avec une joie sincère et une satisfaction nationale profonde cette idée que cette oeuvre de l'impôt de guerre qui risquait, il y a quelques mois encore, d'être un brandon de discorde dans le pays, serait devenue la preuve la plus manifeste que la Suisse nouvelle, la Suisse qui vient de sortir de cette grande crise de la guerre, voulait affirmer sa volonté inébranlable de commencer à faire son devoir par une oeuvre dans laquelle les différences de partis disparaissaient, dans laquelle les divergences des mentalités s'effaçaient et où tous les enfants du pays se disaient en commun: L'impôt de guerre sera payé par tous, ce sera la première oeuvre de l'assainissement financier, la première pierre de la reconstitution financière. Voilà quelle avait été la pensée du Conseil fédéral. Nous sommes arrivés jusqu'à ce point ici devant ce Conseil. M. Rothenberger avec ses amis ont déposé alors leur proposition. Ils l'ont justifiée par les raisons que vous connaissez. A ce moment, le Conseil fédéral a pu se persuader que cette oeuvre de concorde et de conciliation allait tout à coup être troublée et compromise. Il se disait: La question de l'assurance-vieillesse et invalidité n'est pas en jeu. Nous sommes tous des partisans convaincus de cette oeuvre et nous voulons aussi vite que possible réaliser cette deuxième promesse de la Suisse nouvelle. Après avoir posé la première pierre de l'édifice de la reconstitution financière, nous voulons en ajouter une autre, qui sera la première de l'oeuvre de la reconstitution sociale. Et voilà pourquoi le Conseil fédéral estime que l'assurance-vieillesse et invalidité est une des oeuvres qui appellent avec le plus d'énergie le concours du pays tout entier. Il a l'intention de vous présenter un projet de revision de la constitution, mais il ne faut pas mêler une question à l'autre. Il vous proposera aussi à cette occasion les moyens financiers pour faire face à l'oeuvre des assurances. Il m'a autorisé même à vous déclarer d'ores et déjà qu'il est parfaitement d'accord que tout le produit de l'impôt sur le tabac soit réservé à cette oeuvre. Il ajoute même d'avance, et il approuve cette pensée maîtresse que les impôts de consommation seront établis, — et ils doivent l'être, parce qu'il n'est pas possible de reconstituer toutes les finances de la Confédération sans faire appel aussi à des impôts de consommation sur des objets qui ne sont pas de consommation nécessaire — il est d'accord aussi que les impôts de consommation, pour autant qu'ils seront dans la mesure où ils seront nécessaires, soient destinés aux oeuvres sociales. Il ne peut pas aller plus loin. Il a été affligé de constater qu'au moment du vote final sur l'arrêté en question, les Suisses romands, ceux de la Suisse italienne et d'autres aussi, contre leur volonté, contre leur désir de donner les mains à cette oeuvre, ont été rejetés ou dans l'opposition absolue ou dans la passivité. Eh bien, le Conseil fédéral vous dit qu'il est à ce jour et à cette époque, au lendemain de la guerre, de première nécessité pour le pays que nous ne recommencions pas à former, à forger les destinées de notre Suisse bien-aimée par un acte de discorde. Il fait un appel à tous ceux qui, en partant de vues sociales élevées, je veux bien le reconnaître, ont voulu joindre la question des assurances à celle de l'impôt de guerre. Il fait appel à ses amis, à ses conseillers pour qu'ils veuillent bien abandonner cette pensée, admettre que chaque question doit être réglée pour elle-même et renoncer à mêler des idées étrangères les unes aux autres. Il vous demande de faire une oeuvre de paix, de concorde et de justice en acceptant le point de vue que je viens de vous indiquer.

Obrecht: Wir stehen, taktisch betrachtet, in einer ernsten und schwierigen Situation. Wenn Sie, nachdem wir Zurückkommen beschlossen haben, den Antrag der Herren Rothenberger und Wild mit 200 Millionen annehmen, dann laufen wir Gefahr, dass dem Projekte der Kriegssteuer, wie es dem Abschlusse nahe vor uns liegt, beim obligatorischen Referendum Gegnerschaft erwachsen wird. Sie haben die Erklärungen des Herrn Gaudard und anderer Kollegen aus der Westschweiz gehört. Wenn wir mehr fordern, als eine viermalige Wiederholung der Kriegssteuer, erscheint das Projekt gefährdet. Was heisst das? Wir haben seit letztem Sommer, seit der Verwerfung der Initiative über die direkte Bundessteuer, mit aller Energie und Intelligenz das Projekt der Wiederholung der Kriegssteuer zu verwirklichen gesucht. An vielen Klippen sind wir vorübergelangt und, nachdem wir am Abschluss stehen, nachdem wir geglaubt haben, wir hätten uns gefunden auf dem Boden der Totaltilgung der Mobilisationsschuld, entsteht diese grosse Gefahr gegenüber dem Projekte. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, auch diese Gefahr beseitigen zu helfen. Tun wir das Gegenteil, lehnen wir den Antrag Rothenberger-Wild ab, dann steht bereits eine Volksinitiative vor der Tür, allerdings gegen einen Verfassungsartikel, der noch gar nicht existiert, den wir ja erst noch beraten. Aber wir laufen auch hier Gefahr, dass von einer Seite deshalb, weil man unbefriedigt ist von der Ablehnung dieser 200 Millionen, gegen die Vorlage Sturm gelaufen wird.

Nach beiden Seiten müssen wir versuchen, die Brücke zu schlagen. Wir müssen verhüten, dass dieses gewichtige Projekt im letzten Moment gefährdet wird, von dieser oder von der andern Seite.

Da meine ich, wir wollen einen Mittelweg einschlagen. Wir haben geglaubt, den Mittelweg mit dem Antrage des Herrn Walther, den die Mehrheit des Rates genehmigt hat, gefunden zu haben. Aber nach den heutigen Ausführungen des Chefs des Finanzdepartements befriedigt diese Lösung nicht. Ich finde nun, eine andere Lösung würde darin bestehen, dass wir statt 200 Millionen, 100 Millionen für die Alters- und Invalidenversicherung vorsehen. Sie werden einwenden: Jetzt fängt wieder das Markten an. Gewiss, aber bei 200 oder 100 Millionen verlohnt sich das Markten. Und es handelt sich um mehr als um das blosse Markten. Es handelt sich darum, die Vorlage zu retten.

Ich finde, wenn wir einen Antrag mit 100 Millionen gutheissen, dann haben weder die Anhänger des Standpunktes des Herrn Gaudard, noch diejenigen des Standpunktes des Herrn Rothenberger recht; wir wählen die Mitte und fordern von beiden Parteien ein vernünftiges Entgegenkommen im Interesse der Sache, die wir heute abschliessend beraten. Ich

glaube erwarten zu dürfen, dass die Herren der welschen Schweiz sich mit diesen 100 Millionen einverstanden erklären werden. Ich habe die Ueberzeugung, dass, wenn wir auch diese 100 Millionen aus dem Ertrage der Kriegsgewinnsteuer vorwegnehmen, wir dennoch mit vier Steuerperioden fertig bringen können, was wir wollen, nämlich eine gesamte Tilgung der Mobilisationsschuld. Der Chef des Finanzdepartements hat Ihnen ausgeführt, dass der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer bis Ende 1917 320 Millionen erreicht habe. Er rechnet für das Jahr 1918 auf 100 Millionen, und nun steht noch das Jahr 1919 im Zweifel. Ich habe die Ueberzeugung, dass wir schon für 1918 nicht nur die 100 Millionen erreichen, sondern überschreiten werden. Von Anfang an haben wir die Erwartungen in den Betrag der Kriegsgewinnsteuer beträglich unterschätzt. Wir haben mit Hoffnungen begonnen, die heute um das Zehnfache überholt sind. Auch heute wieder glaube ich, dass wir mit diesen 100 Millionen für das Jahr 1918 zu knapp rechnen. Für das Jahr 1919 scheint man im Zweifel zu sein, ob man die Kriegsgewinnsteuer oder Uebergewinnsteuer noch erheben will oder nicht. Das Finanzdepartement hat eine Expertenkommission einberufen zur Prüfung dieser Frage, und diese Kommission hat sich in ihrer grossen Mehrheit dahin ausgesprochen, dass das Jahr 1919 noch der Kriegsgewinnsteuer oder der Uebergewinnsteuer unterworfen werden soll. Geschieht das, dann wird ganz sicher noch ein schönes Plus aus dem Jahre 1919 resultieren. Auf der andern Seite rechnet man mit bezug auf die Kriegssteuer den Ertrag pro Steuerperiode für die Eidgenossenschaft auf 150 Millionen und hofft, mit vier Perioden die 600 Millionen zu erreichen, die nötig sind, um den Rest der Mobilisationsschuld zu tilgen. Wenn es richtig ist, was wir bis jetzt ständig erfahren haben, dass die effektiven Erträgnisse bedeutend grösser ausfallen als die Vorausberechnungen, dann haben wir auch hier ein ansehnliches Plus über diese 600 Millionen zu erwarten. Wenn ich diese beiden Mehrchancen zusammenrechne, halte ich es im Bereiche der Möglichkeit, dass das Plus die 100 Millionen ausgleichen kann, die wir jetzt vorwegnehmen.

Auch von den Anhängern des Antrages Rothenberger möchte ich erwarten, dass man sich nicht auf 200 Millionen versteift, sondern dass man ebenfalls die Hand zu einer Verständigung reicht, um nicht das ganze wichtige Werk der Wiederholung der Kriegssteuer, die Tilgung der Mobilisationsschuld innert einer verhältnismässig kurzen Zeit, zu gefährden. Das kann auch nicht der Wille der Anhänger des Antrages Rothenberger sein.

Mein Antrag bezweckt nichts anderes, als was Herr Walther mit seinem Antrag hat erreichen wollen. Dieser Antrag ist durch die nach meiner Ansicht zu pessimistischen Kalkulationen des Finanzdepartements in Misskredit geraten. Nun wollen wir einen bestimmteren Mittelweg einschlagen im Interesse des Zustandekommens der Vorlage, mit deren Beratung wir am Schlusse angelangt sind.

Ich empfehle Ihnen den Mittelantrag, der dahingeht, der Antrag Rothenberger sei anzunehmen mit der einzigen Aenderung, dass statt 200, 100 Millionen einzusetzen sind.

Keller: Wenn ich das Wort verlangt habe, geschah es aus ähnlichen Gründen, wie sie soeben von meinem Nachbar zur Linken entwickelt worden sind. Auch ich habe im Laufe der Diskussion die Ueberzeugung gewonnen, dass wir eine Einigung suchen und dass beide Lager ihre Anschauungen etwas modifizieren müssen, damit wir zu einer Einigung kommen. Nun bestehen verschiedene Möglichkeiten, um eine Einigung herbeizuführen. Die eine Möglichkeit ist soeben von Herrn Obrecht angedeutet worden. Sie besteht darin, dass die Summe, welche vorweg für die Alters- und Invalidenversicherung bestimmt werden soll, von 200 auf 100 Millionen reduziert werden soll.

Es besteht noch eine andere Möglichkeit, die nämlich, dass wir grundsätzlich auf dem Boden des Antrages Walther bleiben, dass wir aber bestimmen, dass von der Kriegsgewinnsteuer, sagen wir nur 200 Millionen, statt 300 Millionen zur Tilgung der Mobilisationsschuld verwendet werden und dass das Plus über diese 200 Millionen hinaus zur Förderung der Alters- und Invalidenversicherung verwendet wird. Ich glaube, beide Wege sind begehbar.

Ich denke noch an eine dritte Möglichkeit, und auch die will ich, nachdem Zurückkommen beschlossen worden ist, in die Diskussion werfen. Diese besteht darin, dass wir am Antrag Walther und dem Beschlusse der vom Rate gefasst worden ist, festhalten und überdies noch eine Modifikation der Ziffer 2 des Abschnittes A vornehmen und bestimmen, dass, wenn zuletzt nach mehrmaliger Erhebung der Steuer noch ein Betrag zu decken bleibt, der geringer ist, als das voraussichtliche Ergebnis des Ertrages der Steuer, dann die Bundesversammlung eine Wiederholung der Steuer beschliessen und den Ueberschuss über das, was zur Deckung der Mobilisationsschuld nötig ist, hinausgeht, zur Förderung der Alters- und Invalidenversicherung verwenden kann. Auch das wäre ein Mittelweg, und dieser Mittelweg hätte den grossen Vorteil, dass er in Verbindung mit dem Antrage Walther eine kräftigere Förderung der Alters- und Invalidenversicherung bringt, und dass er den Anschauungen der welschen Schweiz etwas entgegenkommt. Denn wenn nach meinem Antrag verfahren wird, so kommt zu der sofortigen Einlage in den Alters- und Invalidenversicherungsfonds gemäss Antrag Walther eine weitere Einlage in diesen Fonds, allerdings erst in 16 Jahren. Allein bis diese 16 Jahre herum sind, haben wir dann hoffentlich auch einen Verfassungsartikel, welcher die Alters- und Invalidenversicherung als Bundessache erklärt. Für diese Einlage gelten dannzumal die Bedenken nicht mehr, welche heute von welscher Seite noch gegen den Vorschlag Rothenberger und gegen den im Vorschlag Rothenberger verkörperten Gedanken überhaupt noch mit einem gewissen Recht vorgebracht werden.

Die Lösung, die ich Ihnen vorschlage, besteht also darin, dass wir am Antrage Walther, wie er von uns beschlossen worden ist, festhalten und dann die Ziffer 2 in der Weise modifizieren, dass wir den Schlusssatz wie folgt fassen: « Wenn zuletzt noch ein Betrag zu decken bleibt, der geringer ist als das voraussichtliche Ergebnis der Erträgnisse der Kriegssteuer, kann die Bundesversammlung die Wiederholung der Kriegssteuer beschliessen und den Ueberschuss zur Unterstützung der Alters- und Invaliden-

versicherung bestimmen. Ich möchte Ihnen diese Lösung empfehlen.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: En premier lieu, je me réjouis d'avoir donné ma voix à la solution du Conseil fédéral tendant à ce que le nouveau Conseil national soit renouvelé le plus tôt possible. J'avais déjà eu à ce moment-là l'impression que des préoccupations autres que le souci de servir l'intérêt de la patrie exerceraient leur influence sur la suite des délibérations, et que nous risquions bien, jusqu'à la prochaine législature, de ne pas réussir à faire beaucoup de bon travail.

Je ne veux pas revenir sur les premières observations absolument fondées, énnoncées par M. Obrecht. Pensez donc à toute la peine qu'on s'est donnée, au sein de la commission, pour échafauder ce projet, en suivre l'évolution et, de concession en concession, arriver au résultat auquel nous nous sommes ralliés, soit l'adhésion à la solution du Conseil des Etats. On nous demandait, en premier lieu, de couvrir les trois quarts de la dette de mobilisation. Nous voulions, tout d'abord procéder suivant l'avis du Conseil fédéral; puis nous avons accepté le compromis que vous savez: voter en une seule fois 500 millions qui seront affectés à couvrir la dette de mobilisation. Le Conseil des Etats a jugé à propos d'aller plus loin. Il a admis de ne pas couvrir seulement la dette de mobilisation à concurrence de 500 millions, mais la totalité de cette dette, par le jeu de l'impôt de guerre. C'est exclusivement sur ce point que portait la divergence entre la solution du Conseil national et celle du Conseil des Etats. Eh bien, nous nous sommes inclinés. Nous sommes allés très loin en acceptant, d'abord dans la commission, ensuite ici, la solution qui comporte la ratification pleine et entière de ce qui au début était simplement votre vœu, Messieurs de la gauche. Mais on a formulé ensuite une nouvelle proposition demandant d'ajouter en définitive 200 millions à la dette à couvrir par la perception de l'impôt de guerre. En présentant pareille proposition, on a, en réalité et quant au fait, méconnu l'esprit de la constitution. Les Chambres n'ont pas le droit d'affecter des disponibilités à des buts non prévus par la constitution. Le peuple ne s'est pas encore prononcé sur la question de savoir s'il veut ou non la création de cette caisse d'assurance. Nous, nous la voulons; mais nous n'avons pas le droit de substituer notre volonté à celle du peuple, car c'est lui qui est souverain, dans notre pays. La constitution le veut ainsi et personne ici n'oserait le contester.

Je passe à la question de forme sans y insister. Le règlement est tellement clair qu'il ne laisse subsister aucun doute: les secondes délibérations des Conseils ne peuvent porter que sur les divergences. Or, examinez le texte qui vous a été distribué. Il contient, en la seconde colonne, la décision du Conseil national et dans une troisième colonne celle du Conseil des Etats. Sur quoi portait la divergence? Exclusivement sur la question de savoir si le rendement des impôts de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre devait couvrir les trois quarts ou la totalité de la dette de mobilisation. Le Conseil national s'était prononcé pour les trois quarts et le Conseil des Etats pour la totalité. Voilà la divergence. D'accord avec M. Calame, je dis que la discussion devait être circonscrite à ce point-là. C'est en quelque sorte par un coup de force et par une violation du règlement qu'on a rouvert la discussion quant au fond.

Encore une fois, est-ce que le postulat Rothenberger va faire avancer d'une minute la réalisation de la caisse d'assurance? Absolument pas. Je vous ai indiqué l'autre jour les raisons d'ordre matériel et financier qui sur ce point me paraissent décisives. Je n'y reviens pas. Ce qui est excessif, comme l'a dit tout à l'heure M. le conseiller fédéral Motta, c'est la confusion de deux questions qui n'ont entre elles aucune connexité quelconque. Nous ne voulons pas faire du marchandage. C'est pourquoi je ne me suis pas rallié, l'autre jour, à la proposition présentée par M. Walther. Si je prends la parole maintenant, c'est pour vous demander d'en rester à la solution intervenue, car j'espère que le Conseil des Etats épurera notre décision et qu'il en éliminera la proposition de notre collègue lucernois, M. Walther. J'espère qu'en fin de compte nous pourrons voter sans arrière-pensée cet impôt de guerre, puis demander à nos électeurs, à ceux que nous représentons ici — j'espère qu'ils comptent encore pour quelque chose — de voter le texte arrêté par le Conseil des Etats. Il ne s'agit pas d'attribuer à la caisse d'assurance ce qui dépassera les 300 millions du rendement de l'impôt de guerre. Il ne s'agit pas non plus de savoir si ce sera les 200 millions de M. Rothenberger ou les 100 millions de M. Obrecht qui iront aux assurances. Tout cela est contraire au principe de la constitution. Il ne faut pas confondre des choses qui doivent rester distinctes. Notre discussion dégénère, en réalité, en un vulgaire désordre, donnant le spectacle d'une déconcertante incohérence.

Je vous prie, en ma qualité de rapporteur, de maintenir le texte de la décision intervenue, c'est-à-dire de ne pas accepter la proposition Obrecht — naturellement nous demandons l'élimination de la première — et je vous demande de conserver la solution Walther. Je le fais en espérant, encore une fois, que le Conseil des Etats l'améliorera. Il en éliminera ce principe hétérogène que vous y avez introduit d'une manière incidente. J'ajoute, enfin, que si le Conseil des Etats acceptait, à son tour, la proposition Walther, très probablement nous voterions contre l'impôt de guerre.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Es folgt die Abstimmung.

M. **Musy:** Je demande le vote nominal sur la question finale, soit sur celle qui, après les votations éventuelles successives, sera mise en opposition au projet.

Präsident: Ich will zuerst auseinandersetzen, wie ich abzustimmen gedenke; dann werden Sie entscheiden, über welchen Antrag die Abstimmung unter Namensaufruf erfolgen soll.

Bei der ersten Beratung hat obgesiegt der Antrag Walther, der vorsah, dass das, was von der Kriegsgewinnsteuer über 300 Millionen Netto-Ertrag übrig bleibt, der Alters- und Invalidenversicherung zugewiesen werden soll. Heute wird dem gegenüber-

gestellt einmal der alte Antrag des Herrn Rothenberger, dass vom Ertrag der Kriegsgewinnsteuer ein Betrag von 200 Millionen vorweggenommen werden soll. Dem steht gegenüber der Betrag von 100 Millionen, die Herr Obrecht Ihnen vorwegzunehmen beantragt. Diese beiden Anträge Rothenberger und Obrecht werden zweifellos in einer Eventualabstimmung zuerst einander gegenübergestellt werden müssen. Was herauskommt, würde ich dem Antrag des Herrn Walther gegenüberstellen, und was hier herauskommt, würde ich dem Antrag des Herrn Keller gegenüberstellen, weil dieser ja nicht eigentlich auf dem Boden des Herrn Walther steht, sondern vielmehr auf dem Boden des ursprünglichen Kommissionsantrages. Er geht dahin, dass, wenn am Schlusse noch eine Deckung für die Mobilisationsschuld nötig ist, die aber nicht mehr den ganzen Betrag einer Steuer erheischen würde, die Bundesversammlung zu bestimmen hat, dass trotzdem die ganze Steuer erhoben werden soll, der Restbetrag aber für die Allters- und Invalidenversicherung Verwendung finden solle. Ein sehr wesentlicher Unterscheidungspunkt dieses Antrages gegenüber den Anträgen Obrecht und Walther liegt darin, dass er auf die weite Zukunft verweist, vielleicht erst in 16 Jahren den Entscheid bringt. Ich nehme an, dass Herr Musy den Namensaufruf bei der Gegenüberstellung der Anträge Rothenberger oder Obrecht gegenüber dem Antrage Walther verlangen würde.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell:

Für den Antrag Rothenberger	61 Stimmen
Für den Antrag Obrecht	78 Stimmen

Präsident: Nun folgt die eventuelle Abstimmung über den Antrag Obrecht gegenüber dem Antrag Walther. Ich will zuerst feststellen, ob der Antrag für den Namensaufruf genügende Unterstützung findet. — Sie haben den Namensaufruf mit 39 Stimmen beschlossen.

Abstimmung. — *Votation.*

Eventuell:

Mit « Ja », d. h. für den Antrag Walther stimmen die Herren:

(Répondent « oui », c'est-à-dire adoptent la proposition de M. Walther, Messieurs):

Balmer, Bersier, Bertoni, Bettex, Blumer, Bopp, Borella, Boschung, Bosset, Bossi, Büeler (Schwyz), Bühlmann, Caflisch, Calame, Cattori, Chuard, Cossy, de Dardel, Daucourt, Deschenaux, Eggspühler, Eigenmann, Eisenhut, Eisenring, Eugster Arthur, Feigenwinter, Garbani-Nerini, Gaudard, Gelpke, Genoud, Grand, Grünenfelder, Häfliger, Hartmann, Hess, von Hettlingen, Jaton, Kuntschen, Kurer, de Lavallaz, Maillefer, von Matt, Maunoir, Mermoud, Micheli, Ming, Moser (Luzern), Mosimann, Musy, Pelissier, Peter, Petrig, Piguet, de Rabours, Raschein, Rellstab, Reymond, Riva, Schaller, Schmid (Chur), Schubiger, Siegrist, Speiser, Steuble, Strebel, von Streng, Syz, Vassalli, Vital, Walser, Walther, Widmer, Wyrsch, Zurburg-Geisser (74).

Mit « Nein », d. h. für den Antrag Obrecht, stimmen die Herren:

(Répondent « non », c'est-à-dire adoptent la proposition de M. Obrecht, Messieurs):

Abt, Affolter, Bertschinger, Brand, Bühler (Frutigen), Buri, Burren, Düby, Eugster-Züst, Frei (Basel), Fritschi, Gamma, Göttisheim, Graber, Greulich, Grieder, Grieshaber, Grospièrre, Hardmeier, Hirter, Hofer, Hofmann, Hörni, Huggler, Hunziker, Ilg, Jäger, Jenny (Bern), Jenny (Glarus), Keller, Knüsel, Koller, Lohner, Lutz, Mächler, Meyer, Michel, Minder, Moll, Moser (Bern), Müller (Bern), Müller (Thurgau), Naine, Obrecht, Odinga, Platten, Rebmann, Rikli, Rimathé, Ringger, Ryser, Schär (Langnau), Scherrer Ed., Scherrer-Füllemann, Scheurer, Schmidheiny, Schneeberger, Schüpbach, Schwendener, Seiler (Liestal), Sigg, Spahn, Stadlin, Steinegger Steiner, Sträuli, Straumann, Stuber, Studer, Tschamper, Ursprung, Wagner, Weber (St. Gallen), Wild, Will, Wirz, Zingg, Zürcher (78).

Der Stimmabgabe enthalten sich die Herren:
(S'abstiennent Messieurs):

Frey (Zürich), Rothenberger, Schär (Basel) (3).

Präsident: Es kommen noch dazu die Herren Freiburghaus und Knellwolf, die mit « Nein » gestimmt haben. Dadurch ergibt sich das Resultat: 80 Nein, 74 Ja.

M. Calame: J'entends dire que deux députés ont fait inscrire leur vote après coup et qu'il a été tenu compte de ces deux suffrages. Je regrette d'invoquer à nouveau le règlement, mais celui-ci est formel et il prescrit a son article 83 que l'on ne doit compter comme ayant pris part au vote que les députés qui ont répondu immédiatement à l'appel de leur nom.

Präsident: Ich gebe Herrn Calame vollständig recht. Ich habe aber ausdrücklich erklärt, wie sich diese 80 Stimmen zusammensetzen, so dass ein Missverständnis nicht entstehen konnte; ebenso ist zweifellos, dass die Beschlussesfassung durch die zwei Stimmen im Endergebnis nicht beeinflusst wurde. Wenn Sie aber lieber wollen, können wir den Antrag mit 78 gegen 74 Stimmen als angenommen erklären. (Heiterkeit.)

Nun haben Sie den eventuell angenommenen Antrag Obrecht noch dem Antrage Keller gegenüberzustellen. Ich rufe Ihnen in Erinnerung, dass dieser Antrag ein Zusatzantrag zu Ziffer 2 des ständerätlichen Entwurfes ist.

Abstimmung. — *Votation.*

Definitiv:

Für den Antrag Obrecht	85 Stimmen
Für den Antrag Keller	19 Stimmen

Präsident: Nun ist noch das Postulat Wirz zu behandeln.

Wirz: In seinen Ausführungen zur Unterstützung des Postulates Rothenberger hat Herr Wild mit grossem Rechte darauf hingewiesen, dass Besitz verpflichte und deshalb das Postulat Rothenberger zur Annahme zu empfehlen sei. Herr Keller hat in seinem Votum gesagt, dass das Prinzip des Steuerwesens die Gerechtigkeit sei. Diese beiden Schlüsse, welche die Herren gezogen haben, sind es nun, die mich zur Stellung meines Postulates veranlasst haben. Ich unterstütze alle geeigneten Mittel, die praktisch den Weg zur Allters- und Invalidenversicherung erleichtern und verkürzen können. Es bedarf zur Verwirklichung dieser Versicherung aber, wie hier ja ausreichend nachgewiesen worden ist, ganz gewaltiger Mittel, denn wenn diese Versicherung in den Kantonen oder auf dem Boden des Bundes verwirklicht werden soll, dann müssen selbstverständlich den heutigen Existenzverhältnissen entsprechende Ansätze gemacht werden, anders als dies bei den bestehenden kantonalen Alters- und Invalidenversicherungen der Fall ist, denn diese Ansätze, wie wir sie im Kanton Glarus oder anderswo sehen, sosehr sie als Anfang zu begrüssen sind, reichen doch keineswegs aus, um wirklich eine Alters- und Invalidenversicherung zu bedeuten, die den heutigen Lebensverhältnissen entspricht. Deshalb muss darauf gesehen werden, dass zur Aeufnung dieses Versicherungsfonds möglichst ergiebige Quellen eröffnet werden.

Da ist es nun vor allen Dingen die Art, in welcher die Kriegssteuer erhoben wird, die bewirkt, dass sich auch hier die Mittel ergeben, die man erwarten darf. Es ist ja zu sagen, dass schon die erste Kriegssteuer im Gegensatz zu den kantonalen Steuergesetzgebungen die Möglichkeit gab, den Besitz ganz anders heranzuziehen, als dies bei den bisherigen kantonalen oder Gemeindesteuergesetzgebungen der Fall war. So ist z. B. im Kanton Zürich bei der Kriegssteuer zum erstenmal die Oeffnung der Grundbücher verfügt worden, eine Massnahme, die ausserordentlich viel Aufregung hervorgerufen hat, speziell unter der Bauernsame.

Dieses Mittel, die Kriegssteuer möglichst ergiebig und gerecht zu gestalten, habe ich gutgeheissen. Auf der andern Seite ist aber zu sagen, dass es eine Ungerechtigkeit wäre, im gleichen Moment, da man die Oeffnung der Grundbücher verfügt, nicht auch gleichzeitig die Banken anzuhalten, Einsicht in die bei ihnen liegenden Kapitalien zu gewähren, denn es liegt auf der Hand, dass hier noch ausserordentlich viel mehr zu holen wäre, als es durch die Art der Erhebung der Kriegssteuer der Fall gewesen ist. Alle jene, die mit der Kriegssteuererhebung als Steuerkommissäre zu tun hatten, wissen, wie ausserordentlich überrascht sie manchmal waren von der Art und Weise, wie man sich bis zu diesem Kriegssteuergesetz einer gerechten Besteuerung zu entziehen wusste. Deshalb gab auch Herr Stadtpräsident Billeter seinerzeit schon bei der Beratung des ersten Kriegssteuergesetzesentwurfes der Meinung Ausdruck, dass man auch die Banken anhalten müsse, Einsicht zu gewähren in die Kapitalien, die bei ihnen in Verwahrung liegen, damit man auch dieses Vermögen richtig und ganz erfassen könne.

Bei der zweiten Kriegssteuer ist das um so mehr zu wünschen, als durch die Oeffnung der Grundbücher gegenüber der Bauernsame eine grosse Ungerechtigkeit begangen wurde, und zwar deshalb, weil viele Kapitalbesitzer sofort hergingen und die Hypotheken kündigten. Es sind Fälle bekannt, wo ein Hypothekenbesitzer allein 25 Schuldbriefe gekündigt hat. Selbstverständlich sind diese Kapitalien dann in Wertpapieren angelegt worden, die in die verschwiegenen Tresors der Banken gewandert sind. Hier möchte ich Abhilfe getroffen wissen für dieses zweite Kriegssteuergesetz. Bei den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sollten Massnahmen getroffen werden, die hier nachholen, was bisher versäumt worden ist. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Ich möchte Ihnen deshalb mein Postulat zur Annahme empfehlen.

M. le conseiller fédéral **Motta.** J'ai très peu de choses à dire. Il est impossible au Conseil fédéral de se prononcer d'une manière décisive sur le postulat de l'honorable M. Wirz, qui semble avoir oublié une chose, c'est que, d'une part, le Conseil fédéral n'a pas élaboré la loi d'exécution du texte constitutionnel, mais que c'est l'autorité qui est chargée de ces fonctions, c'est à dire l'Assemblée fédérale. Lorsque le peuple, comme nous l'espérons, aura voté le texte constitutionnel de l'impôt de guerre renouvelé, le Conseil fédéral déposera de nouvelles propositions devant l'Assemblée fédérale pour obtenir une loi d'application sur laquelle, contrairement aux habitudes, l'Assemblée fédérale aura à prononcer le dernier mot sans la possibilité du referendum. A cette occasion, M. Wirz pourra traduire son postulat et au lieu de se contenter de formuler un vague désir, il invitera le Conseil fédéral à étudier sa pensée qu'il transformera en proposition nette et précise sur laquelle l'Assemblée fédérale aura à se prononcer. Donc, à l'heure actuelle, il est absolument prématuré d'en dire davantage. Cela n'empêche pas le Conseil fédéral de ne faire aucune objection au postulat de M. Wirz qu'il accepte d'étudier dès qu'il revêtira une forme régulière et qu'il sera adopté par le Conseil.

Abstimmung. — *Votation.*

Für das Postulat Wirz	22 Stimmen
Dagegen	62 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats).

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	08
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	03.02.1919 - 16:00
Seite Page Pagina	114-125
Ref. No	20 028 681

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

le peuple comme si vous étiez ses maîtres, il finira bien, lui, par vous montrer, d'une façon ou d'une autre, que c'est lui qui est le maître.

Bundesrat **Müller:** Ich will im Namen des Bundesrates kurz erklären, dass wir durchaus auf dem Standpunkt stehen, den Herr Scherrer-Füllemann Ihnen soeben auseinandergesetzt hat. Es handelt sich um einen Bundesbeschluss, das ist nicht bestritten. Bundesbeschlüsse sind dem Referendum unterworfen, wenn sie allgemein verbindlich und nicht dringlicher Natur sind. Ich denke, über die Dringlichkeit sind nicht viele Worte zu verlieren. Die Herren, welche in beredten Worten in diesen Tagen den Minderheitsantrag vertreten haben, haben die Dringlichkeit ihrer Anträge auf gänzliche Abschaffung der Vollmachten in allen Tonarten hervorgehoben. Nun haben sie nicht alles erreicht, aber sie haben eine Einschränkung erreicht, weil jedermann damit einverstanden war, dass wir jetzt an den Abbau gehen. Sie haben eine Einschränkung in der Form und in der Materie erreicht, dadurch, dass gewisse Garantien gesucht wurden, um den Abbau in kürzester Frist in die Wege zu leiten und ihn in die Kontrolle der Neutralitätskommissionen und der Parlamente zu stellen. Sie haben dies alles erreicht, aber das Dringlichste war doch gewiss auch von ihrem Standpunkte aus dieses, wenn es auch nicht so weit geht, wie sie haben gehen wollen.

Was die Herren zur Begründung ihres Antrages ferner vorbringen, das ist alles schon zur Begründung des Eventualantrages vorgebracht worden, der dahin ging, es seien diese beschränkten neuen Vollmachten als ein Verfassungsartikel in die Uebergangsbestimmungen in die Verfassung aufzunehmen. Diesen Antrag haben Sie heute morgen mit grossem Mehr abgelehnt, und nun kommt man auf dem Umweg wieder auf etwas Aehnliches zurück und will das fakultative Referendum in die Schlussklausel aufnehmen, ungefähr mit derselben Begründung, die wir nun xmal gehört haben und auf die ich nicht näher eintreten will.

Herr Scherrer-Füllemann hat Ihnen die Konsequenzen gezeigt. Alles zeigt deutlich, wohin wir kommen, wenn wir einem solchen Antrag folgen wollen. Wir hätten die dreimonatige Referendumsfrist, Unterschriftensammlung, Propaganda, grossen Lärm, Emotion im Lande. Wir wollen annehmen, die Unterschriftensammlung habe Erfolg. Dann kommt die Abstimmung, nochmals Volksversammlungen, grosser Lärm, Agitation, und es kommt der Abstimmungstag. Das Volk genehmigt und gibt den Segen zu dem, was Sie beschlossen haben. Dann hat die ganze Anstrengung keinen weiteren Zweck gehabt. Oder das Volk verwirft die Vorlage, wir dürfen ja annehmen, die Herren wollen sie zu Falle bringen, gleich wie sie es beabsichtigt haben mit ihrem Eventualantrag, dann bleibt alles beim alten, dann haben wir die alten Vollmachten, und was Sie heute beschlossen haben nach drei- oder viertägiger Diskussion, nämlich den Abbau der Vollmachten in die Wege zu leiten auf eine richtige und praktische Weise, das war alles für nichts und das Volk hat sich umsonst aufgeregt. Es wird verblüfft dastehen und fragen, was man eigentlich gemacht hat. Das ist nicht Politik, wie sie die Gegenwart fordert. Die Gegenwart fordert ernste, praktische und erfolgreiche Arbeit. Da sollten wir zusammenwirken bei dem wirklichen Abbau, auf das Ziel hin, das wir alle im Auge haben, auf das Ziel, dass diese Ausnahmezustände nun, sobald es eben die Verhältnisse gestatten, verschwinden.

Weiteres will ich nicht mehr sagen, alle diese Dinge sind ja weit und breit bis zum Ueberfluss erörtert worden.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	69 Stimmen
Für den Antrag Bonhôte	24 Stimmen

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	67 Stimmen
Dagegen	24 Stimmen

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Sitzung vom 12. Februar 1919, vormittags 8¼ Uhr.
Séance du 12 février 1919, à 8¼ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates, Seite 106 ff.)
(Voir les débats du Conseil des Etats, page 106 et suiv.)

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission. Der Ständerat hat über die Vorlage betr. die Wiederholung der Kriegssteuer entschieden, und zwar indem er in Ziff. 2 — der ersten Differenz — mit Einstimmigkeit beschlossen hat, an seinem frühern Beschlusse festzuhalten, d. h. indem er dem Beschlusse des Nationalrates betr. die 100 Millionen nach Antrag Obrecht nicht zustimmte. Es zeigte sich im Ständerat in dieser Angelegenheit eine ausgesprochene Entschlossenheit. Ich glaube kaum, dass diese Streitfrage heute noch Veranlassung zu langer Diskussion geben wird. Einige Bemerkungen mögen immerhin angezeigt sein.

Der Ständerat hat letzte Woche mit der Motion Usteri bereits einen Schritt getan, um zu bekunden, dass er für die Alters- und Invalidenversicherung eintreten will und es begrüssen würde, wenn man recht bald in dieser Frage zu einem Ziele käme. Es ist ja ohne Zweifel Tatsache, dass weite Kreise unseres Volkes es sehr gerne gesehen hätten, wenn das Postulat Rothenberger vom Rate angenommen worden wäre, nur um wirklich konstatieren zu können, dass die Räte die Alters- und Invalidenversicherng nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Tat und Wahrheit bejahen wollen. Aber es sind verschiedene Gründe, welche den Ständerat abgehalten haben, unserem Beschlusse beizustimmen, einmal die Rücksicht auf den ganzen Entwicklungsgang dieser Ziffer unserer Vorlage. Ich will nicht die einzelnen Stadien dieser Entwicklung wiederholen, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, dass unsere welschen Ratsmitglieder sich in den früheren Beratungen ungern von den zehn Jahren abbringen liessen, während welcher Zeit die Steuer erhoben werden soll. Dann kamen wir zu einer 12—14 Jahren dauernden Periode der Kriegssteuer. Die Herren konnten sich entschliessen, auch das noch anzunehmen, bis nach Eintritt des Waffenstillstandes sich die Verhältnisse geändert hatten und der Ständerat zu einer Dauer von 16 Jahren kam, welche sie auch noch annahmen, in der Meinung, dass das der letzte Schritt sei auf der Bahn, die ihnen sowieso nicht gut lag. Als die Zumutung kam, durch das Herausnehmen von 200 Millionen die Dauer der Kriegssteuer zu verlängern, erklärten sie, keinen Schritt mehr weiter zu können und bei den 16 Jahren zu bleiben.

Dann lagen beim ganzen Postulat Rothenberger vielen die Konsequenzen unangenehm auf dem Magen, dass dadurch ein Fremdkörper in die Kriegssteuervorlage hineingebracht worden war. Dass, wenn auch dies noch von unsern welschen Miteidgenossen verlangt würde, dann die Befürchtung für die Steuervorlage überhaupt kommen würde, liegt auf der Hand. Wir können doch nicht wohl riskieren, dass die Steuergesetzesvorlage falle, denn die Finanzen des Bundes verlangen dringend, dass geholfen werde. Der Landeskredit ist wohl zurzeit die grösste Sorge des Landes.

Wie Sie wissen, hat der Bundesrat bereits eine Expertenkommission ernannt, die anfangs März zusammentreten soll, um die Frage der Alters- und Invalidenversicherung näher zu prüfen, als Vorarbeit für das weitere Vorgehen. Es wäre meines Erachtens ein bedeutender Schritt zur Beruhigung, wenn von seite des Bundesrates uns die bestimmte Zusicherung gegeben werden könnte, dass er bereits bis zum März, bis zur nächsten Session, einen Verfassungsartikel vorlegen werde. Ich weiss, die Zeit ist kurz, aber es sollte doch möglich sein, wenigstens den allgemeinen Verfassungsartikel, ohne dass darin über die weiteren Details gesprochen würde, vorzubereiten. Damit würde natürlich auch den weitesten Kreisen bewiesen, dass der Bundesrat mit beschleunigtem Tempo die Sache durchzuführen bereit ist und damit manchem Schweizer die Beruhigung gebracht, dass es in der Fürsorge für die alten Tage einen guten Schritt weiter gehe.

Ich möchte auch an dieser Stelle den dringenden Wunsch gegenüber dem Bundesrate aussprechen, dass er diesen Vorschlag auf die nächste Märzsession uns vorlegen möge. Bei Ziff. 2 beantragt Ihnen die nationalrätliche Kommission mit 10 gegen 4 Stimmen, dem Ständerate zuzustimmen, also die Differenz zu beheben.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Nous sommes maintenant en présence d'une solution claire et précise. Ce serait peut-être aller un peu loin que de qualifier cette proposition de nette et définitive, puisqu'en réalité nous sommes en présence de l'éventualité de l'initiative Rothenberger. Si cette initiative devait trouver grâce devant le peuple, si elle devait réunir la majorité des Etats et la majorité du peuple dans le sens qu'un prélèvement de 200 millions effectué sur l'impôt sur les bénéfices de guerre serait réservé à la couverture des dépenses de guerre, l'édifice que nous avons construit serait en réalité ébranlé. Nous supposons que la totalité de l'impôt perçu sur les bénéfices de guerre doit être affecté à la couverture de la dette de guerre. Je ne sais pas si cette éventualité se réalisera. Je dis simplement ceci, c'est que si l'on votait sur l'initiative Rothenberger avant de présenter au peuple le renouvellement de l'impôt de guerre en la forme où nous allons maintenant le décider, tout notre système en serait ébranlé et l'on regrettera certainement alors de ne pas être resté fidèle à la solution qui avait été arrêtée par le Conseil national au mois de septembre dernier. Par le moyen proposé, nous eussions obtenu 500 millions, non compris l'impôt sur les bénéfices de guerre sur lequel on aurait pu éventuellement faire certains prélèvements pour les affecter non pas, me semble-t-il, directement à constituer un fonds servant de première base à l'organisation de l'assurance-vieillesse et invalidité, mais d'une façon générale pour assurer les oeuvres de politique sociale. Messieurs, on en a décidé autrement, il ne sert à rien de se morfondre en inutiles regrets. Nous vous proposons par conséquent d'adhérer à la solution du Conseil des Etats.

Schaller: Die Idee der Alters- und Invalidenversicherung ist während dieser Kriegs- und Revolutionszeiten zur reifen Frucht herangediehen. Tausend Arme strecken sich nach ihr aus, um sie zu pflücken, aber sie hängt zu hoch. Eifrige Männer sind dann gegangen, um eine Leiter zu holen, andere sind ruhig dabeigestanden, und die Heizer des Treibhauses haben zugeschaut, verblüfft, dass ihnen selbst der Gedanke nicht gekommen ist.

Man hat in den letzten Zeiten über diese Idee hier im Rate viel gesprochen und man konnte darüber nur eine Meinung hören. Aber es steht in der Bibel: «Am Anfang war das Wort», und wir müssen uns davor hüten, das es nicht einmal von den Räten und speziell von dem letzten Nationalrat des gegenwärtigen Wahlverfahrens heisst: «Am Anfang war das Wort, und am Ende war das Wort.» Es ist nun einmal ein Vorzug und anerkennenswert in der Motion des Herrn Rothenberger, dass der Wille, zur Tat weiterzuführen, darin manifestiert wird, und dieser Wille, dessen Aeusserung man überall für notwendig empfindet, hat denn auch eine Reihe von Unterschriften auf das Postulat geführt, deren Anblick mehrfaches Kopfschütteln verursacht hat. Es ist dann wohl mit Recht dem Postulat des Herrn Rothenberger von unsern Freunden aus dem Welschland entgegenge-

halten worden, dass es nicht richtig sei, in ein solches Gesetzeswerk eine Tendenz hineinzubringen, die ihm gänzlich fremd ist, dass nicht verlangt werden könne, Hunderte von Millionen für einen Zweck zu opfern, der verfassungsmässig nicht festgelegt ist, dass eine Garantie dafür fehlt, dass die Ausführung der Idee in einer Weise verwirklicht werde, wie sie der Staatsauffassung unserer welschen Miteidgenossen entspricht. Aus diesen Ideen heraus hat denn wohl der Ständerat mit Recht sich auf den Standpunkt gestellt, der nun durch seinen Beschluss festgelegt ist. Aber ich glaube, der Ständerat hat hierbei ein Moment übersehen, nämlich das Moment, dass nun einmal der Gedanke des Postulates Rothenberger in den Räten behandelt wurde, dass sich dieser Gedanke verdichtet hat zu zwei Beschlüssen des Nationalrates, zu dem Beschlusse, der auf Antrag des Herrn Walther, und zu dem Beschlusse, der auf Antrag des Herrn Obrecht gefasst wurde, dass bereits die Idee in das Volk hinaus gedrungen ist und evidentermassen weite Kreise für sich eingenommen hat, dass die Idee weiter fortgeschritten ist und sich bis zu einer Initiative, die von Basel aus lanciert wird, verkörpert hat. Diese Sachlage hätte der Ständerat nicht gänzlich ausser acht lassen dürfen. Er hätte sich sagen sollen, was es für einen Eindruck beim Volke mache, wenn man wochenlang über die Idee gesprochen hat, dass ein Teil der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- und Invalidenversicherung verwendet werde, und plötzlich mit einem Schlage die weitere Verfolgung der Idee abgebrochen wird; wenn ein Beschluss gefasst wird, dass der gesamte Kriegsgewinnsteuerertrag für andere Zwecke verwendet wird, durch den explicite gesagt wird, dass die Kriegssteuer nicht für den Zweck, der im Antrag Obrecht niedergelegt ist, verwendet werden darf. Ich glaube, die Kriegssteuervorlage, die mit diesem, ich möchte es Odium nennen, behaftet ist, wird im Volke vielfach Misstimmung hervorrufen. Ich glaube auch, es wird schwierig sein für diejenigen, die nun einmal die Idee der Verwendung eines Teiles der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- und Invalidenversicherung in sich aufgenommen haben, und für diejenigen, die zur Initiative mithelfen, für die Kriegssteuervorlage einzutreten. Sie würden dadurch gewissermassen mit sich selber in Widerspruch treten.

Bei dieser Sachlage schien es mir, es müsste die Kriegssteuervorlage in einer Weise dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden, wodurch nach keiner Seite irgend etwas präjudiziert wird, wodurch nicht gesagt ist, dass ein Teil der Kriegsgewinnsteuer auch für andere Teile der Schuldentilgung verwendet wird, und womit nicht gesagt ist, dass die ganze Kriegsgewinnsteuer für diesen Zweck verwendet wird, erreiche sie über 300 Millionen oder welchen Betrag sie wolle. Um nun diesen Gedanken, die ganze Angelegenheit nicht zu präjudizieren, in der Kriegssteuervorlage niederzulegen, habe ich mir erlaubt, den Antrag zu stellen, es möchten in Ziff. 2 vor den Worten «Ergebnis der ersten Kriegsgewinnsteuer» die Worte eingeschaltet werden: «zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden», wodurch die Festlegung des ganzen Ergebnisses der Kriegsgewinnsteuer für den Zweck der Schuldentilgung vermieden wird und wodurch ausdrücklich gesagt wird, dass nur derjenige Teil der Kriegsgewinnsteuer für diesen Zweck verwendet wird, der nach der kommenden Gesetzgebung oder Verfassungsänderung zur Verfügung stehen wird.

Man hat gestern in der Kriegssteuerkommission verschiedene Einwendungen gegen diesen Vorschlag erhoben. Man hat vor allem aus gesagt, durch diese Einschaltung werde nun geradezu einer Initiative für Einführung einer Verwendung der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- uhd Invalidenversicherung gerufen. Es ist das ein argumentum ad hominem, welches zum voraus keinen Eindruck machen wird bei denen, die für den Gedanken der Initiative eingenommen sind. Auf der andern Seite möchte ich sagen, dass diese Aufforderung in keiner Weise in dem Wortlaut des Antrages erblickt werden kann, im Gegenteil, es stimmt der Zusatz, den ich mir erlaubt habe, Ihnen vorzuschlagen, genau mit dem Sinne des ständerätlichen Beschlusses überein, sowie er übereinstimmt mit dem Gedanken, dass die Kriegsgewinnsteuer für die Kriegsschuld verwendet werde, insofern es sowieso nicht richtig ist, dass der ganze Ertrag verwendet wird für die Schuldentilgung. Denn es ist Ihnen doch bekannt, dass ein Teil davon den Kantonen zufällt und ein Teil der Arbeitslosenfürsorge. Das war in dem letzten Beschlusse des Nationalrates niedergelegt, und es geht auch in dieser Richtung über die Bedeutung einer bloss redaktionellen Bereinigung heraus, wenn man präzisiert und den Gedanken ausschliesst, als ob nachträglich der Wille aufgekommen wäre, diese Zwecke nicht zu berücksichtigen, sondern die ganze Kriegsgewinnsteuer ausschliesslich für die Schuldentilgung zu verwenden.

Man hat diesem Antrag opponiert von derjenigen Seite, die zu verhindern wünscht, dass ein Teil der Kriegsgewinnsteuer überhaupt für die Alters- und Invalidenversicherung verwendet wird. Aber ich glaube, diese Opposition setzt da nicht am richtigen Ort ein; denn einmal bedeutet ja der Antrag nicht diese Verwendung, und anderseits kann ja durch die Festlegung der Verwendung der Kriegsgewinnsteuer für die Schuldentilgung in der Vorlage nicht verhindert werden, dass nicht zufolge der Initiative trotzdem ein Teil der Kriegsgewinnsteuer für jenen Zweck verwendet wird. Und dann haben Sie ja auf allen Seiten erklärt, dass Sie durchaus eingenommen seien für die Idee der Alters- und Invalidenversicherung. Sie sind einverstanden, dass der Bundesrat eingeladen wird, möglichst bald einen Verfassungsartikel vorzulegen und möglichst bald einen Bericht zu bringen über die Finanzierung dieses Projektes.

Wenn Sie sich nun fragen, ob, wenn der Bundesrat dazu gelangt, zu erklären, dass die von ihm in Aussicht genommenen Finanzquellen nicht genügend sind für die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung, irgend jemand im Saale hieraus die Konsequenz ziehen und erklären wird, dass das ganze Werk dahinfalle oder sistiert bleibe, so lautet die Antwort: nein. Denn wenn die Finanzquellen, die in Aussicht genommen sind, die Tabakbesteuerung, die Alkoholbesteuerung und ähnliche Quellen, nicht genügen, so wird man sicher eine weitere Quelle für die Finanzierung herbeiziehen müssen, und niemand wird sagen, wenn keine andere Finanzquelle als gerade diese angesammelte Kriegsgewinnsteuer da ist, diese für alle Zeiten ein Noli me tangere bilden solle. Es nützt nichts, wenn man einen Riegel schieben und damit ein für allemal die Verwendung eines Teils der Kriegsgewinnsteuer für die Alters- und Invaliden-

versicherung verhindern will. Und dann glaube ich auch nicht, dass es demokratisch sei, wenn man in dieser Weise vorgehen würde. Man hat in den letzten Tagen so viel von Demokratie gesprochen hier in diesem Saale. Es war ein völliger Wetteifer darin, zu zeigen, wer am meisten triefte von dem demokratischen Oel; von dem Aristokraten bis zu dem Plebejer zeigte sich das nämliche Bestreben. Es gibt eine Demokratie und eine Demokratie. Die wahre Demokratie ist nicht die Demokratie, die sich auf diese Weise breit macht. Die wahre Demokratie geht davon aus, das Volk aufzuklären über die Ziele und über die Mittel und Wege, durch die diese Ziele innerhalb seines Machtbereiches erreicht werden können und dann dem aufgeklärten Volke den freien Willen zu lassen, diese Ziele zu verfolgen. Es ist aber etwas anderes, wenn man in den Kreis der eigenen Klassen- und Parteiinteressen greift und dem Volke etwas suggerieren will, was nur den Sonderinteressen entspricht. Das gleicht schon mehr der Demagogie, und wo diese herrscht, kann die Demokratie nicht existieren. Es ist nicht demokratisch, wenn man vor die Schatzkammer des Bundes einen Riegel schieben will, wenn man ängstlich das Volk abhalten will vor dem Zutritt zu der Schatzkammer, ähnlich wie Harpagon, der seinen Schatz im Garten verscharrte und so vor Weib und Kindern verbarg. Das ist nicht demokratisch. Wir sollen ruhig dem weiteren Gang der Initiative im Volke entgegensehen. Wir sollen uns beugen, wenn der Entscheid in dem Sinne fällt, dass ein Teil der gesammelten Schätze für diesen sozialen Zweck verwendet wird, und in der Zwischenzeit sollen wir alles vermeiden, was irgendwie den Schein haben könnte, als ob wir dem Volkswillen vorgreifen wollten.

Zum Schlusse möchte ich Sie bitten, den Antrag in vorurteilslose Prüfung zu ziehen und demselben beizustimmen. Er ist aus dem Gefühl der Verantwortlichkeit herausgegangen, die wir alle tragen für das weitere Schicksal der Kriegssteuervorlage in den Räten und im Volke. Er ist aus der Ueberzeugung hervorgegangen, dass es unsere erste und wichtigste Aufgabe zurzeit ist, diese Kriegsgewinnsteuer zu sichern, aus der Ueberzeugung, dass es für die innere Lage des Landes ein Schaden wäre, eine Gefährdung des Kredites der Eidgenossenschaft, eine Beeinträchtigung ihrer Ehre und damit geradezu ein Landesunglück, wenn die Kriegssteuer im Volke verworfen würde.

M. **Bettex:** La décision prise à l'unanimité par le Conseil des Etats, dans sa séance d'hier matin, met à l'aise et réconforte les membres du Conseil national qui se prononçaient, il y a quelques jours, contre la proposition Rothenberger et qui, la semaine dernière, s'élevaient contre une procédure si nouvelle, si étrange, pour ne pas dire davantage, qu'on n'a point hésité à la qualifier dans cette salle même de dangereuse et d'illégale.

Je rappelle que nous nous étions inclinés devant le vote sur la proposition Walther; à grand regret à la vérité; car, bien qu'atténuant de façon très sensible la proposition de M. Rothenberger, nous sentions combien elle était étrangère au débat; elle n'avait rien à voir dans la divergence qui seule nous occupait; et nous faisions toutes nos réserves. Cette question était liquidée, — je souligne le mot — lorsque lundi dernier, inopinément elle était reprise: procédé qui froissait vivement nos sentiments. En la réintroduisant ainsi, leurs auteurs commettaient un acte de force contre une minorité qui en appelait aux rapports régissant les deux Conseils, au règlement qui préside à nos délibérations, à l'esprit même de la constitution et aux principes qui sont à la base d'une sage et saine administration. Car, enfin, devant un vote acquis, devant une décision formelle qu'espérait-on en rouvrant la discussion sur un objet liquidé?

Prouver qu'elle répondait à un besoin urgent? Sceller, peut-être, la première pierre d'un édifice social à créer! On aurait compris, non point le procédé, mais votre désir de chercher à aboutir malgré tout si nous nous étions déclarés, par avance, opposés à la réalisation d'une oeuvre sociale qui nous est chère, à nous autant qu'à vous, à laquelle nous souscrirons pleinement le jour où elle sera discutée pour elle-même, dans les formes légales et constitutionnelles, le jour où le peuple souverain se sera prononcé, y donnera son adhésion, le jour où l'on apportera à la réalisation de cette oeuvre les ressources nécessaires. Donc, en la forme et le fond, nous estimons être fondés à critiquer la proposition Rothenberger qui n'a pas même le mérite d'avancer d'un seul jour la réalisation de l'assurance-vieillesse et invalidité, ou celui de désarmer l'opposition. Je lis à l'instant même dans la « Revue » de Lausanne la traduction d'un article écrit dans un très bon esprit, publié par la « Nouvelle Gazette de Zurich ». Il y est dit entre autres: « Les Romands ne font pas une opposition de principe au postulat d'une prochaine introduction de l'assurance-vieillesse et invalidité, s'en tenant plus que nous, Suisses allemands, au droit formel, ils demandent qu'avant de former un fonds il soit édicté un article constitutionnel sur l'introduction de cette assurance populaire, surtout ils s'opposent à ce que la question d'assurance soit mêlée à celle de l'impôt de guerre, comme c'est arrivé avec le postulat Rothenberger, derrière lequel ils aperçoivent le spectre de l'impôt fédéral direct. »

En effet, cette proposition, — nous sommes fondés à le croire — tend à rien de moins qu'à un retour offensif de l'impôt fédéral direct, assez longuement temporaire pour qu'il devienne permanent. Et, en outre, ne voyez-vous pas, Messieurs, le danger extrêmement grave de cette procédure nouvelle? Si elle était admise, elle constituerait un précédent dangereux et ne tarderait pas à s'introduire dans les moeurs parlementaires; on s'habituerait à ce mode nouveau de procéder aussi regrettable qu'abusif. Nous le disons franchement, c'est une voie que nous ne suivrons jamais. Nos populations déjà ont peine à nous suivre; elles ne nous comprennent plus; et comment nous comprendraient-elles, quand nous-mêmes nous ne savons pas très souvent où nous allons et ce que nous voulons! Nous marchons de concessions à compromis et de compromis à marchandages. Il suffirait, pour en donner les preuves, de rappeler les étapes de l'impôt de guerre. Nous vous étions placés, en octobre dernier et après de longues discussions, sur un terrain solide quant à l'étendue et à la durée de l'impôt. Vint l'armistice et, les comptes de mobilisation pouvant être établis, la décision du Conseil des Etats. Nous nous y sommes ralliés quand M. Rothenberger transforma son postulat en proposition. J'abrège. A la vérité, Messieurs, j'en suis venu à me demander,

et je crois bien ne plus être le seul à y avoir pensé, si la proposition de M. Goetschel, dont on aurait pu adoucir la brutalité (permettez-moi l'image et l'expression) n'eût pas apporté une solution acceptable et définitive de la reconstitution de nos finances. Je rappelle, en passant, que semblables propositions avaient été faites en 1789 par Necker qui demandait que chaque citoyen fît le sacrifice du quart de son revenu et par Victor Hugo en 1848, lors du 4 août, qu'il appelait la « nuit des capitalistes », alors que pour reconstituer la situation financière, il avait proposé de prélever le 5 % sur toutes les fortunes.

Nous avons conscience d'avoir été aussi loin que possible dans la voie des concessions en admettant d'abord la perception de l'impôt pendant 16 ans, au lieu de 10 ans, puis la couverture de la totalité des dépenses de mobilisation, au lieu de nous en tenir à la somme de 500 millions votée en octobre dernier. Nous l'avons fait par esprit de conciliation et aussi parce que nous sentons que vis-à-vis de notre situation et de la reconstitution financière nous sommes appelés à remplir un grand devoir, un devoir patriotique. Un principe est en jeu: nous ne céderons pas. Et nous n'irons pas plus loin dans la voie des concessions. C'est pourquoi je vous recommande instamment de vous rallier à la proposition du Conseil des Etats purement et simplement.

Sträuli: Ich anerkenne sehr gerne, dass Herr Schaller mit seinem Antrage eine gute Intention hat. Herr Schaller will die Initianten beschwichtigen und ihnen einigermassen entgegenkommen. Allein es scheint mir, dass rechtlich der Antrag des Herrn Schaller keine Bedeutung habe und dass praktisch dasjenige nicht herauskommt, was er wünscht, dafür aber ein anderes Uebel. Rechtlich hat der Antrag keine Bedeutung: In der Kommission hat Herr Kollege Müller einen Antrag gestellt, der auf einem ähnlichen Boden steht wie derjenige des Schallerschen Antrages. Allein es ist klar, dass, wenn wir heute das Steuergesetz so formulieren, wie es vorgeschlagen worden ist, also ohne irgend eine Einschiebung, und es kommt später eine Initiative, die grundsätzlich etwas ändert an demjenigen, was wir beschlossen haben, dann eben das Neuere gilt, dasjenige, was später beschlossen ist. Es ist also rechtlich nicht notwendig, heute schon darauf hinzuweisen, dass vielleicht später eine Initiative kommt, die irgend etwas ändern könnte an demjenigen, was wir heute beschliessen.

Und praktisch: Ich glaube, es ist nicht nötig, die Freunde der Schaffung eines Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung zu beschwichtigen und Ihnen zu sagen: Ihr könnt dann später mit einer Initiative kommen. Man weiss, dass diese Idee Wurzeln gefasst hat. Sie wird kommen. Wir brauchen keine Ermunterung oder Einladung in das Gesetz aufzunehmen. Das ist zweifellos nicht notwendig und die Initianten werden sich nicht beschweren, wenn Sie den Antrag Schaller nicht annehmen. Aber umgekehrt fürchte ich, dass der Antrag praktisch Schaden stiften werde bei denjenigen, die gegen die Initiative sind und die, wenn man irgend einen Zusatz beifügt, der Ihnen verdächtig erscheint, glauben, ein Recht zu haben, gegenüber dem Steuergesetz aufzutreten. Sie mögen an dem Artikel, wie der Ständerat ihn angenommen hat, irgend eine noch so unschuldig erscheinende Aenderung anbringen, so wird das Verdacht erwecken in der welschen Schweiz, den Verdacht, dass man jetzt schon die Initiative protegieren wolle, ihr quasi rufen und das Tor öffnen wolle. Warum wollen wir also dem Steuergesetz jetzt schon Gegner schaffen durch eine solche Einflechtung? Die Hauptaufgabe, die wir heute haben, ist doch, dahin zu wirken, dass das Steuergesetz angenommen wird. Daher wollen wir es rein zur Abstimmung bringen, so wie es ist und aus den Beratungen des Ständerates hervorgegangen ist. Kommt dann die Initiative, dann haben wir wieder darüber zu reden.

Wie gesagt, so gut der Antrag Schaller gemeint ist, er hat praktisch nicht diejenige Wirkung, die Herr Schaller ihm zutraut; es ist nicht nötig, dass man etwas nach jener Richtung tut. Dagegen wird sicher die beantragte Aenderung Verdacht erwecken bei allen denjenigen, die gegen die Idee der Initiative sind, und die nun glauben, von vorneherein ihre Stellung markieren und das Steuergesetz verwerten zu müssen.

Noch ein kurzes Wort zur Situation im allgemeinen. Ich habe bereits darauf hingedeutet, dass heute die Hauptsache für den Rat ist, dass das Steuergesetz durchberaten wird und zur Annahme gelangt. Der Ständerat hat einstimmig die Streichung des Antrages Obrecht vorgenommen, und es scheint mir, unter diesen Umständen wird es das einfachste sein, wenn der Nationalrat zustimmt und nicht den Antrag der Herren Obrecht oder Rothenberger wieder aufnimmt, weil ein praktisches Resultat dabei nicht herauskommt. Allerdings muss ich schon sagen, ich habe gegenüber dieser eigenen Argumentation Bedenken. Ich hätte es für die Sache und für den Rat vorteilhafter betrachtet, wenn hier eine Lösung gefunden worden wäre, z. B. im Sinne des Antrages Obrecht. Und sodann fürchte ich, dass wir nur etwas hinausschieben, was doch kommt. Die Gegner der Initiative, die sagen: Wir wollen heute absolut nichts von einem Versicherungsfonds hören, treiben doch ein wenig Vogelstrausspolitik. Sie denken: Vielleicht kommt die Initiative doch nicht. Aber ich glaube, sie wird kommen, und dann sind wir vielleicht in einer schwierigeren Situation. Aber so, wie die Dinge liegen, ist es praktischer und einfacher, zu sagen: Wir stimmen dem Beschlusse des Ständerates zu und gewärtigen, was nachher kommt.

Müller (Bern): In der letzten Beratung der Kriegssteuer hier im Nationalrate ist in letzter Stunde der Gedanke des Herrn Rothenberger in bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung in der Weise mit der Kriegssteuer verbunden worden, dass ein Betrag von 200 Millionen Franken aus dem Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer reserviert werden sollte. Der Gedanke ist dann schliesslich durchgedrungen in der abgeschwächten Form des Antrages Obrecht, dass 100 Millionen Franken zu diesem Zwecke in einen Fonds zu legen seien.

Und nun stehen wir vor der Tatsache, dass der Ständerat, und zwar einstimmig, diese Verkoppelung des Gedankens der Alters- und Invalidenversicherung mit der Kriegssteuervorlage abgelehnt hat. Das Ergebnis dieser Abstimmung im Ständerat zeigt uns deutlich, dass auf diesem Wege nicht mehr weiter zu kutschieren ist. Denn es ist undenkbar, auch

wenn man den Antrag Obrecht aufrechterhalten wollte, dass der Ständerat seine Meinung ändern würde bei diesem unzweideutigen Abstimmungsergebnis. Die Situation mit dem Antrag Rothenberger-Obrecht ist — das muss schon gesagt werden — eine eigenartige, weil hier auf etwas abgestellt wird, was verfassungsmässig noch in keiner Weise klargelegt ist. Deshalb muss die Frage wirklich anders angepackt werden, und sie wird anders angepackt werden. Die Initiative ist angekündigt. Sie wird unter allen Umständen ins Volk geworfen werden, wird, wie ich fest überzeugt bin, die nötige Anzahl Unterschriften erhalten, und in diesem Momente schiene es mir ein Gebot der Aufrichtigkeit und Klarheit, hierauf in ähnlichem Sinne wie Herr Schaller Rücksicht zu nehmen. Ich hatte einen gleichen Gedanken aus ähnlichen Erwägungen heraus in der Kommission formuliert, habe ihn aber nicht aufrechterhalten, weil ich mich der Formulierung des Herrn Schaller auch anschliessen kann. Ich wollte sagen, dass die Ergebnisse der Kriegsgewinnsteur, soweit sie nicht verfassungsmässig zu andern Zwecken bestimmt sind, verwendet werden können. Dieser Fassung gegenüber ist von Herr Bundesrat Motta die Einwendung erhoben worden, dass damit gewissermassen in diesem Verfassungsartikel über die Kriegssteuer eine Einladung erfolge, schon von vorneherein für die Alters- und Invalidenversicherung Propaganda zu machen. Ich habe auf meiner Formulierung nicht bestanden, weil mit der harmloseren Fassung des Herrn Schaller der gleiche Zweck erreicht werden kann, und überdies ohne weiteres zuzugeben ist, was Herr Sträuli ausgeführt hat. Wenn wir die Fassung des Ständerates unverändert annehmen, so ist damit durchaus nicht gesagt, dass eine spätere Verfassungsinitiative über die Ergebnisse der Kriegsgewinnsteuer nicht vollständig souverän disponieren und z. B. in der Initiative gesagt werden könnte: Der Bund hat eine Alters- und Invalidenversicherung einzurichten und es wird zur vorläufigen Finanzierung derselben ein Betrag von 200 Millionen Franken aus den Kriegsgewinnsteuern bestimmt. Damit wird der Verfassungsartikel über die Wiederholung der Kriegssteuer, der vorläufig über das ganze Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer disponiert, abgeändert durch eine spätere Verfassungsbestimmung, so dass man von diesem Gesichtspunkte aus auf den Zusatzantrag Schaller verzichten kann, da dies an der Situation nichts ändert, wenn die Initiative erfolgreich sein sollte. Im Interesse unzweideutiger Klarheit ist der Antrag Schaller zu empfehlen. Wird er abgelehnt, so ändert das an dem Gange der Alters- und Invalidenversicherung unter keinen Umständen etwas. In der Initiative selbst ist man frei.

Rothenberger: Gestatten Sie mir, eine kurze Erklärung abzugeben. Man wird sich fragen, welche Stellung der Sprechende und seine Freunde einzunehmen haben, die dafür eingestanden sind, dass aus dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuern 200 Millionen Franken für einen Alters- und Invalidenversicherungsfonds zu reservieren seien. Wie der Vorredner soeben ausgeführt hat, ist leider in der Bundesversammlung keine Aussicht vorhanden, den erneuerten Antrag durchzubringen, nachdem der Ständerat ihn einstimmig abgelehnt hat. Ich sehe daher im Namen meiner Freunde davon ab, den Antrag zu erneuern, erkläre vielmehr, dass die Initiative bereits im Gange ist und dass dafür gesorgt wird, dass in rascher Zeit mehr als die nötigen Unterschriften beisammen sein werden, um die Bundesversammlung vor die Tatsache zu stellen, dass auf diesen Bundesverfassungsartikel betr. die wiederholte Kriegssteuer zurückzukommen ist. Herr Sträuli hat durchaus mit Recht vorhin ausgeführt, es wäre für die Bundesversammlung richtiger gewesen, jetzt schon unserer Auffassung nachzugeben, als zu erklären, man wolle von der Verbindung der beiden Fragen nichts wissen. Denn die Initiative wird kommen, und sie wird eine sehr grosse Anzahl Unterschriften, auch aus der welschen Schweiz, auf sich vereinigen, viel mehr, als Sie glauben, und sie wird gegenüber dem einstimmigen Bundesrat ein nahezu einstimmiges Verdikt des Schweizervolkes erzielen.

Bei dieser Gelegenheit bemerke ich, dass ich zur Ueberzeugung gekommen bin, dass viele Ratsmitglieder überhaupt gegen eine Alters- und Invalidenversicherung eingenommen sind, obschon niemand sagt, man sei gegen die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung. Ich höre, dass man Erklärungen entgegennimmt, niemand sei gegen die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung. Aber sobald sie greifbare Gestalt annehmen soll, sagen die einen, man habe noch keinen Verfassungsartikel, die andern, man habe noch ein weiteres jährliches Defizit von 100 Millionen zu decken, und dann serviert man uns nachher die indirekten Steuern, und so sehen wir also, dass eben der rechte, ernste Wille nicht vorhanden ist.

Ich möchte heute nur einen Fall einer solchen Befürwortung der Alters- und Invalidenversicherung anführen. Ein Organ schrieb, als man die Kranken- und Unfallversicherung einführen wollte — man wollte eben die Errichtung der Unfallversicherung dadurch zu Falle bringen — dass man sofort die Alters- und Invalidenversicherung errichte. Ich habe früher ausgeführt, dass die Errichtung der staatlichen Unfallversicherung in der Weise, wie sie geschehen ist, nichts weniger als Freunde warb. Aber gegen den Grundsatz der allgemeinen Unfallversicherung hätte man nicht so Sturm laufen sollen. Und heute kommt dasselbe Organ und erklärt, man dürfe gar nicht daran denken, etwa jetzt schon an die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung heranzutreten. Ich könnte noch andere derartige sich widersprechende Stellungnahmen anführen, aus denen hervorgeht, dass die Wärme für dieses soziale Werk sofort abnimmt, sobald es ans Zahlen oder nur an das Finanzieren geht.

Zum Schlusse will ich noch gegen ein Votum des Präsidenten der ständerätlichen Kommission protestieren. Der Referent der ständerätlichen Kommission hat erklärt: Wir machen den Wettlauf um die Gunst der grossen Massen nicht mit und die Reservierung von 200 Millionen Franken Kriegsgewinnsteuer sei ein Fremdkörper. Ich habe die Auffassung, dass man allerdings von einem Fremdkörper sprechen könne, weil vielen das nötige soziale Verständnis ein Fremdkörper ist. Gegenüber der Auffassung, dass man um die Gunst der grossen Massen buhle, lege ich Protest ein. Wir erklären unserseits, dass wir Anhänger der Finanzierung der Alters- und

Invalidenversicherung den Wettlauf um die Gunst des grossen Kapitals nicht mitmachen wollen.

Wild: Vor die Frage gestellt, ob ich nun in der Schlussabstimmung meine Stimme dem Entwurfe geben solle oder nicht, erkläre ich, dass ich für den Entwurf stimme, obwohl er, wie Sie wissen, in dem wichtigen Punkt, den ich zu vertreten mir Mühe gab, mir nicht genügt. Allein ich halte es für durchaus nötig, dass wenn immer möglich dieser Verfassungsartikel zustandekommt. Allein, wenn er nun in der Form, wie ihn der Ständerat gutgeheissen hat, und wie es parlamentarisch wohl am richtigsten ist, unverändert angenommen wird, um vor dem Volke als einstimmig gutgeheissene Vorlage zu erscheinen, erkläre ich zu gleicher Zeit, dass wir alle Ursache haben, von dem schlecht unterrichteten Papst an den besser zu unterrichtenden zu appellieren, d. h. durch die Initiative das Volk in die Lage zu versetzen, zu beurteilen, ob es die Ablehnung des Vorschlages Rothenberger gutheisst, die im Ständerate zur Geltung gekommen ist. Wir werden zwei Abstimmungen haben. Wir werden in einer mühevollen, durch viele Streitereien und gegenseitige Vorwürfe getrübten Atmosphäre eine schöne Sache mit Mühe, aber, ich will hoffen, mit Erfolg schliesslich zu dem Punkte bringen, auf den sie die Räte leicht hätten bringen können.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Les différentes opinions qui se sont manifestées jusqu'à présent démontrent la volonté du Conseil national d'adhérer à la décision du Conseil des Etats. Quant à moi, je remercie les partisans d'une autre solution d'avoir compris que pour la bonne règle et dans l'intérêt général il fallait adhérer au Conseil des Etats. En effet, la question qui se pose est celle-ci: Voulons-nous aboutir ou ne voulons-nous pas aboutir? Si oui, il n'y a pas autre chose à faire que d'adhérer à la décision du Conseil des Etats. Cette décision est conforme à toutes celles que vous connaissez, sur lesquelles des rapports ont été présentés dans les délibérations de la commission et que vous avez discutés. Le Conseil des Etats a été unanime, ce qui montre sa volonté ferme et inébranlable, pour ne pas permettre que deux questions, que la commission estimait étrangères l'une à l'autre, fussent englobées dans le même article constitutionnel. Hier, au Conseil des Etats, l'unanimité de la commission s'est traduite, fait assez rare dans une question de cette nature, par l'unanimité du Conseil des Etats, à l'exception cependant d'un député, je puis le nommer, c'est M. Henri Scherrer qui, pour ne pas se mettre en contradiction avec ses amis politiques qui avaient pris une autre attitude, avait déclaré s'abstenir du vote. Tous les autres ont accepté la formule primitive du Conseil des Etats étendue par celle du Conseil national. C'est la sagesse même, c'est la bonne volonté la plus manifeste qui commande d'adhérer au Conseil des Etats.

Je voudrais dire un mot de la proposition de M. Schaller et répondre aussi un mot très bref à l'honorable M. Rothenberger. La proposition Schaller part évidemment d'une bonne intention et de nobles motifs. Il voudrait dire que l'impôt sur les bénéfices de guerre servira à couvrir la dépense capitale de mobilisation pour autant que cet impôt ou son rendement serait disponible. Tout d'abord un mot sur la manière de poser la question. Elle est beaucoup plus dangereuse que la proposition Rothenberger, que la proposition Obrecht ou même la proposition Walther. Elle laisse ouvertes toutes les portes, tandis que la proposition Walther tendait à fermer les portes aussi complètement que possible et que celle de M. Rothenberger voulait les laisser presque complètement ouvertes. Alors que M. Obrecht avait tâché, de son côté, de laisser la porte à demi ouverte et à demi fermée, M. Schaller nous place dans l'incertitude la plus absolue. Une initiative populaire peut poursuivre un but différent que celui dont il s'agit dans l'article constitutionnel en question; elle peut demander non seulement 200 millions, mais 300 millions, même davantage. Je dis qu'une manière semblable de poser la question est dangereuse. Ce qui caractérise le plus cette proposition, c'est qu'elle est complètement inutile, parce que de deux choses l'une: Ou bien le peuple décide d'affecter le rendement de l'impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre à un but différent de celui que nous indiquons maintenant dans le texte constitutionnel et nous devons nous incliner devant la volonté du peuple. Ce n'est pas parce que nous aurons mis une formule vague, une réserve en quelque sorte dans l'article constitutionnel que nous empêcherons le peuple de se prononcer.

Ou bien le peuple ne le veut pas et alors tant mieux.

C'est vous dire qu'en tout état de cause, la proposition de M. Schaller est inutile et dangereuse. Elle implique, qu'on le veuille ou non, un geste amical, je dirai un geste d'appel aux initiants. Elle leur dit: Faites votre initiative, mettez-vous en contradiction, si vous le voulez, avec la pensée sanctionnée par l'article constitutionnel. Ceux qui ont délibéré sur le projet d'impôt de guerre, ceux qui l'ont façonné ainsi vous ont déjà réservé une petite place, ils ont déjà indiqué que si votre initiative venait, elle serait la bienvenue. Quelle sera la conséquence de cet état de choses? C'est que la suspicion dominera et planera en quelque sorte sur le projet d'impôt de guerre et que ceux qui éprouvent déjà des difficultés considérables à s'y rallier à cause de ses conséquences économiques, mais surtout politiques, le considéreront comme un bloc enfariné qui ne dit rien qui vaille. Ce projet renferme des dangers visibles et des dangers cachés. Nous nous mettons dès lors dans l'opposition la plus absolue. La conséquence finale sera le rejet de l'impôt de guerre sans avoir sauvé par cela l'initiative. Vous voyez qu'à tous les points de vue la proposition Schaller, dont je reconnais les bonnes intentions, n'est pas recommandable. D'ailleurs elle a été combattue par tout le monde et j'espère qu'elle sera rejetée par le Conseil.

Un mot maintenant à l'honorable M. Rothenberger. Il annonce que l'initiative est déjà en cours, il prévoit un verdict solennel du peuple suisse et même, si je ne me trompe, il a parlé de l'unanimité du peuple suisse qui s'insurgera en quelque sorte contre l'unanimité du Conseil des Etats et du Conseil fédéral. Cette manière de poser la question est un peu hyperbolique, M. Rothenberger reconnaîtra avec moi que rien n'est plus dangereux que le métier de prophète. Quoi qu'il en soit, lorsque la question se posera, nous

l'examinerons avec le calme et la pondération nécessaires. Si je comprends bien sa pensée, il ne veut pourtant pas que l'on pourvoie aux besoins financiers de l'oeuvre des assurances-vieillesse et invalidité en recourant à tout prix à la manière qui lui semble préférable et qui lui est chère. L'essentiel, c'est que les ressources nécessaires à cette oeuvre soient assurées. M. Rothenberger a dit tout à l'heure qu'il avait eu l'impression, d'après les discussions intervenues soit au Conseil, soit dans la presse, que bien des personnes avaient des pensées de derrière la tête, mais n'osaient pas manifester leur inimitié contre le projet des assurances; que des personnes montrent une mine agréable, tout en dissimulant les pensées les plus noires. Messieurs, je ne puis parler qu'au nom du Conseil fédéral, je n'ai pas le droit de parler au nom du parlement et de me mettre à la place de ceux qui sont atteints par cette remarque de M. Rothenberger. Je puis lui déclarer simplement ceci, c'est que le Conseil fédéral n'a pas l'habitude de jouer double jeu, qu'il ne montre pas une mine agréable avec une pensée noire, mais que s'il fait une promesse, c'est qu'il a l'intention de la tenir. Si donc le Conseil fédéral a déclaré qu'il veut hâter dans toute la mesure du possible la réalisation de la pensée des assurances, c'est qu'il tient à tenir cette promesse. Il faudrait être aveugle pour ne pas voir que cette réforme est maintenant urgente, qu'elle est appelée par les vœux de la généralité du peuple, je ne dis pas l'unanimité, que ce serait une politique détestable que de ne pas le comprendre et de ne pas marcher vers cette direction.

Seulement la question est de savoir si pour subvenir aux besoins financiers de cette oeuvre des assurances, il est absolument nécessaire de distraire de l'impôt sur les bénéfices de guerre les 200 millions ou les 100 millions en question. Personnellement, je ne le crois pas et mes collègues non plus. J'ai déjà déclaré, et je dois le dire encore une fois ici pour dissiper tout malentendu, vous allez au mois de mars discuter le texte constitutionnel introduisant l'impôt sur le tabac. Ces dernières années, le Conseil fédéral n'avait pas cru pouvoir adhérer à l'idée suivant laquelle cet impôt devait être destiné aux oeuvres d'assurance. Eh bien, aujourd'hui, devant la situation nouvelle, telle qu'elle se présente, le Conseil fédéral m'a autorisé à vous déclarer de la manière la plus formelle qu'il ferait à la commission du Conseil national qui se réunira le 7 mars à Zurich la proposition d'affecter le produit de l'imposition du tabac exclusivement à cette oeuvre. Mais si cette somme ne suffit pas, il sera entendu, par exemple, que l'imposition des alcools, même d'autres impositions seront appliquées à la même oeuvre, puisque si l'on veut la chose, il faut bien vouloir les moyens de la réaliser. Il me semble impossible que si l'Assemblée fédérale et le peuple suisse déclarent vouloir l'assurance-vieillesse et invalidité, ils ne veuillent pas prendre les mesures nécessaires pour la faire aboutir. Ils ne refuseront pas ensuite de procurer à l'oeuvre les ressources nécessaires. Je suis absolument persuadé que ces ressources seront trouvées et même sans peine.

J'ai eu l'occasion de provoquer au sein du Conseil fédéral une discussion sur la question de savoir — et par là M. Rothenberger verra nos excellentes intentions pour tenir compte dans la mesure du possible de ses voeux et de ses désiderata — j'ai provoqué, dis-je, au sein du Conseil fédéral, une discussion sur la question de savoir s'il n'était pas possible de donner déjà en mars à l'Assemblée fédérale l'assurance que le Conseil fédéral déposerait un projet instituant l'assurance-vieillesse et invalidité. C'est mon collègue du département de l'économie publique qui est spécialement intéressé à cette question, puisque son département est appelé à faire les travaux préparatoires en vue de cette reforme sociale. Je ne pense pas que quelqu'un parmi vous puisse douter un instant, non seulement de la bonne volonté, mais de la ferme volonté de mon collègue M. le conseiller fédéral Schulthess de travailler dans le sens de ces réformes sociales. M. Schulthess a déclaré au Conseil fédéral que dans quelques semaines se réunira la grande commission d'experts qu'il a instituée pour examiner tout d'abord la question de principe. Suivant les résultats de cette première délibération, M. le conseiller fédéral Schulthess se réserve de se mettre immédiatement à l'élaboration d'un texte constitutionnel qui pourrait vous être soumis au mois de mars. Nous ne pouvons pas vous faire une promesse absolue; s'il est une chose que nous détestons, c'est de faire des promesses que nous ne sommes pas sûrs de ne pouvoir tenir et comme nous faisons une promesse sérieuse, nous voulons pouvoir la tenir effectivement.

Je résume ainsi la situation. Le Conseil fédéral s'efforcera d'arriver déjà au mois de mars avec le texte constitutionnel; si c'est possible, le Conseil fédéral en sera très heureux; sinon, il devra être entendu d'ores et déjà que la session de juin ne s'écoulera pas sans que vous soyez en mesure de discuter cet objet. Il me semble que ces déclarations doivent être de nature à tranquilliser tout le monde.

Malgré cela, l'initiative veut être formulée. Eh bien, lorsqu'elle arrivera, il sera possible constitutionnellement d'y opposer un contre-projet; il faudra étudier ce contre-projet, et le peuple pourra faire son choix entre le projet de l'initiative et le projet du Conseil fédéral ou de l'Assemblée fédérale, si celle-ci fait sien le projet du Conseil fédéral. Le peuple aura l'occasion de choisir entre une solution et l'autre. Quant à moi, je suis profondément démocrate, j'ai une confiance si absolue dans le bon sens de notre peuple que je ne doute pas qu'il saura choisir la solution qui correspondra le mieux aux intérêts supérieurs du pays et à l'avenir de la démocratie suisse.

Voilà pourquoi je tenais à dire, et ce sera le mot de la fin, que si j'insiste pour que vous adhériez à la proposition du Conseil des Etats, c'est que je considère que le vote est déjà moralement acquis. Ce n'est pas là, je voudrais le dire à l'honorable M. Schaller, ce n'est pas là de la politique d'Harpagon, de la politique d'avare que nous voulons faire, loin de là, mais une politique d'ordre et de bonne méthode.

Schaller: Es war durchaus nicht meine Absicht, den Initianten, wie gesagt wurde, einen Wink zu geben; eines Winkes sind Sie, glaube ich, nicht bedürftig, sondern der Zweck meines Antrages war ausschliesslich der, der Steuervorlage die Wege zu ebnen, die Hindernisse zu beseitigen, die auf diesem Wege vorhanden seien. Diese Hindernisse erblickte ich auf der Seite der Initianten für die Alters- und Invalidenversicherung, indem ich annahm, dass diese Kreise sich nicht dazu entschliessen könnten, eine

Kriegssteuervorlage anzunehmen, in der gerade das Gegenteil von dem festgelegt wird, was sie anstreben. Nun habe ich heute zu meiner Genugtuung vernommen, dass gerade diejenigen Kreise, die ich durch meinen Antrag für das Gesetz einnehmen wollte, diese Zugabe nicht brauchen und nicht wollen und dass sie erklären, mit der Gesetzesvorlage einverstanden zu sein, wie sie der Ständerat angenommen hat. Damit ist nun jede Notwendigkeit für meinen Antrag weggefallen und ich erkläre, dass ich ihn zurückziehe.

Schmid (Olten): Ich habe das Wort nicht ergriffen, um irgend einen Antrag zu stellen, sondern um eine kurze Bemerkung zu machen. Aus den Ausführungen von Herrn Bundesrat Motta habe ich entnommen, dass man deshalb jetzt die Einlage in den Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung nicht will, um nachher das Projekt der Alters- und Invalidenversicherung dazu zu benützen, die indirekten Steuern, die von den Sozialdemokraten bekämpft werden, durchzudrücken. Ich habe nun aber die Genugtuung, von Herrn Rothenberger erfahren zu haben, dass in die Initiative der Satz aufgenommen werden wird, dass die 200 Millionen aus der Kriegsgewinnsteuer eingelegt werden müssen, und das beruhigt mich. Ansonst hätte ich jetzt hier einen Antrag stellen müssen.

Jäger: Als Mitunterzeichner der Motion Rothenberger und Freund des mit ihr logisch und finanztechnisch zusammenhängenden Budgetpostulates Hunziker sehe ich mich zu einer Erklärung veranlasst.

Ich habe in dieser weitläufigen Debatte, die alle möglichen und fast alle unmöglichen finanziellen Situationen der näheren und der ferneren Zukunft vor uns aufgerollt hat, kein Wort gesagt. Ich fühlte mich als Hörer und wollte mir ein Bild davon machen, wie die gegenwärtige Bundesversammlung unter der Aegide des gegenwärtigen Bundesrates im letzten Augenblicke ihrer Existenz sich zu der allergrössten der sozialpolitischen Fragen stelle, die das Schweizervolk zurzeit in seinem Innersten bewegt; und ich muss zu meiner grossen Enttäuschung konstatieren, dass nach meinem Empfinden die Haltung sowohl des Nationalrates in seiner Mehrheit als insbesondere des Ständerates den Eindruck macht, dass die gegenwärtige Bundesversammlung den psychologischen Moment vollständig verkannt und übersehen hat, wo es sich darum handelte, festzustellen, dass das schweizerische Parlament von dem Geiste demokratischer Solidarität wirklich durchdrungen ist, den man seit Monaten hier und anderwärts über den Verhandlungen schweben lässt, gleich dem Geiste Gottes, der einst über den Gewässern schwebte.

Ich glaube, wenn die Uhr der gegenwärtigen Bundesversammlung demnächst gänzlich abgelaufen ist, wird ihr Geschichtsschreiber zu ihrem Namen ein Kreuz setzen mit der Inschrift: sie hat den wichtigsten Augenblick, in dem sie das Bekenntnis zum werktätigen sozialen Frieden im Vaterlande hätte ablegen sollen, unverstanden verpasst.

Ich habe schon erwähnt, dass der Antrag Hunziker, der im Budget der Eidgenossenschaft eine Position festlegen wollte, die den Gedanken der Notwendigkeit und der Dringlichkeit der Alters,- Invaliden- und Hinterlassenenversicherung markiert, in engem Zusammenhang steht mit den Anträgen Rothenberger-Obrecht. Es handelt sich hier um ein Novum in der Praxis der Bundesversammlung: darum, dass dasjenige, was man entschieden will, in dem Augenblick, wo die Konzeption seiner Notwendigkeit in den Räten stattgefunden hat, zugleich auch seinen Ausdruck durch die Kostendeckung finden soll. Statt diesen neuen Weg einzuschlagen, hat sich die Bundesversammlung wieder in die alten Geleise des Zauderns und Zögerns hineinbugsieren lassen, wo zunächst Experten das Wort erhalten, Experimente stattfinden und auch gleich etwas Vivisektion an dem Projekte geübt werden soll. Das alles mag nun in näherer oder fernerer Zeit geschehen; allein mit alldem kommen Sie, meine Herren, nicht um die Notwendigkeit herum, für die Alters- und Invalidenversicherung fortan Annuitäten in die Budgets einzustellen und als Deckungskapital einen Fonds zu schaffen. Dieser Fonds hätte auf die natürlichste Weise da geschaffen werden müssen, wo man daran ist, einen Kuchen zu zerschneiden und zu verteilen, den man in den Händen hat. Da darf nicht auf indirekte Steuern im allgemeinen und nicht im besondern auf den Ertrag der noch unsichern Tabaksteuer abgestellt werden. Es gilt da, einen Schnitt ins gute Tuch zu tun. Diesen Schnitt wird, veranlasst durch die bevorstehende Volksinitiative, das künftige Proporz-Parlament zweifellos tun; es wird einen dicken Strich mitten durch alle Finanz-Argumentationen und Steuerklügeleien machen, die heute noch einer Mehrheit der eidgenössischen Räte zu imponieren vermochten.

Ich persönlich habe alles Zutrauen zu der sympatischen Art, mit der allerseits die Alters- und Invalidenversicherung hier begrüsst worden ist. Aber für die grosse Mehrheit des Schweizervolkes hätte eine Annuität im Budget — und wäre sie auch weniger als 10 Millionen gewesen — und hätte der Antrag Obrecht auf 100 Millionen — statt der 200 Millionen, die Herr Rothenberger vorschlug — mehr Beweiskraft gehabt und mehr Beruhigung herbeigeführt, als die chaleurösesten Erklärungen darüber, was Sie nachträglich tun wollen. An den Anfang gehört die Tat; darin muss sich der Ernst der Gesinnung zeigen. Das nachträgliche Konzessionenmachen, das Laborieren unter dem Drucke äusserer Einflüsse verfängt beim Schweizervolke nicht mehr. Ich darf Sie dessen ganz ruhig versichern.

Ich möchte an dieser Stelle zugleich ein Missverständnis ablehnen, das einem Teil der Berichterstatter in der Presse über die Intentionen derjenigen begegnet ist, die die Motion Rothenberger und den Antrag Hunziker unterstützt haben, das Missverständnis nämlich, als strebten wir einen «radikal-sozialistischen Block» an, der uns wiederum in die künftige Bundesversammlung hineinzutragen hätte. Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen geht, so werde ich überhaupt nicht mehr in diese hohe Versammlung zurückkehren. Es liegt mir vielmehr daran, bei meiner Partei und bei denen, die sonst an meine Wiederwahl gedacht haben mögen, meinen gänzlichen Abschied in Gnaden zu erbeten, und ich wäre dankbar, wenn sie ihn mir gewährten. Also von einem radikal-sozialistischen Block, bei dem ich mitgearbeitet und auf den ich Hoffnungen gesetzt hätte, ist keine Rede. Bei uns Aargauern insgesamt besteht eine solche Intention nicht und hat sie nie bestanden.

Dagegen gereicht es uns Aargauern zur Befriedigung, dass in unserm Heimatkanton die Frage der Alters- und Invalidenversicherung in bessere Wege geleitet wird, als es leider für das Gesamtvaterland durch die Bundesversammlung nunmehr geschehen soll. Die aargauische Regierung handelt hier nach dem Grundsatz: Gouverner, c'est prévoir, wie er in den Anträgen Hunziker-Rothenberger-Obrecht manifestiert ist. Sie bestimmt im Entwurfe des neuen Steuergesetzes einen ganz erheblichen Teil der wesentlich erhöhten Erbschaftssteuer speziell für die Alters- und Invaliditätsversicherung und weist derselben überdies noch wesentliche Emolumente aus anderen Steuergebieten zu. —

Doch es gilt, von dem helleren Bild im Aargua zu dem trüben in Bern zurückzukehren und damit zum Schlusse zu kommen! Meine Herren, ich bin betrübt, in dem Augenblick, wo ich der hohen Bundesversammlung aufrichtige Abschiedswünsche für die energische, volksmässig zielbewusste Anhandnahme und Durchführung eines Werkes der sozialen Versöhnung darzubringen gedachte, mir eingestehen zu müssen, dass das Parlament in diesem Punkte nicht gehalten hat, was das Volk von ihm erwarten durfte. Neuer Missmut, neues Misstrauen werden die Folgen dieser Haltung sein. Möge das Vaterland davon nicht dauernd Schaden nehmen, und möge es nicht zulange anstehen, bis der Fehler von heute wieder gutgemacht wird.

Präsident: Nach Rückzug des Antrages Schaller liegt nur der Antrag Ihrer Kommission vor. Wenn das Wort nicht mehr verlangt wird, so haben Sie so beschlossen.

Ziffer 3.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission. In Ziff. 3 besteht eine Differenz, die zwar hauptsächlich redaktioneller Natur ist, aber immerhin auch einen materiellen Kern enthält. Der Ständerat hat gegenüber unserem letzten Beschluss samt Protokollerklärung eine neue Redaktion gesucht, welche im Prinzip mit unserer Auffassung Uebereinstimmung bringen soll, nämlich den billigen Ausgleich in der Verrechnung der Steuer schaffen will. Der Ständerat hat gefunden, dass die Art, wie wir die Sache gelöst haben, nämlich durch eine Protokollerklärung, wonach durch das Ausführungsgesetz noch Abweichungen getroffen werden können, nicht gut sei, und versucht, durch die Redaktion diesen Fehler auszugleichen. Die Fassung dieses Satzes gefällt uns aber nicht besonders. Wir glauben aber, hieraus nicht eine Differenz machen zu sollen, sondern beantragen Ihnen, dem Ständerate zuzustimmen, aber in der Redaktionskommission eine bessere Redaktion zu suchen. Bei diesem Ausgleich, den hier beide Räte anstreben, handelt es sich darum, dass bei der Verrechnung nicht die Vermögensobjekte, sondern die Steuerbeträge verrechnet werden sollen. Wir sind im Grundsatze einig und beantragen Zustimmung.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: La modification proposée ne change rien quant au fond, elle n'atteint que la forme. Comme l'a dit l'honorable président de la commission, la formule votée par le Conseil des Etats n'est certes pas l'idéal et nous tâcherons d'en trouver une plus claire. Sous cette réserve nous vous proposons d'adhérer à la solution du Conseil des Etats.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 3bis.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: Hier haben wir den Tantiemenartikel, über den in den bisherigen Verhandlungen sehr wenig gesprochen worden ist. Die Differenz besteht nun darin, dass der Ständerat sich zwar unserem Vorschlage anschliesst, dass er aber den Ansatz von 5 % als zu hoch erachtet und auf 2 % hinuntergeht. Hierüber einige Worte der Erklärung. Der Ständerat findet, dass 5 % bei einer kleinen Tantieme von Fr. 2000 zuviel sei. Bekanntlich soll diese Tantieme nach der Tabelle der Erwerbssteuer berechnet werden. Nach der Erwerbssteuer haben wir 5 % erst in der 38. Klasse von Fr. 34—36,000. Nun soll aber für diese Tantieme eine Zuschlagssteuer erhoben werden, welche bei der gewöhnlichen Erwerbssteuer erst dem Steuersatze der 38. Klasse entspricht. Man sagt sich, dass zu diesen Tantiemen voraussichtlich auch gezählt werden die Gewinnanteile, welche Prokuristen und Werkmeistern in Unternehmungen gegeben werden, findet aber, dass diese Entschädigungen eben eine Verbesserung des Salärs bedeuten und nicht zu vergleichen seien mit den Tantiemen, welche z. B. Verwaltungsräte erhalten. Man glaubt also, dass dadurch, namentlich in der gegenwärtigen Zeit, wo man von Gewinnbeteiligung der Arbeiter spricht, es nicht richtig sei, sie mit 5 % zu belasten. Zu diesem Ansatz von 2 % ist zu bemerken, dass er bei der gewöhnlichen Erwerbssteuer einem Einkommen von Fr. 8—8500 entspricht. Man geht zu weit, wenn man eine Tantieme von Fr. 2000 mit 5 % belastet, während ein Einkommen von Fr. 8—8500 nur einen Satz von 2 % bezahlt. Wir empfehlen Ihnen Zustimmung zum Ständerat.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: Sous prétexte de ne pas frapper plus que de raison les tantièmes, on a ramené ici l'impôt au taux de 2 %. C'est le Conseil des Etats qui a pris cette décision. Pour ma part, je le regrette, lorsqu'il s'agit de tantièmes modestes touchés par exemple par un sous-directeur et qui constitue en réalité un complément de traitement de frs. 1000, 1500, 2000. Dans le cas particulier il n'y a pas lieu à double imposition. J'aurais donc préféré qu'on exonérât les tantièmes dans les cas du genre de ceux que je vous ai indiqués et qu'on ne perçût l'impôt du 5 % qu'en ce qui concerne les gros tantièmes. Mais enfin je ne fais pas de proposition et je vous propose d'accepter la solution du Conseil des Etats.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 5.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: In Ziff. 5 hat der Ständerat unserer

Aenderung beigepflichtet, mit Ausnahme des Anfanges, wo er an seinem früheren Beschlusse festgehalten hat. Diese Differenz ist nicht von wesentlicher Bedeutung. Wir hatten in unserem ersten Beschluss gesagt: « von ihrem eigenen Vermögen » und hatten in Klammern gesetzt: « Aktienkapital und Reserven ». Der Ständerat wollte diesen Hauptbegriff « eigenes Vermögen » nicht haben, sondern die in der Klammer stehenden Worte als Hauptbegriff voranstellen und hat daran festgehalten. Unsere Kommission schliesst sich dem Ständerate an.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 8.

Arthur **Eugster,** deutscher Berichterstatter der Kommission: In Ziff. 8 sind einige Differenzen noch zu bereinigen. Wir hatten in lit. c in unserem Beschlusse die Fürsorge für Arme und Kranke aufgenommen. Der Ständerat hat den Ausdruck allgemeiner gefasst und gesagt: « . . . . . der Fürsorge für Armut und Krankheit, Alter und Invalidität oder ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienend », um damit einen möglichst umfassenden Begriff zu schaffen. Wir halten dafür, dass die Redaktion des Ständerates nicht gerade gut ist. Aber das wäre durch die Redaktionskommission zu ordnen. Es wird sich hier eine Redaktion finden lassen, welche dem Ständerate gerecht wird. Wir schliessen uns seinem Beschlusse an.

Dann findet sich eine weitere Aenderung in lit. d. Der Ständerat findet, dass die gemeinnützigen Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfs nun in lit. c bereits eingeschlossen seien, da sie ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen. Wir schliessen uns an.

Lit. c bis des früheren Ständeratsbeschlusses ist im Nationalrat mit 105 gegen 28 Stimmen abgelehnt worden. Der Ständerat schliesst sich in dieser Beziehung dem Nationalrate an. Hingegen soll als neue lit. c bis aufgenommen werden die Schweizerische Kohlenzentrale. Das muss wohl eher als ein Schönheitsfehler des Gesetzes angesehen werden, aber der Ständerat glaubt die Gründe hierfür in dem Umstande gefunden zu haben, dass seinerzeit bei der Gründung der Kohlenzentrale die Leute vom Bundesrate gezwungen wurden, Aktien zu nehmen, und zwar nicht nur die grossen Unternehmungen, sondern auch die kleinen und sogar die Privatleute für ihren Bedarf an Heizkohlen, soweit ein gewisses Quantum erreicht wurde. Es sind also auch viele kleine Leute durch diesen Zwang betroffen worden. Man hält es nun nicht für richtig, dass den Leuten durch die Kriegssteuer das Geld weggenommen wird, welches Ihnen ermöglichen könnte, wieder in den Besitz ihres Kapitals zu kommen. Es scheint wenigstens nach dem heutigen Kurse nicht wahrscheinlich zu sein. Die Prioritätsaktien sind fast auf Fr. 400 gesunken, die Stammaktien sogar auf 320. Man will also dieser Kohlenzentrale die Mittel nicht wegnehmen, die den Aktionären den Schaden decken können. Und wenn man das will, so muss es auf dem Wege der Steuerbefreiung geschehen, wozu der Bund um so eher Hand bieten kann, als auch der Kanton Basel-Stadt die Kohlenzentrale von den Steuern befreit hat. Sie hätte im Kanton Basel-Stadt eine Steuer von über 1 Million bezahlen müssen, und die Kriegsgewinnsteuer würde bei der Kohlenzentrale ebenfalls mehr als 1 Million betragen.

Wir haben gefunden, dass diesen Dingen Rechnung zu tragen sei und beantragen Ihnen in Uebereinstimmung mit dem Ständerate, lit. c bis aufzunehmen, wobei wir uns vorbehalten möchten, die Frage noch in der Redaktionskommission zu prüfen, ob man nicht vielleicht die Schweizerische Kohlenzentrale an einer andern Stelle dieser Ziffer aufnehmen könnte. Das würde Sache der Redaktionskommission sein.

M. **Musy,** rapporteur français de la commission: La modification proposée par le Conseil des Etats tend à fusionner les lettres c) et d) en une formule unique, simple et claire. Sous réserve de la rédaction qui sera trouvée par la commission de rédaction, nous vous proposons d'adhérer au Conseil des Etats.

En ce qui concerne la centrale suisse des charbons, nous comprenons qu'elle soit exonérée. Vous savez comment elle a été constituée. On espérait que ses actions resteraient au pair, mais elles sont tombées à 320. Reviendront-elles au pair? Nous n'en savons rien. En tout cas petits et gros consommateurs ont dû recourir à ses bons offices. Le canton de Bâle a donné le bon exemple en exonérant cette société. Nous vous proposons de suivre cet exemple et d'accepter ainsi la modification proposée par le Conseil des Etats.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Präsident: Wir haben sämtliche Differenzen bereinigt. Ich frage an, ob auf einen Differenzartikel zurückgekommen werden will. Es ist nicht der Fall. Da keine Differenz mit dem Ständerat mehr besteht, geht die Vorlage an die Redaktionskommission. Ich nehme an, dass in der gegenwärtigen Session noch die Schlussabstimmung stattfinden kann.

An die Redaktionskommission.
(A la commission de rédaction.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	16
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	12.02.1919 - 08:15
Seite Page Pagina	213-223
Ref. No	20 028 690

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

sein soll. Sie muss auch beruhen auf dem Geiste der Ordnung und der Pflicht.

In diesem Sinn müssen wir diese Probleme zu lösen suchen und die Bahn frei machen, auf der sich alle zusammenfinden sollten, die guten Willens sind. (Beifall).

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu).

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Redaktionelle Bereinigung. — *Rédaction définitive.*

Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Gestatten Sie mir nur noch einige Bemerkungen. Die Vorlage der Redaktionskommission enthält noch zwei Fehler. Auf Seite 1, Ziffer 3, sollte der Hinweis auf das Gesetz heissen: «nach Ziffer 5» und nicht «nach Ziffer 4», weil die Numerierung sich geändert hat. Sodann ist am Schlusse der Vorlage in lit. D noch der alte Titel der Kriegssteuer: «wiederholte Kriegssteuer» stehengeblieben. Der neue Titel aber heisst: «neue ausserordentliche Kriegssteuer».

Die nicht von uns beratenen, aber dem Gesetze beigefügte Tabellen geben uns bei Tabelle III, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften, Anlass zu ein paar Bemerkungen. Die Ueberschriften der Rubriken sind vielleicht etwas missverständlich. Sie sind dem Wortlaut des ständerätlichen Beschlusses entnommen und es soll in der Schlusskolonne, «Steuerbetrag», gesagt werden: «für die vierjährige Periode, auf je Fr. 1000, auf je Fr. 4000 und dann darunter «Franken». Die Tabellen sind erst gestern von der Verwaltung zusammengestellt worden, und der Fehler konnte erst diesen Morgen korrigiert werden.

M. **Maunoir:** Je désire faire simplement une déclaration pour motiver mon vote. Je voterai contre l'impôt de guerre avec quelques-uns de mes amis pour les raisons principales que j'ai développées dans mes discours. En le faisant je n'entends point défendre les capitalistes qui ont déjà fait des sacrifices et sont prêts à faire tous ceux qui seront nécessaires pour assainir la situation financière de la Suisse. Mais c'est le mode adopté que je condamne, parce que je le considère comme résolvant prématurément la question de l'amortissement de notre dette et constituant un danger pour l'avenir du fédéralisme en même temps qu'une charge trop immédiate pour le commerce et l'industrie, dont il entravera le développement plus que jamais nécessaire.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Für Annahme der Vorlage	81 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

Sitzung vom 14. Februar 1919, vormittags 8¼ Uhr.
Séance du 14 février 1919, à 8¼ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Häberlin.*

958. Proporzgesetz.
Représentation proportionnelle.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Für Annahme des Bundesgesetzes 85 Stimmen (Einstimmigkeit).

958. Proporzgesetz (Uebergangsbestimmungen).
Représentation proportionnelle (Dispositions transitoires).

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Für Annahme des Bundesbeschlusses 85 Stimmen (Einstimmigkeit).

868. Motion des Herrn Nationalrat Scherrer-Füllemann und Mitunterzeichner betreffend die Totalrevision der Bundesverfassung, vom 25. März 1918.
Motion des M. Scherrer-Füllemann et cosignataires, concernant la revision totale de la constitution, du 25 mars 1918.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 224 hiervor. — Voir page 224 ci-devant.)

v. **Streng:** Nach den gestrigen Verhandlungen über die in unserem Rate pendenten Motionen kann ich mich mit bezug auf die Feststellungen, die ich namens der katholisch-konservativen Gruppe des Rates zu machen habe, kurz fassen.

Die Motion Musy ist im wesentlichen unterzeichnet aus den föderalistisch gestimmten Kreisen des Rates mit einem starken Einschlag der romanischen Schweiz und im übrigen ohne Unterschied der bürgerlichen Parteien. Der Fraktion des Erstunterzeichners ge-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Nationalrat Conseil national Consiglio nazionale
Sitzung Séance Seduta	17
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	13.02.1919 - 08:05
Seite Page Pagina	246-246
Ref. No	20 028 692

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Wir gehen über zu Art. 8. Wenn auch hier die Diskussion nicht benützt wird, so ist Art. 8 angenommen nach der neuen Vorlage der Kommission, die Ihnen heute ausgeteilt worden ist.

Sie haben noch über Art. 9 Beschluss zu fassen. Wird die Diskussion nicht benützt, so ist der Artikel angenommen.

Damit wäre die ganze Vorlage durchberaten.

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 28 Stimmen (Einstimmigkeit).

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Sitzung vom 11. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr.
Séance du 11 décembre 1918, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

(Siehe die Verhandlungen des Nationalrates Seite 223 ff.)
(Voir les débats du conseil national page 223 et suiv.)

Anträge der Kommission des Ständerates
vom 26. November 1918.

Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates, wo nichts anderes bemerkt ist.

Bundesbeschluss
betreffend
Erlass eines Artikels der Bundesverfassung über die Erhebung einer neuen ausserordentlichen Kriegssteuer.

A.

Ziffer 1. *Mehrheitsantrag:* Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges.

Die Kapitalausgaben werden durch Bundesbeschluss festgestellt.

Minderheitsantrag: Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates.

Ziffer 2. *Mehrheitsantrag:* Die Steuer wird in vierjährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bunde zukommende Ertrag zusammen mit den Ergebnissen der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuern die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot deckt. Bleibt zuletzt noch ein Betrag zu decken, der geringer ist als das voraussichtliche Ergebnis einer nochmaligen Wiederholung der Steuer, so entscheidet die Bundesversammlung endgültig darüber, ob die Steuer auch noch bis zur Höhe dieses Restes zu erheben ist.

Minderheitsantrag: Die Steuer wird in vierjährigen Perioden . . . und der Kriegsgewinnsteuern drei Vierteile der zu deckenden Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot ausmacht. Bleibt von diesen drei Vierteilen noch ein Betrag zu decken, der . . .

Ziffer 3, Absatz 1. Die natürlichen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb. An den Steuerbeträgen von Teilhabern und Kommanditären von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften gehen die von diesen Gesellschaften nach Ziffer 4 entrichteten Steuern ab, die auf die Anteile dieser Personen an Vermögen und Erwerb der Gesellschaften entfallen.

Absatz 2. *Mehrheitsantrag:* Die Vermögenssteuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das Fr. 10,000 übersteigt. Für Personen ohne ausreichenden Erwerb ist dieser Ansatz in billiger Weise zu erhöhen.

Minderheitsantrag: Die Vermögenssteuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das Fr. 5000 übersteigt. Für Personen . . . zu erhöhen.

Absatz 3. Die Erwerbssteuerpflicht beginnt:

a) für Personen mit einem Fr. 20,000 übersteigenden Vermögen bei einem Erwerb von mehr als Fr. 2000;
b) für Personen, deren Vermögen mehr als Fr. 10,000 beträgt, aber Fr. 20,000 nicht übersteigt, bei einem Erwerb von mehr als Fr. 3000;
c) für Personen ohne Vermögen oder mit einem Fr. 10,000 nicht übersteigenden Vermögen bei einem Erwerb von mehr als Fr. 3500.

Die unter a—c genannten Ansätze für den Beginn der Erwerbssteuerpflicht erhöhen sich um je Fr. 400 für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede Person, der gegenüber der Erwerbende unterstützungspflichtig ist, sofern er für diese Personen tatsächlich sorgt.

Soweit auf Grund dieser Bestimmungen eine Steuerpflicht besteht, bezieht sie sich auf den ganzen Umfang des Vermögens und des Erwerbs.

Absatz 4. Die Steuersätze steigen in Klassen von 10 Rappen bis 2 Franken 50 Rappen für je 100 Franken steuerpflichtiges Vermögen und von 50 Rappen bis 20 Franken für je 100 Franken steuerpflichtigen Erwerb nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabelle I (Vermögenssteuer) und Tabelle II (Erwerbssteuer).

Absatz 5. *Mehrheitsantrag:* Tantiemen unterliegen einer Tantiemensteuer.

Die Vorschriften über den Beginn der Steuerpflicht finden Anwendung.

Die Steuer wird vom Gesamtbetrag der von einer Person während eines Jahres bezogenen Tantiemen nach den Sätzen der Tabelle II erhoben, beträgt aber mindestens zwei Franken für je Franken 100 Tantiemen.

Minderheitsantrag: Streichung des Absatzes.

Ziffer 5. Die Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften entrichten eine Steuer vom einbezahlten Aktienkapital und den Reserven und eine Steuer vom nicht einbezahlten Aktienkapital. Diese Steuern steigen in Klassen von 10 Rappen bis 10 Franken für je 100 Franken des einbezahlten Aktienkapitals und für je 400 Franken des nichteinbezahlten Aktienkapitals. Innert dieser Grenzen richten sie sich nach dem Verhältnis vom jährlichen Reingewinn zum einbezahlten Aktienkapital und zu den Reserven, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabelle III.

Ziffer 6, Absatz 1. Die Genossenschaften des schweizerischen Obligationenrechtes, mit Ausnahme der konzessionierten Versicherungsgenossenschaften, entrichten die Steuer von ihrem Reinertrag; der Steuersatz beträgt vier Franken für je 100 Franken der den Mitgliedern und Kunden gewährten Rückvergütungen und Rabatte und acht Franken für je 100 Franken des übrigen Reinertrages.

Absatz 2. Ferner bezahlen die Genossenschaften von ihrem Vermögen (Genossenschaftsanteile und Reserven) 25 Rappen für je 100 Franken. Das nicht einbezahlte Genossenschaftskapital bezahlt fünf Rappen für je 100 Franken.

Absatz 3. Die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften entrichten die Steuer von ihrer schweizerischen Prämieneinnahme; der Steuersatz beträgt 60 Rappen für je 100 Franken der Prämieneinnahme.

Ziffer 7. Die übrigen juristischen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das zehntausend Franken und bei einem Erwerb, der zweitausendfünfhundert Franken übersteigt. Die Steuersätze sind die nämlichen wie für die natürlichen Personen, steigen jedoch nur bis zu einem Franken für je 100 Franken Vermögen.

Ziffer 8. Von der Entrichtung der Steuer sind befreit:

a) der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, sowie die unter ihrer Verwaltung stehenden Spezialfonds, die schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern und die schweizerische Alkoholverwaltung;
b) die Gemeinden sowie die andern öffentlichrechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient;
c) die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwecken oder der Fürsorge oder ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dient.

Der Bundesrat kann Unternehmungen, die während der Dauer des Krieges im Interesse des Landes errichtet werden mussten, von der Steuerpflicht befreien.

Den natürlichen und juristischen Personen, die infolge des Krieges in Not geraten sind oder die sich sonst in einer Lage befinden, in welcher die Bezahlung der Kriegssteuer für sie zur grossen Härte würde, kann die Steuer ganz oder teilweise erlassen werden.

Bei den konzessionierten Transportanstalten fällt dasjenige Aktienkapital, für das keine Dividende bezahlt wird, bei der Steuerberechnung ausser Betracht.

Ziffer 9. Für jede vierjährige Periode wird die Steuer neu veranlagt. Veranlagung und Bezug erfolgen durch die Kantone unter der Aufsicht des Bundes. Die Selbsttaxation ist obligatorisch. Die Steuer wird in Raten eingezogen. Die Kantone haben vier Fünftel der eingehenden Steuerbeträge dem Bunde abzuliefern.

Ziffer 10. Die Bundesversammlung wird die Vorschriften über die Ausführung dieses Verfassungsarartikels sowie zur Sicherstellung der gleichmässigen Durchführung der Steuer endgültig aufstellen.

Am Schlusse der Tabelle I: Je 100,000 Franken mehr bilden eine neue Klasse zum Steuersatz von 25 Promille.

Tabelle II.

Erwerbssteuer, Tantiemensteuer.

A. Erwerbssteuer.

Klasse	jährlicher Erwerb von über	jährlicher Erwerb bis und mit	Steuersatz in Prozenten	Steuerbetrag für die vierjährige Periode
	Fr.	Fr.		Fr.
1	2000	2500	$0_{,50}$	10.—
2	2500	3000	$0_{,75}$	18.75

(Rest unverändert nach bundesrätlicher Vorlage.)

Am Schlusse der Tabelle: Je 10,000 Franken mehr bilden eine neue Klasse zum Steuersatze von 20 Prozent.

B. Tantiemensteuer.

Die erste Klasse besteht für Tantiemen im Gesamtbetrage bis und mit 8500 Franken; der Steuersatz beträgt zwei Franken für je 100 Franken Tantiemen.

Die übrigen Klassen fallen zusammen mit den Klassen 14 und folgenden der Erwerbssteuer.

Tabelle III.

Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften.

Die Zugehörigkeit zu einer Klasse bestimmt sich nach dem Verhältnis von Reingewinn zur Summe des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven. Der Steuerbetrag einer Klasse ist für je 100 Franken des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven und für je 400 Franken des nicht einbezahlten Aktienkapitals angegeben.

Klasse	Beträgt der Reingewinn eines Jahres im Verhältnis zum einbezahlten Aktienkapital und den Reserven	so macht der Steuerbetrag für je 100 Fr. des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven und für je 400 Franken des nicht einbezahlten Aktienkapitals für die vierjährige Periode aus
		Fr.
1	0 Prozent bis 1 Prozent,	0.10
2	über 1 » » 2 »	0.15 usw.
	usw.	usw.

Propositions de la commission du Conseil des Etats du 26 novembre 1918.

Adhésion à la décision du Conseil national partout où il n'y a pas d'observation.

Arrêté fédéral

concernant

l'adoption d'un article constitutionnel relatif à la perception d'un nouvel impôt de guerre extraordinaire.

A.

Chiffre 1. *Proposition de la majorité:* La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir le capital qui aura été dépensé pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.

Le capital qui aura été dépensé sera déterminé par arrêté fédéral.

Proposition de la minorité: Adhésion à la décision du Conseil national.

Chiffre 2. *Proposition de la majorité:* Cet impôt sera perçu par périodes de quatre ans et renouvelé jusqu'à ce que le rendement revenant à la Confédération, augmenté des rendements du premier impôt de guerre et de l'impôt sur les bénéfices de guerre ait couvert le capital dépensé pour la mobilisation des troupes. S'il reste encore à couvrir en dernier lieu un montant inférieur au rendement probable d'une nouvelle perception de l'impôt, l'Assemblée fédérale décidera définitivement si l'impôt doit être perçu encore une fois jusqu'à concurrence de ce solde.

Proposition de la minorité: Cet impôt sera perçu par périodes de quatre ans . . . sur les bénéfices de guerre ait atteint les trois-quarts du capital dépensé pour la mobilisation des troupes et devant être couvert. S'il reste encore à couvrir, sur ces trois-quarts, un montant . . .

Chiffre 3, alinéa 1. Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. Il est déduit des montants d'impôt d'associés et commanditaires de sociétés en nom collectif et en commandite les impôts payés en vertu du chiffre 4 par ces sociétés et se rapportant aux participations de ces personnes à la fortune et au produit du travail des sociétés.

Alinéa 2. *Proposition de la majorité:* L'obligation de payer l'impôt sur la fortune commence avec une fortune qui excède 10,000 francs. Ce minimum est élevé d'une manière équitable pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant.

Proposition de la minorité: L'obligation de payer l'impôt sur la fortune commence avec une fortune qui excède 5000 francs. Ce minimum . . .

Alinéa 3. L'obligation de payer l'impôt sur le produit du travail commence:

a) pour les personnes dont la fortune est supérieure à 20,000 francs, avec un produit du travail de plus de 2,000 francs;
b) pour les personnes dont la fortune est supérieure à 10,000 francs, mais n'excède pas 20,000 francs, avec un produit du travail de plus de 3000 francs;
c) pour les personnes sans fortune ou dont la fortune n'excède pas 10,000 francs, avec un produit du travail de plus de 3500 francs.

Les minima indiqués sous lettres a) jusqu'à c) pour le commencement de l'obligation de payer l'impôt sur le produit du travail sont élevés de 400 francs pour chaque enfant âgé de moins de 18 ans et pour chaque personne vis-à-vis de laquelle celui qui acquiert le produit du travail a l'obligation d'assistance, en tant qu'il pourvoit effectivement à l'entretien de ces personnes.

Lorsque l'obligation de payer l'impôt existe en vertu des présentes dispositions, elle s'étend à la totalité de la fortune et du produit du travail.

Alinéa 4. Les taux de l'impôt s'élèvent, par classes, de 10 centimes à 2 francs 50 pour chaque 100 francs de fortune imposable et de 50 centimes à 20 francs pour chaque 100 francs de produit du travail imposable, conformément au tableau I (impôt sur la fortune) et au tableau II (impôt sur le produit du travail) annexés au présent arrêté.

Alinéa 5. *Proposition de la majorité:* Les tantièmes sont soumis à un impôt sur les tantièmes. Les prescriptions relatives au commencement de l'obligation de payer l'impôt lui sont applicables.

Cet impôt est perçu, conformément aux taux du tableau II, sur la totalité des tantièmes prélevés par une personne durant une année, mais il s'élève au minimum à 2 francs pour chaque 100 francs de tantièmes.

Proposition de la minorité: Suppression de l'alinéa.

Chiffre 5. Les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions paient un impôt sur le capital-actions versé et les réserves et un impôt sur le capital-actions non versé. Ces impôts s'élèvent, par classes, de 10 centimes jusqu'à 10 francs pour chaque 100 francs du capital-actions versé et pour chaque 400 francs du capital-actions

non versé. Ils s'élèvent dans ces limites suivant les rapport du revenu net annuel au capital-actions versé et aux réserves, conformément au tableau III annexé au présent arrêté.

Chiffre 6, alinéa 1. Les sociétés coopératives au sens du Code des obligations, à l'exception des sociétés coopératives d'assurance concessionnaires, paient l'impôt sur le produit net. Le taux de l'impôt s'élève à quatre francs pour chaque 100 francs des ristournes et rabais accordés aux sociétaires et aux clients et à huit francs pour chaque 100 francs du reste du produit net.

Alinéa 2. En outre, les sociétés coopératives paient sur leur fortune (parts sociales et réserves) 25 centimes pour chaque 100 francs. Sur le capital social non versé, il est dû cinq centimes pour chaque 100 francs.

Alinéa 3. Les sociétés coopératives d'assurance concessionnaires paient l'impôt sur leurs primes suisses. Le taux de l'impôt est fixé à 60 centimes pour chaque 100 francs de ces primes.

Chiffre 7. Les autres personnes morales paient l'impôt sur leur fortune. L'impôt est dû sur toute fortune excédant dix mille francs. Les taux de l'impôt sont les mêmes que ceux applicables aux personnes physiques, mais ils ne s'élèvent toutefois que jusqu'à un franc pour chaque 100 francs de fortune.

Chiffre 8. Sont exonérés de l'impôt:

a) la Confédération et les cantons, leurs établissements et leurs entreprises, ainsi que les fonds spéciaux dont ils ont l'administration, la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, à Lucerne, et la Régie suisse des alcools;
b) les communes, ainsi que les autres corporations de droit public et ecclésiastique, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté à des services publics;
c) les autres corporations et établissements, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté aux cultes ou à l'instruction ou à l'assistance ou à des buts d'utilité exclusivement publique.

Le Conseil fédéral peut exempter de l'obligation de payer l'impôt des entreprises qui ont dû être créées pendant la guerre dans l'intérêt du pays.

Il peut être accordé une réduction ou une remise totale de l'impôt aux personnes physiques et morales qui sont tombées dans le besoin du fait de la guerre ou dont la situation est pour un autre motif telle que le paiement de l'impôt de guerre aurait pour elles des conséquences particulièrement pénibles.

La partie du capital-actions des entreprises de transport concessionnaires à laquelle il n'est attribué aucun dividende n'entre pas en ligne de compte pour le calcul de l'impôt.

Chiffre 9. Pour chaque période de quatre ans il est procédé à une nouvelle taxation. Taxation et perception sont effectuées par les cantons, sous la surveillance de la Confédération. La taxation personnelle est obligatoire. L'impôt est perçu par annuités. Les cantons verseront à la Confédération les quatre cinquièmes des contributions encaissées.

Chiffre 10. L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel ainsi que celles destinées à assurer la perception uniforme de l'impôt.

A la fin du tableau I: Chaque 100,000 francs en plus constituent une nouvelle classe au taux d'impôt de 25 pour mille.

Tableau II.

Impôt sur le produit du travail, impôt sur les tantièmes.

A. Impôt sur le produit du travail.

Classe	Produit du travail de plus de Fr.	Produit du travail jusqu'à et y compris Fr.	Taux pour cent	Montant de l'impôt pour la période de quatre ans Fr.
1	2000	2500	0,50	10.—
2	2500	3000	0,75	18,75

(La suite sans changement, conformément au projet du Conseil fédéral.)

A la fin du tableau: Chaque 10,000 francs en plus constituent une nouvelle classe au taux d'impôt de 20 pour cent.

B. Impôt sur les tantièmes.

La première classe comprend les tantièmes dont le montant total s'élève jusqu'à et y compris 8500 francs; le taux de l'impôt s'élève à deux francs pour chaque 100 francs de tantièmes.

Les autres classes coïncident avec les classes 14 et suivantes de l'impôt sur le produit du travail.

Tableau III.

Sociétés anonymes et sociétés en commandite par actions.

Le fait d'appartenir à une classe se détermine suivant le rapport du revenu net à la somme du capital-actions versé et des réserves. Le montant d'impôt d'une classe est indiqué pour chaque 100 francs du capital-actions versé et des réserves et pour chaque 400 francs du capital-actions non versé.

Classe	Si le rapport du revenu net annuel au capital-actions versé et aux réserves est de	Le montant de l'impôt s'élève pour chaque 100 francs du capital-actions versé et des réserves et pour chaque 400 francs du capital-actions non versé, pour la période de quatre ans, à
1	0 p. cent jusqu'à 0 p. cent	fr. 0.10
2	de plus de 1 » » 2 »	» 0,15
	etc.	etc. etc.

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Vorlage, welche uns heute beschäftigt, ist nicht nur eine sehr wichtige, sondern auch eine sehr vielseitige, vielseitiger, als sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie greift tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes ein, und das Land sowohl, wie namentlich die von der Steuer vorzugsweise betroffenen Bürger dürfen daher wohl erwarten, dass die Frage allseitig und gründlich erwogen und behandelt wird. Insbesondere der schweizerische Ständerat ist angesichts seiner quantitativen, aber auch seiner qualitativen Zusammensetzung das hierzu berufene und geeignete Kollegium.

In meinem Referate werde ich Sie über alle einschlägigen Verhältnisse und Fragen, so gut es mir möglich ist, orientieren. Ich mache von vornherein darauf aufmerksam, dass ich Ihre Geduld und Aufmerksamkeit lange in Anspruch nehmen werde, länger als es sonst üblich ist, und ich bitte Sie von vornherein um Ihre Nachsicht, aber auch, wenn Sie mir das nicht als Unbescheidenheit auslegen, um Ihre Aufmerksamkeit angesichts der Wichtigkeit der Sache.

Ich möchte mir zunächst gestatten, die geschichtliche Entwicklung, die diese grosse und immer grösser werdende Frage der Finanzreform seit dem Jahre 1915 genommen hat, Ihnen kurz vor Augen zu führen. Das ist nötig, um zu zeigen, nicht nur wie die tatsächlichen Verhältnisse während der langen Dauer des Krieges sich geändert haben, sondern auch, wie in der subjektiven Beurteilung der Frage, ich möchte sagen in der Mentalität des Bundesrates und anderer Kreise, sukzessive und immer stärker eine einseitig tendierende Wandlung sich vollzogen hat. Zum Teil war das allerdings durch die Verhältnisse gegeben, da die Verhältnisse infolge der aussergewöhnlichen Dauer des Krieges eine bedeutende Verschiebung erfahren haben. Allein Sie werden sich auch überzeugen, dass diese Aenderung in den Anschauungen zu einem wesentlichen Teil ihren Grund nicht in der Verschiebung der tatsächlichen Verhältnisse hat, sondern in der völligen Verschiebung eben der Mentalität in der Beurteilung dieser Frage, und Sie werden sich dann selber Rechenschaft geben können, ob es nun wirklich angezeigt und geboten ist, den Bundesrat mit den Anträgen, die er uns ursprünglich gestellt hat, noch unsererseits zu überbieten.

Die erste Etappe in unserer eidgenössischen Finanzreformfrage bildete die erstmalige und sogenannte einmalige Erhebung der sogenannten Kriegssteuer, wie sie den eidgenössischen Räten durch die Botschaft des Bundesrates vom 12. Februar 1915 unterbreitet wurde. Die Situation lag damals so, dass der Bundesrat unter der Voraussetzung, dass der Krieg bis in den Sommer 1915 hinein dauern könne, mit einer Vermehrung unserer Staatsschuldenlast von rund 300 Millionen Franken gerechnet hat, wovon mindestens 200 Millionen auf die eigentlichen Mobilisationskosten entfallen sind. Angesichts der bereits etwas gespannten Finanzlage vor dem Kriege war ja natürlich nicht damit zu rechnen, ohne Eröffnung von neuen Finanzquellen die für die Verzinsung und Amortisation der bedeutenden Schuldenlast erforderlichen Mittel zu finden. Das einzige Mittel, das unsere Verfassung für den Fall, dass die ordentlichen Einnahmen des Bundes zur Deckung der Ausgaben nicht mehr hinreichen, vorsieht, nämlich die Heranziehung der Kantone mit den sogenannen Geldkontingenten, fand man weder tunlich noch geeignet, um den Bund wirksam und tatkräftig genug zu unterstützen. Der Bundesrat kam daher auf den Gedanken der sogenannten einmaligen Erhebung der Kriegssteuer. Zwar schreckte man damals vor dem Gedanken, einen Eingriff in das den Kantonen vorbehaltene Gebiet der direkten Steuer zu machen, sehr zurück. Der Bundesrat hat ausdrücklich erklärt, dass das Gebiet der direkten Steuer auch in Zukunft ausschliesslich den Kantonen überlassen werden müsse. Die den Kantonen reservierte Steuerkraft sollte daher nur ein einziges Mal in Anspruch genommen werden, und man glaubte, diesen einmaligen Eingriff mit der ausserordentlichen Lage des Landes, wie sie durch die weltgeschichtlichen Ereignisse geschaffen wurde, rechtfertigen zu können. Diesen Eingriff betrachtete man damals weniger als eine Steuermassnahme, als vielmehr als ein auf patriotischem Pflichtbewusstsein beruhendes einmaliges Opfer des Besitzes auf den Altar des Vaterlandes, ein Opfer, von dem man annahm, dass es gerne geleistet werde, schon aus Dank dafür, dass die Schweiz vor den Greueln des Krieges verschont geblieben ist.

Von jener Steuer wurden betroffen das Vermögen und der Erwerb der natürlichen und juristischen Personen, das Aktienkapital und die Reserven der Aktien- und Kommanditgesellschaften im Verhältnis zu den Dividenden, der Reinertrag der Genossenschaften und Vereine. Wie Ihnen noch bekannt sein wird, bewegten sich schon die damaligen Steuersätze in sehr starker Progression, nämlich für die Vermögenssteuer von 1 bis 15 ‰ und für den Erwerb von 1 bis 8 %, für die Steuer der Aktiengesellschaften von 2 bis 10 ‰ auf dem einbezahlten Aktienkapital und Reserven und von ½ bis 2 ‰ auf dem nichteinbezahlten Aktienkapital. Den mutmasslichen Ertrag der Steuer schätzte man damals auf 65 Millionen Franken brutto oder auf 52 Millionen Franken netto für die Eidgenossenschaft, nach Abzug der Erhebungskosten und des Anteils der Kantone. Man hat also damals gerechnet, dass zirka ein Sechstel des gesamten Defizites, resp. der ganzen Kriegsschuld oder zirka ein Viertel der gesamten Mobilmachungskosten durch den Steuerertrag gedeckt werden sollen, vorausgesetzt, dass der Krieg bis Mitte 1915 sein Ende erreichen werde. Denjenigen Herren, die bereits damals den eidgenössischen Räten angehört haben, wird auch noch in Erinnerung sein, dass damals in allen Tonarten hervorgehoben worden ist, dass das eine Maximalleistung sei, eine Kraftleistung ersten Ranges. Das sind wörtliche Ausdrücke, wie sie in der bundesrätlichen Botschaft gemacht worden sind, eine Kraftleistung ersten Ranges, die auch die in Deutschland kurz vorher erhobene Wehrsteuer, die damals als Rekordsteuer der Welt gegolten hat, weit hinter sich lasse. Das sei nicht eine Steuer, hat der Bundesrat erklärt, das sei ein ausserordent-

liches Opfer, und so etwas könne dem Besitze nur einmal zugemutet werden. Dieser Grundton zog sich wie ein roter Faden nicht nur durch die Botschaft, sondern auch durch die Referate und die ganze Diskussion in den eidgenössischen Räten.

Sehen wir nur, was die Botschaft darüber enthält auf Seite 16 in Wiederholung von ganz ähnlichen Ausdrücken: «Wir wiederholen, dass wir unsere Steueransätze als die höchst zulässigen ansehen müssen, weshalb wir die oben genannten Zahlen als Maxima betrachten. Es kann nicht die Rede davon sein, die Kriegssteuer noch erträglicher zu gestalten. Sicher wäre es wünschbar, den dem Bunde zufallenden Ertrag derselben in ein bestimmtes Verhältnis, sagen wir z. B. von einem Drittel oder einem Viertel zu den Kosten des Truppenaufgebotes zu bringen. Dieses Ziel könnte aber nur mit einer mehrmaligen Bundessteuer erreicht werden, denn eine solche allein würde gestatten, den Ertrag genau nach dem Bedürfnis zu bemessen und abzustufen. Hier handelt es sich jedoch nur um eine einmalige Kriegssteuer — die Gründe, die gegen eine mehrmalige Bundessteuer sprechen, liegen auf der Hand — und somit ist dem Ertrag der Kriegssteuer eine durch die allgemeine Lage der schweizerischen Volkswirtschaft bestimmte Maximalgrenze gezogen.»

Ich darf wohl auch an Ihr Gedächtnis insofern appellieren, wenn ich konstatiere, dass gegen diese Auffassung nicht die geringste Opposition von irgend einer Seite, auch nicht von sozialistischer Seite erhoben worden ist. Der Verfassungsartikel wurde nicht nur einstimmig in beiden Räten angenommen, sondern auch in der Begründung der Vorlage und Festsetzung der Steuersätze hat man sich allgemein und ausnahmslos einstimmig einverstanden erklärt. Die sozialistischen Sprecher im Nationalrat beschränkten sich darauf, bescheidene Entlastung der unteren Klassen zu postulieren und der offizielle Sprecher der Sozialdemokraten im Nationalrat, der damalige Nationalrat Wullschleger, gab mehr platonisch dem Gedanken Ausdruck, dass die Idee einer ständigen direkten Bundessteuer nicht zum voraus über Bord geworfen werden dürfe und dass jedenfalls nicht daran gedacht werden dürfe, durch Erhöhung der Zölle auf den wichtigsten Bedarsfartikeln die fehlenden Mittel zu suchen. Mit der Einführung des Tabakmonopols zur Verzinsung und Amortisation der Kriegsschuld hat man sich damals auch von dieser Seite offiziell einverstanden erklärt, nur mit dem Vorbehalt, dass der Monopolertrag später, wenn die Kriegsschuld gedeckt sei, zu sozialen Zwecken verwendet werden solle. Unter dem Eindrucke, dass es sich bei der Kriegssteuer nur um ein einmaliges grosses Opfer des Besitzes handle, stand auch die damalige Referendumskampagne und die Abstimmung, die ja schon mehr eine patriotische Kundgebung als eine Abstimmung gewesen ist. Ueber die Art und Weise, wie der grössere Rest gedeckt werden solle, welche Massnahmen getroffen werden sollen, falls der Krieg nicht bis spätestens Mitte 1915 sein Ende erreicht haben sollte, sprach sich die Botschaft nicht weiter aus. In der Diskussion in den eidgenössischen Räten ging man ganz allgemein von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, dass der weitaus grösste Teil der Kriegsschuld durch indirekte Steuern gedeckt werden solle, und im Vordergrund stand bekanntlich die Einführung des Tabakmonopols. Von diesem Gesichtspunkt fand man sich mit dem Gedanken ab, dass die Kriegssteuer nicht allgemein sein, sondern nur Vermögen und Erwerb von gewisser Höhe an treffen solle. Und auch von diesem Gedanken, dass die weitgehende Steuerbefreiung in den alle Kreise treffenden indirekten Steuern, namentlich der Tabaksteuer, ihr Korrelat finden solle. Gegen diesen Gedanken wurde von keiner Seite der geringste Einwand erhoben. Diese erste Kriegssteuer hat dann bekanntlich nicht einen Ertrag von 52 Millionen Franken für den Bund, sondern, wie heute feststeht, einen solchen von wenigstens 100 Millionen Franken ergeben.

Nun die zweite Etappe der Entwicklung. Diese ist die Kriegsgewinnsteuer. Sie wurde eingeführt durch den Bundesratsbeschluss vom 18. September 1916. Als Kriegsgewinn wurden betrachtet und sollten besteuert werden die in den Geschäftsbetrieben vom 1. Januar 1915 an erzielten Reinerträgnisse, soweit diese höher wären als die durchschnittlichen Reinerträgnisse, wie sie in den letzten zwei Jahren vor Kriegsbeginn erzielt wurden und ferner die Gewinne aus gelegentlichen Handelsgeschäften. Der Steuersatz für die Kriegsgewinnsteuer betrug für die Jahre 1915 und 1916 25 %. Für die folgenden Jahre wurde er erhöht auf 35 %, zuzüglich 7 % zugunsten des Fonds für Arbeitslosenfürsorge, also im ganzen auf 42 %. Die Kriegsgewinnsteuer wird, wie heute feststeht, einen Ertrag von wenigstens 300 Millionen Franken abwerfen. Es war der Ertrag vom Bundesrat auf 40 Millionen Franken für die Jahre 1915 und 1916 veranschlagt worden; weiter hat man damals nicht gerechnet.

Eine dritte Etappe bildete die Botschaft des Bundesrates vom 2. März 1917 betreffend die Einführung des Tabakmonopols, in welcher Botschaft der Bundesrat zum erstenmal sein Finanzprogramm auseinandergesetzt hat. Dieses Programm basiert auf der Finanzlage per Ende 1916, und wenn nun auch die damalige Situation durch die Verhältnisse überholt worden ist, so ist eine retrospektive Betrachtung des damaligen Standpunktes des Bundesrates nicht uninteressant. Die ganze Kriegsschuld, einschliesslich der Defizite der Verwaltungsrechnung bis Ende 1917 berechnet, betrug damals 625 Millionen Franken. Der Bundesrat rechnete, dass neue Finanzquellen erschlossen werden müssen, die einen jährlichen Ertrag von 35 Millionen abwerfen, wenn die Kriegsschuld verzinst und amortisiert werden solle, nach Abzug des bereits gedeckten Teils der Kriegsschuld. Als Hauptmassnahme zur Deckung bezeichnete er die Einführung der Stempelabgabe, die Errichtung des Tabakmonopols, die Ausdehnung der Alkoholgesetzgebung auf alle Brennprodukte, und die daherigen jährlichen Einnahmen veranschlagte er auf zirka 35 Millionen Franken. Zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes im Jahre 1917 standen dem Bundesrate damals noch zur Verfügung einmal der Saldo der Kriegssteuer, dessen Betrag noch nicht eingegangen war und auf dessen Eingang man rechnen konnte, und den der Bundesrat auf 33 Millionen berechnete, der aber in Wirklichkeit 43 Millionen ergab. Es

standen ferner zur Verfügung die Erträgnisse der Kriegsgewinnsteuer, die auf 40 Millionen devisiert waren, in Wirklichkeit aber für die Jahre 1916 und 1917 weit über 200 Millionen ergeben haben, im ganzen 300 Millionen. Ferner stunden zur Verfügung andere ausserordentliche Einnahmen, wie die Gebühren für Ausfuhr usw., die damals einen Ertrag von 12 Millionen ergeben haben. Der Bundesrat fand, dass diese verschiedenen Steuerbeträge und andere ausserordentliche Einnahmen nicht ausreichen würden, um die Kosten des Truppenaufgebotes für ein weiteres Kriegsjahr, also bis Ende 1917, zu decken und dass, wenn der Krieg noch bis Ende 1917 oder gar darüber hinaus ginge, weitere Einnahmen geschaffen werden müssen. Für diesen Fall wurden als weitere Massnahmen zur Deckung der Mobilisationskosten in Aussicht genommen in erster Linie die Umgestaltung der Militärsteuer, von der man annahm, dass sie 2 Millionen ergeben würde, und sodann die Erhebung einer nochmaligen Kriegssteuer, ungefähr im gleichen Umfang wie die erste.

Das ist der Standpunkt des Bunderates im Jahre 1917. Also hier ist zum erstenmal der Gedanke einer nochmaligen Wiederholung der Kriegssteuer aufgetaucht, und diese Wiederholung der Kriegssteuer sollte eine ultima ratio sein, wenn die vorgesehenen indirekten Steuern, Stempelabgabe, Tabakmonopol, Branntweinsteuer, sowie die Revision des Militärpflichtersatzgesetzes durchgeführt sein werden, wenn der Krieg 1917 überdauern sollte und wenn alle Einnahmequellen, die dem Bundesrate zur Verfügung standen, der Saldo der Kriegssteuer, der ganze Ertrag der Kriegsgewinnsteuer und die andern Einnahmen zur Deckung der Truppenaufgebote nicht ausreichen sollten. Dabei ging man von der unrichtigen Voraussetzung aus, dass die Kriegsgewinnsteuer für 1917 nur etwa 40 Millionen eintragen werde, während sie tatsächlich mehr als fünfmal mehr und mehr als das Truppenaufgebot eines Jahres ausmacht, zu decken vermochte.

Das war der Standpunkt, den der Bundesrat damals eingenommen hat. Wenn er richtig gewesen wäre, so wäre eine nochmalige Kriegssteuer nicht nötig geworden, auch wenn der Krieg bis weit in das Jahr 1918 hinein, ja sogar bis Ende 1918 gedauert hätte. Denn für die Kosten des Truppenaufgebotes vom 1. Januar 1917 ab standen dem Bundesrat zur Verfügung der Saldo der ersten Kriegssteuer mit 43 Millionen, die ganze Kriegsgewinnsteuer, die allerdings nur zu 40 Millionen veranschlagt war, die aber effektiv zirka 300 Millionen ergeben wird, und dazu die sonstigen ausserordentlichen Einnahmen, die man auf 12 Millionen veranschlagt hat, die aber 50 Millionen ergeben haben. Es standen ihm somit zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes zur Verfügung 393 Millionen, währenddem die Kosten des Truppenaufgebotes damals für das Jahr auf 180 Millionen angegeben wurden. Die Kosten des Truppenaufgebotes würden sich somit pro 1917 und 1918 mit der Rechnung, dass der Krieg bis Ende 1918 daure, auf 360 Millionen beziffert haben gegenüber den 393 Millionen, die zur Verfügung stunden, so dass ein Aktivüberschuss von 33 Millionen vorhanden gewesen wäre. Allerdings stimmt diese Rechnung heute nicht mehr. Sie stimmt wohl hinsichtlich der Einnahmen, und auch die Kosten des Truppenaufgebotes im eigentlichen Sinne dürften den Betrag von 180 Millionen pro Jahr nicht überschritten haben. Im Gegenteil sollte er niedriger sein, da das Aufgebot immer mehr reduziert worden ist. Aber die Rechnung stimmt nicht mehr, da ja hauptsächlich seit 1917 andere bedeutende Militärausgaben eingesetzt haben, die sogenannten Rüstungsausgaben, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen und die grosse Differenz zwischen den Kosten des Truppenaufgebotes, wie sie auf Ende 1916 bestanden und wie sie sich auf Ende 1918 wirklich ergeben werden, zur Folge hatten. Im Jahre 1916 stand man auf 500 Millionen und Ende 1918, also heute, stehen wir vor 1070 Millionen. Wir stehen also für zwei Jahre vor einer Differenz von 570 Millionen, statt der devisierten 360 Millionen, und es entfällt daher wenigstens die daherige Differenz von 210 Millionen auf die Rüstungsanschaffungen und wahrscheinlich noch mehr. Da stehen wir nun überhaupt vor der etwas auffallenden Tatsache, dass mit der abnehmenden Gefahr einer kriegerischen Verwicklung unseres Landes das Rüstungsfieber bei uns in ungekehrtem Verhältnis eingesetzt hat und dass zu einer Vermehrung von Kriegsmaterial, Geschützen, Maschinengewehren, Munition aller Art geschritten worden ist, die geradezu enorm war und die enorme Summen gekostet hat. Ich frage mich nur, was soll mit all dem Material geschehen, wenn unser Politisches Departement den europäischen Völkerbund und den ewigen Frieden herbeiführen wird? Vielleicht findet dann das Erz für Standbilder hervorragender Eidgenossen Verwertung! Doch darüber wollen wir uns zurzeit keine grauen Haare wachsen lassen. (Heiterkeit.)

Eine weitere Etappe. Inzwischen ist die Stempelsteuer eingeführt worden. Diese Stempelsteuer konnte als indirekte Steuer gerettet werden, weil sie in der Hauptsache dem Besitz zur Last fällt und weil der weitaus grösste Teil des Volkes durch sie gar nicht oder nur in einem ganz minimen Umfang getroffen wird. Diese Stempelsteuer wird nicht 11 Millionen jährlich abwerfen, sondern wesentlich mehr. Wir werden auf 15 Millionen, ja wohl auf 20 Millionen mit der Zeit rechnen können, aus Gründen, die ich Ihnen später auseinandersetzen werde. Auch wurden dann inzwischen die Post- und Telephongebühren in einer Weise erhöht, dass daraus dem Bunde eine Mehreinnahme von zirka 10 Millionen Franken per Jahr zugeführt werden wollte. Auch diese Gebühren werden ja in der Hauptsache von Handel und Industrie, also vom sogenannten Besitz, getragen.

Allein alle andern Steuerprobleme sind bis heute nicht gelöst. Die Tabaksteuer ist zwar in beiden Räten durchberaten. Die Differenzen zwischen den beiden Räten sind nicht sehr erheblicher Natur. Allein man scheut sich bekanntlich, die Vorlage dem Volke vorzulegen, weil von der sozialdemokratischen Partei und auch von den Fixbesoldeten die Parole auf Verwerfung ausgegeben worden ist. Ja, ich frage mich nur: Wie sollen die Teuerungszulagen für das nächste Jahr ausgerichtet werden, und sogar in einem erhöhten Betrage, wie uns in Aussicht gestellt wird, ausge-

richtet werden, wenn wir nicht auch durch Tabaksteuer und andere ähnliche Einnahmen uns die nötigen Mittel dafür beschaffen?

Ich möchte doch bei diesem Anlasse sehr dem hohen Bundesrate zur Erwägung anheimstellen, ob er nicht die Bewilligung von weitern und höhern Teuerungszulagen pro 1919 von der Bedingung abhängig machen will, dass ihm auch die nötigen Mittel dafür zur Verfügung stehen und dass insbesondere diese Tabaksteuer vom Volke geschluckt wird. Sonst weiss ich nicht, wo wir hinführen mit unserer Politik.

Nun, alle andern Steuerprojekte sind heute noch vollständig ungelöst. Für sie liegen noch keine Vorlagen vor.

Nun eine weitere Etappe, eine Etappe, bei der eine ganz wesentliche Frontveränderung in der Frage der Finanzreform vom Bundesrat eingeschlagen worden ist, und zwar in dem Berichte vom 25. Januar 1918, den er zu dem bekannten Initiativbegehren betreffend die Einführung der direkten Bundessteuer erstattet hat. Zwar war ja die Haltung des Bundesrates zur grundsätzlichen Frage, ob eine direkte Bundessteuer einzuführen sei, eine durchaus ablehnende. Allein er betonte nun plötzlich, dass bei der Durchführung seines Finanzprogrammes die Erhebung einer zweiten und eventuell dritten Kriegssteuer in erste Linie gestellt werden müsse. Während er noch drei Vierteljahre vorher auf dem Standpunkte stand, dass die einmalige Wiederholung der Kriegssteuer mehr als ultima ratio in Aussicht genommen werde, als etwa nötig werdende Deckung der Kriegsschuld, soweit die projektierten indirekten Steuern hierzu nicht ausreichen, wird nun plötzlich der Grundsatz der Priorität der Kriegssteuer aufgestellt und von der Eventualität einer dreimaligen Wiederholung, einer dritten Kriegssteuer gesprochen. Immerhin wurden auch in diesem Stadium noch keinerlei Andeutungen nach der Richtung gemacht, dass durch Erhöhung der Progression in den Steuersätzen die grösseren Vermögen und Erwerbseinkommen viel stärker herangezogen werden sollen als bei der ersten Vorlage. Ebensowenig war davon die Rede, dass ein bestimmter Teil, sei es der Kriegsschuld generell, sei es der eigentlichen Mobilmachungskosten durch direkte Steuern gedeckt werden solle. Diese Neuerung und diese Ueberraschung brachte uns erst die heutige Vorlage, die Vorlage, die den Gegenstand unserer heutigen Beratung bildet.

Auch diese heutige Vorlage hat eine nicht uninteressante Vorgeschichte hinter sich. Es war im Oktober 1917, als vom schweizerischen Finanzdepartement eine grössere Expertenkommission einberufen wurde, der die grundsätzliche Frage vorgelegt wurde, ob und wie weit eine neue Kriegssteuer zu erheben sei. Herr Bundesrat Motta erklärte damals, dass 200 Millionen Franken durch die Kriegssteuer aufgebracht werden sollen. Wahrscheinlich sollten die beschlossenen Rüstungsausgaben mit dieser Steuer gedeckt werden. Gesagt wurde das nicht, wie überhaupt diese Rüstungen als ein grosses Geheimnis vor den eidgenössischen Räten gehütet worden sind.

Nun, die Meinungen in jener ersten Expertenkommission gingen stark auseinander. Verschiedene Herren wollten eine abwartende Stellung einnehmen. Die einen wollten den Volksentscheid über das Initiativbegehren betreffend direkte Bundessteuer abwarten. Andere wollten überhaupt zuwarten, bis man über den Umfang der ganzen Kriegsschuld besser orientiert sei. Wieder andere fanden, dass zunächst die projektierten indirekten Steuern durchgeführt werden sollen, bevor zur Erhebung weiterer direkter Steuern geschritten werde. Ihnen allen war der Gedanke gemeinsam, dass man angesichts der Versprechungen anlässlich der ersten Kriegssteuervorlage nicht schon mit einer Wiederholung dieser Steuer kommen könne und kommen dürfe, solange nicht andere Steuerprojekte vorher durchgeführt seien. Andere dieser Herren Experten erklärten sich allerdings mit der sofortigen Erhebung und Wiederholung der Kriegssteuer einverstanden.

Es ist auch nicht uninteressant, den Standpunkt zu sehen, der speziell von Experten guter sozialdemokratischer Observanz in dieser Expertenkommission eingenommen worden ist, und da ist zu sagen, dass von sozialdemokratischen Vertretern, deren Gesinnungstüchtigkeit absolut nicht angefochten werden darf — es war hauptsächlich Herr Gustav Müller im Nationalrat — die Kriegssteuer, wie sie zum erstenmal erhoben worden ist, als eine geradezu brutale bezeichnet und dass von Herrn Müller ausdrücklich gesagt worden ist, dass jene Steuer nur für eine einmalige Erhebung ausgestaltet gewesen und daher für eine Wiederholung gar nicht geeignet sei; die Ansätze seien viel zu hoch, und werde sie doch mit den frühern Ansätzen wiederholt, so müssten zwischen die Erhebungen hinein Ruhejahre eingeschaltet werden, damit sich die Leute wieder erholen könnten. Das war der sozialdemokratische Standpunkt in dieser Kommission. Nun, die Mehrheit entschied sich für die Wiederholung der Kriegssteuer, und zwar für die zweimalige Wiederholung. Aber es wurde einstimmig beschlossen, dass die bisherigen Progressivsätze beibehalten werden sollen und nicht an eine Erhöhung derselben gedacht werden dürfe. Das ist die erste Expertenkommission.

Und nun kommt eine zweite Auflage in Form einer Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren. Die Sitzung fand Ende April dieses Jahres statt. Die Anschauungen der Herren Finanzdirektoren gingen derart strahlenförmig auseinander, dass man von einer Abstimmung in diesem Kollegium Umgang nehmen musste. Im allgemeinen, das ist zu sagen, herrschte aber die Auffassung vor, dass die Hälfte der Mobilmachungsschuld durch direkte Steuern gedeckt werden solle, im Maximum 500 Millionen Franken. Heute stehen wir vor der Frage: Sollen es nur 850 Millionen, sollen es 1100 Millionen, oder sollen es gar, wie man da letzthin noch die Frage aufgeworfen hat, 1300 Millionen sein?

Auf Ende Juni wurde dann eine neue Expertenkommission einberufen, und da ist mir nun aufgefallen, dass diese neue Expertenkommission zum Teil wesentlich anders zusammengesetzt war als die erste. Acht Mitglieder der alten Kommission sind plötzlich nicht mehr da, dafür zwölf andere. (Heiterkeit.) Ich bin nicht bösartig, aber die Vermutung liegt doch so ziemlich auf der Hand und

man wird mich kaum der Verleumdung oder der üblen Nachrede bezichtigen, wenn ich sage, dass bei Bestellung dieser Kommission und der Auswahl ihrer Mitglieder vielleicht weniger Rücksichten auf ihre eigentliche Sachkunde als auf ihre Mentalität in der Steuerpolitik massgebend gewesen sein dürften. Dieser neuen Kommission scheint der Entwurf eines neuen Verfassungsartikels für Wiederholung der Kriegssteuer vorgelegen zu haben, den ich nie gesehen habe und den ich infolgedessen nicht kenne. Aus dem Protokoll und übrigens auch aus der Botschaft schliesse ich, dass proponiert worden ist, eine Steuer bis zur Deckung der halben Kriegsschuld einschliesslich der Defizite der Staatsrechnungen und der Kosten der Kriegsfürsorge zu erheben, ein Gedanke, der ja auch in den eidgenössischen Räten von Herrn Bundesrat Motta mündlich auseinandergesetzt worden ist. Für die Steuer waren wesentlich höhere Ansätze für die grossen Vermögen und Erwerbe vorgesehen, die wahrscheinlich mit denjenigen übereinstimmen, die heute in der Vorlage enthalten sind. Wenigstens wurde damals in jener Sitzung von Herrn Bundesrat Motta bemerkt, dass aus einer einmaligen Steuererhebung 150 Millionen netto für den Bund herauskommen müssen, statt der früheren 50 Millionen, wie sie devisiert waren, und 100 Millionen, wie sie sich tatsächlich herausstellten, und das stimmt ja mit den Berechnungen der heutigen Botschaft auch überein.

Man nahm in jener Kommission an, dass neben den Erträgnissen der bereits beschlossenen direkten Steuern noch etwa 300 Millionen durch die Kriegssteuer gedeckt werden müssen und demgemäss eine zweimalige Steuererhebung nötig sei. Der Gedanke, dass ein Teil der Rechnungsdefizite und der Fürsorgekosten durch direkte Steuern gedeckt werden solle, stiess dann aber in dieser Expertenkommission auf heftige Opposition. Man fand, dass die Erträgnisse der direkten Steuern nur zur Deckung der eigentlichen Mobilmachungskosten oder der Kosten des Truppenaufgebotes Verwendung finden dürfen, und darauf hat dann Herr Bundesrat Motta erklärt, dass, wenn die Steuererträgnisse nicht mit der ganzen Kriegsschuld, sondern nur mit den Kosten des Truppenaufgebots in Beziehung gesetzt werden sollen, drei Viertel der Mobilisationskosten durch die direkten Steuern gedeckt werden müssen, was ungefähr der Hälfte der ganzen Kriegsschuld entspreche.

Nun ist es doch auch interessant, festzustellen, wie diese Rechnung von Herrn Bundesrat Motta, wonach die Hälfte der Kriegsschuld und drei Viertel der Kriegsmobilmachungsschuld ungefähr identisch sein sollen, mit den heute feststehenden Zahlen stimmt. Die Kriegsschuld beträgt bekanntlich heute 1300 Millionen Franken, die Hälfte 650 Millionen Franken. Die Kosten des Truppenaufgebotes beziffern sich voraussichtlich rund auf 1100 Millionen, drei Viertel davon auf 825 Millionen. Es ergibt sich also die kleine Differenz von 175 Millionen in dieser Rechnung, die der verehrliche Finanzminister in jener Expertenkommission angestellt hat. Und diese Differenz ist da mit der kurzen Angabe, dass die halbe Kriegsschuld mit den drei Vierteln der Truppenaufgebotskosten ungefähr identisch sei, dann schnell wieder zu Lasten der direkten Steuer verlegt worden. Alles keine Hexerei, nur Geschwindigkeit. Die Hauptsache war, dass die Herren Experten es nicht gemerkt haben.

In jener Expertenkommission wurden auch die Steueransätze angefochten, und da waren es — ich muss das konstatieren — wieder die sozialdemokratischen Vertreter, die für eine Reduktion der Ansätze plädierten und offenbar so richtig dafür plädierten, dass sogar Herr Bundesrat Motta damals fand, dass mindestens der Maximalansatz von 20 % für die Erwerbssteuer reduziert werden müsse. Aber die Mehrheit der Kommission entschied sich dann für die Genehmigung der hohen Ansätze. Dagegen wurde festgestellt, dass die direkte Steuerpflicht sich nur auf die Kosten der Mobilisation und nicht auf die andern Teile der Kriegsschuld beziehen soll.

Und nun auf diesen Beschlüssen der Expertenkommission beruht im wesentlichen die heutige Vorlage des Bundesrates. Der Bundesrat beantragt den Erlass eines Verfassungsartikels, durch den der Bund ermächtigt wird, eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der teilweisen Deckung der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während der Dauer des Weltkrieges zu erheben. Die Defizite der Staatsrechnung, die Kosten der sozialen Fürsorge sollen also nach diesem Vorschlag des Bundesrates die Steuer in keiner Weise berühren und ebensowenig die Zinsen, die auf den Kosten des Truppenaufgebotes aufgelaufen sind und noch auflaufen werden. Durch diese Steuer sollen — ich rede jetzt immer vom Antrage des Bundesrates — mit Einschluss der Nettoerträgnisse der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer von 25 bzw. 35 % drei Viertel der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot gedeckt werden. Zu diesem Zwecke soll die Steuer in dreijährigen Perioden so oft erhoben werden, bis dieser Dreiviertel-Kostenanteil gedeckt sein wird. Steuerpflichtig sollen wieder sein die natürlichen Personen, dann die Kollektiv- und Kommanditgesellschschaften — das ist eine Neuerung; nach der bisherigen Steuervorlage waren nicht die Gesellschaften, sondern die Gesellschafter für ihre Gesellschaftsanteile steuerpflichtig — die Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften, die Genossenschaften, die übrigen juristischen Personen, soweit sie nicht befreit werden.

Objekte der Steuer sollen bilden bei den natürlichen Personen Vermögen und Erwerb. Von der Steuer sollen nicht betroffen werden Vermögen, die Fr. 10,000 nicht übersteigen, Erwerbe, die für Ledige Fr. 2500, für Verheiratete Fr. 3000 nicht übersteigen. Für Personen ohne ausreichenden Erwerb soll das steuerfreie Vermögen erhöht werden. Auch der steuerfreie Erwerb erhöht sich, wenn der Steuerpflichtige erwerbsunfähige Kinder unter 18 Jahren hat oder gegenüber andern Personen unterstützungspflichtig ist, und zwar um je Fr. 200 pro unterstützungsberechtigte Person. Die neuen Steueransätze steigen nun, wie Sie wahrscheinlich gesehen haben, von 1 bis 25 ‰ für Vermögen und von ½ bis 20 % für Erwerb, gegenüber 1 bis 15 ‰ bzw. ½ bis 8 % nach der ersten Vorlage. Die Steuerbeträge sind in den Tabellen ausgerechnet, die dem Beschlusse beigefügt sind.

Sie sehen, dass ein Vermögen von über Fr. 10,000 Fr. 10 bezahlt, ein Vermögen von Fr. 50,000 Fr. 70, ein Vermögen von Fr. 100,000 Fr. 260, von Fr. 200,000 Fr. 820, von Fr. 300,000 Fr. 1680, von Fr. 400,000 Fr. 2640, von Fr. 500,000 Fr. 3875, von Fr. 600,000 Fr. 5400, von Fr. 700,000 Fr. 7350, von Fr. 800,000 Fr. 9600, von Fr. 900,000 Fr. 12,600, von Fr. 1 Million Fr. 16,000, von Fr. 1½ Millionen 31,500, von Fr. 2 Millionen Fr. 47,000, von Fr. 3 Millionen Fr. 75,000 usw.

Was die Erwerbe anbelangt, um das gleich der Vollständigkeit halber auch zu konstatieren, zahlen Fr. 5000 Erwerb Fr. 70, Fr. 10,000 Fr. 245, Fr. 20,000 Fr. 820, Fr. 30,000 Fr. 1830, Fr. 40,000 Fr. 3040, Fr. 50,000 Fr. 4650, Fr. 60,000 Fr. 6780, Fr. 70,000 Fr. 9450, Fr. 80,000 Fr. 12,800, Fr. 90,000 Fr. 16,650, Fr. 100,000 Fr. 20,000, Fr. 150,000 Fr. 30,000, Fr. 200,000 Fr. 40,000. Also für Vermögen und Einkommen, die nach unseren Begriffen gross sind, sind das ganz kolossale Belastungen.

Und vergleicht man die Steuerbeträge nach der jetzigen Vorlage mit denjenigen der ersten Vorlage, so kommt die Mehrbelastung infolge der starken Erhöhung der Progression bei den sogenannten grossen Vermögen und Einkommen erst recht zum Ausdruck, wobei wir uns immer in Erinnerung rufen wollen, dass schon die Steuersätze der ersten Vorlage als ausserordentlich hohe, ja sogar als höchstzulässige und von Herrn Gustav Müller geradezu als brutale bezeichnet worden sind, die nur für eine einmalige Steuererhebung geeignet seien. Bei Vermögen bis zu Fr. 800,000 ist die Differenz nicht sehr erheblich. Ob man bei derartigen Vermögen Fr. 1000 oder 1500 mehr oder weniger bezahlt, kommt nicht sehr in Betracht. Dagegen steigt von Fr. 800,000 an die Sache ganz bedenklich. Bei Fr. 800,000 kommen wir auf eine Steuer von Fr. 9600 gegen Fr. 7600 oder bereits Fr. 2000 mehr. Bei Fr. 900,000 kommen wir auf Fr. 12,600 oder Fr. 3100 mehr als nach der ersten Vorlage, bei einer Million auf Fr. 16,000 oder Fr. 4400 mehr als nach der ersten Vorlage, bei 1½ Millionen auf Fr. 31,500 oder Fr. 11,000 mehr, und so steigt die Geschichte bis zu Fr. 18 und 30,000 und mehr für das einzelne steuerpflichtige Individuum.

Und bei den Einkommen zeigt sich die Mehrbelastung hauptsächlich von Fr. 60,000 an. Fr. 60,000 zahlen Fr. 2200 mehr als früher, Fr. 70,000 zirka Fr. 4000 mehr, Fr. 80,000 Fr. 6400 mehr, Fr. 90,000 Fr. 9000 mehr, Fr. 100,000 Fr. 12,000 mehr, Fr. 150,000 Fr. 18,000 mehr, Fr. 200,000 Fr. 24,000 mehr.

Für die Kollektiv- und Kommanditgesellschaften werden die gleichen Steueransätze vorgeschlagen wie bei den natürlichen Personen. Die Steuerpflicht gilt ebenfalls bei Vermögen von mehr als Fr. 10,000 und bei Erwerb von mehr als Fr. 3000. Bei den Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften bilden das Steuerobjekt das Aktienkapital und die Reserven und die Steueransätze sind bei diesen Gesellschaften abgestuft nach dem prozentualen Verhältnisse des Reinertrages zum Gesamtkapital und steigen dann in Klassen von $^1/_{10}$ % bis 10% des Gesamtkapitals. Vom nichteinbezahlten Kapital soll die Steuer zum halben Satze erhoben werden. Bei der ersten Steuervorlage betrug der Steuersatz bekanntlich nur 2—10 ‰ und richtete sich nach der Dividende und nicht, wie nach dem heutigen Vorschlage, nach dem ganzen Reingewinn, der natürlich in der Regel ja immer viel höher ist als die Dividende, die zur Auszahlung gelangt. Die neue Vorlage proponiert also bei den Aktiengesellschaften eine bis zu 1000% oder zehnfach verschärfte Progression und ausserdem eine viel weitergehende Erfassung der Erträgnisse. Bei den Genossenschaften unterscheidet die bundesrätliche Vorlage zwischen solchen, die Erwerbszwecke verfolgen und solchen, die keine Erwerbszwecke verfolgen. Genossenschaften mit Erwerbszweck sollen die Steuer vom Reinertrag bezahlen. Soweit der Reinertrag unter die Mitglieder verteilt wird, beträgt der Steuersatz 6%, für den übrigen Reinertrag 12%. Die Genossenschaften, welche keine Erwerbszwecke verfolgen, sollen die Steuer vom Vermögen bezahlen auf Grund eines Steuersatzes von 7½ ‰. Die konzessionierten Versicherungsgesellschaften bezahlen die Steuer von der Prämieneinnahme zum Satze ebenfalls von 7½ ‰. Bei den übrigen juristischen Personen bilden das Steuerobjekt ebenfalls Vermögen und Erwerb. Die Steuersätze sind gleich wie bei den natürlichen Personen; aber da musste man schon wieder aus referendumspolitischen Gründen Rücksicht tragen, die Progression hört auf bei 10‰ für das Vermögen und bei 10% für den Erwerb. Man wollte es mit diesen Körperschaften in der inneren Schweiz nicht verderben; dagegen spielen die paar Aktiengesellschaften und Aktionäre referendumspolitisch gar keine Rolle.

Für die Steuerbefreiung werden in Ziffer 8 vorgeschlagen: der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, sowie die unter ihrer Verwaltung stehenden Spezialfonds, die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern, die Schweizerische Alkoholverwaltung, die Nationalbank, die Gemeinden, sowie die anderen öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient, die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag Kultus- und Unterrichtszwecken oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient, die konzessionierten Transportanstalten für das Aktienkapital, für das keine Dividende verteilt wird.

Die Veranlagung der Steuer soll nach dem Vorschlage des Bundesrates alle 3 Jahre stattfinden; Veranlagung und Bezug sollen durch die Kantone erfolgen unter Aufsicht des Bundes und es sollen zur Sicherung einer gleichmässigen Durchführung Vorschriften erlassen werden. Der Anteil der Kantone soll wie bisher 20% betragen. Der Erlass der Ausführungsvorschriften soll Sache der Bundesversammlung sein unter Ausschluss des Referendums. Nach durchgeführter Erhebung der wiederholten Kriegssteuer soll der Verfassungsartikel ohne weiteres wieder ausser Kraft treten. Das der wesentliche Inhalt des vom Bundesrat vorgeschlagenen Verfassungsartikels.

In der Begründung seiner Anträge geht der Bundesrat von der Finanzlage aus, wie sie sich auf Ende 1918 voraussichtlich gestalten werde, soweit das natürlich im Moment, wo die Botschaft geschrieben wurde, überblickt werden konnte.

Die Kosten des Truppenaufgebotes werden auf 1070 Millionen Franken eingeschätzt; die Schätzung basiert auf der Voraussetzung einer gleichbleibenden Stärke des Truppenaufgebotes, wie sie anfangs August dieses Jahres bestanden hat. Dazu kommen die Defizite der Verwaltungsrechnungen, die bis Ende 1918 auf 180 Millionen veranschlagt sind. Es ergibt sich eine totale Kriegsschuld von 1¼ Milliarden. Dabei sind nun nicht berechnet, wie die Botschaft ausführt, die Kosten der sozialen Fürsorgetätigkeit des Bundes, die Aufwendungen für die Abgabe billiger Lebensmittel, billigen Brotes, billiger Milch, die Beiträge an die Arbeitslosigkeit usw. Diese Aufwendungen waren bis Mitte dieses Jahres gedeckt durch ausserordentliche Einnahmen aus Gebühren, aus Gewinnanteilen an Milch und Käse. Diese ausserordentlichen Einnahmen sollen aber seit Mitte 1918 nicht mehr ausreichen, um die Kosten der sozialen Fürsorge zu decken. Deshalb nahm der Bundesrat an, dass sich die gesamte Kriegsschuld auf Ende 1918 auf rund 1300 Millionen stellen werde.

Im weitern rechnet der Bundesrat damit, dass der Krieg bis Ende 1918 nicht beendet sei und dass daher von diesem Gesichtspunkte aus die Kriegsschuld noch eine bedeutende Erhöhung erfahren könne. Bei der nationalrätlichen Beratung sind da Ziffern von 1500 und 1800 Millionen genannt worden. Diese Annahme hat sich ja nun glücklicherweise nicht erfüllt; aber auch sonst werden die Rechnungen des Bundes etwelche Korrekturen erfahren, wie das in der Regel immer der Fall gewesen ist. Im Rechnen und Schätzen hatte der Bundesrat nicht eine glückliche Hand gezeigt. Nach den letzten Mitteilungen des Herrn Bundesrat Motta werden sich die Kosten des Truppenaufgebotes auf höchstens 1050 Millionen stellen. Nun kam aber das letzte verstärkte Truppenaufgebot wieder hinzu, das nicht berücksichtigt war. Daraus wird sich eine gewisse Erhöhung ergeben. Anderseits ist zu hoffen, dass die Demobilisation vor Ende 1918 durchgeführt sein wird, so dass mit diesen Summen auszukommen sein wird. Der Krieg ist fertig, der General ist heute unter Anerkennung und Verdankung der geleisteten Dienste von seinem Kommando entlassen worden. Was die Truppen vom militärischen Gesichtspunkt aus weiter noch zum Schutze unserer Grenzen zu tun haben, vermag ich in keiner Weise einzusehen. Wenn man aus zollpolizeilichen oder gesundheitspolizeilichen Gründen noch gewisse Posten halten will zur Verstärkung unserer Grenzpolizei oder unserer Zollorgane, so mag man das tun, aber das sind nicht mehr Mobilisationsausgaben. Mit dieser Summe sollte jedenfalls ausgekommen werden.

Heute verweist man nun auf das Budget pro 1919, das auch wieder mit einem enormen Defizit schliesse. Das Budget beweist mir nun aber auch gar nichts. Ich glaube, dieses Budget hätten wir, soweit es sich nicht nur um Bewilligung notwendiger Ausgaben handelt, die nun einmal auf dem Budgetwege bewilligt werden müssen, in bezug auf Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben überhaupt ruhig belassen können. Wie sich die Einfuhr im Laufe dieses Jahres und demgemäss die Zolleinnahmen gestalten werden, das können wir heute absolut nicht übersehen, nachdem der Krieg nun beendet ist, und wir sollen uns daher hüten, immer derartige Phantasiezahlen in die Rechnungen einzustellen. Es mag sein, dass sich diese Einfuhr nicht sofort erhöhen wird, aber das kann im Laufe der Zeit kommen und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres kommen. Sie kann unter Umständen in diesem Jahre Dimensionen annehmen, wie wir sie überhaupt noch nie gehabt haben, und kann so alles auf den Kopf stellen. Also mit diesem Budget wollen wir von vornherein nicht rechnen. Kommt es bei der Staatsrechnung schlechter heraus, so haben wir dann allerdings auch mit der Deckung dieses Betrages zu rechnen.

Diesen 1300 Millionen gegenüber stehen nun an Einnahmen der Ertrag der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer, die beide zusammen 400 Millionen ausmachen, ferner andere ausserordentliche Einnahmen, ferner der Ertrag der Stempelsteuer, der erhöhten Post- und Telephontaxen, die wir zusammen doch auf mindestens 20 bis 25 Millionen per Jahr berechnen dürfen.

Der Bundesrat stellt nun fest, dass ein wesentlicher Teil der Kriegsschuld nicht gedeckt sei und dass im Interesse des Landeskredites ein weiterer bedeutender Teil so rasch als möglich abgetragen werden müsse. Das geeignetste und zweckmässigste Mittel dafür erblickt er in der Wiederholung der Kriegssteuer, da einerseits der Besitz in erster Linie und zum grössten Teil für die Kriegsschuld aufkommen müsse, wie er in seiner früheren Vorlage stets betont habe! So sagt der Bundesrat in seiner Botschaft. Nun ist gerade das Gegenteil richtig. Man hat früher immer gesagt, die Hauptsache müsse durch indirekte Steuern gedeckt werden.

Nun sagt der Bundesrat ferner, angesichts der Volksabstimmung vom 2. Juni sei weder die Einführung einer permanenten noch einer nur temporären Bundessteuer denkbar. Der Ansicht der letzten Expertenkommission, dass die Defizite der Verwaltungsrechnungen und der Aufwendung des Bundes für die Fürsorgetätigkeit weder ganz noch teilweise durch die Kriegssteuer gedeckt werden sollen, dass die Kriegssteuer nur zu den eigentlichen Mobilmachungskosten in Beziehung gebracht werden solle, könne er sich anschliessen. Allein durch die direkten Steuern müsse gleichwohl ein Betrag aufgebracht werden, der der Hälfte der ganzen Kriegsschuld entspreche, und um diesen Zweck zu erreichen, müsse der durch direkte Steuern zu deckende Anteil auf ¾ der Mobilisationskosten erhöht werden. Wir haben gesehen, dass diese Rechnung stimmt bis auf die Kleinigkeit von 175 Millionen. Wir sind ja grosszügig geworden und auf solche Lappalien und Bagatellen nehmen wir gar nicht mehr grosse Rücksicht. Der Bundesrat sagt, auf eine bestimmte Summe könne man sich nicht festlegen, da angesichts der Ungewissheit über die Dauer des Krieges die schliessliche Höhe der Kosten auch nicht feststellbar sei. Und deshalb schlage er vor, die Kriegssteuer einfach so oft zu wiederholen, bis diese ¾ der Mobilisationskosten gedeckt seien. Die Verhältnisse und Voraussetzungen bei der ersten Kriegssteuer hätten sich vollständig geändert. Dort habe man nur mit einer Vermehrung der gesamten Staatsschuld von 300 Millionen gerechnet und Ende 1918 werde man nun vor einer Schuldenvermehrung von 1300 Millionen stehen. In bezug auf das Steuersystem glaubt der Bundesrat, im allgemeinen auf die erste Kriegssteuervorlage abstellen zu sollen, vorbehältlich der erhöhten Progression, deren Wirkung wir gesehen haben, und

vorbehältlich einiger anderer Aenderungen, die sich auf Grund der Erfahrungen als notwendig herausgestellt hätten.

Insbesondere, sagt der Bundesrat, möchte er davon absehen, auch die Vermögenserträgnisse neben dem Erwerb aus Arbeit der Erwerbssteuer zu unterwerfen. Für eine reguläre Steuergesetzgebung möchte sich das zwar empfehlen, nicht aber für eine ausserordentliche Steuer, wie die hier in Frage stehende. Der Einbezug des Einkommens aus Vermögen wäre den meisten Steuerpflichtigen etwas ganz Neues und Ungewohntes, und es sei nicht ratsam, von den sicheren Zahlen der ersten Kriegssteuer abzugehen und einen Schritt ins Unsichere und Unsichtbare zu tun. Es handle sich jetzt nicht darum, komplizierte Steuerprobleme zu lösen, sondern möglichst bald und möglichst viel Geld zu bekommen. Da hat der Bundesrat zweifellos recht. Endlich aber würde der Arbeitserwerb überall da, wo auch ein Vermögensertrag dazu genommen würde, angesichts der erhöhten Progression ungebührlich hoch belastet.

Auch der Idee einer Vermögenszuwachssteuer, wie sie bekanntlich im andern Rat und schon in der Expertenkommission von Herrn Nationalrat Gaudard als Ergänzung der Kriegssteuer angeregt worden ist, will der Bundesrat nicht näher treten. Einmal weil die nötigen Grundlagen für die Festsetzung des Vermögenszuwachses fehlen und sodann weil dies angesichts der bei der Landwirtschaft erzielten Gewinne und des bei der Landwirtschaft erzielten Wertzuwachses referendumspolitisch nicht ungefährlich wäre. Da macht man wieder die Reverenz vor der grossen Zahl unserer Landwirte, die wir ja gewiss alle recht achten. Man unternimmt nichts, was da Unfreundlichkeit und Ablehnung hervorrufen könnte. Aber solche Bedenken teilt dann der Bundesrat absolut nicht in bezug auf die grossen Vermögen und grossen Erwerbe, absolut nicht in bezug auf Einnahmen aus Tantièmen, wo ja eine Zuschlagssteuer, die sich bis zu 40% beläuft, beantragt wird, und zwar auch aus referendumspolitischen Gründen, aber im umgekehrten Sinne.

Auch den Kreis der Steuerpflichtigen will der Bundesrat gegenüber der früheren Vorlage nicht erweitern und ebensowenig eine Kopfsteuer einführen aus den gleichen Gründen, die bereits anlässlich der ersten Kriegssteuervorlage eingehend erörtert worden sind, wiewohl der Bundesrat, wie er sagt, es als stossend betrachtet, dass die Mehrheit einer kleinen Minderheit eine so gewaltige Steuer auferlegen könne. Wir werden in der Folge sehen, wie das den hohen Bundesrat bei seinen weiteren Massnahmen gestossen hat.

Den mutmasslichen Ertrag der projektierten Steuern schätzt der Bundesrat auf Seite 17 der Botschaft auf Grund der erhöhten Progression auf 182 Millionen brutto und 145 Millionen netto für den Bund, und zwar für eine einmalige Steuererhebung, zahlbar in 3 Jahresraten, also ungefähr auf das Dreifache des Betrages, mit dem die erstmalige Kriegssteuer eingeschätzt worden war. Ich zweifle nicht, dass Herr Bundesrat Motta auch hier den Versuch unternehmen wird, Sie zu überzeugen, dass eigentlich die Steuerpflichtigen nicht höher belastet werden als nach der ersten Kriegssteuer, mit der man nur 52 Millionen holen wollte, weil jene Steuer in zwei Malen entrichtet werden musste und diese Steuer in 3 oder nach dem Antrage der Kommission in 4 Malen entrichtet werden könne. Das letztere ist natürlich sehr richtig, allein die Ausführungen des Herrn Motta sind immerhin von einem seiner romanischen Miteidgenossen als etwas sophistisch hingestellt worden. Ich glaube auch, wenigstens nach meinem nüchternen alemannischen Denken, das allerdings etwas langsam ist, sind 145 Millionen halt eben mehr als 52 und selbst mehr als 100 Millionen, die effektiv eingegangen sind, ganz gleichgültig, ob man den erhöhten Betrag in 2, 3, 10 oder 4 Malen bezahlt. Da ist nicht viel zu markten.

Bei der Ertragsschätzung soll die Wertverminderung, die auf fast allen Anlagepapieren eingetreten sei, eine entsprechende Berücksichtigung erfahren haben. Im übrigen erwartet der Bundesrat einen höheren Ertrag der neuen Kriegssteuer nicht nur von den erhöhten Steuersätzen, die Anwendung finden sollen, sondern offenbar auch von den erhöhten Vermögen und Einkommen, die der Krieg geschaffen hat, und die, soweit sie den Erwerb anbetreffen, nach der Ansicht des Bundesrates auch nach dem Kriege, wenigstens zum Teil, noch gleich bleiben dürften, sowie endlich davon, dass die Kriegssteuerverwaltung angesichts ihrer längeren Erfahrung imstande sein werde, die Steuer gleichmässiger durchzuführen und die Steuerobjekte besser und wirksamer zu erfassen, als es bei der ersten Kriegssteuer der Fall war. Im übrigen hält der Bundesrat angeblich an dem bereits in den früheren Botschaften aufgestellten Grundsatze fest, dass die Verteilung der aus dem Kriege resultierenden Lasten eine gerechte und billige sein müsse und er glaubt, dass dieser Grundsatz durch eine Kombination von direkten und indirekten Steuern und durch Verteilung der daherigen Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung nach Massgabe ihrer Leistungsfähigkeit realisiert werden müsse. Wir werden nachher sehen, wie sich das in Wirklichkeit verhält, was da für eine Verteilung stattfindet. Das in grossen Zügen der wesentliche Inhalt der bundesrätlichen Botschaft, soweit er sich auf die mehr grundsätzlichen Fragen bezieht. Auf gewisse Detailfragen wird zur Vermeidung von Wiederholungen später und zum Teil erst bei der Detailberatung einzutreten sein.

Nun müssen wir uns auch die Beschlüsse des Nationalrates vor Augen führen, wenigstens soweit sie materieller Natur sind. Das gehört, wenn es Ihnen auch bekannt ist, zur Vollständigkeit des Referates und ich halte auf ein vollständiges Referat.

Der andere Rat hat in erster Linie den Grundsatz aufgestellt, dass durch die Erhebung der Kriegssteuer 500 Millionen eingebracht werden sollen. Zu diesem Zwecke soll die Steuer dreimal erhoben werden, einmal in einer vierjährigen und zweimal in je dreijährigen Perioden. Würde die dreimalige Steuererhebung weniger als 500 Millionen einbringen, so wäre die Bundesversammlung ermächtigt, zur Dekkung des Fehlbetrages eine Ergänzung der Steuer zu beschliessen. Dieser Beschluss, der bekanntlich nach mehrtägigen und erregten Debatten im andern Rate gefasst worden ist, ist bekanntlich das Resultat eines Kompromisses. Zur Beruhigung des Steuerzahler sollte der Ertrag der Steuer limitiert werden. Der Steuerpflichtige sollte vor eine klare Situation bezüglich seines gesamten Engagements gestellt werden. Man rechnete mit der Eventualität eines

weiteren Kriegsjahres, eines verstärkten Truppenaufgebotes, wodurch die Kosten der Mobilmachung den Betrag von 1200 Millionen mehr oder weniger übersteigen könnten. Für diesen Fall wollte man sich die Hände nicht zum voraus binden, man wollte eine Neuordnung der Verhältnisse, einen neuen Ausgleich zwischen direkten Steuern und andern Massnahmen oder Finanzquellen sich vorbehalten. Ueber diese Vorsicht waren etliche Mitglieder des andern Rates derart ungehalten, dass sie aus Erbitterung gegen die Vorlage stimmten. Die Stellung des Bundesrates, der der Lösung der Frage im Sinne des Kompromisses zustimmte, war bekanntlich eine Zeitlang heftiger Kritik ausgesetzt, meines Erachtens sehr zu Unrecht. Vom Standpunkt der Leitung des Finanzdepartementes aus habe ich es sehr begriffen, dass Herr Bundesrat Motta mit beiden Händen nach dieser Lösung gegriffen hat, denn sie würde ja dem Bunde mehr einbringen, als der ursprüngliche Antrag des Bundesrates. Und wenn nun auch schliesslich der Krieg länger gedauert hätte, als er nun gedauert hat, so wäre mit dem Vorbehalt einer späteren Neuregelung auch nichts verdorben gewesen, um so weniger, als ja diese Neuregelung dann einem neuen Nationalrat, einem nach dem Proporz gewählten Nationalrat und somit einem wesentlich bessseren Nationalrat als dem heutigen, vorbehalten gewesen wäre.

Eine zweite Aenderung betrifft nun die Frage der Höhe des steuerfreien Minimums. Der Nationalrat hat nach dieser Richtung grundsätzlich Ledige und Verheiratete, wenigstens soweit keine Kinder vorhanden sind, einander gleich gestellt und hat das steuerfreie Minimum für diese beiden Kategorien auf Fr. 3000 und den Zuschlag zum steuerfreien Minimum beim Vorhandensein von Kindern und andern unterstützungsberechtigten Personen von 200 auf 300 Franken erhöht. Eine dritte Aenderung betrifft die Steuerpflicht der Genossenschaften. Die Unterscheidung der Genossenschaften mit und ohne Erwerbszweck wurde fallen gelassen. Man stellte einfach auf die Tatsache ab, ob die Genossenschaft einen Reinertrag erziele oder nicht. Ist ein Reinertrag da, so soll er versteuert werden, und zwar mit 4% auf dem Betrage der den Kunden bzw. Mitgliedern gewährten Rückvergütung und mit 8% auf dem anderweitigen Reinertrag. Die Anträge des Bundesrates lauteten auf 6 und 12%; hier hat man also eine wesentliche Reduktion eintreten lassen. Anderseits sollen alle Genossenschaften ohne Rücksicht darauf, ob sie für den Erwerb steuerpflichtig sind oder nicht, der Vermögenssteuer unterliegen für das Genossenschaftskapital und die Reserven. Diese Steuer beträgt 2½ ‰ für das einbezahlte Genossenschaftskapital und ½ ‰ für das nicht einbezahlte. Bei den übrigen juristischen Personen wurde die Steuerpflicht beschränkt auf das Vermögen, die Steuerleistung für den Erwerb wurde fallen gelassen.

Nun das Kapitel der Steuerbefreiungen. Hier hat der Nationalrat gefunden, dass die schweizerische Nationalbank von der Liste der steuerfreien Gesellschaften gestrichen werden sollte, im Gegensatz zur ersten Vorlage. Anderseits wurde die Steuerfreiheit statuiert für gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnungsbedarfes.

Dann hat der Nationalrat eine generelle Befreiungs- und Erleichterungsklausel aufgenommen des Inhalts, dass den natürlichen und juristischen Personen, die infolge des Krieges notleidend geworden sind, oder die sich sonst in einer Lage befinden, in welcher die Bezahlung der Kriegssteuer für sie zur grossen Härte würde, die Steuer ganz oder teilweise erlassen werden kann.

Ferner hat der Nationalrat das Prinzip aufgestellt, dass die Selbsttaxation obligatorisch sein soll. Anderseits hat er offenbar nicht mit Absicht, aber effektiv doch die Bestimmung gestrichen, wonach der Bund berechtigt sein soll, die notwendigen Vorschriften für eine gleichmässige Durchführung der Steuer zu erlassen.

Alle andern Aenderungen, die im andern Rate beschlossen worden sind, sind redaktioneller Natur. Soweit es nötig ist, kann bei der Detailberatung darauf zurückgekommen werden.

Bevor ich dazu gehe, Ihnen den Standpunkt Ihrer Kommission, der ja natürlich kein einheitlicher ist, auseinanderzusetzen, möchte ich doch noch Veranlassung nehmen, kurz und zusammenfassend die Haltung und den Standpunkt des Bundesrates in der ganzen Finanzreform ganz allgemein etwas zu würdigen. Wenn Sie meinen Ausführungen über die Entwicklungsgeschichte der ganzen Finanzreformfrage gefolgt sind, so werden Sie selbst haben konstatieren können, anhand der zahlreichen Botschaften und Berichte sowie der mündlichen Kundgebungen des Bundesrates, dass man dem Bundesrat das Zeugnis nicht versagen kann, dass er keineswegs eine hartnäckige oder gar steckköpfige Regierung ist, und dass der Bundesrat jedenfalls nicht zu jenen Imbéciles gehört, qui ne changent jamais leur opinion. So ziemlich in jeder der zahlreichen mündlichen und schriftlichen Kundgebungen hat er den Standpunkt gewechselt, auch wenn er sich dabei oft den Anschein gegeben und erklärt hat, dass er immer auf dem gleichen Standpunkt stehe, den er früher eingenommen habe.

Dass der Bundesrat im allgemeinen einen schwierigen Standpunkt hatte und hat, das wollen wir voll anerkennen, und man kann füglich auch nicht von ihm erwarten, dass er mit dem Kopf Wände einzurennen versuchte, oder dass er seine Politik nicht den Aenderungen anpasse, die sich in der objektiven Lage der Verhältnisse tatsächlich vollzogen haben. Niemand wird dem Bundesrat einen Vorwurf machen daraus, dass er neuerdings der direkten Steuer gerufen hat, und zwar in ganz erheblichem und kräftigem Umfang, nachdem die Kriegsschuld von 300 auf 1300 Millionen und die Mobilisationsschuld auf 1100 Millionen angewachsen ist. Ich glaube aber, vom Regierungsstandpunkt aus war es von Anfang nicht richtig, sich bei der ersten Kriegssteuer festzulegen einerseits auf eine Ausgabensumme von 300 Millionen und anderseits auf eine einmalige Kriegssteuer. Gouverner, c'est prévoir! Er konnte allerdings nicht voraussehen, wie lange der Krieg dauern würde und welche Höhe die Kriegsschuld annehmen werde. Aber das waren schon dunkle und ungewisse Punkte, ebenso dunkel und ungewiss, wie sie noch vor wenigen Monaten dunkel und ungewiss waren, und eine vorausschauende Regierung musste mit der Möglichkeit rechnen, dass der Krieg länger als bis Mitte 1915, ja dass er sogar Jahre dauern könne. Die Kriegführenden haben es wenigstens von Anfang an behauptet. Ich glaube, schon damals hätte die

Regierungspolitik entsprechend eingerichtet werden sollen, dann wäre man mit dem Versprechen einer einmaligen Steuererhebung, das immer einen unangenehmen Geschmack hinterlässt, nicht aufgetreten und man hätte vielleicht schon damals Richtlinien und Grundsätze aufgestellt für eine weitschauende und umfassende Lösung des ganzen Finanzproblems, vor das uns der Krieg stellen wird. Aber ich glaube sagen zu können, dass es an solchen bestimmten Grundsätzen und Richtlinien sehr lange gefehlt hat. Nachdem dann fast drei Jahre nach Kriegsausbruch eine Art Finanzprogramm aufgestellt worden ist, da hat es in der Folge an der festen und konsequenten Durchführung des Programmes gefehlt. Man ist immer mehr von den Grundsätzen abgewichen, die man damals aufgestellt hat. Man hat alle Widerstände und alle Schwierigkeiten, die sich irgendwie in den Weg zu stellen schienen, nicht zu bekämpfen und zu beseitigen versucht, sondern man hat immer gesucht, sie zu umgehen. Und so ist man sukzessive immer mehr auf stückweise Gelegenheitslösungen verfallen, von denen man sich den geringsten Widerstand versprochen hat, weil nur eine kleine Minderheit der Referendumsbürger davon betroffen wird, und man hat allen demagogischen Einflüsterungen immer mehr das Ohr geliehen und ihnen nachgegeben. Und dabei hat man sich in einen Schwall von Zahlen gehüllt, die sich in der Regel als unrichtig herausgestellt haben, ist von Annahmen und Voraussetzungen ausgegangen, die nicht eingetreten oder hinfällig geworden sind und hat damit mehr zur Verwirrung und Unsicherheit der ganzen Situation beigetragen und Verwirrung geschaffen.

Auch an dem notwendigen Kontakte zwischen Regierungspolitik und der Kreditbewilligungspolitik hat es offenbar gefehlt. Noch anfangs 1917 erklärte der Bundesrat, die Mobilisationskosten betragen 500 Millionen und sie werden bis Ende 1917 680 und bis Ende 1918 860 Millionen betragen. Nun stehen wir plötzlich, trotzdem wir noch nicht ganz Ende 1918 haben, nicht vor 860, sondern vor 1100 Millionen, weil inzwischen in einem Moment, wo man über die Notwendigkeit denn doch sehr geteilter Ansicht sein konnte, Hunderte von Millionen für Kriegsrüstungen unter der Hand dekretiert und bewilligt worden sind.

Und nun die Stellung des Bundesrates in den letzten Monaten, nein in den letzten Wochen, Tagen, ich möchte fast sagen Stunden. Noch Ende Juni dieses Jahres sagte man, wo doch die Höhe der Kriegsschuld und der Mobilisationskosten ziemlich genau festzustellen war, man müsse die halbe Kriegsschuld mit der direkten Steuer decken, man müsse noch 300 Millionen haben. In der gleichen Sitzung modifiziert man den Antrag dahin, man müsse drei Viertel der Mobilmachungskosten decken, damit man das gleiche habe wie die Hälfte der Kriegsschuld und kommt damit auf 175 Millionen mehr. Dann kommt man zuhanden der Bundesversammlung mit dem Antrage: drei Viertel der Kosten des Truppenaufgebotes müssen gedeckt werden. Im Nationalrat, wo die Sache beraten wird, lässt man den Antrag sofort fallen und geht auf den Kompromissantrag ein, wonach die Deckung auf 500 Millionen limitiert werden soll. In der zweiten Sitzung unserer Kommission nimmt der Vertreter des Bundesrates selbst den ursprünglichen Antrag des Bundesrates gegenüber dem Beschlusse des Nationalrates, dem er dort zugestimmt hat, wieder auf, und die Kommission stimmt einstimmig zu. Noch in unserer Sitzung, die wir Ende November in Bern gehabt haben, erklärte der Vertreter des Bundesrates — es war nicht Herr Motta, ich spreche überhaupt nicht von Herrn Motta persönlich, sondern ich spreche nur vom Bundesrat — noch Ende November erklärte der Vertreter des Bundesrates, der Bundesrat habe sich mit dem Beschluss unserer Kommission einverstanden erklärt, und er hat gegen eine Erhöhung der Beteiligungsquote in jener Sitzung geradezu Opposition gemacht. Allerdings erklärte er, er müsse das vorläufig auf eigene Rechnung tun, denn er stehe vor einer neuen Tatsache, er habe nicht gewusst, dass eine Erhöhung vorgeschlagen werde, aber er zweifle nicht, dass der Bundesrat mit einer Erhöhung nicht einverstanden sei. Und heute soll der Bundesrat einverstanden sein, dass zu den beschlossenen Steuern noch weitere 700 Millionen, im ganzen 1100 Millionen, d. h. die ganzen Mobilmachungskosten gedeckt werden sollen. Man ist also von 50 Millionen im Laufe von 3 Jahren auf 1100 Millionen hinauf gestiegen, von 25% der Mobilmachungskosten auf 100%, trotzdem diese selbst eine fast vierfache Erhöhung erfahren haben.

Ich liebe gewiss nicht eine unangenehme Politik und ganz besonders nicht unserem Bundesrat gegenüber, der ja wahrlich der Kritik sonst genug ausgesetzt ist. Allein ich kann doch die Bemerkung nicht unterdrücken: Ist das denn wirklich eine Regierungspolitik, ist das nicht eine eigentliche Schaukelpolitik? Kann dieser neueste Stellungswechsel, der gestern und heute vorgenommen worden ist, uns wirklich imponieren? Müssen nicht selbst diejenigen, die aus diesem oder jenem Grunde in der Belastung des Besitzes oder der zu kreierenden direkten Steuer möglichst weit gehen wollen, vor einer solchen Finanz- und Steuerpolitik und vor ihren Konsequenzen, die sie auf andern Gebieten nach sich ziehen kann, zurückschrecken? Wo ist da die Festigkeit und die Konsequenz in der Leitung der Landesgeschäfte, die man von einer Regierung erwarten kann und soll?

Ich habe Sie bereits lange hingehalten; was weiter noch zu behandeln ist, wird noch ebensolange dauern, wie meine bisherige Rede gedauert hat. Ich stelle Ihnen anheim, ob Sie heute oder morgen die Fortsetzung anhören wollen. Ich stehe Ihnen heute oder morgen, ich stehe Ihnen als ergebener Diener immer zur Verfügung.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	04
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	11.12.1918 - 16:00
Seite Page Pagina	192-205
Ref. No	20 028 661

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 12. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr.

Séance du 12 décembre 1918, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: / **Présidence:** } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 192 hievor. — Voir page 192 ci-devant.)

Präsident: Ich bitte den Präsidenten der Kommission, Herrn Scherrer, seinen Bericht fortsetzen zu wollen.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Nachdem ich Ihnen gestern die Entwicklungsgeschichte der Frage der Finanzreform des nähern auseinandergesetzt habe, auch den Inhalt der bundesrätlichen Vorlage und seine nähere Begründung und endlich auch die Aenderungen, die an dieser Vorlage im andern Rate vorgenommen worden sind, bleibt nunmehr noch übrig, Ihnen über den Standpunkt unserer eigenen Kommission zu berichten.

Unsere Kommission hat sich zu drei verschiedenen Malen mit diesem Gegenstand beschäftigt, zum Teil in mehrtägigen Sitzungen. Wie Sie der Vorlage entnommen haben, ist es nicht gelungen, in der Kommission eine Einigung auf der ganzen Linie zu erzielen. Ich muss auch hier konstatieren, dass von Sitzung zu Sitzung ganz erhebliche Verschiebungen in den Ideen und Anschauungen mancher Mitglieder der Kommission zutage getreten sind, Verschiebungen, die teils in der objektiven Aenderung der Verhältnisse ihren Grund haben, teils aber auch in der offenbar etwas verschieden gestalteten Impressionabilität der einzelnen Mitglieder gegenüber Erscheinungen und Vorgängen der neuesten Zeit.

Einig ist die Kommission in einem Punkte: Dem Bunde müssen bedeutende Mittel sobald wie möglich zugeführt werden, wenn er in den Stand gesetzt werden soll, seinen Verpflichtungen nachzukommen und wenn sein Ansehen und seine Kreditfähigkeit nicht stark beeinträchtigt werden sollen. Man hat die Frage aufgeworfen, ob und wie weit die gegenwärtige Generation für die enorme Schuldenlast aufkommen müsse, die der Krieg mit allen seinen Wirkungen und Begleiterscheinungen uns auferlegt hat, und wie weit eine spätere Generation. Ich möchte dieser speziellen Frage nicht eine primäre, sondern eine sehr sekundäre Bedeutung beimessen, im Gegensatze zur Botschaft des Bundesrates. Es ist absolut nicht sicher, wie die Botschaft des Bundesrates annimmt, dass es für unsere Volkswirtschaft von grossem Vorteil sei, wenn jetzt durch bedeutende Aderlässe am Vermögen und Erwerb ein grosser Teil der Kriegsschuld sofort oder bald getilgt und unsere Nachwelt tunlichst wenig damit belastet werde. Im Gegenteil. So bequem es an und für sich ist, möglichst reinen Tisch zu haben, und so bequem es namentlich für unsere Nachkommenschaft ist, möglichst schwach belastet zu bleiben, so ist doch zu sagen, dass ein zu grosser Geldentzug in kommerzieller und wirtschaftlicher Hinsicht die Entwicklung unseres Landes schwer beeinträchtigen könnte, da gerade nach dem Kriege, wo die leeren Lager an Rohmaterialien wieder aufgefüllt und wo überhaupt stark vermehrte Anforderungen an den Kapitalmarkt und an den Geldmarkt gestellt werden müssen, eben eine derart gewaltige Nachfrage nach Kapital einsetzen kann, die es schlechterdings nicht möglich macht, allzu grosse Beträge und auf zu lange Jahre hinaus zu Steuerzwecken abzuführen. Und je grösser die Kapitalabgaben an den Bund sich stellen, um so grösser können diese Schwierigkeiten werden. Man kann auch nicht sagen, dass wir uns den andern Staaten gegenüber in einem besonderen Nachteil befinden würden, wenn wir einen grösseren Teil der Kriegsschuld nicht sofort bzw. in den nächsten Jahren abtrügen. Denn auch die andern Staaten, sowohl die neutralen wie namentlich aber die kriegführenden Staaten, werden ja natürlich auf viele Jahrzehnte hinaus schwer belastet bleiben, und wir würden somit nur das Schicksal mit ihnen teilen. Also ich glaube, nicht von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir Sorge tragen, dass dem Bund in der nächsten Zeit möglichst viel Mittel zugeführt werden, sondern von einem andern Gesichtspunkt aus. Wir müssen einerseits für die nötigen Mittel sorgen, dass die aufgelaufenen Schulden vorerst verzinst und amortisiert werden können und anderseits dafür, dass nicht neue Schulden gemacht werden müssen, sondern dass namentlich die schwebenden Schulden baldmöglichst abgetragen werden können oder dass wenigstens die sukzessive Abtragung dieser schwebenden Schuld möglichst sichergestellt ist.

Unsere Schuldenlast hat infolge des Krieges eine ganz bedeutende Vermehrung erfahren trotz den ausserordentlichen Einnahmen, die dem Bund aus der ersten Kriegssteuer, der Kriegsgewinnsteuer und andern Einkünften bereits zugeflossen sind und die, wie ich gestern festgestellt habe, sich auf 460 Millionen Franken belaufen. Bis heute haben wir sogenannte Mobilisationsanleihen ausgegeben für 827 Millionen Franken, wobei diejenigen, die inzwischen bereits zurückgezahlt sind, in Abzug gebracht sind. Das ist unsere konsolidierte Schuld. Wir schulden aber ferner auf dreimonatige Schatzanweisungen, die von der Nationalbank und andern Banken diskontiert worden sind, einen Betrag per Ende August 1918 von 442 Millionen Franken. Das ist unsere schwebende Schuld. Also demnach eine gesamte Mehrschuldenlast gegenüber vor dem Kriege von 1270 Millionen Franken ohne Einrechnung der Mehrschulden, die von den S. B. B. kontrahiert werden mussten. Diese Schuldenlast von 1270 Millionen Franken ist nun nicht zu verwechseln mit der sogenannten Kriegsschuld, die sich aus den gesamten Aufwendungen des Bundes infolge des Krieges einschliesslich der Defizite der Verwaltungsrechnungen und der Auslagen für die soziale Fürsorge ergeben haben und die bis Ende 1918, wie wir gesehen haben, 1300 Millionen Franken betragen.

Es mag nun auffallen, dass die Differenz zwischen der Kriegsschuld und der effektiven Mehrschuldenlast nicht grösser ist, da doch von der Kriegsschuld 460 Millionen Franken bereits gedeckt sind, abbezahlt sind (Widerspruch des Herrn Bundesrat Motta). Doch, das ist sehr wahr, Herr Bundesrat. Die 100 Millionen sind doch eingegangen und die 15 Millionen sind auch eingegangen oder sind im Eingehen begriffen. (Bundesrat **Motta:** In einem Jahr.) Ja, ob das nun heute geschieht oder ob das in einigen Monaten geschieht, das ist so ziemlich Nebensache. Ich sage, man sollte glauben, dass unsere Mehrschuldenlast nur noch etwa 840 Millionen betragen sollte, nämlich 1300 Millionen abzüglich der 460 Millionen, d. h. dass die Kriegsschuld durch die konsolidierten Anleihen annähernd gedeckt sein sollte und dass wir nicht noch 442 Millionen Franken schwebende Schulden haben sollten. Nun aber ist nach dieser Richtung zu bemerken, dass die schwebende Schuld ungefähr dem Betriebskapital entspricht, das wir in den kaufmännischen Organisationen, insbesondere in der Lebensmittelversorgung stecken haben. Die grossen Vorräte an Lebensmitteln und andern Monopolartikeln, die wir im Inland und im Ausland liegen haben, mussten vorausbezahlt werden; daraus ist im wesentlichen die schwebende Schuld von 442 Millionen Fr. entstanden, die heute schon wahrscheinlich einen ganz andern Betrag repräsentiert, als Ende August dieses Jahres. Dieses Geld wird sukzessive wieder eingehen, abgesehen von den Verlusten, die der Eidgenossenschaft aus ihren Monopolbetrieben schliesslich erwachsen und die hoffentlich nicht zu gross ausfallen werden. Immerhin wird es geraume Zeit dauern, bis die Liquidation dieser kaufmännischen Organisationen und Monopolbetriebe durchgeführt sein wird, und für so lange wird die schwebende Schuld neben der konsolidierten Schuld im grösseren oder kleineren Umfange bestehen und werden die laufenden Zinsen unsere Verwaltungsrechnung belasten. Diese Zinsenlast beträgt jährlich zu 5% berechnet 63½ Millionen Franken, und rechnen wir dazu noch die Amortisationsquote zu 1%, so ergeben sich rund weitere 8 Millionen Franken. Wir sollten also jährlich bis zur Liquidation der Monopolbetriebe über ca. 70 Millionen Franken verfügen, wenn unsere Schulden nicht weiter vermehrt werden sollen.

Und nun, was diesen Punkt anbelangt, die Schulden, so halte ich dafür, dass an eine weitere Vermehrung derselben vorläufig nicht gedacht werden soll. Unser Kapitalmarkt ist durch die enormen Emissionen, die im Laufe der letzten Jahre vom Bund, von den Kantonen, von Gemeinden, von industriellen Unternehmungen veranstaltet worden sind, vorläufig erschöpft. Er ist nicht mehr aufnahmefähig. Schon das letzte Mobilisationsanleihen ist ja bekanntermassen noch lange nicht placiert. Die Titel befinden sich noch zu einem wesentlichen Teile in den Portefeuilles der Banken, und wenn wir erst das Anleihen, das die Stadt Bern in letzter Zeit aufgenommen hat, berücksichtigen, so müssen wir sagen, dass es geradezu Fiasko gemacht hat. Viele wollen allerdings den Grund für diese Erscheinung darin finden, dass man mit der sozialistischen Verwaltung der Bundesstadt nicht einverstanden sei oder Misstrauen dagegen hege. Dann müssten so ziemlich alle grossstädtischen Anleihen auf eben dieses Misstrauen stossen. Die Verhältnisse sind ziemlich überall die gleichen, wie sie in Bern sind. Ich glaube, der wesentliche Grund liegt darin, dass der Kapitalmarkt bereits erschöpft und übersättigt ist. Solange die finanzielle Rekonstruktion des Bundeshaushaltes nicht sichergestellt ist, ist gar nicht daran zu denken, mit neuen Forderungen an den Kapitalmarkt heranzutreten.

Aber auch die Diskontierung von Schatzwechseln hat ihre Grenzen. Die Nationalbank ist mit der Aufnahme solcher Papiere meines Erachtens schon weit genug gegangen. Die Nationalbank hat ja nicht die Aufgabe, die Geldbedürfnisse des Bundes zu befriedigen. Im Gegenteil, das wollte man ja von Anfang an ausgeschlossen wissen, als man die Nationalbank schuf. Das war ja der wesentliche Grund, dass der Gedanke der Staatsbank in der Bundesversammlung und im Volke abgelehnt wurde. Man hat Besorgnis, dass eine reine Staatsbank sich als spezielle Kreditbank für den Bund auswachsen werde.

Ich gehe nun gewiss nicht so weit, zu sagen, dass die Situation der Nationalbank infolge dieser Engagements des Bundes etwa gefährdet wäre. Diese Engagements werden ja gedeckt durch den Wert der dem Bunde gehörenden Waren; allein auf der andern Seite ist doch zu sagen, dass die Diskontierung solcher Schatzwechsel nicht das normale Geschäft für die Nationalbank ist, und abgesehen davon wird die Nationalbank in der Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, die namentlich bei der Wiederkehr normaler Geschäftszeiten an sie herantreten wird, beeinträchtigt. Es ist denn wirklich auch bezeichnend, dass die Nationalbank bereits genötigt war, den Diskontosatz von einem Moment auf den andern um ein ganzes Prozent zu erhöhen, auf 5½% festzusetzen. Ja, wie soll das erst werden, wenn Handel und Industrie nach Wiederkehr einigermassen normaler Zeiten mit vermehrten Anforderungen an die Nationalbank herantreten und wenn inzwischen die Engagements des Bundes, die sich heute auf viele Hunderte von Millionen belaufen, nicht bedeutend reduziert sind?

Also angesichts aller dieser Verhältnisse gilt es, dem Bunde Mittel zu verschaffen, um die Zinsenlast zu decken und neue Schuldengagements zu verhindern. Das ist meines Erachtens der leitende Gesichtspunkt, und von diesem Gesichtspunkt aus sind wir in der Tat alle verpflichtet, das Möglichste dazu beizutragen, eine Lösung für diese Kriegssteuerfrage zu finden, die einerseits die nötigen Mittel dem Bunde sichert, die aber auch auf Recht und Billigkeit gegenüber den Steuerpflichtigen beruht und darum auch mit ruhigem Gewissen vor dem Volke vertreten werden kann. Wer in diesem Sinne dabei nicht mitwirken würde, der würde meines Erachtens eine grosse Verantwortlichkeit auf sich laden.

Dieser Zweck kann nun allerdings nur vollständig erreicht werden, wenn auf dem Wege ausserordentlicher Steuern erhebliche Beiträge aufgebracht werden. Ordentliche Steuern kommen nicht in Betracht, nachdem das Initiativbegehren vom Volk und Ständen abgelehnt worden ist, und die in Aussicht genommenen indirekten Steuern und Abgaben würden vorläufig wenigstens nicht ausreichen, die erforderlichen Beträge zu decken, auch wenn sie sofort durchgeführt würden und durchgeführt werden könnten. Sie könnten ja im Maximum 40 Millionen Franken

per Jahr einbringen. Es fehlen also unter allen Umständen vorläufig 30 Millionen Franken per Jahr. Nach Wegfall der schwebenden Schuld wird sich dann die Rechnung allerdings anders gestalten. Anderseits ist aber zu konstatieren, dass die ausserordentliche Kriegssteuer allein in nächster Zeit nicht den Betrag abwerfen kann, der nötig ist, um Zins und Amortisationslast zu decken und den Bund vor Eingehung neuer Schulden zu bewahren. Deshalb müssen auch die Projekte für indirekte Steuern sofort realisiert werden, wenn eine wirkliche Sanierung unseres Staatshaushaltes eintreten soll. Vorläufig haben wir also rund 70 Millionen Franken jährlich nötig, um die Zins- und Amortisationslast zu decken und den Bund vor weiteren Schulden zu bewahren. Aber das ist wohl zu bemerken: Mit der sukzessiven Liquidation der Kriegs- und Monopolbetriebe reduzieren sich die schwebenden Schulden und damit die Zinsenlast. Neben den konsolidierten Schulden bleibt schliesslich noch der Verlust auf Kriegs- und Monopolbetrieben. Wie der ausfallen wird, das wissen wir heute noch nicht. Wir werden erst später sehen, wie die Monopolwirtschaft des Staates sich bewährt hat. Vorläufig sehe ich diesem Ergebnis eher mit etwas Bangen und Besorgnis entgegen.

Und nun die andere Frage: Wieviel soll im ganzen durch direkte Steuern aufgebracht werden? Und wieviel soll durch indirekte Steuern aufgebracht werden?

Man streitet sich vielfach über die Frage: Wieviel hat der Besitz aufzubringen und wieviel ist anderweitig zu decken? Man unterscheidet auf der einen Seite sogenannte Besitzessteuern und versteht darunter vorzugsweise die Kriegssteuer, die Kriegsgewinnsteuer und dergleichen, und anderseits indirekte Steuern, und versteht unter diesen die Leistungen der nichtbesitzenden Klassen. Das ist eine absolut unrichtige Unterscheidung und eine durchaus unrichtige Gegenüberstellung. Auch die indirekten Steuern, wenn sie von sozial richtigen Gesichtspunkten aus dekretiert werden, treffen den Besitz und zum grossen Teile vorzugsweise den Besitz. Gerade die Stempelsteuer ist ja eine eigentliche Besitzsteuer, wie allgemein auch von sozialdemokratischer Seite ausdrücklich zugestanden wird. Daher ist es grundsätzlich unrichtig, wenn man etwa von dem Gesichtspunkte aus: der Besitz muss bluten, wie es im Nationalrate geheissen hat, die ganzen Kosten der Mobilmachung durch die Kriegssteuer gedeckt haben will. Auch wenn Sie die Anträge der Kommissionsminderheit annehmen, d. h. nur drei Viertel der Truppenaufgebotskosten durch direkte Steuern decken, so wird das Resultat immer das sein, dass der Besitz effektiv viel mehr als die Kosten der Mobilmachung zu tragen haben wird. Die Rechnung ist bald gemacht. Gedeckt sind bisher durch Kriegssteuer und Kriegsgewinnsteuer 400 Millionen. Nach den Anträgen der Minderheit sollen dazu kommen aus neuer Kriegsgewinnsteuer 450 Millionen. Andere Einnahmen haben wir gemacht 50 Millionen vom Besitz. Den Wert der Stempelsteuer können wir auf 250 Millionen annehmen. Den kapitalisierten Wert der Mehreinnehmen an erhöhten Post-, Telegraph- und Telephongebühren auf mindestens 100 Millionen. So haben wir bereits zusammen 1250 Millionen aus dem, was bisher schon beschlossen ist oder heute beschlossen werden soll, dem Besitz belastet. Man kann die indirekten Steuern machen wie man will, immer wird der Besitz davon zum grossen Teil oder zum grössten Teil getroffen werden.

Entscheidend für die Frage, wieweit die Kriegsschuld durch direkte und wieweit durch indirekte Steuern gedeckt werden soll, sind einerseits die Grundsätze einer richtigen Steuerpolitik und anderseits die Höhe der zu deckenden Kosten.

Und nun zunächst ein paar Worte über die Grundsätze einer richtigen Steuerpolitik. Seit dem Frühjahr 1917 wird der Gedanke in unserem Lande propagiert, dass die Mobilmachungskosten im ganzen Umfange vom sogenannten Besitze, und zwar durch direkte Steuern gedeckt werden sollen. Die indirekten Steuern, heisst es, sollen für soziale Zwecke reserviert werden. Und das begründet man damit, dass man sagt, der Besitz hätte ja das grösste Interesse daran gehabt, dass die Landesgrenze geschützt worden und das Land nicht zum Kriegsschauplatz geworden sei. Dem Gedanken hat namentlich Herr Nationalrat Naine im andern Rate Ausdruck verliehen, indem er erklärt: Das «Proletariat hat ja überhaupt nichts zu verlieren, also war auch für dieses nichts zu schützen; der Besitz allein ist an der ganzen Frage interessiert; also soll er auch die Kosten tragen. Wenn man im öffentlichen Leben steht, kann man ja genugsam die Beobachtung machen, dass das eine Ansicht ist, die von grossen Teilen des Volkes geteilt wird. Ich halte diese Argumentation für absolut unrichtig und ferner sage ich: Wenn sie richtig wäre, so wäre die Kriegssteuer, wie sie heute vorliegt, das denkbar ungeeignetste Mittel für eine richtige Verteilung der aus dem Grenzschutz entstandenen Lasten im Vergleich zu den Vorteilen, die die Steuerzahler an diesem Grenzschutz gehabt haben. Ich sage, die Theorie ist unrichtig. Gewiss ist ja anzuerkennen, dass wir bei einer kriegerischen Verwicklung des Landes damit hätten rechnen müssen, dass Städte und Dörfer ruiniert, dass grosse Länderstrecken vernichtet worden wären, dass dem immobilen Besitze, soweit er in der Kriegszone gelegen wäre, ein ganz enormer Schaden zugefügt worden wäre. Aber der mobile Besitz hätte ja gerade gerettet werden können und hat in allen Kriegsländern gerettet werden können, und der immobile Besitz, der nicht auf dem Kriegsschauplatz gelegen wäre, der wäre von aller Verwüstung verschont geblieben. Ich denke, wir wollen eher sagen: Dadurch, dass wir vom Kriege verschont geblieben sind, haben wir erreicht, dass Handel und Wandel, dass der industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Betrieb aufrecht erhalten werden konnte, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, und dass bei uns jeder die Möglichkeit hatte, seinem Erwerb und seinem Verdienst nachzugehen, dass jeder seinen Unterhalt fand, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, wie sie nun einmal der Krieg gebracht hat, und dass namentlich unsere Arbeiterschaft vor Hunger und vor Elend bewahrt und verschont blieb. Können wir uns heute einen Begriff machen von den Zuständen und von dem Elend, das grosse Massen unseres Volkes heimgesucht hätte, wenn unser Land vom Krieg überzogen worden wäre? Wir werden wahrscheinlich erst später so recht erfahren, soweit wir es heute nicht bereits wissen, wie es in andern Ländern bestellt gewesen ist, und zwar gerade mit den arbeitenden Klassen

bestellt gewesen ist, in Belgien, in den okkupierten Teilen Nordfrankreichs, in Italien, in Serbien usw., und wie es auch sonst in den andern Ländern und Gegenden, die nicht Kriegsschauplatz gewesen sind, am Nötigsten gefehlt hat und welche Leiden und welche Entbehrungen dort das Volk zu ertragen hatte. Bezeichnend ist ja allein schon die Tatsache, dass in Berlin ein Geburtenrückgang von 50% während des Krieges eingetreten ist, und dass dagegen die Sterbefälle eine Zunahme von 100% erfahren haben, und Berlin war weit vom Kriege weg und hatte ein grosses Hinterland, aus dem es schliesslich seine Verpflegung beziehen konnte. Das zeigt, wie die Leute in den kriegführenden Staaten gelitten haben und wie speziell die Arbeiterschaft gelitten hat. Und wie wäre es uns erst gegangen?

Was wäre aus uns erst geworden, die wir in bezug auf alles vom Ausland abhängig sind und uns selbst nicht hätten durchbringen können? Also wenn wir vom Kriege verschont worden sind, so denke ich, kann man ruhig sagen, es lag im Interesse aller ohne Unterschied, und wenn etwas anderes behauptet wird, so ist das eine Hetzerei und ein Volksbetrug. Wenn nun aber das Interesse des immobilen Besitzes massgebend wäre für die Verteilung der Lasten, dann dürfte die Steuer überhaupt nicht generell auf den Besitz gelegt werden, sondern nur auf denjenigen, der vorzugsweise gelitten hätte, wenn wir in den Krieg einbezogen worden wären, also auf die Hausbesitzer und die landwirtschaftlichen Grundeigentümer in den Gegenden, die vermutlich vom Kriege heimgesucht worden wären. Allein die ganze Theorie, dass für die Verteilung der Lasten massgebend sei das Interesse, das der Einzelne am Schutz gehabt habe, den der Staat seinem Vermögen sichert, oder dass die Steuern eine Entschädigung für die vom Staate geleisteten Dienste bilden sollen, diese sogenannte Assekuranztheorie oder Vergeltungstheorie, wie sie in früheren Jahrhunderten allerdings bestanden hat, ist schon längst aufgegeben und eigentlich vollständig vergessen. Diese Theorie steht vollständig im Widerspruch mit dem ganzen heutigen Steuerwesen, wie es sich auf der ganzen Welt und speziell bei uns entwickelt hat, und im Widerspruch mit den Grundsätzen, die für die Besteuerung massgebend sind; denn seit vielen Jahrzehnten gilt ja für die Begründung der Steuerpflicht einfach der Grundsatz, dass der Staat eine Kulturnotwendigkeit ist, dass deshalb der Staat in den Stand gesetzt sein muss, seine materiellen und sittlichen Kulturaufgaben zu erfüllen, dass die Nation als Ganzes die Mittel für ihren Beruf als Staat beschaffen muss und dass jedes einzelne Glied der Nation nach dem Masse der Möglichkeit seiner Kräfte und Fähigkeiten eben dabei mitwirken soll. Das Prinzip der Allgemeinheit der Steuer auf der einen und das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen auf der andern Seite, das ist heute die allgemein anerkannte Theorie und nach diesem Grundsatz allein müssen meines Erachtens auch die Fragen gelöst werden, wie die uns durch den Krieg geschaffenen Lasten zu tragen und zu verteilen sind.

Nun gibt es bekanntlich keine Steuerart, die für sich allein geeignet wäre, diese beiden Grundsätze, Allgemeinheit der Steuer und richtige Verteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, praktisch zu verwirklichen. Am besten wäre theoretisch hierfür geeignet die Vermögenssteuer und Erwerbssteuer, aber praktisch auch nicht; denn bald ist das Vermögen, bald der Erwerb des einzelnen Bürgers so gering, dass sich die Besteuerung gar nicht verlohnt, weil das der Leistungsfähigkeit entsprechende Steuerbetreffnis so gering wäre, dass es durch die Kosten der Steuererhebung und Verwaltung mehr oder weniger aufgezehrt würde. Würde man grössere Steueransätze vorschreiben, so stünden sie wieder nicht im richtigen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit im Vergleiche mit grössern und grossen Vermögen und Einkommen, und deshalb lassen sich eben jene Grundsätze nur durch eine Vielheit von Steuern, nur durch ein eigentliches Steuersystem, durch eine Kombination von direkten und indirekten Steuern verwirklichen, wo dann eben bei den direkten Steuern Steuerfreiheit bis zu einem gewissen Grade eintreten kann. Die direkten Steuern betreffen Vermögen und Erwerb, die indirekten die Ausgaben für den Genuss oder den Verkehr. Bei der direkten Steuer schliesst man von den Einnahmen oder vom Besitz auf die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers, bei der indirekten Steuer schliesst man von den Ausgaben auf die Einnahmen und damit indirekt auf die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers. Diese indirekten Steuern müssen ja nun allerdings von rationellen und sozial richtigen Gesichtspunkten aus angelegt werden, sonst sind sie ungerecht und noch viel ungerechter als direkte Steuern. Sie dürfen natürlich nicht verlegt werden auf Gegenstände, die für den Lebensunterhalt unentbehrlich sind, sondern nur auf entbehrliche Gegenstände, die sich mehr oder weniger als Luxus qualifizieren.

Nach dieser Hinsicht sind ja bekanntlich die Massenluxusartikel: Zigarren, Tabak, Getränke und dergleichen als besonders geeignete Steuerobjekte zu betrachten, und diese indirekten Steuern sollen sich der Leistungsfähigkeit des Einzelnen auch insofern anpassen, dass die Steuersätze nach der Verschiedenheit der Qualität des Steuerobjektes abgestuft werden, dass die feinen Havanna-Zigarren natürlich entsprechend höher besteuert werden als unsere Bouts, und der Champagner höher als der Waadtländer, und der Waadtländer wiederum höher als ein ganz geringer Wein. Allein derart ausgebaute indirekte Steuern sind im hohen Grade gerecht und geeignet, den Grundsatz der Allgemeinheit der Steuerpflicht wirklich zu realisieren. Sie erfassen bis zu einem gewissen Grade jeden und entsprechen somit dem Grundsatz der Steuerallgemeinheit; sie treffen aber auch den am meisten, der sich dem betreffenden Luxus am meisten hingibt und auch hingeben kann, oder der sich bei seinem Genuss in qualitativer Hinsicht den grössten Luxus leistet, und auf diese Weise passen sie sich auch wiederum ganz richtig der Leistungsfähigkeit des Einzelnen an. Der Verbrauch des Einzelnen an Luxusartikeln ist gewiss ein sehr richtiger Massstab sowohl für die Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit wie namentlich für eine gerechte Besteuerung. Nehmen wir z. B. zwei Personen, die beide 30,000 Franken Jahreseinkommen haben. Der eine verbraucht alles, der andere 8000 und legt 22,000 auf die Seite. Der erste, der alles verbraucht, ist natürlich in zehn Jahren auch noch vermögenslos, der andere wird ein Vermögen von mindestens Fr. 250,000 besitzen. Nun wäre es gewiss im höchsten Grade ungerecht, wenn nun der Sparsame nicht nur seinen Erwerb, sondern auch das

sukzessive angesammelte Vermögen versteuern sollte, während derjenige, der alles verbraucht, gar nichts versteuern soll als sein Einkommen. Der Sparsame ist im Gegenteil volkswirtschaftlich nützlich, er sollte geschützt werden und der andere sollte viel mehr getroffen werden. Aber heute ist die Situation tatsächlich so, dass der eine doppelt besteuert wird, auf Erwerb und Vermögen, und der andere nur einfach, eben weil wir keine indirekten Verbrauchssteuern haben und somit seinen übermässig hohen Verbrauch in keiner Weise steuerfiskalisch treffen können. Die indirekten Steuern haben überdies den grossen Vorteil, dass man die Steuer bezahlt, ohne dass man es merkt. Den besten Beweis liefert ja der gegenwärtige Krieg. Alle Bedarfsartikel haben eine kolossale Preissteigerung erfahren und wir haben uns eigentlich sehr rasch daran gewöhnt. Allein die Verteuerung, die die Luxusartikel durch die Belastung mit indirekten Steuern erfahren würden, ist dem gegenüber eine ganz geringfügige und man wird sich deshalb an eine durch sie hervorgerufene Preissteigerung um so rascher und um so eher gewöhnen.

Und nun liegt das Gebiet der indirekten Steuern bei uns sozusagen noch vollständig brach. Wir haben natürlich Zölle, haben das Salzmonopol in den Kantonen, das Spritmonopol zugunsten der Kantone, wir haben in den Kantonen etwa noch einzelne Verkehrssteuern, Handänderungssteuern, Erbschaftssteuern, aber das ist eigentlich so ziemlich alles, was wir an indirekten Steuern in der Schweiz haben.

Die Zölle haben allerdings einen schönen Betrag für uns abgeworfen; aber wenn wir von den eigentlichen Schutzzöllen, die von ganz andern Gesichtspunkten aus aufgestellt worden sind und als eine wirtschaftliche Notwendigkeit betrachtet werden müssen, absehen, so sind namentlich die Zölle auf den unentbehrlichen oder mehr oder weniger entbehrlichen Bedarfsartikeln ja so gering, dass von einer erheblichen Belastung des Konsums nicht gesprochen werden kann.

Also auf diesem Gebiet der indirekten Steuern sind Finanzquellen erschliessbar, die nicht nur gestatten, einen grossen Teil der Kriegsschuld zu decken, sondern auch die Durchführung grosser sozialer Aufgaben zu finanzieren. Ich will nun dahingestellt sein lassen, ob die Massengenussmittel, wie Zucker, Kaffee, Tee, die nicht eigentliche Nahrungsmittel und unentbehrliche Artikel sind, besteuert werden sollen; das ist eine Frage der Steuerpolitik, aber als sehr ergiebige Quellen möchte ich ausser dem Tabak und dem Obstbranntwein in erster Linie die grossen Verkehrssteuern bezeichnen: die Erbschaftssteuer ganz besonders, mit Progression nach der Höhe des Erbschaftsanteils oder der Höhe der Hinterlassenschaft, mit Progression nach der Abstufung der Erbberechtigung und Verwandtschaft, dann die Handänderungssteuern, die auch noch nicht in vielen Kantonen existieren und deshalb vom Bund eingeführt werden könnten, dann an Verbrauchssteuern vor allen Dingen die Getränksteuer, die absolut nicht nur auf den eigentlichen Alkohol beschränkt zu sein braucht, sondern ganz gut auch auf Bier und dann ganz selbstverständlich auch auf Wein ausgedehnt werden könnte und ganz besonders auf die qualifizierten, guten und teuren Weine verlegt werden müsste. Ich erinnere ferner an die Möglichkeit der Besteuerung von Luxuswagen, Luxuspferden, Luxusautomobilen, Luxuswohnungen, Schmucksachen und dergleichen mehr, alles Dinge, die sonst fast überall auf indirektem Wege besteuert werden. In allen andern Staaten sind diese Quellen in ganz anderer Weise ausgebeutet worden, und zwar schon vor dem Kriege und während des Krieges, als die Schulden sukzessive sich vermehrten, erst recht.

Der Bundesrat hat in einer früheren Botschaft einmal eine Aufstellung über das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern bei uns und im Ausland gebracht und er hat festgestellt, dass bei uns auf Fr. 100 direkte Steuern Fr. 60 indirekte entfallen, einschliesslich der Zölle. In den andern Staaten stellt sich das ganz anders dar. In Dänemark kommen auf Fr. 100 direkte Steuern Fr. 270 indirekte, in Belgien 157, in Italien 151, in Frankreich 141, in England 85, in Holland 79. Deutschland, das schon viele indirekte Steuern gehabt hat, das sozusagen seinen ganzen Reichsbedarf durch indirekte Steuern gedeckt hat bis in die allerletzten Jahre, hat noch während des Krieges ganz bedeutende neue Steuern eingeführt, 13 auf einmal, das bekannte Steuerbukett, durch welches die Verzinsung eines grossen Teils der Kriegsschuld dort gedeckt werden konnte. Sehen wir übrigens auch auf die andern neutralen Staaten. Wenn wir die Zolleinnahmen vollständig ausser Betracht lassen, so nehmen an andern indirekten Steuern ein: Holland 82 Millionen Gulden oder 164 Millionen Franken per Jahr; Dänemark 66 Millionen Kronen oder 75 Millionen Franken per Jahr; Norwegen 45 Millionen Kronen oder 54 Millionen Franken per Jahr; Schweden 82 Millionen Kronen oder 95 Millionen Franken per Jahr, alles ohne Zölle, und unsere Eidgenossenschaft nimmt gar nichts auf diesem Gebiet. Alle andern Staaten haben während des Krieges diese indirekten Steuersysteme noch ganz bedeutend ausgebaut. Ich wollte damit nur konstatieren, dass wir es absolut nicht nötig haben und absolut nicht darauf angewiesen sind, unsere Mobilmachungskosten ganz oder auch nur teilweise, d. h. zum grössten Teil durch direkte Steuern zu decken. Wir hätten andere Finanzquellen, die wir erschliessen könnten, sobald wir nur wollten. Das ist sonst gar nirgends geschehen, dass man einfach versucht, die ganze Kriegsschuld auf direkte Steuern abzuwälzen, da werden wir ein vollständiges Unikum auf der Welt bilden, vorausgesetzt, dass die Welt mit der Zeit nicht noch eine ganz andere Fasson annehmen wird, als sie sie heute besitzt. Soweit sind wir doch im allgemeinen noch nicht, damit wollen wir noch nicht rechnen und unsere Steuerpolitik damit heute noch nicht begründen. Das dürfen und sollen wir nicht tun, weil wir damit die in der Steuerpolitik und Finanzwissenschaft allgemein anerkannten Grundsätze verletzen würden, den Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer und den Grundsatz der Leistung nach Massgabe der Leistungsfähigkeit, und weil es in hohem Grade einseitig und ungerecht wäre.

Ueber die Frage, welcher Betrag durch die direkten Steuern gedeckt werden soll, konnten wir uns, wie Sie gesehen haben, in der Kommission nicht einigen. Die Mehrheit beantragt Ihnen, den ganzen Kapitalbetrag der Mobilmachungskosten damit zu decken, die Minderheit beantragt Ihnen, drei Viertel dieses Kapitals zu decken. Nun ist es interessant, zu untersuchen, wie sich die Verteilung der zu deckenden Lasten auf

die direkten Steuern und die noch zu kreierenden indirekten Steuern rechnerisch gestalten würde, je nachdem Sie den Antrag der Mehrheit oder der Minderheit annehmen, wenn wir in Berechnung ziehen, was gedeckt werden muss, was bereits gedeckt ist und was noch zu decken bleibt. Ich stelle zunächst ab auf die Ziffern der Botschaft, wie sie auf Seite 3 und 4 wiedergegeben sind und die teilweise rektifiziert worden sind durch den Vertreter des Bundesrates in der Kommission. Da gehe ich nun in erster Linie von dem Gesamtbetrag der Aufwendungen aus, die infolge des Krieges gemacht worden sind, einschliesslich der Verluste und Defizite, die wir erlitten haben, also von unserer sogenannten Kriegsschuld, von der wir gesehen haben, dass sie sich auf Ende dieses Jahres auf 1300 Millionen beziffern wird, natürlich die bisherigen Zinsen inbegriffen, weil dieselben ja immer in der Verwaltungsrechnung enthalten sind. Die Botschaft spricht zwar von 1250 Millionen und nimmt dann hinzu die Auslagen für soziale Fürsorgetätigkeit, und deshalb kommt sie auf 1300 Millionen. Davon sind gedeckt durch die Kriegssteuer 100 Millionen, durch Kriegsgewinnsteuer 300 Millionen, durch andere ausserordentliche Einnahmen 50 Millionen.

Nun kommen wir auf den Kapitalwert der Stempelsteuer. Der Ertrag der Stempelsteuer hat bereits im laufenden Jahre gegen 15 Millionen abgeworfen. Das ist uns in der Kommission mitgeteilt worden, und da glaube ich nun, dass diese Steuer später naturgemäss eine ganz wesentliche Erhöhung erfahren muss. Der Ertrag des ersten Jahres ist ja natürlich ungünstig, denn das ist eine bekannte Tatsache, dass die Neugründungen und Neuemissionen noch vor dem Inkrafttreten dieses Stempelgesetzes durchgeführt worden sind, und deshalb wird schon der normale Ertrag auf Neugründungen und Neuemissionen sich mit der Zeit notwendigerweise steigern müssen. Aber später kommt dazu der Erneuerungsstempel für Aktien und Obligationen. Allein, ich will ganz vorsichtig rechnen und die jährlichen Einnahmen nur auf 15 Millionen veranschlagen. Das ergibt zu 6% kapitalisiert einen Betrag von 250 Millionen. Die Erträgnisse der höheren Post- und Telephongebühren, mit denen wir 8—10 Millionen einnehmen wollten, will ich nur zu 6 Millionen in Rechnung ziehen und das gibt wiederum 100 Millionen, so dass wir heute tatsächlich gedeckt wären für 800 Millionen und noch keine Deckung haben für 500 Millionen. Diese letztere Ziffer wollen wir festhalten.

Und nun die Kosten des Truppenaufgebots. Sie sind angegeben auf 1070 Millionen, in der Kommission auf 1050. Ich will vorsichtig rechnen und sagen 1100 Millionen. Nun sollen nach dem Antrag der Mehrheit der Kommission diese ganzen 1100 Millionen durch die indirekten Steuern gedeckt werden. Wir haben gesehen, dass durch die bisherigen direkten Steuern 400 Millionen gedeckt sind. Es bleiben durch die neue Kriegssteuer noch zu decken 700 Millionen. Also von der ganzen Kriegsschuld von 1300 Millionen sind heute noch ungedeckt 500 Millionen, und davon sollen nun 700 Millionen neu dekretiert werden und durch diese neue Steuer aufgebracht werden, 200 Millionen mehr soll man den direkten Steuerzahlern abnehmen, als zur vollen Deckung der vollen Kriegsschuld nötig ist, an Kapital berechnet. Ich möchte mir doch sehr überlegen, ob ich da, statt diese 700 Millionen zu schlucken, nicht noch lieber der sogenannten Opfermotion Goetschel folgen möchte. Nun wird man sagen: Aber die Zinsen? Die 700 Millionen werden unter der Voraussetzung, dass jährlich 37,5 Millionen eingehen, erst in ca. 19—20 Jahren gedeckt sein, inzwischen laufen die Zinsen auf den heute ungedeckten 500 Millionen, bzw. auf dem jeweiligen Saldo des ungedeckten Betrages. Das ist an und für sich richtig, allein einerseits sind wir doch allseitig einverstanden, dass durch die direkten Steuern nur die Kapitalausgaben und nicht auch die laufenden Zinsen aufgebracht werden sollen. Darüber besteht ja allgemeine Uebereinstimmung. Sodann aber sage ich, dass von den jetzt ungedeckten 500 Millionen, wenn im Laufe von 18—20 Jahren jährlich 37,5 Millionen oder im ganzen 700 Millionen abbezahlt werden, trotz den inzwischen laufenden Zinsen, nur wenig mehr übrig bleibt, denn diese 200 Millionen Ueberschuss werden eben zu einem guten Teil diese laufenden Zinsen auch gedeckt haben, also mit andern Worten, weil doch die Stempelsteuern und der Mehrertrag von Post- und Telephongebühren sozusagen ausschliesslich Leistungen des Besitzes sind, so wäre der Besitz mit Einschluss der im Laufe der nächsten 20 Jahre zu entrichtenden Kriegssteuer belastet mit 1½ Milliarden, mit 800 Millionen, die bereits gedeckt sind, plus 700 Millionen, die durch diese Kriegssteuer aufgebracht werden sollen, während auf die noch zu kreierenden indirekten Steuern, die von der Allgemeinheit getragen werden sollen, die von den Verbrauchern aufgebracht werden sollen, sozusagen gar nichts mehr entfallen wird. Das ist also das effektive Resultat des Mehrheitsantrages.

Nun fragen wir uns noch, wie viele Prozente des Volkes und der Steuerzahler sind es eigentlich, die diese 1½ Milliarden aufbringen sollen? Es sind wohl kaum 5%, und alle andern 95% gingen mehr oder weniger leer aus. Ich halte dafür, dass das nicht vereinbar ist mit den Grundsätzen einer richtigen Steuerpolitik und auch nicht mit den Prinzipien einer Demokratie, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle verlangt. Auf diesem Grundsatz steht ja der Bundesrat auch, dass eben die Prinzipien der Demokratie mit ihren gleichen Rechten und gleichen Pflichten gewahrt bleiben sollen. Wir haben in der Kommission keine Zeit gehabt, derartige Berechnungen anzustellen; aber ich hoffe, dass die Herren der Mehrheit, nachdem sie nun zahlenmässig vor die Konsequenzen ihres Antrages gestellt worden sind, darauf nicht länger beharren werden. Ihr Standpunkt entspringt denn doch mehr einer dem sogenannten Zug der Zeit folgenden Eingebung des Gemütes als einer rechnerischen Ueberlegung und einer umfassenden Würdigung aller einschlägigen Verhältnisse.

Und wie stellt sich nun die Sache nach den Anträgen der Minderheit? Nach den Anträgen der Minderheit wären durch die indirekten Steuern statt 700 Millionen etwa 450 Millionen zu decken; von den 1300 Millionen wären durch direkte und andere eigentliche Besitzessteuern zu decken 1250 Millionen; die 800 Millionen, die bereits gedeckt sind, und die 450 Millionen, die noch dazu kommen, und zu Lasten der zu kreierenden indirekten Steuern blieben also noch zu tilgen 50 Millionen plus die Zinsen auf dem per Ende 1918 ungedeckten Saldo der Kriegsschuld. Die Belastung des Besitzes nach dem Minderheitsantrag ist meines Erachtens noch zu hoch im Verhältnis und der Anteil der zu kreierenden indirekten Steuer immer noch viel zu gering. Die Verteilung der Kriegsschuld zur Hälfte

zwischen direkte und indirekte Steuer oder die Verteilung der Mobilisationskosten zu zwei Dritteln auf die direkten und zu einem Drittel auf die indirekten Steuern wäre meines Erachtens richtig, denn weil auch die indirekten Steuern zum Teil ganz vorzugsweise den Besitz treffen, so wäre auf diese Weise der Besitz hoch genug belastet. Die Minderheit stellt heute keine diesbezüglichen Anträge, sondern sie nimmt den ursprünglichen Antrag des Bundesrates auf. Es geschieht dies absolut nicht deswegen, weil ein geringerer Anteil zu Lasten der direkten Steuer nicht das richtigere wäre nach unserem Empfinden, sondern weil absolut keine Aussicht besteht, angesichts der Beschlüsse im andern Rate, mit einem solchen Antrag durchzudringen, weil es im Zuge der Zeit liegt, den Besitz ausgesprochen stark zu treffen, und weil einmal grosse Teile des Volkes von einer Psychose befallen sind, werden bekanntlich die Parlamente auch mitgerissen, und da kämpfen Götter selbst vergebens, und wir, die wir nichts weniger als Götter sind, erst recht.

Ich habe Ihnen einleitend dargelegt, dass anlässlich der ersten Kriegssteuer dem Besitz ein Opfer von 50 Millionen zugedacht war, dass wir damals vor 300 Millionen Kriegsschuld gestanden haben; also 250 Millionen, plus die auflaufenden Zinsen, wollte man damals durch indirekte Steuern aufbringen und nur 50 Millionen durch die direkte Steuer. Das war ein förmliches Versprechen, das man dem Volke und den Steuerpflichtigen gegeben hat, und jetzt mutet unsere Minderheit in Uebereinstimmung mit dem ursprünglichen Antrag des Bundesrates den indirekten Steuern einen Anteil von 50 Millionen plus Zins von 500 Millionen ab 1. Januar 1919 zu; also weniger wird den indirekten Steuern heute zugemutet, als man ihnen schon 1915 unter vollständig andern und falschen Voraussetzungen zugemutet hat. Trotzdem die Schuld heute von 300 Millionen auf 1300 Millionen angewachsen ist, soll nichtsdestoweniger die Leistung der indirekten Steuer geringer sein, als man ihr damals bei 300 Millionen Schulden zugemutet hat. Das zeigt, dass der Minderheitsantrag, der das will, doch wahrlich sehr annehmbar ist und weit genug geht und dass man darüber nicht hinausgehen darf.

Der Besitz kann sich ja sicherlich nicht beklagen, wenn er in stärkerem Masse herangezogen wird, als man im Jahre 1915 versprochen hat. Die objektiven Verhältnisse haben sich geändert, die Schulden haben sich um das Vierfache erhöht. Aber der Besitz kann sich mit Recht beklagen und sich geradezu empören, wenn man ihm das 25fache zumutet und den übrigbleibenden 95 Prozent nichts mehr zumuten will. Es gibt Treu und Glauben nicht nur im privaten und geschäftlichen Verkehr, sondern diese Eigenschaften sollen erst recht bei denjenigen gefunden werden, die die Gesetze machen. Das ist doch das wenigste, was man von einer gesetzgebenden Behörde verlangen darf. Was soll aber der Steuerzahler von den Behörden halten, wenn sie heute etwas beschliessen, das in vollständigem Widerspruch zu früheren Versprechungen steht, das in vollständigem Widerspruch steht zu dem, was auf dem ganzen Gebiete bisher gegangen ist, soweit es nicht durch die objektiven Verhältnisse begründet ist? Was soll er denken, wenn er sieht, dass er einfach vergewaltigt wird, weil er zu einer kleinen Minderheit gehört, dass er einfach aus referendumspolitischen Gründen geopfert wird? Soll das nicht einen Stachel hinterlassen, der für die Zukunft des Landes gefährlich und schädlich werden kann? Allerdings ist es nur eine Minderheit; aber auch diese Minderheit spielt, glaube ich, einen Faktor nicht nur in unserem wirtschaftlichen, sondern auch in unserem öffentlichen Leben. Den guten Willen dieses Faktors werden wir in Zukunft auch wieder nötig haben, und deshalb glaube ich, müssen wir Rücksichten gegenüber diesen Klassen tragen und nicht nur gegenüber den andern.

Ich will die geschichtliche Entwicklung nicht wiederholen; allein schon der bundesrätliche Vorschlag, den die Minderheit, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, aufnehmen muss, geht ja weit über das hinaus, was man bisher als möglich und zulässig erklärt und anerkannt hat, und darüber hinaus sollen wir nicht gehen. Diese drei Viertel sind, glaube ich, das Minimum, was man mit den direkten Steuern den von ihnen Betroffenen zumuten kann und darf. Persönlich wäre ich auch nicht einverstanden mit der sehr weitgehenden Progression der Steuersätze; wie sieht das aus, nachdem man früher erklärt hat, schon die früheren Steuersätze seien das denkbar Höchste gewesen, was man überhaupt präsentieren dürfe und wenn die Sozialdemokraten diese geradezu als brutal bezeichnet haben, wenn man nun mit solchen Ansätzen kommt?

Ich hätte die Ansätze der ersten Vorlage ganz entschieden vorgezogen. Ich verzichte heute auf einen Gegenantrag, notgedrungen, weil er absolut aussichtslos wäre und weil mir an einer Lösung dieser Kriegssteuerfrage gelegen ist und ich nicht unnötig Opposition machen möchte, obwohl gerade auf diesem Gebiete für einen, der aus Grundsatz Opposition machen wollte, ein dankbares Feld offen wäre. Dagegen dürfen wir nun bei der Bemessung des Kostenanteils bei der Kriegssteuer einige weitere Gesichtspunkte nicht aus den Augen verlieren, in erster Linie den Gesichtspunkt, dass die direkten Steuern bereits heute die finanzielle Last der Kantone in der Hauptsache getragen haben; denn in den Kantonen betragen die direkten Steuern heute 75% der gesamten Steuereinnahmen. Das ist wenigstens im Berichte des Bundesrates vom 25. Januar 1918 zum Initiativbegehren so dargelegt worden. Unsere Kantone erheben heute an direkten Steuern 60 Millionen Fr. per Jahr, und dazu kommen dann noch die Gemeinden mit 70 Millionen, das macht total 130 Millionen. Und nun noch die 50 Millionen dazu, das ist eine ganz enorme Belastung auf direkten Steuern. Ich glaube, im Interesse der Steuerzahler, wie der Kantone, kann diese Mehrbelastung nicht auf allzu lange Jahre hinaus ausgedehnt werden. Ueberhaupt gilt doch für die Bundesstaaten allgemein der Grundsatz: die direkten Steuern den Bundesgliedern, die indirekten Steuern dem Bundesstaat, dem Zentralstaat. Je mehr dieser Grundsatz, sei es in bezug auf die Höhe der Steuer, sei es in bezug auf die Dauer der Erhebung, durchbrochen wird, um so mehr werden die Kantone leiden. Schon eine Dreiviertelbelastung bedeutet meines Erachtens eine grosse Belastung der kantonalen Steuerkraft, um so mehr als immer erhöhte Forderungen an die Kantone und Gemeinden herantreten und weil eine Kapitalbildung bei solchen Steuern nicht mehr möglich ist. Die 850—900 Millionen sind für die Kantone bereits verloren, und je weiter man geht, desto grösser ist die Schwächung der Kantone. Wir müssen auch damit rechnen, dass alle Vermögen eine gewisse Entwertung erfahren haben,

sofern sie aus Wertpapieren bestehen. Diese Einbusse muss auf 20—30%, auf ausländischen Werten noch viel höher veranschlagt werden.

Dann dürfen wir auch die volkswirtschaftliche Schädigung nicht unberücksichtigt lassen, von der ich bereits gesprochen habe, dass sie eintrete bei zu grossen Geldbezügen. Wir haben bereits gesehen, wie die Lage des Kapitalmarktes, des Geldmarktes, eine gespannte ist, wie bereits der Diskonto um ein ganzes Prozent auf einmal erhöht werden musste, dass es unmöglich ist, neue Anleihen unterzubringen; je mehr und je länger durch die Steuer dem Kapitalmarkt Kapital entzogen wird, um so grösser ist die Gefahr, dass namentlich Industrie und Gewerbe das nötige Kapital nicht mehr haben und nicht mehr finden werden. Dazu kommt, dass die Aussichten für die Industrie nichts weniger als gute sind. Das Prophezeien ist ja schwer, es ist geradezu unmöglich. Es ist ja bisher alles anders gekommen, als man geglaubt hat. Aber sowohl die früheren Erfahrungen, die man nach den Kriegen gemacht hat, als die heute schon feststehenden Tatsachen führen zu einer pessimistischen Beurteilung der Verhältnisse. Ich habe das bereits in der Kommission betont, Herr Bundesrat Motta hat gemeint, es bestreiten zu sollen. Ich hoffe nur, dass der Bundesrat sich da weniger täuschen möge, als in der bisherigen Beurteilung der Verhältnisse. Das können wir schon sagen; nach jedem Krieg haben starke und grosse Wirtschaftskrisen eingesetzt, bald sofort, bald erst nach einigen Jahren nach dem Kriege. Nach dem Kriege von 1870/71 haben wir anfänglich einen starken Aufschwung genommen, so 1—2 Jahre lang, und dann hat eine Krisis eingesetzt, die bis tief in die 80er Jahre hinein gedauert hat. Soll das anders sein bei einem Kriege, der 4½ Jahre gedauert hat und gegenüber dem der Krieg von 1870/71 ein sogenanntes Kinderspiel gewesen ist? Soll das anders sein nach einem Kriege, wo Hunderte von Milliarden unproduktiv verpufft, Werte von Hunderten von Milliarden zerstört worden sind; soll das anders werden nach einem Krieg, der in den grössten Weltreichen Auflösung und Zersetzung, die Revolution und das allgemeine Chaos herbeigeführt hat? Was können wir uns mit guten Gründen nach einem solchen Krieg in wirtschaftlichen Verhältnissen eigentlich Gutes versprechen? Gewiss ist vieles herzustellen, was Arbeit und Verdienst bringen könnte, aber werden die Mittel und die Kaufkraft da sein, um sie wieder herstellen zu lassen und wird man die Schweiz dazu brauchen? Die Konkurrenz des Auslandes dürfen wir gerade heute nicht unterschätzen. Frankreich, England, Amerika, Italien und Japan sind nach allgemeinem Urteil aller Fachleute, die mit den Verhältnissen vertraut sind, in einer Weise industrialisiert worden, von der man sich keinen Begriff macht. Die Industrie in allen unsern bisherigen Absatzgebieten hat bedeutende Fortschritte gemacht und die Zollschranken, die aufgestellt werden müssen, werden die uns unter Umständen nicht nur das Leben sauer, sondern geradezu unmöglich machen?

Dann die Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung, in der wir eben vom Ausland abhängig sind. Wird da das Ausland nicht praktisch uns in seinen Rohstofflieferungen kontributionspflichtig machen, wodurch ja natürlich gerade unsere Konkurrenzfähigkeit und unsere Exportfähigkeit ausserordentlich gefährdet, vielleicht verunmöglicht wird?

Es ist ja zu sagen, soweit wir heute Rohstoffe haben, haben wir sie zu Phantasiepreisen bezahlen müssen, mit denen man nur während des Krieges seine Rechnung finden konnte. Ob wir später Rohstoffe haben werden, die uns konkurrenzfähig machen, ist heute ungewiss. Ich glaube, wir haben allen Grund, die Aussichten nicht zu überschätzen. Eine bedeutende Depression hat sich ja bereits eingestellt. Es sind nicht nur die vielen Kriegsindustrien, die bereits sozusagen erledigt sind oder in den nächsten Tagen und Wochen erledigt sein werden, sondern auch in den normalen Friedensbetrieben haben bereits Arbeiterentlassungen stattgefunden und Einschränkung der Arbeitszeit, und die Schwierigkeiten werden wahrscheinlich erst recht kommen. Es ist daher sehr zu befürchten, dass die Kriegssteuer eine bleibende Last für die Industrie wird, auch wenn sie vielleicht heute nicht als solche empfunden wird. Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist daher eine tunlichste Zurückhaltung angezeigt.

Man weist hin auf die riesigen Kriegsgewinne. Es ist richtig, dass Einzelne enorme Gewinne gemacht haben, zum Teil während der ganzen Kriegsdauer, zum Teil nur in gewissen Zeiten. Man darf aber nicht generalisieren; man muss berücksichtigen, dass manche Industrien durch den Krieg schwer gelitten haben. Der Verdienst ist zum Teil als Kriegsgewinn abgeliefert worden. Wer weiss, ob das, was übrig bleibt, nicht noch verloren geht? Also, die Kriegsgewinne können eine generelle Besteuerung des Besitzes nicht rechtfertigen, weil nur Einzelne solche Gewinne gemacht haben, und die, welche Gewinne gemacht haben, ihren Tribut bereits dem Staate abgeliefert haben.

Dann denke ich, wollen wir uns nicht beeinflussen lassen von den Stimmen des Hasses und der Leidenschaft, die ganz allgemein gegen den sogenannten Besitz immer allgemeiner und lauter sich erheben. Man könnte heute wirklich glauben, als ob der Besitz ein Verbrechen sei, an dem alles erlaubt sei. Wir sind noch nicht so weit, dass jeder mit der Flinte in der Hand die Exekution am Besitz nach eigenem Ermessen vollzieht. Aber man ist so weit, dass man bereits sich ernstlich fragt, wie man den Besitz dezimieren und mit der Zeit der Allgemeinheit zuführen könne. In Kreisen, denen ich bisher nahe gestanden habe, spricht man bereits von Einkommenssteuern bis zu 40%, von einer Limitierung des zulässigen Vermögens, von einer Einschränkung des vererbbaren Besitzes und findet, alles auf der Welt ist zu viel, das mehr ist, als was ich habe; was ich gerade habe, das muss beschützt werden, und alles was darüber ist, ist vogelfrei. Das ist heute die Politik unserer Jungmannschaft, und von dem russisch-asiatischen Bolschewismus unterscheidet man sich nicht mehr sehr wesentlich in der Idee, sondern nur in der Form, indem man sagt, man wolle die Neuerung nicht mit Gewalt, sondern nur auf dem legalen Wege der Verfassung und des Gesetzes durchführen. Als ob es auf die Form ankäme, wenn man bestohlen wird.

Auch zur Begründung dieser Thesen und Theorien verweist man immer auf die enormen Kriegsgewinne einerseits und die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel anderseits und die Knappheit der Lebensmittelversorgung und die daraus resultierende Einschränkung in grossen Kreisen, auf Entbehrungen usw. An allen diesen Zuständen soll heute der Kapitalismus schuld sein. Kapitalismus und Besitz sind aber in den Augen vieler Leute dasselbe. Man steht da vor einem völligen Konglomerat von Vorurteilen, von Unkenntnis und von Irrtümern, die einem gewöhn-

lichen Referendumsbürger wahrlich wenig Ehre machen, geschweige denn aber den neuen Führern des Volkes.

Ich begreife ja sehr wohl den Unwillen gegenüber Vermögen und Erwerb, die sich auf Kosten anderer gebildet haben oder welche gar die allgemeine Teuerung mitverschuldet und mitveranlasst haben. Ich begreife auch die neuesten Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, einen billigen Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital, entsprechend dem Anteil, der diesen beiden Faktoren am Geschäftsgewinn zukommt, herbeizuführen. Das sind Dinge, über die man reden kann. Ich bin überzeugt, dass ein grosser Teil der Industriellen solchen Bestrebungen nicht feindlich gegenübersteht, namentlich soweit sie geeignet wären, einen richtigen Ausgleich wirklich herbeizuführen, die Produktion zu fördern oder die Produktionsbedingungen zum Teil zu beeinflussen.

Allein ganz unverständlich ist mir diese wahnsinnige Verhetzung des Besitzes generell und dass alles, was Besitz heisst, mit Schiebergewinn und Wuchergewinn identifiziert und in einen Tiegel geworfen wird, wie das heute nicht nur von gewissen Bürgern, sondern auch von den Führern dieser Kreise im andern Rat ausgesprochen worden ist. Ich denke, weitaus der grösste Teil des Besitzes ist denn doch auf ehrliche und unanfechtbare Weise entstanden. Denn es ist ja ein offenes Geheimnis, dass es gerade nicht gelungen ist, die Schiebergewinne und Wuchergewinne für die Besteuerung zu fassen, da diese Sorte von Geschäften nicht vom normalen Gewerbe, nicht auf normalem Geschäftswege gemacht werden, sondern dass diese Geschäfte von Elementen besorgt werden, die man nicht fassen kann und auf Umwegen und Schleichwegen, die nicht feststellbar sind. Zur Ehrenrettung des Besitzes, dem man heute glaubt, alles zumuten zu können, des Besitzes, der durch Fleiss, durch angestrengte Arbeit und durch Sparsinn entstanden ist, oder vielleicht durch Erbschaft erworben und der denn doch den wesentlichen Teil des Steuerkapitals ausmacht, muss denn doch gegen eine derartige Generalisierung und eine derartige Vermengung mit Wucher- und Schiebergewinnen ganz entschieden Verwahrung eingelegt werden. Man kann sagen was man will, diese Bewegungen da draussen im Volke haben deutlich ihren Einfluss auf Ihre Denkweise bereits ausgeübt. Deshalb Ihre Bestrebungen, immer höher und höher zu gehen; Sie stehen tatsächlich heute schon unter diesem Einfluss, ohne dass Sie es wollen und merken. Aber wären Sie noch vor zwei oder vor drei Jahren, oder wären Sie vor einem Jahre geneigt gewesen, so weit zu gehen, oder hätten Sie es überhaupt für möglich gehalten, so weit zu gehen, als Sie heute gehen wollen? Absolut nicht. Warum? Weil Sie bereits beeinflusst sind, ohne dass Sie es wissen. Es ist wahrlich ein ebenso grosser wie unentschuldbarer Irrtum, wenn man den Besitz oder auch unsere Industrie und selbst die Kriegsgewinnindustrie, wenigstens soweit sie für das Ausland gearbeitet hat, sei es für die Verteuerung der Lebensmittel, sei es für die Knappheit der Lebensmittelversorgung verantwortlich machen will. Besitz und Industrie stehen diesen Erscheinungen so unschuldig gegenüber, als man überhaupt etwas unschuldig gegenüberstehen kann. Und sie haben selbst darunter gelitten, wie die Arbeiter auch und wie überhaupt jedermann. Diese Erscheinungen waren nun einmal die naturgemässe Folge unserer Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Auslande, des Versagens eines grossen Teiles unserer bisherigen Bezugsquellen auf dem Kontinent, des Missverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkte und der infolge des Krieges eingetretenen ganz enormen Erhöhung der Seetransportfrachten und der Transportversicherungen. Das sind die Gründe, die diese Teuerung und diese Lebensmittelknappheit herbeigeführt haben. Aber das sind Dinge, denen wir hier allgemein absolut ohnmächtig und machtlos gegenüberstehen und für die wir nicht verantwortlich gemacht werden dürfen. Und die sogenannten Kriegsgewinne unserer Exportindustrie sind im Auslande gemacht worden und konnten daher in unserem Land die Preise gar nicht beeinflussen. Und soweit diese Industrie zum Teil für das Inland gearbeitet hat, waren ihre Lieferpreise unter Berücksichtigung der stark erhöhten Rohmaterialpreise absolut normal. Das gilt insbesondere auch von der chemischen Industrie, die heute vielfach so verschrien wird. Und ich weiss sogar, dass die chemische Industrie alle die Artikel, die in der Schweiz abgesetzt worden sind, zum Teil nicht nur zu Normalpreisen, sondern geradezu zu Verlustpreisen abgegeben hat. Die grossen Gewinne, die sie gemacht hat, sind ausschliesslich im Auslande gemacht worden. Und überhaupt haben es ja unsere Behörden in der Hand gehabt, die Preisverhältnisse im Inland, soweit sie nicht von den Auslandpreisen abhängig waren, durch Festsetzung von Höchstpreisen zu regulieren, und soweit es die Industrie anbelangt, haben die Behörhen von dieser Möglichkeit bekanntermassen auch hinreichend Gebrauch gemacht.

Der Besitz im allgemeinen und die Industrie im besondern haben der schweizerischen Volkswirtschaft in diesem Kriege nicht geschadet, sondern geradezu die grössten Dienste geleistet. Das ist Wahrheit. Das Kapital ist es gewesen, das dem Bunde die enormen Summen vorgeschossen hat, deren er bedurfte, um die Kosten des Truppenaufgebotes und die Defizite zu decken und die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung des Landes sicherzustellen. Das hatte man dem Kapital zu verdanken, und wenn wir das Kapital nicht gehabt hätten, ich wüsste nicht, wie wir dagestanden wären. Wir wären ja verhungert, und die Industrie ist es gewesen, die es verstanden hat, zum Teil durch eine vollständige Neuorientierung, durch die Anpassung an vollständig neue Verhältnisse und zum Teil durch ganz bedeutende Aufwendungen und Uebernahme grosser Risiken den Betrieb aufrecht zu erhalten und den Arbeitern Verdienst zu verschaffen. Ich erinnere mich noch deutlich, wie im Jahre 1915 der damalige Vorsteher des Politischen und Handelsdepartements, Herr Hoffmann, erklärt hat, er bewundere geradezu unsere Industrie, wie sie es verstanden habe, sich in so kurzer Zeit vollständig neu zu orientieren, sich den Verhältnissen anzupassen und so unserem Lande die Verdienstmöglichkeit aufrecht zu erhalten. Das darf auch einmal gesagt werden gegenüber dem, was sonst immer behauptet wird. Und wenn nun dabei diese Industrie zum Teil gute Geschäfte gemacht hat, so ist das doch kein Grund zu Neid und zu Missgunst. Es hätte auch anders kommen können. Und was sie verdient hat, das hat sie dem Ausland abgenommen und bildet ja übrigens nur einen kleinen Teil von dem, was das Ausland durch die Lebensmittelversorgung an höheren Preisen uns abgenommen hat. Und was die Industrie verdient hat, das kommt ja schliesslich nicht nur ihr

selbst zu gut, sondern dem ganzen Lande. Und wenn es unserer Industrie ferner gelungen ist, sich innerlich zu konsolidieren und ihre Konkurrenzfähigkeit zu steigern, so liegt dies ausgesprochen im Interesse unserer Volkswirtschaft und nur Unverstand kann dies nicht begreifen. Und nur Unverstand kann sich von diesem Gesichtspunkt aus gegen Besitz und Industrie auflehnen. Ich glaube daher, Kapital und Industrie haben die rücksichtslose Behandlung, die sich unter dem Einfluss von Neid, Missgunst und einer vollständigen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse immer mehr geltend macht, nicht verdient.

Ein beliebtes Schlagwort für die Begründung der sich immer steigernden Belastung des Besitzes durch direkte Steuern bildet auch die Theorie von der Steuerabwälzung. Man sagt, diejenigen, die die Steuer bezahlen, werden sie auf einen andern abwälzen und man brauche daher die Anteilsquote, die dem Besitze zugemutet wird, ob sie nun drei Viertel oder 100% betrage, und die hohen Steuersätze nicht tragisch zu nehmen. Vorausgesetzt, diese Theorie wäre richtig, so wäre sie gerade der beste Beweis für die vollständig verkehrte Steuer- und Finanzpolitik, die wir mit dieser Steuer eingeschlagen; denn das Wesentliche einer richtigen Steuerpolitik liegt ja gerade darin, dass die Steuer auf dem haften bleibt, der sie bezahlen soll, und dass er sie nicht auf einen andern soll abwälzen können. Und die richtige Steuerpraxis liegt darin, dass man die Steuer entsprechend gestaltet und einrichtet.

Dass das Bestreben naturgemäss besteht, Steuern in solchem Betrage, wie sie hier in Frage stehen, abzuwälzen, das ist gewiss richtig. Dieses Bestreben ist so menschlich wie möglich. Aber eine andere Frage ist denn doch, ob und wie weit diese Abwälzung möglich ist. Wie soll der Rentner abwälzen? Wie soll dieser schlechte Kerl mit seinen drei Millionen Franken die Fr. 75,000, die er bezahlen soll in einer einmaligen Steuer, eigentlich abwälzen, wenn er nicht Industrieller, sondern nur Rentner ist? Bei Neuanlagen kann er den heutigen besseren Zins geniessen. Das ist ihm aber nur möglich, soweit es ihm gelingt, neues Kapital zu bilden, und auch bei neuem Kapital wird die Differenz, die er da lukriert, die Höhe der Steuer nicht zu decken vermögen. Verkauft er aber alte Anlagewerte, so verliert er bei den heutigen Kursen so viel, dass die neuen Anlagen für ihn eher einen Verlust als einen Gewinn bedeuten. Industrie und Gewerbe, die für das Inland arbeiten, können abladen, aber auch nur soweit, als die Konkurrenz des Auslandes, die sich im Inlande geltend macht, dies zulässt. Sonst auch nicht. Und welchen Vorteil hat nun das Ausland gerade hier, soweit es über seine eigenen Rohmaterialien verfügt, gegenüber uns? Und welchen Vorteil hat das Ausland auch an seiner heutigen niedrigen Valuta speziell gegenüber uns? Was kann man in Deutschland für einen Franken angesichts der heutigen niedrigen Markvaluta alles erstellen gegenüber bei uns in der Schweiz? Das wird sich alles fühlbar machen und wird es uns schwer machen, abzuwälzen. Das ist schneller gesagt als getan. Was erst unsere Exportindustrie anbelangt, so wird sie auch nur abwälzen können, wenn der Geldmarkt und die Konkurrenz es gestatten. Das ist aber angesichts der bereits früher geschilderten Verhältnisse, wenn nicht geradezu unmöglich, so doch mindestens sehr ungewiss. Und, ich komme zum Schlusse, aus allen diesen Gründen sage ich: Spannen wir den Bogen nicht zu sehr. Die ursprünglichen Anträge des Bundesrates gehen weit genug. Schon der Bundesrat hat, wie wir gesehen haben, seine Anforderungen sukzessive immer mehr und immer einseitiger zu Lasten des Besitzes vermehrt. Die Sozialdemokratie hat schon die ersten Ansätze der Kriegssteuer als brutale bezeichnet, die sich nur für eine einmalige Steuer rechtfertigen lassen. In der Expertenkommission hat sie für die Reduktion der Sätze plädiert. Mit der Anteilquote von drei Vierteln hat sich die Sozialdemokratie von vornherein einverstanden erklärt. Und wenn die Sozialdemokratie heute die Abladung der gesamten Staatsschulden, der alten und neuen, auf den Besitz postuliert, so fehlt für eine solche Frontveränderung jeder objektive Anhaltspunkt. Das ist auch gar nichts anderes als Agitationspolitik und braucht von uns nicht im geringsten gewürdigt und berücksichtigt zu werden.

Ich stelle ferner fest: Keinem einzigen unserer Kommissionsmitglieder ist es eingefallen, in der ersten oder zweiten Kommissionssitzung, die doch alle diesen Herbst und Spätherbst stattgefunden haben, Anträge zu stellen, die über die früheren Anträge des Bundesrates hinausgegangen wären. In der zweiten Sitzung waren wir mit der Dreiviertelbeteiligung einstimmig einverstanden und erst in der dritten Sitzung der Kommission, die eigentlich nur für die Bereinigung der Anträge der Kommission bestimmt war, kam plötzlich der weitergehende Antrag, die ganze Kriegsschuld auf die direkte Steuer zu verlegen, und das wurde nun plötzlich mit einer Mehrheit von 9 gegen 6 Stimmen beschlossen. Was ist eingetreten, das eine derartige Wandlung zu rechtfertigen vermöchte? Der Krieg hat glücklicherweise früher ein Ende genommen, als man noch im Herbst dieses Jahres befürchtet hat. Aber das vermag doch diese Sinnesänderung nicht zu begründen, so wenig wie das Truppenaufgebot, das angeblich zum Landesstreik Anlass gegeben hat, und so wenig wie die neuen Forderungen, die auf dem Revolutionswege schnell realisiert werden wollten, die vorher zum grossen Teil von der sozialdemokratischen Partei gar nicht gestellt worden sind. Das kann doch alles unmöglich dazu beitragen, uns vernünftige Leute dazu zu bringen, unsere ganze bisherige Ueberzeugung, unsere bisherige Stellung plötzlich aufzugeben. Da fehlt ja jeder vernünftige Grund und jeder Anhaltspunkt.

Vergessen wir dann auch nicht den Standpunkt des andern Rates. Auch im andern Rate ist nie ein Antrag gestellt worden, über die beantragten 75% hinauszugehen. Selbst der Antrag des Bundesrates, resp. derjenigen, die ihn aufgenommen haben, blieb in starker Minderheit gegenüber demjenigen, den Steuerertrag auf 500 Millionen zu limitieren. Darüber hinaus wollte man unter keinen Umständen gehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass nun plötzlich der Nationalrat auch seinerseits auf eine Idee verfallen sollte, die er bisher gar nicht gehabt hat und die in seinen Beschlüssen und Beratungen absolut nicht zum Ausdruck gelangt ist. Ihre Kommission ist einig im Antrage auf Eintreten, aus Gründen, die ich am Beginn meiner Ausführungen über den Standpunkt Ihrer Kommission Ihnen dargelegt habe, und die ich nicht wiederholen will. Aber Ihre Minderheit erwartet mit Bestimmtheit, dass hinsichtlich der Beteiligungsquote nicht über ihren Antrag hinausgegangen werde und dass es ihr möglich gemacht werde, mit gutem Ge-

wissen für diese Vorlage, die eine absolute Notwendigkeit im Interesse unseres Landes, seiner Kreditfähigkeit und seines Ansehens ist, eintreten zu können. Aber sie erwartet von Ihnen ein entsprechendes Entgegenkommen.

In diesem Sinne beantrage ich Eintreten.

Räber: Gestatten Sie mir, vorerst mein Erstaunen zum Ausdruck zu bringen über die Art, wie sich unser verehrter Herr Kommissionspräsident seines Auftrages entledigt hat. Wir bekamen schon in den Kommissionssitzungen zu fühlen, dass der Herr Präsident der Vorlage des Bundesrates auch in der ursprünglichen Form in keiner Weise grün war, und wir bekamen es auch zu fühlen, dass er noch viel weniger dem Mehrheitsantrage grün war. Aber wir haben es in loyaler Weise dem Herrn Präsidenten überlassen, seinen Standpunkt, der von dem unsrigen, dem Mehrheitsstandpunkt, abweicht, zu vertreten, und er hat sich auch in der Kommission ausgesprochen, dass er das tun werde. Aber wir glaubten, dass daneben doch noch ein kleines Plätzchen übrig bliebe, auch die Gründe der Mehrheit der Kommission zu würdigen. Nun, wenn ich den vierstündigen Vortrag unseres verehrten Herrn Präsidenten durchgehe, so finde ich auch gar nichts, was irgendwie dem Standpunkte der Mehrheit gerecht würde. Wenn man der Sache auf den Grund gehen will, so ist doch der ganze Vortrag eigentlich eine absolute Kritik gegen die Vorlage überhaupt, eine Kritik, die die Vorlage, auch die ursprüngliche, gerne zu Fall bringen würde.

Nun stehe ich vor der Tatsache, dass unser Herr Präsident eigentlich für uns nichts getan hat, als dass er uns sämtliche Fenster eingeschlagen hat. In zweiter Linie möchte ich eines konstatieren — es ist heute weniger hervorgetreten als gestern — aber, ich persönlich wenigstens, und ich glaube, auch die Mehrheit der Kommission, war etwas peinlich berührt von der Form und dem Tone der Kritik gegenüber dem Bundesrat. Ich glaube, es ist nicht die Zeit und es ist nicht an uns Bürgerlichen, in der Weise dem Bundesrate gegenüber aufzutreten und ihn zu behandeln in einer Art, die seine Autorität vollständig in Frage stellen würde. Das zur Einleitung.

Die Bundessteuerinitiative für eine dauernde direkte Bundessteuer ist mit einer Mehrheit von 49,000 Stimmen verworfen worden. Diejenigen Kantone, welche durch Mitglieder unserer katholisch-konservativen Gruppe vertreten sind, haben eine Mehrheit auf Verwerfung von 69,300 Stimmen geliefert. Dieses erfreuliche Resultat war aber nur erreichbar durch die feierliche Versicherung im Abstimmungskampfe, dass der Besitz zum grossen Teile zur Deckung der Mobilisationskosten herangezogen werde. Indirekte Steuern durften in diesem Abstimmungskampfe nicht in den Vordergrund gestellt werden, ohne das Abstimmungsresultat zu gefährden. Trotzdem muss zugestanden werden, dass auch in unsern Kantonen die Initiative eine Stimmenzahl erreicht hat, die über das politische Stärkeverhältnis der Initianten hinausgeht. Vielfache Missstimmungen im Volke infolge der langen Kriegsdauer und daraus sich ergebende unliebsame Begleiterscheinungen mögen dazu beigetragen haben. Mit diesen Tatsachen müssen wir rechnen. Sie verkennen wollen, wäre keine kluge Politik. Unsere Fraktion hatte sich im wesentlichen auf den Boden des Finanzprogramms des Bundesrates gestellt, das den Besitz bedeutend belastet. Berufene Vertreter des Besitzes haben Kritik geübt, dass das Programm des Bundesrates sich gewendet habe im Sinne einer stärkeren Belastung des Besitzes. In übler Laune wurde gelegentlich sogar die Aufrichtigkeit des Bundesrates in Zweifel gezogen. Meines Erachtens zu Unrecht. Haben nicht auch die Verhältnisse sich geändert, indem die Ereignisse sich überstürzten? Standen und stehen wir nicht vor Aufgaben und Ausgaben, die uns vor drei, zwei Jahren, ja vor einem Jahre noch kaum möglich und glaublich erschienen wären? Man wäre versucht, ein Schillersches Zitat in etwas modifizierter Form auf das Finanzprogramm des Bundesrates zu dessen Rechtfertigung anzuwenden: «Es wächst der Mensch mit seinen Schulden!»

Im März anlässlich der Debatte über die Bundessteuerinitiative habe ich darauf hingewiesen, dass drei Lösungen vom Bundesrate versucht werden könnten: Entweder sich carte blanche zur Zeit der «Union sacrée» geben zu lassen für die Deckung aller künftigen Mobilisationsausgaben. Niemand von uns hätte zugestimmt. Oder Verschiebung der Aufstellung eines Finanzprogramms bis zum Kriegsende. Das hätten wohl die Kriegsgewinner, nicht aber unser Landeskredit ertragen. Sobald aber der Mittelweg der etappenweisen Lösung des Finanzprogramms beschritten worden, musste notgedrungen mit der ungeheuren Entwicklung der Verhältnisse auch das Finanzprogramm des Bundesrates Wandlungen durchmachen. Vielmehr hat die grosse Mehrheit unserer Gruppe, wenn auch durchaus nicht leichten Herzens, zur Ueberzeugung sich durchgerungen, dass über das Finanzprogramm des Bundesrates hinausgegangen werden muss.

In der Kommissionssitzung in Montreux habe ich der Besorgnis um das Schicksal der Kriegssteuervorlage des Bundesrates Ausdruck gegeben: Auf der einen Seite eine starke Bevölkerungsklasse, die, zu Recht oder Unrecht, glaubt, der Besitz komme mit der Vorlage zu gut weg. Auf der andern Seite breite Schichten der besitzenden Bevölkerungsklassen, die von der Vorlage mässig erbaut sind. Es gibt Kreise, die glauben, man sollte seinen Besitz durch eine Weltkatastrophe hindurch retten können, ohne das Kapital irgendwie antasten zu müssen. Die Abgabe an den Staat für die Tilgung der Kriegsschulden sollte aus dem jährlichen Vorschlage bestritten werden können. Bei so widerstreitender Auffasung, die meines Erachtens auf seite des Besitzes den Ernst der Lage nicht überall voll erfasst, halte ich die Vorlage des Bundesrates für gefährdet. Eine Niederlage aber ist aus schwerwiegenden politischen Gründen selbst um den Preis bedeutender Opfer zu vermeiden.

Seit der Tagung anfangs November in Montreux sind Ereignisse eingetreten, welche die Lage noch verschärft, aber auch geklärt haben. Seither ist vom Bundesratstische aus das Wort gefallen, dass der Bundesrat für eine Sozialreform eintritt. Meine

politischen Freunde und ich begrüssen dieses Wort, weil es ganz unserer Weltanschauung entspricht, die in der Enzyklika Leo XIII. Rerum novarum ihren idealsten und konkretesten Ausdruck gefunden hat. Die Verwirklichung dieser versprochenen Sozialreform ist aber nicht möglich ohne reichliche Mittel. Es scheint uns daher, dass das Finanzprogramm des Bundesrates für die Tilgung der Mobilisationsschuld bereits darauf Rücksicht zu nehmen habe. Dies ist um so eher möglich, als wir glücklicherweise am Ende der Mobilisation stehen und deren Ausgaben in der Hauptsache wenigstens überblicken. Die Lösung dürfte unseres Erachtens so gesucht werden, dass einerseits der Besitz, statt nur drei Viertel, die ganze Mobilisationsschuld zu tilgen übernimmt, soweit die erste Kriegssteuer und die Kriegsgewinnsteuer nicht hinreichen. Dies hätte zu erfolgen durch eine wiederholte, zeitlich beschränkte, ausserordentliche Kriegssteuer auf Kapital und Einkommen. Anderseits wären die neuen indirekten Steuern für die Aufgaben der Sozialreform vorzubehalten. So dürfte einerseits die Annahme der Kriegssteuer gesichert sein und anderseits der starke Widerstand im Volke gegen neue indirekte Steuern gebrochen werden. Dieses weitgehende Entgegenkommen wird aber unsererseits nur möglich sein, wenn im Verfassungsartikel oder durch Bundesbeschluss klar umschrieben wird, was zur wirklichen Mobilisationsschuld gehört und wenn die ausschliessliche Verwendung des Ertrages der Kriegssteuer zur Amortisation der Mobilisationsschuld ausdrücklich garantiert ist.

Es verblieben auf diese Weise die Defizite der Jahresrechnungen, die Zinsen der Mobilisationsschuld und die ausserordentlichen Auslagen für Kriegsfürsorge. Nach der Ansicht des Sprechenden wären dieselben zu decken:

1. Durch Einnahmen, und zwar durch die bereits beschlossenen Mehreinnahmen aus der Stempelsteuer und aus den Bundesbetrieben (Post und Telephon) und durch Revision des Militärpflichtersatzgesetzes.

2. Durch Erzielung von Ersparnissen, und zwar:

a) in der Bundesverwaltung. Die nicht zu umgehenden, weil an und für sich berechtigten Teuerungszulagen, die teilweise als Gehaltsaufbesserungen durch Revision des Besoldungsgesetzes verbleiben werden, verlangen zum Ausgleich eine Vereinfachung der Bundesverwaltung. Die Einnahmen des Staates dürfen nicht von einem ins Unermessliche und Unerträgliche sich steigernden Beamtenstaat, der Selbstzweck zu werden droht, verschlungen werden.

b) Ersparnisse erwarten wir weiter beim Militär. Die Finanzkommission unseres Rates hat hierin einen vielverheissenden, im Volke mit Befriedigung aufgenommenen Anfang gemacht.

3. Es verbleiben noch die Zölle als zurzeit noch unabgeklärter Faktor für die Deckung der ordentlichen Staatsausgaben. Solange die künftige Gestaltung der Zölle noch ungewiss ist, dürften neue Einnahmequellen für die ordentliche Staatsverwaltung, die also weder ausschliesslich der Sozialreform noch der Amortisation der Mobilisationsschuld zu dienen hätten, schwerlich mit Zustimmung des Volkes erschlossen werden. Der Sprechende und seine politischen Freunde, soweit sie in der Kommissionssitzung vom 26. November anwesend waren, haben in diesem Sinne für die Tilgung der ganzen Mobilisationsschuld, abzüglich Ertrag der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer, durch eine zeitlich beschränkte Wiederholung der ausserordentlichen Kriegssteuer gestimmt. Dieser Schritt ist für uns ein schwerer, weil wir uns der Einsicht nicht verschliessen, dass damit dem Besitze bedeutende Opfer zugemutet werden; weil wir uns ferner bewusst sind, dass damit ein starker Eingriff in die Finanzhoheit der Kantone bewilligt wird, der nicht ohne Gefahren für das föderalistische Staatsprinzip ist, das wir unserem Lande unbedingt erhalten wissen wollen. Aber ausserordentliche Zeiten, wie wir sie in unserer Geschichte noch nie erlebt, verlangen auch ausserordentliche Massnahmen: Sie sollen uns nicht klein, nicht kleinlich finden. Wir wollen in edelster Absicht eine Brücke schlagen helfen zur Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Wir wollen Ansehen und Kredit des Bundes wahren helfen durch zeitweise Ueberlassung von Rechten an den Bund, die in normalen Zeiten gemäss unserer historischen staatlichen Entwicklung wieder ganz den Kantonen gehören sollen.

Mit diesen Ausführungen ist bereits dargetan, dass wir uns nicht auf den Boden der Motion Götschel zu stellen vermögen. Sie verdient zwar alle Beachtung und Anerkennung als Versuch einer Lösung, die gerade den von uns vertretenen föderalistischen Grundsätzen am ehesten gerecht geworden wäre. Aber die nähere Prüfung hat dargetan, dass die Durchführung der Motion so schwerwiegende steuertechnische und volkswirtschaftliche Nachteile bedingt, die wir nicht verantworten könnten.

Zu den Einzelbestimmungen der Vorlage nur wenige Worte. Wir begrüssen es, dass der Anteil der Kantone am Steuerertrag unverändert geblieben ist. Nachdem die Kantone so weitgehende Eingriffe in ihr eigenstes Steuergebiet sich gefallen lassen müssen, wäre es nicht gerechtfertigt, die Kantone durch Kürzung der Quote noch weiter zu schädigen. Dem Begehren des Städteverbandes um Ueberlassung einer Quote des kantonalen Anteils kann nicht zugestimmt werden. Es liegt keine Veranlassung vor, die Finanzhoheit der Kantone hier unnötigerweise anzutasten. Die Verhältnisse in den einzelnen Kantonen sind so verschieden, dass eine richtige Verwendung des Steueranteils am besten durch die Kantone selbst erfolgt. Einverstanden sind wir mit der Regelung der Existenzminima, welche ein starkes Entgegenkommen gegenüber den weniger bemittelten Volksklassen bedeutet. Insbesondere begrüssen wir die Erhöhung des steuerfreien Betrages für jedes Kind auf Fr. 400. Man könnte einwenden, dass, rein finanziell bewertet, diese Steuerbefreiung für den Familienvater wenig bedeute im Vergleich zu den Gesamtausgaben für die Familie. Einverstanden. Aber das ethische Moment darf nicht unterschätzt werden. Es liegt in diesem Entgegenkommen eine grundsätzliche Begünstigung der Familie, gewissermassen eine Verneigung des Staates vor der Familie. Keine Zeit hatte es nötiger als die unsrige, für die Familie, das Fundament des Staates, einzutreten. Die Durch-

sicht der Steuertabellen ergibt, dass vielfach gewisse Ungleichheiten von einer Klasse zur andern, gewisse Unstimmigkeiten in der Belastung im Verhältnis von Kapital und Einkommen zueinander bestehen. Ebenso finden sich Härten bei den Uebergängen vom steuerfreien Existenzminimum zur vollen Erfassung des Einkommens insbesondere. Z. B. ist eine Familie mit fünf Kindern bei einem Einkommen von Fr. 5500 ganz steuerfrei, bei einem Einkommen von Fr. 5600 ist sie für den ganzen Betrag des Einkommens steuerpflichtig.

Die Kommission hat sich lange bemüht, eine Lösung zu finden. Die Versuche sind gescheitert, weil es nahezu unmöglich zu sein scheint, diese Fragen in einer kurzen Formel, wie sie in den Rahmen eines Verfassungsartikels hineinpassen würde, restlos zu lösen. Nachdem aber die belassenen, von der Kommission selbst empfundenen Härten in der Presse bereits starker Kritik begegnet sind, so dürfte es ratsam sein, diese Fragen nochmals an die Kommission zurückzuweisen. Die Steuertabellen sollten bezüglich der Progressionen nochmals graphisch vermittels eines Diagrammes durchgerechnet werden. Die Lösung für die Milderung der Uebergänge vom steuerfreien Existenzminimum zur vollen Steuererfassung namentlich des Einkommens könnte vielleicht so versucht werden, dass nur ein allgemeiner Grundsatz in die Verfassung aufgenommen, die Ausgestaltung desselben aber den Ausführungsbestimmungen überlassen würde.

Mit diesen Bemerkungen stimme ich für Eintreten.

Usteri: Gestatten Sie auch einem weitern Mitgliede der Kommissionsmehrheit, sich in dieser überaus wichtigen und komplexen Sache zu äussern. Die Ausführungen unseres Herrn Kommissionspräsidenten sind, historisch gesprochen, von überaus grossem Interesse gewesen, weil sie uns die Peripetien der Entwicklung der Sanierung unserer Finanzlage vor Augen geführt haben. Aber ich nähere mich in der Auffassung der Beurteilung seines Standpunktes doch eher meinem Herrn Vorredner und freue mich, bei diesem Anlass konstatieren zu können, wie die Partei, der er angehört, die föderalistischen Bedenken über den Umfang der Steuer, die ihr ja nahe liegen, zu überwinden verstanden hat.

Zu den Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten nur wenige allgemeine Bemerkungen. Herr Scherrer hat dem Bundesrate zugerufen: Regieren heisst voraussehen. Das Voraussehen ist heute eine schwierige Sache, und es sind ihrer mehrere dabei zu Fall gekommen. Das Weltregime heisst heute Ungewissheit; auch auf dem Gebiete der Steuererträgnisse. Das hat die Mehrheit veranlasst, bei der Kriegssteuer im gegebenen Rahmen auf das Ganze zu gehen. Es wagt denn auch die Minderheit nicht etwa, zu sagen, dass der Mehrertrag der Kriegssteuer nach den Anträgen der Kommissionsmehrheit nachher sozusagen den indirekten Steuern zu tun nichts mehr übrig lasse. Wenn der Herr Kommissionspräsident auf die schwierige Lage der Industrie aufmerksam macht, insbesondere für die allernächste Zeit, so kann ich bis zu einem gewissen Grade diese Bedenken sehr wohl verstehen und sie teilen. Aber es darf wohl gesagt werden, dass bis die Kriegssteuer zum erstenmal zahlbar wird, wir dann doch das allerschlimmste hinter uns haben dürften, und wenn die Industrie inzwischen hat bluten müssen, so wird sie eben bei dem Steuerertrag um so viel weniger zur Leistung herangezogen werden. Herr Scherrer entrüstet sich dann auch etwas über die Steuersätze, die Ihnen beantragt werden. Hiezu nur die eine Verweisung auf die Entwicklung der direkten Steuergesetzgebung in den modernen Steuergesetzen der Kantone, in Verbindung mit der allgemeinen Erkenntnis, dass für ausserordentliche Steuern Steuersätze zulässig sind, die für dauernde Verhältnisse zu weit gingen. Ich glaube auch, wir tun besser, wenn wir nicht immer darnach fragen, wie in diesem oder jenem Moment oder in dieser oder jener Frage unser Gegner zu diesem oder jenem Vorschlage Stellung genommen, sondern uns darnach richten, was unsere eigene Ueberlegung sei. Wir wollen nicht dem Gegner die Offensive überlassen, sondern sie in eigener Hand haben.

Die allgemeine Situation bei der gegenwärtigen Kriegssteuer ist, mehr als das bei der ersten Kriegssteuer der Fall war, die, dass es sich um den Kampf der Kantone mit dem Bund um die Hegemonie auf dem Gebiet direkter Steuern handelt. Das ist die Basis unserer Auseinandersetzungen. Nun sage ich mir, nicht auf dem Boden der Theorie, sondern auf dem Boden der tatsächlichen Verhältnisse, wie wir sie miteinander durchgemacht, dass die Kantone und Gemeinden der eidgenössischen ersten Kriegssteuer und auch der Kriegsgewinnsteuer eine überaus verdienstliche Pionierarbeit auf dem Gebiete der direkten Steuern hinsichtlich des Steuerrechtes und insbesondere bezüglich des Steuerertrages verdanken. Ich erinnere Sie daran, dass wir nur auf dem Boden, den die Steuergesetzgebung des Bundes herbeigeführt hat, in den Kantonen Zürich, Bern, Graubünden, St. Gallen, vielleicht auch noch in andern, im Laufe des Krieges dazu gekommen sind, nach jahrelangen, ja nach dezennalen Kämpfen zu modernen Steuergesetzen und damit zur Sanierung unserer Steuerverhältnisse den entscheidenden Schritt zu tun. Der Kampf um die Hegemonie ist im Schosse des Nationalrates sehr markant zum Ausdruck, das Prinzip mehr noch als die materielle Belastung seitens der föderalistisch gesinnten Kreise des Nationalrates prägnant zur Geltung gekommen.

Und nun das Finanzprogramm des Bundesrates. Da kann ich mich schon der Kritik anschliessen, die von seite meines Nachbarn zur Rechten angebracht worden, denn dieses Programm hat der schwachen Seiten genug geboten. Das Finanzprogramm des Bundes, das als Programm etwas Bleibendes und Stehendes in der Flucht der Erscheinungen sein sollte, ist ebenso schwankend gewesen wie diese Erscheinungen selbst, und seine stetige Umarbeitung hat seine Autorität zerstört. Nun sind dann aber gleichwohl Schlüsse gezogen worden, dass wir gebunden seien. Ich erachte mich nicht für gebunden, ich bin nie vor die Frage gestellt worden, ob ich es in dem einen oder andern Stadium sanktioniere oder ablehne. Dazu lag angenehmerweise kein Anlass vor. Im übrigen gestatte ich mir, auf das Bezug zu nehmen, was ich am 24. Juni dieses Jahres aus Anlass der Beratung der Tabaksteuervorlage gesagt. Ich habe damals die Nützlichkeit

und den innern Wert des Finanzprogrammes meinerseits abgelehnt.

Damit möchte ich keineswegs sagen, dass es nicht auch einen praktischen Wert gehabt. Sein Verdienst hat darin bestanden, dass es frühzeitig an die Deckung der Ausgaben und ihre Notwendigkeit gemahnt. Es hat auch Erfolge gezeitigt. Einmal die erste Kriegssteuer und die Kriegsgewinnsteuer, wobei ich aber immerhin mir in Parenthese anzubringen erlaube, dass diese Kriegsgewinnsteuer einen wesentlichen Faktor der Teuerung bildet, unter der wir alle leiden, einen sehr viel grössern und jedenfalls sehr viel sicherer erkennbaren Faktor als die hohe Banknotenemission, die ja von gewisser Seite als Sündenbock für diese Teuerung hingestellt worden ist.

Der Bundesrat hat durchaus recht gehabt, dass er angesichts der Höhe der eidgenössischen Mobilisationsschuld frühe schon auf die Dringlichkeit ihrer Abtragung hingewiesen hat. Diese Dringlichkeit vermehrt sich jeden Tag, denn das einseitige Geldausgeben muss einmal ein Ende nehmen. Das eherne Gesetz des Einmaleins gilt für beide Seiten auch des helvetischen Hauptbuches. Kein Staat vermag auf die Dauer mit ungeordneten Finanzmitteln auszukommen, und wenn er die grösste Gewalt sich anmasst. Der Bolschewismus wird zu einem grossen Teil an dem Finanzzusammenbruch des bolschewistischen Staates zugrunde gehen.

Ich will mit der Behandlung der Kriegssteuer im Nationalrat nicht zu sehr ins Gericht gehen. Er musste in einer Zeit vorangehen, da die Ungewissheit noch vornan stund, was heute glücklicherweise nicht mehr der Fall ist. Was ich aber bedauert und offen auszusprechen mir gestatte, ist das, dass nach einem relativ kurzen parlamentarischen Kampf der Bundesrat vor einer Kommissionsmehrheit des Nationalrates die Segel gestrichen und einem Kompromiss beigepflichtet hat, der doch grundsätzlich weit ablag von der Stellungnahme des Bundesrates in seiner Botschaft. Ich habe das als ein kleines Attentat auf die Entschliessungsfreiheit des Ständerates empfunden. Ich sage nicht, dass der Bundesrat dabei den Ständerat ignoriert hätte. Ich könnte das mir nicht denken, denn der Ständerat ist ja doch die staatsrechtliche Verkörperung des föderalistischen Prinzipes in unserer Eidgenossenschaft. Wenn die Haltung des Bundesrates in dieser Richtung eine Auslegung in diesem Sinne erfahren sollte, hätten wir ja dann geradezu einen Kampf mit verkehrten Fronten.

Seit der Beratung im Nationalrate hat, wie ja auch bereits ausgeführt worden ist, die Lage ständig und ständig Wandlungen erfahren, und in der letzten Beratung der Kommission am 26. November ist in jener ein Zustand eingetreten, wo ohne Vermessenheit die schweizerische Mobilmachung für den Weltkrieg als abgeschlossen angesehen werden darf. Damit haben wir endlich einmal einen Ruhepunkt erreicht, wo wir über der finanziellen Lage des Landes unsere Auseinandersetzung beginnen können. Damit ist auch insbesondere die Quotientenbestimmung der Mobilisationskosten statt der absoluten Summe des Nationalrates kein Schritt mehr ins Dunkle. Wir wissen nun, was der Steuerzweck ist, wir erkennen die Höhe der Beträge, die durch die Steuer beglichen werden sollen, wenn auch noch übrig bleibt eine Auskunft des Bundesrates über die Bereinigung des Kontos Mobilisationskosten.

Das wertvolle Gegenstück zu der nun erlangten Gewissheit über den Umfang des Steuerzweckes ist die Steigerung der Verantwortlichkeit von Volk und Behörden für die Sorge um den Staatshaushalt, auch um den der Kantone und Gemeinden, die ja mittelbar bei der Kriegssteuer ebenfalls interessiert sind. Diese Gewissheit hat ferner den grossen Vorteil, dass das ja immer noch beliebte Mittelchen der Verweisung des Schuldenzahlens auf eine unbestimmte Zukunft nicht mehr mit der Ausrede der mangelnden Uebersicht über die Höhe der zu deckenden Gelder gerechtfertigt werden kann. Nun heisst es einmal: Hic Rhodus, hic salta.

Der Herr Kommissionspräsident hat mit vollem Recht auf die Dringlichkeit der Konsolidierung unseres Landeskredites hingewiesen, denn er ist die wesentliche Voraussetzung des Vertrauens des grossen und kleinen Sparkapitals, sich wieder in den Dienst geschäftlicher Unternehmungslust zu stellen. Dieser Landeskredit bedarf aber unseres Schutzes. Sein sicherster Massstab ist der Preis der Zinsvergütung für Staatsanleihen auf dem öffentlichen Markt. Hier wissen wir nun, dass die Zinsvergütung über die 5% auf 5¾%, ja auf 6% gestiegen ist; wir wissen aber noch weiter, dass auch zu diesem Preis die schweizerische Volkswirtschaft in bezug auf öffentliche Anleihen gesättigt ist und dass aus diesem Grunde auch dringende und legitime Bedürfnisse von Kantonen und Gemeinden heute einfach zum Warten verurteilt sind. Wir müssen aber neben dieser Lage des öffentlichen Kredites nicht übersehen, wie sehr wir auch noch in andern Richtungen festgelegt sind, und zwar speziell im Ausland. Ich erinnere an die halbe Milliarde schweizerischer Interessen in Russland, an die Valutaanleihen, zu denen wir uns, zuerst nach Frankreich mit dem bekannten 50 Mill. geste amical, dann nach Deutschland und England veranlasst sahen. Das sind Festlegungen, die gerade für die Uebergangswirtschaft eine unbequeme Immobilisierung unserer Volkswirtschaft bedeuten.

Ich zitiere nur diese beiden Faktoren, um auf die dringende Notwendigkeit der Konsolidierung unseres Kredites hinzuweisen. Die beste Konsolidierung besteht aber ganz sicher nach alter Erfahrung in dem Willen und in den Mitteln, Schulden für ununproduktive Ausgaben zu decken. Diese Deckung muss uns nach Ansicht der Kommissionsmehrheit die Kriegssteuer in einem ganz wesentlichen Masse bringen.

Diese Auffassung haben wir im Beschluss des Nationalrates nicht zu erkennen vermocht, und auch die öffentliche Meinung geht, glaube ich, denselben Weg, haben doch nach dem Beschluss des Nationalrates die Spatzen auf allen Dächern gepfiffen, die Kriegssteuer werde verworfen. Diese Lage hat dann die Kommissionsmehrheit zu der Auffassung geführt, dass die Stellungnahme des Nationalrates von uns nicht übernommen werden könne.

Wenn wir uns hier vom Nationalrate scheiden, so scheiden wir uns weiter innerhalb der Kommission in der Quotierung der Beträge der Mobilisationskosten, die durch die Kriegssteuer gedeckt werden sollen. Die Minderheit, sosehr sie gewisse Stadien des Finanzprogrammes getadelt hat, hält an demjenigen Teil dieses Programmes fest, wonach drei Viertel der Kapitalausgabe für das Trruppenaufgebot vom Besitz getragen werden sollen. Ihre Mehrheit

beantragt Ihnen, von den 75% der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot zu den 100% zu schreiten, 100% der durch Bundesbeschluss zu ermittelnden effektiven Kosten des Truppenaufgebotes, unter Ausscheidung derjenigen Aufwendungen, die jetzt im Mobilisationskonto stehen, die aber dauernde wertvolle Anlagen bedeuten. Einig sind wir darin, dass die dreijährigen Steuerperioden um 1 Jahr auf 4 Jahre erstreckt werden. Wir sind auch einig mit bezug auf die Steuerbefreiungen, wir sind auch, formal gesprochen, im grossen und ganzen einig überhaupt mit bezug auf die Steuersätze. Abweichungen bestehen, wie bereits bemerkt, mit bezug auf den Steuerzweck, 100% und nicht 75% der Kosten des Truppenaufgebotes, und damit natürlich auch in bezug auf die Zahl der Steuerperioden, da das Mehr natürlich eine Verlängerung der Steuerperioden bedeutet.

Und nun die einzelnen Bestandteile der Vorlage. Einmal der Steuerzweck. Wir haben nun die verstärkte Gewissheit über den Umfang der durch Steuern zu deckenden Summe. Wenn der Bundesrat seinerzeit an einer Quote festgehalten hat, so hat er damit der Ungewissheit, die im August noch bestanden hat, die zutreffende Berücksichtigung angedeihen lassen. Das ist jetzt überwunden. Wir sind einen wesentlichen Schritt weiter gekommen, und es darf deshalb die Quote nicht nur erhöht werden, sondern indem wir auf 100% gehen, soll an die Stelle der Quotenmessung die absolute Ziffer treten, die auf Grund der vorerwähnten Ausscheidung zu ermitteln sein wird. Diese 100% haben den grossen Vorteil für sich, dass sie etwas für die Stimmberechtigten Verständliches sind. 100%, d. h. sämtliche Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot, das geht jedem Stimmberechtigten ein; aber wie vielen Stimmberechtigten werden Sie eingeben können, weshalb ausgerechnet 75% dieser Kapitalausgaben durch die Kriegssteuer gedeckt werden sollen? Weil eben nicht eine politische Ueberlegung diese 75% herausgebracht hat, sondern weil die drei Vierteile das Kind des im ständigen Umbau befindlichen bundesrätlichen Finanzprogramms sind, eines Finanzprogramms, das niemals Gemeingut weiter Kreise geworden ist. Die $^3/_4$ sind also für die Volksabstimmung keine Plattform, wohl aber die $^4/_4$. Das ist eben etwas Ganzes, in sich Geschlossenes, das nicht schon für die Grundlage des Gesetzes, für den Steuerzweck, statt eines Satzes eine Frage aufstellt. Jedes direkte Steuergesetz bedarf aber einer klaren Plattform; das lehrt die Geschichte der Demokratie auf allen ihren Seiten.

Was nun die allgemeine oder nicht allgemeine Beteiligung der Bevölkerung an den Steuerlasten der Kriegssteuer anbetrifft, so darf immerhin gesagt werden, dass trotz den Steuerbefreiungen unseres Antrages die Zahl der Steuerpflichtigen in Anbetracht der Erhöhung der Löhne und Besoldungen gegenüber der ersten Kriegssteuer kaum zurückgegangen ist, vielleicht sich eher vermehrt hat. Es kommt weiter in Betracht, dass die Vorlage sich auch bemüht hat, die Bereitwilligkeit der Landwirtschaft zur Leistung der Kriegssteuer zu berücksichtigen, sie gegenüber der ersten Kriegssteuer zu einer vermehrten Leistung heranzuziehen. So sind zahlreiche bescheidene Vermögen und mittlere Einkommen an der Steuer interessiert, und diese Interessen dürfen bei der politischen Würdigung der Vorlage nicht ausser acht gelassen werden.

Nun die Wirkung der Anträge der Kommissionsmehrheit gegenüber dem Effekt derjenigen der Kommissionsminderheit. Nach dem Nationalrate mit seiner halben Milliarde ist anzunehmen, dass während 12 Jahren die Kriegssteuer bezahlt werden muss. Es bleibt aber ein ungedeckter Betrag von 125 oder mehr Millionen. Nach dem Antrage der Minderheit wäre die Steuer während ungefähr 11 Jahren zu bezahlen und es bliebe eine ungedeckte Kapitalausgabe des Truppenaufgebotes von nach meiner Rechnung etwa 250 Millionen, also vielleicht das Doppelte als nach dem Beschlusse des Nationalrates. Nach dem Antrage der Mehrheit der ständerätlichen Kommission würde die Dauer der Kriegssteuer auf 16 Jahre verlängert; aber dann bliebe kein ungedeckter Rest.

Nun die relativen Zahlen auf das Steuerjahr berechnet. Wenn die Belastung der Steuerpflichtigen seitens der Vorlage des Bundesrates mit 100 berechnet wird, so bringt die Vorlage des Nationalrates in den Steuerjahren 1 bis 4 eine Entlastung um 25% der bundesrätlichen Steuersätze. In den Jahren 5 bis 12 würde diese Entlastung wieder dahinfallen; die Belastung wäre gleich gross wie nach dem Antrage des Bundesrates. Nach dem Antrage der Kommissionsminderheit wäre während der gleichen Dauer der Steuerzahlung mit einer Entlastung der Steuerpflichtigen um 25% auf 75% der bundesrätlichen Anträge zu rechnen. Nach dem Antrage der Mehrheit Ihrer Kommission besteht diese selbe Reduktion von 100% auf 75% auch für die ganze Dauer der Steuer. Inwieweit die Zahlen, die ich Ihnen angegeben haben, in Ansehung der Dauer der Erhebung der Kriegssteuer, richtig sind, hängt vom Steuerertrag, und dieser seinerseits wieder von der Entwicklung und Lage der Volkswirtschaft ab; aber er hängt auch ab von der Erfassung der Vermögen und Einkommen. Hier teile ich durchaus die Auffassung des Präsidenten der Kommission, dass die Erfahrungen, die bei der ersten Kriegssteuer und insbesondere auch bei der Kriegsgewinnsteuer gemacht worden sind, uns eine ziemliche Gewähr dafür geben, dass die Abträglichkeit wenigstens relativ bei der neuen zweiten Kriegssteuer eine grössere sein wird, indem eine ganze Reihe von Fehlern bei der Erfassung der Steuer in Zukunft vermieden werden kann.

Die Mehrheit der Kommission ist denn auch weiter der Auffassung, dass hierin eine verstärkte Gewähr dafür liegt, dass die Steuerlast das Nationalvermögen selbst nicht angreifen werde; dass der Einfluss der Steuer auf eine herabgesetzte Aeufnung des Nationalvermögens länger dauern wird, nimmt sie in Kauf.

In bezug auf die Konkurrenzierung von Kantonen nnd Gemeinden durch die Streckung der Steuerdauer halten wir einmal dafür, dass deshalb, weil die Steuersätze um 25% zurückgehen, die Erträgnisse der kantonalen Steuern und der Gemeindesteuern um so viel weniger tangiert werden, abgesehen davon, dass die Kompensation mit Hilfe des kantonalen Anteils sich zeitlich und quantitativ steigert.

Herr Präsident Scherrer hat sich dann auch eingehend über die Frage der Steuerüberwälzung ausgesprochen. Ich glaube, es wird niemand dazu kommen, hier mehr als Mutmassungen zu formulieren, als den Glauben in dieser Richtung oder in jener Richtung zu haben. Die Ueberwälzung hängt eben

schlechterdings ab von der volkswirtschaftlichen Kraft und der Organisation der steuerpflichtigen Faktoren in ihrer Beziehung zu den steuerfreien Faktoren des wirtschaftlichen Lebens. So viel aber darf gesagt werden, dass wir unrecht tun, wenn wir die Belastung des ersten, des gesetzlichen Steuerzahlers überschätzen gegenüber der Abwälzung der Steuer auf andere volkswirtschaftliche Kreise.

Zum Bedauern mehrerer Mitglieder der Kommission ist der Bundesrat leider nicht dazu gelangt, die Klassensteuer des ersten Kriegssteuerentwurfes preiszugeben und zu dem weit überlegenen Basler System der einheitlichen Einkommenssteuer mit Ergänzungssteuer überzugehen, während doch die Besteuerung von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Basler System sehr viel natürlicher und einfacher vor sich geht, und wir haben uns darauf beschränken müssen, eine gewisse Anpassung als Surrogat der Einheitssteuer bei der Frage des Beginnes der Steuerpflicht anzunehmen. Diese Klassensteuer hat auch den ernstlichen Nachteil, dass die unzweifelhaft grundsätzlich richtige Institution des Existenzminimums bei unserer Vorlage keinen Platz gefunden hat. Die Gestaltung nicht nur der Steuer als der Zusammensetzung einer Anzahl Steuerklassen, sondern auch die Formierung der Steuer nach mehrjährigen Steuerperioden als Steuereinheit mit der dann weiter folgenden Zerlegung dieser mehrjährigen Steuereinheit in Jahresraten bedeutet natürlich eine Erschwerung und Komplikation der Gemeinverständlichkeit der bundesrätlichen Vorlage, und wir haben uns deshalb angelegen sein lassen, die einschlägigen Texte und Tabellen möglichst zu präzisieren, namentlich auf dem Gebiete der Erwerbssteuer, weil auch in der bundesrätlichen Tabelle II bei der Erwerbssteuer nicht der Erwerb einer einzelnen Steuerperiode, sondern richtigerweise der Erwerb eines Kalenderjahres eingestellt ist. Wir haben dann auch versucht, mit bezug auf die Entlastung der kinderreichen Familien etwas Mehreres zu tun. Es bestehen nun hier wieder gewisse Missverständnisse, und es wurde ausserhalb der Kommission in der Presse an sich mit Recht darauf hingewiesen, dass das eigentlich ein Bettel sei, wenn man einem Familienvater mit zahlreichen Kindern eine Steuerermässigung zubillige mit Berücksichtigung jedes Kindes um 200, 300, 400 Franken. Das ist ja natürlich richtig. Aber in unserer Vorlage wirkt die Steuerbefreiung des Kindes nicht in dem Sinne, dass die Steuer um die Erwerbsrate kleiner wird, sondern viel schärfer und stärker in der Richtung, dass eben durch diese Kinderzuschläge der Beginn der absoluten Steuerpflicht in die Höhe getrieben wird; was anderseits wieder gewisse Schwierigkeiten in sich schliesst, da der Beginn der Steuerpflicht bei den verschiedenen Steuerpflichtigen gewisse Abnormitäten aufweisen kann. Aber wenn die Presse hier mit einer scharfen Kritik eingesetzt hat — Herr Räber hat bereits davon gesprochen —, so ist das dort insofern in unzutreffender Weise geschehen, als nicht mit der jährlichen Belastung, sondern immer nur mit der Belastung während den 3, nach unsern Vorschlägen 4 Jahren gerechnet wird, so dass die 60 und 70 Franken Steuer, für die jemand eingeschätzt ist, nicht die jährliche Belastung ist, sondern nur 15, 16, 17 Franken beträgt und das ist schliesslich als niedrigster Satz doch noch zu vertreten. Abgesehen davon, dass eben im System recht grosse Schwierigkeiten bestehen, wegen Auslassung des Existenzminimums.

Gestatten Sie mir nun noch ganz kurz einige Auskünfte über die neuen Anträge, die sechs Kommissionsmitglieder unterbreitet haben. Wenn Sie dieselben mit einem gewissen Misstrauen in die Hand nehmen, so mache ich Ihnen daraus keinen Vorwurf. Sie wollen aber zur Entschuldigung die Erklärung entgegennehmen, dass wegen der Verlegung der Schnellzüge vom schweizerischen Bundesbahnnetz in die parlamentarische Beratung hinein die Mitglieder von Kommissionen immer und immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass man die gebotene Musse nicht mehr findet, um für die Kommissionssitzungen, die sich häufen, rechtzeitig die nötigen Vorschläge vorzubereiten und einzubringen. So ist es auch hier gegangen. Die innere Rechtfertigung für die Fortsetzung der Progression, die wir Ihnen hier unterbreiten, liegt darin, dass wir seitens der Gesamtkommission in den untern Erwerbsklassen ganz erhebliche Abstriche am Steuerertrag gemacht haben, die vielleicht 4 oder 5 Millionen betragen mögen. Sodann anerkennen wir, dass eine allgemeine politische Ueberlegung dafür spricht, dass die Dauer der Gültigkeit der zweiten Kriegssteuer nicht ohne Not verlängert wird, und das kann dadurch geschehen, dass wir eben den Kriegssteuerertrag verbessern, und, soweit wir ihn beeinträchtigt, wieder auf seine frühere Höhe bringen. Die Progression nach Antrag des Bundesrates und des Nationalrates hört bei 2,400,000 Franken Vermögen, bzw. 98,000 Franken Erwerb auf. Nun ist aber gegeben, dass, je höher die Einnahmen aus Erwerb und Vermögen, desto tragfähiger sie vom steuertechnischen Standpunkt aus sind. Auf diesem Tatbestand beruht die Berechtigung, die wir in unseren Anträgen geltend machen, die Ermässigung von 100 auf 75% der Steuersätze zufolge der Verlängerung der Steuerperioden um ein Jahr in den höhern Klassen sukzessive eingehen zu lassen. Unsere Anträge gehen dahin, dass die Progression fortgesetzt werde durch die Erhöhung des Steuersatzes beim Vermögen um je ½‰ und beim Erwerb um ½ % für jede Klasse bis zur Maximalleistung für das Vermögen von 50 ‰ und für das Einkommen von 25%. Dank der langsamen Steigerung dieser Progression ergibt sich folgendes Bild mit bezug auf die Rückkehr zu den auf das Jahr gerechneten bundesrätlichen Ansätzen. Bei 3,4 Millionen erreicht unser neuer Vorschlag erst den bundesrätlichen Satz mit bezug auf das Vermögen und beim Erwerb erst bei 240,000 Franken, so dass speziell beim Erwerb die Fortsetzung der Progression nicht mehr bedeutet als die Einholung der bundesrätlichen Ansätze. Im übrigen bedeutet auf Grund der Streckung der Steuerperiode von 3 auf 4 Jahre, nach den Tabellen der Kriegssteuer, die wir eben in die Hände bekommen, unser neue Antrag eine Steigerung der Progression auch nach dem bundesrätlichen Vorschlag für rund 170 Steuerpflichtige. Vielleicht finden wir bei den künftigen Steuerveranlagungen noch einige grosse Steuerzahler. Rechnen wir nun, dass in der mindesten Klasse von 3½ Millionen nach Abzug der Kriegs-, der kantonalen und Gemeindesteuern eine Einnahme von 100,000 Franken resultiert, so dürfen wir sagen, dass die Belastung in Betracht der ausserordentlichen Natur der Kriegssteuer keine übermässige ist. Beim Vermögen geht

die Progression, indem wir sie auf das Doppelte steigen lassen, bis zu einem Vermögen von 9,4 Millionen. Damit sind so ziemlich alle Vermögen erfasst bis an einige wenige. Ich gebe zu, dass bei dieser Begrenzung der Progression wiederum eine gewisse Inkongruenz vorliegt. Aber man darf anderseits sagen, dass sie faktisch und praktisch doch wenigstens beinahe beseitigt ist. Eine radikale Verbesserung in dieser Richtung ist meines Erachtens wegen des dualistischen Aufbaues der Kriegssteuer einerseits als Vermögenssteuer und anderseits als Einkommenssteuer ausgeschlossen.

Unsere Anträge beziehen sich nicht auf die Aktiengesellschaften und die Kommanditaktiengesellschaften, weil dort die Progression an sich schon eine kräftige ist, und nach der ganzen Anlage des Gesetzes die Aktie nicht nur bei der Aktiengesellschaft, sondern auch beim Aktionär die Steuer zu tragen hat.

Ich schliesse, indem ich auch meinerseits beantrage, auf die Vorlage einzutreten.

M. **de Montenach:** Vous me voyez devant le cas actuel terriblement embarrassé. Je le suis d'abord à cause de mon incompétence. Je suis plutôt artiste que financier et si le mot artiste dépasse ce que j'ai le droit de m'attribuer comme qualification, je dirai du moins un quart d'artiste. L'expression doit être permise, puisqu'on dit bien un quart d'agent de change! Une érudition facile que tout le monde peut puiser dans le dictionnaire Larousse m'a fait souvenir du proverbe: «Ne sutor ultra crepidam». C'est pourquoi je me bornerai à quelques considérations d'ordre général plutôt qu'à une analyse ou à un commentaire de l'ensemble de la loi elle-même.

Mais puisque je suis décidé à voter l'entrée en matière, je tiens cependant à vous dire pourquoi je n'accomplirai pas ce geste patriotique avec tout l'enthousiasme qui lui serait peut-être nécessaire.

Je suis aussi embarrassé, parce que nous avons vu véritablement se produire au sujet de cette loi et de l'ensemble de la politique fiscale de la Confédération des changements à vue qui modifient constamment l'aspect des choses et qui par conséquent, même pour les membres de la commission dont j'ai eu l'honneur de faire partie, les mettent tout à coup en face de solutions nouvelles qui n'ont pas même pu être discutées, quoique les discussions de la commission aient été prolongées et sérieuses.

Je suis aussi embarrassé à cause du momumental rapport de notre honorable collègue M. Scherrer, qui place tous ses collègues dans la situation du glaneur arrivant dans un champ qui a été trop complètement moissonné. Aussi, Messieurs, je ne songe pas à lier une gerbe devant vous. Je me contenterai d'égrener quelques grains d'un seul épi et de les moudre comme je pourrai.

Notre honorable collègue M. Scherrer a été excessivement sévère a l'égard de la politique du Conseil fédéral et M. Räber a immédiatement relevé ce qu'il y avait peut-être d'excessif dans cette sévérité.

Pour ma part je crois qu'il est juste de rendre un hommage aux efforts faits par le directeur des finances de la Confédération suisse pour sortir notre pays de la situation dans lequelle il s'est trouvé plongé du fait de la guerre. Il y a mis tout son courage, toutes ses forces, toute son énergie, toute sa volonté, toutes ses facultés d'action sur les esprits et aussi sur les coeurs, je n'ai pas besoin d'insister, vous l'avez entendu assez souvent dans des discours qui n'étaient pas toujours couleur de rose et dont certainement vous avez conservé la mémoire. Peut-être cependant devons-nous au sens aigu de ses responsabilités qu'a M. le directeur des finances de la Confédération le fait, et ici vous me permettrez d'être assez net, le fait que tout l'ensemble de la politique fiscale de la Confédération suisse a été trop hâtivement établi; si vous me permettez d'aller maintenant jusqu'au bout de ma pensée, je vous dirai, Messieurs, que c'est aujourd'hui que nous devrions discuter le premier impôt de guerre et non pas le second. Et si tout à l'heure j'ai parlé des changements multiples qui se produisent dans une construction qui devrait avoir somme toute son style fixé et déterminé d'une manière infiniment plus solide, cela vient justement du fait que toute la politique fiscale du Conseil fédéral a été trop dominée, tantôt par les événements extérieurs, tantôt par les événements intérieurs. Si aujourd'hui on nous propose, contrairement à ce qu'on nous a proposé il y a quelques jours, de faire couvrir par l'impôt de guerre la totalité de la dette de mobilisation, personne d'entre vous ne pourra me dire que ce changement d'opinion n'est pas dicté par les événements sociaux que nous venons de traverser. C'est ce que je regrette et c'est pourquoi j'aurais voulu que le Conseil fédéral rassemblât les éléments du régime fiscal qui doit faire face à la situation créée par la guerre dans une atmosphère toute différente et moins troublée que celle du moment. Alors que le Conseil fédéral a formulé son projet, on ne savait pas quand et comment finirait la guerre. Maintenant la situation s'est, je ne dis pas éclaircie, puisqu'elle est plus sombre que jamais et plus embrouillée que jamais, mais enfin elle s'est déterminée au point de vue des résultats de la guerre. Cependant les circonstances nouvelles font que les charges de cet impôt vont tomber encore plus mal qu'on ne pouvait le soupçonner, tous les financiers sont de cet avis, à cause de la situation générale des valeurs des changes et du marché de l'argent. C'est donc au moment où les disponibilités de chacun sont si difficilement mobilisables que vous allez, par votre impôt, vous en emparer et ainsi augmenter encore, dans une certaine mesure, qui pourra vraisemblablement peut-être dépasser les prévisions déjà pessimistes de certains, la stagnation des affaires.

Messieurs, quelqu'un qui demanderait à un malade un effort physique très considérable serait regardé comme peu raisonnable. Or c'est à une situation financière tout à fait affaiblie et anémiée que vous demandez un effort dont une partie aurait pu véritablement être remise à d'autres temps et supportée par une autre génération.

Mais les choses en étant au point où elles en sont, ces considérations sont plutôt d'ordre rétrospectif. Il en est une autre que je pourrais souligner et qui tient encore à la précipitation mise par le Conseil fédéral dans la construction de son régime fiscal. C'est un inconvénient. Cela a été un inconvénient d'organiser par exemple tout ce système des impôts indirects à un moment où la vie était si difficile, où les denrées avaient pour ainsi dire disparu et où le renchérissement de la vie était si considérable. Par conséquent il s'est pro-

duit naturellement, dès qu'on a eu la perspective de ces impôts indirects, une très grande réaction contre eux et je me demande si ce n'est pas à cette grande réaction qu'est due peut-être la levée de boucliers qui nous a valu la votation, ou le vote pour parler un français plus convenable, sur l'impôt ou plutôt contre l'impôt fédéral direct et permanent.

C'est encore à cause de cette précipitation que nous avons, lors du premier impôt de guerre, déclaré qu'il serait le seul et unique. Cela a été un peu téméraire, et nous sommes obligés maintenant de dire que nous nous sommes alors trompés. Nous voici conduits, par conséquent, à infirmer une déclaration à laquelle nous avions donné toute la solennité possible.

On pourrait objecter en outre et, dans la commission cette idée a été soutenue avec des arguments valables par l'un ou l'autre de mes collègues qui peut-être motiveront ici leur manière de voir, on pourrait aussi regretter, dis-je, de n'avoir pas donné au premier impôt de guerre et par conséquent au second ce grand caractère patriotique et populaire qui eût permis d'y associer tout l'ensemble des contribuables. Il aurait fallu imprimer à cet impôt de plus grande allure nationale et demander l'obole de tous les citoyens, si modeste qu'elle fût. Je comprends très bien, évidemment, étant donnée la situation de la classe ouvrière et même celle de la classe moyenne dont on ne s'occupe pas assez dans nos discussions actuelles, alors que cette classe moyenne est cependant la véritable stratification sociale, l'assise solide par excellence d'une société bien organisée, je comprends très bien, dis-je, qu'on n'ait pas pu charger fortement ces deux classes, mais sans recourir à une contribution trop lourde, on aurait pu demander à chacun une contribution, une petite somme insignifiante, de façon à ne pas créer des catégories différentes de citoyens. Nous devons éviter de contribuer à la formation d'une politique de classes aussi bien sur le terrain social que sur le terrain politique. Déjà cette catégorisation de contribuables ne demeure pas sur le terrain fédéral, mais elle pénètre dans le domaine fiscal cantonal et nos excellents collègues du canton de Neuchâtel pourraient nous dire que leur Grand Conseil est saisi d'un projet d'impôt cantonal nouveau élaboré sur la base de l'impôt fédéral avec exonération de la plus grande partie des citoyens. Il y a là quelque chose qui n'est pas sans danger. La crainte des socialistes n'est pas toujours le commencement de la sagesse, d'autant plus que nous ne les contenterons pas, car c'est leur conception toute entière de la société qui est absolument différente de la nôtre. Il vaudrait peut-être mieux discuter et adopter dans son ensemble un vrai et large programme de réformes sociales pour lesquelles je suis acquis depuis des années d'une manière très complète et très avancée, que de vouloir satisfaire l'un après l'autre les sentiments et les passions démagogiques tantôt dans un domaine, tantôt dans un autre, sans aucun bénéfice et sans aucun profit social véritable pour l'apaisement des esprits. Il me semble qu'entre tous, le domaine fiscal est le moins adapté au rôle qu'on veut lui faire jouer, à ce rôle d'apaisement social. C'est dans le domaine intellectuel et moral qu'il faut chercher la base essentielle de nos réformes.

Mais je passe sur ce point. J'ai simplement voulu exprimer le regret que la construction du régime fiscal adopté par le Conseil fédéral n'ait envisagé qu'une seule solution, celle de frapper ceux qui possèdent. Je comprends qu'on les frappe et ils doivent se laisser frapper même dans une très large mesure. A ce point de vue-là je ne suis pas du tout opposé à l'augmentation des taxes qui sont prévues pour les fortunes considérables. Mais je crois que tout en atteignant ceux qui possèdent de la manière dont ils doivent l'être, l'orientation générale de l'impôt n'aurait pas dû prévoir l'exonération absolue de la grande majorité des citoyens.

Permettez-moi de vous dire encore que je ne partage pas et je tiens à le déclarer pour l'avenir (je ne veux pas ici remplir le rôle de prophète qui n'est pas très agréable parce qu'on risque trop de se voir remettre un beau jour devant les yeux une prophétie non réalisée et une sage abstention est toujours recommandée en cette matière) mais cependant je ne partage pas l'impression de ceux qui s'imaginent que notre impôt actuel éloigne de nous le danger d'un retour de l'impôt fédéral direct et permanent. Je crois pour ma part que l'impôt que nous allons adopter maintenant a beaucoup de chance de nous conduire à cet impôt direct fédéral et permanent dont le peuple suisse, dans un vote mémorable, n'a pas voulu. Et je crains que dans 20 ou 25 ans, lorsque l'impôt actuel aura fini de déployer ses effets, nous nous trouvions en face d'un nouveau projet d'impôt direct fédéral et permanent dont nous ne voulons pas, nous qui sommes de plus en plus décidés à défendre le point de vue fédéraliste.

Et, Messieurs, permettez-moi de m'arrêter sur un point qui est pour moi de la plus haute importance. Si j'accepte l'entrée en matière, c'est justement parce que, dans le sein de la commission, soit le représentant autorisé du Conseil fédéral, soit la plupart de ceux qui ont pris part à la discussion se sont montrés unanimes dans leur affirmation que ce nouvel impôt n'aura pas pour conséquence l'installation dans nos cantons de nouveaux fonctionnaires fédéraux, n'aura pas pour conséquence l'établissement de tout un système d'accaparement fiscal fédéral qui établirait des services et des administrations dans nos cantons au grand détriment des libertés essentielles de ceux-ci.

Nous avons lu l'autre jour, dans un programme affiché par le parti socialiste, qu'un des points de ce programme était la centralisation économique. Pour le moment il se contente de la centralisation économique, sentant bien que lorsque la centralisation économique serait complète, il ne serait pas même question de s'occuper de la centralisation politique, parce qu'elle serait une chose faite.

Eh bien, ce n'est pas au moment où nous voyons le monde entier traverser une crise que j'appellerai une crise de fédéralisme aigu, où nous voyons partout de petits Etats se reconstituer selon le principe de leur nationalité, d'après leurs anciennes coutumes et leurs langues presque oubliées, leurs anciennes traditions, ce n'est pas au moment où nous voyons l'Etat centralisateur par excellence, le modèle, le type des Etats centralisés, la France, vouloir revenir à une conception régionaliste et où nous voyons un socialiste comme Hervé écrire dans «La Victoire» que les départements ne représentaient rien de vivant et rien de national et qu'il fallait revenir aux anciennes provinces, ce n'est pas à ce moment que nous Suisses qui possédons le modèle des Etats fédératifs, nous voulons abandonner le précieux trésor de nos traditions politiques pour aller toujours davantage vers une centralisation

qui serait la perte et la ruine du lien national et fédéral.

On a parlé ces jours-ci, à propos d'une réunion, du lien fédéral. Ce lien ne sera véritablement menacé que le jour où l'on ne comprendra plus que la centralisation est allée assez loin, trop loin, qu'il faut l'arrêter, qu'il faut chercher les moyens de refaire du fédéralisme un principe constructeur et chercher le moyen de donner aux cantons le pouvoir de remplir une tâche politique et sociale qui peut être encore des plus fécondes même et surtout au point de vue social. Le jour où nous irons aux centralisations extrêmes sera certainement néfaste pour la patrie suisse: nous ne le dirons jamais assez haut et ne le répéterons jamais assez souvent.

Permettez-moi de vous exposer en outre la surprise que j'ai éprouvée en prenant connaissance des propositions nouvelles de la minorité à propos du renouvellement de l'impôt de guerre. Tout à l'heure M. Usteri, à la fin de son intéressant et lumineux exposé, a fait justement allusion à ces propositions qui sont signées par plusieurs membres de la commission: M. Usteri d'abord, MM. Andermatt, Düring, Kunz, Räber et Schöpfer. Il y a dans ces propositions des différences essentielles complètement nouvelles d'avec les conclusions de la commission. Je ne veux pas les discuter ni les critiquer, mais je veux seulement constater que la commission n'en a jamais été nantie, qu'elle ne s'en est jamais occupée, qu'elle ne les a pas discutées et je n'arrive pas à comprendre (peut-être que mon éducation parlementaire est encore à parfaire et achever) mais, telle qu'elle est, je n'arrive pas à comprendre qu'on puisse immédiatement comme membre d'une commission faire à une assemblée des propositions de cette nature sans que la commission ait eu à les discuter et statuer sur elles. C'est une surprise que j'exprime en terminant et j'aimerais bien avoir à ce sujet quelques renseignements.

Messieurs, je voterai l'entrée en matière parce que nous avons maintenant un grand devoir patriotique à accomplir et à mettre les intérêts de la patrie au-dessus de tous, mais c'est justement à cause de la sauvegarde de ces intérêts qu'il faut éviter que notre grand geste soit maladroit ou dangereux.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu).

Sitzung vom 12. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr.

Séance du 12 décembre 1918, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 206 hievor. — Voir page 206 ci-devant.)

Präsident: Ich erteile zunächst Herrn Usteri das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

Usteri: Ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar, dass er mir Gelegenheit gibt, Herrn von Montenach eine persönliche Auskunft zu erteilen. Herr von Montenach hat der Provenienz der neuen Minderheitsanträge der Herren Andermatt, Düring, Räber, Kunz, Schöpfer und des Sprechenden nachgefragt. Als diese Frage gestellt wurde, sah ich ein, dass die Anträge zu Missverständnissen Anlass geben können und stelle deshalb, um jede Weiterung zu beseitigen, den Antrag, den Titel: Neue Minderheitsanträge, nouvelles propositions de minorité, zu streichen und als nicht vorhanden anzusehen. Die Sache verhält sich einfach so, dass die Unterzeichner der neuen Anträge im Laufe des gestrigen Tages dieselben abgesprochen haben und dass die Zeit dafür sich nicht fand, die Angelegenheit auf dem Wege über die Kommission rechtzeitig für die heutige Sitzung vorzubereiten. Deshalb nannten wir unsere Anträge bescheiden Minderheitsanträge, weil wir nur unserer 6 sind von 15. Ich verstehe aber, wie sich die Sache nun präsentiert, dass man hieran Anstoss finden mag, um so mehr als der Antrag insofern nicht vollständig ist, als das Datum vom 11. Dezember, das wir beigefügt haben, weggefallen. Es soll mit dieser Erklärung denjenigen Kommissionsmitgliedern, die an dem Titel Anstoss genommen haben, Genugtuung gegeben sein. Ich gestatte mir aber, auf Art. 42 der Geschäftsordnung Bezug zu nehmen, welcher lautet: «Bei der Beratung erfolgt zuerst die Berichterstattung der Kommission. Hierauf können die Mitglieder der Kommission die Berichte ergänzen oder ihre Anträge begründen.» Also es ist den Mitgliedern der Kommission freigestellt, selbständig Anträge zu stellen. Unserseits ist in keiner Richtung irgendwelche Tendenz, irgendwelche Ueberraschung usw. mit unsern Anträgen verbunden gewesen.

M. **de Montenach:** Je me déclare tout à fait satisfait par les explications qu'a bien voulu donner M. Usteri. Le malentendu vient d'une interprétation du terme de «minorité» qui a été employé par lui et ses cosignataires dans le sens numérique, c'est-à-dire qu'il

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	05
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	12.12.1918 - 08:30
Seite Page Pagina	206-224
Ref. No	20 028 662

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

qui serait la perte et la ruine du lien national et fédéral.

On a parlé ces jours-ci, à propos d'une réunion, du lien fédéral. Ce lien ne sera véritablement menacé que le jour où l'on ne comprendra plus que la centralisation est allée assez loin, trop loin, qu'il faut l'arrêter, qu'il faut chercher les moyens de refaire du fédéralisme un principe constructeur et chercher le moyen de donner aux cantons le pouvoir de remplir une tâche politique et sociale qui peut être encore des plus fécondes même et surtout au point de vue social. Le jour où nous irons aux centralisations extrêmes sera certainement néfaste pour la patrie suisse: nous ne le dirons jamais assez haut et ne le répéterons jamais assez souvent.

Permettez-moi de vous exposer en outre la surprise que j'ai éprouvée en prenant connaissance des propositions nouvelles de la minorité à propos du renouvellement de l'impôt de guerre. Tout à l'heure M. Usteri, à la fin de son intéressant et lumineux exposé, a fait justement allusion à ces propositions qui sont signées par plusieurs membres de la commission: M. Usteri d'abord, MM. Andermatt, Düring, Kunz, Räber et Schöpfer. Il y a dans ces propositions des différences essentielles complètement nouvelles d'avec les conclusions de la commission. Je ne veux pas les discuter ni les critiquer, mais je veux seulement constater que la commission n'en a jamais été nantie, qu'elle ne s'en est jamais occupée, qu'elle ne les a pas discutées et je n'arrive pas à comprendre (peut-être que mon éducation parlementaire est encore à parfaire et achever) mais, telle qu'elle est, je n'arrive pas à comprendre qu'on puisse immédiatement comme membre d'une commission faire à une assemblée des propositions de cette nature sans que la commission ait eu à les discuter et statuer sur elles. C'est une surprise que j'exprime en terminant et j'aimerais bien avoir à ce sujet quelques renseignements.

Messieurs, je voterai l'entrée en matière parce que nous avons maintenant un grand devoir patriotique à accomplir et à mettre les intérêts de la patrie au-dessus de tous, mais c'est justement à cause de la sauvegarde de ces intérêts qu'il faut éviter que notre grand geste soit maladroit ou dangereux.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu).

Sitzung vom 12. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr.

Séance du 12 décembre 1918, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 206 hievor. — Voir page 206 ci-devant.)

Präsident: Ich erteile zunächst Herrn Usteri das Wort zu einer persönlichen Erklärung.

Usteri: Ich bin dem Herrn Präsidenten dankbar, dass er mir Gelegenheit gibt, Herrn von Montenach eine persönliche Auskunft zu erteilen. Herr von Montenach hat der Provenienz der neuen Minderheitsanträge der Herren Andermatt, Düring, Räber, Kunz, Schöpfer und des Sprechenden nachgefragt. Als diese Frage gestellt wurde, sah ich ein, dass die Anträge zu Missverständnissen Anlass geben können und stelle deshalb, um jede Weiterung zu beseitigen, den Antrag, den Titel: Neue Minderheitsanträge, nouvelles propositions de minorité, zu streichen und als nicht vorhanden anzusehen. Die Sache verhält sich einfach so, dass die Unterzeichner der neuen Anträge im Laufe des gestrigen Tages dieselben abgesprochen haben und dass die Zeit dafür sich nicht fand, die Angelegenheit auf dem Wege über die Kommission rechtzeitig für die heutige Sitzung vorzubereiten. Deshalb nannten wir unsere Anträge bescheiden Minderheitsanträge, weil wir nur unserer 6 sind von 15. Ich verstehe aber, wie sich die Sache nun präsentiert, dass man hieran Anstoss finden mag, um so mehr als der Antrag insofern nicht vollständig ist, als das Datum vom 11. Dezember, das wir beigefügt haben, weggefallen. Es soll mit dieser Erklärung denjenigen Kommissionsmitgliedern, die an dem Titel Anstoss genommen haben, Genugtuung gegeben sein. Ich gestatte mir aber, auf Art. 42 der Geschäftsordnung Bezug zu nehmen, welcher lautet: «Bei der Beratung erfolgt zuerst die Berichterstattung der Kommission. Hierauf können die Mitglieder der Kommission die Berichte ergänzen oder ihre Anträge begründen.» Also es ist den Mitgliedern der Kommission freigestellt, selbständig Anträge zu stellen. Unserseits ist in keiner Richtung irgendwelche Tendenz, irgendwelche Ueberraschung usw. mit unsern Anträgen verbunden gewesen.

M. **de Montenach:** Je me déclare tout à fait satisfait par les explications qu'a bien voulu donner M. Usteri. Le malentendu vient d'une interprétation du terme de «minorité» qui a été employé par lui et ses cosignataires dans le sens numérique, c'est-à-dire qu'il

a envisagé la proposition comme étant présentée par un petit groupe des membres de la commission, tandis que nous pouvions y voir en ce qui nous concerne, le fait qu'une minorité d'opinion s'était constituée après discussion dans le sein de la commission elle-même. Cela était tout à fait faux, puisque la commission n'avait pas été saisie de ces propositions et ne les avaient pas discutée. Dans le cadre même de la commission il ne pouvait se constituer ni majorité ni minorité sur un objet inconnu d'elle. Etant donnée notre interprétation à nous, nous trouvons que MM. Usteri et consorts allaient un peu loin en prétendant que leurs propositions étaient celles de la minorité de la commission, d'autant plus qu'ils avaient l'air de préjuger notre propre sentiment à l'égard de cette proposition elle-même. Nous ne savons pas si nous aurions été opposés à la proposition de MM. Usteri et consorts; nous ne le savons pas encore maintenant, puisque nous ne l'avons pas discuté. La question est donc liquidée en partie par les explications de M. Usteri; je n'ai jamais douté un instant que son intention n'ait été la plus droite et la plus loyale, je critique seulement une manière de procéder qui créerait un inadmissible précédent.

Legler: Es ist klar, dass Herr von Montenach in allen Teilen im Recht ist und die übrigen Herren im Unrecht. Wir haben die persönliche Erklärung des Herrn Usteri angehört, und es ist ja einleuchtend, dass er, namentlich wie man ihn kennt, keinerlei Tendenzen hatte. Aber solche Dinge sind nicht in Ordnung; solche wichtigen Anträge sollten in der ganzen Kommission beraten werden. Wie Herr Montenach richtig gesagt hat, stellt sich dann erst heraus, was Mehrheit ist und was Minderheit. Ueberhaupt bilden sich in neuester Zeit ziemlich viel Wohlfahrtsausschüsse mit Motionen, wo man gewissermassen diskutiert: Wer ist würdig, zu unterschreiben und wer nicht? Darüber später einmal, wenn wir zu diesen Motionen kommen. Aber ich erkläre zu dieser Sache, dass Herr von Montenach in allen Teilen im Recht ist, und solange nicht Mehrheit und Minderheit konstatiert sind, sollen solche wichtigen Anträge diskutiert werden. Man soll Zeit haben, die Kommission zu besammeln. Sie hat lange Zeit gehabt, sie ist auch etliche Male zusammengetreten hier in Bern und anderswo. Also hätte man da richtig vorsorgen können. Ich unterstütze in allen Teilen die Ausführungen des Herrn von Montenach.

Präsident: Die Sache ist damit erledigt, und wir gehen über zur materiellen Behandlung der Vorlage.

M. de Meuron: Vous me permettrez quelques très brèves déclarations au sujet de mon vote sur l'entrée en matière. Je suis d'accord avec les précédents orateurs pour entrer en matière sur le projet qui nous est soumis, mais je me réserve de faire quelques propositions divergentes au fur et à mesure de la discussion des articles.

Messieurs, je regrette pour ma part très sincèrement que nous n'ayons pas pu au sein de la commission, sur un objet aussi important et qui aura des répercussions aussi considérables sur la vie économique de notre pays, nous mettre d'accord et arriver devant ce Conseil avec des propositions adoptées à l'unanimité. Je ne sais pas si c'est peut-être à un défaut de souplesse dans l'esprit, à un défaut d'adaptabilité qu'il faut attribuer ce manque d'unanimité. Mais j'avoue qu'il était assez difficile de suivre les évolutions des décisions et des propositions qui nous étaient soumises. Nous sommes arrivés à un résultat tellement éloigné de notre point de départ qu'il est bien naturel que quelques-uns d'entre nous soient restés en route et n'aient pas pu atteindre le but en même temps que la majorité de la commission. Comme l'a dit avec infiniment de raison ce matin M. de Montenach, je crois que ces variations qui sont venues aussi bien des représentants du Conseil fédéral que des membres de la commission témoignent qu'il y a encore dans les esprits une insécurité, une incapacité, dirai-je, à prendre des décisions de l'importance de celle qui nous est soumise. Un objet de cette importance aurait parfaitement pu être renvoyé à quelque temps, à une époque où nous aurions pu en discuter plus tranquillement.

Messieurs, lorsque le premier impôt de guerre a été voté, on pouvait penser que la guerre au début de laquelle nous assistions serait semblable, ou à peu près, aux précédentes qui avaient ensanglanté l'Europe. On ne pensait pas qu'elle se prolongerait sur une période de plusieurs années. Il était alors extrêmement naturel de songer à couvrir au moyen d'une mesure exceptionnelle les frais énormes pour ce moment de la mobilisation. Mais, Messieurs, plus tard, la guerre s'éternisant, lorsqu'il a été à peu près démontré à tous les esprits qu'elle durerait non pas deux, mais trois ou quatre ans, qu'elle serait ainsi l'occasion d'une agitation intense, non pas seulement entre les nations belligérantes, mais à l'intérieur des pays, que les répercussions de cet état de guerre troubleraient profondément les consciences et les sentiments de tous les peuples, il aurait été plus prudent, me semble-t-il et je me permets de le dire, d'attendre des temps meilleurs pour résoudre un aussi grave problème que celui du rétablissement de l'équilibre financier compromis par les frais de mobilisation. Grâce à Dieu, le crédit de la Suisse n'était pas menacé, il était suffisamment bon pour permettre à des mesures provisoires d'assurer les conditions de trésorerie nécessaires au maintien de la mobilisation et de notre indépendance. Avant d'introduire des notions aussi complètement étrangères aux notions fiscales que l'on avait entretenues jusqu'alors dans la Confédération, il eût mieux valu attendre que les esprits fussent un peu tassés et que nous fussions sortis de cette période de transition où nous sommes encore actuellement.

M. Räber a dit que lorsque la votation sur l'impôt fédéral direct fût annoncée, il fut pris des engagements envers le corps électoral à l'occasion de la campagne qui la précéda, engagements en vertu desquels les dettes que la Confédération avait contractées en vue de la mobilisation devaient être supportées par la fortune et par les grosses ressources. Messieurs, je crois volontiers que certains citoyens, certains groupements ont pris des engagements, mais je me demande jusqu'à quel point ces engagements, qui ne sont que des engagements privés, lient l'assemblée fédérale et notre Conseil. Ces engagements, même s'ils ont été pris réellement, ne me paraissent pas justifier d'une manière complète les propositions qui vous sont faites aujourd'hui par la majorité de la commission. Le vote

sur l'impôt direct a eu lieu, sauf erreur, le 2 juin de cette année. C'est donc avant cette date que ces engagements auraient été pris. Or, Messieurs, au début de septembre, c'est-à-dire trois mois après la votation, notre commission se réunissait à Reichenbach. Et là, Messieurs, les personnes qui auraient pris ces engagements n'ont pas proposé de faire supporter la totalité de la dette au nouvel impôt de guerre, à l'exception de notre collègue M. Scherrer qui, lui, a toujours été de cet avis. Les autres membres de la majorité de la commission n'ont pas à Reichenbach fait cette proposition; elle n'est venue que plus tard, à la dernière session de la commission; elle n'a pas même été formulée au cours des séances tenue à Montreux, mais seulement plus tard, à Berne; je ne puis pas m'empêcher de croire que ce ne sont pas les engagements pris avant le 2 juin, mais que c'est beaucoup plus sous l'impression des événements qui se sont déroulés au mois de novembre, que cette nouvelle proposition a été faite. Je dois signaler ce fait et je le signale ici pour vous montrer combien il est dangereux à mon sens de prendre des décisions d'une gravité aussi considérable sur l'impression du moment et dans l'époque que nous traversons.

Il est parfaitement évident que c'est la fortune et les grosses ressources qui devront payer la totalité de la dette, comme elles doivent payer aussi toutes les dépenses de l'Etat. On ne peut pas prendre d'argent où il n'y en a pas. Il faut le prendre où il existe. Mais si cela est vrai, il y a encore, comme disait l'autre, la manière, et j'estime que si l'on frappe d'une façon aussi considérable et je dirai aussi facile les grosses fortunes, si l'on réunit d'une manière aussi aisée, aussi facilement praticable des sommes aussi considérables que celles que l'on se propose de demander aux quelques contribuables qui seront atteints par l'impôt de guerre, on s'expose à un danger extrêmement grave, que nous voyons naître et se développer actuellement, ces jours même. En effet, les éléments de notre corps électoral et de la population qui ont des appétits démesurés s'habitueront à ce mode de procéder et seront portés à en faire un usage abusif. Qu'entend-on dire ces jours au Palais fédéral? Qu'il y a actuellement dans le Conseil national un groupe assez considérable — on m'a parlé d'une quarantaine de membres — en train de formuler la proposition de prélever sur le produit de l'impôt de guerre une somme de 200 millions pour la mettre à la disposition des oeuvres d'assurance sociale contre la vieillesse et l'invalidité. Voilà, Messieurs, le danger auquel on s'expose en allant trop fort dans cette direction. Une proposition de ce genre est de nature à nous rendre extrêmement prudents, à nous faire réfléchir, parce qu'elle dénote l'intention dans une certaine partie de l'Assemblée fédérale de faire dévier déjà l'instrument à mettre en mains du fisc fédéral pour le faire servir à toutes espèces de buts auxquels il n'est certes pas destiné, dans l'esprit de la majorité de l'Assemblée fédérale.

C'est dans ces sentiments que je voterai l'entrée en matière, en espérant que les propositions de la minorité rencontreront ici l'accueil qu'elles ont rencontré jusqu'à notre session de novembre. J'ai dit.

M. **Fazy:** J'avoue que je suis très embarrassé de prendre la parole aujourd'hui dans ce débat et voici pourquoi: Je pensais pouvoir prendre la parole au Conseil national et y exposer les idées que je vais avoir l'honneur de vous développer ici aussi brièvement que possible. Seulement, vous savez que j'ai passé d'un Conseil à l'autre et aujourd'hui, je me trouve en présence de faits en quelque sorte acquis, puisque de tous côtés, ceux de nos collègues qui ont pris la parole jusqu'à présent acceptent l'entrée en matière.

Et d'abord, Messieurs, il est un point que je veux immédiatement mettre hors de cause, c'est la question de la personnalité du chef du département des finances et le Conseil fédéral lui-même. Messieurs, nul plus que moi ne rend hommage au labeur, au zèle, au dévouement déployés par l'honorable chef du département des finances dans ses fonctions. Par conséquent j'espère qu'il acceptera les observations et les critiques comme n'étant inspirées uniquement que par l'intérêt général du pays tel que je le conçois. Nul ne pourra contester que dans toute cette question financière de la mobilisation, nous avons passé par des étapes un peu singulières. D'abord nous avons été saisis d'un projet de loi pour un impôt direct non renouvelable. Nous avons voté ce projet d'impôt avec enthousiasme, parce que nous avions le sentiment de remplir um devoir en le faisant. Puis est arrivée l'initiative des socialistes demandant l'introduction de l'impôt direct. Le Conseil fédéral, très bien inspiré, nous a recommandé de voter contre cette initiative et nous l'avons suivi, parce qu'il s'agissait en tout premier lieu d'une question constitutionnelle qui touchait la base même de l'existence de la Confédération.

Maintenant, Messieurs, après nous être trouvés en présence de la décision entraînant le prélèvement d'un impôt non renouvelable, après avoir repoussé le projet d'initiative socialiste, on nous présente un projet de renouvellement de l'impôt non pas pour une année, mais pour deux ou trois périodes, de telle sorte que nous sommes en présence, au bout de notre troisième étape, d'un vote qui anéantirait les votes émis précédemment, soit l'impôt non renouvelable, soit le refus de l'impôt direct permanent. Il y a là, Messieurs, un flottement que je considère comme très fâcheux. Il convient pourtant de rentrer dans la voie constitutionnelle. La voie constitutionnelle vous la connaissez tous: Notre constitution admet que c'est par la voie des impôts indirects que la Confédération doit trouver les ressources nécessaires. Seulement je reconnais avec franchise que les circonstances ont été telles qu'elles peuvent expliquer dans une certaine mesure le flottement qui s'est manifesté dans l'examen de cette grosse question. Le projet mis sous nos yeux est contraire à l'idée d'un impôt non renouvelable et contraire à notre opinion en ce qui concerne l'impôt direct permanent. Ce projet offre de très notables inconvénients.

La première question très importante à examiner est celle-ci: Notre situation financière actuelle nous oblige-t-elle à avoir recours à des moyens financiers aussi raides et impérieux que celui qu'on nous propose aujourdhui? C'est là que malheureusement je ne suis pas du tout d'accord avec le Conseil fédéral ni avec l'honorable chef du département des finances.

J'aime beaucoup, quand je le puis, m'appuyer sur d'autres autorités que la mienne et vous me permettrez, c'est évidemment une autorité un peu lointaine, de vous donner lecture d'un fragment du

discours du ministre qui a dirigé les finances de la Révolution française et qui est certainement l'une des plus grandes autorités que nous puissions invoquer. Que disait Necker? «C'est par le crédit que les peuples sont préservés de ces tributs au-dessus de leurs forces, au milieu des circonstances où ils ont le plus besoin de ménagements, puisque déjà la guerre elle-même est une sorte d'impôt, par la stagnation du commerce et par le ralentissement du débit des productions nationales.»

Voilà ce que disait Necker. Ce n'est pas tout. Il y a un autre grand ministre des finances, William Pitt, qui fut appelé à diriger les finances de l'Angleterre pendant la période la plus difficile qui se soit vue au siècle dernier, pendant une période de quinze ans. Voici comment Pitt a procédé: «C'est avec des billets de la Banque d'Angleterre auxquels le gouvernement britannique maintint le cours forcé du 27 février 1797 au premier mai 1821 — soit pendant une période de 24 ans et deux mois — que le ministre Pitt et ses collègues parvinrent à réaliser des ressources qui étonnèrent le monde entier et qui brisèrent la puissance de Napoléon...»

Le passage suivant d'un ouvrage de Lord Stanhope sur la vie de Pitt est très intéressant à lire et à retenir: «Pendant la durée de ces guerres, dit Lord Stanhope, le système du papier monnaie inconvertible rendit de grands services à l'Angleterre. Soutenu par une confiance absolue dans la foi nationale, il nous permit plus qu'aucun autre système n'aurait pu le faire, de lever, an par an, des emprunts d'une importance inconnue jusqu'alors, de transmettre des subsides répétés à nos alliés étrangers et de supporter sans plier, le fardeau des taxes accumulées. C'était, en résumé, un système gigantesque de crédit fiduciaire permettant la lutte contre un gigantesque ennemi.»

Et voici le fait essentiel: «En 1814 les billets de la Banque d'Angleterre perdaient plus de 25% de leur valeur métallique. En 1815, à la veille de Waterloo, la dépréciation était encore de 24%; mais elle fléchit à 16% en 1816 et à 2,13% en 1817. Le gouvernement anglais se servait des billets de la banque d'Angleterre pour ses besoins intérieurs et il utilisait ses souverains d'or pour ses dépenses d'ordre extérieur.»

Je tenais à vous donner ces exemples pour prouver que l'opinion que j'émets aujourd'hui n'est pas isolée. C'est une opinion partagée par des hommes bien supérieurs à ma modeste personnalité. Est-ce à dire que j'aurais recommandé au Conseil fédéral ou au département des finances d'avoir recours exclusivement à la circulation fiduciaire? Absolument pas, mais j'estime que le Conseil fédéral aurait pu procéder de la manière suivante: faire la part de la génération actuelle par l'impôt que nous avons voté et que nous allons probablement renouveler; d'autre part, au moyen de la circulation fiduciaire et des emprunts, alléger un peu la charge formidable qu'on impose au peuple suisse dans un moment où il souffre, car enfin il ne faut pas se le dissimuler, le capitaliste, grand ou modeste, celui qui est directement atteint par tous ces impôts, souffre en une certaine mesure. Je crois donc que le projet qui nous est présenté chargera la génération actuelle d'une manière absolument excessive. C'est pour cela que, tout en votant l'entrée en matière pour ne pas me mettre dans une position tout à fait isolée, je me réserve de voter toutes les atténuations possibles qui seront proposées dans le sein de ce Conseil en vue de rendre le projet plus acceptable.

Où en sommes-nous au point de vue de nos dépenses de mobilisation? Je constate une chose, c'est que le message qui nous a été distribué semble prévoir la continuation de la guerre. En tout cas il prévoit encore une centaine de millions de dépenses. Nous devons convenir d'une chose, c'est que la guerre est terminée, qu'à l'heure qu'il est nous pouvons commencer à boucler nos comptes; et si nous bouclons les comptes d'après les chiffres que j'ai sous les yeux, je constate qu'avec les impôts que nous avons votés, bénéfices de guerre, impôt direct et impôt sur le timbre, nous arrivons à peu près à solder le tiers des sommes qui résultent de la mobilisation. C'est magnifique. Je ne crois pas que jamais dans aucun pays du monde, dans un moment comme celui que nous traversons aujourd'hui, un pays ait fait un effort aussi merveilleux que le nôtre, effort que nous avons fait de grand coeur.

Convient-il actuellement de renouveler cet effort de manière à décourager un peu tous ceux qui possèdent quelque chose? Je ne sais pas dans quel monde vivent beaucoup de mes concitoyens, mais ce que je sais, c'est que si vous votez le projet tel qu'il vous est présenté, vous mettrez beaucoup de ceux qui possèdent dans l'obligation de vendre des titres pour payer l'impôt.

C'est pour vous mettre en garde contre ce résultat que je prends la parole aujourd'hui, parce que j'estime qu'il est de mon devoir, un devoir pénible, d'avertir le Conseil des Etats que nous marchons vers un appauvrissement de la nation suisse. C'est un fait certain. Evidemment nous voterions cet impôt s'il était absolument nécessaire. Si M. le chef du département des finances nous disait: Il s'agit de sauver la Suisse de la banqueroute, comme on le disait pour Necker au temps de la Révolution, nous voterions tout ce qu'on nous demanderait. Nous avons autant que n'importe qui le souci de la signature de la Suisse, de son bon renom financier, mais j'estime qu'on demande à l'heure qu'il est au peuple suisse des sacrifices qui ne sont pas absolument nécessaires.

Si vous le permettez, je vais vous indiquer les inconvénients considérables qui, à mes yeux, s'attachent au projet tel qu'il nous est présenté. Le premier inconvénient c'est de faire peser sur une période limitée, sur nos contemporains, tout le poids de dépenses exeptionnelles. Second inconvénient: dans un moment où la vie est devenue très coûteuse il charge d'une manière excessive non seulement les grosses fortunes, mais les fortunes moyennes et même les simples économies. Aujourd'hui, je le reconnais très bien, aujourd'hui nous nous trouvons en présence de la situation suivante: On veut accabler, écraser le capital. Voilà le fait. Eh bien j'attire votre attention sur ce point, c'est que pendant des siècles, jusqu'à la Révolution française, c'était le pauvre diable, le manant qui supportait tout le poids de la vie publique. Aujourd'hui c'est exactement le contraire, on retourne le problème et on veut faire supporter à la fortune quelle soit le poids tout entier de l'impôt et des dépenses publiques. S'il était absolument injuste de faire supporter au ma-

nant et surtout au paysan tout le poids de la vie publique, je ne puis admettre qu'on fasse supporter à la fortune actuelle, à l'économie, le poids entier des dépenses publiques. C'est dans ce sens que nous marchons et, je le répète, je trouve que ce n'est pas juste. Je suis de ceux qui ont proposé dans mon canton d'origine l'impôt progressif dans tous les domaines. Par conséquent je ne suis pas suspect. J'ai fait introduire l'impôt progressif à la taxe mobilière, à la taxe immobilière, aux droits de succession, mais il y a une limite et cette limite c'est la justice. Il ne faut pas, dans un pays républicain, prendre l'habitude de considérer les gens qui ont acquis quelque fortune comme une gent corvéable et taillable à merci, comme on disait autrefois.

Enfin, et là je ne songe pas du tout à établir une inégalité que je n'admettrai jamais entre les villes et les campagnes, il y a un fait indéniable, c'est que l'impôt tel que nous l'avons voté il y a quelques années pèse beaucoup plus sur les villes que dans les campagnes; les campagnes ont réalisé des bénéfices considérables et dont les inégalités regrettables sont flagrantes. Enfin, c'est là un point sur lequel je dois insister tout spécialement au Conseil des Etats, puisque ses membres représentent les cantons, il est évident que le projet porte un préjudice énorme aux cantons et aux communes qui à l'heure actuelle font des dépenses très considérables et qui vont être obligés ou sont déjà obligés de recourir à l'emprunt et à l'impôt. Evidemment vous leur coupez la retraite. Et pourtant vous avez d'autres moyens, celui de la circulation fiduciaire par exemple, des voies d'emprunt beaucoup plus vastes que ceux des cantons, et vous venez malgré tout mettre ces malheureux cantons et ces malheureuses communes dans une situation vraiment lamentable. Comment, Messieurs, vous lancez un impôt qui sera perçu pendant des années; si de leur côté les cantons et les communes sont obligés d'aggraver leur fiscalité, où irions-nous? A un appauvrissement général de notre population, et c'est ce qu'on devrait à tout prix éviter, surtout quand cet appauvrissement n'est pas nécessaire.

Messieurs, je citerai encore un exemple qui me revient à l'esprit maintenant. L'Italie a eu son papier monnaie pendant près de cinquante ans. En est-elle morte? Absolument pas. Elle en est sortie vivante et prospère. Si nous augmentions un peu notre circulation fiduciaire pendant deux ou trois ans, est-ce que cela nous empêcherait de vivre? Certainement non. J'estime donc que le renouvellement de l'impôt de guerre, tel qu'il nous est proposé, est un moyen extrêmement regrettable au point de vue de l'intérêt général et économique du pays.

Messieurs, je conclus. Ce que j'aurais voulu, ce que j'aurais désiré, c'est que le Conseil fédéral nous présentât un projet de renouvellement pur et simple de la loi votée au début de la guerre. Je me serais laissé entraîner même à voter deux renouvellements si on avait cru la chose absolument nécessaire. Cela aurait été en tout cas suffisant. Ce que je regrette, c'est qu'on se laisse aller à l'heure qu'il est à une précipitation que je considère comme regrettable. Nous allons avoir la paix, Messieurs. Eh bien nous pouvons pour ce moment-là évidemment compter, comme ce fut le cas en 1871, sur une reprise générale des affaires. Nous pouvons espérer une prospérité plus considérable que celle dont nous jouissons aujourd'hui. Et alors, Messieurs, je reviens à ce que je disais au Conseil national. Le meilleur impôt est celui qui pèse le moins sur le contribuable et en même temps qui rapporte le plus. Or vous décidez un impôt à un moment où il pèsera le plus lourdement sur la population et où il rendra le moins. Il rendra le moins, pourquoi? Mais c'est d'une simplicité élémentaire. Vous avez constaté que les valeurs ont baissé, une quantité d'entre elles du moins; vous serez bien obligés de les évaluer à leur cours actuel, de considérer leur valeur intrinsèque au moment de la perception. D'autre part certaines catégories de valeurs ne rapportent rien du tout. Alors, au lieu de patienter, au lieu d'attendre le moment où le malheureux bétail pourra un peu mieux supporter le fardeau que vous allez lui imposer, vous le frappez à un moment où précisément il le supportera le moins facilement et où il peut fournir le moins de ressources possible.

Je regrette d'être obligé de le dire, mais je constate que nous entrons dans une voie que je considère comme fâcheuse pour la prospérité générale du pays. C'est pourquoi, Messieurs, sans vouloir — ce serait peine inutile — m'opposer à l'heure actuelle à l'entrée en matière, sans vouloir proposer la non entrée en matière ou même une modalité différente, je tiens simplement à faire toutes mes réserves et à déclarer d'ores et déjà que je voterai toutes les atténuations possibles à ce projet et en particulier que je vous demanderai de voter une limitation du délai de renouvellement de cet impôt. J'estime que, en présence du texte formel de la constitution, en présence du sentiment que nous avons du danger que présente pour notre économie cantonale l'impôt fédéral direct et permanent, nous devons limiter d'une manière absolue la durée de ces renouvellements. Si d'ici à 7, 8 ou 10 ans nos successeurs constatent alors que le pays court un danger, qu'il est dans la nécessité de pourvoir à des dépenses nouvelles, à ce moment-là, Messieurs, l'Assemblé fédérale et le peuple suisse pourront voter un nouvel impôt fédéral dans des conditions nouvelles. Mais pour le moment, Messieurs, j'estime que nous allons trop loin et je voterai toutes les atténuations possibles du projet qui nous est soumis.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Il est assez naturel que le projet de renouvellement de l'impôt de guerre ait donné à la commission et surtout à son président, l'occasion de soumettre la politique financière du Conseil fédéral à une critique détaillée et serrée. Aussi, Messieurs, je ne me plaindrai aucunement ni de cette critique ni de l'âpreté qui y a été mise. Je considère qu'un des premiers devoirs du gouvernement est d'accepter patiemment la critique du parlement, avec le désir d'en retirer les enseignements nécessaires. Si cependant je veux très brièvement entreprendre la tâche de défendre cette politique financière, c'est qu'il me semble que cette tâche est très aisée et que la politique financière suivie par le Conseil fédéral au cours de la guerre, si elle n'est point irréprochable — ce qui serait presque un miracle — résiste cependant à toute critique vraiment sérieuse.

Dans le rapport de M. le président de la commission, rapport parfois très intéressant, rapport monumen-

tal, comme l'a très bien dit M. de Montenach ce matin, quels sont les reproches principaux adressés à la politique du Conseil fédéral? Les voici: Tout d'abord beaucoup d'erreurs dans les estimations et dans les prévisions; secondement un certain flottement, une certaine hésitation, un manque de fermeté à maintenir les lignes du programme fixé.

Le premier reproche est le moins grave. On peut y répondre facilement. Les erreurs commises concernent d'abord les prévisions faites pour le premier impôt de guerre, puis les prévisions relatives à l'impôt sur les bénéfices de guerre et enfin celles concernant les dépenses totales de guerre soit de mobilisation, soit des autres dépenses extraordinaires.

Il est constant que le Conseil fédéral, en vous transmettant son message de 1915 sur le premier impôt de guerre, avait prévu que le rendement de cet impôt atteindrait une somme nette de 55 à 60 millions. Ce calcul avait été basé sur les statistiques des impôts cantonaux, les seules qui existaient alors. Cette prévision était l'oeuvre de statisticiens très expérimentés en la matière. Je ne pense pas, Messieurs, qu'il ait été possible, autrement que par des estimations en quelque sorte optimistes, d'émettre une évaluation du rendement de l'impôt de guerre. Cette évaluation reposait plutôt sur des impressions que sur des réalités tangibles. Dès lors, on ne pouvait, en 1915, s'arrêter à une autre évaluation qu'à celle faite par le Conseil fédéral sur la base de données fournies par les experts.

Une autre erreur est celle commise dans l'évaluation du rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre. Cet impôt a été introduit en 1916 — et je tiens à le remarquer bien nettement avant même que le parlement ne s'en occupât. Il est donc faux de prétendre, comme on l'a fait parfois, que c'est à l'initiative parlementaire que l'impôt sur les bénéfices de guerre doit sa naissance, en particulier à la motion présentée au Conseil national par feu M. Fonjallaz et par M. le conseiller national Freiburghaus; cette question, dis-je, était déjà à l'étude au département des finances et au Conseil fédéral avant que toute initiative parlementaire se produisît et à ce moment il n'existait, en dehors des statistiques de sortie des marchandises, aucune base, aucune donnée quelconque qui permissent au Conseil fédéral et au département des finances d'émettre des évaluations plausibles. A cette époque-là, on a cru, sur des données vagues, imprécises et insuffisantes, pouvoir estimer le rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre de 40 à 50 millions. Mais, Messieurs, il ne faut pas oublier que le bénéfice de guerre était intimément lié à la durée des hostilités elles-mêmes. Il est une des conséquences du trouble général apporté aux conditions économiques.

Nous vous avons présenté en 1915 un message à l'appui du premier impôt de guerre dans lequel nous disions qu'on pouvait alors envisager la dette de guerre, les dépenses de mobilisation y comprises, cela va sans dire, à environ 300 millions. Alors on croyait que les moyens proposés nous rendraient maîtres de la situation financière. La réalité a été toute différente. Je vais tout à l'heure m'expliquer sur la situation financière et vous verrez que la dette de guerre n'a pas été, hélas, de 300 millions, mais qu'elle aura atteint 1,400,000,000 et que peut-être même elle pourrait dépasser ce chiffre. Mais lequel d'entre vous, qui avez discuté ce projet du Conseil fédéral en 1915 et qui avez demandé au Conseil fédéral de bien insister pour que l'impôt ne fût point renouvelable, parce que vous l'estimiez suffisant à ce moment, lequel d'entre vous, soit ici au Conseil des Etats, soit dans l'autre Conseil, s'est levé pour faire observer que les prévisions du Conseil fédéral étaient erronées? Parce que personne ne pouvait prophétiser, personne ne le peut davantage aujourd'hui. Il est évident que plus la guerre durait, plus le trouble économique s'aggravait et plus s'accentuait d'un côté la possibilité de bénéfices exagérés, qui constituaient en quelque sorte un contraste avec la misère d'un grand nombre. Or, en 1916, personne ne pouvait s'imaginer que la durée de la guerre serait si longue et que le trouble des conditions générales de l'économie nationale suisse, comme de l'économie du monde, serait aussi long et aussi profond qu'il l'a été effectivement. Le rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre, d'abord fixé à 40 ou 50 millions, a été de beaucoup supérieur dans la réalité, comme j'aurai l'honneur de l'expliquer plus tard en vous donnant quelques détails. L'évaluation du rendement de cet impôt, qui avait été faite, modeste, pessimiste, était cependant beaucoup plus justifiée à ce moment-là que toute autre évaluation.

Enfin, Messieurs, il y a les erreurs commises dans l'évaluation des dépenses. Critiquer les évaluations des dépenses signifiait critiquer les jugements émis quant à la durée de la guerre. Nous nous sommes trompés, nous l'admettons, mais nous nous sommes trompés avec tout le monde et la critique à notre adresse vous atteint aussi.

Voilà ce que nous avons à répondre au premier reproche. Il ne résiste pas à un examen vraiment objectif, impartial, me semble-t-il.

J'arrive au deuxième reproche, qui est plus grave, et sur lequel je désire m'expliquer. Je vous demande pardon d'ores et déjà de lasser votre patience. Le Conseil fédéral a beaucoup varié, nous l'admettons, mais voudriez-vous me permettre une question: Dans ces temps-ci, est-ce un fait extraordinaire que celui d'avoir varié? est-ce que d'avoir vécu les quatre années qui sont peut-être les plus grandes de l'histoire du monde, est-ce que d'avoir assisté à un bouleversement général de la situation du monde, d'avoir vu notre Suisse exposée à tous les dangers, d'avoir senti que des choses étaient en transformation profonde chez nous et appelaient lentement, mais fatalement de nouvelles solutions; est-ce que, dis-je, parce qu'on a varié dans un moment comme celui-ci il y a matière à reproche? Je plaindrais l'homme qui n'eût pas varié dans ces temps-ci, parce que celui dont les conceptions seraient restées les mêmes pendant ces quatre années qui en valent quarante et non pas seulement quatre au point de vue de l'intensité de la vie et des événements, démontrerait une seule chose, c'est qu'il est encroûté et empêtré dans des domaines qui appartiennent au passé. Voilà pourquoi l'accusation de variation en général ne peut pas sérieusement toucher quiconque se reporte aux événements dans lesquels nous nous sommes trouvés.

Mais vous me permettrez ensuite de vous poser une question: Le Conseil fédéral a élaboré dès l'année 1914, je tiens à le souligner, et dans son message relatif au budget de 1915, un programme financier. Je

m'arrêterai plus tard aux points de ce programme. Qu'était donc ce programme financier? Un article de loi? Un dogme? Quelque chose de ne varietur? Jamais le Conseil fédéral n'a eu une telle conception.

Quel était le rôle du gouvernement dans un temps comme celui que nous avons traversé? Lorsque l'orage soufflait de tous les côtés, s'agissait-il de rebâtir notre maison avant de savoir si, dans les moments tranquilles, nous l'aurions rebâtie? Non, ce n'est point de cela qu'il s'agissait. Le rôle du gouvernement était celui d'un veilleur et d'un éclaireur. Ce rôle consistait avant tout à sauvegarder le crédit de l'Etat pendant la crise, afin qu'après celle-ci ce crédit aidât l'Etat à se reconstituer. Le rôle du gouvernement consistait à maintenir les consciences en éveil, à les empêcher de s'endormir, de ne pas voir la vérité et la réalité de la situation financière. Le rôle du gouvernement était en même temps celui d'un pionnier. Eh bien, on nous a reproché de plusieurs côtés, avec beaucoup de courtoisie d'ailleurs, je le reconnais, notre précipitation et une certaine nervosité, un sentiment trop aigu de nos responsabilités. J'accepte ces reproches comme des louanges. Ces reproches sont de ceux qui me font le plus grand plaisir. Un seul me toucherait au fond du coeur, ce serait de pouvoir dire que nous avons manqué de vigilance, que nous sommes restés sur un oreiller de paresse, que nous n'avons pas suivi pas à pas et jour par jour la situation financière pour en tirer les enseignements nécessaires. Voilà le seul reproche que je trouverais grave, qui me ferait une peine énorme, mais que, s'il était mérité, je devrais accepter, celui d'avoir manqué de vigilance. Je constate avec une satisfaction que vous comprendrez que personne n'a émis cette critique; c'est plutôt le reproche contraire qui a été formulé contre le Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral a donc élaboré un programme dès le début et l'a complété à mesure que les événements se déroulaient et se transformaient. M. le conseiller aux Etats Usteri a bien voulu rappeler que déjà à l'occasion d'une autre discussion dans votre Conseil il avait déclaré que, personnellement, il ne se considérait point lié par ce programme, qu'il en contestait l'utilité et la valeur. Jamais le Conseil fédéral n'a eu la pensée que son programme fût obligatoire pour qui que ce fût. Il avait voulu seulement donner une orientation générale, empêcher que les esprits ne se dispersent et n'éparpillent en quelque sorte leurs efforts. S'il a pu réussir dans la tâche de grouper les efforts, d'empêcher que les esprits se tournent dans une direction opposée, il voulait éviter cette dispersion, c'est tout ce qu'il demandait. L'élaboration d'un programme dès les années 1914 et 1915 était donc utile et non sans valeur.

Le Conseil fédéral, dans son message de 1914, avait indiqué comme moyens de rétablir la situation financière avec une dette de guerre évaluée à 300 millions, différentes ressources extraordinaires: un impôt de guerre, le monopole du tabac, l'extension du monopole de l'alcool, la réforme de la taxe militaire. Nous sommes demeurés fidèles aujourd'hui encore aux grandes lignes de ce programme, sauf dans la question du tabac où nous avons, pour des rai sons que vous connaissez aussi bien que moi, substitué l'idée de l'impôt à celle du monopole. Mais nous avons cru, à mesure que les dettes faisaient des pas de géant, devoir compléter ce programme. Nous vous avons demandé d'abord l'autorisation spéciale d'introduire l'impôt sur les bénéfices de guerre. Nous vous avons proposé ensuite d'insérer dans la constitution fédérale un texte relatif aux droits de timbre sur les documents à l'usage des commerçants. Nous vous avons demandé ensuite d'augmenter les taxes postales et téléphoniques et de nous procurer aussi certaines ressources, pas très considérables, dans d'autres branches de l'administration, en particulier dans le domaine des douanes. Ensuite, nous en sommes venus lorsque nous nous sommes persuadés qu'il était impossible de s'en tirer autrement, à l'idée du renouvellement de l'impôt de guerre, non sans hésitation, toutefois tant sur les propositions qu'en ce qui concerne la durée et le caractère de l'impôt. Mais nous avons toujours dit que nous n'abandonnerions rien des impôts indirects que nous proposons, qu'il fallait parfaire ce qui était nécessaire par des impôts directs extraordinaires frappant la fortune et les revenus.

M. le président de la commission dit: « En 1915, vous aviez imaginé ou supposé une dette de 300 millions, vous aviez admis qu'un impôt de guerre rendant environ 60 millions devait suffire et qu'un cinquième environ de la dette de guerre devait être supporté par un impôt direct frappant la fortune et les revenus. » La contradiction semble, il est vrai, manifeste, parce que M. le président de la commission ajoute qu'en 1918, la dette est d'un milliard 400 millions. Si vous vouliez revenir à ce chiffre de 1915, dit-il, vous devriez demander 300 millions aux impôts directs sur la fortune et le revenu, ce serait encore à peu près le cinquième, mais vous demandez presque un milliard de sorte que c'est un changement total, un renversement des bases de votre politique financière, c'est une contradiction absolue. — Eh bien, cette contradiction n'existe pas.

Il y en aurait une si le Conseil fédéral, après avoir proposé certains impôts directs tels que l'imposition du tabac, les droits de timbre, l'extension du monople des alcools, avait renoncé à recourir à ces moyens et qu'il eût substitué en quelque sorte aux moyens indirects les moyens directs. Mais, Messieurs, telle n'a jamais été la politique du Conseil fédéral, jamais il n'a substitué une chose à l'autre; une seule était devant lui: l'impôt direct venant compléter, parfaire ce que les impôts indirects ne pouvaient donner. Vous ne pouvez pas reprocher au Conseil fédéral d'avoir renoncé aux impôts indirects, s'il vous démontre qu'il est nécessaire, pour la restauration financière, de voter l'impôt direct. Il n'y a point de contradiction entre la politique suivie en 1915 et celle de 1918. Les situations sont foncièrement différentes, elles comportent des solutions différentes entre lesquelles il faut choisir. Et vous me permettrez encore d'ajouter ceci: Depuis 1915, il s'est produit un fait que M. le président de la commission a oublié de mentionner, malgré tout le soin avec lequel il a rédigé son rapport, malgré la durée extraordinaire de son exposé. Il est rare, en effet, qu'un rapporteur soit obligé d'expliquer pendant quatre heures son point de vue; je rends hommage, quant à moi, à cette grande application, à ce tour de force. Mais M. le président de la commission a omis un fait essentiel, capital, qui renverse tous ses calculs. C'est l'altération profonde de toute la situation financière qui a été la conséquence, je vais vous le démon-

trer tout à l'heure, du renchérissement de la vie, phénomène qui pendant la guerre a revêtu une acuité extraordinaire, mais dont les traces durables resteront dans nos budgets et s'y traduiront par une augmentation considérable des dépenses ordinaires d'avant la guerre, augmentation que j'évalue à 50 millions au moins. Or, Messieurs, 50 millions à demander au budget, indépendamment de la dette de guerre! Oublier ce facteur-là, c'est oublier un facteur essentiel, c'est envisager la situation financière avec un optimisme qui peut être de mise chez un député, mais qui serait inexcusable chez le chef responsable des finances de la Confédération. Et puis, Messieurs, vous me permettrez aussi d'ajouter qu'entre 1915 et 1918, un fait capital dans notre histoire politique et constitutionnelle s'est produit, c'est le vote du peuple en la journée mémorable du 2 juin dernier. Personne n'a lutté, je pense, avec plus d'ardeur et plus de conviction que votre serviteur contre l'initiative socialiste. J'ai cru à ce moment-là qu'il était de mon devoir de descendre dans l'arène pour défendre les principes politiques et sociaux qui semblaient conformes à l'intérêt permanent, présent et futur de la Suisse. Mais, Messieurs, qui parmi vous peut ne pas être frappé par le nombre très considérable de citoyens qui, malgré l'attitude de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral, malgré les arguments politiques formidables avancés contre l'initiative se sont groupés autour de l'idée de l'impôt direct permanent! Et soyons justes, Messieurs, le message du Conseil fédéral vous proposant de repousser l'initiative socialiste disait en même temps que les classes possédantes rempliraient entièrement leur tâche, qu'un impôt extraordinaire à fort rendement serait opposé plus tard à cette initiative socialiste. Moi-même, Messieurs, je tiens à le dire, non pas que par ma parole, je pense avoir engagé qui que ce soit en dehors de ma personne; moi-même dans les assemblées populaires où j'ai eu l'honneur et la joie de parler, j'ai affirmé avec la joie la plus grande que le refus de l'initiative socialiste ne devait point signifier que les classes possédantes ne devraient pas consentir les sacrifices nécessaires. Si le peuple suisse le 2 juin, devant les adversaires de l'initiative socialiste, s'était enfermé dans une négation stérile, s'était montré incapable d'opposer un projet positif à l'autre projet, qui, parmi vous, peut dire que la journée du 2 juin n'aurait pas été déjà le triomphe de l'impôt direct permanent! La majorité rejetante a été d'environ 50,000 voix et je connais des foules d'ouvriers — j'ai nommé les chrétiens sociaux de la Suisse — qui ont pris attitude contre cette initiative, mais qui se seraient rangées comme un seul homme, avec une âpreté compréhensible en faveur de l'initiative si, à une oeuvre négative, on n'avait pas opposé une oeuvre positive: l'idée de l'impôt de guerre. Je dis donc que l'impôt de guerre est la solution qui ressort du vote du 2 juin. L'Assemblée fédérale oublierait les avis donnés ce jour-là si elle ne remplissait sur ce point tout son devoir. D'ailleurs je ne doute pas un instant qu'elle le remplisse. Vous avez apporté chaque fois au Conseil fédéral une collaboration dont je vous suis très reconnaissant. Vous la lui avez apportée autrefois; vous ne la lui refuserez pas aujourd'hui.

Permettez-moi maintenant d'examiner la situation financière. Cet examen seul suffira pour démontrer la nécessité du projet du Conseil fédéral. La lumière sous laquelle M. le président de la commission a placé la question est une lumière que je me permettrai d'appeler factice ou artificielle.

Tout d'abord, quelle sera la dette de guerre? Je pars de l'idée que les dépenses de mobilisation proprement dites s'élèveront entre 1 milliard 50 millions et 1 milliard 100 millions. M. le président de la commission et moi nous sommes parfaitement d'accord sur ce point. Vous avez entendu qu'il a lui-même accepté le chiffre de 1 milliard 100 millions. A l'heure actuelle, les dépenses atteignent 1 milliard et 40 millions. Personnellement, j'avais espéré, lorsque j'en ai parlé au sein de la commission, que nous en resterions à ce chiffre. La grève générale est venue déconcerter les calculs et augmenter considérablement cette dépense. Quoi qu'il en soit, j'espère cependant que le chiffre de 1,100,000,000 fr. ne sera point dépassé, à moins de circonstances extraordinaires.

Les déficits des années 1914 à 1918 s'élèvent en totalité à 180 millions. Vient ensuite le budget de 1919. Vous me permettrez d'exprimer mon étonnement, courtois d'ailleurs et non agressif, de ce que disait hier M. le président de la commission: «Mais le déficit de 1919 ne signifie rien du tout; ce sont des calculs en l'air, il peut s'agir peut-être de chiffres fantaisistes que la réalité peut changer complètement!»

Quelle lourde erreur que d'envisager avec un pareil optimisme la question du déficit de 1919 et peut-être encore d'autres années! Messieurs, le projet de budget prévoit un déficit de 93 millions. Vous avez demandé au Conseil fédéral de revoir le budget du département militaire. Je vous en félicite. Je suis heureux que le Conseil des Etats, sur l'initiative de sa commission, ait renvoyé ce budget militaire au Conseil fédéral en lui exprimant le désir d'opérer des diminutions, le budget ayant été établi il y a déjà un certain temps. Je veux espérer qu'il sera fait droit à ce voeu et que le budget militaire pourra subir une diminution d'environ 10 millions. Le déficit de 1919 serait donc réduit à 82 ou 83 millions.

Mais, Messieurs, on a oublié un facteur ou plutôt non, il n'a pas été oublié, parce que dans le message du Conseil fédéral concernant le budget, il en est parlé, mais ce chiffre a nécessairement été négligé dans le budget tel qu'il vous est présenté, je veux parler des allocations de renchérissement qui, au budget de 1919, figurent par un chiffre égal à celui de 1918: environ 45 millions. Or, le Conseil fédéral vous a fait distribuer aujourd'hui même, sauf erreur, un message relatif aux allocations de 1919 et qui vous demande pour l'administration fédérale proprement dite 68 millions et 71 millions pour les C. F. F.

Dès lors, vous voyez que le budget de 1919, même allégé des économies demandées au département militaire, accusera un déficit supérieur et même considérablement supérieur à 100 millions.

M. le président de la commission vous a dit: «Mais il se peut que des recettes extraordinaires transforment ce déficit formidable non pas en un boni, — cette exagération n'a pas été commise — mais en un déficit moins grave. Eh bien, il me suffit de dire qu'à l'heure actuelle, le produit des douanes est encore en diminution comparativement à celui de l'année passée. Les rentrées ont été évaluées à 50 millions dans le budget, c'est-à-dire à 10 millions de plus que les règles et les normes ordinaires ne l'auraient permis. Si nous nous en étions tenus, pour l'évaluation des droits de douane en 1919, aux règles bien acquises que nous avions

toujours suivies jusqu'à présent, le chiffre du budget serait moins élevé. Je veux espérer que ces 50 millions seront dépassés de 10 millions; je n'en suis par sûr, mais supposons qu'ils le soient et que les recettes douanières pour 1919, malgré toutes les restrictions encore en vigueur, accusent 60 millions — ce que je ne crois pas; le déficit en sera-t-il pour cela diminué d'une façon appréciable? Non, il se rapprochera toujours de 100 millions.

Et alors j'arrive à cette conséquence qu'indépendamment des dépenses de prévoyance sociale que le Conseil fédéral a déjà faites et qu'il devra faire encore, la dette de guerre de la Confédération, dépenses de mobilisation et déficits additionnés, comporte le chiffre de 1 milliard et 100 millions. Quant aux dépenses de prévoyance sociale, je veux être optimiste, je veux espérer que le Conseil fédéral pourra y faire face malgré leur très grande importance. Il y a, en effet, Messieurs, la question du lait, celle du pain, celle du charbon et bien d'autres. Je veux espérer toutefois que le Conseil fédéral pourra y faire face avec les recettes extraordinaires que nous avons réalisées à côté de toutes les autres que j'ai nommées. C'est un calcul un peu optimiste, mais je ne pousserai pas les choses trop au noir. Je tiens seulement à vous faire la démonstration, que personne ne peut contester, que la dette de guerre sera d'au moins un milliard 400 millions.

Maintenant, de cette dette que restera-t-il, lorsque l'impôt de guerre que vous discutez aura été complètement perçu? Tout d'abord que rapportera le deuxième impôt de guerre? Vous avez tout d'abord à votre actif les 100 millions du premier impôt de guerre. Vous aurez encore 300 millions, rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre.

Et permettez que j'ouvre ici une parenthèse. J'ai eu ce matin la maladresse, dont je m'excuse, d'interrompre M. le président de la commission lorsqu'il parlait de l'impôt sur les bénéfices de guerre, pour lui dire que les chiffres qu'il indiquait n'étaient pas exacts. Il faut s'entendre. Messieurs, ils sont exacts ou ils ne le sont pas suivant la fonction qu'on leur donne. M. le président parlait à ce moment-là de la recette réalisée et je prétendais que nous n'avions pas encore les 300 millions. M. le président a corrigé immédiatement après son assertion. Il a dit qu'il s'agissait des sommes assurées et alors j'espère qu'il a raison. Nous pourrons tabler sur les 300 millions. Mais n'oublions pas qu'à l'heure actuelle nous avons encaissé, au moyen de l'impôt sur les bénéfices de guerre, 240 millions. Il reste à frapper les bénéfices de 1918, et, je l'espère, ceux qui se réaliseront dans l'année 1919. Récemment une commission d'experts a été convoquée par le département des finances, commission que la maladie ne m'a pas permis de présider, mais dont j'ai lu les procès-verbaux sommaires des délibérations. On a exprimé l'espoir et l'attente que les bénéfices de guerre auraient disparu le plus tôt possible. Mais l'on a été assez d'accord, je crois, pour admettre qu'aussi longtemps que les conditions de la vie économique permettaient de réaliser des bénéfices vraiment extraordinaires sur une large échelle, il fallait maintenir l'impôt sur les bénéfices de guerre. Il est donc probable que dans cette période de transition de la guerre à la paix, que sera l'année 1919, nous aurons encore à frapper des bénéfices de guerre. Mais il faut d'abord déduire du montant de cet impôt un cinquième destiné à alimenter le fonds du chômage. Nous avons, dans les arrêtés du Conseil fédéral, prévu une augmentation du taux dans ce but. Ce fonds est à l'heure actuelle d'environ 40 millions. Il a un but social éminent: la lutte contre le chômage; il pourra peut-être se transformer, si le chômage ne l'absorbe pas tout entier, en un fonds pour servir à des buts sociaux et généraux.

Nous avons ensuite, après avoir fait cette défalcation d'un cinquième destiné à ce fonds et qui ne peut pas entrer dans le calcul du rendement de l'impôt sur les bénéfices de guerre, nous avons à déduire le 10% en faveur des cantons, et lorsque je prétends ou j'espère que le rendement total de l'impôt sur les bénéfices de guerre sera d'environ 300 millions, je dis cela dans l'idée que nous pourrons frapper les bénéfices de 1918, ce qui est certain, et aussi ceux de l'année 1919, ce qui n'est pas encore absolument certain, mais probable. En tout cas, ce chiffre de 300 millions est probable. Mais il serait dangereux d'aller au delà de ce chiffre. Si la réalité doit encore nous donner un démenti et nous démontre que nous nous sommes trompés en mal, tant mieux, mais aujourd'hui nous ne pouvons pas tabler sur une somme supérieure à 300 millions.

Permettez-moi maintenant de clore cette parenthèse: 100 millions d'impôt de guerre, 300 millions d'impôt sur les bénéfices de guerre. Je crois que lorsque vous aurez réalisé l'impôt de guerre nouveau, vous aurez abouti à ce résultat que, dans l'espace nécessaire pour le percevoir, une somme d'environ 300 millions aura été amortie. En effet, vous ne pouvez pas oublier que ce qu'on vous demande c'est de payer par l'impôt de guerre les dépenses de capital et qu'à côté des dépenses de capital, il y a les dépenses d'intérêts. Si vous envisagez l'amortissement total, capital et intérêts, de la dette de guerre, vous ne pouvez guère imaginer que vous irez au delà de l'amortissement complet des 300 millions lorsque vous aurez réalisé l'effort qu'on vous demande. Voici quel sera le résultat: 100 millions, 300 millions, 300 millions, dans l'espace d'environ 16 ans, soit dans les quatre périodes prévues, amortiront exactement la moitié de la dette de guerre, c'est-à-dire 700 millions. Il reste les autres 700 millions. Ces 700 millions exigent à eux seuls pour l'intérêt et l'amortissement une somme de 42 millions, au taux de 6%. Les augmentations des dépenses ordinaires pour couvrir les allocations de renchérissement, je les évalue à environ 50 millions. Si nous devons pour les allocations de renchérissement dépenser, en 1919, uniquement pour le personnel 68, disons en chiffre rond 70 millions, vous ne penserez pas, je suppose, que cette augmentation générale de dépenses de l'administration, déterminée par les traitements et par d'autres causes, évaluées aussi à 50 millions, soit exagérée pour les temps ordinaires. J'espère quant à moi que le renchérissement formidable du temps de guerre cessera, mais je crois que ce serait une lourde erreur, presque une imprudence coupable, de s'imaginer que le renchérissement auquel nous assistons maintenant va disparaître complètement. Le phénomène de la dépréciation de l'argent subsistera pendant une assez longue période où il faudra trouver environ 50 millions auxquels autrefois nous n'avions pas songé, mais auxquels il faut songer aujourd'hui.

Nous avons ensuite des oeuvres nationales à entreprendre. Nous avons à rechercher l'élasticité de notre budget. On parle de la caisse de retraite pour le per-

sonnel. Vous savez que la question est à l'étude, que le Conseil fédéral a l'intention déjà l'année prochaine de vous soumettre un projet pour la création de la caisse projetée. On parle de la lutte contre la tuberculose, de l'institution de l'assurance-vieillesse et invalidité. On parle d'autres oeuvres sociales qu'il faudrait avoir le courage d'entreprendre. Eh bien, pour toutes ces oeuvres, je veux prévoir une vingtaine de millions, certain de rester au-dessous de la réalité, mais enfin je ne veux rien exagérer. Je tends uniquement à vous démontrer la nécessité absolue d'accepter tel quel l'impôt sur les bénéfices de guerre. Si j'additionne ces trois facteurs: 42 millions, 50 millions, 20 millions, j'arrive au chiffre de 112 millions. J'en déduis les économies que nous voulons et espérons pouvoir réaliser sur le budget militaire et dans d'autres branches de l'administration — soit une douzaine de millions. Il reste à trouver un chiffre de 100 millions. C'est là-dessus que je vais tout à l'heure m'expliquer. Il ne s'agit pas seulement de payer et d'amortir la moitié de la dette de guerre d'un milliard 400 millions, mais de trouver encore une centaine de millions. Nous avons déjà augmenté les recettes de la régie des postes, des téléphones, je crois qu'il en faudra faire autant des taxes télégraphiques; le rendement de ces régies a fourni un appoint que j'évalue à environ 30 millions. Nous allons percevoir les droits de timbre, qui nous donneront certainement au moins 15 millions; cela fait 45 millions d'assurés sur les 100 millions qu'il faut trouver. J'envisage que le tabac, la taxe militaire, l'institution du monopole des alcools peuvent nous donner facilement 25 millions. Il s'agit là de ressources qui ne sont point encore assurées et garanties, mais que l'on pourra trouver avec de la bonne volonté; même s'il y avait un déchet la première fois, il ne faudrait pas perdre courage, mais revenir à la charge. 45 et 25 millions font 70 millions. Nous pouvons donc facilement trouver une partie des 100 millions, puisque nous en avons déjà trouvé 70. Il reste encore 30 millions à se procurer. Comment? Voici la clé de toute la situation: Si les douanes, comme beaucoup parmi vous le disent, sont destinées à nous donner une trentaine de millions au delà du rendement maximal des temps de paix, rendement maximum qui avait été d'environ 85 millions, je pense que l'équilibre financier sera rétabli dans un nombre d'années assez restreint. Mais il faut avoir un robuste optimisme. Il ne faut pas partager le pessimisme de M. Scherrer affirmant que la période qui suivra la guerre sera une période de dépression, de stagnation, qu'on y traitera les affaires avec une certaine froideur, une certaine lourdeur. Il faut espérer, comme M. Fazy le disait tout à l'heure, une forte reprise des affaires; que l'industrie d'exportation de la Suisse prendra un nouvel essor, que nos débouchés s'augmenteront, que les Etats amis aideront à développer notre économie. Si tout cela se réalise, nous obtiendrons ces 30 millions. Si non, et nous serons à même d'en juger dans deux ou trois ans, le devoir de la Confédération sera de rechercher immédiatement, à côté des ressources dont je viens de parler, des ressources nouvelles. Je ne sais pas où l'on peut chercher ces ressources. J'ai des idées personnelles à ce sujet. Vous me permettrez de n'en rien dire pour ne pas inquiéter l'opinion dans le moment actuel et pour ne pas accentuer l'éparpillement des efforts à un moment critique où j'estime que la concentration de tous les efforts sur la question de l'impôt de guerre est une nécessité fondamentale de la restauration financière. Quoi qu'il en soit, je vous demande si les chiffres que je viens de vous donner et qui défient toute contestation, et j'en appellerais s'il était là à M. le président de la commission des finances qui a fait de ces questions une étude particulière, ne donnent pas la conviction qu'il est d'une nécessité absolue de voter le projet d'impôt de guerre tel que le propose le Conseil fédéral. Vous me permettrez de passer sur l'argument secondaire consistant à dire: «Nous avons voté un premier impôt unique et non renouvelable.» Cet argument disparaît devant la stature gigantesque des faits.

Vous me permettrez d'arriver au projet du Conseil fédéral; je n'en dirai que quelques mots. Ce projet prévoit un impôt extraordinaire. Le caractère extraordinaire de cet impôt est déterminé tout d'abord par son but, ensuite par les taxes intrinsèques du projet, surtout par les minima et aussi par la manière dont la perception sera opérée. Quant au but, il est bien entendu que l'impôt dont il s'agit sera affecté aux dépenses de mobilisation. Il ne faut pas que l'argent demandé aux contribuables d'une manière extraordinaire et dont la perception empiète gravement sur les compétences financières des cantons puissent servir à un autre but qu'à celui de couvrir les dépenses militaires. Sur cette question des dépenses militaires, je m'expliquerai tout à l'heure. Pour le moment permettez-moi de passer à une autre question.

Le caractère extraordinaire de l'impôt se manifeste également dans les taux d'évaluation et même dans les minima. Je reconnais que les minima d'exemption prévus dans le projet ont quelque chose d'extraordinaire. Pour un impôt ordinaire et durable, on ne pourrait pas aller aussi loin, mais je constate en outre que votre commission va encore sensiblement plus loin que le Conseil fédéral, non pas en ce qui concerne l'imposition de la fortune, mais l'impôt sur le revenu. Nous examinerons ces détails plus tard. Je n'ai pas besoin de me prononcer maintenant sur les propositions de la commission. Je puis toutefois dire qu'en général ces propositions ont ma sympathie et qu'il ne surgira pas de divergences de vue bien considérables entre la commission et le Conseil fédéral sur ce point.

La question des taux a fourni à M. le président de la commission l'occasion de faire une charge à fond en quelque sorte contre ceux qui ont demandé à la richesse acquise de faire tout entière son devoir dans ce moment-ci. Vous avez entendu, de ses lèvres éloquentes, la défense acharnée, âpre, du capital, comme s'il y avait quelqu'un parmi vous qui voulût contester l'utilité et la bienfaisance du capital. Je sais bien que M. le président de la commission ne s'adressait pas seulement à vous. Il a voulu prendre position contre certaines tendances de l'opinion publique qu'il considère et que je considère aussi avec lui comme malsaines. Mais je tiens, au seuil de ce débat particulier sur la progression, à bien marquer que jamais il ne sortira de la bouche du chef responsable des finances de la Confédération une parole qui puisse être considérée comme excitant l'envie ou la haine contre le capital. Nous savons que le capital nous a rendu de très grands services. Sans lui nous aurions eu de la peine à traverser la crise de la guerre. Il a couvert tous nos emprunts. Nous avons recouru à lui pour faire face à nos besoins. Il a toujours répondu patriotiquement, j'ose le dire, non pas d'une manière absolument désinté-

ressée, il est vrai, puisque le capitaliste qui plaçait ses fonds chez nous faisait un bon placement, à un intérêt correspondant à la situation; néanmoins, je dis que chaque fois que nous avons sollicité le concours du capital, celui-ci a bien voulu répondre patriotiquement à notre appel.

Après avoir rendu cet hommage mérité au capital, permettez-moi de dire qu'il est un autre facteur de production devant lequel je m'incline plus profondément que devant le capital. Cet autre facteur, c'est le travail qui, maintenant, affirme ses droits, qu'il pourra conquérir non pas en luttant contre le capital, mais en bonne harmonie avec nous et en intervertissant un peu les rôles. Je crois que l'avenir est à la sanctification et à la glorification du travail et que peut-être le capital lui-même sera obligé d'avoir à son égard une attitude un peu plus modeste que celle qui était observée avant la guerre.

Ces réflexions faites, les progressions proposées sont-elles vraiment si exagérées? Nous demandons le 20% comme maximum pour les plus forts revenus et le 25 ‰ aux très grandes fortunes. Ces taux ne doivent pas être si extraordinaires, puisque l'un d'entre vous faisant partie de la minorité de la commission propose une progression plus élevée, le 25% pour le revenu du travail et jusqu'au 50 ‰ sur les grandes fortunes. Nous aurons à débattre ces questions-là. J'aurai à m'expliquer alors sur la question de savoir si ces progressions encore plus élevées que celles du projet du Conseil fédéral sont acceptables. Quoi qu'il en soit, le Conseil fédéral vous a proposé des périodes triennales auxquelles vous voulez substituer des périodes quadriennales. Le Conseil fédéral s'incline devant ce désir, que je crois unanime. Mais en répartissant ces progressions maxima sur une période de quatre ans, vous arriverez à cette conséquence que les plus gros revenus payeront annuellement le 5% et les grosses fortunes sur la base de 25 ‰ supporteront une annuité de 6,25 ‰ au maximum. Ces progressions sont-elles exagérées? Je prétends que non. Elles ne seraient pas admissibles dans une loi ordinaire, mais elles le sont pour une contribution extraordinaire ayant un but si particulier et venant après la crise que vous connaissez. Si vous les considérez comme extraordinaires, je voudrais alors vous engager à faire un petit voyage dans les pays étrangers, pour y constater les progressions nouvelles qui y sont imposées. Après cela, vous trouverez que les progressions que le Conseil fédéral vous recommande n'ont rien d'excessif. Il suffit de vous dire que la France par exemple, à côté de tous les impôts formidables qu'elle perçoit déjà, va voter l'impôt global sur le revenu, impôt complémentaire qui s'ajoutera aux autres et qui atteindra le 20% chaque année et non pour une période de quatre ans. Comparez seulement ce chiffre à celui que nous vous demandons et vous ne tardez pas à vous convaincre que nos propositions n'ont rien d'exagéré, que nous n'avons point voulu frapper le capital, presque le fusil ou l'arme à la main comme l'a dit M. le président de la commission.

J'ai abusé de votre patience et je veux finir. Cependant, vous me permettrez encore de me prononcer sur un point qui me semble essentiel et qui probablement fera l'objet de vos débats les plus vifs. Il s'agit de la question de savoir si le produit de cet impôt doit être destiné à couvrir les trois-quarts de la dépense de mobilisation ou bien la totalité.

D'abord je voudrais m'expliquer sur les dépenses de mobilisation elles-mêmes. Vous avez prévu que l'arrêté de l'Assemblée fédérale fixerait le montant des dépenses de mobilisation. Cela signifie évidemment que vous n'avez pas l'intention, et je le comprends parfaitement, d'accepter purement et simplement comme dépenses de mobilisation celles qui sont portées actuellement dans le compte comme telles, mais que vous avez l'intention de faire une distinction entre les dépenses de mobilisation proprement dites et celles qui ont été faites pendant la mobilisation, mais dont l'effet peut être utile non seulement pour la période de mobilisation, mais aussi dans les années futures. Je pense que vous avez en vue spécialement certaines constructions, certaines dotations, les dépôts de munitions, certaines dépenses pour l'armement, etc. etc. Il ne sera pas possible d'arriver tout de suite et rapidement à un apurement des comptes. Ces comptes formidables doivent d'abord être vérifiés. Il vous seront présentés. Il va sans dire que le Conseil fédéral est parfaitement d'accord sur le point de vue de la commission qui est probablement aussi le désir du Conseil des Etats tout entier, de faire un apurement du compte, d'établir en quelque sorte une différenciation entre les diverses dépenses. Il est entendu que ce ne sont que les dépenses strictes de mobilisation qui doivent être couvertes en totalité par l'impôt de guerre, si cette idée l'emporte. Il est difficile de faire une évaluation précise, mais il me semble, grosso modo, qu'on peut admettre d'ores et déjà, si la dépense totale apparente de mobilisation est de 1,100,000,000, une défalcation de quelques dizaines de millions pour les raisons que je viens d'indiquer. La dépense proprement dite de mobilisation finira par être à peu près d'un milliard. Si vous déduisez de ce milliard les 400 millions déjà assurés, l'effort qui reste à faire pour atteindre le but doit fournir en totalité 600 millions et ce but pourra être atteint, si vous répétez quatre fois l'impôt, puisque chaque période est destinée à donner un rendement de 150 millions. En quatre périodes, vous aurez ainsi atteint le résultat, soit 600 millions.

Lorsqu'on examine les chiffres et qu'on les discute, non point trop au point de vue théorique, mais d'une manière pratique, vous voyez donc qu'en réalité les divergences entre les différents membres de la commission ne sont pas si considérables et que la solution du Conseil national ne diffère pas si profondément de celle qui va être arrêtée par vous, soit que vous acceptiez la proportion des trois-quarts ou la totalité. Ces solutions se rapprochent sensiblement, et avec un peu de bonne volonté il est possible de réaliser cette unanimité que désire l'honorable M. de Meuron.

Je viens de parler des dépenses de mobilisation. Quelle est l'opinion du Conseil fédéral dans la question de la totalité ou des trois-quarts? Je veux m'exprimer en toute franchise. Ma pensée intime et profonde a toujours été qu'il était juste de faire supporter à l'impôt sur les fortunes et le revenu la totalité des dépenses de mobilisation. Une raison politique seule m'avait retenu de défendre cette idée: la crainte de jeter en quelque sorte un brandon de discorde dans les esprits, la crainte d'être accusé

d'interpréter dans un sens peu loyal le verdict populaire du 2 juin 1918 concernant l'initiative socialiste. La lutte a été engagée contre l'impôt direct. Il est absolument incontestable qu'un impôt de guerre destiné à durer 16 ans cache des dangers et ouvre une porte qu'il ne sera peut-être pas très facile de fermer plus tard lorsque la question de l'impôt direct permanent se posera. Mais, Messieurs, je pense que vous serez, malgré tout, bien inspirés en adoptant la proposition de la majorité de la commission. Voici pourquoi: Messieurs, vous êtes le Conseil des Etats, vous êtes, au point de vue constitutionnel, la personnification de l'idée fédérative. Eh bien, c'est chez vous qu'il se trouve une majorité de la commission, probablement aussi une majorité dans le Conseil, pour affirmer cette nécessité. Il serait dès lors difficile au Conseil fédéral d'être plus royaliste que le roi. Si le Conseil des Etats, défenseur naturel des intérêts des cantons, croit que cette tentative peut être faite, il ne siérait pas au Conseil fédéral, me semble-t-il, de s'y opposer. Ensuite, ce sont les milieux qui ont combattu avec tant de conviction et de vigueur l'initiative socialiste qui, en partie du moins, viennent aujourd'hui demander au Conseil fédéral de faire cette concession. Je vois même plusieurs hommes dont les sentiments fédéralistes ne sont point douteux, dont les convictions politiques nous sont très connues qui, aujourd'hui, défendent l'idée de mettre à la charge de l'impôt de guerre, la totalité des dépenses de mobilisation. Il serait difficile encore une fois au Conseil fédéral d'être dans une question comme celle-là plus fédéraliste que les fédéralistes les plus avérés.

La question politique n'existant plus, les raisons financières et les raisons économiques militent avec toute évidence en faveur de la totalité des dépenses de mobilisation à la charge de l'impôt de guerre.

Voilà quelles sont les raisons qui déterminent l'attitude du Conseil fédéral. Il y en a enfin une dernière. Le Conseil fédéral nous avait demandé de faire l'effort fiscal dont il s'agit en des périodes triennales. Vous, vous avez pensé que les intérêts des capitalistes, en partie très éprouvés par les événements que vous connaissez, méritaient d'être ménagés. Vous avez prolongé les périodes. Or, cette prolongation a pour effet que les sommes que le Conseil fédéral vous aurait demandées dans des périodes triennales aboutissent en réalité à peu près au même résultat que les sommes nouvelles demandées dans les périodes de quatre ans, dans l'hypothèse que la totalité des frais de guerre seraient couverts par l'impôt de guerre.

Une raison spéciale d'opportunité milite donc en faveur de la proposition de majorité de la commission. Quoi qu'il en soit, l'essentiel pour le Conseil fédéral est de chercher à réaliser l'union dans les esprits. Une réforme fût-elle la meilleure, la plus généreuse et la plus juste ne serait rien si elle n'avait point des chances d'être réalisée. Et le Conseil fédéral choisira toujours celle des formules la plus susceptible d'être acceptée par le souverain et de devenir une réalité.

Voilà pourquoi le Conseil fédéral peut se rallier aux propositions de la majorité de la commission sur ce point défini.

Il y en a bien d'autres que j'ai dû naturellement laisser de côté. J'aurais désiré vous entretenir encore des rapports entre la politique financière du Conseil fédéral et sa politique des emprunts. M. le président de la commission en a dit un mot, même plus qu'un mot. M. Usteri en a parlé aussi. J'aurais bien désiré aborder cette question. Il me suffira de vous indiquer un fait. Que cette politique des emprunts comparée à la politique financière en général ait été bonne, cela résulte de cette constatation qu'à l'heure actuelle, la dette flottante de la Confédération correspond aux capitaux engagés dans les organisations commerciales et qui sont facilement réalisables. Nous ne pouvons, me semble-t-il, faire à ce point de vue une politique ni plus sage ni plus prudente.

Mais je termine et en terminant vous me permettrez d'exprimer encore une idée générale.

Ce que nous demandons au Conseil est un acte de courage et aussi un acte de justice et de solidarité sociales. Je sais que les événements des derniers temps ont pu créer chez quelques-uns et chez beaucoup de citoyens un état d'esprit qui pourrait les rapprocher en quelque sorte d'une certaine réaction sociale. Je vous en conjure, je vous en supplie, ne cédez pas à ce courant absolument dangereux. La politique du Conseil fédéral, celle, je crois, du pays tout entier doit se résumer en deux mots: ni révolution ni réaction. Pas de révolution, parce que la révolution est le désordre, parce que c'est la négation de la démocratie et parce que la dictature d'une minorité est la dictature la moins supportable, mais point non plus de réaction dans ce domaine. Il faut avoir le courage de comprendre que bien des changements sont survenus dans le monde, que nous ne pouvons pas être au lendemain de la guerre ce que nous avons été avant la guerre. La réaction est sourde et aveugle. Elle est sourde, parce qu'elle ne comprend pas et n'entend pas les voix nouvelles, les voix qui montent de notre peuple. Elle est aveugle, parce qu'elle ne voit pas les périls qu'elle recèle en elle-même. Ne soyons donc ni révolutionnaires ni réactionnaires, mais des hommes de justice et de solidarité sociale! (Bravos.)

Wettstein: Ich gehöre zu denjenigen, die mit wachsendem Erstaunen dem Referate des Herrn Kommissionspräsidenten gefolgt sind. Ich habe aus diesem Referat nach und nach immer stärker den Eindruck gewonnen, dass er eigentlich weder für die Mehrheit noch für die Minderheit der Kommission referierte, und am Schluss blieb mir der Eindruck — ich weiss nicht, ob es Ihnen auch so gegangen ist —: «Du sprichst vergebens viel, um zu versagen, der andere hört aus allem nur das Nein.» Ich gebe zu, Herr Scherrer hat nicht absolut Nein gesagt; aber er hat alles das, was er konzedieren wollte, so zögernd und so verklausuliert uns vorgetragen, dass ich kaum fehlgehe, wenn ich annehme, er sei auch mit dem, was die Minderheit will, nicht vollständig einverstanden.

Gerade das Referat des Herrn Kommissionspräsidenten hat mir aber den Beweis geleistet, dass die Mehrheit im Recht ist. Denn das, was er für die Minderheit einigermassen verteidigt hat, ist eigentlich etwas Zufälliges. Es ist nicht das, was wir heute fordern müssen. Es ist nicht eine ganze Tat. Und ich hatte aus dem Referat schliesslich doch das innerliche Ergebnis, ich möchte fast sagen, das Erlebnis, dass allein der Mehrheitsantrag dem entspricht, was wir im

Grunde alle wollen. Dieser Mehrheitsantrag scheint mir nach allem, was Herr Paul Scherrer vorgetragen hat, der allein richtige Ausdruck der Erkenntnis dessen zu sein, was wir heute bedürfen, der Erkenntnis, dass wir mit dem, was wir noch vor drei Monaten wollten, nicht durchkommen, sondern dass wir eine ganz andere Opferwilligkeit an den Tag legen müssen, nicht eine Opferwilligkeit für einzelne Klassen oder eine Opferwilligkeit für diese oder jene einzelne Reform, sondern eine Opferwilligkeit für das, was uns über diese Zeit hinweggeholfen hat, eine Opferwilligkeit für den Staat, für den Bund.

Herr Scherrer scheint mir diese Erkenntnis, die uns gerade die letzten Monate gebracht haben, nicht in vollem Masse anerkennen zu wollen. Er sträubt sich gegen sie. Er hält mit einer gewissen Starrheit an einer individualistischen Auffassung fest. Er möchte nicht gerne umlernen. Das ist selbstverständlich eine Sache der persönlichen Ueberzeugung. Aber es scheint mir, dass er immerhin unrecht tut, wenn er nun das Wort, das er selber zitiert hat, und das er als Kompliment dem Bundesrat an den Kopf geworfen hat, von den «imbéciles qui ne changent jamais leur opinion» im Verlaufe seines Referates umkehrt und im Grunde doch diejenigen als «imbéciles» bezeichnet, die in den letzten Monaten wirklich umgelernt haben.

Ich habe mir aus dem Referate eine Anzahl von Liebenswürdigkeiten gemerkt, die er gegen diejenigen schleudert, welche nun zur Einsicht gekommen sind, dass man die ganze Kriegssteuer dem Besitz überbinden muss. Ich notierte einige Dinge: von der Psychose, gegen die selbst Götter vergebens kämpfen (man nennt diese Psychose im Deutschen sonst etwas drastischer Dummheit). Er sprach von Verstössen gegen Treu und Glauben, von Vergewaltigung einer Minderheit. Er sagte, dass hier nur Unverstand solche Forderungen aufstellen könnte, sprach auch von Neid und Missgunst, die am Werke seien, von Hass gegen den Besitz. Er warf die Frage auf, ob denn Besitz ein Verbrechen sei und formulierte die scharfe These, dass es dem Besitzenden gleichgültig sein könne, auf welche Art er bestohlen werde, und ähnliches. Man darf natürlich nicht einzelne Ausdrücke zusammenlesen und dann sagen, das sei nun der Inhalt des Referates gewesen. Davon bin ich weit entfernt. Aber ich glaube doch, viele von uns hatten den Eindruck, dass er denen, die der Meinung sind, welcher die Mehrheit Ausdruck gegeben hat, den Vorwurf machen wollte, ihre Ansicht beruhe nicht auf einer inneren, durch Ueberlegung gewonnenen Ueberzeugung, sondern es seien da zum grösseren Teile äussere Einflüsse massgebend.

Ich gehöre nicht zu denen, die ihre Meinungen ändern mussten. Ich habe seit bald einem Vierteljahrhundert in der Oeffentlichkeit dafür gekämpft, dass der Besitz, namentlich das Grosskapital, seine soziale Stellung anders auffasse, als es unter der Herrschaft des rein manchesterlichen Liberalismus geschehen war. Diesen Kampf habe ich geführt vor dem Krieg und ich darf heute sagen, dass das, was nun wohl als öffentliche Meinung in der schweizerischen Eidgenossenschaft allgemein anerkannt wird, durchaus dem entspricht, was ich schon früher immer verfochten habe. Ich habe geglaubt, dass die letzten Monate auch bei denen, die hartnäckig an diesem manchesterlichen Liberalismus festhalten, eine gewisse Neuorientierung hervorgebracht haben, und ich habe speziell bei meinem verehrten Freunde Scherrer ein grösseres Verständnis für diese Wandlungen erhofft. Die persönliche Enttäuschung muss ich übergehen, die gehört nicht hierher. Aber eines ist mir heute erst erschreckend klar geworden: was für eine ungeheure Kluft gähnt zwischen diesem alten manchesterlichen Liberalismus, dessen Vorzüge ich durchaus nicht verkenne, und einer neuen, wahrhaft demokratischen Politik. Ich meine damit nicht eine mechanische und gleichmachende Politik, sondern eine wahrhaft schweizerisch-demokratische Politik.

Ich habe volles Verständnis für Leute, die unentwegt ihre Ueberzeugung vertreten, möge es aussen sich wandeln, wie es wolle. Ich habe sogar ein ästhetisches Vergnügen daran, wenn ich mir Götter vorstelle, die in der Götterdämmerung einer untergehenden Epoche stolz und aufrecht verschwinden. Aber nur dann habe ich Freude daran, wenn es sich um die Träger einer grossen, starken, wenn auch vielleicht heute nicht mehr zeitgemässen Idee handelt. Aber handelt es sich hier um eine grosse Idee, ist hier etwas, was wir schützen und verteidigen müssen, ich möchte sagen, bis in den Tod, weil es ein Stück unseres Wesens ist, ganz unbekümmert darum, dass eine neue Generation heranwächst? Ich habe diesen Eindruck nicht. Ich glaube, dass der Präsident der Kommission sich gegen etwas wehrt, das nichts anderes ist als eine sittliche Pflicht. Nicht um eine grosse Idee geht es, sondern um die Verteidigung eines sehr materiellen Interesses (ich meine nicht etwa bei ihm persönlich), es handelt sich um die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieses Interesses. Aber dieses Interesse stellt nicht eine grosse Idee dar, sondern etwas sehr Materielles, und ich glaube, Herr Scherrer tut durchaus unrecht, wenn er meint, dass diejenigen, die dem Kapital, dem Besitz, dem Erwerb grössere Opfer zumuten wollen, geleitet seien von Neid und Missgunst gegen den grösseren Besitz. Und er tut ebenso unrecht, wenn er glaubt, dass die Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Belastung hervorgegangen sei aus einem äusseren Druck. Wenn man die öffentlichen und privaten Meinungen etwas verfolgt hat, so hat man den Eindruck dass auch Leute, die bisher der andern Meinung waren, aus innerer Läuterung, möchte ich sagen, zu der Idee gekommen sind, es könne nicht so gehen.

Ich habe mit Grossindustriellen, mit Grosskaufleuten, mit Leuten aus allen möglichen Lagern gesprochen, und ich habe überall dieselbe Erkenntnis gefunden: Diese letzte Zeit, dieser Weltkrieg hat uns erst klar gemacht, was für eine verhängnisvolle Rolle das Grosskapital und der Kapitalismus im Verhältnis zwischen Mensch und Mensch gespielt hat, wie er dieses Verhältnis entsittlicht, wie er dazu geführt hat, die menschliche Arbeitskraft, die ein Stück der individuellen Existenz ist, nur noch als Marktware zu behandeln, und wie er das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das einst ein sittliches, inneres Verhältnis war, veräusserlicht und den Arbeitgeber zum blossen Träger der Marktware «Arbeitskraft» heruntergewürdigt hat. Das ist auch den Industriellen heute klar geworden.

Und es ist uns etwas zweites klar geworden, nämlich, dass wir auch in unserem wirtschaftlichen Leben mehr als bisher den wahren Wert der Arbeit einschätzen müssen, und dass wir das arbeitslose Einkommen als einen volkswirtschaftlichen Schädling, ich will nicht sagen ausrotten — das kann man nicht, das ist unmög-

lich, auch abgesehen von den Fällen, wo ein arbeitsloses Einkommen zur Erhaltung von Familien usw. notwendig ist — aber möglichst unschädlich machen müssen. Ein arbeitsloses Einkommen ist jedenfalls soweit schädlich, als dadurch eine Arbeitskraft unterdrückt wird. Sie brauchen nur die Geschichte unserer reichen Familien anzusehen. Sie werden mir kaum eine nennen können, bei der nicht in der dritten, spätestens in der vierten Generation eine Degeneration eintritt. Das Kapital, das nur noch dazu dient, die Nachkommen auf einer gewissen Kulturstufe zu halten, ohne dass sie selber einen inneren Drang haben, sich zu betätigen, ist geradezu ein Gift in unserem Wirtschaftsleben.

In unserem Volke besteht ein gesundes Empfinden dafür, dass ein allzu grosses arbeitsloses Einkommen und eine übermässige Bewertung der persönlichen Arbeit eine wirtschaftliche Gefahr ist. Wenn wir Verwaltungsräte von zehn Gesellschaften haben, von denen jeder aus diesen zehn Gesellschaften seine 100,000—150,000 Fr. zieht, so ist das, ich darf es ruhig so nennen, ein Raub an der Volkswirtschaft. Denn das ist nicht wirklich verdientes Einkommen, es ist ein Einkommen, das dem Wert der Arbeit nicht mehr entspricht.

Das Problem, das uns heute beschäftigt, ist eine Ausstrahlung dieser wirtschaftlichen Verhältnisse, es ist eine Seite der allgemeinen Erkenntnis auf nationalökonomischem Boden und es ist nicht, wie der Herr Referent angedeutet hat, Hetzerei und Volksbetrug, wenn wir daraus den Schluss ziehen, es müsse das Kapital in höherem Masse, als es bis jetzt geschehen ist, zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden; das ist ein durch schwere und schmerzliche, sogar gefährliche Erfahrungen erworbenes neues Prinzip der Gerechtigkeit.

Ich fusse auch nicht darauf, dass das Kapital deshalb stärker herangezogen werden soll, weil es das grösste Interesse gehabt habe, von diesem Weltkriege verschont zu bleiben. Nicht als hinterher bezahlte Risikoprämie betrachte ich diese Belastung, wir können eine ganz andere Fundation finden. Einmal die allgemeine Erkenntnis der sozialen Funktion des Kapitals, und dann ein zweites, was für unsere Sache ungemein wichtig ist, das ist die Tatsache, dass die Mittellosen, diejenigen, die ohnehin an den Kulturgütern den geringsten Anteil gehabt haben, die sich gerade so schlecht und recht durch das Leben schleppen konnten, durch diesen Krieg am allerschwersten getroffen worden sind. Wenden Sie mir nicht ein, dass man mit Hilfe der Teuerungszulagen das Nötige getan habe. Gewiss, man hat geholfen, soweit es möglich war. Aber diese Leute, die ohnehin immer beinahe auf dem Minimum waren, diese Leute haben relativ das allergrösste Risiko in diesem Krieg erduldet, sie haben am schwersten gelitten. Ich darf Ihnen das aus unmittelbarer Anschauung sagen. Der Kanton Zürich hat frühzeitig für seine Beamten gesorgt, ihnen Teuerungszulagen gegeben und sehr rasch die Besoldungen bis um 100% erhöht. Ich darf es aber sagen, dass ich bei Leuten, die sehr sparsam lebten, gesehen habe, wie sie im Laufe der letzten zwei Jahre beinahe den letzten Rappen ihrer Ersparnisse opfern mussten. Denn alles, was wir getan haben, war nicht imstande, die volle Teuerung auszugleichen. Wenn also Herr Scherrer davon spricht, dass ja das Kapital nicht allein ein Interesse an der Verschonung vor diesem Krieg gehabt habe, so mache ich ihn darauf aufmerksam, dass gerade diejenigen, die ohnehin am wenigsten vom Leben hatten, durch diesen Krieg am schwersten getroffen worden sind.

Und das Kapital? Ja, gewiss es gibt Leute, auch Kapitalisten, die der Krieg ruiniert hat. Ich bedaure sie. Aber im grossen und ganzen, wenn Sie das Kapital als Ganzes betrachten, so hat es in der Schweiz durch diesen Krieg ausserordentlich gewonnen. Ich berufe mich dabei auf das Urteil nicht etwa von Sozialisten, die mir hier nicht massgebend sind, sondern von gutbürgerlichen Fachleuten, die erklärt haben: In der Schweiz sind während des Krieges 2—3 Milliarden gewonnen worden. Die Summe kann grösser sein oder kleiner, ich weiss es nicht. Ich will auch darauf keine Hypothese aufstellen. Aber Tatsache ist für mich, dass das Kapital als Ganzes genommen, nicht verloren, sondern eher gewonnen hat. Und deshalb wird auch das Kapital sich nicht beklagen können, wenn es, das viel leichter ein Risiko erträgt, als derjenige, der nur von seiner Arbeitskraft lebt, in stärkerem Masse zur Tragung der öffentlichen Lasten herangezogen wird.

Nun sagt uns Herr Scherrer, das ideale Steuersystem sei immer noch eine Kombination von direkten und indirekten Steuern. Das ist Theorie und ist nicht unbestrittene Theorie. Wie das Verhältnis sein, in welchen Epochen das eine oder andere präponderieren soll, das ist in der Theorie ausserordentlich bestritten. Ich weiss, dass Herr Scherrer besser als ich in dieser Literatur bewandert ist. Ich brauche aber nur die Namen Roscher, Brentano, Wagner, Sombart zu erwähnen, um ihm anzudeuten, dass die Theorien himmelweit auseinandergehen und von einer communis opinio in der Wissenschaft keine Rede sein kann. Aber zugegeben, es sei eine Kombination von indirekten und direkten Steuern das Zweckmässigste, so kommt bei uns noch folgendes in Betracht: Es handelt sich hier um eine ausserordentliche Steuer für den Bund zu bestimmten Zwecken. Bis zur Stunde hat der Bund mit Ausnahme der unbedeutenden Militärpflichtersatzsteuer nicht einen Rappen direkte Bundessteuer bezogen, ausgenommen die erste Kriegssteuer. Alles, was der Bund ausgegeben hat für Militär, für Schule, für materielle und geistige Kultur direkt und durch die Kantone verwendet hat, für alles das hatten wir die indirekten Steuern. Nun gewiss, die treffen den einzelnen verschieden. Aber die indirekten Steuern, das weiss Herr Paul Scherrer wiederum besser als ich, lassen sich auch viel besser abwälzen, als die direkten, und deshalb werden wir sagen dürfen: Bis zum Kriege hat in der Schweiz das Volk durch die indirekten Steuern fast den ganzen Haushalt bestritten. Wenn wir heute, wo wir vor einer Kapitalschuld in dieser Höhe stehen, verlangen, dass das Grosskapital diese Last übernehme, so holen wir nur etwas nach, was eigentlich auch nach der Theorie des Herrn Scherrer bisher schon das Richtige gewesen wäre.

Nun ist aber noch ein zweites Moment. Wir stehen ja nicht am Ende unserer Ausgabenvermehrung, wenn wir einmal die Kriegslasten erledigt haben. Vorher schon, während der Zeit der Amortisation müssen wir unbedingt dazu kommen, die nötigen Mittel für die sozialen Reformen aufzubringen. Wir haben ein Budgetdefizit von 93 Millionen; es soll gedeckt werden, daneben brauchen wir aber für soziale Reformen viele Millionen. Da stelle ich nun den Satz auf, dass

die indirekten Steuern, die Herr Scherrer verdienstlicherweise anregte, für diese sozialen Ausgaben reserviert bleiben müssen; wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie wieder zu den direkten Steuern greifen. Wollen Sie lieber den indirekten Steuern jetzt einen Viertel überlassen und dann nachher die Kriegssteuern verlängern, wollen Sie nachher vielleicht die ständige Bundessteuer, damit wir die sozialen Ausgaben decken können? Ich gebe die Frage namentlich denen zu überdenken, die aus kantonalen Rücksichten für eine Verminderung der Kapitallast sind.

Wir wünschen also eine durchaus gerechte Verteilung, aber in dem Sinne, dass das, was nur Kapitallast ist, auch von Kapital getragen werde, und dass das, was wir nachher an indirekten Steuern haben, für die Zwecke der sozialen Ausgaben verwendet werde. Das ist ein höherer Begriff der Gerechtigkeit, als ihn Herr Fazy uns vorgelegt hat. Ich habe einen hohen Respekt vor den Grössen der Geschichte. Die beiden Herren Pitt und Necker sind zweifellos für ihre Zeit Autoritäten, aber Herr Fazy wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich sage, dass ich sie für unsere Zeit, für das Jahr 1918, wo es so ganz anders aussieht in Europa, nicht mehr als Autoritäten anerkennen kann und mir vorbehalten muss, trotz der überragenden Autorität dieser Herren, mir meine eigene Meinung über das Finanzproblem der schweizerischen Eidgenossenschaft zu bilden. Wir wollen, um mit Nietzsche zu reden, nicht die Geschichte zur Totengräberin neuer Ideen machen, sondern wir wollen aus der Vergangenheit lernen, aber das, was wir lernen, auch anwenden auf unsere eigene Zeit, denn jede Zeit kann nur durch sich selbst und für sich selbst lernen. Ich bitte Sie, hier nicht allzu historisch zu denken, sondern den Dingen ins Auge zu sehen, wie sie sich nun herausgebildet haben. Herr Scherrer hat von Vorurteilen gesprochen, ich glaube eher, bitten zu dürfen, man möchte nicht mit Vorurteilen, die vor 10, 20, 30 Jahren vielleicht berechtigt gewesen wären, an diese Probleme heranzutreten. Es weht ein neuer Geist durch die Welt, ich meine nicht den Geist des Bolschewismus und nicht den Geist des Kommunismus, wohl aber einen Geist, der die Gemeinschaft in einem viel höheren, sittlich edleren Sinne auffasst, als es bisher geschehen ist, wo mindestens wirtschaftlich allzusehr das Wort galt: Homo homini lupus, statt homo homini socius. Von diesem neuen Geist, der trotz aller Trübungen, die man heute als Psychosen betrachten kann, durch die Länder geht, weht sicher auch ein Hauch in diesem Saal. Lassen Sie sich von diesem Hauch beherrschen und nicht von einer Kalkulation, die in unsere heutige Verhältnisse nicht mehr passt. Man wirft gern und mit einem gewissen Recht der ganzen proletarischen Bewegung einen groben Materialismus vor, aber man vergisst vielleicht zu sehr, dass dieser Materialismus ein Spiegelbild des Materialismus der höheren Klassen ist. Das Proletariat ist immer in gewissem Sinn das Abbild des Bürgertums, und wenn wir uns heute beklagen über den materialistischen Sinn in den untern Klassen, so wollen wir in uns selber gehen und fragen, ob wir nicht auch selber daran schuld sind. Ich habe das Gefühl bekommen, dass in den Gründen, die Herr Scherrer gegen den Antrag der Mehrheit geltend macht, etwas zu viel von jenem Materialismus enthalten ist, der ein gutes Stück des mir verhassten Klassenkampfes ist. Wenn Sie diesem neuen Geiste sich verschliessen, dann treiben Sie ebenfalls Klassenkampf. Man kann auch defensiven Klassenkampf treiben, und der schlimmste Klassenkampf scheint mir in einer Zeit wie der heutigen die Verteidigung von Interessen zu sein, die rein materieller Natur sind.

Herr Fazy sprach davon, die Ueberbindung der ganzen Kapitallast an die Besitzenden bedeute ein «Appauvrissement», eine Verarmung des Landes. Das bestreite ich des entschiedensten. Was wir damit tun, ist eine Handänderung, aber eine erträgliche. Es ist nicht richtig, dass damit die Volkswirtschaft des Landes blutleer gemacht wird, im Gegenteil: dadurch, dass wir vom Kapital diesen Beitrag an die Kriegslasten verlangen, machen wir ja das Kapital, das jetzt in Form von unproduktiven Staatsanleihen gebunden ist, frei, wir geben die Staatsanleihen ihrem produktiven Zweck zurück. Gewiss, der eine oder andere Kapitalist hat während einiger Jahre etwas weniger, aber nach ein paar Jahren gleicht sich das vollständig aus. Was jedoch für mich viel wichtiger ist, ist das, dass diese kolossalen Staatsanleihen aus reinen Wertpapieren wieder zu produktiven Kapitalanlagen werden, die wir für andere Dinge brauchen können. Was die Mehrheit der Kommission tut, ist also nicht ein volkswirtschaftlicher Blutentzug, sondern im Gegenteil eine möglichst rasche Wiederauffüllung der ökonomischen Adern unseres Landes. Wenn wir den Antrag der Kommissionsmehrheit annehmen, so treiben wir Politik für morgen und nicht Politik von gestern, wie der Minderheitsantrag. Man hat bei uns in der Schweiz viel damit gesündigt, dass man immer zu spät zur Erkenntnis dessen kam, was nötig war. Ich habe die Ueberzeugung, wenn wir heute den Antrag der Kommissionsmehrheit nicht annehmen, so wird es uns nicht erspart bleiben, später mehr tun zu müssen. Wir tun heute gut, wenn wir das akzeptieren, was uns die Kommissionsmehrheit vorschlägt, es kann nur schlimmer werden, wenn wir damit warten.

Die beste Politik ist diejenige, die im entscheidenden Moment sich aufrafft zu einer grossen und kräftigen Tat, und diese Tat steht vor Ihnen zur Ausführung fertig. Ich bitte Sie, vollenden Sie sie.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	06
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	12.12.1918 - 16:00
Seite Page Pagina	224-238
Ref. No	20 028 663

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 13. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr.
Séance du 13 décembre 1918, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 224 hiervor. — Voir page 224 ci-devant.)

M. **Dind:** Permettez-moi de discuter à mon tour le point de vue auquel ceux qui ont l'honneur de représenter le canton de Vaud ici se placent dans la discussion qui a débuté hier. Le beau rapport de M. Scherrer et les discours qui lui ont succédé ont donné au débat une ampleur inusitée dans cette salle. Vous me permettrez cependant d'y ajouter quelques considérations générales sans être obligé par les rigueurs du règlement à me limiter trop étroitement à l'objet qui figure à notre ordre du jour. Nous sommes arrivées à la fin de la guerre à travers des difficultés de tout ordre rappelées hier, et au parcours de cette longue guerre, nous avons vu naître et se développer dans notre pays, tant spontanément que par l'activité des peuples vaincus qui recherchaient chez les neutres une coopération de la dernière heure, nous avons, dis-je, vu se dessiner une situation nouvelle pleine de difficultés dont il nous faut trouver maintenant la solution au point de vue moral et au point de vue économique. Nous avons, dit-on de toutes parts, un fossé à combler entre vous, mes chers confédérés de la Suisse allemande, et nous-mêmes qui appartenons à une autre partie du pays et dont la mentalité, on l'a dit si souvent, est différente de la vôtre. Ce fossé sera comblé aisément par l'estime et le respect réciproques que nous professons les uns pour les autres et par le désir très intense que nous avons les uns et les autres, de maintenir et de développer le patrimoine national au bénéfice duquel nous avons le grand privilège de vivre. Nous devons respecter vos convictions politiques, religieuses, linguistiques et aussi économiques, nous le devons réciproquement et cela a été proclamé ici. On ne saurait trop le proclamer encore. Nous nous sommes élevés avec toute l'énergie dont nous sommes capables contre le développement d'une centralisation, créatrice du fonctionnarisme abusif qui est créateur lui-même du mécontentement, lequel engendre le bolchévisme qui se développe dans notre pays. Nous devons accentuer et maintenir notre caractère fédéraliste qui nous donne à chacun le plus de bonheur, qui maintient le meilleur, esprit national principalement parce que ce fédéralisme est fondé sur le respect de nos conditions réciproques d'existence, de nos religions différentes, de nos cultures et de nos mentalités. Il va sans dire que pour combler le fossé existant non pas seulement entre Suisses allemands et Suisse romands — je ne dis pas Suisses français — fossé qui existe aussi dans les couches de la nation entre ceux qui possèdent et ceux qui ne possèdent pas, entre ceux qui économisent et ceux qui n'économisent pas, il est évidemment nécessaire que nous ayons, comme le relevait hier avec tant d'éloquence M. Räber, un sentiment plus accusé de l'entr'aide que nous nous devons les uns et les autres, un sentiment plus profond pour tout dire d'un seul mot, une notion chrétienne des devoirs que nous avons à remplir les uns vis-à-vis des autres en tout et partout, ou pour ceux qui ne sont pas religieux, un esprit humain plus large, plus élevé que celui dont nous faisons généralement usage. Ce fossé sera comblé aussi, et c'est là un des résultats avantageux de la guerre, par une appréciation plus équitable et par un respect beaucoup plus grand du travail manuel. La notion qui a prévalu jusqu'ici que seuls les hommes cultivés, les hommes instruits pesaient en quelque sorte dans la balance, est certainement une notion erronée, non pas seulement parce que méprisante pour celui qui n'a pas été mis au bénéfice de l'instruction et qui par conséquent est exclu de ce milieu. Il me sera permis de le dire en invoquant certaine manifestation récente, celle des plus grands savants de l'Allemagne, à l'origine de la guerre — parce que souvent les plus grands savants commettent les plus lourdes erreurs, le bon sens du peuple est certainement supérieur à l'effort de tant d'hommes illustres.

Il est en outre nécessaire pour que cette notion que nous désirons tous ardemment puisse se réaliser — et c'est là aussi un des grands biens de cette guerre — qu'il y ait dans notre armée une camaraderie meilleure que celle que nous avons connue dans les années qui viennent de s'écouler. Quand on apprécie avec la modeste notion d'un capitaine, et non pas celle d'un colonel, ce qui s'est passé dans cette guerre, on voit que l'armée dans laquelle la cohésion résultait du bon vouloir et de l'estime réciproque, des officiers, sous-officiers et soldats, a joui d'une supériorité manifeste sur l'autre armée dans laquelle le règlement et la discipline rigide étaient le substratum de l'armée. Et alors on arrive à cette conviction qui, heureusement, est la nôtre que, dans l'armée comme dans l'usine, comme dans la famille, c'est sur la confiance et l'appréciation de la valeur des chefs que repose le bon vouloir du soldat et non pas uniquement sur l'épaisseur ou la quantité des galons que l'on coud à la casquette de celui qui commande.

Toutes ces considérations sont précieuses et si nous savons en tirer parti, nous aurons une Suisse meilleure, une Suisse plus bienfaisante parce que reposant sur des principes que j'ai appelés chrétiens. Ces principes donneront à chacun dans la république une existence sinon extrêmement facile, du moins supportable et même bonne. Malheureusement tout se paye en ce monde et nous en somme arrivés à l'heure où, à nous aussi, comme aux vaincus on nous présente la note à payer. On ne connaît que d'une façon inexacte les dépenses de mobilisation. On a inscrit dans un grand livre toutes ces dépenses, on en a fait l'addition, sans discuter l'origine ou le caractère des différents postes qui constituent ce compte. Le total forme la note que le chef de salle apporte à celui qui a pris le dîner. On ne détaille pas ce dîner, la note ne dit pas que l'on doit tant pour le vin, tant pour les hors-d'oeuvre, tant pour les fruits, tant pour le dessert; la note est globale comme celle du médecin qui désire ne pas se donner la peine

d'insérer le nombre de visites qu'il a faites et qui se borne à envoyer au client la note totale qu'il désire encaisser.

Cette manière de faire qui exclut en réalité le contrôle et tend, par conséquent, à nous faire voter les yeux fermés sur un compte que personne n'a éclairci n'est pas un procédé recommandable. Je ne rencontrerai certainement aucun contradicteur en disant que nous ne pouvons et ne devons pas accepter pareille manière de faire. Et j'invoque pour soutenir mon point de vue les discussions de la commission et les discours prononcés ici par l'honorable chef du département des finances. On nous a dit et répété qu'un décompte était nécessaire, que le compte total des dépenses de mobilisation devait être apuré avant que nous ayons à voter et avant d'accepter les solutions suggérées soit par la majorité, soit par la minorité de la commission. Cela me paraît une exigence à laquelle personne ne saurait se soustraire, à moins de faillir en quelque sorte au mandat que nous avons accepté en venant ici, mandat qui exige de notre part suffisamment d'activité pour nous interdire de voter à la légère et de créer des ressources fiscales sur la portée desquelles nous ne sommes pas suffisamment éclairés. Chacun sait que ce compte dit de mobilisation n'est en réalité pas un compte de mobilisation; c'est une sorte de tout y va qu'on nous présente en bloc. Nous savons par ouï dire, mais non par les détails, que quantité de dépenses considérables ont été portées dans ce compte alors qu'elles ne devaient pas y figurer. C'est bien dans ce sens-là que le chef du département des finances s'est exprimé dans la commission à réitérées reprises, mais je dois dire que dans son dernier discours, il s'est exprimé avec plus de réserve, puisqu'il n'a parlé que de quelques dizaines de millions qu'on pourrait soustraire du compte. Eh bien, mon Dieu, moi qui suis fils et frère de paysans, moi qui appartiens à la race latine, je sais que le paysan accumule son avoir sou par sou, c'est là au fond la vraie fortune, celle qui s'accumule ainsi, et non pas celle qui s'acquiert par les opérations commerciales ou financières ou par les jeux de bourse. Cette fortune acquise de cette façon, je la vois avec regret s'envoler d'une manière massive et je parle avec plus de respect des «quelques dizaines de millions» incorporés à tort dans le compte dit de mobilisation. Je n'ai pas l'habitude de valser avec les millions et j'insiste sur une différence très nette qui existe entre vous, mes chers confédérés, et nous dans ce domaine. J'ai eu le grand privilège de faire la plus grande partie de mes études dans la Suisse allemande, dans cette bonne ville de Berne qui avait alors heureusement un caractère bien différent de celui qu'elle a aujourd'hui, j'y ai connu des camarades dont la situation de fortune n'était pas supérieure à la mienne se servir souvent d'un terme et pratiquer cet adage: «Wir wollen heute nobel machen». Le confédéré suisse allemand, beaucoup plus que le romand, a la notion de faire «noble», de faire grand. Et j'ai dans la mémoire — quelques-uns de ceux qui m'écoutent ici doivent l'avoir aussi — les noms d'hommes qui avaient fait «noble» au cours de leurs études et cette allure leur a créé une situation financière douloureuse dont ont souffert ces hommes devenus des citoyens importants de leur pays. Le résultat précisément de ce mode de faire est aux antipodes de ce que l'on rencontre souvent en France (dans certains villages français de province, des maisons sans prétention, de vraies masures même, abritent des familles riches à centaines et centaines de mille francs). Je ne veux pas faire l'éloge de cet esprit ultraéconome. Il n'en est pas moins vrai qu'entre vous et nous il existe une conception différente et quand je dis nous je comprends sous ce terme, avec nous romands, nos chers confédérés tessinois qui ont donné un si bel exemple d'activité et d'économie lorsqu'il y a quelques années ils ont trouvé moyen de faire face à une situation financière pénible par leurs seules forces sans que pour ainsi dire on s'aperçoive du cataclysme économique qui les avait frappés. Cela n'est pas simplement de l'âpreté au gain, mais bien de l'esprit d'économie; ce trait du caractère national commande de dépenser avec prudence et non pas avec «la noblesse» que je caractérisais tout à l'heure et que nous sommes en train, nous aussi, dans les Conseils de la nation, de pratiquer trop largement en obéissant aux recommandations qui nous sont données en haut lieu.

Dans son rapport, M. Scherrer a fait un exposé extrêmement intéressant de la situation des impôts directs et indirects. M. Scherrer s'est levé avec raison, pour défendre le capital. Ce faisant, M. Scherrer n'entendait pas dire et n'a pas dit que le capital ne devait pas participer d'une manière large aux dépenses de l'heure actuelle, mais il a obéi en quelque sorte à un sentiment que nous avons tous, c'est qu'ici, au Conseil national, des représentants du pays font foin du capital, ils désirent en quelque sorte le supprimer, oubliant que le travail sans le capital est impuissant à réaliser, ce que nous désirons tous voir réaliser: un peu plus de bonheur sur la terre pour les classes dites deshériteés.

Quand on en sera arrivé au système qui fleurit en Russie (vous avez reçu une brochure intéressante à ce sujet) quand le capital aura tout à fait disparu, le bonheur de l'ouvrier ne sera pas beaucoup plus grand! Je crois, au contraire, qu'il sera beaucoup plus malheureux qu'il ne l'a été jusqu'à ce jour. Il est donc compréhensible qu'en présence d'une pareille situation M. Scherrer ait rompu une lance en faveur de la défense du capital qui n'est que du travail accumulé. Je pense, et je reviens à mon paysan de tout à l'heure, que le citoyen tessinois, vaudois ou fribourgeois qui accumulent centime par centime un petit capital a au moins autant de mérite — il en a même bien plus — que l'ouvrier qui oublie d'économiser lorsqu'il touche des salaires considérables. Je fais appel à ce qui s'est passé récemment dans les usines de guerre, avant leur chute, alors que des salaires très considérables étaient servis aux ouvriers. Ceux-ci n'ont pas économisé en vue des mauvais jours. Quand vient l'heure du chômage, il faut que «la princesse» leur vienne en aide! Je dis alors que de ces deux catégories d'hommes, celui qui m'intéresse le plus, c'est celui qui économise et aide au développement du pays et non celui qui vit au jour le jour sans aucun souci du lendemain. Ce jugement ne s'adresse pas à celui qui, avec son salaire insuffisant, ne suffit que péniblement à son entretien et à celui de sa famille; il vise ceux dont les salaires sont élevés et leur permettraient facilement de devenir de petits capitalistes. Il est évidemment facile de trouver à ces situations des circonstances atténuantes; il y a l'influence du milieu! Le paysan économise par tradition, de père en fils, il est élevé dans cette existence de simplicité et met en pratique l'adage: suivant ta bourse gouverne ta bouche! Celui qui gagne beaucoup, tire sa paie chaque jour ou chaque quinzaine, vit dans un milieu où l'on dépense largement:

il lui manque l'esprit d'économie du paysan. Ces faits-là, quand nous discutons des problèmes généraux du pays, nous avons le devoir de les mettre en relief, il y a là au fond une question de morale, d'habitude: il ne s'agit pas uniquement de subvention fédérale, de fonds pour le chômage et d'élévation des salaires, il y a à la base de tout ce problème une question d'éducation et je me rencontre ici avec mes collègues catholiques qui ont invoqué hier l'encyclique Rerum novarum. Je ne l'ai pas lue, mais je suis certain que le Souverain pontife en s'adressant à ses fidèles n'a pas pu ne pas leur dire qu'en dehors des mesures que doit prendre la communauté pour ceux qui souffrent, il faut aussi faire application de l'adage: Aide-toi et le ciel t'aidera.

Cela pour dire que le rapport de M. Scherrer était à ce point de vue-là, ce me semble, justifié. Les impôts indirects, le rôle qu'ils peuvent jouer et que leur a déjà fait jouer l'honorable ministre des finances, ces impôts indirects peuvent être accentués. On peut en trouver dans des domaines nouveaux de façon à ne pas charger trop celui qui économise péniblement, comme je l'ai dit tout à l'heure. C'est du reste une erreur manifeste contre laquelle M. de Meuron a protesté dans la commission, que de représenter les impôts indirects comme des taxes frappant exclusivement les petits. Ainsi que le disait M. Scherrer, ces impôts indirects peuvent être établis de façon à atteindre les objets de luxe, à frapper plus spécialement celui qui fume des havanes au lieu de fumer des bouts de Grandson, à frapper celui qui boit des vins vaudois, des vins de luxe et non celui qui boit du Neuchâtel ou de Zurich (M. **de Meuron** Oh! oh!) (Rires). Bref trève de plaisanterie. Je crois que de ce côté-là les impôts indirects peuvent et doivent désormais apporter un tribut plus considérable jusqu'à ce jour aux charges publiques. Je consens d'ailleurs sans hésitation à ce que le capital soit imposé plus lourdement.

Je reviens maintenant à un autre point du problème et sans chercher chicane à notre ministre des finances, dont je crains trop l'éloquence et la vivacité, je dirai que les différences successives des sommes à prélever sur le capital ne nous donnent pas une quiétude absolue. L'honorable M. Motta peut nous dire que les temps changent et changent rapidement. Quand M. Motta parle du Conseil fédéral, nous savons ce que cela veut dire, nous savons que le Conseil fédéral se compose d'un certain nombre de conseillers fédéraux; chacun d'eux opère dans son domaine avec une indépendance presque absolue. Il est certain que M. Motta ne va pas donner des directions au ministre de la guerre, mais je pense que le ministre de la guerre n'en donne pas beaucoup à M. Motta. Et par conséquent lorsque M. Motta parle du Conseil fédéral, c'est au fond du ministre des finances qu'il parle. Eh bien je dis que le Conseil fédéral, pour prendre la formule usuelle, nous a proposé de prélever les trois-quarts de la dette de mobilisation sur le capital. La minorité de la commission, composée de gens ayant mauvais caractère, a cependant accepté cette proposition des trois-quarts! La minorité de la commission peut dire qu'elle a été convaincue par l'éloquence si entraînante de M. le ministre des finances qu'elle a fidèlement suivi. D'autre part le Conseil national s'est rallié à une formule qui présentait une certaine précision, celle des 500 millions et c'était précisément dans le désir de voir clair que le Conseil national a voté de la sorte. Je ne crois pas errer en disant que ce point de vue a été admis par l'honorable ministre des finances! Aujourd'hui ce n'est plus des trois-quarts, ni des 500 millions, mais d'une somme totale, sans décompte préalablement établi, qu'il s'agit: et c'est cette proposition nouvelle qui renconte l'appui de M. Motta. Il existe donc entre vous et nous une différence d'appréciation assez notable. Politiquement, permettez que je vous dise que je fais partie du parti radical suisse, bien que je me rattache au parti radical vaudois dont la mentalité n'est peut-être pas toujours la même que celle du parti radical suisse. Or dans le congrès du parti radical suisse, — dont il est permis de parler, on a décidé sur la proposition d'un de nos collègues de la Suisse romande, M. Gaudard, que lors de la discussion de l'impôt de guerre on s'opposerait à l'impôt direct fédéral à une condition, c'est que le capital supporterait la plus grosse part, une très grosse part des frais de mobilisation. On a donc pris alors un engagement formel: faire supporter par le capital la plus grosse part des frais de mobilisation tout en répétant l'impôt direct préconisé par les jeunes radicaux. Or qui dit grosse partie entend qu'il reste une autre petite partie et aujourd'hui c'est la totalité qu'on veut faire couvrir par l'impôt qui vous est proposé! Je puis donc dire que la minorité de la commission en obéissant aux propositions du Conseil fédéral et à celle du congrès rappelé a suivi une ligne de conduite droite, logique.

Il est d'autre part certain qu'il y a chez vous, mes chers Confédérés, un sentiment que je ne voudrais pas qualifier de crainte parce que j'aurais l'air de vous considérer comme des pleutres, ce qui n'est pas dans mes intentions, mais il existe une inquiétude d'ordre social. Cette inquiétude est beaucoup moins accusée chez nous. Est-ce vous qui avez raison ou est-ce nous qui sommes dans l'erreur? Il est problable que c'est entre les deux manières de voir que gît la vérité, nous avons cependant le sentiment qu'en prêtant une oreille attentive à ceux qui souffrent on fait bien et nous marcherons avec vous dans ce domaine. Mais pour gouverner il faut savoir prévoir, il faut aussi avoir une certaine autorité et ne pas agir sous l'empire de la crainte. Je crois qu'en subissant, par avance, la tyrannie socialiste extrême, parfois même anarchiste, nous allons à une capitulation: nous livrons en quelque sorte le champ de bataille à nos adversaires. Les discours de M. Motta ont démontré que nous avons des tâches nouvelles à accomplir: nous sentons tous et tous nous sommes décidés à nous occuper des questions sociales dont l'acuité est aujourd'hui criante. De tout temps j'ai été partisan de l'assurance-invalidité vieillesse, la question du chômage si intéressante soit-elle, appelle de sérieuses réserves. Le chômage n'est pas toujours subi, il est parfois voulu, en tout ou partie. Ceux qui ne trouvent jamais de travail sont souvent ceux qui n'en veulent pas faire. J'ajoute, au risque de faire de la peine à certains d'entre vous, que la solution donnée à l'assurance-accident ne satisfait personne. Nous l'entendons dire couramment chez nous par les ouvriers autant que par les patrons, par les patrons autant que par les ouvriers.

Cette loi n'est d'ailleurs pas respectée: les deux premiers jours de maladie qui ne devaient pas être payés le sont par les industries, par les compagnies de chemins de fer, de navigation qui ne peuvent s'y soustraire comme vous le savez. Par conséquent la loi dans son application n'est pas celle qu'a élaborée le

législateur. Et cela nous coûte, vous l'avez entendu hier de M. Usteri, des sommes énormes! Si je suis bien renseigné, le nombre des accidents a grandi énormément. Il serait chez nous le double de ce que l'on enregistre en Hollande. Les lundis par exemple, il y a foule d'accidents non professionnels. Et quand on voit l'Etat aboutir à des conclusions de cette nature, on se sent un peu angoissé et l'on n'a pas le courage de continuer dans une voie qui nous coûte trop cher. Dans ce domaine-là, si je ne craignais de faire de la peine à notre ami M. von Arx, je citerais encore les C. F. F. qui ont aujourd'hui, un peu partout, une fort mauvaise presse! On peut dire, il est vrai, que si les C. F. F. n'avaient pas existé, les critiques qu'on leur adresse s'élèveraient même peut-être avec plus d'intensité encore et plus de raison contre les compagnies privées qui auraient été bien plus impuissantes que les C. F. F. à remplir la tâche qui leur a été imposée par la guerre. Avec l'assurance-invalidité vieillesse on va au devant d'une situation claire et nette: le problème est beaucoup plus simple, mais nous ne pouvons pas changer nos actes de naissance et tricher comme on le fait dans le domaine de la maladie et dans celui des accidents. L'assurance-vieillesse par conséquent est une question tout à fait intéressante et urgente à résoudre. Son application ne créera pas des privilégiés; à ce point de vue-là elle répondra à une notion beaucoup plus équitable. Aujourd'hui, renonçant à faire supporter les trois-quarts de dépenses de mobilisation par le capital, écartant aussi la solution des 500 millions, on vous propose de couvrir toute la dette de mobilisation! Mieux encore, et c'est à M. de Meuron que nous devons ce renseignement, on veut prélever sur le rendement de l'impôt de guerre, 200 millions destinés à l'oeuvre des assurances; je vous demande alors où nous allons! et pourquoi ceux qui ont émis cette prétention se sont arrêtés à 200 millions! pourquoi n'en demandent-ils 4 ou 500 de manière à réaliser le programme de ceux qui veulent abolir le capital, et tout niveler dans notre pays! Ce serait d'une simplicité élémentaire, ce serait le bonheur réalisé sur la terre, ce serait la terre promise, — que j'espère bien ne pas voir, j'espère plutôt m'en aller avant pour des cieux meilleurs avant que ce problème soit tout à fait résolu.

Je conclus en disant que personnellement, si on m'y oblige, j'aurais voté les trois-quarts des dettes de mobilisation avec mes collègues de la minorité de la commission. Mais toute réflexion faite, j'en viens à dire que je ne voterai ni pour l'une ni pour l'autre des solutions et je vous demande avec quelques-uns de mes collègues et pour les raisons indiquées tout à l'heure de voter par motion d'ordre la proposition que voici, signée par celui qui vous parle et par M. Simon et M. Soldini: «Par voie de motion d'ordre les soussignés vous demandent que préalablement à toute décision sur le renouvellement de l'impôt de guerre le Conseil fédéral arrête le compte de mobilisation et le présente aux Chambres fédérales pour établir d'une manière claire et indiscutable ce qui doit en être distrait». A ce moment-là nous verrons clair, nous verrons ce que signifiera notre vote, tandis qu'aujourd'hui nous ne le savons pas.

L'adoption d'une proposition de cette nature n'offre en pratique aucun inconvénient, elle n'a que des avantages, elle oblige le Conseil fédéral selon la promesse que vous a faite ce matin M. Motta, ce qui nous permet de croire qu'il sera partisan de cette motion, à établir ce décompte clairement, complètement, rapidement. L'impôt de guerre renouvelé ne sera pas perçu cette année ni l'année prochaine, mais seulement en 1920; il n'y a aucun inconvénient par conséquent à ce que le Conseil fédéral éclaircisse ce problème de façon qu'à la session prochaine ce décompte nous soit présenté. Nous saurons ce que vaudra notre vote, qu'il porte sur l'entier ou seulement sur les trois-quarts de dépenses de mobilisation. Nous saurons ce que nous voterons et nous ne serons plus dans le bleu comme aujourd'hui. Je me refuse donc pour ma part à me prononcer en ce moment.

J'ai fini.

Präsident: Sie haben den Ordnungsantrag des Herrn Dind gehört. Es ist formell ein Ordnungsantrag; materiell ist es aber ein Antrag auf Nichteintreten. Ich glaube, es kommt auf das gleiche heraus. Es ist also gegenüber dem bisherigen Antrage ein Antrag auf Nichteintreten.

Dind: Nichteintreten, bis die Sachen erledigt sind.

Präsident: Also ein modifizierter Nichteintretensantrag. Ich lasse also die Diskussion über die Eintretensfrage einfach fortgehen.

Legler: Ich stimme für sofortiges Eintreten, und zwar im Sinne der Kommissionsmehrheit. Ich will das, wie gewohnt, ganz kurz begründen und nicht wiederholen, was schon in gleichem Sinne gesagt worden ist.

Vorerst aber ein paar Worte über das Referat des Herrn Kommissionspräsidenten. Ich stimme der Kritik durchaus nicht zu, welche an demselben geübt worden ist, speziell der Philippika des Herrn Wettstein, auch nicht dem Votum des Herrn Räber, welcher sagte, der Herr Referent habe seinen Kollegen die Fenster eingeworfen.

Wenn ich auch nicht, wie Sie meinem ersten Satz entnommen haben, auf dem Standpunkte des Herrn Scherrer stehe, so spreche ich ihm doch meine wärmste Anerkennung aus für sein mutiges und freimütiges Auftreten. Es war das erfrischend und wohltuend, ein Votum, wie man es in diesem Saale selten anhören kann.

Im Gegensatz zu Herrn Wettstein sage ich: wir wissen deutlich, was Herr Scherrer will. Wir haben ihn verstanden. Eine solche Stellungnahme ist mir viel lieber als das Auftreten von Leuten, welche die Kunst verstehen, ein Bein in allen Lagern zu haben und immer oben auf zu sein, wie ein Pantoffelzapfen, den man nicht unter Wasser bringt.

Im übrigen begreifen wir die Stellung des Herrn Scherrer noch speziell, wenn wir wissen, dass er Vertreter des Standes Baselstadt ist. Nehmen Sie die gestrige Tabelle zur Hand. Im übrigen sind die Kollegen der Mehrheit reichlich zum Wort gekommen und nicht zu bedauern. Also nochmals meine wärmste Anerkennung zu dem gründlichen Votum und speziell zu dem mutigen und unerschrockenen Auftreten. Es gehört zu meinen Grundsätzen, zu meiner Stellung, das im besonderen hervorzuheben. Also abschätzige Bemerkungen sind nicht am Platz, wenn

man auch mit dem Votum selbst oder der Stellungnahme nicht einverstanden ist.

Was die Kritik gegenüber dem Bundesrate anbelangt, so darf man wohl ungeniert sagen, dass er ein festes Steuerruder in dieser wichtigen Angelegenheit nicht hatte. Aber wenn wir gerecht sein wollen, müssen wir auch die Entlastungsgründe anführen, nämlich die kolossale Schwierigkeit der Sache und die plötzlich eintretenden Ereignisse, welche Entschlüsse und Projekte überholt haben.

Man hat gesagt, es sei feierlich erklärt worden — es ist richtig, Herr Motta hat das getan —, die Kriegssteuer solle eine einmalige sein. Man wollte sich auf diese Erklärung berufen. Aber mit Unrecht. Man glaubte, dass in kurzer Zeit der Krieg zu Ende sei und man brauche nicht weiter solche Opfer zu bringen. Was ist nun aber alles eingetreten bis auf den heutigen Tag? Das wissen Sie. Der Bundesrat hatte nicht die Möglichkeit, Finanzmittel auf andere Weise zu beschaffen. Er fand, je länger die Sache dauerte, überall verschlossene Türen, alles wollte Geld, niemand wollte bezahlen. Mit knapper Not hat man dann die Stempelsteuer unter Dach gebracht.

Doch was wollen wir heute über Vergangenes reden und über Fehler, die gemacht oder nicht gemacht worden sind? Heute handelt es sich einzig darum, aus diesen Kriegssteuerwirren herauszukommen und endlich einmal zu einem vernünftigen Schluss zu gelangen.

Und da sehe ich gar kein anderes Mittel als was die Kommissionsmehrheit uns vorschlägt, nämlich dass der Besitz die ganzen Mobilmachungskosten bezahlen soll.

Der erste Grund sind die vielfachen Versprechungen, welche dem Volke bei verschiedenen Anlässen, speziell aber bei der direkten Bundessteuer gemacht worden sind. Auch ich habe in Glarus so geredet; trotzdem ist die Bundessteuer bei uns dann doch angenommen worden (Heiterkeit). Man hat erklärt, wir wollen die Bundessteuer nicht, aber der Besitz soll die Kriegskosten bezahlen. Herr Dind hat vorhin gesagt, man habe erklärt: «teilweise». Das mag sein. Man mag verschieden geredet haben. Aber die Sachlage war nicht so abgeklärt wie heute und man wusste nicht, wie gross die Kosten sein würden und die neuesten Ereignisse kannte man nicht. Aber man hat erklärt: Wir, der Besitz, wollen grosszügig sein und bezahlen. Heute ist ein Anlass, dieses Wort einzulösen, ohne Marktereien und ohne Klauseln. Das wird einen guten Eindruck machen, man wird nicht sagen können, dass wir uns nur in der jeweiligen Sachlage ausgeredet hätten, um die Geschichte hinauszuschieben und nicht Wort zu halten.

Dann ist bestimmend für mich die Zeitlage; der Herr Berichterstatter hat sich darüber ausgesprochen. Wir stehen unter dem Eindruck der neuesten Vorgänge im Innern des Landes. Er hat in der Hauptsache recht. Aber ich frage: sollen wir achtlos an diesen Ereignissen vorübergehen, an der tiefen Bewegung, die sich im Volk in sozialer und politischer Beziehung geltend macht, an der Not und Bedrängnis in weiten Kreisen des Volkes, nicht nur bei den ärmeren Klassen, sondern weit hinauf in den Mittelstand? Solche Leute können wir nicht für die Kriegssteuer beanspruchen, weder direkt noch indirekt. Das soll der Besitz bezahlen.

Ein Drittes sind die praktischen Aussichten. Wir müssen jetzt darnach trachten, einen Verfassungsartikel vorzulegen, der Aussicht auf Annahme hat. Wie stehen wir jetzt da? Der Nationalrat hat am 2. Oktober seine Schlussnahme gefasst. Das Stimmenverhältnis war 98 gegen 43 Stimmen. Aber die Ereignisse des November lagen noch nicht vor und was wichtig ist in meinen Augen hinsichtlich des Nationalratsbeschlusses, die Zahlen lagen noch nicht vor, man wusste nicht, was man bezahlen muss. Daher war es eben am Platze zu sagen, es soll ein Bruchteil bezahlt werden. Heute liegen zwar die ganz genauen Zahlen auch nicht vor. Das hat gestern auch Herr Motta gesagt. Aber in der Hauptsache kennen wir sie. Das bedingt eine veränderte Situation gegenüber dem Nationalrat, obschon für mich diese praktischen Gründe nicht immer massgebend sind. Aber mit Rücksicht auf die veränderte Sachlage ist im Nationalrate zu erwarten, wenn wir die Zusammensetzung desselben kennen, dass er seinen Beschluss ändert, dass eine grosse Mehrheit sich ergibt für die Ansichten der heutigen Mehrheit unserer Kommission. Das ist in meinen Augen ganz sicher. Und dann die verquickte Situation, das Differenzverfahren. Aber ich gehe weiter und sage: wie stehen die Aussichten im Volke? Man soll nicht prophezeien, man kann sich täuschen. Aber es ist sicher, dass, wenn wir einen Verfassungsartikel im Sinne der Kommissionsminderheit bringen, sich unter allen Umständen eine grosse Opposition im Volke geltend machen wird und die Verwerfung des Artikels befürchtet werden muss. Dann stehen wir auf dem alten Fleck.

Wir sollen uns einfach entschliessen, dass der Besitz bezahlen soll. Wir wollen dem lieben Gott danken, dass wir nicht weiter in den Krieg verwickelt worden sind und dass wir glücklicher dastehen als die durch den Krieg betroffenen Länder. Es sollen also diejenigen, welche besitzen, nachdem ja die richtigen Grenzen festgestellt sind, bezahlen. Es ist gestern eine Tabelle ausgeteilt worden mit der Rangordnung der Kantone. Der Versuch läge ja nahe, von diesem Standpunkt aus zu reden, und wenn ich dieses Gebiet betreten wollte, würde meine Stellungnahme eine andere sein. Aber darauf treten wir nicht ein. Wir wollen die Solidarität des Schweizervolkes hochhalten. Der Vermöglichere soll für den Aermern bezahlen.

Es bleiben noch genug Schulden und Aufgaben, wenn wir die Kriegssteuer abgetragen haben, zu denen auch noch andere Elemente des Volkes in ausreichender Weise beisteuern müssen.

Wir wollen auch etwas Mut und Vertrauen haben. Es sind Aussichten vorhanden — man kann sich allerdings auch da täuschen —, dass die Erwerbsverhältnisse nicht allzu schwierig sein werden, für eine Zeitlang, und dass der alte Schweizergeist, Gewerbefleiss und Unternehmungslust ihre Früchte ernten werden. Wir hoffen, es komme nicht eine Zeit des Niedergangs, sondern des Aufschwungs. Aber es soll eine gerechte Taxation walten, und da stimme ich mit mehreren Rednern — ich glaube, Herr Usteri hat das auch gesagt — überein, dass schon die erste Kampagne punkto Steuerverhältnisse in den Kantonen wohltätig gewirkt hat. Man muss anerkennen, dass in Kantonen, wo die Steuertaxation im argen lag, Ordnung geschaffen worden ist. Es trifft das speziell auf einen grossen Kanton zu, der bedenkliche Steuerbestimmungen hatte, aber wo in der Praxis beim Einzug der Kriegssteuer schöne Resultate er-

zielt worden sind. Also Mut und Vertrauen und dann werden auch unsere lieben Miteidgenossen in Basel mit unserem Referenten, die ja ein patriotisches Volk sind, gerne bezahlen und sie können bezahlen. Ein schweizerisches Sprichwort lautet: «Wenn man Schulden hat, soll man suchen sie zu bezahlen, dann studiert man ihnen später nicht mehr viel nach.» Das wollen wir tun.

Nun noch zu einigen Aeusserungen, die in der Diskussion gefallen sind. Herr Fazy hat geredet, wie wenn der Untergang des Kapitals bevorstände, und geschildert, wie einzelne Leute in kolossale Schwierigkeiten kämen, wie sie Titel und Vermögensstücke veräussern müssten usw. Das imponiert mir in keiner Weise und ist nicht richtig. Es sind ja vierjährige Perioden vorgesehen, so dass jeder sich einrichten kann. Man kann sparen und sich einteilen.

Noch etwas. Machen wir endlich einmal Schluss. Ich bin jetzt schon bald fünf Jahre in diesem Rate und habe von Herrn Bundesrat Motta schon etliche Male die nämlichen Reden mit dem gleichen Temparament gehört, die er ja halten musste. Er kann ja keine andere Rede halten. Kommen wir aus dieser Ungewissheit heraus, indem wir sagen: wir wollen eine patriotische Tat begehen und erklären, der Besitz soll alles bezahlen; er soll ein Entgegenkommen zeigen, das in der Natur der Sache liegt. Das wird einen guten Eindruck machen bei den ärmeren Volksklassen, bei der Arbeiterschaft. Trotz aller bösen Wirren, in denen wir uns jetzt befinden, hoffe ich, es werde die Zeit kommen, wo das Solidaritätsgefühl zwischen Arbeiter und Arbeitgeber wieder besteht, wo der Arbeiter findet, das Wohlergehen des Geschäftes ist auch mein Wohlergehen und wo die Geschäfte ihren Arbeitern auch in anderer Beziehung entgegenzukommen bereit sind. Wenn wir eine solche Stimmung schaffen bei der Arbeiterschaft, haben wir viel erreicht und das Opfer, welches der Besitz bringt, ist eine solche Errungenschaft wohl wert.

Ich komme zum Schluss. Verstehen wir das Gebot der Stunde und die Notwendigkeiten. Treten wir auf keine Halbheiten ein, handeln wir grosszügig und bekennen wir uns zum Standpunkt der Kommissionsmehrheit.

Da der Herr Präsident in weitherziger Weise gesagt hat, man könne den Antrag der Kollegen aus dem Welschland in der Eintretensfrage erledigen, so will ich nur darauf hinweisen, dass diese Motion eine Verzögerung bringt. Der Bundesrat muss untersuchen und wir müssen wieder von vorne anfangen. Das ändert am Grundsatz nicht viel. Wir gewärtigen ja diese Rechnung. Sie ist in Aussicht gestellt und ist in Arbeit. Aber es wäre das Verfehlteste von allem und würde dem Ansehen des Ständerates schaden, wenn Sie auf den Ordnungsantrag einträten. Ich stimme also entschlossen und aus fester Ueberzeugung für Eintreten im Sinne der Kommissionsmehrheit.

Isler: Ich ersuche Sie, auch mir noch einige Minuten Geduld zu schenken. Ich war Berichterstatter in Ihrem Rat über die erste Kriegssteuer. Aber nicht deshalb spreche ich; ich war hierhergekommen mit der Absicht, bei der Debatte zu schweigen und nur meine Stimme abzugeben. Aber Rede und Widerrede haben mich, wie es so geht, nun doch wachgerufen und lassen mir keine Ruhe, bis ich meine Stimmabgabe Ihnen auch habe begründen können.

Ich beginne mit einem Bekenntnis, das Sie vielleicht überrascht, mit der Erklärung, dass ich für die Anträge der Kommissionsmehrheit stimme. Es ist mir nicht leicht geworden, weil diese Anträge mit Gefahren verbunden sind, aber ich komme über diese Gefahren hinweg, weil ich mir sagen muss: Noch weit grösser ist die Gefahr des Landes. Es, unser Land, ist in Lebensgefahr. Und in solcher Lage muss man, wie der Herr Vorredner es sagte, das Gebot der Stunde verstehen. Ich bin wegen dieser Lage der Ansicht, dass die gegenwärtige Kriegssteuer mindestens so gerechtfertigt ist wie die erste, und dass auch die grösseren Opfer, die jetzt dem Besitz zugemutet werden, aus den Verhältnissen heraus sich so gut rechtfertigen lassen, wie die damaligen, die uns schon gross erschienen sind. Vergessen wir doch nicht, wie sehr sich seither alles verändert hat. Es gibt kein wahreres Wort in der Welt als der alte Spruch: «Tempora mutantur et nos mutamur in illis.» Man darf nicht nur nach der Vergangenheit sehen mit kritischem Blick — am Vergangenen ist ja in der Tat manches zu kritisieren; vieles hätte da besser gemacht werden können —, sondern man muss nach vorwärts blicken und der ganzen Gefahr in die Augen sehen, wenn man sie bewältigen will.

Denken wir vorab an unsere Kriegsschulden. Sie sind mindestens vierfach so hoch als im Jahre 1915 bei der Erhebung der ersten Steuer. Aber das ist nicht das wichtigste. Noch wichtiger und ernster ist ein anderes: dass jetzt, nachdem durch Gottes Vorsehung der äussere Krieg aufzuhören beginnt, ein innerer anzuheben droht, und dem müssen wir vorbeugen. Es kann aber nicht einzig geschehen mit Widerstand und mit Gewalt, es muss auch geschehen mit Versöhnung und mit Entgegenkommen.

Not herrscht in unserem Land und erzeugt eine bedenkliche Unzufriedenheit. Sie ist bei uns eingedrungen wie die Meeresflut und steigt schon an unseren Leibern empor. Und zu dieser Not gesellt sich noch etwas anderes. Wir sehen nicht nur Gestalten, die klagen, wir sehen auch einzelne, die jubeln, die der Verschwendung frönen, während die Menge darbt; Halbweltleute, männliche und weibliche, Ausländer, aber auch Leute schweizerischen Blutes, die zu schnell reich geworden sind und des Reichtums Pflichten vergessen. Man trifft da auf Menschen, die jeder Belehrung unzugänglich bleiben. Deshalb müssen diejenigen, die ihrer Pflichten bewusst geblieben sind, sie gegenüber ihren schwächeren Volksgenossen erst recht erfüllen.

Dem Staate warten jetzt Aufgaben, an die im Jahre 1915 wohl schon gedacht wurde, aber die damals noch nicht dringlich erschienen, während sie heute dringlich sind. Vor allem die Sorge für die Arbeiter in den Tagen des Alters und der Invalidität. Das ist eine gewaltige Aufgabe und nimmt die Mittel des Bundes in hohem Masse in Anspruch. Da wird nötig, dass seine Kriegsauslagen durch eine Kraftanstrengung des Besitzes getilgt werden, damit die allgemeine Besteuerung, ich meine die indirekten Auflagen, frei bleiben für diese soziale Aufgabe.

Ich habe Herrn Scherrer, unsern Referenten, im Verlaufe seines Berichtes mehr als einmal bewundert, nicht nur wegen seines Mutes, für den ihn Herrn Legler gerühmt hat, sondern auch weil er uns Wahres

und Richtiges sagte. In Einem aber habe ich ihn nicht verstanden und kann ich ihm nicht folgen. Darin, dass er immer nach Logik rief, und dass er diesen neuen Aufgaben nicht Rechnung trug. Die Dinge dieser Welt kennen keine Logik, zumal nicht ihre Gewalten. Wenn die Wasser gegen uns aufluten, können wir ihnen nicht ein collegium logicum halten; sie dringen mit der Kraft des Naturgesetzes auf uns ein. Und der Naturgewalt müssen wir uns anbequemen, um sie zu bemeistern. In seinem vortrefflichen Referat hat Herr Scherrer die eingetretenen neuen sozialen Aufgaben sodann zu wenig beachtet.

Ich sage also: unser Staat ist in Lebensgefahr, unsere Not ist gross, die Weltgeschichte blickt uns in die Augen: das müssen wir verstehen und darnach handeln.

Ein Votum von gestern veranlasst mich aber, auch über die Gefahren noch etwas zu sagen, von denen unser Weg umgeben ist. Und das ist nun nicht mehr ein Bekenntnis, sondern eine Abwehr und eine Mahnung. Der letzte Redner von gestern sah darin nur Gespenster, ich sehe darin wirklich Gefahren. Er hat sich auf die Solidarität berufen, die verlange, dass die Starken für die Schwachen eintreten. Gewiss; er hätte aber auch erwähnen sollen, dass das, was er als Opfer der Solidarität verlangt, nur von einer ganz kleinen Minderheit unseres Volkes verlangt wird. Die Kriegssteuer umfasst ungefähr fünf Prozent der Bevölkerung und von diesen ist noch weiterer gewaltiger Abstrich zu machen, weil der Aufstieg der Steuer zu grossen Ansätzen nicht schon unten, sondern erst bei der kleinen obern Zahl der Besteuerten eintritt, und es sind so etwa nur ein Prozent der ordentlichen Steuerzahler des Landes, denen von den andern neunundneunzig Prozent die Opferauflage gemacht wird. Mit einem solchen System ist die Gefahr verbunden — und sie ist in einer Republik grösser, als in einer Monarchie —, dass die überwältigende Mehrheit derer, die es nicht trifft, sich sagen wird, es sei ein Mittel, die Welt überhaupt recht schön zu gestalten und sich der eigenen Pflichten dabei zu entledigen. Diese Gefahr hat man schon bei der ersten Kriegssteuer erkannt. Jetzt wird sie noch stärker werden, weil die Verlängerung der zweiten auf eine ausgedehnte Periode eben die Auffassung auf länger in viele Köpfe hineindringen wird. Der Staat wird alle seine guten Bürger brauchen um zu verhindern, dass sie darin bleiben. Wenn wir eine solche Herrschaft einer überwältigenden Zahl von Nichtbesteuerten gegen eine kleine Zahl von Besteuerten bekämen, dann wäre das nur ein anderes Ende unseres Vaterlandes. Auf die Dauer hält kein Staatswesen eine solche auf Ungerechtigkeit und Uebermacht gebaute Staatsordnung aus.

Herr Wettstein hat uns dagegen anderes vorgetragen. Sie, meine Herren, standen um ihn herum, ich blieb auf meinem Stuhl sitzen und geriet nach und nach in Gedanken hinein, die mir etwas wie eine Vision schufen. Ich sagte mir: Er spricht nicht zu uns, was er sagt, gilt nicht von uns, aber mag von andern schon gegolten haben. Er wendet sich an diejenigen, die jetzt im andern Saale mit der Mehrheit ihres Rates im Redekampf über den Generalstreik stehen. «Homo homini lupus!» rief er in den Saal, das besagte, dass es Menschen gebe, die die andern, ihre Brüder, mit Gewalt anfallen. Könnte er das uns vorhalten? Dann hat er geklagt, dass die gegenwärtige Wirtschaftsordnung aus Arbeitern Nummern gemacht und alle Bande zwischen ihren Dienstherren und ihnen aufgelöst habe, was die Fabrikherren selbst eingeständen. Ich will nicht bestreiten, dass das Fabrikwesen in dieser Richtung gewisse Wirkungen gehabt hat. Aber sind nicht diejenigen, die gegenwärtig die Arbeiter lenken und leiten, eifrig am Werk, auch die letzten versöhnlichen warmen Bande, die zwischen den Dienstherren und zwischen den Arbeitern noch bestehen, zu durchschneiden, und ist nicht umgekehrt unser heutiger Staat und unsere heutige Industrie seit Jahrzehnten bemüht, die noch vorhandenen persönlichen Bande zu vermehren und wieder enger zu knüpfen?

Herr Wettstein hat ferner die Arbeit als das Höchste auf der Welt gepriesen. Da bin ich einverstanden. Ich habe sie auch immer als das angesehen. Aber nicht einverstanden war ich damit, dass er uns das vorhielt und dazu noch im gegenwärtigen Moment, wo gewalttätige allgemeine Arbeitsstörungen aufkommen und wo man gleicherorts bestrebt ist, die individuelle Arbeit, wie er sich höflich ausgedrückt hat — im Codex der Lehre heisst es die geistige Arbeit —, zu schelten und die körperliche überall voranzustellen, was bedeutet, dass das Talent seine Geltung zu verlieren hat und dass es, wenn es da ist, den Kopf nicht höher halten darf als das Nichttalent. Wie soll das geschehen? Geschieht es wohl nach dem einfachsten Mittel, das im Laufe der Geschichte in einem ganz verwandten Gebiet, dem der Politik, schon mehr als einmal angewendet worden ist und stets unter dem Vorwande, es müssten alle gleich sein, in Wirklichkeit um unbequeme Widerstände zu beseitigen. Ich erinnere an die berühmte Erzählung des Livius von Mohnbette im Garten des Römerkönigs, mit den ungleich hohen Mohnköpfen. Als der Thronfolger den König durch einen Boten fragen liess, wie er seiner Gegner am ehesten Herr werde, führte der König den Boten in den Garten vor das Mohnbett und schlug den Blumen, die die andern überragten, die Köpfe ab. Das verstand der Bote nicht, aber der Sohn verstand es, als er es ihm berichtete, nur kam er nicht dazu, es auszuführen.

Endlich hat Herr Wettstein uns auseinandergesetzt, das «arbeitslose» Einkommen sei nicht gerechtfertigt und müsse vor dem durch Arbeit erzeugten verschwinden. Er hatte ja freilich die Freundlichkeit, seine These dann wieder etwas einzuschränken: Ganz werde man es ja nicht abschaffen können, etwas davon werde noch zu dulden sein. Meine Herren, ich kenne alte Männer — einen davon besonders gut —, die haben ihr Leben lang von morgens früh bis abends gearbeitet und sich aller Verschwendung enthalten. Sie sind mit ihrem Fleiss, ihrem Sparsinn und Talent nach und nach zu Wohlstand gekommen. Diese alten Männer müssen heute in den Zeitungen, und zwar auch solchen ihrer eigenen Partei, über den Besitz Dinge lesen, dass sie sich fragen, ob sie nicht etwas Unrechtes, Strafbares getan hätten. Der alte Herr wenigstens, den ich besonders gut kenne, hat schon solche Selbstgespräche mit sich geführt. Wohin sollen wir gelangen mit solchen Theorien, mit solcher Entrechtung und Verdächtigung von Fleiss, Sparsamkeit und Tüchtigkeit? Zu einem guten Ende wahrhaftig nicht.

Ich komme noch zu einem letzten Punkt, der merkwürdigerweise, trotzdem nun drei Tage gesprochen worden ist, noch von niemand erwähnt wurde. Bekanntlich besteht Streit darüber, welches Steuergebiet der Bund und welches die Kantone ausbeuten sollen. Der Bund erhob bisher keine Steuern, die Kantone taten es allein. Jetzt aber hat er sich die Erhebung einer ausserordentlichen Kriegssteuer angeeignet, und so wird der Steuerpflichtige von zwei Steuerhoheiten in Anspruch genommen. Diese Kriegssteuer des Bundes ist nicht eine Steuer im eigentlichen Sinne, für die untern Schichten der Besteuerten ist sie es wohl, weil für sie die bei Steuern üblichen Ansätze gelten; für die obern Schichten ist sie dagegen ein Vermögensopfer, weil bei ihnen Sätze gelten, die diese üblichen weit übersteigen. Nun sollte man meinen, dass, nachdem dieses Opfer wirklich gebracht sein wird, die Kantone es auch als gebracht anerkennen und nicht den Teil des Vermögens und Erwerbes, der geopfert ist, auch noch ihrerseits besteuern werden. Aber ich habe die Befürchtung, dass es geschieht. Missverstehen Sie mich nicht. Ich begreife vollkommen, dass die Kantone ihre Steuern vermehren müssen. Sie haben ihre vermehrten Bedürfnisse wie der Bund. Nein, ich meine, dass diese ihre vermehrten Steuern nur von dem Vermögen und Erwerb der Steuerpflichtigen erheben sollen, der nach Abzug des Opfers an den Bund diesen noch bleibt, nicht dagegen auch noch von dem, den sie dem Bunde zu überlassen haben, der ihnen also entzogen wird. Das ist doch einfachste Gerechtigkeit. Aber ich habe während unserer Beratung nichts darüber gehört, von keiner Kautel vernommen, die dawider getroffen werden solle. Ich bin einer von denen, für die es viel braucht, bis sie etwas merken, und ich habe gemerkt, dass die kantonalen Finanzdirektoren es nicht als ungerecht, sondern als selbstverständlich betrachten, dass nicht bloss das um das Kriegsopfer verkürzte Einkommen für das betreffende Jahr zur kantonalen Steuer gezogen wird, sondern das ganze. Und es ist neulich von unserem obersten Gerichtshof ein Urteil ergangen, in einem Baslerstreit, der dieser ungerechten Auffassung scheinbar recht gegeben hat. Es geschah in einem Gerichtsverfahren, das möglichst ungeeignet war, die Sache zu einem guten Ende zu bringen, in einer staatsrechtlichen Rekurssache, wo sich das Bundesgericht die materielle Entscheidung dadurch ersparen konnte, dass es hervorhob, es sei nur Kassationshof gegen Verletzung ausdrücklicher Gesetzesvorschriften. Ich möchte im Namen der Gerechtigkeit bitten, dass im Ausführungsgesetz dieser den Besteuerten noch fehlende Schutz dann geschaffen wird. Das wird keine Gunst für sie sein, sondern nur verhindern, dass sie zwischen zwei Walzen kommen und für ein und dasselbe Vermögen und Einkommen zweimal das Opfer zu entrichten haben.

Aber nun lassen wir diese Gefahren und Bedenken und halten wir den Kopf hoch. In einer Lage wie der unsrigen gibt es keine bessere Stärkung der Kraft und keinen besseren Trost, als den, dass man seinem Gewissen folgt und seiner Pflicht eingedenk ist und sie erfüllt. Dann bewahren wir auch die Hoffnung, dass das, was wir noch leisten werden, Rechts und Links wieder zusammenführen wird. Wir wollen, um das Wort der Schrift zu gebrauchen, wirken, solange unser Tag dauert. Wir schaffen uns damit die Zuversicht, dass unsern Kindern auch wieder ihr Tag leuchten wird, der ihnen gewiss ja ebenfalls ihre Sorgen bringt, aber auch die liebe, die freundliche Sonne. Ich habe geschlossen.

M. le Conseiller fédéral **Motta:** Je ne voudrais pas prolonger le débat, mais comme représentant du Conseil fédéral je dois prendre position contre la motion d'ordre de M. Dind. Je suis désolé de ne pouvoir le suivre, cela pour des considérations d'ordre majeur que j'indique sans les développer. Tout d'abord il est absolument impossible de vérifier les comptes de la mobilisation avant qu'ils soient arrêtés. En effet, pour mettre à jour les comptes de 1915, de 1916, de 1917, de 1918, cela exige un travail formidable qui peut durer pendant plusieurs mois.

En outre, il est urgent que l'impôt de guerre soit voté le plus tôt possible. J'espère que vous liquiderez cet objet dans le cours de cette session, afin que le Conseil national puisse s'occuper des divergences dans la session de janvier et que le vote populaire puisse se faire au cours du printemps. N'oubliez pas enfin qu'il faut préparer la loi d'application, ce qui est un travail délicat, difficile, exigeant beaucoup d'efforts. Accepter la proposition de M. Dind serait donc retarder, sinon rendre impossible la perception de l'impôt de guerre pour 1920, perception que j'estime être une difficulté financière de premier ordre.

Je pourrais indiquer une foule d'autres raisons, mais j'y renonce voulant tenir compte de la situation.

Je vous prie en conséquence, et je regrette de vous faire cette proposition, de ne pas accepter la motion d'ordre de M. Dind.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Nur eine kurze Bemerkung. Ich hätte selbstverständlich auf das, was gestern und heute hier gesprochen worden ist, schon noch einiges zu bemerken. Allein angesichts der jetzigen Situation erachte ich es als nicht opportun, das zu tun. Sie möchten heute Eintreten beschliessen. Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt; also hat es keinen Zweck, von diesem Gesichtspunkt aus hier die Diskussion zu verlängern. Ich verzichte daher jetzt auf weitere Ausführungen, und ich kann das um so eher, als wir bisher Fragen behandelt haben, die ja eigentlich bei der artikelweisen Beratung wieder behandelt werden müssen, und da behalte ich mir denn doch noch vor, meinen Standpunkt noch zu ergänzen und Dinge zu widerlegen, soweit ich es für gut finden werde.

Wettstein: Ich möchte nur nicht, dass wir heute auseinandergehen, ohne dass ich ein Missverständnis aufgeklärt habe, dessen Opfer Herr Isler geworden ist. Als ich von arbeitslosen Einkommen sprach als von einem Einkommen, das in der Volkswirtschaft eine gewisse Rolle spiele, so bitte ich, das nicht individuell aufzufassen, wie er es getan hat. Wenn ein Mann, der sein Lebtag gearbeitet und gespart hat, nachher von diesen Ersparnissen lebt, so ist das nicht ein arbeitsloses Einkommen, sondern ein durch Arbeit wohlverdientes Einkommen. Ich sprach von denjenigen, die als Müssiggänger in unserem

Leben eine gewisse Rolle spielen, die auf Kosten anderer Leute geniessen und selber nichts tun, das ist das, was ich als arbeitsloses Einkommen und als volkswirtschaftlich schädlich betrachte. Ich glaube, dass damit das Missverständnis gelöst ist.

M. **Dind:** Deux mots seulement. Lorsque j'ai demandé que l'on sortît des comptes de mobilisation ce qui n'a rien à y faire, je pensais qu'il ne s'agissait pas d'examiner par le menu tous les comptes de mobilisation, mais de sortir du compte total de la mobilisation les éléments qui lui sont tout manifestement étrangers. Ce travail n'exigeait pas autant de temps que paraît le dire M. Motta qui sait bien lui-même que je suis plutôt disposé à me montrer large dans ce domaine. Il me déplaît de voter sur un chiffre que, encore une fois, on aurait pu fixer sans reviser toute la comptabilité des années qui viennent de s'écouler. Il était possible par exemple de dire que telle ou telle fabrique subsistant, active après la mobilisation, n'avait que faire dans le compte de mobilisation elle devait donc tomber à la charge du budget du département militaire, pour le futur; on sait aussi que sur les 1000 ou 1100 obus par pièce d'artillerie que nous avons, une bonne moitié resterait comme réserve et ne devait donc pas rentrer dans le capital de mobilisation. Bref, un certain nombre de postes aurait pu être sortis de ce compte. M. Motta prétend que c'est là chose impossible; pour y arriver il faudrait plusieurs mois de travail, ce qui compromettrait la perception de l'impôt de guerre, ce que nous ne voulons ni les uns ni les autres. Cette argumentation nous met dans une situation difficile; je ne demanderais pas mieux que de participer au vote que le Conseil va émettre. J'en serai probablement empêché par la situation que crée pour moi la manière d'agir de l'honorable chef du departement des finances.

Präsident: Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt, und der Rat wird sich zu entschliessen haben, ob er jetzt eintreten will oder nach Antrag des Herrn Dind erst später, zur Zeit, wenn der Bundesrat die Mobilisationsrechnung wird vorlegen können, so wie Herr Dind es ausgeführt hat.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Verschiebung nach Antrag Dind	3 Stimmen
Für sofortiges Eintreten	33 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 17. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Séance du 17 décembre 1918, à 9 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } *Hr. Brügger.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article.*

(Siehe Seite 239 hiervor. — Voir page 239 ci-devant.)

Neue Anträge
vom 11. Dezember 1918.

Ziff. 3, Abs. 4. Die Steuersätze gelten für je eine vierjährige Periode und steigen in Klassen von 10 Rappen bis Fr. 5 für je Fr. 100 steuerpflichtiges Vermögen und von 50 Rappen bis Fr. 25....

Ziff. 3 bis. Tantiemen unterliegen einer Tantiemensteuer.

Die Vorschriften über den Beginn der Erwerbssteuerpflicht finden ....

Tabelle I.

Klasse	Vermögen von über Fr.	Vermögen bis und mit Fr.	Steuersatz pro mille für die vierjährige Periode	Steuerbetrag Fr.
...	.....	.....	...	.....
91	2,300,000	2,400,000	25	57,500
92	2,400,000	2,500,000	25,5	61,200

Vermögen von je Fr. 100,000 mehr bilden eine neue Klasse. Deren Steuersätze sind bis zu den Vermögen von Fr. 9,400,000—9,500,000 je 0,5 ‰ höher als der Steuersatz der vorangehenden Klasse. Demgemäss begreift die 141. Klasse die Vermögen von Fr. 9,400,000 bis 9,500,000 in sich; ihr Steuersatz ist 50 ‰ und ihr Steuerbetrag Fr. 470,000. Der Steuersatz für Vermögen über Fr. 9,500,000 ist gleichmässig 50 ‰.

Tabelle II.

Klasse	jährlicher Erwerb von über Fr.	jährlicher Erwerb bis und mit Fr.	Steuersatz in Prozenten für die vierjährige Periode	Steuerbetrag Fr.
...	.....	.....	...	.....
69	96,000	98,000	20	19,200
70	98,000	100,000	20,5	19,490

Erwerb von je Fr. 10,000 mehr bilden eine neue Klasse. Deren Steuersätze sind bis zum Erwerb von Fr. 230,000—240,000 je 0,5 % höher als der Steuersatz der vorangehenden Klasse. Demgemäss begreift die

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	07
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	13.12.1918 - 08:30
Seite Page Pagina	239-247
Ref. No	20 028 664

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Leben eine gewisse Rolle spielen, die auf Kosten anderer Leute geniessen und selber nichts tun, das ist das, was ich als arbeitsloses Einkommen und als volkswirtschaftlich schädlich betrachte. Ich glaube, dass damit das Missverständnis gelöst ist.

M. **Dind:** Deux mots seulement. Lorsque j'ai demandé que l'on sortît des comptes de mobilisation ce qui n'a rien à y faire, je pensais qu'il ne s'agissait pas d'examiner par le menu tous les comptes de mobilisation, mais de sortir du compte total de la mobilisation les éléments qui lui sont tout manifestement étrangers. Ce travail n'exigeait pas autant de temps que paraît le dire M. Motta qui sait bien lui-même que je suis plutôt disposé à me montrer large dans ce domaine. Il me déplaît de voter sur un chiffre que, encore une fois, on aurait pu fixer sans reviser toute la comptabilité des années qui viennent de s'écouler. Il était possible par exemple de dire que telle ou telle fabrique subsistant, active après la mobilisation, n'avait que faire dans le compte de mobilisation elle devait donc tomber à la charge du budget du département militaire, pour le futur; on sait aussi que sur les 1000 ou 1100 obus par pièce d'artillerie que nous avons, une bonne moitié resterait comme réserve et ne devait donc pas rentrer dans le capital de mobilisation. Bref, un certain nombre de postes aurait pu être sortis de ce compte. M. Motta prétend que c'est là chose impossible; pour y arriver il faudrait plusieurs mois de travail, ce qui compromettrait la perception de l'impôt de guerre, ce que nous ne voulons ni les uns ni les autres. Cette argumentation nous met dans une situation difficile; je ne demanderais pas mieux que de participer au vote que le Conseil va émettre. J'en serai probablement empêché par la situation que crée pour moi la manière d'agir de l'honorable chef du departement des finances.

Präsident: Ein Antrag auf Nichteintreten ist nicht gestellt, und der Rat wird sich zu entschliessen haben, ob er jetzt eintreten will oder nach Antrag des Herrn Dind erst später, zur Zeit, wenn der Bundesrat die Mobilisationsrechnung wird vorlegen können, so wie Herr Dind es ausgeführt hat.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Verschiebung nach Antrag Dind	3 Stimmen
Für sofortiges Eintreten	33 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 17. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr.

Séance du 17 décembre 1918, à 9 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } *Hr. Brügger.*

---

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article.*

(Siehe Seite 239 hiervor. — Voir page 239 ci-devant.)

Neue Anträge
vom 11. Dezember 1918.

Ziff. 3, Abs. 4. Die Steuersätze gelten für je eine vierjährige Periode und steigen in Klassen von 10 Rappen bis Fr. 5 für je Fr. 100 steuerpflichtiges Vermögen und von 50 Rappen bis Fr. 25....

Ziff. 3 bis. Tantiemen unterliegen einer Tantiemensteuer.

Die Vorschriften über den Beginn der Erwerbssteuerpflicht finden ....

Tabelle I.

Klasse	Vermögen von über Fr.	Vermögen bis und mit Fr.	Steuersatz pro mille für die vierjährige Periode	Steuerbetrag Fr.
...	.....	.....	...	.....
91	2,300,000	2,400,000	25	57,500
92	2,400,000	2,500,000	25,5	61,200

Vermögen von je Fr. 100,000 mehr bilden eine neue Klasse. Deren Steuersätze sind bis zu den Vermögen von Fr. 9,400,000—9,500,000 je 0,5 ‰ höher als der Steuersatz der vorangehenden Klasse. Demgemäss begreift die 141. Klasse die Vermögen von Fr. 9,400,000 bis 9,500,000 in sich; ihr Steuersatz ist 50 ‰ und ihr Steuerbetrag Fr. 470,000. Der Steuersatz für Vermögen über Fr. 9,500,000 ist gleichmässig 50 ‰.

Tabelle II.

Klasse	jährlicher Erwerb von über Fr.	jährlicher Erwerb bis und mit Fr.	Steuersatz in Prozenten für die vierjährige Periode	Steuerbetrag Fr.
...	.....	.....	...	.....
69	96,000	98,000	20	19,200
70	98,000	100,000	20,5	19,490

Erwerb von je Fr. 10,000 mehr bilden eine neue Klasse. Deren Steuersätze sind bis zum Erwerb von Fr. 230,000—240,000 je 0,5 % höher als der Steuersatz der vorangehenden Klasse. Demgemäss begreift die

89. Klasse den Erwerb von Fr. 230,000—240,000 in sich; ihr Steuersatz ist 25% und ihr Steuerbetrag Fr. 57,500. Der Steuersatz für Erwerb über Fr. 240,000 ist gleichmässig 25 %.

Die Kommissionsmitglieder:
Usteri, Andermatt, Düring, Kunz, Räber, Schöpfer.

Nouvelles propositions
du 11 décembre 1918.

Chiff. 3, al. 4. Les taux de l'impôt sont fixés pour une période de quatre ans et s'élèvent par classes de 10 centimes à 5 fr. pour chaque 100 fr. de fortune imposable et de 50 centimes à 25 fr. pour chaque 100 fr. du produit...

Chiff. 3 bis. Les tantièmes sont soumis à un impôt sur les tantièmes.

Les prescriptions relatives au commencement de l'obligation de payer l'impôt sur le produit du travail sont applicables à l'impôt sur les tantièmes.

Tableau I.

Classe	Fortune de plus de Fr.	Fortune jusqu'à Fr.	Taux pour mille pour la période	Montant de l'impôt de quatre ans Fr.
...	.....	.....	..	.....
91	2,300,000	2,400,000	25	57,500
92	2,400,000	2,500,000	25,5	61,200

A partir de ce chiffre, il est formé pour chaque 100,000 fr. en plus une nouvelle classe de l'impôt sur la fortune. Le taux de l'impôt est pour ces classes, jusqu'à celle de 9,400,000 à 9,500,000 fr., augmenté de 5 ‰ sur le taux de la classe précédente. En conséquence, la 141e classe comprend les fortunes de 9,400,000 à 9,500,000 fr.; le taux est pour elle de 50 ‰ et le montant de l'impôt de 47,000 fr. A partir de 9,500,000 fr., le taux de l'impôt sur la fortune est uniformément de 50 ‰.

Tableau II.

Classe	Produit du travail annuel de plus de Fr.	Produit du travail annuel jusqu'à Fr.	Taux pour cent pour la période	Montant de l'impôt de quatre ans Fr.
...	.....	.....	...	.....
69	96,000	98,000	20	19,200
70	98,000	100,000	20,5	19,490

A partir de ce chiffre, il est formé pour chaque 10,000 fr. en plus une nouvelle classe de l'impôt sur le produit du travail. Le taux de l'impôt est pour ces classes, jusqu'à celle de 230,000 à 240,000 fr., augmenté de 5% sur le taux de la classe précédente. En conséquence, la 89e classe comprend les produits du travail de 230,000 à 240,000 fr.; le taux est pour elle de 25% et le montant de l'impôt de 57,500 fr. A partir de 240,000 fr., le taux de l'impôt sur le produit du travail est uniformément de 25 %.

Les membres de la commission:
Usteri, Andermatt, Düring, Kunz, Räber, Schöpfer.

Antrag der Herren Ammann, Andermatt, Baumann, Bolli, Gabuzzi, Geel, Hildebrand, Isler, Kunz, Legler, Merz, Schöpfer, Soldini, Usteri, Wettstein
vom 11. Dezember 1918.

Ziff. 8. Von der Entrichtung der Steuer sind befreit:

a.....
b.....
c.....

c bis. Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen, sofern die Kapitalbeteiligung genannter Gemeinwesen mindestens $^{9}/_{10}$ des gesamten Gesellschaftskapitals ausmacht;

Proposition de MM. Ammann, Andermatt, Baumann, Bolli, Gabuzzi, Geel, Hildebrand, Isler, Kunz, Legler, Merz, Schöpfer, Soldini, Usteri, Wettstein
du 11 décembre 1918.

Chiff. 8. Sont exonérés de l'impôt:

a.....
b.. ...
c.....

c bis. Les entreprises d'utilité publique exploitées en vertu d'un contrat de société avec le concours de la Confédération, de cantons ou de communes, à la condition que le capital engagé dans l'entreprise par la Confédération, les cantons et les communes forme au moins les neuf dixièmes de l'ensemble du capital social.

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Für den Titel des Bundesbeschlusses schlägt Ihnen die Kommission eine andere Fassung vor. Sie hat in erster Linie gefunden, dass es stilistisch nicht einwandfrei sei, von der Erhebung einer wiederholten Steuer zu sprechen. Man wiederholt eine Steuer, aber man erhebt nicht eine wiederholte Kriegssteuer. Sodann hat man gefunden, dem Charakter der Steuer, als einer ausserordentlichen, solle bereits im Titel und nicht nur im Gesetzestext Ausdruck gegeben werden. Und endlich hat man gefunden, es sei nicht richtig, vom Erlass eines Verfassungsartikels zur Erhebung einer Steuer zu sprechen, sondern richtiger, von einer Verfassungsbestimmung über die Erhebung einer neuen ausserordentlichen Kriegssteuer. Die Kommission beantragt Ihnen Annahme der abgeänderten Fassung. Ingress unverändert.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Zunächst eine Bemerkung hinsichtlich der formellen Disposition der Vorlage. Wir schlagen Ihnen vor, die

Lit. A—D im Interesse der Uebersichtlichkeit des Beschlusses über den Text zu stellen, statt neben denselben. Ferner haben Sie gesehen, dass in der bundesrätlichen Vorlage die einzelnen Bestimmungen numeriert sind. Das ist ja an und für sich notwendig, schon wegen der leichteren Zitierung der einzelnen Bestimmungen. Nun hat man aber gefunden, dass sich da die Wahl der ganz kleinen Ziffern für ältere Leute nicht wohl empfehle, und die Kommission empfiehlt Ihnen die Einführung der Bezeichnung «Ziff. 1», «Ziff. 2» usw. und Wahl der gleichen Druckschrift wie für den Text. Ich möchte Sie bitten, diese Anordnung zum voraus für die ganze Vorlage gutzuheissen.

Angenommen. — *(Adopté.)*

A, Ziffer 1.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Was Ziff. 1 anbetrifft, so sind alle Instanzen, die sich bisher mit der Sache zu befassen hatten, darin einig, dass hier der Charakter der Steuer als einer ausserordentlichen Massnahme neuerdings zum Ausdruck gebracht werden solle, und auch darüber herrscht Einigkeit, dass die zu erhebende Steuer nur bestimmt sein solle, die Kosten des Truppenaufgebotes zu decken, und zwar mit der Beschränkung auf die Kapitalausgaben, die während der Dauer des Weltkrieges aufgewendet werden mussten, also mit Ausschluss der auflaufenden Zinsen. Die Steuerpflicht würde sich demnach nicht erstrecken einmal auf die Defizite der Verwaltungsrechnungen, die durch Verminderung der staatlichen Einnahmen und durch Vermehrung der ausserordentlichen Ausgaben während und nach dem Kriege entstanden sind, bzw. entstehen werden, und auch nicht auf das kleine Vorkriegsdefizit vom Jahre 1913. Die Steuerpflicht würde sich ferner nicht erstrecken auf die Zinsen der Mobilisationsanleihen, sodann nicht auf Militärausgaben, die sich unter den Begriff Kosten des Truppenaufgebotes nicht subsumieren lassen, ferner nicht auf Ausgaben, die durch Truppenaufgebote seit Ende des Krieges entstehen werden. Nach diesen Richtungen wird eine anderweitige Deckung gesucht werden müssen, und diese anderweitige Deckung kann nach verschiedenen Richtungen gefunden werden.

Vor allem möchten wir betonen, dass auch wir ganz wesentliche Ersparnisse durch eine zweckentsprechende Reorganisation unserer Verwaltung erwarten. Meine Herren, wir stehen noch alle unter dem Eindruck des Referates des Präsidenten unserer Finanzkommission von der letzten Woche. Wir haben da feststellen müssen, dass unsere Ausgaben für Besoldungen inklusive Teuerungszulagen bereits einen Betrag von 135 Millionen Franken erreichen und dass, wenn die Mehrforderungen erfüllt werden, die vom Personal gestellt werden, wir sogar auf einen Betrag von 150 Millionen Franken kommen würden. Es ist uns ferner mitgeteilt worden, dass diese Auslagen für Gehalte und Besoldungen bereits 80% der gesamten Einnahmen des gesamten Bundes ausmachen und über 50% der gesamten Ausgaben repräsentieren. Es kann ja nun gewiss keine Rede davon sein, auf den Besoldungen an und für sich Reduktionen eintreten zu lassen, solange die Verhältnisse, die für diese enormen Steigerungen massgebend waren, anhalten; es könnte sich höchstens fragen, ob die Verhältnisse seit der letzten Erhöhung eine derartige Aenderung erfahren haben, die eine weitere Erhöhung der Teuerungszulagen rechtfertigt, bzw. ob die bisher gewährten Teuerungszulagen schon für die damaligen Verhältnisse nicht hoch genug waren. Das sind nun Verhältnisse, die heute nicht näher zu erörtern und zu untersuchen sind; dafür ist ja inzwischen eine besondere Vorlage des Bundesrates an uns gelangt. Die Kommission befindet sich auch nach der Richtung in Uebereinstimmung mit der Finanzkommission, dass sie sagt, es solle dem Personal gegeben werden, was durch die Umstände gerechtfertigt ist, nicht auf dem Wege des Marktens und Feilschens und nicht auf dem Wege der Verhandlungen von Macht zu Macht, sondern auf dem Wege der freiwilligen Entschliessung. Wir müssen uns bei der Würdigung der finanziellen Tragweite der ganzen Sache auch zum vornherein mit dem Gedanken abfinden, dass weitere starke Belastungen unseres Staatshaushaltes noch bevorstehen, namentlich durch die Gründung einer Pensionskasse für das Personal. Also nach diesen beiden Richtungen wird nicht zu sparen sein und erst, wenn die Kosten der Lebenshaltung eine gewisse Erleichterung erfahren, wird durch eine entsprechende Reduktion der Teuerungszulagen für die Zukunft etwas eingeholt werden können. Ich sage «können»; ob es wirklich geschieht, das ist noch eine andere Frage.

Im übrigen sind auch wir der Meinung, dass einzig die Reorganisation der Verwaltung im Sinne der Umgestaltung der Betriebe zu geschäftlich und kaufmännisch richtig organisierten und geführten Betrieben ein Mittel zur Erzielung von Ersparnissen sein kann, und auch das ist nicht auf der ganzen Linie sofort durchführbar; das bedingt zum Teil Untersuchungen und Vorarbeiten, die nicht von einem Tage auf den andern durchgeführt werden können. Daneben hat selbstverständlich auch das Personal Anspruch auf Rücksichten, die niemand ausser acht gelassen haben will. Es kann sich ja, auch wenn es gelingen wird, den Bestand des Personals ganz bedeutend zu reduzieren, nicht darum handeln, die Leute einfach von einer Woche zur andern oder von einem Monat zum andern oder überhaupt einfach auf die Strasse zu stellen. Allein es wird anderseits auch Massnahmen geben, die sofort durchführbar sind und deshalb auch sofort durchgeführt werden sollten.

Man hat in der Kommission gesprochen von den grossen Leistungen für die sogenannte Kriegsbereitschaft und hat gefunden, dass es nicht mehr angemessen sei, mit diesen Rüstungsarbeiten weiterzufahren. Man hat uns dann mitgeteilt, es sei nun an und für sich grundsätzlich mit diesen Rüstungsarbeiten Stopp gemacht worden; aber aus Gründen sozialer Rücksichten könne damit nicht sofort aufgehört werden. Es scheint, dass man beabsichtige, das vorhandene und unter der Voraussetzung einer längeren Kriegsdauer bestellte Material noch aufzuarbeiten und weiteres Kriegsmaterial noch herzustellen, um die Beamten, Angestellten und Arbeiter weiter beschäftigen zu können und sie nicht sofort entlassen zu müssen. Meine Herren, wenn dem so wäre, so betrachten wir das als eine Politik, die wir nicht genug verurteilen können. Die Beschäftigung des Personals ist nicht Selbstzweck und darf es nicht sein. Sie ist nur Mittel zum Zweck, und zwar zu einem Zweck, der nur so lange verfolgt werden darf, als effektiver Bedarf

für Kriegsmaterial überhaupt besteht, und heute, glaube ich, ist das ganz zweifellos nicht der Fall. Wir sind nicht nur reichlich, sondern überreichlich mit Kriegsmaterial versehen, und wenn dieses Personal nicht sofort entlassen werden kann oder entlassen werden will, so soll man es anderweitig verwenden, zum Holzfällen, zum Torfstechen, zum Kartoffelpflanzen, zur Grenzbewachung, für irgend eine andere, der Jahreszeit entsprechende produktive Arbeit, und eventuell soll man es spazieren gehen lassen. Aber meine Herren, ich denke, wir wollen unsere Kohlen schonen; wir wollen unsere elektrische Kraft schonen, und wir wollen die Rohstoffe schonen und sparen, die wir ja geradezu mit Phantasiepreisen während der Dauer des Krieges haben bezahlen müssen. Und das gleiche gilt von allen andern Betrieben, die im gleichen Falle sich befinden.

Bei andern Regiebetrieben, Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung, scheinen Vorarbeiten für eine Reorganisation im Gange zu sein; ich enthalte mich daher weiterer Bemerkungen über diesen Punkt. Aber darauf möchte ich aufmerksam machen, dass unseres Erachtens auch andere Verwaltungen vereinfacht werden können, und da habe ich vor allen Dingen die Militärverwaltung im Auge. Ich lasse vorläufig vollständig dahin gestellt, ob und wie weit unser Militärwesen, soweit es die Kurse, die Schulen anbetrifft, das Aushebungswesen usw., durch die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Europa Einschränkungen wird erfahren können und erfahren müssen. Das sind zurzeit absolut unabgeklärte Verhältnisse; da müssen wir die Ereignisse an uns herantreten lassen. Allein ganz abgesehen von derartigen Fragen, erscheint mir die Aufrechterhaltung von zwölf koordinierten Abteilungen in der Militärverwaltung angesichts der Kompetenzen und Obliegenheiten, die den Kommandanten der Heereseinheiten übertragen worden sind, vielfach, wenn auch nicht durchwegs, als ein double emploi, als eine Zweispurigkeit, die nur geeignet ist, Friktionen hervorzurufen. Abgesehen hiervon sind wir dann aber jedenfalls mit Kriegsmaterial und Munition so reichlich ausgerüstet, dass wir auf Jahre hinaus Neuanschaffungen nicht mehr machen müssen oder jedenfalls unsere Produktion ganz bedeutend eingeschränkt werden kann. Ueberhaupt wird in allen Departementen das Bestreben dahin gerichtet werden müssen, Verwaltung und Betrieb so einfach und rationell wie möglich zu gestalten. Das in bezug auf die Ersparnisse, die zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes unseres Staatshaushaltes erzielt werden können und gemacht werden können.

Einen anderen Faktor, der sich auf die Herstellung des Gleichgewichtes beziehen kann, bilden unsere Zolleinnahmen. Wir dürften Aussicht haben auf eine starke Erhöhung der Zolleinnahmen. Zu einem wesentlichen Teile sind die Defizite der Verwaltungsrechnungen die Folgen des Rückganges der Zolleinnahmen während des Krieges, ein Rückgang, der im Durchschnitte mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr betrug. Seit dem Kriegsbeginn haben wir ohne Berücksichtigung der sonst üblichen kontinuierlichen Steigerung der Zolleinnahmen einen Ausfall erlitten von 150—160 Millionen. Meine Herren, es kann selbstverständlich heute unmöglich gesagt werden, wie sich die Zolleinnahmen gestalten werden und wie lange es dauern wird, bis die Einfuhr wieder einen normalen Umfang annehmen wird. Das hängt ab einerseits vom Lieferungswillen und der Lieferungsmöglichkeit des Auslandes und anderseits zu einem guten Teile von der Gestaltung unserer eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande, und das sind beides Faktoren, die heute nicht überblickt werden können. Es ist möglich, dass wir lange warten müssen, bis wir nur das Niveau der Vorkriegszölle als regelmässige Intrade wieder erwarten können; es ist aber auch möglich, dass wir dieses Niveau nicht nur erreichen, sondern auch den Ausfall einholen, den wir während der viereinhalb Jahre Kriegsdauer erlitten haben. Sicher ist jedenfalls eines: wir sind in allem, was wir vom Auslande benötigen, ausserordentlich knapp. Der Drang, sich zu decken und wieder zu normalen Vorräten zu kommen, ist selbstverständlich vorhanden und ist sogar sehr gross. Die Einfuhr dürfte daher vorerst ganz riesige Dimensionen annehmen, sofern die Einfuhrschranken fallen, die Ware erhältlich ist und wenn nicht die Furcht von sukzessiven Preisstürzen besonders grosse Zurückhaltung und Vorsicht in unserem Lande eintreten lässt. Das sind Ereignisse, über die wir nicht disponieren können; wir müssen sie an uns herantreten lassen.

Und nun, soweit nicht durch Vermeidung von Ausgaben, durch Ersparnisse und durch erhöhte normale Einnahmen das Gleichgewicht unseres Staatshaushaltes wird erstellt werden können, so weit werden eben neue Einnahmequellen geschaffen werden müssen, soweit sie nicht bereits da sind. Für die nächste Zeit und solange die Kriegs- und Monopolbetriebe nicht liquidiert sein werden, werden noch besondere Einnahmen sowieso neben der Kriegssteuer notwendig sein, wie ich bereits in meinem Eintretensvotum dargelegt habe.

Meine Herren, ich habe bereits betont, dass alle bisherigen Instanzen für die Kriegssteuer abstellen auf die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot. Die Kommission ist einig, dass diese Kapitalausgaben durch einen Bundesbeschluss festgestellt werden müssen, und der Antrag der Minderheit wäre auch dahin zu ergänzen, dass eben der Passus «die Kapitalausgaben werden durch Bundesbeschluss festgestellt» auch in den Minderheitsantrag aufgenommen wird. Es ist das nur eine Unterlassung; denn die Frage, welcher Betrag durch die Steuer zu decken sei, ist gerade so wichtig wie alle andern Bestimmungen, die durch Verfassung und Gesetz geregelt werden und geregelt werden müssen. Der Steuerzahler muss Sicherheit und Gewähr haben, dass seine Beitrags- und Steuerpflicht wirklich auf den verfassungsmässig festgestellten Zweck beschränkt bleibe, d. h. auf die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot, und dass das bezügliche Konto nicht mit Ausgaben belastet wird, die nicht unter diesen Begriff fallen und nicht unter diesen Begriff gehören. Also es muss durch allgemein verbindlichen und somit dem Referendum unterstellten Bundesbeschluss festgestellt werden, was grundsätzlich unter diesen Begriff fällt, und auf Grund dieser grundsätzlichen Feststellung wird im einzelnen Falle zu untersuchen und festzustellen sein, welche Aufwendungen dem betreffenden Konto belastet werden dürfen und welche nicht. Es kann grundsätzlich nicht massgebend sein, was bisher zufälligerweise auf den Konto der Mobilisierungskosten gesetzt wurde, und ebensowenig darf es einfach dem Ermessen des Bundesrates überlassen bleiben, diesen Konto mit dem zu belasten, was ihm gerade angezeigt erscheint. Ihre

Kommission unterlässt es heute, bestimmte Erklärungen darüber abzugeben, welche Aufwendungen grundsätzlich diesem Konto belastet werden sollen. Es hat zwar an Anregungen in der Kommission nicht gefehlt, gewisse Grundsätze und Richtlinien zuhanden des Protokolls aufzustellen, etwa in der Weise, dass Aufwendungen, die eine bleibende Wertvermehrung für den Bund bedeuten oder eine Entlastung der Verwaltungsrechnungen des Militärdepartementes zur Folge haben werden, nicht auf dieses Konto gehören. Die Kommission hat aber nach näherer Prüfung und Beratung doch gefunden, dass es uns heute an dem nötigen Ueberblick über die Art und Natur aller in Betracht fallenden Ausgaben fehlt, um richtige und präzise und die Gesamtheit des Materials umfassende Grundsätze aufstellen zu können, und dass es in vielen Fällen eine reine quaestio facti sei oder in das arbitrium boni viri gehört, ob eine Aufwendung als Bestandteil der Truppenaufgebotskosten angesehen werden kann und angesehen werden muss oder nicht. Also über diese Punkte ist die Kommission einig.

Nicht einig ist sie in bezug auf die Höhe der Quote der Truppenaufgebotskosten, die mit Einrechnung der Erträgnisse der andern direkten Steuern gedeckt werden sollen, ob die vollen 100% gedeckt werden sollen oder aber nach Antrag der Mehrheit nur 75%. Und da, meine Herren, will ich es Ihnen anheimstellen, in bezug auf diese Frage zunächst den Standpunkt der Mehrheit zu vernehmen. Ich bin aber auch bereit, wenn es den Herren der Mehrheit lieber ist, um mich bekämpfen zu können, zunächst den Standpunkt der Minderheit auseinanderzusetzen.

Usteri: Die Mehrheit der Kommission macht von der zweiten alternativen Offerte des Herrn Kommissionspräsidenten gerne Gebrauch, nachdem bereits in der Eintretensdebatte diese Ordnung beobachtet worden ist: zuerst Begründung des Antrages der Minderheit und dann Begründung des Antrages der Mehrheit. Die Mehrheit hat ja ihrerseits auch in der Eintretensdebatte eingehend über die Sache gesprochen, und sie will gerne wieder den Vortritt der Minderheit überlassen.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Minderheit der Kommission: Es ist ja gewiss keine besonders dankbare Aufgabe, den Standpunkt der Minderheit in Ihrem Rate zu vertreten. Aber Dankbarkeit hin, Dankbarkeit her, Ihre Minderheit hält an ihrem Antrag fest. Einmal, weil das nun ihrer inneren Ueberzeugung entspricht und weil sie namentlich davon überzeugt ist, dass der Antrag der Mehrheit viel zu weit geht und infolgedessen geradezu ungerecht ist, dann aber auch, weil sie es als ihre ritterliche Pflicht betrachtet, gerade die Interessen derjenigen, die durch diese Steuer hauptsächlich betroffen werden, mit Nachdruck zu vertreten, und weil wir in dritter Linie glauben, Sie könnten uns selbst noch einmal dafür dankbar werden, dass wir den Mut besessen haben, diesen Antrag und diesen Standpunkt heute mit aller Kraft zu vertreten.

Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Ich habe sie mir vorbehalten am letzten Freitag, weil wir die Sitzung schliessen mussten. Und zwar will ich da zum vornherein bemerken, dass ich auf eine Entgegnung gegenüber Herrn Wettstein heute verzichte und verzichten muss, angesichts seiner Abwesenheit und angesichts der besondern und sehr beklagenswerten Umstände, die seine Abwesenheit veranlasst haben und die ich ausserordentlich bedaure.

Allein es ist mir auch von anderer Seite vorgeworfen und unterschoben worden, dass ich die Tendenz verfolge, überhaupt die Kriegssteuer zu Falle zu bringen, dass ich überhaupt keine Kriegssteuer wolle. Diese Insinuation muss ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Sie entspringt entweder einer vollständigen Verkennung meines Charakters, indem sie annimmt, ich gehöre zu denjenigen, die etwas anderes wollen, als was sie sagen — zu dieser Sorte gehöre ich nicht und habe ich nie gehört, und wer mich kennt, der wird mir dieses Zeugnis ausstellen —, oder diese Insinuation entspringt einer vollständig oberflächlichen Verfolgung meiner Ausführungen, die allerdings sehr lang waren, zu lang, um sie vollständig in sich aufnehmen zu können, oder aber sie basiert auf einer tendenziösen Deutung und Auslegung dessen, was ich gesagt habe. Meine Tendenz ist klar; was ich zu Falle bringen möchte, das ist der Antrag der Mehrheit, aber nicht die Kriegssteuer als solche.

Ich will allerdings sagen, dass ich nicht etwa hocherfreut von dieser Kriegssteuer bin. Ja, geht es Ihnen anders? Sind Sie so besonders erfreut, dass Sie da eine neue Steuer bezahlen müssen oder dass andere Leute sie bezahlen müssen? Ich denke nicht; so ungerecht sind wir nicht. Aber wenn ich für die Kriegssteuer bin, so bin ich es nicht aus Freude über das Objekt als solches, sondern weil ich die Steuer für eine absolute Notwendigkeit betrachte, und weil ohne sie gar keine Möglichkeit besteht, unseren finanziellen Staatshaushalt zu sanieren und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen.

Gerade diesen Punkt habe ich in meinem Referat so eingehend und so deutlich dargelegt, dass die Unterschiebung einer andern Absicht fast als böswillig erscheinen muss.

Und wenn Sie mich auch als so hinterlistig und so perfid betrachten wollten, dass ich etwas anderes verfolgen und bezwecken könnte, als ich sage, so sollte man mir wenigstens nicht zutrauen, dass ich so dumm wäre, das zu tun und die Kriegssteuer verwerfen zu wollen. Wenn die Kriegssteuer verworfen wird, was wird kommen und was wird Besseres kommen? Ist es nicht die Mehrheit selbst, die die Antwort auf die Frage gegeben hat? Sie sagt, es werde eine noch viel grössere Belastung derjenigen absetzen, die wir hier in Schutz nehmen wollen. Eine derartige Dummheit wird man mir doch nicht zutrauen, dass ich durch Vertretung dieses Standpunktes diesen Effekt herbeiführen möchte.

Man kann aber grundsätzlich von der Notwendigkeit einer derartigen Steuer überzeugt und kann gleichzeitig sehr kritisch und sehr ungehalten sein über gewisse Erscheinungen und Verhältnisse, die mit dieser Sache im Zusammenhang stehen. Man kann die Steuer als Notwendigkeit empfinden und kann gleichwohl die wenig konsequente und schwankende Haltung des Bundesrates kritisieren. Man kann sich empören über die ungerechte Anschuldigung, die in der Motivierung dieses Mehrheitsantrages nicht von der Mehrheit selbst, aber etwa im Volke draussen erhoben wird. Man kann Kritik über an gewissen Theorien und Thesen, wie sie

in neuester Zeit in gewissen politischen Versammlungen und bei gewissen Parteien aufgestellt werden, und man kann ungehalten sein über zu weit gehende Anträge. Aber das schliesst nicht aus, dass man an und für sich vollständig von der Notwendigkeit der Sache überzeugt sein kann, und das ist bei mir der Fall.

Man hat mir ferner vorgeworfen, ich hätte den Standpunkt der Minderheit in meinem Eintretensreferate einseitig betont. Ja, das ist doch selbstverständlich; ich kann nicht gegen meine Ueberzeugung reden. Ich war zwar lange Advokat; aber ich muss sagen, das habe ich eigentlich nie fertig gebracht, und insofern war ich von jeher ein sehr schlechter Advokat.

Welche Anträge die Mehrheit Ihnen unterbreitet, das habe ich Ihnen eingehend auseinandergesetzt. Darüber waren Sie von vornherein orientiert. Diese Anträge näher zu begründen, konnte ich unterlassen, weil diese Mehrheit sehr wohl, ja viel besser als ich, in der Lage ist, ihren Standpunkt darzutun. Und das musste ich auch unterlassen, weil die Mehrheit in der Kommission ihre weitergehenden Anträge eigentlich nicht näher begründet hat, höchstens etwa damit, dass sie gesagt hat, es sei populärer, wenn man 100% dekretiere als nur 75%; so etwas werde vom Volke erwartet — als ob Sie das ganze Volk abgehört hätten vorher — und dass man eine Tat vollbringen müsse und was derartige allgemeine Redensarten mehr sind. Das waren die Punkte, die in der Kommission etwa zur Begründung des weitergehenden Mehrheitsantrages vorgebracht worden sind.

Ich wollte loyal sein und bereits in meinem Eintretensreferat ganz genau und sehr eingehend den Standpunkt der Minderheit darlegen, um damit den Herren der Mehrheit Gelegenheit zu geben, sich die Sache zu überlegen, und Ihnen sogar die Möglichkeit zu geben, sich während fünf Tagen daraufhin zu präparieren, unsere Hauptgesichtspunkte und die Argumente, die wir zur Begründung unseres Standpunktes vorgebracht haben, zu widerlegen und zu entkräften. Insofern habe ich loyal gehandelt und nicht illoyal. Ich habe Sie nicht überrascht, sondern Sie haben jetzt reichlich Gelegenheit gehabt, die Argumente und den Standpunkt der Minderheit sich ganz genau zu überlegen.

Wenn ich resümierend zusammenfasse, was zur Begründung des Mehrheitsantrages auch im Rate vorgebracht worden ist, so ist es nicht viel anderes, als was ich vor der Kommission gesagt habe. Das Motto ist ungefähr das, und es ist in verschiedenen Variationen wiederholt worden: «Das Volk will es, die öffentliche Meinung will es, der Besitz kann es, also muss er!» Das ist ungefähr die ganze Begründung des Mehrheitsantrages. Aber die Hauptgesichtspunkte und die Argumente, welche die Minderheit zur Begründung ihres Standpunktes vorgebracht hat, dass ihre Anträge das äusserst Zulässige und dass die Anträge der Mehrheit ungerecht und undemokratisch, weil zuweitgehend seien, sind bisher nicht entkräftet worden, geschweige denn, dass sie widerlegt worden wären. Im Gegenteil, sie sind zum Teil geradezu unwidersprochen geblieben, und von einem Teil derjenigen Herren, die zugunsten der Mehrheit votiert haben, sind sie, wenigstens teilweise, geradezu als richtig anerkannt worden.

Aber ich konstatiere: Es ist nicht widerlegt worden, dass es das Gebot der primitivsten Regeln einer richtigen und gerechten Steuerpolitik ist, dass so grosse Opfer, die der Staat in so langer und schwerer Kriegszeit im Interesse der Erhaltung seiner Integrität und zum Schutze des Landes hat bringen müssen, nicht einfach auf die Schultern einer ganz kleinen Zahl seiner Bürger abgeladen werden dürfen, sondern dass jeder an seinem Ort und nach Massgabe seiner Leistungsfähigkeit mit beitragen soll. Es ist nicht widerlegt worden und konnte nicht widerlegt werden, dass bisher dieser Grundsatz seit Beginn des Krieges in den eidgenössischen Räten als ganz selbstverständlich betrachtet worden ist und dass erst acht Tage vor der Dezembersession die Mehrheit diesen Grundsatz aufgegeben hat. Da will ich vielleicht ausnehmen unseren Kollegen Herrn Heinrich Scherrer. Er hat allerdings schon in früheren Sitzungen gesagt: «Eigentlich wäre ich dafür, dass das Ganze durch die Kriegssteuer gedeckt wird; aber aus Opportunitätsgründen will ich diesen Standpunkt nicht einnehmen.» Und es ist nicht widerlegt worden, dass dieser Grundsatz in allen andern Staaten, in allen Staaten der Welt, vor dem Kriege und auch während des Krieges und nach dem Kriege in bezug auf die Kriegsschuld Anwendung gefunden hat und dass die Schweiz mit einer andern Steuerpolitik vollständig allein in der Welt dastehen würde und die Abweichung von diesen bewährten Regeln ein ganz bedenkliches und gefährliches Präjudiz für die Finanz- und Steuerpolitik in Bund und Kantonen für die Zukunft werden kann. Und es ist nicht widerlegt worden, dass von der gesamten Kriegsschuld mindestens 800 Millionen bereits durch ausschliessliche Leistungen des Besitzes gedeckt sind und somit höchstens noch 500 Millionen zu decken bleiben und dass nach dem Antrage der Minderheit, abgesehen von den ab 1. Januar 1919 laufenden Zinsen, die ganze Kriegsschuld, nicht nur die Mobilmachungskosten, bis auf etwa 50 Millionen Franken gedeckt würde und somit nur noch für zirka 50 Millionen Franken plus die Zinsen Deckung durch andere Steuermassnahmen gesucht und gefunden werden müsste und dass umgekehrt nach den Anträgen der Mehrheit 200 Millionen über die ganze Kriegsschuld hinaus aufgebracht werden müssten, so dass in dieser Hinsicht der Beschluss und das, was im Entwurfe selbst steht, vollständig in Widerspruch zueinander sich befänden. Und es ist endlich nicht widerlegt worden, dass ein derart weitgehender Aderlass am Vermögen und Erwerb, diesen hauptsächlichen Steuerquellen der Kantone und Gemeinden, während einer Dauer von 20 Jahren eine schwere Beeinträchtigung der Kantone in ihrer Steuerkraft bedeutet und sich zu einer grossen Gefahr für die kommerzielle und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auswachsen kann. Das ist alles nicht widerlegt und entkräftet worden.

Nun ist uns allerdings in der letzten Freitagssitzung gesagt worden, mit Gründen der Logik und der Vernunft komme man hier überhaupt nicht aus; man stehe vor einer zwingenden Notwendigkeit, in einer Zwangslage, angesichts der inneren und der äusseren Gefahren, die uns drohen; diese Gefahren von innen und von aussen machten es zu einem Gebot staatsmännischer Klugheit, den ganzen Schritt zu tun, um so diese Gefahren zu beschwichtigen. Andere Votanten haben von einem Zeichen der Zeit gesprochen, das man verstehen müsse und das die Minderheit nicht verstehe, vom Ernst der Stunde. Früher sprach man etwa vom Pulsschlag der Zeit, den die einen fühlen und die andern nicht fühlen! Ihre Minderheit verkennt diese Gefahren und diese Schwierigkeiten absolut nicht.

Ihre Minderheit ist überzeugt, dass an diesen Verhältnissen auch nicht das geringste geändert wird, ob in bezug auf die Beteiligungsquote für die direkte Steuer so oder anders von Ihnen dekretiert wird, ob 75% oder 100% dekretiert werden. Das lässt die grosse Masse so kalt, als sie überhaupt etwas kalt lassen kann. Der Schuh drückt sie ganz wo anders.

Wenn Sie die Gefahren, die uns von innen und von aussen her bedrohen, beseitigen wollen, dann müssen Sie die Gründe und die Ursachen beseitigen, die diese Verhältnisse bedingen. Da sind wir leider ohnmächtig, aber auch vollständig ohnmächtig. Worin bestehen diese inneren Gefahren? In der kolossalen Unzufriedenheit über die allgemeine Teuerung, über die Knappheit an den allernötigsten Bedarfsartikeln. Sie bestehen ferner darin, dass diese Unzufriedenheit künstlich genährt und förmlich gezüchtet wird, dass die Massen seit Jahren einseitig bearbeitet und verhetzt werden, dass die Unzufriedenheit benützt wird und sich benützen lässt zu revolutionären Umtrieben und Unternehmungen. Geben Sie den Leuten genug Nahrungsmittel, geben Sie ihnen genug Fleisch, Brot, Milch und Käse, geben Sie ihnen Kleider, geben Sie ihnen die andern nötigen Bedarfsartikel und geben Sie ihnen diese zu wesentlich erleichterten Preisen, dann werden Sie bald Zufriedenheit haben. Aber gerade da sind wir ja absolut ohnmächtig. Und wenn nach einer Richtung die grössten Ungerechtigkeiten gegen den Bundesrat begangen werden, so ist es gerade nach der Richtung, dass man ihm Vorwürfe macht, er habe diese Verhältnisse mitverschuldet oder sei dafür verantwortlich. Aber solange wir diese Erleichterung hier nicht bringen können, so lange wirde diese Unzufriedenheit bestehen und mit der Unzufriedenheit auch die damit verbundenen Gefahren.

Es wird uns auch nie gelingen — d. h. ich will nicht von uns reden; ich mache keine derartigen Anstrengungen —, die sozialistischen Führer aus ihren Sätteln zu heben und das sozialistische Agitationssystem unwirksam zu machen. Alle die Bestrebungen, die da von jungen Parteien, respektive jungen Parteiführern, etwa unternommen werden wollen, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, wie es heisst, ihr die Massen abwendig zu machen und sie den linksstehenden bürgerlichen Parteien wieder zuzuführen, sind vergebliche Versuche. Die Massen sind zu lange einseitig und tendenziös bearbeitet worden. Und kraft der Art und Weise, wie da vorgegangen worden ist, steht unsere ganze bürgerliche Bevölkerung viel zu sehr in Misskredit, und die Parteidisziplin und der Parteiterror sind viel zu stark, als dass durch eine plötzliche Aenderung in der Taktik und dadurch, dass man nun etwa ein anderes Programm aufstellt, man der Sozialdemokratie die Frucht ihrer jahrzehntelangen Arbeit nur so schnell entwinden könnte. Sogut die Sozialdemokratie jahrzehntelang gebraucht hat, um zu der grossen und kompakten Masse zu werden, zu dem scharfen Instrument, das sie in den Industrie- und Verkehrszentren geworden ist, einer ebenso langen Zeit und Entwicklung würde es bedürfen, um sie sukzessive wieder zu demontieren, vorausgesetzt, dass sie die Keime der Auflösung nicht bereits selbst in sich trägt.

Wir wollen auch darüber ganz klar sein. Die Gefahren, die wir bisher gekannt haben, sind noch nicht zu Ende; sie können noch grösser werden. Die schwierigsten Zeiten sind vielleicht noch nicht hinter uns, sondern stehen uns nach dieser Richtung erst bevor. Die Lebensmittelversorgung ist vorläufig, trotz des Waffenstillstandes, wenigstens noch nicht besser geworden. Unsere Rohstoffversorgung ist zweifellos schlechter geworden. Ich erinnere nur an die Kohle, die gegenwärtig vollständig ausbleibt und von der wir heute absolut nicht wissen, wann und in welchem Umfange sie uns wieder zugeführt wird. Die Arbeitsaufträge fangen immer bedenklicher an auszubleiben bei unserer Industrie, und die Gefahr der Betriebseinschränkungen, der Betriebseinstellungen mangels genügender Rohstoffe und Brennstoffe, aber auch mangels genügender Nachfrage nach unseren Produkten, und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit und der Verdienstlosigkeit nimmt immer bedrohlichere Gestalt an. Wir können Zuständen entgegengehen, die ganz anderer Natur sind als diejenigen, die zum Demonstrationsstreik und zum Landesstreik geführt haben. Diesen letzten Streik kann ich in Gottesnamen, heute ganz besonders nicht, nicht besonders tragisch nehmen. Es ist doch ganz selbstverständlich, dass diese Bewegungen nun eher eine Entspannung und eine gewisse Erleichterung gebracht haben, da sie ja misslungen und in ihren Zielen und Berechnungen vollständig gescheitert sind. Das wirkt nicht animierend für neue derartige Unternehmungen, auch wenn man sich in Reden und Zeitungsartikeln lange den gegenteiligen Anschein gibt und durch erneute Ausfälle und möglichst starke Drohungen den Rückzug zu decken sucht. Die grosse Masse hat diesen Streik überhaupt mitgemacht, ohne so recht zu wissen, warum. Fragen Sie die Arbeiter! Ich habe regen Kontakt mit der Arbeiterschaft, und zwar mit einer grossen Arbeiterschaft. Oder fragen Sie unsere Eisenbahner, warum sie eigentlich gestreikt hätten, warum sie sich dazu hätten hinreissen lassen! Als stereotype Antwort werden Sie hören: «Aus Solidarität.» Ueber die politischen und revolutionären Zwecke dieser Bewegung waren die Leute gar nicht orientiert. Und die Forderungen, die in letzter Stunde noch schnell aufgestellt worden sind vom Aktionskomitee — beinahe hätte ich gesagt Oltener Aktionskomitee —, um dem Unternehmen einen äusseren Schein, gewissermassen eine Firma zu geben, waren der grossen Masse, die mitmachte, absolut unbekannt. Man hat gestreikt, weil man dazu aufgefordert worden ist, weil man gewohnt ist, der Parole der Führer zu folgen, weil der Streik gewissermassen Modesache geworden ist, von der man weiss, dass oft etwas damit zu erreichen ist. Aber wenn einmal Hunger und Elend die treibenden Motive für solche Bewegungen werden, dann kann die Sache gefährlich werden, und das liegt leider nicht ausser dem Bereiche der Möglichkeit.

Alle diese Dinge verkennen wir bei der Minorität nicht. Aber wir sagen: Mit der Gestaltung der Kriegssteuer nach dem Antrage der Mehrheit oder dem Antrage der Minderheit werden Sie daran auch nicht das Geringste ändern. Es wird in den Kreisen der sozialdemokratischen Führer höchstens eine gewisse Schadenfreude auslösen, dass man uns Beine gemacht habe, dass man uns in den Sozialreformgalopp versetzt habe, wie man sich auszudrücken pflegt, und dergleichen mehr.

Die Sozialdemokratie erwartet gar nicht und kann vernünftigerweise gar nicht erwarten, dass wir auf 100% gehen nach dem Antrage der Mehrheit. Sie kann meines Erachtens ihre Stellungnahme zu dieser Vorlage gar nicht davon abhängig machen, ob heute 100%

oder 75% beschlossen werden. Denn ich stelle noch einmal fest: Noch in der Septembersession dieses Jahres hat der offizielle Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat, Herr Gustav Müller, die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen seine Partei für die Kriegssteuer, und zwar für die Kriegssteuer nach der damaligen Vorlage des Bundesrates, zu haben sei. Diese Bedingungen waren einerseits vermehrte Entlastung nach unten und anderseits Massregeln für die richtige Besteuerung und für die gleichmässige Durchführung der Steuer an allen Orten. Aber die Deckung einer grösseren Quote als die 75% ist von ihm nie als Bedingung aufgestellt worden.

Ich möchte nun mit dem, was ich über Sozialreform und dergleichen gesagt habe, nicht missverstanden werden. Man kann ja in dieser Hinsicht nicht vorsichtig genug sein. Ich will Ihnen in keiner Weise ausreden, zeitgemässe Sozialreformen auszuführen, und zwar auszuführen, ganz gleichgültig, wie sie im Lager der sozialdemokratischen Führer aufgenommen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt: Es ist unsere Pflicht als Menschen, als Parlamentarier, Unebenheiten in unseren sozialen Verhältnissen auszugleichen, soweit das immer möglich ist, allen Schichten des Volkes ihr Dasein und ihre Existenzbedingungen zu erleichtern, nicht um unsern Einfluss und unsere Macht zu mehren oder zu wahren und zu sichern, sondern weil das menschliche Pflicht ist und weil es auch im Interesse einer friedlichen und geordneten Entwicklung unserer inneren Verhältnisse liegt und somit im Interesse aller Staatsbürger gelegen ist.

Aber wenn wir vielleicht auf sozialem Gebiete rückständig geblieben sind, so können wir nicht sagen, dass das auch auf dem Gebiete der Steuerpolitik der Fall sei, und insbesondere wird dem Antrage Ihrer Minderheit nie mit Grund der Vorwurf der Rückständigkeit gemacht werden können. Mit der Steuerpolitik, wie sie den Anträgen der Minderheit zugrunde liegt, sind wir noch lange allen Staaten weit voraus. Der Mehrheitsantrag ist unseres Erachtens nichts anderes als ein ganz unnötiges und ungerechtfertigtes Plus.

Aber eines wollen wir nicht vergessen: Bei allen Sozialreformen, mögen sie so oder anders finanziert werden, wird es immer wieder der Besitz sein, der sowieso die Hauptlast zu tragen haben wird. Und je mehr der Besitz mit dieser Steuer belastet wird, um so weniger Zumutungen werden Sie ihm bei der Durchführung von sozialen Reformproblemen machen können. Mit dem Antrag der Mehrheit wird also gerade nach dieser Richtung eigentlich das Gegenteil von dem erreicht, was man bezwecken möchte.

Und nun noch ein Wort über den Einfluss des Auslandes und die Gefahren, die uns von dorther drohen.

Auch hier stehen wir den Verhältnissen absolut nicht blind und verständnislos gegenüber. Von vornherein ist ja ganz klar, dass die Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wie sie sich in Europa, sagen wir auf der Welt, als Nachwirkung des Krieges vollziehen kann, zweifellos auch ihren Einfluss auf unser Land ausüben und uns vor Neuerungen und Aufgaben stellen wird, die wir heute noch absolut nicht übersehen können, von denen wir heute noch gar keinen Begriff haben. Die nach mehrjähriger Kriegsdauer heimkehrenden Krieger werden zweifellos zu Hause ihre Wechsel präsentieren, und ein grosser Teil dieser Wechsel wird akzeptiert und honoriert werden müssen. Aber ob sich diese Umgestaltung auf dem Evolutionswege oder auf dem Revolutionswege im Ausland vollziehen wird, das steht ja heute absolut nicht fest; darüber wissen wir noch nichts. Und die Soviets in Russland und die Soldaten- und Arbeiterräte in Deutschland wollen wir heute noch nicht als definitive und ständige Institutionen und Erscheinungen betrachten, mit denen wir absolut rechnen müssen.

Wir kennen ihre Ziele, wir kennen ihre Programme. Wir kennen auch das Programm der englischen Arbeiterpartei, das, nebenbei bemerkt, von der neuentstandenen Richtung der bürgerlichen Linksparteien in der Schweiz tale quale kopiert und akzeptiert worden ist und an das sich das christlich-soziale Programm stark anlehnt. Aber das sind Programme, und wieweit die ausländischen Programme und Ziele sich in den betreffenden Ländern realisieren lassen und auf welchem Weg es geschieht, ob auf dem Weg der normalen Gesetzgebung oder auf dem Revolutionsweg, das ist zurzeit noch eine vollständig offene Frage. Sicher ist das: Was im Auslande kommen wird, wird seinen Einfluss bei uns ausüben, soweit die Grundbedingungen auch bei uns vorhanden sind, und ein Land wie das unsrige, das wirtschaftlich so stark mit dem Ausland verbunden ist, ja in so weitgehendem Masse eigentlich wirtschaftlich von ihm abhängig ist, wird sich dem Einfluss des Auslandes in wirtschaftlicher Hinsicht und in allem, was mit dem Wirtschaftswesen im Zusammenhang steht, nie entziehen können.

Daneben ist natürlich auch nicht ausgeschlossen, dass die Erfüllung grosser sozialer Forderungen auf dem Wege internationaler Vereinbarungen dekretiert werden und auf diese Weise eine vollständig neue Weltordnung geschaffen werden kann.

Das kommt und das wird kommen, wie es kommen muss. Und da betrachte ich es als durchaus ausgeschlossen, dass die Frage, wie wir unsere Kriegssteuer gestalten, uns davor bewahren kann, dass unsere Verhältnisse sich anders gestalten werden mit Rücksicht auf den Einfluss des Auslandes, als sie sich ohnehin gestalten werden.

Darum kann sich Ihre Minderheit dem Standpunkt, der am letzten Freitag in bewegten und eindrucksvollen Worten dargelegt worden ist, nämlich dem Standpunkt, dass wir die vorliegende Frage nicht mehr vom Gesichtspunkte der Logik und der Vernunft auslösen können und lösen dürfen, dass wir unter dem Eindruck der bestehenden Gefahren einfach so handeln müssen und aus Gründen der Staatsraison nicht anders handeln dürfen, nicht anschliessen. Jener Standpunkt überschätzt die Wirkung, welche die Annahme des Mehrheitsantrages in bezug auf die Beschwörung und Beschwichtigung der vorhandenen Gefahren ausüben wird. Der Mehrheitsantrag hat oder mag eine gewisse parteitaktische Bedeutung haben, aber eine generelle Bedeutung für unser Volk hat er nicht, und er wird namentlich keine entspannende Wirkung auszulösen vermögen, eben weil er die den tatsächlich bestehenden Gefahren zugrunde liegenden Ursachen nicht zu beseitigen vermag und weil wir diesen gegenüber überhaupt ohnmächtig sind. Deshalb sage ich: Die Grundsätze der Logik und der Vernunft und die Grundsätze von Gerechtigkeit und Billigkeit sollten wir daher auch bei diesem Anlass als Gesetzgeber nicht aufgeben und sollen sie so lange nicht auf-

geben, als nicht eine absolute Notwendigkeit dafür besteht. Von diesen Erwägungen aus empfehle ich Ihnen neuerdings den Antrag der Minderheit.

Schöpfer: Die Mehrheit der Kommission hat eigentlich keinen bestimmten Berichterstatter bezeichnet. In einer kurzen Aussprache, die vor dem Referat des eigentlichen Kommissionsberichterstatters stattfand, wurde vereinbart, dass die Kommissionsmitglieder nach Belieben die Diskussion zur Begründung ihrer Ansicht benützen sollen. Wir haben davon Umgang genommen, ausdrücklich einen Berichterstatter zu bezeichnen, in der Meinung, dass derjenige, welcher anlässlich des Eintretens den Standpunkt der Mehrheit in allgemeinen Zügen dargelegt hat, dann in dieser Grund- und Hauptfrage, ob 75% oder das Ganze gedeckt werden sollen, nötigenfalls noch einige Worte am Schluss beifügen könne.

Ich denke, die andern Mitglieder der Mehrheit werden ihren Standpunkt auch noch begründen. Ich meinerseits möchte als Mitglied der Kommission dies zunächst tun.

Wenn der Herr Kommissionspräsident eingangs seines interessanten Vortrags ausgeführt hat, er betrachte es als eine undankbare Aufgabe, heute den Minderheitsantrag zu vertreten, so meine ich, man dürfe ihm beipflichten, und ich glaube, dass Herr Legler und Herr Isler, die in der letzten Freitagsitzung den Herrn Kommissionspräsidenten zu seiner unerschrockenen und tapfern Haltung beglückwünscht haben, dies neuerdings tun dürften, und zwar deshalb, weil meiner Meinung nach die Ansichten im Rate darüber, ob 75 oder 100% gedeckt werden sollen, endgültig gemacht sind. Wer noch irgendwie Zweifel hatte, ob er sich den Anträgen der Minderheit oder denjenigen der Mehrheit anschliessen solle, dem wurden diese Zweifel ganz sicher behoben in demjenigen Moment, als er das ausserordentlich eindrucksvolle Votum von Herrn Isler hörte. Ich meine daher, man braucht nicht mehr viel Worte, um seinen Standpunkt zu begründen.

Wenn Herr Paul Scherrer die Meinung ausgesprochen hat, man schiebe ihm in die Schuhe, er sei überhaupt gegen die Kriegssteuer, dann, glaube ich, rennt er offene Türen ein. Ich habe tatsächlich wenigstens aus den Kreisen der Kommissionsmehrheit niemals so etwas gehört, und ich glaube nicht, dass irgend jemand in diesem Saale ist, welcher überhaupt annimmt, Herr Scherrer wolle grundsätzlich keine Kriegssteuer. Im Gegenteil, in sämtlichen Kommissionssitzungen — dieses Zeugnis müssen wir ihm gewiss ausstellen — hat er in weitgehendem Masse immer und immer wieder der Kriegssteuer das Wort geredet, aber es als ritterliche Pflicht dem Besitze gegenüber betrachtet, aus Gründen der Gerechtigkeit und aus den Gründen, die er Ihnen angeführt hat, nur für drei Viertel und nicht für das Ganze einzustehen. Also glaube ich, die ausführlichen und langen persönlichen Bemerkungen gegen den Vorwurf, er sei ein Gegner der Kriegssteuer, seien eigentlich nicht nötig gewesen.

Auch diejenigen, welche für eine hundertprozentige Deckung der Mobilisationsschuld sind, haben ganz sicher, und es ist das ausdrücklich ausgesprochen worden, anerkannt, dass durch Herrn Paul Scherrer der heute gang und gäben Meinung, der Besitz sei geradezu etwas Anrüchiges, mit Entschiedenheit entgegentreten wurde, und wir begrüssten es, dass das seitens der Kommission geschah; wir begrüssten, dass diese landläufige Meinung, der Besitz sei etwas Unrechtes, dem man Gewalt und Leid antun könne, wie man wolle, zurückgewiesen wurde. Wir sind also durchaus der Auffassung, dass der Berichterstatter der Kommissionsminderheit seinem wahren Gefühl und nicht einer dissimulierten Meinung Ausdruck verlieh, als er für die drei Viertel votierte. Allein, ob er sich nun das Zeugnis eines « schlechten Advokaten » ausstellen muss, wenn er nur seiner wahren Meinung Ausdruck gibt, wie das Herr Kollege Scherrer getan hat, dazu möchte ich doch ein Fragezeichen setzen. Eigentlich macht er den Anwälten, die hier im Rate sitzen, nicht ein sonderliches Kompliment, wenn er ausspricht, es sei einer ein « schlechter Advokat », wenn er einen Handel nur auf Grund seiner Ueberzeugung vertrete. Ich bin nicht mehr Advokat; allein ich hatte immer die gegenteilige Auffassung, dass der ein besonders guter Anwalt sei, der mit Schärfe und überzeugt von der Wahrheit der von ihm vertretenen Auffassung einen Prozess plädiert, und nicht derjenige, der im untersten Fältchen des Herzens etwas anderes denkt, als was er auf der Zunge hat. Von diesem Gesichtspunkt aus können wir also Herrn Scherrer das Zeugnis eines guten Anwaltes ausstellen.

Nun einige materielle Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Kommissionsberichterstatters. Ich möchte ihm nicht auf dem ganzen Gang seiner Ausführungen folgen, weil sonst die Beratung zu weitschichtig würde. Allein in seinem Eintretensvotum und auch heute wiederum sind zum Teil retrospektive Betrachtungen angestellt worden, welche beweisen sollen, dass nicht die ganze Mobilisationsschuld, sondern nur ein Teil derselben getilgt werden müsse. Auch heute ist wiederholt worden, dass eigentlich der Besitz schon 800 Millionen bezahlt habe und dass nur noch 500 Millionen Kriegssteuer zu tilgen seien.

Wir sind doch in unserer Sommerkommissionssitzung und auch in unserer Herbstkommissionssitzung immer und immer von dem Gedanken ausgegangen, dass die Mobilisationsschuld 1,5 Milliarden betrage. Diese Höhe der Schuld stellten wir fest in einem Zeitpunkt, als der Krieg noch nicht zu Ende war. Als man dann später eine gewisse Uebersicht der Kosten hatte, bei der beginnenden Liquidation des Krieges sozusagen, kam man gestützt auf Berechnungen zu dem Ergebnis, dass diese Ziffer von anderthalb Milliarden ungefähr zutreffe. Da tut es doch gut, wenn man immer wieder vier Ziffern, die uns damals der Vorsteher des Finanzdepartementes vorgeführt hat, sich ins Gedächtnis zurückruft. Wir wissen, dass auf Ende Oktober 1918 die Mobilisationsausgaben 1020 Millionen ausgemacht haben. Dazu kommen die zirka 30 Millionen, welche wir für die inneren Unruhen vom November aufwenden müssen, dazu die Defizite unserer Staatsrechnung mit 280 Millionen und die Kosten für die Fürsorgetätigkeit des Bundes mit zirka 70 Millionen. Bei Addition dieser vier Posten kommen Sie wieder auf einen Gesamtbetrag von 1400 Millionen. Ob wir also 1,5 oder 1,4 Milliarden haben, macht keinen grossen Unterschied.

Nun wird uns vorgeworfen, oder es scheint, als ob es ein Vorwurf wäre, dass man sich allzusehr den Stimmungen und Gefühlen der letzten Wochen hingegeben habe. Je nachdem einer mehr oder weniger impressionabel sei, sei er für drei Vierter oder für das Ganze gewesen. Ja, darf man das nicht? Ist es ein Fehler, dass wir impressionabel waren? Ich meine, das sei kein Grund, um anzunehmen, dass man da auf dem unrechten Wege sei. Ich habe vielmehr die Auffassung, dass schliesslich kein Mensch und keiner von uns sich ausserhalb der Einflüsse desjenigen Milieus und derjenigen Ereignisse und Tatsachen, welche sich vor seinen Augen abspielen, setzen könne. Ich glaube, da gelte der Satz: «Hic Rhodus, hic salta!» Wir können nicht über Rhodus hinausgehen und nicht hinter Rhodus zurückbleiben. Bleiben unsere Theorien hinter dem Rhodus oder eilen sie voraus, so setzen wir uns in eine Welt und rechnen mit Verhältnissen, wie sie nicht bestehen, wie sie gewesen waren oder wie sie sein sollten. Nur die vernünftige Einsicht in die Zeitlage bedeutet eine Aussöhnung und einen Ausgleich unter den Gegensätzen der Wirklichkeit; wir müssen daher mit den Verhältnissen rechnen, wie sie sind, und nicht, wie sie waren oder sein sollten. Aus diesem Grunde müssen wir dasjenige, was sich Mitte November im Schweizerlande abgespielt hat, würdigen. Wenn man heute nicht impressionabel ist, vergisst man tatsächlich die Pflicht der Stunde. Und wenn wir uns diesen Impressionen der Novemberwoche hingeben, dann kommen wir doppelt und dreifach dazu, die 100% zu decken und nicht nur die 75%.

Diese weitgehende direkte Deckung sei nicht notwendig, wird uns heute wieder entgegengerufen, und zwar deswegen, weil man doch auch den indirekten Steuern einen Teil überlassen könne. Es wurde uns letzten Freitag in einer grösseren Aufstellung ausgeführt, wie gewaltig uns die ausländischen Staaten im Verhältnis der direkten und indirekten Steuern überholt hätten. Es wurde uns gesagt, dass in Deutschland, England, Frankreich und Italien überall die indirekten Steuern gewaltig angestiegen seien und in einem ganz andern, viel grösseren Verhältnisse stehen zu den direkten Steuern als bei uns in der Schweiz. «Mit Worten lässt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten». Mit Zahlen auch. Ich habe hier eine interessante Broschüre vor mir. Die Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft vom Jahre 1918, welche einen Aufsatz des Baslers Dr. Holzach enthält über die Steuerverteilung und Steuerbelastung in der Schweiz vor Ausbruch des Weltkrieges. Da wird zunächst umschrieben, was zu den direkten und was zu den indirekten Steuern zu zählen sei. Wenn man diese Ausführungen nachliest, so konstatiert man, dass zunächst ein Streit darüber herrscht, was direkte und was indirekte Steuern seien, und dass die Doktrin und die Finanzwissenschaft über diese Begriffe durchaus nicht einig sind. Man müsste also, wenn man die Zahlen, die uns letzte Woche angeführt wurden, tel quel akzeptierte, und anerkennen wollte, dass andere Staaten ein anderes Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern haben als die Schweiz, vorher genau präzisieren, was bei dieser Berechnung als direkte und indirekte Steuer aufgefasst wird. Hier ist ausgeführt, dass zu den direkten Steuern die Aktivbürger- und Personalsteuern gehören, die Haushaltungsteuern, die Grund- und Vermögenssteuern, die Ertragssteuern, die Einkommenssteuern, die Handels- und Industriesteuern, die Erwerbs- und Kapitalsteuern der anonymen Gesellschaften, die Gewerbesteuern und allgemeinen Einkommenssteuern. Das sind direkte Steuern. Es scheint, dass der Herr Kommissionspräsident da mit unserer Auffassung einverstanden ist. Zu den indirekten Steuern rechnet er die Vermögensverkehrssteuern (Erbschafts- und Schenkungssteuer, Handänderungs-, Wechsel-, Stempel- und Banknotensteuer) dann gehören zu den indirekten Steuern die Aufwandsteuern (Wagen, Pferde, Fahrräder, Automobile etc.), die Verbrauchs-Steuern, d. h. Zölle, Alkohol-, Tabak-, Salzmonopol, Wirtschaftspatente usw. Das sind nach dem Verfasser dieser Broschüre die indirekten Steuern. Also von diesen Gesichtspunkten geht der Verfasser dieser Broschüre aus, wenn er nun die Verhältniszahlen für direkte und indirekte Steuern einander gegenübersetzt. Wenn wir diese Ziffern mit denjenigen vergleichen, welche vom Herrn Kommissionspräsidenten uns vorgeführt wurden, so kommen wir zu andern Resultaten. Da sehen wir, dass die direkten und die indirekten Steuern in der Schweiz in ihrer Relation sich ganz wohl dem gegenüberstellen lassen, was für Deutschland gilt. Im Jahre 1913 — man wird mir einwenden, das sei vor dem Kriege gewesen — betrugen jenseits des Rheines pro Kopf der Bevölkerung die direkten Steuern rund 43 Mark und die indirekten 32 Mark. Bei uns betrugen die indirekten Steuern im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 32,23 Franken. Bei den direkten Steuern verhält es sich etwas anders. Die betrugen bei uns 37 Franken, waren also im Deutschen Reiche etwas höher. Aus der Darstellung dieser sehr interessanten Monographie geht hervor, dass auf der ganzen Linie und überall die direkten Steuern entwickelt werden und nicht die indirekten. Im Jahre 1907 betrug beispielsweise die direkte Steuer in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung 2 Mark, während sie in der Zeit von sieben Jahren, bis 1913 von 2 Mark auf 10 Mark angewachsen war. Also nicht die indirekten Steuern wachsen kolossal an, sondern die direkten Steuern. Der Krieg hat das Verhältnis etwas verschoben; aber man muss doch nicht mit ausserordentlichen, sondern mit ordentlichen Verhältnissen rechnen. Wenn also ausgeführt wird, es bleibe ja gar nichts mehr übrig für die indirekten Steuern und man müsse die indirekten Steuern noch weiter ausbauen bei uns im Schweizerland, ungefähr gleich, wie das in andern Ländern geschehe, so stimmt dieses Argument nicht. Im Jahre 1913 entfielen von 100 Franken Steuer auf die direkte Steuer in der Schweiz Fr. 53 und auf die indirekte Fr. 46., und in Deutschland entfielen auf die direkten Steuern 46 Mark von 100 Mark und auf die indirekten 43 Mark. Also ungefähr auch wieder das nämliche Verhältnis und nicht diese ungeheuer verschiedenen Ziffern, welche uns da vorgeführt wurden.

Es ist ganz begreiflich, dass die Entwicklung der direkten Steuern der Zukunft entspricht. Es ist eigentlich ganz verständlich. Man braucht sich nur über die Herkunft und den Zweck der Steuer klar zu sein. Je stärker und je prononcierter die Besitzunterschiede bei uns werden und je mehr die Armut auf der einen und der Reichtum auf der andern Seite zunimmt, desto stärker wird im Sinne der direkten Besteuerung ein Ausgleich gesucht werden müssen.

Wenn man aber auch annehmen will, dass die indirekte Steuer immer noch ein gewisses Arbeitsgebiet habe, dann muss man sich fragen: Sind nicht so viele Aufgaben des Bundes noch vorhanden, welche notwendigerweise gelöst werden müssen und zur Voraussetzung haben, dass der Bund finanzielle Bewegungsfreiheit besitzt?

Da brauchen wir uns nur an die Budgetberatung zu erinnern. Es ist auch vom Herrn Kommissionspräsidenten anerkannt worden, dass dringlich eine höhere Besoldung des Bundespersonals kommen muss. Sie drängt sich einem auf, wenn man liest, was man kürzlich in den Zeitungen hat lesen können. Da wurden von der Stadt Zürich, welche ein neues Steuergesetz hat, und von der Stadt St. Gallen Steuerkommissäre gesucht, welchen ein Jahressalär von 10—15,000 Franken in Aussicht gestellt worden ist. Vergleichen Sie damit die Saläre, welche die Steuerfunktionäre des Bundes zur Stunde noch haben! Diese beziehen 6—8000 Franken. Also geht schon aus diesem einzigen Beispiel hervor, wie dringlich nötig die Besserstellung des Bundespersonals ist, wenn der Bund nicht riskieren will, dass die guten Beamten seiner Verwaltung einfach den Rücken kehren und dort ihr Brot suchen, wo sie besser und würdiger belohnt sind. Das ist also eine Aufgabe, welche der Bund in kurzer Zeit zu erfüllen hat.

Und denken Sie auch an das, was vom Herr Kommissionspräsidenten ausgeführt und anerkannt worden ist, an die vermehrte Last für den Unterhalt der Bundesbauten! Diese beläuft sich in die Millionen. Die Baukosten haben ja anerkanntermassen um 100 bis 150% zugenommen, und die Unterhaltungskosten werden um den nämlichen Betrag zugenommen haben. Man kann also füglich damit rechnen, dass alles, was jetzt im Baubudget des Bundes aufgenommen ist, jetzt, wo die grösste Sparsamkeit herrscht, sich in Zukunft verdoppeln wird.

Und dann der Zinsendienst. Man spricht nur vom Kapital und nicht von den Zinsen. Die Verzinsung der Anleihen kostet uns per Jahr ca. 53 Millionen. Wenn wir von einer Totalamortisation und der finanziellen Bewegungsfreiheit des Bundes sprechen, müssten wir dazu auch die kapitalisierte Summe dieser 53 Millionen jährlichen Zinsendienstes aufwenden. Auch hierfür müssen wir erhebliche Opfer bringen, und das scheint mir mit ein Grund zu sein, um die finanzielle Bewegungsfreiheit des Bundes durch totale Bezahlung der Kriegsschuld herzustellen.

Wir haben kürzlich über die Hilfskasse der Bundesbeamten gesprochen. Diese Hilfskasse ist nun in Gründung begriffen, mit Fug und Recht, weil die Beamten gegenüber den Eisenbahnern das Fehlen derselben immer als eine Zurücksetzung empfunden haben. Auch da werden wir mit einer grossen Zahl von Millionen rechnen müssen, wenn wir das in den nächsten Jahren durchführen wollen.

Und wissen wir denn, was uns die Unfallversicherung noch kostet? Das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung ist zur Stunde noch gar nicht vollständig durchgeführt. Wir haben dies gehört in einem interessanten Referat von Herrn Usteri. Wir sind uns über die finanziellen Konsequenzen der Durchführung des Bundesgesetzes noch gar nicht klar; wir wissen noch nicht, was alles dazu kommt, wenn einmal die Nichtbetriebsunfälle auch noch entschädigt werden müssen. Im Budget haben wir bereits, wenn ich mich recht erinnere, eine Summe von 8 oder 9 Millionen eingestellt; dazu wird beim weitern Ausbau des Gesetzes noch Erhebliches kommen.

Und dann denken Sie an den achtstündigen Arbeitstag, für den jetzt eine Bewegung im Gange ist! Die 48 Stundenwoche lässt sich nach all dem, was man hört und liest, nicht mehr zurückhalten; sie wird und muss kommen, und wir wissen ja alle, dass wir sie als einen bedeutenden Kulturfortschritt begrüssen können. Mit ihr muss auch die Bundesverwaltung rechnen. Denken Sie an den Produktionsausfall, welcher entsteht, und daran, dass der Lohn der vielen tausend Arbeiter und Angestellten nicht gekürzt werden kann, sondern dass für die Achtundvierzigstundenwoche gleichviel aufgewendet werden muss an finanziellen Mitteln, wie für die Fünfzig-, Einundfünfzig- oder Zweiundfünfzigstundenwoche. Mit Rücksicht auf die Produktionsverminderung wird dadurch eine bedeutende Belastung des Bundes entstehen, welche es doch wünschbar erscheinen lässt, dass der Bund die finanzielle Bewegungsfreiheit möglichst rasch erhält.

Und dann haben wir von meinem Nachbar zur Linken schon wiederholt über den fatalen und unglückseligen Finanzstatus der S. B. B. jammern hören, welche mit einem Defizit von 200 Millionen zu rechnen haben. Es steht für mich gar nicht fest, ob da nicht einmal die Bundeskasse, der Bund herhalten und einspringen müsse. Müssten wir dann noch eine Kriegssteuerschuld mit uns schleppen, so würden wir es kaum zu einer Aktion zugunsten der S. B. B. bringen, wenn das Schlimmste eintreten sollte.

Und schliesslich, zu guter Letzt, habe ich ja noch kein Wort über die Alters- und Invalidenversicherung gesprochen, welche nun glücklicherweise auch im Wurfe ist und für welche noch in dieser Session, wenn ich recht habe erzählen hören, ein Grundstock von 100—200 Millionen ausgesondert werden soll.

Also dies sind die Aufgaben des Bundes, welche dringlich und notwendig sind und welche die finanzielle Bewegungsfreiheit des Bundes erfordern und es nötig machen, dass wir nicht an den Füssen noch das Bleigewicht von diesen 25% der Kriegsschuld auf Jahre und Jahrzehnte hinaus mit uns schleppen. Wir haben genug an dem Zinsendienst mit 53 Millionen pro Jahr.

Nun wird uns heute vom Herrn Kommissionspräsidenten gesagt: Ja, deshalb macht Ihr das Volk nicht zufrieden; ob 75% oder 100% gedeckt werden, ist dem Volke gleich; die Bevölkerung und die breiten Schichten des Volkes werden so lange unzufrieden sein, bis Lebensmittel, Heizmaterial etc. billiger sind und überhaupt die Lebensführung besser ist. Aus dieser Konklusion zieht dann der Herr Kommissionspräsident und Minderheitsvertreter den Rückschluss: weil man das Volk nicht zufrieden machen kann und weil man in der Psyche, in der Mentalität des Schweizervolkes keine Aenderung herbeiführt, wenn man die ganze Kriegsschuld zahlt statt nur 75%, ist es gar nicht notwendig, die 100% zu bezahlen, sondern man kann sich mit 75% begnügen. Da vermag ich dem Herrn Berichterstatter in seiner Logik nicht zu folgen. Diese mehr oder weniger gute Beeinflussung der Mentalität des Volkes spielt doch wahrhaftig keine Rolle bei der Beurteilung der Frage, ob wir 75 oder 100% tilgen wollen. Kein

Mitglied der Kommissionsmehrheit macht solche Erwägungen zum Angelpunkt seiner Meinung. Wir wollen ja nicht deshalb 100% tilgen, um sofort die Zufriedenheit des Volkes herbeizuführen, sondern wir wünschen, dass die Gegensätze und die Erbitterung in der Bevölkerung nicht noch mehr wachsen, wenn wir diejenigen sozialen Postulate, von denen ich Ihnen gesprochen habe, in absehbarer Zeit nicht verwirklichen können. Das bezwecken wir.

Und wenn man nun den Einwand erhebt, es sei eigentlich undemokratisch, dass nur ein kleiner Prozentsatz des Volkes diese Steuer bezahlen müsse, so frage ich: undemokratisch? Ich habe auch kein Verständnis für diesen Einwand. Ich halte es für einen Ausfluss und das vornehmste Prinzip der Demokratie, wenn man die Steuern nach Kraft und Leistungsfähigkeit bemisst. Geschieht denn das nicht? Doch, das geschieht. Wir können doch nicht Steuern beziehen von Leuten, welche genug zu kämpfen haben im Daseinskampfe. Der Staat kann doch nicht auf der einen Seite den Leuten billige Lebensmittel liefern und alle möglichen sonstigen Konzessionen machen, während er ihnen auf der andern Seite die Steuer abknöpft. Demokratisch ist, dass man die Steuer nach der Leistungskraft und der Höhe und dem Ertrag des Vermögens bemisst; darin besteht die richtige Demokratie. Ich habe keinen Sinn für eine Demokratie, wo man den armen Teufel ausbeutelt, um den Höherstehenden etwas mehr zu schonen.

Und wenn behauptet wird, der kleine Mann habe nichts geleistet und er leiste nichts, so sage ich: ist denn der Militärdienst und sind die Gemeinde- und kantonalen Steuern, welche der kleine Mann leistet und bei denen er die durch die Bundeskriegssteuergesetzgebung gewährte Steuerbefreiung nicht geniesst, keine Leistungen an die Oeffentlichkeit, und darf man das nicht anführen? Ich glaube doch. Wir dürfen nicht nur mit der Kriegssteuer rechnen, wenn wir von den Leistungen der Minderbegüterten sprechen. Und dann dürfen wir schon sagen, dass der Minderbegüterte durch den Krieg, die Teuerung und die Entwertung des Geldes in viel schlimmerem Masse getroffen worden ist als der Vermögliche und dass er deshalb von diesem Gesichtspunkt aus, relativ gesprochen, bereits ebensoviel geleistet hat, als der Wohlhabende leisten wird mit der vermehrten Progression über 25 hinaus, wie sie noch von der Kommissionsmehrheit beantragt wird.

Mit den Zöllen rechnet auch der Herr Kommissionsberichterstatter als mit einer grossen Unbekannten und wohl mit Recht. Wir wissen nicht, ob sie viel oder wenig einbringen. Aber das wissen wir oder sollten wir wissen, dass wir unsere Zollgesetzgebung im Sinne möglichster Freiheit und nicht im Sinne von Schutzzöllen gestalten müssen. Wenn wir im Sinne möglichster Freiheit die Zölle aufstellen, so werden sie eben einen kleineren Betrag abwerfen, als sie bis anhin abgeworfen haben, und uns weniger Mittel zur Lösung sozialer Fragen bringen, als man vielleicht glaubt. Wir werden deshalb um so mehr dafür sorgen müssen, dass wir mit der Kriegsschuld möglichst nicht mehr zu rechnen haben. Denn mit den Zöllen werden wir inskünftig im Sinne möglichster Freiheit arbeiten müssen. Ich denke, dass dies auch dem Schutze der Industrie diene.

Wir von der Kommissionsmehrheit betrachten es als eine vornehme Pflicht des Besitzes, als ein nobile officium, die Kriegsschuld ganz zu bezahlen. Und wir haben sogar die Auffassung, dass alle diejenigen, welche Gegner einer bleibenden direkten Bundessteuer sind, mitstimmen sollten, um die jetzige Kriegsschuld ganz, zu 100%, zu tilgen, und zwar deshalb: Im Volke mehren sich die Stimmen, welche die 100%ige Tilgung der Kriegsschuld verlangen. Und wenn wir die Presse, welche ja die Trägerin der öffentlichen Meinung ist, konsultieren, so sehen wir, dass in sämtlichen Parteien unseres Landes, von der äussersten Linken der Sozialdemokratie und den allerrötesten Sozialisten an gerechnet bis zur äussersten Rechten hinüber, die hundertprozentige Tilgung der Kriegsschuld verlangt wird. Wenn wir eine andere Quote in unsere Kriegssteuernovelle aufnehmen, so wird gegen die Verfassungsbestimmung von den politischen Parteien Sturm gelaufen werden, und wenn der Verfassungsartikel fällt, dann tritt an dessen Stelle — und da wollen wir wieder impressionabel sein und an die Novembertage zurückdenken — an Stelle des jetzt proponierten Verfassungsartikels mit ziemlicher Sicherheit der Grundsatz einer permanenten Bundessteuer, und dann ist den Kantonen und allen denjenigen, welche mit Recht die Souveränität der Kantone aufrechterhalten wollen, am allerwenigsten geholfen, so dass ich meine, dass auch diejenigen Herren, welche auf dem Standpunkt der Souveränität der Kantone stehen und welche von diesem Gesichtspunkt aus mit dem Entwurf der Kommissionsmehrheit nicht einverstanden sein zu können glauben, just im Interesse der Souveränität der Kantone und zur Vermeidung der direkten bleibenden Bundessteuer dazu stimmen sollten, 100% zu tilgen.

Von diesen Gesichtspunkten aus möchte ich Ihnen den Antrag der Kommissionsmehrheit warm ans Herz legen.

M. **Dind:** Je serai extrêmement bref. Cependant je ne veux pas émettre mon vote final sans vous exposer pourquoi j'estime que mon attitude est conforme à l'intérêt de la Confédération et aussi à l'intérêt des cantons.

Dans la discussion de vendredi dernier, j'ai demandé à M. le conseiller fédéral Motta de bien vouloir consentir à ce que brièvement on élaguât du compte de mobilisation ce qui à mon sens pouvait rapidement en être sorti. Je ne demandais pas l'apuration des comptes de mobilisation totale, sachant que cette opération exigeait un long travail; je croyais qu'avec de la bonne volonté, on aurait pu d'ores et déjà dans un temps relativement bref sortir de ces comptes ce qui apparemment, clairement, dès aujourd'hui pouvait être considéré comme ne lui appartenant pas. M. Motta s'est opposé à ma manière de voir et vous a menacés, gentiment, je l'accorde, de l'impossibilité d'arriver à prélever l'impôt de guerre de mobilisation en 1920 si on entrait dans mes vues. Là-dessus, fidèles gouvernementaux, vous avez les uns et les autres voté avec une unanimité touchante pour vous, et frappante pour moi, obéissant presque unanimement au désir de notre aimable et habile ministre des finances. Je dois dire cependant, étant tenace parfois, que je n'ai pas été convaincu par la manière de voir

du chef du département. J'ajoute à ma décharge, pour le cas ou je serais dans l'erreur, qu'ayant consulté un de mes collègues qui fait partie et qui joue un rôle important dans l'une des commissions des finances du parlement, j'ai obtenu de lui la déclaration qu'à son avis ces décomptes approximatifs — et non définitifs — auraient pu être faits avec la rapidité voulue. Ceci m'aurait permis, et je le désirais, d'entrer dans les voies sollicitées par M. le chef du département et en faveur desquelles l'autre jour M. Isler a prononcé un plaidoyer si éloquent. Le refus qui m'a été opposé, la sanction que vous lui avez donnée, m'a mis dans une situation extêmement difficile. Au fond, dans ces conditions où l'on m'empêche en quelque sorte de voter en connaissance de cause, sur un compte nettement établi, j'aurais au fond le droit, logiquement, de m'abstenir. Cependant mes amis m'on fait remarquer, et je le trouve moi-même, que dans un problème de cette importance, lorsqu'on a l'honneur de représenter ici un canton et un canton important comme le mien, une abstention n'est guère de saison. Je viens donc vous exposer encore mon point de vue. Et je constate avant tout — tout à l'heure M. Schöpfer signalait les grandes tâches que la Confédération a devant soi et invoquait la nécessité de la disparition rapide de cette dette de mobilisation — je constate, dis-je, que ces tâches difficiles, les cantons les ont aussi! Nous avons aussi les employés et si nos employés cantonaux se contentent de traitements plus modestes jusqu'à ce jour et apportent dans leurs revendications un ton plus amène, conservent avec le restant de la nation des relations louables, il n'en est pas moins vrai que notre sollicitude envers eux est d'autant plus impérieuse qu'elle s'adresse à des fonctionnaires qui font peu de bruit, remplissent leur devoir et ne participent pas aux grèves que vous connaissez.

Je dis par conséquent qu'avec l'impôt formidable que vous prélevez pour de très justes raisons, sur un élément (le capital) qui fait vivre non seulement la Confédération, mais aussi les cantons, vous enlevez à ceux-ci l'élasticité budgétaire dont ceux-ci ont et auront besoin. Et la difficulté de la tâche dont nous souffrons ici, vous la repassez aux cantons avec une élégance qui m'étonne et sans aucun souci de savoir comment ceux-ci s'en tireront. Vous leur prenez sous forme d'un impôt direct formidable une partie de ce qui leur permettra, par le jeu de la finance, de satisfaire aux charges très grandes qui les attendent. Alors que la Confédération bénéficie d'une part des impôts indirects, vous y ajoutez une emprise sur l'impôt direct sans vous demander si les cantons pourront y trouver leur compte.

Il est vrai, et je reviendrai là-dessus, mais je me permets de le signaler maintenant, que vous avez parfois une manière assez curieuse de raisonner: nous verrons dans la discussion des articles du projet de revision constitutionnelle que vous êtes cantonalistes à l'excès lorsque cela vous rapporte, vous êtes, n'est-il pas vrai, pour l'exonération des banques cantonales d'Etat et vous trouvez cela très élégant et . . . très habile! Pour être fixé sur la valeur de cette opération, j'ai demandé à l'un de mes collègues de Schwyz tout à l'heure quel était le capital de la banque de Schwyz: Il est de 4 millions. Celui de la banque de Soleure est de 15 millions. Cette exonération d'impôt vous avantage donc sérieusement! Mais vous ne voulez pas exonérer les banques cantonales qui sont mixtes, qui sont bâties sur le modèle de la Banque nationale, alors même que des cantons comme le nôtre ont immobilisé dans les banques mixtes des capitaux beaucoup plus considérables que ceux que je viens d'indiquer. Je puis donc dire que vous n'obéissez pas toujours à des principes, que vous êtes guidés parfois par des considérations beaucoup moins respectables. Vous trouvez à l'occasion que la chemise est beaucoup plus près du corps que l'habit. Suivant que c'est votre intérêt ou celui d'autres qui est en cause, vous manœuvrez différemment.

Les cantons, comme je l'ai dit, ont de la peine à souffler, leur existence doit nous intéresser dans ce milieu où le système fédéraliste est l'objet de louanges constantes. Nous sommes fédéralistes en paroles; nous le sommes peut-être beaucoup moins en actes. Pour expliquer ma perplexité personnelle — qui devrait être aussi un peu la vôtre — j'invoque les variations de la mélodie que nous fait entendre le ministre des finances, variations qui se font jour à des périodes même rapprochées. Ces variations ont dû créer dans votre esprit, comme dans le mien, une perplexité réelle et justifiée.

Au fond, ce qui à l'heure qu'il est milite en faveur du payement total, c'est de l'argumentation que donnait l'autre jour M. Isler que nous le tirons. Le seul argument qui pèse et compte est tiré du mécontentement populaire. Si les bourgeois et la fortune acquise, dites-vous, ne payent pas la totalité du compte de mobilisation, ce mécontentement va s'exaspérer: nous irons au-devant d'une catastrophe! M. Scherrer vous a dit tout à l'heure que c'était possible, il vous a dit, et je partage son avis, que les temps les plus douloureux ne sont pas derrière nous, mais sont probablement devant nous. On peut alors conclure, comme vous paraissez désirer le faire en majorité, qu'il faut ouvrir les écluses et donner satisfaction à toutes les plaintes que l'on entend. On peut aussi dire, bien que moins facilement et moins agréablement, qu'il y a des limites qu'on ne doit pas dépasser, qu'il faut savoir affronter certain mécontentement lorsqu'on estime que ce mécontentement n'est plus justifié, devient tyrannique. Il est certain que le mécontentement existe, mais il provient des difficultés générales dans une large mesure, il tient aux difficultés d'approvisionnement, bref il tient à beaucoup de causes qui ne sont pas toutes inhérentes à l'impôt de mobilisation et je crois que lorsqu'on aura payé la totalité de la dette de mobilisation, le mécontentement existera encore. La preuve que c'est aussi votre conviction, c'est que vous voulez nous faire marcher avec un tempo rapide, au galop comme on a dit tout à l'heure, dans le domaine des réformes sociales. J'ai dit l'autre jour, et je le répète, que les expériences que nous avons faites avec la loi d'assurance sur les accidents, ne sont pas heureuses: si l'on pouvait encore aujourd'hui laisser de côté cette assurance et revenir aux lois sur la responsabilité civile, ce que je souhaite, nous pourrions rapidement aller au-devant des revendications nouvelles concernant l'assurance pour la vieillesse, pour l'invalidité et pour le chômage. Mais je crois difficilement que nous pourrons, comme vous le désirez et comme moi-même je le désire, réaliser toutes ces réformes avec la rapidité que vous y mettez lorsque

vous aurez accepté la solution qui vous est proposée par la majorité de la commission. Vous aurez donné un encouragement considérable à des revendications justifiées, mais qui ne peuvent être résolues qu'avec le temps nécessaire à leur étude. Ce n'est pas tout de bâtir, il faut que la maison que nous bâtissons puisse vivre et prospérer. Quand vous aurez, comme je l'ai dit l'autre jour, étranglé le capitaliste, je ne crois pas que le travailleur s'en trouvera mieux. Nous avons entendu dire que l'impôt sur les bénéfices de guerre trouvait des adversaires dans la classe ouvrière elle-même, celle-ci constate aujourd'hui qu'en imposant trop le patron industriel, on arrive à diminuer son expansion, l'ouvrier est par conséquent atteint à son tour.

Voilà les considérations qui m'engagent à voter pour la minorité. Je dois reconnaître et je l'ai déjà dit tout à l'heure que je ne méconnais pas la valeur de l'argumentation de M. Isler, mais je ne pourrai voter la proposition de la majorité à moins d'avoir du Conseil fédéral une double assurance formelle consistant d'une part à dire quand prendra fin cette dépense de mobilisation et à combien elle se montera approximativement. J'ai une méfiance extrême à l'égard du pouvoir exécutif qui me paraît désireux de prolonger cette période de mobilisation aux fins d'accumuler des dépenses de plus en plus fortes dans le compte qui en résulte. Je ne veux pas payer non plus sous le nom de compte de mobilisation des dépenses qui n'ont rien à y faire: sur ces deux points je n'ai pas encore reçu une satisfaction suffisante; je l'attends et me comporterai en conséquence. J'ai dit.

Scherrer (St. Gallen): Was mich zu sprechen veranlasst, ist das Votum des Kommissionspräsidenten. Derselbe hat schon in der Kommission, an deren zweiten Sitzung ich allerdings nicht habe teilnehmen können, den Standpunkt einer Minderheit vertreten. Ein Referent für die Mehrheit der Kommission hätte darum meines Erachtens in dieser wichtigen Frage bestellt werden sollen.

Herr Paul Scherrer wünscht das weitere Anwachsen der Mobilisationsschuld zu verhindern und verlangt, dass u. a. die vielen Arbeiter in den Munitionsfabriken etc. so rasch als möglich entlassen werden. Ich meine immerhin, dass eine so plötzliche Entlassung durchaus nicht am Platze wäre und nehme an, dass es nicht so ernst gemeint gewesen sei, wenn Herr Kollege Scherrer sagte, sie könnten Erdäpfel stecken und Torf graben. Was das Erdäpfelstecken betrifft, so wird dies zurzeit nicht gerade eine geeignete Arbeit sein. Der Bund wird seinerseits nicht andere Grundsätze bei der Anstellung und Entlassung von Arbeitern anwenden können, als er sie der Industrie zumutet. Der Industrie mutet er zu, dass sie in Zeiten schlechten Geschäftsganges den Arbeitstag kürze und nur an einer gewissen Anzahl von Tagen in der Woche arbeiten lasse, um auf diese Weise einen möglichst grossen Teil der Arbeiter fortbeschäftigen zu können. Ich nehme an, dass auch der Abbau der Kriegswirtschaft nicht ein plötzlicher und unvermittelter, sondern ein allmählicher sein werde, so dass die Arbeiter des Bundes sukzessive entlassen werden und wieder private Beschäftigung finden können.

Im ferneren ist verlangt worden, und damit ist ja die Kommission im allgemeinen einverstanden, eine Ausscheidung alles dessen aus der Mobilisationsrechnung, was nicht in dieselbe hineingehört. Es ist dann eine ganze Reihe von Posten genannt worden, die nicht in diese Rechnung hineingehören und ausgeschieden werden sollen. Ich möchte mich gegen diese Aufzählung verwahren, damit nicht später gesagt werden kann, man habe stillschweigend zugestimmt. Es ist das eine Frage der Zukunft, und zwar eine recht schwierig zu lösende Frage, dass man gut tun wird, alles, was direkt und indirekt mit der Mobilisation zusammenhängt, selbstverständlich auch auf diesem Konto zu belassen und durch die ausserordentliche Steuer zu decken.

Und nun noch einige Bemerkungen zur Sache selbst, zur Frage der hundertprozentigen oder der fünfundsiebzigprozentigen Deckung der Kosten durch die ausserordentliche Steuer. Es ist namentlich hervorgehoben worden, dass die Steuer einen ausserordentlichen Charakter insofern an sich trage, als es nur eine ganz kleine Zahl unserer Mitbürger sei, welche sie bezahle. Schon von Herrn Vorredner Schöpfer ist auf diesen Einwand, wie mir scheint, in richtiger Weise geantwortet worden. Ich möchte nur noch einige Ergänzungen anfügen.

Einmal sind wir wohl nicht schuld daran, wenn die Einkommens- und Vermögensverteilung in unserem Lande wie anderorts im Laufe der Zeit leider eine solche geworden ist, dass auf der einen Seite eine kleine Anzahl grosser und sehr grosser Einkommen und Vermögen stehen und auf der andern Seite der Kleinbesitz und der Mangel an Besitz, das kleine und das ungenügende Einkommen. Das sind Verhältnisse, die wir nehmen müssen, wie sie sind, und die wir nicht von uns aus willkürlich umgestalten können. Wenn sie zur Folge haben, dass nur ein kleiner Teil des Volkes stark belastet wird, so liegt das nicht am Gesetz, sondern an den Verhältnissen. Aber ich meine, dass es durchaus falsch ist, wenn man diese Kriegssteuer für sich allein betrachtet und nicht im Zusammenhang mit allen andern Leistungen des Volkes an die Gemeinden, die Kantone und den Bund. Da ist der Militärdienst, da sind andere öffentliche Dienste, die in Gemeinden und Kantonen zu leisten sind; da sind die Steuern der Gemeinden und der Kantone, die tiefer hinuntergehen und nicht so grosse Existenzminima offen lassen wie eine Bundessteuer. Und es ist an und für sich durchaus natürlich, dass ein solches steuerfreies Minimum von unten nach oben, von der Gemeinde über den Kanton hinauf zum Bund, sukzessive wachse und höher angesetzt werde, als wo es sich um Steuern für den engern Kreis, für die Gemeinde und den Kanton, handelt. Zu erwähnen ist noch die Ueberwälzung der indirekten Steuern, die ja selbstverständlich wieder zu einem guten Teile, soweit es sich nicht um Luxussteuern handelt, von der grossen Masse gezahlt und gedeckt werden müssen; aber sie trifft auch mit bezug auf die direkten Steuern bis zu einem gewissen Masse zu; auch diese werden von jedem Geschäftsinhaber mit in seine Preisberechnungen einbezogen; er rechnet die Kosten der Erzeugung seiner Produkte aus und schlägt die Steuern auf die Preise. Alle diese Steuern werden also auf dem Wege der Ueberwälzung zu einem schönen Teil auch von denjenigen mitgetragen, die ihrerseits eine direkte Leistung nicht auf sich nehmen.

Man hat gesagt, es sei nicht widerlegt worden, dass eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung bestehe, wenn auf einmal in verhältnismässig kurzer Zeit

die Mobilisationsschuld abgetragen werden müsse. Ob diese Gefahr nun wirklich wesentlich grösser ist, ob das so gar viel ausmacht, wenn wir 75% der Mobilisationsschuld oder wenn wir 100% der Mobilisationsschuld durch diese Steuer decken, dass diese 25% in so ausserordentlichem Masse die Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung erhöhen könnten, das, gestehe ich, vermag ich nicht einzusehen. Es ist auf der andern Seite zur Erleichterung der Steuerzahler die Frist zwischen den Steuerleistungen auf vier Jahre ausgedehnt worden; Sie müssen daher diese Steueransätze auf drei oder, wenn Sie nicht ein Schonjahr annehmen, auf vier Jahre verteilen, und dann macht sich eben der Ansatz wesentlich anders, als wenn man den Einheitssatz für diese Periode ins Auge fasst

Wir sind am Schlusse der Ereignisse angelangt und wissen, um welche Summen es sich ungefähr handelt. Und dieser Abschluss der Kriegsereignisse hat die Kommission mit Recht dazu gebracht, zu sagen: Nun stehen wir vor einer im Grossen bestimmten Ziffer und sind in der Lage, die gesamte Mobilisationschuld durch die Kriegssteuer decken zu lassen.

Und dann, was die Volkswirtschaft betrifft, frage ich mich doch, ob es eigentlich besser sei, langsam zu bezahlen, wie der Referent der Minderheit will, oder rasch die Schuld zu tilgen, langsam zu zahlen und schwere Zinsen zu Lasten des Bundes auflaufen zu lassen, die auch wieder irgendwie aus dem Volke heraus gedeckt werden müssen, oder rasch zu zahlen und damit die Zinsenlast zu erleichtern. Ich nehme an, wir werden sehr viel rascher fertig werden mit der Zahlung unserer Mobilisationsschuld als unsere Nachbarstaaten mit ihrer Kriegsschuld, und im allgemeinen sagt man im Privatbetrieb: «Wer rasch zahlt, zahlt gut, und wer so rasch als möglich sich seiner Schuld entledigt, ist auch wirtschaftlich wieder frei und kann selbständig handeln.» Ich glaube, diese Frage löst sich für ein Staatswesen und für den Einzelnen in vollständig gleicher Weise. Wenn wir bald von der Schuld befreit sind, haben wir freie Hand auch für die Entwicklung der Industrie; das Kapital ist diese Abgabe für die Zukunft los und ist in der Lage, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem viel mehr belasteten Ausland zur Geltung bringen zu können. Ich kann es also nicht verstehen, wenn man sagt, es liege darin eine Gefahr für die Entwicklung unserer Industrie, wenn wir 100% statt 75% durch die Kriegssteuer zahlen. Das ist mindestens eine Uebertreibung.

Man wird sich in der Industrie und im Handel in ganz anderer Weise helfen, und zwar durch eine verbesserte Organisation. Die Organisation liegt in der Luft. Mit kleinen Mitteln einen möglichst grossen Erfolg zu erreichen, das ist ein Gesetz, das im wirtschaftlichen Leben zur Geltung kommt, ein Gesetz, das im Leben der ganzen Natur gilt, und die Organisation ist der Weg, um dieses Gesetz zur Geltung zu bringen. Man wird sich viel mehr zusammenschliessen zu gemeinsamen Unternehmungen, um die vielen Geschäftsspesen, die dem kleinen Geschäfte erwachsen, die aber den grösseren Betrieb nicht in der gleichen Weise bedrücken, auszuschalten.

Bezüglich der Zölle kann ich mich dem anschliessen, was Herr Schöpfer gesagt hat. Es ist übrigens auch von Herrn Paul Scherrer gesagt worden, dass wir hier vor einem X stehen, vor einer Unbekannten. Das aber werden wir festhalten müssen, dass wir in der Schweiz mit bezug auf die Zölle uns in alle Zukunft möglichst freie Hand behalten. Es ist ja möglich, dass sie hinaufgedrückt werden, dass unsereNachbarstaaten der Schulden wegen derartige Ansätze machen, dass wir unsererseits ebenfalls entsprechende Erhöhungen vorzunehmen haben, aber gewiss nicht im Interesse des Landes und der Industrie. Aber auch, wenn diese Nötigung an uns herantritt, dürfen wir die grossen Aufgaben, die uns in der Zukunft bevorstehen, nicht mehr in gleicher Weise, wie das in der Vergangenheit der Fall war, nur auf die Zolleinnahmen anweisen, sondern wir müssen uns die Möglichkeit offen behalten, in jedem gegebenen Momente mit den Zollansätzen wieder herunterzugehen.

Fassen wir doch die Verhältnisse unseres Landes ins Auge, eines Landes ohne Kohle, das seine Elektrizitätswerke erst noch zu bauen hat, eines Landes ohne Rohstoffe, ohne Kolonien, ohne bestimmte Absatzgebiete, das alle Hilfs- und Rohstoffe für seine Industrie aus dem fernen Ausland auf teurem Wege, in Zukunft auf teurerem Wege als in der Vergangenheit, beziehen muss und das alle seine Industrieprodukte wieder in ferne Lande abschieben muss, das also in seiner Konkurrenzfähigkeit gegenüber andern Ländern, die über diese Stoffe, Absatzgebiete und Kolonien verfügen, viel schlechter gestellt ist und dass wir nur dadurch, dass wir unsere Grenze möglichst von Zöllen freihalten, und durch die Ausgestaltung unserer Industrien als Luxusindustrien, wie das in der Vergangenheit der Fall war, in der Lage sind, einigermassen unsere Betriebe auch in der Zukunft aufrecht zu erhalten.

Und endlich noch ein letztes Wort. Es ist so angedeutet worden, die sozialistische Agitation werde man doch nicht los. Den Streiken und Generalstreiken werde man auch in der Zukunft nicht entgehen; ob Revolution oder Evolution uns in die Zukunft führen, das sei ungewiss. Ich nehme an, das sei gesagt worden in der Meinung, dass wir nach dieser Richtung sowieso nicht vorbauen könnten. Einen derartigen Standpunkt würde ich ausserordentlich bedauern. Dass die grosse Bewegung, die sich im Ausland in den letzten Monaten vollzogen hat, auch ihre Wellen über unsere Grenzen hineingeworfen hat, ist für mich so natürlich als möglich. Ich sage im Gegenteil, es wäre psychologisch gar nicht erklärlich, wenn das nicht der Fall gewesen wäre. Betrachten Sie doch die Geschichte des Landes! Hat etwa die französische Revolution an unserer Grenze haltgemacht, die 30er, die 48er Revolution? Ist das Bürgertum der früheren Zeit weniger ansteckbar gewesen als die Arbeiterschaft der Gegenwart? In keiner Weise. Wir sind ein Glied der grossen Völkerfamilie, und alle die gewaltigen Bewegungen und Zuckungen, die sich in dieser vollziehen, werfen ihre Schatten und gelegentlich ihre dunkeln Schatten auch über die Grenzen unseres Landes. Die Frage ist nur, wie wir die Ansteckungsfähigkeit unseres Volkes gegen derartige Epidemien reduzieren, wie wir unseren Staats- und Wirtschaftskörper so immunisieren können, dass die Ansteckungsgefahr eine geringere ist. Da liegt nun doch die Hilfe in den sozialen Reformen, und da müssen wir in Gottesnamen sagen, dass wir sehr viel von solchen gesprochen, aber verhältnismässig wenig getan haben.

Es soll damit nicht eine Misskennung dessen ausgesprochen werden, was geschehen ist. Ich will einmal sagen, wir haben ein ganz vorzügliches Fabrikgesetz und sind bei der letzten Revision weit gegangen in

dessen Bestimmungen. Ich möchte das ausdrücklich anerkennen. Aber der Arbeiterschutz ist in seiner Entwicklung in andern Staaten schon weit über die Fabrik hinausgegangen, und wir werden sehr viel Arbeit haben, wenn wir der Entwicklung in andern Ländern sukzessive nachkommen wollen. Wir haben eine Kranken- und Unfallversicherung und befinden uns jetzt leider in dieser schweren Zeit mit ihr gerade im Stadium der Kinderkrankheiten. Aber wir sind damit, sagen wir es offen heraus, in unserer Demokratie infolge der langen Beratungen und Abstimmungen mindestens drei Jahrzehnte später gekommen als andere Staaten, die rascher zugegriffen und die auch die Früchte ihrer Versicherungswerke vor und während dem Kriege zu geniessen Gelegenheit gehabt haben.

Wir reden viel von der Alters- und Invalidenversicherung. Der Moment ist ganz gewiss gekommen, wo wir endlich einmal etwas tun müssen, endlich auf dem Boden des Bundes Mittel und Fonds schaffen müssen, um zu einem positiven Ziele, zu einer sukzessiven Lösung der Frage zu gelangen. Das können wir nur dann, wenn wir gewisse Finanzmittel für diese Zwecke uns frei halten und nicht für die allgemeinen Ausgaben des Staates, für Mobilisationsschulden und derartige Dinge in Anspruch nehmen.

Ich möchte Sie also meinerseits lebhaft bitten, dem Antrage der Mehrheit zuzustimmen.

Schneider: Nachdem sich der Vertreter des Kantons Baselstadt hat vernehmen lassen, werden Sie mir wohl nicht verargen, wenn ich Ihnen auch die Stimme des Hinterlandes der Rheinstadt hier zum Ausdruck bringe. Ich werde mich allerdings in Widerspruch zu dem Votum des Herrn Paul Scherrer stellen, der uns gesagt hat, dass wir uns nicht von der Stimmung des Volkes sollten leiten lassen. Ich glaube doch. Denn ohne Zustimmung und Mitwirkung des gesamten Volkes ist jede Arbeit, die wir hier leisten, vergebens.

Und so begrüsse ich denn den Antrag der Kommissionsmehrheit, die sich endlich aufgerafft und den Willen der grossen Mehrheit des Schweizervolkes hier zum Ausdruck gebracht hat. Mit dem Antrage, die ganze Mobilisationsschuld durch eine wiederholte Kriegssteuer zu decken, ist der im Nationalrat entgleiste Wagen wieder in die richtige Bahn gehoben worden. Wir wollen ihm zuversichtlich den Weg weisen, der allein uns aus der gegenwärtigen schweren finanziellen Lage herausfahren kann und uns die Bahn wieder frei macht zur Lösung all der uns harrenden sozialen Aufgaben, die wiederum grosse finanzielle Opfer erfordern werden. Eine rationelle Lösung der sozialen Fragen ist in tunlicher Frist aber nicht denkbar, wenn wir einen Teil der Mobilisationsschuld auf Jahrzehnte hinaus stehen lassen.

Nun begreife ich den Widerstand einiger Freunde aus föderalistischen Kreisen und hauptsächlich aus den welschen Kantonen recht wohl. Man hat dort die direkte Bundessteuer bekämpft, auch in der Form einer zeitlichen Begrenzung. Nun ist aber eine wiederholte Kriegssteuer nichts anderes als eine direkte Bundessteuer; sie könnte später eine bleibende werden. Diese Befürchtung hat Herr von Montenach ausgesprochen; an andern Orten wird diese Befürchtung geteilt, darum auch die Opposition und Vorbehalte. Noch vor einigen Jahren stunden auch wir in den Reihen dieser Opposition. Die Kriegsdauer hat uns aber zu einer neuen Orientierung gezwungen und wie wir in der deutschen Schweiz während dem Kriege in vielem haben umlernen müssen, so werden nunmehr auch unsere Miteidgenossen an der Südwestmark in Bundessteuerfragen umlernen müssen. Auch mein geehrter Herr Kollege jenseits der Birs wird seine Truppen umgruppieren müssen, wenn er es nicht vorzieht, als tüchtiger streitbarer Offizier eine verlorene Position bis zum letzten zu halten.

Bei uns in der Landschaft Basel ist die Situation abgeklärt. Sie wissen, dass unser Kanton über die Köpfe seiner Vertreter hinweg mit grossem Mehr die sozialdemokratische Initiative auf Einführung einer direkten Bundessteuer angenommen hat. Um so weniger würde man es bei uns verstehen, wenn die Bundesversammlung nicht Hand bieten sollte für eine Vorlage, in der die Deckung der Gesamtschuld unseres Grenzschutzes nicht vorgesehen wäre. Wie bei uns, so dürfte auch in anderen deutschschweizerischen Kantonen die Stimmung eine gleich entschlossene sein.

Der frühere Grundsatz: die direkten Steuern den Kantonen und den Gemeinden, die indirekten dem Bunde, hat angesichts der grossen Kriegsschuld und den Forderungen der Neuzeit zurückzutreten. Wir müssen dem Bunde die notwendigen Mittel bewilligen und wir müssen sie schnell bewilligen. Nun ist allerdings gesagt worden, wir befinden uns in keiner finanziellen Notlage. Ich weiss nicht, wann eigentlich die Notlage beginnt. Die Not ist da und wir dürfen nicht warten, bis der Kredit unseres Landes erschöpft ist. Auf Ersparnisse im Bundeshaushalt darf man keine Hoffnungen setzen, im Gegenteil, die bisher beschlossenen Teuerungszulagen dürften später nur in Besoldungszulagen umgetauft werden. Auch die Bundesbahnen dürften noch eine Zeitlang die Folgen des Krieges zu spüren bekommen, während anderseits der Bund den sozialen Pflichten kaum mehr lange wird ausweichen können. Gerade um die sozialen Postulate bald verwirklichen zu können, halten wir die Abtragung der Mobilisationsschuld in tunlicher Frist für unbedingt notwendig, wobei wir den vorher zitierten Grundsatz umstellen müssen in die Worte: Die direkten Steuern der Mobilisationsschuld, die indirekten den sozialen Postulaten.

Zwei Hauptargumente sind es, die bis jetzt von den Gegnern ins Feld geführt wurden: Man hat Bedenken um die Selbständigkeit der Kantone, die unter allen Umständen das konstitutionelle Hauptprinzip der Eidgenossenschaft bleiben müsse; im weitern sagt man uns, Kapital und Einkommen werden übermässig belastet.

Keiner dieser Gründe scheint mir stichhaltig zu sein, keineswegs aber dürfen sie als ausschlaggebende Faktoren gelten. Bei der heutigen schweren Zeit darf vor allem die föderalistische Tendenz das ganze Lebensinteresse des Bundes nicht gefährden. Die Angst um die Souveränität der Kantone bei Tilgung der ganzen Mobilisationsschuld ist aber auch eine ganz unbegründete. Diese Selbständigkeit wird auch bei einer längere Zeit widerholten Kriegssteuer nicht mehr angetastet als das erstemal, indem der Vollzug den Kantonen und die Oberaufsicht dem Bunde zugesprochen wird. Allerdings wird dann wieder der gefürchtete eidgenössische Steuervogt in Tätigkeit treten, welcher aber nur in jenen Gefilden nicht gerne gesehen ist, wo am schlechtesten versteuert wird, und hier dürften die kantonalen Finanzdirektoren wohl von einem solchen

eine Sanierung erhoffen, wie sich das bei der ersten Kriegssteuer gezeigt haben soll. Und wenn nun diese Oberaufsicht des Bundes, vertreten durch den eidgenössischen Experten, da und dort in besonderen Fällen Schätze zu heben imstande wäre, die vielleicht den kantonalen Organen verborgen bleiben, so kann das der Allgemeinheit nur recht sein und gereicht auch den Kantonen zum Nutzen. So ist ja auch bei der ersten Steuer im Kanton Zürich eine ganz ergiebige Nachlese gehalten worden, welche Nachlese dann dem Stande Zürich seinen ehrenvollen Rang im Kreise seiner Miteidgenossen erhalten hat.

Mit dieser Bemerkung möchte ich nun keineswegs Kritik üben an der Steuerpraxis des Kantons Zürich; in anderen Kantonen sind ja die nämlichen Erscheinungen zu verzeichnen. Und wenn wir zuweilen in den verschiedenen Kantonen die Räte über Steuerfragen debattieren hören, so bestätigen solche Debatten die Tatsache und der Krieg hat es ebenfalls gelehrt, dass auch bei uns in der Schweiz viel mehr Geld vorhanden ist, als selbst Autoritäten geglaubt, dass grosse Summen bis jetzt dem Fiskus verborgen blieben und ihm ihren gesetzlichen Tribut nicht zollten, aus der Kriegslage aber ihren Nutzen zogen. Deshalb auch die ungemein hohen Steueransätze in vielen Kantonen und Gemeinden und die drückende Steuerbelastung der untern Klassen. Bei dem harten Kampf um ihre Existenz geht es nun nicht an, diesen Unbemittelten durch indirekte Steuern noch einen Teil der heute in Frage stehenden Schuld aufzubürden. Die Arbeiterschaft ist durch die Zölle schon so stark belastet, sie wird durch weitere in Aussicht stehende, hier genannte indirekte Steuern noch mehr betroffen werden, dass eine weitere Belastung des Konsums zugunsten der Mobilisationsschuld abgelehnt werden muss.

Herr Wettstein hat Ihnen in seinem Votum über die Arbeiterverhältnisse in den Städten berichtet. Das, was er Ihnen hierüber gesagt hat, trifft auch in gleichem Masse zu für die Arbeiter auf dem Lande. In Baselland, wo eine grosse Hausindustrie, das Posamentergewerbe, besteht, zeigte sich ein derartiges Missverhältnis zwischen Erwerb und Unterhaltungskosten, dass über 400 Familien die staatliche Notunterstützung in Anspruch nehmen mussten. Solche Beispiele lassen sich auch von anderen Heimarbeitern aus andern Kantonen anführen. Trotz all ihrer Sorgen ist die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter auf dem Lande noch gut bürgerlich gesinnt; bringen wir ihnen auch das nötige Verständnis entgegen und haben wir Sorge zu diesem lebendigen Kapital, das noch nicht gewillt ist, mit ihren Städtekameraden unter roter Fahne zur Enteignung des toten Kapitals zu schreiten. Auf dem Lande ist man heute noch von der Erkenntnis durchdrungen, dass lebendiges und totes Kapital einander gegenseitig gebrauchen. Die Gefahr ist aber nicht ausgeschlossen, dass diese bodenständigen Arbeiter den neuesten Ideen ebenfalls zugänglich gemacht werden, wenn wir ihnen auf indirektem Wege noch Lasten an die Mobilisationsschuld zumuten.

Nicht nur das allgemeine Empfinden des Volkes, von Herrn Paul Scherrer Mentalität genannt, führt uns zur Einsicht, dass die ganze Mobilisationsschuld durch die Besitzenden abgetragen werden soll, sondern auch ein Blick in die gefahrdrohende Zukunft, nicht Popularitätshascherei, sondern die eigene Ueberzeugung. «Ist es nun recht, dass nur einige Prozent diese Schulden bezahlen müssen?» so hört man immer wieder fragen. Was ist Recht und Gerechtigkeit? Ich suche beide, Recht und Gerechtigkeit, in einer über dem Menschen stehenden Ordnung, deren Erkenntnis das natürliche Rechtsgefühl und das Gewissen vermitteln. Und wenn ich diese beiden befrage, so erhalte ich zur Antwort, dass die Lasten, die dem Besitz diesmal zugemutet werden, ertragen und ohne Einschränkungen geleistet werden können, zumal die abzuliefernde Steuer jeweilen auf 4 Jahre verteilt werden kann. Ueber die Frage, ob nur ¾ oder die ganze Schuld durch die Kriegssteuer getilgt werden sollen, sollte in unserem Rate kein langes Markten stattfinden, ein Markten, das im ganzen Lande einen peinlichen Eindruck hervorrufen würde. Auch die Kapitalisten sollten mit sich längst im klaren sein; sie sollten zu Opfern bereit sein, angesichts der ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die die Völker der kriegführenden Staaten bringen mussten, wo ungezählte Begüterte an den Bettelstab kamen und wo Vermögen und Ertrag ganz gewaltig herangezogen werden zur Tilgung der Schuldenlasten. Und haben anderseits bei uns nicht viele sogar bessere Geschäfte gemacht, als zu normalen Zeiten? Ist es da nicht am Platze, dass vor allem das Kapital, das die Mittel besitzt, dem Staate, der für die Sicherheit sorgt, auch die nötigen Opfer bringt?

Wäre diese Frage in den Augusttagen 1914 gestellt worden, damals, als nach dem begeisterten Aufmarsch unserer Armee der Alpdruck von unserem Volke genommen wurde, damals, als Belgien vernichtet und verwüstet ward, ein freudiges Ja aus allen Gauen des Schweizerlandes würde geantwortet haben. 4 Jahre lang haben seither unsere Truppen unsere Grenzen gegen jeden äusseren Feind abgeschlossen und haben noch in den letzten Wochen im Innern unseres Landes das Bestehende gegen den Umsturz erhalten. Viel kostbare Zeit hat so der Wehrmann opfern und unter dem Ausfall seines Verdienstes leiden müssen, worunter wiederum die sogenannte grosse Masse der Wehrpflichtigen am härtesten betroffen wurde.

Dagegen konnte hinter der sichern Front ein jeder seinem Berufe, seinem Gewerbe nachgehen. Unter dem Schutze der Armee pulsierte wirtschaftliches Leben und Gedeihen, konnten viele Industrien ihre grossen Gewinne erzielen, ihre Reserven äufnen und sich für die Friedenszeit wappnen. Manches vor dem Kriege wankende Unternehmen konnte sich erholen und steht heute wieder festgefügt da infolge Ausnützung der Kriegskonjunktur. Und wenn auch eine Anzahl Betriebe gelitten, so darf doch gesagt werden, dass alles in allem genommen unsere Privatwirtschaft während dem Kriege eine finanzielle Kräftigung erfahren hat.

Sollten wir uns dagegen auflehnen, die Schulden unserer Armee, welch letztere allein nur diese wirtschaftliche Weiterentwicklung ermöglichte, auf dem direktesten und kürzesten Wege zu bezahlen? Nein, jeder Besitzende gebe nach seinen Verhältnissen und er gebe schnell und auch gerne. Nur williges und schnelles Geben ist aufrichtiger Dank gegen unsere treuen Hüter, die uns gegen äussere und innere Gefahren schützen mussten; die Abtragung der ganzen Mobilisationsschuld auf direktem Wege ist eine Pflicht gegenüber unserem Vaterlande, das wir trotz seiner Kleinheit nach aussen stark erhalten haben und das

wir nunmehr auch im Innern kräftig und lebensfähig erhalten wollen. In diesem Sinne stimme ich für den Antrag der Kommissionsmehrheit.

von Arx: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um möglichst kurz meine Stimmabgabe zu begründen, und zwar möchte ich gleich eingangs meiner Beratung erklären, dass ich für die Mehrheit der Kommission stimmen werde.

Ich habe mich seinerzeit als Berichterstatter der Kommission, welche die Tabaksteuer zu begutachten hatte, ja allerdings dafür ausgesprochen, dass von den Kriegsschulden, welche nach Abzug der ersten Kriegssteuer, der Kriegsgewinnsteuer und der sonstigen ausserordentlichen Einnahmen noch verbleiben würden, nur die grössere Hälfte vom Besitz und den mittleren und grossen Einkommen zu tragen sein sollte und dass der Rest aus indirekten Abgaben zu decken wäre.

Allein, als wir in unserem Rate das Tabakmonopol bzw. die Tabakbesteuerung behandelten, war eine Beendigung des Krieges noch gar nicht abzusehen. Niemand hatte damals geglaubt, dass die Einstellung der Feindseligkeiten so rasch kommen werde; man begann vielmehr mit dem Gedanken sich vertraut machen, dass der Krieg noch das ganze Jahr 1919 andauern, ja sogar bis in das Jahr 1920 hinein sich hinziehen könnte. Und wäre dieser Fall eingetreten, so hätten wir nicht nur mit einer Kriegsschuld von 1300 Millionen Franken, von der in der Botschaft gesprochen wird, zu rechnen gehabt, sondern mit einer solchen von 1600 bis 1800 Millionen Franken, wovon 1200 bis 1400 Millionen Franken noch zu decken wären, rechnen müssen. Zur Deckung einer solchen Summe hätten wir allerdings nicht einseitig auf die Kriegssteuer abstellen können, sondern wir wären genötigt worden, deren Tilgung auf eine breitere Basis zu stellen.

Heute nun stehen wir vor einer Finanzlage, welche mit Rücksicht auf die möglich gewordene Einstellung der Grenzschutzkosten eine übersichtlichere geworden ist.

Aber auch nach einer andern Richtung sind wir dermalen in eine andere Lage versetzt. Von allen Seiten und von allen Parteien werden dem staatlichen Leben neue Bahnen empfohlen. Alles ruft nach sozialen Reformen und mit- und durcheinander werden Forderungen aufgestellt, von denen jede einzelne noch vor kurzer Zeit langjähriger Erdauerung und sogar schweren politischen Kämpfen gerufen hätte.

Wo wir die Mittel hernehmen sollen, um auch nur einen kleinen Teil dieser Forderungen zu realisieren, darüber schweigt man sich vorsichtig aus.

Nun habe ich Ihnen schon in der ersten Sessionswoche auseinandergesetzt, wie sowohl der Bund, wie auch die Kantone, die Gemeinden und die S. B. B. schon jetzt Mühe haben, die zur Aufrechterhaltung eines geordneten Haushaltes notwendigen Mittel aufzutreiben. Aber wie wird die Finanzlage erst eine schwierige und bedrohliche werden, wenn von den bisherigen gesunden Methoden der eidgenössischen Finanzpolitik, wonach den in Aussicht genommenen Ausgaben immer auch entsprechende Einnahmen gegenüberzustehen haben, abgewichen und wahl- und ziellos an die aufgeworfenen Postulate herangetreten werden wollte? Und vergessen wir nicht: die Durchführung von sozialen Reformen erfordert Geld, und zwar sehr viel Geld; sonst taugen sie auch nicht viel.

Nun ist aber wohl zu beachten, dass sich verschiedene von den aufgeworfenen Reformfragen förmlich aufdrängen und nicht mehr zu umgehen sind, wenn wir uns nicht, und zwar mit Recht, den Vorwurf der sozialen Rückständigkeit gefallen lassen wollen. Ich stelle an solchen sozialen Neuerungen allen voran: erstens die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung und zweitens — allerdings nur in zweiter Linie — die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit, wobei ich das Wort « unverschuldet » unterstrichen haben möchte. Dabei verhehle ich mir nicht, dass schon das zuerst genannte Postulat, die Alters- und Invalidenversicherung, enorme Anforderungen an die Bundesfinanzen stellen wird.

Das scheint man auch anderwärts einzusehen. Herr Ständerat Dind hat uns in der Sitzung vom letzten Freitag darauf hingewiesen, wie im andern Rate bereits 40 Unterschriften beieinander seien, mit der Forderung, es seien dem Mobilisationskonto noch weitere 200 Millionen Franken zu belasten als Grundlage eines Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung, und diese Summe ebenfalls durch die Kriegssteuer aufzutreiben. Sollte ein solcher Antrag in unserem Rate gestellt werden, so wäre ich dagegen. Ich möchte doch davor warnen, schon aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Denn wo kämen wir hin, wenn wir einem solchen Antrag zustimmten? Mit dem gleichen Rechte können ja auch die S. B. B. kommen und verlangen, dass ihr Defizit, das auch aus der Not der Zeit und den Folgen des Krieges hervorgegangen ist, auf das Mobilisationskonto gebucht wird. Und dann im weiteren möchte ich davor warnen, die Kriegssteuer für diejenigen, welche zu derselben herangezogen werden, zu einer geradezu unerträglichen zu machen.

Man spricht immer nur von 3—5%, welche zu dieser Steuer herangezogen werden. Ich habe die Ansicht, dass wir diesbezüglich unsere Hefte revidieren müssen. Nach der Tabelle, welche uns letzter Tage ausgeteilt worden ist, haben bei Erhebung der ersten Kriegssteuer auf 3,880,500 Einwohner die Einkommenssteuer bezahlt 170,669 Personen, die Vermögenssteuer — allerdings mit Inbegriff auch der juristischen Personen; sie sind aber nicht so zahlreich — 360,513 Personen. Rechnet man hinzu, dass auf jeden Steuerzahler noch so und so viele Familienangehörige kommen, 3, 4, 5, 6 — mein Kollege zur Linken hat mir gesagt, auf ihn treffe es sogar 8 Personen —, so kann man nicht sagen, die Steuer treffe nur 3 oder 5%, sondern vielleicht 30% und noch mehr unserer Bevölkerung.

Wenn nun auch die neue Vorlage eine bedeutende Entlastung nach unten vorsieht, so werden auch in Zukunft die an der Kriegssteuer Interessierten, vom referendumspolitischen Standpunkt aus betrachtet, keine quantité négligeable darstellen.

Zum andern scheint mir, wir sollten alles verhüten, was auch nur den Schein erwecken könnte, als ob wir auf Umwegen doch noch die permanente direkte Bundessteuer einführen möchten. Einen solchen Verdacht dürfen wir im Interesse des gegenseitigen Vertrauens und des Friedens in den verschiedenen Teilen des Landes nicht aufkommen lassen.

Auf der andern Seite scheint mir nun aber, so wie die Dinge liegen, der Antrag der Kommission auf gänzliche Tilgung der Kriegsschuld durch den Besitz und die grossen und mittleren Einkommen das Richtige zu treffen. Sehen wir nur die Tilgung eines Teiles derselben vor, so werden sich breite Volksschichten — die Sozialdemokraten haben sich bereits in diesem Sinne ausgesprochen — gegen die Vorlage erheben und dieselbe zu Fall bringen. Wir riskieren, was heute mehrfach zum Ausdruck gekommen ist, dass an deren Stelle die Initiative auf Erhebung einer direkten Bundessteuer in die Wege geleitet und dann diesmal auch angenommen wird. Wir kommen also vom Regen in die Traufe.

Haben wir uns übrigens mit der Kriegssteuer die Mittel zur Tilgung der Kriegsschulden gesichert, so ist die Bahn zunächst frei für die Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung. Und ich möchte schon jetzt erklären, dass ich mich in Anbetracht der vollständig veränderten Sachlage nicht mehr dagegen auflehnen werde, wenn Sie den Ertrag der Tabaksteuer ausschliesslich der Alters- und Invalidenversicherung zuwenden wollen, mit deren Durchführung ja alles einverstanden ist und welche ja sowieso die Bundeskasse mit einer erheblichen Ausgabe belasten wird.

Nun ist ohne anderes zuzugeben, dass es, auch wenn wir der Sorgen wegen der Tilgung der Kriegsschulden und der Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung enthoben sind, uns gleichwohl schwierig sein wird, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt wieder herzustellen. Es darf eben nicht übersehen werden — Herr Kollege Schöpfer hat das schon hervorgehoben —, dass wir wohl die Kriegsschuld nach und nach tilgen, dass aber die Zinsen dieser Schuld — wenigstens für den Anfang — das Budget ausserordentlich schwer belasten werden.

In gleicher Weise ist das der Fall mit den Teurungszulagen. Die Teurung wird wohl zurückgehen, aber der Abbau dieser Zulagen wird schwierig sein. Das Finanzdepartement ist dermalen mit der Ausarbeitung eines neuen Besoldungsgesetzes beschäftigt. Es wird der grössere Teil der Zulagen durch höhere Besoldungsansätze wieder ausgeglichen werden müssen. Das ist meine Ueberzeugung.

Wohl wird bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse die Einnahme aus den Zöllen eine Vermehrung erfahren, von der wir — ich bin diesbezüglich Optimist — dermalen keine Vorstellung haben. Wohl werden die Ausgaben der Militärverwaltung um 10 Millionen Franken oder noch mehr vermindert werden können. Aber auch wenn es uns gelingt, das Alkoholmonopol auf alle gebrannten Wasser auszudehnen und auch die Militärpflichtersatzsteuer wesentlich zu erhöhen, bleibt gleichwohl die Finanzlage des Bundes eine prekäre und wir tun gut daran, vorsorglich für deren Entspannung beizutragen.

Ich gebe übrigens ohne anderes zu, auch meinem Kollegen Herrn Scherrer gegenüber, dass der Besitz seit Kriegsbeginn sehr stark mitgenommen worden ist, und zwar nicht nur vom Bund, sondern auch von den Kantonen und den Gemeinden, und es ist gewiss nicht Freude an neuen Auflagen, die mich zu meiner Stellungnahme veranlasst.

Herr Ständerat Dind hat in der letzten Sitzung den Versuch gemacht, die Haltung der Kommissionsmehrheit auf eine Verschiedenheit der Mentalität zwischen der Westschweiz — namentlich den Waadtländer und Freiburger Bauern — und den Anschauungen der deutschen Schweiz zurückzuführen, und er hat seine fesselnde und in der Form sehr hübsche causerie auf die Erfahrungen aufgebaut, die er in jungen Jahren in einer Studentenverbindung gemacht habe, der er voraussichtlich selbst angehört hat. Auf der einen Seite stille, aber emsige Arbeit, Sinn für Sparsamkeit und infolgedessen Erreichung einer gewissen Behäbigkeit in den alten Tagen, auf der andern Seite das Bedürfnis, nobel aufzutreten — Herr Dind hat dieses Wort gebraucht — und, wie soll ich sagen, das Bedürfnis, eine gewisse Grossmannssucht zur Schau zu tragen, die aber mit den vorhandenen Mitteln nicht immer im Einklang stehe. Mir scheint, Herr Dind habe zu Unrecht das Beispiel mit den paar jungen Leuten herangezogen. Das ist noch lange nicht die deutsche Schweiz. Ich bin in einem gesetzteren Alter und habe mich viel in der Welt umgesehen, so dass ich mir auch ein Urteil erlauben darf, und das geht dahin, dass der deutsche Schweizer das gerade Gegenteil von dem ist, was Herr Dind gesagt hat. Auch der deutsche Schweizer ist im Durchschnitt arbeitsam, unternehmend, wagemutig und bei allen Erfolgen ausserordentlich bescheiden. Ich habe viele Schweizer in hervorragender Stellung im In- und Auslande kennen gelernt, aber immer ist mir ihr nüchternes und bescheidenes Auftreten — im Gegensatz zu ausländischen Herren in gleicher Stellung, namentlich jenseits des Rheines — aufgefallen. Und auch unsere Bauersame und unsere Arbeiterschaft — es gibt ja natürlich Ausnahmen, in bezug auf die letztere in neuester Zeit immer mehr — sind gewohnt, ihre kleinen Ersparnisse, Sou auf Sou, wie Herr Dind sich ausdrückte, zusammenzulegen. Ich möchte als Beweis dafür anführen, dass in meiner Heimatgemeinde, dem in letzter Zeit so berüchtigten Olten, eine kommunale Sparkasse existiert, in welcher mehr als 20 Millionen Franken in Spargeldern angelegt sind. Und daneben existiert noch eine kantonale Ersparniskasse, in welcher im Laufe des Jahres 1918 nach den Erhebungen, die ich angestellt habe, zwischen 5 und 6 Millionen Franken mehr Einlagen als Rückbezüge gemacht worden sind, und das in einem kleinen Kanton, wie dem meinigen. Das ist doch ein Beweis, dass man auch in den Unterschichten unseres Volkes, auch bei unsern Bauern und einem grossen Teil unserer Arbeiter, darauf hält, Ersparnisse zu machen.

Es ist also nicht etwa schlecht angebrachter Mangel an Sparsinn oder nüchterner Einfachheit, die meine Freunde und mich zu unserer Stellungnahme veranlassten, als vielmehr die Einsicht, dass die nun hoffentlich hinter uns liegende Weltkatastrophe mit allen ihren Begleiterscheinungen und dass die Sorgen und Leiden, die daraus grossen Teilen unseres Volkes auferlegt worden sind, von den wirtschaftlich Starken erhöhte Opfer und erhöhtes Verständnis für ihre Lage erfordern.

Das sind die Gründe, die mich persönlich veranlassen, den Anträgen der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

M. **Simon:** Permettez-moi tout d'abord de vous dire que comme mon collègue M. Dind je regrette que le Conseil fédéral puis ensuite le Conseil des

Etats n'ait pas accepté la proposition qui vous a été faite de renvoyer de quelques jours la discussion, de façon à être fixé plus exactement sur le montant du compte de mobilisation.

Il ne faut pas oublier que la question de la fixation ou plutôt de la situation de ce compte de mobilisation jouera certainement un rôle considérable dans l'opinion publique lorsque cette importante affaire sera soumise au peuple. Il est évident qu'avec les propositions faites par le Conseil fédéral, comme avec celles présentées par la commission du Conseil des Etats, soit par sa majorité, soit par sa minorité, nous ne savons pas dans quelle situation nous nous trouvons. Nous savons qu'on établira des comptes de mobilisation, que ces frais de mobilisation feront l'objet d'un arrêté spécial, mais nous ne sommes pas fixés sur la question la plus importante, c'est-à-dire le montant de ces dépenses de mobilisation. A ce propos j'insiste d'une façon toute spéciale sur une observation faite tout à l'heure par notre collègue M. Dind en ce qui a trait à la nature de ces dépenses. Je crois qu'il conviendrait que nous eussions une déclaration formelle et catégorique comme quoi il n'entrera dans ce compte de mobilisation que les dépenses purement militaires afférentes à la mobilisation des troupes pour la défense du pays et qu'on en extraira tout ce qui a été introduit, je ne dirai pas par erreur, mais par le fait des circonstances et qui n'a rien à y faire. Si j'insiste, c'est parce que lors de la discussion qui a eu lieu ici il y a quelques mois, lorsqu'on a discuté les comptes de mobilisation de 1914 et 1915, la majorité de l'assemblée s'est prononcée pour la liquidation pure et simple de ces comptes contre l'opinion de la minorité qui désirait en expurger auparavant une certaine catégorie de dépenses que nous n'estimons pas être des dépenses appropriées. Cette interprétation du Conseil des Etats nous fait envisager avec crainte le sort ou plutôt les conséquences de l'application de l'arrêté fédéral lorsque celui-ci aura été approuvé par le peuple. On nous dit bien que les dépenses seront déterminées d'une façon exacte. Or lorsqu'on aura obtenu un acquiescement de la part de la majorité du peuple suisse, lorsqu'on sera en possession de cette disposition constitutionnelle, nous craignons qu'il y ait dans certains milieux une tendance à interpréter extensivement le caractère des dépenses de mobilisation. Nous avons peur de cette tendance qui se manifeste déjà aujourd'hui par la proposition déposée au Conseil national et dont on a parlé ici tout à l'heure, de cette tendance qui serait de nature à faire supporter au compte de mobilisation des dépenses qui n'ont rien à y voir, et nous craignons qu'une fois l'instrument fiscal créé, l'on s'en serve pour couvrir des dépenses d'un tout autre caractère et qui n'ont rien à voir avec le but poursuivi. Dans ces conditions il y a lieu de rechercher un moyen de parer à cet inconvénient et à notre avis il suffirait de fixer dans le projet qui nous est soumis l'époque où les dépenses de mobilisation seraient arrêtées. Nous sommes aujourd'hui grâce à Dieu à la fin de la guerre et bientôt à la conclusion de la paix. Or nous pouvons supposer que les dépenses que nous allons faire pour la mobilisation des troupes, dépenses d'ordre purement militaire, doivent arriver prochainement à échéance si elles ne le sont pas aujourd'hui déjà et nous nous demandons s'il ne conviendrait pas de fixer l'échéance des dépenses de mobilisation au 31 décembre de cette année. Nous reconnaissons d'autre part que cette date est un peu proche parce que malgré la fin de la guerre, nous avons encore des dépenses militaires ou des dépenses de mobilisation à liquider, des comptes à régler, des affaires à discuter et je ne crois pas qu'il soit possible au Conseil fédéral et tout spécialement au département des finances d'arriver dans un délai si court à établir d'une façon définitive le compte des frais de mobilisation, étant donné surtout l'apuration sur laquelle nous insistons. Mais si je suis d'accord de donner un petit délai pour l'établissement de ce compte, je demande formellement que l'on fixe dans l'arrêté fédéral, par une date, le moment après lequel aucune dépense quelconque ne pourra plus être portée. Il faut que le peuple soit renseigné sur l'époque où s'arrêteront ces dépenses. Pour faire une campagne en faveur de l'article constitutionnel qui sera certainement combattu, il faut avoir des certitudes et des renseignements exacts à fournir, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui.

C'est pour cela que je propose d'introduire soit à la proposition de la majorité, soit à celle de la minorité une disposition fixant la clôture des dépenses de mobilisation au 31 mars 1919. D'après ma proposition, la rédaction de la proposition de la majorité serait la suivante: «La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir le capital qui aura été dépensé avant le 31 mars 1919 pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.» Et la proposition de la minorité, si mon amendement devait être voté, aurait cette rédaction: «La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir en partie le capital qui aura été dépensé avant le 31 mars 1919 pour la mobilisation des troupes durant la guerre mondiale.»

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu).

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	08
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	17.12.1918 - 09:00
Seite Page Pagina	247-266
Ref. No	20 028 665

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 18. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr.
Séance du 18 décembre 1918, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 247 hievor. — Voir page 247 ci-devant.)

Antrag der Kommission
vom 17. Dezember 1918.

A.

Ziff. 1. Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der Deckung der Kapitalausgaben, die für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges bis Ende 1918 aufgewendet worden sind.

Proposition de la commission
du 17 décembre 1918.

A.

Chiff. 1er. La Confédération perçoit un impôt extraordinaire destiné à couvrir le capital qui aura été dépensé durant la guerre mondiale jusqu'à fin 1918 pour la mobilisation des troupes.

Präsident: Das Wort hat der Berichterstatter der Kommission, Herr Scherrer, zu einer Mitteilung.

Scherrer (Basel) Berichterstatter der Kommission: Ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen namens der Kommission eine Eröffnung zu machen, die geeignet sein dürfte, die Diskussion der Ziff. 1 unserer Vorlage wesentlich abzukürzen.

Von unserem Kollegen, Herrn Simon, ist gestern, wie Sie wissen, ein Antrag eingereicht worden, der den Zweck hat, die durch die direkten Steuern zu deckenden Truppenaufgebotskosten auf solche Kosten zu beschränken, die bis zum 31. März 1919 entstehen werden. Ich habe Veranlassung genommen, diesen Antrag der Kommission vorzulegen, damit sie dazu Stellung nehme. Die Kommission hat sich nun zwar mit diesem Antrag als solchem nicht einverstanden erklären können, und zwar war es namentlich die Mehrheit der Kommission, die gefunden hat, dass der Antrag eigentlich zu weit gehe und über das hinausgehe, was Ziff. 1 in zeitlicher Hinsicht selbst feststellen will. Denn die Ziff. 1 stellt ja ausdrücklich auf die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot während der Dauer des Weltkrieges ab. Der Krieg ist tatsächlich beendigt. Wir haben noch nicht den Frieden, aber wir haben auch den Krieg nicht mehr. Die eine Kriegspartei hat kapituliert, die andere ist bereits in Demobilisation begriffen und vom militärischen Gesichtspunkte aus, vom Gesichtspunkte des Schutzes unserer Landesgrenzen aus betrachtet, besteht absolut kein Hindernis, bei uns die Demobilisation sofort durchzuführen. Die Posten, die wir heute noch an der Grenze stehen haben, haben ja durchaus nicht spezifisch militärischen, sondern rein polizeilichen Charakter und Ihre Kommission hat daher gefunden, dass der Konto für Mobilmachungsausgaben nicht, wie Herr Simon es will, erst auf den 31. März 1919 abzuschliessen sei, sondern ganz wohl mindestens auf den 31. Dezember dieses Jahres abgeschlossen werden könne.

Der Antrag von Herrn Simon und der Umstand, dass die Kommission zu diesem Zwecke zusammengetreten ist, hat nun aber eine andere gute Wirkung und Folge ausgelöst. Die Majorität der Kommission und die Kommissionsminderheit konnten sich verständigen auf einen gemeinsamen Antrag, der Ihnen vorgelegt worden ist und der für Ziff. 1 lautet: «Der Bund erhebt eine ausserordentliche Steuer zum Zwecke der Dekkung der Kapitalausgaben, die für das Truppenaufgebot während des Weltkrieges bis Ende 1918 aufgewendet worden sind.»

Diese Verständigung zwischen den beiden Parteien innerhalb ist möglich geworden, weil nun heute die Situation viel abgeklärter ist als anlässlich der letzten Sitzung der Kommission und weil es sich tatsächlich herausgestellt hat, dass die materielle Bedeutung und Wirkung unseres Beschlusses übersehbar und die materielle Differenz zwischen den beiden Anträgen nicht mehr so gross ist. Es ist allerdings an und für sich noch eine erhebliche Differenz vorhanden, aber sie ist nicht mehr so gross, als man unter dem Eindrucke der Verhältnisse, wie sie uns anlässlich der letzten Kommissionssitzung noch vorlagen, hätte annehmen müssen. Die Kommissionsminderheit hält deshalb ihren Antrag auf Deckung der 75% nicht mehr aufrecht, angesichts der Aufklärungen, die in der Kommission gegeben worden sind und die eben die bestehende Differenz nicht mehr so erheblich erscheinen lassen, als man früher angenommen hat, und anderseits weil man sich nun in der Kommission hat überzeugen können, dass wirklich allseitig die bestimmte Absicht und der Wille besteht, dass bei der Bereinigung des Kontos der Mobilisationskosten, bei der Feststellung, was Mobilisationskosten sind und was nicht, nicht etwa in spitziger, sondern in loyaler Weise vorgegangen werden soll.

Unsere Freunde aus der Westschweiz konnten sich damit hauptsächlich aussöhnen, dass durch den Abschluss der Rechnung per Ende Dezember 1918 wenigstens einigermassen eine bestimmte Schranke für die Belastung des Mobilisationskontos aufgestellt sei. Und ich persönlich konnte mich um so eher entschliessen, die Konzession zu machen, mit Rücksicht auf Vorgänge in dem Kanton, den ich zu vertreten die Aufgabe habe, Vorgänge, die mir meinen Entschluss nicht mehr so schwer machten, wie es vorher der Fall war.

Ich konstatiere ausdrücklich: Wir haben keinen Kompromiss abgeschlossen, keinen Kuhhandel. Es sind uns von der Mehrheit keine Konzessionen gemacht worden und die Minderheit hat keine Bedingungen gestellt, sondern die Sache hat sich durch die längere Diskussion abgeklärt und auf diese Weise sind wir zu dem einheitlichen Antrage gekommen.

Man hat dann auch ferner gefunden, dass der Abs. 2 von Ziff. 1: «Die Kapitalausgaben werden durch Bundesbeschluss festgestellt», gestrichen werden könnte, in der Meinung, dass dafür ein allgemein verbindlicher Bundesbeschluss, der notwendigerweise dem Referendum zu unterstellen sei, nicht erforderlich sei. Wir haben schliesslich nach näherer Ueberlegung gefunden, es handle sich um ähnliche Ausführungsbestimmungen, wie sie auch der Ausführungsbeschluss im allgemeinen enthalten wird, und es könne daher dieser Passus hier gestrichen und ein entsprechender Zusatz in Ziff. 10, wo überhaupt von den Ausführungsbestimmungen zum Verfassungsartikel die Rede ist, aufgenommen werden.

Namens der nunmehr einstimmigen Kommission beantrage ich Ihnen Annahme des Antrages, wie er Ihnen heute neu vorgelegt worden ist.

Merz: Ich hatte die Absicht, noch einige ergänzende Ausführungen für den Mehrheitsantrag der Kommission zu machen. Angesichts der veränderten Sachlage, wie sie durch den nunmehr einstimmigen Antrag der Kommission geschaffen ist, verzichte ich aber auf das Wort.

Usteri: Gestatten Sie mir, über zwei Punkte mich kurz zu äussern.

Zunächst möchte ich Verwahrung dagegen einlegen, dass ohne genügenden Zusammenhang mit unserm Traktandum am letzten Freitag und gestern noch einmal einem oberflächlichen Urteil gewisser Kreise über die Unfallversicherungsanstalt in Luzern im Rate Ausdruck verliehen worden ist. Nicht sachlicher Kritik, sondern einem oberflächlichen Urteil, weil dieses Urteil mangels Uebersicht über die Verhältnisse und unterstützt von Einflüssen, die mit Sozialversicherung auch gar nichts zu tun haben, gewisse Schattenseiten und Kinderkrankheiten bei Einzelfällen des Betriebes der Unfallversicherung verallgemeinert und übertreibt und sich zum Verteidiger von Missbräuchen der Haftpflichtversicherung aufwirft, dagegen die grossen Fortschritte, die die Unfallversicherung auf dem Gebiete der Fürsorge für Invalide, für Witwen und Waisen bringt, einfach ignoriert. Ich verwahre mich auch dagegen, dass auf diese Weise — gewiss ungewollt — loyale, hingebende Arbeit und Pflichterfüllung von Organen einer öffentlichen Anstalt in der öffentlichen Meinung herabgesetzt werden, von Organen, die sich hier nicht verteidigen können. Im Momente, da die Alters- und Invalidenversicherung in aller Mund ist, die Unfallversicherung abschaffen wollen, kann von denjenigen, denen der soziale und versicherungstechnische Zusammenhang der Alters- und Invalidenversicherung und der Unfallversicherung vertraut ist, kaum ernst genommen werden. Und so erfreulich das Bekenntnis für die Alters- und Invaliditätsversicherung in dem gestrigen Votum des Herrn Dind war, so darf sich doch das Bedauern dreinmischen, dass er am 28. Juni dieses Jahres, als wir über die Verwendung der Tabaksteuererträgnisse berieten, die Gelegenheit, für die Alters- und Invaliditätsversicherung im Ständerate Pionierarbeit leisten zu helfen, nicht wahrgenommen hat.

Und noch das andere. Es ist gestern eine gewisse Verwunderung durch den Saal gegangen darüber, dass in der Einzelberatung die Mehrheit der ständerätlichen Kommission nicht die Priorität für die Begründung der Deckung von 100% der Kapitalausgaben für die Mobilisationskosten für sich beansprucht hat, dass sie überhaupt nicht so organisiert gewesen, wie es der Wichtigkeit der Sache entsprochen hätte. Was meine Person anbelangt, kann ich nur erklären, dass mir in dieser Kommission glücklicherweise keine Charge zugefallen war, weder als Präsident noch als Vizepräsident. Ich habe mich nur als einfacher Soldat an der Beratung und Antragstellung beteiligt. Und wenn mir hier ein Versäumnis passiert sein sollte, so befinde ich mich in der guten Gesellschaft aller andern Mitglieder der Mehrheit der Kommission. Ich bin gewiss ein Freund initiativer Tätigkeit, aber es gibt doch auch Situationen, wo taktisch eine gewisse Reserve fruchtbarer ist. Man muss bisweilen warten können und die Frucht reifen lassen. Das hat sich nun, glaube ich, auch diesmal erwahrt. Der Szenenwechsel von gestern auf heute bestätigt das in vollem Umfange. Die Mehrheit hat also gestern mit ihrer Zurückhaltung vielleicht doch nicht so ganz schlecht operiert und ich schliesse mit der Befriedigung darüber, dass die Frucht nun reif geworden ist, dass die einstimmige Kommission die Auffassung der Mehrheit zu der ihrigen gemacht hat.

Und schliesslich nur noch das einzige Resümee, um darüber zu orientieren — es ist das bisher nicht geschehen —, welches die verschiedenen Positionen gewesen und zum Teil heute noch sind, in Ansehung des Umfanges der Summen, die durch die Kriegssteuer gedeckt werden sollen. Nach dem nun dahingefallenen Antrage der Minderheit der Kommission wären 375 Millionen rund durch die Kriegssteuer zu decken gewesen, nach dem Beschlusse des Nationalrates 500 Millionen und nach dem Antrage der einstimmigen Kommission des Ständerates werden es nun 600 Millionen sein.

M. le conseiller fédéral **Motta:** La situation s'est singulièrement éclaircie et il ne me reste qu'à donner quelques explications. Je félicite, quant à moi, cordialement la commission d'avoir, par ses délibérations approfondies et toujours empreintes d'un grand esprit de patriotisme, abouti au résultat que M. le président de la commission vient d'indiquer. Sur cette question capitale de savoir quel devait être le but, et presque le montant, de l'impôt de guerre, après avoir beaucoup discuté, on est arrivé à la conclusion qui, à mon avis, s'imposait, conclusion que la majorité de la commission a faite sienne et je félicite cordialement la minorité de la commission, après les discussions qui se sont produites ici, d'avoir fait cet acte qu'il faut particulièrement souligner, d'adhérer à la proposition de la majorité. Le Conseil fédéral lui-même avait donné, je crois, le bon exemple. J'avais expliqué pourquoi le Conseil fédéral pouvait se rallier, sans aucune hésitation, même avec

joie, aux propositions de la majorité de la commission.

Vous vous souvenez, Messieurs, quelle a été l'évolution en quelque sorte que cette question a suivie jusqu'à ce jour. La première idée qui avait surgi — permettez-moi de l'indiquer — je n'ai pas eu l'occasion de le faire dans la discussion d'entrée en matière — la première idée qui avait surgi avait été celle de créer un impôt que nous voulions appeler alors «impôt d'amortissement». J'ai encore dans mon dossier l'avant-projet qui portait ce titre. On avait voulu créer un impôt d'amortissement destiné à payer la moitié de toute la dette de guerre et alors nous faisions entrer dans la définition de la dette de guerre, ce qui était juste, ce qui demeure juste d'ailleurs, non seulement les dépenses de mobilisation proprement dites, mais les déficits de nos comptes pendant la guerre et aussi les dépenses de prévoyance sociale. C'est dans une réunion d'experts que l'on a critiqué l'idée de définir ainsi la dette de guerre, ou plutôt d'affecter à toute la dette de guerre le produit de l'impôt de guerre. C'est alors qu'a surgi l'idée d'affecter l'impôt de guerre non pas à payer une quote-part de la dette de guerre totale, mais une quote-part de la dépense de mobilisation proprement dite. Grâce aux efforts faits alors par le représentant du Conseil fédéral, on avait pu réussir à persuader tous les experts qui s'étaient ralliés à cette idée, à quelque parti et à quelque région qu'ils appartinssent, qu'il fallait prendre pour base les trois quarts de la dette de mobilisation. La question fut débattue ensuite au Conseil national, et c'est la troisième phase.

Au Conseil national, il faut bien le reconnaître aujourd'hui, on s'est trouvé dans une situation profondément différente de celle où se trouve aujourd'hui le Conseil des Etats. Des divergences de vues très profondes se firent jour. Au mois de septembre, le Conseil national était devant l'inconnu en ce qui concerne la durée de la guerre. Allait-elle durer encore en 1919, est-ce qu'elle n'allait pas continuer une partie de l'année 1920? Tout cela était le secret du destin.

Ceux qui craignaient que l'impôt de guerre pût devenir la source d'un impôt direct permanent, ou la porte ouverte à ce qu'ils considéraient comme un grand danger politique, s'étaient dit: Nous ne pouvons pas donner les mains à une solution qui prévoit, comme devant être couverte par l'impôt de guerre, une quote-part de la dépense de mobilisation, parce que cette dépense de mobilisation était alors un chiffre absolument inconnu.

Et alors, Messieurs, surgit l'idée de limiter tout d'abord l'impôt de guerre à trois périodes. Sur cette idée s'en greffa une autre, celle de limiter cet effort à un chiffre déterminé, qui fut trouvé dans la somme d'un demi-milliard.

Je tiens aujourd'hui à dégager le Conseil fédéral de la critique, d'ailleurs toute bienveillante, que M. le conseiller aux Etats Usteri a adressée au Conseil fédéral dont l'attitude a-t-il dit, l'avait profondément peiné, parce qu'au lieu de tenir bon à ce projet, qui prévoyait d'abord les trois quarts, il s'était rallié à l'idée du demi-milliard. Je crois pouvoir vous dire, étant donnée la situation telle qu'elle s'était présentée au Conseil national, que devant la nécessité de concentrer des efforts et d'empêcher que les hommes ayant la volonté de collaborer à cette oeuvre ne se divisassent, je pense que personne n'aurait pu agir autrement que le Conseil fédéral. Et d'ailleurs, chose intéressante, dès que nous vîmes que la guerre touchait à sa fin, que la situation s'éclaircissait et qu'au moment où le Conseil des Etats aurait à délibérer de ce projet, nous serions devant une situation toute autre que celle dans laquelle délibéra le Conseil national, que nous allions pouvoir compter avec des données plus précises, alors c'est le Conseil fédéral lui-même par son représentant qui vint devant la commission du Conseil des Etats lui suggérer, vu les modifications profondes intervenues dans la situation, de se rallier encore à l'idée primitive, c'est-à-dire de fixer une quote-part et non pas un chiffre déterminé de la dette de mobilisation à couvrir par l'impôt de guerre. Les membres de la commission savent quelle a été l'attitude que votre serviteur a eu l'honneur de prendre devant elle dans les séances de Montreux. Ils pourront confirmer cette vérité. Seulement, dans l'intervalle, de nouveaux faits se sont produits; on acquiert toujours davantage l'impression que si les Conseils n'arrivent pas à une solution plus hardie, consistant à faire supporter à l'impôt de guerre la totalité des dépenses de mobilisation, on risque de créer une oeuvre non viable. C'est, je pense, la raison la plus précise et la plus vraie qui a dicté l'attitude de la majorité de votre commission.

Je ne suis pas de ceux qui cèdent à tous les mouvements de l'opinion. Je pense qu'il est du devoir des autorités responsables de garder le sang froid, je dirai même la sérénité dans les moments où certains troubles s'emparent de l'opinion publique. Mais, si je considère cela comme un devoir essentiel de la part de ceux qui gouvernent et de ceux qui délibèrent dans les assemblées, je pense que c'est une folie de vouloir faire des oeuvres, alors qu'il y a des raisons sérieuses de craindre que le souverain, c'est-à-dire le peuple, ne les approuvera pas. A quoi cela servirait-il de faire une oeuvre qui, au point de vue rationnel, serait parfaite, une oeuvre qui serait la meilleure, si nous éprouvions le doute sérieux, grave et justifié que le peuple ne la ratifiera pas. Or, j'ai la conviction, Messieurs, que le peuple n'aurait probablement pas sanctionné votre oeuvre si vous n'aviez pas fait avec la majorité de la commission le pas qu'elle vous a demandé de faire. Longtemps, des raisons politiques ont retenu le Conseil fédéral. Mais le jour où celui-ci vit que le Conseil des Etats se plaçait sur un terrain nouveau, le jour où il constata que dans les milieux fédéralistes où l'on s'était opposé avec le plus d'énergie à l'initiative socialiste, on se ralliait enfin à la solution qui est aujourd'hui celle de l'unanimité de la commission, il ne pouvait plus exister, pour le Conseil fédéral, de raisons quelconques vraiment sérieuses de ne pas défendre l'idée que la totalité des dépenses de mobilisation pouvait être supportée par l'impôt de guerre.

Je reconnais en toute loyauté, et ce serait un véritable aveuglement de ne pas le voir, que l'im-

pôt que vous allez décréter, je l'espère, et dont la durée sera de 16 ans au moins, constitue un danger considérable pour ceux qui estiment que les impôts directs doivent rester dans la compétence et dans l'autonomie des cantons. Mais, Messieurs, à des situations extraordinaires, il faut des moyens extraordinaires. La situation financière, telle que le Conseil fédéral a eu l'honneur de vous l'expliquer, démontre et justifie la mesure qui vous est proposée maintenant par l'unanimité de la commission.

Permettez-moi de vous donner encore une impression personnelle et qui me semble digne d'intérêt. Il me paraît impossible que la Confédération suisse, au lendemain de la catastrophe, au lendemain de la guerre, alors que se posent tant de problèmes qui exigent une solution, ne finisse pas par comprendre qu'il faudra procéder un jour, éloigné ou rapproché, à une revision de son statut fondamental. Quant à moi, il me semble impossible que la Confédération attende encore toute la période pendant laquelle sera prélevé l'impôt de guerre, c'est-à-dire 16 ans, sans avoir non seulement examiné, mais cherché à résoudre ce problème d'une manière positive. Or, il me semble que lorsque la revision totale de la constitution fédérale sera un fait accompli, lorsque cette question aura été examinée d'une manière approfondie, et conforme aux circonstances réelles, le jour où cette grande oeuvre sera réalisée, qu'on se sera rendu compte des compétences financières des cantons et de celles de la Confédération, je pense, Messieurs, que ce jour-là, aucun homme comprenant les besoins et les intérêts fondamentaux de notre pays n'hésitera à reconnaître la nécessité de maintenir les cantons suisses forts et vivaces, capables de disposer de certaines ressources à leur gré pour se développer chacun suivant son génie et ses tendances naturelles. Or j'espère, quant à moi, que cette oeuvre de la revision totale pourra se faire sans porter un coup à l'autonomie des cantons. Je pense, au contraire, qu'une revision totale, intervenant au lendemain de la guerre et après les tendances qui pendant la guerre se sont révélées, sera une oeuvre de juste équilibre, de concorde confédérale et de juste liberté donnée aux cantons d'une part et à la Confédération de l'autre. Et voilà pourquoi ce problème du danger que cache l'impôt de guerre au point de vue de l'autonomie financière des cantons peut être envisagé aujourd'hui avec plus de sérénité qu'il y a quelques années ou même encore il y a quelques mois.

Après ces déclarations générales, permettez-moi de donner deux explications à M. le député aux Etats Dind. M. Dind, et M. Simon après lui, ont demandé au Conseil fédéral de leur donner deux assurances: La première concerne le temps, soit la durée des dépenses de mobilisation à couvrir par l'impôt de guerre. La deuxième demande formulée concerne le calcul approximatif du montant des dépenses de mobilisation; cette question se greffait sur une autre: celle de l'apurement du compte de mobilisation.

Sur leur première demande, MM. Dind et Simon ont obtenu, je pense, pleine satisfaction. La commisssion vous propose d'arrêter le compte de mobilisation à couvrir par l'impôt de guerre à la fin de l'année 1918. J'aurais pu faire quelques réserves sur cette limitation, parce qu'il me semblait qu'il y aurait encore en 1919 quelques dépenses à faire pour la protection de nos frontières, dépenses qui devraient rentrer aussi dans le compte de mobilisation. Mais, Messieurs, je consens à renoncer à cette réserve. Je veux faire à mon tour acte de conciliation et d'équité. J'admets loyalement que la guerre proprement dite peut être considérée comme terminée. Le général a donné sa démission; il a été déchargé de ses fonctions et nous sommes entrés dans un état différent de l'occupation proprement dite des frontières. Toutefois, il y aura bien encore peut-être quelques millions à dépenser dans le courant de l'année prochaine. Mais je veux espérer qu'il ne s'agira pas de sommes très considérables et, par conséquent, on peut accepter la limite de temps indiquée et proposée par la commission. Sur ce point MM. Dind et Simon ont donc pleine satisfaction.

La question du montant et la question de l'apurement des comptes. — Il va sans dire que le compte de mobilisation doit être apuré. A la suite des observations présentées par M. Dind, j'ai demandé à mon collègue du département militaire d'inviter le commissariat central des guerres à faire une évaluation tout à fait approximative du chiffre qui résultera de l'apurement définitif du compte. Ce travail que l'on ne peut qualifier de définitif a été fait immédiatement. En voici le résultat en deux mots.

Le commissariat central des guerres a pris pour base la clôture du compte au 30 novembre de cette année, ne pouvant pas aller jusqu'à la fin de ce mois-ci qui n'est pas terminé. Il a distingué trois catégories de dépenses portées jusqu'à ce jour dans le compte que l'on a appelé compte de mobilisation générale.

Première catégorie: Dépenses de mobilisation pure. Ce sont les dépenses qui sont, en quelque sorte, effectuées définitivement et dont aucun effet utile ne peut être attendu sur les budgets futurs. Le compte total de ces dépenses pures de mobilisation s'élevait à la fin de novembre au chiffre rond de 700 millions.

Deuxième catégorie: Dépenses qui évidemment n'ont rien à faire avec la mobilisation proprement dite. Ces dépenses doivent être complètement défalquées du compte. C'est le cas, notamment, des dépenses pour l'approvisionnement civil de la population en pain par exemple, des dépenses pour internés, des dépenses pour construction de fabriques à Wimmis, pour travaux d'amélioration foncière etc. Evidemment ces articles de dépenses n'ont rien de commun avec la mobilisation; elles doivent donc être défalquées et déduites complètement du compte.

Il reste finalement d'autres catégories de dépenses, pour un total de 335 millions, qui sont d'une double nature. Et parce que ces dépenses sont survenues pendant la mobilisation, elles ont coûté beaucoup plus d'argent qu'en temps ordinaire. Elles exerceront toutefois en partie un effet utile sur les budgets futurs; le reste n'aura aucun effet sur ces budgets. Le commisssariat des guerres avait proposé, comme solution possible, de

mettre un pour cent déterminé de ces dépenses de nature double à la charge du compte de mobilisation. Le commissariat des guerres a même indiqué comme moyen possible un partage sur la base de 50 %. J'ai l'impression très nette, et je tiens à le dire déjà maintenant, que cette proportion de 50 % ne me paraît pas pouvoir être sérieusement justifiée. Elle déchargerait, à mon avis, d'une manière excessive le compte de mobilisation, mais l'impression que j'ai retirée de l'examen des différentes rubriques de dépenses est déjà aujourd'hui celle-ci: c'est que le compte de mobilisation proprement dite, établi d'une manière loyale, non pas mesquine, mais large et loyale, ne dépassera guère un milliard. Or si l'on peut compter sur ce chiffre d'un milliard, considéré comme approximatif, vous arrivez à la conclusion que l'impôt de guerre doit réaliser un effort d'à peu près 600 millions. 400 millions sont déjà garantis, 600 millions sont à parfaire et le chiffre d'un milliard sera atteint.

Vous voyez donc, et c'est ma conclusion finale, qu'entre la décision que vous allez prendre et celle du Conseil national, abstraction faite des questions de principe et de théorie, il n'y a pas une très grande différence entre les deux chiffres. Pour vous, l'effort serait de 600 millions; pour le Conseil national, il devait être d'un demi-milliard. Différence 100 millions. Je ne pense pas que le Conseil national éprouvera de difficulté à se rallier à vos vues; quant à moi, je serai heureux le jour où cette grande oeuvre, qui sera la pierre principale de la reconstitution des finances fédérales, sera définitivement couronnée de succès.

M. **Simon:** Permettez-moi deux mots en réponse au rapport qui a été présenté ce matin par M. le président de la commission Scherrer et à ce que vient de dire M. Motta, relativement à la proposition que j'ai eu l'honneur de vous soumettre hier. Je suis très heureux de constater que cette proposition a reçu un accueil favorable, soit de la part de la commission, soit de la part du Conseil fédéral. Je suis heureux surtout de constater qu'on l'a considérée comme opportune et qu'on a fini par reconnaître qu'il était nécessaire de fixer, dans cet arrêté constitutionnel, un délai de nature à empêcher que l'on reporte, encore les années prochaines, des dépenses dans le compte de mobilisation. Il était d'autant plus indispensable de fixer ce délai ensuite des explications que vient de donner M. le conseiller fédéral Motta au sujet des dépenses mixtes qui relèvent partiellement du Département militaire et le solde d'autres services de la Confédération. Ces dépenses, à caractère spécial, se présenteront certainement en 1919. Il est donc nécessaire de décider qu'elles ne seront plus versées dans le compte de mobilisation.

Le seul reproche qu'on a fait à ma proposition c'était d'aller trop loin, comme délai, plus loin peut-être que la majorité de la commission n'en avait l'intention. Cela n'était pourtant pas mon intention. Vous devez en effet vous souvenir qu'hier, lorsque j'ai motivé ma proposition, j'ai commencé par déclarer que le compte de mobilisation me paraissait devoir être arrêté inévocablement à la fin de 1918. Cependant, je considérais qu'il était peut-être pratiquement difficile de clôturer définitivement ce compte à cette date-là, étant donné le peu de temps disponible. Je partais de l'idée, qui vient d'être exposée tout à l'heure par M. le conseiller fédéral Motta, qu'il deait y avoir encore certaines choses non-réglées qui pourraient devoir être portées dans le compte de mobilisation. En outre, dans le but d'assurer un certain succès à ma proposition, j'ai consenti sur la demande de collègues à prolonger ce délai jusqu'au 31 mars 1919. Dans ces conditions je dois vous avouer que je suis vraiment heureux de la solution donnée par la commission à ma proposition. La commission est venue vers moi. Elle a estimé que ma première idée du 31 décembre était vraiment juste. Je ne puis que m'incliner et je le fais d'autant plus volontiers que, permettez-moi de le répéter, c'était ma première opinion. Je me déclare donc complètement satisfait de la solution proposée qui sanctionne ainsi la proposition que j'ai eu l'honneur de vous présenter.

Je me déclare également satisfait des déclarations de M. le conseiller fédéral Motta, relative à l'apuration du compte de mobilisation.

M. **Dind:** Deux mots seulement. M. le conseiller fédéral Motta a eu l'obligeance de me répondre en quelque sorte personnellement. Je voudrais me permettre à mon tour de lui adresser quelques mots.

Vous savez combien dans mon canton nous sommes fédéralistes, combien nous sommes vissés à l'idée que les finances fédérales doivent reposer sur les impôts indirects et convaincus de la nécessité de réserver les impôts directs aux cantons. Le tout ne consiste pas à dire et à proclamer que nous sommes fédéralistes. Le tout est de pouvoir l'être et de pouvoir le rester. Les cantons sans ressources ne seraient plus des cantons. Il est donc nécessaire et il était nécessaire que la lutte parlementaire qui s'est déroulée ici ait lieu. Il était nécessaire que la position prise par M. Scherrer et la minorité de la commission fût prise; il fallait que l'on sentît qu'à côté du désir d'être unis comme nous le demande le Conseil fédéral, il était nécessaire que l'on sentît qu'il y a dans le pays de la résistance et que le pays tient à des principes que nous ne voulons pas abandonner.

M. le conseiller fédéral Motta a dit tout à l'heure qu'il prévoyait la revision totale de la constitution fédérale dans un temps relativement court. Bien que non -opposé à cette thèse je ne voudrais pas m'associer dès aujourd'hui à un désir que je conçois: je dois dire par avance que tout ce que nous pourrons faire par la voie de la revision partielle doit être fait au moyen de celle-ci. Cette méthode nous mènera toujours d'une manière plus précise et plus certaine à ce à quoi nous voulons aboutir. Ce mode de faire me paraît constituer une sauvegarde beaucoup plus grande pour les principes fédéralistes. Je crains qu'une revision totale de la constitution nous conduise au contraire à une centralisation toujours plus considérable.

Je reviens à ce que m'a dit d'une manière en quelque sorte personnelle et fort aimable M. le conseiller fédéral Motta lorsqu'il a fixé d'accord avec la commission la clôture des comptes de mobilisation au 31 décembre 1918. Il a précisé autant que cela se pouvait, la dépense totale, lorsque serait fait le décompte du compte de mobilisation. Des assurances que nous a données d'une manière très précise M. le conseiller fédéral

Motta, il ressort que les impôts directs doivent rester aux cantons. De ce côté-là nous avons toute satisfaction et nous prenons acte de sa déclaration. Nous sommes extrêmement heureux de voir que le Conseil fédéral reste sur ce terrain que le vote du peuple suisse a d'ailleurs sanctionné récemment.

Nous désirons d'autre part, je l'ai dit dans la commission, M. Simon et moi, apporter notre quote-part aux œuvres sociales dont on parle. Si je me suis permis de regretter la marche suivie par le parlement qui a fait passer l'assurance accidents et maladie avant les autres assurances, point de vue que je partage encore, je suis de ceux qui marcheront courageusement vers l'institution de l'assurance vieillesse et de l'assurance invalidité, ces œuvres dont la réalisation est urgente.

Je puis le dire d'autant mieux que nous avons déjà partiellement résolu ce problème dans le canton de Vaud il y a plusieurs années. Mon canton, le premier, je crois, a marché dans cette direction.

Les résultats du décompte des frais de mobilisation, nous ont été donnés dans leurs grandes lignes. La différence existant entre le vote du Conseil national et la proposition de votre commission se traduit par 100 millions en chiffre rond. Dans ces conditions je ne veux plus m'opposer au projet pour une somme qui, bien que considérable, est précise aujourd'hui; je préfère me rallier à l'idée de grouper ici, si possible, l'unanimité de nos votes. Grâce à cette totalité nous pourrons faire front contre les extravagances qui ont cours dans le Conseil national où l'on voudrait non seulement payer toutes dépenses de mobilisation conformément aux propositions de la majorité, mais y incorporer encore des sommes considérables pour des buts sociaux indéterminés.

J'ai la conviction que si nous arrivons devant notre Conseil avec un vote compact, nous produirons l'impression que je souhaite; en introduisant dans le compte de mobilisation à liquider des sommes fantastiques — on a parlé de 200 millions, il n'y a pas de raison pour ne pas parler de 300 ou 400 millions — on créerait une situation que nous devrons à tout prix éviter et combattre résolument.

C'est donc dans le sens de la défense de l'idée fédéraliste que je prends acte des précisions que vient de donner le Conseil fédéral; c'est dans ce sens aussi que nous désirons voir cette solution aboutir au Conseil national. Je voterai avec la majorité de la commission, devenue aujourd'hui l'unanimité de la commission.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den bereinigten Antrag der Kommission 32 Stimmen (Einstimmigkeit)

Ziffer 2.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Kommission ist einig in bezug auf die Periodizität der Steuer, dass die Erhebung in vierjährigen Raten erfolgen soll. Ursprünglich hatte der Bundesrat in Aussicht genommen, jede Steuer in drei Jahresraten zu erheben und dann nach jeder Steuererhebung ein sogenanntes Ruhejahr einzuschalten. Diese Lösung und speziell die Einschaltung eines Ruhejahres scheint der Expertenkommission nicht beliebt zu haben, einerseits aus verwaltungstechnischen Gründen, weil das Personal der Steuerverwaltung in den Ruhejahren nicht ausreichend beschäftigt gewesen wäre, und anderseits aus der Besorgnis, dass die Kantone Veranlassung nehmen könnten, diese Ruhejahre zu benützen, um nach berühmten Mustern ihrerseits ausserordentliche Steuern einzuführen. Angesichts dieser Bedenken hat dann der Bundesrat die dreijährige Erhebungsperiode vorgeschlagen.

Sie werden sich erinnern, dass diese Frage im andern Rate sehr viel zu sprechen gab. Auf der einen Seite hatte man das richtige Gefühl, dass so grosse Steuerbeträge, wie sie sich namentlich für die grösseren Vermögen ergeben und die grösseren Einkommen, in mehreren Raten sollen entrichtet werden können, dass man diese Rücksicht den Steuerzahlern schuldig sei. Auf der andern Seite hatte man die Besorgnis, dass, wenn die Erhebung der Steuer auf eine längere Reihe von Jahren sich ausdehne, der Eindruck, dass es sich um eine ausserordentliche Steuer handle, sich immer mehr verwischen könnte und dass daher die Gefahr bestehe, dass sie sich in eine permanente Steuer auswachse. Das waren hauptsächlich die Bedenken, die von unseren Freunden aus der romanischen Schweiz vorgebracht worden sind. Und daher kam es dann im Nationalrate zu einem Kompromiss, der beiden Standpunkten Rechnung tragen sollte; man votierte vorläufig eine dreimalige Steuererhebung, mit der Massgabe, dass die erste Steuer in einer vierjährigen Periode und die beiden andern in je dreijährigen Perioden erhoben werden sollen. Die 500 Millionen, die vom Nationalrate votiert worden sind, sollten demnach in zehn, höchstens elf Jahren gedeckt sein.

Ihre Kommission findet nun, dass billige Rücksichten auf den Steuerzahler vierjährige Perioden rechtfertigen. Es soll soweit wie möglich der Steuerpflichtige in den Stand gesetzt werden, die Steuer ohne verlustbringende Liquidationen und ohne selbst Schulden machen zu müssen, bezahlen zu können, und zwar, soweit es die Vermögenssteuer anbetrifft, aus den Erträgnissen seines Vermögens selbst. Es gibt ja manchen Millionär, der absolut nicht im Falle wäre, grosse Beträge auf einmal zu erlegen, trotzdem er Millionär ist. Es kommt eben sehr darauf an, wie die Million oder die Millionen angelegt sind, wie die Erträgnisse sind und welche anderweitigen familiären, verwandtschaftlichen, geschäftlichen und andere Verpflichtungen eben der betreffende Steuerzahler haben kann. Und ähnlich ist es beim Erwerb. Mancher, der einen grossen Erwerb hat, kann auch grosse Engagements eingegangen sein mit Rücksicht auf diesen grossen Erwerb, Engagements, die es ihm nicht gestatten würden, grössere Beträge auf einmal freizumachen. Dazu kommen dann aber besonders noch die Rücksichten auf Handel und Industrie, von denen wir ja gar nicht wissen, wie sich ihre Zukunft im Laufe der nächsten zehn oder fünfzehn Jahre gestalten wird.

Aber auch abgesehen hiervon liegt es im Interesse unserer Volkswirtschaft, dass weitere Ersparnisse gemacht werden können, dass neues Kapital sich möglichst bald wieder bilden kann und dass nicht zu viel Kapital dem Wirtschaftsleben entzogen wird. Meine Herren, wir haben ja grosse Projekte vor. Denken Sie an den Ausbau der Wasserkräfte, wo ja noch sehr vieles zu tun sein wird! Denken Sie an die Elektrifikation der Bundesbahnen, an den anderweitigen Ausbau

der Bundesbahnen in bezug auf grössere Bahnhöfe, doppelte Geleise, grössere Rangieranlagen und dergleichen mehr! Aber denken Sie auch an die Geldbedürfnisse der Kantone, der Gemeinden und der Industrie! Wir werden in den nächsten Jahren noch Hunderte von Millionen nötig haben. Ja, woher sollen wir dieses Geld nehmen, wenn wir eben nicht die Neubildung von Kapital wieder ermöglichen, sondern es von vornherein durch zu grosse Steuerbeträge verhindern? Alle diese Gesichtspunkte weisen nach Ansicht der Kommission mit Notwendigkeit darauf hin, diese Steuer so erträglich wie möglich für die Zahlenden zu gestalten und so viel Rücksicht zu nehmen, als sich mit den Interessen des Fiskus irgendwie vereinbaren lässt. Die fiskalischen Nachteile der vierjährigen Periode sind nun aber nicht sehr erheblich. Die Zinseneinbusse ist nicht sehr bedeutend, ob die Steuer in drei- oder vierjährigen Perioden erhoben wird, und dieser Zinsenausfall kann gut durch andere Steuereinnahmen gedeckt werden, nachdem man nun mit der Belastung der Quote zu Lasten der direkten Steuer so weit gegangen ist.

Und was nun endlich die Bedenken anbetrifft, welche von unseren lieben Freunden aus der romanischen Schweiz vorgebracht worden sind, so scheint es, dass sie so ziemlich inzwischen beschwichtigt worden sind und dass auch die Vertreter der romanischen Schweiz heute überzeugt sind, dass die Vorteile der vierjährigen Erhebungsperioden die Nachteile bedeutend überwiegen, die damit etwa verbunden sein könnten von den von ihnen geltend gemachten Gesichtspunkten aus. Ich glaube, diese Nachteile beruhten denn doch mehr auf Einbildung. Vor allem ist ja feststehend, dass ohne Rücksicht auf die Dauer, die die Erhebung der ausserordentlichen Steuer bedingt, zur Einführung einer normalen Bundessteuer, die man ja hauptsächlich befürchtet, eine weitere Verfassungsrevision nötig wäre und dass ohne das die Umwandlung der ausserordentlichen Steuer in eine permanente absolut nicht möglich wäre. Ob nun die Chancen für eine derartige Verfassungsrevision in zehn oder zwölf Jahren oder in fünfzehn, sechszehn Jahren günstiger seien oder ungünstiger, das lässt sich ja heute absolut nicht übersehen. Sollten aber diese Chancen für Einführung einer permanenten Bundessteuer überhaupt einmal günstig stehen und sollten die Verhältnisse des Landes die Einführung einer permanenten Bundessteuer rechtfertigen oder nötig machen, ja, dann wird es ganz naturgemäss gewiss nicht an den bezüglichen Bestrebungen fehlen, diesen Gedanken zu realisieren, ganz ohne Rücksicht darauf, ob nun die ausserordentliche Kriegssteuer während einer längeren oder kürzeren Reihe von Jahren erhoben wird. Nur so viel scheint mir sicher zu sein, dass eine Bundessteuer so lange überhaupt nicht in Frage kommen kann, solange eine Kriegssteuer erhoben wird.

Und nun, meine Herren, hätte ich noch eine Erklärung namens der Kommission abzugeben. Es heisst hier in Ziff. 2, dass die Steuer in vierjährigen Perioden so oft erhoben werde, bis der dem Bunde zukommende Ertrag zusammen mit den Ergebnissen der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot deckt. Es ist nun ganz selbstverständlich, dass nur diejenigen Kriegsgewinnsteuern hierbei in Berechnung gezogen werden, die nicht ausdrücklich für andere Zwecke reserviert worden sind. Das betrifft insbesondere die Kriegsgewinnsteuer, die auf Grund des zweiten Bundesratsbeschluss erhoben worden ist, wonach diese Steuer auf 42% der Kriegsgewinne erhoben worden ist. Davon sind 35% für die Bedürfnisse des Bundes zur Deckung seiner Auslagen und 7% für den speziellen Zweck der Arbeitslosenversicherung oder anderer sozialer Zwecke erhoben worden. Es ist ganz selbstverständlich, dass diese 7%, die für diese Spezialzwecke erhoben worden sind, auch für diese Spezialzwecke reserviert bleiben müssen und hier nicht etwa zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes herangezogen werden können. Es ist gestern der Wunsch ausgesprochen worden, dass dieser Auffassung ausdrücklich in unserem Rate Ausdruck gegeben werde, und ich glaube, mich damit in deutlicher Weise dieser Aufgabe entledigt zu haben.

Ich empfehle Ihnen die Annahme von Ziff. 2 nach Vorschlag der Kommission.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 3.

Präsident: Wenn der Herr Referent es für praktisch erachtet, würde ich die ganze Ziff. 3 verlesen, die Behandlung aber nur Absatz für Absatz vornehmen lassen.

Scherrer (Basel). Berichterstatter der Kommission: Ich glaube, es könnte vielleicht über den ganzen Artikel referiert werden, weil die Bestimmungen doch bis zu einem gewissen Grade zusammenhängen. Dagegen wird es sich dann vielleicht empfehlen, die Diskussion auf die einzelnen Absätze zu beschränken. Es ist auch gut, wenn die Herren im allgemeinen über die Auffassung der Kommission, der Mehrheiten und Minderheiten, die sich da gebildet haben, zum voraus orientiert sind.

Präsident: Wir werden es so halten.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: In Abs. 1 besteht zunächst eine Differenz in bezug auf Kollektiv- und Kommanditgesellschaften. In der ersten Kriegssteuervorlage bildeten nicht die Gesellschaften Steuersubjekte, sondern die Gesellschafter, und zwar sowohl für ihre Geschäftsanteile, ihre Gesellschaftsanteile und ihre Reinertragsanteile, wie auch für das Vermögen und den Erwerb, die sie ausserhalb der Gesellschaft besessen, bzw. gemacht haben. Dieses System scheint sich nun nicht bewährt zu haben. Einmal, weil die Gesellschafter nur ihre Kapitaleinlagen, nicht aber ihre Anteile an den Reserven versteuert, und sodann, weil das Verfahren ein Meldewesen von Kanton zu Kanton in allen den Fällen erfordert hatte, wo der Sitz der Gesellschaft und der Wohnsitz des Gesellschafters sich in verschiedenen Kantonen befanden. Und dieses Meldewesen scheint nicht so richtig funktioniert zu haben. Deshalb hat der Bundesrat beantragt, die Gesellschaften zu besteuern, damit der wahre Vermögensbestand und der wirkliche Geschäftsgewinn festgestellt werden könne. Die Socii als solche würden dann nur für das Privatvermögen und den Privat-

erwerb steuerpflichtig sein. Das hat nun anderseits für die Gesellschaften und damit für die Gesellschafter den Nachteil, dass sie in einen höheren Progressivsatz fallen und somit samthaft eine grössere Steuer bezahlen müssen, als sie es tun müssten, wenn jeder nur seinen Anteil am Geschäftsvermögen zu versteuern hätte. Dieser Unbilligkeit will die Kommission insoweit Rechnung tragen, als sie den Gesellschaftern, die neben ihrem Anteil am Gesellschaftsvermögen und am Geschäftsertrag noch anderweitiges Vermögen und anderweitigen Erwerb haben, die Berechtigung einräumen will, die auf die Gesellschaftsanteile entfallenden Steuerbetreffnisse von dem Gesamtsteuerbetrag für das Gesamtvermögen und den Gesamterwerb in Abzug zu bringen. Auf diese Weise wird eine gewisse Milderung erzielt. Allein hinsichtlich Personen, die ausser dem Anteil am Gesellschaftsvermögen und am Gesellschaftserwerb kein anderes Vermögen und keinen andern Erwerb haben, bleibt die Unbilligkeit naturgemäss bestehen.

Nun die Frage der steuerfreien Minima. Hinsichtlich des Vermögens ist die Kommissionsmehrheit mit dem Bundesrat und mit dem Nationalrat einig, dass eine Steuerpflicht erst eintreten soll bei Vermögen, die den Betrag von Fr. 10,000 übersteigen, und dass für Personen, die ohne ausreichenden Erwerb sind, weitere Erleichterungen in der Ausführung zu gewähren seien. Eine Minderheit in der Kommission, bestehend hauptsächlich aus Repräsentanten der romanischen Schweiz, will dieses steuerfreie Minimum auf Fr. 5000 fixieren, aus Gründen, die von den Vertretern dieser Minderheit Ihnen dann wahrscheinlich näher auseinandergesetzt werden.

Hinsichtlich des steuerfreien Minimums beim Erwerb ist die Kommission einig. Es entstehen hier folgende Fragen: Erstens, soll ein Unterschied gemacht werden in der Behandlung zwischen Ledigen und Verheirateten, die keine Kinder haben? Der Nationalrat hat keinen Unterschied gemacht im Gegensatz zum Bundesrat, der das steuerfreie Minimum für Ledige auf Fr. 2500 und dasjenige für Verheiratete ohne Kinder auf Fr. 3000 proponiert hat. Ihre Kommission hat sich nun dem Nationalrat angeschlossen und beantragt Ihnen also auch, Ledige und Verheiratete ohne Kinder auf gleichem Fusse zu behandeln. Es ist auseinandergesetzt worden in der Kommission, dass Ledige im allgemeinen nicht besser dran seien als Verheiratete, die für keine Kinder zu sorgen haben und in einem geordneten Haushalt leben. Die Auslagen für Wohnung und Verpflegung seien ebenso hoch wie die für einen kleinen und gut besorgten Haushalt, so dass es nicht angezeigt sei, durch eine weitere Staffelung eine neue Komplikation in dieser kasuistischen Bestimmung noch zu schaffen. Ich nehme an, die Sache wird bald so, bald anders sein. Bald wird es eine entschiedene Unbilligkeit sein, dass der Ledige einem Verheirateten gleichgestellt sein soll, und bald können die Verhältnisse auch in der Tat wieder umgekehrt liegen. Allein man kann nun die Sache so oder anders normieren, gewisse Unbilligkeiten, gewisse Unstimmigkeiten werden immer bestehen und werden sich schlechterdings nicht vermeiden lassen. Deshalb empfiehlt sich eine möglichst einfache Lösung, und diese besteht eben darin, dass man Ledige und Verheiratete ohne Kinder gleichstellt.

Und eine zweite Frage: Wie sind erwerbsunfähige Kinder und Personen, denen gegenüber der Steuerpflichtige unterstützungspflichtig ist, beim steuerfreien Minimum zu berücksichtigen? Der Bundesrat hat beantragt, bei Vorhandensein von Kindern oder unterstützungsberechtigten Personen den steuerfreien Erwerb um Fr. 200 pro unterstützungsberechtigte Person zu erhöhen. Der Nationalrat ging auf Fr. 300 und wir wollen noch besser sein, wir schlagen Ihnen Fr. 400 vor, von der Ansicht ausgehend, dass die Aufwendungen für Kinder und andere unterstützungsberechtigte Personen im Durchschnitt sich doch allermindestens auf diesen Betrag pro Jahr belaufen dürften und dass deshalb dieser Betrag im Interesse einer weiteren Entlastung der untern Steuerklassen wohl eingesetzt werden dürfte. Diese Erhöhung machen wir aber mit dem Nationalrat von der Voraussetzung abhängig, dass für die betreffenden Personen tatsächlich gesorgt wird und nicht nur vom Bestehen einer bezüglichen Verpflichtung.

Und eine dritte Frage: Soll nicht bei dieser Normierung des steuerfreien Erwerbs auf die Tatsache, ob und wie viel Vermögen gleichzeitig vorhanden ist, Rücksicht genommen werden? Ihre Kommission glaubte, diese Frage bejahen zu sollen, und soweit mir erinnerlich ist, war sie nach dieser Richtung ursprünglich einstimmig. Heute scheint diese Einstimmigkeit nicht mehr ganz zu bestehen. Wir haben uns gesagt: Wer neben dem Erwerb noch Vermögen besitzt, der kann die Erwerbssteuer zweifellos besser bezahlen, als derjenige, der kein Vermögen besitzt und einzig auf seinen Erwerb angewiesen ist. Und wir haben uns ferner gesagt: Je grösser dieses Vermögen ist, das er neben seinem Erwerb noch hat, um so kleiner kann das steuerfreie Minimum festgesetzt werden, und deshalb haben wir diese Staffelung eingeführt, die ja vielleicht auf den ersten Blick, ich möchte sagen, einen kleinlichen, einen apothekerhaften Eindruck machen kann, aber die doch auf an und für sich gesunden Erwägungen beruht. Darnach soll das steuerfreie Minimum für Personen ohne steuerpflichtiges Vermögen erhöht werden auf Fr. 3500 gegenüber Fr. 3000, wie es vom Nationalrate beschlossen worden ist, und Fr. 2500, bzw. Fr. 3000, wie es vom Bundesrate vorgeschlagen worden ist. Das bedeutet namentlich angesichts der Zuschläge, die da für die Kinder und andere unterstützungsberechtigte Personen gemacht worden sind, eine sehr wesentliche Entlastung nach unten. Diese weitere Entlastung scheint aber der Kommission gerechtfertigt angesichts der heutigen Kosten der Lebenshaltung. Materiell, d. h. für den Ertrag der Steuer, ist sie nicht von grossem Belang. Die Differenz beträgt 1—2 Millionen Franken für die einmalige Steuer, wie seinerzeit festgestellt worden ist in der Kommission, je nachdem diese weitergehenden Entlastungen bewilligt werden oder nicht.

Allerdings ist auf der andern Seite zu sagen: Je grösser die Entlastung ist, um so mehr reduziert sich der Kreis der Steuerpflichtigen, um so mehr wird der Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer durchbrochen. Allein, einerseits stehen wir vor einer ausserordentlichen Steuer, die bestimmt ist, vorzugsweise den Besitz zu treffen, einer Art Klassensteuer, und da kann in der Steuerbefreiung weiter gegangen werden, als bei einer ordentlichen Steuer angängig wäre. Anderseits aber werden diese Erleichterungen gewährt unter der ganz selbstverständlichen Voraussetzung, dass die von der Kriegssteuer befreiten Kreise von den noch einzuführenden indirekten Steuern, namentlich von den

Verbrauchssteuern, in dem ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Umfange getroffen werden und dass daher auf diese Weise der Grundsatz der Allgemeinheit ja noch gewahrt sei, wiewohl allerdings nun heute zu sagen ist, dass, nachdem man so weit gegangen ist mit der direkten Steuer, diese Allgemeinheit der Steuer und diese gleichmässige Belastung nach der Leistungsfähigkeit eine starke Einschränkung erfahren hat. Aber immerhin bis zu einem gewissen Grade besteht das Prinzip noch und jedenfalls ist das zu sagen: Ohne Einführung solcher indirekter Steuern wären die Steuerbefreiungen in dem hier vorgeschlagenen Umfange nicht zu rechtfertigen, weil man sonst zu dem ganz unhaltbaren Resultate gelangen würde, dass nur etwa 5% von der Steuer betroffen würden und 95% gar nicht.

Was die Steuersätze anbelangt, so ist das Nötige bereits im Referate über die Eintretensfrage gesagt worden. Die Kommission hat es für angezeigt erachtet, nicht von Prozenten und Promillen zu reden oder von Tausenden und von Hunderten, sondern die Umrechnung in Franken und Rappen vorzunehmen, in der Meinung, dass diese Ausdrucksweise grossen Kreisen geläufiger und verständlicher sei. Ich muss schon sagen, ich persönlich hätte ein Bedürfnis darnach nicht empfunden und bezweifle noch sehr, ob das verständlicher und geläufiger sei. Allein, das sind so verschiedene Ansichten und man sollte keinen casus belli daraus machen, sondern die daherigen Vorschläge akzeptieren. Es wird auch vielleicht auf die verschiedenen Landesgegenden ankommen, je nachdem man gewohnt ist, nach der einen oder nach der andern Weise zu rechnen.

Das über die Ziff. 3, vorbehaltlich der Frage der Tantiemensteuer oder der Zuschlagssteuer für Tantiemen. Das ist nun eine Frage, die mit dem übrigen Inhalt allerdings nichts zu tun hat, und da könnte es sich vielleicht empfehlen, zunächst sukzessive die andern Ziffern zu erledigen und dann erst über die Tantiemensteuerfrage zu referieren, wenn die andern Absätze erledigt sind.

Präsident: Nun möchte ich bitten, dass diejenigen Herren das Wort ergreifen, welche zu Ziff. 3 in Ihrer Totalität Bemerkungen zu machen wünschen und nicht zu einzelnen Absätzen. Wenn niemand das Wort zu Ziff. 3 in ihrer Gesamtheit ergreift, bitte ich den Herrn Referenten, sich über Abs. 1 auszusprechen.

Alinea 1.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich habe dem Gesagten nichts mehr beizufügen.

Usteri: Sie sehen hier, dass wir gegenüber dem Nationalrate eine Differenz schaffen mit bezug auf die Ordnung der Steuerleistung derjenigen natürlichen Personen, die Gesellschafter von Kommandit- oder Kollektivgesellschaften sind, deren Besteuerung extra in Ziff. 4 geordnet und die als solche von der Kommission genau so akzeptiert worden ist, wie sie der Bundesrat und der Nationalrat in Vorschlag gebracht, bzw. beschlossen haben. Sie haben vom Herrn Referenten gehört, welche Motive für diese Neuerung gegenüber der ersten Kriegssteuer obgewaltet haben. Ich habe zwar nicht die Ueberzeugung gewinnen können, dass mit dieser Ordnung dem Gesichtspunkte — einem durchaus anerkennenswerten Gesichtspunkte — wesentlich Vorschub geleistet wird, dass auf diese Weise die Reserven der Kollektivgesellschaften und der Kommanditgesellschaften leichter zu erfassen seien, als wenn man beim System der ersten Kriegssteuer geblieben wäre. Wir haben einmal den grossen Vorteil, dass auf Grund unserer Vorschriften über das Handelsregister wir ganz genau wissen, welche Kollektiv- und Kommanditgesellschaften in der Schweiz bestehen. Es sind heute rund ihrer 9300. In bezug auf die Kommanditen wissen wir sogar, wie hoch die einzelne Kommandite ist.

Die Konstruktion dieser Gesellschaften vom Standpunkte des Steuerrechtes aus ist eine durchaus einfache, in vielen Fällen vielleicht einfacher als die wirtschaftliche Struktur einer natürlichen oder einer juristischen Person. Die Erfahrungen der Kriegssteuerverwaltung sind nun aber dahin gegangen, dass nach ihrer Auffassung hier in der Normierung der besondern Besteuerung der Kollektiv- und Kommanditgesellschaften ein Fortschritt realisiert wird. Und so wollen wir nun unserseits nicht der Kriegssteuerverwaltung in den Arm fallen und eine Verantwortlichkeit dafür übernehmen, dass wegen einer Kritik an dieser Ordnung der Kriegssteuerertrag leide.

Bundesrat, Nationalrat und Kommission sind auch darin einig, dass die Doppelbesteuerung aus dieser gesonderten Besteuerung der Anteile an Kollektiv- und Kommanditgesellschaften vermieden werden muss. Der Bundesrat stillschweigend und der Nationalrat ausdrücklich haben diese Vermeidung materieller Doppelbesteuerung herbeizuführen gesucht auf der Grundlage der Steuerobjekte, während die ständerätliche Kommission beantragt, diese Vermeidung der Doppelbesteuerung durch die Verrechnung auf den beiderseitigen Steuererträgnissen herbeizuführen.

Die Norm, die der Bundesrat gewählt hat, hat eine sehr erfreuliche Nebenwirkung. Der Bundesrat kommt dazu, überall da, wo bei einer natürlichen Person eine Beteiligung bei einer Gesellschaft besteht, diese natürliche Person nach ihren steuerlichen Verpflichtungen zu teilen; damit ist aber ohne weiteres gegeben, dass er in den ganzen Aufbau der Progression eingreift und diese stört. Denn es ist ja gegeben, dass nach der Anlage der Progression zwei halbe Vermögen sehr viel weniger zu steuern haben, als die Summe dieser beiden Hälften, das ganze Vermögen. Dem soll man vorbeugen, wenn man kann. Die Fälle sind sehr zahlreich, wo neben Gesellschafts- noch Privatvermögen besteht, und diese profitieren alle von der Teilung der Versteuerung des gesamten Vermögens. Es ist aber auch klar, dass diese Trennung einen wirksamen Anreiz dazu bildet, überall da, wo es sich machen lässt, und das kann unter hundert und hundert Malen geschehen, das Geschäft eines Einzelkaufmanns in eine Kommanditgesellschaft oder in eine Kollektivgesellschaft umzuwandeln und der Kommandit- oder Kollektivgesellschaft die Hälfte des Vermögens zuzuteilen. Ich habe eine Rechnung angestellt und ermittelt, dass, wenn das Vermögen eines Steuerpflichtigen zu einer Hälfte in der Gesellschaft steckt und zur andern Hälfte Privatvermögen ist, und wenn der Ertrag von Fr. 20,000 in gleicher Weise geteilt wird, dieser einen Gewinn auf der Steuer von nahezu Fr. 8900

macht, der dem Fiskus durchaus verloren geht, gleichzeitig aber allen denjenigen gegenüber stossend wirkt, die nicht in der Lage sind, ihre Steuerverpflichtung zu zerlegen.

Die Ordnung, die der Bundesrat und mit ihm der Nationalrat hier vorsieht, geht davon aus, dass überall da, wo eine natürliche Person bei einer Gesellschaft beteiligt ist, jene nicht verpflichtet sein solle, bei ihrer Steuerdeklaration auch das Gesellschaftsvermögen- und Einkommen zu bekennen, sondern nur ihr Privatvermögen und ihr Privateinkommen. Das ist aber nun steuertechnisch eine gefährliche Einrichtung. Gewollt und nicht gewollt wird es hier zu Missverständnissen kommen, die die wirkliche Erfassung der Steuer erschweren können, wenn nicht verunmöglichen. Das wäre eine Praxis, die ich dringend bitte, nicht in die Steuerveranlagung einzuführen. Sie würde der Kriegssteuerverwaltung viel Sorge und Unmusse bereiten.

Wir können aber, wie schon erwähnt, diese Nebenwirkung dadurch vermeiden, dass wir die Verrechnung der da und der dort geschuldeten Steuer dadurch bewerkstelligen, dass wir sie nicht auf dem Steuerobjekt, sondern auf der Steuer selbst vornehmen. Es ist dies auch viel einfacher, praktischer und von dem Standpunkte aus, dass man die wirtschaftlich stärkere Gesellschaft stärker erfassen will, gerechter. Die Sache würde dann einfach so vor sich gehen, dass auf der einen Seite die Steuer der natürlichen Personen von ihrem ganzen Vermögen und ihrem ganzen Erwerb, ob das eine oder andere auch zu einer Gesellschaft gehöre, bestimmt, und anderseits der Anteil an der Steuer bei der Gesellschaft konform dem Gesellschaftsanteil ermittelt und dann die erforderliche Subtraktion vorgenommen wird. Gewiss kann die Steuer nach Ziff. 3 unter Umständen ein kleinerer Minuend sein als der Subtrahend, nämlich die Steuer nach Ziff. 4; und damit der Saldo negativ sein. Die daraus sich ergebende Gesamtmehrbelastung für die Privatvermögen des Pflichtigen und seinen Anteil an der Gesellschaft stellt aber nur die Kompensation dar für die Investierung eines Teiles des Kapitals in einer wirtschaftlich potenteren Unternehmung, eben der Gesellschaft. So halte ich dafür, dass die Lösung, die die ständerätliche Kommission Ihnen glaubt, hier in Vorschlag bringen zu können, den Intentionen des Bundesrates und des Nationalrates besser gerecht wird als die bisherige Ordnung durch Bundesrat und Nationalrat.

Ich gebe gerne zu, dass die Ermittlung des richtigen Weges für diese Vermeidung der materiellen Doppelbesteuerung eine Reihe von Gesichtspunkten in sich schliesst und deren Berücksichtigung fordert. Ich beanspruche für mich persönlich nicht, dass diese Ordnung nicht da und dort gewisse Inkongruenzen zu zeitigen vermag, die vielleicht noch verbessert werden können, obgleich ich immer mehr zu der Ueberzeugung gelange, dass der Weg, auf dem die ständerätliche Kommission geht, der richtige Weg ist.

Auf jeden Fall möchte ich Sie bitten, zum allermindesten der ständerätlichen Kommission darum zu folgen, um durch die Schaffung einer Differenz dem Nationalrate Gelegenheit zu geben, aber auch vorgängig noch dem Bundesrate, diese etwas komplizierte Ordnung noch einmal zu überprüfen. Es handelt sich hier ja auf keiner Seite um eine Rechthaberei irgendwelcher Art, sondern nur darum, die zweckmässige und gerechte Lösung aus dieser Komplikation herauszufinden.

M. le conseiller fédéral **Motta.** Je n'ai pas demandé la parole pour formuler une contre-proposition. Je suis tout à fait d'accord avec le préopinant que la question mérite d'être examinée à fond. Si sur ce point vous créez une divergence avec le Conseil national, vous fournissez tout au moins à la commission du Conseil national et au département des finances l'occasion d'approfondir encore une fois toute la question. C'est la raison qui m'empêche de formuler une contre-proposition. Cependant je voudrais apporter quelques réserves aux louanges, je dirai sans réserve, faites par M. le député aux Etats Usteri, du système proposé par la commission. Il s'agit d'une question technique très aride. Je comprends très bien que la commission n'ait pas voulu trop approfondir cette question-là. Vous me permettrez cependant de donner un aperçu de la situation. Il y a trois méthodes d'imposer le capital engagé dans les sociétés en nom collectif ou en commandite. Le premier système était à la base du premier arrêté concernant le premier impôt de guerre. Là, le Conseil fédéral d'abord, le Parlement ensuite, se sont placés sur ce terrain que la société en nom collectif était inexistante au point de vue fiscal, on additionnait la fortune privée des sociétaires avec la fortune investie dans la société en nom collectif. Le seul contribuable était donc le sociétaire. La société en nom collectif n'existait pas. Ce n'est pas le système qui domine dans les législations cantonales suisses. Les expériences faites par l'administration fédérale de l'impôt de guerre n'ont pas été très heureuses. L'établissement des cotes d'impôt a donné lieu à beaucoup de complications et l'on a constaté que chaque sociétaire dans la déclaration de sa fortune ajoutait à sa fortune privée la réserve, je dirai nominale, qu'il avait placée en société avec d'autres sociétaires, mais que les réserves en quelque sorte de la société en nom collectif échappaient en réalité complètement au fisc. C'est, je crois, la raison essentielle qui a déterminé l'administration fédérale de l'impôt de guerre à proposer au département des finances l'abandon de ce système.

Ce système a été aussi abandonné parce que les directeurs des finances cantonales convoqués par le département fédéral des finances à une conférence pour s'occuper de cette question-là et d'autres questions analogues s'était exprimé presque à l'unanimité dans le même sens. Le Conseil fédéral se rallia donc au système opposé qui considérait la société en nom collectif comme un être absolument distinct des personnes qui la constituent. Vous savez qu'en doctrine juridique, aujourd'hui encore, il y a des partisans et des adversaires de la théorie d'après laquelle la société en nom collectif est considérée comme une personne juridique propre. Personnellement j'incline vers l'affirmative, mais je sais que de bons esprits contestent cette théorie. Quoi qu'il en soit, il me semble que si la société en nom collectif n'a pas la personnalité juridique propre au sens de la personnalité de la société par actions ou des coopératives, on peut cependant dire qu'au point de vue économique la société en nom collectif se gère en fait comme si elle jouissait d'une personnalité juridique proprement dite. Elle a donc au moins

une personnalité économique distincte de celle des sociétaires.

Le deuxième système consiste purement et simplement à ne pas s'occuper de la question de savoir quels rapports existent entre la fortune privée du sociétaire et la fortune propre de la société en nom collectif. Il s'agit de personnes absolument distinctes et séparées. Le fisc frappe l'une et l'autre sans s'occuper des rapports intimes qui peuvent exister entre la société en nom collectif et le sociétaire. Comme je l'ai dit, c'est le système qui domine dans les législations cantonales fiscales et c'est celui qu'a adopté le Conseil national.

Le système de la commission du Conseil des Etats, dont le père spirituel est, je crois, M. Usteri, est un système en quelque sorte mixte. En principe, le sociétaire doit faire une déclaration complète de toute sa fortune et lorsque je dis «toute sa fortune», il ne s'agit pas seulement de sa fortune propre, privée, mais aussi de celle qui est engagée dans la société en nom collectif ou dans la commandite. Voilà donc la base. Le sociétaire a toute cette fortune et non pas seulement la fortune privée, mais aussi une part de la fortune sociale. Ces deux éléments sont additionnés et il faut trouver l'impôt à appliquer à ces deux éléments réunis. C'est donc le sociétaire qui en réalité et en principe est frappé. Seulement intervient immédiatement un correctif qui rend le système évidemment plus équitable. C'est pourquoi la société en nom collectif, elle aussi, doit faire une déclaration. Elle aussi doit être frappée de l'impôt; seulement la part d'impôt qui est afférente à la part sociale du sociétaire doit être déduite de l'impôt du sociétaire, établi comme je viens de le dire.

Je reconnais que des raisons militent aussi en faveur de cette solution, mais je sais que d'autre part l'administration fédérale de l'impôt de guerre éprouve encore beaucoup de scrupules à se rallier d'une manière définitive à ce système. Dans ces conditions, je crois devoir me réserver d'examiner encore une fois moi-même plus à fond toute la question sur la base des déclarations qui viennent d'être faites par M. Usteri et de la délibération de ce Conseil. Je me réserve donc devant la commission du Conseil national si dans l'intervalle ma conviction devait se modifier dans le sens que le système proposé par la commission du Conseil des Etats ne me paraîtrait pas très rationnelle, je me réserve, dis-je, de me rallier encore à la proposition primitive du Conseil fédéral que le Conseil national a faite sienne.

Vous me pardonnerez de vous donner simplement un exemple ou plutôt de critiquer une raison formulée par M. Usteri. M. Usteri vous a dit qu'un des inconvénients les plus graves du système du Conseil fédéral et du Conseil national consistent à fournir au contribuable la possibilité de répartir sa fortune entre plusieurs parts sociales et de rendre en quelque sorte illusoire l'échelle progressive qui devait frapper sa fortune. C'est à cette occasion-là que M. Usteri s'est servi de l'image pittoresque du Kinderfresser qui dévore ses enfants. Il y a quelque chose de juste dans cette manière de raisonner, mais cependant elle est aussi un peu excessive. En effet, celui qui partage sa fortune en plusieurs parties, la partage non pas pour faire de chaque part quelque chose d'isolé, mais il la distribue pour réunir ces parts en parts de sociétaires et la réunion de ces parts avec celles des autres sociétaires a pour effet, Messieurs, de faire appliquer une progression plus élevée à cette part, puisque celle-ci, réunie à celle d'autres sociétaires, est frappée par la progression applicable à l'addition de ces parts mêmes. Et alors, je crois que dans la pratique le danger de voir le contribuable partager sa fortune en la plaçant dans des sociétés en nom collectif uniquement dans le but de la soustraire à la progression, je crois que dans la pratique, dis-je, ce danger n'est pas considérable.

J'ai voulu donner cette raison ici non pas pour combattre la proposition de la commission du Conseil des Etats, mais pour vous démontrer qu'il y a des raisons pour et contre. Après avoir formulé ces réserves, je déclare pouvoir momentanément me rallier à cette proposition.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Alinea 2.

M. **Rutty:** Je vous demande de me permettre de soutenir devant vous brièvement la proposition de la minorité. Le second paragraphe de la proposition consiste à abaisser l'obligation de payer l'impôt sur la fortune au chiffre de fr. 5000 au lieu de fr. 10,000. J'ai déjà soutenu cette proposition dans la commission et je n'ai pas besoin de vous rappeler qu'elle a été également soutenue au Conseil national par une minorité importante. Si j'avais suivi mon inspiration complète et si j'avais voulu être absolument logique, ce qui eût été un avantage dans la discussion, je serais revenu à l'impôt de capitation, c'est-à-dire à la proposition tendant à frapper la fortune quelle qu'elle soit et si faible que soit son montant et je n'aurais pas craint de soutenir cette proposition plus logique, parce que le sacrifice demandé aux petites fortunes est tellement minime, puisqu'il s'agirait d'une somme de fr. 2. 50 à répartir sur quatre ans, que les petits inconvénients de cet impôt nouveau seraient largement compensés par l'avantage qu'il y a à augmenter le nombre des contribuables et à en frapper le plus grand nombre possible de cet impôt de guerre. Le caractère exceptionnel de l'impôt de guerre et, je puis dire, la précipitation avec laquelle il a été établi, n'ont pas permis une étude approfondie. Je suis convaincu que si on avait examiné avec plus de soin et de tranquillité les bases de cet impôt, on serait arrivé à justifier l'idée de l'impôt de capitation. On a fait appel à un grand élan national. Il devait résulter de cet appel patriotique un payement d'impôt volontaire d'une grande importance. Mais l'impôt volontaire obtenu lors de la première perception n'a pas donné des résultats bien encourageants et je constate à la fois avec tristesse pour la Suisse et un certain orgueil pour mon canton et le canton de Vaud que le 50 % des contributions volontaires ont été versés par la population de ces deux can-

tons et que tout le reste de la Suisse n'a recueilli que la seconde partie des souscripitons volontaires. Mais si donc on peut discuter la question de savoir si une contribution volontaire pouvait se justifier ou devait être abandonnée, il me semble qu'on ne peut pas répondre d'une façon péremptoire à l'argument qui a été rappelé ici par mon honorable collègue M. Fazy dans la discussion générale de l'entrée en matière, à savoir qu'il y a un danger à habituer le peuple à voter des impôts que dans sa grande majorité il ne paie pas et à faire supporter le poids entier des impôts par une très petite partie de la population.

Messieurs, nous constatons l'importance qu'il y aurait à étendre la perception de l'impôt au-dessous de la limite de fr. 10,000 par le chiffre même des contribuables qui seraient ainsi atteints, chiffre qui nous est donné par la notice qui vous a été distribuée par l'administration de l'impôt de guerre. Nous avons pu remarquer qu'il y a 73,453 contribuables qui ont payé l'impôt pour une fortune allant de 10,000 à 15,000 francs. 73,453 contribuables, c'est le 25 % du total général des contribuables qui paient l'impôt. Il n'est donc pas téméraire de soutenir que le nombre des contribuables qui seraient atteints dans la limite de 5000 à 10,000 francs de fortune constituerait un chiffre non seulement égal, mais certainement supérieur à celui de 75,000. La perception dans ces limites nouvelles aurait donc pour effet d'augmenter dans des proportions extrêmement appréciables le pour cent des personnes soumises à l'impôt, puisque nous aurions ainsi une augmentation d'au moins 75,000 contribuables.

J'ajoute à cette considération générale particulièrement importante la constatation du danger qu'il y a à faire échapper à l'impôt un nombre considérable de contribuables, d'autant plus que le sacrifice demandé à ces contribuables de la dernière catégorie serait, je le répète, extrêmement faible, puisqu'il s'agirait d'une somme de fr. 2. 50 pour fr. 5000 de fortune. On a, Messieurs, présenté quelques objections à cette proposition. On a parlé en particulier des difficultés de perception. Mais, je ne pense pas que cet argument puisse être sérieusement invoqué maintenant. Les opérations de perception ne sont pas plus difficiles pour percevoir fr. 2. 50 en quatre annuités qu'elles ne le sont pour encaisser fr. 5 pendant la même période. On est arrivé à un morcellement de la perception de l'impôt tel qu'il peut être étendu à des sommes inférieures à fr. 5 sans augmenter les difficultés ni compliquer les rouages de la perception devenue obligatoire dans les conditions du nouvel impôt.

On a soulevé une autre objection qui ne me paraît pas plus fondée que la précédente. On a dit que l'abaissement du taux dans les limites minima de l'impôt aurait dû être demandé et obtenu au début et lors de l'introduction de la taxation. On ne peut pas, nous dit-on, introduire maintenant une formule nouvelle parce que le contribuable est habitué à payer à partir d'une fortune de 10,000 francs et a été exonéré au-dessous de ce chiffre. On ne peut pas changer une norme fondamentale de l'impôt. Encore une fois, cette objection n'a pas de valeur, en présence des modifications si multiples que le nouveau projet d'arrêté apporte à l'ancienne taxation. On n'a pas hésité à modifier sur un très grand nombre de points le système adopté d'abord. On a aggravé le poids de l'impôt par des taux supérieurs et cela d'une façon considérable. Il est par conséquent certain qu'une modification du genre de celle que je propose ne soulèverait aucune difficulté sérieuse d'application. On a modifié la situation des sociétés en nom collectif. Nous venons de le voir dans la discussion très intéressante qui a eu lieu à ce sujet. Dès lors, en présence de ces changements si nombreux, on ne peut pas invoquer quelque nécessité de maintenir la limite de taxation admise lors du premier impôt.

J'ai le sentiment que l'abaissement du minimum de fortune soumise à l'impôt aurait donc pour effet de supprimer une des critiques principales que soulève l'impôt de guerre, à savoir que cet impôt ne frappe qu'un nombre de contribuables beaucoup trop faible et qu'en atteignant un chiffre de contribuables sensiblement plus élevé, il n'aurait pas cependant pour résultat d'augmenter considérablement les prestations des citoyens puisque, je le répète, la cote à payer resterait dans la proportion très modeste de fr. 2. 50 à fr. 5 répartis en quatre annuités, ce qui représente non pas un sacrifice réel, mais l'obligation pour notre peuple tout entier ou à peu près, en tous cas pour tous ceux qui ont quelque fortune acquise, de contribuer d'une façon équitable aux charges exceptionnelles du pays.

C'est dans ces sentiments, Messieurs, que je vous demande de voter la proposition de la minorité de la commission tendant à abaisser la limite des fortunes imposables à la somme de 5000 francs.

M. **Fazy:** J'appuie la proposition de la minorité de la commission et je l'appuie dans le sens indiqué par mon honorable collègue M. Rutty. Messieurs, je considère que le plus grand danger qui puisse exister pour une démocratie, c'est qu'une partie de la population vote des dépenses qui sont payées par l'autre partie. Il est clair que dans ces conditions le principe même de l'égalité des citoyens devant la loi est détruit. Il faut au contraire en principe que chacun acquitte dans des limites modérées sa part des charges générales du pays. Encore une fois, Messieurs, le jour où l'on aura le sentiment que la majorité du peuple peut voter des dépenses et qu'il se trouvera seulement une minorité pour les acquitter, ce jour-là la démocratie courra dans notre pays un grand danger. C'est pourquoi autant que possible il convient d'entrer dans les voies tracées par la minorité de la commission en ce sens que la plus grande partie des contribuables soient astreints à payer l'impôt fédéral de guerre. Je voterai donc la proposition de la minorité.

Si je prends la parole, c'est pour parler d'un autre point. Le projet du Conseil fédéral admet au paragraphe 3 que le chiffre de la fortune non imposable peut être élevé d'une manière équitable pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant. Sauf erreur, cette disposition a été

reproduite par le Conseil national et, si je ne me trompe, cette disposition a été également acceptée par la commission du Conseil des Etats. On me dira qu'elle avait déjà passé inaperçue dans le précédent projet. Je regrette d'avoir à déclarer que cela ne constitue pas un motif suffisant. En matière d'impôt la première des difficultés, le premier danger qu'il faut éviter, c'est l'arbitraire. Eh bien, s'il y a une disposition qui prête à l'arbitraire, c'est certainement celle dont je viens de vous donner lecture. En effet, dire que le minimum est élevé d'une manière équitable pour les personnes dont le produit du travail est insuffisant, c'est admettre l'arbitraire pur et simple. Qu'est-ce que c'est qu'un minimum équitable? Qu'est-ce que c'est qu'un travail suffisant? On peut discuter, on pourra discuter indéfiniment sur ces notions quand on examinera la situation d'un contribuable. Il est évident que pour telle personne habituée à disposer d'un gain un peu considérable ou d'une certaine fortune, l'appréciation sera toute différente que pour quelqu'un accoutumé à un revenu ou à un capital modeste. Il y a là une difficulté dont on n'a pas prévu la solution. Qui est-ce qui appréciera si le minimum est équitable, si le produit du travail est suffisant? Il faudrait l'indiquer. Mais, je le répète, je considère cette disposition comme étant d'une application extrêmement difficile et surtout arbitraire. Je voudrais par conséquent qu'on indiquât d'une manière quelconque dans quelles conditions on modifiera le minimum.

Si j'attire l'attention du Conseil des Etats et du Conseil fédéral sur cette question, c'est encore pour le motif suivant: Il est possible qu'on se fasse encore illusion sur un point. Le premier impôt de guerre non renouvelable, et qui pourtant va être renouvelé, a été accueilli par l'ensemble de la population et notamment par le canton que j'ai l'honneur de représenter, avec un enthousiasme auquel il faut rendre hommage. Il n'en sera pas de même de l'impôt que nous sommes en train d'édifier. Il n'en sera pas de même, Messieurs, pour la nouvelle édition; si pour le premier impôt de guerre les administrations compétentes ne se sont pas trouvées en présence de réclamations extrêmement nombreuses, il est évident que pour le projet que nous discutons aujourd'hui la situation sera complètement différente et vous vous trouverez en présence, je vous l'annonce d'avance, de contribuables qui se tiendront sur la défensive. Dans ces conditions, si vous ne voulez pas aller au-devant de difficultés nombreuses et inextricables, vous devez absolument supprimer ce membre de phrase dont la suppression ne paraît du reste n'entraîner aucun inconvénient. Tout au moins faudrait-il indiquer comment cette disposition pourra être appliquée. Je voudrais donc que la commission indiquât un peu ce qu'elle pense de cette disposition qui dans l'avenir risque de présenter des difficultés d'application considérables.

M. Soldini: Je me permets, comme membre de la commission, de prendre part à cette discussion et déclare que je suis parfaitement d'accord avec l'exposé de M. Rutty. Je ne nie pas qu'il est du devoir du citoyen suisse de concourir à couvrir les frais que la guerre nous a causés, mais je déclare que déjà lors du premier impôt de guerre, je n'ai pu me rallier à la limite de 10,000 francs pour les fortunes imposables et aujourd'hui encore, je ne suis absolument pas d'accord avec ce minimum que je considère trop limité et contraire à tout principe de solidarité.

Nous pouvons nous déclarer bien heureux d'avoir, riches et pauvres, échappé aux ravages de la maudite guerre, qui vient enfin de cesser. Si l'invasion des armées allemandes, invasion que j'appellerai infâme, au lieu de s'étendre sur le territoire belge, avait atteint notre pays, que de malheurs et de maux n'aurions-nous pas à déplorer aujourd'hui? Combien de nos soldats ne seraient pas rentrés dans leurs foyers? Et la dette de guerre ne serait-elle pas bien supérieure à celle que nous avons aujourd'hui? Il faut donc reconnaître que la mobilisation de notre armée a servi à la défense de tout le pays et à la protection de tous les citoyens. En conséquence il aurait été juste et raisonnable que pour couvrir les frais de mobilisation, tout le monde soit intervenu et y ait participé dans la proportion de ses moyens respectifs. Aujourd'hui nous constatons tout simplement que seulement environ 70,000 contribuables payent l'impôt sur une fortune de 10 à 15,000 francs. Pourquoi ne pas abaisser cette limite à 5000 francs? C'eût été bien plus juste et nous aurions eu 150,000 à 200,000 citoyens de plus qui, sans protestation, mais avec enthousiasme et patriotisme, auraient concouru à couvrir les frais de la mobilisation de guerre.

Un bel exemple de patriotisme a été donné par les dames suisses qui ont organisé une souscription volontaire, dont le produit a dépassé un million.

Je suis persuadé et j'ai la conviction que si pour le premier impôt de guerre on avait fait appel à tous les citoyens, tout le monde, avec empressement, aurait payé son obole, même l'ouvrier, et encore le plus modeste citoyen ne se serait refusé.

D'ailleurs celui dont la fortune est évaluée à 5000 francs peut avoir davantage, étant bien difficile d'établir les fortunes des contribuables. Mais enfin celui qui rentre dans cette classe payerait fr. 5, à verser en quatre années, soit fr. 1. 25 par an. Cette contribution, vraiment populaire et en même temps modeste, aurait été appréciable, juste et patriotique.

Je ne trouve pas démocratique la limitation et l'échelle proposée. C'est pour cette raison que je me suis rallié à la minorité proposant d'atteindre par l'impôt de guerre les fortunes à partir de 5000 francs au lieu de 10,000 francs, comme prévu par le projet en discussion.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich gehöre im vorliegenden Falle nicht zur Minderheit, sondern zur Mehrheit. Grundsätzlich kann man ja verschiedener Ansicht sein, wo die Steuerpflicht beginnen soll, bei Fr. 5000 Vermögen oder erst bei Fr. 10,000. Nun aber ist doch zu konstatieren, dass schon bei der ersten Kriegssteuer das Mini-

mum Fr. 10,000 bildete, und es würde nun offenbar doch nicht begriffen werden, wenn man in bezug auf die Erleichterungen gegenüber den Steuerpflichtigen noch unter dasjenige hinunterginge, was bereits bei der ersten Steuervorlage richtig befunden worden ist. Im Gegenteil, man erwartet ja erhöhte Entlastungen nach unten, und wenn wir darauf nicht eintreten, gefährden wir die Sache. Und dann müssen wir eben immer an das Korrelat dieser Steuervorlage denken, und das sind die indirekten Steuern. Die indirekten Steuern müssen wir ja noch haben, und da werden diese Leute eben betroffen, und darin liegt dann der Ausgleich und darin liegt die Wahrung des demokratischen Grundsatzes: gleiche Rechte, gleiche Pflichten im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des einzelnen. Ich glaube also, wir würden nicht gut tun, wenn wir da unter die Vorschläge des Bundesrates und die Beschlüsse des Nationalrates gehen würden.

Von Herrn Kollega Fazy ist dann hauptsächlich noch der Passus beanstandet worden, dass für Personen ohne ausreichenden Erwerb der Ansatz von Fr. 10,000, resp. Fr. 5000, wenn in diesem Sinne beschlossen würde, angemessen erhöht werden könne. Materiell ist dagegen gewiss nichts einzuwenden. Nehmen wir jemand, der rein gar nichts hat als sagen wir Fr. 10,000. Was ist seine jährliche Einnahme? Fr. 500. Ja, warum soll jetzt der mit einem derartigen Vermögenserträgnis steuerpflichtig sein, dagegen derjenige, der allerdings kein Vermögen hat, aber doch einen Erwerb von Fr. 2500, 3000, 3500, dann nicht steuerpflichtig sein? Ich glaube, das wäre eine Inkonsequenz. Derjenige mit dem Erwerb stellt sich an und für sich wesentlich günstiger. Und nun was die formellen Bedenken in bezug auf die Ausführung anbetrifft, die von Herrn Fazy vorgebracht worden sind, so wollen wir, glaube ich, die Sache nicht tragisch nehmen. Wir haben diese gleiche Fakultät, die gleiche Erleichterungsklausel bei der ersten Vorlage gehabt; sie ist im Laufe der Jahre gehandhabt worden, und man hat nie gehört, dass das zu irgendwelchen Anständen führen würde. Das hängt natürlich nicht vom Ermessen des Steuerpflichtigen ab, von seiner Deklaration, ob er befreit sein will. Er kann nicht einfach erklären, ich habe keinen ausreichenden Erwerb, sondern es fällt dann in das arbitrium boni viri, nachdem man sein Vermögen kennt, nachdem man seinen Erwerb kennt, zu beurteilen, ob nun da die Voraussetzungen vorhanden sind, wo billigerweise, trotzdem ein steuerpflichtiges Vermögen da ist, doch Steuerbefreiung eintreten kann. Wie gesagt, das hat bisher noch zu keinerlei Anständen geführt, und es ist absolut nicht vorauszusehen, dass bei der künftigen Ausführung dieser Kriegssteuer weitere Schwierigkeiten nach dieser Richtung entstehen würden.

Huber: Für den Fall, dass der Antrag Rutty angenommen wird, möchte ich den Antrag stellen, dass dann der Steuersatz für die Vermögen von Fr. 5 bis 10,000 auf ½ % herabgesetzt wird. Es wäre anzuerkennen, dass dieser Antrag dem Grundsatze von der Allgemeinheit der Steuer entsprechen würde. Anderseits aber wissen wir nicht, welch grossen Prozentsatz der Bevölkerung diese Steuer ergreifen würde. Und weiter mache ich darauf aufmerksam, dass die Steuersätze in der Vorlage progressiv gehalten sind, von 1 bis 25 ‰, und wenn man nun unter Fr. 10,000 Vermögen gehen will, so entspricht es dem Grundsatz der Progression, dass für noch kleinere Vermögen ein kleinerer Steuersatz angewendet wird. Die finanzielle Tragweite des Antrags von Herrn Rutty ist mir unbekannt. Es ist darüber auch, soviel ich gehört habe, keine nähere Auskunft gegeben worden. Man stützt sich einfach darauf, dass der Grundsatz der Allgemeinheit der Steuer mehr ausgedehnt werden soll. Ich für mich finde mit dem Herrn Kommissionspräsidenten, dass es nicht notwendig sei, weiter hinunterzugehen mit der Besteuerung der kleinen Vermögen und dass das der ersten Kriegssteuer nicht entsprechen würde, sondern wir wollen hier bleiben und nicht weiter hinuntergehen. Aber für den Fall, dass man doch mit dem Antrage grundsätzlich sich einverstanden erklären sollte — ich weiss nicht, wie dieser Antrag Rutty aufgenommen wird —, bin ich doch entschieden der Meinung, dass der Steuersatz dann auch entsprechend herabgesetzt werden sollte.

Ich empfehle daher für den Fall, dass der Antrag Rutty angenommen wird, dass dann der Steuersatz für die Vermögen unter Fr. 10,000 auf ½ ‰ herabgesetzt, also eine erste Steuerklasse mit ½ ‰ festgesetzt werde.

Präsident: Ich sehe den Antrag des Herrn Huber als einen Eventualantrag an, der nur dann zur Diskussion kommen würde, wenn der Antrag des Herrn Rutty durchginge. Für den Fall denke ich, dass die Abänderung in bezug auf den Steuersatz in Absatz 4 anzubringen wäre. Ich überlasse es Herrn Huber, wo er sie anbringen will. Aber in Absatz 4 ist vom Steuersatz die Rede, und ich glaube, es wäre das Beste, das dort anzubringen.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Je voudrais d'abord donner une explication à M. Fazy et indiquer ensuite les raisons militant à mon avis d'une manière décisive contre la proposition de M. Rutty et celle de la minorité de la commission aussi bien que contre la proposition de M. Huber.

En ce qui concerne la proposition de M. Fazy, je crois qu'il y a un malentendu. Une circonstance impérieuse m'avait malheureusement appelé hors de cette salle lorsqu'il a parlé. Ce n'est qu'ensuite que j'ai connu le contenu, la substance de son observation. M. Fazy semble avoir exprimé la crainte que l'élévation du minimum dans une mesure équitable n'ouvre la porte à l'arbitraire le plus absolu. Cette critique serait assez fondée s'il s'agissait d'une disposition arrêtée par l'administration qui trancherait la question de savoir s'il faut oui ou non en faire l'application. M. Fazy serait alors dans le vrai, mais il perd momentanément de vue que nous discutons en ce moment-ci une norme à donner pour l'établissement d'une ordonnance destinée à exécuter le texte constitutionnel arrêté par le législateur et pour en faire l'application équitable de la loi. Le même principe

avait déjà été proclamé à l'occasion du premier impôt de guerre. La loi avait entendu le voeu du législateur et l'avait réglé dans l'article 6 en disant que les personnes dont la fortune imposable n'excède pas 10,000 francs sont exemptes de l'impôt. C'est le principe général. Ensuite il est parlé des mères de famille qui ne disposent pas de ressources suffisantes, ont plusieurs enfants de moins de 18 ans et sont exonérées de l'impôt sur la fortune, si cette dernière ne dépasse pas 30,000 francs. Ici donc point d'arbitraire, mais des normes établies. Le texte d'aujourd'hui se différencie de l'ancien en ce sens qu'il ne voudrait pas accorder un privilège (ce mot est-il bien à sa place) uniquement aux veuves et orphelins, comme on l'avait fait pour le premier impôt de guerre, mais en l'étendant à toutes les personnes qui n'ont pas un revenu suffisant, même si elles ne revêtent pas le caractère de veuve ou d'orphelin.

Je pense que ces explications seront de nature à tranquilliser M. Fazy. Je veux bien qu'au Conseil national le parti socialiste et les orateurs du parti socialiste aient déposé une proposition tendant à fixer le total de l'exemption de ces personnes intéressantes déjà dans le texte constitutionnel. Votre commission a pensé qu'il était préférable de l'insérer dans le texte de la loi et je me suis rallié à cette proposition.

Maintenant arrivons à la question principale. Vous avez reçu ces jours-ci des tableaux statistiques élaborés par l'administration de l'impôt de guerre et vous y verrez entre autres que l'impôt sur la fortune a été payé par 261,299 personnes physiques. Le rendement brut de cet impôt pour cette catégorie a été en totalité, comme vous le savez, de 66,840,405 francs. Le chiffre de 261,000 personnes doit être sagement interprété si l'on veut éviter beaucoup de confusion et d'équivoque. Chaque contribuable est chef d'une petite communauté qui s'appelle famille ou ménage. Je ne pense pas que vous trouverez que j'exagère en prétendant qu'à chaque chef de ménage correspondent au moins en moyenne trois autres personnes, de manière que le ménage se compose en tout de quatre personnes: mari, femme, enfants ou d'autres personnes qui vivent dans la famille. Eh bien, si vous voulez savoir quel est le pour cent de la part qui a été atteinte par le premier impôt de guerre, vous devrez multiplier 261,000 par 4 et vous arriverez à ce résultat qu'il y a plus d'un million de personnes en Suisse qui paient l'impôt de guerre, première édition, sur la fortune. Cela correspond à un peu plus du 25% de la population. On ne peut donc pas prétendre que la base de l'impôt est très restreinte. En ce qui concerne l'impôt sur le produit du travail, 700.000 personnes le paient en Suisse. Il ne s'agit plus du quart de la population, d'un peu moins, mais en tout cas pas de ce chiffre que l'on fait parfois miroiter devant les yeux du public en prétendant que la base de l'impôt est très restreinte et que 5 à 10 % de la population seulement paient l'impôt.

Maintenant vaut-il la peine de percevoir l'impôt sur les fortunes supérieures ou inférieures à 10.000 francs? Combien de personnes en Suisse disposent de cette fortune? Je l'ignore. Je constate ceci, c'est que le nombre des personnes ayant une fortune entre 10,000 et 15,000 francs est de 918,000. S'il y a là peut-être une exagération, il n'en reste pas moins vrai qu'il y a environ 2 millions de personnes en Suisse qui entreraient dans la catégorie visée par M. Rutty. Si vous admettez que l'impôt de cette catégorie ne pourrait être guère supérieur à fr. 2. 50 d'après la proposition de M. Huber, parce qu'elle est le corollaire nécessaire de cette proposition, nous aurions un chiffre qui irait au delà de 4 à 5 millions par période. Evidemment je ne suis pas de ceux qui disent qu'il faut faire fi de ces chiffres-là; ils ne sont pas insignifiants. Mais croyez-vous qu'il soit utile et qu'il soit juste de demander maintenant une augmentation de charges à cette partie de la population qui a le plus souffert de la guerre et qui a besoin des secours particuliers de l'Etat? Cela ne me paraît rationnel ni au point de vue social ni au point de vue politique.

Je voudrais ensuite attirer votre attention sur un fait essentiel. Vous avez admis en 1915 que le minimum d'exemption devait être de 10,000 francs. Je prétends que ce chiffre représente une somme très sensiblement supérieure à celle qu'il a en 1919 et qu'il aura en 1920. Le phénomène de la dépréciation de l'argent commence à développer ses effets. On peut dire aujourd'hui qu'une fortune de 10,000 francs n'en vaut guère plus qu'une de 5000 francs en 1913. Cette limite de 10,000 francs est donc déjà une concession considérable aux théories de ceux qui voulaient établir des minima plutôt inférieurs. N'avez-vous pas été frappés par une nouvelle qui se trouvait dans les journaux d'hier? Le parti libéral du canton de Bâle-Ville qui correspond comme principes au parti auquel appartient l'honorable M. Rutty du canton de Genève vient de proclamer ces principes. Il a établi plusieurs postulats à réaliser. Savez-vous ce qu'il propose tout d'abord? Il propose, et je suis heureux de constater que vous êtes en pleine harmonie avec ce système, de mettre la totalité des dépenses de mobilisation à la charge de l'impôt de guerre, mais il propose aussi d'exempter toute les fortunes, non pas au-dessous de 10,000, mais de 20,000 francs. Il voudrait ensuite exempter, non point les revenus que vous avez proposés au Conseil fédéral, mais ceux aussi qui sont inférieurs à 5000 francs. Or, le parti en question soutient par ailleurs la théorie de la généralité de l'impôt, même avec quelque exagération. Eh bien, ces milieux se rendent à la réalité des choses; ils comprennent la situation nouvelle. Voudriez-vous accepter la proposition de M. Rutty? Cela me paraît impossible.

Permettez-moi de vous dire quil ne faut pas toujours prétendre que de grandes classes de la population sont exemptes de charges, de devoirs. Tel n'est pas le cas. Lorsque cette opération de l'impôt de guerre aura été réalisée et épuisée, le reste des finances de la Confédération reposera nécessairement sur les impôts directs auxquels concourent toutes les parties de la population. Je sais bien qu'ils frappent toutes les classes de la population, mais en fait ils frappent plus lourdement les classes inférieures que les classes supérieures. C'est un impôt progressif à rebours. En examinant les charges de la population, vous voyez devant vous non pas des impôts isolés, mais des impôts formant un tout, un système. Si vous faites ce calcul-là vous n'aurez pas de peine à vous persuader que les classes inférieures payent assez et qu'elles font leur devoir. D'ailleurs la tendance inscrite ici l'est dans toutes les législations des pays environnants, même en Italie, où le ministre des finances l'a proclamé récemment au Sénat: Il faut abandon-

ner, dit-il, la tradition et faire peser l'impôt direct sur la fortune, sur ceux qui disposent de la richesse; même phénomène en Angleterre, en France. Partout, cette idée s'est frayé un chemin et j'ai la conviction qu'on ne peut plus s'y soustraire.

M. **Rutty:** Deux mots de réponse d'abord pour rassurer M. Huber. L'adoption de la proposition de la minorité de la commission entraînerait forcément à mon avis la création d'une première classe qui payerait le ½ pour mille de façon que la somme réclamée serait de fr. 2.50. En second lieu je désire tout d'abord faire remarquer à M. le conseiller fédéral Motta qu'il a commis au préjudice de son argumentation une erreur de calcul formidable. Il a confondu les sommes payées par l'impôt avec le nombre des contribuables (M. le conseiller fédéral **Motta:** Non!) Sur ce point-là son argumentation repose donc sur une base complètement inexacte. La classe inférieure comprend 73,000 personnes et non pas près d'un million comme vous l'avez dit. Si nous faisons payer au contribuable l'impôt sur la fortune de 5000 à 10,000 francs, nous en augmenterons le chiffre d'une somme sensiblement égale à celle que paie le capital de 10,000 à 15,000 francs, c'est-à-dire de 300,000 francs environ et non pas d'un million. (M. le conseiller fédéral **Motta.** J'ai parlé du total de l'impôt de guerre payé par les personnes qui le devaient.) L'augmentation ne serait pas celle du chiffre que vous avez indiqué, mais de 75,000 contribuables ou un peu plus. Ce n'est du reste là qu'une discussion secondaire.

Un des arguments capitaux de M. Motta c'est le fait que la dépréciation de l'argent a modifié les conditions des impôts. Il nous dit: Quand autrefois vous frappiez les fortunes de fr. 10,000, l'impôt constituait une charge infiniment supérieure à celle d'aujourd'hui. L'argument peut lui être retourné. Il est évident que la charge de l'impôt est aussi diminuée par la dépréciation de l'argent. Ainsi à l'heure qu'il est si l'argent est déprécié de 50 % une personne qui paye fr. 5 paye un impôt qui équivalait à un sacrifice de fr. 2.50 avant la guerre. L'abaissement du taux de l'argent constitue naturellement un abaissement du poids de l'impôt. On a reproché à la proposition de la minorité de manquer de base précise et de jutification précise. Il est certain que la proposition de la minorité comme celle de la majorité est un empirique. Pourquoi un minimum de fr. 5000, pourquoi fr. 10,000? Je retourne l'objection à l'arrêté lui-même et je dis à M. Motta que la seule solution absolument logique aurait été l'impôt de capitation, c'est-à-dire la déclaration de l'obligation pour toute personne possédant une fortune quelconque de payer l'impôt. Le coût de la perception d'un tel impôt coût peut-être dépassé pour les très petites sommes la valeur de cette perception, mais l'empirisme reproché aux chiffres limitatifs de fr. 5000 ou fr. 10.000 aurait disparu.

M. le conseiller fédéral Motta oppose à notre argumentation une déclaration du parti libéral de Bâle qui s'est placé dans une situation un peu spéciale. Mais l'argument tiré de celle déclaration est pour moi tout à fait secondaire. Que MM. les capitalistes bâlois soient d'avis de frapper le capital le moins possible, je ne m'en étonne pas, car ils sont opposés d'une façon générale à l'impôt de guerre et de ce canton nous avons entendu des propositions formelles tendant à la non perception d'un nouvel impôt de guerre. L'argumentation des libéraux bâlois ne constitue qu'une opinion dont la justification pratique n'est pas faite. Il en est de même de l'argument invoqué par M. Motta en ce qui concerne le fait que si l'impôt de guerre ne frappe qu'une partie des contribuables, ceux-ci sont frappés par les impôts indirects. C'est un argument qui n'a rien à voir avec la question que nous discutons actuellement. Il est évident qu'actuellement les impôts indirects frappent certains contribuables qui ne sont pas touchés par les impôts directs. Mais cette constatation n'a rien à voir avec la question qui nous occupe et qui se résume comme suit: c'est que le meilleur impôt est celui qui frappe proportionnellement le plus grand nombre de contribuables et que l'impôt doit être basé sur ce principe de justice élémentaire que chacun doit contribuer aux charges de l'Etat quelle que soit sa situation de fortune et proportionnellement à cette situation. C'est ce que ne fait pas la loi actuelle et c'est pourquoi nous avons demandé de ramener le chiffre de fr. 10,000 à fr. 5000, pour qu'il se rapproche le plus possible d'un impôt général de capitation seul établi sur des bases indiscutables et inattaquables en droit comme en équité.

M. **Fazy:** Je regrette d'être en quelque sorte obligé de reprendre la parole, mais je serai aussi court que possible. D'abord je remercie M. le conseiller fédéral Motta de son explication et je m'en contente pour le moment en admettant que cette disposition absolument arbitraire sera interprétée et corrigée dans une certaine mesure par l'arrêté fédéral proposé par le Conseil fédéral. Il est évident que la forme sous laquelle cette disposition est présentée n'est pas admissible. M. le conseiller fédéral Motta reconnaît lui-même qu'elle revêt un caractère arbitraire. Dans ces conditions, je n'insiste pas, mais je prends note des déclarations formelles de l'honorable conseiller fédéral qui estime que cette disposition devra être commentée dans un texte ultérieur.

Deux mots maintenant pour continuer à appuyer la proposition de la minorité de la commission. Messieurs, dans le canton de Genève nous appliquons le principe en vertu duquel tout le monde doit autant que possible payer l'impôt, et je ne crois pas que personne dans le canton de Genève ne se plaigne de la manière dont cet impôt est appliqué. Il est évident que lorsqu'on se trouve en présence d'une situation difficile, l'autorité peut dégrever. Il ne faudrait pas chercher à dénaturer la proposition présentée et les explications que j'ai fournies sont parfaitement claires. Nous n'entendons pas du tout poursuivre un contribuable gêné, mais en principe tout contribuable pouvant faire un sacrifice, si petit soit-il, doit le faire.

Je tiens à répondre à certaines observations présentées par M. le conseiller fédéral Motta qui nous dit: Nous nous trouvons dans une période très difficile; les classes laborieuses ont de la peine déjà à faire face à leur subsistance. C'est parfaitement vrai. S'il s'agissait de faire payer l'impôt aujourd'hui ou demain, je m'inclinerais devant la proposition de M. Motta, mais il ne s'agit pas de cela, il s'agit d'un impôt perçu en quatre fois et à un moment où nous pourrons espérer que les conditions normales de

l'existence se seront améliorées. Donc l'argument ne porte pas.

Maintenant, l'honorable M. Rutty a répondu à une autre objection de M. le conseiller fédéral Motta. On a parlé du taux de l'impôt et de l'intérêt. Il est évident que nous pouvons redouter d'ici à cinq ou six mois une augmentation de taux et dans ce cas, le poids de l'impôt serait diminué d'autant. L'argument de M. Motta n'est pas fondé, mais je tiens à conclure; pour moi, l'argument capital qui me fera voter la proposition de la minorité, proposition sur laquelle on ne m'avait pas consulté, mais je la vote par principe, est celui-ci et je répéterai ce que j'ai dit il y a un instant, en l'accentuant. J'ai dit que pour un pays, quel qu'il soit, le plus grand danger, c'est que la majorité de la population n'ait plus aucun intérêt à un maniement rationnel et économique des finances publiques. Voilà l'argument capital et l'argument sur lequel je me base pour voter la proposition de la minorité. Dans un pays constitutionnel il faut, Messieurs, que la majorité de la population ait un intérêt quelconque à ce que les finances de l'Etat soient gérées de manière économique et avisée. Le jour même où vous aurez désintéressé la majorité ou les trois quarts de la population, les citoyens diront tout simplement: Votez tout ce que vous voudrez. Vous cantons, vous Confédération, votez toutes les centaines de millions qui vous conviendront, cela nous importe peu, ce n'est pas nous qui payerons. C'est précisément à cause de ce principe que je ne puis pas accepter la théorie de l'honorable M. Motta. Sans doute, je le reconnais, il est beaucoup plus populaire de dégrever graduellement des catégories de citoyens. Vous arriveriez peut-être un beau jour avec ce système à ne plus faire payer d'impôt qu'aux millionnaires. C'est un procédé qui est extrêmement dangereux. Je tenais à formuler ces observations, parce que à mes yeux elles ont une valeur considérable et parce qu'il serait extrêmement dangereux que des théories de ce genre passent du domaine de la Confédération au domaine cantonal.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 18. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr.

Séance du 18 décembre 1918, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 267 hievor. — Voir page 267 ci-devant.)

Schöpfer: Gestatten Sie mir, Ihnen den Antrag der Kommissionsmehrheit, es möchte das freie Vermögen auf 10,000 Franken und nicht, wie die Kommissionsminderheit es will, auf 5000 Franken festgesetzt werden, mit einem Wort zu empfehlen. Der Antrag ist bereits begründet worden durch den Herrn Kommissionspräsidenten. Nachdem derselbe aber von 2 oder 3 Mitgliedern der Kommissionsminderheit bekämpft worden ist, erachte ich es als in der Pflicht eines Mitgliedes der Kommission liegend, den Herrn Präsidenten in seinem Antrag und seiner Begründung mit einem Worte zu unterstützen, damit nicht den Mitgliedern der Kommission der Vorwurf gemacht werden könnte, sie hätten diesen in unseren Augen wichtigen Punkt einfach mit Stillschweigen übergangen.

Der Antrag wurde bekämpft mit der Begründung, es sei nicht gerecht, wenn so wenige an diese Kriegsschuld beitragen, und Herr Fazy speziell führte aus, er lehne sich aus Gründen des Prinzipes dagegen auf, dass nur ein kleiner Teil von Steuerzahlern an die Kriegsschuld beitrage.

Ich bin durchaus damit einverstanden, dass es auf jeden Fall das staatsbürgerliche Bewusstsein nicht stärkt, wenn ein grosser Teil der Staatsbürger die Lasten und Pflichten dem Staate gegenüber von den andern tragen lässt. Das Pflichtgefühl, mittragen zu helfen an den Lasten der Gemeinschaft, wird dadurch zum Schaden des Staates gelockert. Insoweit begreife, verstehe und anerkenne ich alles das, was Herr Kollege Fazy ausgesprochen hat. Allein ich meine, man müsse dabei würdigen, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Steuer, nicht um eine ständig wiederkehrende und bleibende Steuer handelt, sondern um eine Ausnahmesteuer, eine transitorische Steuer, welche nach Ablauf einer gewissen Zeit wieder verschwindet. Es handelt sich um eine Steuer, welche nur eine für ihre Höhe zeitlich begrenzte und im Gesetze genau umschriebene Schuld zu begleichen hat und welche erledigt ist, wenn diese Schuld beglichen ist. Wenn der Grundsatz, dass das staatsbürgerliche Bewusstsein geschwächt und gelockert wird, wenn nur einige wenige eine Steuer bezahlen, bei einem Steuergesetz aufgestellt wird, wo ständige und bleibende Steuern dekretiert werden, dann ver-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	18.12.1918 - 08:30
Seite Page Pagina	267-283
Ref. No	20 028 666

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

l'existence se seront améliorées. Donc l'argument ne porte pas.

Maintenant, l'honorable M. Rutty a répondu à une autre objection de M. le conseiller fédéral Motta. On a parlé du taux de l'impôt et de l'intérêt. Il est évident que nous pouvons redouter d'ici à cinq ou six mois une augmentation de taux et dans ce cas, le poids de l'impôt serait diminué d'autant. L'argument de M. Motta n'est pas fondé, mais je tiens à conclure; pour moi, l'argument capital qui me fera voter la proposition de la minorité, proposition sur laquelle on ne m'avait pas consulté, mais je la vote par principe, est celui-ci et je répéterai ce que j'ai dit il y a un instant, en l'accentuant. J'ai dit que pour un pays, quel qu'il soit, le plus grand danger, c'est que la majorité de la population n'ait plus aucun intérêt à un maniement rationnel et économique des finances publiques. Voilà l'argument capital et l'argument sur lequel je me base pour voter la proposition de la minorité. Dans un pays constitutionnel il faut, Messieurs, que la majorité de la population ait un intérêt quelconque à ce que les finances de l'Etat soient gérées de manière économique et avisée. Le jour même où vous aurez désintéressé la majorité ou les trois quarts de la population, les citoyens diront tout simplement: Votez tout ce que vous voudrez. Vous cantons, vous Confédération, votez toutes les centaines de millions qui vous conviendront, cela nous importe peu, ce n'est pas nous qui payerons. C'est précisément à cause de ce principe que je ne puis pas accepter la théorie de l'honorable M. Motta. Sans doute, je le reconnais, il est beaucoup plus populaire de dégrever graduellement des catégories de citoyens. Vous arriveriez peut-être un beau jour avec ce système à ne plus faire payer d'impôt qu'aux millionnaires. C'est un procédé qui est extrêmement dangereux. Je tenais à formuler ces observations, parce que à mes yeux elles ont une valeur considérable et parce qu'il serait extrêmement dangereux que des théories de ce genre passent du domaine de la Confédération au domaine cantonal.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 18. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr.

Séance du 18 décembre 1918, à 4 heures de relevée.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 267 hievor. — Voir page 267 ci-devant.)

Schöpfer: Gestatten Sie mir, Ihnen den Antrag der Kommissionsmehrheit, es möchte das freie Vermögen auf 10,000 Franken und nicht, wie die Kommissionsminderheit es will, auf 5000 Franken festgesetzt werden, mit einem Wort zu empfehlen. Der Antrag ist bereits begründet worden durch den Herrn Kommissionspräsidenten. Nachdem derselbe aber von 2 oder 3 Mitgliedern der Kommissionsminderheit bekämpft worden ist, erachte ich es als in der Pflicht eines Mitgliedes der Kommission liegend, den Herrn Präsidenten in seinem Antrag und seiner Begründung mit einem Worte zu unterstützen, damit nicht den Mitgliedern der Kommission der Vorwurf gemacht werden könnte, sie hätten diesen in unseren Augen wichtigen Punkt einfach mit Stillschweigen übergangen.

Der Antrag wurde bekämpft mit der Begründung, es sei nicht gerecht, wenn so wenige an diese Kriegsschuld beitragen, und Herr Fazy speziell führte aus, er lehne sich aus Gründen des Prinzipes dagegen auf, dass nur ein kleiner Teil von Steuerzahlern an die Kriegsschuld beitrage.

Ich bin durchaus damit einverstanden, dass es auf jeden Fall das staatsbürgerliche Bewusstsein nicht stärkt, wenn ein grosser Teil der Staatsbürger die Lasten und Pflichten dem Staate gegenüber von den andern tragen lässt. Das Pflichtgefühl, mittragen zu helfen an den Lasten der Gemeinschaft, wird dadurch zum Schaden des Staates gelockert. Insoweit begreife, verstehe und anerkenne ich alles das, was Herr Kollege Fazy ausgesprochen hat. Allein ich meine, man müsse dabei würdigen, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Steuer, nicht um eine ständig wiederkehrende und bleibende Steuer handelt, sondern um eine Ausnahmesteuer, eine transitorische Steuer, welche nach Ablauf einer gewissen Zeit wieder verschwindet. Es handelt sich um eine Steuer, welche nur eine für ihre Höhe zeitlich begrenzte und im Gesetze genau umschriebene Schuld zu begleichen hat und welche erledigt ist, wenn diese Schuld beglichen ist. Wenn der Grundsatz, dass das staatsbürgerliche Bewusstsein geschwächt und gelockert wird, wenn nur einige wenige eine Steuer bezahlen, bei einem Steuergesetz aufgestellt wird, wo ständige und bleibende Steuern dekretiert werden, dann ver-

stehe ich und billige ich es; es ist das durchaus richtig. Allein wenn bei einer ausnahmsweisen Gelegenheit dieses Postulat aufgestellt wird, dann verstehe ich es nicht. Gerade diejenigen Herren, welche wünschen, dass der Ausnahmecharakter dieses Gesetzes im Gegensatz zu der permanenten und bleibenden Bundessteuer betont werde, sollten sich dem Grundsatze nicht verschliessen, dass hier etwas anderes niedergelegt werden darf und soll als in einer gewöhnlichen Steuergesetzgebung. Auch die Sätze sind ja ganz andere als bei gewöhnlichen Steuergesetzen. Warum soll dann nicht auch der Personenkreis und das arbeitsfreie Vermögen und der arbeitsfreie Ertrag anders geregelt werden als in einem gewöhnlichen Steuergesetz? Gerade das deutet ja darauf hin, dass es sich hier um etwas ganz Ausnahmsweises handelt und um etwas, das wieder verschwinden soll, wie es gekommen ist, wenn es seine Pflicht erfüllt hat. Ich meine also, dass von diesem Gesichtspunkte aus dieses steuerfreie Minimum auf 10,000 und nicht auf 5000 Franken gesetzt werden dürfe.

Und dann darf und muss man doch immer wieder konstatieren, dass es doch nicht so ist, dass nur einzelne wenige diese Steuer bezahlen, und wenn Herr Soldini heute vormittag die Pflicht des Bürgers zur Steuerzahlung in Verbindung gebracht hat mit dem Rechte des Bürgers, mitzureden und mitzustimmen in der Verwaltung des Staates, so ist ja das durchaus zu billigen. Aber dann muss man auch die Zahl derjenigen Bürger, welche an dieser Kriegssteuer tragen helfen, in Verbindung bringen mit der Zahl derjenigen, welche stimmberechtigt sind, und wenn man das tut, so kommt man auf ganz andere Prozentsätze, als sie bei der ersten Kriegssteuer in der Botschaft festgesetzt wurden. In der ersten Kriegssteuervorlage ist festgestellt, dass nur zirka 9% der Wohnbevölkerung und zirka 20% der erwachsenen erwerbstätigen Bevölkerung mithelfen, die Steuer zu tragen. Sobald man sich aber auf den Boden stellt: «Wer mitspricht und wer befiehlt, bezahlt», muss man die Zahl der Leistenden in Vergleichung setzen mit der Zahl der Stimmberechtigten, und da hilft uns nun die Tabelle, welche kürzlich von der Kriegssteuerverwaltung ausgeteilt wurde. Daraus sehen wir, dass, in einer runden Ziffer gesprochen, 340,000 Bürger mitzahlen helfen, und wenn wir diese Zahl in Verbindung bringen mit den Stimmberechtigten, so können wir konstatieren, dass zirka 40% der Stimmberechtigten an dieser Kriegsschuld mittragen helfen, und das, meine ich, sei denn doch ein Prozentsatz, der sich sehen lassen dürfe.

Nun habe ich aber das Gefühl, dass die jetzige Kriegssteuervorlage mit Bezug auf das steuerfreie Vermögen schon jetzt hinter der ersten Vorlage geradezu zurückbleibt und dass dem wirtschaftlichen Effekt nach dasjenige, was Herr Rutty angestrebt hat mit seinem Antrag, eigentlich bereits erreicht sei.

Die erste Kriegssteuervorlage liess 10,000 Franken im Vermögen steuerfrei. Die heutige Kriegssteuervorlage lässt wiederum 10,000 Franken steuerfrei. Aber der wirtschaftliche Wert und die Kaufkraft von 10,000 Franken im Zeitkpunkte des Erlasses der ersten Kriegssteuervorlage ist wesentlich verschieden von der Kaufkraft und vom Werte von Fr. 10,000 im heutigen Zeitpunkt, resp. im Zeitpunkt, wo diese Vorlage wirkt, im Jahre 1919. Da bedeutet der Wert dieser 10,000 Franken der ersten Kriegssteuer vielleicht noch 5000 Franken, nämlich gerade soviel, als Herr Rutty steuerfrei erklären will. Die heutige Vorlage bleibt also, genau genommen, hinter der ersten Kriegssteuervorlage zurück, und nichts wäre in meinen Augen ungeschickter, als diese Fr. 10,000 auf Fr. 5000 herunterzusetzen, wie dies die Minderheit der Kommission will.

Und überdies wissen wir, dass der Kreis derjenigen Personen, welche auf billige Lebensmittel Anspruch oder auf staatliche Unterstützung anderer Art Anspruch haben, in den letzten Monaten vom Bundesrat weiter gezogen worden ist, und zwar so weit, dass alle diejenigen, welche ein Minimaleinkommen von 5000 Franken haben, Anspruch auf billige Lebensmittel haben. Ein Familienvater mit Kindern, der 5000 Franken verdient, hat Anspruch auf billige Lebensmittel, und es würde sich doch wahrhaftig sehr komisch machen, wenn wir Leute, welche auf billige Lebensmittel Anspruch erheben dürfen, zur Steuer heranziehen wollten. Schon aus dieser einzigen Erwägung heraus, glaube ich, müsse der Antrag der Kommissionsmehrheit gutgeheissen werden.

Und schliesslich kommen immer und immer wieder die referendumspolitischen Rücksichten. Wenn wider aller Erwarten 5000 Franken als steuerfreies Minimalvermögen gutgeheissen würden, dann riskieren wir, dass um dieser Bagatelle willen die ganze Kriegssteuernovelle gefährdet wird. Denn das entspricht ganz und gar nicht demjenigen, was das Initiativbegehren der Sozialdemokraten gewollt hat. Und deshalb meine ich, dass auch aus referendumspolitischen Gründen es beim Antrage der Mehrheit der Kommission, 10,000 Franken als steuerfreies Vermögensminimum, bleiben sollte, und ich möchte Ihnen in Uebereinstimmung mit dem Herrn Kommissionspräsidenten diesen Antrag als Mitglied der Kommission, das der Mehrheit angehört, empfehlen.

Böhi: Ich unterstütze grundsätzlich den Antrag der Minderheit der Kommission in dem Sinne, dass in der Tabelle I, welche dem Bundesbeschluss beigegeben wird, eine erste Klasse aufgenommen werde von 5—10,000 Franken Vermögen, die eine Steuer von Fr. 5 zu entrichten hätte.

Der bisherige Verlauf der Diskussion könnte den Eindruck hinterlassen, als ob nur in der romanischen Schweiz die Ansicht herrsche, dass die Kriegssteuer eine möglichst allgemeine sein sollte. Ich glaube aber, es widerspricht wenigstens nicht der Proportionalität der Meinungen, die im Volke bestehen, wenn auch eine Stimme aus der deutschen Schweiz sich vernehmen lässt, welche die Ansicht, die von der romanischen Schweiz vertreten wird, unterstützt.

In der bundesrätlichen Botschaft ist ausgeführt, dass jede gerechte Steuer beruhen müsse auf den Grundsätzen der Allgemeinheit und der Leistungsfähigkeit. Dass die vorliegende Steuer dem Grundsatze der Allgemeinheit nur in sehr ungenügender Weise gerecht wird, ist bereits von verschiedenen Seiten ausgeführt worden. Es hat namentlich Herr Kollega Isler in seinem eindrucksvollen Votum darauf hingewiesen, dass es für unser politisches Leben eine grosse Gefahr bilde, wenn nur noch etwa 5% der Bevölkerung — es mögen vielleicht auch etwas mehr sein — in Zukunft die Steuern zu tragen haben. Mit Rücksicht auf diese Gefahr möchte ich dafür eintreten,

dass die Kriegssteuer auf eine möglichst breite Grundlage verlegt werde. Ich habe schliesslich gerne dazu gestimmt, dass der ganze Betrag, die 100% der Mobilisationsschuld durch die direkte Vermögenssteuer getilgt werden soll. Es war das wenigstens ganze Arbeit, wenn auch gewiss gute Gründe für den Standpunkt der ursprünglichen Kommissionsminderheit sprachen. Allein bei der Verteilung auf die einzelnen Steuerpflichtigen gilt es nun doch, etwas genauer zuzusehen, und da sind es folgende Gründe, die mich bestimmen, dem Grundsatze der Allgemeinheit so weit möglich zum Durchbruch zu verhelfen.

Das Interesse, nicht in den Krieg hineingezogen zu werden, war ein ganz allgemeines; nicht nur der grosse Kapitalist, sondern auch der kleine hatte sein Interesse daran, nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer; es ist meines Erachtens ganz verfehlt, dieses Interesse ausrechnen zu wollen nach dem Masstabe des Vermögens, das einer besitzt. Da spielen doch gewiss auch Imponderabilien mit, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen. Dass der ärmste Arbeiter sicher seinem Erwerb nachgehen konnte, dass weder er, noch seine Familie von Fliegerbomben heimgesucht wurden, daran hatte auch er ein Interesse, nicht nur der sogenannte Besitzende. Das ist das eine.

Sodann wird gesagt, die Beiziehung der kleinen Vermögen werfe nur einen geringen Betrag ab. Das spielt für mich eine ganz untergeordnete Rolle. Viel wichtiger als der finanzielle Ertrag ist mir das Prinzip, dass jeder Staatsbürger, der irgendwie dazu in der Lage ist, zu der Steuer beiträgt. Man hat in letzter Zeit viel von Förderung der nationalen Erziehung und staatsbürgerlichem Unterricht gesprochen. Es liegt ja eine Vorlage vor uns zur Förderung der nationalen Erziehung. In meinen Augen ist das die viel wirksamere nationale Erziehung und der viel wirksamere staatsbürgerliche Unterricht, wenn jedermann gehalten wird, sein Scherflein beizutragen zu den Lasten, die verursacht wurden durch die Erhaltung der Unabhängigkeit des Vaterlandes, das ist wirksamer als die schönsten Bücher, die mit Bundessubvention herausgegeben, wirksamer als alle Vorlesungen, die von Professoren über Patriotismus gehalten werden mögen. Die Beteiligung an den Lasten des Staates, das ist praktische nationale Erziehung.

Im weitern sage ich: Die Einschränkung der Steuerpflicht wird in doppelter Richtung verhängnisvolle Wirkungen ausüben. Wir haben es hier mit einer Steuer zu tun, die voraussichtlich viermal erhoben wird, nicht, wie die erste Kriegssteuer, nur einmal. Sie ist vielleicht die Vorläuferin der dauernden direkten Bundessteuer, und als solche wird sie präjudizieren für die Grundsätze, die einer spätern Bundessteuer zugrunde gelegt werden. Sie wird aber auch präjudizieren für die kantonale Steuergesetzgebung. Auch da wird die Parole laut werden: Der Bund besteuert erst von Fr. 10,000 an, somit ist es doch nur logisch, wenn man auch in den Kantonen nur von 10,000 Franken an besteuert. Wohin man aber mit einer solchen Steuergesetzgebung, speziell in den ländlichen Kantonen, kommen wird, ist leicht abzusehen. Das mag in den Städten angehen, aber nicht auf dem Lande. Ich fürchte also die präjudizielle Wirkung dieses Grundsatzes. «Böse Beispiele verderben gute Sitten!» Bisher hatten wir in den Kantonen die gute Sitte, dass jedermann nach seiner Leistungsfähigkeit zu steuern hatte. Hier haben wir das böse Beispiel, dass man sagt: «Die Leistungsfähigkeit beginnt erst bei 10,000 Franken». — So viel mit bezug auf die Allgemeinheit der Steuer.

Ich komme zum zweiten Grundsatz, der Leistungsfähigkeit. Es wird mit vieler Wärme plädiert, es sei nicht möglich, heutzutage demjenigen, der nur ein Vermögen von 5000 Franken besitze, eine Steuer zuzumuten, wie ich sie vorschlage, von Fr. 5. Herr Rutty und Herr Huber haben auf der untersten Stufe sogar nur 2½ Franken vorgeschlagen. Wie verhält es sich aber, nüchtern betrachtet, mit dieser Belastung? Diese Steuer von 5 Franken verteilt sich auf vier Jahre; das macht auf ein Jahr Fr. 1.25. Nun frage ich Sie: welcher Mann, der Fr. 5000 Vermögen besitzt, ist nicht imstande, innert vier Jahren Fr. 5 auf die Seite zu legen, um seiner Pflicht als Bürger nachzukommen und sein Scherflein an die Kriegssteuer beizutragen? Ich frage: wie viele Zigarren oder Stumpen muss einer weniger rauchen, oder wievielmal weniger ins Kino gehen, um diese 5 Franken aufzubringen? Man macht in Uebertreibung und Sentimentalität, wenn man behauptet, es sei unmöglich, das zu leisten.

Und was ich hier vom Vermögen sage, das gilt vielleicht in noch höherem Masse auch vom Erwerb; es gilt von einer ansehnlichen Zahl derjenigen, die ein Einkommen besitzen bis zu Fr. 2500, die nach der Vorlage des Bundesrates nicht imstande sein sollen, irgend etwas an die Kriegssteuer zu leisten, die aber bei Kasse sind, wenn es sich um Ausgaben für das Genussleben oder Vereinsleben handelt. In dieser Beziehung ist man zu sentimental. Das darf hier ausgesprochen werden. Diese Empfindung hat man speziell auf dem Lande. Es ist etwas wie Kriegspsychose oder Streikpsychose, dass man glaubt, dem Volke immer vorreden zu müssen: «Ihr könnt das nicht leisten. Weil man euch während des Krieges billige Milch gibt, billiges Brot gibt, könnt ihr natürlich auch nach dem Kriege unmöglich Fr. 5—6 Steuer leisten, eine Steuer, die sich auf vier Jahre verteilt!» Man muss nur dem Volke in dieser Weise suggerieren, es sei leistungsunfähig, so wird es das gerne glauben. Aber das ist nach meiner Ansicht nicht die Aufgabe des Gesetzgebers, sondern man sollte an die Leistungsfähigkeit des Volkes appellieren, an seinen Willen, beizutragen an die Lasten des Staates; nicht aber sollte man künstlich den Glauben an die Ohnmacht zur Steuerleistung noch verstärken.

Also Fr. 5 in vier Jahren zu bezahlen bei einem Vermögen von Fr. 5000, dazu ist jedermann imstand. In ländlichen Verhältnissen sind Leute, die Fr. 5000 Reinvermögen besitzen, welches vielleicht in einer Liegenschaft angelegt ist, ganz ordentlich situiert. Solche Leute vermögen alle 4 Jahre Fr. 5 in ihr Haushaltungsbudget einzustellen, ohne dass es überlastet wird. Geschieht dies, so wird dem Grundsatze der Allgemeinheit der Steuer wenigstens einigermassen besser Genüge geleistet als nach dem Antrage der Kommissionsmehrheit.

Es wurde heute morgen vom Bundesratstische aus gesagt: «Est-ce que cela vaut la peine», diese Steuer zu erheben bei den untern Schichten? Ich weiss nicht, welchen Steuerertrag die Vermögen von Fr. 5000 bis Fr. 10,000 abwerfen werden. Ich glaube, es lohne sich der Mühe, die 5 Franken zu erheben. Aber die Frage ist nicht nur vom rein materiellen und finanziellen

Standpunkte, sondern von dem höheren politischen und staatsrechtlichen Standpunkte aus zu beurteilen, dass der Geist der Solidarität unter den Bürgern wachgehalten werden soll dadurch, dass jeder seine Steuer zu bezahlen hat. Herr Wettstein hat in seinem Votum von dem neuen Geiste, dem Geiste der Solidarität, gesprochen, der in unserem Staatswesen walten müsse. Aber unter Solidarität versteht man die Haftbarkeit aller, nicht nur einzelner; der Geist der Solidarität erfordert, dass jeder sein Scherflein beitrage, soweit es ihm möglich ist. Nun glaube ich, die Leistungsfähigkeit der unteren Volksschichten würde nach dem Antrage der Kommissionsminderheit nicht zu stark in Anspruch genommen. In den oberen Schichten legt man ja einen viel strengeren Massstab an. Und das mit Recht. Aber der Grundsatz der Solidarität kommt nur dann zum Ausdruck, wenn jeder, auch der Besitzer eines kleinen Vermögens, wenigstens etwas an die Steuer beiträgt.

Von diesen Anschauungen geleitet, komme ich also dazu, dem Antrage der Minderheit, die sich aus Vertretern der romanischen Schweiz zusammensetzt, beizustimmen in dem Sinne, dass, wie ich bereits eingangs erwähnte, in der Vermögenssteuertabelle eine neue Klasse von 5—10,000 Franken mit einem Ansatz von Fr. 5 einzusetzen wäre.

Präsident: Ich denke, Herr Böhi ist einverstanden, dass wir die Frage, ob die Steuerfreiheit auf 5000 Franken herabzusetzen sei, bei Absatz 4 behandeln.

Merz: Nur wenige Worte. Die sozialen Gründe und die politischen Argumente, welche für den Mehrheitsantrag sprechen, sind Ihnen bereits wiederholt auseinandergesetzt worden. Ich möchte hier nichts Neues beifügen. Nur ergänzend möchte ich bemerken: Wenn man ausführt, es bestehe die Gefahr, dass diese Art der Steuerveranlagung auch Schule machen könnte für die kantonalen und kommunalen Steuern, so bestreite ich nicht, dass eine gewisse Gefahr in dieser Richtung besteht. Ich meine aber, dass wir demgegenüber doch immer darauf verweisen können, dass es sich bei der Kriegssteuer um eine aussergewöhnliche Steuer zur Deckung aussergewöhnlicher Auslagen handelt. Wir können uns immer darauf berufen, dass wir mit der Kriegssteuer nur die Mobilisationsauslagen decken wollen, und insofern darf denn doch darauf hingewiesen werden, dass die breite Masse des Volkes an die Mobilisation ihren Anteil geleistet hat zum grössten Teil durch Erfüllung der Wehrpflicht. Der Wehrmann, der an die Grenze geeilt ist, der monatelang Familie und Haus, Pflug und Werkstätte hat verlassen müssen, der hat im Verhältnis zu seiner finanziellen Leistungskraft gewiss mehr geleistet als der grössere oder kleinere Kapitalist, der zu Hause bleiben konnte. Man darf wohl behaupten, dass in dieser Hinsicht eine gewisse Allgemeinheit der Steuer auch bei der vorgeschlagenen Veranlagung noch gewährt wird.

Nun möchte ich aber auf einen andern Gesichtspunkt hinweisen, der bereits, besonders von Herrn Bundesrat Motta, angedeutet worden ist. Ich halte dafür, dass eine Herabsetzung des steuerfreien Betrages auf Fr. 5000 vom steuertechnischen, vom fiskalischen Gesichtspunkt aus einfach nicht rentiert. Wir haben für 10—15,000 Franken nun den Steueransatz von 1‰. Der Steuerbetrag für die vierjährige Periode beläuft sich für Fr. 10,000 auf Fr. 10, mit andern Worten auf Fr. 2. 50 im Jahr. Wenn Sie nun noch weiter hinuntergehen, die Kategorie Fr. 5—10,000 ebenfalls steuerpflichtig erklären und nach dem Eventualantrage des Herrn Huber den Steuersatz für diese Kategorie auf ein halbes Promille festsetzen, so wird also für einen Vermögensbetrag von Fr. 5000 die Steuerabgabe Fr. 2.50 für die vierjährige Periode betragen, mit andern Worten für ein Jahr 62½ Rappen. Man muss also in Wahrheit schon Rappen spalten, um hier die Rechnung zu machen. Und da sage ich nun, es rentiert sich einfach für den Staat nicht mehr, solche kleinen Minimalsteuerbeträge überhaupt zu veranlagen, die Register aufzustellen, die nötigen Vermögensausweise zu beschaffen, dafür die erforderlichen Anweisungen auszustellen und den Bezug durchzuführen. Bedenken Sie auch, dass die Kantone die Veranlagung und den Bezug der Kriegssteuer besorgen müssen! Sie bekommen dafür — ich meine, eingeschlossen die Vergütung für die Entziehung der Steuerquelle — 25% der Kriegssteuer; also in diesem Falle würde der Kanton bekommen pro Jahr auf den einzelnen Steuerpflichtigen dieser Kategorie ein Viertel von 62½ Rappen bis Fr. 1.25. Er deckt damit ganz gewiss nicht entfernt die Kosten, die ihm aus der Veranlagung und dem Bezug erwachsen. Wir haben also ganz einfach eine unrentable Einrichtung. Auf der Seite der Steuerpflichtigen wird so etwas empfunden wie eine Art Schikane, und auf der Seite des Fiskus haben Sie keine Rendite. Auch von diesem Gesichtspunkt aus — es ist ja nicht der entscheidende, aber er trägt mit bei zu der Entschliessung, die ich für mich gefasst habe — halte ich dafür, empfiehlt sich durchaus der Mehrheitsantrag.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich nehme an, dass Herr Huber damit einverstanden ist, dass sein eventueller Antrag bei Ziffer 3 des Absatzes 4 behandelt wird.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Mehrheit der Kommission	21 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit der Kommission	10 Stimmen

Alinea 3.

Andermatt: Der Absatz 3 der Kommissionsvorlage handelt vom steuerfreien Erwerb. Ich habe in der Kommission den Vorbehalt gemacht, dem Antrage zu opponieren, und je mehr ich über denselben nachdenke, komme ich dazu, ihm Opposition zu machen.

Prinzipiell stehen die Anträge des Bundesrates sowohl als auch des Nationalrates und der ständerätlichen Kommission auf dem Standpunkte, dass der Erwerb bis zu einem gewissen Betrage, Fr. 2500 nach Antrag des Bundesrates, Fr. 3000 nach Antrag des Nationalrates und Fr. 3500 nach Antrag unserer

Kommission, steuerfrei sein solle. Sobald dann der Erwerb diesen Betrag übersteigt, erfasst die Steuer den ganzen Erwerb. Es handelt sich also hier nicht um ein steuerfreies Existenzminimum, wie es die meisten kantonalen Steuergesetzgebungen vorsehen; es handelt sich nicht um einen Betrag, der für alle Steuerpflichtigen steuerfrei ist, von dem ab also erst die Erwerbssteuer beginnt und welcher Betrag vom Erwerb abgezogen werden kann.

Man hat eingewendet, dass ein solches steuerfreies Minimum nicht in den Rahmen des gewählten Systems der Kombination von Vermögenssteuer und Erwerbssteuer passe. Demgegenüber ist zu bemerken, dass viele kantonale Gesetzgebungen, die auf dem gleichen Standpunkte stehen wie die heutige Vorlage, die also auch das Vermögen besteuern und den Erwerb, trotzdem ein steuerfreies Minimum für alle Pflichtigen kennen. Ich habe die Ueberzeugung, dass in den Rahmen des Systems, wie es hier vorgesehen ist, ganz gut eine Bestimmung gepasst hätte, wonach von der Erwerbssteuer ein gewisser Betrag von jedem Erwerb ausgenommen gewesen wäre, also nach dem Antrage des Bundesrates Fr. 2500, nach dem Antrage des Nationalrates Fr. 3000 und nach dem Antrage der Kommission Fr. 3500, und dass sich dann dieser Betrag erhöht hätte nach dem Antrage der Kommission um Fr. 400 für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede Person, der gegenüber der Erwerbende oder der Zensit unterstützungspflichtig ist, sofern er für diese Person tatsächlich sorgt.

Nun gebe ich ja zu, dass in diesem vorgerückten Stadium der Beratung ein solcher Antrag auf Einführung eines steuerfreien Existenzminimums nicht mehr angeht. Es hätte das zur Folge, dass die ganze Struktur der Vorlage geändert werden müsste und dass die Tabellen vollständig umgearbeitet werden müssten. Ich gebe auch zu, dass für eine ausserordentliche Steuer, bei der, wie wir gehört haben, die allgemeinen Steuergrundsätze nicht zur Anwendung kommen können, wirklich vom Grundsatze des steuerfreien Minimums abgegangen und ein anderes System gewählt werden kann.

Nun hat die Vorlage ein Surrogat geschaffen, wonach die kleinen Erwerbe steuerfrei sind, die Steuer aber sofort den ganzen Erwerb ergreift, wenn er über die Grenze geht. Es hat diese Lösung, welche unsere Kommission beantragt, die Folge, dass derjenige, der Fr. 3500 Erwerb hat, nichts, derjenige aber, der Fr. 3600 erwirbt, sofort den vollen Ansatz versteuern muss, also Fr. 17½ zu bezahlen hat. Der Uebergang vom steuerfreien zum steuerbaren Erwerb ist also ein etwas schroffer. Allein an einem Ort muss begonnen werden; das ist auch der Fall beim steuerfreien Existenzminimum.

Nun hat die ständerätliche Kommission die Vorlage des Nationalrates dahin verbessert, dass sie eine noch stärkere Entlastung nach unten vornahm, dass sie also vorschlug: steuerfreier Erwerb Fr. 3500 und für jedes Kind dazu noch Fr. 400 steuerfrei. Diesem edeln Zug des Herzens ist nun die Kommission hier im Absatz 3 nicht gefolgt. Man hat das steuerfreie Einkommen für die kleinen Einkommen erhöht und die Bestimmung getroffen, wonach der Zensit, der bis Fr. 10,000 Vermögen hat, mit Fr. 3500 Erwerb steuerfrei, der Zensit aber mit Fr. 10—20,000 Vermögen nur bis zu Fr. 3000 und derjenige, der Fr. 21,000 Vermögen und mehr besitzt, nur bis zu Fr. 2000 mit dem Erwerb steuerfrei ist. Mit dieser Bestimmung hat man nach meiner Ueberzeugung hauptsächlich die kleinen und kleinsten Vermögen treffen wollen. Personen mit Fr. 11,000 Vermögen sollen Fr. 500, Personen mit Fr. 21,000 Vermögen sogar Fr. 1500 weniger steuerfreien Erwerb haben.

Der Herr Referent hat allerdings ausgeführt, dass, je grösser das Vermögen des Erwerbenden ist, er um so leichter seinen Erwerb versteuern kann. Das ist nur teilweise richtig. Wenn der Gedanke des Referenten vollständig entwickelt worden wäre, so hätte man unbedingt dazu kommen müssen, dass bei einem gewissen höheren Vermögen überhaupt kein Erwerb steuerfrei wäre, dass z. B. der Millionär, der noch Fr. 2000 Erwerb hat, diese Fr. 2000 versteuern muss; denn er ist jedenfalls um vieles günstiger gestellt als einer, der nur Fr. 20—40,000 Vermögen hat. Man hätte dann besser den Grundsatz aufgestellt, dass bei einem gewissen Vermögen, sagen wir z. B. Fr. 100,000, von einem steuerfreien Erwerb nicht mehr gesprochen wird, eben weil nach dem Gedankengang des Kommissionsreferenten ein Zensit mit einem solchen Vermögen es ertragen kann, den Erwerb, den er mit geistiger oder manueller Arbeit erzielt, zu versteuern.

Man hat das nicht getan, sondern hat hier eine Abstufung getroffen, die unten wirkt, bei den Kleinen, bei Fr. 10—20,000 Vermögen. Wenn man diese Stufenleiter in die Praxis übersetzt, so kommt man nun zu interessanten Resultaten, man kommt zu Ungerechtigkeiten, die in einem Verfassungsartikel und einem Steuergesetze vermieden werden sollten.

Nehmen wir einen Zensiten, der ein Vermögen von Fr. 10,000 hat und einen Erwerb von Fr. 3500. Er hat keine Erwerbssteuer zu bezahlen, obwohl die Fr. 10,000 à 5 % berechnet ihm einen Ertrag von Fr. 500 geben, was mit dem Erwerb von Fr. 3500 einen Gesamterwerb von Fr. 4000 ausmacht. Dieser Mann bezahlt keine Erwerbssteuer.

Nehmen wir einen Zensiten, der Fr. 11,000 Vermögen hat, also Fr. 1000 mehr als der andere, und einen Erwerb von Fr. 3100. Dieser Zensit hat ein Einkommen von Fr. 11,000 à 5 % = Fr. 550 zuzüglich des Erwerbes von Fr. 3100, also ein Gesamteinkommen von Fr. 3650. Dieser Mann bezahlt nun erstens für sein Vermögen eine Steuer von Fr. 11 und zweitens für seinen Erwerb von Fr. 3100 eine Erwerbssteuer von Fr. 34. 10, insgesamt also eine Kriegssteuer von Fr. 45. 10.

Ein dritter Fall. Ein Zensit hat Fr. 20,000 Vermögen. Das gibt à 5 % berechnet einen Ertrag von Fr. 1000. Sein Erwerb von Fr. 3000 ist ihm frei. Er hat also wiederum Fr. 4000 Einkommen wie der Erstgenannte. Dieser Mann hat nun eine Kriegssteuer von Fr. 15 zu bezahlen.

Und nun noch ein letzter Fall: Der Zensit hat Fr. 30,000 Vermögen, was à 5 % einen Ertrag von Fr. 1500 ergibt. Er hat ferner Fr. 2000 steuerfreies Einkommen. Dieser Mann mit Fr. 3500 Einkommen bezahlt Fr. 25, weil nur die Fr. 30,000 Vermögen mit Fr. 25 von der Vermögenssteuer erfasst werden.

Das sind die Beispiele, die ich anhand der vorgeschlagenen Abstufung nachgerechnet habe. Sie ersehen daraus, dass wir nicht nur zu Unstimmigkeiten, sondern geradezu zu Ungerechtigkeiten kommen. Leute, die mehr Einkommen haben, bezahlen nichts im Gegensatz zu solchen, die weniger Einkommen haben, weil zufälligerweise den letztern ein Teil des Einkommens aus dem Vermögen zufliesst, das er zudem selbständig versteuert. Das ist ungerecht, und Gerechtigkeit ist schliesslich der oberste Grundsatz bei einer Steuergesetzgebung.

Nun treffen diese Ungerechtigkeiten hauptsächlich die kleinen Leute und vorab die bäuerlichen Kreise. Es ist, als ob man diese Bestimmungen zugeschnitten hätte, um die bäuerlichen Kreise zu erfassen. Ich bin selbstverständlich auch dafür, dass die Landwirte Steuern zahlen. Allein dafür kann ich nicht sein, und das stösst mich, dass man diese bäuerlichen Kreise durch eine ausnahmsweise Bestimmung mit der Steuer erfasst; das werden diese Leute jedenfalls merken, und es wird bei ihnen eine Stimmung auslösen, die nicht gut wirken wird.

Ich möchte Ihnen deshalb beantragen, zum System des Nationalrates zurückzukehren und im Grundsatze den Antrag des Nationalrates anzunehmen, allerdings mit den Abänderungen, wie sie die Kommission beschlossen hat, also zu sagen: «Erwerbssteuerpflichtig sind die Personen, deren Erwerb Fr. 3500 übersteigt. Dieser Ansatz erhöht sich um Fr. 400 für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede Person, der gegenüber der Erwerbende unterstützungspflichtig ist, sofern er für diese Personen tatsächlich sorgt.» Wenn wir diesen Antrag annehmen, so werden wir auch eine viel klarere Rechnung haben für die Steuerverwaltung. Diese Abstufungen wirken nicht nur ungerecht, sondern sie bedeuten auch eine Komplikation. Der Ausfall, der durch meinen Antrag bewirkt wird, kann nicht gross sein. Wir vermeiden, dass wir eine Klasse auf eine in gewissem Sinne raffinierte Art ausnahmsweise treffen, und wir werden vielleicht referendumspolitisch gut tun, diese Komplikation auszuschalten.

Ich möchte Ihnen deshalb den Beschluss des Nationalrates mit der Modifikation der Kommission empfehlen. Selbstverständlich hätte mein Antrag die Folge, dass die Tabelle II, Erwerbssteuer, etwas umgeändert werden müsste, indem man die erste Klasse von Fr. 3500 bis Fr. 3750 ansetzen und dann Abstufungen treffen würde: Fr. 3500 bis 3750, Fr. 3750 bis 4000 usw. bis zu Fr. 5000 mit Abstufungen von Fr. 250. Bei Fr. 5000 würden wir wiederum in das normale Geleise kommen, wie die bundesrätliche Vorlage es vorsieht.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich möchte Ihnen doch den Antrag der Kommission empfehlen. Die Kommission hat sich wiederholt und eigentlich recht lange mit dieser Frage beschäftigt und sie ist, soviel mir erinnerlich, schliesslich einstimmig zu den Anträgen gelangt, wie sie nunmehr in der Vorlage enthalten sind. Es war namentlich ein Gesinnungsgenosse von Herrn Andermatt, der diesen Gedanken aufgebracht und auch hauptsächlich vertreten hat, und die Kommission hat schliesslich finden müssen, ja zum grossen Teil schon von vornherein finden müssen, dass der Kombination von Vermögen und Erwerb bei Berechnung der steuerfreien Quote für die Erwerbssteuer ein durchaus richtiger und gesunder Gedanke zugrunde liegt.

Es ist ja recht, wenn man weit geht mit diesen Steuerbefreiungen und ich habe ja in bezug auf den steuerfreien Erwerb auch den Standpunkt der Mehrheit geteilt. Allein, wo wirklich nicht mehr zwingende Gründe für solche Befreiungen sprechen, da sollen sie auch nicht eintreten. Und wenn man nun einen Mann vor sich hat, der ein Vermögen von über Fr. 20,000 besitzt und nebenbei noch Fr. 2000 Erwerbseinkommen hat, da kann man doch wahrlich nicht mehr davon reden, dass der Mann nicht imstande sei, eine derartige Steuer, wie sie hier in Frage steht, zu bezahlen.

Wenn Sie diese Kombination nicht gutheissen, dann werden die steuerfreien Subjekte eine ganz enorme Vermehrung erfahren. Es ist doch nicht konsequent und nicht richtig, auf der einen Seite nur für alle Erhöhungen, sobald sie grössere Verhältnisse betreffen, einzutreten, nicht weit genug damit gehen zu können und dann, wenn es sich darum handelt, auch die Angehörigen des eigenen Kantons zu einem grossen Teil zu treffen, plötzlich in die umgekehrte Taktik und Politik zu verfallen.

Man kann ja natürlich mit einer Kasuistik, wie sie Herr Andermatt vorgebracht hat, darlegen, dass gewisse Unbilligkeiten entstehen. Derjenige, der die betreffende Chiffre in seinem Vermögen und seinem Einkommen übersteigt, wird steuerpflichtig, und derjenige, der darunter bleibt, wenn auch nicht sehr erheblich, oder wenn auch die Differenz zwischen dem einen und andern nicht gross ist, der wird von der Steuer frei. Aber das ist ganz gleich der Fall nach den Vorschlägen des Bundesrates und den Beschlüssen des Nationalrates. Sie haben auch die Grenze von 3000 Franken, resp. Fr. 3500 und mehr. Hat einer nur 3000, bzw. Fr. 3500 oder weniger, so ist er frei. Hat er Fr. 3001 oder Fr. 3501, so wird er grundsätzlich steuerpflichtig. Wir stehen da vor der gleichen Ungleichheit oder Ungerechtigkeit, wenn man das so heissen will, wie bei den Vorschlägen der Kommission. Hier kommt höchstens dazu, dass der Betreffende, natürlich, sofern er steuerpflichtiges Vermögen besitzt, auch noch das versteuern muss. Aber darum handelt es sich ja hier nicht, sondern um die Potenz des Betreffenden, die Erwerbsteuer entrichten zu können. Und wenn wir uns fragen, ob diese Potenz unter den Verhältnissen und Voraussetzungen, wie sie im Kommissionsvorschlage aufgestellt sind, zutreffe, so wird man das eben bejahen müssen. Ich empfehle Ihnen daher den Vorschlag der Kommission.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Seulement quelques mots. Lorsque la commission a discuté le nouveau système, j'étais malheureusement dans l'impossibilité d'assister à ses délibérations. J'ignore par conséquent les raisons spéciales discutées au sein de la commission. Je ne connais que les raisons indiquées par M. le président de la commission. Elles me semblent malgré tout suffisantes pour emporter l'adhésion du Conseil. Je reconnais sans aucune hésitation que le système proposé par la commission, qui était, je crois, à un moment donné unanime, mais de laquelle M. le député aux

Etats Andermatt vient de se détacher, est un peu étranger au système général de l'impôt tel qu'il est proposé dans le projet du Conseil fédéral, ratifié et approuvé par le Conseil national. Vous vous souvenez sans doute, Messieurs, que lors de la discussion générale, M. le député aux Etats Usteri avait même formulé des critiques contre le système général en disant qu'il était regrettable qu'au lieu de fonder le projet sur les idées de l'impôt global sur le revenu, on eût maintenu la distinction faite lors du premier arrêter entre la fortune d'un côté et le revenu du travail de l'autre Il est indiscutable que, pour un impôt ordinaire, le système de l'impôt global sur le revenu a peut-être une certaine supériorité sur le système contraire, non pas que la question soit en dehors de toute discussion. Je sais que le canton de Bâle a commencé par introduire ce système. Je sais que le royaume de Prusse, suivant l'exemple de Bâle, avait introduit ce système aussi. On sait également qu'en Angleterre est en vigueur un système analogue. Il est connu de même que le canton de Zurich, dans sa législation récente qu'on juge en général très bonne, ce que je crois volontiers, mais qui n'a pas encore été éprouvée en quelque sorte au contact de la pratique, a suivi le même système. Aussi bien lorsqu'il s'est agi de savoir s'il fallait maintenir la distinction des deux impôts, l'un frappant la fortune, l'autre le revenu du travail et non pas le revenu de la fortune, le département des finances a commencé par consulter des experts; ces experts étaient d'un côté M. le prof. Speiser, député au Conseil national, et de l'autre M. le Dr Hauser, conseiller d'Etat à Bâle. M. Hauser a été en particulier choisi comme expert, parce qu'il avait soutenu dans d'autres occasions avec beaucoup d'ardeur et de conviction le système de l'impôt global sur les revenus. Les deux experts arrivèrent à deux résultats nettement opposés. M. le prof. Speiser recommanda très vivement au département des finances, avec des raisons qui m'ont semblé décisives, de maintenir encore la distinction. M. le Dr Hauser arriva à la conclusion contraire. Mais, Messieurs, ce qui militait sans aucun doute en faveur du système préconisé par M. Speiser, était le fait qu'avec le système de la distinction entre les deux impôts et de leur séparation en quelque sorte, nous avions des bases presque mathématiques ou en tout cas presque certaines, pour mesurer l'effet fiscal de l'impôt que nous voulions proposer. Avec l'autre système, nous étions dans le vague le plus absolu, dans l'incertitude la plus complète. Ce qu'il y avait de très frappant, c'est que l'expert nous avait proposé certains taux, soit pour l'impôt frappant les revenus globalement, soit pour un impôt complémentaire frappant aussi la fortune et il était arrivé à ce résultat, qui m'a toujours paru très singulier, que l'impôt complémentaire frappant la fortune dans le système de l'impôt global était destiné à donner un rendement double, triple et même quadruple de l'impôt qui aurait été censé le principal et aurait frappé le revenu global des contribuables. C'est un résultat si singulier qu'il rendait absolument inadmissible, à mon avis, le projet dont il s'agissait, le système du revenu global. En effet, il ne me semble pas qu'il soit naturel que devant instituer un impôt principal et un impôt complémentaire, ce soit l'impôt complémentaire qui soit destiné à donner le plus et l'impôt principal, à produire le moins.

C'est qu'il ne faut pas oublier qu'avec l'impôt dont il s'agit, qui a un caractère si extraordinaire, nous voulons surtout frapper la fortune, parce que nous voulons exprimer d'une manière bien nette que c'est surtout la fortune, la richesse acquise, le travail en quelque sorte qui s'est transformé en une richesse stable que nous voulons frapper, parce que c'est cette fortune qui a surtout bénéficié de la protection de la frontière.

Maintenant, puisque nous avons admis le système des deux impôts en quelque sorte séparés par des cloisons étanches, il allait de soi que nous ne pouvions pas, lorsqu'il s'agissait de fixer les minima d'exemption, établir des rapports entre la fortune et le revenu. Et nous vous avons proposé une exemption déterminée pour la fortune et une exemption déterminée pour les revenus du travail, mais sans établir des rapports entre ces deux situations. La commission du Conseil des Etats a seulement voulu établir certains rapports et en les établissant, elle a en réalité fait une brèche dans le système qui a été proposé par le Conseil fédéral et qui était, je le répète, celui du premier impôt de guerre. Or, est-ce que cette brèche qui a été faite au système justifie de la part du Conseil le refus des propositions de la commission? Je me suis posé cette question très sérieusement et je n'ai pas pu y répondre d'une manière affirmative. J'arrive alors à ceci que malgré ce qu'il y a d'un peu étranger au système du projet, je puis personnellement vous recommander d'adopter les propositions de votre commission. Si j'ai bien compris sa pensée profonde, je pense qu'on peut l'interpréter ainsi. Au Conseil national, il y a eu une lutte ardente autour de la question de l'exemption du produit du travail. Le Conseil fédéral avait commencé, dans son projet primitif, par proposer d'exempter, pour les célibataires, le produit du travail jusqu'à fr. 2500, et pour les gens mariés jusqu'à fr. 3000. La commission du Conseil national supprima la différence entre les célibataires et les hommes mariés et établit l'exemption unique pour tous les revenus jusqu'à la somme de fr. 3000. Au Conseil national, il y eut des propositions allant encore plus loin. Vous vous souvenez sans doute que, dans l'initiative socialiste, l'exemption en faveur du produit du travail devait aller jusqu'à fr. 5000. Au Conseil national même, les représentants du parti socialiste se seraient peut-être contentés d'une exemption allant jusqu'à la limite de fr. 4000. Le Conseil national ne voulut pas aller plus loin et je crois que ce qui le retint surtout, c'est qu'on aurait libéré en quelque sorte tous les revenus du travail de l'agriculture dont les éléments sont très difficiles à établir et échappent très facilement au fisc. Votre commission eut évidemment devant l'esprit cette situation. D'un côté, elle était animée du désir de faire un pas vers ceux qui demandaient d'autres limites pour le produit du travail. Elle fixa donc en principe comme limite exempte, non plus fr. 3000, mais fr. 3500. Elle voulut cependant tenir

compte de la nécessité qu'il y avait de frapper certains revenus qui ne se combinaient pas avec ceux de la fortune. Je suppose qu'elle avait particulièrement en vue la situation de l'agriculture et elle formula les propositions que vous avez sous les yeux.

Je reconnais que les exemples cités par M. Andermatt sont très frappants et que dans les hypothèses qu'il a formulées, il y a peut-être des injustices, grandes dans un cas, dans l'autre peut-être un peu moins, mais toujours certaines injustices. Cependant je pense qu'il vous sera absolument impossible, quelque effort que vous fassiez, de trouver un système qui élimine d'une manière absolue tout arbitraire dans la fixation des impôts. Je pose donc la question: Est-ce qu'il vaut mieux s'en tenir au système de la commission: établir un certain rapport entre l'état de la fortune et l'état des revenus du travail ou bien vaut-il mieux ne pas tenir compte de l'état de ces rapports? Je dois dire, en mon âme et conscience que, malgré tout, je trouve le système de la commission plus équitable que celui du Conseil fédéral et du Conseil national. Ce sont les raisons un peu vacillantes, je le reconnais, qui m'ont déterminé pour mon compte à ne point faire opposition aux propositions de la commission du Conseil des Etats.

Andermatt: Den Ausführungen des Referenten gegenüber möchte ich nur bemerken, dass ich schon in der zweiten Kommissionssitzung hier in Bern nicht mehr mit dem Antrag der Kommission einverstanden war. Ich habe schon damals gesagt, dass ich mir erlauben werde, einen Gegenantrag zu stellen, weil ich sah, dass der Antrag der Kommission zu Ungerechtigkeiten führt. Der Referent hat an der Kasuistik Kritik geübt und die Meinung vertreten, dass jede Regelung zu Unstimmigkeiten führe. Ich bin nicht dieser Ansicht und halte dafür, dass ein Gesetz der Kasuistik standhalten muss und dass, wenn es zu Unsinn führt, eben nicht angenommen werden kann. Ich betrachte es nun geradezu als Unsinn, dass einer, der Fr. 4000 Erwerb und Fr. 10,000 Vermögen hat, diesen Erwerb nicht versteuern muss, während derjenige, der Fr. 3600 Erwerb mit Fr. 11,000 Vermögen hat, Fr. 45 Steuern zu zahlen hat. Das kann ich nicht verstehen. An den angeführten Beispielen, die vermehrt werden können, hält der Antrag der Kommission nicht stand. Nun wäre ich vollständig einverstanden, eine gewisse Relation zwischen Vermögen und Erwerb eintreten zu lassen. Bei einem Vermögen von Fr. 100,000, das zu 5 % Fr. 5000 abwirft, dürfte jede Steuerfreiheit des Erwerbes wegfallen. Das wäre eine Relation, die ich verstehen könnte, aber nicht die Relation, die hier gemacht wird, nur um die kleinen Leute zu treffen, die ein paar tausend Franken Erspartes haben.

Noch eine Bemerkung. Man hat mir gesagt, dass ich nur die Angehörigen meines Kantons vertreten habe. Ich gebe zu, dass es auch in meinem Kanton solche Angehörige gibt. Allein das darf kein Vorwurf sein. Um so weniger, als ich in den letzten Tagen ein Vorbild hatte, das in ganz anderer Weise die Angehörigen seines Kantons geschützt wissen wollte, als ich es mit bezug auf diese kleinen Leute getan habe.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	14 Stimmen
Für den Antrag Andermatt	10 Stimmen

Alinea 4.

Usteri: Es liegen hier neue Anträge von sechs Mitgliedern der Kommission vor. Diese Anträge und die nachträgliche Einreichung derselben sind keineswegs das Widerspiel von Impressionen, die Verspätung ist schlechterdings auf mechanische Ursachen zurückzuführen, mechanisch deshalb, weil bei der Hast, mit welcher die Kriegssteuer für den Rat hat vorbereitet werden müssen, die Zeit gefehlt hat, auch in bezug auf Punkte, die bis dahin nicht bestritten waren, die ruhige Ueberlegung eintreten und walten zu lassen. Das ist die ausschliessliche und einzige Erklärung dafür, dass diese Angelegenheit nicht schon in der Kommission zur Sprache gebracht worden ist.

Wir wissen nun, dass die Steuererleichterungen, die wir vorgesehen haben, eine ganz erhebliche Reduktion des Steuerertrages bedeuten, und wissen auf der andern Seite, dass wir hier vor der ganz ausnahmsweisen Tatsache stehen, dass der Steuerzweck nicht auf einen Steuerertrag X geht, sondern auf einen ganz bestimmten Steuerertrag, auf eine feste Summe, die in relativ kurzer Zeit festgesetzt werden wird. Dieser Umstand hat nun die Wirkung, dass, je grösser der Ertrag der Steuer ist, desto früher die Steuer selbst in Wegfall kommen wird.

Dann haben wir immer und immer wieder, insbesondere auch in der Kommission und schon im Nationalrat, den dringenden Wunsch gehört, dass die Steuer unter keinen Umständen einen stabilen Charakter annehmen darf und wir alles zu tun haben, die Dauer der Steuer herabzusetzen. Man hätte natürlich von dieser Seite die Erstreckung der Steuerperioden von 3 auf 4 Jahre nicht annehmen und für den Bund die 100% und nicht die 80% Steuer reklamieren sollen. Das ist aus sich kreuzenden Ueberlegungen nicht geschehen, was ich ganz wohl begreife.

Nun aber erhebt sich die Frage, ob es nicht geboten sei, den Steuerausfall bei der Steuerbefreiung auf kleinem Erwerb und kleinem Vermögen irgendwie zu kompensieren. Es liegt nahe, sich zu fragen, ob das in höheren Steuersummen, Steuervermögen und Steuereinkommen, möglich ist. Die Anträge, die Ihnen am 11. Dezember unterbreitet worden sind, glauben, das bejahen zu können, indem sie dafür halten, dass die Progression beim Vermögen nicht schon bei 2,400,000 Franken haltmachen müsse, sondern in Stufen von ½ ‰ pro vierjährige Steuerperiode fortgesetzt werden könne bis zu Fr. 9,400,000 und einem vierjährigen Steuersatz von 50 ‰ und dass sie beim Erwerb nicht aufhöre bei einem Satz von Fr. 98,000 Einkommen, sondern fortgesetzt werde bis zu einem Einkommen von Fr. 240,000 unter Fortsetzung der Progression von 20% per vierjährige Steuerperiode um je ½% bis zu 25%, so dass wir dann beim Vermögen und beim Ein-

kommen eine Progressionsskala bekämen von 1—50‰ beim Vermögen und von ½—25% beim Erwerb.

In dieser Richtung ist nun speziell auf folgenden neuen Tatbestand hinzuweisen. Dadurch, dass wir die Steuerperiode von 3 auf 4 Jahre verlängert haben, sind alle Steuersätze, bis hinauf zu den höchsten, auf das Jahr gerechnet, auf 75% der nationalrätlichen Steuersätze herabgesetzt worden. Nun sind die Steuersätze des Nationalrates von niemand angefochten worden und es liegt deshalb die Möglichkeit nahe und scheint gegeben zu sein, dass diese Steuersätze wieder hergestellt werden dürfen speziell für die grossen Vermögen. Falls nun die Progression beim Vermögen um 0,5 ‰ per Fr. 100,000 fortgesetzt wird, so ist der frühere, der nationalrätliche Steuersatz erst bei einem Vermögen von 3,6 Millionen erreicht. Und was den Erwerbssteuersatz anbelangt, wenn dieser auf die vierjährige Periode um 0,5 % per Fr. 10,000 erhöht wird, dann wird der frühere Satz erreicht bei einem Höchsteinkommen von Fr. 240,000. Also speziell beim Erwerb liegt dann die Sache so, dass einfach hier bei den Fr. 240,000, wo unser Antrag haltmachen will, die frühere Stufe, die von Bundesrat und Nationalrat aufgestellt worden ist, wieder erreicht wird.

Anders liegt nun der Fall für die grösseren Vermögen über 3,6 Millionen. Hier bedeutet unser Antrag eine Steigerung der Steuerlast, auch auf das Jahr gerechnet. Der Antrag ist denn auch unserseits nur in Würdigung des Umstandes gestellt, dass es sich um eine ausserordentliche Steuer handelt. Wir müssen unsere drückende Schuldenlast so rasch als möglich begleichen. Ich erinnere hier an die Motion des Herrn Goetschel im Nationalrat, der für jedes Vermögen, auch für das kleinste, ein Steueropfer von 5 % als gerecht und angemessen erachtet hat, während das Mehropfer, das von den Antragstellern verlangt wird, sich ja nur auf ganz grosse Vermögen bezieht. Die grundsätzliche Begründung jeder Progression geht doch dahin, dass mit dem höheren Einkommen und Vermögen die Höhe der für eigene Bedürfnisse entbehrlichen Quote steigt, die dem Staate für die öffentlichen Bedürfnisse abgegeben werden kann. In der Richtung steht der Antrag auf dem gleichen Boden wie Bundesrat und Nationalrat. Auch diese gehen davon aus, dass die Progression aus allgemein volkswirtschaftlichem, aus steuerwirtschaftlichem Interesse des Staates am Vorhandensein grosser Vermögen und in Würdigung der Schwankungen auch der grossen Vermögen nach Substanz und Ertrag an einem gewissen Punkt ein Ende nehmen soll.

Ich gebe zu, hierin liegt gegenüber dem Prinzip eine gewisse Inkongruenz. Aber die übrigen volkswirtschaftlichen und rechtlichen Ueberlegungen sprechen stark dagegen, dass die Beendigung der Progressionswirkung an irgend einem Punkt einmal platzgreifen soll, und die Sache darf hier um so eher hingenommen werden, als die Zahl der Steuerpflichtigen bei der ersten Kriegssteuer, die über 9,4 Millionen versteuert haben, ihrer 12—13 ist, aber auch die Zahl derjenigen, die ein Einkommen aus Erwerb von über Fr. 240,000 haben, wo die Progression auch aufhört, ist keine bedeutende. Sie betrug bei der ersten Steuer fünfzig. Nun handelt es sich aber nach der Mitteilung der Steuerverwaltung in der Hauptsache um Kriegsgewinne, die nun schon ihr Ende nehmen werden, und die grossen Sätze von Einkommen von vielen hunderttausend Franken werden zum Grossteil verschwinden. Ich füge noch bei, dass es sich hier überall um natürliche Personen handelt und nicht um Aktiengesellschaften, für welche wir ja eine besondere Ordnung treffen wollen.

Die Begrenzung der Progression ist dann auch weiter in der Richtung gerechtfertigt und geboten, als wir billige Rücksicht zu nehmen haben auf die Steuerhoheiten der Kantone und Gemeinden. Wir müssen dafür sorgen, dass diese grossen Steuerzahler, die grosse kantonale und Gemeindesteuern aufzubringen haben, in der Lage sind, auch diese Steuern zu entrichten, ohne über Gebühr belastet zu werden, aber daneben auch das eigene Vermögen zu äufnen, wenn sie eine ordnungsgemässe Lebenshaltung haben. Das scheint bei den Sätzen, die wir Ihnen vorschlagen, noch möglich zu sein, auch möglich zu sein, wenn Sie die Tantiemensteuer annehmen, denn die Tantiemen sind nach der Erwerbsskala steuerpflichtig, welche gegenüber den Beschlüssen des Nationalrates reduziert wird..

Es empfiehlt sich wohl auch hier, neuerdings darauf aufmerksam zu machen, dass die Tabellen, die der Bundesrat uns als Bestandteil seiner Anträge vorgelegt hat, vielfach und auch in berufenen Kreisen zu dem Missverständnis geführt haben, als seien die Steuersätze in Kolumne 4 jährliche Steuersätze und nicht Steuersätze für die Perioden. Die entsprechenden Köpfe der angezogenen Kolumnen haben allerdings hiezu reichlich Anlass gegeben, und es wird notwendig sein, hier deutlicher zu schreiben. Wir müssen also überall, wenn wir von 10, 20 usw. ‰ Vermögenssteuer, von 10, 20, 25 % Erwerbssteuer reden, wenn wir die gang und gäbe Repartition der Steuer dem jährlichen Erwerbe, den jährlichen Einnahmen aus Vermögen gegenüberstellen, immer durch vier dividieren.

Nach dem Antrag des Bundesrates und dem Beschluss des Nationalrates ergibt sich, dass von einem Vermögen von 2,4 Millionen an aufwärts bis zu einem Vermögen von X Millionen, wenn Sie so wollen, auch bei Vermögen von 5, 7, 8 Millionen der Prozentsatz der Steuer im Verhältnis zum Vermögensbetrag, der Kürze halber zu 5% gerechnet, in allen Klassen gleich gross, nämlich 12% ist, während doch mit der Steigerung des Vermögens ein immer grösserer Teil für die Lebenshaltung entbehrlich wird und nicht durchaus für Kapitaläufnung verwendet werden muss.

Unsere Anträge bringen aber eine gerechtere Lösung. Wenn also, wie bereits bemerkt, bei 2,4 Millionen Vermögen die Steuer 12% des Vermögensertrages ausmacht, so ist dieser Prozentsatz bei einem Vermögen von 3,7 Millionen 15%, und es bleiben dem Pflichtigen für sich selbst und für die Steuern an Staat, Kanton und Gemeinde Fr. 150,000 frei. Bei einem Vermögen von 5,4 Millionen steigt der Prozentsatz der Steuer auf 20%; frei bleiben dem Steuerpflichtigen für sich selbst, für die Steuern an Staat und Gemeinden 216,000 Franken, und auf einem Vermögen von 9,4 Millionen steigt der Prozentsatz der Steuer auf 25% und es bleibt dem Steuerpflichtigen für sich und für die Steuer an Kantone und Gemeinden ein Betrag von 346,000 Franken.

Wenn Sie sagen, diese Belastung sei eine weitgehende, die Progression sei eine starke, so anerkenne ich das. Aber diese Sätze sind nur bestimmt für die Zahlung der Kriegsschulden, und diese Zahlung der Kriegsschulden innert einer möglichst kurzen Zeit aus

politischen und finanzwirtschaftlichen Gründen ist ja der Ausgangspunkt der Kriegssteuer überhaupt. Es ist bis zu einem gewissen Grad eine Sache der Empfindung, es ist aber auch eine Sache der Würdigung der ökonomischen Lage der grossen Vermögen und der damit verbundenen Interessen, ob die Sätze des Nationalrates, des Bundesrates und der Kommission, oder ob die Sätze unseres Antrages das Zweckentsprechende, Gerechte und Erlaubte darstellen. Herr Kollega Böhi hat bei Anlass der Ermittlung der Grenze für die Steuerpflicht nach unten den richtigen Satz aufgestellt, dass die Steuern nach der Leistungsfähigkeit abzustufen seien. Wenn wir Vermögen vor uns haben, die Fr. 200,000, 300,000, 400,000 abwerfen, so scheint es uns logisch zu sein, wenn wir sagen, es ist unrichtig, wenn diese stark differenzierten Einkommen aus Vermögen prozentual in gleicher Weise belastet werden und nicht auch hier die starke bis hundert und mehr Prozent betragende Differenz der Vermögenserträge von der Vermögenssteuer differenziell erfasst wird.

M. **de Meuron:** Il n'est pas très agréable de devoir dans un débat comme celui-ci s'exposer au reproche de défendre les grosses fortunes, et si je propose au Conseil de ne pas entrer dans les vues qui viennent d'être exposées par M. Usteri, c'est beaucoup moins en me plaçant sur le terrain de la défense des quelques contribuables qui seraient frappés par cette mesure, qu'en me plaçant sur un autre terrain.

Si vous consultez le tableau qui nous a été distribué, vous pourrez voir que les fortunes au-delà de trois millions sont au nombre de 176 seulement. Où se trouvent ces 176 contribuables; où ont-ils leur domicile? Je crois qu'il est à peu près certain qu'à de rares exceptions près, ces contribuables les plus importants sont situés dans les villes. Or, dans les villes, surtout dans les années qui vont venir, les impôts sont et seront extrêmement élevés. Pour ne parler que de la ville que je connais bien et de mon canton, l'impôt maximum qui s'applique sur les fortunes à partir de 3 millions est de 4½ ‰ pour le canton et de 5,60 ‰ pour la commune. Cela fait ensemble 10,1 ‰. Si vous montez encore l'impôt de guerre et que vous lui fassiez atteindre la hauteur de 50 ‰ répartis sur quatre ans, cela fait par an 12½ ‰ qui, ajoutés à 10,1 font: 22,3 ‰. On peut admettre qu'une fortune de cette importance est répartie sur divers placements et sur des immeubles de plus ou moins de rapports. Si l'on admet qu'elle rapporte en moyenne du 4½%, c'est largement compté. Or, vous voyez que les impôts cantonaux, communaux et fédéraux, dans le cas où la proposition de M. Usteri serait acceptée, représenteraient exactement la moitié du revenu de ces contribuables. On me dira: Les revenus de ces contribuables sont suffisamment considérables pour supporter une amputation de moitié. C'est possible. Je n'ai pas le bonheur de faire partie de cette catégorie et je ne puis pas me mettre dans l'état d'esprit d'un contribuable de cette catégorie. Mais ce que je sais d'une façon certaine, c'est qu'il est évident que la plupart de ces contribuables feront leurs calculs et s'arrangeront à prendre leurs mesures pour diminuer cette charge énorme qu'on veut leur imposer. De quelle façon s'y prendront-ils le plus souvent, parce qu'ici il ne s'agit que de personnes physiques? Ces gens qui ont de grosses fortunes possèdent très probablement une résidence en ville et une à la campagne ou tout au moins ils ont la faculté d'acquérir une résidence à la campagne. Or, chacun sait qu'à la campagne on peut trouver dans tous les cantons des localités campagnardes où la vie pendant une partie de l'année est extrêmement agréable et où les charges de l'impôt sont infiniment moindres. Vous verrez alors ces contribuables émigrer, quitter leur domicile de la ville et transporter leur domicile à la campagne, se bornant à venir faire en ville un petit séjour pendant la saison d'hiver ou la saison de printemps. Quel en sera le résultat pour les finances communales, je vous le demande? Dans tous nos conseils de la ville, lorsqu'il s'agit d'élever le taux de l'impôt, on fait sonner bien haut la cloche du danger que ferait courir aux finances communales le départ des gros contribuables; or, en appliquant des taxes aussi élevées que celles qui sont prévues par le projet de M. Usteri, on risque de désorganiser en quelque sorte le budget de bien des villes suisses. Et pourquoi? Pour arriver à quoi? Je suis bien persuadé que M. Usteri, quand il a fait cette proposition, n'a cédé évidemment à aucune sollicitation de l'esprit démagogique qui sévit un peu trop, au gré de quelques-uns, dans les sphères fédérales et qu'il a eu en vue de faire rentrer dans la caisse fédérale des sommes plus considérables que celles qui rentreraient par l'impôt proposé par la commission. Mais un calcul rapide nous fait voir que les sommes que l'on gagnerait de cette façon ne sont pas d'une importance capitale. M. le Conseiller fédéral Motta, ce matin, parlait d'une somme de 100 millions que l'arrêté appliqué à la totalité des dépenses de mobilisation représenterait pour la Confédération en plus de l'impôt sur les trois-quarts et il disait que ces 100 millions étaient une somme qui n'était pas extrêmement considérable. Si vous voulez bien faire le calcul, vous verrez que les sommes qu'ont données le premier impôt de guerre pour les 176 contribuables dont il s'agit, représentent si j'ai bien calculé une somme de 900 millions. Le taux qui leur serait appliqué suivant la proposition de M. Usteri varie de 25 ‰ à 50 ‰. Comme la plus grande partie de ces fortunes, 120 environ, sont situées en dessous de 6 millions, il faut prendre, si l'on veut faire un taux moyen, non pas la moitié, mais mettons le quart, de la différence soit environ 6%. Ce serait le taux moyen, dont serait majoré l'impôt de ces 176 contribuables suivant la proposition de M. Usteri. Eh bien si vous appliquez ce taux aux 900 millions, vous arrivez à ce résultat: 5,400,000 fr. pour quatre ans, donc un peu plus de 250,000 fr. par an. Ici je crois réellement qu'on peut dire qu'il s'agit d'une somme qui n'a pas une grande signification et je me demande si pour un résultat aussi minime, on peut sacrifier au désir de faire payer à ces quelques contribuables des contributions qui les blesseraient, qu'ils considéreront certainement comme exagérées et surtout faire courir à certaines villes de notre pays les dangers que j'ai signalés tout à l'heure.

C'est pour cela que pour mon compte, je ne pourrai pas adopter la proposition faite par M. Usteri. Je n'ai pas pu malheureusement assister hier à la séance de la commission où elle a été discutée. Si je m'étais trouvé là à ce moment, j'aurais fait les mêmes objections que j'ai faites aujourd'hui.

M. le conseiller fédéral **Motta:** Je prends immédiatement la parole, parce que j'ai le regret de vous dire qu'il me sera impossible d'assister encore aux délibérations, étant donné qu'au Conseil national on va commencer la discussion du budget général et qu'il est, semble-t-il, de mon devoir d'assister à ces discussions. Je voudrais m'excuser d'ores et déjà, vis-à-vis du Conseil, s'il ne m'est pas possible d'assister demain aux délibérations ultérieures. Il m'aurait été très agréable de pouvoir suivre jusqu'à la fin ces discussions très intéressantes, mais vous admettrez qu'il y a là presque un cas de force majeure. Cependant la question dont il s'agit ici me semble d'un côté si importante que je voudrais encore présenter quelques observations.

Je vous prierai de ne pas accepter la proposition de la minorité de la commission. Je ne sais s'il est exact de dire la minorité de la commission, en tout cas, je dirai la proposition de MM. Usteri et consorts. Je comprends le sentiment qui les a guidés. Ils se sont dit: Puisque nous dégrevons en bas, il faut tâcher de charger en haut, il faut chercher une compensation aux millions que nous perdons par les dégrèvements d'en bas.

J'ai plaidé ce matin devant vous avec une intime conviction l'idée du dégrèvement en bas. A ce propos, M. de Meuron permettra que je fasse l'observation suivante: Je n'ai jamais dit que 100 millions étaient une bagatelle; j'ai dit simplement 5 millions, et ce chiffre, qui n'est point une bagatelle, ne peut exercer une influence décisive dans vos délibérations. Il s'agissait de la question de savoir combien le fisc fédéral aurait perdu si, au lieu de descendre jusqu'à la limite de fr. 5000 pour les fortunes, il s'arrêtait à celle de fr. 10,000 que vous avez sanctionnée par votre vote. J'avais parlé ce matin de 5 millions. En réalité, si j'avais voulu serrer de près mes calculs, je serais arrivé à la conclusion que le dégrèvement en question n'impliquait point pour le fisc fédéral un sacrifice de 5 millions, mais que, très probablement — sans vouloir revenir maintenant sur cette question — le sacrifice dont il s'agit ne dépasse guère un million et demi et il est peut-être même sensiblement inférieur à ce chiffre, ce qui aurait donné à mon argumentation une force encore plus grande que celle que je lui avais donnée dans cette hypothèse qui était pourtant favorable à ma thèse elle-même.

Vous me permettrez maintenant de fermer la parenthèse parce que je ne voudrais pas laisser croire un instant que le chef responsable des finances de la Confédération était arrivé à considérer les dizaines de millions et même les centaines de millions comme des bagatelles. Je pense que personne ne voudra jamais arriver à cette limite.

Mais maintenant examinons la question en elle-même. En quoi consiste le débat? Il s'agit de savoir où il faut arrêter la progression. Qu'il faille à un moment donné l'arrêter, c'est une vérité évidente, en quelque sorte un axiome que personne ne peut contester, car si la progression n'avait pas de limite, elle aboutirait directement à la confiscation. Or, ce n'est certes ni votre idée ni en particulier celle des auteurs de la proposition. Eh bien, dans le premier impôt de guerre le Conseil fédéral avait estimé qu'il fallait arrêter la progression pour la fortune à 15 pour mille et pour le revenu à 8 %. Je me souviens qu'alors nous étions au commencement de la guerre; les idées n'avaient point évolué comme elles l'ont fait depuis lors; on trouvait que des taux de progression aussi élevés que ceux-là étaient violents, brutaux et absolument extraordinaires. Nous ne nous sommes pas laissés effrayer par ces critiques, par ces protestations lorsqu'il s'est agi d'examiner un deuxième impôt de guerre. Nous avons cru qu'en tenant compte de la situation financière, d'un côté, de la situation économique de l'autre, et enfin encore de l'évolution qui s'était produite dans les idées, nous pouvions aller encore plus loin et alors pour la fortune, nous avons fait le saut considérable de 15 ‰ jusqu'à 25 ‰, c'est-à-dire 2½ %; pour le revenu du travail nous avons cru qu'on pouvait aller de 8 jusqu'à 20 %. Cela a été fortement critiqué. La dernière des choses auxquelles je m'attendais était que l'on vînt critiquer en quelque sorte le Conseil fédéral d'avoir été trop timide, d'être resté en-dessous du devoir que la situation commandait et qu'on lui dît d'aller encore plus loin, c'est-à-dire jusqu'à 50 ‰ pour la fortune et jusqu'à 2 % pour les revenus. J'ai l'impression très nette que nous risquons de soulever des sentiments d'amertume légitimes chez ceux qui sont frappés par des taux exagérés. 50 ‰ équivaut au 5 % à répartir sur une période de quatre ans, cela signifie pour chaque année un taux de 1,25 pour fr. 100. A cela il faut ajouter encore les impôts des cantons et ceux des communes et je dis qu'il n'y a rien d'exagéré, si je prétends que l'impôt des cantons et l'impôt des communes pour les grandes fortunes dont il s'agit, dans les villes principales de la Suisse, arrivent à eux seuls entre 2½ et 3 %. Je veux admettre seulement 2½ %. Ajoutez y encore 1¼ % que la Confédération viendrait demander et j'affirme qu'il n'y a rien d'exagéré en disant que, dans des cas extrêmes, nous confisquons purement et simplement les revenus de la fortune du contribuable. Eh bien, je trouve que c'est exagéré. Nous voulons frapper la fortune, c'est entendu, mais nous voulons si possible que la fortune puisse payer l'impôt sans se détruire elle-même, c'est-à-dire par son rendement. C'est là qu'est le principe sain, le principe recommandé par tous les économistes et ce principe serait violé si nous acceptions les propositions de l'honorable M. Usteri et consorts. Enfin est-ce que vraiment le résultat mérite que vous commettiez quelque chose d'aussi extraordinaire que d'accepter des taux de progression aussi élevés que ceux dont il s'agit? M. de Meuron a fait un calcul. J'ai le plaisir de lui dire qu'il correspond tout à fait au calcul que j'ai fait moi-même, c'est-à-dire qu'il peut s'agir d'un capital imposable au total d'environ 800 à 900 millions et que même si vous appliquez un taux du 1 % comme taux moyen, ce qui serait un taux élevé en plus des taux que nous appliquons, si vous acceptez les propositions du Conseil fédéral, il s'agirait dans la meilleure des hypothèses d'un rendement supplémentaire pour le fisc peut-être de 8 millions pour la fortune. Eh bien, je prétends que ces 8 millions, quelque respectables et désirables qu'ils soient, ne méritent

ni ne justifient que vous commettiez une violation aussi évidente des principes que j'estime les principes de la justice en matière d'impôt.

Il y a encore les considérations d'ordre secondaire, mais cependant aussi intéressantes, que M. de Meuron a fait valoir pour la situation des villes et des communes qui risquent d'être frappées d'ostracisme par ces contribuables que le législateur frappe lui-même d'une manière excessive. Il me semble que l'ensemble de toutes ces raisons devrait dicter au Conseil des Etats de s'en tenir aux propositions du Conseil fédéral et de la majorité de la commission.

Usteri: Von den vorgebrachten Gegenargumenten ist wohl nur eines von einer gewissen Bedeutung: der Schutz der Kantone und Gemeinden in bezug auf eine zweckmässige Ausgestaltung der Steuern auch des Bundes und sachgemässe Rüchsichtnahme der letztern. Dieser Anspruch, den ich immer auch in Berücksichtigung gezogen habe, ist um so legitimer, als die Steuerhoheiten von Kantonen und Gemeinden älteren Datums sind als der Emporkömmling der eigdenössischen Kriegssteuer. Hier gebe ich zu, dass diese Verhältnisse Anspruch haben auf Würdigung. Wenn ich Herrn Bundesrat Motta recht verstanden habe, soll nun der Ausfall zufolge der Steuerbefreiungen nicht, wie uns in der Kommission gesagt worden ist, etwa 5 Millionen ausmachen, sondern 1,5 Millionen, und das war natürlich mit bestimmend für die Ueberlegung, ob nicht gegenüber unsern Abstrichen unten irgendwo eine Kompensation zu finden sei.

Herr de Meuron hat aus den Zahlen der Kriegssteuer vom Jahre 1915/16 Schlüsse gezogen und darauf hingewiesen, dass der Mehrertrag, der nun durch unsere Anträge realisiert werden könnte, unerheblich sei. Ich habe diese Rechnung nicht nachkontrollieren können; aber Sie gestatten mir die Bemerkung, dass der Eindruck aus den Details der Kriegssteuerergebnisse doch dahin gegangen ist, dass da mehrere Millionen unter den Tisch gefallen sind, noch irgendwo vorhanden und dank der Erfahrungen, die nun die Kriegssteuerverwaltung gewonnen, doch wohl noch gefunden werden, so dass also der Mehrertrag ein beträchtlich höherer sein wird als der Betrag, wie er sich aus der Kriegssteuertabelle der Jahre 1915/16 ergeben dürfte.

Bei uns wird viel weniger der Umstand bemängelt, dass die Progression bei 25% aufhören soll, als die andere Tatsache, dass die Progression bei einem Vermögen schon von 2,4 Millionen endet. Es hätte sich natürlich eine Steueranlage aufstellen lassen, wo die Progression anders geordnet worden wäre, so dass vielleicht mit kleineren Steuersätzen die Progression in Ansehung der Vermögenssummen doch wesentlich weiter hätte geführt werden können. Aber auch hier ist wieder die alte Geschichte. Man hat keine Zeit gehabt, diese schwierigen Fragen völlig durchzuarbeiten. Diese Zeit hat auch den vorbereitenden Instanzen gefehlt.

Was ist das Ergebnis, wenn Sie unseren Antrag ablehnen sollten? Eine Steuerreduktion auf der ganzen Linie, auf das Jahr gerechnet, von 100% auf 75% gegenüber den Anträgen des Bundesrates und den Beschlüssen des Nationalrates. Und auf Kosten wessen? Auf Kosten der föderalistischen Politik und Denkweise. Denn umso viel länger wird eben die Vermögenssteuer andauern. Das wäre das Fazit der Beschlussfassung.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Von Herrn Bundesrat Motta ist bereits darauf hingewiesen worden, welche enorme Erhöhung die Steueransätze der gegenwärtigen Vorlage gegenüber der ersten Kriegssteuervorlage gefunden haben. Ich möchte nur kurz an das erinnern, was ich bereits in meinem Eintretensvotum gesagt habe, dass man schon die damaligen Ansätze als das Höchstzulässige für unsere Verhältnisse und nur für eine einmalige Steuererhebung ansehen könne und ansehen müsse. Und nun gehen bereits die Anträge des Bundesrates, der Beschluss des Nationalrates und die Anträge ihrer Kommission stark über das hinaus, in bezug auf Vermögen von 15‰ auf 25‰ — und Herr Usteri will nun das sogar noch verdoppeln und auf 50‰ gehen — und beim Erwerb von 8% auf 20% — und Herr Usteri will auf 25% gehen.

Ja, wenn wir rein nach unseren persönlichen materiellen Interessen diese Frage untersuchen und entscheiden wollten, so müssten wir eigentlich mit beiden Händen nach diesem neuen Vorschlage von Herrn Usteri und Konsorten greifen. Denn das ist ja klar: Je grösser die Progression, desto grösser ist die Steuereinnahme oder soll es wenigstens sein, um so schneller ist der Betrag, der gedeckt werden muss, gedeckt und um so schneller sind wir unserer Steuerpflicht entledigt. Aber es gibt doch auch eine Gerechtigkeit, und die wollen wir festhalten. Und es hat alles seine Grenzen und das geht nun über die Grenze hinaus und meines Erachtens sind die Ansätze der Vorlage bereits über das Erlaubte hinausgegangen.

Und schliesslich, wenn wir es übertreiben auf diesem Gebiete — man kann ja natürlich weitergehen, man kann überhaupt alles nehmen —, was ist die naturgemässe Folge? Auf eine Konsequenz haben die Herren de Meuron und Bundesrat Motta bereits aufmerksam gemacht. Aber die andere, das ist die Defraudation. Wer von einer solchen Steuer betroffen wird und nun plötzlich, sagen wir statt 250,000 Franken für eine einmalige Steuer das Doppelte, also 500,000 Franken bezahlen soll, mit was für Gefühlen soll der Mann an die Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Steuerpflicht herantreten? Wird er nicht finden, er befinde sich im Falle der Notwehr und er müsse auf jede Weise sehen, wie er sich dieser Erdrosselung entziehen könne. Das ist doch ganz selbstverständlich. Und gehen Sie den Kapitalisten nach, die Kapitalien von 4, 5, 6, 7, 10 und eventuell noch mehr Millionen haben! Glauben Sie, dass unsere eidgenössische Steuerverwaltung oder eine kantonale Steuerverwaltung imstande sein wird, diese Vermögen zu finden, wenn der Besitzer sie absolut verstecken will oder zu einem wesentlichen Teil verstecken will? Nein, das sind meistens Leute, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, die nicht verpflichtet sind, Bücher zu führen, die ihr Vermögen auf die verschiedenen Banken verteilen können. Und auf diese Weise werden sie sich notwendigerweise behelfen und behelfen müssen, wenn derart ungerechte Ansätze gegen sie geltend gemacht werden. Wenn Herr Usteri betont hat, dass das eine wirksame Massregel

sei zur Vermehrung der Einnahmen, so möchte ich das sehr bezweifeln. Es könnte auch der gegenteilige Effekt dabei herauskommen. Eben aus diesen Gründen: Je grösser die Anforderungen, je grösser die Gewalt, mit der gegen den einzelnen Steuerpflichtigen vorgegangen wird, um so grösser die Gefahr der Defraudation.

Diesen Gesichtspunkt müssen wir im Auge behalten und ich denke, wenn einer z. B. seine Bürgerpflicht dadurch quittiert, dass er Fr. 250,000 auf den Altar des Vaterlandes niederlegt, so kann man sagen: Er hat seine Bürgerpflicht erfüllt und es ist nicht nötig, durch derartige Mittel noch mehr aus ihm herauszupressen zu suchen.

Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich Ihnen auch sehr empfehlen, absolut nicht über die Ansätze der Vorlage hinauszugehen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung über den Text des Absatzes 4. Die Frage der Tabellen werden wir dann später erledigen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Mehrheit der Kommission	21 Stimmen
Für den Antrag Usteri	8 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.)
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 19. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr.

Séance du 19 décembre 1918, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 283 hiervor. — Voir page 283 ci-devant.)

Alinea 5.

Usteri: Berichterstatter der Kommissionsmehrheit. Da ich mich mit der Anlage der Tantiemesteuer in der Kommission näher beschäftigt habe, will ich gerne für die Kommission in der Sache referieren und zunächst darauf verweisen, dass die Tantiemesteuer der bundesrätlichen Vorlage sowie des Nationalrates in Ziff. 3 gegen den Schluss der genannten Vorlage geordnet ist. Ich kann über diese Sache um so eher sprechen, als ich noch nie einen Rechtsanspruch auf eine Tantieme besessen habe. Die Vorgeschichte der Tantiemesteuer kennen Sie aus meiner Berichterstattung über das Stempelsteuergesetz, indem damals ein Postulat Rothenberger vom Nationalrate zu uns herübergekommen ist, welches Postulat mangels Verfassungsmässigkeit einer Stempeltantiemesteuer den Bundesrat einlud, bei erster Gelegenheit eine Vorlage über die Tantiemesteuer zu machen. Wir haben uns auch unserseits damals auf den Standpunkt gestellt, dass der entsprechende Artikel der Bundesverfassung die Befugnis für eine Tantiemesteuer nicht gebe, und es ist dann das Postulat des Nationalrates an den Bundesrat gegangen; wir haben uns mit demselben nicht weiter abgegeben. Es war im Schosse des Nationalrates ohne Widerspruch gutgeheissen worden.

Es handelt sich also um eine besondere Steuer auf Tantieme. Was Tantieme ist, ist in Praxis und Wissenschaft unbestritten. Tantieme ist die Bezahlung von Dienstleistungen und Verantwortlichkeiten in Form eines Anteils am Gewinn einer Unternehmung. Die Vorlage des Bundesrates ist, wenn ich mich recht erinnere, im Schosse des Nationalrates kaum besprochen worden, jedenfalls unverändert und ohne Opposition durchgegangen. Das hat uns als vorbereitende Instanz für den zweitberatenden Rat nicht hindern können, uns mit dieser Frage etwas näher zu befassen. Zunächst haben wir in zwei Richtungen einen erheblichen Mangel der Veranlagung dieser Steuer feststellen müssen. Einmal fehlt, entgegen allen andern Steuern, für einen Teil des Steuerobjektes der Steuersatz, und zwar für Tantiemen von jährlich 666 bis maximal 2000 Franken. Hier ist bloss gesagt, dass ein Mindestsatz von 5% bestimmt sei. Ob überhaupt für irgend eine Steuerklasse, und wenn ja, für welche Steuerklasse dieses Minimum Geltung haben soll, ist in der Vorlage des Bundesrates überhaupt nicht gesagt. Der andere Mangel besteht darin, dass dieser Mindestsatz von 5% auch für die kleinsten steuerpflichtigen Tantiemen also auch für Tantiemen von 666 Franken pro Jahr so hoch ist, wie ein 40mal grösseres Einkommen, d. h. der Steuersatz nach Antrag des Bundesrates und Beschluss des Nationalrates ist für eine Tantieme von Fr. 666 so hoch, wie für ein Erwerbseinkommen von Fr. 25,000, eine krasse Anomalie, für die einem das Verständnis schlechterdings abgeht. Dieser Satz von 5% ist zudem und gleichzeitig das Zehnfache der niedrigsten Erwerbssteuerklasse, die ja auch nach dem Antrage des Bundesrates sehr viel höher ist als Fr. 666, nämlich 2500 Franken. Auch hier ist eine völlige Unstimmigkeit zu konstatieren.

Abgesehen davon, dass es offenbar dem Bundesrate und den vorbereitenden Organen an Zeit und Musse zur Ueberlegung gefehlt hat, sich diese Steuern zurechtzulegen, scheinen diese Unstimmigkeiten im wesentlichen darauf zurückzuführen zu sein, dass die Tantiemesteuer als Zuschlag zur Erwerbssteuer gedacht ist. Wenn wir die Qualität der Steuer als Zuschlagssteuer nachprüfen, kommen wir dazu, diese Zuschlagsqualität freizugeben und die Tantiemesteuer als selbständige Steuer zu formulieren. Es liegt hierzu um so mehr Rechtfertigung vor, als die Steuer eben ihre besondere Begründung hat, indem sie sich mit einer besonderen Art des Erwerbseinkommens befasst, welches steuerrechtlich in besonderer Weise ergriffen werden soll.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellemeot de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	10
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	18.12.1918 - 16:00
Seite Page Pagina	283-295
Ref. No	20 028 667

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

sei zur Vermehrung der Einnahmen, so möchte ich das sehr bezweifeln. Es könnte auch der gegenteilige Effekt dabei herauskommen. Eben aus diesen Gründen: Je grösser die Anforderungen, je grösser die Gewalt, mit der gegen den einzelnen Steuerpflichtigen vorgegangen wird, um so grösser die Gefahr der Defraudation.

Diesen Gesichtspunkt müssen wir im Auge behalten und ich denke, wenn einer z. B. seine Bürgerpflicht dadurch quittiert, dass er Fr. 250,000 auf den Altar des Vaterlandes niederlegt, so kann man sagen: Er hat seine Bürgerpflicht erfüllt und es ist nicht nötig, durch derartige Mittel noch mehr aus ihm herauszupressen zu suchen.

Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich Ihnen auch sehr empfehlen, absolut nicht über die Ansätze der Vorlage hinauszugehen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung über den Text des Absatzes 4. Die Frage der Tabellen werden wir dann später erledigen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Mehrheit der Kommission	21 Stimmen
Für den Antrag Usteri	8 Stimmen

Hier wird die Beratung abgebrochen.)
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 19. Dezember 1918, vormittags 8½ Uhr.

Séance du 19 décembre 1918, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 283 hiervor. — Voir page 283 ci-devant.)

Alinea 5.

Usteri: Berichterstatter der Kommissionsmehrheit. Da ich mich mit der Anlage der Tantiemesteuer in der Kommission näher beschäftigt habe, will ich gerne für die Kommission in der Sache referieren und zunächst darauf verweisen, dass die Tantiemesteuer der bundesrätlichen Vorlage sowie des Nationalrates in Ziff. 3 gegen den Schluss der genannten Vorlage geordnet ist. Ich kann über diese Sache um so eher sprechen, als ich noch nie einen Rechtsanspruch auf eine Tantieme besessen habe. Die Vorgeschichte der Tantiemesteuer kennen Sie aus meiner Berichterstattung über das Stempelsteuergesetz, indem damals ein Postulat Rothenberger vom Nationalrate zu uns herübergekommen ist, welches Postulat mangels Verfassungsmässigkeit einer Stempeltantiemesteuer den Bundesrat einlud, bei erster Gelegenheit eine Vorlage über die Tantiemesteuer zu machen. Wir haben uns auch unserseits damals auf den Standpunkt gestellt, dass der entsprechende Artikel der Bundesverfassung die Befugnis für eine Tantiemesteuer nicht gebe, und es ist dann das Postulat des Nationalrates an den Bundesrat gegangen; wir haben uns mit demselben nicht weiter abgegeben. Es war im Schosse des Nationalrates ohne Widerspruch gutgeheissen worden.

Es handelt sich also um eine besondere Steuer auf Tantieme. Was Tantieme ist, ist in Praxis und Wissenschaft unbestritten. Tantieme ist die Bezahlung von Dienstleistungen und Verantwortlichkeiten in Form eines Anteils am Gewinn einer Unternehmung. Die Vorlage des Bundesrates ist, wenn ich mich recht erinnere, im Schosse des Nationalrates kaum besprochen worden, jedenfalls unverändert und ohne Opposition durchgegangen. Das hat uns als vorbereitende Instanz für den zweitberatenden Rat nicht hindern können, uns mit dieser Frage etwas näher zu befassen. Zunächst haben wir in zwei Richtungen einen erheblichen Mangel der Veranlagung dieser Steuer feststellen müssen. Einmal fehlt, entgegen allen andern Steuern, für einen Teil des Steuerobjektes der Steuersatz, und zwar für Tantiemen von jährlich 666 bis maximal 2000 Franken. Hier ist bloss gesagt, dass ein Mindestsatz von 5% bestimmt sei. Ob überhaupt für irgend eine Steuerklasse, und wenn ja, für welche Steuerklasse dieses Minimum Geltung haben soll, ist in der Vorlage des Bundesrates überhaupt nicht gesagt. Der andere Mangel besteht darin, dass dieser Mindestsatz von 5% auch für die kleinsten steuerpflichtigen Tantiemen also auch für Tantiemen von 666 Franken pro Jahr so hoch ist, wie ein 40mal grösseres Einkommen, d. h. der Steuersatz nach Antrag des Bundesrates und Beschluss des Nationalrates ist für eine Tantieme von Fr. 666 so hoch, wie für ein Erwerbseinkommen von Fr. 25,000, eine krasse Anomalie, für die einem das Verständnis schlechterdings abgeht. Dieser Satz von 5% ist zudem und gleichzeitig das Zehnfache der niedrigsten Erwerbssteuerklasse, die ja auch nach dem Antrage des Bundesrates sehr viel höher ist als Fr. 666, nämlich 2500 Franken. Auch hier ist eine völlige Unstimmigkeit zu konstatieren.

Abgesehen davon, dass es offenbar dem Bundesrate und den vorbereitenden Organen an Zeit und Musse zur Ueberlegung gefehlt hat, sich diese Steuern zurechtzulegen, scheinen diese Unstimmigkeiten im wesentlichen darauf zurückzuführen zu sein, dass die Tantiemesteuer als Zuschlag zur Erwerbssteuer gedacht ist. Wenn wir die Qualität der Steuer als Zuschlagssteuer nachprüfen, kommen wir dazu, diese Zuschlagsqualität freizugeben und die Tantiemesteuer als selbständige Steuer zu formulieren. Es liegt hierzu um so mehr Rechtfertigung vor, als die Steuer eben ihre besondere Begründung hat, indem sie sich mit einer besonderen Art des Erwerbseinkommens befasst, welches steuerrechtlich in besonderer Weise ergriffen werden soll.

Und nun die innere Rechtfertigung der Tantiemesteuer. Natürlich liegt dieselbe nicht im aleatorischen Charakter der Entlöhnung, d. h. in dem Umstande, dass wir es nicht mit einer fixen, festen Lohnvergütung zu tun haben, sondern mit Tatbeständen, die unabhängig von der Dienstleistung des Anspruchsberechtigten sind, die also nicht abhängig sind von dieser Arbeit, sondern von dem Gewinne des Unternehmens, in welchem der Betreffende arbeitet. Es fehlt also das unmittelbare Korrelat zwischen Mass und Qualität der Dienstleistung und dem Entgelt derselben. Die innere Rechtfertigung der Tantiemesteuer ist vielmehr vom Nationalrat bei Behanlung der Motion Rothenberger und vom Bundesrat bei Vorlage des Verfassungsartikels in der Annahme erblickt worden, dass das Einkommen aus Tantiemen regelmässig ein arbeitsfreies oder doch ein leicht verdientes Einkommen sei und wegen daheriger sozialer Minderwertigkeit sehr wohl eine besondere Steuer zu tragen vermöge, bzw. eine solche Steuer verdiene.

Wie weit ist nun dieser Vorhalt wahr? Jedenfalls ist das nur in einem beschränkten Masse der Fall, wahrscheinlich nur für eine Minderzahl der überhaupt in Betracht kommenden Tantiemen, die in ihrer Gesamtheit nach Zahl der Tantiemeberechtigten und der Tantiemen immerhin einen nicht unbeträchtlichen Faktor in der Volkswirtschaft bilden. Unzweifelhaft kommen ja übermässige Entgelte vor, und es sind eben diese Fälle des Uebermasses, die dazu geführt haben, das öffentliche Aufsehen zu erregen, ein Uebermass, das vielleicht bei den grundlegenden statutarischen Vorschriften, bzw. bei den bezüglichen Verträgen nicht in Aussicht stand, welches Uebermass sich dann aber eingestellt hat infolge der unerwarteten Konjunktur des Krieges und der daherigen ganz unerwarteten und noch nie dagewesenen Gewinne.

Frage: Gibt es Tantiemen ohne jegliche Arbeit und Verantwortlichkeit? Um den letzteren Punkt vorweg zu nehmen, müssen wir uns daran erinnern, dass die Verantwortlichkeit von Gesellschaftsorganen nicht durchaus auf dem Papier steht, sondern dass sie bei übler Lage von Aktiengesellschaften in manchen Fällen für die Tantiemeberechtigten schon eine recht ernste Seite bekommen hat. Die Verantwortlichkeit ist natürlich hier das Primäre und die Tantieme sozusagen eine Risikoprämie für die Möglichkeit des Eintreffens von Verantwortlichkeitsfällen. Anderseits ist ja natürlich zuzugeben, dass in sehr vielen Fällen, wenigstens für den Aussenstehenden, man bei der Beurteilung der Verantwortlichkeit häufig hat Milde walten lassen.

Was nun die Frage nach dem Uebermass anlangt, so ist dieselbe natürlich sehr schwer zu entscheiden, weil die Einschätzung der Arbeit und Verantwortlichkeit des Einzelnen eine ebenso schwere Sache ist. Im grossen und ganzen wird man ja vielleicht sagen können, je höher die Quote der Tantieme im Verhältnis zum Geschäftsgewinn und je höher der absolute Betrag der Tantieme, desto grösser sei die Quote, die als exzessiv angesprochen werden könne, und umgekehrt, je kleiner, absolut und prozentual, die Tantieme ist, desto weniger sei Anlass vorhanden, an derselben Anstoss zu nehmen.

Legislatorisch ist freilich mit dieser Formel nicht gerade viel anzufangen.

Wer kommt nun für diese Tantiemesteuer in Betracht? Das sind in erster Linie die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaften, vielleicht auch die Aufsichtsräte von Genossenschaften, aber das interessante Gebiet sind ja offenbar die Aktiengesellschaften und ihre Verwaltungsräte. Nun laboriert die Vorlage des Bundesrates und der Beschluss des Nationalrates wahrscheinlich an einem Missverständnis. Dieses beruht darin, dass man das deutsche Gesetz und die Motive des deutschen Tantiemegesetzes als Vorbild genommen hat und davon ausgegangen ist, dass das dem schweizerischen Verwaltungsrat entsprechende Organ nach deutschem Recht der Aufsichtsrat sei und dass umgekehrt der Verwaltungsrat nach schweizerischem Obligationenrecht nichts anderes sei als der Aufsichtsrat des deutschen Handelsgesetzbuches für die Aktiengesellschaften. Das ist ein Irrtum. Es ist uns ja geläufig, dass der Verwalter der schweizerischen Aktiengesellschaft nach gesetzlicher Vorschrift nicht der Direktor ist, sondern der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat ist diejenige Stelle, welche die Geschäfte der Aktiengesellschaft besorgt, wenn auch der Verwaltungsrat einen Teil dieser Geschäfte und Verantwortlichkeit an den Direktor zu delegieren in der Lage ist. Ganz anders bei der deutschen Aktiengesellschaft, wo genau unterschieden ist zwischen dem Aufsichtsrate, der Aufsichtsfunktionen ausübt, und dem Vorstande, welchen Vorstand wir gemeiniglich als Direktorium bezeichnen, der dann die Exekutive in der Aktiengesellschaft darstellt. Je mehr nun natürlich dieses höhere Organ, das unmittelbar der Generalversammlung der Aktionäre folgt, blosse Aufsichtsfunktionen hat, und insbesondere je weniger es mit der Verwaltung zu tun hat, desto mehr kann gesagt werden, dass die Leistungen der Aufsichtsratsmitglieder nach deutschem Recht sich auf Verantwortlichkeiten beschränkten und um so weniger Verwaltungstätigkeit in sich schliessten, dass also insofern die effektive Dienstleistung zurücktritt gegenüber allen denjenigen Organen, wo, wie im engeren Anschluss an das schweizerische Obligationenrecht, der Verwaltungsrat das Ganze verwaltet oder doch einen starken Anteil an der Verwaltungstätigkeit der Verwaltung hat.

Für uns ist aber nicht die deutsche Organisation massgebend, sondern die schweizerische. Und zwar massgebend Art. 630 O. R. und dann insbesondere die allgemeinen Normen des Dienstvertrages nach dem Art. 330 O. R. und gegebenenfalls auch Art. 361.

Das ist die erste Gruppe der Tantiemeberechtigten. Nicht weniger bedeutend ist aber auch die zweite Gruppe, die Tantiemeberechtigung von Organen der Verwaltung, Direktoren, Prokuristen, technischen Beamten, bis hinunter zum Werkmeister. Auch hier haben wir sehr viele Fälle von Tantiemen, die ja, abgesehen von der Rangstufe der Direktoren, bei weitem nicht die absoluten Sätze erreichen, wie gegebenenfalls diejenigen der Verwaltungsräte, immerhin aber in vielen Organisationen die Tantieme der Verwaltungsräte, mindestens in absoluten Zahlen, übertreffen.

Eine dritte Gruppe, die heute noch wenig ausgebildet ist, aber an deren Tantiemen wir herumlaborieren, das ist der Anteil der Arbeiter am Geschäftsgewinn. Denn das ist gar nichts anderes als eine Tantiemeberechtigung. Wie diese zu konstruieren ist, das ist noch ein Problem, das der Untersuchung

harrt. Es ist ja bekannt, dass der Versuch in vielen Geschäften schon unternommen worden ist, eine zweckmässige und für alle Beteiligten befriedigende Art des Anteils der Arbeiter am Geschäftsgewinn zu konstruieren. Aber es ist festzustellen, dass man leider nur bei einer kleinen Anzahl personell besonders günstig liegender Geschäfte hier zu einer befriedigenden Lösung gekommen ist. Das Problem muss im grossen und ganzen leider als noch nicht gelöst erklärt werden. Wir werden vielleicht bei Anlass eines Traktandums, das auch auf der heutigen Traktandenliste steht, Veranlassung haben, uns mit diesem Thema noch etwas weiter zu befassen.

So sehen wir, um zurückzublicken, dass bei den Tantiemen ebensosehr kleine wie mittlere, grosse und ganz grosse Steuerquellen in Frage kommen können.

Und nun die Anlage der Steuer. Zunächst haben wir natürlich den Missgriff der bundesrätlichen Vorlage wegen dieser exzessiven Mindeststeuer von 5% korrigieren müssen. Wir sind dazu gekommen, zu sagen, dass die Steuer mindestens 2% betragen soll. Diese 2%, die gleich sind 400% der Erwerbssteuer im Minimum, bleiben bis zu einer Tantiemensumme von 8500 Franken, ein Betrag, der wohl weit über 90% aller Tantiemen umfassen dürfte, die in der Schweiz bezahlt werden. Von da an soll der Uebergang auf die gewöhnliche Erwerbssteuertabelle stattfinden. Die Fr. 8500 sind lediglich deshalb hier eingesetzt worden, weil dieses Einkommen bei der Erwerbssteuer auch 2% bezahlt.

Damit stellt nun der Antrag der Mehrheit der Kommission die nötigen Richtlinien für den Ausführungsbeschluss auch in Ansehung der Tantiemesteuer mit derjenigen Vollständigkeit her, wie sie bei andern Steuern in unserem Entwurf getroffen worden ist. Wir wollen aber zugeben, dass auch die Modifikationen der Kommission noch Angriffsflächen an sich tragen und es nimmt vielleicht der Bundesrat, insofern Sie dem Antrage der Kommissionsmehrheit beipflichten, Veranlassung, in der Zeit zwischen Dezember und Januarsession, bevor die Differenzen im Nationalrat behandelt werden, noch einmal diese ganze Sache durchzuarbeiten und nachzuholen, was offenbar im Drange der Geschäfte vorher nicht hat gemacht werden können. Es soll uns freuen, wenn hier Lösungen gefunden werden, die das Ganze etwas fester und geschlossener und sachlich und rechtlich besser formuliert gestalten.

Die Angriffsflächen, die unser Antrag der Kritik bieten könnte, liegen aber wohl nicht einmal so sehr auf dem Gebiete der Veranlagung, als vielmehr der voraussichtlichen Wirkung des Gesetzes in der Praxis. Es gehört zu der besonderen Kunst der Techniker, die berufen sind, nach Quellen zu graben, dass sie, wie man sagt, diese Quellen nicht vergraben, oder im anstehenden Gestein nicht « verschiessen ». Es ist nun für mich nicht gesagt, dass diese Kunst des Quellengrabens bei der Tantiemesteuer unanfechtbar geübt worden wäre. Wahrscheinlich wird der Effekt der Steuer eine wesentliche Enttäuschung bringen.

Diese Enttäuschung kann auf zwei Seiten liegen. Einmal auf seiten der Aktionäre. Die Sache kann sich so machen, dass die Steuer vom Unternehmen getragen wird und nicht von den Tantiemeberechtigten, und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung abgerechnet, sondern über Unkosten gebucht wird. Die andere mögliche Wirkung ist die, dass wir mit einem Ausweichen seitens der Steuerpflichtigen und der beteiligten Unternehmungen zu rechnen haben. Sie weichen der Bezahlung der Steuer aus, ohne deshalb irgendwie gegen gesetzliche Vorschriften zu verstossen. Der gewöhnliche Vorgang, wie er sich einstellen dürfte, wenn die Steuer insbesondere in den höheren Sätzen als unerträglich angesehen werden sollte, wird sich in der Weise vollziehen, dass die Berechtigten auf die Tantieme, wenn nicht ganz, so doch zu einem grossen Teil verzichten, gegen Ersatz dieser Tantieme durch einen festen Lohn auf Grund dienstvertraglicher Anstellung. Es kann sich auch sehr wohl der Fall einstellen, dass es zweckmässig und geschäftlich richtig und auch unanfechtbar ist, dass an Stelle der Tantieme eine Honorierung der einzelnen Leistungen stattfindet. Wir haben ja in den Verwaltungsräten eine Menge Juristen, die den Aktiengesellschaften überaus wertvolle Dienste leisten. Wir haben dort Techniker, Kaufleute, die auch kommerziell-technische Kenntnisse haben, die alle ihre Kenntnisse ihren Aktiengesellschaften zur Verfügung stellen, die einzeln honoriert werden können, wiederum auf den Unkostenkonto, und es bleiben dann nur gewisse Quoten der Tantiemen bestehen, soweit sie dank der durch Erfahrung festgestellten oder gemutmassten Schwankungen im Geschäftsgewinn diesen Quoten des Geschäftsgewinnes entsprechen. Damit wird immerhin erreicht, dass volkswirtschaftlich legitimierte Interessen der Beteiligung am Geschäftsgewinn von oben bis unten und von unten bis oben erhalten bleiben.

Denn es wäre falsch, wenn überall da, wo heute in der Organisation eines Unternehmens die Tantieme als etwas technisch Richtiges angesehen wird, dieser Anreiz zur tüchtigen und ehrlichen Arbeit verschwinden würde, nur deshalb, weil die Steuer auf der Tantieme als unerträglich angesehen wird.

Der Bundesrat hat, wenn ich mich recht erinnere, einen unverbindlichen Ueberschlag über den Steuerertrag gemacht, er nimmt an, dass man mit der Steuer auf etwa 600,000 Franken kommen werde.

Aus den angeführten Gründen geht hervor, dass die übergrossen Tantiemen in allererster Linie verschwinden werden, so dass die gestern hervorgehobene Kombination einer vierzigprozentigen Steuer doch wohl nur Theorie bleiben wird. So kann das Fazit das sein, dass die Lösung in vielen Fällen die Aktionäre nicht befriedigen wird und der Staat bei derselben eine gewisse Enttäuschung erfahren mag. Wir wollen nun sehen, ob eine bessere Ausbildung und Ausgestaltung der Tantiemensteuer in einem folgenden parlamentarischen Stadium eine Lösung bringt, die sowohl mit dem Standpunkte des Staates, als dem Standpunkte der Volkswirtschaft sich verträgt, aber auch einen besseren Ertrag abwirft, denn die Steuer ist nur interessant, wenn sie fiskalisch fruchtbar ist.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommissionsminderheit: Wie Ihnen der Herr Referent der Mehrheit auseinandergesetzt hat, hat sie sich ihrerseits mit dem Gedanken einer Zuschlagssteuer für Tantiemen wenigstens grundsätzlich abgefunden. Ich kann schon sagen, und ich glaube dabei keine besonderen Geheimnisse zu verraten, dass man auch in der Kommissionsmehr-

heit nicht allseitig diese Zuschlagssteuer und diese spezielle steuerrechtliche Behandlung von Tantiemen für gerechtfertigt gehalten hat, sondern es ist im Gegenteil dort das Wort geprägt worden, also in Kreisen der Mehrheit, man müsse zugeben, dass sie einen stark demagogischen Charakter und Anstrich habe. Wenn nichtsdestoweniger die Mehrheit der Kommission sich für diese Zuschlagssteuer entschieden hat, so geschah das zu einem wesentlichen Teil von der Erwägung ausgehend, dass man in diesem Stadium der Angelegenheit diese Zuschlagssteuer angesichts ihres besonderen Charakters nicht mehr entfernen könne, dass sie vom referendumspolitischen Gesichtspunkt aus eine gewisse Errungenschaft für die Vorlage darstelle.

Immerhin hat der Referent der Mehrheit nicht unterlassen, Ihnen selbst die Mängel und Schwächen, die dem Gedanken zugrunde liegen und die auch in der legislatorischen Behandlung durch Bundesrat und Nationalrat zutage getreten sind, eingehend darzulegen. Ich glaube, schon sagen zu können, wenn man auf die wohltuende objektive Darlegung des Herrn Usteri abstellen wollte, es wäre nie eine Behörde auf den Gedanken gekommen, für die Tantieme in der Weise, wie es hier geschieht, eine besondere Steuer zu erheben. Die Kommissionsminderheit kann sich mit dieser besondern steuerrechtlichen Behandlung der Tantieme nicht befreunden, und sie beantragt Ihnen Streichung aller darauf Bezug habenden Bestimmungen.

Die Minderheit hält dafür, teilweise durchaus mit den Ausführungen des Referenten der Mehrheit, dass eine besondere Behandlung der Einkommen aus Tantiemen zu grossen Ungerechtigkeiten führen kann. Soweit dies nicht der Fall, ist zu sagen, dass die besondere Behandlung der Tantieme wenigstens sehr inkonsequent ist, dass jede materielle Begründung dafür fehlt, dass der Staat gar kein Interesse daran hat und dass diese besondere Steuer auch ein ganz bedenkliches Präjudiz für die zukünftige Gestaltung unserer Steuerpolitik bilden kann. Etwas will ich zum vornherein zugeben. Es gelangen zum Teil Tantiemen zur Ausrichtung, die absolut nicht im richtigen Verhältnis zu den Gegenleistungen, die der Bezugsberechtigte aufzuwenden hat, stehen, und dieser Gedanke ist ja offenbar auch der Grund, weshalb diese Art von Erwerb, man kann schon sagen, gewissermassen anrüchig in der öffentlichen Meinung geworden ist. Aber ich glaube, man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, man darf eine Erscheinung nicht generalisieren und man darf nicht in Uebertreibung verfallen; man soll nicht behaupten, dass es zehn und mehr Gesellschaften gebe, wo jedes einzelne Mitglied des Verwaltungsrates Fr. 100,000 Tantieme erhalte. Mir ist momentan keine Gesellschaft bekannt, wo es tatsächlich der Fall wäre. Wenn es vorkommen kann, dann kann dafür nur eine Gesellschaft in Betracht kommen; ob die Voraussetzung dort wirklich zutrifft, weiss ich nicht genau. Vielfach betrachtet man nur den Unfug der Tantiemen, die in der Bilanz als ausgewiesen und ausgeschieden erscheinen, und vergisst, dass man die Beträge nicht nur durch die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder dividieren kann, sondern dass andere auch daran partizipieren und nicht nur Verwaltungsräte, sondern auch die Direktoren. Es gibt nun Geschäfte mit sieben und acht Direktoren und einer grossen Zahl von tantiemenberechtigten Angestellten, ja zum Teil auch Arbeitern und wo sich in diese Beträge nicht nur 6, 7, 10, 12 und 15 Mann, sondern unter Umständen Hunderte von Personen teilen müssen. Das wird offenbar vielfach übersehen.

Wie schon Herr Usteri erwähnt hat, gibt es zahlreiche Fälle, und diese dürfen die Regel bilden, wo eine Tantieme sehr wohl verdient ist und wo sie weder grundsätzlich noch in der Höhe, weder materiell noch moralisch angefochten werden kann. Zum Teil werden diese Tantiemen einen Bestandteil der Besoldung von solchen Personen bilden, die Anteil an der Produktion haben und von deren Tätigkeit und Initiative die Produktion und die Prosperität des Geschäftes abhängt. Die fixen Besoldungen, welche solche Funktionäre beziehen, sind oft relativ sehr niedrig, absolut ungenügend für die Honorierung derartiger Leistungen, die mit solchen Positionen verbunden sind, und weil die fixe Salärierung zu niedrig ist, interessiert man diese Leute am Reinertrag und gibt ihnen Tantiemen, um sie zu besonderer Initiative, Fleiss und Umsicht in der Geschäftsführung und in der ganzen Tätigkeit anzuspornen.

Nun sage ich, warum sollten leitende Persönlichkeiten von Aktiengesellschaften, von Handelsgeschäften, von deren Tätigkeit der Gang und die Prosperität des Geschäftes abhängt, nicht am Gewinne partizipieren? Warum sollen sie nicht, wenn sie vermöge ihrer Tätigkeit und Tatkraft gute Resultate erzielen, so gut davon profitieren, wie der Aktionär, der gar nichts tut, und wie der private Geschäftsmann, der den ganzen Gewinn einheimst? Warum soll für ihn eine doppelte Steuer aufgestellt werden, während der Aktionär mit der Dividende an die Kriegssteuer gar nichts beiträgt oder der selbständige Kaufmann oder Industrielle nur die einfache Steuer bezahlt? Das ist nicht einzusehen, das ist geradezu eine ungerechte Behandlung, namentlich, wenn man nicht auf den Umfang der Steuer abstellt. Es gibt ja viele Fälle, wo Fixum und Tantieme zusammengerechnet so klein sind, dass sie gar nicht über ein normales Einkommen einer solchen Position hinausgehen, und da soll nun der Ertrag der Tantieme noch doppelt besteuert werden! Zum Teil ist die Tantieme, wie Herr Usteri bereits ausgeführt hat, eine Entschädigung für Arbeit und Mühe und Verantwortung, ja für Engagements, die eingegangen werden müssen und für die keine Honorierung erfolgt. Und da können sie reichlich und zu reichlich, aber auch gering und zu gering sein, und wo sie im Verhältnis zu den Leistungen gering und zu gering sind, fehlt jede Berechtigung, plötzlich mit einem Steuerzuschlag zu kommen und eine doppelte Steuer zu erheben. Warum beschränkt man den Zuschlag nicht auf unberechtigte Tantiemen, von denen man sagen muss, dass sie das übliche und richtige Mass entschieden überschreiten? Hier liesse sich eine Besteuerung steuerpolitisch und steuerrechtlich gewiss rechtfertigen, aber wir stünden vor einer Inkonsequenz. Denn will man vom Gesichtspunkt des zu leichten Verdienens die Steuer begründen, dann müsste man nicht nur vor der Tantieme haltmachen, sondern auch andere Fälle untersuchen, wo ein ungebührlich hohes Einkommen zu verzeichnen ist. Ist es uns je einmal eingefallen, die Schiebergewinne und Wuchergewinne besonders zu versteuern? Sind die etwa gerechtfertigter als eine wohlverdiente Tantieme? Es steht fest und ist Tatsache, dass man diese bei der Kriegssteuer gar nicht hat fassen können, dass diese steuerlos ausgegangen sind. Oder nehmen Sie den Fall, wo einer das Glück hatte, das grosse Los zu gewinnen in der Lotterie,

sagen wir Fr. 500,000, wird das besonders versteuert? Mir ist nichts bekannt. Oder die Börsengewinne, wo einer nichts dazu tun kann, das ist das Resultat der Börsenkonjunktur, er kann nichts dazu und nichts dagegen tun.

Ich habe auch den Fall erwähnt, wo ein Hotelier in der Bundesstadt vor dem Kriege vor dem Konkurs gestanden ist und nun hatte er das Glück, dass Kriegsbetriebe für fremde Gesandtschaften und von uns errichtet wurden und er konnte seine Objekte plötzlich mit grossem Gewinn absetzen und ist ein reicher Mann geworden. Ist das nicht auch leicht verdient? Und wollen Sie das besonders versteuern? Wenn man das Prinzip aufstellen will, dass der leicht verdiente Erwerb besonders versteuert werden müsse, so muss man das Prinzip für alle leichten Erwerbe aufstellen und kann nicht nur eine gehässige Ausnahme bei einer Art machen und geradezu das Doppelte ansetzen, selbst wo die Voraussetzung des leichten Verdienens gar nicht vorliegt. Ich glaube, wenn man eine Progression von 20% für die Besteuerung vom Erwerb aufstellt, so sind derartige Steuersätze geeignet, jeden Erwerb sehr ausgiebig zu besteuern. Es ist absolut kein Grund vorhanden, noch dem Ursprung des Erwerbes nachzugehen und zu untersuchen, ob derselbe aus Tantiemen oder etwas anderem entstanden ist. Es ist schliesslich doch Sache der Gesellschaften, ihren Gewinn so zu verteilen, wie sie es für richtig finden, soweit sie darüber verfügungsberechtigt sind. Das geht den Staat gar nichts an und den aussenstehenden Dritten erst recht nicht, der sich am meisten darum kümmert, wie die Gesellschaft die Reinerträgnisse verteile, ob sie dieselben als Dividenden ausrichte oder ob sie soundsoviel als Tantiemen an die Verwaltungsräte, Direktoren, Beamten und Angestellten abgebe. Da hat gar niemand ein Interesse. Der Staat hat nicht das geringste Interesse, denjenigen Teil des Gewinnes aus Tantiemen höher zu versteuern. Im Gegenteil. Wenn keine Tantiemen bezahlt werden, so wird die Dividende erhöht und diese bezahlt, soweit es die Kriegssteuer anbetrifft, keine Steuer. Also hat der Staat effektiv ein Interesse, wenn der Reingewinn nicht nur als Dividende verteilt wird, sondern dass ein Teil als Tantieme verwendet wird. Wozu wird eine solche doppelte Steuer führen? Da hat Herr Usteri mit Recht angeführt: zur Umgehung, bzw. zum Ausweichen. Je drakonischer eine Gesetzesbestimmung ist, desto grösser ist die Gefahr des Ausweichens. Man wird schon Wege finden und finden, dass man im Stande der Notwehr sei und sich retten müsse, und so wird unter Umständen der Staat sehr schlecht wegkommen.

Wohin kann aber eine solche Steuerpolitik führen? Heute will man die Tantieme bis zu 40% versteuern. Morgen kann man finden, dass auch andere Einkommen ähnlich versteuert werden. Was ist gross? Das ist in der Regel dasjenige, was mehr ist, als man selbst hat! Das ist so der Quartalzapfenstandpunkt, der sich immer mehr Geltung in der öffentlichen Meinung verschafft und auch unsere Behörden bis zu einem gewissen Grade angesteckt hat. Ich glaube, das könnte zu einer Ausgleichungstaktik führen, die schliesslich auch diejenigen treffen könnte, die heute andere treffen möchten. Auch in den Kantonen kann eine derartige Politik sich machen und die Folge wird sein, dass es an der notwendigen Initiative und Tatkraft in unserem wirtschaftlichen Leben fehlt und dass damit unsere nationale Stärke und Leistungsfähigkeit gefährdet wird. Von diesen Erwägungen aus beantragt die Kommissionsminderheit, auf den Gedanken derartiger Steuerzuschläge nicht einzutreten und sämtliche bezüglichen Bestimmungen zu streichen.

Isler: Ich werde nicht viel sagen. Ich habe bei den Erörterungen des Herrn Usteri mich an die Fabel vom Koch im Hühnerstall erinnert, der dem Geflügel, das er für die Küche zu holen kam, sein Los mit dem Beifügen auseinandersetzte, die Sauce, in der es gekocht zu werden wünsche, dürfe es auswählen, aber das sei alles.

Ich für meinen Teil habe mich mit der Sache abgefunden und sage mir, dass diese Doppelbesteuerung der Tantiemen eine Heranziehung derselben zur Kriegsgewinnsteuer sei. Dagegen stösst mich der Umfang dieser zweifachen Besteuerung, ich finde, sie gehe zu weit. Ueber den Text der Kommission möchte ich überdies eine Kritik anbringen. Im Nationalrat hat man diese zweite Erwerbssteuer der Tantiemen eine Zusatzsteuer genannt, noch richtiger, d. h. deutlicher, wäre von einer zweiten Steuer zu reden. Herr Usteri und seine Freunde aber schreiben das Wort «Zusatzsteuer» und reden nur von einer «Tantiemensteuer». Das fasst jeder Nichteingeweihte so auf, für Tantiemen sei diese, also nur eine Steuer zu bezahlen. Die Systematik dieser Gesetzesfassung ist die: Beim Erwerb wird zunächst der gewöhnlich Erwerb versteuert und dann kommt man zu einer besonderen Behandlung eines gewissen Erwerbes und der wird aufs neue, d. h. ein zweites Mal besteuert. Das ist die Tantieme. Im Gesetze steht ja eine Umschreibung des Erwerbes nicht; dagegen ist eben unter A von der Erwerbssteuer und dann unter B von der Tantiemensteuer die Rede, das muss man doch so auffassen, wenn man's liest, dass die Tantiemen nur unter B besteuert werden, unter A nicht; Sie wollen sie aber auch unter A besteuern, also müssen Sie es den Pflichtigen auch sagen. Sie haben ein Recht darauf, zu vernehmen, was man von ihnen will. Deshalb möchte ich Ihnen beantragen, zur Fassung des Nationalrates zurückzukehren und die Bestimmung dahin zu fassen, dass die Tantiemen der ordentlichen Erwerbssteuer noch eine Zusatzsteuer entrichten. Dann weiss man, was wirklich gemeint ist.

Usteri, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit: Die Ausführungen von Herrn Isler nötigen mich, Ihnen noch eine Erklärung abzugeben. Es besteht doch wohl in Doktrin und Praxis nur eine Meinung, dass Tantieme Erwerb ist, und nun steht in Ziff. 3, Abs. 1: «Die natürlichen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb». Es ist nichts vorbehalten und nichts ausgenommen

Sodann haben wir eine neue Ziff. 3 bis gemacht: «Tantiemen unterliegen einer Tantiemensteuer», aber eben nicht einer Erwerbssteuer. Die Tantiemenbezüger haben eine Tantiemensteuer zu bezahlen, die wir in der Vorlage als solche deklarieren, und daneben besteht besonders und unabhängig die Erwerbssteuer, und diese schliesst natürlich auch die Steuer vom Erwerb und Tantiemen in sich. Die Trennung wurde deshalb gemacht und war notwendig — ich bitte Herrn Isler, Seite 4 der Kommissionalvorlage aufzuschlagen — weil die unteren Klassen nicht konform der Erwerbssteuertabelle besteuert werden können und sollen, sondern nach einer besondern Norm, während alle höheren

Klassen der Tantiemensteuer einfach auf die Steuer tabelle für die Erwerbssteuer verwiesen sind. Dieses äussere Verhältnis hat uns dazu geführt, die Tantiemensteuer besonders zu formieren.

Es gäbe nun zwei Auswege. Entweder den Ausweg, dass Sie die Tantiemensteuer auch für die untersten Klassen einfach der Erwerbssteuer gleichstellen. Das ist eine materielle Aenderung, weil wir dann auch bei den untersten Steuerklassen für die Tantieme viel niedrigere Sätze haben, ½% statt 2%. Oder die andere Lösung, dass in Ziff. 3 bis eingeschaltet würde: «(Tantiemen unterliegen) neben der Erwerbssteuer (noch einer Tantiemensteuer)». Das wäre vielleicht die einfachste Lösung, die dann keine materielle Aenderung in sich schliesst.

Ich hole noch nach — ich habe es zwar gestern bei einem Anlass schon gesagt — dass Ziff. 3 bis unserer Anträge vom 11. Dezember eine Korrektur enthalte in bezug auf Ziff. 2 der Kommissionalvorlage, welche mit Abs. 5, Mehrheitsantrag, bezeichnet ist. Der Kommissionalantrag lautete: «Die Vorschriften über den Beginn der Steuerpflicht finden Anwendung.» Es muss heissen: «Die Vorschriften über den Beginn der Erwerbssteuerpflicht finden Anwendung,» wie das in unserem Antrag vom 11. Dezember gesagt ist.

M. de Meuron: Je fais partie de la minorité de la commission. Ses propositions ne peuvent pas être mieux recommandées que par la discussion qui vient d'avoir lieu. Vous avez entendu, par les explications extrêmement complètes et détaillées de M. Usteri combien cette question d'un impôt spécial et supplémentaire sur les tantièmes présente de difficultés, et les membres de la commission ne me contrediront certainement pas si je dis que nous avons assisté dans la commission à toute une série d'évolutions, de développements et de transformations de cet impôt sur les tantièmes et de la manière dont il doit être perçu. Et, Messieurs, nous ne sommes pas au bout! Vous avez entendu, tout à l'heure, M. Usteri dire que, d'ici à ce que le Conseil national reprenne la chose, les commissions pourraient s'en occuper encore, que la question n'était peut-être pas absolument mûre, qu'il y avait lieu de la revoir et d'y opérer peut-être des transformations. Bref, on n'en sortira jamais! On n'en sortira jamais, parce qu'on s'est aiguillé sur une voie qui n'est pas celle de la vérité. Il est excessif et dangereux, et c'est une politique financière tout à fait fâcheuse, que de vouloir soustraire de l'ensemble des revenus des particuliers, certains revenus d'une origine spéciale, pour les frapper d'un impôt spécial. Si nous entrons dans cette voie, nous ne savons pas où nous nous arrêterons. Aujourd'hui, c'est les tantièmes qui sont visés. Pourquoi? Parce que, grâce aux profits extraordinaires résultés de la guerre, il y a eu, paraît-il, dans certaines entreprises, des tantièmes extrêmement élevés qui ont soulevé une certaine agitation dans le public, je ne dis pas uniquement par jalousie, mais parce qu'on a peut-être pensé que c'était là de l'argent gagné un peu trop facilement et qui aurait trouvé une meilleure application ailleurs. Ailleurs! Où? Dans la caisse de l'Etat? Non pas. Ceux qui pouvaient éventuellement avoir à se plaindre de ce que certains administrateurs touchent des tantièmes trop élevés, ce n'est en tout cas ni l'Etat, ni les communes, qui perçoivent un impôt. Ceux qui pourraient avoir lieu de se plaindre, ce sont, d'un côté, les actionnaires et, de l'autre, les employés et ouvriers des sociétés. Et si l'on trouve que, réellement, il y a quelque chose à faire dans ce domaine, ce sera à la législation future qu'il appartiendra de limiter, éventuellement, les tantièmes d'administrateur ou, tout au moins, de déterminer le rapport qui devra exister entre ces tantièmes et les dividendes d'une part, et de l'autre, les répartitions, les attributions à des fonds de secours, caisses de retraite, ou même la participation des ouvriers aux bénéfices. Mais vouloir faire de la morale, comme on en a parlé à la commission, au moyen d'une loi fiscale, j'estime que c'est mélanger deux domaines qui n'ont rien à voir ensemble. Une loi fiscale doit prendre l'argent où il y en a, où elle peut en atteindre, suivant un mode de justice la plus distributive possible, pour le faire entrer dans la caisse de l'Etat. Mais ce n'est pas au moyen d'une loi fiscale qu'on doit résoudre des questions sociales et poursuivre d'autres buts en dehors de buts purement fiscaux.

Au surplus, Messieurs, je crois qu'on se heurtera encore à d'autres difficultés dans l'application de la loi. Comme M. Usteri lui-même l'a dit, il y a tantièmes et tantièmes. Il y a d'abord les tantièmes des Conseils d'administration. C'est ceux-là qu'on veut viser et c'est peut-être à ceux-là qu'on aurait le moins tort de s'adresser. Mais il y a encore les tantièmes des directeurs, des contre-maîtres, de certains employés, qui ne sont pas autre chose, en définitive, qu'une première application de la participation aux bénéfices, qui fait partie des revendications des partis avancés. Il est singulier qu'au moment où ces revendications sont à l'ordre du jour, où un peu de tous côtés on prend plus ou moins l'engagement de leur prêter une oreille attentive, de frapper d'un impôt spécial ce qui n'est en somme qu'une forme particulière de la participation aux bénéfices. Je crois, Messieurs, qu'aussi bien au point de vue de la justice et d'une bonne législation, qu'au point de vue de la pratique et de l'application, le meilleur est de biffer purement et simplement ce paragraphe et de ne faire supporter aux tantièmes que l'impôt ordinaire appliqué à toutes les autres ressources des contribuables.

Usteri, Berichterstatter der Kommissionsmehrheit: Ich beantrage Ihnen, den ersten Absatz im Abschnitt über die Tantiemensteuer folgendermassen zu fassen: «Tantiemen unterliegen neben der Erwerbssteuer einer Tantiemensteuer». Also Einschaltung der Worte: «neben der Erwerbssteuer».

Schöpfer: Als Mitglied der Kommissionsmehrheit möchte ich Ihnen noch kurz zur Kenntnis bringen, wie die Kommission dazu gekommen ist, die nationalrätliche Formulierung mit bezug auf die Besteuerung der Tantiemen zu ändern. In der Formulierung, wie sie der Nationalrat aufgestellt hat, steht zu lesen, dass die Tantiemensteuer eine Zuschlagssteuer sei. Eine Zuschlags- oder Zusatzsteuer setzt eine Hauptsteuer voraus. Nun beginnt aber die Steuerpflicht nach dem nationalrätlichen Vorschlage erst mit einem Erwerb von Fr. 2500. Da sagte sich die Mehrheit in der Kommission, dass gar keine Möglichkeit bestehe, Tantiemen unter Fr. 2500 zu versteuern, weil es unter diesem Betrag nach der nationalrätlichen Formulierung überhaupt keine Erwerbssteuer gebe. Das war dann auch

der Grund, warum man zu dem Auswege kam, zu sagen, man dürfe die Tantiemensteuer nicht als eine Zusatzsteuer zu einer Hauptsteuer, sondern man müsse sie als selbständige Steuer konstruieren. Sonst wäre man doch zu ganz eigenartigen Folgen gekommen. Denken Sie z. B. nur daran, dass ein Millionär, der überhaupt keinen Erwerb hat, aber eine Tantieme von Fr. 3000 bezieht, gar nicht zur Besteuerung hätte beigezogen werden können, weil man keinen Zuschlag zu einer Hauptsache machen kann, die überhaupt nicht da ist. Also waren die Motive, die uns zu dieser Formulierung veranlassten, durchaus berechtigt und bedeuteten, wenigstens in meinen Augen, tatsächlich eine Verbesserung der nationalrätlichen Fassung.

Ich gebe gerne zu, dass einer, der, wie Herr Kollege Isler sich ausdrückte, nicht hinter die Kulissen sieht und den Kommissionsverhandlungen nicht beigewohnt hat, wirklich zu irrtümlichen Auffassungen kommen konnte. Um diesen irrtümlichen Auffassungen zu begegnen, glaube ich, könne der Antrag, der soeben von Herrn Usteri gestellt worden ist, akzeptiert werden. Wenn man sagt, dass die Tantiemen «neben der Erwerbssteuer» einer Tantiemensteuer unterliegen, kann doch gewiss kein Zweifel mehr sein.

Und nun, weil ich gerade am Worte bin, möchte ich nur noch eine Frage beantworten, welche der Herr Berichterstatter der Kommissionsminderheit aufgeworfen hat, als er sagte, es sei doch eigentlich nicht gerecht, dass nur die Tantiemen und nicht auch die Dividenden herbeigezogen würden. Die Beantwortung dieser Frage ist recht leicht, indem Tantieme und Dividende etwas ganz verschiedenes sind. Es sind getrennte Begriffe. Die Dividenden sind Erträgnisse aus dem Vermögen und die Tantiemen sind das nicht. Die Dividenden decken das Risiko des Vermögens, während die Tantiemen das Risiko des eigenen Handelns decken; übrigens ist eigentlich die Tantieme, genau genommen, gegenüber der Dividende, steuerrechtlich schon bevorzugt, indem der Reingewinn abzüglich der Tantiemen von den Aktiengesellschaften versteuert wird und die Aktionäre diesen Reingewinn in ihrer Eigenschaft als Aktionäre noch einmal versteuern, währenddem die Tantieme nur einmal versteuert wird, weil ja bei der Versteuerung die Tantieme vom Reingewinn abgezogen wird. Ich meine also, man könne diesen Vergleich zwischen Tantieme und Dividende nicht anstellen.

Und ebensowenig kann man sagen, dass es eine Gehässigkeit bedeute, dass nur bei der Tantieme diese Sorte Steuer erhoben werde. Ja, im Steuerrecht und in der Finanzwirtschaft wird doch noch bei vielen andern Steuern die leichtere, mühelosere Erwerbsmöglichkeit berücksichtigt. Denken Sie an die Wertzuwachssteuer, an die Schenkungssteuer oder die Erbschaftssteuern oder an die Höherbelastung des fundierten, d. h. des Kapitalrenteneinkommens. Die Gründe, warum man diese Erwerbsarten zur Steuer heranziehen will, liegen gerade darin, dass der betreffende Erwerb ein leichter, ein ziemlich müheloser ist, ganz gleich wie beim Tantiemenerwerb. Also ist auch da kein Grund vorhanden, zu sagen, es sei eine besondere Gehässigkeit, dass man die Tantieme zur Versteuerung heranzieht. In vielen Fällen kommt es mit der Auszahlung der Tantiemen wirtschaftlich mehr oder weniger auf das gleiche heraus, wie bei einer Schenkung unter Lebenden, wenigstens bei grossen Tantiemen. Und die Schenkungen werden auch besteuert. Warum soll man dies nicht auch bei Tantiemen machen?

Ich empfehle Ihnen den Antrag des Herrn Usteri.

Präsident: Wir bereinigen zuerst den Mehrheitsantrag. Da ist zuerst der Antrag der Kommissionsmehrheit, zu sagen: «Ziff. 3 bis», statt die Sache als Abs. 5 figurieren zu lassen. Sie sind damit einverstanden, d. h. bei der Redaktion wäre dann das in Ziff. 4 und die späteren Ziffern entsprechend zu ändern.

Ferner beantragt der Sprecher der Kommissionsmehrheit, im ersten Alinea die Worte einzuschalten: «neben der Erwerbssteuer». Der ursprüngliche Antrag der Kommission wird nicht aufrecht erhalten; das Alinea ist deshalb in der abgeänderten Fassung angenommen.

Drittens schlägt Ihnen die Kommission vor, zu sagen: «Die Vorschriften über den Beginn der Erwerbssteuerpflicht finden Anwendung». Sie sind auch damit einverstanden.

Zu diesem bereinigten Mehrheitsantrag hat Herr Ständerat Isler einen Abänderungsantrag gestellt. Er will im ersten Lemma sagen: «Tantiemen unterliegen einer Zusatzsteuer zur ordentlichen Erwerbssteuer.»

Isler: Die Sache ist durch den Antrag der Kommissionsmehrheit erledigt.

Präsident: Herr Isler hat seinen Antrag fallen gelassen. Somit wäre der Mehrheitsantrag bereinigt und ich stelle ihn in definitiver Abstimmung dem Minderheitsantrage auf Streichung der Tantiemensteuer gegenüber.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Mehrheit der Kommission	24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit der Kommission	7 Stimmen

Ziffer 4.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Kommission beantragt Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates. Ueber die Steuerverhältnisse der Gesellschaften selbst ist bereits bei Ziff. 3 gesprochen worden.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 5.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Was das Materielle der Steuerpflicht anbelangt, so ist das Nötige schon in der Eintretensdebatte des näheren dargelegt worden. Die Differenzen, die im Vorschlag der Kommission gegenüber dem Beschlusse des Nationalrates und übrigens auch gegenüber dem Vorschlage des Bundesrates zutage treten, sind rein redaktioneller Natur.

Der Nationalrat behandelt als Steuerobjekt das Vermögen der Aktiengesellschaften und versteht darunter Aktienkapital und Reserven. Nun bildet aber das Aktienkapital kein Vermögen der Aktiengesellschaft, weder bilanztechnisch noch rechtlich, und ebenso unrichtig ist es, wenn der Bundesrat als Steuerobjekt das Gesamtkapital der Aktiengesellschaft bezeichnet, und darunter das einbezahlte Aktienkapital und die Reserven versteht. Denn das Gesamtkapital einer Gesellschaft besteht nicht nur aus Aktienkapital und Reserven, sondern darunter würden auch die andern Gelder, Obligationengelder, mit denen gearbeitet wird, naturgemäss fallen. Steuerobjekt im richtigen Sinne, und das ist ja überall gemeint, bildet das Aktienkapital und die Reserven, und deshalb ist es das einfachste und richtigste, wenn das auch einfach so ausgedrückt wird.

In diesem Sinne haben wir daher unsern Antrag redigiert. Im Beschlusse des Nationalrates und im Vorschlage des Bundesrates ist durchaus das gleiche gemeint. Was aber gemeint ist, gelangt nicht einwandfrei zum Ausdruck. Die Steuer richtet sich nun nach dem Verhältnis des jährlichen Reingewinnes zum einbezahlten Aktienkapital und den Reserven nach Massgabe der Tabellen, die dem Beschlussentwurfe beigedruckt sind.

Und nun noch eine weitere Differenz. Es ist ja immer vom Reinertrag der Aktiengesellschaften die Rede. Diese Bezeichnung ist technisch und juristisch nicht richtig und es ist etwas anderes gemeint als das, was gesagt ist. Unter dem Reinertrage eines Geschäftes versteht man den Ueberschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben mit Ausschluss der Schuldenzinse, überhaupt mit Ausserachtlassung des Kapitals, das in das betreffende Unternehmen hineingelegt worden ist. Nun dürfen aber die Schuldenzinse bei der Steuerberechnung selbstverständlich nicht ausser Betracht fallen. Denn sonst könnte man schliesslich zum Resultate gelangen, dass eine Gesellschaft mehr versteuern müsste, als sie überhaupt eingenommen hat. Gemeint ist natürlich der Reingewinn, von dem auch das Gesetz, das Obligationenrecht, nur spricht, der Reingewinn, wie er sich aus der Bilanz, aus Gewinn- und Verlustrechnung ergibt. Und in diesen Rechnungen, in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sind die Schulden und die Schuldenzinse etc. natürlich inbegriffen. Der Saldo dieser Rechnungen ist der Reingewinn, und der ist hier massgebend und nicht der Reinertrag.

Wir empfehlen Ihnen daher den Vorschlag der Kommission.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission 25 Stimmen (Einstimmigkeit)

Ziffer 6.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Es sind keine materiellen Aenderungen, sondern die Aenderungen entsprechen nur bereits früher getroffenen Beschlüssen betreffend die Umrechnung von Prozenten in Franken und Rappen. Dagegen ist zu erwähnen, dass das Wort « Reinertrag » hier irrtümlicherweise geblieben ist. Es muss auch hier durch « Reingewinn » ersetzt werden, aus Gründen, die bereits in Ziffer 5 angeführt worden sind.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Annahme der Ziffer 6 28 Stimmen (Einstimmigkeit)

Ziffer 7.

Huber: Zu Ziffer 7 möchte ich folgenden Antrag stellen: « Für Genossenschaften mit über 3000 nutzungsberechtigten Mitgliedern können die Steuersätze bis auf 50 Rappen für je 100 Franken Vermögen herabgesetzt werden. » Die vorliegende Ziffer 7 macht keinen Unterschied zwischen Genossenschaften und andern juristischen Personen, wie Stiftungen, Anstalten usw. Im weitern macht diese Bestimmung bei den Genossenschaften keinen Unterschied, ob sie viel oder wenig Mitglieder zählen. Es ist aber einleuchtend, dass es in einer Genossenschaft, die, sagen wir, eine Million Vermögen hat, nicht gleichgültig ist, ob bei diesem Vermögen einige hundert oder einige tausend Mitglieder beteiligt sind. Sind sehr viele Mitglieder da, so ist der Anteil am Vermögen und damit am Erträgnis dieses Vermögens ungleich kleiner und die Kriegssteuer wird dann diesen kleinen Anteil dieser vielen Mitglieder um so härter treffen. Es gibt Genossenschaften, deren Bedeutung und Schwergewicht mehr auf den Mitgliedern ruht, als auf dem Vorstande, hauptsächlich bei Genossenschaften mit sehr vielen Mitgliedern. Die Geschichte manch einer dieser Genossenschaften gibt uns Kunde von grossen und unaufhörlichen Kämpfen zwischen der Einheit und Vielheit in diesen Genossenschaften, die Einheit verkörpert durch den Vorstand oder die Verwaltung, die Vielheit verkörpert durch die Versammlung der zahlreichen Genossen. Der Vorstand verwendet sich für die Erhaltung und Hebung des Genossenschaftsgutes, die vielen Mitglieder zielen ab auf möglichst höhe Erträgnisse für ihre persönlichen Bedürfnisse. Man kann aber deshalb nicht einfach diese zahlreichen Genossen als Egoisten hinstellen. Es ist sattsam bekannt, dass diese Genossen, wenn sie ihre Eigengüter, ihre Liegenschaft kaufen, welche ihnen die Nutzung der Allmend, des Genossenschaftsgutes ermöglichen, dass sie dabei in Tat und Wahrheit nicht bloss das Eigengut bezahlen, sondern auch die Möglichkeit der Allmendnutzung, die Möglichkeit, die Erträgnisse des Genossenschaftsgutes zu eignen, mitbezahlen und in der Folge mitverpfänden usw.

Bei diesen Genossenschaften, welche diese Kriegssteuer bezahlen müssen, kommt es dann so heraus, dass nicht mehr bloss 9% oder 5% der Bevölkerung die Kriegssteuer bezahlen müssen, sondern über 50%, und in Gebirgstälern, wo keine Industrie und somit kein anderer Verdinst ist, bis 90 und mehr Prozent. Es gibt einzelne Genossenschaften, bei denen die Verwaltung die Möglichkeit hat, die Kriegssteuer auf die Mitglieder abzuwälzen, indem sie die Kriegsanteile verrechnet bei der Auszahlung der Nutzungsanteile. Andere Genossenschaften können das nicht machen; bei uns würde die Verwaltung deutlich und entschieden heimgeschickt, wenn sie mit einem solchen

Vorschlag käme. So oder anders wird also durch die Kriegssteuer nicht die einheitliche juristische Person belastet, sondern die Vielheit der Mitglieder, der Genossen, im ersteren Falle unmittelbar und im zweiten wenigstens mittelbar. Es kommt dann dazu, dass auch die ärmste Witwe, wenn sie auch noch so viel Kinder zu ernähren hat, 5 Franken oder auch ein Mehrfaches bezahlen muss an diese Kriegssteuer.

Das veranlasst mich zu dem Antrage, den ich gestellt habe. Ich finde, es sei billig und recht, dass auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen und wenigstens der Steuerverwaltung die Möglichkeit gegeben werde, den Steuersatz herabzusetzen. Man wird einwenden, diese 10‰ seien der gleiche Satz wie bei der ersten Kriegssteuer. Das ist richtig. Allein bei der ersten Kriegssteuer hat man eben gesagt, es handle sich um eine einmalige Steuer, die nicht wiederkehrt; da hat man sich das gefallen lassen. Nun aber kommt es dazu, dass diese Steuer wiederholt wird, und zwar mehr als einmal. Da scheint es mir angezeigt zu sein, dass man doch darauf zurückkommt.

Im übrigen wird die Herabsetzung des Steuersatzes auf die Genossenschaften eingeschränkt, und zwar auf diejenigen mit sehr zahlreicher Mitgliedschaft, indem die Unbilligkeit dieses grossen Steuersatzes von 10‰ eben mit der Grösse der Mitgliederzahl zunimmt, und diese Unbilligkeit sollte beseitigt werden. Auf der andern Seite wird die Zahl so hoch genommen, 3000, um doch noch möglichst den Steuerfiskus nicht zu schädigen, sondern nur da die Herabsetzung vorzusehen, wo sie wirklich dringend ist und sehr unbillig wird. Dann wird auch die Herabsetzung eingeschränkt auf die nutzungsberechtigten Mitglieder, zum Unterschied von den Stimmberechtigten. Es ist begreiflich, dass eine Steuer unmittelbar oder mittelbar auf die Nutzungsanteile und Nutzungsberechtigten verteilt wird. Nutzungsberechtigt sind nicht etwa bloss die stimmberechtigten Männer, sondern auch die Frauenspersonen, wo sie Haushaltungsvorstände sind.

Sodann will die Herabsetzung nicht einfach und schlechthin auf 50 Rappen für 100 Franken Vermögen bestimmt werden, sondern es wird gesagt, sie könne bis auf 50 Rappen herabgesetzt werden, so dass die Verwaltung die Verhältnisse im einzelnen Fall prüfen und den Steuersatz in den Spielraum von 50 Rappen bis zu einem Franken für hundert Franken Vermögen nach billigem Ermessen bestimmen kann. Es ist auch bereits bei Ziff. 3 Spielraum gelassen bei der Vermögenssteuer für natürliche Personen, die zwar 10,000 Franken Vermögen oder mehr haben, die aber unterstützungspflichtig sind. Da ist vorgesehen, dass diese Fr. 10,000 in billiger Weise erhöht werden können, dass das steuerfreie Vermögen heraufgesetzt werden kann. In ähnlicher Weise scheint es mir gerechtfertigt, auch hier einen gewissen Spielraum zu lassen. Deshalb möchte ich Ihnen diesen Antrag empfehlen.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Namens der Kommission bin ich doch verpflichtet, Stellung zu diesem Antrag zu nehmen. Ich kenne die Verhältnisse der Korporation Uri und überhaupt diese innerschweizerische Korporationsverhältnisse nicht näher. Insofern ist mir also der Entscheid schwer, ich besitze nicht den nötigen Ueberblick. Ich denke aber, diejenigen, welche mit dem Entwurf der Vorlage zu tun hatten, die haben die Sache verstanden und haben gewusst, weshalb es so vorgeschlagen wird und nicht anders.

In formeller Hinsicht mache ich in erster Linie darauf aufmerksam, dass wir die Genossenschaften ja bei Ziffer 6 behandelt und erledigt haben. Der Antrag des Herrn Huber bezieht sich aber auf Genossenschaften. Ziffer 7 spricht von den übrigen juristischen Personen, die nicht Genossenschaften sind. Also meines Erachtens gehört der Antrag formell nicht hierher, sondern er hätte bei der vorhergehenden Ziffer vorgebracht werden sollen.

Materiell nehme ich an, die Verhältnisse, die gerade von Herrn Huber besonders hervorgehoben worden sind, seien eben in der bisherigen Behandlung der Anträge des Bundesrates bereits in Berücksichtigung gezogen, insbesondere diese Vielheit der Mitglieder von Genossenschaften, bzw. juristischen Personen. Diesem Umstande ist offenbar bereits dadurch in weitgehender Weise Rechnung getragen worden, dass die Steuerpflicht auf das Vermögen dieser Personen beschränkt und im Gegensatz zu den andern juristischen Personen nicht auf den Erwerb ausgedehnt worden ist. Im weitern hat der Nationalrat diese Verhältnisse offenbar dadurch berücksichtigt, dass er die Progression nur bis 10‰ statt 25‰ ansteigen liess. Ich glaube also, die Verhältnisse, die Herr Huber angeführt hat, seien von den bisherigen Instanzen bereits gewürdigt worden.

Abgesehen davon wird man eigentlich grundsätzlich nicht sagen können, dass die Vielheit der Mitglieder einer juristischen Person massgebend sein soll für den Umfang der Steuerpflicht. Entweder, oder. Stellen wir auf diese Zahl ab, auf diese Vielheit, warum sollen wir nicht auch bei den Aktiengesellschaften und andern juristischen Personen darauf abstellen, sondern nur hier? Das wäre schliesslich auch zu beanstanden.

Präsident: Die Bemerkungen des Herrn Kommissionsreferenten sind ein Ordnungsantrag, indem die Frage bei Ziffer 6 zu behandeln gewesen wäre. Nun können wir die Sache auf zwei Arten bereinigen. Wir können entweder jetzt, wenn dem zugestimmt wird, sofort wieder auf Ziffer 6 zurückkommen oder dann am Ende der Beratung, wenn Gelegenheit sein wird, auf jeden einzelnen Artikel des Gesetzes zurückzukommen.

Huber: Der Herr Kommissionspräsident befindet sich doch im Irrtum, wenn er meint, dass die Frage zu Ziffer 6 gehört. Ziffer 6 handelt ausdrücklich von den Genossenschaften des Obligationenrechtes, Ziffer 7 redet von den übrigen juristischen Personen. Nun habe ich das Obligationenrecht nicht gerade bei der Hand. Dort sind allerdings die Genossenschaften geregelt, aber die modernen Genossenschaften. Im Gegensatz zu diesen im O. R. geordneten Genossenschaften handelt z. B. das Z. G. B. ausdrücklich von andern juristischen Personen und verweist in Art. 59 ganz besonders auf die Allmendgenossenschaften und ähnliche Körperschaften, die auf das kantonale Recht verwiesen werden und vom eidgenössischen Z. G. B. ausgenommen werden. Unter den

übrigen juristischen Personen sind also verstanden: Stiftungen, Anstalten und Genossenschaften des alten oder kantonalen Rechtes. Ich glaube also, das gehört wirklich zu Ziffer 7 und nicht zu Ziffer 6.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Bemerkungen von Herrn Huber mögen durchaus richtig sein, und in diesem Falle möchte ich Ihnen nur empfehlen, seinen Antrag formell dahin abzuändern, dass er sagt: für Korporationen, statt für Genossenschaften, denn es ist offenbar nicht richtig, wenn man hier von Genossenschaften spricht, während die Genossenschaften schon in Ziffer 6 behandelt worden sind. Dann kann der Antrag hier behandelt werden.

Huber: Korporation ist das Fremdwort für Genossenschaft. Meinetwegen können wir die Sache noch mehr einschränken und sagen: «Allmendgenossenschaften und ähnliche Körperschaften.»

Isler: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass man den Akzent auf das richtige Wort legen muss. Der Akzent gehört auf das Herkömmliche oder Hergebrachte gegenüber dem Modernen. Die modernen Genossenschaften können wir unmöglich behandeln, wie Herr Huber dem Wortlaute seines Antrages nach es tun würde. Ich erinnere Sie daran, dass wir grosse Erwerbsgesellschaften im Kleide der Genossenschaften treffen, Banken, Konsumvereine. Da kann natürlich keine Rede davon sein, dass wir diese nach Antrag Huber behandeln. Er wird das auch nicht wollen, aber er drückt sich ungenau aus. Da muss man wirklich genau sprechen. Es ist aber, glaube ich, nicht möglich, den richtigen Ausdruck jetzt sofort zu finden. Ich würde beantragen, die Herren Scherrer und Huber sollen sich über den richtigen Ausdruck verständigen. Wenn das geschehen ist, wäre ich dem Gedanken des Herrn Huber durchaus sympathisch.

Räber: Es handelt sich hier nicht um Genossenschaften im Sinne des O. R., sondern um Korporationen im Sinne des kantonalen Rechtes, wie wir sie in den innern Kantonen haben, z. B. wir in Schwyz die Oberallmendkorporation, die grösste und älteste mit 5—6000 Stimmberechtigten, während der ganze Kanton nur ungefähr 14,000 Stimmberechtigte hat. Nun stehe ich dem Gedanken des Herrn Kollegen Huber auch sympathisch gegenüber; dagegen kann nicht die Rede davon sein, dass man willkürlich eine Zahl von 3000 Mitgliedern einsetzt und nur die einen oder andern grösseren Korporationen berücksichtigt, ohne auf den richtigen Grundgedanken zu gehen.

Wenn man die Frage richtig löst, so ist es berechtigt, diese Korporationen noch etwas mehr zu berücksichtigen. Sie haben zum Teil einen öffentlich-rechtlichen Zweck und eine sehr hohe wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung, sie sind eigentlich das Rückgrat der kleinen Gebirgsbauern und wenn man diese Korporationen zertrümmern würde, wäre die Existenz dieser kleinen Bauern vernichtet, da sie nur in Verbindung mit diesen Korporationen existieren können.

Die Korporationen würden nun durch diese Steuer zum Teil sehr stark betroffen; ich will Ihnen das an einem Beispiel aus unserem Kanton zeigen. Die Oberallmendkorporation hat bei der ersten Kriegssteuer ungefähr 50—55,000 Franken Kriegssteuer zahlen müssen, was auf den Kopf des Genossen Fr. 10 ausmacht, während der bare Genossennutzen durchschnittlich jährlich Fr. 20 beträgt. Also diese kleinen Leute haben durch diese Kriegssteuer den halben Jahresnutzen verloren. Einmal kann man das machen, aber wenn sich das 16 oder 20 Jahre wiederholt, so ist es etwas stark. Man kann nun vielleicht sagen, das seien kleine Beträge, aber Sie müssen die Seele des kleinen Gebirgsbauern kennen, Sie müssen mit diesen Leuten verkehrt haben, um zu wissen, was bei denselben 10 oder 20 Franken ausmachen. Seit Jahrzehnten hat sich bei diesen Leuten die Sitte eingebürgert, aus diesem Genossennutzen ganz bestimmte Lasten abzutragen. Bei uns z. B. ist die Sache so eingerichtet, dass in einem Zimmer der Genossennutzen ausgeteilt und im andern die Steuer eingetrieben wird. Der Genosse geht durch, er nimmt seinen Genossennutzen in Empfang und legt den Obolus ab für Kanton, Bezirk und Gemeinde. Nimmt man ihm diesen Genossennutzen, so muss er sich eben ganz anders arrangieren, was den kleinen Leuten oft hart fällt.

Man könnte vielleicht dem Gedanken des Herrn Huber gerecht werden, wenn man diesen Passus an die Kommission zurückweisen würde, um eine bessere Lösung zu finden.

Präsident: Das wäre vielleicht vom Geschäftsstandpunkt aus nicht unpraktisch, weil wir ohnedies dieses Traktandum nicht fertig bringen werden und weil nachmittags 4 Uhr die Kriegsteurungszulagen in Angriff genommen werden müssen, so dass die Kommission Gelegenheit hätte, diese Sache bis morgen zu erledigen.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Eine Rückweisung wegen der Bezeichnung ist nicht nötig.

Präsident: Es steht nicht nur die Bezeichnung in Frage, sondern nach dem Antrage des Herrn Kollegen Räber ist auch die Frage bestritten, auf welche Allmendgenossenschaften oder Korporationen diese Bestimmung Bezug nehmen soll. Herr Kollege Räber meint, dass diese Zahl von 3000 ebenfalls in der Kommission nun doch besprochen werden sollte.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich muss sagen, dass sich die Kommission eigentlich materiell mit der Frage gar nie beschäftigt hat. Infolgedessen kann es sich empfehlen, die Sache an die Kommission zurückzuweisen. Ob wir aber heute nachmittag dazu kommen, diese Frage zu behandeln, das muss ich vorläufig dahingestellt sein lassen. Ich weiss nicht, ob die Mitglieder der Kom-

mission nicht vielleicht anderweitig in Anspruch genommen sind.

Andermatt: Mir scheint, dass man heute schon im Rate eine Formel finden könnte, die dem Gedankengange des Herrn Kollegen Huber Rechnung tragen würde. Herr Huber will die Korporationen, welche sich aus den alten Markgenossenschaften entwickelt haben und deren Nachfolger sind, exzetpionnel behandeln. Nun haben diese Korporationen in der Innerschweiz öffentlich-rechtlichen Charakter. Wenn wir also den Korporationen mit öffentlich-rechtlichem Charakter eine weitergehende Steuererleichterung zubilligen, dürfte dem Wunsche des Herrn Huber Rechnung getragen sein. Auf die Mitgliederzahl der Korporationen kann nicht abgestellt werden. 3000 Mitglieder — das scheint mir gar zu sehr auf eine bestimmte Körperschaft eingestellt zu sein. Keine einzige zugerische Korporation, die rechtlich und volkswirtschaftlich den gleichen Charakter haben wie jene des Kantons Uri und Schwyz, zählt meines Wissens so viele Mitglieder.

Merz: Es scheint mir doch, angesichts der Unaufgeklärtheit dieser Frage sollte die Rückweisung an die Kommission beschlossen werden. Herr Huber möchte nur diejenigen Korporationen privilegieren, die 3000 und mehr Mitglieder haben; Herr Andermatt schlägt vor, diejenigen auf Realnutzungsrechten beruhenden, historisch hergebrachten Korporationen zu privilegieren, welche öffentlich-rechtlichen Charakter haben. Ich glaube, dass beide Unterscheidungen sich nicht halten lassen. Wir werden wohl entweder alle diese aus dem alten germanischen Recht hervorgegangenen Rechtsamekorporationen berücksichtigen müssen oder keine. Eine Unterscheidung nach der Zahl hat etwas Willkürliches an sich, eine Unterscheidung nach der Qualifikation, ob öffentlich-rechtlich oder privat-rechtlich, ist ebenfalls willkürlich. Wir haben im Kanton Bern eine grosse Anzahl solcher Nutzkorporationen, die, obschon sie zum grösseren Teil privatrechtlicher Natur sind, zum Teil auch mit dem öffentlichen Recht verwachsen sind. Ein Teil davon ist in öffentlich-rechtliche Korporationen übergegangen, insbesondere in die Burgergemeinden des bernischen öffentlichen Rechtes.

Wir können in der Tat nur so progredieren, wenn wir diese Korporationen privilegieren wollen, dass wir sie in ihrer Gesamtheit als die althergebrachten Nutzungsgenossenschaften betrachten und dann eben in ihrer Gesamtheit dieser Reduktion der Steuerpflicht teilhaftig werden lassen. Das muss meines Erachtens geprüft werden. Ich weiss nicht, ob in der bundesrätlichen Vorlage diese Verhältnisse bereits berücksichtigt worden sind; in der Kommission scheint darüber keine Diskussion stattgefunden zu haben. Der Gegenstand ist wichtig genug, um eine erneute Prüfung in der Kommission zu veranlassen, denn diese alten Rechtsamegemeinden sind volkswirtschaftlich in allen agrikolen Gegenden unseres Landes von grösster Bedeutung und es empfiehlt sich schon, ihre Einreihung in die Steuerskala nach Recht und Billigkeit vorzunehmen.

Usteri: Ich möchte die Rückweisung auch befürworten. Es handelt sich nicht nur darum, für gewisse Formen der Korporation das Richtige zu finden, sondern auch darum, die Auseinandersetzung mit allen andern Steuerpflichtigen vorzunehmen, damit wir nicht aus einer Einzelheit heraus wohl etwas an sich Richtiges beschliessen, aber dann mit der ganzen Steueranlage anderer Beteiligter in Konflikt kommen. Also aus dem Gesichtspunkte der gleichen Elle und des gleichen Rechtes für alle scheint mir die Rückweisung geboten zu sein.

Huber: Da ich nicht der Kommission angehöre, möchte ich doch vorher sagen, dass nicht alle Genossenschaften solche des öffentlichen Rechtes sind. Ich ändere meinen Antrag dahin ab, dass ich die Ausdrucksweise des Z. G. B. in Art. 59 aufnehme. Im übrigen wird Herr Räber, der die Zahl 3000 beanstandet, darüber einen Antrag stellen können. Es ist mir daran gelegen, die Zahl nicht zu weit herabzusetzen, um den Steuerfiskus nicht zu sehr zu benachteiligen.

Präsident: Ich konstatiere, dass Ziffer 7 im übrigen angenommen worden ist, dass aber noch ein Zusatzantrag gestellt ist von Herrn Huber. Es ist der Antrag gestellt worden, diesen Zusatzantrag an die Kommission zurückzuweisen. Es wird nun richtiger sein, dass wir die ganze Ziffer 7, nicht bloss den Zusatzantrag zurückweisen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Rückweisung 23 Stimmen.

Ziffer 8.

Präsident: Ich mache jetzt schon darauf aufmerksam, dass zu Ziffer 8 noch ein Antrag gestellt ist, der eine lit. c bis enthält.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Wir stehen hier vor dem wichtigen Kapitel der Steuerbefreiung, einem Kapitel, das uns in der Kommission lange und wiederholt beschäftigt hat.

Dass der Bund von der Entrichtung der Steuer befreit sein soll, für sich und seine Institutionen, das ist grundsätzlich und praktisch durchaus gegeben und selbstverständlich, denn es hat keinen Zweck, ihm aus der Tasche etwas zu nehmen, um es in die andere Tasche wieder hineinzutun.

Etwas anders verhält es sich dann schon grundsätzlich mit den Kantonen und Gemeinden. Da wäre jedenfalls grundsätzlich eine Steuerbefreiung weniger angezeigt, denn man kann ja gewiss sagen, dass die Kantone und Gemeinden an der Integrität unseres Landes gerade so gut interessiert waren, wie die Privaten, und besonders unrichtig mag es erscheinen, Betriebe und Anstalten von Kantonen und Gemein-

den, die eigentliche Erwerbszwecke verfolgen und die anderen Unternehmungen gleichen Charakters, welche privater Natur sind, Konkurrenz machen, von der Steuer zu befreien, wie z. B. Kantonalbanken, Gaswerke, Wasserwerke, Elektrizitätswerke und dergleichen. Die Steuerbefreiung derartiger Institute und Anstalten ist nach zwei Richtungen inkonsequent und bis zu einem gewissen Grade ungerecht gegenüber den andern. Einmal, weil durch ihre Steuerbefreiung die Konkurrenzfähigkeit der privaten Unternehmungen beeinträchtigt wird. Eine Bank, oder ein Elektrizitätswerk, das z. B. mit einer Million Steuer belastet ist, kann gewiss weniger günstige Bedingungen an die Kunden stellen, als eben eine Anstalt, ein Unternehmen, welches vom Staate errichtet worden ist und somit einer derartigen Steuer nicht unterliegt. Auch die Wirkung auf die Kunden solcher Unternehmungen macht sich sehr ungleich. Private Unternehmungen derartiger Natur werden naturgemäss das, was sie an Steuer bezahlen müssen, auf ihre Abnehmer, auf ihre Kunden abwälzen müssen und abzuwälzen versuchen. Solche Bankkunden und Abnehmer von elektrischer Kraft, Gas und Wasser werden aber damit wieder mehr belastet als die Kunden von staatlichen und kommunalen Betrieben. Letztere könnten ihre Lasten ebenso gut abwälzen und damit wäre die gleiche Behandlung aller derartigen Institute gesichert.

Nun stehen wir aber vor einem Problem, wo mit Gründen der Logik nichts auszurichten ist. Denn lassen wir die Steuerbefreiung nicht eintreten, so müssen wir riskieren, dass das ganze Gesetz zu Fall kommt, dass gegen dasselbe aus Kantonen und Gemeinden eine solche Opposition einsetzt, dass gar nicht daran zu denken ist, diese Kriegssteuervorlage zu retten. Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich die Kommission, trotzdem in bezug auf alle diese Anstalten bezüglich ihrer Steuerbefreiung grosse Bedenken obgewaltet haben, entschliessen müssen, Ihnen Zustimmung zum Nationalrat und zum Vorschlag des Bundesrates zu beantragen und alle diese Betriebe, die in lit. a aufgeführt sind, von der Steuerpflicht zu befreien.

Nun kommt die Kehrseite der Medaille. Die nordostschweizerischen Kraftwerke sind eine Aktiengesellschaft, aber auch ein Konsortium von Kantonen. Die Aktien sind ausschliesslich in Besitz von Kantonen, die Privatbeteiligung ist vollständig ausgeschlossen. Diese nordostschweizerischen Kraftwerke haben verschiedene Kraftwerke erworben und nützen dieselben aus, und nun kommen sie und sagen: Was dem einzelnen Kantonen recht ist, das muss auch einer Vielheit von Kantonen recht und billig sein; also, wenn ein kontonales oder kommunales Elektrizitätswerk von der Steuer befreit ist, besteht kein Grund, dass eine Unternehmung, bei der nur Kantone interessiert sind, die lediglich aus Rücksicht der Bequemlichkeit zu der Form der Aktiengesellschaft gegriffen haben, wegen dieser äussern Form steuerpflichtig sein soll, und zwar ziemlich stark steuerpflichtig angesichts des grossen Kapitals, das diese Gesellschaft hat. Die Kommission musste sich sagen: das ist richtig. Aber es kommt auch Bern und sagt: Wir sind auch zum grössten Teil interessiert vom Kanton aus bei unserem Kraftwerk. Wir haben allerdings noch einige Privataktionäre, aber diese sind eine derart verschwindende Minderheit, dass sie gar keine Rolle spielen, und wir wollen nicht schlechter behandelt sein als das nordostschweizerische Kraftwerk. Entweder muss das letztere auch bezahlen, oder wenn es befreit ist, wollen auch wir die Befreiung von der Steuerpflicht. Dann kommen die Kantonalbanken von Zug und Waadt, die gemischte Banken sind mit staatlicher und privater Beteiligung und erklären: Wird dem Elektrizitätswerk Bern die Steuerfreiheit bewilligt, so muss sie folgerichtigt auch auf uns ausgedehnt werden.

In der Kommission hat diese Frage verschiedene Wandlungen durchgemacht. Einmal wurden alle weitergehenden Begehren abgelehnt, dann wurde mit Stichentscheid des Sprechenden Steuerfreiheit auf der ganzen Linie bewilligt. In einer folgenden Sitzung wurde dieser Beschluss mit Mehrheit umgestossen, und da ist uns nun von den Heren Ammann, Andermatt, Baumann, Bolli, Cabuzzi, Geel, Hildebrand, Isler, Kunz, Legler, Merz, Schöpfer, Soldini, Usteri und Wettstein ein Antrag eingereicht worden, welcher vorschlägt, eine neue Ziffer c bis einzufügen und zu sagen: «Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen, sofern die Kapitalbeteiligung genannter Gemeinwesen mindestens $^{9}/_{10}$ des gesamten Gesellschaftskapitals ausmacht.»

Ich habe gestern diesen Antrag der Kommission vorgelegt; man hat grundsätzlich gefunden, man wolle entsprechen. Aber es hat keinen Sinn, gerade denjenigen zu entsprechen, die mit $^{9}/_{10}$ beteiligt sind, und diejenigen, welchen einige Aktien bis zu diesem Quorum fehlen, der Steuerpflicht zu unterwerfen. Die Kommision hat ferner gefunden, es wäre nicht richtig, die private Beteiligung auch zu befreien, sondern wenn man befreien wolle, könne nur die staatliche oder kommunale Beteiligung befreit werden. Nun hat Herr Ammann seinen Antrag abgeändert in Berücksichtigung der gemachten Bemerkungen und stellt folgenden neuen Antrag: «c bis. Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen in dem Umfange, in welchem die genannten Gemeinwesen am Aktienkapital beteiligt sind», so dass das private Kapital belastet bleibt und das staatliche Kapital entlastet ist. Dieser Antrag dürfte nun den Intentionen der Kommission entsprechen, und ich kann gestützt auf den gestrigen Beschluss der Kommission denselben, sofern von anderer Seite nichts dagegen eingewendet wird, Ihnen als den Antrag der Kommission vorlegen, soweit es sich um Werke handelt, die ganz genau die gleichen Zwecke verfolgen. Es existiert kein stichhaltiger und gerechter Grund, die staatliche Beteiligung anders zu stellen, je nachdem teils mehr, teils weniger, solches privates Aktienkapital an diesen Unternehmungen beteiligt ist, sofern der Zweck der gleiche ist, welchen die Geschäfte von kantonalen und kommunalen Werken verfolgen. Wir beantragen Ihnen Aufnahme eines Artikels c bis in Sinne des Antrages des Herrn Ammann.

Eine weitere Frage betrifft die Nationalbank. Die Nationalbank war bei der ersten Kriegssteuervorlage steuerfrei. Der bundesrätliche Antrag lautete ähnlich für die heutige Vorlage, und der Nationalrat hat mit Mehrheit beschlossen, die Nationalbank als steuerpflichtig zu erklären mit Rücksicht auf die private

Beteiligung, die sich darin befindet. An und für sich ist die Kommission auch diesem Grundsatze gefolgt, die Nationalbank solle nicht steuerfrei sein. Aber mit der Annahme des Artikels, der Ihnen soeben unterbreitet worden ist, wird natürlich die Nationalbank nicht kraft besonderer ausdrücklicher Ausnahmebestimmung, sondern kraft der allgemeinen Bestimmung ebenfalls befreit sein in bezug auf die Beteiligung der Kantone, und das ist die grosse Mehrheit der Aktien. Das ist die natürliche Folge dieses Antrages.

Die Bestimmung zu lit. c lautet: «Die Gemeinden, sowie die anderen öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient.» Die Bestimmung ist von der Kommission nicht beanstandet worden, wir beantragen daher Zustimmung.

Nun hat der Bundesrat eine weitere Steuerbefreiung vorgeschlagen in lit. d seiner Vorlage für die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwecken oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient. Der Nationalrat hat diese Bestimmung unverändert angenommen, anderseits dann wieder eine neue Gruppe für die Steuerbefreiung aufgestellt, nämlich: «gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfs.» Ihre Kommission hat nun gefunden, dass gemeinnützige Unternehmungen für diesen speziellen Zweck nicht ein Privilegium besitzen können gegenüber andern gemeinnützigen Unternehmungen, und anderseits haben wir auch gefunden, es genüge der Umstand allein nicht, dass eine Unternehmung gemeinnützigen Charakter besitzt. Es gibt sehr viele gemeinnützige Unternehmungen gemischten Charakters, wo das Moment der Gemeinnützigkeit nur in grösserem oder kleinerem Umfang in die Erscheinung tritt. Ihre Kommission hat gefunden, es könne nicht schlechtweg eine gemeinnützige Unternehmung, die an und für sich einen gemeinnützigen Charakter trage, von der Steuerpflicht befreit werden, sondern nur diejenigen, die ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen. In diesem Sinne haben wir die vom Nationalrat aufgestellte lit. d gestrichen, grundsätzlich die Steuerfreiheit ausgedehnt auf alle gemeinnützigen Unternehmungen, aber mit der Beschränkung, dass sie von der Steuerpflicht nur frei sein sollen, wenn sie ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen.

Eine weitere Differenz haben wir mit bezug auf die Fürsorge. Der bundesrätliche Antrag sah die Steuerbefreiung vor für Anstalten, die der Fürsorge für Arme und Kranke dienen. Nun ist in der Kommission mit Recht darauf aufmerksam gemacht worden, dass man damit nicht auskommt. Es gibt viele Anstalten, die für die Fürsorgetätigkeit bestimmt sind, ohne dass die Fürsorge nur den Armen und Kranken zugute kommt, sondern auch für andere, aber mindestens ebenso gerechtfertigte Zwecke. Da erinnere ich nur an die vielen Pensionskassen, die in grossen Geschäften, namentlich im Laufe des Krieges, entstanden sind und die dazu bestimmt sind, den invalid gewordenen Arbeitern oder den zu alt gewordenen Arbeitern für den Rest ihres Lebensabends eine angemessene Pension auszurichten. Derartige Anstalten dürfen wir natürlich nicht besteuern, und damit sind der Bundesrat und die Steuerverwaltung auch an und für sich vollständig einverstanden. Auf Grund der ersten Vorlage wurden sie auch nicht besteuert. Aber das muss gesagt sein, und deshalb haben wir die Worte «für Arme und Kranke» gestrichen und generell bestimmt, dass Anstalten steuerfrei sein sollen, die der Fürsorge dienen.

Dann haben wir endlich die Bestimmung aufgenommen, wonach der Bundesrat ermächtigt wird, Unternehmungen, die während der Dauer des Krieges im Interesse des Landes errichtet werden mussten, von der Steuerpflicht zu befreien. Ein derartiges Unternehmen ist z. B. die Kohlenzentrale. Ich will die nähern Verhältnisse dieser Anstalt hier nicht auseinandersetzen, es würde das zu lange dauern. Ich habe es in der Kommission getan, und die Kommission hat angesichts der Umstände, unter denen dieses Institut gegründet werden musste, und angesichts seiner Zweckbestimmung gefunden, dass es der Steuerpflicht nicht unterworfen werden darf. Es ist nicht angezeigt, die Kohlenzentrale hier speziell aufzuführen, einmal weil solche Spezialbestimmungen in einem Verfassungsartikel tunlichst vermieden werden müssen und man sich mehr darauf beschränken muss, die Grundsätze und Voraussetzungen für die Steuerbefreiung generell aufzustellen, und sodann, weil möglicherweise bei anderen Institutionen gleiche Verhältnisse vorliegen können. Die Steuerbefreiung wird übrigens nicht absolut, sondern nur fakultativ aufgestellt. Der Bundesrat soll nur die Möglichkeit haben, die Befreiung zu bewilligen, wenn die besonderen Verhältnisse dies rechtfertigen und die aufgestellten Voraussetzungen vorliegen. Immerhin hat mich die Kommission beauftragt, zuhanden des Protokolls festzustellen, dass bei der Kohlenzentrale diese Voraussetzungen nicht nur vorliegen, sondern auch die besonderen Verhältnisse die Steuerbefreiung rechtfertigen.

Dagegen hat der Bundesrat allerdings seither darauf aufmerksam gemacht, dass der Vorschlag der Kommission nicht ganz ausreiche, wenn man nicht zu weitgehende Befreiungen befürchten müsse, und es müsse gesagt werden, dass die Steuerbefreiung nur den Unternehmungen bewilligt werden könne, die während der Dauer des Krieges ausschliesslich im Interesse des Landes errichtet wurden und nicht noch aus anderen Gründen, die nicht lediglich im Interesse des Landes selbst gelegen waren. Die Kommission konnte sich nicht mehr über diese Ergänzung aussprechen. Ich meinerseits kann mich mit dieser Beschränkung durchaus einverstanden erklären.

Nun hat der Nationalrat noch eine generelle Befreiungs- und Erleichterungsklausel aufgenommen, und Ihre Kommission hat sich derselben angeschlossen. Es empfiehlt sich, diese generelle Klausel angesichts einer Anzahl von Eingaben, welche gemacht worden sind, so vom Hotelierverein, der erklärt hat, es sei ungerecht, wenn sie in diesen schweren Zeiten, die sie haben durchmachen müssen, ganz gleich wie andere Steuerpflichtige behandelt würden. Auch die Holdinggesellschaften haben darauf hingewiesen, dass sie und ihre Tochtergesellschaften in den Fall kommen könnten, die gleichen Gewinne doppelt und mehr zu versteuern und dass das ungerecht wäre. Auch von Auslandschweizern ist auf die Verluste hingewiesen worden, die sie während des Krieges erlitten haben, und die Erwartung ausgesprochen worden, dass diese Verhältnisse bei ihrer Besteuerung Berücksichtigung finden. Jene generelle Erleichterungs- und Befrei-

ungsklausel ist geeignet, alle derartigen Verhältnisse, soweit es die Umstände gestatten, bzw. als angezeigt erscheinen lassen, in billiger Weise zu berücksichtigen. Weitere Spezialbestimmungen in den Verfassungsartikel aufzunehmen, erscheint unnötig.

Ich empfehle Ihnen den Antrag der Kommission mit der Ergänzung, dass noch lit. c bis aufgenommen werde und dass im folgenden Absatze vor dem Wort «Interesse» das Wort «ausschliesslich» eingefügt werde.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 20. Dezember 1918, vormittags 8 1/2 Uhr.

Séance du 20 décembre 1918, à 8 1/2 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 295 hievor. — Voir page 295 ci-devant.)

Präsident: Wir gehen über zum Traktandum Kriegssteuervorlage. Wenn es der Referent für praktisch erachtet, würden wir zuerst Ziffer 7, die zurückgelegt worden ist, bereinigen.

Ziffer 7.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Sie haben gestern den Antrag von Herrn Huber zu Ziffer 7 an die Kommission zurückgewiesen. Der Antrag bezweckt, für Allmendgenossenschaften und ähnliche Körperschaften des kantonalen Rechtes im Sinne von Ziffer 59 des Zivilgesetzbuches Steuererleichterung durch Herabsetzung der Steuersätze zu bewilligen, und zwar unter der Voraussetzung, dass sich mehr als 3000 nutzungsberechtigte Mitglieder bei einer solchen Korporation befinden. Dieser Antrag führte zu einer interessanten und längeren Diskussion in der Kommission und die Sache hat uns einen interessanten Einblick gewährt in diese altgermanischen Institutionen, wie sie ja noch vielfach bestehen. Nach näherer Prüfung aller Verhältnisse ist die Kommission jedoch zum Resultate gelangt, dass der Antrag von Herrn Huber von ihr nicht unterstützt und nicht aufgenommen werden kann.

Einmal ist zu konstatieren, dass zugunsten dieser Korporationen bereits bedeutende Konzessionen gemacht worden sind. Der Steuersatz gegenüber der ersten Vorlage ist bei diesen Korporationen im Gegensatz zu allen andern Kategorien von Steuerpflichtigen nicht erhöht worden, eben in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse. Man hat auf die Erwerbsbesteuerung verzichtet und die Progression, wie Sie gesehen haben, bedeutend eingeschränkt. Sodann ist auch konstatiert worden, dass in der Durchführung der Steuer die individuellen Verhältnisse dieser Korporationen eine ganz besonders wohlwollende Berücksichtigung gefunden haben und auch fernerhin finden sollen.

In zweiter Linie ist zu sagen, dass die Annahme des Antrages Huber geeignet wäre, Korporationen zu begünstigen, wo weitere Konzessionen absolut nicht angezeigt sind. Anderseits würden Ungleichheiten gegenüber andern Korporationen geschaffen, die nicht unter den Antrag fallen würden, bei denen aber analoge Verhältnisse vorliegen, nur mit dem einzigen Unterschied, dass nicht gerade 3000 Teilhaber dabei vorhanden sind. Das müsste dann naturgemäss grosse Unzufriedenheiten zur Folge haben.

In dritter Linie hat die Kommission gefunden, es sei überhaupt ganz ungerechtfertigt, auf die Zahl der nutzungsberechtigten Korporationsmitglieder abzustellen — ohne Rücksicht auf den Umfang des Vermögens und den Wert des einzelnen Nutzungsrechtes. Das sei doch massgebend. Der Antrag ist überhaupt allzusehr auf die Verhältnisse einer einzelnen Korporation, der Korporation Uri, zugeschnitten und könnte daher ganz unübersehbare Konsequenzen haben. Solche Spezialisierungen in einer Verfassungsbestimmung sind überhaupt nicht möglich, resp. nicht angezeigt.

Auf der andern Seite ist zuzugeben, dass im Antrag Huber ein guter Kern enthalten ist, ein Kern, der nur gesetzestechnisch, wenn ich mich so ausdrücken darf, im Verfassungsartikel selbst nicht wohl verwertbar ist. Es ist uns klar gemacht worden, dass viele derartige Korporationen, wie insbesondere die Wald-, Alp- und Allmendgenossenschaften, eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung besitzen, indem sie die Existenzfähigkeit zahlreicher kleiner Bauern geradezu ermöglichen, und dass die Existenzfähigkeit zahlreicher kleiner Landwirte von diesen Genossenschaften abhängt. Aber dabei gibt es nun Fälle, wo eine erhebliche Steuerbelastung diese wohltätige Wirkung sehr beeinträchtigen würde oder ganz in Frage stellen könnte, andere Fälle dagegen wieder, wo dies absolut nicht zutrifft, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Zahl der Korporationsmitglieder.

Die Kommission hat gefunden, dass derart individuelle Verhältnisse nur in der Ausführung der Steuer Berücksichtigung finden können, und zwar hauptsächlich in der Bewertung und der Einschätzung der Steuerobjekte. Da, wo der Ertrag wirklich nicht im richtigen Verhältnis zu dem vielleicht sonst feststehenden Wert der betreffenden Vermögen stehen würde, soll eben niedriger taxiert werden. Die Kommission ist der Ansicht, dass auf diesem Weg Erleichterung geschaffen werden soll, wo die Verhältnisse im einzelnen Falle es rechtfertigen. Und das Departement und die Steuerverwaltung haben sich auch damit einverstanden erklärt. Damit dürfte auch

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellemeot de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	11
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	19.12.1918 - 08:30
Seite Page Pagina	295-308
Ref. No	20 028 668

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

ungsklausel ist geeignet, alle derartigen Verhältnisse, soweit es die Umstände gestatten, bzw. als angezeigt erscheinen lassen, in billiger Weise zu berücksichtigen. Weitere Spezialbestimmungen in den Verfassungsartikel aufzunehmen, erscheint unnötig.

Ich empfehle Ihnen den Antrag der Kommission mit der Ergänzung, dass noch lit. c bis aufgenommen werde und dass im folgenden Absatze vor dem Wort «Interesse» das Wort «ausschliesslich» eingefügt werde.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

Sitzung vom 20. Dezember 1918, vormittags 8 1/2 Uhr.

Séance du 20 décembre 1918, à 8 1/2 heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 295 hievor. — Voir page 295 ci-devant.)

Präsident: Wir gehen über zum Traktandum Kriegssteuervorlage. Wenn es der Referent für praktisch erachtet, würden wir zuerst Ziffer 7, die zurückgelegt worden ist, bereinigen.

Ziffer 7.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Sie haben gestern den Antrag von Herrn Huber zu Ziffer 7 an die Kommission zurückgewiesen. Der Antrag bezweckt, für Allmendgenossenschaften und ähnliche Körperschaften des kantonalen Rechtes im Sinne von Ziffer 59 des Zivilgesetzbuches Steuererleichterung durch Herabsetzung der Steuersätze zu bewilligen, und zwar unter der Voraussetzung, dass sich mehr als 3000 nutzungsberechtigte Mitglieder bei einer solchen Korporation befinden. Dieser Antrag führte zu einer interessanten und längeren Diskussion in der Kommission und die Sache hat uns einen interessanten Einblick gewährt in diese altgermanischen Institutionen, wie sie ja noch vielfach bestehen. Nach näherer Prüfung aller Verhältnisse ist die Kommission jedoch zum Resultate gelangt, dass der Antrag von Herrn Huber von ihr nicht unterstützt und nicht aufgenommen werden kann.

Einmal ist zu konstatieren, dass zugunsten dieser Korporationen bereits bedeutende Konzessionen gemacht worden sind. Der Steuersatz gegenüber der ersten Vorlage ist bei diesen Korporationen im Gegensatz zu allen andern Kategorien von Steuerpflichtigen nicht erhöht worden, eben in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse. Man hat auf die Erwerbsbesteuerung verzichtet und die Progression, wie Sie gesehen haben, bedeutend eingeschränkt. Sodann ist auch konstatiert worden, dass in der Durchführung der Steuer die individuellen Verhältnisse dieser Korporationen eine ganz besonders wohlwollende Berücksichtigung gefunden haben und auch fernerhin finden sollen.

In zweiter Linie ist zu sagen, dass die Annahme des Antrages Huber geeignet wäre, Korporationen zu begünstigen, wo weitere Konzessionen absolut nicht angezeigt sind. Anderseits würden Ungleichheiten gegenüber andern Korporationen geschaffen, die nicht unter den Antrag fallen würden, bei denen aber analoge Verhältnisse vorliegen, nur mit dem einzigen Unterschied, dass nicht gerade 3000 Teilhaber dabei vorhanden sind. Das müsste dann naturgemäss grosse Unzufriedenheiten zur Folge haben.

In dritter Linie hat die Kommission gefunden, es sei überhaupt ganz ungerechtfertigt, auf die Zahl der nutzungsberechtigten Korporationsmitglieder abzustellen — ohne Rücksicht auf den Umfang des Vermögens und den Wert des einzelnen Nutzungsrechtes. Das sei doch massgebend. Der Antrag ist überhaupt allzusehr auf die Verhältnisse einer einzelnen Korporation, der Korporation Uri, zugeschnitten und könnte daher ganz unübersehbare Konsequenzen haben. Solche Spezialisierungen in einer Verfassungsbestimmung sind überhaupt nicht möglich, resp. nicht angezeigt.

Auf der andern Seite ist zuzugeben, dass im Antrag Huber ein guter Kern enthalten ist, ein Kern, der nur gesetzestechnisch, wenn ich mich so ausdrücken darf, im Verfassungsartikel selbst nicht wohl verwertbar ist. Es ist uns klar gemacht worden, dass viele derartige Korporationen, wie insbesondere die Wald-, Alp- und Allmendgenossenschaften, eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung besitzen, indem sie die Existenzfähigkeit zahlreicher kleiner Bauern geradezu ermöglichen, und dass die Existenzfähigkeit zahlreicher kleiner Landwirte von diesen Genossenschaften abhängt. Aber dabei gibt es nun Fälle, wo eine erhebliche Steuerbelastung diese wohltätige Wirkung sehr beeinträchtigen würde oder ganz in Frage stellen könnte, andere Fälle dagegen wieder, wo dies absolut nicht zutrifft, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die Zahl der Korporationsmitglieder.

Die Kommission hat gefunden, dass derart individuelle Verhältnisse nur in der Ausführung der Steuer Berücksichtigung finden können, und zwar hauptsächlich in der Bewertung und der Einschätzung der Steuerobjekte. Da, wo der Ertrag wirklich nicht im richtigen Verhältnis zu dem vielleicht sonst feststehenden Wert der betreffenden Vermögen stehen würde, soll eben niedriger taxiert werden. Die Kommission ist der Ansicht, dass auf diesem Weg Erleichterung geschaffen werden soll, wo die Verhältnisse im einzelnen Falle es rechtfertigen. Und das Departement und die Steuerverwaltung haben sich auch damit einverstanden erklärt. Damit dürfte auch

den Intentionen des Herrn Huber vollständig Rechnung getragen sein.

Im übrigen beantragen wir Ihnen die Ablehnung des Antrages, so wie er gestellt ist.

Huber: Angesichts der Eröffnungen des Herrn Kommissionspräsidenten will ich mich dieser Erledigung meines Antrages unterziehen, in der bestimmten Erwartung freilich, dass von diesen Erklärungen der Kommission am Protokoll Vormerkung genommen werde und dieser Protokolleintrag nicht bloss im Protokoll bleibe, sondern dem zuständigen Departemente zuhanden der eidgenössischen Kriegssteuerverwaltung zur Nachachtung mitgeteilt werde.

Präsident: Herr Huber zieht seinen Antrag zurück. Es wird ja stenographiert und somit seinem Wunsche Rechnung getragen. Damit wäre Ziffer 7 angenommen, so wie sie von der Kommission vorgelegt worden ist.

Ziffer 8.

Ammann: Es liegt zunächst in meiner Aufgabe, Ihnen unsern Antrag, so wie er gedruckt ausgeteilt worden ist, zu begründen. Hernach werde ich mir erlauben, noch kurz das Amendement zu berühren, das ich als mein persönliches bezeichnen muss, da ich nicht mehr Gelegenheit hatte, darüber mit meinen Herren Kollegen, die den Antrag mitunterzeichnet haben, Rücksprache zu nehmen. Ich zweifle übrigens nicht daran, dass sie in ihrer grossen Mehrheit auch dem Amendement zustimmen werden.

Nach der Vorlage des Bundesrates und dem damit übereinstimmenden Beschlusse des Nationalrates sind die öffentlichen Zwecken dienenden Betriebe der Kantone und der Gemeinden, und damit also auch die Elektrizitätswerke dieser Gemeinwesen, als steuerfrei anzusehen. Speziell kann das Elektrizitätswerk eines Kantons von einem doppelten Gesichtspunkte aus die Steuerfreiheit beanspruchen. Einmal vermöge seiner Zugehörigkeit zu einem Kanton (lit. a von Ziffer 8), sodann deshalb, weil das in ihm als einer öffentlich-rechtlichen Anstalt investierte Vermögen samt seinem Ertrage unbestrittenermassen öffentlichen Zwecken zu dienen hat (lit. c von Ziffer 8).

In neuerer Zeit haben sich nun verschiedene Kantone zusammengefunden, um gemeinsam, mit vereinten Kräften, elektrische Energie in eigenen Kraftwerken zu erzeugen und diese Energie auf ihre Kantonsgebiete zu verteilen. Eine derartige Entwicklung der Krafterzeugung und Kraftverteilung in unserem Lande, der Zusammenschluss mehrerer Kantone zum Zweke der gemeinschaftlichen Beschaffung elektrischer Energie, ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus in hohem Masse zu begrüssen; denn naturgemäss lässt sich auf diesem Wege die Nutzbarmachung unserer Wasserkräfte in weit rationellerer Weise durchführen, als wenn jeder Kanton für sich allein die ihm obliegende Aufgabe mit bescheideneren Mitteln auf einem verhältnismässig beschränkten Territorium selbständig zu lösen unternimmt. Die gemeinschaftliche Betätigung von zwei oder mehreren Kantonen in erwähnter Richtung hat zur selbstverständlichen Voraussetzung den Abschluss eines Verabkommnisses zwischen den beteiligten Kantonen, mag man dieses Verabkommnis nun Konkordat oder anderswie nennen. Eine derartige Uebereinkunft hat vor allem den rechtlichen Charakter des unter den Vertragskantonen zu begründenden Gesellschaftsverhältnisses zu bestimmen und die Beziehungen der Gesellschafter unter sich, nach innen hin, zu regeln, denn ohne Zugrundelegung eines Gesellschaftsverhältnisses lässt sich auch der gemeinschaftliche Betrieb eines Kraftwerkes durch zwei oder mehrere Kantone nicht denken.

Als Gesellschaftsgebilde kennt unsere eidgenössische Gesetzgebung die einfache Gesellschaft, die Kollektivgesellschaft, die Aktiengesellschaft und die Genossenschaft. So haben sich vor einer Reihe von Jahren die Kantone Zürich und Schaffhausen zwecks Errichtung eines gemeinsamen Kraftwerkes am Rhein bei Eglisau zu einer einfachen Gesellschaft verbunden. Da indessen die gesetzlichen Vorschriften über diese Form der Gesellschaft nach verschiedenen Richtungen hin der erforderlichen Klarheit, Bestimmtheit und Vollständigkeit ermangeln — was namentlich in bezug auf die Vertretung der Gesellschafter nach aussen gilt —, so sind in neuester Zeit die Kantone, die in Gemeinschaft mit benachbarten Kantonen die Versorgung ihrer Gebiete mit elektrischer Energie zur staatlichen Aufgabe erhoben haben, dazu gelangt, für die Erreichung ihres gemeinsamen Zieles die Form der Aktiengesellschaft zu wählen — nicht aus besonderer Vorliebe zur Aktiengesellschaft als solcher, sondern einzig deshalb, weil das Gesetz selbst hier die Rechte und Pflichten der Gesellschafter, d. h. der Aktionäre, in erschöpfender Weise umschreibt, weil es in bezug auf die Organisation, die Verwaltung und die Rechnungsablegung alle nötigen Vorschriften aufstellt und endlich weil die Form der Aktiengesellschaft ohne Schwierigkeit eine Anpassung an die mannigfachen Bedürfnisse des täglichen Lebens gestattet. Aus diesen Erwägungen haben sich die beiden Kantone St. Gallen und Appenzell A.-Rh. bei Gründung der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke und die sechs Kantone Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Zug bei Gründung der Nordostschweizerischen Kraftwerke der Form der Aktiengesellschaft bedient.

Der Sprechende ist mit den Verhältnissen der Nordostschweizerischen Kraftwerke etwelchermassen vertraut. Nach dem bezüglichen interkantonalen Gründungsvertrage vom April 1914 und den Gesellschaftsstatuten vom Oktober gleichen Jahres ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb der Kraftwerke Beznau an der Aare und am Löntsch. Die Gesellschaft kann weitere Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Kraft erwerben, ertellen und betreiben, sich an solchen beteiligen oder elektrische Kraft mieten. Gegenwärtig baut sie am Rhein bei Eglisau ein neues Niederdruckwerk, das in absehbarer Zeit seiner Vollendung entgegengeht. Das Grundkapital der Gesellschaft ist nach einem zum voraus bestimmten Verhältnis ausschliesslich von den Vertragskantonen als solchen übernommen worden und nach dem gleichen Verhältnis müssen sich

diese Kantone an einer Erhöhung des Aktienkapital beteiligen. Die Kantone dürfen ihre Aktien nicht an Dritte veräussern; ausgenommen ist die Uebertragung des gesamten oder eines Teiles des Aktienbesitzes an ein eigenes staatliches Elektrizitätswerk, sowie die Abgabe der Pflichtaktien an die Vertreter der Kantone im Verwaltungsrate. In dem letztern soll jeder Kanton durch mindestens ein Mitglied vertreten sein, das in verbindlicher Weise von der betreffenden Kantonsregierung in Vorschlag gebracht wird. Im übrigen erfolgt die Verteilung der Verwaltungsratsmitglieder auf die Kantone nach Massgabe ihres Aktienbesitzes. Aus den angeführten Bestimmungen ergibt sich mit aller Deutlichkeit, dass man es bei den Nordostschweizerischen Kraftwerken mit einem rein staatlichen, einem interkantonalen Unternehmen zu tun hat, dass das Grundkapital der Gesellschaft, unter Ausmerzung jeglicher privaten Beteiligung, ausschliesslich von den interessierten Kantonen aus staatlichen Mitteln gebildet wird und dass einzig und allein nur diese Kantone oder ihre eigenen staatlichen Elektrizitätswerke Inhaber von Gesellschaftsaktien sein können, Aktien, die sich nicht im Verkehr befinden, also extra commercium sind, mithin auch keinen Markt und keinen Kurs haben. Lediglich Gründe formeller Natur waren für die Errichtung einer Aktiengesellschaft bestimmend. In Tat und Wahrheit stehen die von der gemeinsamen Unternehmung betriebenen Kraftwerke im Eigentum der beteiligten Kantone als der statutenmässigen Besitzer der sämtlichen Gesellschaftsaktien. Es liegen hier also, und zwar vereint, die Merkmale vor, die in Ziffer 8 der bundesrätlichen Vorlage zur Befreiung der kantonalen und der kommunalen Kraftwerkbetriebe geführt haben: öffentlicher, d. h. staatlicher oder kommunaler Betrieb; fernerhin Verwendung der im Unternehmen investierten öffentlichen Gelder im öffentlichen Interesse und zu öffentlichen Zwecken.

Nun hat der Chef des eidgenössischen Finanzdepartements nach dem stenographischen Bülletin den einseitigen Standpunkt eingenommen, dass, nachdem die beteiligten Kantone es für gut befunden hatten, ihr Unternehmen in die Form der Aktiengesellschaft einzukleiden, sie nicht bloss die aus dieser Organisation sich ergebenden Vorteile geniessen, sondern eben auch die damit verbundenen Lasten tragen sollen. Dabei hat er jedoch unterlassen, die vermeintlichen Vorteile, insbesondere solche finanzieller Natur, namhaft zu machen oder sie auch nur anzudeuten. Vor allem ist von ihm aber offenbar übersehen worden, dass von dem Augenblicke an, wo zwei oder mehrere Kantone sich zum gemeinschaftlichen Betriebe eines grossen Kraftwerkes zusammenschliessen, ohne ihr Zutun — kraft gesetzlicher Vorschrift — unter ihnen ein Gesellschaftsverhältnis begründet wird und dass sie zum Zwecke der Ordnung ihrer gegenseitigen Beziehungen — schlechthin unabhängig von ihrem Willen — in die unabweisbare Notwendigkeit versetzt werden, sich für die eine oder die andere der vom Obligationenrechte anerkannten Gesellschaftsarten zu entscheiden. Einigen sich die betreffenden Kantone nicht auf die Errichtung einer Aktiengesellschaft, sondern ziehen sie aus irgend einem Grunde die Form der Kollektivgesellschaft oder der Genossenschaft vor, so ändert dies im Hinblick auf die Kriegssteuer nichts. Der Unterschied besteht dann einfach darin, dass die Steuer nicht nach Massgabe von Ziffer 5 der Vorlage (Besteuerung der Aktiengesellschaft) erhoben wird, sondern gemäss Ziffer 4, bzw. 6 (Besteuerung der Kollektivgesellschaft, bzw. der Genossenschaft). Allein es sind — was ich zu beachten bitte — nicht nur die erwähnten Gesellschaftsverhältnisse der Kriegssteuer unterworfen, vielmehr unterliegen ihr auch zufolge der Ziffer 7 alle «übrigen juristischen Personen». Danach hätten an und für sich auch der Bund, die Kantone und die Gemeinden grundsätzlich die Kriegssteuer zu entrichten. Bund und Kantone werden nun aber in Ziffer 8 für sich und für ihre Anstalten und Betriebe von der Bezahlung dieser Steuer ausdrücklich ausgenommen, ebenso die Gemeinden für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient. Daraus geht hervor, und es wird das von keiner Seite bestritten, dass jedenfalls die einem einzelnen Kanton oder einer einzelnen Gemeinde gehörenden Elektrizitätsunternehmungen steuerfrei sein werden. Dagegen soll der Logik zuwider die eben erwähnte Ausnahme, die Befreiung von der Kriegssteuer, auf die übrigens wenig zahlreichen Fälle keine Anwendung finden, wo das Kraftwerk anstatt nur von einem, von zwei oder mehreren Kantonen, bzw. Gemeinden gemeinschaftlich, d. h. eben auf Grund eines zwischen ihnen bestehenden Sozietätsverhältnisses, betrieben wird. Meine Herren! Es besteht in der Tat kein vernünftiger Grund dafür, zum Beispiel die Elektrizitätsunternehmungen des Kantons Freiburg für steuerfrei zu erklären, dagegen die ihrem innersten Wesen nach rein staatlichen Kraftwerke, die in vertraglichem Gesellschaftsverhältnis von den sechs Kantonen Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Glarus und Zug gemeinschaftlich betrieben werden, einzig wegen des verschiedenen Gesellschaftsverhältnisses der Steuerpflicht zu unterziehen. Der Umstand, dass der Betrieb eines Werkes als ein gemeinsamer auf einem Sozietätsverhältnis, auf einer ausschliesslich von Kantonen als Aktionären gegründeten Gesellschaft beruht — denn, nochmals sage ich, keine Gemeinschaftlichkeit ohne Societas! —, vermag in bezug auf die Erhebung der Kriegssteuer eine verschiedenartige Behandlung unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

Das ist auch bei den Debatten im Nationalrate von sachkundigen Mitgliedern, den Herren Musy und Müller (Bern), unumwunden zugestanden worden. Die hier interessierten Kantone erheben ihrerseits berechtigten Anspruch darauf, dass ihrem gemeinsamen Unternehmen die nämliche Behandlung zuteil werde wie den übrigen kantonalen Elektrizitätswerken. Sie verlangen keine Vergünstigung, wohl aber gleiches Recht und gleiches Mass. Gebührt den einen die Steuerfreiheit, dann muss sie auch den andern zukommen. In diesem Sinne wollen wir unsern Antrag aufgefasst wissen.

Dieser unser Antrag hatte in seiner ursprünglichen Fassung folgenden Wortlaut: «Von der Entrichtung der Steuer sind befreit die von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhätnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen.» Er ging also von der

Voraussetzung aus, dass die im gemeinschaftlichen Unternehmen investierten Gelder in ihrem vollen Umfange öffentliche Gelder, d. h. wie das bei den Nordostschweizerischen Kraftwerken der Fall ist, zu 100 % von den interessierten Gemeinwesen (Bund, Kantonen oder Gemeinden) einbezahlt sein müssen. Nachträglich ist der Antrag in dem Sinne erweitert worden, dass bei Unternehmungen der vorliegenden Art die Befreiung von der Kriegssteuer schon dann eintreten soll, wenn die Kapitalbeteiligung öffentlicher Gemeinwesen mindestens neun Zehntel des gesamten Gesellschaftskapitals ausmacht. Es galt dabei, besonders gearteten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Umwandlung eines ursprünglich rein privaten Betriebes — ich habe hier wiederum in erster Linie die Elektrizitätsunternehmungen vor Augen — in einen öffentlichen (staatlichen oder kommunalen) Betrieb kann, wie die Erfahrung lehrt, auch in der Weise bewerkstelligt werden, dass das dabei interessierte Gemeinwesen im Wege des freihändigen Ankaufes sich nach und nach in den Besitz der gesamten Gesellschaftsaktien setzt. Dieses Bild zeigt uns im gegenwärtigen Zeitpunkte der Kanton Bern. Bereits nennt er 97 % der Aktien der Bernischen Kraftwerke A.-G. sein eigen; etwa 2 % der Aktien befinden sich im Besitze bernischer Gemeinden und nur ungefähr 1 %, d. h. von 20 Millionen Franken etwas zu Fr. 200,000, mögen noch bei Privaten liegen, deren Namen der Leitung des Unternehmens zum grossen Teile nicht bekannt sind. Dass auch diese letzte Kategorie von Aktien allmählich in das staatliche Eigentum übergehen wird, ist lediglich eine Frage der Zeit; immerhin denkt man, was ja nur gebilligt werden kann, nicht daran, den bisherigen Verlauf der Verstaatlichung noch in letzter Stunde durch eine Gewaltmassnahme zu stören. Selbstverständlich ist der Einfluss des Kantons Bern auf die Verwaltung und überhaupt auf den Betrieb der Bernischen Kraftwerke vermöge seines ausserordentlich grossen Aktienbesitzes schon seit Jahren ein derart überwiegender, dass man die Bernischen Kraftwerke wirtschaftlich unbedenklich in die Zahl der staatlichen Betriebe einreihen darf. Liesse es sich nun mit dem Grundsatze der Gerechtigkeit und Billigkeit vereinbaren, ein solch grosses Unternehmen, das zu 98 bis 99 % der Allgemeinheit angehört und das in ganz hervorragendem Masse öffentlichen Zwecken dienstbar ist, der Kriegssteuerpflicht zu unterstellen, dagegen das Elektrizitätsunternehmen eines kleinen Kantons oder einer einzelnen Gemeinde, das nicht einmal elektrische Energie erzeugt, sondern solche nur verteilt, mit dem Privileg der Steuerfreiheit auszustatten? Entschieden nein!

Aehnlich wie beim Kanton Bern mögen die Verhältnisse, freilich in kleinerem Massstabe, noch anderswo liegen. So ist es wohl denkbar, dass eine Gemeinde oder eine Mehrheit von Gemeinden im Begriffe steht, auf dem gleichen Wege wie Bern die Verstaatlichung, die Kommunalisierung elektrischer Betriebe zu erstreben. Immerhin soll nach unserem Antrage ein Anspruch auf Befreiung von der Steuer erst von dem Zeitpunkte an begründet sein, wo das Gesellschaftskapital zum weitaus grössten Teile, zu neun Zehnteln, aus öffentlichem Gute besteht; das verbleibende Restkapital wird, was nicht zu übersehen ist, als Vermögen natürlicher oder juristischer Personen ohnehin von der Kriegssteuer erfasst.

Ich will im übrigen noch darauf hinweisen, dass auf dem Gebiete der Versorgung unseres Landes mit elektrischer Energie, zumal bei fortschreitender Verstaatlichung der privaten Betriebe, sich zweifelsohne noch weitere Gruppierungen von Kantonen bilden werden, indem die finanziellen Mittel eines einzelnen Kantons, vorab eines kleinern, schwerlich ausreichen, um auf die Dauer allen kommenden Bedürfnissen und Anforderungen gerecht zu werden. Die Zukunft gehört den grossen staatlichen Betrieben. Auch liegt gewiss die Zeit nicht mehr fern, wo der Bund, oder besser gesagt, die Bundesbahnen, die heute schon über wertvolle Wasserrechtskonzessionen verfügen, der Frage nähertreten müssen, ob sie nicht zusammen mit Kantonen, mit gemeinschaftlichen Kräften, den gemeinsamen Bau und Betrieb von Kraftwerken in die Wege leiten und so die sonst noch lange brachliegenden Wasserkräfte im Interesse der Allgemeinheit nutzbar machen sollen. Unser Antrag spricht deshalb nicht einzig von den Kantonen und den Gemeinden, sondern er erwähnt ausdrücklich auch die Mitwirkung des Bundes.

Einer grosszügigen Entwicklung der Dinge, wie sie sich gegenwärtig vorbereitet und wie sie in unsern Tagen bereits in die Erscheinung tritt, wollen wir, meine Herren, heute nicht mit kleinen und kleinlichen Mitteln entgegenarbeiten!

Ich bitte Sie, unserm Antrage jedenfalls grundsätzlich zuzustimmen.

Nach wiederholter Ueberlegung habe ich indessen gefunden, dass der Ihnen unterbreitete Antrag nach zwei Richtungen hin mit Grund beanstandet werden kann. Zunächst liegt, was sich nicht bestreiten lässt, in der Forderung, dass die Beteiligung des oder der Gemeinwesen zum mindesten neun Zehntel des Gesellschaftskapitals betragen soll, eine gewisse Willkürlichkeit. Warum soll, kann man sich fragen, die Befreiung von der Steuer nicht schon dann eintreten, wenn der Anteil des öffentlichen Gutes die private Kapitalbeteiligung überhaupt übertrifft, warum nicht, wenn sie drei Viertel oder vier Fünftel des Gesellschaftskapitals erreicht? Im fernern muss es als entschiedener Nachteil bezeichnet werden, dass nach dem Antrage der aus dem privaten Kapital gebildete Teil des Gesellschaftskapitals, mag er auch noch so klein sein, auf seiten der Gesellschaft der Besteuerung als solcher schlechthin entgehen wird. Diese Inkonvenienzen werden beseitigt durch das Amendement, das ich Ihnen persönlich unterbreite und das dahin geht, dass der Schlusssatz des Antrages: «. . . sofern die Kapitalbeteiligung genannter Gemeinwesen mindestens neun Zehntel des gesamten Gesellschaftskapitals ausmacht» durch die folgenden Worte ersetzt werde: «. . . in dem Umfange, in welchem die genannten Gemeinwesen am Gesellschaftskapitale beteiligt sind».

Das hier aufgestellte Prinzip empfiehlt sich vornehmlich durch seine Einfachheit und seine leichte Handhabung. Die aus öffentlichem Gute gebildete Beteiligung am Gesellschaftskapital ist steuerfrei, die aus privatem Gute gebildete steuer-

pflichtig! Nach dem gleichen Verhältnis wären vielleicht speziell bei Aktiengesellschaften auch die Reserven zur Besteuerung heranzuziehen. Mein Amendement berücksichtigt, was wiederum nur der Gerechtigkeit und der Billigkeit entspricht, auch die sogenannten gemischten Kantonalbanken, deren Aktienkapital zum Teil aus öffentlichen, zum Teil aus privaten Geldmitteln zusammengelegt worden ist. So beträgt z. B. das Grundkapital der waadtländischen Kantonalbank im ganzen 25 Millionen Franken; davon entfallen 13 Millionen Franken auf die Beteiligung des Staates und 12 Millionen Franken auf die Beteiligung Privater. Jene 13 Millionen Franken nebst dem entsprechenden Anteil an den Reserven wären demzufolge steuerfrei.

In bezug auf die Reserven kann man allerdings in guten Treuen auch eine andere Auffassung vertreten. Immerhin haben wir heute zur Frage der Besteuerung der Reserven noch keine Stellung zu nehmen; es wird das erst dann nötig sein, wenn über die Vorschriften zur Ausführung des Verfassungsartikels Beratung geflogen wird.

Ich empfehle Ihnen nun den Antrag in der durch mein Amendement bereinigten Form zur Annahme. Er lautet wie folgt: «Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen in dem Umfange, in welchem die genannten Gemeinwesen am Gesellschaftskapitale beteiligt sind.» Zum Schlusse will ich noch bemerken, dass der Herr Kommissionsberichterstatter schon gestern die Erklärung abgegeben hat, dass der in dieser Form gestellte Antrag von der Kommission zu dem ihrigen gemacht werde. Sie hat also dem Antrage zum voraus ihre Zustimmung erteilt. Uebrigens ist auch darauf hingewiesen worden, dass er gleichfalls auf die Schweizerische Nationalbank Anwendung finden soll. Das ist freilich nur möglich bei dem Wortlaute, wie er sich nach Annahme des Amendements ergibt.

Usteri: Ich knüpfe an die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners an, in denen er auf die Schweizerische Nationalbank und ihre Steuerpflicht Bezug nimmt. Schon der Referent hat darauf hingewiesen, dass die Steuerbefreiung der Nationalbank, die für die erste Kriegssteuer bestand, vom Bundesrate wieder aufgenommen wurde, in der nationalrätlichen Beratung vom Bundesrate aber preisgegeben wurde. Nach dem Antrage des Herrn Ammann soll nun die Nationalbank in die Gruppe der Unternehmungen nach Ziff. 8, lit. c, einrücken.

Es lag der Nationalbank ob, nachdem sie der Nationalrat steuerpflichtig erklärt, sich Rechenschaft zu geben, wie sie sich zu diesem Beschlusse zu verhalten hat. Sie durfte sich grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, dass die Aufgabe der Nationalbank, den Geldumlauf des Landes zu regeln, und dass insbesondere die Verleihung des Regals der Banknotenausgabe so eminent öffentliche Aufgaben darstellen, dass die ursprüngliche Auffassung des Bundesrates in der Sache vollauf begründet sei.

Rechnerisch gesprochen konkurrieren nun hier zwei sich kreuzende Gesetzesnormen. Auf der einen Seite haben wir die Norm, dass vom Ueberschuss der Nationalbank zwei Drittel den Kantonen und ein Drittel dem Bunde zukomme. Dieser Ueberschuss wird natürlich um genau den Steuerbetrag der Nationalbank vermindert, und es vermindern sich entsprechend die Anteile des Bundes sowohl wie die Anteile der Kantone, und zwar im Verhältnis von zwei Dritteln für die Kantone und einem Drittel für den Bund. Anderseits haben wir die Norm des Kriegssteuergesetzes, wonach von der Kriegssteuer vier Fünftel dem Bunde und ein Fünftel dem Kanton zufällt, so dass hier wieder eine rückgreifende Kompensation in bezug auf die Kantone platzgreift, so dass hier je nach den Rechnungsergebnissen der Nationalbank und den entsprechenden Steuerbeträgen und Rechnungsüberschüssen die beiderseitigen Interessen verschieden wirken. Im Antrag Ammann haben wir nun unzweifelhaft einen ganz wesentlichen Fortschritt gemacht. Die einheitliche Ordnung der sehr verschieden konstituierten Unternehmungen, in Hinsicht auf Steuerbefreiung und Steuerpflicht, ist so wertvoll, dass ich für meine Person glaube, die Nationalbank solle der Lösung ihrerseits zustimmen und an ihrem Orte mithelfen, dass hier einheitliche Vorschriften getroffen und damit Schwierigkeiten, Animositäten und Jalousien aus der Welt geschafft werden können. Ich erkläre mich deshalb für meine Person einverstanden, dass dem Antrage des Nationalrates auf Streichung von Ziff. 8, lit. b, beigepflichtet wird, dass aber dabei verstanden ist, und der Text steht damit im Einklang, dass im Antrag Ammann auch die Nationalbank nun eingeschlossen sei.

Abstimmung. — *Votation.*

Für Annahme der bereinigten Ziffer 8: Einstimmigkeit.

Ziffer 9.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 10.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: In Ziff. 9 der bundesrätlichen Vorlage war die Bestimmung enthalten, dass der Bund die nötigen Vorschriften für die gleichmässige Durchführung der Steuer erlasse. Der Nationalrat hat diesen Passus gestrichen, wie wir annehmen, nicht weil er mit demselben an und für sich nicht einverstanden gewesen wäre, sondern weil die Bestimmung gesetzgebungstechnisch in Ziff. 10 hineingehört, wo von den vom Bunde zu erlassenden Vorschriften die Rede ist, und nicht in Ziff. 9, wo von den Aufgaben und Rechten der Kantone gesprochen wird. Offenbar beruht es lediglich auf einem Uebersehen, wenn die Bestimmung in Ziff. 10 nicht aufgenommen wurde. Diesem Umstand trägt der Antrag der Kommission Rechnung.

Materiell betrachten wir es als ganz selbstverständlich und als absolut notwendig, dass Vorkehren zur Sicherung einer gleichmässigen Durch-

führung der Steuer getroffen werden. Vermögen und Erwerb müssen überall gleichmässig erfasst werden, ein anderes Verfahren hätte die grössten Ungerechtigkeiten für alle diejenigen zur Folge, die richtig versteuern, bzw. richtig versteuern müssen. Es wäre nicht nur eine ganz ungleiche Behandlung, sondern eine direkte Schädigung derjenigen, die eben richtig versteuern müssen, da die Zahl der Steuererhebungen von der Steuerleistung abhängt und die unrichtige Versteuerung naturgemäss vermehrte Erhebungen bedingen würde. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der veränderten Fassung, bemerke aber, dass diese Ziff. 10 nun noch eine weitere Ergänzung erfahren muss angesichts Ihres Beschlusses zu Ziff. 1, wo der Passus: «Die Kapitalausgaben werden durch Bundesbeschluss festgestellt» bekanntermassen gestrichen worden ist, in der Meinung, dass die Ziff. 10 dann entsprechend ergänzt werde, nicht durch die Vorschrift eines allgemein verbindlichen Bundesbeschlusses, aber in der Weise, dass wenigstens die Bundesversammlung die Höhe der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot zu bestimmen habe. Die Kommission beantragt Ihnen für Ziff. 10 folgende Fassung: «Die Bundesversammlung wird die Vorschriften über die Ausführung dieses Verfassungsartikels sowie zur Sicherstellung der gleichmässigen Durchführung der Steuer endgültig aufstellen und die Höhe der Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot bestimmen.»

Angenommen. — *(Adopté.)*

B.

Angenommen. — *(Adopté.)*

C.

Angenommen. — *(Adopté.)*

D.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Tabelle I.

Vermögenssteuer.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Was zunächst die Tabelle für die Vermögenssteuer anbetrifft, so ist dieselbe materiell unverändert. Wir haben nur redaktionelle Aenderungen vorgenommen. Die Aenderung wäre noch dahin zu modifizieren, dass die Worte, die unter «Steuerbetrag» in Kolonne 4 stehen, nämlich die Worte «für die vierjährige Periode» nicht nur unter den Steuerbetrag zu setzen wären, sondern gleichzeitig unter die Kolonne 3, dass sich also diese Worte sowohl auf den Steuersatz in Promille wie auf den Steuerbetrag beziehen würden.

Usteri: In Ergänzung des Antrages des Herrn Kommissionspräsidenten möchte ich noch einen weitern Antrag stellen. Sie sehen auf Seite 32 der bundesrätlichen Botschaft bei der Tabelle über die Vermögenssteuer, dass von der 91. Klasse ab sowohl die Grösse der Klassen überall Fr. 100,000 ist, als der Steuersatz überall 25 ‰ ist. Dann wird in der Wiedergabe der Klassen ganz willkürlich bei der Steuerklasse 103 aufgehört, während alle folgenden Steuerklassen auch wieder Fr. 100,000 umfassen mit einer Steuer von 25 ‰.

So hat es keinen Sinn, über die 91. Klasse hinaus diesen Text beizubehalten, denn wir können einfach damit schliessen: «Vermögen von je Fr. 100,000 mehr bilden eine neue Klasse zum Steuersatz von 25 ‰ für die vierjährige Periode.» Damit erreichen wir eine wünschbare Abkürzung der Tabelle und vermeiden ein Missverständnis, das darin bestehen kann, dass mitten in einer Gruppe der Tabelle abgebrochen wird. Also halten wir für besser, nur bis zur 91. Klasse zu gehen und dann in Modifikation des gedruckten Antrages vom 11. Dezember fortzufahren: «Vermögen von je Fr. 100,000 mehr bilden eine neue Klasse zum Steuersatz von 25 ‰ für die vierjährige Periode.» Damit ist dann über alles und jedes Auskunft erteilt, und es sind unnütze Anführungen und Weiterungen vermieden.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Bemerkungen von Herrn Usteri sind an und für sich meines Erachtens durchaus zutreffend, und ich kann mich mit seinen Ausführungen wie mit seinem Antrage meinerseits einverstanden erklären.

Präsident: Die Kommission ist einverstanden mit dem Antrage Usteri. Derselbe ist angenommen.

Tabelle II.

A. Erwerbssteuer.

Usteri: Es wäre folgende neue Fassung kongruent zu der eben beschlossenen der Vermögenssteuer, dass wir bei der Klasse 81 aufhören mit den Steuerbeträgen von Fr. 150—160,000, einem Steuersatz von 20 % und einem Steuerbetrag von Fr. 30,000. Denn die Klassen 82 bis 86 haben dieselben Ansätze mit bezug auf das Mass der Steuerklassen und denselben Steuersatz. Es würde dann auch hier mit bezug auf die höheren Steuerklassen über Klasse 81 hinaus der Text lauten: «Erwerb von je Fr. 10,000 mehr bildet eine neue Klasse zum Steuersatz von 20 % für die vierjährige Periode.»

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich bin mit dem Antrage des Herrn Usteri einverstanden. Ich kann nicht namens der Kommission sprechen, da wir in der Kommission nicht Gelegenheit gehabt haben, darüber zu reden.

Angenommen. — *(Adopté.)*

B. Tantiemensteuer,

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ich beantrage Ihnen Annahme von Tabelle B, Tantiemensteuer.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Tabelle III.

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Tabelle III enthält nur redaktionelle Aenderungen. Ich beantrage ebenfalls Annahme.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Präsident: Damit sind wir am Schluss der Beratung über dieses Traktandum angelangt. Ich frage an, ob Sie auf einzelne Artikel oder Ziffern der durchberatenen Vorlage zurückkommen wollen. Es ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Gesamtabstimmung.

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme der Vorlage 27 Stimmen
(Einstimmigkeit).

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Schluss des stenographischen Bülletins der Dezember-Session.
Fin du Bulletin sténographique de la session de décembre.

Für die Redaktion verantwortlich: *Zimmermann.* —Druck und Expedition von *Pochon-Jent & Bühler* in Bern.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1918
Band Volume Volume	VI
Session Session Sessione	Wintersession Session d'hiver Sessione invernale
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	12
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	20.12.1918 - 08:30
Seite Page Pagina	308-314
Ref. No	20 028 669

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

die heute unserem Militärstrafrechtswesen anhaften, auch wirklich beseitigt werden. Ihre Kommission hat diese Frage verneint, und zwar von der Erwägung aus, dass die gesetzliche Frist, innert der dieses Initiativbegehren hätte erledigt werden sollen, heute schon stark überschritten ist und dass sie ohne Not nicht weiter überschritten werden sollte. Die Kommission glaubte, sich nicht dem Vorwurfe aussetzen zu sollen, dass sie ihrerseits nicht sofort das Initiativbegehren materiell behandelt habe, sobald sie dazu überhaupt in der Lage gewesen sei. Sie glaubt, diesen Standpunkt auch dem Rate empfehlen zu sollen. Die Bundesversammlung soll sich an die gesetzlichen Vorschriften selbst halten, soweit das irgendwie möglich ist. Es war uns nicht möglich, weil wir den notwendigen Bericht des Bundesrates bisher nicht gehabt haben. Allein heute ist es möglich, Stellung zu nehmen. Der über die ganze Materie orientierende Bericht des Bundesrates, ohne den wir nicht beraten konnten und durften, liegt nun vor; es besteht absolute Klarheit, dass gerade das, was die Initianten verlangen, nicht geeignet ist, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen, und dass das, was wirklich not täte und einzig sanierend wirken kann, eine Revision des Strafgesetzes, von den Initianten gar nicht verlangt wird. Bei dieser Sachlage ist es durchaus gegeben, dass man nun zu der ganzen Frage Stellung nimmt, und es ist auch gegeben, welche Stellung man nehmen soll. Die Revision des Strafgesetzes abzuwarten, hat unseres Erachtens keinen Zweck. Ich zweifle keinen Augenblick, dass diese Revision kommt, dass der vorliegende Entwurf vorbehältlich einzelner Modifikationen die Billigung der eidgenössischen Räte erlangen wird und dass auch das Volk eine den Anschauungen und Bedürfnissen der Zeit entsprechende militärische Strafgesetzgebung nicht zurückweisen wird. Das liegt ja nun einmal im Zug der heutigen Zeit. Allein wenn diese Revision wider Erwarten nicht durchführbar sein sollte, so hätte die Annahme des Initiativbegehrens deshalb doch keinen Zweck, weil sie an der Rechtsprechung über die militärischen Delikte absolut nichts ändern könnte, indem dann eben einfach die bürgerlichen Gerichte die harten Strafen aussprechen müssen, die bisher die Militärgerichte aussprechen mussten. Also von diesem Gesichtspunkte aus hat das Abwarten bis zum Zustandekommen des neuen Strafgesetzes absolut keinen Zweck.

Auch die Aufstellung eines Gegenentwurfes gegenüber dem Initiativbegehren kann heute unseres Erachtens nicht in Frage kommen. Ein solcher Gegenentwurf müsste ja in einem Verfassungsartikel bestehen, der geeignet wäre, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen. Allein zu diesem Zwecke müsste nur einer Gesetzesrevision gerufen werden, da es ja nicht möglich wäre, in einem Verfassungsartikel selbst diejenigen Aenderungen und diejenige Remedur zu bringen, die wirklich notwendig sind. Nachdem nun aber ein Gesetzesentwurf bereits vorliegt, der alle diese Aenderungen und Verbesserungen enthält, hat es ebenfalls keinen Zweck, einen Gegenentwurf aufzustellen.

Von diesen Erwägungen aus hat sich die Kommission dem Antrage des Bundesrates angeschlossen, das Initiativbegehren sei dem Volke und den Ständen mit dem Antrage auf Verwerfung zur Abstimmung zu unterbreiten.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission 29 Stimmen (Einstimmigkeit).

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Sitzung vom 11. Februar 1919, vormittags 8½ Uhr.
Séance du 11 février 1919, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.
Renouvellement de l'impôt de guerre.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Nationalrates, Seite 35 ff.)
(Voir les débats du Conseil national, page 35 et suiv.)

Anträge der ständerätlichen Kommission
vom 6. Februar 1919.

Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates, wo nichts anderes bemerkt ist.

Ziffer 2. Festhalten am Beschlusse des Ständerates.

Ziff. 3, Abs. 1. Die natürlichen Personen entrichten die Steuer von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb, unter Abrechnung der Steuern, welche auf solche zufolge Ziffer 4 in der Eigenschaft als Teilhaber und Kommanditäre von Kollektiv- und Kommanditgesellschaften entfallen.

Ziff. 3 bis. Für Erwerb aus Tantiemen, sofern deren Gesamtbetrag Fr. 2000 übersteigt, wird eine Zuschlagssteuer erhoben, die nach Tabelle II zu berechnen ist, aber mindestens 2 % der Tantiemen beträgt.

Ziffer 5. Festhalten am Beschlusse des Ständerates mit Anwendung von « Promille ».

Ziffer 8. Von der Entrichtung der Steuer sind befreit:

a) der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, sowie die unter ihrer Verwaltung stehenden Spezialfonds, die schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern und die schweizerische Alkoholverwaltung;
b) die Gemeinden, sowie die andern öffentlichrechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag öffentlichen Zwecken dient;
c) die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, das als solches oder mit seinem Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwecken oder der Fürsorge für Armut, Krankheit, Alter und Invalidität oder ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dient;

lit. c bis. (Ständerat) gestrichen.

lit. d (Nationalrat) gestrichen.

neue lit. c bis. die schweizerische Kohlenzentrale.

Propositions de la commission du Conseil des Etats
du 6 février 1919.

Adhésion à la décision du Conseil national partout où il n'y a pas d'observation.

Chiff. 2. Maintien de la décision du Conseil des Etats.

Chiff. 3, al. 1er. Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail, sous déduction des impôts qu'elles doivent, à teneur du chiffre 4, comme associés et commanditaires de sociétés en nom collectif ou en commandite.

Chiff. 3 bis. Sur le revenu provenant de tantièmes, il est perçu, en tant que la somme totale des tantièmes excède 2000 fr., un impôt supplémentaire qui est calculé conformément au tableau II, mais qui s'élève au minimum à 2 pour cent des tantièmes.

Chiff. 5. Maintien de la décision du Conseil des Etats avec application du « pour mille ».

Chiff. 8. Sont exonérés de l'impôt:

a) la Confédération et les cantons, leurs établissements et leurs entreprises, ainsi que les fonds spéciaux dont ils ont l'administration, la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents, à Lucerne et la Régie suisse des alcools;
b) les communes, ainsi que les autres corporations de droit public et ecclésiastique, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté à des services publics;
c) les autres corporations et établissements, pour la partie de leur fortune dont le capital ou le revenu est affecté aux cultes ou à l'instruction ou à l'assistance contre la pauvreté, la maladie, la vieillesse ou l'invalidité ou exclusivement à des buts d'utilité publique.

lit. c bis. (Conseil des Etats) est à biffer.

lit. d. (Conseil national) est à biffer.

Nouvelle lit. c bis. La centrale suisse des charbons.

Ziffer 2.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Nachdem die Kriegssteuer die zweite Beratung im andern Rate passiert hat, besteht noch immer eine grössere Zahl von Differenzen in den Schlussnahmen der beiden Räte. Zu einem wesentlichen Teile sind es Differenzen rein redaktioneller Natur, denen jede materielle Bedeutung abgeht und die uns daher nicht lange beschäftigen werden. Soweit nämlich Differenzen dieser Art in Frage stehen, werden wir Zustimmung zu den Beschlüssen des Nationalrates auf der ganzen Linie beantragen, in der Meinung, dass es Sache der Redaktionskommission sei, die Vorlage endgültig in eine möglichst gute und einwandfreie Form zu bringen. Unsere Anträge auf Zustimmung beruhen auf diesem Vorbehalt, wie ich zum voraus in bezug auf alle diese redaktionellen Bemerkungen konstatieren will.

Daneben bestehen nun auch eine Anzahl Differenzen materieller Natur, und zwar zum Teil von ganz erheblicher Tragweite. Auch hier will ich die allgemeine Bemerkung vorausschicken, dass Ihre Kommission bestrebt war, durch Entgegenkommen Ihrerseits zur Hebung dieser Differenzen beizutragen, soweit sie es irgendwie rechtfertigen und verantworten kann, um damit einen baldigen Abschluss dieser für die Rekonstruktion unseres stark erschütterten Staatshaushaltes wichtigen Verfassungsrevision zu sichern. Die Materie ist zu wichtig, als dass sie durch kleinliche Rechthaberei oder durch Festhalten an persönlichen Liebhabereien verzögert oder gar gefährdet werden dürfte. In dieser Anschauung und diesem Entschlusse steht die Kommission grundsätzlich geschlossen da, und von dieser Anschauung aus ist sie auch zu Anträgen gelangt, zu denen sie einstimmig oder mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit steht, auch da, wo der eine oder andere von uns eine andere Lösung ganz entschieden vorgezogen hätte. Unsere Kommission bittet Sie, uns auf diesem Boden zu folgen. Dann haben wir wahrscheinlich begründete Aussicht, dass auch die Kommission des andern Rates und schliesslich der Nationalrat selbst uns folgen werden, und wenn die eidgenössischen Räte in dieser hochwichtigen Frage das Bild der Einigkeit und der Geschlossenheit sowie der festen Entschlossenheit bieten, so werden wir nach aussen nicht einen bemühenden und peinlichen, sondern einen guten Eindruck hervorrufen, nicht nur bei unserem Volke, sondern auch vor dem Auslande, wo es wahrlich gerade heute nicht gleichgültig ist, was man von unserem Lande hält und wie man über uns denkt. Unser Volk aber hat uns in grossen und für unser Land wichtigen Fragen noch nie im Stiche gelassen; es hat noch nie versagt, wenn nicht seine Vertreter in den eidgenössischen Räten selbst das Bild der Zerrissenheit oder der Zerfahrenheit oder des Kleinmutes und der Unentschlossenheit geboten haben.

Diese allgemeinen Bemerkungen vorausgeschickt, beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Behandlung der bestehenden Differenzen. Ich nehme an, dass wir

gleich mit der Beratung der einzelnen Differenzen beginnen können.

Nun, meine Herren, die hauptsächlichste und grundsätzlich und materiell wichtigste Differenz besteht in Ziffer 2, und sie gibt mir zu längeren Auseinandersetzungen noch Anlass, eben, weil es sich um die wichtigste Differenz handelt. Es handelt sich hier um die Frage, durch welche Steuern die Kosten des Truppenaufgebotes, und zwar die Kapitalauslagen des Truppenaufgebotes, gedeckt werden sollen und in welchem Umfange die bereits erhobenen und die noch zu erhebenden direkten Steuern für diesen Zweck, also zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes, zu verwenden seien. Da kann ich nun zum voraus konstatieren und Ihnen in Erinnerung bringen, dass von dem ersten Augenblicke an, wo man die Erhebung von direkten Steuern in Erwägung gezogen hat und wo man angefangen hat, sich ein Bild zu machen über die Deckung der Kriegsschuld, dass von diesem ersten Augenblicke an bis vor ganz kurzer Zeit über einen Punkt eine vollständige Uebereinstimmung und Einigkeit geherrscht hat, nämlich darüber, dass die Erträgnisse der direkten Steuern ausschliesslich zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes verwendet werden sollen, soweit nicht von vorneherein eine andere Verwendung dafür festgesetzt worden ist. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Berichte und Botschaften des Bundesrates und durch die Diskussion in den eidgenössischen Räten, die sich an diese Berichte und Botschaften geknüpft hat, und nur die andere Frage, wie weit zur Deckung der Mobilmachungskosten direkte Steuern erhoben werden sollen und wie weit andere Finanzquellen auch noch zur Deckung dieser Truppenaufgebotskosten erschlossen und herangezogen werden sollen, hat im Laufe der Zeit bekanntlich sehr verschiedene Wandlungen durchgemacht. Ich will die historische Entwicklung, welche diese Frage genommen hat, nicht neuerdings wiederholen; sie ist in der Dezembersession bei der Eintretensfrage eingehend dargelegt worden. Die Vorlage des Bundesrates stand bekanntlich auf dem Standpunkte, dass 75 % der Mobilmachungskosten durch direkte Steuern, durch die erste Kriegssteuer, dann durch die Kriegsgewinnsteuer und durch die neu zu erhebende ausserordentliche Kriegssteuer gedeckt werden sollen. Der Nationalrat konnte sich bekanntlich bei seiner ersten Beratung nicht entschliessen, soweit zu gehen, und er hat den Betrag der zu erhebenden neuen Kriegssteuer auf 500 Millionen Franken limitiert. Der Ständerat seinerseits hat sich nach langen und erregten Debatten auf einen einstimmigen Beschluss dahin geeinigt, dass die ganzen Mobilmachungskosten, und nicht nur 75% derselben, durch die direkten Steuern zu decken seien, und ich glaube konstatieren zu können, dass dieser Beschluss wie auch die Einstimmigkeit des Rates selbst in unserer Oeffentlichkeit einen guten Eindruck hervorgerufen haben.

Nun ist bereits während der Beratung der Kriegssteuervorlage im Ständerate aus den Kreisen von st. gallischen Vertretern der Gedanke propagiert worden, dass ein Betrag von 200 Millionen Franken aus den Erträgnissen der direkten Steuern einem Fonds für Sozialversicherung zugewiesen werden solle. Dieser Gedanke wurde nicht ausgesprochen etwa in der Meinung, dass die Kriegssteuer über die Beschlüsse des Ständerates hinaus erhoben werden solle, sondern man fand, dass es nicht nötig sei, die ganzen Kosten des Truppenaufgebotes durch die direkten Steuern zu decken, nachdem der Bundesrat selbst nur die Dekkung von 75 % verlangt hatte, und dass daher, nachdem der Ständerat in höherem Betrage die Steuern beschlossen hatte, man diesem Ueberschusse einen Betrag von 200 Millionen Franken entnehmen und für Versicherungszwecke verwenden könnte. Dieser Gedanke, der damals von diesen st. gallischen Vertretern propagiert worden ist, ist in unserem Rate nicht aufgenommen worden. Wir haben allseitig gefunden, dass die Deckung der Mobilmachungskosten das Dringlichere sei vom Gesichtspunkte des Landeskredites aus, und dass anderseits die Frage der Finanzierung der sozialen Versicherung mit der Lösung der Versicherungsfrage selbst gelöst werden müsse und nicht mit der Frage der Deckung der Mobilmachungskosten verquickt werden dürfe. Dagegen ist dann im Nationalrate in der Dezembersession, während wir uns mit der Beratung der Kriegssteuervorlage beschäftigten, das bekannte Postulat Rothenberger gestellt worden, das folgenden Wortlaut hat: «Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen und darüber Bericht und Antrag einzubringen, ob nicht der Ertrag der eidgenössischen Kriegsgewinnsteuer einem sofort zu errichtenden Fonds für Sozialversicherung zu überweisen sei zur Finanzierung: 1. der Alters- und Invaliditätsversicherung, 2. der eidgenössischen Hilfskasse und 3. der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge.»

Dieses Postulat war offenbar eine merkwürdige Zumutung an den Bundesrat, angesichts der Vorlage, die der Bundesrat selbst unmittelbar vorher den eidgenössischen Räten unterbreitet hatte, aber auch angesichts der Beschlussfassung des Nationalrates in der Herbstsession über diese Kriegssteuer speziell, die ja beide, die Vorlage des Bundesrates wie der Beschluss des Nationalrates, auf einem vollständig andern Standpunkte gestanden haben als dem, auf dem sich dieses Postulat Rothenberger befand. Da die Vorlage des Bundesrates bei den eidgenössischen Räten in Beratung stand, wäre es dem Bundesrate schlechterdings nicht möglich gewesen, diesem Gedanken Folge zu geben. Sollte er etwa eine Vorlage einbringen, die mit der Vorlage über die Kriegssteuer in einem unlösbaren Widerspruche gestanden hätte und die namentlich mit dem unmittelbar vorhergegangenen Beschlusse des Nationalrates in einem vollständigen Widerspruch gestanden hätte? Das war ja selbstverständlich nicht möglich; das haben die Postulanten denn schliesslich auch eingesehen, und sie haben das Postulat damals zurückgezogen.

Dagegen ist dann der Gedanke, der dem Postulat Rothenberger zugrunde lag, inhaltlich etwas anders und in anderer Form anlässlich der Differenzenberatung im Nationalrate wieder aufgenommen worden, und es ist dann dort der Antrag eingebracht worden, es sei dem Ertrag der Kriegsgewinnsteuer ein Betrag von 200 Millionen Franken zu entnehmen und in einen Fonds für die Alters- und Invaliditätsversicherung zu legen. Wäre der Antrag angenommen worden, so wäre der Effekt der gewesen, dass durch die neue Kriegssteuer ein Betrag von 200 Millionen mehr hätte aufgebracht werden müssen, als zur Dekkung der gesamten Kosten des Truppenaufgebotes notwendig war. Dem Nationalrate, der sich in der ersten Beratung nicht hatte entschliessen können, die Mittel für drei Viertel der Truppenaufgebotskosten

durch direkte Steuern zu bewilligen, wurde also nun plötzlich zugemutet, nicht nur die ganzen Kosten des Truppenaufgebotes durch die direkten Steuern zu decken, entsprechend dem Beschlusse des Ständerates, sondern noch 200 Millionen Franken mehr. Der ständerätliche Beschluss sollte also noch wesentlich übertrumpft werden. Gegenüber diesem Antrage ist dann von Herrn Nationalrat Walther (Luzern) der Gegenantrag gestellt worden, den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nur bis zum Betrage von 300 Millionen Franken zur Deckung der Truppenaufgebotskosten zu verwenden und den verbleibenden Ueberschuss, der vielleicht auf 20—30 Millionen veranschlagt werden kann, als ersten Finanzierungsbeitrag für die Alters- und Invaliditätsversicherung zurückzulegen. Es sind daneben auch noch weitere Anträge gestellt worden, teils weitergehende, teils weniger weitgehende; sie blieben aber stark in Minderheit, und ich will sie deshalb nicht besonders relevieren. In der Abstimmung siegte mit einer Stimme Mehrheit der Antrag Walther. Allein nach durchgeführter Beratung kam der Nationalrat neuerdings auf die Sache zurück. Der Antrag Rothenberger wurde neuerdings aufgenommen. Er blieb dann aber gegenüber einem Vermittlungsantrage Obrecht, der dahinging, dem Fonds für Alters- und Invaliditätsversicherung 100 Millionen zuzuweisen, in Minderheit, und der Beschluss des Nationalrates hat nun folgenden Wortlaut in Ziffer 2: «Die Steuer wird in vierjährigen Perioden so oft erhoben, bis der dem Bunde zukommende Ertrag zusammen mit dem Ergebnis der ersten Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuern die Kapitalausgaben für das Truppenaufgebot deckt. Von den Kriegsgewinnsteuern sind abzurechnen der Anteil der Kantone, die Einlagen in den Fonds für die Arbeitslosenfürsorge und ein Betrag von 100 Millionen, die in einen Fonds für die Alters- und Invaliditätsversicherung zu legen sind. Bleibt zuletzt» etc. Der Rest bleibt unverändert. Der Effekt des Beschlusses des Nationalrates ist also der, dass 100 Millionen mehr durch die Kriegssteuer aufgebracht werden müssten als nach der Schlussnahme des Ständerates in der Dezembersession.

Das ist nun die Situation, und nun, meine Herren, stellt Ihnen Ihre fünfzehngliedrige Kommission den einstimmigen Antrag, d. h. einstimmig mit einer Enthaltung, an ihrer Dezemberschlussnahme in bezug auf diese Frage festzuhalten, wonach die gesamten Kosten des Truppenaufgebotes durch die direkten Steuern, durch die erste Kriegssteuer, die Kriegsgewinnsteuer und die heutige neue ausserordentliche Steuer, gedeckt werden sollen, dass aber diese Steuererträgnisse eine anderweitige Verwendung nicht finden sollen. Die weitergehenden Anträge im Nationalrate scheinen im wesentlichen damit begründet worden zu sein, dass mit aller Beförderung zur Einführung der Alters- und Invalidenversicherung geschritten werden müsse und dass die Verwirklichung dieser Idee durch die Dekretierung eines namhaften Finanzierungsbeitrages sichergestellt oder wenigstens der gute Wille hierfür durch eine Tat dokumentiert werden soll. Ihre Kommission hat mich beauftragt, mit allem Nachdruck zu betonen und festzustellen, dass sie sowohl wie der Rat selbst mit dem Bestreben der baldmöglichsten Verwirklichung der Sozialversicherung durchaus einig geht. Die Aufnahme und die Behandlung, welche die Motion Usteri und Konsorten vor wenigen Tagen in unserem Rate gefunden hat, und nicht zuletzt deren einstimmige Annahme durch den Rat dürften alle besonderen Versicherungen nach dieser Richtung als unnötig und als überflüssig erscheinen lassen. Unser Rat und unsere Kommission sind auch nicht weniger vollständig sich dessen bewusst, dass die Durchführung dieses grossen Versicherungswerkes die Bereitstellung ganz bedeutender Mittel erfordert und dass sie grosse Anforderungen an die gleichen Kreise stellen wird, die zu einem wesentlichen Teile von der eidgenössischen Kriegssteuer betroffen werden. Darüber sind wir uns vollständig klar, und wenn unser Rat die Anhandnahme dieser sozialen Reformen postuliert und gleichzeitig die Vorlage eines Programms für deren Finanzierung gefordert hat, so involviert dieser Beschluss auch die deutliche und entschiedene Bereitwilligkeit und Geneigtheit, die nötigen Mittel für die Sozialversicherung zu bewilligen und bei der Prüfung der Frage, wie diese Werke am besten und zweckmässigsten finanziert werden können und sollen, in gleicher Weise mitzuwirken, wie er es bisher bei allen grossen Fragen getan hat und wie es einem billigen Ausgleich zwischen den dabei in Betracht kommenden Interessen entspricht. Soweit aber die Meinung obwalten sollte, dass durch den Beschluss des Nationalrates oder auch mit weitergehenden Anträgen, wie sie dort gestellt worden sind, die Durchführung der Sozialversicherung gefördert würde, so betrachten wir das als einen Irrtum, und soweit mit der Propagierung der Gedanken, die der Schlussnahme des Nationalrates und den weitergehenden Anträge, die dort gestellt worden sind, zugrunde liegen, andere Ziele oder Nebenabsichten verfolgt werden sollen, so können wir solchen Bestrebungen unsere Unterstützung grundsätzlich erst recht nicht zuteil werden lassen. Bei aller Würdigung des Ernstes der Zeit und der Forderungen, die sich aus den Zeitverhältnissen ergeben, müssen wir es durchaus ablehnen, derart wichtige und ernste Aufgaben im Zeichen des Wettlaufes um die Volksgunst oder gar unter dem Einfluss ochlokratischer Bestrebungen zu lösen oder lösen zu helfen.

Wir sagen in erster Linie, dass uns die Anlage eines Fonds für Sozialversicherungszwecke der Verwirklichung des Versicherungswerkes selbst nicht näher bringt; denn mit der Anlage eines solchen Fonds ist noch nichts getan für die verfassungsmässige Grundlage, die doch notwendigerweise zunächst geschaffen werden muss. Es ist aber erst recht nichts getan für die gesetzgeberische Ausgestaltung des Werkes und erst recht nichts getan für die endgültige Finanzierung des Werkes, die ganz andere Mittel bedingt, als sie heute in Frage stehen. An den nötigen Finanzquellen zur Finanzierung dieses Unternehmens, soweit die daherigen Mittel überhaupt vom Bunde aufgebracht und zur Verfügung gestellt werden müssen, wird es nicht fehlen, sofern die Räte und das Volk bereit sind, die notwendigen und richtigen Finanzquellen zu erschliessen und zu bewilligen. In der Eintretensdebatte vom Dezember letzten Jahres ist das in unserem Rate eingehend dargelegt worden. Auf dem Gebiete der indirekten Steuern, das bei uns, abgesehen von den Zöllen, noch vollständig brach liegt, ist noch so viel zu holen, als nicht nur zur Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung, sondern auch zur Einführung und Verwirklichung anderer sozialer Reformen notwendig sein wird. Soweit nun aber bei der Lösung der Sozialversicherung direkte Leistungen notwendig sind, und das wird in einem sehr erheblichen Umfange der

Fall sein, so werden diese direkten Leistungen naturgemäss in erster Linie und hauptsächlich von denjenigen Kreisen getragen werden müssen, die an der Durchführung der sozialen Versicherung in erster Linie und hauptsächlich interessiert sind, und diese Kosten werden von ihnen getragen werden müssen in einem gerechten und billigen Verhältnis zu dem Interesse, das sie an diesem Werke haben, aber auch in einem gerechten und billigen Verhältnisse zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Alters- und Invalidenversicherung ist vorzugsweise eine Arbeiterversicherung. Natürlich kann sie auch ausgedehnt werden auf andere unselbständig Erwerbende. Wie weit der Kreis der Versicherungspflicht und der Versicherungsberechtigung gezogen werden wird, ist heute noch eine offene Frage. Mag diese Frage aber so oder anders gelöst werden, sicher ist, dass dabei neben den Versicherten selbst in erster Linie diejenigen Arbeitgeber interessiert sind, deren Arbeiter und Angestellte die Wohltat der Versicherung geniessen und denen daher in erster Linie die Pflicht obliegt, für die Tage des Alters und der Arbeitsunfähigkeit ihres Personals zu sorgen. Von diesen Kreisen aus werden also in erster Linie, soweit es sich um direkte Leistungen für die Sozialversicherung handelt, diese Beiträge in der Hauptsache geleistet werden müssen. In dieser Hinsicht sind nun aber die Kreise derjenigen, die neben den Versicherten selbst und neben den Leistungen des Bundes die Hauptlast der Versicherung zu tragen haben werden, bei weitem nicht identisch mit denjenigen Kreisen, die von der Kriegssteuer betroffen werden, und schon von diesem Gesichtspunkte aus wäre es daher ganz unrichtig und ganz inkonsequent, die Kriegssteuerpflicht auszudehnen für ganz andere Zwecke, für Zwecke, die mit den Gesichtspunkten, aus denen die Kriegssteuer erhoben wird, auch gar nichts gemein haben. Schon von diesem Gesichtspunkte aus, der offenbar im Nationalrat vielfach übersehen worden ist, können diese beiden Dinge, die Kosten des Truppenaufgebotes und die Kosten der Sozialversicherung, in der gegenwärtigen Steuervorlage nicht miteinander vermengt und miteinander verquickt werden; sie haben nichts miteinander zu tun, als dass sie beide viel Geld kosten, respektive viel Geld gekostet haben. Allein im übrigen sind es grundverschiedene Dinge, für die die Steuer- und Beitragspflicht von ganz verschiedenen steuerpolitischen Gesichtspunkten aus gelöst und festgesetzt werden muss. Der vom Nationalrat aufgenommene Zusatz qualifiziert sich daher schon in dieser Hinsicht als ein Fremdkörper, der aus der Steuervorlage verschwinden sollte.

Allein auch abgesehen hiervon, geht es doch nicht an, für ein Werk, für das die Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage unumgänglich nötig ist, durch einen andern Verfassungsartikel eine Finanzierung ganz oder teilweise zu dekretieren, solange für das zu finanzierende Werk selbst die verfassungsmässige Grundlage noch fehlt und solange man gar nicht weiss, ob und wie es verwirklicht werden soll und verwirklicht werden kann. Eine derartige gesetzgeberische Behandlung ist grundsätzlich meines Erachtens nicht angängig.

Was soll nun mit dem Fonds geschehen, wenn die Alters- und Invaliditätsversicherung vom Volke nicht akzeptiert werden sollte, was wir ja nicht hoffen, was aber doch immerhin im Bereich der Möglichkeit liegt? Es müsste dann durch eine neue Verfassungsrevision eine andere Verwendung des Fonds dekretiert werden. Ich denke aber, man revidiert die Verfassung für konkrete und bestimmte Zwecke und nicht für Eventualitäten, von denen man nicht weiss, ob sie überhaupt eintreten und wie sie eventuell eintreten.

Und sodann, wie denkt man sich die Kreierung dieses Fonds? Die Meinungen scheinen darüber sehr verschiedenartig zu sein. Die einen sind der Ansicht, dass der Bund einfach einen Betrag von 100 Millionen Franken der Sozialversicherung gutschreiben und vom Tage der Gutschrift an verzinsen soll. Eine Ausgabe von Geldern sei dabei gar nicht nötig. Der Bund könne ruhig über die Gelder selbst verfügen. Und eine andere Auffassung scheint dahin zu gehen, dass der Bund für 100 Millionen Franken Titel anschaffen und beiseite legen solle.

Nun was diese erste Ansicht anbelangt, so denke ich, ist mit einer Gutschrift von 100 Millionen Franken praktisch aber auch gar nichts erreicht. Eine solche Gutschrift könnte später in jedem beliebigen Moment auch noch dekretiert und vorgenommen werden, und deshalb braucht die jetzige Vorlage damit nicht malträtiert und verunstaltet zu werden.

Was nun aber die andere Frage anbelangt, die effektive Kreierung eines Fonds, so wäre das offenbar im gegenwärtigen Moment mit sehr grossen Inkonvenienzen verbunden. Ueber die Erträgnisse der Kriegsgewinnsteuer, aus denen die 100 Millionen Franken entnommen werden sollen, hat der Bund bereits verfügt. Sie haben ihre bestimmungsmässige Verwendung gefunden, nämlich zur Deckung der teilweisen Kosten des Truppenaufgebotes. Der Bund hat heute nicht nur keine disponiblen Mittel für die Kreierung dieses Fonds, sondern er hat im Gegenteil sehr grosse Engagements in Form von konsolidierten Anleihen, aber auch in Form von schwebenden Verbindlichkeiten bei der Nationalbank und bei andern Banken, die sich bekanntlich nach Hunderten von Millionen Franken belaufen. Soll nun der Bund etwa neue Schulden kontrahieren, um diesen Fonds anlegen zu können, und hat er Aussicht, für derartige Zwecke im gegenwärtigen Moment neue Schulden machen zu können? Ich habe mich über die Finanzsituation des Bundes in der Dezembersession sehr deutlich ausgesprochen. Ich will das dort Gesagte nicht wiederholen. Aber wir haben gesehen, dass unsere finanzielle Situation im Bunde heute und, solange die Finanzierung durch die Kriegssteuer nicht gelöst sein wird, eine ausserordentlich gespannte ist. Unsere Nationalbank kann ohne dringende Not nicht weiter in Anspruch genommen werden. Die Notenemission der Nationalbank hat infolge der kolossalen Inanspruchnahme durch den Bund und durch die Auslandskredite, die im Interesse unserer Landesversorgung haben gewährt werden müssen, einen Umfang angenommen, der zum Aufsehen mahnt und der bereits eine Reduktion der normalen gesetzlichen Bardeckung nötig gemacht hat. Ich halte es für ausgeschlossen, dass der Bankrat der Nationalbank zur Befriedigung der Kaprizen der Jungfreisinnigen und der Fixbesoldeten, die bekanntlich hinter den gespannten Forderungen stehen, und die sich über die näheren Verhältnisse keine Rechenschaft geben, im gegenwärtigen Moment und zu dem zurzeit ganz unabgeklärten Zwecke weiterer Diskontokredite verantworten könnte, und ich halte es auch für ausgeschlos-

sen, dass auf dem offenen Geldmarkt für derartige Zwecke und bei der gegenwärtigen Situation eine offene Hand zu finden wäre. Ich denke, im Interesse des Landeskredites gilt es heute, sich zu degagieren und neue Engagements, wo sie nicht durch die dringendste Not des Landes nötig werden, zu vermeiden. Alle gegenteiligen Bestrebungen beruhen unseres Erachtens auf Unkenntnis und falscher Einschätzung der Verhältnisse.

Soweit der Bund später zur Finanzierung der Sozialversicherung Geld nötig haben wird, wird er dieses Geld zweifellos erhalten, aber unter der zweifachen Vorbedingung, einmal dass die Situation, wofür, zu welchem Zwecke und in welchem Umfange diese Mittel endgültig nötig sind, abgeklärt sei und sodann gegen vorherige Sicherstellung der Verzinsung und Amortisation durch die noch zu erschliessenden und festzustellenden Finanzquellen. Auch nach dieser Richtung vermissen wir also in den Anträgen, wie sie im Nationalrat gestellt worden sind, und in der Schlussnahme des Nationalrates selbst die nötige Abklärung und die nötige Ausreifung des ganzen Gedankens, der da in die Diskussion hineingebracht worden ist.

Ich will nicht näher untersuchen, ob auf Grund des Gesetzes über den Geschäftsverkehr solche weitergehenden Anträge und Beschlüsse nach Lage der Dinge überhaupt noch zulässig seien. Immerhin ist zu sagen, dass auf Grund übereinstimmender Beschlüsse in den beiden Räten festgestellt worden ist, dass die Erträgnisse aller direkten Steuern zur Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes Verwendung finden sollen und dass insbesondere auch der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer hierzu zu verwenden sei. Die Differenz, die zwischen den beiden Räten noch bestand, bestand nur darin, wieweit die Kapitalausgaben des Truppenaufgebotes durch diese Steuern gedeckt werden sollen und wieweit diese Kosten noch durch andere Finanzmassnahmen gedeckt werden sollen. Der Beschluss des Nationalrates, der die Priorität hat, ging bekanntlich weniger weit als der des Ständerates. Hätten wir uns dem weniger weit gehenden Beschlusse des Nationalrates angeschlossen, so wäre die Sache ganz zweifellos endgültig und unverrückbar festgestanden. Es hätte bei den 500 Millionen Franken, die der Nationalrat beschlossen hat, sein Bewenden gehabt. Ja, geht es unter diesen Umständen an, dass nun der Nationalrat in der Differenzberatung noch weiter geht, als wir gegangen sind? Geht es insbesondere an, dass er über die Verwendung der Kriegsgewinnsteuer teilweise ganz anders beschliessen kann, als dem ersten übereinstimmenden Beschluss der beiden Räte entspricht? Ich möchte das nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes über den Geschäftsverkehr zwischen den eidgenössischen Räten bezweifeln. Aber sei dem, wie ihm wolle, ich frage mich namentlich, wohin soll eine solche Praxis in der Beratung bei einem Zweikammersystem führen und ob nicht die Möglichkeit einer schliesslichen Verständigung durch eine derartige Praxis, wo jeder Rat von dem, was er zuerst beschlossen hat, wieder abweicht und höher geht, ausgeschlossen ist. So kann man ja schliesslich gar nie zusammenkommen. Die Differenzen könnten unter Umständen immer grösser werden.

Und nun ist dann doch auch noch zu konstatieren, dass wir effektiv immer vor Minderheitsbeschlüssen des Nationalrates stehen, weil eben soundso viele Mitglieder des Nationalrates sich regelmässig bei der Abstimmung enthalten haben, da sie offenbar mit dem ganzen Vorgehen nicht einverstanden gewesen sind.

Und nun noch ein letzter Punkt, der Ihre Kommission veranlasst, mit Entschiedenheit für Festhalten an ihrer früheren Schlussnahme einzutreten, das ist die Sorge um das Zustandekommen der Kriegssteuervorlage. Der einstimmige Beschluss des Ständerates, die gesamten Kosten des Truppenaufgebotes durch die direkten Steuern zu decken, der ja in der Oeffentlichkeit als eine erlösende Tat beurteilt worden ist, ist bekanntlich nicht das Resultat eines Kompromisses, aber doch das Resultat einer für unsere Verhältnisse sehr langen und sehr erregten Debatte. Es ist Ihnen bekannt, dass insbesondere der Widerstand unserer Kollegen und Freunde aus der romanischen Schweiz ein sehr heftiger und geschlossener war. Unsere Freunde aus der Westschweiz rechnen mit der Gefahr, dass die Erhebung einer Kriegssteuer während einer längeren Periode sich in eine permanente Bundessteuer auswachsen könnte, die sie unter allen Umständen vermieden wissen möchten, und sie schätzen diese Gefahr um so höher ein, je länger diese ausserordentliche Steuer erhoben wird. Das Entgegenkommen, das sie im Interesse einer einstimmigen Schlussnahme unseres Rates gebracht haben, muss daher um so höher eingeschätzt werden. Sie sind tatsächlich bis an die Grenze dessen gegangen, was sie von ihrem Standpunkte glaubten rechtfertigen und verantworten zu können. Und gerade angesichts dieses Umstandes ist es meines Erachtens und nach Ansicht der Kommission überhaupt ein Gebot der Loyalität und ein Gebot der politischen Treue, dass wir sie nun nicht neuerdings vor eine Situation stellen, die für sie absolut unannehmbar wäre und von der sie sagen müssten: Hätten wir gewusst, dass man uns auch noch mit dem kommt, so würden wir nie von unserem bisherigen Standpunkt, den wir bei der ersten Beratung eingenommen haben, überhaupt abgegangen sein. Vor diese Eventualität dürfen wir unsere Kollegen aus der romanischen Schweiz offenbar nicht stellen.

Es ist das aber auch meines Erachtens und nach Ansicht der Kommission ein Gebot der Klugheit. Wir dürfen die Verwerfung dieser Vorlage nicht riskieren. Die Folgen einer Verwerfung der Kriegssteuer wären unabsehbar. Von dem Schicksale dieser Vorlage hängt die Sanierung unserer stark gespannten Finanzlage ab. Mit ihr steht und fällt unser Landeskredit, und was das bei einer Kriegsschuld von ein und einer Viertelmilliarde für unser kleines Land heissen will, darüber brauche ich vor Ihnen keine weiteren Worte zu verlieren.

In Würdigung dieser Verhältnisse hat denn auch mancher von uns das eine und andere an dieser Vorlage mit in Kauf genommen, mit dem er an und für sich durchaus nicht einverstanden war. Man hat eben nachgegeben angesichts der grossen Interessen, die für unser Land und für die Ermöglichung seiner weiteren Entwicklung auf dem Spiele gestanden haben. Aber gerade angesichts dieser grossen Interessen dürfen wir nie und nimmer daran denken, mit einer Vorlage vor das Volk zu treten, die den geschlossenen Widerstand der gesamten bürgerlichen Kreise der romanischen Schweiz hervorrufen würde, und, wie ich glaube gezeigt zu haben, nach der Entwicklung, die diese Frage genommen hat, auch mit Recht und mit Grund hervorrufen würde. Das dürfen wir nicht angesichts der Steuervorlage selbst, die heute in Be-

ratung steht, das dürfen wir auch nicht im Hinblick auf die zahlreichen und grossen wirtschaftlichen Aufgaben, deren Lösung uns jetzt und in nächster Zeit beschäftigen wird und die uns bevorstehen und ein einträchtiges Zusammenarbeiten und Zusammenwirken der deutschen und der welschen Landesteile unbedingt nötig machen.

Von diesen Erwägungen aus beantragen wir Ihnen daher, wie gesagt einstimmig, immerhin bei einer Enthaltung, an unserer bisherigen Schlussnahme festzuhalten.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission 33 Stimmen (Einstimmigkeit.)

Ziffer 3.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: In Ziffer 3 besteht zunächst in Absatz 1 eine Differenz in bezug auf die Steuerpflicht der Kollektiv- und Kommanditgesellschaften und ihrer Teilhaber. Die bundesrätliche Vorlage steht im Gegensatze zur früheren Kriegssteuervorlage auf dem Standpunkte, dass die Gesellschaften steuerpflichtig seien für Vermögen und Erwerb und nicht die Gesellschafter für ihre Gesellschaftsanteile. Angesichts der Progression werden die Gesellschafter effektiv wesentlich höher belastet als nach dem früheren System, und um diese Härte einigermassen auszugleichen, hat der Ständerat die Sache so formuliert, dass die Gesellschafter von den Steuerbeträgen, die auf ihre Geschäftsanteile und ihr Privatvermögen und ihren Erwerb entfallen, die Steuerbetreffnisse für die Geschäftsanteile in Abzug bringen können.

Der Nationalrat seinerseits hat am System des Bundesrates festgehalten, aber gleichzeitig zu Protokoll erklärt, dass er einverstanden sei, dass im Ausführungsgesetze die Sache nach den mildernden Intentionen des Ständeratsbeschlusses geordnet werden solle. Nun besteht aber zwischen der nationalrätlichen Formulierung und der Protokollerklärung ein Widerspruch, und diese Lösung kann daher nicht befriedigen. Man kann nicht durch eine Protokollerklärung das Gegenteil von dem fixieren, was in der Verfassungsvorlage selbst steht. Wie gesagt, diese Lösung kann uns nicht befriedigen, und der Grundsatz des Abzuges muss daher nach Ansicht der Kommission aufgenommen werden, wenn er überhaupt Anwendung finden soll in der gesetzgeberischen Bearbeitung. Wir beantragen Ihnen daher eine neue Formulierung, die diesem Gedanken Rechnung trägt und beantragen Ihnen deren Annahme.

In Absatz 2 besteht eine rein formelle Differenz. Wir beantragen Ihnen Zustimmung im Sinne der bereits gefallenen Bemerkung, dass der Redaktionskommission die Auswahl der besten Redaktion vorbehalten sein soll.

In Absatz 2 c hat sodann der Nationalrat das steuerfreie Erwerbsminimum für Personen ohne Vermögen oder mit steuerfreien Vermögen auf 4000 Fr. erhöht. Wir möchten hier eine Differenz nicht aufrechterhalten und beantragen daher ebenfalls Zustimmung.

In Absatz 4 beantragen wir Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates. Noch ein Wort zu einer formellen Differenz, die hier besteht. Unser Rat hat geglaubt, die Steuersätze in Franken und Rappen ausgerechnet zum Ausdruck bringen su sollen, währenddem der Nationalrat die Bezeichnung von Prozent und Promille gewählt hat, wiederum im Gegensatz zum Bundesrat, der die deutschen Ausdrücke «vom Hundert» und «vom Tausend» angewendet hatte. Die gleiche Differenz wiederholt sich in allen Bestimmungen, wo von den Steuersätzen die Rede ist. Ich bemerke hier ein für allemal, dass wir der Fassung des Nationalrates überall, wo diese Differenzen bestehen, zustimmen, unter dem wiederholt gemachten Vorbehalt für die Redaktionskommission.

Dann besteht in Absatz 4 noch eine materielle Differenz, indem der niedrigste Steuersatz für Erwerb von ½% auf $^{4}/_{10}$% herabgesetzt worden ist, und zwar für steuerpflichtigen Erwerb von 2000 bis 2500 Fr. Diese Degression ist grundsätzlich nicht zu beanstanden, mit Rücksicht darauf, dass auch der steuerfreie Erwerb bei Vorhandensein von Vermögen bis auf Fr. 2000 herabgesetzt worden ist, während nach dem ersten Beschlusse des Nationalrates bis auf Fr. 3000 Steuerfreiheit bestanden hat, ohne Rücksicht darauf, ob und in welchem Umfange Vermögen vorhanden sei. Wir beantragen also auch hier Zustimmung.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 3bis.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: In Absatz 5 oder Ziffer 3 bis des Ständeratsbeschlusses bestehen Differenzen in bezug auf die Formulierung der sogenannten Tantiemensteuer, bzw. Zuschlagssteuer für Tantiemen, sowie in bezug auf die Höhe des Minimalsteuersatzes. In der Form will Ihre Kommission auch hier nachgeben.

Dagegen halten wir die Anwendung eines Minimalsteuersatzes von 5% für alle Tantiemen von Fr. 2000 an nicht für tunlich. Die Anwendung dieses Steuersatzes hätte zur Folge, dass Tantiemen bis zu Fr. 25,000 zum gleichen Satze versteuert werden müssten, während doch bei jedem andern Erwerb eine starke Differenzierung und Staffelung je nach dem Umfange des Erwerbes stattfindet. Das halten wir für absolut nicht gerechtfertigt. Es besteht kein stichhaltiger Grund, den Grundsatz der Progression bei Tantiemen erst von Fr. 25,000 eintreten zu lassen und bis Franken 25,000 alles auf dem gleichen Fusse zu behandeln. Das wäre absolut ungerecht und unbillig, und abgesehen davon, würden dadurch vorzugsweise die kleinen Tantiemen getroffen, wie sie von den kaufmännischen und technischen Angestellten bezogen werden und die eigentlich einen Bestandteil des Salärs bilden. Sie würden viel zu stark betroffen, in einer Weise, die sich weder materiell noch formell rechtfertigen liesse. Wir beantragen Ihnen daher Zustimmung zum Beschlusse des Nationalrates, aber mit der Aenderung dass der Minimalsatz für Tantiemen auf 2% festgesetzt werde, in der Meinung, dass dann die Progression fortschreite wie in bezug auf andern Erwerb.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 5.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Hinsichtlich der Besteuerung der Aktiengesellschaften besteht zunächst eine Differenz, von der man im Zweifel sein kann, ob sie formeller oder materieller Natur ist. Immerhin ist man allseitig der Ansicht, dass Steuerobjekte bei den Aktiengesellschaften das Aktienkapital und die Reserven sein sollen. Wenn nun aber der nationalrätliche Beschluss von der Besteuerung des Vermögens spricht und unter Vermögen das Aktienkapital plus Reserven versteht, so können wir dieser Auffassung nun einmal nicht folgen. Das Vermögen einer Aktiengesellschaft besteht nicht aus dem Aktienkapital, es besteht aus den Aktiven der Gesellschaft nach Abzug der Schulden, und das ist nicht identisch mit dem Aktienkapital und den Reserven. Die Kommission beantragt Ihnen daher, so leid es ihr tut, hier eine Differenz aufrechterhalten zu müssen, Festhalten an unserer bisherigen Schlussnahme, immerhin in der Meinung, dass auch hier für die Steuersatzbezeichnungen die Ausdruckweise des Nationalratsbeschlusses Anwendung finden soll.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 6 und 7.

Angenommen. — *(Adoptés.)*

Ziffer 8, lit. c.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Hier stehen wir vor dem wichtigen Kapitel der Steuerbefreiung, in dem verschiedene Differenzen bestehen und vorläufig weiterbestehen werden.

In erster Linie besteht eine Differenz in lit. c in bezug auf Körperschaften und Anstalten für Kultus- oder Unterrichtszwecke, Fürsorge und andere gemeinnützige Zwecke. Nach dem nationalrätlichen Beschlusse sollen Körperschaften und Anstalten, die der Fürsorge für Arme und Kranke dienen, von der Steuer befreit sein. Der Ständeratsbeschluss spricht einfach von « Fürsorge » ohne Beschränkung auf Arme und Kranke. Das geht nun dem Nationalrat zu weit, in der Meinung, dass die Fürsorge ein Begriff sei, unter den auch Zweckbestimmungen fallen könnten für die eine Steuerbefreiung nicht angezeigt sei. Diese Bedenken sind vielleicht nicht ganz unbegründet. Wir beantragen Ihnen daher eine neue Fassung, in der wir von « Fürsorge für Armut, Krankheit, Alter und Invalidität » sprechen. Wir sind der Meinung, dass Körperschaften, die die Fürsorge für Alter und Invalidität bezwecken, nicht anders behandelt werden können als Institutionen, die für Armut und Krankheit sorgen. Das sind Leistungen, die einen durchaus ebenbürtigen Charakter der Wohltätigkeit tragen und daher steuerpolitisch auch gleichzustellen und gleich zu behandeln sind.

Eine weitere Differenz betrifft die gemeinnützigen Unternehmungen. Der Nationalrat hat von der Steuer befreit gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfes. Wir waren grundsätzlich damit einverstanden, soweit es sich um wirklich und ausschliesslich gemeinnützige Unternehmungen auf diesem Gebiet handelt.

Nun gibt es aber Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfs, über deren gemeinnützigen Charakter man im Zweifel sein kann. Es sind gewisse mixta composita, die teils gemeinnützigen, teils privatwirtschaftlichen Charakter tragen oder Unternehmungen, die sich nach Lage der Verhältnisse mehr als Konkurrenz privater Unternehmungen qualifizieren und über deren Notwendigkeit man sehr geteilter Ansicht sein kann.

Anderseits fragen wir uns, warum die Steuerfreiheit beschränkt sein soll auf gemeinnützige Unternehmungen auf diesem Gebiete, während andere gemeinnützige Unternehmungen, die bedürftigen Kreisen ohne jeden eigenen Nutzen notwendige Bedarfsartikel, sei es unentgeltlich, sei es unter Selbstkosten, sei es zu Selbstkosten abgeben, der Steuerpflicht unterworfen sein sollen. Das scheint uns nicht billig und könnte höchstens dazu führen, dass solche Wohltätigkeitsanstalten ihren Betrieb einstellen würden oder müssten, weil es ihnen nicht möglich wäre, die Steuern überhaupt aufzubringen. Ich erinnere z. B. nur daran, dass in vielen Städten sogenannte Säuglingsheime bestehen, wo schwächliche Kinder armer Eltern unentgeltlich aufgenommen, verpflegt und gewartet werden. Zu diesem Zwecke braucht es Häuser, aber auch Fonds, aus denen die Kosten des Betriebes gedeckt werden können. Es besteht nun nicht der mindeste Grund, solche und ähnliche Anstalten, deren Gemeinnützigkeit gewiss in keiner Weise in Zweifel gezogen werden kann, zu besteuern und anders zu behandeln als gemeinnützige Unternehmungen zur Deckung des Wohnbedarfs. Deshalb haben wir die Steuerfreiheit generell gewährt Körperschaften und Anstalten, deren Vermögen und Erwerb ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen. Es ist uns unerfindlich, warum sich der Nationalrat dieser Auffassung nicht anschliessen konnte. Wir beantragen festzuhalten im Sinne der neuvorliegenden lit. c.

Andermatt: Ich möchte zuhanden der Redaktion bemerken, dass man nicht sagt « Fürsorge für Armut », sondern « Fürsorge für Arme » oder « Fürsorge gegen Armut ».

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Die Formel ist in der Kommission so aufgestellt worden. Es ist ja möglich, dass sie revisionsbedürftig ist, aber das wird Sache der Redaktionskommission sein.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Lit. c bis.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Der Ständerat hat in seiner ersten Beratung hier eine neue Kategorie von Unternehmungen, die von der Steuer befreit sein sollen, aufgestellt unter c bis: « Die unter Mitwirkung von Bund, Kantonen oder Gemeinden auf Grund eines Gesellschaftsverhältnisses betriebenen, öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmungen in dem Umfange, in welchem die genannten

Gemeinwesen am Gesellschaftskapitale beteiligt sind.» Der Nationalrat hat diese Bestimmung abgelehnt, und ein Zurückkommen auf dieselbe erscheint uns nach der Diskussion, die im Nationalrate über diesen Punkt gewaltet hat, absolut ausgeschlossen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als im Interesse des baldigen Zustandekommens der Vorlage hier nachzugeben. Wir können das um so eher tun, als dabei auch durchwegs Unternehmungen in Frage stehen, die Erwerbszwecken dienen und bei denen die Steuerabwälzung auf die Klienten und Kunden wohl möglich ist. Wir beantragen Ihnen daher Zustimmung im Sinne der Unterdrückung dieser Bestimmung.

Ammann: Ich habe seinerzeit mit einer grösseren Anzahl von Mitgliedern des Rates einen von Ihnen in der Folge zum Beschlusse erhobenen Antrag gestellt, der die sogenannten gemischten Anstalten und Betriebe vor Augen hatte, d. h. diejenigen Unternehmungen, bei denen das Kapital sich zusammensetzt zum Teil aus öffentlichen, d. h. kantonalen oder kommunalen Geldmitteln, zum Teil aus privatem Kapital. Es sollten die gemischten Unternehmungen in dem Umfange steuerfrei sein, in welchen die Gemeinwesen am Gesellschaftskapital beteiligt sind. Ich habe nun heute ebenfalls die Auffassung, dass es beim gegenwärtigen Stand der Dinge als aussichtslos erscheint, jenen Antrag neu aufzunehmen oder, richtiger gesagt, Ihnen Festhalten am frühern Beschlusse des Ständerates zu empfehlen.

Auf der andern Seite konstatiere ich dann aber, dass nach der lit. a von Ziffer 8, die endgültig bereinigt ist, die rein staatlichen, also die kantonalen Anstalten und Betriebe steuerfrei sind und dass es, wie ich nach den bisherigen Verhandlungen annehmen muss, durchaus keinen Unterschied ausmachen kann, ob die fraglichen kantonalen Anstalten und Betriebe eine besondere juristische Person bilden oder nicht; ebenso ist es, und dabei werde ich durch den Wortlaut der lit. a unterstützt, wiederum gleichgültig, ob die betreffenden kantonalen Unternehmungen einem einzigen Kantone oder einer Mehrheit von Kantonen angehören. Ein gemeinschaftlicher Betrieb ist, wie ich seinerzeit dargetan habe, immer nur möglich unter Annahme eines Gesellschaftsverhältnisses, und dieses offenbart sich da, wo ausschliesslich Kantone beteiligt sind, im sogenannten Gründungsvertrag wie im Konkordat. Dabei muss notgedrungenerweise äusserlich der Anschluss an eines der privatrechtlichen Gesellschaftsverhältnisse gesucht werden, in Wirklichkeit besteht indessen ein solches privatrechtliches Gebilde nicht. Wenn nun nachträglich künstlicherweise eine abweichende communis opinio konstruiert werden sollte, so müsste ich dermalen schon energisch Einspruch erheben.

Andermatt: Ich habe in der Kommisssion den Antrag gestellt, an der ständerätlichen Fassung festzuhalten, da dieselbe auch den besondern Verhältnissen der gemischten Kantonalbanken Rechnung trägt. Ich werde den Antrag heute nicht wiederholen, sondern bin mit Streichung dieser Litera einverstanden. Ich tue das hauptsächlich aus dem Grunde, weil in der Kommission beruhigende Zusicherungen gemacht worden sind, dass man durch Interpretation der lit. a entgegenkommen und diese besondern Verhältnisse berücksichtigen könne in dem Sinne, wie es bereits Herr Kollega Ammann getan hat. Lit. a geht nämlich dahin, dass alle Anstalten und Betriebe des Bundes und der Kantone, seien sie stationes fisci oder seien sie mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet, steuerfrei erklärt sind. Wenn man im Ausführungsgesetz und in der Vollziehungsverordnung dieser Auslegung folgt, kann die Befürchtung, die ich in bezug auf unsere Verhältnisse gehabt habe, dahinfallen. Ich stelle deshalb keinen besondern Antrag auf Festhalten an der Fassung des Ständerates.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Lit. d.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Lit. d haben wir bereits erledigt. Sie ist in lit. c inbegriffen und bleibt also in unserem Beschlusse gestrichen.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Neue lit. c bis.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Unser Rat hatte in seiner ersten Beratung noch eine fakultative generelle Befreiungsklausel aufgenommen, lautend: «Der Bund kann Unternehmungen, die während der Dauer des Krieges im ausschliesslichen Interesse des Landes errichtet werden mussten, von der Steuerpflicht befreien.» Im Auge hatte man dabei vorzugsweise die Kohlenzentrale, eventuell auch andere kriegswirtschaftliche Institutionen, soweit ähnliche Verhältnisse bei ihnen vorliegen würden wie bei der Kohlenzentrale.

Der Bundesrat scheint nun diese generelle Klausel nicht gerne gesehen zu haben. Er und die Steuerverwaltung befürchten eine grosse Anzahl von Eingaben von diesen zahlreichen kriegswirtschaftlichen Institutionen. Der Nationalrat hat deshalb Veranlassung genommen, diese Klausel zu streichen. Anderseits hat sich nun aber doch der Bundesrat überzeugen müssen, dass bei der Kohlenzentrale die Verhältnisse wirklich ganz ausnahmsweise liegen und dass eine Besteuerung der Kohlenzentrale eine harte und nicht zu rechtfertigende Massregel wäre, angesichts ihrer Verhältnisse und angesichts der Umstände, unter denen sie ins Leben gerufen worden ist. Und der Bundesrat hat sich nun schliesslich doch damit einverstanden erklärt, dass die Kohlenzentrale von der Steuer befreit werden solle.

Ihre Kommission hat schon bei der ersten Beratung einstimmig für Steuerbefreiung der Kohlenzentrale votiert. Nur wurde dabei das Institut im Texte nicht genannt, sondern mehr generell umschrieben, und Ihre Kommission hält auch heute wieder den Antrag auf Befreiung aufrecht, und Sie dürfen versichert sein, durchaus nicht mir zulieb, sondern in Würdigung der besondern Verhältnisse. Ich habe in der Kommission von liebevollem Entgegenkommen mir gegenüber überhaupt sehr wenig bemerkt (Heiterkeit).

Die Besteuerung der Kohlenzentrale ergäbe einen ungebührlich hohen Steuerbetrag. Die Kohlenzen-

trale müsste eine Steuer von 1,2 Millionen abführen, weil sie im Vergleiche zu andern Aktiengesellschaften ein ganz unvernünftig hohes Aktienkapital besitzt, nämlich ein Aktienkapital, das beinahe so gross ist wie die Kredite, die an Deutschland bewilligt worden sind. Zirka 140 Millionen beträgt das Aktienkapital, 152 Millionen betragen die Kredite. Diese Gesellschaft wird nun im Laufe dieses Jahres in Liquidation treten müssen, um von Ende 1920 an mit der Rückzahlung des Kapitals beginnen zu können, vorausgesetzt, dass die Verhältnisse es dann gestatten werden. Eine Verteilung der Steuer auf vier Jahre, wie es bei andern Gesellschaften der Fall ist, ist daher absolut ausgeschlossen. Wir können sie nicht einmal auf 3 oder 2 Jahre verteilen, sondern die ganze Steuer würde ein einzelnes Jahr betreffen. Die Folge wäre nun, dass die Verzinsung, welche den Aktionären für ihre einbezahlten Gelder von Bundes wegen versprochen worden ist, einfach nicht gewährt werden könnte, und das würde nun selbstverständlich eine grosse Unzufriedenheit hervorrufen, und mit Recht, angesichts der Versprechen, die man den Leuten gemacht hat. Und bei 40—50,000 Aktionären, wie sie bei der Kohlenzentrale bestehen, wäre die Erregung einer grossen Unzufriedenheit geradezu eine referendumspolitische Gefahr.

Wie ist diese Kohlenzentrale als Aktiengesellschaft entstanden und wie ist ihr Aktienkapital entstanden? Früher war die Kohlenzentrale in finanzieller Hinsicht ein durchaus harmloses, unschuldiges Institut. Sie hatte zwar eine grosse und wichtige Aufgabe, die Aufgabe, die Kohlenimporte zu kontrollieren, die möglichst gleichmässige Verteilung dieses Massenverbrauchsartikels im Lande zu regeln und die Einhaltung der vom Bunde festgesetzten Höchstpreise zu überwachen. Nun aber kam das bekannte Wirtschaftsabkommen mit Deutschland vom 20. August 1917, gestützt auf welches Deutschland für die Dauer von 9 Monaten monatliche Kredite bis zu 20 Millionen Franken und eventuell mehr, im ganzen also etwa 180 Millionen Franken Kredit bewilligt werden mussten. Hätte man diese Kredite nicht bewilligt, so wäre einfach die Kohle entsprechend höher zu stehen gekommen, wir hätten Fr. 50 für die Tonne mehr dafür bezahlen müssen. Und nun haben die Banken erklärt, dass sie die Finanzierung dieser Kredite nicht übernehmen können, und der Bund hat erklärt, ich kann diese Finanzierung erst recht nicht übernehmen. Er hat die Verpflichtung zwar eingegangen, konnte sie aber selbst nicht erfüllen, weil das gegenüber andern Staaten wieder ein unliebsames Präjudiz gebildet hätte, und da ist nun der Bundesrat auf ein sehr einfaches Mittel verfallen. Er hat einfach durch Bundesratsbeschluss und kraft seiner ausserordentlichen Vollmachten zur Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit unseres Landes verfügt: Die Kohlenzentrale wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und alle, die überhaupt Kohlenkonsumenten sind und Kohlen besitzen, müssen zwangsweise Aktionäre werden und auch die Händler haben sich zu beteiligen mit 5 Millionen, die Lagerbesitzer haben Aktien zu übernehmen, und zwar für je fünf Tonnen Lager eine Prioritätsaktie, und diejenigen, welche vom 1. August 1917 an Kohle beziehen, haben für jede Tonne 100 Fr. Einzahlung zu leisten oder für fünf Tonnen eine Aktie zu übernehmen. Alles das ist vom Bundesrate auf Grund seiner Vollmachten dekretiert worden. Auch die Statuten sind vom Bundesrate resp. Volkswirtschaftsdepartement festgesetzt worden. Die Aktionäre konnten zu allem nur ja und amen sagen. Wir stehen also vor einer Zwangs- und Mussgründung par excellence. Eine ähnliche Erscheinung haben wir auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft sonst nicht.

Und nun ist den Aktionären als Entschädigung für ihre Zwangsbeteiligung eine Dividende von 6% bzw. für die Stammaktien bis zu 6%, d. h. soweit das Geschäftsergebnis der Kohlenzentrale es gestattet, versprochen worden. Alles wurde im öffentlichen Interesse verfügt und konnte nur im öffentlichen Interesse verfügt werden, weil eben nur so der Beteiligungszwang motiviert werden konnte. Und tatsächlich lag ja die Gründung dieser Kohlenzentrale als Aktiengesellschaft sicher im öffentlichen Interesse. Ich kann nur konstatieren, dass uns, gestützt auf die Kredite, welche die Kohlenzentrale Deutschland ausbezahlt hat, die Kohlenversorgung unseres Landes in diesen neun Monaten Vertragsdauer um 84 Millionen Franken billiger zu stehen gekommen ist, als wenn diese Kredite nicht übernommen worden wären. Die Dividende, die die Aktionäre beziehen, bildet nicht anderes als eine Zinsentschädigung für die zwangsweise dekretierte und im öffentlichen Interesse übernommene Beteiligung. Die meisten dieser Aktionäre haben das Geld aufnehmen müssen, um die Aktieneinzahlungen leisten zu können. Sie zahlen heute den Banken 7½ und mehr Prozent Zins, um dafür von der Kohlenzentrale eine Dividende von 6% zu bekommen, und es war wahrhaftig keine Kleinigkeit, diese 140 Millionen Franken und daneben noch etwa 70 Millionen Sicherheiten aus den Leuten herauszupressen. Ich habe mich genugsam überzeugen können, wie schwer es den meisten geworden ist, diesen finanziellen Verpflichtungen, wie sie vom Bundesrate festgesetzt worden sind, nachzukommen. Und zum Danke, nachdem sich diese Leute alle erdenkliche Mühe im Interesse des Landes, des Bundes, gegeben haben, sollen sie nun noch um den Zins gebracht werden, den man ihnen von vornherein, von Bundes wegen versprochen hat. Das wäre natürlich durchaus ungerecht und durchaus unklug.

Dass die Kohlenzentrale eine Aktiengesellschaft ist, ist ein rein zufälliges Moment. Man hätte ebensogut statt Aktien zeichnen Obligationen ausgeben und Zahlungen auf Obligationen leisten lassen können, und das hätte man wahrscheinlich auch getan, wenn man je daran gedacht hätte, dass bei dieser im öffentlichen Interesse errichteten Unternehmung irgendwie etwa einmal eine Steuerverpflichtung in Frage kommen könnte und dass man auf dem Steuerwege um den wohlverdienten Zins des vorgeschossenen Geldes kommen sollte. Bei der Durchführung der Liquidation werden übrigens sowieso Zinsverluste entstehen, weil die verfügbaren Gelder nicht immer zu 6% auf kurze Frist angelegt werden können. Es ist ja auch nicht ausgeschlossen, dass Kapitalverluste entstehen. Wir wollen es nicht hoffen, aber bei den heutigen wirtschaftlichen und internationalen politischen Verhältnissen muss ja mit allem gerechnet werden. Vorläufig haben Sie ja sehen können, dass diese Aktien massenhaft abgesetzt werden, und zwar mit grossem Verlust, die Prioritätsaktien mit einer Einbusse von Fr. 100 pro Aktie, die Stammaktien sogar mit einer Einbusse bis zu Fr. 150 und noch mehr.

Auch dieser Umstand vermag wahrlich eine Besteuerung der Aktionäre nicht zu rechtfertigen.

Zum Schlusse will ich in dieser Hinsicht nur noch konstatieren, dass der Kanton Baselstadt die Kohlenzentrale, die dort unter normalen Verhältnissen als Aktiengesellschaft sonst auch steuerpflichtig wäre, angesichts ihres besonderen wirtschaftlichen Charakters von der Steuer befreit hat und ihr tatsächlich auch über eine Million Steuern geschenkt hat. Die Finanzdirektion von Baselstadt hat erklärt: Das ist effektiv keine Aktiengesellschaft, sondern eine im öffentlichen Interesse liegende Unternehmung, die nur zufälligerweise in die Form einer Aktiengesellschaft gekleidet ist, und nun würde es sich wahrlich sonderbar ausnehmen, wenn der Kanton, der weiter kein grosses Interesse an diesem Institut besitzt, Steuerfreiheit eintreten liesse, während der Bund mit allen Mitteln auf die Besteuerung halten und damit es verunmöglichen würde, die Versprechungen, die er gegenüber den Aktionären gemacht hat, zu erfüllen.

Aus allen diesen Gründen, von denen sich die Kommission nun genugsam hat überzeugen können, beantragt sie Ihnen auch heute wieder einstimmig, die Kohlenzentrale zu befreien, und nachdem eine generelle Klausel, die das bezwecken würde, im Nationalrat nicht beliebt hat, schlagen wir Ihnen nun im Einverständnis mit dem Bundesrate ganz einfach eine neue lit. c bis vor: « die schweizerische Kohlenzentrale ».

Angenommen. — *(Adopté.)*

Ziffer 10.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Ziffer 10 ist ein Zusatz, der vom Nationalrat beschlossen worden ist, materiell an der Sache nichts ändert und mit dem wir materiell und formell einiggehen. Wir beantragen Zustimmung.

Angenommen. — *(Adopté.)*

Tabellen.

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: In den Tabellen sind einige formelle Differenzen vorhanden. Eine materielle Differenz haben wir schon im Texte behandelt. Wir beantragen auch hier auf der ganzen Linie Zustimmung, unter dem üblichen Vorbehalt für die Redaktionskommission.

Angenommen. — *(Adopté.)*

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

Sitzung vom 12. Februar 1919, vormittags 8½ Uhr.

Séance du 12 février 1919, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: / Présidence: } Hr. *Brügger.*

---

958. Proporzgesetz.

Représentation proportionnelle.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Nationalrates, Seite 165 ff.)
(Voir les débats du Conseil national, page 165 et suiv.)

Kunz, Berichterstatter der Kommission: Es besteht noch eine einzige Differenz mit dem Nationalrate; sie betrifft die sogenannte « election tacite », welche nach Vorschlag des Nationalrates im Proporzgesetz eingeführt werden soll.

Voraussetzung für eine solche « election tacite » ist, dass entweder nur eine Liste vorhanden ist oder die Gesamtzahl der Kandidaten aller Listen die Zahl der zu besetzenden Mandate nicht überschreitet. Das Proporzgesetz stellt den Grundsatz auf, dass nur diejenigen Kandidaten wählbar sind, welche auf einem offiziellen Wahlvorschlag stehen. Wenn also die Zahl der in gültiger Weise vorgeschlagenen Kandidaten nicht grösser ist als die Zahl der im einzelnen Kreis zu wählenden Nationalräte, so ist auch bei Anwendung der Wahlvorschriften, wie sie das Proporzgesetz aufstellt, kein anderes Resultat möglich als die Wahl der Kandidaten, die auf dem oder den Vorschlägen stehen.

Infolgedessen kann man mit Recht sagen, die Wahl sei überflüssig, weil kein anderes Resultat herauskommen könne. Das mag der Grund sein, warum der Nationalrat an seiner Schlussnahme bezüglich Aufnahme dieses Art. 22 festgehalten hat, indem er sich sagte, dass das eine Vereinfachung bedeute und es nicht notwendig sei, das komplizierte Wahl- und Ausrechnungsverfahren durchzuführen, sobald feststeht, dass auf Grund der Wahlvorschläge kein anderes Resultat möglich ist als dasjenige, wie es sich aus den Kandidatenlisten ergibt.

Der Nationalrat hat infolgedessen beschlossen, an seiner Schlussnahme festzuhalten, und zwar sowohl bezüglich Alinea 1 als Alinea 2, das den Fall ordnet, wo die Gesamtzahl der Kandidaten der gültigen Listen geringer ist als die Zahl der zu wählenden Kandidaten und für welchen Fall dann Ersatzwahlen vorgesehen sind. Ihre Kommission ist einstimmig im Antrag auf Zustimmung zum Nationalrat, um auch diese letzte Differenz zu beseitigen. Für den Fall, dass Sie diesem Antrage zustimmen, müsste dann auch in Art. 25 das letzte Alinea wieder aufgenommen

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	09
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	11.02.1919 - 08:30
Seite Page Pagina	106-116
Ref. No	20 028 714

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Sitzung vom 14. Februar 1919, vormittags 8½ Uhr.

Séance du 14 février 1919, à 8½ heures du matin.

Vorsitz: Présidence: } Hr. *Brügger.*

898. Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

Redaktionelle Bereinigung. — *Rédaction définitive.*

Scherrer (Basel), Berichterstatter der Kommission: Der bereinigte Text der Redaktionskommission liegt Ihnen vor. Derselbe erfährt jedoch noch einige Modifikationen, die auch vom andern Rat bereits adoptiert worden sind.

In Ziffer 3 wird auf Ziffer 4 verwiesen. Infolge Aenderung der Chiffrierung muss es aber Ziffer 5 heissen. Dann ist der Titel geändert worden und dieser Umstand muss auch in lit. d zum Ausdruck gelangen. Es muss demnach dort in Uebereinstimmung mit dem Titel heissen: «Nach Erhebung der neuen ausserordentlichen Kriegssteuer tritt dieser Verfassungsartikel wieder ausser Kraft», statt dass man sagt: «der wiederholten eidgenössischen Kriegssteuer». Endlich haben wir bei der Tabelle III, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften, für gut befunden, die Ueberschriften über der Kolonne folgendermassen zu ändern: Steuerbetrag für die vierjährige Periode: je Fr. 1000 einbezahltes Aktienkapital und Reserven und je Fr. 4000 nicht einbezahltes Aktienkapital zahlen: 1, 1.50, 3 usw. Es sind also die Ziffern ausgesetzt. Das kann weder durch Prozente noch durch Promille zum Ausdruck gebracht werden, sobald einerseits auf die Tausend und anderseits auf die Fr. 4000 abgestellt ist.

Im französischen Texte ist die Einleitung zum Beschlusse: «Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigefügt», offenbar in der Presse geblieben. Es muss hier der Satz an die Spitze gestellt werden: «La constitution fédérale est complétée par l'article suivant.» Im übrigen müsste dann konform mit dem deutschen Text überall da, wo die Sperrschrift im deutschen Text Anwendung findet, sie auch im französischen Text Anwendung finden. Die Sache hat sehr pressiert, infolgedessen sind diese paar Kleinigkeiten anlässlich der ersten Vorlage übersehen worden.

Ich beantrage Ihnen die Annahme des Bundesbeschlusses mit den erwähnten Modifikationen in Uebereinstimmung zu dem bereits erfolgten Beschlusse des Nationalrats.

M. Rutty: Au nom de mes collègues MM. Fazy et de Montenach je fais la déclaration suivante:

«Les soussignés se voient à regret dans l'obligation de voter contre le projet d'impôt fédéral de guerre.

«Après avoir proposé à l'Assemblée fédérale son projet d'impôt non renouvelable, après avoir combattu, devant l'Assemblée fédérale et devant le peuple l'impôt direct permanent, le Conseil fédéral propose un projet qui, portant sur de nombreuses années, est en complète contradiction avec ses décisions précédentes, puisqu'il nous conduit sans aucun doute à l'impôt permanent.

«Le nouvel impôt est contraire à la lettre et à l'esprit de nos institutions fédératives, il portera la plus grave atteinte à l'autonomie financière des cantons, il pèsera lourdement sur notre peuple à un moment inopportun; en un mot, il sera pour notre pays une cause évidente d'appauvrissement.

«Dans ces conditions, les soussignés ne peuvent se résigner à voter le projet tel qu'il est proposé.

Henri Fazy, Jean Rutty,
de Montenach.»

Schlussabstimmung — *Votation finale.*

Für Annahme der Vorlage	27 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

958. Proporzgesetz.

Représentation proportionnelle.

Redaktionelle Bereinigung. — *Rédaction définitive.*

Kunz, Berichterstatter der Kommission: Die beiden Vorlagen sind von der Redaktionskommission bereinigt und Ihnen zugestellt worden. Wenn Sie sie mit dem früheren Texte vergleichen, so sehen Sie, dass eine Reihe redaktioneller Berichtigungen notwendig war. Ich glaube, ich darf davon Umgang nehmen, dieselben hier im Detail zu begründen, bin aber bereit, auf Anfrage Auskunft zu erteilen, warum diese oder jene Fassung gewählt worden ist.

Ich erlaube mir zu empfehlen, der Redaktion, wie sie von der Redaktionskommission festgestellt worden ist, zuzustimmen und das Gesetz in dieser Form zur Abstimmung zu bringen.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

1. Für Annahme der Vorlage zu einem Bundesgesetz betreffend die Wahl des Nationalrates — 28 Stimmen (Einstimmigkeit.)

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften
Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées
Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali

Wiederholung der Kriegssteuer.

Renouvellement de l'impôt de guerre.

In Dans In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr Année Anno	1919
Band Volume Volume	I
Session Session Sessione	Januarsession Session de janvier Sessione di gennaio
Rat Conseil Consiglio	Ständerat Conseil des Etats Consiglio degli Stati
Sitzung Séance Seduta	12
Geschäftsnummer Numéro d'objet Numero dell'oggetto	898
Datum Date Data	14.02.1919 - 08:30
Seite Page Pagina	143-143
Ref. No	20 028 717

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.